

Staatskanzlei

Raumplanungs-,  
Umwelt- und  
Baudirektion

Finanzdirektion

Direktion  
für Gesundheit  
und Soziales

Volkswirtschafts-  
direktion

Direktion der  
Institutionen und  
der Land- und  
Forstwirtschaft

Sicherheits- und  
Justizdirektion

Direktion für  
Erziehung, Kultur  
und Sport

Staatsrat

Kanton Freiburg

STAATSRAT

<b>I. Einleitung</b> .....	<b>1</b>	<b>VIII. Liste der parlamentarischen Vorstösse</b> .....	<b>29</b>
<b>II. Konjunkturelles Umfeld 2008</b> .....	<b>1</b>	1. Motionen.....	30
1. Weltwirtschaft.....	1	2. Postulate.....	39
2. Schweizer Wirtschaft .....	1	3. Aufträge .....	45
3. Freiburger Wirtschaft.....	1	4. Volksmotionen.....	46
<b>III. Stand der im Regierungsprogramm angekündigten Arbeiten</b> .....	<b>2</b>	5. Parlamentarische Initiativen.....	47
1. Herausforderung 1: Unsere Jugend als Stärke des Kantons hervorheben .....	2	6. Anfragen .....	47
2. Herausforderung 2: Unsere Lebensqualität steigern .....	4		
3. Herausforderung 3: Das Zusammenleben verbessern.....	5		
4. Herausforderung 4: Unseren Lebensraum erhalten.....	7		
5. Herausforderung 5: Die Wirtschaft stärken und den Kanton positionieren.....	9		
6. Herausforderung 6: Sicherheit durch Bürgernähe und eine leistungsfähige Gerichtsorganisation.....	10		
7. Herausforderung 7: Näher zum Bürger und weniger Steuern.....	12		
<b>IV. Staatsratsjahr</b> .....	<b>15</b>		
1. Sitzungen .....	15		
2. Arbeitstreffen .....	15		
3. Traditionelle Veranstaltungen.....	15		
4. Besuche und Empfänge .....	15		
5. Hundertjährige.....	16		
<b>V. Aussenbeziehungen</b> .....	<b>16</b>		
1. Konferenz der Kantonsregierungen.....	16		
2. ch Stiftung.....	16		
3. Direktorenkonferenzen.....	16		
4. Konferenz der Kantonsregierungen der West- schweiz (Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale; CGSO) .....	19		
5. Bilaterale Treffen zwischen Regierungen.....	19		
6. Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständeräten und zu den Bundesbehörden .....	19		
7. Vernehmlassungen des Bundes.....	19		
<b>VI. Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2008 gefassten Beschlüsse</b> .....	<b>22</b>		
1. Investitionsrechnung .....	22		
2. Laufende Rechnung .....	22		
3. Im Jahr 2008 verabschiedete Gesetze und Dekrete..	23		
<b>VII. Personalbestand</b> .....	<b>29</b>		

---

*DIREKTION*

---

**I. EINLEITUNG**

Laut Artikel 109 der Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004 unterrichtet der Staatsrat den Grossen Rat jährlich über seine Tätigkeiten und den Stand des Legislaturprogramms.

Angesichts des Umstands, dass der Staatsrat den Grossen Rat über beide Elemente informieren muss, wurde der Tätigkeitsbericht über das Jahr 2007 erstmals in zwei Teile gegliedert: Der eine war der Tätigkeit des Staatsrats gewidmet und erläuterte nach einer kurzen Analyse des konjunkturellen Umfelds im Berichtsjahr den Stand der Umsetzung des Regierungsprogramms; im anderen wurde aufgrund eines neuen gemeinsamen Modells über die Tätigkeit der Direktionen und der Staatskanzlei berichtet.

Das neue Konzept erlaubte, dass der Tätigkeitsbericht hauptsächlich einfacher zu lesen war; es wurde gut aufgenommen und wird deshalb bis auf einige kleine Anpassungen für diesen Bericht beibehalten.

**II. KONJUNKTURELLES UMFELD 2008****1. Weltwirtschaft**

Die weltweite Finanzkrise, die sich bereits 2007 ankündigte, hat sich im Verlauf des Jahres 2008 verschärft und auch die reale Wirtschaft erreicht. Die Vereinigten Staaten, die Mehrheit der Länder der Euro-Zone und Japan sind in eine Rezession eingetreten oder werden demnächst in eine eintreten. Die Experten der BAK Basel Economics sehen voraus, dass 2009 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA um 1,9% und das BIP in der Euro-Zone um 1,8% zurückgeht; damit bestätigen sie die Vorhersagen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Anfang November 2008 schätzte, dass 2009 das BIP in den entwickelten Ländern erstmals seit 1945 zurückgeht und dass das weltweite Wachstum 2,2% nicht übersteigen wird.

Auch in den Schwellenländern, den neuen Lokomotiven der Weltwirtschaft, und namentlich in China wird sich das Wachstum erheblich abschwächen; es wird sich zwar 2009 fortsetzen, aber viel schwächer sein als in den vergangenen Jahren. Die Weltbank sagt für China 2009 ein Wachstum von 7,5% (9,4% im Jahr 2008) voraus, das ist die niedrigste Zunahme seit 19 Jahren.

Die 30 Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) dürften 2009 eine Rezession durchmachen, und deshalb dürfte die Arbeitslosigkeit schlagartig zunehmen; die Zahl der arbeitslosen Personen dürfte bis 2010 von zurzeit 34 Millionen auf 42 Millionen ansteigen.

Gewisse Faktoren, die die Konjunktur beleben (expansive Geldpolitik, Wiederbelebungs- und steuerliche Massnahmen, Abnahme der Rohstoffpreise) dürften nach und nach Wirkung zeigen und in der zweiten Hälfte

2009 eine konjunkturelle Wende unterstützen, aber die negativen Auswirkungen der Finanzkrise könnten noch bis Ende 2010 spürbar bleiben. Die Vorhersagen zur Konjunktur sind mit grossen Ungewissheiten behaftet, da der Wiederaufschwung hauptsächlich von der Stabilisierung der Finanzmärkte abhängt.

**2. Schweizer Wirtschaft**

Gemäss den Experten des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) befand sich die Schweiz schon in einer technischen Rezession (2 aufeinanderfolgende Quartale – 2. und 3. Quartal 2008 –, in denen das BIP zurückgeht) und ist im letzten Quartal 2008 in eine Rezession eingetreten, die während des ersten Teils des Jahres 2009 anhalten wird. Die Exporte und die Unternehmensinvestitionen sind von dieser Entwicklung besonders betroffen. Laut den Vorhersagen des seco muss 2009 mit einem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit um 0,8% gerechnet werden, und 2010 kann lediglich ein bescheidenes Wachstum von 1% erwartet werden. Die voraussichtliche Besserung ab dem 2. Halbjahr 2009 hängt von der Stabilisierung des weltwirtschaftlichen Umfeldes ab.

Der Arbeitsmarkt wird unter dieser Situation leiden, und die Arbeitslosigkeit dürfte zunehmen. Die Arbeitslosenziffer, die 2008 im Jahresmittel 2,6% betrug (2,8% im Jahr 2007), dürfte 2009 auf 3,3% und 2010 auf 4,3% klettern; eine Stabilisierung der Arbeitslosenziffer wird gegen Ende 2010 erwartet.

**3. Freiburger Wirtschaft**

Der Kanton Freiburg erfuhr 2008 eine neue Wachstumsphase: Das BIP nahm laut Schätzung der BAK um 2% zu. 2009 wird die Freiburger Wirtschaft aber von den Folgen der internationalen Krise, wie sie sich namentlich in den Nachbarländern und in den Vereinigten Staaten ausgewirkt haben, gebremst. Man darf nicht vergessen, dass ein Grossteil des kantonalen BIP (61%) von der Exportwirtschaft erarbeitet wird und dass die Freiburger Wirtschaft deshalb stark von der Konjunktur und dem Konsumklima im Ausland abhängt.

Die Arbeitslosenziffer im Kanton Freiburg ging im 1. Halbjahr 2008 zurück (von 2,9% im Januar auf 2,1% im Juni) und zeigte im 2. Semester einen umgekehrten Verlauf (3% im Dezember). Im Jahresdurchschnitt ging die Arbeitslosenziffer auf 2,5% (2,7% im Jahr 2007) zurück und lag knapp unter der Arbeitslosenziffer auf Landesebene; Freiburg hatte damit die geringste Arbeitslosigkeit von allen Westschweizer Kantonen, vor dem Kanton Jura (3%) und dem Wallis (3,1%).

Im Jahr 2008 zeigte sich der Kanton im Aussenhandel noch dynamisch: Die Exporte nahmen gegenüber 2007 um 5,8% zu und erreichten den Wert von 7,69 Milliarden Franken (2007: 7,26 Mia. Fr.), während sie in den ersten drei Quartalen noch eine Jahressteigerung von 11,7% erreicht hatten. Die Ergebnisse des letzten Quar-

tals (-8,4%) haben zu einer wesentlich geringeren Steigerung geführt. Die einschneidende Verschlechterung der Konjunktur im 4. Quartal 2008 dürfte sich 2009 fortsetzen. Zudem besteht die Gefahr, dass der Schweizerfranken zu einer Fluchtwährung wird, der eine Höherbewertung droht. So ist nicht auszuschliessen, dass die Exporte des Kantons – nach Jahren starken Wachstums (+143% von 1997 bis 2007) – eine Abschwächung erleiden werden.

### **III. STAND DER IM REGIERUNGSPROGRAMM ANGEKÜNDIGTEN ARBEITEN**

#### **1. Herausforderung 1: Unsere Jugend als Stärke des Kantons hervorheben**

##### **1.1 Die Harmonisierung der obligatorischen Schule weiterverfolgen**

Auf der Grossbaustelle der Harmonisierung der obligatorischen Schule hat sich im Jahr 2008 einiges getan. Der Staatsrat hat dem Grossen Rat seine Botschaft Nr. 102 vom 28. Oktober zu den Gesetzesvorlagen über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) sowie zur Westschweizer Schulvereinbarung übergeben.

Am 5. September verabschiedete der Grosse Rat die Einführung des zweiten Kindergartenjahres und der Staatsrat erliess daraufhin am 9. Dezember das entsprechende Ausführungsreglement. Die Gemeinden führen den obligatorischen Zweijahres-Kindergarten ab Beginn des Schuljahres 2009/10 ein, wobei die Frist für die Umsetzung bis zum Schuljahresbeginn 2013 läuft.

Nachdem sich die Schulleitungen der Primarschulen erst in allen Schulkreisen Deutschfreiburgs etabliert haben, ist diese Führungsstruktur mittlerweile auch an 48 Pilotstandorten im französischsprachigen Kantonsteil eingerichtet worden. Die Durchführungsphase für die Schulprojekte dauert voraussichtlich bis 2012.

Das Betreuungssystem für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler wurde vom Grossen Rat am 8. Oktober bestätigt und verstärkt.

2009 soll ein Gesundheitskonzept für die Schule in die Vernehmlassung geschickt werden. Dieses Konzept basiert auf dem Versuchsprojekt Schulgesundheit (PESS), das derzeit in acht Primar- und Orientierungsschulen durchgeführt wird. Im Rahmen dieses Projekts wurden der Gesundheitszustand und die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler, welche die obligatorische Schule besuchen, erfasst. Gestützt auf die Erkenntnisse aus diesem Projekt sollen Massnahmen ergriffen werden, um die Gesundheitsförderung und Prävention in den Schulen zu verbessern: Schulklima, Allgemeinbildung, Qualität des Präventionsunterrichts, Früherkennung, Zugang zu Hilfsangeboten, Verstärkung gezielter Un-

terstützungsmassnahmen, ärztliche Betreuung in den Schulen.

Das neu für die Sonderpädagogik und die Schuldienste zuständige Amt für Sonderpädagogik (SoA) hat seine Tätigkeit am 1. Januar 2008 aufgenommen. Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD), die ein kantonales Konzept für die Sonderpädagogik ausarbeiten soll, hat dazu eine Arbeitsgruppe sowie Unterarbeitsgruppen für die verschiedenen Bereiche gebildet. Der gesamtschweizerische Rahmen für den sonderpädagogischen Bereich ist in der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich abgesteckt worden, die sich in den kantonalen Beitrittsverfahren befindet.

##### **1.2 Die Infrastrukturen der Sekundarstufe II modernisieren**

Am 1. Juni hat das Freiburger Stimmvolk der Gewährung eines Verpflichtungskredits von 58,15 Mio. Fr. für die Umgestaltung und Erweiterung des Kollegiums Gambach mit 55 553 Ja gegen 14 862 Nein zugestimmt. Im Juli 2008 ist die Liegenschaft des Kollegiums Gambach, bisher im Besitz der Kongregation der Ursulinschwwestern, vom Staat übernommen worden.

Im Anschluss an die Vorstudien im Hinblick auf die Einrichtung zusätzlicher Räume für das Kollegium des Südens hat der Staatsrat das Raumprogramm festgelegt und die Durchführung eines Architekturwettbewerbs bewilligt.

Auch beim Kantonalen Berufsbildungszentrum hat sich etwas getan: So hat der Oberamtmann des Saanebezirks am 20. Dezember 2007 die Baubewilligung für das Erweiterungsprojekt am Standort Derrière-les-Remparts erteilt. Daraufhin wurden im Jahr 2008 die Bauarbeiten aufgenommen.

##### **1.3 Die Hilfe zugunsten von Jugendlichen in Schwierigkeiten verbessern**

Die Verbesserung der Hilfsangebote für Jugendliche in Schwierigkeiten ist im Regierungsprogramm unter den prioritären Aufgaben aufgeführt. Für eine Reihe von Schülerinnen und Schülern gestaltet sich der Übertritt von der obligatorischen Schule in eine Ausbildung schwierig. Mit der Plattform Jugendliche können, dank der Koordination zwischen mehreren Institutionen, Übergangslösungen angeboten werden für all jene, die nach der OS keinen Ausbildungsplatz finden. Um diese Einrichtung zu verankern und ihr eine Rechtsgrundlage zu geben, hat der Staatsrat am 30. Mai 2007 eine kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten eingerichtet. Diese hat 2008 acht Sitzungen abgehalten. Die Startaufgabe bestand darin, eine Ist-Analyse zu erstellen und eine Ursachenanalyse durchzuführen; dies ist inzwischen erfüllt. Die Ergebnisse dieser Arbeiten wurden in einem ersten Bericht zusammengefasst, den die Kommission im Dezember 2008 der Volkswirt-

schaftsdirektion vorgelegt hat. Der Staatsrat wird sich Anfang 2009 mit diesem Thema befassen und dann entscheiden. Je nachdem, wie seine Entscheide ausfallen, wird das System anschliessend schrittweise für die betroffene Bevölkerungsgruppe eingerichtet.

Im Rahmen des vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie finanzierten kantonalen «Case Management Berufsbildung» wurden im Sommer und Herbst 2008 bereits einige Massnahmen ergriffen. In der Startphase des Projekts meldeten die Lehrpersonen Schülerinnen und Schüler, die sich im ersten OS-Jahr befinden und deren Einstieg in die Berufswelt möglicherweise gefährdet ist. Die Betroffenen erhielten ab Beginn des zweiten OS-Jahres gezielte Unterstützung. Anschliessend erhalten die betreffenden Jugendlichen im letzten Jahr der obligatorischen Schulzeit sowie während der Übertrittsphase zur Sekundarstufe 2 eine entsprechende Begleitung.

Im Berufsbildungsbereich haben die Berufsfachschulen, Lehrwerkstätten und die Schulen mit Praktikum die im Gesetz vom 13. Dezember 2007 über die Berufsbildung vorgesehenen Begleitmassnahmen für Lernende umgesetzt. Diese Massnahmen sind auch Teil eines Konzepts, das im Anhang zum Bericht der Kommission präsentiert wird.

#### 1.4 Die Freiburger Hochschulen positionieren

Die Fachhochschule Westschweiz hat dem Bund am 30. November 2008 einen Entwurf für die neue Vereinbarung vorgelegt. Der Bundesrat wird voraussichtlich im Frühjahr 2009 dazu Stellung nehmen. Die neue Vereinbarung sieht im Wesentlichen eine konzertierte Steuerung durch die Kantone und Regionen der FH Westschweiz vor, betraut die Fachbereiche, die sich auf den gesamten Bildungsbereich der FH Westschweiz erstrecken, mit der Ausführung der FH-Aufgaben und lässt den Kantonen bei der internen Organisation einen grossen Spielraum. Die Befugnisse der Kantone und Regionen hinsichtlich der Anstellung und dem Anstellungsverhältnis der Lehrpersonen sowie des administrativen und des technischen Personals werden dabei nicht in Frage gestellt; allerdings wird eine starke Koordination verschiedener Aspekte, wie den Funktionsbeschreibungen, gefördert. So konnten in der Folge die Arbeiten am künftigen Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz/Freiburg wieder aufgenommen werden.

Dank einer Vereinbarung mit dem Kanton Waadt war es möglich, dass die Berufsklassen des Konservatoriums Freiburg auf die Fachhochschulstufe wechseln und gleichzeitig als dezentraler Standort der HMS-Lausanne weiterhin in Freiburg bleiben können.

Im Zusammenhang mit der im November 2007 angekündigten Schenkung von Dr. Merkle hat der Staatsrat dem Grossen Rat die Botschaft und den Dekretsentwurf über die Eröffnung eines Verpflichtungskredits für den Erwerb und den Umbau des Gebäudes der Klinik Garcia für das Adolphe-Merkle-Institut für Nanowissenschaft-

ten übergeben. Dieses Dekret wurde am 7. Mai erlassen. Dr. Adolphe Merkle wird das Projekt mit einer weiteren Schenkung in Höhe von 10 Millionen Franken unterstützen. Die EKS-Direktorin ist Mitglied des Stiftungsrats der Adolphe-Merkle-Stiftung, der die ursprüngliche Schenkung von 100 Millionen Franken verwalten wird. Im November 2008 beschloss der Staatsrat die Schaffung eines Wissenschafts- und Technologiezentrums des Kantons Freiburg (WTZ-FR), das auf Initiative der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) in Zusammenarbeit mit der Universität, insbesondere mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und dem Adolphe-Merkle-Institut, entstanden ist. Dieses WTZ wird besonders für die KMU des Kantons eine wichtige Rolle in allen Fragen im Zusammenhang mit der Innovation, der Forschung und dem Technologietransfer spielen.

Das Institut für Mehrsprachigkeit, das seine Entstehung der Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit verdankt, hat seine Tätigkeit aufgenommen. Es ist bereits Partnerschaften eingegangen und hat Projekte mit Institutionen anderer Kantone lanciert. Obschon das Institut noch sehr jung ist, wird es in weiten Kreisen bereits als Kompetenzzentrum auf dem Gebiet der Mehrsprachigkeit anerkannt.

Der Entwurf zur Revision des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule (PHG) wird demnächst in die Vernehmlassung geschickt. Die Arbeitsgruppe, die vom Staatsrat mit der Revision des Gesetzes über die Universität betraut wurde, hat bald den ersten Teil ihrer Arbeiten abgeschlossen; diese bestanden darin, Empfehlungen zu formulieren, die – nach einer internen Vernehmlassung – als Grundlage für die Gesetzesvorlage dienen sollen.

#### 1.5 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 1

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2008
1.1	Gesetz über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (SchG, Totalrevision)	Vorarbeiten in Gang
1.2	Gesetz über den Sonderschulunterricht (Totalrevision)	Vorarbeiten in Gang
1.3	Gesetz über die kantonale Lehrmittelverwaltung (neu)	Gesetz vom 13.9.2007
1.4	Kantonales Sportgesetz (neu)	Gesetzvorentwurf in Vernehmlassung
1.5	Gesetz über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen (Totalrevision)	Gesetz am 14.2.2008 verabschiedet
1.6	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (Totalrevision)	Gesetz vom 13.12.2007

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2008
1.7	Gesetz über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (Totalrevision)	Gesetz vom 14.3.2007
1.8	Gesetz über die Universität (Totalrevision)	Vorarbeiten in Gang
1.9	Gesetz über die Pädagogische Hochschule (Totalrevision)	Vorarbeiten in Gang
1.10	Gesetz über die Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (Totalrevision: Erarbeitung eines Gesetzes über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg LHES-SO//FR)	Vorarbeiten in Gang
1.11	Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (neu)	Gesetzesentwurf dem Grossen Rat überwiesen
1.12	Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Westschweizer Schulvereinbarung (neu)	Gesetzesentwurf dem Grossen Rat überwiesen
1.13	Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (neu)	(zum Regierungsprogramm 2007-2011 hinzugefügt) Gesetzesvorentwurf in Vorbereitung

## 2. Herausforderung 2: Unsere Lebensqualität steigern

### 2.1 Die Gesundheit der Bevölkerung erhalten und fördern

Ende März hat der Staatsrat ein Kernstück der Spitalplanung des Kantons Freiburg genehmigt. Die neue Aufteilung der Aufträge der Spitäler und Privatkliniken definiert die Mittel, um dem Bedarf der Freiburger Bevölkerung gerecht zu werden. Dabei geht es in erster Linie darum, bürgernahe Pflegeleistungen zu garantieren, die nicht nur qualitativ hochstehend sondern auch wirtschaftlich sind.

Im Bereich der Prävention sind insbesondere die Arbeiten zur Pandemie Vorbereitung und die Impfkampagne gegen das humane Papillomavirus (HPV) nennenswert. Ebenfalls zu erwähnen sind im Übrigen die Arbeiten für die Ausarbeitung eines Aktionsplans, der auf dem kantonalen Plan für Gesundheitsförderung und Prävention 2007–2011 beruht. Der Aktionsplan mit den Zielen, Massnahmen, Indikatoren und den zur Umsetzung nötigen Mitteln wird Mitte 2009 zur Verfügung stehen. 2008 hat die Direktion für Gesundheit und Soziales zum ersten Mal Leistungsaufträge mit acht Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention abgeschlossen.

Diese Aufträge definieren die diesen Institutionen zugeordneten Aufgaben sowie deren Ziele und die damit verbundenen Leistungen sowie die Beziehung zwischen dem Staat und den Institutionen und deren Rolle in der Deckung des Bedarfs der Freiburger Bevölkerung. Ausserdem ermöglichen sie es, anhand von Zielen die Tätigkeiten dieser Institutionen an die im kantonalen Plan für Gesundheitsförderung und Prävention vorgesehenen Prioritäten zu binden.

### 2.2 Die beiden Gesundheitsnetze festigen

2008 konnte das freiburger spital (HFR) den Betrieb am Standort Billens nach zwei Jahren Umbauarbeiten wieder aufnehmen. Das HFR Billens bietet neben der bisherigen allgemeinen Rehabilitation neu die respiratorische Rehabilitation und bald auch die kardiovaskuläre Rehabilitation an. Die Abteilung für allgemeine Chirurgie im HFR Meyriez wurde am 31. Dezember 2008 geschlossen und eine Permanence wurde eingerichtet. Im Einsatz stehen Allgemeinmediziner mit längerer Berufs- und Notfallenerfahrung, die sich um die Versorgung von Notfall-Patienten kümmern. Im HFR Freiburg – Kantons spital wurde das Angebot im Bereich der invasiven Kardiologie ausgebaut: Patientinnen und Patienten mit koronaren Herzkrankheiten können nun rund um die Uhr aufgenommen werden. Das freiburger spital verfügt ferner über ein Angebot in Neuropädiatrie: Mit der Anstellung einer Fachärztin konnte die Lücke in der neuropädiatrischen Versorgung im Kanton geschlossen werden.

Anfang 2008 hat ausserdem das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) seine Tätigkeit aufgenommen. Es vereint unter sich das ehemalige Kantonale Psychiatrische Spital Marsens, den ehemaligen Psychosozialen Dienst sowie den ehemaligen Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst. Auch das Direktionssteam des FNPG hat seine Arbeit aufgenommen und bereitet den Ausbau des Netzes vor. Dabei verfolgt es die folgenden Ziele: Eröffnung einer Tagesklinik in Freiburg, ambulante Konsultationen an mehreren Standorten und allgemeine Einführung der Liaison-Psychiatrie in den Pflegeheimen.

### 2.3 Das Management der Lebensmittelsicherheit vereinheitlichen

Die Umsetzung des Gesetzes über die Lebensmittelsicherheit, das vom Grossen Rat am 13. Juni 2007 genehmigt worden war, wurde fortgesetzt und der Staat hat das Personal, das für die Kontrolle der Fleischhygiene zuständig ist und das bisher von den Gemeinden gestellt war, übernommen. Die Verwaltung der Aufgaben in diesem Bereich obliegt nun dem Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (vormals: Veterinäramt, VetA), unter der Verantwortung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD), dem das neue Amt angeschlossen ist. Die «administrative» Zuweisung des Kantonalen Laboratoriums und des

Veterinärämtes ist per 1. Juli 2008 in Kraft getreten, weil bis jetzt noch kein passendes Gebäude gefunden wurde, konnten die beiden Einheiten jedoch leider noch nicht unter einem Dach vereint werden. Mit der geplanten Renovierung der Gebäude, in denen das Autobahnamt untergebracht ist, wird jedoch weiterhin daran gearbeitet. Im Rahmen des Gesetzes über die Lebensmittelsicherheit ist in dieser Planung auch die Einbindung einer zentralisierten Laborstruktur vorgesehen.

## 2.4 Die Betreuung unserer schwächeren Mitmenschen überprüfen

Die Verfassung sieht die Unterstützung von verletzlichen und abhängigen Personen vor. Wie diese Unterstützung konkret aussehen könnte, wird gegenwärtig in mehreren Bereichen untersucht: kantonales System für die berufliche und soziale Eingliederung, einheitliches massgebendes Einkommen (EME), betagte Personen und Betreuung von abhängigen Personen. Im Bericht über die umfassende Alterspolitik an den Grossen Rat wird die Ausarbeitung eines Rahmengesetzes angekündigt.

Was die Probleme in Zusammenhang mit der Prostitution betrifft, so wurde Anfang 2008 ein Kooperationsmechanismus gegen Menschenhandel eingerichtet. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass dieser Mechanismus auf zufriedenstellende Art und Weise die Kooperation zwischen den verschiedenen Stellen und den zuständigen kantonalen Behörden verbindlich festlegt. Im Übrigen wurde ein Gesetzesvorentwurf über die Ausübung der Prostitution ausgearbeitet, der demnächst in die Vernehmlassung gegeben werden soll.

## 2.5 Die künstlerischen und sportlichen Tätigkeiten fördern

### 2.5.1 Förderung der Verbreitung freiburgischen Kunstschaffens im Kanton und im Ausland

Im Verlaufe des Jahres 2008 wurde beschlossen, die Aufführungen von Bühnen- oder Musikproduktionen innerhalb des Kantonsgebiets zu unterstützen. Was die Aufführungen im Ausland betrifft, so hat der Kanton am 12. Februar 2008 eine Vereinbarung über die kulturelle Zusammenarbeit mit der Region Elsass unterzeichnet, deren Ziel es ist, wechselseitige Aufführungen, Koproduktionen und den Austausch zwischen den kulturellen Akteuren der beiden Regionen zu fördern.

### 2.5.2 Gründung eines professionellen Kammerorchesters

Infolge des Entscheids des Staatsrats, die Gründung eines professionellen Kammerorchesters im Kanton zu unterstützen, wurde am 4. Februar 2008 der Verein «Freiburger Kammerorchester» (FKO) gegründet. Zum Präsidenten des Vereins wurde Claude Grandjean, alt Staatsrat, ernannt. Das FKO, das sich zurzeit noch im

Aufbau befindet, wird am 3. Mai 2009 im Saal CO2 von La Tour-de-Trême sein Eröffnungskonzert geben.

### 2.5.3 Die sportlichen Tätigkeiten fördern

Der Staatsrat hat einen Vorentwurf eines Gesetzes über den Sport in die Vernehmlassung gegeben. Die Ergebnisse werden für 2009 erwartet. Was die Sportinfrastrukturen betrifft, so haben die Arbeiten der Sportanlage St. Leonhard, deren Subventionierung Gegenstand eines Dekrets des Grossen Rates war, begonnen. Der Staatsrat hat ferner das Prinzip einer finanziellen Beteiligung am Bau eines gedeckten Olympiabeckens in Freiburg im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft, bei der auch die Gemeinden miteinbezogen sind, angenommen.

## 2.6 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 2

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2008
2.1	Ausführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Teilrevision)	Gesetz am 4.12.2008 angenommen
2.2	Gesetz über die Schulzahn-pflege und -prophylaxe (Totalrevision)	Vorstudien im Gang
2.3	Ausführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Tierschutz (Totalrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen
2.4	Gesundheitsgesetz (Teilrevision)	Entwurf dem Grossen Rat überwiesen
2.5	Gesetz über das Trinkwasser (Totalrevision)	Vorstudien im Gang
2.6	Gesetz über die Prostitution (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
2.7	Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
2.8	Gesetz über behinderte Menschen (neu)	Vorstudien im Gang
2.9	Gesetz über betagte Menschen (neu)	Vorstudien im Gang

## 3. Herausforderung 3: Das Zusammenleben verbessern

### 3.1 Die Familienpolitik festigen

Die Ausarbeitung einer Familienpolitik wurde im Rahmen mehrerer Projekte weitergeführt. Was die Stärkung der materiellen Sicherheit von Familien betrifft, so wurde das kantonale Gesetz über die Familienzulagen an das neue Bundesrecht angepasst. Eine weitere Revisionsetappe, in der das in der Kantonsverfassung verankerte Prinzip «ein Kind - eine Zulage» umgesetzt



werden soll, ist in Vorbereitung. Ebenfalls im Rahmen der Umsetzung der neuen Verfassung wurde ein Gesetzesvorentwurf über die Mutterschaftsbeiträge in die Vernehmlassung gegeben. Über die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien in bescheidenen Verhältnissen werden gegenwärtig Vorstudien durchgeführt. Im Bemühen darum, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu vereinfachen, wurde ein erster Vorentwurf eines neuen Gesetzes über die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter ausgearbeitet und ergänzende Studien wurden lanciert, namentlich zu den finanziellen Aspekten. Zudem wird im Rahmen der Schaffung einer «sozialen Anlaufstelle», die zurzeit in Planung ist, eine Verbesserung der Information und Beratung der Familien geprüft. Der Familienordner wird gegenwärtig überarbeitet und im Laufe des Jahres wurde damit begonnen, den Ordner ins Netz zu stellen. Das Jugendreglement hat Ende Jahr letzte Änderungen erfahren, bevor es an den Staatsrat überwiesen wurde. Seine Annahme wird es dem Staatsrat unter anderem erlauben, eine beratende Kommission zu ernennen.

### **3.2 Die Zweisprachigkeit als Stärke des Kantons hervorheben**

Im Laufe des Jahres 2008 hat die EKSD einen Entwurf eines kantonalen Konzepts für den Sprachunterricht, das den Bereich des obligatorischen Unterrichts abdeckt, ausgearbeitet. Dieser Entwurf wird dem Staatsrat im Januar 2009 unterbreitet und anschliessend in die Vernehmlassung gegeben werden. Mit diesem Konzept soll der Erwerb der Partnersprache sowie weiterer Fremdsprachen vom Kindergarten bis zur Orientierungsschule gefördert werden. Dieses ehrgeizige Projekt, bei dem die Umsetzbarkeit im Vordergrund steht, sieht vor, alle Möglichkeiten für den Erwerb und die Vertiefung von Sprachkenntnissen zu nutzen. Das Konzept, ein Impulsprojekt für einen zweisprachigen Kanton, beinhaltet neun Vorschläge, wie der Erwerb funktionaler Kenntnisse einer Partnersprache gefördert werden soll.

Der Stiftungsrat der vom Staat im November 2007 geschaffenen Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit wurde im Januar 2008 gebildet. Die Vorsteherin der EKSD hat das Präsidium des Stiftungsrats inne. Das Institut für Mehrsprachigkeit konnte in den von der Pädagogischen Hochschule zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten eingerichtet werden. Es hat bereits erste Forschungsaufträge erhalten. Die Vorsteherin der EKSD hat mit den anderen zweisprachigen Kantonen sowie dem Kanton Tessin Kontakt aufgenommen, um eine Zusammenarbeit vorzuschlagen. Mit dem Kanton Wallis wurde vereinbart, die Möglichkeit einer Zusammenarbeit des freiburgischen Instituts mit der Stiftung «Universitäre Fernstudien, Schweiz (FS-CH)» in Brig zu prüfen.

### **3.3 Migrantinnen und Migranten integrieren**

Die starke demografische Entwicklung des Kantons Freiburg äussert sich unter anderem in einem bedeutenden Zustrom von Ausländerinnen und Ausländern, die in die Gesellschaft und die Arbeitswelt integriert werden müssen. Der Staatsrat hat 2008 ein kantonales Leitbild und einen Aktionsplan 2008–2011 für die Integration von Migrantinnen und Migranten verabschiedet. Darin werden die kantonale Politik im Bereich Integration von Migrantinnen und Migranten dargelegt und die Handlungsprioritäten für die kommenden Jahre definiert. In einer ersten Phase soll der Schwerpunkt auf die Förderung des Erlernens der Amtssprachen, die Veröffentlichung einer Informationsbroschüre für neu zugewanderte Personen und die Ausarbeitung eines kantonalen Gesetzes über die Integration von Migrantinnen und Migranten gelegt werden. Für vorläufig in der Schweiz aufgenommene Personen wurden besondere Integrationsmassnahmen verabschiedet. Ziel dieser Massnahmen ist, die Eigenständigkeit der betreffenden Personen zu fördern, indem sie Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, gesellschaftliche Beziehungen entwickeln und die Sprache erlernen.

### **3.4 Territoriale Strukturen an die Entwicklung der Gesellschaft anpassen**

Gemäss dem Auftrag, der ihr auf ihren ersten Bericht hin übertragen wurde, hat die Projektorganisation ihre Arbeiten weiterverfolgt. Zur Erinnerung, der Auftrag der Projektorganisation besteht im Wesentlichen darin:

- mit der Prüfung einer neuen Einteilung der Bezirke fortzufahren;
- der Option, die die Schaffung von drei Bezirken vorsieht, den Vorrang einzuräumen;
- die Gesetzgebung über die Oberamtswahlkreise zu überprüfen, insbesondere unter dem Aspekt ihrer Stellung und ihrer Zuständigkeiten;
- die Aufteilung der Wahlkreise zu überprüfen.

Der Lenkungsausschuss ist während dem Berichtsjahr ungefähr einmal pro Monat zusammengetreten und konnte seine Überprüfungen abschliessen. Diese werden als Grundlage für einen Bericht dienen, der gegenwärtig in Arbeit ist. Der Bericht sollte Ende Juni 2009 vorliegen.

### **3.5 Das Kantonszentrum stärken**

Bei der Abstimmung vom 1. Juni 2008 haben die Stimmbürger der betreffenden Gemeinden den von der konstituierenden Versammlung am 22. November 2007 verabschiedeten Statutenentwurf für die Agglomeration Freiburg angenommen. Die Agglomeration Freiburg ist somit zustande gekommen. Die konstituierende Sitzung fand am 30. September 2008 statt; die Mitglieder der Organe dieser Körperschaft sind bezeichnet und die Organisation ihres Vorstands ist genehmigt worden.

### 3.6 Die finanziellen Unterschiede zwischen den Gemeinden verringern

Die Arbeiten zur Reform des Finanzausgleichs wurden 2008 weitergeführt und ein Gesetzesvorentwurf wurde mit dem dazugehörigen erläuternden Bericht bis Ende April 2008 in die Vernehmlassung gegeben. Bei dieser Vernehmlassung hat sich gezeigt, dass die verwendeten Zahlen auf den neuesten Stand gebracht werden und die gesamten Finanzflüsse neu analysiert werden müssen. Der Entwurf wurde daher überarbeitet und die im Rahmen der Vernehmlassung geäusserten Bemerkungen wurden berücksichtigt. Ende 2008 waren sämtliche Überprüfungen abgeschlossen und der Entwurf konnte bei verschiedenen Dienststellen der Kantonsverwaltung in eine interne Vernehmlassung gegeben werden.

Was die Neugestaltung des Finanzausgleichs und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) betrifft, so sind die ersten Programmvereinbarungen unterzeichnet worden. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die finanziellen Auswirkungen der NFA auf den Staat und die Gemeinden 2010 einer erneuten Prüfung unterzogen werden sollen.

### 3.7 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 3

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2008
3.1	Gesetz über die Mutterschaftsbeiträge (Totalrevision)	Gesetzesvorentwurf in der Vernehmlassung
3.2	Gesetz über die Betreuung von Kindern im Vorschulalter (Totalrevision)	Gesetzesvorentwurf in Arbeit
3.3	Kantonales Gesetz über die Familienzulagen (Totalrevision)	1. Etappe abgeschlossen (Gesetz am 8.10.2008 angenommen); 2. Etappe (Umsetzung von Art. 60 Abs. 1 KV) lanciert
3.4	Gesetz über Ergänzungsleistungen für Familien in bescheidenen Verhältnissen (neu)	Gesetzesvorentwurf in Arbeit
3.5	Gesetz über die Unterhaltsbeiträge (neu)	Arbeiten noch nicht begonnen
3.6	Gesetz über die Zahl und den Umfang der Verwaltungsbezirke (Totalrevision)	2. Phase der Vorstudie im Gang
3.7	Gesetz über die Oberamtsmänner (Totalrevision)	Vorstudien im Gang
3.8	Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte (Teilrevision)	Vorstudien im Gang

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2008
3.9	Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (neu)	Anpassung des Vorentwurfs an die Vernehmlassungsergebnisse
3.10	Gesetz über die Integration von Migrantinnen und Migranten (neu)	Vorstudien im Gang
3.11	Anpassung von Gesetzen in den Bereichen, die von der NFA berührt werden	Gesetz vom 12.6.2007

## 4. Herausforderung 4: Unseren Lebensraum erhalten

### 4.1 Die gesetzlichen Grundlagen für die Raumplanung modernisieren

Am 2. Dezember 2008 verabschiedete der Grosse Rat das neue Raumplanungs- und Baugesetz (RPBG). Das neue Gesetz übernimmt die Elemente des geltenden Gesetzes, die sich bisher bewährt haben, und nimmt eine Optimierung der Verfahren vor. Das Gesetz verlangt für die Einreichung von Planungsdossiers und Baugesuchen einen Befähigungsnachweis. Der strategische Charakter der Raumplanung wird gestärkt, indem die Regionalplanung, die freiwillig bleibt, mehr Bedeutung erhält. Es werden neue Instrumente eingeführt, die den Gemeinden eine bessere Bewirtschaftung ihrer Bauzonen erlauben (Stärkung der kommunalen Richtplanung, Instrumente zur Bekämpfung der Baulandhortung). Die alleinige Kompetenz des Gemeinderats zur Annahme des Ortsplans wird beibehalten. Nicht zuletzt führt das neue Gesetz auch ein neues System für die Materialausbeutung ein, die eine effizientere Bearbeitung der Dossiers und eine bessere Kontrolle des Betriebs erlaubt.

Das Ausführungsreglements zum neuen RPBG ist in Ausarbeitung und dürfte im Frühjahr 2009 in die Vernehmlassung gegeben werden. Das Gesetz und sein Ausführungsreglement, das gegenwärtig in Ausarbeitung ist, sollen gleichzeitig am 1. Januar 2010 in Kraft treten.

### 4.2 Umwelt und Natur schützen

Bei der Beratung des Gesetzes über die Lebensmittelsicherheit im Jahr 2007 verlangte der Grosse Rat, dass der Entwurf des Gewässergesetzes, der 2006 in Vernehmlassung gegeben worden war, mit einem Kapitel zum Trinkwasser ergänzt werde. Nachdem aber das Kantonale Laboratorium der ILFD unterstellt und mit dem Veterinäramt zum Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen zusammengelegt wurde, setzte sich die ILFD dafür ein, dass das Trinkwasser Gegenstand einer eigenen Spezialgesetzgebung bleibt. So wurde der Gesetzesentwurf erneut angepasst. Dieser soll noch im Jahr 2009 dem Grossen Rat unterbreitet werden.

Der neue, vom Staatsrat genehmigte Massnahmenplan Luftreinhaltung ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Dieser Massnahmenplan dient der Koordination aller Anstrengungen gegen die Luftverschmutzung und sieht Massnahmen in den Bereichen Verbrennungsanlagen, Agglomerationsverkehr, Siedlungsentwicklung und Landwirtschaft vor. Er ist eine wichtige Grundlage für die Richtpläne der Agglomerationen. Im Bereich der Mobilität wurden der Massnahmenplan und der kantonale Verkehrsplan aufeinander abgestimmt.

Die Umsetzung der Strassenlärmenschutzmassnahmen wird neu im Rahmen von Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kanton geregelt. Über dieses Instrument wird der Kanton bedeutende Bundesbeiträge für die Verwirklichung der entsprechenden Projekte erhalten. Für die Verwirklichung des Kantonsstrassenprogramms hat der Grosse Rat am 2. September 2008 einen Verpflichtungskredit von 6 Millionen Franken gutgeheissen.

Im Bereich der Altlasten ist die Veröffentlichung am 15. Oktober 2008 des Katasters der belasteten Standorte im Kanton Freiburg zu erwähnen, der über das Geportal des Kantons eingesehen werden kann. Der Kanton Freiburg ist der 11. Kanton, der einen solchen Kataster publiziert. Gleichzeitig wurden die Untersuchungs-, Überwachungs- und Sanierungsarbeiten bei den heikelsten Standorten fortgeführt. Für die ehemalige Deponie La Pila wurden zahlreiche technische Detailuntersuchungen durchgeführt, die unabdingbar sind für die Ausarbeitung eines Sanierungsprojekts.

Gegenwärtig wird am Vorentwurf des Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz gearbeitet, mit dem der Schutz auf Kantonsebene organisiert und die Finanzierung der Schutzmassnahmen unter Berücksichtigung des geltenden Rechts (Subventionsgesetz, NFA usw.) sichergestellt werden sollen. Das Projekt des Regionalen Naturparks «Gruyère-Pays d'Enhaut» kommt gut voran. Die Unterschutzstellung und der Unterhalt der Biotope, Auen und Moorlandschaften von nationaler Bedeutung erfolgt wie vorgesehen.

Die Kartografierung der Naturgefahren im Mittelland ist gegenwärtig im Gang. Diese Arbeit wird zwischen mehreren Dienststellen des Staats (namentlich Bau- und Raumplanungsamt; Amt für Wald, Wild und Fischerei; sowie Tiefbauamt, Sektion Gewässer) koordiniert.

Die Waldeigentümerinnen und -eigentümer werden auch weiterhin bei der Schaffung und Bewahrung der Waldfunktionen, die im Interesse der Allgemeinheit sind, unterstützt. In diesen Bereich fallen namentlich der Unterhalt der Schutzwälder und der Gewässerschutzbauten sowie die Sicherstellung der Erholungsfunktion der Wälder.

### 4.3 Erneuerbare Energien fördern

Ende 2007 hat der Staatsrat die Volkswirtschaftsdirektion (VWD) beauftragt, Vorschläge für eine aktive Politik zugunsten der erneuerbaren Energien und einer ratio-

nellen Energienutzung auszuarbeiten. Im Rahmen dieser Arbeiten konnten sich die wichtigsten Akteure der kantonalen Energieszene in zwei Anhörungen zu den gemachten Analysen äussern. Im Dezember 2008 wurde dem Staatsrat ein erster Bericht vorgelegt. In der ersten Hälfte 2009 soll auch dem Grossen Rat ein Bericht vorgelegt werden.

Angesichts der technischen Entwicklungen und neuen Einspeisevergütungen beauftragte der Staatsrat eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe mit der Überarbeitung des Windenergiekonzepts des Kantons Freiburg von 1999. Im September 2008 nahm der Staatsrat den Bericht zur Kenntnis, der bei der Revision des kantonalen Richtplans (Thema Energie) berücksichtigt werden wird.

Die Anstalten von Bellechasse haben weitere Studien zur Senkung des Energieverbrauchs und zur Eigenproduktion von Energie durchgeführt. Zusammen mit dem Unternehmen Groupe E Greenwatt SA haben sie ein Projekt zur Biogasproduktion ausgearbeitet, das 2009 verwirklicht werden soll.

Das Landwirtschaftliche Institut Grangeneuve (LIG) gründete zusammen mit der Groupe E und dem Freiburgischen Bauernverband eine Vereinigung zur Förderung der erneuerbaren Energien (Association pour la promotion des énergies renouvelables, APER), schloss eine Vereinbarung ab mit der Genossenschaft Ökostrom, deren Aufgabe die Verwaltung des Biomasse-Markts ist, und verwirklichte fünf Pilotbetriebe zur Produktion von Warmwasser über thermische Solaranlagen.

### 4.4 Die Mobilität der Freiburger überdenken

Der Staatsrat gab der Volkswirtschaftsdirektion im Juli 2008 den Auftrag, einen Aktionsplan und eine Organisation für die Verwirklichung eines freiburgischen S-Bahn-Netzes (S-Bahn FR) zu erstellen, um so die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu steigern und die wirtschaftliche Position des Kantons zu stärken.

Auf der Grundlage des Programms zur Verwirklichung des kantonalen Verkehrsplans wurden die Arbeiten zur Förderung von Fahrzeuggemeinschaften und des Car Sharing im Jahr 2008 fortgesetzt. Die Koordinationsgruppe für Verkehr, in der die direkt vom Verkehr betroffenen Dienststellen vertreten sind (Amt für Verkehr und Energie, Tiefbauamt, Bau- und Raumplanungsamt, Amt für Umwelt), hat ihre Arbeiten zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die Anpassung der administrativen Strukturen weitergeführt. Damit sollen die komplexen Probleme im Bereich der Mobilität effizienter angegangen werden können.

### 4.5 Eine kantonale Struktur für nachhaltige Entwicklung schaffen

Der Staatsrat hat die nachhaltige Entwicklung in seinem Beschluss vom 3. Juni 2008 formell der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion zugeteilt. Zur Erfüllung

dieses wichtigen Staatsziels wird ein Verantwortlicher oder eine Verantwortliche für die nachhaltige Entwicklung eingestellt werden. Damit wird ein erster Schritt in Richtung Schaffung einer kantonalen Struktur für nachhaltige Entwicklung getan.

#### 4.6 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 4

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2008
4.1	Raumplanungs- und Baugesetz (Totalrevision)	Gesetz am 02.12.2008 verabschiedet
4.2	Naturschutzgesetz (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
4.3	Gesetzgebung über den Transport und die Verteilung von Erdgas (Totalrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen
4.4	Strassengesetz (Totalrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen
4.5	Verkehrsgesetz (Totalrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen
4.6	Gewässergesetz (Totalrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung

### 5. Herausforderung 5: Die Wirtschaft stärken und den Kanton positionieren

#### 5.1 Das Konzept «High Tech in the Green» konsolidieren

Die Politik des qualitativen Wachstums gemäss dem Konzept «Hightech in the Green» hat 2008 eine Wende hin zum Konkreten gemacht. Nach dem Inkrafttreten des revidierten Gesetzes über die Wirtschaftsförderung hat der Staatsrat die Anpassung des kantonalen Rechts gemäss den Bestimmungen der neuen Regionalpolitik des Bundes weitergeführt. Demzufolge haben Bund und Kanton ein kantonales Umsetzungsprogramm für die neue Regionalpolitik 2008–2011 unterzeichnet. Der Staatsrat hat das Reglement über den Wirtschaftsförderungs-Fonds verabschiedet und der Grosse Rat hat ausserdem für die erwähnte Zeitspanne das Dekret über Verpflichtungskredite nach dem Gesetz über die Wirtschaftsförderung angenommen. Auf dieser Grundlage hat der Staatsrat zwei innovative Projekte angenommen, die durch den genannten Fonds finanziert werden:

- Die Innovationsplattform (INNO-FR), ein von Fri Up verwaltetes Projekt, soll einerseits die Innovationskapazität bestehender Unternehmen stärken und andererseits mehr Dynamik in die Unternehmensgründung bringen, indem mehr Projekte von Betrieben umgesetzt werden und indem der Kanton Freiburg mehr Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung schafft.
- Das Wissenschafts- und Technologiezentrum (WTZ-FR) ist eine Initiative, die in den prioritären Wirt-

schaftszweigen des Kantons Cluster generieren und fördern soll. Das Ziel des WTZ-FR ist einerseits die Förderung von vorwettbewerblichen Projekten der angewandten Forschung, die den Industriepartnern der Cluster nützlich sind, und andererseits die Gewährleistung des Technologietransfers zwischen den Clustern und von den Clustern zu allen KMU des Kantons.

#### 5.2 Den Fortbestand des Primärsektors sichern

Bei der Umsetzung des Landwirtschaftsgesetzes wurde ein erster Bericht gemäss Artikel 5 erstellt. Das Vierjahresprogramm enthält gemäss Artikel 44 des Landwirtschaftsreglements vom 27. März 2007 insbesondere die folgenden Elemente:

- einen Lagebericht;
- einen Überblick über die Entwicklung der Agrarpolitik des Bundes;
- die Entwicklungsperspektiven, die Ziele und die dafür notwendigen Mittel.

Dieser Bericht wird demnächst in die Vernehmlassung geschickt.

Ferner wurde eine ausführliche Studie in den Bereichen «Landwirtschaft und Umwelt» gemacht. Nach einer Zustandsanalyse erörtert diese Studie mehrere Projekte, wie Umweltaspekte besser berücksichtigt und gleichzeitig die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Rentabilität begrenzt werden können.

Nicht zuletzt wurden verschiedene Projekte zur Entwicklung der erneuerbaren Energien im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Produktion sowohl technisch als auch wirtschaftlich gefördert. Ihre Machbarkeit wurde nachgewiesen und einige können sehr kurzfristig umgesetzt werden.

Die Schaffung von wirtschaftlich lebensfähigen Waldstrukturen ist in der Abschlussphase und die positive Entwicklung des Holzmarkts lässt auf eher günstige Perspektiven schliessen.

In diesem Sinn wurden nach der Einführung der neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) die ersten Programmvereinbarungen mit den verschiedenen Stellen unterzeichnet.

#### 5.3 Stellensuchende wieder eingliedern

Die Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden 2008 fortgesetzt. Die Arbeitslosenquote des Kantons, die zu Jahresbeginn bei 2,9% lag, sank im Juni auf 2,1%, stieg jedoch anschliessend wieder an. Ende Dezember, nach den ersten Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt, lag sie bei 3%.

Die Revision der kantonalen Arbeitsgesetzgebung wurde weitergeführt. Aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und der Ergebnisse einer Studie über die Wirksamkeit der kantonalen Massnahmen zur Wiedereingliederung wurde die Vorlage entsprechend angepasst. Ein entsprechender Gesetzesentwurf kann dem

Grossen Rat 2009 vorgelegt werden. Damit die Umsetzung des eidgenössischen Rechts über die Bekämpfung von Schwarzarbeit gewährleistet wird, hat der Grosse Rat eine kantonale Strategie für 2008 und 2009 in diesem Bereich festgelegt.

#### 5.4 Die interkantonale und internationale Zusammenarbeit verstärken

Der Kanton Freiburg hat sich insbesondere bei der interkantonalen Zusammenarbeit viel stärker beteiligt, aufgrund des Eintretens der neuen Regionalpolitik. Diese Beteiligung erfolgt über die Wirtschaftsförderung. Der Kanton hat sich zudem an den thematischen Plattformen (Life Science, Informationstechnologien, Mikro- und Nanotechnologien) beteiligt, die unter der Leitung der Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz stehen.

Bei der internationalen Zusammenarbeit hat der Kanton namentlich verschiedene ausländische Delegationen empfangen, die im Rahmen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz angereist waren. Bei der Versammlung der Regionen Europas (VRE) hat der Volkswirtschaftsdirektor den Kanton Freiburg in der Schweizer Delegation vertreten, die an der Sitzung des Vorstandes und des Ständigen Ausschusses für Institutionelle Angelegenheiten teilgenommen hat. Die Beteiligung des Kantons an einigen Projekten der VRE wurde verstärkt. Dies kam insbesondere dem Projekt Eurodyssee zugute: Dem VRE wurden im Amt für Berufsbildung Fachkräfte zur Verfügung gestellt und zu der Sommeruniversität der VRE wurde eine Freiburger Delegation entsandt. Der Kanton Freiburg ist ausserdem ein Partner des Programms Interreg VI Frankreich-Schweiz und hat 2008 bestätigt, dass er sich im Rahmen der neuen Regionalpolitik an drei grenzüberschreitenden Projekten beteiligen wird.

#### 5.5 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 5

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2008
5.1	Gesetz über die Wirtschaftsförderung (Teilrevision)	Gesetz vom 14.12.2007
5.2	Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (Totalrevision)	Gesetzesvorentwurf in der Vernehmlassung
5.3	«Convention des conventions» (Totalrevision)	Vertragsentwurf bei der parlamentarischen Kommission in Prüfung

### 6. Herausforderung 6: Sicherheit durch Bürgernähe und eine leistungsfähige Gerichtsorganisation

#### 6.1 Die bürgernahe Polizei überall einführen

Die bürgernahe Polizei ist seit 2004 in der Agglomeration Freiburg tätig. Sie hat zum Zweck, die Sicherheit zu verbessern und setzt dabei auf drei Schwerpunkte: vermehrte Präsenz in risikobehafteten Zonen; regelmässige Kontakte mit der Bevölkerung; partnerschaftliche Ansätze zur Lösung von Problemen.

Im Rahmen einer Motion Ducotterd/de Reyff hat der Staatsrat dem Grossen Rat im Juni 2008 einen Gesetzesentwurf zur Ausdehnung der bürgernahen Polizei auf das gesamte Kantonsgebiet unterbreitet.

Nach Annahme dieses Gesetzes erfolgten die ersten Arbeiten zu dessen Umsetzung. Dabei standen folgende Aspekte im Vordergrund:

- Unterteilung des Kantonsgebiets in Sektoren und Quartiere.
- Detaillierte Organisation der bürgernahen Polizei innerhalb der Sektoren und Quartiere.
- Ausbildungskonzepte für Kader und Beamte der bürgernahen Polizei.
- Auswahl der Kader.

Des Weiteren wurden Studien durchgeführt, um einerseits die Aufgaben und Zuständigkeiten der Ortspolizeien zu präzisieren und andererseits für jene Beamte der Ortspolizei, die dies wünschen, deren Integration in die Kantonspolizei vorzubereiten.

#### 6.2 Die Justiz neu organisieren und die Verfahren vereinheitlichen

Die in der Kantonsverfassung vorgesehene Neuorganisation wurde weitergeführt. Der Justizrat hat am 1. Januar seine Aufsichtstätigkeit über die Gerichtsbehörden und ihre Mitglieder aufgenommen. Das vereinte Kantonsgericht hat gestützt auf das Gesetz vom 14. November 2007 seine neue Organisation eingeführt. Im Juli 2008 wurde sodann der Architekturwettbewerb für den Umbau des Augustinerpriorats, welches in Zukunft das Kantonsgericht beherbergen wird, lanciert. Insgesamt sind 17 Projekte eingegangen; die Jury hat ihren Bericht zu Ende des Jahres abgeliefert.

Die Arbeiten zur Einführung der neuen eidgenössischen Prozessordnungen, deren Inkrafttreten um ein Jahr verschoben und neu auf den 1. Januar 2011 festgesetzt wurde, wurden ebenfalls weitergeführt. Für den strafrechtlichen Teil wurde ein erster Bericht veröffentlicht, welcher die weiteren Optionen vorstellt.

Daneben wurde auch mit den Arbeiten zur Totalrevision des Gesetzes über die Gerichtsorganisation begonnen.

### 6.3 Die Haftstrukturen an die Entwicklung der Bedürfnisse anpassen

Die Zunahme der Anzahl Einzuweisender, die Diversifizierung der Haftregimes und die bessere Betreuung der Insassen haben zur Folge, dass der Bedarf an Plätzen sowohl bei der Untersuchungshaft als auch beim Straf- und Massnahmenvollzug gestiegen ist. Um diesem Bedarf Rechnung zu tragen, erstellt der Kanton Freiburg in Bellechasse eine neue Anstalt mit 40 Plätzen. Das Bauvorhaben wurde vom Grossen Rat im November 2006 gutgeheissen und umfasst auch eine Sporthalle, die sämtlichen Insassen der Anstalten von Bellechasse zur Verfügung stehen wird. Die Arbeiten gingen planmässig voran, so dass die neue Anstalt wie vorgesehen im Frühjahr 2010 in Betrieb genommen werden kann. Des Weiteren soll im Zentralgefängnis in Freiburg eine halboffene Abteilung entstehen; die entsprechenden Planungsarbeiten wurden Ende 2008 abgeschlossen. Die neue Abteilung wird somit ab Ende 2009 19 Personen im erleichterten Strafvollzug aufnehmen (Halbgefangenschaft, Arbeitsexternat) aufnehmen können.

### 6.4 Katastrophen verhüten und auf Notsituationen vorbereitet sein

Das Gesetz über den Bevölkerungsschutz ist seit dem 1. Januar 2008 in Kraft und verpflichtet den Staat und die Gemeinden, die nötigen Massnahmen zur Bewältigung von Katastrophen und Notlagen zu ergreifen. Das kantonale Führungsorgan wurde ins Leben gerufen und hat seine Arbeit aufgenommen. Gleichzeitig wurden auch bereits die ersten kommunalen und interkommunalen Führungsorgane geschaffen.

Neue Gesetzesbestimmungen, die den Schutz vor Naturkatastrophen verbessern sollen, wurden ferner in den Bereichen des Erdbebenschutzes, des Schutzwaldes und der Schutz- und Stabilisierungsbauten verabschiedet.

In praktischer Hinsicht wurde die Vorbereitung von Massnahmen bei Grossereignissen weitergeführt; dabei wurden mehrere Übungen durchgeführt. Die Einsatzgruppe Sanität verfügt neu über ein Sanitätsfahrzeug, welches gemeinsam mit dem Kanton Waadt erworben wurde und in Payerne stationiert ist. Die Dokumentation zum Kernkraftwerk Mühleberg wurde aktualisiert und den Gemeindebehörden sowie den Unternehmen in der besonders betroffenen Zone vorgestellt.

Das Projekt «Feuerwehr 2010 – FRIFIRE», welches die Organisation, die Ausrüstung und die Ausbildung der Feuerwehren an die neuen Anforderungen anpassen soll, ist in eine neue Phase getreten: so wurden Normen festgelegt, Bedürfnisse identifiziert und Massnahmen vorgeschlagen, namentlich hinsichtlich der Verfügbarkeit, der Mobilität und des Atemschutzes; die Prüfung und die Realisierung von Zusammenlegungen von Feuerwehrkorps haben in allen Bezirken Fortschritte gemacht; zudem wurden die Gemeinden und die Feuerwehrverbände umfassend informiert.

### 6.5 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 6

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2008
6.1	Gesetz über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie (neu)	Gesetz vom 11.05.2007
6.2	Gesetz über die Organisation des Kantonsgerichts (neu)	Gesetz vom 14.11.2007
6.3	Gesetz zur Einführung des Zivilprozesses des Bundes (neu)	Vorentwurf in Bearbeitung
6.4	Gesetz zur Einführung des Strafprozesses des Bundes (neu)	Vorentwurf in Bearbeitung
6.5	Einführungsgesetz zur Gesetzgebung des Bundes über den Kindes- und Erwachsenenschutz (Totalrevision des Vormundschaftsrechts) (neu)	Arbeiten noch nicht begonnen
6.6	Einführungsgesetz zum Gesetz über das Bundesgericht (Verwaltungsverfahren) (neu)	Gesetz vom 9.10.2008
6.7	Gesetz zur Schaffung eines Gerichts für Familienangelegenheiten (neu)	Vorarbeiten in Gang
6.8	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Totalrevision)	Vorarbeiten in Gang
6.9	<i>Gesetz über den Datenschutz (Teilrevision)</i>	(siehe 7.3)
6.10	Gesetz über die Videoüberwachung (neu)	Vorentwurf in Bearbeitung
6.11	<i>Gesetz über die Einwohnerkontrolle (Totalrevision)</i>	(siehe 7.1)
6.12	Ausführungsgesetz zur Ausländergesetzgebung des Bundes (Totalrevision)	Gesetz vom 13.11.2007
6.13	Gesetz über den Bevölkerungsschutz (neu)	Gesetz vom 13.12.2007
6.14	Gesetz betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden (Teilrevision)	Vorarbeiten in Gang
6.15	Gesetz über die Gerichtsorganisation (Totalrevision)	(nachträglich ins Programm 2007–2011 aufgenommen) Vorarbeiten in Gang
6.16	Gesetz über die Mietgerichtsbarkeit – Teilrevision (neu)	(nachträglich ins Programm 2007–2011 aufgenommen) Arbeiten noch nicht begonnen

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2008
6.17	Situation von Kindern und jugendlichen Erwachsenen im Verfahren (Art. 29 Abs. 5 KV)	(nachträglich ins Programm 2007–2011 aufgenommen) Arbeiten noch nicht begonnen
6.18	Unentgeltliche Rechtspflege (Art. 29 Abs. 4 KV)	(nachträglich ins Programm 2007–2011 aufgenommen) Arbeiten noch nicht begonnen

## 7. Herausforderung 7: Näher zum Bürger und weniger Steuern

### 7.1 Die Leistungen für die Bürger und die Gemeinden verbessern

Mit mehreren Projekten sollen die Beziehungen zu den Bürgerinnen und Bürgern verbessert und die Beziehungen zu den Gemeinden verstärkt werden. Die verstärkte Zusammenarbeit mit den Gemeinden zur Harmonisierung der Informatiksysteme wurde 2008 fortgesetzt.

Das Projekt der Harmonisierung der Einwohnerregister ist 2008 in seine Hauptphase getreten, und zwar mit der Vorbereitung der Registerharmonisierungsarbeiten in den Gemeinden (2008 sind zwei Präsentationsveranstaltungen für die zuständigen Verantwortlichen der Einwohnerkontrolle in den Gemeinden durchgeführt worden), der Anschaffung einer Software respektive Einführung einer kantonalen Plattform, mit der die Daten der Gemeindegister aufgenommen und konsolidiert werden können, sowie der Vernehmlassung zum Vorentwurf des Gesetzes über die Einwohnerregister. Für die Finanzierung dieses Grossprojekts hat der Staatsrat dem Grossen Rat einen Verpflichtungskredit von 4 242 200 Franken beantragt.

Das Projekt zur Einrichtung einer Informatikplattform für die Bearbeitung und Verwaltung der Baubewilligungen (Projekt DATEC: Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen) war 2008 im Aufbau. Es wurde ein erster Prototyp vorgestellt, und die Produktivsetzung in den betroffenen Dienststellen des Staates ist für das Frühjahr 2009 und in den grossen Gemeinden für Ende Sommer geplant.

Das Projekt umfasst:

- die Verwaltung der Vorgesuche, Gesuche für Baugenehmigungen, Heizungen und elektrische Anlagen, DBP (Detailbebauungsplan), OP (Ortsplan) und andere Arten von Gesuchen;
- die Übernahme aller Daten der aktuellen Anwendung zur Verwaltung der Baubewilligungsgesuche (jeweils aktueller Stand der Dossiers);
- die Übernahme der OP-Daten;
- die Einrichtung eines Links/einer Schnittstelle mit einem GIS-System (Geoinformationssystem);

e) einen Link/eine Schnittstelle mit dem SAP-System (Buchhaltung) der Finanzverwaltung;

f) die Anfragen für Gutachten unter Dienststellen;

g) die Schnittstelle mit dem System der allgemeinen Dokumentenverwaltung des Staates Freiburg – Abfrage über Internet.

Die Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs wurden fortgesetzt, und Ende 2008 war das eidgenössische Grundbuch für 136 623 der 205 041 Grundstücke im Kanton angelegt. Nach Abschluss dieser Arbeiten ist das Grundbuch wirklich mit öffentlichem Glauben ausgestattet, insofern als es vollständig und bereinigt ist. 125 805 Grundstücke sind ausserdem vollständig im Informatiksystem erfasst; dadurch sind sie einerseits über Internet zugänglich (Intercapi, RFpublic), und andererseits verringert sich die Bearbeitungszeit für die Mutationen und Ausstellung von Grundbuchauszügen erheblich.

Der Staatsrat hat am 26. August 2008 den Entwurf des Gesetzes über die Information und den Zugang zu Dokumenten verabschiedet und dem Grossen Rat überwiesen. Dieser Entwurf war von November 2007 bis Ende Februar 2008 in der Vernehmlassung.

Der Grosse Rat hat im Mai 2008 eine Änderung des Gesetzes über den Datenschutz verabschiedet. Diese Änderung, die die Befugnisse der entsprechenden Aufsichtsbehörde stärkt, entspricht den Anforderungen des internationalen Rechts, insbesondere den Schengen/Dublin-Abkommen. Sie ist am 1. Dezember 2008 in Kraft getreten.

Für die Schaffung einer Schlichtungsstelle bei der Verwaltung ist ein Gesetzesvorentwurf bei den zuständigen Dienststellen geprüft worden.

### 7.2 Die interne Arbeitsweise der Verwaltung optimieren

Im EDV-Bereich befinden sich 42 Projekte zur Optimierung der Strukturen und der Arbeitsweise der Verwaltung in der Planungs-, Ausarbeitungs- oder Realisierungsphase. 2008 sind 23 Vorstudien durchgeführt worden.

Was die Informatik bei der Harmonisierung der Personenregister betrifft, konnten 2008 die funktionellen und technischen Anforderungen abgeschlossen, die öffentliche Ausschreibung vorgenommen und die Lösung ausgewählt werden. Auf der kantonalen Informatikplattform werden die Daten aller kommunalen Einwohnerregister zusammengeführt und damit der Datenaustausch zwischen den betreffenden kommunalen und kantonalen Behörden erleichtert. Das Projekt wird auch als Grundlage für die Harmonisierung des Gebäuderegisters und des Stimmregisters dienen.

Das Projekt zur Harmonisierung der Informationssysteme für die Verwaltung des administrativen Umfelds und der Steuerung der Schulen befindet sich in der Initialisierungsphase: Es wurden ein Informatikprojektleiter

und ein Verantwortlicher Business Solution angestellt und die Gesamtprojektleitung konstituiert.

Die elektronische Kommunikationsplattform (PlatCom) ist in Betrieb. Über diese Plattform können verschiedenen Partnern und Nutzern (Dienststellen des Staates, Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger) vertrauliche Informationen in standardisierter und gesicherter Form zur Verfügung gestellt werden. Sie wird bereits heute für die Übermittlung von Steuerdaten an die Gemeinden (über 50 angeschlossene Gemeinden) und für die Steuererklärungen der juristischen Personen eingesetzt. Weitere Dienstleistungen wie der Zugriff der Gemeinden auf ihr Kontokorrent werden geprüft.

Die Realisierung des Aktionsplans des strategischen Leitbilds bezüglich der elektronischen Dokumentenverwaltung und Archivierung beziehungsweise die schrittweise Einsetzung dieser strategischen Plattform hat begonnen. Auf dieser Informatikplattform wird ein Geschäftsverwaltungssystem laufen, das gemäss GEVER-Standard (Geschäftsverwaltung) des Bundes in der Lage ist, die vollständige und systematische Ablage sämtlicher geschäftsrelevanter Dokumente der Kantonsverwaltung prozessorientiert sicherzustellen. Das entsprechende Werkzeug muss zahlreiche Aufgaben erfüllen, insbesondere Prozessführung von Vorgängen, Organisationsablauf der Aktenführung d.h. unter anderem Weiterleitung zur ablaufrechtlichen Bearbeitung an die verschiedenen Arbeitsplätze oder die verschiedenen Einheiten, Überwachung der Bearbeitungsprioritäten, Fristenverwaltung, Ablaufsynchronisation und Auslösen der Alarmfunktionen. Diese Plattform ist ein wichtiger Baustein für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien für den internen und externen Behördenverkehr, so dass in Zukunft die internen und externen Geschäfte der Kantonsverwaltung vermehrt elektronisch und automatisiert abgewickelt werden können. Mit dem Pilotprojekt, das die Verwaltung der Geschäfte der Staatskanzlei betraf, gab es aufgrund der ungenügenden Kompetenzen der über eine öffentliche Ausschreibung ausgewählten zuständigen Firma grosse Schwierigkeiten. Obwohl die finanziellen Interessen des Staates vollumfänglich gewahrt bleiben konnten, wirkte sich der Abbruch dieses Vorhabens nicht nur auf die Fristen des Projekts der Staatskanzlei aus, sondern hatte auch grosse Änderungen bei der Planung der anderen Projekte zur Folge, die von der Plattform abhängen, die mit dem Projekt der Staatskanzlei hätte eingerichtet werden sollen. Die Rolle des Pilotprojekts wurde den Projekten DATEC (Verwaltung der Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen) und ARPA (Bevorschussung und Einforderung von Alimenten) übertragen.

Ende 2008 wurde im Projekt «Analyse der staatlichen Leistungen» die Erstellung der Leistungskataloge abgeschlossen. Im Rahmen dieses Projekts wurden 125 Organisationseinheiten (hauptsächlich die Verwaltungseinheiten der Direktionen, der Staatskanzlei und der

richterlichen Behörde sowie einige dezentrale Einheiten in den Bezirken) analysiert. Die entsprechenden Vorschläge der Organisationseinheiten wurden zusammen mit der Stellungnahme der zuständigen Direktion dem Staatsrat überwiesen, der die Vorschläge zurzeit prüft.

Im Rahmen der Optimierung der Personalführungsinstrumente wurde 2008 namentlich ein Care Management lanciert (individuelle Betreuung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in Schwierigkeiten oder wegen Krankheit oder Unfall abwesend sind), in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Wirtschaft (HSW) und dem Weiterbildungs- und Informatikzentrum (WIZ) die Weiterbildung des Staatspersonals neu organisiert und den Anstellungsbehörden Eignungstests für Stellenbewerber zur Verfügung gestellt. Der Staatsrat hat ausserdem den Entwurf eines Arbeitszeitreglements in die Vernehmlassung geschickt, das eine grössere Flexibilisierung auf diesem Gebiet bringen soll. Alle diese Massnahmen sind im Tätigkeitsbericht des Amtes für Personal und Organisation ausführlicher beschrieben.

Der Einsatz der Finanzverwaltungssoftware SAP wurde 2008 weiter ausgebaut, namentlich mit der Einrichtung des Fakturierungsmoduls bei den Bezirksgerichten und der vollständigen Überarbeitung der Fakturierung der Hundesteuer.

Mit dem Inkrafttreten der Verordnung vom 20. Mai 2008 über die leistungsorientierte Führung konnten die Grundsätze für die Umsetzung der leistungsorientierten Führung bestimmt werden, namentlich die Voraussetzungen, die die Verwaltungseinheiten für die leistungsorientierte Führung erfüllen müssen. 2008 wurde für drei Einheiten ein Evaluationsbericht verfasst. Die leistungsorientierte Führung wird nach und nach in immer mehr Einheiten eingeführt.

### 7.3 Als Arbeitgeber attraktiv bleiben

Um punkto Lohnbedingungen attraktiv zu bleiben, hat der Staatsrat für 2008 den vollen Teuerungsausgleich (1,8%) und eine Reallohnerrhöhung von rund 0,2% gewährt. Im Hinblick auf wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen hat der Staatsrat nach Anhörung des Personals und der Sozialpartner beschlossen, fünf zusätzliche Ferientage zu gewähren, das heisst drei Ferientage mehr im Jahr 2009 und zwei weitere Tage im Jahr 2011. So werden die Mitarbeitenden vom 20. bis zum vollendeten 49. Altersjahr 2009 und 2010 Anspruch auf 23 Ferientage (statt 20 Tage) und die Mitarbeitenden vom 50. bis zum vollendeten 59. Altersjahr Anspruch auf 28 Ferientage (statt 25 Tage) haben. Die über 60-Jährigen haben weiterhin Anspruch auf 30 Ferientage. Die zweite Etappe der Erhöhung der Feriendauer wird 2011 abgeschlossen (25 Tage für die Mitarbeitenden von 20 bis 49, 28 Tage von 50 bis 57 und 30 Tage ab 58). Für das Lehrpersonal wurden im Grundsatz Kompensationsmassnahmen beschlossen, die vom Staatsrat 2009 konkretisiert werden sollen.



Die für 2008 geplante Vernehmlassung für den Vorentwurf des neuen Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals konnte nicht durchgeführt werden, da die Änderungen an der eidgenössischen Gesetzgebung über die berufliche Vorsorge und insbesondere an derjenigen über die öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen in den eidgenössischen Räten noch immer in Beratung stehen.

#### 7.4 Gewährleistung eines nachhaltigen Gleichgewichts bei den Staatsfinanzen

Die Ergebnisse des Voranschlags 2009 entsprechen voll und ganz dem Ziel eines nachhaltig ausgeglichenen Staatshaushalts. Darüber hinaus ist darin schon eine Steuersenkung berücksichtigt, die rascher als ursprünglich geplant erfolgt ist, wie auch eine Zunahme der Nettoinvestitionen des Staates um einen Drittel, ein erweitertes Leistungsangebot und eine Realloohnerhöhung für die Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst.

Die periodische Überprüfung der auf die im Finanzplan 2007–2011 umschriebenen sechs Massnahmenswerpunkte ausgerichteten Vorschläge ist erfolgt. Diese Arbeiten werden im Rahmen der Finanzplanaktualisierung für den Zeitraum 2010–2013, mit der der Staatsrat im April 2009 beginnen wird, sehr nützlich sein. Es ist nämlich damit zu rechnen, dass die Einhaltung der Verfassungsvorschrift des ausgeglichenen Haushalts bei der Aufstellung der nächsten Voranschläge problematisch sein wird.

#### 7.5 Senkung der Steuerlast

In der Legislaturperiode 2007–2011 wollte der Staatsrat bei der Steuersenkung den Schwerpunkt darauf legen, die Steuerfüsse der Einkommenssteuer (1.1.2007: 106,6%) und der Vermögenssteuer (1.1.2007: 108,9%) der natürlichen Personen und der Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen (1.1.2007: 108,9%) bis Ende der Legislaturperiode auf 100% zu senken. Ein erster Schritt wurde mit der Annahme des Gesetzes vom 15. November 2007 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2008 durch den Grossen Rat getan, wonach alle Steuerfüsse auf 103% gesenkt wurden. Der zweite Schritt erfolgte mit der Annahme des Gesetzes vom 5. November 2008 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2009 durch den Grossen Rat, wonach alle Steuerfüsse auf 100% gesenkt wurden. Ausserdem wurde 2008 mit der Annahme des Gesetzes vom 5. September 2008 zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern durch den Grossen Rat ein weiteres Steuererleichterungsvorhaben zum Abschluss gebracht. Die Änderungen betreffen in der Hauptsache den ersten Teil der Unternehmenssteuerreform II (im Wesentlichen Teilbesteuerung der Dividenden), den vollen Ausgleich der kalten Progression sowie höhere Sozialbzüge und günstigere Steuertarife. Das vom Staatsrat

angekündigte Steuersenkungsziel ist damit nach der Hälfte der Legislaturperiode schon erreicht.

#### 7.6 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 7

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2008
7.1	Gesetz über die Einwohnerkontrolle (Totalrevision)	Gesetzesvorentwurf in der Vernehmlassung
7.2	Informationsgesetz (neu)	Gesetzesentwurf bei der parlamentarischen Kommission in Prüfung
7.3	Gesetz über den Datenschutz (Teilrevision)	Gesetz vom 8.05.2008
7.4	Gesetz über den Finanzhaushalt des Staates (Teilrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen
7.5	Gesetz über die Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg (Totalrevision)	Gesetzesvorentwurf bereit für die Vernehmlassung, es werden aber noch die Entscheide der eidgenössischen Räte im Zusammenhang mit der Revision des Gesetzes über die berufliche Vorsorge abgewartet
7.6	Gesetz über die direkten Kantonssteuern (Teilrevisionen)	Teilrevision am 5.9.2008 angenommen; künftige Revisionen in Vorbereitung
7.7	Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuern (Totalrevision)	Gesetz vom 14.9.2007
7.8	Gesetz über die amtliche Vermessung (Teilrevision)	Vorstudien im Gang
7.9	Gesetz zur Änderung gewisser Bestimmungen über die leistungsorientierte Führung (neu)	Gesetz vom 13.9.2007
7.10	Jährliche Gesetze über den Steuerfuss der Steuern auf dem Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und auf dem Gewinn und dem Kapital der juristischen Personen (Totalrevision)	Gesetze vom 15.11.2007 und 5.11.2008
7.11	Dekret zur Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion in den Anstalten von Bellechasse (neu)	Projekt aufgegeben (Verpflichtungskredit nicht notwendig; Kredite werden im Rahmen des Voranschlags beantragt)

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2008
7.12	Dekret zur Renovation des Heims Tannenhof bei den Anstalten von Bellechasse (neu)	Vorstudien im Gang
7.13	Dekret über eine Wäscherei für die öffentlichen Spitäler des Kantons (neu)	Vorstudien im Gang
7.14	Interkantonale Vereinbarung über die Stiftungsaufsicht (neu)	Vorstudien im Gang
7.15	Gesetzliche Bestimmungen über das Schlichtungsverfahren bei der Verwaltung (neu)	Gesetzesvorentwurf ausgearbeitet

## IV. STAATSRATSJAHR

### 1. Sitzungen

Der Staatsrat hielt 53 Sitzungen, davon waren 4 vollständig für die Prüfung des Voranschlags des Staates Freiburg für das Jahr 2009 reserviert. Er erliess rund 1436 Beschlüsse (60 Sitzungen und 1450 Beschlüsse 2007). Er erliess 64 neue Reglemente und Verordnungen und 38 Teilrevisionen von bestehenden Reglementen und Verordnungen (62 und 28). Er überwies 30 Gesetzesentwürfe (23), 24 Dekretsentwürfe (15) und 27 Berichte (9) an den Grossen Rat. Er beantwortete 86 Anfragen (80), 17 Postulate (22) und 40 Motionen (20) von Grossrätinnen und Grossräten. Die neuen parlamentarischen Vorstösse, nämlich Aufträge, parlamentarische Initiativen und Volksmotionen machten 4, 1 und 3 Antworten des Staatsrats nötig.

### 2. Arbeitstreffen

Der Staatsrat hat den Regierungsrat des Kantons Bern und den Staatsrat des Kantons Neuenburg zu Arbeitssitzungen empfangen. Bei diesen Begegnungen wurden unter anderem die Zusammenarbeit zwischen frimobil und libero, die Spitalplanung, der Entwurf für das Raumkonzept Schweiz, die Kontrolle des Bonny-Beschlusses und der neue Sachplan Strassen angesprochen. Der Staatsrat traf sich ebenfalls zu Arbeitstagen mit dem Gemeinderat von Freiburg und dem Vorstand des Freiburger Gemeindeverbandes. Die traditionelle Arbeitstagung mit den Oberamtännern fand im Seebezirk statt. Das jährliche Treffen mit den höheren Kader der Kantonsverwaltung wurde in der OS2 in La Tour-de-Trême und im Schloss Greyerz organisiert. Wie jedes Jahr hat die Regierung verschiedene Freiburger Unternehmen besucht und so ihren ständigen Bemühungen um die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Kantons Ausdruck gegeben.

### 3. Traditionelle Veranstaltungen

Der Staatsrat überbrachte seine Neujahrswünsche den Präsidenten des Grossen Rates, des Kantonsgerichts, den Vertretern des Bistums, der Katholischen kirchlichen Körperschaft, der Evangelisch-reformierten Kirche, der Israelitischen Glaubensgemeinschaft sowie dem Dekan des Domkapitels der Kathedrale St. Nikolaus. Er hat an folgenden traditionellen weltlichen und kirchlichen Feierlichkeiten und Anlässen teilgenommen: Hochamt an Ostern, Gedenkfeier zur Schlacht bei Murten, Solennität in Murten, Feier zum eidgenössischen Buss- und Bettag, Feier in Memoriam, Europatag und Dies Academicus der Universität Freiburg sowie Weihnachtsmesse. Er nahm auch an der Fronleichnamfeier in der Stadt Freiburg teil und durfte dabei Bundespräsident Pascal Couchepin empfangen. Der Staatsrat hat auf Einladung der religiösen Gemeinschaften an folgenden Essen teilgenommen: am Faschachtsdonnerstag im Franziskanerkloster, an den Mittfasten im Kapuzinerkloster und am Andachtsessen in der Abtei Altenryf. Der Staatsrat hat die ehemaligen Mitglieder der Regierung, die alt Staatskanzler und den alt Vizekanzler mit ihren Ehegatten zu einem gemütlichen Beisammensein eingeladen. Ebenfalls zu den entspannteren Anlässen gehörte die Teilnahme des Staatsrats am Wintersporttag des Grossen Rates.

### 4. Besuche und Empfänge

Nach der Wahl zum Präsidenten des Ständerats wurde Alain Berset offiziell in seinem Kanton empfangen. Der Extrazug mit dem frisch gewählten Präsidenten, dem Bundespräsidenten und den Gästen der Freiburger Regierung hielt in Kerzers und in Belfaux – erstere Gemeinde liegt im Heimatbezirk von Alain Berset, letztere ist seine Wohngemeinde –, bevor er den Bahnhof Freiburg erreichte. Ein Umzug mit traditionellen Motiven führte durch die Stadt Freiburg zum Rathausplatz, wo der offizielle Festakt stattfand. Das Festbankett mit Jazz-Begleitung wurde im Pfarreizentrum Belfaux serviert. Diese Veranstaltung wurde vom Staatsrat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Freiburg, Belfaux und Kerzers und mit dem Oberamt und dem Regionalverband des Seebezirks organisiert. Anlässlich seiner «Schulreise» wurde der Bundesrat vom Staatsrat im Rebgut Les Faverges im Lauvaux empfangen, das im Besitz des Staates Freiburg steht; der Waadtländer Staatsrat wurde ebenfalls an dieser Veranstaltung beteiligt. Zwei protokollarische Besuche fanden statt: Die Regierung empfing den Botschafter Italiens in der Schweiz und den Leiter der Delegation der Europäischen Kommission für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein. Anlässlich eines offiziellen Besuches in der Schweiz stattete auch der Minister für Aussenhandel der Vereinigten Arabischen Emirate der Regierung einen Besuch ab. Der Staatsrat wurde von der Regierung des Kantons St. Gallen zu einem offiziellen Besuch eingeladen und empfing die Regierung des Kantons Basel-Landschaft zu einem offiziellen Besuch;

dabei wurde auch ein Ausflug ins Weingut Les Faverges im Lavaux, das dem Staat Freiburg gehört, organisiert. Die Auflösung des Wahlkollegiums wurde auch mit einem Anlass begangen. Die Regierung empfing Botschafter Martin Dahinden, Direktor der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, und zu Ehren von Freiburgern, die zu hohen Funktionen ernannt wurden, wurden Empfänge organisiert: Korpskommandant Dominique Andrey, Chef des Heeres, und Philippe Guex, Botschafter der Schweiz im Grossherzogtum Luxemburg. Der Staatsrat hat Nicolas Deiss, Oberamtmann des Saanebezirks von 1997 bis 2008, offiziell verabschiedet. Bei einem Training der französischen Fussballnationalmannschaft im Lussy-Stadion in Châtel-St-Denis traf er die Direktoren der französischen Unternehmen, die im Kanton Freiburg ansässig sind. Er nahm an den Veranstaltungen im Rahmen des 22. Internationalen Filmfestivals und des Internationalen Orgelfestivals in Freiburg teil. Auf Einladung des Vereins Produkte aus dem Freiburgerland begleitete er die Freiburger Delegation für die Landwirtschaftsmesse in Paris; bei dieser Gelegenheit besuchte er auch den grossen Markt von Rungis, der täglich die Bevölkerung von Paris und Umgebung versorgt, was mehr als 18 Millionen Einwohnern entspricht. Auf Einladung des Unternehmens Michelin Conception et Développement besuchte der Staatsrat auch den Automobilsalon in Paris und war beim Stand dieses Unternehmens anwesend, als serienmässig hergestellte Autos mit aktiven Whiles-Rädern als Weltpremiere vorgestellt wurden.

## 5. Hundertjährige

Anlässlich ihres Eintritts in das 100. Lebensjahr haben 17 Freiburgerinnen und Freiburger Besuch von einem Mitglied des Staatsrats und das traditionelle Geschenk der Regierung erhalten.

# V. AUSSENBEZIEHUNGEN

## 1. Konferenz der Kantonsregierungen

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hielt 2008 vier Plenarversammlungen ab, an denen der Staatsratspräsident teilnahm. Von den wichtigsten behandelten Themen seien an dieser Stelle erwähnt: die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA), die Nationale Föderalismuskonferenz, das Haus der Kantone in Bern und der Standpunkt der Kantonsregierungen in der Europapolitik.

## 2. ch Stiftung

Die ch Stiftung setzt ihre Arbeit zur Aufwertung der Zusammenarbeit zwischen den Kulturen, den Sprachen und den Regionen des Landes fort. Der Direktor der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft ist seit 2000 Mitglied des Stiftungsrates. Er sitzt auch im Führungsausschuss.

Das Jahr 2008 war dadurch gekennzeichnet, dass die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) am 1. Januar in Kraft getreten ist. Die NFA wirkt sich auf eine Reihe von Erlassen aus. Es brauchte an die 15 Jahre, um dieses Vorgehen auszuarbeiten, das eine wirkliche Reform des Föderalismus darstellt, indem das Subsidiaritätsprinzip, das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz und die neuen Formen der Zusammenarbeit in die Verfassung aufgenommen wurden. Tatsächlich wurde die ganze Konstruktion des Finanzausgleichs zwischen Gemeinwesen von Grund auf überarbeitet.

Ein weiteres Ereignis kennzeichnete die Entwicklung des Föderalismus in der Schweiz: die offizielle Eröffnung des Hauses der Kantone in Bern am 18. August; mit diesem Haus soll die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen auf politischer und technischer Ebene geleitet werden. Die Sekretariate der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK), der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren und -direktoren (GDK), der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen (SODK) sowie meherer ihnen angegliederten Organisationen sind in das Haus der Kantone an der Speichergasse 6 in Bern eingezogen. Diese Vereinigung der Konferenzen unter einem Dach verstärkt die Präsenz der Kantone in Bern, und damit kann eine wesentliche Wegmarke in der Entwicklung des kooperativen Föderalismus gesetzt werden.

Die 2. nationale Föderalismuskonferenz am 27. und 28. März in Baden bildete das dritte grössere Ereignis des Jahres. Das Treffen stand unter dem Titel «Der Schweizer Föderalismus unter Effizienzdruck: Was sind die Perspektiven?». Um die 300 Personen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung nahmen an diesem Ereignis teil.

Als Nachfolgerin des Direktors der ch Stiftung, Canisius Braun, der zum Staatskanzler des Kantons St. Gallen gewählt wurde, hat der Führungsausschuss der ch Stiftung Sandra Meissen bezeichnet. Frau Meissen ist Doktor der Rechtswissenschaft und Anwältin; sie wurde am 17. November vom Führungsausschuss einstimmig gewählt, und die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen hat bestätigt, dass die neue Direktorin der ch Stiftung wie bisher auch Generalsekretärin der KdK wurde.

## 3. Direktorenkonferenzen

Der Staatsrat engagiert sich sehr in den Strukturen, aber auch in den Tätigkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen. So wirken alle Mitglieder des Staatsrats in den Direktorenkonferenzen auf Landesebene mit. Eines seiner Mitglieder ist Präsidentin einer Konferenz,

und 5 sind Vorstands- oder Büromitglieder nationaler Konferenzen.

<i>Direktorenkonferenzen auf Landesebene</i>	<i>Vertretung des Staatsrats</i>	<i>Funktion</i>
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	Präsident/in des Staatsrats	Mitglied
Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)	Vorsteher der RUBD	Mitglied
Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)	Vorsteher der VWD	Vorstandsmitglied
Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)	Vorsteher der VWD	Mitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	Vorsteherin der EKSD	Präsidentin
Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK)	Vorsteher der FIND	Vorstandsmitglied
Konferenz der kantonalen Forstdirektoren (FoDK)	Vorsteher der ILFD	Vorstandsmitglied
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	Vorsteher der SJD	Mitglied
Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren (LDK)	Vorsteher der ILFD	Mitglied des Büros
Schweizerische Konferenz der Kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren	Vorsteher der SJD	Mitglied
Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK)	Vorsteherin der GSD	Vorstandsmitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)	Vorsteherin GSD	Mitglied
Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)	Vorsteher der VWD	Mitglied
Tripartite Konferenz Bund – Kantone – Städte	Direktor ILFD	Mitglied
Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Mitglied

Der Staatsrat ist in folgenden regionalen Konferenzen der Schweiz vertreten.

<i>Regionalkonferenzen der Schweiz, in denen der Kanton Freiburg vertreten ist</i>	<i>Vertretung des Staatsrats</i>	<i>Funktion</i>
Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)	SR-Präsident/in	Mitglied
Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweiz und der Kantone Bern und Tessin	Direktor FIND	Mitglied
Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der Westschweiz und des Tessin (CIIP)	Direktorin EKSD	Mitglied
Nordwestschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)	Direktorin EKSD	Mitglied
Erziehungsdirektorenkonferenz der Deutschschweiz (D-EDK)	Direktorin EKSD	Mitglied
Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz der Westschweiz und des Tessin (CLDJP)	Direktor SJD	Mitglied
Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der Westschweiz und des Tessin (CLASS)	Direktorin GSD	Mitglied
Konferenz der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektoren der Westschweiz und des Tessin (CDTAPSOL)	Direktor RUBD	Mitglied
Westschweizer Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (CTSO)	Direktor VWD	Mitglied
Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz (CDEP-SO)	Direktor VWD	Mitglied
Konferenz der Militärdirektoren der Westschweiz	Direktor SJD	Mitglied

Zurzeit werden in diesen Konferenzen 16 interkantonale Vereinbarungen ausgearbeitet und verhandelt oder den Kantonsparlamenten zur Genehmigung unterbrei-

tet; sie gelten grösstenteils für das ganze Land. Jede Direktion berichtet in ihrem Teil über die laufenden interkantonalen Tätigkeiten.

	<i>Vereinbarungen (provisorischer Titel)</i>	<i>Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:</i>	<i>Betroffene Kantone</i>	<i>Zuständige Direktion</i>	<i>Betreffende Direktorenkonferenz</i>	<i>Stand am 31.12.08</i>
1	Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule («HarmoS»)	nach Beitritt von 10 Kantonen	Alle Schweizer Kantone	EKSD	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	Wird zurzeit genehmigt
2	Interkantonale Zusammenarbeitsvereinbarung für Sonderpädagogik	unbestimmt, Ablauf 2011	Alle Schweizer Kantone	EKSD	EDK	Wird zurzeit genehmigt
3	Westschweizer Schulvereinbarung	wahrscheinlich 2009	BE, FR, GE, JU, NE, VD, VS	EKSD	CIIP	Wird zurzeit genehmigt
4	Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Stipendien	unbestimmt	Alle Schweizer Kantone	EKSD	EDK	In der Diskussionsphase
5	Neue Version des RSA (Regionales Schulabkommen)	01.08.2009	AG, BL, BS, BE, FR, LU, SO, VS, ZH	EKSD	Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)	Wird zurzeit genehmigt
6	Interkantonale Vereinbarung FH Westschweiz und GS	2009-2010	BE, FR, GE, JU, NE, VD, VS	EKSD/VWD	FH Westschweiz	Vorentwurf wurde dem Bund unterbreitet
7A	Interkantonales Konkordat über die Hochschulen	2010-2011	Alle Schweizer Kantone	EKSD/VWD	Schweizerische Universitätskonferenz (SUK); Schweizerischer Fachhochschulrat (SFHR); EDK; wird auf der Grundlage des HFKG* gemacht	Wird zurzeit ausgearbeitet (in Verbindung mit dem HFKG*)
7B	Interkantonale Hochschulvereinbarung	2010-2011	Alle Schweizer Kantone	EKSD/VWD	EDK	In der Diskussionsphase (in Verbindung mit dem HFKG*)
8	Interkantonale Vereinbarung über das Viclas-System (Violent Crime Linkage Analysis System)	unbestimmt	Alle Schweizer Kantone	SJD	KKJPD	In der Diskussionsphase
9	Konkordat über die Sicherheitsunternehmen (provisorischer Titel)	unbestimmt	Alle Schweizer Kantone	SJD	KKJPD	In der Vernehmlassung bei den Kantonen
10	Konkordat zur Schaffung von Massnahmen gegen die Gewalt an Sportveranstaltungen	01.01.2010	Alle Schweizer Kantone	SJD	KKJPD	In der kantonsinternen Vernehmlassung
11	Westschweizer Konkordat über den Handel mit Hanf	unbestimmt	Alle Westschweizer Kantone und das Tessin	SJD	CLDJP	In der Diskussionsphase
12	Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Baubegriffe und Messweisen (IVHB)	01.01.2010	Alle Schweizer Kantone	RUBD	BPUK	Genehmigung beendet (Inkrafttreten hängt vom RPBG** ab)

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktorenkonferenz	Stand am 31.12.08
13	Vertrag über die Mitwirkung der Parla- mente ParlV	2010	FR, GE, JU, NE, VD, VS	ILFD/SK	WRK	In der Vernehmlassung bei der interparlamenta- rischen Kommission
14	Interkantonale Ver- einbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)	unbestimmt	Alle Schweizer Kantone	GSD	SODK	Wird zurzeit genehmigt
15	Vereinbarung über das Interkantonale Spital der Broye (HIB)	01.01.2011	FR, VD	GSD	Keine Konferenz	Wird zurzeit ausgear- beitet

\* HFKG: Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich

\*\* RPBG: Raumplanungs- und Baugesetz

In den Bereichen Gesundheit und Soziales werden die Änderungen der Interkantonalen Vereinbarung vom 13. Dezember 2002 für soziale Einrichtungen (IVSE) (SGF 834.0.4) Anfang 2009 dem Staatsrat und dann dem Grossen Rat unterbreitet.

#### 4. Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale; CGSO)

Die Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (WRK) ist 2008 viermal zusammengetreten. Die WRK hat sich mit der Entwicklung von gewissen Angelegenheiten des Bundes beschäftigt, insbesondere mit der zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB), der Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen und dem Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung».

Ende 2007 hat die WRK den Entwurf der ParlVer (Vereinbarung über die Mitwirkung der Kantonsparlamente beim Erlass und beim Vollzug von interkantonalen Vereinbarungen und von Verträgen der Kantone mit dem Ausland) verabschiedet, die die «Convention des conventions» ersetzen soll. Das Geschäft wurde einer interparlamentarischen Kommission unterbreitet, und diese hat den Entwurf 2008 geprüft. Sie dürfte der WRK ihre Stellungnahme Anfang 2009 bekanntgeben. Der Entwurf wird anschliessend von der WRK überarbeitet, bevor er von den Kantonsregierungen formal erlassen wird, zum Schluss wird er dann noch von den Kantonsparlamenten genehmigt; diese Genehmigung könnte 2010 geschehen.

#### 5. Bilaterale Treffen zwischen Regierungen

Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Regierungen wird durch regelmässige Treffen mit den Regierungen der Nachbarkantone unterstrichen. 2008 hat der Staats-

rat die Regierungen der Kantone Bern und Neuenburg empfangen.

#### 6. Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständeräten und zu den Bundesbehörden

An den vier Begegnungen zwischen dem Staatsrat und den Freiburger National- und Ständeräten, die 2008 organisiert wurden, konnte die Zusammenarbeit, namentlich bei den Angelegenheiten, die für den Kanton vordringlich sind, fortgesetzt und intensiviert werden. Unter den Geschäften, die geprüft und aufmerksam verfolgt wurden, kann man die Investitionen des Bundes für den öffentlichen und den Privatverkehr, SBB-Cargo und die Entwicklung der Finanz- und Steuerpolitik des Bundes nennen. Besondere Treffen zu aktuellen Themen von Delegationen des Staatsrats und der Freiburger National- und Ständeräte mit den Bundesräten und Amtsvorstehern wurden organisiert.

#### 7. Vernehmlassungen des Bundes

Der Staatsrat hat auf 77 Vernehmlassungsverfahren des Parlaments und des Bundesrats, der eidgenössischen Departemente und der Bundesämter, der Konferenz der Kantonsregierungen oder verschiedener Konferenzen kantonalen Departementvorsteher geantwortet.

Titel	für die Vernehmlassung verantwortliches Organ
Bundesgesetz über die Organisation der Strafbehörden des Bundes	EJPD
Nationales Programm Ernährung und Bewegung 2008–2012	EDI
Nationales Programm Alkohol 2008 – 2012	EDI
Politik zur Integration der Ausländerinnen und Ausländer. Umfrage zur Umsetzung des Informationsauftrags gemäss Art. 56 AuG	KdK

<i>Titel</i>	<i>für die Vernehmlassung verantwortliches Organ</i>	<i>Titel</i>	<i>für die Vernehmlassung verantwortliches Organ</i>
Flugplatz Payerne: Verordnung über die Versuchsflüge im Rahmen des Projekts <i>Solar Impulse</i>	UVEK/BAZL	Teilrevision des Bundesgesetzes über die Forschung	EVD
Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG)	EDI/EDA	06.463 Parlamentarische Initiative «Steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien»	SPK-NR
Änderung der Luftreinhalte-Verordnung im Bereich Baustellen	UVEK	Nationales Programm Tabak 2008–2012 (NPT 2008-2012)	EDI/BAG
Verordnung über das Informationssystem für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V)	EVD	Verfassungsartikel <i>Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung</i>	KdK
Konzessionsgesuch für die Veranstaltung von UKW-Radio- und regionalen Fernsehprogrammen	UVEK/BAKOM	Bericht «Möglichkeiten und Grenzen kantonaler Agglomerationspolitik»	KdK
Verordnung über die eidgenössischen Prüfungen der universitären Medizinalberufe (Prüfungsverordnung MedBG)	EDI	Krankenversicherungsverordnung (KVV). Verordnung über die Kostenermittlung und die Leistungserfassung durch Spitäler und Pflegeheime in der Krankenversicherung (VKL). Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV)	EDI
Verordnung über das Medizinalberuferegister (Registerverordnung MedBG)	EDI	Teilrevision von 7 Verordnungen des Chemikalienrechts	EDI
NFA im Umweltbereich: Entwürfe von Programmvereinbarungen	UVEK	Erneuerung der Allgemeinverbindlichkeit des Rahmenmietvertrages für die Kantone Genf, Waadt, Wallis, Freiburg, Neuenburg und Jura. Anhörung der Kantone gemäss Artikel 10 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 23. Juni 1995 über Rahmenmietverträge und deren Allgemeinverbindlicherklärung	EVD
Verordnung über den nationalen Teil des Schengen Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro (N-SIS-Verordnung)	EJPD	Revision des Bundesgesetzes über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben und des Bundesgesetzes zum Schutz des Schweizerwappens und anderer öffentlicher Zeichen (Entwurf zur Gesetzgebungsrevision «Swissness»)	EJPD
Revision der Verordnung über die Binnenschifffahrt (BSV, SR 747.201.1)	UVEK	Änderung des Obligationenrechts (Mietvertrag)	EVD
Änderungen der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 19. Oktober 1988 (UVPV)	UVEK	Verhandlung mit der EU über ein Freihandelsabkommen im Bereich Landwirtschaft und Lebensmittel sowie in den Bereichen Gesundheit, Lebensmittelsicherheit und Produktesicherheit	KdK (EDA/EVD/EDI)
Änderungen der Verordnung vom 27. Juni 1990 über die Bezeichnung der im Bereich des Umweltschutzes sowie des Natur- und Heimatschutzes beschwerdeberechtigten Organisationen (VBO)	UVEK	Anhörung der Kantone zum Verhandlungsmandat des Bundesrats - Entwurf für eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone	KdK
Genehmigung der Weiterführung des Abkommens über die Freizügigkeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits	EJPD/EVD/EDA KdK	Totalrevision der Postgesetzgebung (Postgesetz und Postorganisationsgesetz)	UVEK
Ausdehnung des Abkommens über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999 auf die zwei neuen EU-Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien	EJPD/EVD/EDA KdK	Teilentwurf für den Fahrplan 2009	UVEK
Änderung der Verordnung über die Personbeförderungskonzession; Liberalisierung der gewerbmässigen Personentransporte zu den Tourismusgebieten; Änderungen bei den eidgenössischen Bewilligungen für den grenzüberschreitenden Verkehr	UVEK/BAV	07.492 Parlamentarische Initiative. Schutz und Nutzung der Gewässer	UREK-SR
Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes	EVD	Sachplan Starkstromleitungen - Anpassung 2008	UVEK
06.066n Ja zur Komplementärmedizin. Volksinitiative. Direkter Gegenvorschlag	SGK-NR	Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten – Zweite Stellungnahme über die Schweiz	EDA/DV
Ausführungsbestimmungen zur Agrarpolitik 2011: Zweites Verordnungspaket	EVD	07.429 Parlamentarische Initiative. Sanierung von Schiessanlagen. Verlängerung der Frist bis 2012	UREK-NR
Totalrevision des Epidemiengesetzes	EDI	Ergänzungsregel zur Schuldenbremse (Änderung Finanzhaushaltgesetz)	EFD

<i>Titel</i>	<i>für die Vernehmlassung verantwortliches Organ</i>	<i>Titel</i>	<i>für die Vernehmlassung verantwortliches Organ</i>
Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Anwendung von polizeilichem Zwang und polizeilichen Massnahmen	EJPD	Bundesgesetz über die Prüfung und Kontrolle der technischen Sicherheit (Sicherheitskontrollgesetz, SKG)	UVEK
Gesetz über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden des Bundes und denjenigen der anderen Schengen-Staaten	EJPD	Sanierung der Pensionskasse SBB: 4 Vernehmlassungsvarianten	EFD
Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI über die Vereinfachung des Informationsaustauschs zwischen Strafverfolgungsbehörden (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)	EJPD	Verordnung vom 14. Februar 2007 über die Versicherungskarte für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (VVK)	EDI
Zentrale Registrierung von Tierhaltungen mit Equiden, Hausgeflügel, Fischen oder Bienen	EVD/BVET	Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen	EFD
NFA. Anhörung zu den definitiven Zahlen der NFA für das Jahr 2009	ESKO	Teilrevision der Verordnung über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung	UVEK
Atomkraftwerk Mühleberg. Öffentliche Auflage des Gesuchs um Aufhebung der Befristung der Betriebsbewilligung vom 14. Dezember 1992, das am 25. Januar 2005 vom Unternehmen BKW FMB Energie AG eingereicht wurde	UVEK/BFE	Aufnahme von Asylbewerbern – Umfrage über die Beherbergungskapazitäten der Kantone	EJPD
Verordnung über die Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSIV) und Verordnung über die Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit (KNSV)	UVEK	WTO/GATS: Meldepflicht	KdK
Totalrevision der Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität (BMV)	EVD	Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV)	VBS
Bericht zur Schweizerischen Schifffahrtspolitik	UVEK	02.440 Parlamentarische Initiative. SchKG. Begrenzung des Konkursprivilegs für Arbeitnehmerforderungen	RK-N
Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Abgasemissionen von Schiffsmotoren auf schweizerischen Gewässern (AB-SAV)	UVEK/BAV	Schaffung einer Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft	EVD
Revision des Lugano-Übereinkommens	EJPD	Teilrevision der Biozidprodukteverordnung	EDI
Erste Teilrevision des Luftfahrtgesetzes	UVEK	Finanzierung der Vorsorgeeinrichtungen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften	KdK
Änderung des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb (UWG)	EVD	Initiative der SP für faire Steuern	KdK
Teilrevision des ZGB / Umfrage zu den Leitungskatastern	KdK	Anhang III des Abkommens über den freien Personenverkehr (FZA) – Anerkennung der Diplome. Übernahme der Richtlinie 2005/36/EG – Genehmigungsbeschluss des Bundes	KdK
Verordnung zum Volkszählungsgesetz	EDI	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1985 über die Bildung steuerbegünstigter Arbeitsbeschaffungsreserven: letzte allgemeine Befreiung	EVD
Einführung von Biometrie in Reiseausweisen	EJPD	Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend Übernahme der Richtlinie 2008/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 zur Änderung der Richtlinie 91/477/EWG über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) und Änderung des Waffengesetzes (Anpassung der Umsetzung des Schengen-Besitzstands)	EJPD
Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz	UVEK	Revision des Bundespersonalgesetz (BPG) vom 24. März 2000	EFD
Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung (Präventionsgesetz) und Bundesgesetz über das Schweizerische Institut für Prävention und Gesundheitsförderung	EDI		
Totalrevision Bundesgesetz vom 17. März 1972 über die Förderung von Turnen und Sport (RS 415.0); Bundesgesetz über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport (ISG)	VBS		



## VI. FINANZIELLE UND PERSONELLE AUSWIRKUNGEN DER VOM GROSSEN RAT IM JAHR 2008 GEFASSTEN BESCHLÜSSE

(Art. 198 Abs. 3 des Grossratsgesetzes vom 6. September 2006)

Im Laufe des Jahres 2008 hat sich der Grosse Rat zu 27 Gesetzes- und 22 Dekretsentwürfen geäussert. Rund die Hälfte der im Grossen Rat beratenen und gutgeheissenen Erlasse, nämlich 13 Gesetze und 11 Dekrete, haben keine finanziellen Auswirkungen.

Mit Vorbehalten aufgrund der Schwierigkeiten, die zum Teil einmaligen, zum Teil sich wiederholenden finanziellen Auswirkungen sowohl auf die Laufende Rechnung als auch auf die Investitionsrechnung zusammenzuzählen, können die finanziellen und personellen Auswirkungen der anderen Gesetzes- und Dekretsentwürfe wie folgt zusammengefasst werden:

### 1. Investitionsrechnung

Der Grosse Rat hat im vergangenen Jahr 6 Verpflichtungskredite gesprochen, die einem Investitions- oder Investitionsbeitragsvolumen von insgesamt 83 359 800 Franken entsprechen. Die zwei wichtigsten Vorhaben betreffen den Erwerb und Umbau des Gebäudes der Klinik Garcia (25 837 800 Franken) und die Beteiligung an der Erneuerung der Seilbahnen des Kantons (25 210 000 Franken). Dazu kommt, dass sich ein Gesetz (2. Kindergartenjahr) und ein Dekret (Wirtschaftsförderung) nicht nur auf die Laufende Rechnung, sondern auch auf die Investitionsrechnung auswirken, nämlich das Gesetz mit Beiträgen an Schulbauten (zwischen 3,1 und 6,2 Millionen Franken) und das Dekret mit der Gewährung von Darlehen in der Höhe von 11,6 Millionen Franken im Zeitraum 2008–2011.

### 2. Laufende Rechnung

Die signifikanten Auswirkungen von 14 Gesetzen und 5 Dekreten auf die Laufende Rechnung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- eine beträchtliche Zunahme der Aufwendungen für die Umsetzung der Gesetze und Dekrete betreffend das 2. Kindergartenjahr (+ 8 Millionen netto beim Personalaufwand und 60 Millionen Franken über 6 Jahre verteilt als einmaliger Beitrag), das 3. Studienjahr in Medizin (27 Millionen Franken für den Zeitraum 2009–2013), die bürgernahe Polizei (+ 4,5 Millionen Franken jährlich sobald das System vollumfänglich eingerichtet ist) und die Wirtschaftsförderung (Subventionen von 11,5 Millionen Franken für den Zeitraum 2008–2011);
- eine weitere Kantonssteuersenkung im Betrag von 47 Millionen Franken;

- eine Netto-Zunahme des Personalaufwands um 12,2 Millionen Franken im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Stellen im Staatsvoranschlag 2009;
- andere Gesetzesbestimmungen, die Mehrkosten von 5 Millionen Franken und Einnahmeneinbussen von rund 0,8 Millionen Franken zur Folge haben.

In mehreren Fällen akzentuierten die Änderungen des Grossen Rats an den Vorlagen des Staatsrats die in den Regierungsentwürfen vorgesehenen finanziellen Auswirkungen noch. So hat sich das Parlament insbesondere gegen den Grundsatz einer Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden an den Stipendien und der bürgernahen Polizei ausgesprochen, was einen Einnahmenausfall für den Staat von 3,75 Millionen Franken zur Folge hatte. Ausserdem hat der Grosse Rat den einmaligen Beitrag des Staates an die Gemeinden zur Unterstützung der Einführung des 2. Kindergartenjahres von 30 auf 60 Millionen Franken erhöht.

### 3. Im Jahr 2008 verabschiedete Gesetze und Dekrete

(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats <b>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angenommenen Entwürfe</b>			
				personell: Vollzeitäquivalente (VZÄ)	finanziell: jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken	
D	über die Einbürgerungen	48	ILFD	12.02.08		Keine finanziellen Auswirkungen	
D	über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2007	47	FIND	12.02.08		Keine finanziellen Auswirkungen	
G	über die Stipendien und Studiendarlehen	36	EKSD	14.02.08		Für die Kantonsausgaben neutral Keine Schaffung neuer Stellen <b>GR: Aufhebung der vorgesehenen Finanzierungsbeiträge der Gemeinden: – 2 500 000 Fr. erwartete Einnahmen</b>	
D	über einen Kredit für die Mitfinanzierung des Sozialplans für das von der Erteilung des Auftrags «Asylsuchende» an ein anderes Unternehmen betroffene Personal des Freiburgerischen Roten Kreuzes	46	GSD	14.02.08		höchstens + 600 000 Fr. <b>GR: Betrag auf 300 000 Fr. gekürzt</b>	
D	über die Gültigkeit der Gesetzesinitiative «Gerechte Steuerrückerstattung für alle»	45	FIND	02.04.08		Keine finanziellen Auswirkungen	
G	zur Änderung des Gesetzes über die Freiburger Kantonalbank (Mandatsdauer des Verwaltungsratspräsidenten)	54	FIND	07.05.08		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
D	über einen Verpflichtungskredit für den Erwerb und den Umbau des Gebäudes der Klinik Garcia für das Adolphe-Merkle-Institut für Nanowissenschaften	62	EKSD	07.05.08			Ausgaben: + 25 837 800 Fr.
D	zur Staatsrechnung 2007 des Kantons Freiburg	61	FIND	07.05.08		Keine finanziellen Auswirkungen	
G	zur Änderung des Gesetzes über den Datenschutz (Anpassung an das internationale Recht, insbesondere an die Abkommen von Schengen und Dublin)	56	SJD	08.05.08	+ 0.50 VZÄ	Erhöhung der Beträge für die Kommissionsarbeiten und für externe Kontrollen Aufwand: + 50 000 Fr. jährlich	
G	zur Aufhebung des Ausführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über den Militärflichtersatz	58	SJD	08.05.08		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf		Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats <b>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angenommenen Entwürfe</b>		
					personell: Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G	zur Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei (bürgernahe Polizei)	63	SJD	18.06.08	+ 38 VZÄ	Neuer Betriebsaufwand: Lohnkosten: jährlicher Bruttoaufwand zu Lasten des Staates ab 2011: + 4 200 000 Fr. Beteiligung der Gemeinden: 30% Nettoaufwand: + 2 950 000 Fr. Mietkosten: + 290 000 Fr. jährlich Anschaffung von 23 zusätzlichen Fahrzeugen: + 690 000 Fr. <b>GR: Aufhebung der Beteiligung der Gemeinden an den Lohnkosten: – 1 250 000 Fr. erwartete Einnahmen</b>	
G	über die Finanzierung der von zugelassenen privaten Anbietern ausgeführten pädagogisch-therapeutischen Massnahmen	60	EKSD	19.06.08		Zu Lasten des Staates: + 1 082 250 Fr.	
G	zur Änderung des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege (Erhöhung der zulässigen Höchstdauer des Polizeigewahrsams)	69	SJD	19.06.08		Keine finanziellen Auswirkungen	
G	zur Änderung des Gesundheitsgesetzes (Schutz gegen das Passivrauchen)	66	GSD	20.06.08	}	Die verschiedenen neuen Kontrollen in Zusammenhang mit dem Rauchverbot sowie dem Tabakverkaufsverbot könnten zusätzliches Personal erfordern (Gewerbepolizei)	
G	zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels (Tabakverkauf)	66	GSD	20.06.08			
D	über die Verfassungsinitiative «Passivrauchen und Gesundheit» (Volksabstimmung)	66	GSD	20.06.08			
D	über die Einbürgerungen	70	ILFD	20.06.08			Keine finanziellen Auswirkungen

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats <b>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angenommenen Entwürfe</b>		
				personell: Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken	finanziell: gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G	zur Änderung des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen	52	ILFD	01.07.08		Total der finanziellen Auswirkungen für den Staat im Jahr 2008 (Subventionen für Gemeindewälder und Wälder Dritter (1 986 000 Fr.) sowie die Kürzung der Bundesbeiträge zugunsten des Staates (1 020 000 Fr.): + 3 006 000 Fr.
G	über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe	67	RUBD	02.09.08		Keine finanziellen Auswirkungen
D	über einen Verpflichtungskredit für Projekte und Arbeiten zur Sanierung von Kunstbauten auf dem Kantonsstrassennetz	71	RUBD	02.09.08		Ausgaben: + 7 567 000 Fr.
D	über einen Verpflichtungskredit für Lärmsanierungen bei Kantonsstrassen (2008–2011)	74	RUBD	02.09.08		Ausgaben: + 6 000 000 Fr.
G	zur Änderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates	73	FIND	03.09.08		Finanzielle Auswirkungen nicht bezifferbar
D	über Verpflichtungskredite 2008–2011 nach dem Gesetz über die Wirtschaftsförderung	75	VWD	03.09.08		Ausgaben: + 23 100 000 Fr. (wovon 11 600 000 Fr. für rückzahlbare Darlehen)
D	über die Gesetzesinitiative «Gerechte Steuerrückerstattung für alle» (Volksabstimmung)	72	FIND	03.09.08		Keine finanziellen Auswirkungen
D	über die Einbürgerungen	86	ILFD	04.09.08		Keine finanziellen Auswirkungen
G	zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern	82	FIND	05.09.08		Ertragseinbusse: – 24 000 000 Fr.

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats <b>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angenommenen Entwürfe</b>			
				personell: Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken	
G	zur Änderung des Schulgesetzes (Kindergarten)	57	EKSD	05.09.08	+ 110 – 120 VZÄ Lehrpersonal + 4.5 VZÄ Beratungs- und Betreuungspersonal + 1.5 VZÄ für die Schuldienste	zusätzliche Lohnsumme beim Beginn: + 20 974 608 Fr. (wovon 35% zu Lasten des Staates, d.h. 7 341 113 Fr.) + 450 000 Fr. für das zusätzliche Beratungs- und Betreuungspersonal Subventionen für die Schuldienste: + 150 000 Fr.	Subventionen für die Schulbauten zu Lasten des Staates: zwischen 3 100 000 Fr. und 6 200 000 Fr.
D	über einen Beitrag des Staats an die Gemeinden für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres	57	EKSD	05.09.08			Ausgaben: + 30 000 000 Fr. (in 4 Jahresbeträgen) <b>GR:</b> <b>+ 60 000 000 Fr. (in 6 Jahresbeträgen)</b>
G	zur Verlängerung des Dekrets über die Finanzierung und den Betrieb der Anschlussklassen und der schulinternen Massnahmen	85	EKSD	08.10.08	+ 4 VZÄ 2009  + 1.6 VZÄ 2010	Bruttopersonalkosten 2009: + 430 000 Fr. Kosten zu Lasten des Staates: + 213 500 Fr. Bruttokosten 2010: + 166 000 Fr. Kosten zu Lasten des Staates: + 71 000 Fr.	
G	zur Änderung des Gesetzes über die Gemeindesteuern (Aufhebung der Personalsteuer)	78	ILFD	08.10.08		Keine neuen Ausgaben für den Staat	
G	über die Definition des landwirtschaftlichen Gewerbes für die Jahre 2008–2011	81	ILFD	08.10.08		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
G	zur Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen	87	GSD	08.10.08		Keine besonderen finanziellen Auswirkungen für den Arbeitgeber Staat Jährliche Ausgaben von + 50 000 Fr., wovon 50% zu Lasten des Staates und 50% zu Lasten der Gemeinden	
G	zur Anpassung verschiedener Gesetze an das Bundesgerichtsgesetz (Rechtsweggarantie im öffentlichen Recht)	77	SJD	09.10.08		Keine neuen Nettoausgaben. Grösserer Arbeitsaufwand	

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats <b>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angenommenen Entwürfe</b>			
				personell: Vollzeittäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken	
G	zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels	91	SJD	09.10.08		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
G	zur Änderung des Gesetzes über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern	76	FIND	09.10.08		Jährliche Einbusse bei den Steuereinnahmen von rund 100 000 Franken	
G	über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2009	101	FIND	05.11.08		Senkung der kantonalen Steuerfüsse auf 100% Ertrag: – 23 000 000 Fr.	
D	zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2009	99	FIND	05.11.08	+ 104,44 VZÄ (neue Stellen) <b>GR: +102,44 VZÄ</b>	Neue Stellen: Bruttoaufwand: + 13 100 000 Fr. Nettoaufwand: + 12 400 000 Fr. <b>GR: Bruttoaufwand: + 12 900 000 Fr. Nettoaufwand: + 12 200 000 Fr.</b>	
G	über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin	98	GSD	07.11.08		Jährliche Kosten des Vollzugs der Vereinbarung: + 450 000 Fr., von den Vereinbarungskantonen entsprechend ihrer Einwohnerzahl getragen	
D	über die Einführung des dritten Studienjahrs in Humanmedizin an der Universität Freiburg	93	EKSD	07.11.08		Von 2009–2013: + 27 376 079 Fr.	
D	über die Einreichung einer Standesinitiative bei den eidgenössischen Räten (Lebensmittelproduktion – unhaltbare Zustände in Südspanien)	80	ILFD	07.11.08		Keine finanziellen Auswirkungen	
D	über die Gewährung eines Verpflichtungskredits für den Erwerb des Gebäudes «La Timbale» und seiner Ausstattung, zurzeit Eigentum der Firma Schule für Multimedia und Kunst Freiburg AG (EMAF)	104	VWD	03.12.08			Ausgaben: + 9 150 000 Fr.
D	über eine finanzielle Beteiligung des Kantons Freiburg an der Erneuerung der Basisseilbahnen von La Berra, Charmey, Jaun, Moléson-sur-Gruyères und Schwarzsee	105	VWD	03.12.08			Ausgaben: höchstens + 25 210 000 Fr.

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats <b>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angenommenen Entwürfe</b>		
				personell: Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken	finanziell: gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G	zur Änderung des Ausführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten	100	GSD	04.12.08		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen
G	über die Sanitätsnotruf-Zentrale 144	106	GSD	04.12.08		Keine neuen finanziellen Auswirkungen
D	über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung (Tiertransport)	95	ILFD	04.12.08		Keine finanziellen Auswirkungen
D	über die Einbürgerungen	103	ILFD	04.12.08		Keine finanziellen Auswirkungen
G	zur Anpassung des Strassengesetzes an die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (Lärmschutz)	107	RUBD	05.12.08		Kein direkter Einfluss auf die Staatsfinanzen
D	über Beiträge an den Bau, den Umbau und die Erweiterung von Orientierungsschulen im Jahr 2008 und in den folgenden Jahren	97	RUBD	05.12.08		Ausgaben: + 9 595 000 Fr.

## VII. PERSONALBESTAND

<i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen</i>	<i>Rechnung 2008 VZÄ</i>	<i>Rechnung 2008 VZÄ</i>	<i>Differenz VZÄ</i>
<b>BEHÖRDEN UND DIREKTIONEN</b>	<b>9'356,92</b>	<b>9'186,19</b>	<b>170,73</b>
Gesetzgebende Behörde	6,26	4,81	1,45
Richterliche Behörde	256,91	239,85	17,06
Vollziehende Behörde	7,00	7,00	
Staatskanzlei	29,51	28,25	1,26
Direktion für Erziehung, Kultur und Sport	4'204,52	4'157,44	47,08
Sicherheits- und Justizdirektion	776,97	760,78	16,19
Direktion der Institutionen, der Land- u. Forstwirtschaft	359,86	333,61	26,25
Volkswirtschaftsdirektion	557,40	537,50	19,90
Direktion für Gesundheit und Soziales	2'420,84	2'380,71	40,13
Finanzdirektion	355,28	350,47	4,81
Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	382,37	385,77	-3,40
<b>SEKTOREN</b>	<b>9'356,92</b>	<b>9'186,19</b>	<b>170,73</b>
Zentralverwaltung	1'817,89	1'745,98	71,91
Polizei	546,68	533,21	13,47
Unterrichtswesen	4'474,08	4'417,32	56,76
Spitalwesen	2'221,47	2'187,93	33,54
Besondere Sektoren und Anstalten des Staates	296,80	301,75	-4,95

## VIII. LISTE DER PARLAMENTARISCHEN VORSTÖSSE

Laut Artikel 68 des Grossratsgesetzes vom 6. September 2006 (GRG) erstellt der Staatsrat «jedes Jahr im Rechenschaftsbericht die Liste der Vorstösse, denen er im Verlauf des Berichtsjahrs Folge gegeben hat, und macht einen kurz begründeten Bericht über den Stand der noch hängigen Motionen, Postulate und Aufträge und darüber, wie er ihnen Folge zu geben gedenkt». Der Staatsrat hat beschlossen, aus dieser Liste eine vollständige Bestandaufnahme der parlamentarischen Vorstösse, die sich in den verschiedenen Stadien der Prüfung befinden, zu machen. Die Situation entspricht dem Stand am 31. Dezember 2008.

<i>Abkürzungen</i>	
TGR	Amtliches Tagblatt der Sitzungen des Grossen Rates
SK	Staatskanzlei des Kantons Freiburg
E	Einreichung/Zustellung an die Staatskanzlei
RUBD	Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

<i>Abkürzungen</i>	
VWD	Volkswirtschaftsdirektion
FIND	Finanzdirektion
ILFD	Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft:
EKSD	Direktion für Erziehung, Kultur und Sport
GSD	Direktion für Gesundheit und Soziales
SJD	Sicherheits- und Justizdirektion
GR	Grosser Rat
I	Parlamentarische Initiative
M	Motion
MA	Auftrag
P	Postulat
QA	Anfrage
A	Antwort des Staatsrats

Werden in der Spalte «Nr. und Direktion» mehrere Direktionen aufgeführt, so ist die erste erwähnte Direktion federführend.



## 1. Motionen

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
M1044.08 RUBD	<b>Zurkinden Hubert</b> – Reduktion und Regionalisierung der Schiessstände	E: 18.01.08		Abgeschrieben (Gemäss Art. 60 Abs. 4 GRG)
M1045.08 GSD	<b>De Weck Antoinette/Schnyder Erika</b> – Änderung von Artikel 9 KVGG	E: 20.02.08 A: 28.10.08	Am 04.12.08 zurückgezogen	Abgeschrieben
M1046.08 EKSD	<b>Kaelin-Murith Emmanuelle/Vial Jacques</b> – Schaffung eines Fonds für Sportanlagen	E: 20.02.08 A: 08.07.08		- Die Botschaft zum Sportgesetz (wurde im Dezember 2008 in die Vernehmlassung gegeben) dient als Bericht. - Dezembersession 2008: Behandlung auf später verschoben.
M1047.08 SJD	<b>Waeber Emanuel/Geinoz Jean-Denis</b> – Öffnung der Geschäfte an Sonntagen - Limitierte Anzahl Sonntagsverkäufe ohne Restriktionen (Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels)	E: 10.04.08 A: 30.09.08		Dezembersession 2008: Behandlung auf später verschoben.
M1048.08 FIND	<b>Kuenlin Pascal/Siggen Jean-Pierre</b> – Senkung der Immobilienbesteuerung	E: 10.04.08		Antwort ist in Vorbereitung
M1049.08 RUBD	<b>Duc Louis/Losey Michel</b> – Fahrende	E: 20.02.08 A: 29.04.08	Am 08.05.08 zurückgezogen	Abgeschrieben
M1050.08 ILFD	<b>Losey Michel/Glauser Fritz</b> – Verlängerung des Moratoriums des Anbaus von genetisch veränderten Pflanzen	E: 10.04.08 A: 19.08.08	Am 04.12.08 angenommen	Ein Dekretsentwurf zur Überweisung einer Initiative im Sinn der Motion an die eidgenössischen Kammern wird zurzeit ausgearbeitet und wird in den gesetzlichen Fristen dem Grossen Rat überwiesen.
M1051.08 SJD	<b>Studer Theo/Ith Markus</b> – Gesetz über die Organisation des Vormundschaftswesens. Gerichts- und Parteikosten	E: 15.05.08 A: 11.11.08	Am 04.12.08 angenommen	Gesetzesentwurf ist in Vorbereitung
M1052.08 VWD/EKSD	<b>Ganioz Xavier/Siggen Jean-Pierre</b> – Freiburger Ausbildungsscheck: Gleichberechtigung durch Wissen!	E: 15.05.08 A: 09.12.08		An den GR überwiesen
M1053.08 RUBD	<b>Schorderet Edgar/Thomet René</b> – Strassengesetz: Bau von Fahrradwegen und -streifen	E: 15.05.08 A: 30.09.08	Am 02.12.08 gemäss Antrag des SR angenommen	Der SR unterbreitet einen Entwurf zur Änderung des Strassengesetzes.

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
M1054.08 RUBD	<b>Buchmann Michel/Zadory Michel</b> – Gesundheitsgesetz: berufsübergreifende Praxis in Pflegerinnen im Interesse des Patienten	E: 15.05.08 A: 19.08.08	Am 07.11.08 angenommen	Der SR beantragt die Ablehnung der Motion. Er beantragt aber, Art. 3 Abs. 2 des Gesundheits- gesetzes zu ändern. - Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesundheitsgesetzes: Botschaft 115 vom 16.12.08.
M1055.08 GSD	<b>Peiry Stéphane</b> – Änderung des Sozialhilfegesetzes	E: 26.06.08		Antwort ist in Vorbereitung
M1056.08 ILFD	<b>Boschung Moritz/Schoreret Edgar</b> – Änderung der Artikel 28 und 30 des Gesetzes über die Agglomerationen; Verminderung der nötigen Unterschriftenzahlen für die Initiative und das Referendum.	E: 26.06.08 A: 25.11.08		Wird im Februar 2009 im Grossen Rat behandelt.
M1057.08 RUBD	<b>Bapst Markus</b> – Spezialgesetz über den Ausgleich grösserer Vor- und Nachteile aufgrund von Raumplanungsmassnahmen	E: 11.09.08	Am 22.12.08 zurückgezogen	Abgeschrieben
M1058.08 SJD	<b>Collomb Eric</b> – Standesinitiative für ein Verbot von gewalttätigen Videospielen	E: 11.09.08		Antwort ist in Vorbereitung
M1059.08 SJD	<b>Justizkommission</b> – Gesetz über die Gerichtsorganisation (GOG); Unvereinbarkeiten und Ausstand	E: 11.09.08		Antwort ist in Vorbereitung
M1060.08 FIND	<b>Peiry Stéphane</b> – Jährlicher und vollständiger Ausgleich der kalten Progression	E: 11.09.08		Antwort ist für Januar 2009 bereit
M1061.08 SJD	<b>Dorand Jean-Pierre/de Roche Daniel</b> – Rehabilitierung von Catherine Repond, genannt «Catillon»	E: 16.10.08		Antwort ist in Vorbereitung
M1062.08 RUBD	<b>Schuwey Roger</b> – Aufheben der Schonzeit über das Sammeln von Pilzen	E: 12.11.08		Antwort ist in Vorbereitung
M1063.08 FIND	<b>Tschopp Martin/Raemy Hugo</b> – Anpassung der Besteuerung der Krankenkassenprämienverbilligung	E: 12.11.08		Antwort in der gesetzlichen Frist
M1064.08 SJD	<b>Schnyder Erika</b> – Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer	E: 12.11.08		
M1065.08 SJD	<b>Justizkommission</b> – Gesetz über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie	E: 09.12.08		Dringlichkeit angenommen in der Session am 04.12.08. Antwort und Gesetzesentwurf sind in Vorbereitung

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
M1066.08 VWD	<b>Boschung Moritz/Thalmann-Bolz Katharina</b> – Erhöhung der Bundesbeiträge für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV)	E: 09.12.08		Dringlichkeit angenommen in der Session am 05.12.08.
<b>Vorangehende Jahre</b> (in absteigender Reihenfolge)				
M1043.07 VWD	<b>Rime Nicolas/Suter Olivier</b> – Mindestanteil der in Neubauten genutzten oder produzierten erneuerbaren Energie	E: 20.02.08 A: 19.08.08		Oktobersession 08: Behandlung auf später verschoben.
M1042.07 VWD	<b>Rime Nicolas/Suter Olivier</b> – Erneuerbare Energien	E: 20.12.07 A: 08.07.08		Oktobersession 08: Behandlung auf später verschoben.
M1041.07 ILFD	<b>Kolly René/Rossier Jean-Claude</b> – Landwirtschaftsgesetz – Strukturverbesserungen	E: 20.12.07 A: ---	Am 02.04.08 wurde vom Rückzug der Motion Kenntnis genommen.	Abgeschrieben
M1040.07 ILFD	<b>Fasel Josef/Burkhalter Fritz</b> – Tiertransport	E: 20.12.07 A: 14.05.08	Am 01.07.08 angenommen	Dekret vom 4. Dezember 2008 über die Einreichung einer Standesinitiative bei den eidgenössischen Räten (Tiertransport)
M1039.07 VWD	<b>Bourgeois Jacques/Haenni Charly; übernommen von Kolly René</b> – Besonderes Gesetz über die Regionalpolitik	E: 22.11.07		Beantwortung Anfang 2009
M1038.07 VWD	<b>Collomb Eric</b> – Mindestanteil an erneuerbarer Energie bei der Brauchwassererwärmung	E: 22.11.07 A: 08.07.08		Oktobersession 08: Behandlung auf später verschoben.
M1037.07 ILFD	<b>Chassot Claude</b> – Gesetz über die Gemeinden/Übernahme der Kosten für das Einschreiten der Aufsichtsbehörden	E: 22.11.07 A: 03.06.08	Am 04.09.08 abgelehnt	Abgeschrieben
M1036.07 SJD	<b>Romanens Antoinette/Rime Nicolas</b> – Anreiz für die Automobilisten, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen	E: 18.10.07 A: 19.02.08	Am 02.04.08 wurde vom Rückzug der Motion Kenntnis genommen.	Abgeschrieben
M1035.07 FIND	<b>Tschopp Martin/Raemy Hugo</b> – Einführung eines Vaterschaftsurlaubs von 10 Tagen für das Staatspersonal	E: 18.10.07 A: 08.04.08	Am 07.05.08 abgelehnt	Der SR beantragte die Ablehnung, verpflichtete sich aber, bis 2009 das StPR zu ändern (Einführung eines bezahlten Urlaubs von mehr als 2 Tagen).
M1034.07 SJD	<b>Boschung Moritz/Thalmann-Bolz Katharina</b> – Einführung einer ökologischen Motorfahrzeugsteuer für Personenwagen	E: 18.10.07 A: 11.02.08	Am 03.04.08 angenommen	Ein Gesetzesentwurf wird 2009 vorgelegt
M1033.07 FIND	<b>Romanens Jean-Louis/Kaelin Murith Emmanuelle</b> – Anpassung der Frist zur Aufschiebung der Grundstückgewinnsteuer bei Verkauf und Kauf einer Familienwohnung	E: 18.10.07 A: 29.01.08	Am 02.04.08 angenommen	Gesetz vom 5. September 2008 zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
M1032.07 ILFD/SK	<b>Rime Nicolas/Girard Raoul</b> – Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte/Transparenz bei den Kosten und Plafonierung der Ausgaben für die Wahlen	E: 18.10.07 A: 03.06.08	Am 04.09.08 abgelehnt	Abgeschrieben
M1031.07 EKSD	<b>Grandjean Denis</b> – Änderung des Schulgesetzes (Unentgeltlichkeit der Transporte bei einem fremdsprachlichen 10. Schuljahr)	E: 20.09.07 A: 24.06.08	Am 07.11.08 angenommen	Botschaft zur Totalrevision des Schulgesetzes dient als Bericht (Vernehmlassung: Frühling 2009)
M1030.07 FIND	<b>Haenni Charly/lth Markus</b> – Personalgesetz (5 Tage Vaterschaftsurlaub)	E: 18.10.07 A: 08.04.08	Am 07.05.08 angenommen	Ein Gesetzesentwurf zur Änderung des StPG wird dem GR in der gesetzlichen Frist überwiesen.
M1029.07 SJD	<b>Boschung Bruno/Studer Albert</b> – Erhöhung der maximalen Dauer des Polizeigewahrsams für Jugendliche	E: 20.09.07 A: 29.01.08	Am 03.04.08 angenommen	Gesetz vom 19. Juni 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege (Erhöhung der zulässigen Höchstdauer des Polizeigewahrsams)
M1028.07 ILFD	<b>Büro des GR</b> – Änderung des Gesetzes vom 6. April 2001 über die Ausübung der politischen Rechte (Volksmotion)	E: 20.09.07 A: 18.03.08	Am 07.05.08 angenommen	Gesetzesentwurf über die Teilrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Gemeinden: Botschaft 110 vom 18.11.08
M1027.07 EKSD/ILFD	<b>Suter Olivier</b> – Zweisprachigkeit in der Schule	E: 20.09.07		Diese Frage wird in den Entwurf des Konzepts für den Sprachenunterricht aufgenommen, der Anfang Februar 2009 in die Vernehmlassung gegeben wird. Die formelle Antwort des SR an den GR wird nach der Vernehmlassung gegeben.
M1026.07 FIND	<b>Rossier Jean-Claude/Page Pierre-André</b> – Förderung der Kinderbetreuung in der Familie	E: 17.08.07 A: 29.01.08	Zurückgezogen (Kenntnisnahme am 12.02.08)	Abgeschrieben
M1025.07 FIND	<b>Page Pierre-André/Rossier Jean-Claude</b> – Monatsweiser Bezug der Kantonssteuer und der direkten Bundessteuer der natürlichen Personen	E: 17.08.07 A: 29.01.08	Am 2.4.08 abgelehnt	Abgeschrieben
M1024.07 RUBD	<b>Fürst René/Bapst Markus</b> – Neues Gesetz über die Gewässer - Einführung eines Fonds für die Revitalisierung der Gewässer	E: 17.08.07 A: 14.05.08	Am 17.06.08 zurückgezogen	Abgeschrieben
M1023.07 SJD	<b>Hunziker Yvan/Glauser Fritz</b> – Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger/ökologische Besteuerung der Personenwagen	E: 12.07.07 A: 11.02.08	Am 3.4.08 angenommen	Ein Gesetzesentwurf wird 2009 vorgelegt.

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
M1021.07 VWD	<b>Romanens Antoinette/Ackermann André</b> – Gesetz über die Beschäftigung und die Arbeitslosenhilfe	E: 21.06.07 A: 03.06.08	Am 05.11.08 angenommen	Oktobersession 08: Behandlung auf später verschoben.
M1020.07 ILFD	<b>Cardinaux Gilbert/Losey Michel</b> – Änderung des Gesetzes über die Gemeindesteuern	E: 20.09.07 A: 29.01.08	Am 2.4.08 wurde vom Rückzug der Motion Kenntnis genommen.	Abgeschrieben
M1018.07 VWD	<b>Fasel Josef/Bulliard Christine</b> – Anpassung der Fördermassnahmen im Energiebereich	E: 21.06.07 A: 01.07.08		Oktobersession 08: Behandlung auf später verschoben.
M1017.07 GSD	<b>Bachmann Albert/Clément Pierre-Alain</b> – Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung	E: 21.06.07 A: 28.10.08	Am 04.12.08 angenommen	Gesetzesentwurf im Jahr 2009
M1016.07 SJD	<b>Mauron Pierre/Ganioz Xavier</b> – Kantonales Gesetz über die Ausübung der Prostitution, ein Verbot aller Formen von Zwangsprostitution und die Hilfe an die Opfer von Zwangsprostitution	E: 18.05.07 A: 08.10.07	Am 12.02.08 angenommen	Ein Gesetzesentwurf wird 2009 vorgelegt.
M1015.07 ILFD	<b>Ackermann André</b> – Änderung des Gesetzes über die Gemeinden (Art. 135) (Vertretung der alten Gemeinden nach einem Zusammenschluss)	E: 18.05.07 A: 02.10.07	Am 14.12.07 angenommen	Gesetzesentwurf über die Teilrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Gemeinden: Botschaft 110 vom 18.11.08
M1014.07 ILFD	<b>Ackermann André</b> – Änderung des Gesetzes über die Gemeinden (Art. 134d) (Urnenabstimmung in allen Gemeinden bei einem Zusammenschluss)	E: 18.05.07 A: 02.10.07	Motion zurückgezogen	Abgeschrieben
M1013.07 FIND	<b>Bapst Markus/Romanens Jean-Louis</b> – Steuerliche Entlastung für eine nachhaltige Entwicklung und Familienförderung	E: 18.05.07 A: 29.01.08	Am 02.04.08 angenommen	- Gesetz vom 5. September 2008 zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern - Gesetz vom 5. November 2008 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2009 - Somit wurde teilweise Folge gegeben.
M1012.07 SJD	<b>Badoud Antoinette</b> – Gesetz über die Prostitution	E: 21.06.07 A: 08.10.07	Am 12.02.08 angenommen	Ein Gesetzesentwurf wird 2009 vorgelegt.
M1011.07 FIND	<b>Kuenlin Pascal/Thürler Jean-Pierre</b> – Steuersenkung für natürliche und juristische Personen	E: 18.05.07 A: 29.01.08	Am 02.04.08 angenommen	Gesetz vom 5. November 2008 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
M1010.07 FIND	<b>Peiry Stéphane/Page Pierre-André</b> – Weniger Steuern für natürliche und juristische Personen	E: 19.04.07 A: 29.01.08	Am 02.04.08 angenommen	- Gesetz vom 5. September 2008 zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern - Gesetz vom 5. November 2008 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2009 - Somit wurde teilweise Folge gegeben.
M1009.07 FIND	<b>Bourgeois Jacques/Morand Jacques</b> – Tiefere Steuerbelastung der juristischen Personen	E: 28.03.07 A: 29.01.08	Am 02.04.08 angenommen	Gesetz vom 5. November 2008 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2009
M1008.07 FIND	<b>Vonlanthen Rudolf</b> – DStG - Teilbesteuerung der Dividenden	E: 28.03.07 A: 29.01.08	Am 02.04.08 angenommen	Gesetz vom 5. September 2008 zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern.
M1007.07 ILFD	<b>Crausaz Jacques/Waeber Emanuel</b> – Gesetz über die Regionen	E: 28.03.07 A: 27.05.08		Junisession 2008: Behandlung auf Septembersession 2008 verschoben.
M1006.07 SJD	<b>Badoud Antoinette/Kaelin Murith Emmanuelle</b> – Änderung der Strafprozessordnung	E: 28.03.07 A: 04.09.07	Motion zurückgezogen	Abgeschrieben
M1005.07 GSD	<b>Buchmann Michel/Feldmann Christiane</b> – Stärkerer Einbezug des Grossen Rates bei der kantonalen Gesundheitsplanung	E: 28.03.07 A: 21.08.07	Am 10.10.07 angenommen	Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesundheitsgesetzes: Botschaft 115 vom 16.12.08. Mai
M1004.07 RUBD	<b>Vonlanthen Rudolf/Romanens Jean-Louis</b> – Finanzieller Beitrag für die Sanierung von gewissen Altlasten	E: 18.05.07 A: 23.10.07	Motion zurückgezogen	Abgeschrieben
M1003.07 VWD	<b>Siggen Jean-Pierre/Schuwey Jean-Claude</b> – Wirtschaftsförderung und aktive Bodenpolitik	E: A: 25.09.07	Motion zurückgezogen	Abgeschrieben
M1002.07 FIND	<b>Ith Markus</b> – DStG - Anrechnung der Gewinnsteuer auf der Kapitalsteuer	E: 28.03.07 A: 29.01.08	Am 02.04.08 angenommen	Antwort ist in Vorbereitung
M1001.07 FIND	<b>Peiry Stéphane</b> – Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern (DStG) - Teilbesteuerung der Dividenden	E: 16.02.07 A: 29.01.08	Am 02.04.08 angenommen	Gesetz vom 5. September 2008 zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern
164.06 ILFD	<b>Romanens Jean-Louis/Geinoz Jean-Denis</b> – Gesetz über die Gemeinden – Festlegung des Steuerfusses	E: 03.11.06		Vernehmlassung bei den 2 Gemeindeverbänden. Antwortentwurf in Vorbereitung (Dezember 2008)

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
163.06 RUBD	<b>Galley Jean-Pierre/Thürler Jean-Pierre</b> – Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (Naturpärke)	E: 03.11.06 A: 11.03.08	Am 04.04.08 angenommen	Vorentwurf für ein Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz in Bearbeitung
161.06 ILFD	<b>Berset Solange/Charly Haenni/Rey Benoît</b> – Einbezug des Parlaments bei der interkantonalen Zusammenarbeit ( <b>parlamentarische Initiative</b> )	E: 10.10.06 A: 11.09.07	Am 11.09.07 angenommen (gemäss Antrag SR, den Punkt 2 zu streichen)	Auftrag an eine Arbeitsgruppe, einen Erlassentwurf auszuarbeiten
160.06 ILFD	<b>Boivin Denis/Haenni Charly</b> – Wiederaufnahme der Förderung der Gemeindezusammenschlüsse - Ziel 2011: 89 Gemeinden im Kanton Freiburg!	E: 10.10.06 A: 04.09.07	Am 9.10.07 angenommen	Verfahren im Gang
159.06 ILFD	<b>Boivin Denis</b> übernommen von <b>Geinoz Jean-Denis</b> – Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte: Schaffung eines Parteiregisters	E: 10.10.06 A: 19.06.07	Am 11.09.07 angenommen (gemäss Antrag SR)	Gesetzesentwurf über die Teilrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Gemeinden: Botschaft 110 vom 18.11.08
156.06 FIND	<b>Schnyder Jörg</b> übernommen am 16.03.07 von <b>Vonlanthen Rudolf/Marti Jean-Jacques/Ith Markus</b> – Senkung der Steuern auf Kapitaleinkünfte aus Vorsorge	E: 27.06.06 A: 29.01.08	Am 02.04.08 angenommen	Antwort ist in Vorbereitung
155.06 ILFD	<b>Boivin Denis/Jelk Guy-Noël</b> – Gesetz über die Gemeindesteuern – Aufhebung der Personalsteuer	E: 27.06.06 A: 08.05.07	Am 11.09.07 angenommen	Gesetz vom 8. Oktober 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Gemeindesteuern (Aufhebung der Personalsteuer)
154.06 SJD	<b>Ducotterd Christian/de Reyff Charles</b> – Bürgernahe Polizei auf Kantonsebene	E: 27.06.06 A: 24.04.07	Am 12.06.07 angenommen	Gesetz vom 18. Juni 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei (bürgernahe Polizei)
150.06 SJD	<b>Weber-Gobet Marie-Thérèse/Steiert Jean-François</b> – Gesetz zur Regelung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum	E: 15.05.06 A: 31.10.06	Am 10.05.07 angenommen	Vernehmlassung für Ende 2008 geplant
149.06 EKSD	<b>Freiburghaus Madeleine/Romanens Jean-Louis</b> – Erlernen der Partnersprache	E: 15.05.06		Diese Anfrage wird in den Entwurf des Konzepts für den Sprachenunterricht aufgenommen, der Anfang Februar 2009 in die Vernehmlassung gegeben wird. Die formelle Antwort des SR an den GR wird nach der Vernehmlassung gegeben.
148.06 SJD	<b>Collaud Jean-Jacques/Geinoz Jean-Denis</b> – Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGZGB)/Änderung der Frist zur Bestätigung der Scheidung und der Vereinbarung	E: 15.05.06 A: 31.10.06	Am 02.11.06 angenommen	Ein Gesetzesentwurf wurde dem GR 2007 vorgelegt.

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
147.06 SJD/GSD	<b>Raemy Hugo/Tschopp Martin</b> – Verkaufsverbot für Tabakwaren an Jugendliche unter 16 Jahren	E: 15.05.06 A: 10.09.07	Am 11.10.07 angenommen	Gesetz vom 20. Juni 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels (Tabakverkauf)
145.06 ILFD	<b>Gendre Jean-Noël/Godel Georges</b> – Hilfe an die Waldbesitzer zur nachhaltigen Sicherung der Wohlfahrts- und Schutzfunktion des Waldes	E: 15.05.06 A: 13.03.07	Am 15.06.07 angenommen	Gesetz vom 1. Juli 2008 zur Änderung des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen
143.06 ILFD	<b>Sansonnens Paul/Losey Michel</b> – Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte	E: 15.05.06 A: 31.10.06	Am 02.11.07 angenommen	Gesetzesentwurf über die Teilrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Gemeinden: Botschaft 110 vom 18.11.08
139.06 FIND	<b>Maeder Ernst/Romanens Jean- Louis</b> – DStG - Höchstbelastung durch die Vermögenssteuer	E: 17.03.06 A: 29.01.08	Am 2.4.08 wurde vom Rückzug der Motion Kenntnis genommen.	Abgeschrieben
135.06 SJD	<b>Piller Damien</b> Motion übernommen von <b>Glardon Alex/Brouchoud Bapst Marie-Hélène/Bourgeois Jacques</b> – Gesetz über die Ausübung des Handels	E: 15.02.06 A: 05.06.07	Am 11.09.2007 angenommen	Gesetz vom 9. Oktober 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels
133.05 EKSD	<b>Collaud Jean-Jacques</b> Motion übernommen am 14.03.07 von <b>Glardon Alex/Schnyder Jörg/Bourgeois Jacques</b> – Ausbildungsdauer bis zur eidgenössischen Maturität	E: 15.12.05		Antwortfrist verlängert
129.05 FIND	<b>Aeby Yvan</b> – Änderung des Gesetzes über die Handänderungssteuern (Besteuerung bei einer Übertragung von Aktienkapital von gewissen Immobiliengesellschaften)	E: 15.12.05 A: 20.06.06	Am 4.10.2006 angenommen	Folge gegeben mit dem Gesetz vom 15.10.2008 zur Änderung des HGStG
127.05 EKSD	<b>Rossier Jean-Claude/Johner- Etter Ueli</b> – Anpassung der kantonalen Gesetzgebung über die Studiendauer bis zur kantonalen Maturität mit Einführung eines 2. Kindergartenjahres	E: 17.11.05		- Hinweis auf diese Motion im Bericht 255 vom 04.04.06; - Gesetz vom 5. Sep- tember 2008 zur Änderung des Schulgesetzes (Kindergarten) - Dekret vom 5. Sep- tember 2008 über einen Beitrag des Staats an die Gemeinden für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres
126.05 ILFD	<b>Cotting Claudia</b> – Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte (PRG)	E: 17.11.05 A: 09.05.06	Am 10.05.06 angenommen	Gesetzesentwurf über die Teilrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Gemeinden: Botschaft 110 vom 18.11.08



Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
123.05 SJD	<b>Boivin Denis</b> übernommen am 15.03.07 von <b>Weber-Gobet Marie-Thérèse/Castella Cédric</b> – Steuerbefreiung von sauberen Fahrzeugen	E: 13.10.05 A: 11.02.08	Am 2.4.08 wurde vom Rückzug der Motion Kenntnis genommen.	Abgeschrieben
122.05 EKSD	<b>Fasel Bruno/Brönimann Charly</b> – Unterrichtsstunde bei Beginn des neuen Schuljahres über "EVAKUIERUNGEN" in den Schulhäusern bei Feuer- und Naturkatastrophen	E: 13.10.05 A: 09.05.06	Am 15.05.06 angenommen	Antrag für einen Artikelentwurf im Rahmen der Totalrevision des Schulgesetzes (Vernehmlassung: Frühling 2009)
119.05 ILFD	<b>Bapst Markus/Rey Benoît</b> – Die Grossratsmitglieder Markus Bapst, Benoît Rey, Charly Haenni und Solange Berset verlangen die Schaffung eines Gesetzes über die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen( <b>parlamentarische Initiative</b> )	E: 09.09.05 A: 20.06.06	Am 15.05.06 angenommen	Auftrag an eine Arbeitsgruppe, einen Erlassentwurf auszuarbeiten
113.05 EKSD	<b>Collaud Jean-Jacques/Romanens Antoinette/Romanens Jean-Louis</b> – Einführung eines zweiten Kindergartenjahres	E: 09.09.05		- Hinweis auf diese Motion im Bericht 255 vom 04.04.06; - Gesetz vom 5. September 2008 zur Änderung des Schulgesetzes (Kindergarten) - Dekret vom 5. September 2008 über einen Beitrag des Staats an die Gemeinden für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres
105.05 GSD	<b>Castella Cédric/Dorand Jean-Pierre</b> – Schulen und öffentliche Verwaltung ohne Rauch	E: 24.06.05 A: 07.02.06	Am 07.02.06 angenommen	Gesetz vom 20. Juni 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels (Tabakverkauf)
95.05 VWD	<b>Fasel Josef</b> – Energiebewirtschaftung im Kanton/Energie aus Biomasse	E: 16.03.05 A: 06.09.05	Am 06.06.05 angenommen	Änderung des Energiegesetzes geplant für 2009
92.05 EKSD	<b>Krattinger-Jutzet Ursula/Morel Françoise</b> – Einführung eines zweiten Kindergartenjahres	E: 16.03.05		- Hinweis auf diese Motion im Bericht 255 vom 04.04.06; - Gesetz vom 5. September 2008 zur Änderung des Schulgesetzes (Kindergarten) - Dekret vom 5. September 2008 über einen Beitrag des Staats an die Gemeinden für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres
83.04 VWD	<b>Boivin Denis</b> – Aktualisierung der Gesetzgebung über die Feiertage	E: 16.12.04 A: 10.05.05	Am 12.05.05 angenommen	Entwurf für ein Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt geplant für 2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
80.04 EKSD	<b>Conti Maria-Grazia/Romanens Antoinette</b> – Ausbildungsbeiträge und -darlehen	E: 19.11.04 A: 10.05.05	Am 11.05.05 angenommen	- Verlängerung der gesetzlichen Frist angenommen; - Gesetz vom 14. Februar 2008 über die Stipendien und Studiendarlehen (StiG)
73.04 RUBD	<b>Carrel Hubert</b> – Gebühren für die Abwasserableitung und -reinigung	E: 14.10.04 A: 06.09.05	Am 09.09.05 angenommen	Wurde mit dem Raumplanungs- und Baugesetz vom 2. Dezember 2008 behandelt und wird erneut im Rahmen der Ausarbeitung des Vorentwurfs für das Gewässergesetz diskutiert.
14.02 ILFD	<b>Godel Georges/Romanens Jean-Louis</b> – Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	E: 03.05.02 A: 25.03.03	Am 26.03.03 angenommen	Wird im Entwurf über den Finanzausgleich, der für 2009 erwartet wird, behandelt
122.01 FIND	<b>Godel Georges/Romanens Jean-Louis</b> – Gesetz über die direkten Kantonssteuern: Kapitalgewinn bei den Selbstständigerwerbenden	E: 22.06.01 A: im TGR vom März 2002	Am 19.03.02 angenommen	Gesetz vom 5. September 2008 zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern
110.01 EKSD	<b>Baudois Jacques/Garnier Bernard</b> – Sprachenlernen während der obligatorischen Schulzeit	E: 09.02.01 A: 18.09.01	Am 02.10.01 angenommen	Verlängerung der Frist für den Bericht angenommen. Bericht wird Anfang Februar 2009 in die Vernehmlassung gegeben
090.00 SK	<b>Berset Solange/Rhône Dominique</b> – Gesetz über die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu den Akten	E: 22.09.01 A: 06.02.01	Am 09.02.01 angenommen	2-jährige Frist vom GR angenommen, Vorentwurf in Vernehmlassung bis 29.02.08. → Entwurf für ein Gesetz über die Information und den Zugang zu den Dokumenten (InfoG): Botschaft 90 vom 26.08.08

## 2. Postulate

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
P2026.08 GSD	<b>Bulliard Christine/Butty Dominique</b> – Schaffung eines kantonalen Impfprogramms gegen den Gebärmutterhalskrebs	E: 20.02.08 A: 08.07.08	Am 09.10.08 angenommen	Die Antwort des SR gilt als Bericht.
P2027.08 FIND	<b>Rossier Jean-Claude/Page Pierre-André</b> – Förderung der Kinderbetreuung in der Familie	E: 20.02.08 A: 24.06.08	Am 03.09.08 abgelehnt	Abgeschrieben
P2028.08 EKSD	<b>Thomet René/Ridoré Carl-Alex</b> – Realisierung und Betrieb von Sportinfrastrukturen von kantonaler Bedeutung	E: 13.03.08 A: 08.07.08		Dezembersession 08: Behandlung auf später verschoben.

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
P2029.08 EKSD	<b>Collomb Eric</b> – Schaffung von Strukturen für «Sport-Kunst-Schule» im Kanton Freiburg	E: 15.05.08		Antwort ist in Vorbereitung, in Verbindung mit der Totalrevision des Schulgesetzes
P2030.08 RUBD	<b>Mutter Christa/Ackermann André</b> – Modernisierung und Anwendung des Konzepts Valtraloc (Verkehrsberuhigung in den Ortschaften)	E: 15.05.08 A: 30.09.08		Dezembersession 08: Behandlung auf später verschoben.
P2031.08 FIND	<b>Peiry-Kolly Claire</b> – Vereinfachung der Steuererklärung für gewisse Kategorien von Steuerpflichtigen (besonders für unsere Betagten)	E: 15.05.08 A: 16.09.08	Am 05.11.08 angenommen	Der entsprechende Bericht wird in der gesetzlichen Frist vorgelegt.
P2032.08 ILFD	<b>Raemy Hugo/Tschopp Martin</b> – Chancengleichheit von Frau und Mann in der Kantonsverwaltung Freiburg	E: 15.05.08 A: 11.11.08		An den Grossen Rat überwiesen. Eingeschrieben für die Februarsession 2009.
P2033.08 GSD	<b>Collomb Eric</b> – Subsidiarität, Missbrauch und Betrug bei der Sozialhilfe	E: 15.05.08		Antwort in Vorbereitung
P2034.08 ILFD	<b>Boschung Moritz/Ackermann André</b> – Unterstützung der zweisprachigen Gemeinden durch den Kanton	E: 26.06.08		Antwort in Vorbereitung. Sie wird dem Grossen Rat so bald wie möglich unterbreitet.
P2035.08 ILFD	<b>Schoenenweid André/Siggen Jean-Pierre</b> – Finanzhilfe für Gemeindegemeinschaften in den Agglomerationen	E: 11.09.08		Antwort ist in Vorbereitung. Sie wird fristgerecht behandelt.
P2036.08 RUBD	<b>Fasel Josef/Schuwey Jean-Claude</b> – Bewirtschaftung der Fließgewässer durch Kiesabbau	E: 26.06.08 A: 11.11.08		Die Antwort des SR gilt als Bericht.
P2037.08 ILFD	<b>Dorand Jean-Pierre/Siggen Jean-Pierre</b> – Änderung des Gesetzes über die Gemeinden: Gemeindegemeinschaften - Schaffung von Kreisen	E: 11.09.08		Antwort ist in Vorbereitung. Sie wird fristgerecht behandelt.
P2038.08 RUBD	<b>Weber-Gobet Marie-Thérèse/Bachmann Albert</b> – Inventar der Flächen auf öffentlichen Gebäuden, die für thermische und fotovoltaische Solarinstallationen gebraucht werden können	E: 17.07.08 A: 28.10.08		Dezembersession 08: Behandlung auf später verschoben.
P2039.08 VWD	<b>Grandjean Denis</b> – Vivisbachsee – Wasserkraftwerke	E: 11.09.08		Antwort ist in Vorbereitung
P2040.08 GSD/ VWD	<b>Wicht Jean-Daniel/Ducotterd Christian</b> – Praktika in Unternehmen für die berufliche Wiedereingliederung	E: 11.09.08		Antwort ist in Vorbereitung
P2041.08 SK	<b>Boschung Moritz</b> – Überprüfung von Sinn, Notwendigkeit und Funktionsweise der Verwaltungskommission des Staates	E: 11.09.08		
P2042.08 EKSD	<b>Ducotterd Christian/Marbach Christian</b> – Verfahren zur Festlegung der Zahl der Lehrpersonen pro Primarschule	E: 11.09.08		Antwort ist in Vorbereitung
P2043.08 FIND	<b>Schorderet Edgar</b> – Übersicht über die Steuersenkungen für Familien und KMU seit zehn Jahren	E: 11.09.08		Die Antwort ist für Januar 2009 bereit.

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
P2044.08 SJD	<b>Bourquet Gabrielle</b> – Sicherheitskonzept	E: 11.09.08		Antwort ist in Vorbereitung
P2045.08 RUBD	<b>Suter Olivier/Crausaz Jacques</b> – Raumplanung und nachhaltige Entwicklung	E: 12.11.08		Antwort im Jahr 2009
P2046.08 FIND	<b>Peiry Stéphane/Mauron Pierre</b> – Internes Kontrollsystem	E: 12.11.08		Antwort in der gesetzlichen Frist
<b>Vorangehende Jahre (in absteigender Reihenfolge)</b>				
P2025.07 EKSD	<b>Berset Solange/Gobet Nadine</b> – Fremdsprachliches zehntes Schuljahr	E: 12.12.07 A: 10.06.08		Septembersession 08, dann Dezembersession 08: Behandlung auf später verschoben.
P2024.07 VWD	<b>Collomb Eric</b> – Ein Dach für die Innovation durch Schaffung eines Technologieparks	E: 12.12.07 A: 16.12.08		An den GR überwiesen
P2023.07 SJD	<b>Grandjean Denis</b> – Reglement über Fundsachen	E: 11.12.07 A: 11.03.08	Am 3.4.08 angenommen	Bericht wird 2009 unterbreitet.
P2022.07 RUBD	<b>Etter Heinz</b> – Hochwasserschutz Grosses Moos	E: 30.08.07 A: 04.03.08	Am 4.4.08 angenommen	Antwort ist in Vorbereitung
P2021.07 RUBD	<b>Zurkinden Hubert/Suter Olivier</b> – Nachhaltige Entwicklung	E: 21.08.07 A: 03.06.08		Oktober-, dann Dezembersession 08: Behandlung auf später verschoben. Der Bericht des SR zu diesem Postulat wird zugleich auch der Bericht zum Postulat 2045.08 sein
P2020.07 SJD	<b>Chassot Claude</b> – Betreuung von rückfälligen minderjährigen Straftätern (16-18 Jahre)	E: 14.06.07 A: 04.03.08	Am 3.4.08 angenommen	Die Antwort des SR gilt als Bericht.
P2018.07 GSD	<b>Steiert Jean-François</b> – Senkung der Prämienlast der Familien in der obligatorischen Krankenversicherung	E: 11.05.07		Antwort ist in Vorbereitung.
P2017.07 VWD	<b>Losey Michel/Collomb Eric</b> – Innovative Energiepolitik bei den erneuerbaren Energien und den neuen Technologien zu deren Erzeugung	E: 10.05.07 A: 06.11.07	Am 1.4.08 angenommen	Der GR hat zur Kenntnis genommen, dass der Bericht nicht innert Jahresfrist überwiesen wird.
P2016.07 RUBD	<b>Kolly René/Ducotterd Christian</b> – Kantonale Politik zur Ansiedlung von grossen Einkaufszentren	E: 09.05.07 A: 21.08.07	Am 14.09.07 angenommen	- Bericht 109 vom 11.11.08. - Dezembersession 2008: Behandlung auf später verschoben.
P2015.07 VWD	<b>Haenni Charly</b> – Kantonale Verkehrspolitik	E: 08.05.07 A: 26.08.08	Am 05.11.08 angenommen	
P2014.07 RUBD	<b>Genoud Joe/Grandjean Denis</b> – Umfahrungsstrasse Châtel-St-Denis	E: 18.05.07 A: 18.03.08	Am 08.05.08 angenommen (gemäss Antrag des SR)	Bericht wird 2009 unterbreitet
P2013.07 VWD/ RUBD/ FIND	<b>Bourgeois Jacques/Glauser Fritz</b> – Verminderung der administrativen Belastung und Vereinfachung der Verfahren, um die Konkurrenzfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu verbessern	E: 17.04.07 A: 15.01.08	Am 1.1.08 angenommen	Bericht im Jahr 2009
P2011.07 GSD/SJD	<b>Vonlanthen Rudolf</b> – Mögliche Massnahmen aufzeigen, welche den NichtraucherInnen und	E: 19.04.07 A: 10.09.07	Zurückgezogen	Abgeschrieben

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
	RaucherInnen gerecht werden			
P2010.07 RUBD/ VWD	<b>Fasel Josef/Collaud Elian</b> – Finanzflüsse bei den Steuern und Gebühren für Fahrzeuge und Strassenverkehr, einschliesslich öffentlicher Verkehr, gemäss dem Grundatz der nachhaltigen Entwicklung	E: 27.03.07 A: 26.06.07	Am 14.09.07 angenommen	Bericht ist in Vorbereitung.
P2008.07 EKSD/ GSD	<b>Raemy Hugo/Krattinger Ursula</b> – Schulsozialarbeit während der obligatorischen Schulzeit	E: 16.03.07 A: 23.10.07	Am 13.02.08 angenommen	Die Botschaft zur Totalrevision des Schulgesetzes dient als Bericht (Vernehmlassung: Frühling 2009).
P2007.071 LFD	<b>Buchmann Michel/Glardon Alex</b> – Ausführliche Untersuchung zur finanziellen Gesundheit der Gemeinden	E: 15.03.07 A: 22.04.08	Am 01.07.08 angenommen	Die Antwort des SR gilt als Bericht.
P2006.07 SJD	<b>Ducotterd Christian/Schoenenweid André</b> – Massnahmen zur Integration der Ausländer	E: 15.03.07 A: 04.12.07	Am 12.02.08 angenommen	Bericht wird 2009 unterbreitet.
P2005.07 GSD	<b>Duc Louis</b> – Folgen von Scheidung und Trennung – elterliche Gewalt, Besuchsrecht, Mediation	E: 28.03.07 A: 18.09.07	Am 11.10.08 abgelehnt	Abgeschrieben
P2004.07 VWD	<b>Haenni Charly</b> – Kantonales Pro-Kopf-Einkommen	E: 14.03.07 A: 04.09.07	Am 11.10.07 angenommen	Bericht im ersten Quartal 2009
P2003.07 VWD	<b>Grandjean Denis</b> – Bau von Autoparkplätzen bei den Autobahneinfahrten in unserem Kanton (Parkplätze Park & Ride)	E: 13.03.07 A: 18.12.07	Am 01.04.08 angenommen	Bericht im Jahr 2009
P2001.07 GSD	<b>Johner-Etter Ueli/Zadory Michel</b> – «Wie weit sind die Anschuldigungen des "Beobachters" betr. Fehlfunktionen im Kantonsspital Freiburg berechtigt?»	E: 16.02.07 A: 10.07.07	Zurückgezogen	Abgeschrieben
322.06 EKSD/ GSD	<b>Morel Françoise/Masset André</b> – Schuldienste	E: 03.11.06 A: 08.05.07	Am 27.03.07 angenommen	Der Bericht wird in die Botschaft zum kantonalen Konzept des Sonderschulunterrichts und zum entsprechenden Gesetzesentwurf aufgenommen; die Vernehmlassung ist für 2011 geplant.
321.06 RUBD	<b>Berset Solange/Collaud Elian</b> – Kantonsstrasse Broye -Freiburg: Durchfahrt durch Belfaux	E: 03.11.06 A: 23.01.07	Am 13.06.07 angenommen	Die Vorstudien wurden begonnen, damit allenfalls ein Studienkredit beantragt werden kann.
320.06 VWD	<b>Crausaz Jacques/Bürgisser Nicolas</b> – Mit welchen Mitteln will der Staatsrat die Stromproduktion im eigenen Kanton steigern?	E: 10.10.06 A: 03.07.07	Am 11.10.07 angenommen	Bericht im Jahr 2009
319.06 RUBD	<b>Peiry-Kolly Claire/Brouchoud-Bapst Marie-Hélène</b> – Rationalisierung der Kantonsverwaltung	E: 08.09.06 A: 15.01.08	Am 13.02.08 angenommen	Bericht im Jahr 2009
317.06 GSD	<b>Bulliard Christine/Bapst Markus</b> – Hausarztmedizin und medizinische Basisversorgung in ländlichen Regionen	E: 27.06.06 A: 13.03.07	Am 11.05.07 angenommen	Bericht 88 vom 19.08.08. Der GR hat am 12.11.08 davon Kenntnis genommen.

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
316.06 RUBD	<b>Johner-Etter Ueli/Maeder Ernst</b> – Verkehrs- und Strassenplanung im Seebezirk, insbesondere der Umfahrung Kerzers	E: 27.06.06 A: 03.10.06	Am 04.10.07 angenommen	Bericht ist in Vorbereitung.
314.06 VWD	<b>Romanens Jean-Louis/Bapst Markus</b> – Schaffung einer «SEED CAPITAL»-Stiftung»	E: 15.05.06 A: 31.10.06	Am 13.03.07 angenommen	Bericht im Jahr 2009
313.06 ILFD	<b>Gendre Jean-Noël/Sansonnens Paul</b> – Schaffung einer kantonalen Politik zur Erhaltung der Wohlfahrts- und Schutzfunktion des Waldes	E: 15.05.06 A: 31.10.06	Am 15.06.07 angenommen	- Botschaft 52 vom 26.02.08 - Gesetz vom 1. Juli 2008 zur Änderung des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen - abgeschrieben
312.06 VWD	<b>Bulliard Christine/Bourgeois Jacques</b> – Folgen der demographischen Entwicklung und Massnahmen dagegen	E: 15.05.06 A: 31.10.06	Am 13.03.07 angenommen	Bericht 113 vom 16.12.08
309.06 EKSD	<b>Morel Françoise/Morand Patrice</b> – Dezentrale Gruppenkurse zur Einführung in die Musik und für Solfège	E: 15.02.06 A: 05.09.06	Am 08.09.06 angenommen	Bericht 50 vom 29.01.08. Der GR hat am 4.4.08 davon Kenntnis genommen.
308.06 VWD	<b>Boivin Denis/Steiert Jean-François</b> – Car-sharing anstatt Dienstwagen im Interesse des Staates, der Umwelt und der Benützer	E: 15.02.06 A: 31.10.06	Am 13.03.07 angenommen	Bericht 114 vom 16.12.08
303.05 VWD	<b>Bürgisser Nicolas/Dorand Jean-Pierre</b> – Tram auf eigenem Trasse zwischen dem Bahnhof Freiburg und dem südlichen Ortsteil von Marly	E: 15.12.05 A: 11.06.07	Am 14.09.07 angenommen	Bericht im Jahr 2009
301.05 SJD	<b>Genoud-Page Madeleine</b> – Unentgeltliche Rechtspflege	E: 15.12.05 A: 20.06.06	Am 06.09.06 angenommen	Bericht wird 2009 unterbreitet.
300.05 EKSD	<b>Aeby-Egger Nicole/Jelk Jean-Noël</b> – Entwicklung der Kantonalen Diplommittelschule (KDMS) zu einer Fachmaturitätsschule für Gesundheit und Soziales (FMS-GS)	E: 17.11.05 A: 20.06.06	Am 08.09.06 angenommen	Bericht 51 vom 29.01.08. Der GR hat am 4.4.08 davon Kenntnis genommen.
299.05 RUBD	<b>Schorderet Gilles/Beyeler Hans-Rudolf</b> – Bau eines Verwaltungsgebäudes aus Holz in Grangeneuve	E: 17.11.05 A: 21.02.06	Am 17.03.06 angenommen	Bericht 59, verabschiedet am 11.03.08: Der GR hat am 08.05.08 davon Kenntnis genommen.
298.05 SJD	<b>Zadory Michel</b> – Westschweizer Polizeischule	E: 17.11.05 A: 14.03.06	Am 17.03.06 angenommen	Bericht 92 vom 26.08.08. Der GR hat am 9.10.08 davon Kenntnis genommen.
295.05 GSD	<b>Weber-Gobet Marie-Thérèse/Thomet René</b> – Bericht zu einer umfassenden Alterspolitik im Kanton Freiburg	E: 13.10.05 A: 20.06.06	Am 08.09.06 angenommen	Bericht 89 vom 19.08.08
286.05 RUBD	<b>Schoenenweid André/Magnin André</b> – Universitätsgelände Pérolles ohne Autos!	E: 24.06.05 A: 15.11.05	Am 16.11.05 angenommen	Bericht 49 vom 22.01.08. Der GR hat am 4.4.08 davon Kenntnis genommen.
285.05SJ D	<b>Badoud Antoinette/Masset André</b> – Ein Heim Tannenhof für Frauen	E: 24.06.05 A: 16.05.06	Am 06.09.06 angenommen	Bericht wird 2009 unterbreitet.
282.05 GSD	<b>Keller-Studer Catherine/Ducotterd Christian</b> – Schaffung einer mobilen Einheit für soziale Notfälle	E: 13.05.05 A: 15.11.05	Am 17.11.05 angenommen	Bericht 53 vom 26.02.08. Der GR hat am 4.4.08 davon Kenntnis genommen.

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
276.05 EKSD	<b>Joye Isabelle/Brünisholz Haag Anita</b> – Umfassende Studie über die Schulstufe, die auch den Kindergarten einschliesst (am 10.01.07 übernommen von den Grossrätinnen Christine Bulliard und Jacqueline Brodard)	E: 08.09.06		Erledigt mit dem Schulgesetz vom 05.09.08
273.05 SJD	<b>Berset Solange/Bapst Markus</b> – Erdbebenprävention im Kanton Freiburg	E: 03.02.05 A: 21.06.05	Am 22.06.05 angenommen	Bericht wird 2009 überwiesen.
269.04 GSD	<b>Bourgeois Jacques</b> – Damit man die IV-Kosten in den Griff bekommen und vermindern kann: leichtere Wiedereingliederung und optimale Betreuung der invaliden Rentenbezüger/innen	E: 16.12.04 A: 26.04.05	Am 23.06.05 angenommen	Bericht wird 2009 überwiesen.
268.04 GSD	<b>Keller-Studer Catherine</b> – Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter	E: 16.12.04 (Einreichung), 03.02.05 (Begr.) A: 26.04.05	Am 23.06.05 angenommen	Bericht wird in die Botschaft zum neuen Gesetz aufgenommen.
261.04 GSD	<b>Bulliard Christine/Stempfel Yvonne</b> – Betreuungsmöglichkeiten für körperbehinderte, pflegebedürftige Menschen in unserem Kanton	E: 14.10.04 A: 10.05.05	Am 13.05.05 angenommen	- Ein Hinweis auf diese Motion wird im Bericht 89 vom 19.08.08 gemacht - Bericht 79 vom 24. Juni 2008: Der GR hat am 9.10.08 davon Kenntnis genommen.
260.04 EKSD	<b>Aeby-Egger Nicole</b> – Koordination der Stundenpläne der verschiedenen Schulstufen	E: 14.10.04 A: 06.09.05	Am 11.10.05 angenommen	- Hinweis auf dieses Postulat im Bericht 255 vom 04.04.06 - Botschaft 57 vom 11.03.08 - Gesetz vom 5. Septem- ber 2008 zur Änderung des Schulgesetzes (Kindergarten)
255.04 EKSD	<b>Krattinger Ursula</b> – Tagesschulen und Blockzeiten an den öffentlichen Schulen	E: 16.09.04 A: 06.09.05	Am 13.10.04 angenommen	- Die Botschaft zur Totalrevision des Schulgesetzes dient als Bericht (Vernehm- lassung: Frühling 2009) - Hinweis auf dieses Postulat im Bericht 255 vom 04.04.08
253.04 FIND	<b>Berset Solange</b> – Pensionskasse des Staatspersonals	E: 16.06.04 A: 07.09.04	Am 13.10.04 angenommen	Die Botschaft zum Gesetz über die Änderung des Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals wird als Bericht gelten
251.04 ILFD	<b>Steiert Jean-François/Haenni Charly</b> – Gemeindezusammenschlüsse	E: 16.06.04 A: 01.02.05	Am 03.02.05 angenommen	Untersuchung der Folgen nach 3 Jahren - gleichzeitig mit der Ausarbeitung des Gesetzes über die Zusammenschlüsse (im Verlauf des Jahres 2009)

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
248.04 GSD	<b>Demierre Anne-Claude/Menoud Yves</b> – Schaffung eines Informationsdienstes für Familien und Kinder	E: 24.03.04 A: 14.09.04	Am 15.09.04 angenommen	Bericht wird 2009 überwiesen.
223.03 SJD	<b>Josef Fasel</b> – Elementarschäden als Folge von Klimaveränderung	E: 12.02.03 A: 24.06.03	Am 24.06.03 angenommen	Bericht wird 2009 überwiesen.
221.02 EKSD	<b>Berset Solange/Bourgeois Jacques</b> – Kantonale Gesetzgebung über den Sport und dessen Förderung, insbesondere bei den Jugendlichen	E: 15.11.02 A: 08.04.04	Am 07.05.03 angenommen	Widersprüchliche Ergebnisse der Vernehmlassung über den Entwurf für ein Sportkonzept. Vernehmlassung über den Gesetzesvorentwurf wurde im Dezember 2008 eröffnet.
210.02 ILFD	<b>Losey Michel/Genoud Joe</b> – Neuer Schlüssel für die Berechnung der Finanzkraft und neue Klassifikation der Gemeinden	E: 01.05.02 A: 25.03.03	Am 26.03.03 angenommen	Im Rahmen des Finanzausgleichs berücksichtigt
253.01 ILFD	<b>Dorand Jean-Pierre</b> – Finanzausgleich zu Gunsten der Städte mit Zentrumsfunktion	E: 06.04.01 (Einreichung), 10.05.01 (Begr.) A: 10.12.02	Am 11.02.03 angenommen	Im Rahmen des Finanzausgleichs berücksichtigt
250.01 ILFD	<b>Romanens Jean-Louis/Audergon Willy</b> – Busse bei der Ausübung der Jagd	E: 09.02.01 A: 06.11.01	Am 09.11.01 angenommen	Wird im Rahmen der Einführung eines Bussensystems bei Widerhandlungen gegen die freiburgische Gesetzgebung berücksichtigt (in Vorbereitung durch SJD)

### 3. Aufträge

Nr. und Direktion	Verfasser/innen (mindestens 10) und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
MA4009.08 RUBD	<b>Losey Michel/Collomb Eric/Duc Louis/Piller Valérie/Bachmann Albert/Corminboeuf Dominique/Zadory Michel/Hänni Charly/Collaud Elian/Glardon Alex</b> – Fahrende	E: 09.05.08 A: 14.10.08	Am 05.12.08 angenom- men mit 3 geänderten Punkten.	
MA4008.07 VWD	<b>Studer Theo/Fürst René/Etter Heinz/Stempfel-Horner Yvonne/Feldmann Christiane/Thalmann Katharina/Johner-Etter Ueli/Zürcher Werner/de Roche Daniel/Hänni Bernadette/Reamy Hugo</b> – Hochspannungsleitung Yverdon - Galmiz	E: 14.12.07 A: 22.01.08	Am 14.02.08 angenom- men	Die Anfrage 3136.08, die am 7. Mai 2008 eingereicht wurde, bezieht sich auf diesen Auftrag.
MA4007.07 RUBD	<b>Christa Mutter/Bruno Fasel/Louis Duc/Nicole Aeby-Egger/Claude Chassot/Hugo Raemy/Benoît Rey/André Ackermann/Nicolas Rime/Marie-Thérèse Gobet</b> – Restrukturierung und Kontrolle des Tiefbauamts	E: 11.10.07 A: 30.10.07	Am 16.11.07 angenom- men	Bericht 68 vom 14. Mai 2008. Der GR hat am 17.06.08 vom Bericht Kenntnis genommen.
MA4006.07 GSD/FIND	<b>Aeby-Egger Nicole/Weber-Gobet Marie-Thérèse/Thomet René/Zadory Michel/Schorderet Gilles/Zürcher Werner/Page Pierre-André/Cardinaux</b>	E: 20.09.07 A: 27.05.08	Der Auftrag wurde am 03.09.08 unzulässig	Abgeschrieben



Nr. und Direktion	Verfasser/innen (mindestens 10) und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
	<b>Gilbert/Schuwey Roger/Piller Alfons</b> – Einreihung der Funktion Pflegefachmann/Pflegefachfrau		erklärt.	
MA4005.07 EKSD	<b>Menoud Yves/Berset Solange/Andrey Pascal/Grandjean Denis/Bourquet Gabrielle/Bulliard Christine/Gendre Jean-Noël/Girard Raoul/Morel Françoise/Aebischer Bernard</b> – Naturhistorisches Museum	E: 20.09.07 A: 11.02.08	Am 4.4.08 abgelehnt	Abgeschrieben
MA4004.07 GSD	<b>Carl-Alex Ridoré/Antoinette Romanens/Jean-François Steiert/Marie-Thérèse Weber-Gobet/Hubert Zurkinden/Christa Mutter/Solange Berset/Raoul Girard/Dominique Corminboeuf/Ganioz Xavier</b> – Beteiligung an der Finanzierung eines Sozialplans für das Personal des Roten Kreuzes, das von der Übernahme des Auftrags zur Betreuung der Asylbewerber durch die Firma ORS betroffen ist	E: 12.09.07 A: 31.10.07	Am 14.02.08 angenommen	Botschaft 46 vom 8. Januar 2008
MA4003.07 VWD	<b>Romanens Antoinette/Hunziker Yvan/Grandjean Denis/Bourquet Gabrielle/Genoud Joe/Rime Nicolas/Mauron Pierre/Girard Raoul/Remy Martine/Aebischer Bernard/Tschopp Martin/Thomet René</b> – Verbessertes Angebot im öffentlichen Verkehr im Süden des Kantons	E: 21.06.07 A: 10.12.07	Am 1.4.08 abgelehnt	Abgeschrieben
MA4002.07 VWD	<b>Boschung-Vonlanthen Moritz/Bapst Markus/Boschung Bruno/Johner-Etter Ueli/Tschopp Martin/Hänni Bernadette/Fasel Bruno/Mutter Christa/Marbach Christian/Fürst René/Waeber Emanuel</b> – Zusammenschluss der Tarifverbände frimobil (Freiburg) und libero (Bern)	E: 18.05.07 A: 18.12.07	Am 1.4.08 angenommen	Verhandlungen mit den betreffenden Tarifverbänden sind im Gang.
MA4001.07 GSD	<b>Aeby-Egger Nicole/Berset Solange/Chassot Claude/Duc Louis/Ganioz Xavier/Jelk Guy-Noël/Mutter Christa/Studer Albert/Suter Olivier/Weber-Gobet Marie-Thérèse</b> – Gleiche Anstellungsmöglichkeiten für Krankenpflegerinnen/Krankenpfleger und Fachangestellten Gesundheit	E: 28.03.07 A: 18.09.07	Am 15.11.2007 angenommen	Verordnung vom 31.3.2008

#### 4. Volksmotionen

Nr. und Direktion	Verfasser/innen und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
1506.08 ILFD	<b>Nicolas Buntschu/Jérémie Fonjallaz/Antoine Marmy/Elias Moussa, im Namen der Jungsozialisten Freiburg</b> – Stimmrechtsalter 16	E: 31.03.08 A: 08.07.08	Am 08.10.08 abgelehnt	Abgeschrieben

Nr. und Direktion	Verfasser/innen und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
1505.07 GSD	<b>Christlichsoziale Partei</b> – Günstige und angemessene Alterswohnungen	E: 20.11.07		- Ein Hinweis auf diese Motion befindet sich im Bericht 89 vom 19.08.08. - Antwortentwurf ist in Vorbereitung.
1504.07 ILFD	<b>Riedo Georges/Bapst Claude/Brühlhart Peter/Schneuwly Michel/Clément Daniel</b> – Kostensenkung durch Neuordnung der kantonalen Jagdgesetzgebung und Reduzierung der Anzahl Wildhüter, Abschaffung der Hilfsaufseherstellen	E: 14.09.07 A: 19.02.08	Am 01.04.08 abgelehnt	Abgeschrieben
1503.07 SJD	<b>Despont Olivier/Bavaud Stéphane/Baechler Pierre</b> – Ein Kind braucht beide Elternteile!	E: 16.08.07 A: 04.03.08	Am 03.04.08 abgelehnt	Abgeschrieben

### 5. Parlamentarische Initiativen

Nr. und Direktion	Verfasser/innen und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2008
I5001.07 ILFD	<b>Glauser Fritz/Mutter Christa</b> – Lebensmittelproduktion – unhaltbare Zustände in Südspanien	E: 21.06.07 A: 27.11.07	Am 12.02.08 als Motion angenommen.	Überweisung nach Bern als Standesinitiative (Dekretsentwurf Nr. 80)
I5002.07 RUBD	<b>Boschung-Vonlanthen Moritz/Bourquet Gabrielle</b> – Beachtung der Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung in den Dekreten und den Botschaften zu Gesetzesentwürfen	E: 20.12.07 A: 14.10.08		Dezembersession 2008: Behandlung auf später verschoben.

### 6. Anfragen

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort
3023.07 GSD	<b>Rossier Jean-Claude</b> – Zahnkliniken	E: 26.03.07 A: 08.01.08
3039.07 GSD	<b>Hänni Bernadette/Studer Theo</b> – Überlastung des Jugendamtes	E: 10.05.07 A: 18.03.08
3047.07 VWD	<b>Etter Heinz</b> – Evaluation Beitritt zum Tarifverbund Libero / Postulat 259.04	E: 29.05.07 A: 01.07.08
3064.07 GSD	<b>Schnyder Erika</b> – Audit zum Kantonsspital	E: 13.07.07 A: 04.03.08
3069.07 RUBD	<b>Roger Schuwey/Sébastien Frossard</b> – Einführung von gebührenpflichtigen Parkplätzen in den Voralpen	E: 11.09.07 A: 16.06.08
3075.07 GSD	<b>Weber-Gobet Marie-Thérèse</b> – Zukünftige Spitalplanfinanzierung durch den Bund und Auswirkungen auf die kantonale Spitalplanung	E: 28.09.07 A: 19.02.08
3076.07 GSD	<b>Butty Dominique/Bulliard Christine</b> – Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs	E: 02.10.07 A: 11.02.08
3078.07 RUBD	<b>Weber-Marie-Thérèse</b> – Kostenüberschreitung – Umfahrungsstrasse Bulle - La-Tour-de-Trême H 189	E: 05.10.07 A: 14.05.08
3080.07 GSD	<b>Bourgeois Jacques</b> – Künftige Spitalplanung	E: 08.10.07 A: 19.02.08
3082.07 RUBD	<b>Gobet Nadine</b> – Umfahrungsstrasse Bulle–La-Tour-de-Trême	E: 10.10.07 A: 14.05.08

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort
3085.07 FIND/SJD/ LFD	<b>Ganiox Xavier</b> – Pensionierung mit 60 Jahren für die mit Polizeigewalt ausgestatteten Beamten	E: 11.10.07 A: 18.03.08
3088.07 EKSD	<b>Hänni Bernadette/Dorand Jean-Pierre</b> – Zukunft unserer Universität, insbesondere der Rechtswissenschaftlichen Fakultät	E: 19.11.07 A: 08.01.08
3089.07 RUBD/EKS D/GSD	<b>Mutter Christa</b> – Sanierung der Deponie La Pila	E: 13.11.07 A: 11.02.08
3090.07 VWD	<b>Gendre Jean-Noël/Brönnimann Charles</b> – Amt für den Arbeitsmarkt	E: 15.11.07 A: 11.02.08
3091.07 VWD	<b>Mauron Pierre</b> – Hinterlegung von Mieten bei einer Bank, Stand der Lage und Zwangsmassnahmen	E: 15.11.07 A: 05.05.08
3092.07 FIND	<b>Peiry Stéphan/Rossier Jean-Claude</b> – Unternehmenssteuerreform II	E: 16.11.07 A: 22.01.08
3094.07 EKSD	<b>Suter Olivier</b> – Änderung des ARKAG – Ausführungsreglement zum Gesetz über die kulturellen Angelegenheiten (Vorentwurf vom 13. August 2007)	E: 29.11.07 A: 15.01.08
3095.07 FIND	<b>Binz Joseph/Boschung Bruno</b> – Auszahlung der Kantonsbeiträge an die Gemeinden oder Gemeindeverbände	E: 17.12.07 A: 11.02.08
3096.07 GSD	<b>Krattinger Ursula</b> – Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs	E: 17.12.07 A: 11.02.08
3097.07 SJD	<b>Studer Theo/Studer Albert</b> – Zukünftige Lage des Kantonsgerichts	E: 17.12.07 A: 22.01.08
3098.08 FIND	<b>Boschung Moritz</b> – Kenntnis der Amtssprachen in der Kantonsverwaltung	E: 08.01.08 A: 15.04.08
3099.08 GSD	<b>Duc Louis</b> – Das freiburger spital, Standort Fribourg-Freiburg, ohne seine Intensivpflege	E: 08.01.08 A: 29.01.08
3100.08 SK	<b>Kaelin Murith Emmanuelle</b> – Leistungsaufträge	E: 09.01.08 A: 24.06.08
3101.08 GSD	<b>Zurkinden Hubert</b> – Mitfinanzierung Assistenzbudget IV	E: 15.01.08 A: 19.08.08
3102.08 ILFD	<b>Cotting Claudia</b> – Gesetz über die Hundehaltung, Ausführungsverordnung	E: 31.01.08 A: 28.10.08
3103.08 FIND/EKS D/SJD/ ILFD/VWD/ GSD/ RUBD/SK	<b>Bapst Markus</b> – Zahlungsmoral des Kantons Freiburg	E: 31.01.08 A: 08.04.08
3104.08 RUBD	<b>Etter Heinz</b> – Grosssägerei Müntschemier: Verkehrssituation in Seebezirk	E: 31.01.08 A: 03.06.08
3105.08 RUBD	<b>Fasel Josef</b> – Zustand der Brücken im Kanton Freiburg	E: 01.02.08 A: 18.03.08
3106.08 ILFD	<b>Binz Joseph/Brönnimann Charles</b> – Bewilligungsverfahren durch das Kantonale Laboratorium für den Erhalt der Zulassungsnummer	E: 05.02.08 A: 18.03.08
3107.08 ILFD	<b>Romanens Jean-Louis</b> – Abschlussplan in der Region Gibloux	E: 18.02.08 A: 03.06.08
3108.08 EKSD	<b>Repond Nicolas</b> – Wiedereinführung der dritten Lektion Sportunterricht in den OS und in den Schulen der Sekundarstufe II	E: 18.02.08 A: 05.05.08
3109.08 RUBD	<b>Feldmann Christiane</b> – Beantwortung gestellter Fragen im Rahmen der Debatte über Bericht 42 bezüglich strategisch wichtiger Grundstücke	E: 18.02.08 A: 24.06.08
3110.08 EKSD	<b>De Weck Antoinette</b> – Konservierung der Kunstwerke des Museums für Kunst und Geschichte in Freiburg (MAHF)	E: 29.02.08 A: 05.05.08

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort
3111.08 EKSD	<b>Aeby-Egger Nicole</b> – Ausbildung «Fachangestellte/r für Verwaltung» des Kollegiums Gambach	E: 03.03.08 A: 27.05.08
3112.08 EKSD	<b>Krattinger-Jutzet Ursula-Christian Marbach</b> – Revision Schulgesetz	E: 03.03.08 A: 05.05.08
3113.08 RUBD	<b>Wicht Jean-Daniel</b> – Kantonsstrasse 030 Freiburg–Grolley–Payerne Fussgängersicherheit auf dem Bahnübergang von Givisiez	E: 03.03.08 A: 19.08.08
3114.08 RUBD	<b>Krattinger-Jutzet Ursula</b> – Umfahrungsstrasse Düdingen	E: 06.03.08 A: 16.06.08
3115.08 VWD	<b>Tschopp Martin</b> – Arbeitslosenquote im Kanton Freiburg gemäss Freiburger Konjunkturspiegel	E: 09.03.08 A: 03.06.08
3116.08 VWD	<b>Geinoz Jean- Denis</b> – Schliessung von SBB Cargo	E: 10.03.08 A: 08.07.08
3117.08 VWD	<b>Ganioz Xavier</b> – SBB Cargo: Engagement der Regierung?	E: 11.03.08 A: 08.07.08
3118.08 VWD	<b>Zurkinden Hubert</b> – Begünstigung von SBB Cargo	E: 13.03.08 Abgeschrieben gemäss Art. 60 GRG
3119.08 EKSD	<b>Fasel Josef</b> – Unterricht von Energiefragen im obligatorischen Schulunterricht	E: 17.03.08 A: 16.06.08
3120.08 SJD	<b>Tschopp Martin</b> – Wachtbefehl der Schweizerischen Armee mit scharfer Munition im Kanton Freiburg	E: 21.03.08 A: 03.06.08
3121.08 RUBD	<b>Rime Nicolas</b> – Kostenüberschreitung bei der H189: Wie wird die Kommunikation bei der RUBD gehandhabt?	E: 02.04.08 A: 15.04.08
3122.08 EKSD	<b>Jelk Guy-Noël</b> – Verkauf von Süssgetränken in den «Sélecta»-Automaten in den Schulgebäuden des Kantons	E: 03.04.08 A: 19.08.08
3123.08 EKSD/ FIND	<b>Tschopp Martin</b> – Personalbeurteilung der Lehrpersonen im Kanton Freiburg	E: 03.04.08 A: 10.06.08
3124.08 VWD	<b>Nusbaumer Catherine/Christian Marbach</b> – Motivationssemester (MoSe)	E: 04.04.08 A: 19.08.08
3125.08 VWD	<b>Mutter Christa</b> – Ausbau des öffentlichen Verkehrs: Halbstundentakt auf den Bahnlinien und weitere Fahrplanverbesserungen	E: 04.04.08 A: 01.07.08
3126.08 RUBD	<b>Fürst Rene/Johner-Etter Ueli</b> – Projektiertes Gross-Holzverarbeitungswerk in Müntschemier	E: 04.04.08 A: 03.06.08
3127.08 VWD	<b>Schorderet Edgar</b> – SBB Cargo: Kunden Service Center in Freiburg	E: 08.04.08 A: 08.07.08
3128.08 GSD	<b>Gabrielle Bourquet</b> – Mutterschaftsversicherung – kantonale Leistungen für nicht erwerbstätige Mütter und Adoptivmütter	E: 08.04.08 A: 25.11.08
3129.08 FIND	<b>Vonlanthen Rudolf</b> – Steuerpflicht der Schweizerischen Post für Wettbewerbsdienste	E: 09.04.08 A: 27.05.08
3130.08 SJD/ILFD	<b>Krattinger Ursula</b> – Chaoten in Freiburg nach Gotteronmatch	E: 13.04.08 A: 24.06.08
3131.08 RUBD	<b>Fasel Joseph</b> – Baubewilligung für Fotovoltaikdächer	E: 16.04.08 A: 24.06.08
3132.08 RUBD	<b>Wicht Jean-Daniel</b> – Galternbrücke in Freiburg	E: 16.04.08 A: 16.06.08
3133.08 EKSD	<b>Ducotterd Christian</b> – Schüler mit Schwierigkeiten. Rolle der Lehrpersonen.	E: 21.04.08 A: 01.07.08
3134.08 VWD	<b>Mutter Christa</b> – Kommunale Energiepläne und Kontrolle der Vorschriftsmässigkeit	E: 05.05.08 A: 06.10.08
3135.08 VWD	<b>Fürst René</b> – Tätigkeitsbericht Wirtschaftsförderung: Diskrepanz zwischen angekündigten und bereits geschaffenen Arbeitskräften	E: 08.05.08 A: 26.08.08

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort
3136.08 VWD	<b>Fürst René/Goumaz-Renz Monique</b> – Erfüllung des Auftrags MA 4008.07: Nicht berücksichtigte Schlüsselemente	E: 08.05.08 A: 08.07.08
3137.08 SJD	<b>Raemy Hugo/Martin Tschopp</b> – Waffen ins Zeughaus	E: 08.05.08 A: 01.07.08
3138.08 ILFD	<b>Joseph Fasel/Lauper Nicolas</b> – Stand der Bienenvölker, deren Gesundheit und die Entwicklung der Imker, Imkerinnen im Kanton Freiburg	E: 08.05.08 A: 01.07.08
3139.08 GSD	<b>Aeby-Egger Nicole</b> – Rolle des Kantons in den Finanzen der Institutionen mit gemeinnützigem Zweck	E: 08.05.08 A: 19.08.08
3140.08 GSD	<b>Glardon Alex</b> – Nebentätigkeit der Ärztinnen und Ärzte des FSN	E: 13.05.08 A: 23.09.08
3141.08 VWD	<b>Romanens Antoinette</b> – Entwicklungspolitik der Groupe E	E: 13.05.08 A: 08.07.08
3142.08 RUBD	<b>Dorand Jean-Pierre</b> – Lötschberg-Schlämme in Hauterive	E: 31.05.08 A: 23.09.08
3143.08 SJD	<b>Dorand Jean-Pierre</b> – Zusatzkosten der Euro 2008	E: 31.05.08 A: 09.12.08
3144.08 SJD	<b>Dorand Jean-Pierre</b> – Kosten von Sportveranstaltungen	E: 31.05.08 A: 14.10.08
3145.08 GSD	<b>Buchmann Michel</b> – Unbegründete Behauptungen zur Impfung der Freiburger Bevölkerung	E: 03.06.08 A: 19.08.08
3146.08 VWD	<b>Weber-Gobet Marie-Thérèse</b> – Position des Kantons Freiburg zum Gesuch um eine unbefristete Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühlberg BE (KKM) und zum allfälligen Bau eines neuen KKM	E: 12.06.08 A: 26.08.08
3147.08 VWD	<b>Schorderet Edgar</b> – Politik der TPF gegenüber der des Kantons Freiburg in Bezug auf den öffentlichen Verkehr	E: 16.06.08 A: 01.09.08
3148.08 SJD	<b>Bourquet Gabrielle</b> – Eidgenössische Prozessordnungen – Umsetzung	E: 19.06.08 A: 08.07.08
3149.08 RUBD	<b>Brönimann Charly</b> – Abraummateriale aus der Lötschbergtunnel-Baustelle	E: 19.06.08 A: 23.09.08
3150.08 GSD	<b>Ganioz Xavier</b> – Arbeitsbedingungen und Einhaltung der gesetzlichen Normen: Welche Rolle hat der Staat im subventionierten Sektor?	E: 19.06.08 A: 19.08.08
3151.08 ILFD	<b>Peiry-Kolly Claire</b> – Geschwindigkeitsreduktionsschwelle auf der Strasse Crau Rappo -Cousimbert	E: 20.06.08
3152.08 EKSD	<b>Marbach Christian</b> – Erneuerung des Dekrets über die Finanzierung und zukünftige Ausrichtung der Anschlussklassen	E: 20.06.08 A: 19.08.08
3153.08 GSD	<b>Thomet René</b> – Änderung der Ausführungsverordnung vom 19. März 1971 zum Gesetz vom 16. November 1965 über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung	E: 30.06.08
3154.08 GSD	<b>Girard Raoul</b> – Stelle eines medizinischen Direktors im Netz für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit	E: 03.07.08 A: 06.10.08
3155.08 ILFD	<b>Duc Louis</b> – Wildschweinschäden	E: 14.07.08 A: 09.09.08
3156.08 ILFD	<b>Rossier Jean-Claude</b> – Verbot der Bezeichnung "Mont Vully"	E: 26.07.08 A: 09.12.08
3157.08 ILFD	<b>Ith Markus</b> – Verbot der Produktion von "Mont Vully" - Käse	E: 12.08.08 A: 09.12.08
3158.08 ILFD	<b>Hänni Bernadette/Johner Ueli</b> – Verbot der Verwendung des Namens "Mont Vully" für eine im Seebezirk bestens verankerte und geliebte Käsesorte	E: 13.08.08 A: 09.12.08
3159.08 VWD	<b>Vonlanthen Rudolf</b> – Unterstützung des Institutes Guglera in Giffers. Wie kann und will der Staatsrat helfen?	E: 18.08.08 A: 16.12.08
3160.08 VWD	<b>Vonlanthen Rudolf</b> – Neue Regionalpolitik der Eidgenossenschaft: keine finanzielle Beiträge an Projekte im Bereich des Tourismus, weil FTV/UFT läuft SECO über kein Tourismuskonzept verfügt?	E: 18.08.08 A: 14.10.08

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort
3161.08 SJD	<b>Rey Benoît</b> – Justizrat	E: 27.08.08 A: 23.09.08
3162.08 ILFD	<b>Zadory Michel</b> – Neues Gesetz über das freiburgische Bürgerrecht	E: 03.09.08 A: 28.10.08
3163.08 VWD	<b>Dorand Jean-Pierre</b> – Aufbewahrung des Archivs der TPF	E: 08.09.08 A: 28.10.08
3164.08 GSD	<b>Ganioz Xavier</b> – Festlegung der Krankenversicherungsprämien durch den Kanton	E: 12.09.08
3165.08 SJD	<b>Ducotterd Christian</b> – Das Tolerieren eines Botellón in der Region Freiburg durch den Oberamtmann ist eine verheerende Botschaft an unsere Jugendlichen	E: 15.09.08 A: 25.11.08
3166.08 GSD	<b>Berset Solange</b> – «Pflegefamilien»	E: 29.09.08
3167.08 ILFD	<b>Fürst René</b> – Förderung der nachhaltigen Nutzung des im Kt. Freiburg vorhandenen Holzpotentials	E: 10.10.08
3168.08 GSD	<b>Jordan Patrice</b> – Wäscherei für die Freiburger Spitäler und Pflegeheime	E: 13.10.08
3169.08 FIND	<b>Weber-Gobet Marie-Thérèse/Rey Benoît</b> – Finanzmarktkrise und Auswirkungen auf den Kanton Freiburg	E: 20.10.08 A: 25.11.08
3170.08 VWD/ILFD/ RUBD	<b>Fasel Josef</b> – Berechnung des Bruttoinlandprodukts, BIP	E: 20.10.08 A: 16.12.08
3171.08 FIND	<b>Mauron Pierre</b> – Finanzielle Auswirkungen des UBS-Rettungsplans für den Kanton Freiburg	E: 24.10.08
3172.08 SJD	<b>Gobet Nadine</b> – Schliessung des Gefängnisses Bulle am 1. Januar 2009	E: 27.10.08 A: 18.11.08
3173.08 ILFD	<b>Fürst René</b> – Vernachlässigte und gequälte Tiere auf Landwirtschaftsbetrieben	E: 31.10.08 A: 16.12.08
3174.08 ILFD	<b>Ducotterd Christian</b> – Hundesteuer: Wie angemessen ist sie?	E: 03.11.08
3175.08 FIND	<b>Siggen Jean-Pierre</b> – Kreisschreiben Nr. 28 der SSK über die Bewertung von Wertpapieren ohne Kurswert	E: 04.11.08
3176.08 VWD	<b>Fürst René</b> – Seebezirkler - Reisende 3. Klasse?	E: 05.11.08 A: 16.12.08
3177.08 ILFD	<b>Ducotterd Christian</b> – Bau einer Laubholzsägerei	E: 05.11.08
3178.08 RUBD	<b>Boschung Moritz</b> – Strassenkreisel	E: 14.11.08
3179.08 ILFD/FIND/ EKSD	<b>De Weck Antoinette</b> – Nachteilige Auswirkungen der interkommunalen Solidarität für die Stadt Freiburg	E: 21.11.08
3180.08 ILFD	<b>Vonlanthen Rudolf/Piller Alfons</b> – Verkehrsregelung auf Alp- und Waldwegen im Sense Oberland	E: 01.12.08
3181.08 VWD	<b>Piller Alfons</b> – Wärmewellen-Heizung / Carbowell Infrarot-Heizung: Warum sträubt sich der Staatsrat gegen die Anerkennung dieser Heizart?	E: 01.12.08
3182.08 SJD	<b>Piller Alfons</b> – Was unternimmt der Staatsrat in Bezug auf die Kaserne Schwarzsee nach der Kündigung der belgischen Gäste von Intersoc?	E: 01.12.08
3183.08 SJD	<b>Michel Zadory</b> – Bürgernahe Polizei	E: 05.12.08
3184.08 VWD/FIND/ RUBD	<b>Mutter Christa</b> – Prüfung von Alternativen zur Investition ins Kohlekraftwerk Brunsbüttel	E: 23.12.08
3185.08 RUBD/SJD	<b>Peiry-Kolly Claire/Brönnimann Charles</b> – Militärische Gebäude zu verkaufen	E: 30.12.08

---

Kanton Freiburg

---

# DIREKTION FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT

---

<b>I. Direktion und Generalsekretariat</b> .....	<b>1</b>	<b>XI. Ausbildungsbeiträge</b> .....	<b>57</b>
1. Aufgaben .....	1	1. Aufgabe .....	57
2. Tätigkeit .....	1	2. Tätigkeit .....	57
3. Interkantonale Zusammenarbeit .....	3	<b>XII. Amt für Sport</b> .....	<b>58</b>
4. Streitsachen im Schulwesen .....	4	1. Aufgaben .....	58
5. Gesetzgebung .....	4	2. Ordentliche Tätigkeit .....	59
<b>II. Amt für Ressourcen</b> .....	<b>5</b>	<b>XIII. Amt für Kultur</b> .....	<b>61</b>
1. Aufgaben .....	5	1. Kulturförderung: Aufgaben und Tätigkeit .....	61
2. Tätigkeit .....	5	2. Kulturelle Institutionen: Aufgaben und Tätigkeit ..	63
<b>III. Ämter für obligatorischen Unterricht</b> .....	<b>7</b>	3. Staatsarchiv .....	64
1. Aufgaben .....	7	4. Kantons- und Universitätsbibliothek .....	67
2. Tätigkeit .....	7	5. Konservatorium .....	72
<b>IV. Sekundarstufe II</b> .....	<b>25</b>	6. Museum für Kunst und Geschichte .....	75
1. Aufgaben .....	25	7. Naturhistorisches Museum .....	78
2. Tätigkeit .....	25	8. Schloss Greyerz .....	80
3. Kollegium St. Michael .....	28	9. Vitrocentre Romont, Schweizerisches Forschungszentrum für Glasmalerei und Glaskunst .....	81
4. Kollegium Hl. Kreuz .....	30	10. Espace Tinguely – Niki de Saint Phalle .....	81
5. Kollegium Gambach .....	32	11. Römisches Museum Vallon .....	82
6. Kollegium des Südens .....	35	<b>XIV. Amt für Archäologie</b> .....	<b>82</b>
7. Fachmittelschule .....	37	1. Aufgaben .....	82
7.1 Die Schule in Kürze .....	37	2. Tätigkeit .....	82
8. Interkantonales Gymnasium der Region Broye .....	40	3. Besondere Ereignisse .....	87
<b>V. Amt für Universitätsfragen</b> .....	<b>41</b>	<b>XV. Amt für Kulturgüter</b> .....	<b>87</b>
1. Aufgaben .....	41	1. Auftrag .....	87
2. Tätigkeit .....	41	2. Tätigkeit .....	87
<b>VI. Universität</b> .....	<b>44</b>	3. Besondere Ereignisse .....	89
1. Aufgaben .....	44	<b>XVI. Personalbestand</b> .....	<b>90</b>
2. Tätigkeit .....	45		
<b>VII. Pädagogische Hochschule</b> .....	<b>47</b>		
1. Aufgaben .....	47		
2. Tätigkeit .....	47		
<b>VIII. Hochschule für Gesundheit Freiburg</b> .....	<b>50</b>		
1. Aufgaben .....	50		
2. Tätigkeit .....	50		
<b>IX. Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit</b> .....	<b>52</b>		
1. Aufgaben .....	52		
2. Tätigkeit .....	53		
<b>X. Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung</b> .....	<b>54</b>		
1. Aufgaben .....	54		
2. Berufsberatung .....	54		
3. Erwachsenenbildung .....	56		



---

*DIREKTION*

---

## **I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT**

### **1. Aufgaben**

Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) ist für folgende Bereiche zuständig (ZDirV, SGF 122.0.12): Vorschule und obligatorische Schule; Allgemeinbildung auf der Sekundarstufe 2; beruflicher Unterricht auf der Sekundarstufe 2 und der Tertiärstufe für die Berufe auf dem Gebiet der Gesundheit und der sozialen Arbeit; Berufsausbildung der Lehrpersonen; Universität; Schul- und Berufsberatung; Erwachsenenbildung; Gewährung von Ausbildungsbeiträgen; Kulturförderung; kulturelle Institutionen des Staates; Erhaltung von archäologischen Stätten und Kulturgütern; Sportunterricht und Sportförderung. Auf dem Internetportal der EKSD ([www.admin.fr.ch/dics](http://www.admin.fr.ch/dics)) sind zahlreiche Informationen über die Aufgaben und Tätigkeiten der Direktion zu finden. Die EKSD wurde 2008 von Staatsrätin Isabelle Chassot geleitet.

Das Generalsekretariat der EKSD wurde von Michel Perriard geführt.

Der Auftrag des Generalsekretariats (GS-EKSD) besteht darin, der Direktion bei der Führung und Geschäftsführung zur Seite zu stehen, die Verwaltungseinheiten der Direktion logistisch zu unterstützen und repräsentative Aufgaben zu erfüllen (Art. 50 SVOG, SGF 122.0.1). Die vier Hauptaufgabenbereiche des Generalsekretariats der EKSD sind: 1. die strategische Unterstützung der EKS-Direktorin, wozu unter anderem die Kommunikation, die Koordination und das Controlling der Tätigkeiten der EKSD gehören, 2. die juristische Beratung und die Regelung von Streitfällen, 3. die Finanzen und die Ausstattung sowie 4. die operationelle Unterstützung der EKS-Direktorin, die das Direktionssekretariat und den Übersetzungsdienst einschliesst.

### **2. Tätigkeit**

#### **2.1 Ordentliche Tätigkeit**

Die Direktion legt anhand der in der entsprechenden Gesetzgebung definierten Aufträge die Ziele der Verwaltungseinheiten fest, die der EKSD unterstellt oder ihr zugewiesen sind. Über ihre Ämter, an welche die Direktion einen Teil der Befugnisse delegiert, steuert sie den Vollzug der Massnahmen und sorgt für die Erfolgskontrolle dieser Massnahmen sowie für das Ergreifen von Korrekturmassnahmen. Die EKS-Direktorin trifft sich regelmässig mit den Vorsteherinnen und Vorstehern der Verwaltungseinheiten, um Grundsatzfragen zu besprechen und für die Nachführung und Bearbeitung der Dossiers zu sorgen. Die ordentliche Tätigkeit wird in den Abschnitten der jeweiligen Verwaltungseinheiten ausführlich beschrieben.

Das Generalsekretariat erfüllt Stabsdienstaufgaben für die EKS-Direktorin und unterstützt daneben die Arbeit der Verwaltungseinheiten durch Beratung, Erstellung

von schriftlichen Unterlagen und Vorentwürfen für Gesetze und Reglemente, Unterstützung bei der Buchführung, Übersetzungsarbeiten, Mitwirkung an Projekten und Sitzungen (zu den ständigen Aufgaben des Generalsekretariats gehören der Vorsitz der Bildungsämterkonferenz, die Führung der Haushalts- und Rechnungsführungsverfahren, die Leitung der Arbeitsgruppe für die Anerkennung der Lehrdiplome). Zudem organisiert es Referate zu verschiedenen Themen (rechtliche Aspekte des Lehrberufs, berufliche Verantwortung der Lehrpersonen und der Schulkader, Rolle und Befugnisse der Schulkommissionen, Grundsätze der öffentlichen Verwaltung im Unterrichtswesen, Bildungspolitik, interkantonale Zusammenarbeit, Informationspolitik der EKSD). So wurde beispielsweise einer offiziellen Delegation aus Vietnam unter der Leitung des Botschafters von Vietnam in der Schweiz und des Botschafters der Schweiz in Vietnam ein Vortrag über den Sprachunterricht in einem mehrsprachigen Land wie der Schweiz und insbesondere im Kanton Freiburg gehalten. Im Jahr 2008 beschäftigte sich das Generalsekretariat hauptsächlich mit der Totalrevision des Schulgesetzes und dessen Ausführungsreglements sowie mit der Teilrevision des Schulgesetzes im Hinblick auf die Einführung eines zweiten Kindergartenjahres. Auch leitete es das Vernehmlassungsverfahren zu einer Vereinbarung über die Organisation des Religionsunterrichts in der obligatorischen Schule, das im Anschluss an den Bericht von 2007 durchgeführt wurde. Der definitive Text der Vereinbarung sollte im Jahr 2009 fertiggestellt werden. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Direktionen ist insbesondere die Teilnahme an folgenden Ausschüssen, Kommissionen und Projekten zu nennen: Informatikkommission des Kantons, Leitungsausschuss «territoriale Strukturen» im Zuge der Umsetzung der Kantonsverfassung, Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen, Planung zur Umsetzung der neuen Verfassung, Kommission FRI-INFO, kantonale Konferenz für das öffentliche Beschaffungswesen und Gruppe der Kontaktpersonen für Datenschutz.

#### **2.2 Besondere Ereignisse**

Mehrere Ereignisse des Jahres 2008 sind hier besonders hervorzuheben, wobei einige von ihnen in anderen Kapiteln des Tätigkeitsberichtes ausführlicher behandelt werden.

##### **2.2.1 Umsetzung der NFA im sonderpädagogischen Bereich**

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) tangiert mehrere Bereiche der EKSD. Die Änderungen mit der bei weitem grössten Tragweite betreffen das Sonderschulwesen, für das seit dem 1. Januar 2008 allein die Kantone zuständig sind. Im Herbst 2006 wurde eine Arbeitsgruppe «Organisation der Sonderschule und der

Schuldienste» eingesetzt, die ihren Schlussbericht am 30. April 2007 abgeliefert hat. Diese Arbeiten bildeten den Grundstein für das am 1. Januar 2008 gegründete Amt für Sonderpädagogik (SoA). Das Generalsekretariat war im besonderen Masse an der Einrichtung dieses neuen Amtes beteiligt.

Zusätzlich zur Übernahme sämtlicher Tätigkeit im sozialpädagogischen Bereich durch die EKSD sollte der Kanton ein kantonales Konzept ausarbeiten, das frühestens am 1. Januar 2011 in Kraft treten können. Dazu wurde im Jahr 2008 eine Projektorganisation aufgebaut und intensiv an diesem Konzept gearbeitet.

Ausserdem wurde die kantonale Subventionierung der Schuldienste genau analysiert; die Ergebnisse dieser Analyse wurden im Jahr 2008 mit der Finanzverwaltung mehrfach diskutiert.

### **2.2.2 Vorbereitungen zur Harmonisierung der obligatorischen Schule in der Schweiz**

Mit einem deutlichen Mehr haben Volk und Stände am 21. Mai 2006 der Revision der Bildungsartikel in der Bundesverfassung zugestimmt. Die Zusammenarbeit unter den Kantonen sowie zwischen Kantonen und Bund wird somit als Verfassungsgrundsatz verankert, wodurch die Qualität und die Durchlässigkeit des Schulsystems gewährleistet werden soll. Im Zuge dieser Neuordnung sollen gewisse Eckwerte vereinheitlicht und der gesamte Hochschulbereich soll künftig von Bund und Kantonen gemeinsam gesteuert werden.

Im Bereich der obligatorischen Schule haben die Kantone die Aufgabe, das Bildungswesen, das Schuleintrittsalter, die Dauer und Ziele der Bildungsstufen und die Übergänge zwischen den Stufen sowie die Anerkennung der Abschlüsse zu harmonisieren. Kommt keine einheitliche kantonale Lösung zustande, wird der Bund diesen wichtigen Bereich selber regeln. Für den Kanton Freiburg besteht die bedeutendste Änderung in der Einführung eines zweiten Kindergartenjahres. Am 5. September 2008 verabschiedete der Grosse Rat eine Änderung des Schulgesetzes, mit der der obligatorische Besuch von zwei Kindergartenjahren eingeführt wird, wobei den Gemeinden für die Umsetzung dieses Entscheids eine Frist eingeräumt wird, die von Beginn des Schuljahres 2009/10 bis spätestens zu Beginn des Schuljahres 2013/14 dauert. Und am 28. Oktober übergab der Staatsrat dem Grossen Rat seine Botschaft Nr. 102 zu den Gesetzesvorlagen über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) sowie zur Westschweizer Schulvereinbarung.

### **2.2.3 Kantonale Ergebnisse der PISA-Erhebung 2006**

Die EKSD hat die Freiburger Ergebnisse der PISA-Erhebung zur Kenntnis genommen, die im Jahr 2006 bei den Neuntklässlerinnen und Neuntklässlern im franzö-

sichsprachigen Kantonsteil durchgeführt wurde. Die am 4. Dezember 2007 veröffentlichten internationalen Ergebnisse der Studie ermöglichten es der Schweiz, sich im Vergleich zu den übrigen Ländern zu situieren. Dieser Vergleich erfolgt anhand von Kriterien, mit denen geprüft wird, wie die Kenntnisse und Kompetenzen in realitätsnahen Situationen angewendet werden, was für das Leben in der heutigen Gesellschaft als wichtig erachtet wird. Die interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der Westschweiz und des Tessins (CIIP) ergänzte diese Studie mit einer Zusatzerhebung, dank der die französischsprachigen Kantone ihre Ergebnisse untereinander vergleichen können.

Aus diesem Vergleich geht hervor, dass die Westschweiz und der Kanton Freiburg ihre Ergebnisse in allen untersuchten Bereichen (Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften) zu bestätigen vermochten. In den Naturwissenschaften, dem Schwerpunktfach im PISA-Test 2006, haben die Freiburger Schülerinnen und Schüler einen Durchschnittswert (522) erzielt, der zu den besten der Westschweiz gehört und auch über dem Schweizer Durchschnitt (513) liegt. Der Durchschnitt beträgt in der Progymnasialabteilung 566 Punkte, in der Sekundarabteilung 507 und in der Realabteilung 441. Dabei erzielten drei Viertel der Schülerinnen und Schüler der Progymnasialklassen und über ein Viertel der Schülerinnen und Schüler der allgemeinen Sekundarabteilung Ergebnisse, die über dem Schweizer Durchschnitt liegen. Im Fach Lesen verzeichnet der Kanton Freiburg eine durchschnittliche Punktezahl von 514 und rangiert damit an der Spitze der Westschweizer Kantone; er liegt ebenfalls erneut über dem Schweizer Durchschnitt (501). Dabei sind die Unterschiede zwischen den Durchschnittsergebnissen der drei Klassentypen beträchtlich: 555 Punkte bei den Progymnasialklassen, 500 bei den Sekundarklassen und 443 bei den Realklassen. Über drei Viertel der Schülerinnen und Schüler der Progymnasialklassen und über die Hälfte der Schülerinnen und Schüler der Sekundarabteilung erzielten Ergebnisse, die über dem Schweizer Durchschnitt liegen. In diesem Fach erreichen die Mädchen (524) bessere Ergebnisse als die Knaben (506). In der Mathematik beträgt die Durchschnittsleistung der Freiburger Schülerinnen und Schüler 557 Punkte; dieses Ergebnis ist wiederum die höchste Punktezahl der Westschweizer Kantone und liegt zudem erneut über dem nationalen Durchschnitt (533). Die Verteilung nach Abteilung präsentiert sich wie folgt: Die Progymnasialklassen erreichten einen Durchschnittswert von 600, die Sekundarklassen konnten im Schnitt 542 Punkte und die Realklassen 482 Punkte verbuchen. Über drei Viertel der Schülerinnen und Schüler der Progymnasialklassen und über die Hälfte der Schülerinnen und Schüler der Sekundarabteilung erzielten Ergebnisse, die über dem Schweizer Durchschnitt liegen.

Die Bestätigung der Ergebnisse des PISA-Tests 2003 ist im Kanton mit Befriedigung zur Kenntnis genommen worden. Im Vergleich zu den übrigen Kantonen und

den OECD-Ländern gelingt es der Freiburger Schule offenbar, eine ansehnliche Anzahl Schülerinnen und Schüler dazu zu bringen, dass sie solide Kenntnisse und Kompetenzen erwerben und diese darüber hinaus in komplexen Situationen auch anwenden können. Daraus lässt sich durchaus ableiten, dass die Freiburger Schule sich entsprechend angepasst hat, um den Herausforderungen und Erwartungen der heutigen Gesellschaft zu entsprechen. Dies ist weitgehend dem Engagement der Lehrpersonen und der schulischen Akteure, ihrem Berufsethos und ihrer Motivation sowie der pädagogischen Qualität ihres Unterrichts zu verdanken. Diese guten Ergebnisse sind zudem insgesamt ein Ausdruck der Bildungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler sowie des grossen Vertrauens, das die Eltern und die breite Öffentlichkeit der Institution Schule entgegenbringen.

#### **2.2.4 Vorbereitungen für das dritte Studienjahr in Medizin an der Universität Freiburg**

Der Grosse Rat hat am 7. November das Dekret zur Einführung des 3. Studienjahrs in Humanmedizin an der Universität Freiburg angenommen. Dieses 3. Studienjahr wird erstmals im Herbst 2009 angeboten und mit 20 Studierenden starten. Die Universität hat das entsprechende Programm in enger Zusammenarbeit mit dem freiburger spital und unter der Leitung einer Begleitgruppe EKSD/GS erarbeitet.

#### **2.2.5 Weitere besondere Ereignisse in Kürze**

Die Region Elsass und der Kanton Freiburg haben am 12. Februar 2008 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit unterzeichnet, um den kulturellen Austausch zwischen den beiden Regionen unter anderem durch den Austausch von Veranstaltungen, Koproduktionen sowie Gastaufenthalten von Kunstschaffenden zu fördern. Mehrere solcher Austauschprojekte haben bereits stattgefunden.

Am 1. Juni hat das Stimmvolk das Dekret vom 12. Dezember 2007 über einen Verpflichtungskredit für die Umgestaltung und Erweiterung des Kollegiums Gambach mit 55 553 Ja gegen 14 862 Nein angenommen.

Im Schloss Greyerz wurde am 13. Juni das restaurierte ehemalige Abwärtsgebäude mit dem neuen Vorführungsraum und der Multimedia-Schau «Gruyères» eröffnet.

Das Interkantonale Gymnasium der Region Broye hat die ersten schweizweit anerkannten interkantonalen Maturitätszeugnisse und Mittelschuldiplome abgegeben.

Erstmals wurde einer englischsprachigen Privatschule eine Bewilligung erteilt, wobei diese an bestimmte, klar festgelegte Bedingungen geknüpft ist, etwa hinsichtlich des vorübergehenden Aufenthalts der Kinder im Kanton. Die Schule konnte jedoch das Schuljahr 2008/09 nicht organisieren, da zu wenige Anmeldungen eingegangen waren.

Die im Zuge des 1993 durchgeführten Sparprogramms gestrichene 3. Lektion Turn- und Sportunterricht ist zu Beginn des Schuljahres in den meisten Klassen der Orientierungsschule wieder eingeführt worden. An den verbleibenden Orientierungsschulen wird dies zu Beginn des nächsten Schuljahres erfolgen. Die Direktionen der Kollegien haben den Auftrag erhalten, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit die 3. Lektion Sportunterricht zu Beginn des Schuljahrs 2009/10 allgemein eingeführt werden kann – ausser beim Kollegium Gambach, wo dies erst nach dem Bau der neuen Turnhallen möglich sein wird. Aber bereits im Schuljahr 2008/09 werden alle Schülerinnen und Schüler, die dies wünschen, eine 3. Sportlektion als Freikurs belegen können.

Seit dem 1. September sind die Berufsklassen des Freiburger Konservatoriums dem Lausanner Konservatorium als Zweigstelle am Standort Freiburg angegliedert.

Die Erneuerung der Kartause Valsainte (Abbruch-, Sanierungs- und Renovierungsarbeiten), die unter anderem auch vom Kanton unterstützt wird, ist abgeschlossen.

Das Projekt, das den Preis der 6. Ausgabe der fotografischen Ermittlung von Freiburg erhalten hat, illustriert den Wandel der Freiburger Landschaft im Zuge der Bauten und der Raumgestaltung der vergangenen dreissig Jahre.

Die Arbeiten an den Sportanlagen von St. Leonhard, für die der Grosse Rat per Dekret einen Beitrag gewährt hat, haben begonnen. Der Staatsrat hat sich zudem grundsätzlich bereit erklärt, ein Olympia-Schwimmbecken in Freiburg im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft, an der auch die Gemeinden beteiligt sind, zu unterstützen.

Das Projekt eines elektronischen Schulverwaltungssystems, mit dem die Verwaltungen die Anmeldungen besser verwalten können und der Schulverlauf der einzelnen Schülerinnen und Schüler, die Mittel und die Schulstatistiken besser zu verwalten sind und somit letztlich das Schulwesen besser gesteuert werden kann (Projekt HarmAdminEcoles), wurde weiter vorangetrieben. Nach der Anstellung des Fachleiters und des Gesamtprojektleiters wird HarmAdminEcoles Anfang 2009 starten können. Das ITA, die VWD und das LIG sind ebenfalls stark an diesem Projekt beteiligt.

### **3. Interkantonale Zusammenarbeit**

Die EKS-Direktion beteiligt sich aktiv an den interkantonalen Konferenzen in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport. Kooperationsbereiche, die nur eine Bildungsstufe oder ein Amt betreffen (Interkantonales Gymnasium der Region Broye, interkantonale Universitätsvereinbarung, Schweizerische Universitätskonferenz, Conférence universitaire de Suisse occidentale, Strategieausschuss HES-SO), werden in den Abschnitten der betreffenden Ämter behandelt. Die Tätigkeitsbereiche der drei unten aufgeführten Konferenzen sind hingegen umfassender und werden daher in diesem Kapitel ausführlich erörtert.

### 3.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Im Jahr 2008 hat die EDK drei ordentliche Plenarversammlungen abgehalten und dabei unter anderem folgende Themen und Projekte behandelt: Ratifizierungen und Umsetzung der interkantonalen Vereinbarung vom 14. Juni 2007 über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat), HarmoS-Bildungsstandards, Ratifizierungen und Umsetzung der interkantonalen Vereinbarung vom 25. Oktober 2007 über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich (Konkordat Sonderpädagogik), Masterplan Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen, Hochschullandschaft Schweiz, Entwurf eines Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG), Teilrevision der Verordnung des Bundesrates und des Reglements der EDK über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR), Modernisierung der Erhebungen des Bundesamts für Statistik im Bildungsbereich, Kategorisieren der Lehrdiplome für die Vorschul- und die Primarstufe. Nähere Einzelheiten zu diesen Themen sind im Jahresbericht der EDK zu finden.

Die EKS-Direktorin präsidiert die EDK seit dem 1. Juli 2006. Der EDK-Vorstand ist zu vier Sitzungen zusammengetreten und hat zudem eine Reihe von Beschlüssen auf dem Zirkularweg getroffen.

Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers der EKS-Direktorin für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Departementssekretärenkonferenz und der Kommission der Departementssekretäre. Im Zuge einer Restrukturierung der Gremien und ihrer Kompetenzen wurde der Finanzausschuss, dem der Generalsekretär ebenfalls angehörte, aufgehoben. Ferner ist er Vizepräsident der Kommission für die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschul- und der Primarstufe.

### 3.2 Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)

Im Jahr 2008 hat die CIIP an fünf Versammlung unter anderem folgende Themen und Projekte behandelt: Ratifizierungen und Umsetzung der Westschweizer Schulvereinbarung vom 21. Juni 2007, Entscheide, die sich aus der Vereinbarung für mehrere Bereiche ergeben (Plan d'étude romand PER, Kompetenzportfolios und Referenztests, Ausbildung der Bildungskader), Englisch-Lehrmittel, Entwurf eines Fähigkeitszeugnisses für Bühnentänzer und Bühnentänzerinnen, Umteilung des Vorbereitungsjahres von der HES-S2 auf die Sekundarstufe II. Nähere Einzelheiten zu diesen Themen sind im Jahresbericht der CIIP zu finden. Von September 2004 bis Ende 2008 fungierte die CIIP zudem teilweise als politischer Rat der Conférence universitaire de Suisse occidentale (CUSO).

Die EKS-Direktorin ist Mitglied der Plenarversammlung der CIIP.

Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers der EKS-Direktorin für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Generalsekretärenkonferenz, der Geschäftsstelle der CIIP sowie des Leitungsausschusses für den Westschweizer Lehrplan (Plan d'études romand - PER).

### 3.3 Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK)

Im Jahr 2008 befasste sich die NW EDK unter anderem mit folgenden Themen und Projekten: Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II, Benchmarking auf der Sekundarstufe II, Kooperation der Kantone BL, BS, BE, FR, SO für das Unterrichten von Französisch als erster Fremdsprache und Englisch als zweiter Fremdsprache ab der 5. Klasse (Projekt Passepartout), Grundlagenprojekt Deutschschweizer Lehrplan, Ratifizierungen des Regionalen Schulabkommens (RSA) 2009, Restrukturierung des Regionalsekretariats der NW EDK. Nähere Einzelheiten zu diesen Themen sind im Jahresbericht der NW EDK zu finden.

Für Themen, welche die gesamte Deutschschweiz betreffen (so insbesondere den geplanten Lehrplan), treten die drei deutschsprachigen Konferenzen im Übrigen in der D-EDK zusammen.

Die EKS-Direktorin ist Mitglied der Plenarversammlung der NW EDK.

Der Generalsekretär der EKSD ist Mitglied der Departementssekretärenkonferenz der D-EDK.

## 4. Streitsachen im Schulwesen

Bei der Direktion sind im Jahr 2008 33 (50) Beschwerden eingegangen (Beschwerden gegen Entscheide der Inspektorinnen und Inspektoren, der Schuldirektorinnen und Schuldirektoren oder der Maturitätsprüfungskommissionen, für welche die Direktion als vorgesetzte Aufsichtsbehörde fungiert). 23 (31) betrafen den französischsprachigen und 10 (19) den deutschsprachigen Unterricht. Davon wurden 1 (4) als unzulässig und 7 (8) als gegenstandslos erklärt (Rückzug der Beschwerde oder neuer Entscheid), 1 (4) wurde gutgeheissen, 1 (0) wurde teilweise gutgeheissen, 17 (30) wurden abgewiesen und 6 (4) sind noch hängig.

Im Personalwesen wurden 3 (6) Beschwerden gegen Entscheide der Direktion eingereicht. Davon sind 3 (4) noch hängig; es wurde 0 (2) zurückgewiesen.

Die weiteren Streitsachen betreffen Entscheide in den Bereichen Kultur und Sport.

## 5. Gesetzgebung

### 5.1 Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 14. Februar 2008 über die Stipendien und Studiendarlehen (StiG).

Dekret vom 7. Mai 2008 über einen Verpflichtungskredit für den Erwerb und den Umbau des Gebäudes der Klinik Garcia für das Adolphe-Merkle-Institut für Nanowissenschaften.

Gesetz vom 19. Juni 2008 über die Finanzierung der von zugelassenen privaten Anbietern ausgeführten pädagogisch-therapeutischen Massnahmen.

Gesetz vom 5. September 2008 zur Änderung des Schulgesetzes (Kindergarten).

Dekret vom 5. September 2008 über einen Beitrag des Staats an die Gemeinden für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres.

Gesetz vom 8. Oktober 2008 zur Verlängerung des Dekrets über die Finanzierung und den Betrieb der Anschlussklassen und der Schulinternen Massnahmen.

Dekret vom 7. November 2008 über die Einführung des dritten Studienjahrs in Humanmedizin an der Universität Freiburg.

## 5.2 Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente

Verordnung vom 22. Januar 2008 über die Aufnahme in die Grundausbildung der Pädagogischen Hochschule Freiburg.

Verordnung vom 22. Januar 2008 über die Aufnahmebeschränkung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg für das akademische Jahr 2008/09.

Verordnung vom 18. März 2008 über die Aufnahmekapazität der Sektion Human- und Zahnmedizin und die Einführung des Eignungstests für das Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2008/09.

Verordnung vom 31. März 2008 über die Zulassung ausländischer Kandidatinnen und Kandidaten zum Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2008/09.

Verordnung vom 5. Mai 2008 zur Änderung des Ausführungsreglements zur Bundesgesetzgebung über die Förderung von Turnen und Sport in den Schulen.

Reglement vom 10. Juni 2008 über die Ausbildung an Fachmittelschulen (FMSR).

Reglement vom 10. Juni 2008 über die Abschlussprüfung an Fachmittelschulen (FMSPR).

Reglement vom 8. Juli 2008 über die Stipendien und Studendarlehen (StiR).

Verordnung vom 26. August 2008 zur Änderung des Beschlusses über die Kostenbeteiligung der in Sonderheimen untergebrachten Personen.

Mitteilung des Amtes für Gesetzgebung vom 20. August 2008 im Zusammenhang mit der terminologischen Anpassung der Gesetzgebung über die Fachmittelschulen und die Lehrerseminarien.

Verordnung vom 14. Oktober 2008 zur Änderung der Verordnung über die Entschädigung der Schulleiterinnen und Schulleiter des Kindergartens und der Primarschule.

Verordnung vom 3. November 2008 zur Aufhebung verschiedener Beschlüsse im Bildungsbereich.

Verordnung vom 18. November 2008 über Zulassungsbeschränkungen für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung in der französischsprachigen Abteilung der Sekundarstufe II (LDS II) im akademischen Jahr 2009/10.

Verordnung vom 9. Dezember 2008 zur Änderung verschiedener Bestimmungen im schulischen Bereich (Kindergarten).

## II. AMT FÜR RESSOURCEN

### 1. Aufgaben

Das Amt für Ressourcen ist aus der 2002 erfolgten Restrukturierung der EKSD hervorgegangen und hat seine Tätigkeit am 1. Januar 2003 aufgenommen. Es ist für vier Tätigkeitsbereiche zuständig: Administrative Führung des Personals der EKSD (Lehrpersonen und Verwaltungspersonal sämtlicher Verwaltungseinheiten mit Ausnahme der Universität und der dem Amt für Kultur angeschlossenen Einrichtungen), die Anerkennung der Schülertransporte und die entsprechenden Beiträge, die Aufteilung der die obligatorische Schule betreffenden Kosten («gemeinsamer Topf») und die Verwaltung der interkantonalen Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden.

Amtsvorsteherin: Christiane Brühlhart

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1 Personal

##### 2.1.1a Lehrpersonen nach Stufen

	Anzahl Personen	Vollzeit- äquivalente
Kindergarten	370	228
Primarschule	1878	1284
Orientierungsschule	1275	864
Sekundarstufe II	597	388
Pädagogische Hochschule	105	58
Hochschule für Gesundheit	61	44
Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit	44	28
Total	4330	2894

### 2.1.1b Lehrpersonen nach Sprache und Geschlecht

	französischsprachig		deutschsprachig		% Frauen
	M	F	M	F	
Kindergarten	0	262	0	108	100%
Primarschule	253	1102	76	447	82%
Orientierungsschule	385	483	183	224	55%
Sekundarstufe II	243	176	89	89	44%

### 2.1.1c Beschäftigungssituation

Ende Schuljahr 2007/08 erfolgten 9 Rücktritte auf Kindergartenstufe (davon 1 Rücktritt aus Altersgründen), 76 auf Primarschulstufe (davon 36 aus Altersgründen), 62 auf Stufe Orientierungsschule (davon 23 aus Altersgründen), 27 auf der Sekundarstufe II (davon 21 aus Altersgründen).

Für den Kindergarten und die Primarschule wurden an die 180 Lehrerinnen- und Lehrerstellen ausgeschrieben, rund ein Drittel davon mit Vollpensum. Alle Stellen konnten besetzt werden, doch gestaltete es sich als sehr schwierig, ausgebildetes Lehrpersonal für Stellvertretungen oder für den Stützunterricht zu finden.

Für die Orientierungsschule wurden 86 Stellen ausgeschrieben (55 im französischsprachigen Kantonsteil und 31 in Deutschfreiburg), rund ein Viertel davon Vollzeitstellen. Es besteht weiterhin ein Mangel an diplomierten Lehrpersonen, insbesondere im deutschsprachigen Teil und vor allem für die Fächer Mathematik und Naturwissenschaften. Die französischsprachigen OS konnten einige Lehrpersonen mit Diplom für die Sekundarstufe II anstellen, die keine Stelle in einem Gymnasium gefunden hatten. Bei einigen Fächern wie etwa Deutsch als Fremdsprache, Hauswirtschaft oder Werken (Technisches Gestalten) ist immer noch ein Lehrkräftemangel festzustellen. Für diese Fächer mussten Studierende, die ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben, oder andere Personen mit befristetem Anstellungsvertrag angestellt werden.

Zwölf erfahrene Primarlehrkräfte haben eine berufsbegleitende Zusatzausbildung am Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg abgeschlossen und unterrichten in den Klein- und Werkklassen und in den Realklassen der OS.

Auf Sekundarstufe II wurden 28 Stellen ausgeschrieben, davon 2 mit Vollpensum. Die meisten Neuestellten besitzen das erforderliche Diplom oder werden ihre Lehrbefähigung bald erlangen.

Zum Schulbeginn 2008/09 wurden an die 1100 Arbeitsverträge erstellt; bei einem Teil davon handelte es sich um Neuanstellungen, bei den restlichen ging es um Anstellungsverlängerungen oder einen Stellenwechsel beziehungsweise eine Änderung des Beschäftigungsgrads: 202 unbefristete sowie 262 befristete neue Arbeitsverträge,

288 Anstellungsverlängerungen, 137 Stellenwechsel und 233 erhebliche Änderungen des Beschäftigungsgrads.

### 2.1.2 Schülertransporte

Alle Voranschläge für Schülertransporte im Schuljahr 2008/09 wurden überprüft und genehmigt. Dabei musste jede Erhöhung gegenüber dem Vorjahr gerechtfertigt werden.

Die von den Transportunternehmen vorgelegten Rechnungen 2007/08 wurden geprüft und ausstehende Restbeträge beglichen. Insgesamt belaufen sich die Kosten beim Kindergarten auf rund 375 000 Franken, bei der Primarschule auf 5 067 000 Franken und bei der Orientierungsschule auf 1 205 000 Franken.

Das Amt für Ressourcen plant gemeinsam mit dem Amt für Verkehr und Energie ein neues System mit einer Pauschalbeteiligung des Kantons. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen in die Revision des Schulgesetzes einfließen.

### 2.1.3 Aufteilung der Kosten der obligatorischen Schule

Das Finanzinspektorat hat zusammen mit dem Amt für Gemeinden die interkommunale Aufteilung der Kindergarten- und Primarschulskosten für das Rechnungsjahr 2007 geprüft und die Abrechnung 2007 für korrekt befunden. Die Begleitgruppe für den «gemeinsamen Topf», die sich aus Vertretern der Gemeinden, des ITA und der EKSD zusammensetzt, hat die Rechnung 2007 und den Voranschlag 2009 im Dezember 2008 begutachtet. Aus dem Ende Dezember 2008 durchgeführten 13. Durchgang lässt sich entnehmen, dass die durchschnittlichen Kosten pro Klasse für den Kindergarten 110 913 Franken und für die Primarschule 143 346 Franken betragen. Vierzehn Gemeinden profitierten für den Kindergarten und sieben für die Primarschule vom Korrektorkoeffizient.

### 2.1.4 Regionales Schulabkommen der Nordwestschweiz

Im Regionalen Schulabkommen (RSA 2000) sind die Kantone der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz NW EDK (Aargau, Baselland, Baselstadt, Bern, Freiburg, Luzern, Solothurn und Zürich) zusammengeschlossen. Der Staatsrat hat die für das Schuljahr 2009/10 vorgesehene Gesamtrevision des Abkommens gutgeheissen und im Frühjahr 2009 an den Grossen Rat zur Ratifizierung weitergeleitet.

In diesem Jahr zahlte der Kanton Freiburg Schulgelder in Höhe von insgesamt 4 848 521 (4 942 937) Franken für 251 (255) Schülerinnen und Schüler und Studierende. Die Zahl der Freiburger Studierenden, welche in einem anderen Kanton eine Fachhochschule besuchen, ist von 125 auf 135 Studentinnen und Studenten gestiegen.

Gleichzeitig hat der Kanton für die Aufnahme von 142 (136) ausserkantonalen Schülerinnen und Schülern (Kindergarten, Primarschule, Orientierungsschule und Sekundarstufe 2, allgemeine Richtung) 1 768 754 (1 796 088) Franken erhalten. Die anderen Schulen verbuchen die entsprechenden Einnahmen auf eigene Konti. 118 (127) dieser ausserkantonalen Personen stammen aus dem Kanton Bern.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Arbeitszeitverkürzung des Lehrpersonals

Das Amt leitete die Arbeitsgruppe, die Vorschläge für die Lehrpersonen sämtlicher Schulen des Kantons zu erarbeiten hatte, um diesen als Kompensation für die Verlängerung der Feriendauer des Verwaltungspersonals eine gleichwertige Reduktion der Arbeitszeit zu gewähren. Ein Bericht mit acht Varianten wurde in die Vernehmlassung geschickt, wobei die Lehrpersonen, die Konferenzen, Verbände und andere betroffene Organisationen sowie die Gemeinden und die Schulkommissionen konsultiert wurden. Anfang 2009 wird dann der Entscheid fallen.

### 2.2.2 Status des Lehrpersonals

Das Amt wirkte aktiv an der Ausarbeitung von Verordnungen mit, in denen die Anstellung der Lehrpersonen an den vier Schulen, die teils der FH Westschweiz/Freiburg und teils der PH angehören, geregelt wird. Es war zudem auch an den Vorbereitungen zur Einführung des zweiten Kindergartenjahres und an der Revision des Schulgesetzes beteiligt.

## III. ÄMTER FÜR OBLIGATORISCHEN UNTERRICHT

### 1. Aufgaben

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht, das deutsch- und das französischsprachige Amt, tragen primär die Verantwortung für die Qualität des Unterrichts, der sämtlichen Schülerinnen und Schülern des Kindergartens, der Primarschule und der Orientierungsschule erteilt wird. Ihnen zur Seite steht das Amt für Sonderpädagogik, das zuständig ist für die Schülerinnen und Schüler, die aufgrund eines besonderen Bildungsbedarfs sonderpädagogischen Unterricht erhalten oder in den Genuss von verstärkten Unterstützungsmassnahmen kommen. Die drei Ämter decken sämtliche Einrichtungen der obligatorischen Schule ab, die zum Schuljahresbeginn im August 2008 einen Bestand von 35 270 (35 115) Schülerinnen und Schülern verzeichneten.

Die Ämter für obligatorischen Unterricht sind zugleich Dienstleistungserbringer und Qualitätsüberprüfer. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe können sie auf die Kader, Schulinspektorinnen und -inspektoren, OS-Schuldirektorinnen und -direktoren, Beraterinnen und Berater und

pädagogischen Mitarbeitenden zählen, welche die berufliche Tätigkeit der etwa 3500 in der obligatorischen Schule angestellten Lehrpersonen sowie der rund 300 im sonderpädagogischen Bereich tätigen Lehrpersonen unterstützen. Die wichtigsten Dossiers, Arbeitsfelder oder behandelten Bereiche des Jahres 2008 werden in den Tätigkeitsberichten der einzelnen Stufen des obligatorischen Unterrichts erläutert; jene, die in den sonderpädagogischen Bereich fallen oder die Schuldienste betreffen, werden in einem separaten Abschnitt behandelt.

Vorsteher des Amtes für französischsprachigen obligatorischen Unterricht (SEnOF): Léon Gurtner

Vorsteher des Amtes für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA): Reto Furter

Vorsteherin des Amtes für Sonderpädagogik (SoA): Fouzia Rossier

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Allgemeines

#### 2.1.1 Gemeinsame Themen der beiden Kantonsteile

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht haben verschiedene Themen gemeinsam:

Kindergarten: Nach der Fertigstellung des Konzepts für die Einführung eines zweiten Kindergartenjahres durch die Ämter der Direktion wurde der entsprechende Bericht dem Staatsrat übergeben. Dieser nahm Einsicht in den Bericht und unterbreitete dann dem Grossen Rat eine Gesetzesvorlage. So wurde am 5. September 2008 das Schulgesetz mit einem zusätzlichen Kindergartenjahr ergänzt, wobei gleichzeitig der Besuch beider Kindergartenjahre obligatorisch erklärt wurde. Da kein Referendum gegen die vom Grossen Rat beschlossene Gesetzesänderung ergriffen worden ist, wird das geänderte Schulgesetz am 1. August 2009 in Kraft treten. Im Dezember 2008 verabschiedete der Staatsrat zudem die Änderungen des Schulreglements zur Einführung des zweiten Kindergartenjahres, wobei er unter anderem beschloss, das Verfahren für das Aufschieben des Eintritts ins erste Kindergartenjahr zu vereinfachen. Um die Einführung dieses zweiten Kindergartenjahres zu erleichtern, hat die Direktion eine begleitende Arbeitsgruppe gebildet, welche den Auftrag hat, die mit der Einführung der neu organisierten Kindergartenklassen verbundenen Aufgaben zu koordinieren und die verschiedenen Fragen seitens der Gemeinden und der Schulkommissionen zu beantworten. Zudem bildete die Direktion im Hinblick auf die offizielle Einführung dieses 2. Kindergartenjahres eine zweisprachige Expertengruppe aus Lehrpersonen des Kindergartens und der Spielgruppen, Praxisausbilderinnen, Vertreterinnen der PH und pädagogischen Beraterinnen, um die Betreuung und den Unterricht der jungen Schülerinnen und Schüler in der obligatorischen Schule möglichst gut vorzubereiten. Diese erhielt den Auftrag, ein Projekt für

den Inhalt und die Organisation einer Ausbildung für Lehrpersonen mit Lehrdiplom für die Kindergartenstufe zu unterbreiten. Die Ausbildung richtet sich an Lehrpersonen der ersten Klasse und der beiden Kindergartenjahre und wird Ende des laufenden Schuljahrs starten. Die Gemeinden sollten melden, ob sie dieses zusätzliche Kindergartenjahr bereits auf Beginn des nächsten Schuljahres 2009/10 einführen oder damit noch zuwarten wollen, wobei sie das 2. Kindergartenjahr spätestens auf den Schuljahresbeginn 2013/14 anbieten müssen. Diese Meldungen sollen es der Direktion und der eingesetzten Arbeitsgruppe erlauben, besser auf die Bedürfnisse der betroffenen Lehrpersonen einzugehen.

Reform der Sonderpädagogik: Mitwirkung an der Erarbeitung des kantonalen Konzepts, Lancierung von Pilotprojekten.

Schulleitungen der Primarschulen: Weiterführung der schrittweisen Errichtung einer effizienten und operationellen Pilotstruktur, mit der die Qualität der Organisation und des Schulbetriebs verbessert werden soll. Diese Pilotstruktur ist inzwischen in jedem Schulkreis Deutschfreiburg eingerichtet und beginnt sich auch im französischen Kantonsteil zu etablieren, wo die bestehenden Schulprojekte einbezogen werden. Die Hauptaufgaben, welche die Schulverantwortlichen erfüllen, sind vielfältig und umfassen sämtliche Aspekte des Schullebens: die Schulkultur und das Schulklima, die Qualität ihrer Informationsarbeit, das Bild, das die Schule nach aussen vermittelt, insbesondere die Beziehungen mit den örtlichen Behörden und dem Schulinspektorat, die Koordination der pädagogischen Tätigkeit, insbesondere die Durchführung von pädagogischen Projekten, sowie die Unterstützung, welche die Schulleitung bei der Bewältigung von besonderen Situationen (Unterstützungsmassnahmen) oder schwierigen schulischen Situationen leistet. In Deutschfreiburg ist die Ausbildung der Schulleiterinnen und Schulleiter abgeschlossen; im französischen Teil ist sie in Vorbereitung.

Sprachunterricht: Im Jahr 2008 wurde hauptsächlich an der Fertigstellung des allgemeinen Konzepts für das Sprachenlernen gearbeitet, bei dem neu auch die nachobligatorische Bildungsstufe einbezogen wird. Das Konzept sieht einen Plan für den Aufbau und die Umsetzung der Massnahmen unter Einbezug des Personal- und Mittelbedarfs sowie einen Zeitplan für jede Massnahme vor. Die Vorbereitung des Konzepts zur Einführung des Englischunterrichts in der Primarschule wird mit den von den Regionalkonferenzen, der Conférence intercantonale de l'instruction publique de Suisse romande et du Tessin (CIIP) und der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK; Projekt «Passepartout»), entwickelten Instrumenten abgestimmt. Die letzte Phase der Aktualisierung der Hilfsmittel und Unterrichtsmethoden in der Orientierungsschule (französischsprachiger Kantonsteil) ist abgeschlossen; die Versuchsprojekte auf der Primarstufe werden fortgesetzt.

Versuchsprojekt Schulgesundheit (PESS): Die letzte Phase dieses Projekts bestand zunächst in der Durchführung der dritten Umfrage an den Versuchsstandorten, um die gesundheitlichen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrpersonen an den obligatorischen Schulen unseres Kantons zu erfassen. Gestützt auf die gesammelten Daten wird derzeit ein Gesundheitskonzept für die Schule erarbeitet, das im Frühjahr 2009 in die Vernehmlassung geschickt werden soll. Darin wird festgehalten, welche Massnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention bei den Kindern und Jugendlichen vom Kindergarten bis zum Abschluss der OS obligatorisch sind. Darüber hinaus soll dieses Konzept auch dazu dienen, die Gesundheit und das berufliche Wohlbefinden der Lehrpersonen zu fördern.

Massnahmenpaket für verhaltensauffällige Schüler/innen: Am 1. Juni hat die Koordinatorin der verstärkten Massnahmen zur Betreuung der betreffenden Schülerinnen und Schüler ihre Arbeit aufgenommen. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, für die Verteilung der für entsprechende Projekte bereitgestellten Ressourcen zu sorgen, damit verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler so lange als möglich in ihrer Klasse oder Schule bleiben können. In einigen Primarklassen sowie an einigen Orientierungsschulen wurden schulinterne Massnahmen eingeführt. In den drei Relaisklassen – eine in Bulle, zwei in Freiburg (eine französisch- und eine deutschsprachige) konnten im Schuljahr 2007/08 27 Schülerinnen und Schüler betreut werden, 19 im französischsprachigen Teil und 8 im deutschsprachigen; die betreffenden Schülerinnen und Schüler stammten aus 2 Primarschulkreisen und 12 Orientierungsschulen. Die Hälfte der Schülerinnen und Schüler der Relaisklassen besucht das 8. Schuljahr, die übrigen das 9. Schuljahr.

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Unterricht: Weiterführung der Ausbildung der Lehrpersonen und Entwicklung konkreter pädagogischer und didaktischer Anwendungen.

### 2.1.2 Französischsprachiger Kantonsteil

Zusätzlich zu den unter Ziffer 2.1.1 aufgeführten wurden im Jahr 2008 vor allem folgende Themen und Dossiers behandelt:

Einheitlicher Lehrplan für die Westschweiz (PER): Die Delegierten aus Freiburg beteiligten sich am COPIL (Steuerungsausschuss) und am Projektteam, das die CIIP Anfang 2008 eingesetzt hat, als das Generalsekretariat der CIIP die bis dahin von den Kantonen ausgeführten Arbeiten übernahm, um einen Westschweizer Lehrplan für sämtliche Unterrichtsfächer des Kindergartens, der Primarschule und der OS zu verfassen. Nach der Fertigstellung des PER organisierte das Projektteam die Vernehmlassung der Kantone; Ende des Jahres wurde dann der Vernehmlassungsbericht des Kantons Freiburg erstellt, und die EKSD gab ihre offizielle Stellungnahme bekannt: Der PER bildet, nach einigen Änderungen



gen, eine solide Grundlage für die obligatorische Schule in der Westschweiz.

**Dritte PISA-Erhebung:** Die Ergebnisse des internationalen Tests der OECD, den die Neuntklässlerinnen und Neuntklässler an den französischsprachigen Orientierungsschulen im Frühjahr 2006 abgelegt haben, wurden im Dezember 2007 zunächst auf gesamtschweizerischer Ebene und dann im Dezember 2008 auf regionaler und kantonaler Ebene veröffentlicht. Die PISA-Ergebnisse gab die EKSD am 3. Dezember 2008 an einer Medienorientierung bekannt. Wie bei den beiden vorangegangenen Tests (2000 und 2003) wurden die drei Fächer Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften getestet, wobei die Naturwissenschaften dieses Mal das Schwerpunktfach bildeten. Die Freiburger Schülerinnen und Schüler erzielten, wie bereits bei den zwei früheren Erhebungen, auch dieses Mal Ergebnisse, mit denen sie in allen Fächern sowie in den genauer geprüften Kompetenzen in den Naturwissenschaften an der Spitze der Westschweizer Schülerinnen und Schüler rangieren. Angesichts dieser erfreulichen Feststellungen äusserte sich die EKSD hochzufrieden und zollte den Lehrpersonen Anerkennung für ihr Engagement bei den Schülerinnen und Schülern. Anlass zu Zufriedenheit gaben auch die Ergebnisse der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler sowie solcher aus sozial benachteiligten Kreisen. Diese beiden Aspekte werden als besonders positiv erachtet, da sich an ihnen ablesen lässt, inwiefern es dem Bildungssystem gelingt, in der Schule für Chancengleichheit zu sorgen und Starthandicaps teilweise auszugleichen. Weitere Anstrengungen sind jedoch im Fach Lesen nötig, wo die Ergebnisse für die verschiedenen Klassentypen der OS zwar noch gut sind, sich aber dem OECD-Durchschnitt angenähert haben.

**Beurteilungspraktiken:** Die allgemeine Einführung des neuen Bezugsrahmens für die Beurteilung in der Schule unter Verwendung eines informatisierten Schulzeugnisses für alle Stufen der Primarschule, einschliesslich des Kindergartens, dauerte bis in die zweiten Hälfte des Schuljahres 2007/08. Die Aktion ist inzwischen abgeschlossen; über das neue Konzept wird eine Broschüre erstellt, um es den Eltern, den örtlichen Schulbehörden sowie allen interessierten Personen zu präsentieren. Die wichtigsten Angaben dazu können auch auf dem Internetportal des Amts für französischsprachigen obligatorischen Unterricht konsultiert und heruntergeladen werden.

**Ausbildung für Lehrpersonen der Kleinklassen:** Diese Ausbildung zählt im zweiten Ausbildungsjahr 25 Teilnehmende (Primar- und Orientierungsstufe) und wird vom Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg geleitet.

**Schulmediation:** Der neue Ausbildungsjahrgang, der im Herbst 2007 angefangen hat und künftig Lehrpersonen aller Stufen einschliesslich der Berufsbildung umfasst, hat die zweite Phase der zweijährigen Ausbildung begonnen. In dieser Phase haben die künftigen Ausbil-

nerinnen und Ausbilder mehrere Situationen zu lösen, wobei sie von einer Ausbildungsleiterin betreut werden.

Erneut wurden den Lehrpersonen auf Primar- und Orientierungsstufe einzeln oder in Gruppen Unterstützung und Begleitung angeboten, um Situationen wie berufliche Erschöpfung, Konflikte, speziell in den Kontakten Schule-Familie, zu bewältigen. 45 Lehrpersonen haben dieses Angebot im Jahr 2008 genutzt.

**Westschweizer Ausbildung für Leiterinnen und Leiter von Bildungsinstitutionen (Formation en direction des institutions de formation - FORDIF):** Fünf Inspektoren und OS-Direktoren haben sich für den ersten Ausbildungslehrgang angemeldet, der im Herbst 2008 in Lausanne und Genf begonnen hat.

**Internetportal des Amts für französischsprachigen obligatorischen Unterricht:** Seit Frühjahr 2008 ist das neue Internetportal des Amts in Betrieb. Darin finden sich zahlreiche Informationen über das Amt und seine Organisation, die allgemeinen Aufgaben der Inspektorinnen und Inspektoren der Kindergärten, Primarschulen und Orientierungsschulen, die Funktion der Beraterinnen und Berater sowie der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die hauptsächlichen Tätigkeiten der Direktorinnen und Direktoren der Orientierungsschulen. Nebst der schematischen Darstellung des Bildungssystems im Kanton Freiburg werden die allgemeinen Ziele erläutert und die wichtigsten Kontakte für alle Stufen des obligatorischen Unterrichts (Kindergarten, Primarschule und Orientierungsschule) angegeben. Auf der neuen Website sind zudem auch einige Angaben über private Schulen, den Schüleraustausch sowie die Ausbildung von Lehrpersonen zu finden.

### **2.1.3 Deutschfreiburg**

Das Amt für den deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA) bearbeitete schwerpunktmässig folgende Themen:

**Konkretisierung der 14 Qualitätsbereiche im allgemeinen Qualitätskonzept:** Der Schwerpunkt wurde dabei auf die Optimierung der Leistungsbeurteilung der Schülerinnen und Schüler, die externe Evaluation von Schulen und die Neuausrichtung des Inspektorats gelegt.

**Erarbeitung einer weiteren Broschüre in der pädagogischen Schriftenreihe zum Thema «Hausaufgaben».** Auch diese Broschüre richtet sich an alle Lehrpersonen des obligatorischen Unterrichts.

**Wissenschaftliche Untersuchung und Beurteilung des Übertrittsverfahrens von der Primar- in die Orientierungsschule durch die Universität Freiburg.**

**Mitarbeit im Projekt «Lehrplan 21»,** der Erarbeitung eines neuen Lehrplans für alle Deutschschweizer Kantone.

**Mitarbeit im Projekt «Passepartout»,** einer Entwicklungskooperation der Kantone FR, VS, BE, SO, BS und

BL. Das Projekt beinhaltet die Einführung und Verbesserung des Französischunterrichts ab der 3. und die Einführung des Englischunterrichts ab der 5. Klasse. Zudem soll mit diesem Projekt der Fremdsprachenunterricht generell weiter entwickelt werden.

Abschluss der Reorganisation und Neuausrichtung des Inspektorats für die Stufen Kindergarten und Primarschule mit folgenden Neuerungen: gemeinsames Inspektoratsgebäude in Tafers, worin sich ebenfalls die Büros der pädagogischen Mitarbeiterinnen befinden; Erweiterung der Inspektoratskreise von drei auf vier; Umwandlung des Stufeninspektorats Kindergarten in ein allgemeines Inspektorat für die Schuljahre 1–8 (2 Jahre Kindergarten, 6 Jahre Primarschule); Umwandlung des Fachinspektorats Hauswirtschaft/Technisches Gestalten textil in die Funktion einer pädagogischen Mitarbeit.

Klärung der verschiedenen Aufgabenfelder der Beratungsstelle für die Lehrpersonen.

Fertigstellung des Konzepts «Begabungsförderung».

Schaffung einer neuen Stelle (45%) für eine pädagogische Mitarbeit in der Umsetzung von HarmoS, insbesondere in der Weiterentwicklung des Fremdsprachenunterrichts: Anstellung von drei Ressourcenpersonen (je 15%) für die Primarschule im Bereich «Weiterentwicklung Fremdsprachenunterricht».

Aus- und Weiterbildung von drei Schuldirektoren der Orientierungsschule, zwei Schulleiterinnen des Kindergartens und der Primarschule, drei Fachpersonen für den Fremdsprachenunterricht, einer Fachperson für die Begabungs- und Begabtenförderung und vier Lehrpersonen für die Basisstufe in den Projektschulen.

Beratungsstelle für die Lehrpersonen: Die Leiterin der Beratungsstelle für Lehrpersonen nahm 2008 ihre Arbeit mit einem 30%-Stellenpensum auf. Die Stelle bietet den Lehrpersonen und Schulleitungen Angebote in den Bereichen Einzelberatung, Coaching und Supervision. Die wichtigsten Interventionen betrafen folgende Themen: Stressbewältigung und Zeitmanagement; persönliche Standortbestimmung; Konflikte mit Klassen, Schüle-

rinnen und Schülern, Lehrpersonen und Eltern; Burnout und Burnoutprävention; psychische Krankheiten; Teamentwicklung; Leitbildentwicklung in der Primarschule.

Die Beratungsstelle ist eng vernetzt mit der Dienststelle für Weiterbildung der PH Freiburg, so dass Anliegen aus der Beratung auch in die Konzeption der Weiterbildungsangebote einfließen können.

Fachstelle für Begabungsförderung: Die Fachstelle unterstützt die Lehrpersonen beim Umgang mit Heterogenität in ihren Klassen. Wie Kinder mit Defiziten brauchen auch Kinder mit besonderen Begabungen eine individuelle, gezielte Förderung, damit sie ihr Potential entfalten können. Die Fachperson für die Begabungsförderung mit einem 20%-Pensum führte in verschiedenen Schulen interne Weiterbildungsveranstaltungen durch. Zudem beriet sie zahlreiche Lehrpersonen bei Situationen, wo Schülerinnen und Schüler eine zusätzliche Förderung benötigten.

#### 2.1.4 Sonderpädagogik

Das Amt für Sonderpädagogik (SoA), das seine Arbeit zu Beginn des Jahres aufgenommen hat, befasste sich vorrangig mit folgenden Schwerpunktthemen:

Transfer sämtlicher finanzieller und administrativer Geschäftstätigkeiten im Bereich der Sonderpädagogik von der GSD, der IV-Stelle des Kantons Freiburg, der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) in Genf und vom BSV zur EKSD.

Aufbau einer Projektorganisation für die Erarbeitung des kantonalen Konzepts und Koordination der Arbeiten.

Erarbeitung eines Konzepts für die Informationsarbeit über die Reform der Sonderpädagogik, die insbesondere über Informationssitzungen und eine Website erfolgt.

Machbarkeitsstudie über die Pauschalabgeltung der Schuldienste.

Verbesserung der Abklärung der Bedürfnisse durch die Anstellung neuer Mitarbeitender: eine Logopädin, ein Psychologe und zwei pädagogische Berater.

#### 2.1.5 Schülerzahlen

##### Kindergarten

	französischsprachig		deutschsprachig		Total	
	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09
Anzahl Schüler/innen	2663	2622	979	1005	3642	3627
Anzahl Klassen	158,5	157,3	60,5	60,5	219	217,8
Durchschnitt pro Klasse	16,80	16,67	16,18	16,61	16,63	16,65

Im französischsprachigen Kantonsteil hat die Zahl der Klassen um 1,2 (+ 4,5 im Schuljahr 2007/08) abgenommen und die Anzahl Schüler/innen verringerte sich um 41 (+ 157). In Deutschfreiburg blieb die Anzahl Klassen

unverändert (+1,5), die Anzahl Schüler/innen ist hingegen um 26 (+ 20) gestiegen. Insgesamt hat sich die Zahl der Klassen um 1,2 (+ 3) und die Zahl der Schüler/innen um 15 (+ 137) verringert.

**Primarschule**

In den Regelklassen der Primarschule befanden sich zu Beginn des Schuljahrs 2008/09 19 774 (19 733) Schüler/innen, davon 14 966 (14 808) in den französischsprachigen Klassen und 4808 (4925) in den deutschsprachigen Klassen.

Im französischsprachigen Kantonsteil nahm die Zahl der Klassen um 13,5 (+ 4,5) und die Zahl der Schüler/innen

um 158 (+ 85) zu. In Deutschfreiburg nahm die Zahl der Klassen hingegen um 8 (-6) und diejenige der Schüler/innen um 117 (- 109) ab. Insgesamt beträgt die Abnahme der Klassen 5,5 (-1,5) Einheiten und der Anstieg der Schülerzahl 41 (- 24) Einheiten. Die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse liegt bei 19,46 (19,53), mit den Klein- und Einführungsklassen bei 19,09 (19,12).

## Verteilung der Schüler/innen

	Französischsprachige Klassen		Deutschsprachige Klassen		Total	
	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09
1. Jahr	2483	2512	770	753	3253	3265
2. Jahr	2402	2487	776	801	3178	3288
3. Jahr	2550	2423	774	788	3324	3211
4. Jahr	2451	2638	850	782	3301	3420
5. Jahr	2528	2467	822	862	3350	3329
6. Jahr	2394	2439	933	822	3327	3261
Total	14 808	14 966	4925	4808	19 733	19 774
Anzahl Klassen	758,5	772	252	244	1010,5	1016
Durchschnitt pro Klasse	19,52	19,39	19,54	19,70	19,53	19,46

Zusätzlich zu den obigen Beständen sind noch die 313 (310) Schüler/innen der Klein- und Einführungsklassen zu erwähnen, davon 232 (221) in französischsprachigen Klassen und 81 (89) in deutschsprachigen Klassen.

**Orientierungsschule**

Im französischsprachigen Kantonsteil nahm die Zahl der Klassen um 4,5 (+ 1), jene der Schüler/innen um 112 (- 59) zu. In Deutschfreiburg blieb die Zahl der Klassen gleich (+ 2), jene der Schüler/innen stieg hingegen um 13 (+ 6). Insgesamt verzeichnet man bei den Klassen eine Zunahme um 4,5 (- 1) und bei den Schülerzahlen einen Zuwachs von 125 (- 65).

## Klassenbestände nach OS-Schuljahr

	Französischsprachige Klassen		Deutschsprachige Klassen		Total	
	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09
7. Jahr	2485	2602	932	991	3417	3593
8. Jahr	2640	2621	914	936	3554	3557
9. Jahr	2558	2572	1028	960	3586	3532
Total	7683	7795	2874	2887	10 557	10 682
Anzahl Klassen	365	369,5	158	158	523	527,5
Durchschnitt pro Klasse	21,05	21,10	18,19	18,27	20,19	20,25

## Durchschnittsbestand nach Abteilung

	Französischsprachige Klassen		Deutschsprachige Klassen	
	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09
Progymnasiale Abt.	24,61	23,88	20,70	20,82
Allgemeine Abt.	22,50	22,89	21,33	21,55
Realabteilung	16,23	16,86	15,30	15,37
Werkklassen	9,35	9,83	9,12	8,35
Total	21,05	21,10	18,19	18,27

## Schülerzahlen nach Abteilung (alle drei OS-Schuljahre)

	Französischsprachige Klassen				Deutschsprachige Klassen			
	2007/08		2007/08		2008/09		2008/09	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Progymnasiale Abt.	3009	39,17	2961	37,99	766	26,65	791	27,40
Allgemeine Abt.	3180	41,39	3273	41,99	1280	45,54	1293	44,79
Realabteilung	1274	16,58	1332	17,09	673	23,42	661	22,90
Werkklassen	159	2,07	172	2,21	155	5,39	142	4,92
Aufnahmeklasse	61	0,79	57	0,73	–	–	–	–
Total	7683	100	7795	100	2874	100	2887	100

## Schüler im 10.,11. oder 12. Schuljahr

	Französischsprachig				Deutschsprachig			
	2007/08		2007/08		2008/09		2008/09	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
10. Jahr	618	8,04	647	8,30	146	5,08	160	5,54

**2.1.6 Einschulung fremdsprachiger Kinder**

Zu Beginn des Schuljahrs 2008/09 besuchten in den französischsprachigen Primarschulen des Kantons Schülerinnen und Schüler aus 44 verschiedenen Herkunftsländern Sprachstützkurse. Die Kinder portugiesischer Herkunft bilden die Mehrheit (43%), gefolgt von Kindern aus dem Kosovo (11%). In den Orientierungsschulen wurden Erstankömmlinge aus 17 verschiedenen Herkunftsländern in den Aufnahmestrukturen betreut. Auch hier bilden die Kinder portugiesischer Herkunft die Mehrheit (40%), gefolgt von jenen aus dem Kosovo (14%). Die betreffenden Kinder und Jugendlichen kamen hauptsächlich im Zuge der Familienzusammenführung hierher. Im Sommer 2008 wurden für neuangekommene Schülerinnen und Schüler in den Primarklassen vier Französischkurse (Sprache des Gastlandes) organisiert (zwei Kurse in Freiburg, ein Kurs in La Tour-de-Trême und einer in Murten). Der Kurs für OS-Schülerinnen und -Schüler musste mangels Anmeldungen annulliert werden.

Über das von der Kantonalen Kommission für die Einschulung von Migrantenkinder (KKEMK) lancierte Projekt «Aufnahme der neuangekommenen Schüler/innen in die OS», das an der OS Bulle durchgeführt und von der Universität Freiburg und der PH begleitet wird, wurde ein Bericht erstellt, der im November 2008 vorgelegt worden ist. Gesamthaft gesehen wurden die damit gemachten Erfahrungen als zufriedenstellend erachtet. Die Verfasser des Berichts formulierten mehrere Empfehlungen, um das Modell weiterzuentwickeln und erfolgreich umzusetzen.

Die KKEMK-Arbeitsgruppe «Migration, Schulzeit und Ausbildung» nahm die Vernehmlassung über das Leitbild für die künftige kantonale Politik zur Integration der Migrantinnen und Migranten und den Aktionsplan für die Jahre 2008-11 zum Anlass, um ihrerseits ein Konzept für das kantonale Verfahren zur Aufnahme fremdsprachiger Schulkinder in den Primarklassen und zur Betreuung der Lehrpersonen, die Sprachkurse erteilen, zu erarbeiten. Die *Groupe de Rencontre Ecole parents-Migrants* (GREM; Kontaktgruppe Schule-Eltern-Migran-

ten), hat die dritte Ausgabe der Broschüre «L'éducation et le système scolaire dans la partie francophone du canton de Fribourg» veröffentlicht. Diese in einer französischen, albanischen, portugiesischen, türkischen und spanischen Fassung erhältliche Broschüre enthält wertvolle Informationen für Eltern, die mit dem Bildungssystem Freiburgs wenig vertraut sind.

In Deutschfreiburg wurden wiederum Deutschkurse für fremdsprachige Kinder organisiert. Rund 45 Kinder konnten von diesem Angebot profitieren. Die Arbeitsgruppe «Migration, Schulzeit und Ausbildung» arbeitete an folgenden Themen: Sichtung und Ausprobieren neuer Materialien und Lehrmittel, speziell von Software für den Deutschunterricht; Planung und Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen; Erarbeitung einheitlicher Regelungen zum Verfassen der Zeugnisse der Orientierungsschule und zum Verfassen der Evaluationsberichte; Erstellung einer neuen, für alle Stufen verbindlichen Regelung für die Einschulung neuankommender Schülerinnen und Schüler; Übersicht zum Schulsystem Deutschfreiburg in deutscher und albanischer Sprache.

### 2.2.2 Geografische Verteilung der Klassen

	2007/08		2008/09	
	Klassen	Schüler/innen	Klassen	Schüler/innen
Stadt Freiburg	18 Klassen	279 Schüler/innen	16 Klassen	274 Schüler/innen
Saane-Land	47 Klassen	824 Schüler/innen	49,3 Klassen	823 Schüler/innen
Broye	20 Klassen	341 Schüler/innen	21 Klassen	340 Schüler/innen
Glâne	19 Klassen	298 Schüler/innen	16 Klassen	250 Schüler/innen
Greyerz	33 Klassen	542 Schüler/innen	32 Klassen	521 Schüler/innen
See	9,5 Klassen	166 Schüler/innen	9,5 Klassen	172 Schüler/innen
Vivisbach	12 Klassen	213 Schüler/innen	13,5 Klassen	242 Schüler/innen
Total	158,5 Klassen	2663 Schüler/innen	157,3 Klassen	2622 Schüler/innen

### 2.2.3 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Es mussten 8,3 Klassen eröffnet werden: Grolley (0,4) / Corminbœuf, Chésopelloz (0,4) / Villars-sur-Glâne (Villars-Vert) / Matran (0,5) / Prez-vers-Noréaz / Autigny, Chénens (0,2) / St-Aubin, Vallon / Dompierre, Russy (0,2) / Bollion, Châtillon, Lully, Seiry (0,2) / Le Châtelard, Grangettes, Massonnens (0,2) / Rue, Auboranges, Chapelle, Ecublens / Bas-Intyamont / Semsales (0,2) / Châtel-St-Denis.

Demgegenüber mussten 9,5 Klassen geschlossen werden: Villars-sur-Glâne (Les Rochettes) / Freiburg (Burg) / Freiburg (Jura) / Vuissens, Murist (0,2) / Torny-le-Grand / La Folliaz / Romont / Siviriez / Riaz / Greyerz / Cressier-sur-Morat (0,3).

Zum Schuljahresbeginn 2008/09 gab es somit 1,2 (+ 4,5) Klassen weniger als im Vorjahr.

### 2.2.4 Schwerpunkte

Im Schuljahr 2007/08 besuchten die betreffenden Lehrpersonen im Rahmen der Einführung des neuen Schul-

## 2.2 Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil

### 2.2.1 Klassenbestände und Organisation

Zu Schuljahresbeginn 2008 zählte die Region Nord des französischsprachigen Teils des Kantons Freiburg 78,8 (77,5) Kindergartenklassen, die Region Süd deren 78,5 (81), was ein Total von 157,3 (158,5) Klassen ergibt.

Aufgrund der positiven Entwicklung hinsichtlich der Einführung des zweiten Kindergartenjahres haben einige Schulkreise diesen Entscheid bereits vorweggenommen und das 2. Kindergartenjahr organisiert, wobei die Gemeinden für die Kosten aufkommen. Es handelt sich um Granges-Paccot / Givisiez / Corminbœuf, Chésopelloz / St-Aubin, Vallon / Dompierre, Russy / Murten, Courgevau, Meyriez, Greng, Muntelier / Cressier-sur-Morat / Semsales und Remaufens. Eine Basisstufe mit Schülerinnen und Schülern der beiden Kindergartenklassen sowie der ersten und zweiten Primarklasse wird im vierten aufeinanderfolgenden Jahr in Barberêche / Bärfischen geführt.

zeugnisses im Kindergarten eine obligatorische Ausbildung, bei der es hauptsächlich um die mündliche Mitteilung der Beobachtungen ihrer Schülerinnen und Schüler und die Gesprächsführung zur Verbesserung des Schule-Eltern-Verhältnisses ging. Im selben Rahmen stellten die pädagogischen Beraterinnen und Berater Überlegungen an zu den Zielsetzungen in den sechs Lernbereichen.

### 2.2.5 Einschulung

Die Eltern von 134 (166) Schülern haben darum ersucht, den Schuleintritt ihrer Kinder in die Primarschule um ein Jahr aufzuschieben. Die Eltern von 88 (58) Kindern ersuchten hingegen um eine vorzeitige Einschulung.

### 2.2.6 Sprachkurse

In der Region Nord sind fünf Lehrpersonen mit einem Pensum von 50% angestellt, während die Region Süd über ein volles Pensum verfügt; sie arbeiten mit Schul-

kindern der Kindergartenklassen und zum Teil auch mit solchen im 1. oder 2. Schuljahr. Die betreffenden Lehrpersonen arbeiten, unter der Leitung der kantonalen Koordinatorin für die Einschulung von Migrantenkindern, eng zusammen, was ein einheitliches Vorgehen gewährleistet.

### 2.2.7 Integration von Kindern mit Lernschwierigkeiten

Drei Sonderschullehrerinnen mit insgesamt 2,6 Vollzeitstellen arbeiten mit lernschwachen und verhaltensauffälligen Kindern. Sie betreuen diese in der Regel in der Klasse, und zwar während der ersten Primarstufe, damit die Betroffenen längerfristig begleitet werden oder um eine Klasse zu unterstützen, die durch das Verhalten von Schülerinnen und Schülern plötzlich gestört wird. Ziel dieser besonderen Unterstützung ist es, den Lehrpersonen sowie den Schülerinnen und Schülern Beratung sowie eine professionelle Begleitung anzubieten, wobei je nach Bedarf sozialpädagogische Kompetenzen vermittelt werden. Mehrere Kinder werden zudem durch den Frühberatungsdienst (FBD) zuhause betreut.

### 2.2.8 Beziehungen KG – PS

Die Idee der Basisstufe, welche die ersten drei schulpflichtigen Jahre umfasst, ist inzwischen Realität geworden. Derzeit wird daran gearbeitet, die verschiedenen Kooperationen unter den Lehrpersonen des Kindergartens sowie derjenigen der ersten und zweiten Primarstufe in ihrem jeweiligen Schulkreis weiterzuführen.

Mit der Einführung des Schulzeugnisses gehört nun der Kindergarten organisatorisch voll zur obligatorischen Schule. Auch ermuntert die Schule die Lehrpersonen

der Basisstufe, gemeinsame Eltern-Informationsversammlungen durchzuführen.

## 2.3 Kindergarten Deutschfreiburg

### 2.3.1 Allgemeines

Das Projekt «Basisstufe» steht im 4. Projektjahr. In der Dokumentation «Basisstufe – classe multi-âges» und einer DVD wurde eine Bestandesaufnahme vorgenommen und es wurden erste pädagogische Erfahrungen im Kanton Freiburg festgehalten. Die Lehrpersonen, die in den Projektklassen unterrichten, schlossen ihre Zusatzausbildung an der PH Zentralschweiz erfolgreich ab.

Es wurden 16 (18) Kinder mit besonderen Bedürfnissen in Regelkindergärten integriert. Die Integration von 10 Kindern erfolgte über das Schulheim Les Buissonnets. Die Verantwortung für die Integration von 6 weiteren Kindern wurde der EKSD übertragen. Zur Förderung und Unterstützung dieser Kinder arbeiteten 11 (14) Heilpädagoginnen in den Regelkindergärten mit. Darunter sind 1,33 (0,90) Vollzeitstellen für die sechs in Regelkindergärten integrierten Kinder bestimmt.

In 22 (24) Schulkreisen wurde zur besseren Eingliederung fremdsprachiger Kinder Deutschunterricht angeboten. Im Schuljahr 2008/09 können 181 (162) Kindergartenkinder von diesem Unterricht profitieren.

### 2.3.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zum Schuljahresbeginn wurden 4 (1,5) Klassen neu eröffnet: Kerzers – Fräschels (1), Murten (1), Alterswil (1) und Heitenried (1).

4 mussten wegen ungenügender Schülerzahl geschlossen werden: Schulkreis ABBGRU (1), Schmitten (1), Rechthalten (1) und Plaffeien (1).

### 2.3.3 Geografische Verteilung

	2007/08		2008/09	
Stadt Freiburg (dt.)	6,5 Klassen	107 Schüler/innen	6,5 Klassen	101 Schüler/innen
Sense	31 Klassen	512 Schüler/innen	30 Klassen	486 Schüler/innen
Greyerz (dt.)	1 Klasse	9 Schüler/innen	1 Klasse	16 Schüler/innen
See (dt.)	22* Klassen	351 Schüler/innen	23 Klassen	402 Schüler/innen
Total	60,5 Klassen	979 Schüler/innen	60,5 Klassen	1005 Schüler/innen

\*die zwei Klassen des Projekts Basisstufe mitgezählt

Durchschnittlicher Klassenbestand im Schuljahr 2008/09: 16,61 (16,18) Kinder. Alle Kindergärten werden vollzeitlich geführt.

In 6 (6) Schulkreisen werden zwei Jahre Kindergarten angeboten, sei es wegen geringer Schülerzahlen oder weil dies einer langen Tradition entspricht: Murten, Galmiz, Kerzers - Fräschels, Jaun, St. Silvester und Rechthalten. 39 (43) Kindergartenklassen werden von 2 Lehrpersonen im Teilpensum geführt. 6 Kindergartenlehrpersonen wirken in der Schulleitung mit.

### 2.3.4 Weiterbildung

Für die förderorientierte Beurteilung der Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz der Schülerinnen und Schüler im Kindergarten wurden neue Unterlagen eingeführt. Die Dokumente «Standortbestimmung Übergang Kindergarten – Primarschule» bestehen aus einer Selbsteinschätzung des Kindes, einer Beurteilung durch die Lehrperson und einer solchen durch die Eltern. Für fremdsprachige Eltern wurde eine gekürzte Version ausgearbeitet. Die Unterlagen wurden zunächst in

eine Erprobung gegeben und sollen ab dem Schuljahr 2009/10 verbindlich eingeführt werden.

In der Weiterbildungsveranstaltung «Mathematik: bauen und begreifen» wurde aufgezeigt, wie fünf- bis sechsjährige Kinder die Welt der Mathematik erforschen und wie mathematische Förderung im Kindergarten spielerisch umgesetzt werden kann.

### 2.3.5 Einschulung

Die Eltern von 107 (113) Kindern haben darum ersucht, den Eintritt in die Schule um ein Jahr aufzuschieben. Dies sind 13,66% (12,17%) der Kinder, die im Jahre 2008

ins Schulalter kamen. Hingegen haben die Eltern von 24 (22) Kindern die Möglichkeit einer vorzeitigen Einschulung wahrgenommen.

### 2.3.6 Beschäftigungssituation

Die Schülerzahlen in den Kindergärten sind leicht rückläufig. So wurden nur gerade 1,5 Klassen eröffnet, 3 Klassen wurden hingegen geschlossen. Da einige Lehrpersonen eine Passerellenausbildung für den Wechsel zur Primarstufe absolviert haben, sind im Kindergarten Stellen frei geworden.

## 2.4 Primarschule, französischsprachiger Kantonsteil

### 2.4.1 Geografische Verteilung der Klassen

	2007/08		2008/09	
Stadt Freiburg	84 Klassen	1513 Schüler/innen	85 Klassen	1505 Schüler/innen
Saane-Land	226,5 Klassen	4395 Schüler/innen	232,5 Klassen	4489 Schüler/innen
Broye	103 Klassen	2008 Schüler/innen	104 Klassen	2029 Schüler/innen
Glâne	79 Klassen	1538 Schüler/innen	81,5 Klassen	1583 Schüler/innen
Greyerz	161 Klassen	3307 Schüler/innen	164 Klassen	3322 Schüler/innen
See	41 Klassen	732 Schüler/innen	41,5 Klassen	735 Schüler/innen
Vivisbach	64 Klassen	1315 Schüler/innen	63,5 Klassen	1303 Schüler/innen
Total	758,5 Klassen	14 808 Schüler/innen	772 Klassen	14 966 Schüler/innen

### 2.4.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen zu Schuljahresbeginn 2008

20,5 Klassen wurden eröffnet: Belfaux-Autafond / Givisiez / Villars-sur-Glâne (Les Rochettes) / Avry / La Brillaz, Corserey / Treyvaux (0,5) / Cottens / Hauterive / Freiburg (Auge-Neuveville) / Marly, Villars-sur-Marly, Pierrafortscha (0,5) / Domdidier / Bollion, Châtillon, Lully, Seiry / Châtonnaye, Torny / Romont / Vuisternens-dt-Romont / Vuarmarens, Esmonts, Montet (0,5) / Echarlens, Marsens / Bulle (La Léchère) / Bulle (La Tour-de-Trême) / Botterens, Broc, Villarbeney / Courtepin, Wallenried / Cressier-sur-Morat (0,5) / Semsales (0,5).

Demgegenüber wurden 7 Klassen geschlossen: Prezvers-Noréaz / Autigny, Chénens / Vuissens, Murist / Le Châtelard, Grangettes, Massonnens / Sâles / Bas-Vully, Haut-Vully / Le Flon.

Zum Schuljahresbeginn 2008/09 gab es somit 13,5 (+ 4,5) Klassen mehr als im Vorjahr.

### 2.4.3 Schwerpunkte

#### 2.4.3a Französischunterricht

Seit Beginn des Schuljahrs 2008/09 ist das Lehrmittel «S'exprimer en français – Séquences didactiques pour l'oral et pour l'écrit» in den 5. und 6. Primarklassen offiziell eingeführt. In jedem Schulkreis fanden dazu zwei

Weiterbildungssitzungen statt. Bei dieser Gelegenheit stellten die Ansprechpersonen verschiedene Anwendungsmöglichkeiten der IKT vor. Der Referenztext zum Lesenlernen ist fertiggestellt. Er soll im Herbst 2009 veröffentlicht werden. Dieses Dokument enthält die wesentlichen Elemente, die es beim Lesen- und Schreibenlernen zu berücksichtigen gilt. Die neuen Lehrmittel für Lesen und Schreiben «Grindelire» und «Que d'histoires!», welche die CIIP im Juni 2007 angenommen hat, werden nun in rund 10 ersten Primarklassen zwei Jahre lang erprobt. Der Versuch wird vom SENOF in Zusammenarbeit mit der PH begleitet und beaufsichtigt. Der definitive Entscheid für die oder das Lehrmittel soll Anfang 2010 fallen.

Im Juni 2008 wurde in allen zweiten Primarklassen des Kantons eine kantonale Französischprüfung durchgeführt. Die Ergebnisse wurden ausgewertet und werden den Lehrpersonen während des laufenden Schuljahres präsentiert. Zu Beginn des Schuljahrs 2008/09 wurde für das Fach Französisch eine Koordinatorin mit einem Pensum von 70% angestellt, die für den Kindergarten und die ersten beiden Primarschuljahre zuständig ist.

#### 2.4.3b Mathematikunterricht

Während des Jahres 2008 hat sich die Gruppe Mathematikunterricht unter der Leitung des pädagogischen Mitarbeiters für dieses Fach mit den Lehrpersonen der

ersten und zweiten Primarklassen getroffen, um die Ergebnisse der kantonalen Mathematikprüfungen zu präsentieren und zu analysieren. Bei dieser vertieften Reflexion der Mathematikprüfungen wurden auch die anderen Schulstufen mit einbezogen.

Unter der Leitung der CIIP wurden die interaktiven Mathematik-CD-ROMs für die 1. bis 4. Primarklasse, die in den Jahren 1997 bis 1999 erschienen sind und von den Schülerinnen und Schülern rege genutzt werden, in einer aufwendigen Arbeit aktualisiert. Aufgrund der ständigen technologischen Weiterentwicklung ist die Nutzung dieser CD-ROMs leider immer schwieriger geworden. Diese Anwendungen am Computer werden daher künftig auf verschiedenen kantonalen Plattformen online angeboten und können somit künftig leichter angepasst sowie vertieft und verbessert werden.

#### **2.4.3c Geschichte**

Die im Schloss Greyerz angebotenen geschichtskundlichen Lernaktivitäten, die sich hauptsächlich mit dem Mittelalter befassten, fanden wie bereits in den vorangegangenen Jahren grossen Anklang. Für die PH wurde ein spezielles Tagesprogramm organisiert. Das Römermuseum in Vallon hatte hingegen weniger Erfolg, vor allem aufgrund der grösseren Entfernung. Zudem ist nach dem Lehrprogramm vorgesehen, dass die römische Zeit Ende des Schuljahres behandelt wird, und die Lehrpersonen möchten daher Vallon alle in dieser Zeit besuchen. Zahlreiche vierte Primarklassen de 4P nutzen die neue Lernaktivität zur Mittelsteinzeit (Mesolithikum), ein Angebot, auf das sie lange warten mussten. Dank des zentralen Standorts in Marly war dieses Angebot für die Schülerinnen und Schüler gut erreichbar.

#### **2.4.3d Verwaltung und Leitung von Schulprojekten**

Wie bereits unter Ziffer 2.1.1 Allgemeines erwähnt, veröffentlichte die Direktion im April 2008 ein allgemeines Orientierungspapier, das aufzeigt, wie die Schule ein besseres Erscheinungsbild erhalten und für eine klarere Führung der Schule gesorgt werden soll. Auf der Grundlage dieses Konzepts erfolgte die offizielle Einführung von Schulleiterinnen und Schulleitern, welche sich in ihrer Funktion unter anderem um die pädagogischen Aspekte (Verbesserung der Lehr- und Lernqualität), die Qualität der Kommunikation im Innern der Schule sowie nach aussen, die Hilfe bei der Bewältigung schwieriger Schulsituationen und die materiellen Aspekte des Schulbetriebs kümmern.

Nach einer Versuchsphase, die auf dem in den 2000er-Jahren erarbeiteten Konzept basiert, konnte im Jahr 2008 die Zahl der Schulprojekte weiter erhöht werden. Bis heute wurden die Projekte von über 50 Schulen (von den insgesamt 94, die das Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht betreut) genehmigt. Eine oder zwei Lehrpersonen, die sogenannten Ansprechpersonen, sind eigens für die Projektleitung zuständig

und nehmen an den kantonalen Koordinationssitzungen und Netzwerktreffen teil.

#### **2.4.4 Kleinklassen**

Der französischsprachige Kantonsteil zählt 22 Kleinklassen, die von 194 Schülerinnen und Schülern besucht werden. 13 Kleinklassen befinden sich in der Region Nord: eine in Belfaux-Autafond, 7 in Freiburg, 2 in Estavayer-le-Lac und 3 in Villars-sur-Glâne; die Region Süd hat deren 9, nämlich eine in Marly-Villarsel-sur-Marly-Pierrafortscha, 2 in Romont, 2 in Châtel-St-Denis und 4 in Bulle. Zu Beginn des Schuljahres 2008/09 wurden in den 13 Kleinklassen der Region Nord 101 und in den 9 Klassen der Region Süd 93 Schülerinnen und Schüler betreut.

Zudem stehen für den Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU), bei dem Schülerinnen und Schüler mit erheblichen Lernschwierigkeiten betreut werden, 40,4 Stellen zur Verfügung, 21,3 in der Region Nord und 19,1 in der Region Süd.

#### **2.4.5 Aufnahmeklassen**

Zum Schuljahresbeginn 2008/09 zeigte sich bei den Aufnahmeklassen bzw. Integrationsklassen (vormals Sprachklassen) folgendes Bild: Region Nord: Freiburg, 3 Aufnahmeklassen, mit Vollzeitpensen und 6 Lehrpersonen mit unterschiedlichem Pensum für Stütz- und Sprachunterricht in Villars-sur-Glâne (2 halbe Pensen), Courtepin-Wallenried (1 halbes Pensum), Corminbœuf-Chésoelloz (1 halbes Pensum), Cressier-sur-Morat und Belfaux-Autafond. Region Süd: Romont, 1 Aufnahmeklasse mit einem Vollzeitpensum und 5 Lehrpersonen mit unterschiedlichem Pensum für Stütz- und Sprachunterricht in Marly, Villarsel-sur-Marly, Pierrafortscha (1 halbes Pensum), La Tour-de-Trême (1 halbes Pensum), Châtel-St-Denis, Arconciel, Ependes, Senèdes, Ferpicloz, Farvagny und Treyvaux.

In allen Schulkreisen mit fremdsprachigen Kindern werden Kurse mit zwei bis vier wöchentlichen Lektionen für einzelne Schüler oder für ganze Gruppen erteilt.

#### **2.4.6 Konferenz der Schulinspektorinnen und -inspektoren**

Im Schuljahr 2008 haben die französischsprachigen Inspektorinnen und Inspektoren 19 Versammlungen abgehalten, meist im Beisein des Amtsvorstehers oder seines Stellvertreters. Dabei wurden folgende Themen behandelt: Ablauf des Übertrittsverfahrens von der Primarschule in die OS, Organisation des Stützunterrichts, Ziele der Allgemeinbildung, Einführung des Schulzeugnisses im Kindergarten, Einsetzen der Schulleiterinnen und Schulleiter sowie allgemeine Einrichtung von Kreisräten, Einführung des 2. Kindergartenjahres und Organisation der Vernehmlassung zum Westschweizer Lehrplan (PER). Die Inspektorinnen und Inspektoren haben daneben auch aktiv an den Überlegungen im



Zusammenhang mit dem HarmoS-Konkordat und der Westschweizer Schulvereinbarung teilgenommen. Das Schulinspektorat ist zudem in den meisten Unterkommissionen vertreten, die mit der Erstellung des Gesamtkonzepts für die Sonderpädagogik und die Unterstützungsmassnahmen betraut sind, dies in Verbindung mit dem künftigen Freiburger Konzept (im Zuge der Umsetzung der NFA).

Die Konferenz der Schulinspektorinnen und -inspektoren pflegte daneben Kontakte mit der Fachstelle *fritic*, mit der PH (für die Organisation von Praktika, die Einführung in den Beruf und die Mitwirkung bei den praktischen Prüfungen), mit der Kantonalen Lehrmittelverwaltung sowie mit verschiedenen Akteuren, die auf Kindergarten- und Primarstufe in den Klassen intervenieren. Auch traf sie sich zweimal mit der Konferenz ihrer deutschsprachigen Kolleginnen und Kollegen, um sich über die Führung der Schule auszutauschen: Einführung der Schulleitungen im französischsprachigen Kantonsteil und die geplanten neuen Lehrpläne für die Deutschsprachigen wie für die Französischsprachigen. Ausserdem hat die Konferenz Vertreterinnen und Vertreter mehrerer Einrichtungen zu Gesprächen empfangen, um mit ihnen einige Themen zu besprechen: Schule in Bewegung, hochbegabte Kinder, Präsentation neuer Lehrmittel (ENBIRO), Präsentation von Umweltprojekten.

Mehrere Mitglieder der Inspektorenkonferenz haben im Frühjahr 2008 die Weiterbildung für Unterrichtskader (FORRES) abgeschlossen. Die Konferenz führt ferner in Zusammenarbeit mit Michel Mante, Professor am Institut Universitaire de Formation des Maîtres in Lyon, die Überlegungen und Arbeiten zur Führung des Unterrichts weiter.

#### **2.4.7 Schulmediation**

Der Schulmediationsdienst besteht aus fünf Personen für den Kindergarten und die Primarschule, die eng mit dem Team für allgemeine Bildung zusammenarbeiten. Beim Ausbildungsgang zur Schulmediation hat die letzte Phase begonnen und vier Personen bereiten sich auf ihre Tätigkeit in den Kindergarten- und Primarklassen vor.

#### **2.4.8 Zusammenkünfte mit den Berufsverbänden**

Das Amt für obligatorischen Unterricht traf sich mehrmals mit dem Vorstand der SPFF (Société pédagogique fribourgeoise francophone). Die Diskussionen drehten sich dabei um die mittwöchlichen Bildungsnachmittage, das Anstellungsverhältnis der Lehrperson, insbesondere der Lehrpersonen von Kleinklassen, die Schulleiterinnen und Schulleiter, das Gesundheitskonzept an der Schule, die Ausrichtungen des Sprachenunterrichts und das Aufkommen des Englischunterrichts, den Massnahmenkatalog für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler sowie den Stützunterricht.

Die Direktorin der EKSD hat sich mit den Delegierten der SPFF getroffen und folgende Themen besprochen: allgemeine Ausrichtung der schulischen Entwicklung (Wie wird die Schule im Jahr 2012 aussehen?), das 2. Kindergartenjahr, das Übertrittsverfahren in die OS, die Rolle der Schulleiterinnen und Schulleiter, die Situation des Lehrpersonals für gestalterische Fächer, gewisse rechtliche Aspekte des Lehrberufs und die Organisation des Sonderschulunterrichts im Zuge der Umsetzung der Entscheide in Zusammenhang mit der NFA, HarmoS und der Westschweizer Schulvereinbarung.

### **2.5 Primarschule Deutschfreiburg**

#### **2.5.1 Allgemeines**

Für die 1. Primarschulstufe wurde ein neues Lehrmittel für das Lesen und Schreiben ganz am Anfang der Schulzeit eingeführt («Die Buchstabenreise»). Das Lehrmittel basiert auf einer modernen Sprachendidaktik und berücksichtigt speziell die heterogenen Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler.

Für die 2. bis 6. Primarklassen wurde ebenfalls ein neues Sprachlehrmittel («Die Sprachstarken») eingeführt. In diesem Lehrmittel werden die neusten sprachdidaktischen Erkenntnisse umgesetzt. Das Sprachbuch bezieht sich auf die vier traditionellen Felder Sprechen, Hören, Lesen und Schreiben. Daneben wird auch Gewicht auf ästhetisch-literarische Erfahrungen und Nachdenken über Sprache gelegt.

Für den Fachbereich Geschichte wurde ein stufenübergreifender Lehrplan für die Schuljahre 4 bis 9 entwickelt. Der neue Lehrplan legt in der Primarschule den Schwerpunkt auf die regionale und lokale Geschichte. Bezüge zur nationalen und internationalen Geschichte dienen dazu, die Ereignisse in unserem Kanton in einem grösseren Zusammenhang zu verstehen. Für die Orientierungsschule stehen dann im Lehrplan die überregionale Geschichte, die Geschichte der Schweiz, Europas und der Welt im Vordergrund.

### 2.5.2 Geografische Verteilung der Klassen

	2007/08		2008/09	
Stadt Freiburg (dt.)	28 Klassen	524 Schüler/innen	28 Klassen	529 Schüler/innen
Sense	138,4 Klassen	2730 Schüler/innen	133 Klassen	2648 Schüler/innen
Greyerz (dt.)	3 Klassen	57 Schüler/innen	3 Klassen	56 Schüler/innen
See (dt.)	82,6 Klassen	1614 Schüler/innen	80 Klassen	1575 Schüler/innen
Total	252 Klassen	4925 Schüler/innen	244 Klassen	4808 Schüler/innen

### 2.5.3 Sprachkurse, Stand am 1. September 2008

Schulkreis ABGRU (Agriswil, Büchslen, Gempnach, Ried, Ulmiz) 8/28; Alterswil 4/28; Bösinggen 4/28; Courtepin 10/28; Düdingen 18/28; Flamatt: 34/28; Freiburg 39/28; Galmiz 2/28; Giffers 7/28; Gurmels 18/28; Heitenried 2/28; Schulkreis JLS (Jeuss, Lurtigen, Salvenach) 2/28; Jaun 1/28; Kerzers 30/28; Murten 32/28; Plaffeien 1/28; Plasselb 6/28; Schmitten 6/28; St. Antoni 2/28; St. Ursen 4/28; Tafers 14/28; Überstorf 2/28; Wünnewil 10/28.

### 2.5.4 Weiterbildung für den Lehrkörper und die Schulleitungen

Die Lehrpersonen wurden zu folgenden verbindlichen Kursen eingeladen:

- Einführung in das neue Erstleselehrmittel «Die Buchstabenreise»
- Elektronische Kommunikation
- Einführung in das Europäische Sprachenportfolio
- Einführung und Follow-up für das neue Sprachlehrmittel «Die Sprachstarken»
- Einführung in den stufenübergreifenden Geschichtslehrplan
- Informationsveranstaltung für alle Lehrpersonen des technischen Gestaltens
- Einsteige- und Weiterbildungskurse für Lehrpersonen, welche Deutsch für fremdsprachige Kinder unterrichten
- Zusammenarbeit von Klassenlehrpersonen und Heilpädagoginnen in Klassen mit integrierten behinderten Kindern

Die Schulleiterinnen und Schulleiter besuchten folgende obligatorischen Weiterbildungen:

- Interkantonale Tagung in Murten zum Thema «Führen zwischen Pädagogik und Wirtschaft» («Conduire entre pédagogie et économie»)
- Einführung in das «Allgemeine Qualitätskonzept Deutschfreiburg»

### 2.5.5 Schulinspektorenkonferenz

Die Konferenz setzte sich an insgesamt 17 Sitzungen mit folgenden Themen auseinander: NFA, Deutschschweizer Lehrplan, Einführung des zweiten Kindergartenjahres, Sprachenprojekt «Passepartout», Leistungsbeurteilung

der Schülerinnen und Schüler, Begabtenförderung, Integration von fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern, Umgang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern, Beratung für Lehrerinnen und Lehrer.

Weiter nahm sie Koordinationsaufgaben wahr mit dem Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht, dem Amt für Ressourcen, der Konferenz der Schuldirektoren, der Konferenz der französischsprachigen Schulinspektorinnen und Schulinspektoren, den Schuldiensten, der Pädagogischen Mitarbeiterin für die Integration der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler, der Pädagogischen Mitarbeiterin für Begabtenförderung, der PH und deren Weiterbildungsstelle, dem Schulheim Les Buissonnets und der Sprachheilschule, dem Lehrerinnen- und Lehrerverband und dem Vorstand der Schulleiterinnen- und Schulleitervereinigung.

Die Konferenz nahm an folgenden Vernehmlassungen teil: Grundlagenkonzept des Deutschschweizer Lehrplans, Entwurf der Verordnung zur Änderung des StPR (Erhöhung der Feriendauer) und Entwurf des Reglements über die Arbeitszeit des Freiburger Staatspersonals.

### 2.5.6 Kleinklassen

Im Schuljahr 2007/08 wurden 10 Kleinklassen geführt: 3 in Düdingen, 2 in Schmitten, 2 in Flamatt und 3 in Kerzers. Die sogenannte Einführungsklasse in Düdingen, die auch lernbehinderte Schüler/innen betreut, gilt administrativ als Kleinklasse.

Das Angebot des Heilpädagogischen Stützunterrichts (HSU) präsentiert sich wie folgt: 20,89 Vollzeitstellen (2006/07: 21,5), verteilt auf folgende Schulkreise: ABGRU, Alterswil, Bösinggen, Brünisried, Cordast-Guschelmuth, Courtepin, Freiburg, Freiburg FOS, Giffers, Gurmels, Heitenried, Jaun, JLS, Liebistorf, Murten, Plaffeien, Plasselb, Rechthalten, St. Antoni, St. Silvester, St. Ursen, Schwarzsee, Tafers, Ueberstorf, Wünnewil.

## 2.6 Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil

### 2.6.1 Allgemeines

Die 13 französischsprachigen Orientierungsschulen verzeichneten bei Schuljahresbeginn 2008 erneut eine zunehmende Schülerzahl, nämlich 112 (- 59) Schülerinnen und Schüler mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Klassen stieg um 4,5 (+ 1).

### 2.6.2 Bestände nach OS

	2007/08		2008/09	
	Klassen	Schüler/innen	Klassen	Schüler/innen
Belluard	33 Klassen	661 Schüler/innen	33 Klassen	671 Schüler/innen
Bulle	39 Klassen	854 Schüler/innen	39 Klassen	822 Schüler/innen
Domdidier	18 Klassen	383 Schüler/innen	18 Klassen	401 Schüler/innen
Estavayer	31 Klassen	686 Schüler/innen	32 Klassen	687 Schüler/innen
Gibloux	18 Klassen	367 Schüler/innen	18 Klassen	363 Schüler/innen
Glane	40 Klassen	880 Schüler/innen	42,5 Klassen	933 Schüler/innen
Jolimont	35 Klassen	748 Schüler/innen	34 Klassen	693 Schüler/innen
La Tour/Jaun	39 Klassen	792 Schüler/innen	39,5 Klassen	840 Schüler/innen
Marly	26 Klassen	560 Schüler/innen	26 Klassen	572 Schüler/innen
Murten	9 Klassen	159 Schüler/innen	9 Klassen	164 Schüler/innen
Pérolles	26 Klassen	505 Schüler/innen	26,5 Klassen	531 Schüler/innen
Saane-West	24 Klassen	493 Schüler/innen	25 Klassen	503 Schüler/innen
Vivisbach	27 Klassen	595 Schüler/innen	27 Klassen	615 Schüler/innen
Total OS	365 Klassen	7683 Schüler/innen	369,5 Klassen	7795 Schüler/innen

### 2.6.3 Verteilung der Schüler/innen nach dem Übertrittsverfahren in die OS

Am Übertrittsverfahren nahmen 2498 (2364) Schülerinnen und Schüler teil, die sich nach Abschluss des Verfahrens wie folgt auf die verschiedenen Abteilungen der OS verteilten:

	Schüler/innen		in%	
	2006/07	2007/08	2006/07	2007/08
Progymnasiale Abteilung	886	895	37,48	35,83
Allgemeine Abteilung	1051	1105	44,46	44,24
Realabteilung	389	468	16,45	18,73
Wahl einer anderen Schule	38	30	1,61	1,20

### 2.6.4 Sprachklassen und -kurse für ausländische Schüler/innen

Zu Beginn des ersten Semesters des Schuljahres werden 5 (5) Aufnahmeklassen mit 57 (61) Schüler/innen geführt, und zwar in den OS Belluard, Bulle, Jolimont (2) und Pérolles. In den übrigen Schulen bilden die anderssprachigen Schüler keine eigenen Klassen, erhalten aber Stützunterricht, insbesondere für Französisch.

### 2.6.5 Schwerpunkte

Zusätzlich zu den unter «Allgemeines» in Ziffer 2.1.1 und 2.1.2 genannten Punkten sind noch folgende Schwerpunktthemen zu erwähnen:

Fach Französisch: Nach Abschluss der Einführungsphase der neuen Lehrmittel aus der Sammlung Nathan und des dazu erarbeiteten Einführungsplans nahm die kantonale Kommission für Französisch nach Anhörung der Lehrpersonen eine Reihe von Änderungen vor, um zu

vermeiden, dass die verwendete Terminologie zu stark überladen und zu kompliziert ist, und um die Schlüsselemente des Unterrichts besser zu erfassen.

Fachbereich Sprachen: Die Kantonale Lehrmittelverwaltung hat in Zusammenarbeit mit dem SENOF die Broschüre «Le plurilinguisme, une chance unique» herausgegeben, eine übersetzte und adaptierte Fassung der Broschüre von Rico Cathomas und Werner Carigiet «Top-Chance Mehrsprachigkeit». Diese als Fragen-Antworten-Buch konzipierte Broschüre gibt Antworten auf alle Fragen, die sich Eltern und Lehrpersonen hinsichtlich des richtigen Verhaltens und der zu treffenden Entscheidungen zur Förderung der Mehrsprachigkeit bei Kindern stellen.

Das derzeit in der Orientierungsschule verwendete Deutsch-Lehrmittel Geni@l soll im Laufe des Schuljahres 2009/10 in den 6. Klassen eingeführt werden. Die Lehrpersonen der 5. Primarklassen konnten im Herbst 2008 eine Lektion in einer 1. OS-Klasse mitverfolgen. Dieser Besuch gehört zur Ausbildung, die ab Januar 2009 für

sämtliche Lehrpersonen der 5. und 6. Primarklassen fortgesetzt wird, wobei die Fachverantwortlichen der OS hier eine zentrale Rolle übernehmen.

**Fach Mathematik:** Im Frühjahr 2009 ist eine Umfrage über die Verwendung der neuen Lehrmittel und deren Auswirkungen auf die Praxis der Anwenderinnen und Anwender geplant. Diese Umfrage wird das Institut für Forschung und Dokumentation IRDP im Auftrag der Westschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz CIIP bei allen Kantonen der Westschweiz durchführen. Zur Evaluation dieser Lehrmittel wurde eine Koordinationsgruppe gebildet. Die Entwicklung der neuen Lehrmittel kann auch online mitverfolgt werden: auf der Website Indigo<sup>M</sup> für das Lehrpersonal mit einem direkten Zugang über die Adressen educanet2 und über die Website Indigo<sup>E</sup> für die Schülerinnen und Schüler. Die Expertengruppe für den Mathematikunterricht schlägt dem Herausgeber regelmässig Verbesserungen für die Sammlung vor. Die Neuausgabe 2009 wird mit zusätzlichen Aktivitäten erweitert und das neugestaltete Merkblatt wird die Anwendung erleichtern.

**Fächer Informatik und Maschinenschreiben:** Um eine bessere Begleitung der Schülerinnen und Schüler in der 7. und 8. Klasse zu ermöglichen und die Beurteilung der zu erreichenden Ziele zu verbessern, wurden die Kompetenzliste und das Zeugnis, das die Schülerinnen und Schüler am Ende des 8. Jahres erhalten können, vollständig überarbeitet. Das Zeugnis selber wird zudem informatisiert, so dass die Lehrpersonen die Kompetenzen künftig leichter bescheinigen können.

Für das Freifach MITIC (Medien, Bilder, Technologien, Information und Kommunikation) in der 9. Klasse wurde der Lehrplan mit einigen Angaben ergänzt: Anmerkungen zu den Hauptzielen, Durchführung eines Projekts und Evaluation dieses Projekts.

Die im Zuge des Sparprogramms im Jahr 1993 gestrichene 3. Lektion Turnen und Sport ist zu Beginn des Schuljahrs in 11 Orientierungsschulen für alle Klassen wiedereingeführt worden. Die beiden letzten Orientierungsschulen werden dies entweder zu Beginn des nächsten Schuljahres oder im August 2010 nachholen. Dabei wurde jedoch in keinem Fach die Stundendotation verringert, da die 3. Lektion Turnen und Sport zur bestehenden Stundentafel hinzugefügt wurde; diese umfasst somit in der 9. Klasse 34 Wochenlektionen.

### 2.6.6 Direktorenkonferenz

Die Konferenz der OS-Direktorinnen und -Direktoren (OSDK) hat im Jahr 2008 23 Sitzungen abgehalten und in enger Zusammenarbeit mit dem französischsprachigen Amt für obligatorischen Unterricht (FOA) folgende Dossiers behandelt: Kontrolle der neuen Stundentafel in der OS und der neuen Lehrmittel, Fertigstellung des neuen Schulzeugnisses, interne Massnahmen für verhaltensauffällige Schüler/innen, Begleitung der Praktika für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Vernehmlassung zum Westschweizer Lehrplan (PER), Fragen im Zusam-

menhang mit der Westschweizer Schulvereinbarung und dem HarmoS-Konkordat, die Schul- und Berufsberatung, die Aktion «Wer bish» in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei, die Sonderpädagogik und die NFA, den Entwurf für eine Verordnung zur Änderung des StPR und des Reglements über die Arbeitszeit des Staatspersonals.

Daneben wurden auf Wunsch des Amtes für obligatorischen Unterricht mehrere pädagogische Themen angegangen, so insbesondere die Hausaufgaben, die von den Schülerinnen und Schülern verlangt werden, der pädagogische Stützunterricht sowie Hilfsmassnahmen bei der Arbeit.

Die Direktorenkonferenz hatte mehrere Treffen mit der Konferenz der französischsprachigen Inspektorinnen und Inspektoren (CIR), dem Vorsteher des Amtes für Berufsberatung und Erwachsenenbildung, dem Direktor der Kantonalen Lehrmittelverwaltung, der Koordinatorin für die Integration von Migrantenkinder, den Verantwortlichen für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung an der Universität, den pädagogischen Mitarbeitenden verschiedener Fächer (einschliesslich für das Fach Turnen und Sport), der Koordinatorin der Massnahmen für die Betreuung verhaltensauffälliger Schülerinnen und Schüler, der Sonderschulinspektorin, der Präsidentin der Kommission für Religionsunterricht und dem Bischofsvikar.

### 2.6.7 Treffen mit den Berufsverbänden

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport traf sich mehrmals mit Delegierten der AMCOFF, um folgende Themen zu besprechen: Organisation des sonderpädagogischen Unterrichts im Rahmen der Umsetzung der NFA und Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf, Klassenbestände und das künftige Schulgesetz, Modalitäten zur Regelung der Lernstunden, Aufsicht während den Mahlzeiten, Erarbeiten der Themen, die in der Westschweizer Schulvereinbarung und im HarmoS-Konkordat behandelt werden, und deren Auswirkungen für die Orientierungsschule.

## 2.7 Orientierungsschule Deutschfreiburg

### 2.7.1 Allgemeines

Es wurde eine Klärung der Verantwortlichkeiten zwischen dem Inspektorat, der Schuldirektorenkonferenz, den Fachgruppen und den einzelnen Schuldirektoren vorgenommen. Als Struktur diente dazu der Referenzrahmen, wie er in der externen Evaluation verwendet wird, sowie das Qualitätskonzept des DOA.

Im Rahmen dieser Klärung wurde auch die Organisation der verbindlichen Weiterbildung neu geregelt.

An jeder Orientierungsschule wurde ein verbindlicher Weiterbildungskurs für alle Lehrerinnen und Lehrer durchgeführt zum Thema des Selbst-, Zeit- und Energiemanagements. Die primäre Zielsetzung dieser Wei-

terbildung bestand darin, den Lehrpersonen Konzepte und Instrumente anzubieten, damit sie die vielfältigen Aufgaben ihres Berufsauftrags noch besser erfüllen können.

Das Konzept zur Schülerbeurteilung wurde verabschiedet. Es beinhaltet einen ersten Teil zu den Qualitätsstandards der Einzelbeurteilung der Schülerinnen und Schüler und einen zweiten Teil zu den Orientierungsarbeiten, welche in der Mitte und am Ende der dreijährigen Orientierungsschule stattfinden.

Die Einführung aller Sprachlehrpersonen in das Europäische Sprachenportfolio (ESP II) wurde fortgesetzt.

Speziell ausgebildete Lehrpersonen vermittelten als Mentorinnen und Mentoren ihren Kolleginnen und Kollegen den richtigen Umgang mit dem ESP. Die gesamte Einführung wird im Schuljahr 2009/10 abgeschlossen sein.

Nach der ersten Evaluation der OS Gurmels wurde mit der OS Düdingen eine weitere Schule extern evaluiert. Im Gegensatz zu Gurmels, wo eine Fokusevaluation durchgeführt worden war, handelte es sich diesmal um eine Gesamtevaluation. Der weitere Zeitplan für die externe Evaluation wurde mit den Schuldirektoren festgelegt.

### 2.7.2 Bestände der einzelnen Schulen

	2007/08		2008/09	
Stadt Freiburg (dt)	20 Klassen	374 Schüler/innen	20 Klassen	375 Schüler/innen
Düdingen	24 Klassen	469 Schüler/innen	24 Klassen	469 Schüler/innen
Plaffeien	22 Klassen	406 Schüler/innen	22 Klassen	396 Schüler/innen
Tafers	24 Klassen	464 Schüler/innen	23 Klassen	436 Schüler/innen
Wünnewil	18 Klassen	297 Schüler/innen	18 Klassen	306 Schüler/innen
Gurmels	10 Klassen	186 Schüler/innen	11 Klassen	199 Schüler/innen
Kerzers	17 Klassen	277 Schüler/innen	17 Klassen	296 Schüler/innen
Murten	23 Klassen	401 Schüler/innen	23 Klassen	410 Schüler/innen
Total OS	158 Klassen	2874 Schüler/innen	158 Klassen	2887 Schüler/innen

Das Übertrittsverfahren verlief gleich wie im Vorjahr: Der Entscheid über die Zuweisung in eine Abteilung basiert auf der Empfehlung der Klassenlehrperson der Primarschule und auf einer Vergleichsprüfung in den Fächern Deutsch und Mathematik. Beim Entscheid wird ergänzend dazu die Meinung der Eltern berücksichtigt.

### 2.7.3 Integration fremdsprachiger Schüler/innen

An der OS Murten wurde das Projekt «Aufnahme der neuangekommenen Schüler/innen in die OS» (GuKe-Mu), das von der Kantonalen Kommission für die Einschulung von Migrantenkinder (KKEMK) 2006 lanciert worden war, im zweiten Jahr fortgesetzt. Alle neuankommenden fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler besuchen einen Sprachkurs Deutsch in einer zentralisierten Aufnahmeklasse an der Orientierungsschule Murten. Die übrige Zeit verbringen sie in einer Regelklasse an ihrer Schule, entweder in Murten, Kerzers oder Gurmels. Dieses Modell ermöglicht den fremdsprachigen Jugendlichen von Beginn weg eine gute Integration am Schulort. Die bisherigen Erfahrungen mit dem neuen Modell fielen durchwegs positiv aus.

### 2.7.4 Direktorenkonferenz Deutschfreiburg

Die Mitglieder der Direktorenkonferenz versammelten sich zu 17 ordentlichen Sitzungen. In der Regel waren

der Amtsvorsteher oder sein Stellvertreter, der OS-Inspektor und die Fachinspektorin für Hauswirtschaft und Handarbeit anwesend. Für spezifische Fragen zu den Sitzungen wurden mehrere Gäste als Fachleute eingeladen. An verschiedenen ganztägigen Anlässen wurden wichtige thematische und stufenübergreifende Fragen angegangen. Die Konferenz ist zudem in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen vertreten.

Folgende Themen bildeten die Schwerpunkte der Arbeit: Zusammenarbeit der SDK mit dem Inspektorat und den Fachgruppen, externe Evaluation, Arbeit in den Qualitätsbereichen (Schulmanagement, Unterrichtsqualität, Ergebnisse der schulischen Arbeit und Umgang mit den Ergebnissen...), Übertrittsverfahren ab 2010, Massnahmen gegen den drohenden Lehrermangel, Projekt «Passepartout», Schnittstellen Orientierungsschule-Mittelschulen, Konzept «mobile Einheit», Krisenkonzepte, Umsetzung des Leitfadens Beurteilung, Ferienplan.

## 2.8 Sonderpädagogik und Schuldienste

### 2.8.1 Allgemeines

Das Amt für Sonderpädagogik (SoA) hat seine Arbeit Anfang des Jahres aufgenommen, als die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft trat. Zu den 7 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zu Beginn des Jahres

im Amt angestellt waren, kamen 3 weitere neue Mitarbeitende: 1 Mitarbeiter als Verstärkung für die Buchführung über die sonderpädagogischen Kosten, 1 Psychologe für die Prüfung der Betreuungsgesuche durch den Frühberatungsdienst und 1 Logopädin zur Prüfung der Gesuche für eine logopädische Behandlung.

Wie es der mit der NFA erlassenen Gesetzgebung entspricht, hat der Kanton mit der Erarbeitung des kantonalen Konzepts für die Sonderpädagogik begonnen, eines Projekts, das Ende 2010 abgeschlossen werden sollte. Eine aus 28 Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Kreise (Eltern, Lehrpersonen, Schulen und Fachleute) bestehende Arbeitsgruppe leitet die Arbeiten der 14 Unterarbeitsgruppen. Diese Unterarbeitsgruppen befassen sich mit folgenden Themen: Leistungsvertrag, Abklärung Bedürfnisse, Reform der Gesetzgebung, Koordination der Unterstützungsmassnahmen, Organisation der Schuldienste, Organisation der privaten Leistungsanbieter, Kompetenzzentren, Frühberatung, Evaluation der Massnahmen und Leistungen, Ausbildung der Lehrerinnen

und Lehrer, Organisation der Integration, Pilot-Integrationsprojekte, Berufsberatung, Informationskonzept. Der Schwerpunkt wurde dabei auf die Information des Personals der Sonderschulen und der Schuldienste gelegt. Dazu wurden in beiden Sprachregionen des Kantons Informationsveranstaltungen durchgeführt. Daneben ist ein zweisprachiges Internetportal ([reson-fr.ch](http://reson-fr.ch)) über die Reform der Sonderpädagogik in Betrieb genommen worden. Das SoA traf sich zudem mit der Freiburger Sektion der *Association romande des logopédistes diplômés* (ALIFR) sowie mit der Vereinigung der Kinderärztinnen und Kinderärzte des Kantons Freiburg, um sie in die laufenden Überlegungen einzubeziehen.

Die Machbarkeitsstudie der Freiburger Hochschule für Wirtschaft zur Pauschalabgeltung der Schuldienste ist bald abgeschlossen.

Zur besseren Abklärung der Gesuche um Betreuung durch den Frühberatungsdienst, die Logopädinnen und Logopäden und die Sonderschulen wurden für jeden dieser Bereiche Fachkräfte angestellt.

## 2.8.2 Statistische Angaben zur Sonderpädagogik

	franz. Kantonsteil		Deutschfreiburg		Insgesamt	
	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09
Anzahl Schüler/innen	740	744	133	130	873	874
Anzahl Klassen	103	105	19	19	122	124
Durchschnitt Schüler/Klasse	7,2	7,09	7,0	6,85	7,1	7,05

Die Sonderschulen des Kantons verfügen über 752 (752) Plätze in Sonderklassen. Sie sind überbelegt, da 874 Schüler/innen – also 16% mehr als die verfügbaren Plätze – sonderpädagogisch betreut werden.

Kinder aus Freiburg, die in anderen Kantonen betreut werden:

- Deutschfreiburg: 36 (29) davon 33 im Kanton BE, 1 in OW, 1 in BL, 1 in AG
- Franz. Kantonsteil: 21 (24) davon 20 im Kanton VD, 1 in VS

Nichtfreiburgische Kinder, die im Kanton Freiburg eingeschult sind:

- Deutschfreiburg 1 (3) 1 Kind aus dem Kanton BE
- Westschweiz 47 (44) 38 Kinder aus dem Kanton VD, 5 aus NE, 3 aus BE und 1 aus GE

Die Sonderschulen verfügen insgesamt über 397,31 (384,92) Vollzeitstellen, davon 343,65 (330,83) für den französischsprachigen Kantonsteil und 53,66 (54,09) für Deutschfreiburg. Der Frühberatungsdienst, der bei Kindern im Vorschulalter eingreift, ist mit 23,38 (23,12) Vollzeitstellen ausgestattet.

Derzeit laufen verschiedene Projekte für den gemeinsamen Regel- und Sonderschulunterricht.

## 2.8.3 Lehrpersonen

Der Lehrkörper der Sonderschulen umfasst insgesamt 299 (292) Lehrpersonen, die sich 187,3 (181,2) Vollzeitstellen teilen, 267 (260) französischsprachige Lehrpersonen für 165,27 (159,31) Vollzeitstellen und 32 (32) deutschsprachige Lehrpersonen für 22,03 (21,89) Vollzeitstellen. Die personelle Aufstockung hängt vor allem mit der Komplexität der Fälle zusammen, die nach einer zunehmend individuelleren Betreuung verlangt. Die Lehrpersonen der französisch- und der deutschsprachigen Integrationsdienste sind in diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

## 2.8.4 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Der französischsprachige Kantonsteil zählt 105 Klassen. Im Rahmen der Reform der Sonderpädagogik sind ein Team-Teaching-Projekt sowie ein Projekt zur sprachlichen Integration in Gang, die beide von der Universität evaluiert werden.

In Deutschfreiburg ist die Zahl der Klassen unverändert geblieben, wogegen die Zahl der Schülerinnen und Schüler leicht abgenommen hat.

Die Übersichtstabelle 2008/09 zeigt, dass die Schülerzahl insgesamt lediglich um 1 Kind gestiegen ist.

### 2.8.5 Integration in die Regelklasse

195 (168) Kinder besuchen eine Regelklasse. Sie werden vom Integrationsdienst des *Centre éducatif et scolaire de la Glâne* (CesG) betreut, bei dem 51 (44) Lehrpersonen beschäftigt sind, die sich 37,31 (32,07) volle Stellen teilen. Im französischsprachigen Kantonsteil sind zudem 23 sinnesbehinderte und 6 sprachbehinderte Kinder in eine Regelklasse integriert.

Das Institut St. Joseph sorgt für die pädagogische Unterstützung der betroffenen Kinder.

Die fünf französischsprachigen sehbehinderten und blinden Kinder, die in der Regelklasse integriert sind, werden von Sonderschullehrerinnen des *Centre pour handicapés de la vue* (CPHV) in Lausanne betreut.

In den französischsprachigen OS werden dieses Jahr 22 Schülerinnen und Schüler vom CesG betreut.

In Deutschfreiburg werden 56 (55) Kinder und Jugendliche im Rahmen des kantonalen Integrationskonzepts vom Schulheim Les Buissonnets betreut: 10 (14) im Kindergarten, 33 (27) in der Primarschule und 13 (14) in der Orientierungsschule. 23 (21) Lehrpersonen, die sich 12,31 (13,02) Vollzeitstellen teilen, sind für die Integrationsmassnahmen durch das Schulheim des Buissonnets tätig.

Daneben werden auch einige Kinder mit einer anderen Behinderung oder einer Verhaltensstörung integriert unterrichtet und durch das Amt für Sonderpädagogik betreut: 6 (4) im Kindergarten, 14 (17) in der Primarschule, 13 (13) in der Kleinklasse und 4 (2) in der Orientierungsschule.

### 2.8.6 Schuldienste

#### 2.8.6a Personal

56 (51) Psychologinnen und Psychologen teilen sich 31 (30,21) volle Stellen, 84 (79) Logopädinnen und Logopäden deren 51,75 (51,81) und 26 (23) Psychomotoriktherapeutinnen und -therapeuten 12,45 (11,97).

#### 2.8.6b Schulpsychologischer Dienst

Die betreuten Schüler/innen verteilen sich anteilmässig wie folgt auf die Bezirke:

See: 12,48% (11,7%), Sense: 10,99% (9,9%), Saane: 10,42% (9,5%), Broye: 10,06% (9,0%), Glâne-Vivisbach: 6,76% (6,6%), Greyerz: 5,97% (5,6%).

Von den 3211 (3017) betreuten Kindern sind 1882 (1809) oder 58,7% (60%) Knaben und 1329 (1208) oder 41,3% (40%) Mädchen. Bezogen auf die Gesamtzahl der Schulkinder ergibt das bei den Knaben einen Anteil von 10,88% (10,34%) und bei den Mädchen einen solchen von 7,91% (7,1%).

Während des Jahres wurden 182 (180) Beobachtungen und 95 (120) Interventionen in der Klasse sowie 35 (55) Kriseninterventionen durchgeführt.

Abgeklärt, behandelt und/oder begleitet wurden in diesem Schuljahr 3211 (3017) Kinder und Jugendliche; das

ergibt einen Anteil von 9,46% (8,8%) aller Schüler/innen der Kindergärten, Primarschulen, Kleinklassen und Orientierungsschulen.

Im französischsprachigen Kantonsteil wurden 2212 (2069) Schüler/innen oder 8,79% (8,2%) untersucht, in Deutschfreiburg 999 (948) Schüler/innen oder 11,38% (10,5%). Die Schüler/innen, welche die Dienste in Anspruch nahmen, verteilen sich anteilmässig wie folgt auf die einzelnen Schulstufen: Kleinklassen: 35,16% (36,6%), Kindergartenklassen: 12,3% (11,9%), Primarschule: 10,34% (10%), OS: 5% (4,2%) (Progymnasium: 2,23% (1,5%), allgemeine Abteilung: 4,65% (4%), Realklassen: 9,44% (7%), Kleinklassen: 15,92% (18,3%).

62,48% (63,4%) der betreuten Schülerinnen und Schüler wurden von Lehrpersonen angemeldet, 24,86% (21,8%) durch die Eltern, 6,96% (4,4%) durch Logopädinnen oder Logopäden und die restlichen durch Ärztinnen oder Ärzte und andere Stellen. 23 (38) Schüler/innen nahmen selber mit den schulpsychologischen Diensten Kontakt auf. Die Anmeldegründe liegen in den Problemfeldern «Lernen und Leisten» 58,05% (51,7%), «Verhalten und Umfeld» 47,18% (40,7%) oder «Eigene Persönlichkeit» 6,38% (31,7%), wobei auch Kombinationen dieser Kategorien als Anmeldegrund möglich sind.

Schulische Massnahmen wurden in 20,52% (18%) der Fälle, pädagogische/heilpädagogische in 19,53% (16,6%) der Fälle empfohlen. Häufiger wurden jedoch andere Massnahmen angeboten wie Beratung und Begleitung 32,54% (29%), Beratung der Lehrperson oder der Familie 26,72% (24%) und psychologische Unterstützung 45,25% (42%). In 6,42% (4,4%) der Fälle waren keine Massnahmen erforderlich.

59,35% der Anmeldungen betreffen neue Fälle, 24,18% werden seit einem Jahr betreut und in 3,63% aller Fälle dauerte die Behandlung mindestens vier Jahre. 61,85% der Fälle erforderten eine Intervention von 1 bis 10 Stunden. Für 10,32% der Kinder dauerte die Betreuung länger als 20 Stunden.

#### 2.8.6c Logopädischer Dienst

Kantonsteil	Anzahl Kinder	% der Gesamt-schülerzahl	Knaben	Mädchen
Franz. Teil	1981 (1 941)	7,88	1 184	797
Deutsch-freiburg	1176 (1 135)	13,40	739	437
Total	3157 (3 076)	9,30	1 923	1 234

Verteilung auf die Schulstufen:

	französisch	deutsch	Total	%
Vorkindergarten	29	59	88	-
Kindergarten	390	279	669	18,37
Primarschule	1392	740	2132	10,80
Kleinklasse	87	60	147	46,82
Orientierungsschule	83	38	121	1,18
<b>Total</b>	<b>1981</b>	<b>1176</b>	<b>3157</b>	<b>9,30</b>

**Kinder in Behandlung während des Schuljahres**

Saane	1 052
Saane (ohne Stadt)	726
Stadt Freiburg	326
Broye	193
Glane	198
Greyerz (11 deutschsprachige Kinder)	421
See (französisch)	120
See (deutsch)	396
Sense	686
Vivisbach	91
<b>Total</b>	<b>3 157</b>

**Im Rahmen der verstärkten Massnahmen übernommene Behandlungen**

– Franz. Kantonsteil	1 163 (1 565) oder 72,91%
– Deutschfreiburg	432 (415) oder 27,08%
<b>Total</b>	<b>1 595 (1 980) oder 50,52%</b>

### 2.8.6d Psychomotoriktherapie

Im Schuljahr 2007/08 wurden im Kanton insgesamt 707 Kinder psychomotorisch betreut.

Franz. Kantonsteil	557 (451) Kinder, 139 Mädchen und 418 Knaben, insgesamt 2,21% der Gesamtschülerzahl
Deutschfreiburg	150 (157) Kinder, 36 Mädchen und 114 Knaben, insgesamt 1,71% der Gesamtschülerzahl
<b>Total</b>	<b>707 (608) Kinder oder 2,08% (1,7%) der Gesamtschülerzahl</b>

Verteilung auf die Schulstufen

	französisch	deutsch	Total	%
Vorkindergarten	10	2	12	-
Kindergarten	133	50	183	5,02
Primarschule	400	96	496	2,51
Kleinklasse	9	0	9	2,87
Orientierungsschule	5	2	7	0,07
<b>Total</b>	<b>557</b>	<b>150</b>	<b>707</b>	<b>2,08</b>

1,98% (14) Interventionen werden im Rahmen der verstärkten Massnahmen oder vom Integrationsdienst übernommen.

Verteilung auf die Bezirke

	Mädchen	Knaben	Total
Stadt Freiburg (französisch)	12	42	54
Stadt Freiburg (deutsch)	6	15	21
Saane (französisch, ohne Stadt)	36	97	133
Broye	21	67	88
Glane	29	70	99
Greyerz	17	44	61
See (französisch)	8	31	39
See (deutsch)	19	46	65
Sense	11	53	64
Vivisbach	16	67	83
<b>Total</b>	<b>175</b>	<b>532</b>	<b>707</b>

Die Zahlen des Schuljahres 2007/08 zeigen, dass die Anmeldungen in Deutschfreiburg konstant sind (+ 4), im französischsprachigen Kantonsteil hingegen zugenommen haben (- 106). Insgesamt haben in diesem Jahr 707 Schüler/innen die Psychomotorikdienste in Anspruch genommen, das sind 2,08% der Gesamtschülerzahl, 557 französischsprachige und 150 deutschsprachige Kinder. Die Verteilung nach Geschlecht ergibt 75,25% Knaben und 24,75% Mädchen.

85,57% der Anmeldungen und der Behandlungen betrafen Kinder vom Kindergarten bis zur 3. Klasse.

70,6% der Anmeldungen erfolgten durch Lehrpersonen, die übrigen durch Psychologinnen und Psychologen (11,5%), Eltern (6,7%), Logopädinnen und Logopäden (7,0%) und andere Fachpersonen (4,2%). Die Analyse der Situationen nach den Gesprächen, den klinischen Beobachtungen oder Psychomotoriktests führte zu einer Beratung (50,3%), einer Behandlung (42,5%) oder hatte keine speziellen Konsequenzen (7,2%). Bei den Behandlungen stand die Einzeltherapie im Vordergrund, gelegentlich wurden die Kinder auch in Gruppen betreut. Die Therapiedauer war recht unterschiedlich: in 90% aller Fälle betrug sie 6 Monate bis 2 Jahre.

Im kantonalen Mittel entfällt eine Stelle auf 2725 Schulkinder. 26 Therapeutinnen und Therapeuten für Psychomotorik teilen sich insgesamt 12,45 Vollzeitstellen (+0,48).

## 2.9 Schüleraustausch

### 2.9.1 Allgemeines

Prägendes Ereignis im Jahr 2008 war die «Nationale Austauschagung» in Winterthur. Die Tagung war gut



besucht; die Teilnehmenden konnten während den beiden Kongresstagen bei verschiedenen Workshops mitmachen. Die nächste Austauschtagung wird in zwei Jahren in Montreux stattfinden.

Die Koordination hat wiederum während des ganzen Jahres ihre Informationskampagne durch Konferenzen und Vorstellungen der Austauschprogramme durchgezogen. Die positiven Ergebnisse sind klar ersichtlich. So wurde im Jahr 2008 allgemein eine markante Zunahme der Anzahl Teilnehmenden an den angebotenen Austauschprogrammen verzeichnet.

Das Internetportal [www.bucoli.ch](http://www.bucoli.ch) wurde 2008 von ungefähr 6500 Interessenten besucht.

### 2.9.2 Zehntes partnersprachliches Schuljahr (ZPS)

Die Teilnehmerzahl für das Schuljahr 2007/08 betrug 170 Schülerinnen und Schüler, im Schuljahr 2008/09 wurden 186 Schülerinnen und Schüler platziert. Erneut war also eine Zunahme der Teilnehmenden zu verzeichnen. Das Verhältnis Deutschsprachige (58 im Jahr 2007/08 und 55 im Jahr 2008/09) gegenüber Französischsprachigen (112 im Jahr 2007/08 und 131 im Jahr 2008/09) ist immer noch nicht ausgeglichen. Die Zuteilung bereitet daher organisatorisch immer noch gewisse Probleme. Im Jahr 2007/08 haben 42 Schüler/innen und im Jahr 2008/09 26 Schüler/innen einen gegenseitigen Austausch (Variante 2) gewählt.

### 2.9.3 Schüler-/Klassenaustausche (SAKA)

Die bei der Koordinationsstelle angemeldeten Klassenaustausche haben sich im Schuljahr 2007/08 praktisch verdoppelt. Für den ganzen Kanton hat die Koordinationsstelle insgesamt, alle Schulstufen zusammengenommen, 30 Klassen- und 7 individuelle Austausche auf Stufe S2 registriert (16 Klassen- und 11 individuelle im Schuljahr 2006/07). Die französischsprachigen Klassen waren dabei in der Mehrheit: 14 für den französischen Teil gegenüber insgesamt 9 für Deutschfreiburg.

Diesbezüglich ist aber anzumerken, dass die Zahl der Klassenaustausche sicherlich noch höher ist, da ja gewisse Austausche direkt von Schule zu Schule ohne Anmeldung bei der Koordinationsstelle realisiert werden.

### 2.9.4 Ferieneinzelaustausch (FEA)

Mit 77 (102 im Jahr 2007) platzierten französischsprachigen Schülerinnen und Schülern, wovon 1 fürs Tessin, und mit 30 (26 im Jahr 2007) platzierten deutschsprachigen Schülerinnen und Schülern, wovon 3 fürs Tessin, stellte die Koordination einen gewissen Rückgang bei der Teilnahme fest. Insgesamt haben bei diesem Programm im Jahr 2008 107 deutschsprachige und französischsprachige Freiburgerinnen und Freiburger mitgemacht. Die Frankophonen bilden immer noch die Mehrheit.

Für das Schuljahr 2008/09 wurde den Schülerinnen und Schülern ein neues elektronisches Anmeldesystem übers

Internet bereitgestellt. Das ganze System wird von der Stiftung ch-Jugendaustausch in Solothurn betreut.

### 2.9.5 Klassenaustausch, Stufe 8 / 9 (EA 8/9)

Im Frühling 2008 wurde ein neues Klassenaustauschprogramm (EA 8/9) aufgegleist, das von der NW EDK und der CIIP/SR+TI gemeinsam getragen wird. Der Koordinator für Schüleraustausch des Kantons Freiburg fungiert als Projektleiter EA 8/9 für die CIIP/SR+TI. Die ersten Klassen nehmen ab Schuljahr 2008/09 daran teil. Die betreffenden Kantone stellen eine Klasse zur Verfügung, die zweisprachigen Kantone zwei Klassen.

## IV. SEKUNDARSTUFE II

### 1. Aufgaben

Das Amt für Unterricht der Sekundarstufe II (S2) ist zuständig für die administrative und pädagogische Leitung der gymnasialen Maturitäts-Ausbildungsgänge, der vollzeitlichen Handelsschulen und der Fachmittelschulen. Genauer gesagt beaufsichtigt es:

- die Organisation und die Pädagogik des Unterrichts;
- die allgemeine und finanzielle Verwaltung;
- die Anstellung und die Weiterbildung der Lehrpersonen;
- den Bau und den Unterhalt der Gebäude;
- die kantonale und interkantonale Koordination.

Folgende Schulen bieten diese Ausbildungen an: die Kollegien St. Michael, Heilig Kreuz und Gambach in Freiburg, das Kollegium des Südens in Bulle und die Fachmittelschule (ehemals KDMS) in Freiburg. Zudem verwaltet das S2 gemeinsam mit der Direktion der Gymnasien des Kantons Waadt das Interkantonale Gymnasium der Region Broye (GYB) in Payerne.

Amtsvorsteher: Nicolas Renevey.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Schülerzahlen

Der Bestand der Schülerinnen und Schüler der öffentlichen kantonalen Schulen auf der Sekundarstufe 2 präsentierte sich im Herbst 2008 wie folgt:

	Knaben		Mädchen		Total (Schüler/innen, Klassen, Mittel)					
	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09	2007/08			2008/09		
fr.	1'268 = 38.91%	1'393 = 41.31%	1'991 = 61.09%	1'979 = 58.69%	3'259	148	22.02	3'372	155	21.75
dt.	508 = 38.57%	496 = 38.72%	809 = 61.43%	785 = 61.28%	1'317	59	22.32	1'281	57	22.47
Total	1'776 = 38.81%	1'889 = 40.60%	2'800 = 61.19%	2'764 = 59.40%	4'576	207	22.11	4'653	212	21.95

Dazu kommen die Freiburger Schülerinnen und Schüler, die das GYB besuchen, nämlich: 450 (396).

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Schulen der Sekundarstufe 2 der Stadt Freiburg ist im Vergleich zum Schulanfang 2007 stabil geblieben. Am Kollegium des Südens in Bulle hingegen hat sie stark zugenommen. Im GYB sind nun in allen vier Gymnasialjahren Schülerinnen und Schüler aus Freiburg vertreten. Die Schule ist jetzt voll ausgelastet. Gründe für die anteilmässige Zunahme Deutschsprechender an den Schulen der Stadt Freiburg sind die Zuteilung der französischsprachigen Schülerinnen und Schüler des Broyebezirks zum GYB sowie der vermehrte Wunsch deutschsprachiger Schülerinnen und Schüler, das Kollegium zu besuchen.

## 2.2 Unterricht

### 2.2.1 Gymnasiale Maturität

Dieser Bildungsgang wird in den vier kantonalen Kollegien und im GYB angeboten.

Im Juni 2007 haben der Bundesrat und die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und direktoren (EDK) eine Teilrevision des Maturitätsanerkennungsreglements eingeleitet. Die mit dieser Revision verbundenen Arbeiten wurden im Jahr 2008 fortgesetzt. Die neuen Reglemente werden zu Beginn des Schuljahrs 2009/10 in Kraft treten.

Im November 2008 hat die EDK die Resultate der Befragung EVAMAR II bekanntgegeben. Damit sollen die erworbenen Fähigkeiten und das erreichte Maturitätsniveau beurteilt werden, und zwar im Hinblick auf eine angemessene Vorbereitung auf ein Universitätsstudium. Einige zufällig bestimmte Abschlussklassen der kantonalen Kollegien beteiligten sich an den Tests. Die Freiburger Gymnasiastinnen und Gymnasiasten haben gute Resultate erzielt, vor allem in der Erstsprache und in Mathematik. Dies beweist, dass die Unterrichtsstrukturen an unseren Maturitätsschulen zeitgemäss sind.

### 2.2.2 Vollzeitliche Handelsschule

Diese Ausbildung wird in den Kollegien Gambach und des Südens sowie im GYB angeboten und mit dem Handelsdiplom und/oder der Kaufmännischen Berufsmatura (KBM) abgeschlossen.

Das BBT hat die Reform «Zukunft der Handelsschulen» eingeleitet. Sie soll die berufliche Praxis an den vollzeitlichen Handelsschulen fördern. Davon betroffen sind das Kollegium Gambach und das Kollegium des Südens

sowie das GYB. Es wurde eine Arbeitsgruppe zur Umsetzung dieser Reform im Kanton eingesetzt.

### 2.2.3 Fachmittelschule

Dieser Bildungsgang wird in der Fachmittelschule Freiburg (FMSF), im Kollegium des Südens und im GYB angeboten. Die EDK hat im März 2008 bekanntgegeben, dass sie die von diesen Schulen ausgehändigten Ausweise anerkennt, und zwar rückwirkend auf den 1. Juni 2007 für den Bereich Gesundheit und den sozialpädagogischen Bereich.

Der Kanton arbeitet weiterhin an der Organisation von Ausbildungsgängen, welche zu einem Maturitätsausweis mit Spezialgebiet führen sollen. Drei Bildungsgänge werden anvisiert: Matura mit Spezialgebiet Gesundheit, Matura mit Spezialgebiet Soziales und Matura mit Spezialgebiet Pädagogik. Die Arbeiten sollten bis im Herbst 2010 abgeschlossen sein.

### 2.2.4 Zweisprachigkeitsangebot

Das Interesse am vielfältigen Immersionsangebot besteht weiterhin. Insgesamt 461 (451) Schülerinnen und Schüler absolvieren ein zweisprachiges Programm. Sie verteilen sich auf 19 (17) zweisprachige Klassen, nutzen aber auch das übrige Angebot einer kompletten oder teilweisen Immersion. 2008 wurden 73 (97) eidgenössisch anerkannte Maturitätsausweise mit Vermerk «zweisprachig» ausgestellt.

### 2.2.5 3. Sportlektion

Die Kollegienrichtungen haben den Auftrag erhalten, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit die dritte wöchentliche Sportlektion ab Schulbeginn 2009 gewährleistet werden kann. Ausgenommen davon ist das Kollegium Gambach. Hier wird dies erst nach dem Bau der neuen Sportanlagen möglich sein. Während des Schuljahrs 2008/09 können alle Schülerinnen und Schüler, die dies möchten, eine dritte Sportstunde in Form eines Wahlfachs belegen.

## 2.3 Konferenzen und Kommissionen

### 2.3.1 Rektorenkonferenz der kantonalen Kollegien

Diese Konferenz vereinigt die Rektorinnen und Rektoren der Kollegien sowie die Direktoren der FMSF und des GYB unter dem Präsidium des Amtsvorstehers der Sekundarstufe 2; die Rektorinnen und Rektoren der

Kollegien treffen sich daneben unter der Leitung eines Rektors zu separaten Sitzungen. Neben den laufenden Geschäften der administrativen und pädagogischen Leitung der Schulen hat sich die Konferenz mit folgenden Themen beschäftigt: Technische Ausstattung der Klassenzimmer für den Gebrauch der IKT im Unterricht; Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision der Maturität; Unterrichtsstrategie für Fremdsprachen auf Stufe S2.

### **2.3.2 Schulkommissionen**

Jede Schulkommission führt während des Schuljahres im Schnitt zwei Sitzungen durch und erörtert dabei u.a. die Voranschläge, die Aufnahmekapazitäten und die Ausstattung der Schulzimmer.

### **2.3.3 Informatik**

Die Kantonale Kommission für Informatik an den Schulen der Sekundarstufe 2 (KKI) hat ihre Arbeiten mit zwei Unterkommissionen weitergeführt. Diejenige, die sich mit der Technik befasst, erstellt das Inventar des Materials, bereitet Budgetvorschläge vor und koordiniert die Verfahren der Netzverwaltung und den Erwerb sowie den Unterhalt der Ausrüstungen. Die pädagogische Unterkommission hat ihre Abklärungen über die Weiterentwicklung des Informatikunterrichts an den Schulen der Sekundarstufe 2 fortgesetzt. Die Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU), der auch der Amtsvorsteher angehört, übermittelt der Finanzdirektion die analysierten Budgetvorschläge.

Die Fachstelle fri-tic hat die Ausbildung der Lehrpersonen der Sekundarstufe 2 für den pädagogischen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken weitergeführt. Sie stellt auch die Ausbildung der dafür zuständigen Ansprechpersonen sicher.

Die Sekundarstufe 2 ist ins Projekt HarmAdminEcoles (projet d'harmonisation des systèmes d'informations pour la gestion, l'environnement administratif des écoles) und bei der Einführung eines zentralen Informatik-supports für die Schulen der S2 (CME) involviert und arbeitet dazu mit dem ITA zusammen.

### **2.3.4 Prüfungen**

Die für die Maturitätsausweise, die Handelsdiplome und KBM zuständige kantonale Prüfungskommission hat die erforderlichen Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf der Prüfungssession 2008 geschaffen. Der Präsident der Prüfungskommission der FMSF und der neue Präsident der Prüfungskommission des GYB haben bei diesen Arbeiten mitgewirkt.

### **2.3.5 Schüleraustausch**

Die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern für obligatorischen Unterricht, dem Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2 und der Koordinationstelle für Sprach-austausch erleichtert die gegenseitige Information so-

wie eine allfällige Anpassung der Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler und die Eltern, damit der Aufenthalt jeweils möglichst optimal abläuft.

## **2.4 Schuldienste**

### **2.4.1 Psychologischer Beratungsdienst**

Der Psychologische Beratungsdienst (CPS2) setzte seine Tätigkeit im Rahmen der gegebenen Strukturen und Modalitäten fort. Das Beratungsteam besteht aus drei Personen mit einem Beschäftigungsgrad von insgesamt 50%. Einzelne Fälle wurden wegen der langen Behandlungsdauer an private Psychotherapeuten weitergeleitet.

### **2.4.2 Mediationsdienst**

Die Mediationsdienste der Schulen werden rege genutzt. Die Kommunikation unter den verschiedenen Diensten funktioniert und ist effizient, ebenso die gegenseitige Unterstützung. Der Zusammenhalt wird durch ein jährliches Treffen gestärkt, das vom zuständigen Amt organisiert wird. Zur Nachwuchssicherung hat im Herbst 2007 ein Ausbildungszyklus begonnen, der in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsberatung entstanden ist und im September 2009 abgeschlossen wird.

## **2.5 Vereine**

### **2.5.1 Verein der freiburgischen Mittelschullehrerinnen und -lehrer (VFM)**

2008 hat die EKSD mit dem VFM folgende Themen besprochen: Teilrevision der Maturität, Organisation der Maturaarbeiten.

### **2.5.2 Elternvereinigungen**

Die EKSD hat sich mit den französischsprachigen Elternvereinen der Kollegien und dem deutschsprachigen Elternverein der Kollegien der Stadt Freiburg getroffen.

## **2.6 Weiterbildung der Lehrpersonen**

Für Kurse und Seminare, die mehrheitlich von der Schweizerischen Weiterbildungszentrale (WBZ) in Luzern, vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), von der Universität Freiburg sowie intern von jeder Schule organisiert wurden, gab es zahlreiche Anmeldungen. Der Bereich Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule (PH) organisierte mehrere Abholkurse. Die EKSD hat neue Richtlinien für den Besuch von Weiterbildungskursen und deren Entschädigung ausgearbeitet.

## **2.7 Gebäude und Bauarbeiten**

Im Juni 2008 wurde der Verpflichtungskredit von 58 155 000 Franken für den Umbau und die Neubauten des Kollegiums Gambach an der Volksabstimmung mit 78,89% Ja angenommen.

## 2.8 Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen der allgemeinen Schulkoordination nimmt der Vorsteher des Amtes für Unterricht der Sekundarstufe 2 regelmässig an den interkantonalen Zusammenkünften der entsprechenden Ämter der Westschweizer Kantone und des Tessins (CIIP) teil. Matthias Wider, der neue Rektor des Kollegiums St. Michael, nimmt seinerseits an denen der Kantone der Nordwestschweiz (NW-EDK) teil. Diese Zusammenarbeit betrifft insbesondere die Qualitätskontrolle der Schulen, die Evaluation der Gymnasialbildung, die Sprachenpolitik sowie die Reform der Handels- und Fachmittelschulen.

## 3.2 Schüler/innen

### 3.2.1 Schülerzahlen

Gymnasium, fr. Abteilung  
Gymnasium, dt. Abteilung  
Total

Schüler/innen		Klassen	
2007/08	2008/09	2007/08	2008/09
734	735	34	34
552	570	24	24
1286	1305	58	58

### Wohnort

im Kanton Freiburg  
in einem anderen Kanton  
im Ausland (Austausch)

2007/08	2008/09
1279	1297
7	8
0	0

### 3.2.2 Aufnahmen

in die 1. Klasse (fr. Abteilung: 206; dt. Abteilung: 140)  
in die 2. Klasse  
Total der neu aufgenommenen Schüler/innen

2007/08	2008/09
357	346
32	30
389	376

### 3.2.3 Ausgestellte Diplome

Insgesamt 262 Kandidatinnen und Kandidaten, 144 französisch- und 118 deutschsprachige, haben sich zu den Prüfungen angemeldet. Vor den Examen wurden 5 Rückzüge gemeldet. 12 Prüfungen wurden als nicht

## 3. Kollegium St. Michael

### 3.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Wahlfächer), zweisprachige Schule  
Schülerbestand: Total 1305  
Lehrkörper: 147 Lehrpersonen (106,73 volle Pensionen)  
Rektor: Matthias Wider hat am 1. August 2008 die Nachfolge des zurückgetretenen Jacques de Coulon angetreten.  
Adresse: Petrus-Kanisius-Gasse 10, Freiburg

bestanden bewertet, 8 in der französisch-, 2 in der deutschsprachigen Abteilung und 2 in den zweisprachigen Klassen. Somit wurden 250 Abschlusszeugnisse ausgestellt. Die Diplome verteilen sich wie folgt:

Schwerpunktfach	fr. Abteilung	dt. Abteilung	zweisprachig	Total
Griechisch	10	0	3	13
Italienisch	9	4	3	16
Spanisch	26	15	19	60
Physik + Anw. der Math.	13	16	0	29
Biologie + Chemie	27	0	0	27
Wirtschaft + Recht	37	14	8	59
Bildnerisches Gestalten	14	16	6	36
Musik	0	8	2	10
Total	136	73	41	250

Hinweis:

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kollegien der Stadt Freiburg wurden 50 Schülerinnen und Schüler aus den Kollegien Gambach und Heilig Kreuz in ihrem Ergänzungsfach am Kollegium St. Michael geprüft und 117 Schülerinnen und Schüler aus dem Kollegium St. Michael an den anderen beiden Kollegien.

### 3.3 Allgemeiner Schulbetrieb

#### 3.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

##### Französischsprachige Abteilung

Gut besuchte Elternabende (rund 80%) in den Monaten Februar und März 2008 nach den ersten Semesternoten in den ersten Klassen. Für das zweite, dritte und vierte Jahr wurden auf Wunsch der Eltern oder der Schüler/innen Einzeltreffen durchgeführt.

Die Eltern können sich jeweils anhand des Halbssemester-, Semester- und Jahreszeugnisses regelmässig über die Schulleistungen informieren.

#### 3.3.2 Lehrpersonen

147 Lehrpersonen am 1. September 2008

11 Lehrpersonen sind neu angestellt worden, 3 davon für weniger als 12 und 5 für mehr als 12 Wochenstunden.

6 Lehrpersonen gingen in den Ruhestand und 4 weitere haben das Kollegium am Ende des Schuljahres verlassen.

#### 3.3.3 Kulturelle und pädagogische Anlässe

Die kulturellen Anlässe wurden von den Vorstehern in Zusammenarbeit mit den beiden Kulturkommissionen, je eine pro Abteilung, geplant und organisiert.

Die wichtigsten Veranstaltungen in der französischsprachigen Abteilung:

- *Fortunio*, Oper von André Messager, aufgeführt in der Aula der Universität Freiburg, für Schüler/innen mit Interesse an lyrischer Musik.
- *L'Orestie d'Eschyle* von Isabelle Daccord (Théâtre des Osses in Givisiez).
- Teilnahme am Internationalen Filmfestival Freiburg: *La Zona*, mexikanischer Thriller von Rodrigo Pla.
- Die Truppe Claire präsentierte eine aufgefrischte Version von *Méfaits du théâtre* von Yann Pugin.
- Frank Wedekinds *L'Eveil du Printemps*, Vorstellung der Theatergruppe von St. Michael und Hl. Kreuz, unter der Leitung von Frau Anne Dumas. Nachmittagsvorstellung für die Schulen, Abendvorstellung für die Öffentlichkeit.

Anfang September 2008: Informationssitzungen für die Eltern der Schüler/innen des 1. Jahres; Vorstellung der Ziele, Programme und Arbeitsmethoden durch die Vorsteher.

Der Rektor und die Vorsteher haben sich mit dem Vorstand des Elternvereins getroffen.

#### Deutschsprachige Abteilung

Die Elternabende im Februar für die ersten Klassen waren rege besucht. Ende Juni wurden die Eltern der zukünftigen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Ausserdem fanden persönliche Treffen der Vorsteher mit den Eltern von Schülerinnen und Schülern zur Besprechung konkreter Probleme statt.

Der Rektor und die Vorsteher haben an der Generalversammlung des Elternvereins teilgenommen. Sie haben ausserdem die beiden Co-Präsidenten des Elternvereins zur Besprechung anstehender Probleme getroffen.

Der Rektor hat an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

Frauen	Männer	Vollzeitpensen
58	89	106,73

- Solotanzvorführung (*Bienheureuse*) von Valérie Mailard, Bulle, mit anschliessendem Austausch über ihre künstlerische Arbeit mit den Schüler/innen.
- *Les Caprices de Marianne*, inszeniert von J. Liermier im Espace Nuithonie, war der Abschluss einer Französischarbeit. Ebenso das Stück *Le jeu de l'amour et du hasard* von Marivaux.
- Im September konnten die Schüler/innen den Klassiker *Britannicus* im Théâtre des Osses sehen.
- *Monochrome blanc* (Maturaarbeit von Nathalie Stirnimann) wurde den Schüler/innen der ersten Klassen vorgeführt.
- Caroline Rehders *The Muze Sneezes*, ein Theaterstück in englischer Sprache, dargeboten von Berufsschauspielern.
- Zum Jahresabschluss diente der Film *La Forteresse* dazu, die Schüler/innen für die Probleme der Flüchtlinge zu sensibilisieren, und bildete eine Diskussionsgrundlage zum Thema Menschenrechte.

Die wichtigsten Veranstaltungen in der deutschen Abteilung:

- Teilnahme am Internationalen Filmfestival Freiburg: *La Zona*.
- Vortrag von Jörg Gasser über das IKRK.
- Weihnachtskonzert (ad hoc Schülerorchester).
- *Next station: music*, Musical der Ergänzungsfachgruppe Musik.
- *König Johann* von Friedrich Dürrenmatt (nach William Shakespeare) und inszeniert von Marianne

Rohrer, eine Vorstellung der deutschsprachigen Theatergruppe St. Michael, Heilig Kreuz und Gambach.  
– verschiedene Filme (z.B. «Goodbye Bafana», «Babel»).

Die Blasmusik organisierte ein Probewochenende in Echarlens und eine Reise nach England. Der Chor mit seinen fast 40 Sängerinnen und Sängern gab verschiedene öffentliche Konzerte: Requiem von John Rutter und englische Kirchenmusik; Beteiligung an der Oper «L'Elisir d'Amore» von Gaetano Donizetti im Rahmen der Murtenclassics; am 19. Dezember französische Barockmusik.

### 3.3.4 Dies Collegiarius

Wie im letzten Jahr wurde ein *Dies Collegiarius* organisiert, und zwar am 19. Dezember. Die Schüler/innen sahen den preisgekrönten Schweizer Film «La Forteresse» und diskutierten über Menschenrechtsfragen im Zusammenhang mit dem 60-jährigen Jubiläum der Menschenrechtserklärung.

### 3.3.5 Besonderes Ereignis

Am Samstag 6. Dezember 2008 fand das 102. St. Niklaus-Fest statt.

### 3.3.6 Schüleraustausch

Einzel austausche: 2008/09 haben 22 Schüler/innen der französisch- und 11 der deutschsprachigen Abteilung ein Jahr im Ausland (USA, Deutschland, Südamerika) oder in der Deutschschweiz verbracht. Das Kollegium hat seinerseits 8 ausländische Schüler/innen aufgenommen.

Im Winter 2008 haben 11 Schüler/innen der 2. Klasse zwei Wochen in einem Zürcher Gymnasium (Stadelhofen und Hohe Promenade) verbracht; im Gegenzug gingen Zürcher Schüler/innen im Kollegium St. Michael zur Schule.

### 3.3.7 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Die Schüler/innen des Ergänzungsfachs «Histoire-Sciences politiques» haben am 10. und 11. April 2008 an den SUNESCO-Tagen teilgenommen. Vom 13. bis 16. Mai haben die meisten Schüler/innen der 3. Klassen Studientage durchgeführt. Die 1., 2. und 3. Klassen der

deutschsprachigen Abteilung nahmen an einer Studienwoche teil und hatten dabei Gelegenheit, ein spezielles Thema ausführlicher und fächerübergreifend zu behandeln.

Das Kollegium zählt zu Schuljahresbeginn 2008 sechs zweisprachige Klassen, zwei im 2. Jahr, zwei im 3. Jahr und zwei im 4. Jahr. Der Besuch der zweisprachigen Klassen führt zur «zweisprachigen Maturität» nach MAR-Anforderungen.

## 3.4 Gebäude, Sanierung, Umbau

Im Jahr 2008 wurden folgende Arbeiten durchgeführt:

### 3.4.1 Gebäude 4 (Aquarium)

Malerarbeiten im Aussenbereich; Anbringen einer Wandtafel im Zimmer 401.

### 3.4.2 Gymnasium und altes Hauptgebäude

Renovation von 4 Schulzimmern (altes Internat), Verkabelung des ersten und zweiten Stocks; Umbau eines Abstellraums (gegenüber dem Sekretariat) zu einem Fotokopiererraum für die Schüler/innen; Anschaffung und Montage von Abfallkörben im Schulhof; Arbeiten in verschiedenen technischen Lokalen, Zimmern und Gängen.

### 3.4.3 Sportzentrum

Sanierung von Heizungslokalen (Demontage und Entsorgung von alten Heizkesseln); Verbindung der Heizung des Sportkomplexes mit der Heizzentrale; Malerarbeiten im Treppenhaus; Verkabelung für Informatik.

### 3.4.4 Kirche

Restaurierung der Nordfassade.

## 4. Kollegium Hl. Kreuz

### 4.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Wahlmöglichkeiten), zweisprachige Schule

Schüler/innen: Total 981

Lehrkörper: 130 Lehrpersonen (79,61 volle Pensen)

Rektorin: Christiane Castella Schwarzen

Adresse: Antoine de St-Exupéry-Strasse 4, Freiburg

## 4.2 Schüler/innen

### 4.2.1 Schülerzahlen

Gymnasium fr. Abteilung

Gymnasium dt. Abteilung

Gymnasium zweisprachige Abteilung

Total

Schüler/innen		Klassen	
2007/08	2008/09	2007/08	2008/09
579	574	25	25
338	315	15	14
70	92	3	4
987	981	43	43

Wohnort	2007/08	2008/09
im Kanton Freiburg	970	975
in einem anderen Kanton	12	6
im Ausland (Austausch)	0	0

#### 4.2.2 Aufnahmen

	2007/08	2008/09
(fr. Abt. + dt. Abt.)	268	249
in die 2. Klasse	0	0
Total der neu aufgenommenen Schüler/innen	268	249

#### 4.2.3 Ausgestellte Diplome

Im Juni 2008 haben insgesamt 259 Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teilgenommen, 246 davon haben bestanden. Verteilung:

Schwerpunktfach	fr. Abteilung	dt. Abteilung	zweisprachige Abteilung	Total
Griechisch	13	0	0	13
Italienisch	8	4	5	17
Englisch	6	14	0	20
Spanisch	18	10	10	38
Physik + Anwendung der Math.	15	13	0	28
Biologie + Chemie	28	11	0	39
Wirtschaft + Recht	38	30	5	73
Bildnerisches Gestalten	12	1	1	14
Musik	4	0	0	4
Total	142	83	21	246

### 4.3 Allgemeiner Schulbetrieb

#### 4.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

In der französischen Abteilung: 20 Elternabende für 12 Klassen: Beteiligung der Eltern: 65%; ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schüler/innen.

In der deutschen Abteilung: 9 Elternabende für 9 Klassen: Beteiligung der Eltern: 47%; ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schüler/innen.

Elternvereine: die Schulleitung hat an beiden Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

### 4.3.2 Lehrpersonen

130 Lehrpersonen am 1. September 2008

Frauen	Männer	Vollzeitpensen
71	59	79,61

11 Lehrpersonen sind neu angestellt worden, davon 7 für weniger als 12 und 4 für mehr als 12 Wochenstunden.

### 4.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Veranstaltungen: 7 Theateraufführungen; 3 Filme; 3 Konzerte; Vorträge (Abstimmungen); Besichtigung des Bundeshauses; Besichtigung des CERN; Besuch der ELSA; 2 Ausstellungsbesuche für das Fach Bildnerisches Gestalten; Besuch der Ausstellung «Le jardin de l'orthographe»; Referate: M. Serra: «Le mal propre: polluer pour s'approprier?»; P. Grönig: «Nanotechnologie – von Realitäten, Visionen und Funktionen»; B. Dafflon: «L'eau»; B. Conrad: «Nutrition et mouvement»; Lesungen von L. Sepulveda, Peter Stamm und Nicole Roethel.

Sportfest, Sporttage, Teilnahme am schweizerischen Basketballturnier und am GiantX (Snowboard), Volleyballturnier der Schüler/innen – Lehrerschaft, Collégiades.

Prävention im Strassenverkehr – prévention routière: Sensibilisierung; Jugend debattiert; Teilnahme an «La lutte des classes» bei Couleur3 (EF Philosophie); Ate-liers: Seinen Stress meistern, Selbstvertrauen.

Themen der Projektwoche waren: Schokolade, Gefängnis, Rotes Kreuz, Medien, Ingenieure, Film, Gesundheit, Konzentrations- und Entspannungsmethoden, Umweltschutz/Energiesparen, Körper und Bewegung, Interdisziplinäre Studie über einen Freizeitpark, Filmprojekt: Gegenstandsvorgabe, Werbefilm, Energien, ein Lied verfilmen.

### 4.3.4 Besondere Ereignisse

- Schüler/innendelegation am European Youth Parliament (Prag, Freiburg und Vienne/F);
- Teilnahme mehrerer Schüler/innen am Wettbewerb «Schweizer Jugend forscht»;
- SUNESCO: Simulation der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Thema der nationalen Sicherheit sowie Wirtschaft und Entwicklung – verschiedene Referate in diesem Zusammenhang;
- Wirtschaftswoche, organisiert mit Unterstützung der Freiburgischen Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskammer;
- Studienwoche in Rom für Schüler/innen der «Alten Sprachen», organisiert vom kantonalen Forum der Alten Sprachen;
- Chor des Kollegiums: Kleine Messe von Rossini und Weihnachtskonzert; Konzert in Avenches (1.D1 – 1.D3);
- Theatergruppe CSCR-CSMI: F. Wedekind, Frühlingserwachen;

- Ausstellung von Schüler/innenarbeiten des Fachs Bildnerisches Gestalten in der neuen «Galerie04»;
- Andere Ausstellungen: Der Mathematiker Euler, die Vulkane, die Weisse Rose;
- Kino-Klub: neues Angebot für die Schüler/innen;
- Verfassen des jährlichen Sempervivums;
- Besinnungstage auf dem Simplon;
- Teilnahme am WINS (Women in science and technology) der 3. Gymnasialklassen;

### 4.3.5 Schüleraustausch

3 Schüler/innen verbrachten einen Sprachaufenthalt in der deutschsprachigen Schweiz, 3 Deutschweizerschüler/innen waren im Kollegium Hl. Kreuz zu Besuch, 20 Schüler/innen befanden sich im Austausch in den USA, in Deutschland und in Österreich. 16 Schüler/innen aus Deutschland, Österreich, den USA, Russland, Neuseeland, der Dominikanischen Republik, Finnland, Ecuador, Belgien, Kanada, Kolumbien und Australien besuchten das Kollegium Hl. Kreuz.

### 4.3.6 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Zweisprachigkeit:

6 französischsprachige Schüler/innen in der deutschsprachigen Abteilung; 4 zweisprachige Klassen (2B1, 2B2, 3BI und 4BI);

Den Maturitätsausweis mit dem Vermerk «zweisprachige Matura» haben 21 Schüler/innen erhalten, 14 deutsch- und 7 französischsprachige.

Einzeltandems und Klassentandems.

## 4.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Renovierung des Lehrerzimmers, des Arbeitszimmers der Lehrer, des Konferenzzimmers, der Rollläden (Fortsetzung); Aussenabdichtung der Sporthalle Waldseite; Ersetzen der Stühle in den Klassen (Fortsetzung).

## 5. Kollegium Gambach

### 5.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (Schwerpunktfächer Moderne Sprachen, Biologie und Chemie, Wirtschaft und Recht) vollzeitliche Handelsschule; zweisprachige Schule

Schüler/innen: Total 689

Lehrkörper: 95 Lehrpersonen (60,26 volle Pensen)

Rektor: Jean-Pierre Bugnon

Adresse: Weck-Reynold-Allee 9, Freiburg



**5.2 Schüler/innen****5.2.1 Schülerzahlen**

	Schüler/innen		Klassen	
	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09
Gymnasium - fr. Abteilung	292	290	14	14
Gymnasium - dt. Abteilung	210	213	9	9
Handelsschule fr. - Diplom	74	82	4	4
Handelsschule fr. - KBM	26	30	2	2
Handelsschule dt. - Diplom	48	47	2	2
Handelsschule dt. - KBM	11	15	1	1
Kant. Ausbildung Fachangestellte/r für Verwaltung (FAV) fr.+dt.	10	12	1	1
<b>Total</b>	<b>671</b>	<b>689</b>	<b>33</b>	<b>33</b>

**Wohnort**

	2007/08	2008/09
im Kanton Freiburg	659	679
in einem anderen Kanton	5	3
im Ausland (Austausch)	7	7

**5.2.2 Aufnahmen**

	2007/08	2008/09
ins Gymnasium	147	140
in die Handelsschule und KBM	58	66
in die FAV-Ausbildung	10	12
<b>Total der neu aufgenommenen Schüler/innen</b>	<b>215</b>	<b>218</b>

**5.2.3 Ausgestellte Diplome****Gymnasiale Maturität**

Im Juni 2008 haben insgesamt 108 Kandidatinnen und Kandidaten an den Prüfungen teilgenommen; alle haben bestanden. Verteilung:

Schwerpunktfach	fr. Abteilung	dt. Abteilung	zweisprachig	Total
Italienisch	6	7	0	13
Englisch	3	7	0	10
Spanisch	22	1	4	27
Biologie + Chemie	16	9	2	27
Wirtschaft + Recht	12	16	3	31
<b>Total</b>	<b>59</b>	<b>40</b>	<b>9</b>	<b>108</b>

### Handelsdiplom

Von 49 Kandidatinnen und Kandidaten haben 42 das Handelsdiplom erhalten, 25 aus der französischsprachigen Abteilung und 17 aus der deutschsprachigen Abteilung.

### Kaufmännische Berufsmaturität

Alle 19 Kandidatinnen und Kandidaten haben die Berufsmaturität bestanden.

### Kantonale Ausbildung Fachangestellte/r für Verwaltung FAV

Alle 9 Kandidatinnen und Kandidaten haben das Diplom erhalten.

### 5.3.2 Lehrpersonen

95 Lehrpersonen am 1. September 2008

5 Lehrpersonen wurden neu angestellt, davon 4 für weniger als 12 und 1 für mehr als 12 Wochenstunden.

Am Ende des Schuljahrs 2007/08 gingen zwei Lehrer in Pension und 5 Lehrpersonen verliessen die Schule aus unterschiedlichen Gründen.

### 5.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Unter anderem haben ganze Klassen oder Teile von Klassen folgende Anlässe besucht:

- Verschiedene Filme: «American History X», gefolgt von einer Diskussion über Rassismus; Internationales Filmfestival Freiburg: «Diarios de motocicleta» aus Brasilien; für interessierte Klassen wurden dazu Thementage organisiert (Vorbereitung der Filme, Vorschau, Begegnungen und Gespräche mit den Filmmachern).
- Verschiedene Theateraufführungen und Konzerte wie «Woyzeck» von G. Büchner; Theater Nuithonie, «Julius Caesar» von William Shakespeare by the Cambridge University; «Les Bas-Fonds» und «L'Orestie d'Eschylle» im Théâtre des Osses; Freifachtheater der 3 Kollegien, «König Johann» von Dürrenmatt; «Les corps étrangers», Choreographie von Kader Attou; «Antigone» von Sophokles, Inszenierung von Yves Loutan, gespielt von Schülerinnen und Schülern des Wahlfachs Atelier Théâtre Vertige; von der Kulturkommission organisiertes Solidaritätskonzert usw.
- Besuche und Ausflüge: Sportlager in der Region von Arolla; Ausflug nach Champ-Pittet; Studententage in der Ingenieurschule, im Kantonslabor, im Institut für Pflanzenbiologie, im Chemie-Institut, im Atomkraftwerk Mühleberg; Ausflug nach Bounavaux im

### 5.3 Allgemeiner Schulbetrieb

#### 5.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

In den Monaten Februar und März 2008 wurden 18 Elternabende für die Eltern von Schülerinnen und Schülern der 1., 2. und 3. Klassen beider Abteilungen organisiert.

Im Juni 2008 fanden zwei Informationsabende für die neuen Schüler/innen jeder Abteilung statt.

Während des Schuljahrs gab es zwischen den Eltern und der Direktion (Rektor/Vorsteher/in) auch zahlreiche persönliche Kontakte.

Der Rektor hat an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen und ebenso an den 3 Informationssitzungen, die für die Eltern der OS-Schüler/innen organisiert worden waren.

Frauen	Männer	Vollzeitpensen
42	53	60.26

Herzen des Naturschutzgebiets Vanil Noir; Beteiligung an der SUNESCO, der simulierten Generalversammlung der UNO, und an «Jugend debattiert».

- Die Thementage betrafen Arbeitsmethoden, interdisziplinäre Tagungen, KBM-Bildungstage, Berufspraxis; je nach Projekt der Klassen wurden zudem verschiedene Themen wie die Fischereiwirtschaft, die Gesundheit, der Respekt, Jugend und Macht angesprochen.
- Verschiedene Informationssitzungen/Vorträge/Berufsinformationssitzungen; Job-Info; «People with AIDS» – Berichte; Vortrag über nachhaltige Entwicklung; Bildungstag in Bulle über das Arbeitsrecht und zum Thema «Das Unternehmen und sein Personal»; Informationen über die Möglichkeiten bei einem Schüler/innenaustausch; «Moi, raciste!?» Ausstellung und Gespräche, organisiert vom Roten Kreuz – Jugend; Informatica 08, eine Ausstellung der Uni über Informatik usw.
- Die Schule organisierte drei aufeinanderfolgende polysportive- und Ski-Sporttage; die Schüler/innen nahmen an verschiedenen Wettkämpfen und Turnieren teil, die von den Sportlehrerinnen und -lehrern organisiert wurden.

#### 5.3.4 Schüleraustausch

10-tägiger Schüleraustausch mit dem Kollegium Harker in San José, Kalifornien.

#### 5.3.5 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Reform der Handelsmittelschule

Zur Begleitung und Unterstützung der Umsetzung des Projekts «Zukunft Handelsmittelschulen» im Kanton Freiburg wurde eine Arbeitsgruppe gebildet. Diese soll

unter anderem die nötigen Grundlagen erarbeiten, damit der Kanton seinen vollzeitlichen Handelsschulen gestatten kann, eine kaufmännische Grundbildung anzubieten, die mit der neuen Bundesregelung vereinbar ist. Die neuen diesbezüglichen Richtlinien sollen zu Beginn des Schuljahrs 2010/11 in Kraft treten.

#### Unterrichtsqualität

Am 22. Februar 2008 wurden die Lehrpersonen des Kollegiums Gambach für das allgemeine Problem der «Qualität» im Unterricht sensibilisiert. Bei dieser Gelegenheit wurden die Fachgruppen aufgefordert, die Einführung einer Reihe von Bildungsstrategien zur Verbesserung des Unterrichts anzuregen. Es wurden strategische Themen mit klaren Zielsetzungen ausgewählt. Mehrere davon sind in Form von konkreten Projekten umgesetzt worden. Die Auswertung dieser Projekte wird die 2. Phase der ersten Etappe bilden.

#### Ökotag

Das Kollegium Gambach hat seinen ersten «Ökotag» durchgeführt. Seit der Einführung des MAR-95 wird sämtlichen Schülerinnen und Schülern im ersten Gymnasialjahr ein Grundkurs in Wirtschaft und Recht erteilt. Somit wurde dieses Fach zu einem allgemeinbildenden Fach. Um den Schülerinnen und Schülern das reale Wirtschafts- und Rechtsleben vor Augen zu führen, haben sich verschiedene Personen bereit erklärt, an diesem Tag mehrere Aktionen durchzuführen. So konnten die Schülerinnen und Schüler an verschiedenen Treffen von hohem Niveau teilnehmen. Angesichts des Erfolgs dieser ersten Ausgabe des «Ökotags» ist bereits ein weiterer geplant.

## 5.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

### 5.4.1 Gebäude

Das Kollegium benützt vier Gebäudekomplexe: das Hauptgebäude (A), seit Juli 2008 im Besitz des Kantons Freiburg, 3 Schulzimmer in einem Pavillon im Garten

## 6.2 Schüler/innen

### 6.2.1 Schülerzahlen

Gymnasium
Handelsschule - Diplom
Handelsschule - K B M
Abteilung Fachmittelschule
Total

Aufgrund der gestiegenen Schülerbestände wurden vier zusätzliche Klassen eröffnet. Die Aufnahmekapazität der Gebäude (750 Schüler/innen) wird damit deut-

(Eigentum des Kantons), 17,5 Schulzimmer in den FOS-Gebäuden (B) und einen Drittel der Sportinfrastrukturen der FMS.

Die Probleme, die aufgrund dieser Raumverteilung entstanden sind, sind noch nicht gelöst (Raummangel, ungeeignete Ausstattung...). Die Neubauten und neuen Einrichtungen werden diese Probleme beheben.

### 5.4.2 Bauarbeiten im Jahr 2008

Gebäude A: Multimedia-Ausrüstung des Saals 42; Anbringen von Verdunkelungsvorhängen im Zimmer 34 und im Patio.

Gebäude B: (FOS): Multimedia-Ausrüstung der Zimmer 51, 73 und 86. Anbringen von Verdunkelungsvorhängen in den Zimmern 51 und 82.

### 5.4.3 Neues Kollegium

Nach dem ausgezeichneten Ergebnis (Dekret wurde von 78,89% der Stimmenden angenommen) der Volksabstimmung vom 1. Juni über den Verpflichtungskredit von 58,155 Millionen Franken für die Umgestaltung und Erweiterung des Kollegiums Gambach haben sich die Baukommission und die Subkommission für die Baustelle umgehend an die Arbeit gemacht. Der definitive Zeitplan für die Bauarbeiten liegt nun vor. Somit sollten, sofern alles nach Plan läuft, die Neubauten zu Beginn des Schuljahrs 2012/13 bereitstehen; sämtliche Bauten sollen dann zu Beginn des Schuljahrs 2013 bezugsbereit sein.

## 6. Kollegium des Südens

### 6.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer) vollzeitliche Handelsschule Fachmittelschule

Schüler/innen: Total 990

Lehrkörper: 116 Lehrpersonen (74,86 volle Pensen)

Rektor: François Piccand

Adresse: Rue de la Léchère 40, Bulle

	Schüler/innen		Klassen	
	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09
Gymnasium	633	624	28	30
Handelsschule - Diplom	88	122	6	7
Handelsschule - K B M	35	33	0	0
Abteilung Fachmittelschule	214	211	9	10
Total	970	990	43	47

lich überschritten. Der Stundenplan der Klassen musste erweitert werden.

<b>Wohnort</b>	2007/08	2008/09
im Kanton Freiburg	968	988
in einem anderen Kanton	2	2
im Ausland (Austausch)	0	0

### 6.2.2 Aufnahmen

	2007/08	2008/09
ins Gymnasium	221	183
in die Handelsschule und KBM	34	75
in die FMS	95	72
Total der neu aufgenommenen Schüler/innen	350	330

### 6.2.3 Ausgestellte Diplome

#### Gymnasiale Maturität

Im Juli 2008 haben insgesamt 125 Kandidatinnen und Kandidaten an den Prüfungen teilgenommen; davon haben 124 bestanden; ihre Verteilung:

Schwerpunktfächer	fr. Abteilung	zweisprachig	Total
Griechisch	5	3	8
Italienisch	10	1	11
Englisch	2	0	2
Spanisch	24	5	29
Physik + Anwendungen der Math.	4	1	5
Biologie + Chemie	20	4	24
Wirtschaft + Recht	25	4	29
Bildnerisches Gestalten	7	1	8
Musik	7	1	8
Total	104	20	124

#### Handelsdiplom

Von 27 Kandidatinnen und Kandidaten haben 24 das Diplom erhalten.

#### Kaufmännische Berufsmaturität

Von 13 Kandidatinnen und Kandidaten haben 11 die Berufsmaturität bestanden.

#### Fachmittelschule

Von 50 Kandidatinnen und Kandidaten haben 45 den Ausweis erhalten.

### 6.3 Allgemeiner Schulbetrieb

#### 6.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

- Dezember 2007: Elternabend für die Eltern der Schüler/innen der 1. Klassen; Februar 2008: Elternabend für die Eltern der Schüler/innen der 2. und 3. Klassen.
- Zahlreiches Erscheinen der Eltern (Treffen mit der Direktion und den Lehrpersonen).
- Zahlreiche persönliche Kontakte (Direktion, Lehrkörper) mit Eltern der Schüler/innen bei Problemen jeglicher Art oder bei einer Neuorientierung.
- Informationsabend für die Eltern künftiger Schüler/innen Anfang Dezember 2008. Vorstellung der verschiedenen Bildungsgänge (Handelsschule-Fachmittelschule-Gymnasium).

### 6.3.2 Lehrpersonen

116 Lehrpersonen im Septembre 2008

12 Lehrer/innen wurden neu angestellt, davon 6 für weniger als 12 und 6 für mehr als 12 Wochenlektionen.

6 Lehrer/innen sind in den Ruhestand getreten.

### 6.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Die meisten kulturellen Aktivitäten werden von der Kulturkommission in Zusammenarbeit mit der OS Greyerz geplant. Hinzu kommen die von den Lehrpersonen organisierten Veranstaltungen (Vorträge, Besuche, Thementage usw.). Hier die wichtigsten Aktivitäten und Veranstaltungen:

- Konzerte: «Pro Musica»; «Trio 75», Streichorchester; Oper «Fortunio» von Messager; «Pierre Dieuzey Jazz Time»; «Yves Lambert und das Bébert Orchestra» (*Semaine de la francophonie*).
- Theater: «La Route» von Agota Kristof, dargeboten von der *Compagnie des Longues Fourchettes*, Theatergruppe des Kollegiums; «CarGo 7906» von Sandra Korol; «Picasso et la Danse» von Europa Danse; *L'Orestie d'Eschyle* im Théâtre des Osses; «Musée haut, Musée bas», Auszug aus einem Stück von Jean-Michel Ribes, gespielt von der Klasse 3ECG2; «Das Haus in Montevideo» von Curt Goetz, Klasse 4-02.
- Filme: angeboten vom Ciné-club des Kollegiums und vom English Movie Club; «La Zona» (FIFF).
- Vorträge: Korpskommandant Christophe Keckeis, Armeechef, über die Sicherheitspolitik der Schweiz; Martin Beniston (Universität Genf) über die Klimaerwärmung; Dominique Dreyer, Schweizer Botschafter in Indien, über China und Indien; Claude Levenson über Tibet; Léon Reich, Überlebender der Shoah.
- Verschiedene Ausstellungen, darunter «Romans, mode d'emploi», «Alice au Pays du Karst Merveilleux», «Moi, raciste!?!», «Suisse romande, terre du livre».
- Verschiedenes: Erster Westschweizer Wettbewerb «Jugend debattiert», Festival Francophone de Philosophie, Wins-Stages, Job-Infos, «Concours de version latine», Freifach Chinesisch.
- Thementage: «Développement durable» präsentiert von Agro-image, Besuch des Konzentrationslagers Struthof (Elsass) für die Schüler/innen der Abschlussklassen; Besuch des Schweizer Parlaments und des Kunstmuseums für die Schüler/innen der 3. Klassen.
- Sportliche Anlässe: ein Sommersporttag (zwei Anlässe mussten wegen ungünstiger Wetterverhältnisse abgesagt werden).

Frauen	Männer	Vollzeitpensen
41	75	74,86

### 6.3.4 Schüleraustausch

Es fanden zahlreiche verschiedenartige Austausche statt. 23 Schüler/innen kamen in den Genuss eines Auslandsaufenthalts: 6 davon ein Jahr lang, 5 für sechs Monate und 12 für einen Kurzaufenthalt. Das Kollegium hat seinerseits 25 Schüler/innen im Austausch aufgenommen.

Die kulturelle Partnerschaft mit dem «Lycée Mahamane Alassane HAIDARA» Tumbuktu (Mali) wurde fortgesetzt. Daneben finden regelmässige Austauschprojekte mit dem Collège Edouard-Montpetit von Longueuil (Québec) statt. Ebenso wird in Tilff (Belgien) ein jährliches Treffen mit dem Dreikönigsgymnasium (Köln) und dem Miniemeninstitut (Löwen) organisiert. Zudem wurde eine Partnerschaft mit der Schule Nr. 21 in Peking eingegangen.

### 6.3.5 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Zu Schulbeginn 2008 besuchten 150 Schüler/innen das zweisprachige Programm. Die in deutscher Sprache unterrichteten Fächer sind: Einführung in Wirtschaft und Recht (1. Jahr), Biologie (2. Jahr), Physik, Geschichte und Mathematik (2., 3. und 4. Jahr). Schüler/innen, die dieses Programm absolvieren, erhalten am Schluss die zweisprachige Maturität nach MAR-Anforderungen.

## 7. Fachmittelschule

### 7.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Sozialpädagogik)

Schüler/innen: Total 663

Lehrkörper: 80 Lehrpersonen (54,55 volle Pensen)

Direktor: Jean-François Comment

Adresse: Moléson-Allee 17, Freiburg

**7.2 Schüler/innen****7.2.1 Schülerzahlen**

		Schüler/innen		Klassen	
		2007/08	2008/09	2007/08	2008/09
Fr. Abteilung	1. Jahr	201	203	9	10
	2. Jahr	151	179	7	7
	3. Jahr	157	140	6	6
Dt. Abteilung	1. Jahr	56	65	3	3
	2. Jahr	40	39	2	2
	3. Jahr	62	37	3	2
Total		667	663	30	30

**Wohnort**

im Kanton Freiburg  
in einem anderen Kanton  
in Ausland (Austausch)

2007/08

2008/09

660

660

7

3

0

0

**7.2.2 Aufnahmen**

in die fr. Abteilung  
in die dt. Abteilung  
Total der neu aufgenommenen Schüler/innen

2007/08

2008/09

216

214

58

68

274

282

24 Erwachsene, die zusammen eine Klasse bildeten, besuchten den Ergänzungskurs, der auf die Aufnahme in die Bereiche Gesundheit und Soziale Arbeit der Fachhochschule Westschweiz vorbereitet.

**7.2.3 Ausgestellte Diplome**

fr. Abteilung  
dt. Abteilung

Kandidatinnen und  
Kandidaten an den  
Prüfungen

davon haben  
bestanden

144

133

62

61

Erwachsenenbildungskurse: 17 Erwachsene, darunter 10 Frauen, haben ein Zertifikat für die Aufnahme in die FH Westschweiz erworben.

- zwei Informationsabende für die Schüler/innen des 3. OS-Jahres und ihre Eltern;
- eine Informationsveranstaltung über die Erwachsenenbildungskurse.

Die Schulkommission hat drei Sitzungen abgehalten.

**7.3 Allgemeiner Schulbetrieb****7.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte**

Folgende Begegnungen haben stattgefunden:

- zwölf Elternabende mit den Lehrpersonen und den Schülerinnen und Schülern;
- zwei Informationsabende für die neuen Schüler/innen und ihre Eltern;

### 7.3.2 Lehrpersonen

80 Lehrpersonen im September 2008

1 Lehrperson wurde neu angestellt, für mindestens 12 Wochenstunden.

5 Lehrpersonen haben die Schule am Ende des Schuljahres verlassen, 3 davon gingen in Frühpension.

1 Lehrperson hat einen zweijährigen unbezahlten Urlaub angetreten.

### 7.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Unter anderen wurden folgende Veranstaltungen organisiert, angeboten und besucht:

- Filme: «Le scaphandre et le papillon» von J. Schnabel; Wahl des Bundesrates auf Grossleinwand; «Goodbye Bafana» von B. August; Teilnahme am Internationalen Filmfestival Freiburg; «Ambiances arctiques», Diaschau von D. Rohrbasser; «Le Dictateur» von C. Chaplin.
- Theater/Konzerte: «Les bas-fonds» von M. Gorki im Théâtre des Osses; Konzert 2007 des Chors der Universität unter Mitwirkung des Chors der FMSF in der Kirche des Kollegiums St. Michael; Oper «Fortunio» von A. Messager in der Aula der Uni; «Les méfaits du théâtre» von J. Charles im Nuithonie; «Fou de ma psy» von C. Orlandi in der FMS; «L'Odyssée pour une tasse de thé» von J.-M. Ribes, 20-jähriges Jubiläum der FMS; «Les Caprices de Marianne» von A. de Musset im Nuithonie. *Deutsche Abteilung, in der Aula der Uni:* «Onkel Wanja» von A. Tschechov; «Die Frau von früher» von R. Schimmelpfennig; «Die Grönholm-Methode» von J. Calceran; «Der Steppenwolf» von H. Hesse.
- Besuche: Schulreisen mit Besuch von 15 Museen und Gegenden der Schweiz; ökologische Exkursionen; Besuch von Ausstellungen im Museum für Kunst und Geschichte sowie im Naturhistorischen Museum; Kernkraftwerk Mühleberg; Museum Gianadda in Martigny; Seculab-Labor an der GIBS; Museum der Fotografie, Vevey; Salon du livre, Genf; Ausstellung «Victor Hugo» in der Fondation de l'Hermitage, Lausanne; «Energissima» im Forum Freiburg. *Deutschsprachige Abteilung:* Museum für Kommunikation und Universitätsbibliothek Bern.
- Seelsorge: zusätzlich zu den Aktivitäten, die mit dem liturgischen Jahr verbunden sind: Besuch von 15 Heimen und Institutionen während der Adventszeit, intergymnasiale Besinnungstage auf dem Simlon, Verkauf von Goldmünzen, Mimosen und Orangen.
- Sport: Orientierungslauf im Moncor-Wald; traditionelle Turniere; Match zwischen Lehrerschaft und Schülerschaft; Teilnahme an den Collégiades; Winterlager in Montana für die Schüler/innen des 2. Jahres; Polysporttage mit Ski und Snowboard in Anzère

Frauen	Männer	Vollzeitpensen
38	42	54,55

und verschiedenen Sportarten in Freiburg (Fitness, Schlittschuhlaufen, Squash, Aerobic, Capoeira, Aikido, Taekwondo, Hallenfußball, Hip-Hop usw.); Leichtathletik und Wanderung am Ende des Schuljahres.

- Erziehung: Erfinden von verschiedenen Spielen für Kinder und ihre Eltern; Schaffen und Vorführen von Unterhaltungsfilmen der Schülergruppe Wahlfach Foto.

### 7.3.4 Besondere Ereignisse

In der Studienwoche «Gesundheit, Information und Berufsorientierung» wurden 60 Veranstaltungen (Vorträge und Informationen) mit Workshops zu anschliessenden Schulen und Ausbildungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Erziehung durchgeführt.

Teilnahme an der «Journée romande des ECG» zusammen mit Vertretern von 20 anderen Schulen. Der ECG-Zug fuhr von Siders nach Delsberg.

### 7.3.5 Schüleraustausch

Am Austauschprogramm *Tandem*, bei dem Schülerpaare aus beiden sprachlichen Abteilungen gebildet werden, haben 20 Schüler/innen teilgenommen.

Die englischsprachige Theatergruppe Covenant Players hat die FMSF besucht.

Einige erste Klassen der beiden Abteilungen hatten interne Austausche und gemeinsame zweisprachige Unterrichtsstunden.

Eine Klasse hatte französisch-deutschen elektronischen Briefwechsel mit einer Klasse aus Olten.

Ein 5-tägiger Sprachaufenthalt in Edinburg wurde von den Schüler/innen der 3. dt. Klasse des Wahlfachs «English Conversation» organisiert.

25 Schüler/innen haben einen einjährigen Sprachaufenthalt absolviert, teils in anderen europäischen Ländern und Amerika, aber auch in Australien oder in andern Regionen der Schweiz.

Neu wurde eine Partnerschaft zwischen der Schule und Burkina Faso ins Leben gerufen. Ziele sind pädagogischer Austausch, Nord-Süd-Dialog und humanitäre Hilfe.

### 7.3.6 Programme, Ausbildung

Das Verfahren für die angestrebte Qualitätsmanagement-Zertifizierung der Schule wird im März 2009 abgeschlossen.

Da die Verantwortlichen beider Abteilungen in Frühpension gegangen sind, wurde bei dieser Gelegenheit die Schuldirektion neu organisiert. Die EKSD hat zu diesem Zweck drei Vorsteher für die französisch- und

einen für die deutschsprachige Abteilung angestellt. Sie unterstützen den Direktor und gehören zum Direktionsstab.

Im März 2008 hat die EDK den neuen Namen der Schule, Fachmittelschule Freiburg (FMSF), anerkannt und die neuen Lehrpläne genehmigt.

Am 10. Juni 2008 hat der Staatsrat des Kantons Freiburg das Reglement über die Ausbildung an Fachmittelschulen (FMSR) und das entsprechende Reglement über die Abschlussprüfungen an Fachmittelschulen (FMSPR) angenommen.

## 8. Interkantonales Gymnasium der Region Broye

### 8.1 Die Schule in Kürze

Die Eigenheit des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye besteht darin, dass es sowohl Schülerinnen und Schüler aus der Freiburger Broye als auch aus der Waadtländer Broye aufnimmt.

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), vollzeitliche Handelsschule, Fachmittelschule.

Schüler/-innen: Total 852

Lehrkörper: 90 Lehrpersonen (69 volle Pensen)

Direktor: Thierry Maire

Adresse: Rue du Gymnase 1, Postfach 188, Payerne

### 8.2 Schülerinnen und Schüler

#### 8.2.1 Schülerzahlen

	2007/08		2008/09		2007/08	2008/09
	FR	VD	FR	VD	Klassen	
1. Jahr Maturität	91	14	85	15	5	5
2. Jahr Maturität	89	95	89	99	8	8
3. Jahr Maturität	77	69	90	82	7	7
4. Jahr Maturität	4	60	66	58	3	7
1. Jahr FMS (*)	56	39	46	61	5	4
2. Jahr FMS (*)	39	41	35	43	3	3
3. Jahr FMS (*)	32	41	31	38	3	3
Kaufmännische Berufsmaturität	8	1	8	4	1	1
Total	396	360	450	400	35	38

(\*) FMS = Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Sozialpädagogik) und Handelsschule.

#### 8.2.2 Ausweise

Am Ende des Schuljahrs 2007/08 sind folgende Ausweise ausgehändigt worden:

	Anzahl Kandidaten	Anzahl Erfolge
Gymnasialer Maturitätsausweis	63	62
Fachmittelschulenausweis (Gesundheit)	21	19
Fachmittelschulenausweis (sozial-erzieherisch)	26	22
Handelsdiplom	24	19

### 8.3 Allgemeiner Schulbetrieb

#### 8.3.1 Interkantonale Organe

Der Aufsichtsrat des GYB ist für die Oberaufsicht der Schule und ihren guten Betrieb verantwortlich. Im Jahr 2008 wird er von der Freiburger Staatsrätin Isabelle Chassot präsiert. Unter ihrer Leitung wurden zwei Sitzungen abgehalten. Der Aufsichtsrat hat sowohl die Rechnung 2007 als auch den Voranschlag 2009 des Direktors genehmigt.

Die interparlamentarische Aufsichtskommission besteht aus sieben Waadtländer und sieben Freiburger Grossräten. Im Jahre 2008 wird sie vom Freiburger Grossrat Charly Haenni präsiert. Die interparlamentarische Kommission konnte namentlich die Rechnung 2007 und den Voranschlag 2009 zur Kenntnis nehmen; ausserdem übte sie die Aufsicht über die Institution aus.

Die beratende Kommission setzt sich zusammen aus Vertretern der lokalen Behörden, Eltern von Schülerin-



nen und Schülern, Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonen. Ihre fünfzehn Mitglieder wurden vom Aufsichtsrat bestimmt. Die Kommission versammelte sich drei Mal unter dem Präsidium von Jean-Edouard Buchter.

### 8.3.2 Verwaltung und Lehrpersonen

Die Lehrpersonen-Stellen nehmen im gleichen Masse zu wie die Schülerzahlen. Die Verwaltungsstellen blieben hingegen unverändert.

Das GYB hat die Anerkennung der angebotenen Bildungsrichtungen zur Erlangung des gymnasialen Maturitätsausweises sowie zum Fachmittelschulabschluss erhalten. Somit konnten die Diplome mit der eidgenössischen Anerkennung versehen werden. Die Handelsschule ist bereits anerkannt worden. Nun wartet das GYB für das Schuljahr 2008/09 noch auf den abschliessenden Bericht der Anerkennungskommission für das KBM-Zeugnis.

### 8.3.3 Besondere Ereignisse, Anlässe

Die Kulturkommission, bestehend aus Lehrerinnen und Lehrern, organisiert im *Espace de la Blancherie* öffentliche Ausstellungen und Vorträge. Auszug aus dem Programm:

- Vorträge: «Etat des fouilles d'Alexandrie» von Jean-Yves Empeur, Direktor für Ausgrabungen – «La nouvelle société de l'information» von Gilles Marchand, Generaldirektor TSR.
- Veranstaltungen: Dreisprachiges Theaterstück des Bündner Kabarettisten Flurin Caviezel – Jazzkonzert von Max Jendly und seinem Orchester – klassische Musik von Henri Alecian.
- Ausstellungen: «Entre ciel et sable», Fotoausstellung über das südliche Afrika von Valérie Baeriswyl – Schülerarbeiten für den dem Waadtländer Maler und Graveur Pietro Sarto gewidmeten Wettbewerb.

Zudem konnte das GYB vom 28. bis 30. Mai 2008 die Roadshow «Fit in IT» empfangen. Dank der Unterstützung durch die Stiftung Hasler machten Lehrpersonen der Technischen Hochschulen und der Universitäten die Schülerinnen und Schüler mit den verschiedenen Kommunikationsbereichen vertraut.

### 8.3.4 Sprachaufenthalte und Zweisprachigkeit

Das Austauschangebot *Tandem* erlaubte fünf Schülerinnen und Schülern über einen Zeitraum von zwei bis sieben Wochen einen Aufenthalt in Deutschland oder in der Deutschschweiz. Zwei Schüler/innen sind in einem einjährigen Austausch in einer vergleichbaren Schule der Deutschschweiz und eine Schülerin ist in einem Austauschjahr in China.

Zum Schuljahresbeginn 2008 zählt das GYB 123 Schüler/innen in der zweisprachigen Abteilung (Maturitäts-, Handels- und Fachmittelschule zusammengenommen). Auf Deutsch werden unterrichtet: Wirtschaft und Recht (im ersten und dritten Gymnasialjahr), Biologie

(im ersten und vierten Gymnasialjahr), Mathematik (in allen 3 Schultypen und allen Stufen, ausser im ersten Gymnasialjahr) und Geschichte (im ersten und dritten Gymnasialjahr und in allen Stufen der Handels- und Fachmittelschule).

## 8.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

### 8.4.1 Gebäude

Die Optimierung der technischen Infrastruktur des Minergie-Gebäudes trägt ihre Früchte. Die Verbrauchszahlen von 2007/08 bestätigen dies.

## V. AMT FÜR UNIVERSITÄTSFRAGEN

### 1. Aufgaben

Das Amt für Universitätsfragen (AfU) ist das Bindeglied zwischen den Hochschulen des Kantons und den politischen Behörden. Es übt im Namen der Direktion die Oberaufsicht über die Hochschulen aus, unterstützt die Schulen in der administrativen Leitung und ist Ansprechstelle für die kantonalen Behörden sowie für den Bund, die übrigen Kantone und für weitere Institutionen im Bereich der Hochschulen. Zudem fungiert das Amt als kantonale Stelle für die Fachhochschule Westschweiz (FH Westschweiz). Es unterstützt die EKS-Direktorin bei der Bearbeitung der politischen Dossiers, die den Bereich der Hochschulen betreffen.

Amtsvorsteherin: Barbara Vauthey Widmer.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1 Universitätspolitik

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK), der auch die EKS-Direktorin angehört, hat 2008 drei Sitzungen abgehalten und zweimal Beschlüsse auf dem Zirkularweg gefasst. Dabei wurden insbesondere folgende Geschäfte behandelt:

- Zusammensetzung und Präsidium des wissenschaftlichen Beirats des Organs für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizer Hochschulen
- Auftrag der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) zur Portfoliobereinigung und -entwicklung und zu anderen Innovations- und Kooperationsprojekten der CRUS
- Aufhebung der zweckgebundenen Grundbeiträge für die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse
- Änderung der Bologna-Richtlinien zur Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen
- Akkreditierungsentscheide

Die Jahrestagung der SUK, an der die Vertreterinnen und Vertreter aller für die Hochschulen zuständigen Bundesstellen und interkantonalen Gremien teilgenommen haben, fand am 26. und 27. Juni in Luzern statt. An dieser Klausurtagung ging es um folgende Themen:

- Ärztedemographie und Studienplatzkapazität
- Koordination und Finanzierung im künftigen Hochschulraum

Die Vorsteherin des Amtes für Universitätsfragen ist Mitglied der Konferenz der Dienstchefs der SUK (drei Sitzungen im Jahr 2008). Sie vertritt die Konferenz im Stiftungsrat für die Vorbereitungskurse auf das Hochschulstudium in der Schweiz und arbeitet in der hierfür zuständigen Arbeitsgruppe der SUK mit.

Die EKS-Direktorin nimmt am politischen Steuerungsausschuss des Projekts «Hochschullandschaft 2008» teil, der von den beiden zuständigen Bundesräten präsidiert wird.

Im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 hat der Kanton Freiburg 2008 53 913 267 Franken für ausserkantonale, an der Universität Freiburg immatrikulierte Studierende erhalten und 16 348 630 Franken für Freiburger Studierende an anderen Universitäten bezahlt. Unter dem Strich nahm der Kanton damit 37 564 637 Franken (2007: 40 675 569 Franken) ein.

### 2.1.2 Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Für die Pädagogische Hochschule (PH) hat der Staatsrat dieses Jahr erneut per Verordnung eine Aufnahmebeschränkung erlassen.

Die pädagogische Bildungskonferenz hat in diesem Jahr keine Sitzung abgehalten.

Der auf der Grundlage der allgemeinen Zusammenarbeitsvereinbarung von PH und Universität eingesetzte Leitungsausschuss hat an drei Sitzungen folgende Geschäfte behandelt: Gemeinsame Informationsarbeit über die Lehrerinnen- und Lehrerbildung im Kanton und Abklärung der Möglichkeiten für eine Annäherung von PH und Universität; Abklärung der Zusammenarbeit in der Werbung der beiden Institutionen und in der Öffentlichkeitsarbeit sowie in den Bereichen Fort- und Weiterbildung, Fachdidaktik, Forschung und Lehrpläne. Dazu hat der Leitungsausschuss fünf Arbeitsgruppen gebildet, deren Ergebnisse in einem Bericht zusammengetragen und der EKS-Direktorin vorgelegt worden sind. Zudem beauftragte der Leitungsausschuss die Arbeitsgruppe MITIC (Medien und Informations- und Kommunikationstechnologien) «Uni-HEP-fri-tic» im Anschluss an deren Zwischenbericht mit der Weiterführung ihrer Arbeiten.

Die von Christine Bulliard präsidierte PH-Kommission hat sich zweimal getroffen, um den Voranschlag der PH, ihre Rechnung sowie den Entwurf für die Verordnung über das Anstellungsverhältnis der Ausbilderinnen und Ausbilder der PH zu beraten. An der letzten Sitzung stellte sich das in den Räumlichkeiten der PH untergebrachte interdisziplinäre Institut für Mehrsprachigkeit der PH-Kommission vor.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin ist Mitglied der interfakultären Lehrerbildungskommission der Univer-

sität. Im Jahr 2008 hat sich diese Kommission in erster Linie mit der Anstellung von Didaktikerinnen und Didaktikern, mit der neuen Organisation des Studiums für den Unterricht auf den Sekundarstufen I und II, mit verschiedenen Reglementen sowie mit den Problemen der Zulassung zum Lehrdiplom für den Unterricht auf der Sekundarstufe II (LDS II) befasst. Gestützt auf die Evaluation des Selektionsverfahrens schlug die Ad-hoc-Arbeitsgruppe, in der die stellvertretende Amtsvorsteherin mitwirkt, dem Rektorat und dem Staatsrat erneut vor, eine Verordnung über Zulassungsbeschränkungen zum LDS II zu genehmigen. Die interfakultäre Kommission hat ferner beschlossen, zwei Arbeitsgruppen für die Evaluation des Unterrichts in Musik und bildnerischem Gestalten zu bilden. Mit der Leitung der beiden Arbeitsgruppen wurde die stellvertretende Amtsvorsteherin betraut.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin hat die Direktion in der von der EKD geführten Projektgruppe «Masterplan für die pädagogischen Hochschulen» vertreten. Die Projektgruppe hat dieses Jahr den Masterplan-Bericht fertiggestellt.

### 2.1.3 Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit-Soziales und Musik

Die EKS-Direktorin vertritt den Kanton Freiburg im Strategieausschuss der Fachhochschule Westschweiz (FH Westschweiz) für die Bereiche Gesundheit, Soziales und Musik. Im Kanton gibt es zwei Ausbildungsstätten im Bereich Gesundheit-Soziales, die zum Netz der FH Westschweiz gehören: Die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) und die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit Freiburg (FHF-SA). Da die FH-Abteilung des Konservatoriums aufgrund der fehlenden kritischen Masse an Studierenden sowie des kulturellen Umfelds vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) nicht als unabhängige Hochschule für Musik anerkannt werden konnte, wurde sie auf Basis einer Vereinbarung zwischen dem Staat Freiburg und dem Staat Waadt in eine dezentrale Unterrichtsstätte des Lausanner Konservatoriums umgestaltet (vgl. Abschnitt über das Konservatorium beim Amt für Kultur).

Der strategische Ausschuss der FH Westschweiz hat vier Sitzungen und mehrere Klausursitzungen zur neuen interkantonalen Vereinbarung, welche die beiden heutigen Vereinbarungen ersetzt, abgehalten (siehe unten unter Ziffer 2.2.3). Daneben wurden folgende weitere Geschäfte behandelt: Formelle Angliederung und Finanzierung des Bereichs der Künste, Neuorganisation des Bereichs Musik mit dezentralen Lerneinheiten, verschiedene Finanzierungsdossiers, Genehmigung zur Führung von Masterstudiengängen, Anerkennung der Nachdiplomausbildungen, Vorbereitungsyear (Zusatzmodule) und Fachmaturität im Gesundheitsbereich. Die Vorbereitung dieser Sitzungen erfolgte gemeinsam mit der Volkswirtschaftsdirektion (VWD), die für die beiden anderen Freiburger Hochschulen, die der FH Westschweiz angehören, zuständig ist.

Freiburgs Hochschulen für die Bereiche Gesundheit, Soziales und Musik werden durch den Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft (FHF-TW) in den Leitungsausschüssen der FH Westschweiz vertreten. Die Direktionen (EKSD und VWD) und die Freiburger Fachhochschulen sowie der Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft und die stellvertretende Amtsvorsteherin des AfU pflegen weiterhin eine enge Zusammenarbeit, die wichtig bleibt. Verschiedene gemeinsame Projekte EKSD/VWD wurden lanciert (s. unten Ziffer 2.2.3).

Die Mitarbeiterinnen des Amtes sorgen für die laufende Aktualisierung der interkantonalen Vereinbarungen über den Besuch von ausserkantonalen Schulen in den Bereichen Gesundheit und Soziales sowie auf Universitätsebene. Sie behandeln die entsprechenden Gesuche und regeln die Finanzierungsfragen. Viele Gesuche betreffen die Ausbildungen im Gesundheitswesen – ein Bereich, der sich derzeit voll im Umbruch befindet.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Universitätspolitik

Im Anschluss an die im November 2007 angekündigte Schenkung von Dr. Merkle hat der Staatsrat dem Grossen Rat am 31. März die Botschaft und den Dekretsentwurf über die Eröffnung eines Verpflichtungskredits für den Erwerb und den Umbau des Gebäudes der Klinik Garcia für das Adolphe-Merkle-Institut für Nanowissenschaften übergeben. Dieses Dekret wurde am 7. Mai erlassen. Dr. Adolphe Merkle wird dieses Projekt mit einer weiteren Schenkung in Höhe von 10 Millionen Franken unterstützen. Die EKS-Direktorin ist Mitglied des Stiftungsrats der Adolphe-Merkle-Stiftung, die im Auftrag des Spenders die ursprüngliche Schenkung von 100 Millionen Franken verwalten soll.

Im Januar wurde der Stiftungsrat der im November 2007 vom Staat gegründeten Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit gebildet. Als Stiftungsratspräsidentin amtiert die EKS-Direktorin. Die Amtsvorsteherin führt das Sekretariat der Stiftung. Sie hat zudem den Aufbau des Instituts für Mehrsprachigkeit und die Einrichtung der Räumlichkeiten begleitet, welche die PH dem Institut zur Verfügung stellen konnte. Das neue Institut hat schon die ersten Forschungsaufträge erhalten. Die EKS-Direktorin hat sich zudem mit den anderen mehrsprachigen Kantonen und mit dem Kanton Tessin in Verbindung gesetzt und Kooperationen vorgeschlagen. Mit dem Kanton Wallis wurde bereits ein Mandat erarbeitet und unterzeichnet, um die Kooperationsmöglichkeiten zwischen dem Freiburger Institut und der Stiftung «Universitäre Fernstudien Schweiz (FS-CH)» in Brig zu prüfen.

Am 9. September übergab der Staatsrat dem Grossen Rat die Botschaft und den Dekretsentwurf zur Einführung des 3. Studienjahrs in Humanmedizin an der Universität Freiburg. Dieses Dekret wurde am 7. November erlassen. Das 3. Studienjahr, das erstmals im Herbst 2009

angeboten wird, startet mit 20 Studierenden. Die Universität hat dieses Programm in enger Zusammenarbeit mit dem Freiburger Spital entwickelt und eingerichtet, dies unter der Leitung einer Begleitgruppe EKSD/GSD, der auch die Amtsvorsteherin angehört. Sie leitet daneben auch eine Arbeitsgruppe, welche die Strukturen für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen festlegen und eine Vereinbarung ausarbeiten soll.

### 2.2.2 Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Die stellvertretende Amtsvorsteherin hat zwei Arbeitsgruppen geleitet, die auch im Jahr 2008 tätig waren:

- Die Aufgabe der ersten Arbeitsgruppe bestand darin, die Führungsstrukturen der PH zu überdenken. Sie hat einen Vorentwurf für eine Teilrevision des PH-Gesetzes erarbeitet.
- Die zweite Arbeitsgruppe sollte die verschiedenen Modalitäten für eine Eingliederung der Fachstelle fri-tic in die PH prüfen. Sie hat der EKS-Direktorin bereits einen Bericht vorgelegt. Daraufhin beschloss der Staatsrat, die Fachstelle fri-tic als kantonales Kompetenzzentrum der Direktion der PH zu unterstellen. Die stellvertretende Amtsvorsteherin hat diesen Eingliederungsprozess begleitet und neue Formen für die interne Zusammenarbeit in die Wege geleitet.

Zudem wirkte die stellvertretende Amtsvorsteherin auch in einer Arbeitsgruppe mit, die mit der Ausarbeitung einer Verordnung über das Anstellungsverhältnis der Ausbilderinnen und Ausbilder an der PH betraut ist. Diese Verordnung wurde in die Vernehmlassung geschickt und soll noch an das Gesetz über die PH angepasst werden.

Die französischsprachige Abteilung für die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung an der Universität Freiburg (CERF) wurde im Jahr 2007 reorganisiert und funktioniert nun in der neuen Form. Das Rektorat der Universität hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Leistungen der CERF, die finanziellen Auswirkungen dieser Leistungen, eine Neuorganisation der deutschsprachigen Abteilung und eine Annäherung zwischen der Universität und der PH untersuchen soll. Die stellvertretende Amtsvorsteherin ist ebenfalls Mitglied dieser Arbeitsgruppe.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin hat sich zudem mit ihren Amtskolleginnen und Amtskollegen aus den Kantonen Bern, Jura und Neuenburg getroffen. Bei diesen Beratungen ging es darum, der HEP-BEJUNE und der PH-FR eine Machbarkeitsstudie für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Einrichtungen vorzuschlagen. Der entsprechende Auftrag zu dieser Machbarkeitsstudie ist inzwischen vom Strategischen Ausschuss der HEP-BEJUNE und der EKS-Direktorin unterzeichnet worden.

### 2.2.3 Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit-Soziales und Musik

Ende November unterbreitete der strategische Ausschuss der FH Westschweiz dem Bund einen Vorentwurf für die neue interkantonale Vereinbarung über die FH Westschweiz. Mit dieser neuen Vereinbarung soll die FH Westschweiz die Bedingungen des Bundes erfüllen, die dieser im Zusammenhang mit der im April bestätigten unbefristeten Bewilligung aufgestellt hat. Die neue Einheitsvereinbarung schliesst die Fachbereiche Musik und Künste ein und legt das neue Führungsmodell fest. Die EKSD und die VWD befassten sich an mehreren Sitzungen mit der neuen Vereinbarung.

Auf der Grundlage des Vorentwurfs für die neue interkantonale Vereinbarung FH Westschweiz wurde die Arbeit am Gesetzesentwurf über die Westschweizer Fachhochschule Freiburg wieder aufgegriffen. Daraus resultierte ein Entwurf, der mit den neuen Anforderungen vereinbar ist. Diese Arbeiten haben der Generaldirektor der Westschweizer Fachhochschule Freiburg und die stellvertretende Amtsvorsteherin in Zusammenarbeit mit den Schuldirektorinnen und Schuldirektoren ausgeführt. Im Hinblick auf das Gesetz über die Westschweizer Fachhochschule Freiburg wurden weitere gemeinsame Projekte EKSD/VWD begonnen, so unter anderem die von den Direktionen genehmigte Vereinheitlichung der Einreihungskriterien der Lehrpersonen an Fachhochschulen und die Ausarbeitung eines Reglements für das Personal der Westschweizer Fachhochschule Freiburg. Diese Arbeiten wurden von der stellvertretenden Amtsvorsteherin geleitet.

Im Anschluss an den Entscheid des Staatsrats, die Hochschule Freiburg für Soziale Arbeit und die Hochschule für Gesundheit an einem einzigen Standort zusammenzulegen, hat eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der stellvertretenden Amtsvorsteherin eine Bedarfsstudie erstellt. Diese ist vom Staatsrat genehmigt worden und das Dossier befindet sich nun beim Kantonsarchitekten.

Die Amtsvorsteherin wirkt in weiteren Arbeitsgruppen mit, bei welchen eine Teilnahme des Amtes für Universitätsfragen erforderlich ist, so bei der vom Vorsteher des Amtes für Unterricht der Sekundarstufe 2 geleiteten Arbeitsgruppe über die Fachmaturität im Bereich Gesundheit und bei der gemeinsamen Arbeitsgruppe von EKSD/GSD, die sich mit der Abgeltung der Studierenden auf FH-Stufe befasst.

## VI. UNIVERSITÄT

### 1. Aufgaben

Im Gesetz vom 19. November 1997 wird der Auftrag der Universität wie folgt definiert:

- wissenschaftliche Erkenntnisse mit Objektivität und Toleranz vermitteln und fördern;
- bei den Studierenden, Forschenden und Lehrenden das Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Menschen, der Gesellschaft und der Umwelt stärken und
- zur kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft beitragen.

Um diesen Auftrag zu erfüllen, vermittelt die Universität eine Ausbildung von hoher Qualität, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbaut und mit einem Bachelor, Master oder Doktorat abgeschlossen wird. Sie betreibt Forschung und sorgt für die Verbreitung ihrer Resultate, fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs und bietet universitäre Weiterbildung an.

Die Universität wird vom Rektorat geleitet, das von einem Rektor und vier Vizerektoren gebildet wird; sie werden jeweils für eine Dauer von vier Jahren gewählt. Das Rektoratsteam besteht momentan aus Guido Vergauwen (Rektor), Astrid Epiney, Jean-Luc Gurtner, Fritz Müller und Jacques Pasquier.

Die Tätigkeit der Universität wird jährlich im Jahresbericht zusammengefasst, der sich künftig auf das Kalenderjahr bezieht. Er enthält unter anderem Informationen über die Unterrichts- und Forschungstätigkeit an den fünf Fakultäten, über die Weiterbildung sowie Zahlen- und Statistikangaben. Der Jahresbericht kann auf der Internetseite der Universität unter der Adresse: [www.unifr.ch/rectorat/de/documents/activites/](http://www.unifr.ch/rectorat/de/documents/activites/) konsultiert werden.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 2.1.1 Studierende

	Winter 2006/07		Herbst 2007		Herbst 2008	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Total	9828	100,0%	9546	100,0%	9455	100,0%
a) Studierende nach Herkunft						
Freiburg	2098	21,4%	2088	21,9%	2119	22,4%
Andere Kantone	6127	62,3%	5901	61,8%	5760	60,9%
Ausland	1603	16,3%	1557	16,3%	1576	16,7%
b) Studierende nach Fakultäten						
Theologie	383	3,9%	355	3,7%	340	3,6%
Recht	1787	18,2%	1690	17,7%	1656	17,5%
Wirtschafts- und Sozialwiss.	2282	23,2%	2145	22,5%	2050	21,7%
Philosoph. Fak.	4044	41,2%	3949	41,4%	3928	41,5%
Math.-Naturwiss.Fak.						
a) Naturwissenschaften	1035	10,5%	1090	11,4%	1183	12,5%
b) Medizin	297	3,0%	317	3,3%	298	3,2%

Aus der Analyse der Entwicklung der Studierendenzahlen ergeben sich folgende Feststellungen:

- Die Gesamtzahl der Studierenden nimmt ganz leicht – um 0,95% – ab; dies immer noch vor allem deshalb, weil die ausgesprochen zahlreichen Studienanfänger/innen der Jahre 2002 und 2003 (Jahre der «doppelten Matura») ihr Studium abschliessen. Der Rückgang der Gesamtzahl Studierender aus anderen Kantonen (s. weiter unten) erfolgt aus demselben Grund.
- Betrachtet man die Aufteilung nach der Herkunft der Studierenden, so stellt man in zwei Bereichen eine Zunahme fest: Freiburger Studierende oder Studierende mit Wohnsitz im Kanton: 31 (1,5%), Ausland: 19 (1,2%). Der dritte Bereich (andere Kantone) weist eine Abnahme von 141 (2,4%) auf, dies trotz der Zunahme bei den Studienanfängerinnen und -anfängern (s. Bst. d weiter unten).
- Die Aufschlüsselung der Studierenden nach Fakultät zeigt folgendes Bild: Zunahme um 8,5% in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät; Rückgang in allen anderen Fakultäten: Theologische Fakultät: 4,2%, Rechtswissenschaftliche Fakultät: 2,0%, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät: 4,4% und Philosophische Fakultät: 0,5%.
- Die Zunahme der Anzahl Studienanfänger/innen ist mit 10,9% (1808 neue Studierende) erheblich, auch wenn sie die Abgänge nicht wettzumachen vermag. Zunahme nach Herkunftsbereich: Freiburg: 14 (3,8%), andere Kantone: 97 (9,3%), Ausland: 66 (29,9%).

- Die Zahl der Studienanfänger/innen nimmt in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät mit 438 weiter zu (47 mehr als im Vorjahr). Besonders ausgeprägt ist die Zunahme in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät mit 401 Anfängerinnen und Anfängern (plus 83 Einheiten oder 26,1%), in der Philosophischen Fakultät beträgt sie 19, in der Theologischen Fakultät 17 und in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät 11 Einheiten.
- Die Zahl der Studentinnen macht 57,9% der Gesamtzahl der Studierenden aus, von den Studienanfängerinnen und -anfängern sind 63,7% Frauen. Im Studienjahr 2008 haben in den folgenden Fakultäten und Sektionen mehr Frauen als Männer ein Studium begonnen: Philosophische Fakultät: 69,9%, Medizin: 58,1%, Recht: 56,6%.
- Von den sehr zahlreichen Personen, die Weiterbildungskurse besuchen, werden nur jene als «Weiterbildungsstudierende» bezeichnet, die für ein Programm zu mindestens 60 Kreditpunkten eingeschrieben sind. Ihre Zahl ist von 131 (2007) auf 160 (2008) angestiegen.

#### 2.1.2 Zentrale Organe

Der Senat der Universität hat 5 ordentliche Sitzungen und eine Reflexionssitzung abgehalten. Ausserdem hat er die Änderungen der Texte über die Zulassung zum Medizinstudium sowie die neue BeNeFri-Vereinbarung und die Resultate der Evaluation des Departements Soziale Arbeit und Sozialpolitik genehmigt. Er hat ferner die Resultate des vom Bund veranlassten Qualitätsau-

dits zur Kenntnis genommen. Die Reflexionssitzung vom 12. Dezember war der Umstrukturierung der Philosophischen Fakultät gewidmet.

Der Hochschulrat, ein beratendes Organ des Staatsrats, versammelte sich drei Mal. Er hat insbesondere das Projekt Ethik-Kompetenzzentrum weiterverfolgt, das er finanziell unterstützt und dank dem ab Herbst 2008 ein erweitertes, interfakultäres Vorlesungsprogramm angeboten werden konnte. Zudem hat er gemeinsam mit dem Verein der Freunde beschlossen, die Vorbereitungsarbeiten für das 3. Studienjahr in Medizin finanziell zu unterstützen.

### 2.1.3 Professuren

In folgenden Bereichen wurden ordentliche Professuren besetzt:

- Rechtswissenschaftliche Fakultät: Staats- und Verwaltungsrecht; Zivilrecht
- Philosophische Fakultät: Geschichte der Europäischen Integration im 20. Jahrhundert
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Makroökonomie; Betriebswirtschaftslehre (insbesondere NPO-Management)
- Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät: Physische Geografie

In folgenden Bereichen wurden assoziierte Professuren besetzt:

- Theologische Fakultät: Pastoraltheologie; Kirchengeschichte
- Rechtswissenschaftliche Fakultät: Strafrecht; Sozialversicherungsrecht; Verfahren (ZPO/SchKG) und Grundlagen des Rechts
- Philosophische Fakultät: Archäologie
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Marketing
- Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät: Biochemie; Evolutionsbiologie; Physische Geografie

Zwei der acht ordentlichen Professuren wurden mit Frauen besetzt; bei den assoziierten Professuren zählt man drei Frauen und acht Männer.

Eine Titularprofessur wurde an 2 Lehrbeauftragte der Rechtswissenschaftlichen Fakultät und an 3 Lehrbeauftragte der Philosophischen Fakultät verliehen.

Das Durchschnittsalter der Professorinnen und Professoren beträgt 51,26 Jahre (im Dezember 2008), 48,07 bei den assoziierten und 53,29 bei den ordentlichen Professorinnen und Professoren.

### 2.1.4 Studienorganisation

Auf Empfehlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) hat der Kanton Freiburg mit der Staatsratsverordnung vom 18. März 2008 beschlossen, den Eigentest für das Human- und Zahnmedizinstudium beizubehalten. Die Zahl der Plätze für das erste Studienjahr wurde in der Humanmedizin auf 103 und in der Zahnmedizin auf 17 beschränkt. Der Staatsrat hat, eben-

falls auf Empfehlung der SHK, die Verordnung vom 31. März 2008 über die Zulassung ausländischer Studierender zum Medizinstudium an der Universität Freiburg für das Jahr 2008/09 erlassen, eine Verordnung, die die Richtlinien der SHK von 1976 auf kantonaler Ebene festschreibt. Am 11. November wurde diese Verordnung für das Jahr 2009/10 erneuert.

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät beteiligt sich als einzige Schweizer Partnerin am Center of Transnational Legal Studies, das im Oktober von der Universität von Georgetown (Washington DC) in Zusammenarbeit mit – neben Freiburg – acht Rechtswissenschaftlichen Fakultäten von Weltruf in London eröffnet wurde. Der Freiburger Beitrag wird zur Hauptsache durch private Fonds finanziert.

Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport hat 2008 ein Reglement und zwei Reglementsänderungen sowie acht Departements- und Institutsstatuten genehmigt. Sie hat insbesondere die Vereinbarung zwischen der Universität und dem Universitäts-Institut Kurt Bösch in Sitten über die Schaffung eines gemeinsamen interdisziplinären Master-of-Arts-Programms in Kinderrecht genehmigt, das im September begann.

## 2.2 Besondere Ereignisse

Nach der Schenkung von Dr. Merkle nahm das Adolphe-Merkle-Institut (AMI) in Nanowissenschaften seine Tätigkeit mit der ersten, aus 20 Forschenden bestehenden Forschungsgruppe auf, die von der Adolphe-Merkle-Stiftung und aus diversen Drittquellen finanziert wird. Der Wissenschaftsrat wurde bestellt und hat inzwischen das Konzept für die Entwicklung der Wissenschaftsschwerpunkte des Instituts erarbeitet. Das AMI stellt auch die Koordination des Netzes Nanotechnologie des Wissenschafts- und Technologiezentrums sicher, dessen Finanzierung der Staatsrat im November im Rahmen der Neuen Regionalpolitik genehmigt hat.

Am 5. März fand die Einweihung des Kompetenzzentrums «Licht und Materie» statt, für das sich die Physiker aus Freiburg und Bern zusammengeschlossen haben. Das Kompetenzzentrum wird vom Bund finanziell unterstützt. Ferner wurde am 16. Mai, anlässlich des 33. Europatages, ein weiteres Zentrum eingeweiht: Das von vier Fakultäten unterstützte Zentrum für Europa-Studien. Am 25. Juni unterzeichnete die Universität eine Rahmenvereinbarung mit den Schulen der FH Westschweiz/Freiburg zur Verstärkung der Zusammenarbeit.

Im Rahmen des Jahres der Informatik fand an der Universität Freiburg am 9. April der Eröffnungsanlass zur nationalen Wanderausstellung Roadshow statt. Während des ganzen Jahres wurde ein Vortragsprogramm für unterschiedliche Publikumsgruppen angeboten, und anlässlich der Schlussveranstaltung wurde schliesslich die Universität Freiburg für ihre 50 Jahre Informatikunterricht geehrt. Sie war die erste Universität der Schweiz mit diesem Angebot.

Seit Herbst 2008 stehen die Mensa und die Miséricorde-Bibliotheken den Studierenden nach den Ende 2007 begonnenen Sanierungsarbeiten wieder zur Verfügung.

Aus den wissenschaftlichen Kompetenzen und den internationalen Netzen der Forschenden an der Universität resultierten zahlreiche Publikationen und Vorträge, Nominierungen und prestigeträchtige Preise sowie Projekte und wissenschaftliche Resultate mit breiter internationaler Wirkung.

## VII. PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE

### 1. Aufgaben

Die Pädagogische Hochschule (PH) hat folgende fünf Grundaufgaben: die Ausbildung zukünftiger Lehrpersonen auf Stufe Kindergarten und Primarschule, die Organisation und Koordination der Weiterbildung des Lehrpersonals, die Forschung und Entwicklung im Bereich Erziehung und Bildung, die Bereitstellung der für ihre Arbeit und ihre Ausbildung notwendigen Unterlagen und technischen Hilfsmittel für Lehrpersonen und Studierende sowie die Förderung und die Entwicklung der Zweisprachigkeit.

Die Pädagogische Hochschule wird von Pascale Marro geleitet.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1 Sektor Grundausbildung

Bei Studienbeginn 2008/09 zählte die PH 419 Studierende, die den Vorbereitungskurs (40), die Grundausbildung (310) oder die Ausbildungsgänge LDS 1 (47), Hauswirtschaft (9) oder Passerelle (13) besuchten.

Studierende 2008/09	Französische Abteilung	Deutsche Abteilung
Vorbereitungskurs	30	10
Grundausbildung	213	97
Passerelle	3	10
<i>Total I</i>	<i>246</i>	<i>117</i>
LDS I Hauswirtschaft	29	
LDS I Technisches Gestalten	18	
<i>Total II (Ausbildung LDS I)</i>	<i>47</i>	
Zusatzausbildung Hauswirtschaft	6	
Zusatzausbildung Technisches Gestalten	3	
<i>Total III</i>	<i>9</i>	
TOTAL I + II + III	419	

Vorbereitungskurs: Der fünfte Vorbereitungskurs schloss am 4. Juli 2008. An diesem Tag konnten 33 Zertifikate übergeben werden (19 in der französischsprachigen

und 14 in der deutschsprachigen Abteilung). Diese Zertifikate berechtigen zur Zulassung zum Aufnahmeverfahren für die Grundausbildung. 9 Studierende haben die Schlussexamen nicht bestanden.

Grundausbildung: Die Diplomfeier hat am 8. Juli 2008 im Podium in Düdingen stattgefunden. Von den 78 Diplomen auf Stufe Kindergarten und Primarschule (59 französisch- und 19 deutschsprachige) enthielten 2 den Vermerk «zweisprachig». 20 weitere Diplome (14 französisch-, 6 deutsch- und 1 zweisprachige) konnten am 11. Dezember 2008 Personen übergeben werden, die ihre Ausbildung während der Herbstsession abgeschlossen hatten.

Ausbildungsgang LDS 1: Eine genügende Zahl Anmeldungen hat wiederum die Eröffnung des ersten Jahres der Ausbildungsgänge Hauswirtschaft und Technisches Gestalten erlaubt, die im Rahmen der mit der Universität Freiburg abgeschlossenen Konvention durchgeführt werden. Die 2008 aufgenommenen Studierenden absolvieren ihre Fach- und Fachdidaktikausbildung im Hinblick auf die Erlangung eines Lehrdiploms für die Sekundarschulstufe 1. Insgesamt besuchen 47 Studierende diesen Studiengang (29 in Hauswirtschaft und 18 in Technischem Gestalten). 9 Studierende besuchen die Zusatzausbildung in diesen Bereichen.

Ausbildungsgang Passerelle: 13 Personen haben in diesem Studienjahr den Ausbildungsgang Passerelle begonnen (3 französisch- und 10 deutschsprachige). Die Studierenden wurden in einer einzigen zweisprachigen Klasse zusammengefasst.

##### 2.1.2 Sektor Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung

Centre de documentation pédagogique / Didaktisches Zentrum (CFDP/DZ):

Dokumentation, Ausleihe, Angebot:

	CFDP	DZ	
Stand des Katalogs	29 300 / 52 300	25 100 / 39 100	Titel / Exemplare
Katalogisierung	2100 / 4200	1500 / 1900	Titel / Exemplare
Ausleihen	94 200	72 400	(inkl. Lesereihen / im CFDP ohne, im DZ mit Erneuerung der Ausleihe)
Eingeschriebene Leser/innen	4500	4200	
Aktive Leser/innen	1500	730	
Neue Leser/innen	300	180	

Seit Januar 2008 haben die Leserinnen und Leser der beiden Zentren Zugang zu 8 wissenschaftlichen Datenbanken, und zwar von Computern in der PH aus. Dieser Zugang, der namentlich für die Forschenden gedacht ist, wurde im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen

der Schweizerischen Konferenz der Rektorinnen und Direktoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP) und dem Konsortium der Schweizerischen Hochschulbibliotheken verwirklicht.

Auch zahlreiche andere, nicht bezifferbare Dienstleistungen stehen den Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung: pädagogische, technische und didaktische Beratung, Einführung in die Dokumentationssuche, Begleitung von audiovisuellen Projekten usw.

Veranstaltungen: Nebst den Besuchen in den Mediatheken und im Multimedia-Atelier haben die Zentren verschiedene Veranstaltungen organisiert: mehr als 60 Primar- und OS-Klassen haben die Ausstellung der Vereinigung «Semaines de la lecture» besucht. Ferner wurden in Zusammenarbeit mit den Dienststellen für Forschung und Entwicklung Leseateliers durchgeführt, daneben fanden MITIC-Kurse (Medien-/Informations- und Kommunikationstechnologien) zu Trickfilm und Radioproduktion, Mini-Ausstellungen und Datenbankschulungen für Dozierende und Studierende statt.

#### Neue Publikationen:

Veröffentlichung der Broschüre und der zweisprachigen DVD «Basisstufe = Classe multi-ages» mit drei thematischen Filmbeiträgen zu den drei Klassen, die am Pilotprojekt Basisstufe der EDK beteiligt waren.

Realisierung zweier Werbefilme zu Werken der Kinder- und Jugendliteratur, im Rahmen des «Prix TSR Littérature Ados».

Publikation von drei Tagungsberichten, gefilmt an von der PH organisierten Veranstaltungen: «Journée pratique sur le développement durable à l'école» am 21. Juni, «Bewegungstag» am 20. September, «Interkantonale Tagung für Schulleiterinnen und Schulleiter» am 5./6. September.

#### Interkantonale Zusammenarbeit:

Im Auftrag der COHEP ist der Leiter des DZ zuständig für die nationale Koordination der PHs hinsichtlich des Zugangs zu den elektronischen Datenbanken des Konsortiums der Schweizerischen Hochschulbibliotheken. Er ist auch Mitglied der Steuergruppe der digitalen Schulbibliothek.

Die Verantwortlichen des CFDP/DZ haben die Vizepräsidentschaft inne, einerseits in der «Groupe romand et tessinois des centres de documentation pédagogique (GROCEDOP)» und andererseits in der deutschen Gruppe der «Medien- und Informationszentren der Pädagogischen Hochschulen der deutschen Schweiz (MIPHD)». Beide sind zudem Mitglieder der COHEP-Arbeitsgruppe PH-Bibliotheken.

Die Dokumentationszentren sind auch in der NWEDK-Gruppe für Medienerziehung tätig und pflegen Kontakte mit verschiedenen Personalverbänden im Bereich der Information und Dokumentation.

#### Deutsch- und französischsprachige Weiterbildungsstelle:

Das Kursprogramm 2008 wurde mittels zweier Plakate (d) und (f) und übers Internet publiziert.

Das Programm hat die Schwerpunkte der Weiterbildung von 2007 weitergeführt: Differenzierung bzw. die Pädagogik der Vielfalt. Das Interesse an Kursen «à la carte» ist im französischsprachigen Kantonsteil mit 100 Anfragen wie im vergangenen Jahr sehr gross. Von deutschsprachigen Lehrpersonen wurden 10 Kurse «à la carte» beantragt. Ferner wurde ein Dutzend schulinterner Weiterbildungen (SchiLw) unterstützt. Zusätzlich fanden während des Schuljahres 2008/09 an allen Orientierungsschulen 2½-tägige schulinterne Weiterbildungen rund um das Thema «Persönliches Ressourcenmanagement» statt.

Die Erhebungen der Weiterbildungsstelle ergeben für 2008 folgende Zahlen:

- 573 (f) | 768 (d) Einschreibungen für 51 (f) | 87 (d) Angebote
- 999 Einschreibungen für 95 Sommerkurse (f)
- 1333 (f) | 141 (d) Einschreibungen für 100 (f) | 10 (d) Kurse «à la carte»
- 360 (f) Einschreibungen für 15 (f) Angebote im Bereich Sonderpädagogik
- Einschreibungen für Sprachkurse: 8 (f) | 9 (d)
- Anträge für Sprachaufenthalte: 14 (f) | 15 (d)
- Intensivweiterbildung WeiLe «Time Out»: 2008 kein Angebot, in Planung für 2010
- Weitere individuelle Weiterbildungen: 9 (f) | 72 (d) Einschreibungen

Die Praxisausbildner/innen Berufseinführung haben 75 (f) | 25 (d) Lehrer/innen in ihrem ersten Berufsjahr und 60 (f) | 8 (d) in ihrem zweiten Berufsjahr begleitet

#### Forschungsstellen (D) und (F):

Die Forschungsstellen boten den Lehrpersonen in Form von Foren, Kolloquien und Konferenzen Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Themen, welche zur Diskussion gestellt wurden, ermöglichten es den Dienststellen, ihre Schwerpunkte vorzustellen und ihre Projekte eingehender zu reflektieren.

Seit zwei bis drei Jahren sind einige Lehrpersonen in Forschungsprojekten engagiert, die der Entwicklung der Dienststelle dienen. Eine Begleitung der Lehrpersonen wurde gewährleistet, insbesondere in Fragen der Forschungsmethoden. Dank der Arbeit der Ausbilderinnen und Ausbilder konnten in wissenschaftlichen Zeitschriften mehrere Artikel veröffentlicht werden. Zudem haben mehrere eine Doktorarbeit über Themen, die eng mit der Ausbildung der Lehrpersonen zusammenhängen, begonnen.

Die Dienststelle Forschung und Entwicklung hat verschiedene externe Mandate entgegengenommen. Das durch den Do Research Fond subventionierte Projekt wurde in den Jahren 2007/08 realisiert. Nach der Va-



lidierung der erhaltenen Daten zu Beginn des Jahres konnte das Projekt im Juni 2008 abgeschlossen werden. Die Mitarbeitenden der Dienststelle nahmen an nationalen und internationalen Konferenzen teil. Verschiedene Publikationen (zwei Artikel für internationale Zeitschriften und ein Beitrag zu einem Buch) werden in Kürze publiziert. Ferner kann die Dienststelle das interkantonale Projekt (in Zusammenarbeit mit den PH der französischsprachigen Schweiz) zur Begleitung von Berufseinsteigerinnen (Lehrpersonen) mit 0,20 EPT weiterverfolgen. Dank der engen Zusammenarbeit mit der EKSD kann die Dienststelle mit 0,15 EPT die Einführung der neuen Unterrichtsmittel zur Lese- und Schreibförderung (Primarschulstufe) in den kommenden zwei Jahren wissenschaftlich begleiten. Im Herbst 2008 konnte der EKSD der in enger Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg (Prof. Tania Ogay, Departement Erziehungswissenschaften) erarbeitete Bericht über die Integration ausländischer Kinder (enfants primo) übergeben werden. Der Bericht ist somit auch Ausdruck der guten und engen wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Pädagogischen Hochschule und der Universität.

Die deutschsprachige Forschungsstelle hat ihr Hausaufgabenprojekt Ende September 2007 beendet und 2008 zwei Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften eingereicht. Ferner wurde für den Kanton eine Broschüre für Lehrkräfte erstellt, die sich mit dem Erteilen von Hausaufgaben befasst. Für dieses Projekt wurden Subventionen in der Höhe von 90 000 Franken durch den Fonds DORE gesprochen. Ein weiterer Kredit von 125 000 Franken wurde vom Nationalfond für das Leseprojekt LiFuS (Lesen in Familie und Schule) bewilligt. 28 Schulklassen mit ihren Lehrpersonen waren am Projekt beteiligt. Die Lehrpersonen besuchten Kurse und erhielten praxisbezogenes Coaching. Eine Dozentin hat sich für dieses Projekt engagiert, um Synergien für die Grundausbildung und die Weiterbildung zu schaffen. Ein dritter Forschungsschwerpunkt betrifft das Mentorat. Die Forschungsstelle ist in diesem Zusammenhang, bei dem es um «Lernen im Praktikum» geht, Mitglied einer internationalen Forschergruppe. Ein didaktisches Grundlagenwerk zum differenzierten Unterricht ist in Bearbeitung. Die Resultate der Forschungsprojekte wurden an internationalen Kongressen der deutschsprachigen und gesamteuropäischen Länder präsentiert.

Die Leiter der beiden Forschungsstellen tragen auf verschiedenen Ebenen dazu bei, die Ergebnisse ihrer Forschungen zu verbreiten. Der Verantwortliche der französischen Forschungsstelle hat an verschiedenen Konferenzen in der Schweiz und im Ausland teilgenommen und hat in verschiedenen wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. Er hat Einsitz in wissenschaftlichen Räten, Koordinationsgruppen oder Kommissionen auf nationaler und internationaler Ebene. Erwähnenswert ist zudem, dass einige Forschungsprojekte, welche von Lehrpersonen initiiert wurden, ihren Niederschlag in wissenschaftlichen Publikationen gefunden haben oder in anderer Form publik gemacht worden sind.

### 2.1.3 Fachstelle fri-tic

Mehr als 1000 Lehrpersonen beider Sprachgruppen und aller Stufen haben im Schuljahr 2007/08 Kurse bei fri-tic besucht. Zum heutigen Zeitpunkt haben mehr als 80% der Lehrpersonen diese Ausbildung besucht oder sind in Ausbildung. Auf der Website [www.fri-tic.ch](http://www.fri-tic.ch) sind über 2100 pädagogische Szenarien gespeichert, welche die Lehrpersonen entwickelt haben, um die Integration der IKT in ihren Klassen exemplarisch an einem Beispiel zu dokumentieren. Die Vermittlung der Grundkompetenzen in den IKT an die Lehrpersonen bleibt die zentrale Aufgabe der Fachstelle. Erstmals wurde auch ein Kurs für die Lehrpersonen der PH organisiert und durchgeführt.

Die Fachstelle fri-tic steuert mit der Unterstützung des CFPD und des DZ die Entwicklung des kantonalen Online-Portals für pädagogische Ressourcen. Die Inbetriebnahme dieses Portals ist im Laufe des Jahres 2009 vorgesehen. Die Fachstelle fri-tic unterstützt Projekte, welche den Einsatz der IKT im Unterricht fördern, zum Beispiel in Fächern wie Gestalten, Musik, Sprachen usw.

Die Plattform educanet2 scheint sich durchzusetzen. Zuerst waren es vor allem die Kommunikationsmöglichkeiten, welche wahrgenommen wurden. Mittlerweile werden auch virtuelle Klassen eröffnet, Wikis und Internetseiten für die Schülerinnen und Schüler kreiert. Ein Indiz für das stetige Anwachsen des Interesses an diesem Online-Dienst ist die steigende Zahl der Besuche pro Monat (derzeit mehr als 100 000).

Derzeit sind 236 Schulen mit dem Kantonalen Pädagogischen Netz verbunden. Dies dank dem Partnervertrag mit Swisscom. Weitere Schulen sind durch andere Anbieter mit dem Internet verbunden. Rund 97% der Primarschulen und 80% der Geräte sind mit dem Internet verbunden. Im Jahr 2000 hatten erst 45% der Primarschulen und 14% der Geräte eine Internetverbindung. Seit 1998 hat sich die Anzahl der Geräte in den Schulen vervierfacht und erreicht heute die Zahl von 8700 Geräten (alle Stufen eingerechnet).

## 2.2 Besondere Ereignisse

Auf Leitungsebene konnte die Führungsstruktur im Sinne des Staatsrates gestärkt werden. Die Funktion des Rektorats wurde von der des Dekanats getrennt und in der Folge wurden zwei Abteilungsleitungen geschaffen. Jean Rouiller, der zum Abteilungsleiter für die französische Abteilung ernannt wurde, konnte diese Aufgabe am 1. Dezember 2008 aufnehmen.

Die Fachstelle fri-tic ist in die PH integriert worden und wird nach dem Altersrücktritt des früheren Leiters nun von Nicolas Martignoni, einem ehemaligen Mitarbeiter der Fachstelle, geleitet.

Auf struktureller Ebene haben Arbeitsgruppen die Aufgabe begonnen, aus den Einheiten der Grundausbildung, der Forschung und Entwicklung Lehr- und Forschungsbereiche zu bilden. Das Ziel dieser Reor-

ganisation liegt darin, einerseits eine noch kohärentere Bildung anzubieten und andererseits in einzelnen Lehr- und Forschungsbereichen zu einem nationalen Kompetenzzentrum zu werden.

Auf kantonaler und regionaler Ebene hat die PH zu verschiedenen Vernehmlassungen, die sich mit der Schulentwicklung und/oder mit der Lehrerinnen- und Lehrerbildung befassen, Stellung bezogen.

## VIII. HOCHSCHULE FÜR GESUNDHEIT FREIBURG

### 1. Aufgaben

Die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HEdS-FR), geleitet von Jacqueline Gury Racine, hat den Auftrag, eine hochstehende berufsbefähigende Ausbildung, den Bachelor of Science HES-SO in Pflege, in zwei Sprachen anzubieten. Der Unterricht dient dazu, Fragestellungen aus der Praxis in der Theorie zu behandeln und innovatives Wissen zu schaffen, das den Bedürfnissen moderner Pflege entspricht. Im Jahr 2008 lag das Hauptgewicht auf den weiteren Aufgabenbereichen der Fachhochschule, nämlich der Entwicklung der Weiterbildung, den Dienstleistungen, den internationalen Beziehungen und der angewandten Forschung und Entwicklung.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1 Direktionsrat

Der Direktionsrat, präsiert von der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport, hat zwei Sitzungen abgehalten. Dabei hat er insbesondere:

- die Rechnung, die Bilanz und den Geschäftsbericht 2007 geprüft und an den Staatsrat überwiesen;
- den Voranschlag 2009 geprüft;
- neues Personal angestellt und von Rücktritten Kenntnis genommen;
- vom Rücktritt zweier Mitglieder des Direktionsrates Kenntnis genommen;
- von den laufenden Geschäften Kenntnis genommen: Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz // Freiburg (LHES-SO // FR); Neue interkantonale Vereinbarung der FH Westschweiz und Führungsmodell; Bachelor of Science HES-SO und Vorbereitungsjahr;
- Informationen erhalten über den deutschsprachigen und den französischsprachigen Master in Pflege;
- Informationen erhalten über ein Zusammenarbeitsprojekt zwischen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg und der Fachhochschule Freiburg im Rahmen eines dritten Studienjahres in Medizin.

Neben den statutarischen Aufgaben hat er sich über alle Projekte auf Landes- und auf Westschweizer Ebene bezüglich der neuen FH-Studiengänge auf dem Laufenden gehalten.

### 2.1.2 Ausbildungsgänge

Am 31. Dezember 2008 zählte man in der Grundausbildung FH 286 Personen. An den Diplomverleihungen haben in diesem Jahr 52 französischsprachige und deutschsprachige Personen ein FH-Diplom erhalten. Letztmals wurde 31 Personen ein Fähigkeitsausweis Pflegeassistent/in von der Krankenpflegeschule Freiburg ausgehändigt. Dieser Ausbildungsgang wurde gemäss Staatsratsbeschluss an die Berufsfachschule Gesundheit-Soziales in Grangeneuve verlegt. Damit existiert die Krankenpflegeschule seit April 2008 als solche nicht mehr.

### 2.1.3 Grundausbildung

Um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden, wurden 76 französischsprachige und 18 deutschsprachige Studierende zum Vorbereitungsjahr zugelassen. 5 Personen mit einem EFZ mit Berufsmatura haben direkt mit der Bachelor-Ausbildung begonnen, ebenso 6 Personen, die das Vorbereitungsjahr in einem anderen Kanton absolviert haben.

Es wurden zirka 500 Praktika organisiert (11 970 Tage), verteilt auf 63 Institutionen, 2/3 davon im Kanton Freiburg, der Rest ausserhalb. Mit dem Alternierungssystem «Schule-Praktikum» wird sichergestellt, dass die zukünftigen Diplomierten über ausgezeichnete berufliche Kompetenzen für die verantwortungsvolle Arbeit im Pflegebereich verfügen. Dank stetiger Förderung der Zusammenarbeit zwischen unserer Schule und den Pflegeinstitutionen sowie positiver Rückmeldungen nach der Verleihung der ersten FH-Diplome zeigen die Pflegeinstitutionen immer grösseres Interesse an der Betreuung von Studierenden dieses Bildungsgangs.

### 2.1.4 Weiterbildung und Nachdiplomstudium

Im Rahmen der Weiterbildungstätigkeit der HEdS-FR fanden im Jahre 2008 die folgenden Nachdiplomstudienkurse FH und punktuellen Weiterbildungstage statt:

- CAS\* HES-SO in Psychogeriatric;
- DAS\* HES-SO in Gesundheit der Betagten;
- DAS HES-SO in Psychiatrie und psychischer Gesundheit: Interventionen und Politik;
- CAS HES-SO in Chronizität und Langzeitpflege;
- CAS HES-SO Praxisausbilder/innen, in Zusammenarbeit mit den Standorten HES Arc und HES-SO // Wallis;
- CAS HES-SO Palliative Care und CAS HES-SO Psychogeriatric, in Zusammenarbeit mit dem Standort Wallis der FH Westschweiz (Bereich Gesundheit-Soziales);
- Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule (BFH) bei der Entwicklung eines CAS BFH Psychiatrische Pflege als Teil eines DAS BFH Psychische Gesundheit;

- Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die Entwicklung des Weiterbildungsangebots (CAS, DAS, MAS) in Zusammenarbeit mit den übrigen Fachhochschulen;
- Entwicklung des Weiterbildungsangebots (punktuelle Weiterbildung) für deutschsprachige Personen im Pflegebereich (Pflegefachfrau/Pflegefachmann, Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft, Pflegeassistent/in, Pflegehelfer/in), nach einer Umfrage bei den deutschsprachigen Gesundheitsinstitutionen.

\*(CAS = *Certificate of advanced studies* / DAS = *Diploma of advanced studies*).

Zahlreiche Fachpersonen und Gesundheitsinstitute des Kantons Freiburg interessieren sich für das Weiterbildungsangebot der HEdS-FR und anerkennen, dass die Weiterbildung ein Schlüsselfaktor ist für die Entwicklung der Praxis und die Qualität der Pflegeleistungen, die den Benutzern des Gesundheitssystems angeboten werden. Die Schulen sind jedoch aufgrund der Bedingung, die Weiterbildungen selbsttragend anzubieten, gezwungen, Einschreibgebühren zu verlangen, die oftmals die Mittel der Fachleute und der interessierten Institutionen übersteigen.

### 2.1.5 Dienstleistungen

2008 wurde mit der Dienstleistungstätigkeit Anfragen von Institutionen des Pflegebereichs, von Vereinen mit Bezug zu Gesundheit und Sozialem und von Institutionen für Allgemeinbildung und Bildung (Hochschulen) entsprochen, dies in einem Umfang von mehr als 2000 Arbeitsstunden, speziell in folgenden Bereichen:

- Entwicklung der Pflegepraxis der in den verschiedenen Gesundheitsinstitutionen tätigen Fachpersonen: Pflegeheime, Spitex-Dienste, Spitäler im Kanton Freiburg und im Berner Jura, Schulgesundheits in der obligatorischen Schule des Kantons Freiburg. Ein Schwerpunkt lag auf der Pflegepraxis in den Bereichen Betagtenpflege sowie psychische Gesundheit und Psychiatrie;
- Kompetenzbilanz – Portfolio: Pflegefachleute (individuelles Vorgehen);
- Grundausbildung und Weiterbildung der Elternassistentinnen und -assistenten der Tagesbetreuungsvereine im Kanton Freiburg; Weiterbildung der Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten, der Fachangestellten Gesundheit im Bereich der Palliativpflege;
- Weiterbildung der Verantwortlichen Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz: FH Westschweiz // Freiburg;
- Pilotausbildung «Erster Kontakt Misshandlung» (Kinder): Stiftung Charlotte Olivier, Freiburg und GSD Freiburg;
- Unterricht am Institut Universitaire de Formation et de Recherche en Soins: (IUFRS) der Universität Lausanne;

- Unterricht in Geschichte und Epistemologie der Pflege: verschiedene Bildungszentren der FH Westschweiz: HESArc Delsberg / HECV Santé / HES La Source;
- Evaluation des Bedarfs an Pflegepersonal im Kanton Freiburg: GSD FR;
- Weiterarbeit an den Aufträgen für die FH Westschweiz in den Bereichen Gesundheit und Soziale Arbeit, insbesondere Behandlung aller Geschäfte betreffend Anerkennung der bereits erbrachten Bildungsleistungen im Zusammenhang mit der Ausbildung der Praxisausbilder/innen FH; Westschweizer Verantwortung für den Studiengang Pflege; Koordination der Arbeiten zur Einführung des Bachelor of Science in Pflege; Teilnahme am Netz Beschäftigung-Ausbildung mit der Realisierung eines Forschungsauftrags des BBT; Teilnahme an verschiedenen Arbeitsgruppen, insbesondere der FH Westschweiz und der Schweizerischen FH-Konferenz.

### 2.1.6 Angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E)

Die bestehenden Verbindungen und der Austausch von Dozierenden mit den Pflegefakultäten ausländischer Universitäten wurden 2008 weiter gepflegt (Beirut, Toronto, Quebec, Johns Hopkins University Baltimore in den USA, Rom, Wien). In einer Publikation beim kanadischen Verleger Gaëtan Morin erscheinen die Arbeiten der HEdS-FR in zwei Kapiteln des Bereichs Pflegewissenschaften. Die HEdS-FR hat auch an Konferenzen und internationalen Kongressen teilgenommen. Zu erwähnen ist auch die Fortführung von Forschungsarbeiten (Ethik und medizinische Informatik) in Zusammenarbeit mit mehreren Ingenieurschulen und Hochschulen für Gesundheit (VD-VS-FR) im Rahmen der nationalen E-Health-Strategie.

### 2.1.7 Internationale Beziehungen

Zusätzlich zur Anerkennung der Kompetenzen und des Fachwissens der HEdS-FR in verschiedenen Institutionen und Kongressen bot das Jahr 2008 Gelegenheit, die Entwicklung nationaler und internationaler Beziehungen für die Studierenden zu stärken. Zu diesem Zweck wurde im Herbst 2008 ein Verfahren eingeführt, das wesentlich zur Förderung und Entwicklung der Mobilität von HEdS-FR-Studierenden beitrug. 15 Studierende (für nationale Beziehungen) und 16 Studierende (für internationale Beziehungen) stellten der FH Westschweiz ein Gesuch um Finanzhilfe, vor allem für Praktika.

Die HEdS-FR hat sich dem Internationalen Sekretariat der Pflegepersonen des französischsprachigen Raums (Secrétariat international des infirmières et infirmiers de l'espace francophone) angeschlossen; einer ihrer Mitarbeitenden ist Mitglied des Verwaltungsrats. Die Schule ist ausserdem Mitglied der Europäischen Föderation der Pflege-Unterrichtenden (Fédération Européenne des

Enseignants en Soins Infirmiers (FINE-Europe)); einer ihrer Mitarbeitenden ist Mitglied des Organisationskomitees. Die Direktorin hat an der Generalversammlung der FINE vom 9. und 10. Oktober 2008 in Plovdiv (Bulgarien) teilgenommen.

### **2.1.8 Zusammenarbeit mit der FH Westschweiz**

Die Direktorin hat an den Sitzungen der Bereichsräte Gesundheit sowie Gesundheit und Soziales der FH Westschweiz teilgenommen. Die Direktorin und weitere Direktionsmitglieder, namentlich die Stellvertretende Direktorin und der Westschweizer Studiengangsverantwortliche, haben sich an den verschiedenen Aktivitäten zur Entwicklung des Studiengangs Bachelor in Pflege beteiligt und ebenso an der Entwicklung des Masters in Pflege und an der Festlegung der Schlusskompetenzen Bachelor-Master im Auftrag des BBT.

## **2.2 Besondere Ereignisse**

### **2.2.1 Strategie und Ziele**

Zusätzlich zu den Direktionssitzungen hat die HEdS-FR zwei Direktionsseminare zur Entwicklungsstrategie und zu den Schwerpunkten 2009 abgehalten.

### **2.2.2 Miete und Ausstattung von Räumlichkeiten**

Um alle für den Schuljahresbeginn 2008 angemeldeten Studierenden aufnehmen zu können und um über genügend Säle für mindestens 60 Personen zu verfügen, hat die HEdS-FR 2 Säle im Villars-Gebäude in der Route de la Fonderie 2 gemietet und ausgestattet.

### **2.2.3 Zusammenarbeit FH Westschweiz/Freiburg und Qualität**

Die Zusammenarbeit zwischen den Schulen der FH Westschweiz/Freiburg setzt sich mit Erfolg fort, insbesondere in den Bereichen Finanzen, Informatik und Qualität.

Das Qualität-Managementsystem wurde weiterentwickelt; am 28. Januar 2008 wurde das Zertifikat ISO 9001:2000 überreicht. Die HEdS-FR ist die erste Fachhochschule des Bereichs Gesundheit der FH Westschweiz, die dieses Label erhält, das nicht nur einer gesetzlichen Forderung entspricht, sondern die Schule auch auf die künftige Akkreditierung vorbereitet.

### **2.2.4 Veranstaltungen an der HEdS-FR und Kommunikation**

Die HEdS-FR hat einen Tätigkeitsbericht veröffentlicht, den ersten seiner Art für die Schule. Er behandelt die letzten Jahren des Wandels der Schule, die Entwicklung der Bachelor-Ausbildung sowie die Forschungs- und Weiterbildungstätigkeit und die Dienstleistungen.

Die Information der Öffentlichkeit, der Studienanwärterinnen und -anwärter, der Partner der Schule und intern erfolgte durch die Internetseite der HEdS-FR sowie durch

Informationsveranstaltungen, die an der HEdS-FR und an verschiedenen anderen Orten durchgeführt wurden, um die Ausbildungsgänge vorzustellen.

Das Treffen der HEdS-FR mit all ihren Partnerinnen und Partnern fand am 23. Januar 2008 statt. Dabei kamen mehr als 120 Personen zusammen, um in Anwesenheit zweier Staatsrätinnen (EKSD und GSD) einen Gedankenaustausch auf höchstem Niveau zu pflegen. An einem runden Tisch bot sich Gelegenheit, wichtige Fragen zur Weiterbildung, zu ihrer Finanzierung, zur Anerkennung der Praxisausbilderinnen und -ausbilder, zur Forschungspolitik und zu weiteren Themen aufzuwerfen.

Am 24. Januar 2008 wurde in der Schule die traditionelle Ausstellung mit dem Titel «Der Ausbildungsmarkt» in Zusammenarbeit mit verschiedenen Arbeitgebern organisiert, um die Studierenden der Schule mit dem Arbeitsmarkt vertraut zu machen.

Die Übergabe der Fähigkeitsausweise für Pflegeassistentinnen und -assistenten erfolgte am 30. Mai 2008. Die HES-Diplome für Pflegefachleute und die Nachdiplom-Zertifikate der FH Westschweiz in Psychogeriatric wurden am 11. Dezember 2008 ausgehändigt.

### **2.2.5 Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz**

Die Erarbeitung eines Konzepts «Gesundheit-Sicherheit der Personen» begann 2007. Dieses Konzept wurde 2008 überarbeitet und verbessert. Es will den Studierenden der freiburgischen Fachhochschulen in Problemsituationen Hilfe anbieten, egal ob es sich dabei um psychologische oder soziale Probleme handelt. Es beruht auf einer Zusammenarbeit mit dem bestehenden Netz Soziales-Gesundheit und auf der gezielten Ausrichtung der Person in Schwierigkeiten auf einen Partner dieses Netzes. Die Umsetzung dieses Dienstes wird 2009 vorbereitet.

## **IX. FACHHOCHSCHULE FREIBURG FÜR SOZIALE ARBEIT**

### **1. Aufgaben**

Die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) hat die Aufgabe, im Bereich der Sozialen Arbeit eine berufliche Grundbildung auf Hochschulstufe anzubieten. Diese beruht auf dem Grundsatz der dualen Ausbildung sowie der Entwicklung und Förderung der beruflichen Kompetenzen. Die FHF-SA bietet somit Bachelor- und Master-Studiengänge an, die den Anforderungen des Fachhochschulgesetzes und der dazugehörigen Bundesverordnungen sowie den europäischen Richtlinien der Erklärung von Bologna entsprechen. Wie es ihrem gesetzlichen Auftrag entspricht, ist die FHF-SA ferner auch in der Weiterbildung und Nachdiplomausbildung und in der angewandten Forschung tä-

tig, erbringt Dienstleistungen und pflegt internationale Kontakte. Direktor der Schule ist Dimitri Sudan.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 2.1.1 Grundbildung

Die FHF-SA bietet ein Bachelorstudium in Sozialer Arbeit mit Vertiefung in Sozialarbeit und Sozialpädagogik an. Die Vertiefung in soziokultureller Animation wird hingegen in Freiburg vorläufig nicht angeboten. Da die Ausbildung einen allgemeinen und einen besonderen Teil beinhaltet, können die Studierenden, die sich in soziokultureller Animation ausbilden lassen möchten, den besonderen Teil an einer anderen Schule der Fachhochschule Westschweiz absolvieren. Alle Schulen für den Bereich Soziale Arbeit der FH Westschweiz arbeiten zudem derzeit am Aufbau eines Master-Angebots. Dieser konsekutive Master wird voraussichtlich ab Herbst 2009 angeboten.

Am 15. Oktober 2008 beläuft sich die Gesamtzahl der Studierenden an der Fachhochschule, sämtliche Bildungsgänge zusammengenommen, auf 433: 315 Frauen (72,75%) und 118 Männer (27,25%), darunter 246 Studierende im Vollzeitstudium (56,8%), 176 im berufs begleitenden Studium (40,6%) und 11 im Teilzeitstudium (2,6%). Im Herbst 2009 werden die ersten Bachelor-Diplome an Studierende verliehen, die ihr Studium im Jahr 2006 begonnen haben. Ab diesem Datum können Personen mit einem früheren FH-Abschluss den Bachelor-Titel beantragen. Dazu wird im Laufe des Jahres 2009 ein Verfahren für die Titelumwandlung eingeführt.

Im akademischen Jahr 2007/08 wurden 137 neue Dossiers von Studienanwärterinnen und -anwärtern eröffnet, davon erhielten 89 einen positiven Entscheid. Die Zahl der bearbeiteten Anmeldungen ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen und scheint sich nun auf 120 bis 140 Fälle pro Jahr einzupendeln.

An den Diplomfeiern vom 24. Januar und vom 8. Oktober 2008 erhielten 82 Absolventinnen und Absolventen ihr Diplom; drei der Diplomanden wurden für ihre hervorragenden Diplom-/Abschlussarbeiten ausgezeichnet.

#### 2.1.2 Weitere Aufgaben der Fachhochschule

Die Tätigkeiten im Rahmen der weiteren Aufgaben wurden in Übereinstimmung mit den Werten und den Leitlinien der FHF-SA weitergeführt. Sie betrafen weiterhin Schwerpunktthemen wie die Probleme und Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit der Berufspraxis, Behinderungen sowie behinderten Personen, der sozialen und der beruflichen Eingliederung, der Förderung der Lebensqualität und der Prävention von Gewalt und selbstzerstörerischem Verhalten stellen.

Unter den Forschungsarbeiten, die 2008 abgeschlossen wurden, ist besonders auf eine Studie zu verweisen, die sich mit der Einführung des neuen eidgenössischen Fä-

higkeitsausweises und dessen Einfluss auf den Bereich der Sozialen Arbeit befasst und folgenden Titel trägt: «L'identité professionnelle au sein de la formation professionnelle initiale. Représentations collectives de deux professions (polymécanicien et assistant socio-éducatif) chez les apprenants, enseignants, formateurs». Erwähnenswert ist ferner eine Forschung im Rahmen des Projekts «Lebensqualität in Gemeinden», das in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde Marly erarbeitet wurde: «La qualité de vie dans la commune: diagnostic social participatif et prospectif sous forme de recherche-action». Und bei der Nachdiplomausbildung führt die FHF-SA zudem ebenfalls die wichtigsten Angebote in den Bereichen Gesundheit und Soziale Arbeit (Praxisausbilder/in, Supervision, Systemik, Gewalt in Ehe und Partnerschaft, Leitung von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, Soziale Aktion und Sozialpolitik sowie Case Management).

#### 2.1.3 Direktionsrat

Der Direktionsrat hat vier Sitzungen abgehalten und dabei:

- die Rechnung 2007 genehmigt;
- den Voranschlag 2009 geprüft und an den Staatsrat überwiesen;
- ein internes Verfahren für die Anerkennung erworbener Lernleistungen der Lehrpersonen geprüft und der EKSD zur Annahme vorgeschlagen;
- das schulinterne Reglement über Betrug und Plagiate verabschiedet;
- auf Wunsch des Personals der Schule der EKSD den Vorschlag unterbreitet und ein externes Büro mit der Durchführung einer institutionellen Analyse betraut, um zu klären, ob nach den verschiedenen Veränderungen der vergangenen Jahre eine betriebliche Anpassung nötig sei; auch hat er sich um das Follow-up dieser Untersuchung gekümmert;
- Einsicht in die laufenden Dossiers genommen: insbesondere in die Studie über die Einführung eines gemeinsamen Masters für Soziale Arbeit in der Westschweiz; die geplante Einheitsvereinbarung für die Fachhochschule Westschweiz; die Entwicklung hinsichtlich des Neubaus auf der Pérolles-Ebene für den Bereich Gesundheit und Soziales sowie die Wiederaufnahme der Arbeiten am Gesetz über die künftige Fachhochschule Westschweiz Freiburg (HES-SO//Fribourg).

#### 2.1.4 Kantonale und kantonsübergreifende Zusammenarbeit

Die pragmatische und nutzbringende Zusammenarbeit unter den Schulen der Fachhochschule Westschweiz Freiburg wird vor allem in der Informatik sowie in finanziellen Belangen und in der Qualitätssicherung weitergeführt. Im Herbst 2009 wird die Fachhochschule voraussichtlich die ISO-Zertifizierung 9001:2000 erlangen.

Zudem beteiligt sich die FHF-SA am Aufbau eines sozialen und gesundheitlichen Unterstützungsprogramms für die Studierenden. Es geht darum, Notsituationen, mit denen Personen in Ausbildung konfrontiert sein könnten, vorzubeugen und in konkreten Fällen frühzeitig zu intervenieren (soziale, psychologische wie auch gesundheitliche Unterstützung).

Die FHF-SA pflegt zudem eine enge Zusammenarbeit mit den Direktionen der Fachhochschulen für Soziale Arbeit in der Schweiz sowie mit der Fachhochschule Westschweiz. So ergeben sich bedeutende Synergien für den Bereich der Sozialen Arbeit der Fachhochschule Westschweiz, die ihre Aktivitäten in der Bildung und in den anderen Aufgaben der Fachhochschulen stetig weiter ausbaut.

### 2.1.5 Logistisches Raumproblem

Das Problem mit den fehlenden Räumlichkeiten ist sowohl finanziell wie auch personell immer schwieriger in den Griff zu bekommen. Der geplante Neubau auf der Pérolles-Ebene für die HEdS und die FHF-SA ist daher ein Projekt von zentraler Bedeutung. Dieser Neubau wird die Freiburger Fachhochschulen räumlich näher bringen und somit die Synergien unter den Schulen verstärken. In der Zwischenzeit sollen in der näheren Umgebung der Schule neue Räumlichkeiten gemietet werden.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Die FHF-SA erhält den UNESCO-Preis

Die FHF-SA hat am 4. September anlässlich des vom Schweizerischen Verband für Weiterbildung (SVEB) organisierten Lernfestivals den UNESCO-Preis erhalten. Dieser Preis wurde ihr für die Ausbildung für Pflegefamilien des Kantons Freiburg verliehen, welche die Abteilung Dienstleistungen im Auftrag der Direktion für Gesundheit und Soziales in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt des Kantons Freiburg konzipiert und umgesetzt hat.

### 2.2.2 Abgabe der ersten Abschlusszertifikate für den Nachdiplomkurs «Gewalt in Ehe und Partnerschaft»

Am 3. Dezember 2008 übergaben die Direktionen der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit und des Bereichs Gesundheit und Soziale Arbeit der HES-SO//Valais-Wallis einer Gruppe von Fachpersonen aus der Westschweiz, die in ihrer beruflichen Tätigkeit mit Gewalt in Ehe und Partnerschaft konfrontiert sind, ihr Zertifikat für den Abschluss des Nachdiplomkurses der FH Westschweiz. Dieser Kurs wird 2009 erneut angeboten.

### 2.2.3 Veranstaltungen der FHF-SA und Öffentlichkeitsarbeit

Die Information der Öffentlichkeit, der Studienanwärterinnen und -anwärter, der Partner der Fachhochschule

sowie die interne Kommunikation wurden auch im Jahr 2008 weiter gepflegt. Dies unter anderem durch:

- ein Treffen mit den Direktionen der Institutionen, das im November stattfand;
- eine Informationsbroschüre für Jugendliche und junge Erwachsene, die im Hinblick auf das Forum der Berufe «Start! 2009» gestaltet wurde; diese Broschüre wird auch bei den Informationsveranstaltungen eingesetzt, die regelmässig für Studienanwärterinnen und Studienanwärter organisiert werden;
- drei Themen-Ausstellungen zur Sozialen Arbeit in den Räumlichkeiten der FHF-SA.

## X. AMT FÜR BERUFSBERATUNG UND ERWACHSENENBILDUNG

### 1. Aufgaben

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung hilft Jugendlichen und Erwachsenen bei der Berufs- oder Studienwahl oder bei der Planung einer beruflichen Laufbahn. Es informiert sie über bestehende Möglichkeiten, berät sie in ihrer Wahl und unterstützt sie bei ihrer Ausbildung oder Eingliederung. Es pflegt bei der ersten Berufswahl eine unterstützende und kontinuierliche Vorgehensweise.

Amtsvorsteher: Marc Chassot

## 2. Berufsberatung

### 2.1 Tätigkeit

#### 2.1.1 Berufswahlvorbereitung

Die Berufswahlvorbereitung erfolgt vorwiegend im Unterricht, durch Berufsberaterinnen und Berufsberater oder dafür ausgebildete Lehrpersonen. In den Orientierungsschulen fanden insgesamt 1779 Informationssitzungen statt.

Im französischsprachigen Kantonsteil wird der Berufswahlvorbereitungsordner «Une vie, des directions» an alle Schülerinnen und Schüler des zweiten OS-Jahres abgegeben. Er dient den Berufsberaterinnen und -beratern als pädagogisches Werkzeug für die Arbeit im Unterricht.

#### 2.1.2 Schul- und Berufsinformation

Folgende Hilfsmittel werden zur Information über Berufe und Bildungsgänge eingesetzt:

- schriftliche Information (Leihmappen, Berufsinformationsblätter);
- mündliche Information (Vorträge über Berufe und Schulen);
- audio-visuelles Material (Videokassetten, CD-Rom, DVD);
- kantonale und nationale Internetseiten der Berufsberatung (Lehrstellenliste und Anmeldefristen);

- Betriebsbesichtigungen (in Zusammenarbeit mit den Berufskreisen);
- Schnupperlehre.

16 232 Dossiers oder Dokumente wurden ausgeliehen. Anhand der Ergebnisse der Umfrage, die jeden Herbst bei den Unternehmen und Verwaltungen durchgeführt wird, veröffentlicht das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung jeweils eine Lehrstellenliste. 2008 umfasste diese Liste 1409 (1273) Lehrstellen; das sind 10,7% mehr als im Vorjahr. Diese Zahl entspricht jedoch nicht genau der Realität, da nicht alle Lehrstellen von den Betrieben öffentlich ausgeschrieben werden.

Damit die Lehrstellenliste im Internet laufend aktualisiert werden kann, hat das Amt im Frühjahr und Sommer 2008 bei den Ausbildungsverantwortlichen in den Betrieben zwei schriftliche Umfragen sowie telefonische Nachbefragungen durchgeführt.

Für die Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschule und ihre Eltern wurde die Broschüre «Schulzeit-Berufswelt» in einer Neuauflage herausgegeben.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Dienstleistungszentrum Berufsbildung / Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung hat sich der Dokumentationsdienst am Aufbau oder an der Aktualisierung mehrerer Informationsblätter-Sammlungen beteiligt: Für den Kanton Freiburg wurden 104 UNI-INFO-Blätter, 48 ECOL/INFO-Blätter über die freiburgischen Schulen und 47 INFOP-Blätter über Berufe neu erstellt oder angepasst. 932 Weiterbildungsangebote wurden in die Datenbank [www.berufsberatung.ch](http://www.berufsberatung.ch) aufgenommen.

### 2.1.3 Berufsinformationszentren

Die Berufsinformationszentren bieten Informationsmaterial über Berufe und Ausbildungsgänge an. Im ganzen Kanton zählte man 26 276 Besucherinnen und Besucher, von denen sich 10 573 in einem persönlichen Gespräch informierten.

### 2.1.4 Internetportal der kantonalen Berufsberatung

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung verfügt über ein Internetportal, das u.a. ein Verzeichnis der Berufsinformationsstellen und der angebotenen Dienstleistungen umfasst. Dieses Portal informiert über die Anmeldefristen für die verschiedenen Bildungsgänge und ermöglicht den Zugang zum nationalen Portal, auf dem alle verfügbaren Lehrstellen verzeichnet sind.

### 2.1.5 Einzelberatung

Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich auf die gesamte Beratertätigkeit, also die Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen. Anhand der Zahlen dieses Jahres kann Folgendes festgestellt werden:

- Die Zahl der behandelten Fälle hat um 5,4% abgenommen. Die Zahl der Gespräche verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 410, was einer Abnahme von 3,7% entspricht.
- Die Anzahl Beratungen, während denen Tests durchgeführt wurden, beläuft sich auf 1609 oder 29,4%.
- Die 1149 erwachsenen Ratsuchenden (20-jährig und älter) machen 20% der gesamten Beratungen aus.

Statistik der Ratsuchenden	2008			2007
	M.	F.	Total	
Anzahl beratene Personen	2274	3201	5475	5790
Anzahl Beratungsgespräche	4516	6093	10609	11019
<b>Alter der Ratsuchenden</b>				
– bis 19-jährig	1814	2512	4326	4451
– 20-jährig und älter	460	689	1149	1239

### 2.1.6 Erwachsenenberatung

96 registrierte Arbeitsuchende kamen zu einem Beratungsgespräch, dies vor allem im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung und dem Amt für den Arbeitsmarkt.

### 2.1.7 Schul- und Berufswahl der Jugendlichen

Im Jahr 2008 haben 3606 (3581) Schüler/innen die Orientierungsschule beendet; sie haben sich für die folgenden Schul- und Berufsrichtungen entschieden:

Gewählte Richtung in%:	2008			2007
	M.	F.	Total	
Lehre, Grundausbildung	58,0	32,7	45,6	43,1
Schulen der Sekundarstufe II	26,9	43,5	35,0	37,2
Andere Schulen	1,8	2,5	2,1	2,2
Erwerbsarbeit	0,1	0,1	0,1	0,3
Sprachliches 10. Schuljahr	3,7	6,0	4,8	4,4
Übergangs- oder unbekannte Lösungen	3,3	11,1	7,2	7,5
Vorbereitungs- oder Integrationskurse	6,2	4,1	5,2	5,3

Der Anteil der Jugendlichen, die eine Lehre gewählt haben, beträgt 45,6% (43,1%), das sind 1646 (1545) Personen. Dieser Anteil hat um 2,5% zugenommen (Zunahme um 2,3% bei den Knaben und um 1,9% bei den Mädchen).

Mit dem höheren Lehrstellenangebot hat sich die Eingliederung verbessert. Die Zahl der Stellen ist in einigen Sektoren ausreichend, z.B. im Bau- oder im Gastgewerbe. In Berufen, die mit dem Dienstleistungssektor oder mit den neuen Technologien zu tun haben, besteht ein im Vergleich zur Bewerberzahl zu geringes Angebot an freien Lehrstellen. Jugendliche mit gutem schulischem Rüstzeug finden leicht eine Lehrstelle; wer schulisch schwach ist oder einen Migrationshintergrund aufweist, bekundet hingegen mehr Mühe.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Hilfe für Jugendliche in Schwierigkeiten

Die Berufsberatung des Kantons Freiburg widmet sich besonders den Jugendlichen, die beim Einstieg ins Berufsleben am meisten Schwierigkeiten bekunden. Aktive Unterstützungsmassnahmen in Form von intensiver Begleitung wurden ergriffen, damit jeder junge Mensch nach Abschluss der obligatorischen Schule eine Lösung finden kann. Im Rahmen eines vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie finanzierten Projekts wurde ein Unterstützungsprogramm für Jugendliche in Schwierigkeiten eingeführt, das sogenannte «Case Management». In einer ersten Phase bestand es in einer Frühintervention bei OS-Schülerinnen und OS-Schülern, die am Ende der obligatorischen Schulpflicht mit Eingliederungsschwierigkeiten konfrontiert sein könnten.

Bis Anfang September wurden zudem Jugendliche betreut, die keine Lehrstelle gefunden hatten. Eine Spezialaktion mit der Bezeichnung «Last Minute» ermöglichte es, während des ganzen Sommers eine Anlaufstelle anzubieten.

Der Staatsrat hat eine kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung eingesetzt. Eine Mitarbeiterin des Amts für Berufsberatung und Erwachsenenbildung erhielt den

Auftrag, einen Bericht über die Situation der Jugendlichen und über Massnahmen für einen besseren Übergang am Ende der obligatorischen Schulpflicht zu erstellen.

## 3. Erwachsenenbildung

### 3.1 Tätigkeit

#### 3.1.1 Kommission für Erwachsenenbildung

Die Kommission für Erwachsenenbildung hielt fünf Sitzungen ab, an denen sie die Subventionsgesuche geprüft und der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport Empfehlungen abgegeben hat.

Weiter hat die Kommission:

- auf die Vernehmlassung der Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektion zur Motion Xavier Ganiot / Jean-Pierre Siggen, «Freiburger Bildungsscheck», geantwortet;
- von einer Studie zur Einführung eines Bildungsschecks im Kanton Freiburg Kenntnis genommen.

Ein Betrag von 29 120 Franken wurde für erneuerbare oder ausserordentliche Subventionen verwendet.

#### 3.1.2 Volkshochschule

2007/08 haben 3004 (3415) Personen Kurse der Volkshochschule besucht, insgesamt zählte man 44 483 (47 013) «Teilnehmerstunden» (=Total der Stunden, über alle Teilnehmenden summiert). 601 (584) Kurse wurden angeboten und 379 (395) durchgeführt.

Ein Leistungsvertrag zwischen dem Staat Freiburg und der Volkshochschule des Kantons Freiburg legt einerseits die Leistungen fest, die von der Volkshochschule erwartet werden, und andererseits die Finanzmittel, die der Staat zur Verfügung stellt. Er definiert zudem die Ziele, die über quantitative und qualitative Indikatoren erreicht werden müssen. Ein Beitrag von 51 000 Franken wird als Beteiligung an den Betriebskosten gewährt, ferner werden pro «Teilnehmerstunde» 2.10 Franken ausgerichtet. Insgesamt beläuft sich der Beitrag des Staates auf 144 414.30 Franken.



<i>Eigenmittel</i>		
Kursgebühren, Beiträge, Schenkungen	81,73%	(82,10%)
<i>Subventionen</i>		
Kanton	17,17%	(16,81%)
Gemeinden	1,10%	(1,09%)
Subventionen insgesamt	18,27%	(17,90%)

### 3.1.3 Verein Lesen und Schreiben

Im Rahmen eines Leistungsvertrags wurde dem Verein Lesen und Schreiben ein Beitrag von 15 000 Franken für sein Engagement für die Bekämpfung des Analphabetismus gewährt.

### 3.1.4 Diplom für Erwachsenenbildner/in DEB

Dieses Programm für Erwachsenenbildner/innen wurde unter der Ägide der Regierungen der Kantone Bern, Jura, Neuenburg und Freiburg aufgestellt.

Am Ausbildungszyklus 2006-2008 nahmen 5 im Kanton Freiburg wohnhafte Personen teil.

### 3.1.5 Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne

Dank einer Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne gelten für Freiburger Kantonsangehörige die gleichen Zulassungsbedingungen wie für Waadtländer Schülerinnen und Schüler. Der finanzielle Beitrag des Kantons Freiburg belief sich auf 12 000 Franken.

Die Bildungsgänge in deutscher Sprache werden in der interkantonalen Vereinbarung der Nordwestschweiz über die gegenseitige Aufnahme von Schülerinnen und Schülern geregelt (s. Abschnitt des Amtes für Ressourcen).

## 3.2 Besondere Ereignisse

### 3.2.1 Lernfestival

Für das nationale Lernfestival hat die Kommission für Erwachsenenbildung eine Reihe von Aktivitäten zum Thema «Die Leidenschaft zu lernen» auf die Beine gestellt. Die Bevölkerung wurde in den Medien eingeladen, ihr Wissen und ihre Kenntnisse mit anderen zu teilen. Vier Mitglieder des Staatsrats und die Staatskanzlerin hatten Gelegenheit, ihre Erfahrungen mit Berufsleuten unterschiedlichster Bereiche auszutauschen.

### 3.2.2 Anerkennung von Kompetenzen

Im Rahmen eines Pilotversuchs begannen 30 Personen einen Prozess zur Anerkennung von Kompetenzen mit dem Ziel, ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis als Logistikassistent/in zu erwerben. Es wurden drei Gruppen gebildet, um eine Bilanz der Kompetenzen zu erstellen und ein Dossier zu erarbeiten, das auf die Anerkennung der Kompetenzen abzielte.

### 3.2.3 Periodische Überprüfung der Subventionen

Es fand eine zweite periodische Überprüfung der Subventionen statt. Der Staatsrat legte dazu in seinem Erlass vom 10. Juni 2008 folgende Ziele fest:

- Nutzen und Effizienz der Subventionen an die Erwachsenenbildung evaluieren;
- Nutzen und Effizienz der Subventionen an die Erwachsenenbildung analysieren.

## XI. AUSBILDUNGSBEITRÄGE

### 1. Aufgabe

Die Ausbildungsbeiträge sollen dazu dienen, die Chancengleichheit im Bereich der Ausbildung zu fördern, indem Stipendien oder Ausbildungsdarlehen gewährt werden. Der Auftrag des Amtes für Ausbildungsbeiträge besteht darin, die Gesetzgebung für den Bereich der Ausbildungsbeiträge umzusetzen. Weiter informiert das Amt das Zielpublikum sowie die Ausbildungsstätten über die Möglichkeit der Ausbildungsbeiträge und die Bedingungen der Gewährung. Das Amt ist zudem das ausführende Organ der Kommission für Ausbildungsbeiträge und besorgt deren Sekretariat.

Amtsvorsteher: Beat Schneuwly

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Laufende Aufgaben

##### 2.1.1 Kommission für Ausbildungsbeiträge

Die Kommission trat zu drei Plenarsitzungen und neun Unterkommissionssitzungen zusammen. Dabei wurden die Stipendien- und Darlehensgesuche sowie 22 Einsprachen behandelt. Es wurde keine Beschwerde an das Verwaltungsgericht gerichtet.

Zwei Sitzungen einer Arbeitsgruppe «Gesetzgebung» dienten der Vorbereitung der bevorstehenden Revision des Gesetzes vom 28. November 1990 über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen.

Die Plenarsitzungen dienten hauptsächlich der Festlegung von Schwerpunkten zuhanden der Arbeitsgruppe «Gesetzgebung» und zur Überarbeitung der internen Richtlinien der Kommission, unter Berücksichtigung der im Schuljahr 2007/08 gemachten Erfahrungen.

##### 2.1.2 Kantonale Stipendien

Ein Vergleich mit dem Ausbildungsjahr 2006/07 zeigt, dass die Anzahl Gesuche leicht zugenommen hat.

Ausbildungsjahr	Gesuche	Bezüger/innen	Abgelehnte Gesuche	
			Total	Ablehnungssatz
2006/07	3 132	1 786	1 346	44,97%
2007/08	3 229	1 872	1 357	42,02%

Der Beitragssatz an die Deckung des berechneten Fehlbetrags ist mit 75% unverändert geblieben.

Die nachfolgend aufgeführten Beträge entsprechen den im Kalenderjahr 2008 ausbezahlten Beträgen. Sie verteilen sich wie folgt auf die vom Bundesamt für Statistik (BFS) vorgegebenen neun Ausbildungskategorien:

Ausbildungskategorien	Anzahl	Beträge in Fr.
<i>Sekundarstufe II:</i>		
Gymnasiale Maturitätsschulen	558	1 690 535
Andere Mittelschulen	324	1 031 751
Vollzeitberufsschulen	270	985 238
Berufslehren und Anlehren	650	1 483 181
Nach Berufslehre erworbene Berufsmaturitäten	30	80 173
<i>Tertiärstufe:</i>		
Höhere (nicht universitäre) Berufsbildung	67	350 255
Fachhochschulen	280	1 192 134
Universitäten und Eidgenössische Technische Hochschulen	381	1 863 173
Weiterbildung	7	25 631
Total	2 567	8 702 071

### 2.1.3 Stipendien der Gemeinden und privaten Institutionen

Im Ausbildungsjahr 2007/08 konnten die Stipendien des Kantons 75% der von den Bezügerinnen und Bezüger berechneten Bedürfnisse decken. Der nicht gedeckte Teil wird ganz oder teilweise von den Gemeinden übernommen, die aus freien Stücken Stipendien gewähren. Die Gemeinden legen ihre Stipendien gestützt auf die Berechnung des Kantons und den von diesem gewährten Beitrag fest.

Die Gemeinden haben folgende Beiträge geleistet:

Jahr	Anzahl Gemeinden	Gemeindestipendien in Fr.
2007	112	1 033 859
2008	118	1 119 957

Die privaten Institutionen, die bis vor Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichs einen Bundesbeitrag erhalten hatten, haben 161 400 (79 550) Franken an Personen in Ausbildung ausbezahlt.

### 2.1.4 Studiendarlehen

Im Kalenderjahr wurden 51 (67) Gesuche geprüft, 48 (65) wurde stattgegeben. Vom budgetierten Betrag von 450 000 (450 000) Franken wurden 423 000 Franken verwendet.

### 2.1.5 Bundessubventionen

Die am 1. Januar 2008 in Kraft getretene Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) hat zur Folge, dass sich der Bund aus der Finanzierung der Stipendien zurückzieht, ausser bei den Ausbildungen auf Tertiärstufe. Mit dem neuen Beitragsgrundsatz verringern sich die Bundesbeiträge um rund 3 Millionen. Der vom Bund bereitgestellte Kredit wird nach Massgabe der Bevölkerungsgrösse auf die Kantone aufgeteilt. Der für den Kanton vorgesehene Betrag wird lediglich noch rund 830 000 Franken betragen.

### 2.2 Besondere Ereignisse

Am 1. September 2008 sind das neue Gesetz über die Stipendien und Studiendarlehen und das dazu gehörende Reglement in Kraft getreten. Gemäss dem neuen Gesetz liegt die Entscheidungskompetenz beim Amt und nicht mehr bei der Kommission. Das neue Gesetz legt zudem auch eine neue Berechnung fest und ändert die Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Das Gesetz vom 14. Februar 2008 überträgt nämlich die Kompetenz für die Vergabe von Ausbildungsbeiträgen und deren Finanzierung neu allein dem Kanton.

## XII. AMT FÜR SPORT

### 1. Aufgaben

Die drei wichtigsten Aufgabenbereiche des Amtes für Sport sind: Sporterziehung und Schulsport, Jugend+Sport (J+S) und Loterie-Romande-Sport (LORO-Sport).

Im Schulbereich organisiert das Amt Weiterbildungskurse für Sport und Sporterziehung unterrichtende Lehrkräfte, koordiniert die Aktivitäten des freiwilligen Schulsports und berät Spitzensportler in Schulfragen, organisiert für sie Stützunterricht und macht Anträge betreffend Schulgeldübernahmen in ausserkantonalen Schulen.

Im Bereich Jugend+Sport organisiert das Amt Aus- und Weiterbildungskurse für Leiterinnen und Leiter und stellt die administrative Abwicklung der von den Sportvereinen, Sport- und Jugendverbänden und Schulen organisierten Kurse sicher.

Im Bereich LORO-Sport überwacht das Amt die regulatorische Verteilung der Gewinne; es tut dies in enger Zusammenarbeit mit den für die Verteilung zuständigen Organen (Kantonale Kommission für Sport und Sporterziehung und Freiburger Verband für Sport, FVS).

Amtsvorsteher: Elmar Schneuwly

## 2. Ordentliche Tätigkeit

### 2.1 Kantonale Kommission für Sport und Sporterziehung

2008 hat die Kommission neun Sitzungen abgehalten; sie wird seit dem 1. Januar von Henri Baeriswyl aus Cormagens präsidiert. Sie hat:

- der Verteilung der ordentlichen und ausserordentlichen Beiträge zugestimmt und dem Staatsrat die Verteilung des von der Loterie Romande zugesprochenen Gewinnanteils 2007 vorgeschlagen (LORO-Sport, 2 196 369 Franken);
- 8 Beschwerden und 2 Wiedererwägungsgesuche betreffend die LORO-Sport-Subventionen behandelt und 22 ausserordentliche Beiträge von total 114 480 Franken gesprochen;
- am 5. Juli im Rahmen eines Workshops das Vorprojekt des Sportgesetzes geprüft;
- am 6. Dezember partnerschaftlich mit dem FVS einen Empfang für Athleten, Trainer und Kampfrichter organisiert, die an den Olympischen Spielen bzw. den Paralympics in Peking teilgenommen haben;
- vom Machbarkeitsbericht über die Überführung der Verwaltung von LORO-Sport zum FVS Kenntnis genommen sowie von dessen Überweisung vom 9. August 2008 durch den Präsidenten der Arbeitsgruppe Félicien Morel an die EKS-Direktorin;
- dem Staatsrat Vorschläge für die Vergabe des kantonalen Sportpreises unterbreitet;
- entschieden, zwei Förderpreise zu vergeben, den einen an die 16-jährige Virginie Clerc aus Romont (Eiskunstlaufen), den andern an den 18-jährigen Pascal Lorétan aus Courtepin (Schiessen);
- 15 Freiburger Sportlerinnen und Sportler bei Ihrer Vorbereitung im Hinblick auf eine Selektion für die Olympischen Spiele oder die Paralympics finanziell unterstützt;
- die laufenden Geschäfte, für die die Kommission zuständig ist, behandelt.

### 2.2 Sporterziehung

Sport und Sporterziehung werden auf allen Stufen der obligatorischen Schule und an den Schulen der Sekundarstufe II unterrichtet. Die folgenden Hauptaktivitäten prägten das Jahr 2008:

#### 2.2.1 Fortbildung der Lehrpersonen

##### Obligatorische Fortbildung:

Mehr als 300 Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen haben an einem der zahlreichen Kurse zur Wiedererlangung des Rettungsbrevets teilgenommen und damit die zweijährliche Weiterbildungspflicht erfüllt.

Im Rahmen des Projekts qims.ch (Qualität in der Sporterziehung) haben die für den Sportunterricht Verantwortlichen der Sekundarstufe II an einer zweitägigen Weiterbildungsveranstaltung teilgenommen.

##### Fakultative Fortbildung:

Das Interesse der Lehrkräfte an der Fortbildung zeigt sich daran, dass der Grossteil der angebotenen Kurse durchgeführt werden konnte und die Anzahl der auf Antrag organisierten Kurse ständig steigt.

Mehr als 40 Sportlehrerinnen und -lehrer deutscher und französischer Muttersprache haben im Sommer an einem zweiwöchigen Weiterbildungskurs im Tessin teilgenommen.

#### 2.2.2 Sicherheit im Schulsportunterricht

Im Dezember gingen die Entwürfe der Weisungen zur Sicherheit im Schulsportunterricht in die Vernehmlassung. Es ist vorgesehen, sie auf das Schuljahr 2009/2010 in Kraft zu setzen.

#### 2.2.3 Freiwilliger Schulsport

Die Angebote im freiwilligen Schulsport haben weiter zugenommen. Die auf allen Schulstufen angebotenen Kurse ermöglichten es knapp 4000 Schülerinnen und Schülern, eine zusätzliche Wochenstunde Sportunterricht zu besuchen.

#### 2.2.4 Schülerturniere

Die Kinder der Primarschulen konnten sich 2008 in folgenden Sportarten messen: Ski und Snowboard, Orientierungslaufen, Basketball und Fussball.

Einen neuen Teilnahmerecord hat es für die Klassen der Orientierungsschulen gegeben: Es wurden Turniere in Basketball, Handball, Eishockey und Unihockey sowie Orientierungslauf durchgeführt.

Auf Gymnasialstufe haben 500 Studierende an den von Lehrpersonen des interkantonalen Gymnasiums der Broye in der ersten Juliwoche organisierten «Collégiales» teilgenommen.

#### 2.2.5 Schweizerische Schulsporttage

Die Gewinner einiger der erwähnten Turniere haben den Kanton Freiburg erfolgreich an den schweizerischen Schulsporttagen in Tenero vertreten. Die Badminton-Mannschaft der Orientierungsschule Düdingen sowie das Damen-Basketballteam von Saane-Ost sind Schweizermeister geworden.

#### 2.2.6 Förderung junger Talente

Die Aktivitäten im Bereich der Förderung junger Freiburger Talente lassen sich so zusammenfassen: Beratung, Anpassungen der Stundenpläne, finanzielle Hilfe (LORO-Sport und/oder kantonaler Fonds), Koordination mit den Schulbehörden und Sportverbänden.

Dank der Dynamik und der Professionalisierung seitens der Sportverbände sind neue Projekte zu den bestehenden gestossen. 2008 haben rund 150 junge Sportlerinnen

und Sportler von Stundenplananpassungen profitiert, die ihnen das gleichzeitige Verfolgen von schulischen und sportlichen Zielen erlauben.

### 2.3 Jugend+Sport (J+S)

2008 ist das Online-System zur Anmeldung und Abrechnung von J+S-Angeboten der Vereine und Gruppierungen definitiv eingeführt worden. Das neue Programm «J+S-Kids» zugunsten der 5- bis 10-Jährigen ist zuerst in den Schulen und, nach ersten Einführungskursen für Leitende, auch in einigen Vereinen eingeführt worden. Der offizielle Start erfolgt etappenweise in den Jahren 2009/10. Die detaillierten Statistiken betreffend Jugend- und Kaderausbildung wird das Amt für Statistik publizieren.

#### 2.3.1 Tätigkeit und Fortbildung der Experten

137 (114) Experten haben bei der Aus- und Weiterbildung der J+S-Leitenden mitgewirkt. 29 (24) Experten haben am kantonalen Ski- und Snowboard-Zentralkurs in Zermatt teilgenommen.

#### 2.3.2 Aus- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter

301 (294) Leiterinnen und Leiter wurden in 14 (9) kantonalen Leiterkursen ausgebildet. 647 (758) Leiterinnen und Leiter haben an 24 (16) Fortbildungskursen teilgenommen. Drei Kurse mussten mangels Anmeldungen abgesagt werden (die Grundkurse Basketball, Judo und das Fortbildungsmodul Lagersport/Trekking).

#### 2.3.3 Von J+S Freiburg organisierte Lager

Das Kletter- und Bergsteigerlager in Finhaut ist mit 17 (15) Jugendlichen durchgeführt worden. An den zwei Schwimmsport- / Polysport-Lagern in Tenero haben insgesamt 150 (142) Jugendliche teilgenommen. 8 (6) haben im Rahmen des von J+S Waadt organisierten traditionellen Westschweizer Lagers eine polysportive Woche in Leysin erlebt. Das Kanu-Lager in La Roche zählte 26 (20) Teilnehmende.

#### 2.3.4 J+S-Kurse und -Lager (10–20-Jährige) der Vereine und Schulen

An diesen Kursen und Lagern haben 30 298 (29 748) Jugendliche in folgenden Sportarten teilgenommen: Karate, Segeln, Badminton, Basketball, Bergsteigen, Eishockey, Eislaufen, Fechten, Turnen, Polysport, Fussball, Kunstturnen, Geräteturnen, Gymnastik und Tanz, Judo, Ju-Jjtsu, Kanu, Unihockey, Inline-Hockey, Leichtathletik, Schwimmen, Orientierungslauf, Radsport, Ringen, Rudern, Schwimmen, Ski, Snowboard, Skilanglauf, Skitouren, Rollhockey, Wasserspringen, Tchoukball, Rettungsschwimmen, Sportklettern, Tennis, Tischtennis, Volleyball, Reiten, Rock'n'Roll, Rugby, Lagersport und Trekking, polysportive Kurse.

Für diese Aktivitäten sind die J+S-Leiterinnen und -Leiter, die J+S-Coaches, ihre Vereine und Gruppierungen vom Bund mit 2 140 055 (2 044 545) Franken entschädigt worden.

### 2.4 Loterie-Romande-Sport (LORO-Sport)

Der Kantonsanteil am Gewinn von Loterie-Romande-Sport betrug 2 196 369 Franken (2 431 623).

Dieser Betrag wurde wie folgt verteilt:

	<i>Fr.</i>
Ordentliche Unterstützung des Sportbetriebs	942 840
Bauten und Materialeinkäufe	400 000
Unterstützung von Spitzensportlern und Talenten	330 000
Veranstaltungen, Kurse und Lager, Sport für alle, andere Trainingsformen	300 000
Kommissionen	10 000
Verschiedene administrative Ausgaben	50 000
Werbung	10 000
Aktion LORO-Sport	25 000
Freiwilliger Schulsport (50% von 200 000)	100 000
Zuweisung an den Reservefonds	28 529
<b>Total</b>	<b>2 196 369</b>

72 (71) Verbände, Vereine oder Institutionen haben eine Unterstützung für ihren ordentlichen Sportbetrieb erhalten, dies auf der Basis der Mitgliedererhebung 2008, die bis 2010 gültig bleibt.

### 2.5 Besondere Ereignisse

Am 6. Dezember, anlässlich des Empfangs der Athleten, die an den Olympischen Spielen oder an den Paralympics in Peking teilgenommen haben, hat der Kanton den Medaillen- und Diplomgewinnern ein Geschenk überreicht.

Im Rahmen der Sportpreis-Nacht vom 18. Dezember ist der Sportpreis des Kantons Hubert Pauchard von Düdingen, Leichtathlet sowie J+S-Ausbildner und -Experte, verliehen worden.

## XIII. AMT FÜR KULTUR

### 1. Kulturförderung: Aufgaben und Tätigkeit

Das Amt befasst sich innerhalb der Kantonsverwaltung mit allen Fragen in Zusammenhang mit der Kulturförderung und setzt diese um.

Amtsvorsteher: Gérald Berger

#### 1.1 Kommissionen

##### 1.1.1 Kommission für die Verwaltung des kantonalen Kulturfonds

Die Kommission hat die Aufgabe, die Fonds zu überprüfen, aus denen sich der kantonale Kulturfonds zusammensetzt, und die ihr unterbreiteten Vorschläge für die Verwendung der Fondsmittel zu beurteilen. Sie hat sich zu einer Sitzung getroffen.

##### 1.1.2 Kommission für kulturelle Angelegenheiten

Die Kommission hat neun Sitzungen abgehalten. Sie hat zu 211 (200) Beitragsgesuchen Stellung genommen, die beim Amt eingegangen sind. Weiter hat sie die Vorschläge des Amtes für die Schwerpunkte der kantonalen Kulturpolitik in den Jahren 2009–2011 geprüft und angenommen. Sie hat neue Direktiven für die Vergabe von Finanzhilfen im Bereich der Musik und der Bühnenkunst erlassen. Zudem hat sie sich für die Weiterführung der Mehrjahres-Schaffensbeiträge in den Jahren 2009–2011 ausgesprochen. Mit diesen Beiträgen werden Gruppen professioneller Kulturschaffender in den Sparten Tanz, Theater und Musik sowie Kulturträger, die professionelle Eigenproduktionen gestalten und aufführen, unterstützt. Ausserdem hat die Kommission dem Staatsrat den Träger des Kulturpreises des Staates Freiburg vorgeschlagen.

#### 1.2 Kulturförderbeiträge

Zur Förderung aller kulturellen Ausdrucksformen (Theater, Literatur, Musik, Film, bildende Kunst, Tanz, Kulturanimation) sowie für kulturelle Kooperationsprojekte standen dem Amt für Kultur insgesamt 3 500 000 Franken zur Verfügung.

##### 1.2.1 Statistik

87% der gewährten Beiträge waren für die Förderung des Kulturschaffens bestimmt; die restlichen 13% gingen an kulturelle Veranstaltungen folgender Ausdrucksformen:

– Theater:	41,4%
– Musik:	20,7%
– Tanz:	12,6%
– Festivals / kulturelle Anlässe:	10,4%
– Bildende Kunst:	9,8%
– Film/Video:	4,0%
– Literatur / Publikationen:	1,1%

Das Internetportal des Amtes ([www.fribourg-culture.ch](http://www.fribourg-culture.ch)) verzeichnete über 58 000 Besuche.

##### 1.2.2 Kulturpartnerschaften

Folgenden Schaffensgruppen haben im Rahmen einer mehrjährigen Kulturpartnerschaft insgesamt 1 340 000 Franken erhalten: Théâtre des Osses / Centre dramatique fribourgeois (Givisiez), Tanzkompagnie Da Motus (Freiburg), Compagnie Fabienne Berger (Promasens), Ensemble Orlando Freiburg.

##### 1.2.3 Erneuerbare Schaffensbeiträge

Vier Institutionen kamen in den Genuss erneuerbarer Schaffensbeiträge in einem Gesamtbetrag von 500 000 Franken: Freiburger Oper, Kunsthalle Fri-Art, Belluard-Bollwerk-International und Espace Nuithonie (Konzept RésiDanse in Freiburg). Dank dem Beitrag an den Espace Nuithonie konnten in dessen Räumen die Produktionen zweier Freiburger Tanztruppen aufgeführt werden: Compagnie Fabienne Berger (Promasens) und Compagnie Drift (Freiburg / Zürich).

##### 1.2.4 Schaffensbeiträge

Die Direktion hat folgenden Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen einmalige Schaffensbeiträge von insgesamt 942 000 Franken gewährt:

*Musik, Gesang, Rock, Jazz:*

Corps de musique der Stadt Bulle, gemischter Chor «Echo du Moléson» aus Epagny, Internationales Festival Geistlicher Musik in Freiburg, Gérald Zbinden, Overdrive AMP Explosion, Beautiful Leopard, Les Francomanias de Bulle, Christophe Pochon et les Sangliers rieurs, Gonzague Ruffieux, La Rose des Vents aus Romont, Cantasense, Chœur de May, Manuel Oberholzer, Lionel Chapuis, Les Zéphyr, Chœur Anonymos, Chœur des XVI, Association des concerts de la Semaine Sainte, Lè Vangile, Todos Destinos, Chœur St-Michel, Yokonoe, Marc-Perrenoud-Trio, Association Nouvelles Créations, Black Cargoes, Soften, Chœur-Mixte aus Forel-Autavaux-Les Planches, Enigmatik, Underschool Element, Association MUBAROP, L'Opéra des Champs, Cavi, L'Atelier de la Chanson, Léo Chevalley, Quatuor Marquis de Saxe, Orchestre d'harmonie de Fribourg, Association des Concerts de l'Avent in Villars-sur-Glâne, Quadrador, Celly & the Idols, Gabby Marchand, Granit

*Literatur / Publikationen:*

Deutschfreiburger Heimatkundeverein, Editions La Sarrine, Editions Faim de Siècle, Musée Gruérien, Editions de l'Aire, Museum Bibel & Orient, Bernard Campiche Editeur, Editions Samizdat, Editions Regard Fribourg, Editions dits

*Theater:*

Kinder-Theater-Werkstatt, Le Guignol à Roulettes, Open-Tréteaux, Cirque Toamême, Compagnie AGP, Théâtre On M'ladit, Fondation «Attitude», Théâtre de l'Ecrou / Compagnie des Barbares, Compagnie Claire, La Joli Compagnie, Talman-Ensemble, Association «Cirque-en-Ciel», Compagnie MTGAT, Compagnie L'Efrangeté, Deutschfreiburger Theatergruppe DFTG, Les Tréteaux de Chalamala, Nouveau Théâtre, Eva-Maria Bertschy

*Film / Video:*

Raphaël Julliard, Association des Amis de Cinémagination, Association Films Plans-Fixes, Jérôme Gremaud, David Deppierraz, Janic Eberhard, Ana Films

*Bildende Kunst / Fotografie:*

Yves André, Jean-Luc Cramatte, Istvan Torok, Daniel Salzmann, Francesco Ragusa, Hugo Brühlhart, Gilles Rotzetter, Franz Brühlhart, Creahm Fribourg, Guy Tornay, Johannes Schumacher, Jean-Jacques Hofstetter, Hafis Bertschinger, David Brühlhart, Lauris Paulus, Olivier Suter, Association Charlatan

*Tanz:*

Compagnie Drift, Tanzkompanie Karin Jost

### **1.2.5 Ausserordentliche Beiträge und Beiträge zur Förderung der Dezentralisierung**

Mit ausserordentlichen Beiträgen oder Defizitgarantien in Höhe von insgesamt 347 000 Franken hat die Direktion u.a. folgende Veranstaltungen und Organisationen unterstützt:

20 Heures de Musiques de Romont, Förderverein Galatea-Quartett (Ueberstorf), Société de musique La Gruéria (Vuadens), Choeur Upsilon (Estavayer-le-Lac), Le Poisson Rouge (Freiburg), Luca Etter (Freiburg), Kirchenkonzerte (Murten), Association Guitare Passion (Freiburg), Semaines de la Lecture (Freiburg), Association Rencontres Guitare (Bulle), Association New Orleans meets Bulle, Association Guitare et Luth (Freiburg/Greyerz), Fête du livre et du papier (Greyerz), Association ADMA (Freiburg), Association AVEAM (Ependes), Association des amis de l'orgue du collège St-Michel (Freiburg), Kammerchor der Universität Freiburg, Ludimania'K (Estavayer-le-Lac), Triennale internationale du papier (Charmey), Société de développement d'Estavayer-le-Lac, Festival Bédémania (Belfaux/Corminbœuf), Stone Hill Festival (Alterswil), Festival Le Monde en Fête (Freiburg), Wüy-ù-ay-Events-GmbH (Schmitzen), Association Wunderland (Rue), Storyteller-Museum (Freiburg), Orgelakademie Freiburg, Laure Betris (Freiburg), Fondation Edith Moret – Château de Mézières, Cantorama (Jaun), Musica Virtuosa (Freiburg), Association des concerts de Corpataux-Magnedens, Eclatsconcerts (Freiburg), Société des concerts der Stadt

Bulle, Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft (Zürich), Beautiful Leopard (Freiburg), Jean-Michel Robert (Freiburg), Association Up Jazz (Murten), Estavayer La Médiévale.

### **1.2.6 Ordentliche Beiträge**

Die Direktion hat 34 im Kanton tätige Kulturvereine und kulturelle Gruppierungen sowie interkantonale Institutionen mit insgesamt 178 000 Franken unterstützt.

### **1.2.7 Beiträge der Loterie Romande**

In Absprache mit dem Staatsrat hat die kantonale Kommission der Loterie Romande folgende Veranstaltungen und Kulturstätten mit einem Gesamtbetrag von 2 620 000 Franken unterstützt: Bad Bonn (Düdingen), Belluard-Bollwerk-International (Freiburg), Centre culturel Ebullition (Bulle), Estivale Openair (Estavayer-le-Lac), Internationales Jazzfestival Freiburg, Internationales Filmfestival Freiburg, Festival Geistlicher Musik (Freiburg), Fri-Art (Freiburg), Fri-Son (Freiburg), La Spirale (Freiburg), Le Bilboquet (Freiburg), Les Concerts de l'Avent (Villars-sur-Glâne), Les Francomanias de Bulle, Le Nouveau Monde (Freiburg), Murten Classics, Freiburger Oper, Internationales Folklore-Treffen in Freiburg, Konzertgesellschaft Freiburg.

Ferner hat die Kommission, ebenfalls mit Zustimmung des Staatsrats, die Saisonprogramme folgender kultureller Einrichtungen mit insgesamt 641 950 Franken unterstützt: Espace Nuithonie (Villars-sur-Glâne), CO2 (La Tour-de-Trême), Podium (Düdingen), Univers@lle (Châtel-St-Denis), La Tuffière (Corpataux-Magnedens).

### **1.2.8 Kulturpreis des Kantons Freiburg**

Der Kulturpreis des Kantons Freiburg wird alle zwei Jahre vergeben. Im Jahr 2008 verlieh der Staatsrat auf Vorschlag der kantonalen Kommission für kulturelle Angelegenheiten den Kulturpreis dem Sänger und Musiker Gustav (Pascal Vonlanthen) aus Freiburg. Der mit 15 000 Franken dotierte Preis wurde ihm am 9. November anlässlich einer öffentlichen Veranstaltung im Jazzclub La Spirale (Freiburg) übergeben.

### **1.2.9 Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg**

Das preisgekrönte Projekt der 6. Ausgabe der «Fotografischen Ermittlung: Thema Freiburg» stammt von Yves André aus St-Aubin (NE). Die fotografische Projektarbeit mit dem Titel «Paysages occupés» illustriert die Veränderungen der freiburgischen Landschaft im Zuge der in den vergangenen 30 Jahren erstellten Bauten und Einrichtungen. Die Arbeit wurde an einer Ausstellung in der Kantons- und Universitätsbibliothek präsentiert; zudem ist auch ein Katalog erschienen.

### 1.2.10 Fonds Pierre und Renée Glasson

Der 1995 gegründete Fonds Pierre und Renée Glasson hat sich zum Ziel gesetzt, Nachdiplomstudien junger Musikerinnen und Musiker aus Freiburg an einem Konservatorium in der Schweiz oder im Ausland finanziell zu unterstützen. Nach Anhörung der Kandidatinnen und Kandidaten hat die Expertenjury Sébastien Bréguet, einem Cellisten aus Le Bry, ein Stipendium von 10 000 Franken gewährt, damit er seine Studien in Deutschland fortsetzen kann.

### 1.2.11 Kulturelle Infrastruktur

Gemäss früheren Entscheidungen des Staatsrates wurden folgende Subventionen gewährt: Schloss Greyerz (Abwärtsgebäude): 270 000 Franken (Restbetrag); Théâtre des Osses (Umbau): 30 000 Franken (Restbetrag); La Tour Vagabonde (Elisabethanisches Theater): 35 000 Franken (Restbetrag); Théâtre de Fribourg: 500 000 Franken (1. Tranche).

### 1.2.12 Zusammenarbeit

Das Amt hat sich an den Aktivitäten der CORODIS (Commission romande de diffusion des spectacles) beteiligt. Es hat die Tätigkeit der Fondation romande pour la musique actuelle, des interkantonalen Fonds «Regio-Films» und der Association romande des techniciens du spectacle (ARTOS) unterstützt. Zudem hat es bei der nationalen und der westschweizerischen Kulturkonferenz mitgewirkt.

Im Rahmen des Kooperationsprojekts «Kaléidoschoral», einem von der Stiftung Pro Helvetia und den Kantonen Freiburg, Wallis und Jura gemeinsam lancierten Projekt, beteiligte sich das Amt an der Organisation eines Symposiums, das am 26. und 27. Januar in Delsberg durchgeführt wurde, sowie eines Konzertes, das am 1. März in St-Maurice stattfand. «Kaléidoschoral» schloss am 20. September in St. Gallen mit einem Abschlussfestival, an dem alle Beteiligten teilnahmen.

Die Region Elsass und der Kanton Freiburg haben am 12. Februar 2008 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit unterzeichnet mit dem Ziel, den kulturellen Austausch zwischen den beiden Regionen unter anderem durch den Austausch von Veranstaltungen, Koproduktionen sowie Gastaufenthalten von Kunstschaffenden zu fördern. Dank dieser Vereinbarung erhielten zwei Freiburger Theaterensembles einen Unterstützungsbeitrag, um ihre Produktionen in Colmar, St-Louis und Ribeauvillé aufzuführen. Im Gegenzug wurde zwei elsässischen Ensembles Gelegenheit geboten, ihre Produktionen im Espace Nuithonie (Villars-sur-Glâne) darzubieten. Am 26. und 27. November wurde in Villars-sur-Glâne eine Kontaktplattform organisiert, an der rund dreissig Kulturveranstalter aus den beiden Regionen teilnahmen. Dieses Treffen sollte Gelegenheit bieten, Kontakte unter den Akteuren zu knüpfen, um konkrete Schaffensprojekte und/oder Gastaufenthalte zu realisieren.

Der Amtsvorsteher vertritt den Kanton Freiburg im Stiftungsrat der Hochschule für Theater der Westschweiz, deren Vizepräsident er ist.

Der Künstler David Brülhart aus Praroman-Le Mouret wurde ausgewählt, um ein Jahr im vom Kanton und der Stadt Freiburg gemeinsam zur Verfügung gestellten Atelier «Jean Tinguely» in der Cité des arts in Paris zu verbringen. Der bildende Künstler Sandro Godel aus Domdidier wurde für einen sechsmonatigen Aufenthalt im Red House in New York ausgewählt, das von den Westschweizer Kantonen gemeinsam gemietet wird.

### 1.2.13 Kultur und Schule

Das Amt hat das für die Schulen des Kantons bestimmte Programmangebot «Kultur und Schule», bestehend aus rund 50 Theateraufführungen, Filmen und Konzerten und produziert von Freiburger Kulturschaffenden, finanziell unterstützt.

Ausserdem hat das Amt zwölf Museen und Ausstellungsstätten des Kantons finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Workshops und Veranstaltungen für Schulen gewährt. Dank dieser Hilfe konnten etwa vierzig Workshops angeboten werden.

Insgesamt beläuft sich der für das Programm «Kultur und Schule» gewährte Beitrag auf 156 176 Franken.

## 1.3 Besondere Ereignisse

Der Staatsrat hat die Partnerschaftsverträge für Kulturschaffende erneuert; diese heissen künftig «Mehrjahres-Schaffensbeiträge» und werden im Reglement vom 10. Dezember 2007 über die kulturellen Angelegenheiten geregelt.

An einer Medienkonferenz präsentierte die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport die Schwerpunkte der kantonalen Kulturpolitik in den Jahren 2009–2011. Diese betreffen unter anderem die Förderung der Vermittlung von freiburgischem Kulturschaffen im Gebiet des Kantons Freiburg, durch die Übernahme eines Teils des Honorars für die Aufführung am Gastspielort, sowie auch über die Kantonsgrenzen hinaus, durch die Unterzeichnung einer Zusammenarbeitsvereinbarung mit der Region Elsass. Ferner war die EKSD am Aufbau eines professionellen kantonalen Kammerorchesters beteiligt. Der Verein «Freiburger Kammerorchester» wurde am 4. Februar unter dem Präsidium von alt Staatsrat Claude Grandjean gegründet.

## 2. Kulturelle Institutionen: Aufgaben und Tätigkeit

Das Amt übt die Aufsicht über die kulturellen Institutionen des Staates aus, legt ihr allgemeines Tätigkeitsprogramm fest und sorgt für die Koordination ihrer Tätigkeiten.

Der Amtsvorsteher hat mit den Verantwortlichen der kulturellen Institutionen rund dreissig Koordinations-sitzungen sowie eine Plenarsitzung abgehalten. Er hat

die Erstellung des Voranschlags und der Rechnung sämtlicher Institutionen beaufsichtigt und an den jeweiligen Kommissionssitzungen (Arbeitsgruppen und Gesamtkommission) der Institutionen teilgenommen.

Weiter leitet der Amtsvorsteher die für das Ausbauprojekt der Kantons- und Universitätsbibliothek zuständige Arbeitsgruppe, die dem Staatsrat ihren Schlussbericht vorgelegt hat. Daneben wirkte er im gemeinsamen Vorsitz der Steuerungsgruppe Waadt-Freiburg mit, die mit der Einbindung der Berufsklassen des Konservatoriums Freiburg in das Konservatorium Lausanne betraut war. Ferner war er Präsident der Jury, die ein Projekt für den Umbau des Zoologiesaals des Naturhistorischen Museums auswählen sollte. Zudem leitet er die Arbeitsgruppe, die Überlegungen zur örtlichen Reorganisation des Konservatoriums anstellen soll, sowie die Arbeitsgruppe, die sich mit der Frage einer Standortverlagerung der in der Villa Gallia erteilten Tanz- und Schauspielkurse des Konservatoriums (Freiburg) befasst.

Nach der erfolgten Integration der Berufsklassen des Konservatoriums Freiburg in das Lausanner Konservatorium wurde der Amtsvorsteher zum Vertreter des Kantons in der Stiftung des Konservatoriums Lausanne ernannt.

### 3. Staatsarchiv

#### 3.1 Auftrag

Hauptaufgabe des Staatsarchivs (StAF) ist es, die archivierten Dokumente des Staates und seiner Institutionen, der zentralen Verwaltung und der dezentralen Dienststellen zu bewerten, zu erschliessen, zu konservieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Staatsarchiv betreut die Vorarchivierung in den Dienststellen. Es berät die Gemeinden, Pfarreien und Privatpersonen bei der Organisation und Führung ihrer Archive. Es bietet der interessierten Öffentlichkeit, den Studierenden und Forschenden Unterstützung bei ihren Forschungen sowie Zugang zu spezifischen Informations- und Suchinstrumenten. Das Staatsarchiv trägt mit seinen Forschungen und Publikationen zum Wissen über die Freiburger Geschichte bei.

Staatsarchivar: Alexandre Dafflon

#### 3.2 Tätigkeit

##### 3.2.1 Archivkommission

Die Archivkommission hat 2008 dreimal getagt. Sie behandelte den Voranschlag 2009, nahm den vom neuen Kantonsarchivar erstellten Bericht über den Zustand des Archivs zur Kenntnis und diskutierte ihn sowie den Jahresbericht.

##### 3.2.2 Analysen und allgemeine Überlegungen

Ein Bericht über den Zustand des Archivs und ein Aktionsplan für die nächsten 10 Jahre wurden erstellt und der Direktion EKS unterbreitet. Das StAF analysierte

zudem seine Dienstleistungen und machte Vorschläge für mögliche Einsparungen im Rahmen des Projekts «Analyse der Leistungen des Staates» (APE) gemacht.

##### 3.2.3 Gebäude und Ausrüstung

Ein Experte für präventive Konservierung hat einen Bericht zu den Räumlichkeiten des StAF erstellt, der als Arbeitsgrundlage für eine Verbesserung der Konservierungsbedingungen dienen wird. Die Archivdepots sollen mit einem ständigen Messsystem für die klimatischen Bedingungen ausgerüstet werden. Das Aussendepot in Bulle stellt eine Schwachstelle im Konservierungsdispositiv dar und wird daher aufgegeben werden müssen. Schliesslich hat das im Sommer 2008 erstellte Inventar der Bestände gezeigt, dass vor 2015 neue Depoträumlichkeiten gefunden werden müssen, um die Ablieferungen der Behörden und der Verwaltung aufnehmen zu können.

##### 3.2.4 Informatik und neue Technologien

Das StAF hat die Applikation Adobe Creative Suite Design angeschafft, um damit Vorlagen für seine Publikationen zu erstellen. Die Migration der Webseite auf CMS Contens ist in Gang, gleichzeitig müssen deren informative Inhalte überdacht werden. Die Webseite des StAF registrierte mehr als 84 000 Besuche. Die Online-Datenbank wurde rund 245 000-mal konsultiert.

2008 wurde das Projekt zur Digitalisierung der Zehntpläne des Staates, der Klöster und des Bürgerspitals (rund 360 Bände, 17.–19. Jh.) lanciert. Sein Ziel ist es, die Langzeitkonservierung dieser Dokumente sicherzustellen und der Öffentlichkeit die Konsultation über die Online-Datenbank im Internet zu ermöglichen.

##### 3.2.5 Kontakte zu archivbildenden Stellen

27 Dienste der Verwaltung wurden besucht: Staatskanzlei, Jugendstrafkammer, Gendarmerie, Kantonales Psychiatrisches Spital Marsens, Landwirtschaftliches Institut Grangeneuve, die Friedensgerichte von Bulle, Châtel-Saint-Denis, Gurmels, Greyerz, Nant, Semsales, Tafers, Schmitten und Rechthalten, Kantonales Jugendamt, Untersuchungsrichteramt, Betreibungsamt des Saanebezirks, Gewerbepolizei, Sozialamt, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse, Amt für Kultur, Hochbauamt, Bau- und Raumplanungsamt und Gericht des Greyerzbezirks.

Auch andere Institutionen liessen sich beraten: Belluard-Bollwerk-International, Caritas Schweiz Freiburg, die Gemeinde Vernay (Autavaux, Forel und Montbrelloz), die Gemeinde Grolley, der Freiburger Turnverband, die Fondation du Cardinal Journet, die Kunsthalle Fri-Art Freiburg, das Haus der Gesundheit in Plasselb, Condensateurs Fribourg SA, die Akademische Kommentverbindung Neu-Romania, der Freiburger Anwaltsverband, die Pfarrei St. Moritz in Freiburg, die Pfarrei St.



Niklaus in Freiburg, die Pfarrei Plasselb, die Radfahrkompanie III/2, SSR idée suisse Freiburg (SRT-FR), die Gewerkschaft Kommunikation und die Gewerkschaft Unia.

### 3.2.6 Ablieferungen

Die folgenden Bestände wurden von den Dienststellen des Staates abgeliefert (453,85 Lm): Sekretariat des Grossen Rates (6,40 Lm): Tagblatt der Sitzungen des Grossen Rates, 1969-2006; Staatskanzlei (0,20 Lm): Verträge zwischen dem Staat und Dritten, 19.-20. Jh.; EKSD (24,70 Lm): Dossiers des Amtes für Kultur 1942-2000; Dossiers des Amtes für Schulbauten 1933-2007; SJD (2,40 Lm): Informationsprotokoll der Einsatz- und Alarmzentrale, 2007; Tagesrapporte der Gendarmerieposten, 2002; GSD (14 Lm): Archiv des Psychiatrischen Spitals Marsens, 1829-1992; FIND (1,30 Lm): Stryienski-Karten des Amtes für Vermessung und Geomatik, 1855-1882; RUBD (78 Lm): Dossiers des Bau- und Raumplanungsamtes, 1990-1991; Gerichtsbehörden (326,85 Lm): Verwaltungsgericht: Dossiers der drei Verwaltungsgerichtshöfe, des Sozialversicherungsgerichtshofes und des Steuergerichtshofes, 1997 (10 Lm); Gericht des Saanebezirks: Dossiers Zivilsachen, 1955-1986 (42 Lm); Gericht des Greyerzbezirks: Dossiers Zivilsachen, 1866-1963; Dossiers Strafsachen, 1970-1975; Dossiers ohne weitere Folgen, 1931-1990 (32,15 Lm); Gericht des Vivisbachbezirks: Dossiers Zivilsachen, 1909-1970 (7,5 Lm); Jugendstrafkammer: Dossiers, 1996-1998 (32 Lm); Friedensgerichte (203,2 Lm): Bulle, 1803-2007; Charmey, 1772-2007; Cugy, 1830-1950 ca.; Dompierre, 1844-1909 ca.; Estavayer-le-Lac, 1812-1943 ca.; Greyerz, 1515-1986; Gurmels, 1864-1997; Kerzers, 1832-1999; Misery, 1888-1898; Le Mouret, 1878-1995 ca.; Murten, 1917-2007; Nant, 1829-1999; Rechthalten, 1854-2006; La Roche, 1769-2005; Romont, 1803-1970; Rue, 1880-1984; Schmiten, 1777-2008; Semsales, 1814-1997; Surpierre, 1807-1984; Tfers, 1904-2005; Vaulruz, 1818-1995; Villaz-Saint-Pierre, 1838-1954 ca.; Vuippens, 1795-1996.

Das StAF hat zudem 55,57 Lm an Archiven von anderen Institutionen oder Privatpersonen erhalten: Akademische Kommentverbindung Neu Romania Freiburg, ca. 1938-2002; Archiv für Agrargeschichte, 1900-1977; Association Belluard-Bollwerk-International, 1983-2007; Ansprachen und Reden von Rémi Brodard, Alt-Staatsrat, 1962-2007; Familienarchiv Castella und Verwandte von Bulle, Freiburg und Australien, 19.-20. Jh.; Haus der Gesundheit Plasselb, 1999-2007; Freiburger Anwaltsverband, 1972-2000; Pfarrei Plasselb, 1720-1972; Pfarrei Rue, 1722-1836; Pfarrei St. Nikolaus in Freiburg, 1898-1923; Pergamenturkunden, abgeliefert von Fernand Perritaz aus Villarod, 16.-18. Jh.; Briefe von Tobie de Raemy, abgeliefert von Jacques de Raemy von Yverdon-les-Bains, 1935-1948; Dokumente betreffend das politische Wirken von François-Xavier Robadey und Rezepteregister der Pharmacie Robadey in Romont, abgeliefert von Jean-Luc Robadey von Romont, 1804-1981.

Folgende Originaldokumente wurden erworben: eine Genealogie mit Wappen der Mestral / Ammann, auf Pergament, 18. Jh.; eine Pergamenturkunde von 1696 und ein Wappenaquarell der Familie von der Weid; ein Zehntplan des Klerus der Stiftskirche von Romont in Villaz-Saint-Pierre, erstellt durch den Kommissar Bochud, 1786, 16 Tafeln; ein Manuskript der Schneiderbruderschaft von Estavayer-le-Lac, genannt Abbaye de Notre-Dame, gegründet 1595, Anfang 17. Jh.-1851; ein Rechnungsheft von Georges und Philippe de Praroman, 1820-1821; ein satirischer Brief aus Freiburg aus der Zeit der Helvetischen Republik mit dem Titel «Lettres patentes de la très véridique cour de Montirabeau», 1802.

### 3.2.7 Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen: Inventar des Familienbestandes Reynold de Cressier, 1301-1929; Liste der gemeinen Bürger, der Ausbürger und der tolerierten oder naturalisierten Ausländer, aus verschiedenen Fonds zusammengestellt, 1357-1774; Liste der Schultheissen, Landvögte, Venner, Bürgermeister, Ratsherren, Mitglieder des Rats der 60 und der 200, Zöllner von Sensenbrücke, Ratsschreiber und Seckelmeister, 1399-1798; Liste der Richter und Justizbeamten, 1403-1798; Liste der Stadtbürger von Freiburg (I 5-I 10), Hintersassen 1493-1797, Ausbürger 1685-1798, und gewöhnliche Hintersassen und Bürger 1737-1797/1806; Inventar der Gerichtsbücher, 1403-1799; Inventar der Salzverwaltung, 16.-18. Jh.; Liste der Mitglieder des Grossen Rats, 1803-1856; Inventar des Familienbestands Vicarino-Schaller und Verwandte, 1817-1881; Inventar des Oberamts der Saane, 1801-1986; Inventar der Fremdenpolizei; Inventar des Bestandes Hans Brühlhart; Inventar der Serie Législation et variété, 14.-20. Jh.; Inventar des Freiburger Anwaltsverbands, 1972-2007.

Die nachfolgenden Bestände wurden in die Datenbank eingegeben: Genealogien der Familien von Blessens; Ablieferung des Jugendamtes; Bestand des Sängerverbandes des Kantons Freiburg; Familienbestand Reynold de Cressier; Ablieferung des Amtes für Wald, Wild und Fischerei; Bestand des Instituts «Die Guglera»; Ablieferung des Handelsregisteramtes; Bestand genannt «Diète fédérale et Fribourg», 1803-1848; Ablieferung der Jugendstrafkammer; Ablieferung des Gerichts des Vivisbachbezirks; Ablieferung des Gerichts des Saanebezirks; Bestand des Archivs für Agrargeschichte; Ablieferung der Krankenanstalten von Marsens; Ablieferung des Gerichts des Greyerzbezirks; Ablieferung des Amtes für Schulbauten; Familienbestand Vicarino-Schaller; Bestand des Oberamts des Seebezirks; Stimmfähigenregister; Bestand der Drucksachen der «Chemins de fer fribourgeois».

Folgende Bestände werden bearbeitet: Urkunden des Familienbestandes de Montenach, 1350-1825; Bestand d'Affry von Givisiez, 1409-1888; Bestand der Karten und Pläne, 17.-20. Jh.; Kataster des Grundbuchamts, 19.-20. Jh.; Archiv des Kapitels St. Niklaus, 13.-20. Jh.;

Bücher und Papiere der Zisterzienserabtei von Haute-riue; Rechtstitel des Staates, 19.-20. Jh.; Militärdepartement, 19.-20. Jh.; Zivilstandsamt des Sensebezirks, 20. Jh. Besonders hervorzuheben sind die Klassierungs- und Inventararbeiten für das Archiv des Kapitels St. Niklaus in Freiburg, finanziert vom Domkapitel St. Niklaus, und für die Friedensgerichte, finanziert durch die Justizdirektion.

### 3.2.8 Konservierungsmassnahmen, Restaurierung, Buchbindung und Mikroverfilmung

Das StAF gab folgende Restaurationsarbeiten bei mehreren spezialisierten Fachleuten in Auftrag: Zwei Ratsmanuale des Kleinen Rats von 1630 und 1695; ein Zehntplan des Dorfes Ependes, 18. Jh.; ein Zehntplan des Dorfes Formangueires, 1742; drei persönliche und handgeschriebene Tagebuchbände von Karl Ludwig von Haller, 1821-1854.

Das Bindeatelier des Staates hat La Gruyère, La Liberté und die Freiburger Nachrichten der Jahrgänge 2005 und 2006 gebunden sowie 47 Registerbände des Zivilstandsamtes. Von der Mikrofilmzentrale wurden mikroverfilmt: zwei Register des Kapitels St. Niklaus; 75 Register der Protokolle des Staatsrates, 1897-1970; 4 Pfarreiregister, welche im StAF deponiert sind, und 91 Register, welche sich in 24 Pfarreien befinden (Autigny, Châtel-Saint-Denis, Cottens, Domdidier, Dompierre, Estavayer-le-Gibloux, Estavayer-le-Lac, Farvagny, Forel, La Joux, La Roche, Le Châtelard, Murist, Plasselb, Rossens, reformierte Pfarrei von St. Antoni, Sommentier, Villarepos, Vuissens und Vuisternens-devant-Romont, Freiburg-Stadt: die Pfarreien Christ-König, St. Johann, St. Moritz und St. Niklaus).

### 3.2.9 Kundendienstleistungen: Auskünfte, Führungen, Ausstellungen

8 828 (10 042) Dokumente wurden von 776 (706) Kunden in 3185 (3493) Tagesarbeitsstätten konsultiert. Das StAF übermittelte 578 (547) Dossiers an die Dienststellen der Verwaltung. Das Sekretariat des StAF beantwortete eine beträchtliche Zahl von Anfragen, zum grössten Teil zu genealogischen Recherchen, schriftlich oder telefonisch. Zudem wurden 61 Vorlagen für Familienwappen verschickt.

Das StAF hat Gruppen von Studenten der Universität Freiburg, der Hochschule für Technik und Architektur und Schüler der Gymnasien Hl. Kreuz und St. Michael empfangen. Es wurden 15 (20) Führungen für 190 (366) Personen organisiert.

Das StAF hat die Präsentation von kleinen thematischen Ausstellungen unter dem Titel «Connaissez-vous? – Schon bekannt?» fortgesetzt. Diese werden künftig mit Archivblättern ergänzt, welche an das Publikum und die Partner des StAF verteilt werden. Das erste Archivblatt der Serie ist dem Archivfonds des Oberamts des Saanebezirks (1801-1986) gewidmet. Weiter hat das StAF Do-

kumente ausgeliehen für die Ausstellung «Bei Gott und den Gnädigen Herren zu Tisch. Die Goldschmiedekunst im Kanton Freiburg zwischen 1550 und 1850» im Museum für Kunst und Geschichte von Freiburg.

### 3.2.10 Wissenschaftliche Arbeiten und Publikationen

Das StAF hat an verschiedenen Arbeiten mit historischem und wissenschaftlichem Charakter mitgewirkt, besonders im Bereich der Mittelaltergeschichte (Hexerei, Religion). Die Archivarinnen und Archivare haben an mehreren Kolloquien zu unterschiedlichen Themen in Freiburg, in den Nachbarkantonen und im Ausland teilgenommen. Sie haben namentlich publiziert: «Die drei Brüder von Oberhofen oder Wie Recht in Kundschaften und Weistümern erzählt wird», in: Zeitschrift für schweizerische Geschichte, 58 (2008), S. 212-220; «Zum Ursprung der Burg Tasberg und ihrer Erwähnung im Mittelalter», in: Freiburger Volkskalender 2009, S. 105-107; «Dommartin in Freiburg. Der Prozess gegen Pierre Perat von Dommartin, hingerichtet als Hexer 1517 in Freiburg», in: Mémoires de cours, études offertes à Agostino Paravicini Bagliani par ses collègues et élèves de l'Université de Lausanne, réunies par Bernard Andenmatten et alii, Lausanne, 2008, S. 463-482 (Cahiers lausannois d'histoire médiévale, 48); Von der Häresie zur Hexerei. «Wirkliche» und imaginäre Sekten im Spätmittelalter, Hannover 2008, 700 S. (Monumenta Germaniae Historicae, Schriften, 59); «Ein Hausratsrodel des Chorberrn Sebastian Werro», in: Freiburger Geschichtsblätter, 85, 2008, 10 S.

### 3.2.11 Zusammenarbeit

Das StAF war im November 2008 an der Gründung eines Forums der Archivarinnen und Archivare des Kantons Freiburg beteiligt. Auf schweizerischer Ebene beteiligen sich die Archivare an den Arbeiten der Konferenz der leitenden Archivare und Archivarinnen auf Kantons- und Bundesebene und des Fürstentums Liechtenstein sowie an denjenigen des Vereins Schweizerischer Archivarinnen und Archivare.

Das Projekt zur Digitalisierung des Archivs der ehemaligen savoyischen Besitzungen in der Westschweiz, welche im Archivio di Stato von Turin aufbewahrt werden, wurde anlässlich des IV. Kolloquiums der Archivistes de l'Arc alpin occidental 2004 in Lausanne initiiert. Beteiligt sind die Kantone Freiburg, Genf, Wallis und Waadt. Ziel des Projektes ist es, dem Publikum via Internet den Zugang zu den Rechnungen der savoyischen Kastellaneien der Westschweiz vor 1536 zu ermöglichen. Was Freiburg angeht, so sind die ersten Arbeiten für 2009 vorgesehen.

Das StAF arbeitet mit den Universitäten von Lausanne und Freiburg zusammen. Und schliesslich sind mehrere Mitarbeitende des StAF in den Geschichtsvereinen des Kantons Freiburg aktiv.

## 4. Kantons- und Universitätsbibliothek

### 4.1 Auftrag

Hauptaufgaben der Kantons- und Universitätsbibliothek (KUB) sind der Erwerb, die Aufbewahrung und die Vermittlung von Büchern, Zeitschriften und anderen Informationsträgern, welche für den Hochschulunterricht, die wissenschaftliche Forschung sowie für die Allgemeinbildung erforderlich sind. Sie stellt die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über die obligatorische Abgabe von für die Öffentlichkeit bestimmten Druckerzeugnissen und Aufnahmen sicher. Sie ist eine Studien- und Bildungsbibliothek für die gesamte Bevölkerung. Sie erbringt bibliothekarische Dienstleistungen und übernimmt Koordinations- und Ausbildungsaufgaben für dreissig universitäre und assoziierte Bibliotheken.

Direktor: Martin Good

### 4.2 Tätigkeit

#### 4.2.1 Kommission

Die Kommission hielt im Berichtsjahr zwei Sitzungen ab. Sie genehmigte die Rechnung 2007 und nahm zum Budget 2009 zustimmend Stellung. Wichtigste behandelte Geschäfte: die geplante Erweiterung und Renovation der Räume, die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen KUB und Universität, der Wechsel in der Informatikarchitektur des Westschweizer Bibliotheksverbands (RERO), das Projekt der Integration des Zettelkatalogs, die Integration der Pädagogischen Hochschulen in das Netz der assoziierten Bibliotheken.

Die Kommission nahm Kenntnis vom neuen Organigramm und der im Rahmen des APE-Projekts (Analyse der Leistungen des Staates) durchgeführten SWOT-Analyse der KUB. Sie würdigte die Qualität und die Vielfalt der kulturellen Veranstaltungen.

#### 4.2.2.a Direktion und Stabsfunktionen

In Hinsicht auf die Erweiterung und insbesondere die Schaffung eines Freihandbereichs wurde ein neues Organigramm eingeführt:

- Einrichtung einer Abteilung Logistik, welche alle technischen Aufgaben im Hintergrund zu erfüllen hat (Verwaltung der Magazine, des Gebäudes und der technischen Infrastruktur), was die Aufhebung bzw. Integration der Abteilung Bearegard zur Folge hatte;
- die Benutzungsabteilung wird von den oben erwähnten Aufgaben entlastet; dagegen hat sie sich mit der Planung und Realisierung des Freihandbereichs zu befassen;
- Betreuung der assoziierten Bibliotheken durch die Katalogisierungs- und die Informatikabteilung (anstelle der Abteilung Bearegard).

Weitere wichtige Projekte:

- Beteiligung am APE-Projekt (Analyse der Leistungen des Staates);
- Neuorganisation und Bereinigung der Adressdatei;
- Integration des digitalisierten Zettelkatalogs in den RERO-Katalog: Beginn der operationellen Phase.

Der Conseil des directeurs des grandes bibliothèques romandes (CDROM) traf insbesondere in folgenden Bereichen Entscheide:

- Migration des Virtua-Systems auf eine einzige zentralisierte Datenbank;
- Einrichtung einer gemeinsamen Benutzerdatei für alle RERO-Bibliotheken;
- Katalogisierung in Originalschrift;
- Archivierung audiovisueller Dokumente;
- Nutzung des Recherchetools Metalib.

Die Konferenz der Universitätsbibliotheken der Schweiz (KUB) war vor allem mit folgenden Themen beschäftigt:

- Fortsetzung des Projekts E-lib.ch;
- koordinierte Archivierung (und gegebenenfalls Abonnementskündigung) der Zeitschriften auf Papier mit dem Endziel, dass in der Schweiz ein gedrucktes Exemplar jedes Titels verfügbar bleibt;
- Organisation und Rechtsstruktur des Konsortiums;
- freier Zugang zu wissenschaftlichen Artikeln («open access»).

Der von der Konferenz eingesetzte Steuerungsausschuss für das Projekt E-lib.ch hat die zu fördernden Projekte bestimmt und die verfügbaren Mittel verteilt. Der Direktor der KUB vertritt in diesem Gremium den CDROM.

#### 4.2.2.b Gebäude, Einrichtungen

Abgesehen vom üblichen Unterhalt sind folgende Arbeiten zu nennen:

- Ersetzung des Kühlaggregats, um den angemessenen Betrieb der Klimaanlage zu gewährleisten;
- verbesserte Beleuchtung der Notausgänge;
- Neugestaltung des Empfangs;
- Erneuerung des Leitsystems in den Publikumsbereichen.

#### 4.2.2.c Berufsausbildung

Zwei Personen haben ihre Lehre als Assistent/in in Information und Dokumentation abgeschlossen, während vier weitere sie fortsetzten. Drei neue Lehrlinge wurden angestellt, davon je einer in Partnerschaft mit der Bibliothèque de la Ville in Freiburg und der Bibliothèque publique et scolaire in Bulle. Im Rahmen der Fachhochschulausbildung als Spezialist für Information und Dokumentation hat eine Person ihr Praktikum abgeschlossen. Die Lehrtochter in Mediamatik setzte ihre Ausbildung fort.

Der vierte Studiengang «Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque», der von der Universität unter Beteiligung der stellvertretenden Direktorin der KUB durchgeführt wird, hat begonnen. 13 Personen haben sich für den gesamten Studiengang und 9 weitere für ein oder zwei ausgewählte Module angemeldet.

Für das KUB-Personal wurden drei Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt.

#### 4.2.2.d Koordination mit der Universität

Die Koordinationsgruppe behandelte laufende Geschäfte (Finanzmittel für die Anstellung von Personal, Rekalogisierungsprojekt, Leistungsnormen im Bereich der Katalogisierung, Benutzerschulung und Personalaus- bildung, strategischer Plan 2020). Die Erweiterung der KUB-Zentrale wurde in der Perspektive behandelt, eine oder mehrere universitäre Bibliotheken in das Projekt zu integrieren. Das Rektorat übermittelte einen entsprechenden formellen Antrag (Integration der BLL-MIS und BLL-BQC sowie der SLS/IEO). Die Archivierung der universitären Veröffentlichungen (insbesondere der «Postprints») auf dem Dokumentenserver RERO DOC wurde dem gesamten Lehrkörper in einem Schreiben empfohlen.

Im Rahmen des Erweiterungsprojekts und mit Einverständnis des Rektorats der Universität wurde ein Grundsatzentscheid für die Integration bestimmter universitärer Bibliotheken in die KUB getroffen. Es ist geplant, dass die KUB die Aufgaben, Bestände, Mitarbeitenden und Finanzmittel der Bibliothek für Sprachen und Literaturen übernimmt und – unter Hinzufügung eigener Mittel – ein attraktives Angebot in diesen Fächern schafft.

#### 4.2.2.e Koordination der assoziierten Bibliotheken

Der Koordinator und der Störbibliothekar behandelten hauptsächlich folgende Geschäfte: Politik hinsichtlich Virtua Consortium; Integration der Zeitschriften des Museums für Kunst und Geschichte (MAH); Informatisierungsprojekte der Bibliotheken des Kantonsgerichts (TCF) und des Amts für Kulturgüter (KGA); Informatisierungsprojekte für die Bibliotheken der Pädagogischen Hochschule (HEP), des Vitro Centre Romont (VCR) und des Stadtarchivs Freiburg (AVF).

#### 4.2.2.f Koordination mit der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (VFB)

Die aus Vertretern der Bibliotheken, Gemeinden, Schulen und des Staates bestehende Arbeitsgruppe für die Schul- und gemischten Bibliotheken hat ihren Auftrag erfüllt und der EKSD einen Bericht übergeben. Für das Personal der Freiburger Bibliotheken wurden mehrere Weiterbildungskurse durchgeführt, die teilweise von der EKSD subventioniert waren. Die Loterie Romande gewährte einen Unterstützungsbeitrag von 126 370 Fran-

ken, der vollständig an die öffentlichen und gemischten Bibliotheken verteilt wurde.

#### 4.2.2.g Veröffentlichungen

Zur Bekanntmachung ihrer Bestände und Aktivitäten oder im Rahmen von Kooperationen veröffentlichte die KUB folgende Schriften:

- «Paysages occupés / Besetzte Landschaften» von Yves André, Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg;
- Nachdruck «Le Fribourg des Mülhauser / Das Freiburg der Mülhauser»;
- «Chronique fribourgeoise 2007»;
- Themenblätter zur Ergänzung des KUB-Prospekts;
- halbjährlicher elektronischer Newsletter für den Lehrkörper der Universität;
- Prospekte Kulturprogramm 2008 und Kulturprogramm 2008/09;
- Cinéplus-Programm Frühjahr 2008 und 2008/09;
- «BCU Info», Nr. 58–60.

#### 4.2.3 Kulturelle Veranstaltungen

##### 4.2.3.a Ausstellungen

- «Henri Cartier-Bresson: l'imaginaire d'après nature» zum 100. Geburtstag des Fotografen;
- «Les oubliés de l'Empire» von Robert Ramser;
- «Paysages occupés / Besetzte Landschaften» von Yves André;
- «Edzard Schaper (1908–1984), Flucht und Bleibe»;
- «Freiburger Plakate»;
- «Chronique fribourgeoise» und «Volkskalender».

##### 4.2.3.b Veranstaltungen, Vorträge

Abendveranstaltungen in der Rotunde: «Gustave Courbet, l'homme blessé» von Gérard A. Jaeger; «La Philatélie entre histoire et économie: une passion et un art» mit der Grafikerin Martine Chatagny und Hubert Barras, Präsident des Freiburger Philatelisten-Verbands; «Henri-Cartier Bresson, l'œil du XX<sup>e</sup> siècle» von Pierre Assouline; «Presse futile, presse inutile» von Roger de Diesbach; «Erinnerungen an Niklaus Meienberg» im Rahmen des Welttags des Buches; «Paysages occupés: construire ou conserver» mit Beteiligung von Pierre-Alain Rumley, Direktor des Bundesamtes für Raumentwicklung, Hubert Dafflon, Vorsteher des Bau- und Raumplanungsamts, und weiteren Personen; «A la découverte de l'œuvre de Balthus» von Jacques Biolley; «Freiburger Chroniken und Chronisten von heute» für die 20. Ausgabe der «Chronique fribourgeoise» und die 100. Ausgabe des «Volkskalenders».

Mittagsveranstaltungen in der Rotunde: Führungen durch die Ausstellungen: «Le Fribourg des Mülhauser» mit Emmanuel Schmutz; «Das Freiburg der Mülhauser» mit Paul Mülhauser; «Henri Cartier-Bresson:

l'imaginaire d'après nature» mit Emmanuel Schmutz; «Les oubliés de l'Empire» mit dem Fotografen Robert Ramser; «Paysages occupés» mit dem Fotografen Yves André; «Edzard Schaper (1908–1984)» mit Prof. Dr. Barbara Hallensleben; «Freiburger Plakate» mit Claudio Fedrigo.

#### 4.2.3.c Cinéplus – der Filmklub

Im 31. Jahr von Cinéplus besuchten 1064 Personen die Vorführungen der 20 Filme, die einmal oder mehrmals gezeigt wurden. 3130 Schüler/innen schauten sich die im Rahmen der Schulvorführungen gezeigten Filme an.

#### 4.2.3.d Zusammenarbeit

Mitarbeit an der Website MEMO für den Kanton; «Homage à l'éditeur Paul Castella (1937–1988)»: Ausstellung im Collège du Sud in Bulle, Bereitstellung von Fotos und Dokumenten; «Bei Gott und den Gnädigen Herren zu Tisch. Die Goldschmiedekunst im Kanton Freiburg zwischen 1550 und 1850»: Ausstellung im Museum für Kunst und Geschichte Freiburg, Ausleihe von Dokumenten; Ausleihe von Abzügen der Fotografischen Ermittlung: Thema Freiburg, «L'âge critique» von Nicolas Savary im Rahmen der Ausstellung «Teen City» im Musée de l'Elysée in Lausanne; Ausstellung: «Le théâtre de la vraie vie», Fotos von Jacques Thévoz, im Bicubic, Romont; Ausstellung von Fotos von Jean Mülhauser im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst des Kantons Freiburg.

#### 4.2.4 Abteilung Sondersammlungen: Handschriften, Inkunabeln und Archive

##### 4.2.4.a Besondere Erwerbungen

«Chemin de fer Payerne-Rosé. Avant-projet». Avant-mètre et Rapport. 1869. 2 hs. Fasz. (Ankauf); Fragment eines Stundenbuches. 2 fol. Perg., Hs., 15. Jh. (Ankauf); François-Charles Nagot, «La vie et les vertus de M. Olier curé de St Sulpice, fondateur de la communauté et du séminaire du même nom, mort à Paris en odeur de sainteté en 1657 à l'âge de 48 ans». À Fribourg en Suisse 1793. 2 Bde., Hs. (Ankauf); Karl Gschwind, «Die Hadesfahrt Christi in der altchristlichen Litteratur». Autograph 1908 (= 2. Teil von «Die Höllenfahrt Christi: ihre Grundlage, Bezeugung und ihr ursprünglicher Sinn im Urchristentum», Diss. Freiburg, (Schenkung); Fragment eines Psalters. 2 fol. Perg., Hs., 15. Jh. (Schenkung); Musikfonds André Ducret (Schenkung); «Seminarium patristicum et archaeologicum Universitatis Friburgensis Helv.» Hs., 1899–1974 (Schenkung); Augusta Weldler-Steinberg, «Die Juden in der Schweiz im 16. und 17. Jahrhundert.» Masch., o. J. (Schenkung); «Mémoire sur les idées du canton de Fribourg touchant les appointements des officiers subalternes qui servent dans les compagnies avouées dudit canton. Recueil de tout ce qui s'est passé à cet égard depuis le mois de

mars 1701. Dressé par S.A.S. Mgr le Duc du Maine en 1729.» Hs., o. J. (Schenkung); verschiedene Dokumente von Prof. Pierre de Labriolle (Schenkung); persönliches und Familienarchiv von Nicolas Morard (Schenkung); Archiv der Conférence des Organisations Internationales Catholiques (Schenkung); Fotografie von Pius X. mit handschriftlicher und signierter Widmung für Georges de Montenach, 1907 (Schenkung); eigenhändiges Testament von Léon Savary. 1950 (Kopie; Schenkung).

##### 4.2.4.b Erschliessung

Klassierung der Neuzugänge: L 2102-2113 und der Inkunabeln Z 307, HF 524 sowie Soc. de lect. F 96. Klassierung der Nachlässe: Ergänzungen zum Schriftwechsel von Jean Gremaud, Papiere Max Perrier (2. Teil), Papiere Max de Diesbach, Papiere Georges Ducotterd (1. Teil). Vorbereitung des elektronischen Katalogs des Musikfonds André Ducret (1. Teil).

##### 4.2.4.c Restaurierungen

Hs. L 310: «Lancelot». Ende 13. Jh.; Inc Z 305: «Missale Lausannense». Lausanne, Jean Belot, 1 XII 1493; «Plan de la ville de Fribourg et des environs». Impr. Josué Labastrou [1881?]; «Généalogie de Guillaume comte et seigneur de Glane... dressée par F. Bernard de Lentzbourg abbé dicelle en 1762». Hs.; Archiv der Familie de Castella de Delley: Katasterplan von Delley. Hs., 19. Jh.; Archiv der Familie de Castella de Delley: «Plans géométriques composant le domaine de Vallenried». Hs., 1832.

##### 4.2.4.d Mikroverfilmung

Hs. L 509: Elie Ripon, Journal, Mitte 17. Jh.

#### 4.2.5 Abteilung Sondersammlungen: Druckschriften

##### 4.2.5.a Erwerbungen

	2008	2007
Monographien (total)	2101	2652
Pflichtabgabe	540	494
Abschlussarbeiten UNI + HES	748	818
Ankäufe	373	432
Schenkungen	440	908

349 (341) Plakate und 4 (9) geografische Karten wurden gesammelt.

Freiburger Zeitschriften als Pflichtabgabe	2008	2007
Eingegangene Faszikel	938	891
Neue Zeitschriftentitel	27	25

Besondere Neuzugänge: Schenkung der Bibliothek der Redemptoristen, Maison St-Joseph, Matran.

#### 4.2.5.b Freiburger Bibliografie (FB)

Jährliche Erschliessung	2008	2007
Aufnahmen mit FB-Indexierung	1094	958
Druckschriften	695	539
Audiovisuelle Dokumente	107	210
Analytische Aufnahmen	292	209
Leitaufnahmen	1913	203
Total der Aufnahmen:	29 681	(28 587)

#### 4.2.5.c Erschliessung und Benutzung

Die Konsultation alter Bücher und seltener Drucke umfasste 684 (487) Benutzungen mit insgesamt 1403 (1720) Bänden. 629 (1051) Titel bzw. 1368 (2863) Bände wurden katalogisiert und indexiert.

#### 4.2.5.d Konservierung und Buchbinderei

	2008	2007
Einbände	202	168
Vergoldungen	203	190
Broschüren	406	301
Beschnitte	206	432
Reparaturen beschädigter Bände	279	211
Spezialbehälter	76	125
Passe-Partouts	93	257

Die Buchbinder sind auch für die Reprografie und Verwaltung der Mikrofilme verantwortlich: 497 (433) Bestellungen mit insgesamt 5675 (5482) Fotokopien sowie 43 (30) Bestellungen von Kopien vollständiger Ausgaben von Freiburger Zeitungen wurden bearbeitet.

#### 4.2.6 Abteilung Sondersammlungen: audiovisuelle Dokumente

##### 4.2.6.a Erwerbungen

Audiovisuelle Dokumente als Pflichtabgabe	2008	2007
Tondokumente	102	210
Videodokumente	17	40
CD-ROMs	1	10
<b>Total</b>	<b>120</b>	<b>260</b>

Audiovisuelle Kulturgüter	2008	2007
Tondokumente	38	33
Videodokumente	30	38
<b>Total</b>	<b>68</b>	<b>71</b>

Die Postkartensammlung nahm um 101 Stücke zu. Hinzu kommen 50 Ektas, die ikonografisch die Murtenschlacht dokumentieren, und ein Teil des Fonds Edipresse, der den Kanton betrifft. Die Archivierung des Nachlasses Jean Mülhauser wurde mit der Digitalisierung von 1155 Fotos oder Glasplatten und der Herstellung von 90 Abzügen für Ausstellungszwecke fortgesetzt. 254 Fotos aus dem Fonds V. Buchs und 61 Fotos aus dem Fonds A. Cony wurden digitalisiert und ergänzt mit den Abzügen der Fotografischen Ermittlung «Paysages occupés / Besetzte Landschaften» von Yves André die Sammlungen.

Die Sammlung Freiburger Plakate wurde durch Werke von Willy Jordan (82 Plakate und Entwürfe), 6 alte Plakate und den Nachlass Charles Descloux (20 verschiedene Stücke) ergänzt.

Das Filmarchiv wurde mit dem Nachlass Emile Fessler und Werken von A. Betticher erweitert. Diese Dokumente wurden auf digitale Träger kopiert.

Aus konservatorischen Gründen wurden 1579 (1330) Dokumente kopiert. Die Ton- und die Videoregie wurden während 2205 (2322) Stunden genutzt.

#### 4.2.6.b Benutzung

226 (372) Bilddokumente wurden von kantonalen Dienststellen, Medien, Verlagen, Gemeinden, Unternehmen, Kulturstiftungen und Privatpersonen genutzt.

#### 4.2.7 Informatikabteilung

Wichtigste Projekte:

- neue RERO-Architektur ab 2009 (Virtua Consortium): Tests, Konfiguration, Korrekturen, Vorbereitung der Migration;
- Integration der Ressourcen: Erstellung einer Liste der elektronischen Zeitschriften und Einführung eines Linkservers (SFX);
- Aufschaltung der digitalisierten Tageszeitungen 1865-1920 (La Gruyère, La Liberté, Freiburger Nachrichten);
- Bereitstellung einer interaktiven Klassifizierung der Freiburger Bibliografie;
- Digitalisierter Zettelkatalog: Beginn einer Sortieraktion, um Zettel auszuscheiden, welche sich auf Dokumente beziehen, die bereits in den allgemeinen elektronischen Katalog integriert sind;
- Ersetzung der Arbeitsstationen der Benutzungsabteilung durch Arbeitsstationen, die an das Netz der Universität angeschlossen sind.

## 4.2.8 Erwerbungsabteilung

### 4.2.8.a Statistiken

<i>Erworbene Dokumente</i>	2008	2007
Ankäufe aus dem Budget der Zentrale	10 176	9 520
Ankäufe aus dem Budget der Universität	13 649	14 509
Ankäufe aus Sonderkrediten	1 327	1 449
Schenkungen	3 750	4 333
Pflichtabgaben (inkl. audiovisuelle Träger)	1 471	1 469
Tausch	598	588
Deposita	675	1 400
Zeitschriften: neue Abonnemente	82	83
Zeitschriften: Sonderhefte	429	424
<b>Total</b>	<b>32 157</b>	<b>33 775</b>
<i>Erworbene Zeitschriften</i>		
Anzahl Titel	5 067	5 073
Elektronische Zeitschriften (Titel)		
– über das Konsortium lizenzierte Titel	6 759	5 272
– ausserhalb des Konsortiums lizenzierte Titel	938	795
– nachgewiesene unentgeltliche Titel	20 229	16 442
Datenbanken (auf CD-ROM und online)	390	384

Die Verwaltung der eingegangenen Zeitschriften auf Papier umfasste 22 716 Faszikel.

### 4.2.8.b Konsortium

Die KUB setzte ihre Mitarbeit im Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken mit den übrigen Schweizer Universitäten, den Technischen Hochschulen, den Fachhochschulen und der Nationalbibliothek fort. Das Konsortium schliesst Lizenzen für Datenbanken und elektronische Zeitschriften ab, um eine koordinierte Versorgung der Hochschulen zu relativ günstigen finanziellen Bedingungen zu gewährleisten. Ursprünglich vom Bund subventioniert, wird es seit 2006 vollständig von seinen Mitgliedern getragen.

### 4.2.8.c Buchbinderei und Ausrüstung (inkl. Arbeiten für die Universität)

	2008	2007
Von externen Unternehmen gebundene Bände	8 610	6 728
Etikettierte Bände	58 765	61 618
Mit Magnetstreifen versehene Bände	21 938	24 401

## 4.2.9 Katalogisierungsabteilung

### 4.2.9.a Formalkatalogisierung

<i>Bände</i>	2008	2007
Neuaufnahmen	31 325	35 917
Rekatalogisierung	41 886	45 568
Verschiedenes	3 420	2 505
<b>Total KUB</b>	<b>76 631</b>	<b>83 990</b>
Assoziierte Bibliotheken	14 620	6 869
<b>Total</b>	<b>91 251</b>	<b>90 859</b>

### 4.2.9.b Sachkatalogisierung

	2008	2007
Von der KUB bearbeitete Bände	17 186	18 203
Von einer anderen Bibliothek bearbeitete Bände	25 667	19 397
Nicht erschliessbare Bände	34 605	42 476
Leitaufnahmen	4 798	4 704
<b>Total</b>	<b>82 256</b>	<b>84 780</b>

Die Universitätsbibliothekare leisteten 26% (37%) der Formalkatalogisierung und 37% (40%) der Sachkatalogisierung. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Westschweizer Bibliotheksverbund (RERO) wurden 52% (46%) der Formalkatalogisierung bzw. 60% (52%) der Sachkatalogisierung für die Dokumente der KUB bereits von den anderen Partnern geleistet, wenn man nicht erschliessbare Titel und Leitaufnahmen ausser Betracht lässt.

Der lokale Katalog der KUB umfasst 1 232 100 (1 170 797) Aufnahmen, die 1 651 101 (1 565 074) Bänden entsprechen.

### 4.2.9.c Rekatalogisierung

Die Erfassung der Bestände der Fächer ökumenische Studien (ISO), allgemeine Geschichte (SHG) und historische Hilfswissenschaften (SHW) ist abgeschlossen. Ergebnisse der Rekatalogisierung:

- in der Zentrale: 29 788 Bände (21 111);
- in der Universität: 12 098 Bände (24 457).

Von 1985 bis 2008 wurden 623 541 Bände rekatalogisiert, davon 41 886 (45 568) im Berichtsjahr.

#### 4.2.10 Benutzungsabteilung

##### 4.2.10.a Statistik

Dokumente:	2008	2007
Heimausleihe inkl. Mediathek	308 659	293 669
(davon Mediathek allein)	76 566	74 201
Ausleihe in den Lesesaal	14 412	13 160
Ausleihe durch die Bibliothek an der Universität	83 783	86 831
Ausleihe von auswärtigen Bibliotheken	8 629	7 594
Ausleihe an auswärtige Bibliotheken	9 163	8 484
Versand bestellter Fotokopien	1 024	776
Eingang bestellter Fotokopien	625	644
<b>Total</b>	<b>426 295</b>	<b>411 158</b>
Zugänge von Benutzern zu den Magazinen (geschätzt)	3 600	3 600
Versand bestellter Kopien von Freiburger Zeitungen	422	432

In diesen Zahlen nicht enthalten sind Werke, die direkt in den Magazinen, in den Lesesälen der KUB-Zentrale und in den Freihandbereichen der Bibliotheken an der Universität benutzt wurden.

##### 4.2.10.b Magazine

Um präzisere Angaben über das Wachstum der Bestände zu erhalten, wurde eine Inventarisierung begonnen, die 2009 abgeschlossen wird.

##### 4.2.10.c Nutzung der elektronischen Angebote

Bei den über das Konsortium abonnierten Zeitschriften wurden 158 000 Artikel konsultiert. Mehr als 330 000 Recherchen wurden in den 390 Online-Datenbanken vorgenommen. Ca. 500 000 Besuche der KUB-Website wurden verzeichnet.

##### 4.2.10.d Benutzerschulung

Die KUB-Zentrale veranstaltete 25 Führungen, an denen insgesamt 600 (642) Personen teilnahmen; sie bietet ihren Benutzern ein Einführungsprogramm in die Bibliotheksbenutzung und in das Bibliografieren an. Das in das Universitätsstudium integrierte Programm wurde von mehr als 750 Studierenden genutzt.

##### 4.2.11 Abteilung Beauregard

Ausgeliehene Dokumente	2008	2007
über die KUB-Zentrale	15 675	15 267
direkt in der KUB-Beauregard	528	512
<b>Total</b>	<b>18 578</b>	<b>15 280</b>
Bestellungen über den digitalisierten alten Zettelkatalog	774	997

In Hinsicht auf die Retrokonversion des Zettelkatalogs wurde die Rekatalogisierung der bisher nur in summarischen Einträgen beschriebenen Dokumente fortgesetzt. Eine partielle Neuordnung des Lagerraums hat begonnen.

Die Bearbeitung der Bibliothek der Stiftung Archivum Helveto-Polonicum (AHP) wurde fortgesetzt; insgesamt sind 15 500 Titel im elektronischen Katalog verzeichnet.

##### 4.2.12 Dezentrale Bibliotheken an der Universität

Dank der in Miséricorde unternommenen Arbeiten konnte ein von der Bibliothek für Geschichte und Theologie und der Bibliothek der Rechtswissenschaftlichen Fakultät gemeinsam genutzter grosser Raum eingerichtet werden (mehr als 100 Arbeitsplätze sowie Compactus-Anlagen). Eine Arbeitsgruppe wirkte an der Einrichtung eines Bibliotheksportals auf der Website der Universität mit, das Anfang 2009 aufgeschaltet wird. Die Ausbildung der Studierenden im fachspezifischen Bibliografieren wird unter Leitung eines Ausbildners und mit aktiver Beteiligung der Bibliothekare der Universität fortgesetzt.

## 5. Konservatorium

### 5a Auftrag

Das Konservatorium hat als Hauptaufgabe, Gesangs- und Instrumentalunterricht auf allen Stufen sowie Tanz- und Schauspielunterricht zu erteilen. Dieser Unterricht wird in verschiedenen dezentralisierten Unterrichtsorten der Bezirke angeboten.

Direktor: Giancarlo Gerosa

### 5b Tätigkeit

#### 5.1 Kommission des Konservatoriums

Die Kommission des Konservatoriums tagte zweimal. Sie hat die Rechnung 2007 gutgeheissen und einen positiven Vorentscheid für den Voranschlag 2009 getroffen. Unter anderem wurden folgende Themen behandelt: Änderung des Gesetzes über die kulturellen Institutionen des Staates, Einführung der Vorberufsklassen, Postulat von François Morel und Patrice Morand betreffend Dezentralisierung der Gruppenkurse und Verstärkung der regionalen Unterrichtsorte, Eingliederung der Berufsklassen in die Institution Konservatorium-Musikhochschule Lausanne.

#### 5.2 Schüler/innen und Studierende

Statistische Angaben vom Juni 2008 (Juni 2007).

##### 5.2.1 Einteilung nach Fach (Konservatorium)

Einzelkurse: 4621 (4582) Schülerinnen und Schüler  
 Klavier 1304 (1303); Gitarre 426 (423); Trompete 413 (415); Geige 334 (346); Querflöte 338 (331); Blockflöte 277 (283); Gesang 233 (234); Klarinette 163 (170); Saxophon



138 (133); Klavier Jazz 134 (130); Cello 93 (90); Schlagzeug Jazz 94 (88); Gitarre Jazz 86 (85); Euphonium und Tuba 80 (84); Schlagzeug klassisch 78 (68); Es-Horn 52 (44); Akkordeon 36 (41); Posaune 42 (40); Harfe 33 (37); Keyboard, Synthesizer und musikalische Informatik 33 (35); Oboe 28 (31); Horn 26 (24); Orgel 20 (18); Fagott 17 (17); Bratsche 8 (11); Saxophon Jazz 9 (8); Cembalo 7 (5); Blasmusikdirektion 6 (3); Kontrabass Jazz 2 (2); Kontrabass klassisch 2 (1).

Kollektivkurse: besucht von 341 (349) Schülerinnen und Schülern

Musikalische Früherziehung: Jaques-Dalcroze 74 (63), Willems-Methode 53 (58), Orff-Methode 33 (28); Musiklehre – Gehörbildung (Vorbereitungszertifikat I und II) 94 (99); Ballett 53 (54); Schauspielunterricht 23 (36); Chorleitung 7 (8); Jazzensemble 0 (3); Orchestration 4 (3).

### 5.2.2 Einteilung nach Fach (Musikhochschule)

Einzelkurse: 75 (76) Studierende

Klavier 15 (17); Gesang 9 (8); Geige 11 (11); Trompete 6 (7); Gitarre 1 (4); Lehrdiplom für Instrumental- und Vokalunterricht an Schulen der Sekundarstufe I und II (LDS) 13 (10); Blasmusikdirektion 7 (7); Chorleitung 3 (2); Horn 3 (3); Klarinette 3 (3); Harfe 1 (2); Orgel 3 (2).

Kollektivkurse: besucht von 259 (252) Studierenden

Fugen- und Sonatanalyse 15 (23); Arrangement 4 (4); Chorleitung 2 (9); Satzlehre 31 (33); Harmonie am Klavier 7 (5); Musikgeschichte 30 (33); Pädagogik 12 (14); Gehörbildung 21 (18); Neuzeitliche Musik 42 (39); Lyrisches Atelier 8 (5); Musikdidaktik 4 (4); Harmonisation 12 (7); Improvisation 9 (3); Mentorat 5 (4); Kammermusik 43 (42); Orchestration 0 (7).

### 5.2.3 Einteilung nach Stufen

Konservatorium (Schüler): Unterstufe 2591 (2590); Mittelstufe 1162 (1168); Sekundarstufe 586 (582); Amateurzertifikatsstufe 205 (208); Vorstudienzertifikatsstufe 67 (55).

Musikhochschule (Studierende): Lehrdiplom 56 (56); Konzertdiplom, Virtuositäts- und Solistendiplom 15 (20).

### 5.2.4 Einteilung nach Alter und Geschlecht (MS und MHS)

2261 (2390) Lektionen wurden von noch nicht 18-jährigen Schülerinnen besucht;

1449 (1481) Lektionen wurden von noch nicht 18-jährigen Schülern besucht;

915 (674) Lektionen wurden von über 18-jährigen Schülerinnen besucht;

643 (492) Lektionen wurden von über 18-jährigen Schülern besucht.

### 5.2.5 Zertifikate und Diplome

Musikschule:

- 8 (6) Vorstudienzertifikate: Gesang, Euphonium, Gitarre, klassisches Schlagzeug, Klavier.
- 19 (30) Amateurzertifikate: Gesang, Chorleitung, Euphonium, Blockflöte, Querflöte, Oboe, Orgel, Klavier und Geige.

Musikhochschule:

- 2 (3) Konzertdiplome: Klavier, Geige.
- 8 (13) Lehrdiplome: Klarinette, Horn, Blasmusikdirektion, Instrumental- und Vokalunterricht an Schulen der Sekundarstufen I und II (LDS), Harfe, Klavier, Trompete.

### 5.3 Examen (Konservatorium und Musikhochschule)

Die Übertrittsprüfungen (Eintritt in Mittelstufe, Sekundarstufe und Zertifikatsklasse), Zwischenprüfungen (Zertifikatsklassen und Berufsklassen), Ausscheidungs- und Schlussprüfungen zur Erlangung des Amateurzertifikates, des Studienzertifikates, des Lehrdiploms sowie des Chorleitungs- Virtuositäts- und Konzertdiploms wurden zwischen Januar und Juni durchgeführt. Diese Prüfungen wurden von 80 (73) Experten bewertet: 57 (51) externe Experten, 11 (10) Lehrpersonen, 7 (7) Abteilungsleiter, 5 (5) künstlerische Berater. Der Direktor präsierte die Jury aller Examenssessionen für den Eintritt in die Zertifikatsklasse, der Zwischenprüfungen der Zertifikatsklassen (Amateur- oder Studienzertifikate) und der Schlussprüfungen zur Erlangung des Amateur- und Studienzertifikates. Das Jurypräsidium für die Aufnahmeprüfungen, verbunden mit den Zertifikatsabschlussprüfungen und allen weiteren Prüfungen der Sektion Musikhochschule, übernahm die Verantwortliche der Berufsklassen. Die externen Experten wurden aus der Liste der Fachhochschule Westschweiz, Bereich Musik, gewählt und die Prüfungen wurden nach den neuen Prüfungsrichtlinien durchgeführt. Um das Ausbildungsniveau zu gewährleisten, wurden die Bestände und Aufnahmen gemeinsam verwaltet, wobei eine Absprache zwischen allen Westschweizer Partnern der Musikhochschulen erfolgte.

#### 5.3.1 Konservatorium:

Musik (Instrumente, Gesang, Chorleitung, Blasmusikdirektion, Jazz): 1054 Examen.

Eintritt in die Mittelstufe: 577; Eintritt in die Sekundarstufe: 255; Eintritt in die Zertifikatsklassen: 109; Zwischenprüfungen: 60; Schlussexamen für das Amateurzertifikat 71; Schlussexamen für das Studienzertifikat: 17.

Schauspielunterricht: 18 Examen (in allen Stufen).

Ballett: 27 Examen (in allen Stufen).

### 5.3.2 Musikhochschule:

Aufnahmeprüfungen: Konzert- oder Solistendiplome 13 (7), Bachelor 11 (20), Zwischenprüfungen der Berufsklassen: 47 (62); Ausscheidungs- und Schlussprüfungen (Hauptfach und obligatorische Fächer) zur Erlangung des Lehrdiploms, Konzertdiploms oder Virtuositätsdiploms 44 (55).

Während des Schuljahres haben 80 (73) Experten 1214 (1127) Examen bewertet.

### 5.4 Musikhochschule

Die Vereinbarung zwischen den Kantonen Waadt und Freiburg, welche die Integration der Berufsklassen ins Konservatorium Lausanne vorsah, bildete das Hauptthema des Jahres 2008. Daraus ergaben sich u.a. folgenden Änderungen:

- Entlassung der Lehrpersonen und des administrativen Personals durch den Staat Freiburg;
- Wiederanstellung des administrativen Personals durch das Konservatorium Lausanne;
- teilweise Wiederanstellung der Lehrpersonen durch das Konservatorium Lausanne, gestützt auf die übernommenen Unterrichtsfächer;
- Übernahme der Studierenden (78) mit Ausnahme der kantonalen Diplome: Lehrdiplom für Instrumental- oder Vokalunterricht an Schulen der Sekundarstufen I und II (LDS) und Zertifikat für Chor- und Blasmusikleitung;
- Einzelgespräche mit allen Lehrpersonen;
- Umwandlung der Studiengänge ins Bologna-System gemäss den Modalitäten der Fachhochschule Westschweiz, dies mit dem Einverständnis der Studierenden;
- regelmässige Informationssitzungen;
- Anpassung der Parameter aller Studiengänge und Kurse gemäss dem Informatiksystem des Konservatoriums Lausanne;
- Reform der angebotenen Studiengänge im Hinblick auf die Harmonisierung aller drei Standorte Lausanne, Sitten und Freiburg;
- Erarbeitung eines Reglements für das Verhältnis zwischen dem Konservatorium Freiburg und dem Standort Freiburg des Konservatoriums Lausanne.

Das Diplom ist gesetzlich durch zwei Systeme geregelt: Der Ausbildungsgang, der zum kantonalen Diplom führt, und das Bologna-System, welches vor allem von der bereits erfolgten Akkreditierung des Konservatoriums Lausanne profitiert. Einige Studierende, deren Abschluss für Juni 2008 geplant war, konnten ihr Studienjahr verlängern, um das begonnene Studium mit einem Hochschulabschluss des BBT zu beenden.

Die gemeinsamen Projekte mit den anderen Westschweizer Standorten wurden mit Erfolg weitergeführt, ebenso die bestehenden Kurse. Die verantwortlichen Lehrpersonen für Forschung und Entwicklung absol-

vierten mit zehn Studierenden ein dreitägiges Seminar; alle Diplomarbeiten wurden vorgetragen und ausgewertet. Sechs Vortragsübungen für Kammermusik und zwei Projekte für neuzeitliche Musik wurden durchs Jahr geboten. Mehrere Seminare und Tagungen für Improvisation, das Atelier Lied und Melodie, die Kurse für Klavierbegleitung und zwei Ensemblesessionen für Blechbläser, diese auch in Zusammenarbeit mit dem Konservatorium Neuenburg, beendeten ihre Aufgabe jeweils mit einem Konzert.

Das 3. Konzert der Preisträger der Musikhochschule durfte am 10. Oktober einem breiten Publikum im Podium Düdingen dargeboten werden. Vom 8. bis 13. September wurden die Tage der geistlichen und improvisierten Musik organisiert, und zwar mit dem Ziel, die Einführung des neuen Studiengangs «Master Musique Sacrée» im Herbst 2009 bekannt zu machen. Mehr als 30 Veranstaltungen, Konzerte, pädagogische Ateliers, Meisterkurse und Konferenzen wurden von Studierenden, Lehrpersonen und auswärtigen Besuchern verfolgt. Dazu wurde eine informationsreiche Broschüre realisiert und ein breites Medieninteresse angeregt; Espace 2 brachte laufend Interviews mit Musikern und Auszüge mehrerer Konzerte.

Der pädagogische Rat, welcher aus den Lehrpersonen und der Direktion besteht, tagte zweimal und die beratende Kommission der Studiengänge sowie das Forum für Studierende hatten zehn Treffen. Seit dem 1. September 2008 sind die Berufsklassen im Konservatorium Lausanne, klassische Abteilung, Musikhochschule, als Standort Freiburg integriert.

#### 5.4.1 Arbeiten im Bereich Musik der Fachhochschule Westschweiz

Die Integration der Studierenden des Standorts Freiburg im Bereich Musik hat zur Folge, dass alle vom Fachhochschulstatus profitieren.

Die Masterstudiengänge für Musik haben in allen Institutionen der Fachhochschule begonnen. Im Standort Freiburg befinden sich 15 Studierende im Masterstudiengang. Der Master für geistliche Musik «Master Musique Sacrée» beginnt im September 2009.

### 5.5 Lehrpersonal und neue Studiengänge

Im Schuljahr 2007/08 erteilten die 206 (208) Lehrpersonen im Durchschnitt wöchentlich 2981 (3120) Unterrichtsstunden (110 Vollzeitstellen für die Musikschule und 12 Vollzeitstellen für die Berufsklassen). Im Jahr 2008 wurde ein neuer Studiengang in der Vorbereitungs-klasse für Schauspielunterricht eingeführt; 5 Lehrpersonen wurden angestellt, und seit September besuchen 7 Schülerinnen und Schüler diesen neuen Studiengang. Das Konservatorium wird auch von den Studierenden der Kollegien besucht (Kollegium St. Michael, Kollegium Hl. Kreuz und Kollegium des Südens), dies im Rahmen des Schwerpunktfachs Musik. Unter anderem

haben Lehrpersonen der Musikschule sämtliche Kurse des Zweitinstrumentes für die Studierenden des Konservatoriums Lausanne – Standort Freiburg erteilt.

### 5.6 Kulturelle Aktivitäten

Der Jahresablauf am Konservatorium ist für Eltern und Musikliebhaber durch mehrere hundert Vortragsübungen (300 während des Schuljahrs 2007/08; 180 Vortragsübungen in Granges-Paccot und 120 in den Aussenstellen), durch öffentliche Diplomprüfungen für Lehr- und Konzertdiplome sowie weitere Konzerte gekennzeichnet. Besonders erwähnt seien hier folgende Veranstaltungen:

- 14. März, Lehrerkonzert mit Guy Michel, Tuba, und Anna de Capitani, Klavier;
- 14. März, Vorstellung des neuen Cembalos durch Jean-Marie Chabloy und Maurizio Croci;
- 19. April, Konzert in der Kirche des Kollegiums Sankt Michael, Eric Crausaz gewidmet;
- 26. April, Tag der offenen Türe in Granges-Paccot;
- 12. September, Preisübergabe von Suisseculture;
- 6. November, Vorstellung des neuen Pianoforte durch Mirko Weiss und Philippe Morard;
- 17. November, Lehrerkonzert mit Nancy Benda, Geige, Niall Brown, Cello und Denise Benda, Klavier.

### 5.7 Pädagogisches

Im Schuljahr fanden zahlreiche pädagogische Treffen und Weiterbildungsprogramme statt; diese Aktivitäten gaben den Musikschülerinnen und -schülern, den Berufsschülerinnen und -schülern und den Lehrpersonen Gelegenheit, ihre Ausbildung in folgenden Aktivitäten zu verbessern:

- 2. Februar, Meisterkurs mit Stefan Ruf, Horn;
- 16. Februar, 8. März, 17. Mai und 7. Juni, fächerübergreifende Weiterbildung mit Agnès Toscanelli, Thema: «Kommunikationswerkzeuge zur Führung eines Unternehmens»;
- 1. März, Weiterbildung und Meisterkurs mit Marc Copland, Klavier Jazz;
- im 1. Semester, 3 Lehrgänge für Ballettklassen mit Jovita Weibel;
- 12. April, Weiterbildung mit Daniel Moresi, Gitarre, Thema: Flamenco;
- 18. April, Meisterkurs mit Désiré N’Kaoua, Klavier (MHS);
- 2. bis 4. Juni, Meisterkurs mit Francis Vidil, Klavier Improvisation (MHS);
- 13. und 14. Juni, Weiterbildung für die Gesangsklassen mit Julie Beauvais, Regisseurin und Komödiantin;
- im 2. Semester, 3 Lehrgänge für Ballettklassen mit Hans Meister;
- 25. August, Weiterbildung mit Erika Schneiter, Thema: Ballett Barockstil;

- 26. August, Weiterbildung mit Eveline Noth, Thema: Blockflöte – Neuzeitliche Musik;
- 26. August, Weiterbildung mit François Karth, Thema: Austausch pädagogischer Kenntnisse;
- 27. August, Weiterbildung mit Istvan Varga, Thema: Die Rhythmik;
- 27. August, fächerübergreifende Weiterbildung mit Gerhard Wolters, Thema: «Die Unterrichtsformen»;
- 8. und 15. November, Weiterbildung mit Nicola Spillman, Streicher;
- 13. Dezember, Meisterkurs mit Thomas Grossenbacher, Cello.

### 5.8 Internetseite

Auf der Internetseite des Konservatoriums – welche seit 2006 mit dem neuen Informatiksystem geführt wird und so einen einheitlichen und ansprechenden Internetauftritt der Institutionen des Staates sicherstellt – wurden 84 000 Besuche registriert (88 000 im Jahr 2007).

## 6. Museum für Kunst und Geschichte

### 6a Aufgabe

Hauptaufgabe des Museums für Kunst und Geschichte ist es, der Öffentlichkeit, den Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Forschenden die Möglichkeit zu bieten, das künstlerische und geschichtliche Kulturgut des Kantons sowie die verschiedenen früheren und zeitgenössischen Gestaltungsformen im Bereich der visuellen Künste kennenzulernen. Zudem soll es die Bestandesaufnahme und Restaurierung der Kunstsammlungen des Staates gewährleisten.

Direktorin: Yvonne Lehnerr

### 6b Tätigkeit

#### 6.1 Kommission

Die Kommission und der Ausschuss sind zweimal zusammgetreten. Sie haben die Jahresrechnung geprüft, den Voranschlag für 2008 angenommen und die Ankaufsvorschläge gutgeheissen. Sie wurden zu den damit verbundenen Projekten sowie zur Wahl der neuen Direktorin/des neuen Direktors des Museums befragt.

#### 6.2 Personal

Temporäre Anstellung mehrerer Praktikanten, Zivildienstleistenden und wissenschaftlichen Assistenten für Vorbereitungsarbeiten bei Sonderausstellungen. Drei Studierende von Universitäten absolvierten ein jeweils dreiwöchiges Museumspraktikum.

#### 6.3 Ausstellungen

Virginia Muro; Gärten (28.09 bis 24.02.08) / Gott weiblich. Von der orientalischen Göttin zum Marienbild (07.12 bis 09.04.08) / Jean Crotti (06.06 bis 14.09.08) / Bei Gott und den gnädigen Herren zu Tisch – Die Gold-

schmiedekunst im Kanton Freiburg zwischen 1550 und 1850 (21.11 bis 15.03.09)

Insgesamt wurden die erwähnten Ausstellungen und die Dauerausstellung von 19 236 (12 790) Personen besucht, darunter 146 (165) Schulklassen mit insgesamt 2426 (2717) Schülerinnen und Schülern. Dies ergibt einen Tagesdurchschnitt von 64 (43) Besuchern.

Die Direktorin leitete 16 (37) Führungen, die Vizedirektorin 12 (22), die wissenschaftliche Mitarbeiterin 4 (2), die Adjunktin der Direktion 31 (17) und externe Personen 61 (18). Insgesamt gab es somit 124 (90) Führungen. Neben den Freiburger Schulklassen haben zahlreiche Vereine und Gruppen der Nachbarkantone das Museum und seine Ausstellungen besucht.

Das Museum war wegen Arbeiten vom 21.04 bis 12.05. geschlossen.

### 6.3.1 Entdeckungen von 6 bis 7

Monatliche Vorstellung eines Werks der Museumsammlung gegen Abend. Dem Publikum wurden zehn Vorträge mit anschliessender Diskussion von Fachleuten geboten.

### 6.3.2 Sonntags ins Museum

Jeden ersten Sonntag des Monats zwischen 11 und 12 Uhr sind Jugendliche und Erwachsene eingeladen, mit einer Führerin oder einem Führer einen besonderen Gesichtspunkt unserer Dauerausstellung zu entdecken. Während dieses Besuches wird den begleitenden Kindern (4–10 Jahre) eine geeignete Betätigung angeboten. Diese Veranstaltung fand zehn Mal statt.

### 6.3.3 Ma Me Mi Mo Mu

Anders gesagt: «Mangeons mercredi midi un morceau au musée» (mittwochs zum Picknick ins Museum). Während der Mittagspause präsentiert das Museum ein Werk der Sammlung (Dauer: 10 Minuten). Die Besucher haben anschliessend die Möglichkeit, im Garten oder in der Eingangshalle des Museums einen Imbiss einzunehmen. Insgesamt wurden jeweils mittwochs um 12.15 Uhr 40 Werke vorgestellt.

### 6.4 Wissenschaftliche Tätigkeit und Publikationen

Das Museum für Kunst und Geschichte beteiligt sich weiterhin am Forschungsprojekt des Schweizerischen Nationalfonds über die Freiburger Skulptur in der Zeit von 1500 bis 1550 («Zwischen Gotik und Renaissance – Die Freiburger Plastik aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts»); vom 15. bis 17. Mai 2008 fand im Museum eine internationale Tagung zum Thema «Die spätgotische Plastik Freiburg i. Ue. im europäischen Kontext» statt.

Daneben ist das Museum weiter in der trinationalen Arbeitsgruppe «Sculpture médiévale dans les Alpes» (mittelalterliche Skulptur im Alpenraum) (Italien / Frankreich / Schweiz) tätig.

Folgende Publikationen wurden unter der Direktion oder mit Beteiligung seiner Mitarbeitenden vom Museum herausgegeben: Jean Crotti, Museum für Kunst und Geschichte – Die Sammlung, herausgegeben in 4 Sprachen, MAHF.

Es erschienen sechs neue «Museumsblätter» (kurze Werkmonografien); sie ergänzen die 67 seit 1997 veröffentlichten Blätter.

Die Inventarisierung und Konservierung der Sammlungen des Museums, 2008–2012, ist in Gang: 3900 Werke wurden inventarisiert.

### 6.5 Internetseite

Die Internetseite des Museums verzeichnete 110 073 (121 328) Besuche.

### 6.6 Schenkungen und Deposita

#### 6.6.1 Schenkungen

Malerei: José Chassot: Adolf Walzer, Porträt von Bertha Rauh, 1872, Öl auf Leinwand; idem, Porträt von Joseph Rauh, um 1872, Öl auf Leinwand; Liliane Dupertuis: Edouard John E. Ravel, Cour du château d'Estavayer-le-Lac, letztes Drittel des 19. Jh.; Öl auf Leinwand.

Druck- und Grafikwerke: Stanislas Arczynski: Yoki, Marseille, 1949, Gouache auf Papier; Paul Robert, La Grand'Fontaine, undatiert, Lithographie; Germaine Ernst, Rio dell'Oro, undatiert, Radierung 3/25. Yves Baumann: Paul Pontius nach Pierre-Paul Rubens, Jésus tombe sous le poids de la croix, 1632, Kupferstich. Erika Billetter: Martin Disler, Sans titre, 1982, Bleistift, Aquarell und Filz. Roger und Myriam Favre: Hermine Haas-Favre, Porträt von Jean-Paul Haas, 1917, Pastell auf Papier; idem, Porträt von Violette Bourquin, 1927, Pastell auf Papier; idem, Ex-voto, 1941, Chinatusche, Gouache und Lack auf Tafel; idem, Der Rotsee in Luzern, 1924, Pastell auf Papier; idem, Vorfrühling, 1917–1920, Pastell auf Papier; idem, Le Catogne vu du mayen des Favre à Verbier, 1940, Aquarell auf Papier; idem, Serie von 124 Skizzen 1910–1920, verschiedene Techniken auf Papier; Oscar Cattani, Serie von 21 Skizzen, 1. Viertel des 20. Jh., verschiedene Techniken. André Genoud, Inhaber-Obligation über 500 Franken, emittiert vom Staat Freiburg und Talon, 1903, Druck. Marc Roubaty: Ferdinand-Louis Kretschmann nach D. Qualio, Freyburg in der Schweiz, um 1850, Lithographie; Hermann Schöpfer: Antoine Aveline, Sixième livre de formes, 1736, 7 Kalt-nadeldrucke; Bruno Baeriswyl, Cahier Xylon 32, 1974, Holzschnitt; Serie von 26 Devotionsbilder, graviert, 18.–19. Jh.; Serie von 33 Briefmarken von Freiburger Kunstschaaffenden, herausgegeben vom Eidg. Schützenfest in Freiburg, 1934; 2 Seidenstickereien auf Papier, 19. Jh.; Unbekannt, Combat de David et Goliath, 16. Jh., Holzschnitt; Unbekannt, Samson ouvrant la gueule du lion, 16. Jh., Holzschnitt; William Henry Bartlett, Defile of Gotteron, 1836, Stahlstich; Unbekannt, Ermite et chapelle, 1. Hälfte des 19. Jh.; Unbekannt, Chaumière, um

1800, Tuschezeichnung; Serie von 15 Tafeln Moderner Kunst, 1878-1892, Holzschnitt.

Kunsth Handwerk: Alfons Brügger: Set von Andachtsgegenständen in Ergänzung des Depositums im Vorjahr, 19. Jh., verschiedene Techniken. Thomas Loertscher: Charles de Castella, zugeschr. (1737-1823), Stuhl, Holz und Wolle. Charles Veillard: Manufaktur von François-Charles Gendre, Teller mit Blumenmotiv, letztes Viertel des 18. Jh., Fayence; Manufaktur von Creil, Teller «Des environs de Fribourg», 1804-1840, Fayence, monochrom. Hermann Schöpfer: Likörflasche von Sulzberger, Thoune, hergestellt in Lentigny, erste Hälfte des 20. Jh., Nachlass Philippe und Noëlle von der Weid: *Hochzeits-scheibe* von Nicolas d'Amman und Maria Bénédicte Techtermann, 1691, Glas und Blei; Wappenscheibe von Jean-Daniel von der Weid, 1709, Glas und Blei; Wappenscheibe von François Nicolas von der Weid, 1660, Glas und Blei; Wappenscheibe von Nicolas von der Weid, 1701, Glas und Blei; Wappenscheibe von Simon Petermann von der Weid, 2. Hälfte des 17. Jh., Glas und Blei; Hochzeits-Wappenscheibe von François Pierre von der Weid und Marie Elisabeth Wild, 1651, Glas und Blei; Wappenscheibe von Peter Schroeter, 1669, Glas und Blei; in Weissglas eingeritztes Wappen von Laurent von der Weid, 1787; in Weissglas eingeritztes Wappen von Jean Nicolas von der Weid, 1787; kleines Andachts-Kruzifix, 18. Jh., Holz, polychrom gefasst.

### 6.6.2 Deposita

Stiftung für moderne und zeitgenössische Kunst (FAMC): Jean Tinguely, Brief an Claude Pompidou, 8.2.1988, gemischte Technik auf Karton; Sabine Hofkunst, Tagebuch, 2001-2003, Aquarell auf Papier, geleimt auf Leinwand. Greyerzer Museum, *Grand banc aux armoiries Erhart-Wild*, 15. Jh., Holzskulptur. Kirchgemeinde Schmitten, sieben mit Wappen verzierte Weissgläser, 1767.

### 6.7 Ankäufe

Malerei: Johann Friedrich Dietler (zugeschr.), Offiziersporträt, um 1850, Öl auf Leinwand; Jules Girardet, Porträt von Pierre Lacaze, 1876, Öl auf Leinwand; Unbekannt, Porträt von François Nicolas von der Weid (1650-1721), 1700, Öl auf Leinwand; idem, Porträt von Marie Christine Griset de Forel, um 1700, Öl auf Leinwand; idem, Porträt von Nicolas von der Weid, Ende 17. Jh., Öl auf Leinwand; idem, Porträt von Marie Ursule Eléonore d'Alt, Ende 17. Jh., Öl auf Leinwand; idem, Porträt von Anne d'Amman (1729-1809), Mitte 18. Jh., Öl auf Leinwand; idem, Porträt von Béat Philippe Joseph von der Weid (1767-1846), 1. Drittel des 19. Jh., Öl auf Metall; Porträt von Hyacinthe de Reynold de Nonan (1776-1834), erstes Drittel des 19. Jh., Öl auf Metall; idem, Porträt von François Prosper d'Amman (1704-1800) mit seinem Hund, 1786, Öl auf Leinwand; idem, Porträt von Antoine de Reynold (1611-1685), letztes Drittel des 17. Jh., Öl auf Leinwand; idem, Porträt von François-Nicolas von der Weid im Alter von 50 Jah-

ren (1650-1721), 1700, Öl auf Leinwand; idem, Porträt von Tobie Schroeter (1646-1693), Jesuit, letztes Viertel des 18. Jh., Öl auf Leinwand; idem, Porträt von Françoise de Reynold (1759-1828), 2. Hälfte des 18. Jh., Öl auf Leinwand; Pierre Lacaze, Porträt von Marie-Madeleine-Emilie d'Amman (1824-1903), angehende Frau Techtermann de Bionnens, um 1850, Öl auf Leinwand; idem, Selbstporträt, Mitte des 19. Jh., Öl auf Leinwand; idem, Porträt von Eugénie d'Amman (1818-1880), um 1840, Öl auf Leinwand; Emmanuel Soutter, *La Résurrection*, erste Hälfte des 19. Jh., Öl auf Leinwand.

Druck- und Grafikwerke: François Bonnet, Zeichenalbum, 1838, Bleistift auf Papier; Jean Crotti, Suzanne Duchamp, *Fragment de la création*, 1958, Lithographie; englischer Zeichner, Gotteron-Tal, um 1800, Feder und Chinatusche auf Papier; Jean Fouquet, Gilles-Louis Chrétien, Porträt von Louis d'Affry, 1792, Gravur; Sabine Hofkunst: Hofi's Utensilien, 2005-2008, Aquarelle auf Papier, geleimt auf Leinwand; Unbekannt, Porträt von Béat-Philippe-Joseph von der Weid, 1783, Gouache auf Papier; idem, Porträt ovale de Joseph-Bernard d'Amman, 2. Hälfte des 18. Jh., Bleistift auf Papier; idem, Porträt von Eugène d'Amman, Mitte des 19. Jh., Aquarell auf Papier; Pierre Lacaze, Porträt eines Kindes mit Puppe, 1839, Bleistift auf Papier; idem, Porträt von Marie-Caroline von der Weid-Techtermann (Frau Joseph von der Weid 1850-1914), 1876, Bleistift auf Papier; Peletier, Porträt von Barbe d'Amman, 1741, Pastell auf Papier; Louis-Jules Schmid, 8 Ansichten des Jesuiten-Pensionats, erste Hälfte des 19. Jh., Lithographie; Antonin François de Techtermann de Bionnens, *Scène d'intérieur*, 1790, Gouache auf Papier; Jean-Louis Tinguely, Die Kapelle von Epagny, undatiert, Lithographie; idem, *Paysage broyard*, E.A. IX/X, undatiert, Lithographie; Album über Pierre Lacaze, Dokumente (Zeichnungen, Fotos, handgeschriebene Zettel), gesammelt von Caroline von der Weid, Grossnichte des Künstlers 1944-45. Vier Dokumente über den ersten Weltkrieg; A. Denéréaz-Spengler & Cie Lausanne, Gebirgler und Soldaten im Kampf, um 1918, Druck; Monogramm C., Vor dem Angriff, Druck; V. Rasmussen und die Editions Foetisch Frères in Lausanne, Historisches Diplom der Mobilisation, Lithographie; Th. Rentsch und Lithos S.A. Lausanne, Tafel mit Lebensmittelmarken 14-18, Lithographie.

Kunsth Handwerk: Atelier von André Nuoffer, Ofenkachel, um 1770, Fayence. Manufaktur von François-Charles Gendre, Teller mit chinesischem Motiv, um 1775, Fayence; idem, Teller mit Tulpenmotiv, 1770-1780, Fayence; Freiburger Manufaktur, Vier Teller mit Blümchenmotiven, monochrom grün, und Wappen Gléresse-Fégely, letztes Viertel des 18. Jh., Fayence; Aufsatzsekretär Louis XVI mit den Wappen von Schroeter, letztes Drittel des 18. Jh., verschiedene Hölzer; Spieltisch Übergangszeit Louis XV-Louis XVI, verschiedene Hölzer, letztes Drittel des 18. Jh.; Deux couvertures de baptême, 3. Viertel des 18. Jh., Seide und Silberfransen. Unbekannt, Porträt

von Marie-Caroline von der Weid-Techtermann (Frau Joseph von der Weid, 1850-1914), Foto.

### 6.8 Pädagogische Abteilung

Die pädagogische Abteilung bietet den Besuchergruppen die Möglichkeit, eine Ausstellung interaktiv und in geeigneter Form zu besuchen. Ihr Ziel ist es, eine Beziehung zwischen dem, was jede Besucherin und jeder Besucher erlebt, und den Werken/den Kunstschaffenden herzustellen. Die pädagogische Abteilung steht allen am Museum interessierten Gruppen (Privaten, Kindern und Erwachsenen) zur Verfügung und geht auch gerne auf besondere Wünsche ein. Drei Ateliers im Rahmen der Ausstellung: Gott weiblich: Siegel nach Art der Ägypter herstellen / Herstellung von Lehmfiguren in Anlehnung an antike Originale (Ateliers für Kinder und Erwachsene). 18 Ateliers «Das Schlossleben»: Parcours vom *Hôtel Ratzé* bis in die verborgensten Winkel, auf den Spuren des Freiburger Stadtlebens (Atelier für alle). 3 Ateliers Skulpturen Marcello. 1 Atelier Tiere im Museum: eine Vielzahl von Tieren leben in den alten und modernen Werken der Sammlung (ideal geeignet für Kinder von 6-12 Jahren). 4 Ateliers Erwachsenenbildung an der PH (60 Personen). 1 Goldschmiedeatelier und 1 Bildhauer-Atelier. Für die Ateliers wird mit einem vierteljährlich erscheinenden Flyer, der an die Klassen verteilt wird, Werbung gemacht. Die Leiterinnen und Leiter haben auch «schlüsselfertige» Kurse für Lehrpersonen konzipiert, die den Lehrpersonen auf der Internetseite des Museums zur Verfügung gestellt werden.

### 6.9 Konservierungs- und Restaurierungsabteilung

Die Konservierungs- und Restaurierungsabteilung sorgte für die Kontrolle der klimatischen Bedingungen der verschiedenen Depoträume sowie der Ausstellungssäle der Dauer- und Sonderausstellungen. Sie hat ihre Beratungstätigkeit für interne wie externe Anfragen weitergeführt, technologische Expertisen durchgeführt und technische Ratschläge erteilt. Daneben widmete sie 25% ihrer Tätigkeit dem Forschungsprojekt (FN-1047) des Nationalfonds zur Freiburger Plastik des 16. Jahrhunderts und weitere 25% der Arbeit am Inventarprojekt. Ausserdem war sie weiterhin mit der Überwachung des Reproduktionsprojekts des Ostergrabes bei der Margarete Au sowie mit der Rückführung und Konservierung der mittelalterlichen Wandmalereien, die sich im Schloss Misery befinden, beschäftigt. Sie betreute ferner zwei Studentinnen der Hochschule für Restaurierung in Bern, die ein fünfwöchiges Praktikum absolvierten. Ausserdem hat die Abteilung Zustandsprotokolle verfasst, Eingangs- und Ausgangskontrollen beim Aufbau und Abbau der Sonderausstellungen vorgenommen und dazu Unterhaltsarbeiten sowie konservatorische und restauratorische Massnahmen zu verschiedenen Werken der Sammlung durchgeführt.

### 6.10 Interne Organisation

Der Direktionsrat hat zehn Sitzungen und die Personal-konferenz zwei Sitzungen durchgeführt.

## 7. Naturhistorisches Museum

### 7.1 Auftrag

Hauptaufgabe des Naturhistorischen Museums ist es, dem Publikum die Natur und insbesondere das Freiburger Naturerbe näher zu bringen. Das Museum organisiert verschiedene Aktivitäten mit dem Ziel, naturwissenschaftliche Erkenntnisse Besuchern und Schulklassen allgemein verständlich zu vermitteln. Es gibt Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Interessenten die Möglichkeit, sich zu informieren und nachzuforschen. In seine Zuständigkeit fällt die Erhaltung und Bereicherung seiner Sammlungen. Das Museum dient auch als regionale Anlaufstelle für Tier- und Naturschutz, indem es naturbezogene Fragen beantwortet.

Direktor: André Fasel

### 7.2 Tätigkeit

#### 7.2.1 Kommission

Die Kommission hat zweimal getagt. Sie hat die Rechnung 2007 zur Kenntnis genommen und den Budgetvoranschlag 2009 geprüft. Sie hat sich zudem, aufgrund einer Petition im Grossrat, mit dem Raummangel des Museums befasst.

#### 7.2.2 Allgemeines

2008 besuchten 51 275 (42 864) Personen das Museum (+ 19,6%), davon 6313 (7073) Schülerinnen und Schüler aus 445 (442) Klassen. Die Internetseite wurde 930 357 (915 233) -mal besucht.

Der Direktor des Museums ist Mitglied der Konsultativkommission für Natur- und Heimatschutz sowie Vorstandsmitglied von Freiburg Tourismus.

Der Vizedirektor vertrat das Museum in zwei Kommissionen (Möserkommission Düringen sowie Rechthalten – St. Ursen).

#### 7.2.3 Dienstleistungen für Schulen

Der Leihdienst des Museums stellte 67 (85) Personen 159 (176) Objekte zur Verfügung.

3 (1) pädagogische Unterlagen wurden zu den Sonderausstellungen erarbeitet («Pflanzen der Voralpen», «Dino, Mammut & Co», «Mauswiesel und Hermelin»).

3 (2) neue Ateliers für Klassen wurden unter der Bezeichnung «Kultur und Schule» mit Unterstützung des Amtes für Kultur erstellt, zusätzlich zum bestehenden Museumsparcours.

Im Rahmen der universitären Weiterbildung für Lehrpersonen wurden ein Kurs über die Pflanzen der Voralpen organisiert und Führungen durch die Sonderausstellung angeboten.

Die Zusammenarbeit des Museums mit der Fachstelle fri-tic zum Projekt «Mein Lieblingstier» (zur Erstellung einer Online-Datenbank) wurde fortgeführt.

#### 7.2.4 Verschiedene Aktivitäten

8 (30) Führungen und 9 (11) Konferenzen mit Filmvorführungen fanden statt, insbesondere in Zusammenhang mit den Sonderausstellungen.

Die Bastelnachmittage am Mittwoch, die seit 2007 angeboten werden, wurden rege besucht.

Drei Aktivitäten wurden für Kinder im Rahmen des Ferienpasses angeboten: eine Nacht im Museum, eine Veranstaltung im Rahmen der Ausstellung «Pflanzen der Voralpen» und eine Einführung in die Welt der Edelsteine.

#### 7.2.5 Pflegestation

Das Museum betreibt eine offiziell anerkannte Pflegestation für Wildtiere. Im Laufe des Jahres wurden 184 (178) verletzte oder kranke Tiere aufgenommen: 66 (57) wurden gepflegt und wieder in Freiheit entlassen, 105 (112) starben oder mussten eingeschläfert werden. Am 31. Dezember befanden sich noch 10 (9) Tiere in Pflege.

#### 7.2.6 Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen

Das Projekt der Satellitentelemetrie beim Weissstorch Max und den Rotmilanen wurde weitergeführt. Die neuesten Resultate zum Zug dieser Vögel wurden laufend via Internet veröffentlicht und einmal pro Woche per E-Mail an 4010 (3006) angemeldete Personen versandt.

Die Ausstellung «MusOeufs FrEiburg» wurde in Zusammenarbeit mit dem Botanischen Garten durchgeführt. Ein Teil der Ausstellung der Mini- und Maxi-Beaux-Arts, eines ausserschulischen Angebots des Amtes für Kultur, wurde im Museum gezeigt. Die Sonderausstellung «Dino, Mammut & Co» entstand als grenzübergreifendes Projekt INTERREG IIIA.

Das Museum ist als Institution anerkannt, an der Zivildienst geleistet werden kann. So beschäftigte es 2008 zwei Personen während insgesamt sieben Monaten. In Zusammenarbeit mit dem Centre d'intégration socio-professionnelle (CIS) absolvierten zwei Personen ein Praktikum und in Zusammenarbeit mit der regionalen Arbeitsvermittlungsstelle (RAV) wurden drei Praktikanten beschäftigt. Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) vermittelte eine Person im Rahmen einer Wiedereingliederung ins Berufsleben.

Das Inventar der Museumsbibliothek wurde in Zusammenarbeit mit der Kantons- und Universitätsbibliothek weitergeführt.

#### 7.2.7 Sonderausstellungen

«Croco & Co» (12. Mai 2007 – 20. Januar 2008)

«Menschen, Kristalle, Kunsthandwerk im Himalaja Nepals» (10. November 2007 – 2. März 2008)

«MusOeufs FrEiburg» (23. Februar – 30. März 2008)

«Pflanzen der Voralpen» (26. April – 7. September 2008)

«Bewegung», Fotowettbewerb (7. Juni – 21. September 2008)

«Mini- und Maxi-Beaux-Arts» (12. Juni 2008 – 20. Juni 2008)

«Dino, Mammut & Co» (18. Oktober 2008 – 1. Februar 2009)

«Mauswiesel und Hermelin» (15. November 2008 – 26. April 2009)

#### 7.2.8 Dauerausstellungen

Die Vorbereitungsarbeiten zum Umbau des Zoologisaals I mit der Wirbeltierfauna der verschiedenen Kontinente haben begonnen. Das Projekt sieht einen Bereich mit vier grossen Vitrinen vor, in denen die Tierpräparate präsentiert werden und, räumlich abgegrenzt und in Szene gesetzt, der berühmte «ausgestopfte» Wal des Museums.

Eine neue Vitrine zum Thema Satellitentelemetrie bei Vögeln wurde im Saal «Aus Schuppen werden Federn» erstellt. Sie zeigt die Ziele und Ergebnisse dieses Projekts und erläutert auch die technischen Aspekte.

#### 7.2.9 Ausleihe von Sonderausstellungen

Das Naturhistorische Museum verlieh seine Ausstellungen an folgende Institutionen: Naturhistorisches Museum La-Chaux-de-Fonds (Eulen & Käuze), Naturmuseum Winterthur (gefriergetrocknete Pilze), Verein naturverbundenes Oberriet (Raben und Krähen – Unglücksvögel?)

#### 7.2.10 Sammlungen

Die Inventarisierung der verschiedenen Sammlungen des Museum wurde weitergeführt.

Die paläontologische Sammlung des Museums kann 5 (7) Neueingänge verzeichnen: zwei versteinerte Seeesterne aus dem Devon des Rheinischen Schiefergebirges von Deutschland, zwei Knochenganoide aus der Trias von Wapiti Lake in Kanada und ein Flossenstachler aus dem Devon von Schottland.

Die mineralogische Sammlung des Museums wurde um 43 (54) Neueingänge bereichert: 28 verschiedene Edel- und Halbedelsteine aus der Schweiz (von Alfred Frey aus Estavayer-le-Lac grösstenteils selber gefunden, geschliffen und dem Museum als Schenkung überlassen), 11 Mineralien aus Nepal – angeschafft im Rahmen der Sonderausstellung «Himalaya Nepals» – und drei Rauchquarzstufen aus Brasilien und der Schweiz.

Die Sammlung der einheimischen Fauna wurde um 100 (125) Tiere erweitert; unter anderem: ein Basstölpel, ein ungewöhnlich dunkel gefärbter Waldkauz, eine Sumpfohreule, ein Uhu, ein Riesenbeutelmarter sowie das Skelett einer Pantherschildkröte. Die malakologische Sammlung des Museums wurde mit 27 Muscheln und 98 Schnecken bereichert.

Das Inventar der Pflanzen der Freiburger Voralpen wurde weitergeführt. Auf zahlreichen Exkursionen wurden potenzielle Standorte seltener oder bedrohter Arten aufgesucht. Ein Teil dieser Funde wurde zum ersten Mal intensiv studiert. Im Laufe dieser Exkursionen wurde auch die Gegend des Châblais français (Hochsavoyen) erforscht. Bis Ende 2008 waren 98% (95%) der prioritären Arten bearbeitet und mit 5000 (4000) Digitalbildern dokumentiert. Dieses Material wurde inventarisiert und ins Bildarchiv des Museums aufgenommen. Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten wurden in der Sonderausstellung «Pflanzen der Voralpen» vorgestellt. Sie werden im Jahr 2010 auch in einem Buch veröffentlicht. Die Pilzsammlung des Museums wurde um 78 (145) Exemplare erweitert, dies dank der Mitarbeit der Pilzvereine von Romont und Freiburg.

### 7.2.11 Gebäude

Im Rahmen der Planungs- und Unterhaltsarbeiten der Dauerausstellungen fanden mit Vertretern des Hochbauamtes mehrere Sitzungen statt.

Weiter wurde ein Wettbewerb zur Erneuerung der Dauerausstellungen des Zoologiesaals I durchgeführt. Das Atelier Prin in Ecuwillens sowie das Büro Design NG Tornay in Freiburg werden das Projekt im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft realisieren.

Um die Sammlungen des Museums angemessen lagern zu können, wird gegenwärtig ein weiteres Depot in den Räumen des ehemaligen Zeughauses eingerichtet.

### 7.2.12 Spenden

225 (366) Personen haben dem Museum 310 (380) Tiere oder Objekte überreicht.

## 8. Schloss Greyerz

### 8a Auftrag

Die Stiftung des Schlosses Greyerz, präsiert von der Direktorin EKS, hat den hauptsächlichen Auftrag, im Namen des Staates die Restaurierung, die Erhaltung, die Einrichtung, die Sicherheit und die Wertsetzung der Gebäude, des Grundbesitzes und der Möbel des Schlosses Greyerz zu gewährleisten.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin EKS.

Konservator: Raoul Blanchard

## 8b Tätigkeit

### 8.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat des Schlosses versammelte sich viermal. Das Büro des Stiftungsrates trat dreimal zusammen.

### 8.2 Ausstellungen

- Weihnachten im Schloss: Die Krippen aus dem ethnografischen Museum in Krakau (17. November 2007 bis 13. Januar);
- Francesco Ragusa: Vergessene Orte (26. Januar bis 18. Mai);
- Sergio de Castro (31. Mai bis 9. November);
- Weihnachten im Schloss: Die CIRO-Krippen aus der Sammlung Hartl (22. November bis 11. Januar 2009).

Das Schloss führte folgende Aktivitäten durch:

- «Das Johannistfest im Schloss» (Mittelalterfest mit den Truppen Communitas Turrium, Quatre Lunes und NEO, 21. und 22. Juni);
- Atelier für alte Musik. Bau der Kopie der Gitarre Franz Schuberts mit Philippe Mottet-Rio und Maurice Ottiger. Vier Konzerte in der Pfarrkirche von Greyerz, zwei Gesangs- und Gitarrenkurse im Institut de la Gruyère und eine Fotoretrospektive 2007 im Calvaire von Greyerz (24. bis 31. August).

429 (360) geführte Besichtigungen des Schlosses und des Städtchens Greyerz wurden durch das Sekretariat des Schlosses organisiert. Insgesamt wurden das Schloss und seine Sonderausstellungen von 167 391 (183 687) Personen besucht, was einen Tagesdurchschnitt von 457 (503) Besuchern ergibt.

### 8.3 Sammlung

Der Faltprospekt mit der Beschreibung des Schlosses und seiner Sammlung wurde überarbeitet und ergänzt. Ausleihe von Werken aus der Sammlung an verschiedene Museen:

- Auguste Baud-Bovy, Daniel und sein Esel, 1876, Ausstellung «Comme des bêtes» im Kunstmuseum Lausanne (28. März bis 22. Juni);
- Prunkmantel des Ordens vom Goldenen Vlies, um 1460, Ausstellung «Karl der Kühne» im Historischen Museum Bern (25. April bis 24. August);
- Acht Weingläser, 18. Jh., Ausstellung «Bei Gott und den gnädigen Herren zu Tisch» im Museum für Kunst und Geschichte Freiburg (21. November 2008 bis 15. März 2009).

Rückgabe an das Museum für Kunst und Geschichte von 35 Objekten aus dem Lager des Schlosses. Konservatorische Massnahmen wurden an Bildern aus der Sammlung Baud-Bovy (1) und der Sammlung fantastischer Kunst (4) durchgeführt.



#### 8.4 Gebäude

Der Umbau des ehemaligen Abwärtsgebäudes ist beendet. Der neue Empfangsbereich und der Museumshop wurden Anfang April eröffnet. Die Multimedia-schau «Gruyères» zur Geschichte des Schlosses, in acht Sprachen verfügbar, wurde am 13. Juni eingeweiht. Der Blitzableiter des Schlosses wurde erweitert und verbessert. Eine Notbeleuchtung und Überwachungskameras wurden installiert. Im Gefangenenturm wurden Türen und Fenster erneuert. Auf den Holzgalerien wurden Dielen ausgewechselt.

#### 8.5 Informatik

Die Website des Schlosses wurde regelmässig aktualisiert und von 138 208 (133 908) Personen konsultiert.

#### 8.6 Schenkungen, Ankäufe

Schenkung der Freunde des Schlosses Greyerz: Groschen des Michael, Grafen von Greyerz, 1552, Legierung aus Kupfer und Silber.

#### 8.7 Pädagogische Abteilung

Während des Jahres wurden 379 (320) «Schlossgeschichten» und «Schatzsuchen» für Schulen und Private aus der ganzen Schweiz durchgeführt. 29 (18) Geschichtslektionen und 2 (5) «Mittelaltertage» wurden für die Schüler der 5. und 6. Primarklassen des Kantons Freiburg durchgeführt.

### 9. Vitrocentre Romont, Schweizerisches Forschungszentrum für Glasmalerei und Glaskunst

#### 9a Aufgaben

Die Hauptaufgabe des Vitrocentre ist es, historische, technische und konservierungstechnische Forschungen auf dem Gebiet der Glasmalerei, der Hinterglasmalerei und der Glaskunst durchzuführen und zu unterstützen. Das Vitrocentre baut Dokumentationen und eine Studiensammlung auf und betreut insbesondere den Fonds Ruth und Frieder Ryser. Es fördert die Ausbildung auf diesem Fachgebiet und pflegt eine Zusammenarbeit mit dem Vitromusée Romont, Schweizerisches Museum für Glasmalerei und Glaskunst.

Präsidentin des Stiftungsrats: Isabelle Chassot, Direktorin EKS

Direktor: Stefan Trümpler

#### 9b Tätigkeit

##### 9.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat trat zu zwei Sitzungen zusammen. Er verabschiedete die Jahresrechnung, den Budgetvoranschlag sowie den Finanzplan 2009–2011. Er prüfte die Planung der laufenden und vorgesehenen Forschungsprojekte. Eine wissenschaftliche Kommission wurde

konstituiert. Es wurde beschlossen, die Bibliothek des Zentrums dem Bibliotheksnetz RERO anzugliedern.

##### 9.2 Forschungstätigkeit

Der Corpus Vitrearum-Band über die Glasmalereien der Klosterkirche von Königsfelden ist erschienen. Der wissenschaftliche Katalog der historischen Glasmalereien Freiburgs wurde abgeschlossen, die vertieften Forschungen sind im Gang. Die Corpusarbeit über die Glasmalereien des Kantons Schaffhausen steht vor dem Abschluss. Das Vitrocentre organisierte das 24. Internationale Kolloquium des Corpus Vitrearum, das in Freiburg und Romont beendet wurde. Ein Forschungsprojekt über die Glasmalerei des 19. Jahrhunderts in der Schweiz (Atelier Röttinger, Zürich) wurde neu begonnen, unterstützt vom Schweizerischen Nationalfonds und in Partnerschaft mit der Stadt, dem Kanton sowie der Universität Zürich. Die Studien im Rahmen des Nationalen Forschungsschwerpunkts «Mediality» werden fortgesetzt. Die Mitarbeitenden des Zentrums haben ihre universitäre und FHS-Ausbildungstätigkeit fortgeführt und Beratungs- und Informationsaufgaben wahrgenommen.

Das Vitrocentre wurde zur Erhaltung vieler Glasgemälde in der Schweiz konsultiert, unter anderem in der Kathedrale von Freiburg, im Berner Münster und im Kreuzgang von Muri (AG). Es beteiligt sich weiterhin an einem europäischen Forschungsprojekt (6<sup>th</sup> Framework Programme) über Materialien zur Konservierung und Restaurierung von Glasmalereien.

Die Dokumentationen und Studiensammlungen des Vitrocentre wurden insbesondere durch Werke aus dem Nachlass des Künstlers Edmond Bille sowie der Glasmaler Hans Meyer und Hans Drenckhahn bereichert. Deren Archive enthalten Dokumente über die Restaurierung historischer Glasmalereien, auch im Kanton Freiburg.

### 10. Espace Tinguely – Niki de Saint Phalle

#### 10a Aufgabe

Hauptaufgabe der Stiftung Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle ist es, eine Dauerausstellung zu schaffen und zu unterhalten, die zu einem bedeutenden Teil dem Werk von Jean Tinguely und Niki de Saint Phalle gewidmet ist, sowie diese Werke der Öffentlichkeit gut zugänglich zu machen.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin EKS

Konservatorin: Yvonne Lehnerr, Direktorin des Museums für Kunst und Geschichte Freiburg

#### 10b Tätigkeit

##### 10.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hat eine Sitzung abgehalten, an der die Rechnung und den Budgetvoranschlag genehmigt sowie das Programm für die Veranstaltungen und Ausstellungen festgelegt hat.

## 10.2 Ausstellungen und Veranstaltungen

Der Espace hat folgende Sonderausstellungen organisiert: «Hommage aux Nouveaux Réalistes» (13. März bis 10. August) und «Sabine Hofkunst» (18. September 2008 bis 25. Januar 2009). Auch fand im Rahmen des Internationalen Gitarrenfestivals Freiburg ein Konzert im Espace statt. Der Espace zählte 13 846 Besucher (13 582) und wurde 42 (78) Mal für Anlässe aller Art gemietet. Insgesamt wurden 50 (63) Führungen und 44 (9) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt.

## 11. Römisches Museum Vallon

### 11a Auftrag

Der Hauptauftrag der Stiftung «Pro Vallon», die von der EKS-Direktorin präsiert wird, besteht darin, die archäologische Fundstelle von Vallon zu erhalten und der Öffentlichkeit angemessen zu präsentieren. Dies geschieht in erster Linie durch eine Präsentation der beiden entdeckten Mosaiken sowie durch Sonderausstellungen, (pädagogische) Veranstaltungen und Veröffentlichungen.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin EKS

Konservator: Claus Wolf, Kantonsarchäologe

### 11b Tätigkeit

#### 11.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hielt zwei Sitzungen ab und genehmigte die Rechnung und den Budgetvoranschlag. Dann setzte er seine Bemühungen fort, eine Lösung für die häufig auftretende Gefahr einer Überschwemmung der Mosaiken zu finden.

#### 11.2 Ausstellungen und Veranstaltungen

Das Museum wurde von 7141 (7244) Personen besucht. Insgesamt wurden 80 (51) Führungen und 40 (41) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt. Im April eröffnete das Museum die vom Musée archéologique in Strassburg konzipierte Sonderausstellung «Archéopub» zum Überleben des Altertums in den Werbegegenständen. Dagegen wurde die Ausstellung «Vallon: côté JARDIN, côté cour» dem gallo-römischen Museum von Saint-Romain-en-Gal (F) verliehen. Daneben organisierte das Museum einen Tag mit Ateliers «La Foire aux ateliers», an dem über 300 Personen teilnahmen. Es beteiligte sich zudem an mehreren Kulturveranstaltungen (Internationaler Museumstag, Ludimaniak in Estavayer-le-Lac, Keltenfest in Corbeyrier, die Nacht der Wissenschaft in Genf, das Römerfest in Augst, die Europäischen Tage des Denkmals). Darüber hinaus baute das Museum eine Zusammenarbeit mit dem Schulkreis von Saint-Aubin/Vallon auf; bei diesem Projekt geht es um die Entdeckung und die Beschreibung des Römischen Museums in Vallon.

## XIV. AMT FÜR ARCHÄOLOGIE

### 1. Aufgaben

Die Aufgabe des Amtes für Archäologie des Kantons Freiburg besteht darin, archäologische Kulturgüter (Fundstellen und Objekte) gemäss lokaler, regionaler und nationaler Bedeutung zu identifizieren, zu inventarisieren und zu dokumentieren. Das Amt begleitet die administrativen Vorgänge, die die in archäologischen Zonen befindlichen Bodendenkmäler betreffen, und stellt die Mittel zur Verfügung, um Ausgrabungen durchzuführen und im günstigsten Fall die Bodendenkmäler zu erhalten. Nach Beendigung der beschreibenden, grafischen und visuellen Dokumentation der Bodendenkmäler (Fundstellen und Objekte) wird diese Wissenschaftlern, öffentlichen Institutionen und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Um schliesslich die Öffentlichkeit (Wissenschaft, Politik, Schule) und die Bürger über den Reichtum und die Vielfalt des archäologischen Erbes des Kantons zu informieren und sie dafür zu sensibilisieren, organisiert das Amt Tage der offenen Tür auf Ausgrabungen und in den Werkstätten sowie Vorträge und Ausstellungen. Daneben wird der Ausbildung ein besonderer Platz eingeräumt (Veranstaltungen an Universität/Fachhochschule, Tutorate, Lehrgrabungen).

Amtsvorsteher (Kantonsarchäologe): Claus Wolf

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ausgrabungen und Bauuntersuchungen

Rettungsgrabungen wurden in folgenden Fundstellen des Kantons unternommen: Arconciel/La Souche (Fortsetzung der Lehrgrabung an einem mittelsteinzeitlichen Felsüberhang); Bossonnens/St-Claude (Fortführung der Lehrgrabung in der mittelalterlichen Burganlage); Bulle/La Prilla (römischer Strassenabschnitt); Bulle/Le Terraillet (Abschluss der Untersuchungen in einem eisenzeitlichen Hügelgrab); Châtel-St-Denis/Le Bugnon (vorgeschichtliche Siedlungsstrukturen); Cournillens/Pré au Cabaret (neuzeitliche Strukturen); Fétigny/Ecole (Ausgrabung eines mittelalterlichen Friedhofes); Grandvillard/Fin de la Porta (bronzezeitliche Siedlungsstrukturen); Grolley/Au Gros Praz (römische und mittelalterliche Siedlungsstrukturen); Morens/Derrière la Cure (römische Gebäudereste); Posieux/La Pila (Ausgrabungen in einem Felsüberhang mit vorgeschichtlichen und mittelalterlichen Besiedlungsspuren); Vallon/Sur Dompierre (Fortsetzung der Ausgrabungen im Bereich der Gärten der römischen Anlage).

Die Ausgrabung von mehreren im Block geborgenen Brandbestattungen der bronzezeitlichen Fundstelle von Bösinggen/Fendringenstrasse wurde in der Werkstatt des Amtes zu Ende geführt.

In zahlreichen mittelalterlichen Gebäuden sind vor Restaurierungsarbeiten oder Umbauten Analysen und Sondierungen durchgeführt worden: Arconciel/La Souche

(Domäne der Abtei); Bulle/Le Château/Grand-Rue 15; Châtel-St-Denis/Le Château; Cugy/Le Château; Estavayer-le-Lac/Rue du Château 3/Rue du Four 5/Tour des Ecureuils/Couvent des Dominicaines/Grand-Rue 43/Rue de la Gare 12/Rue des Granges 14-16/Place du Midi 3/Rue du Musée 12/Rue de la Thiolleyres 20// Impasse du Temple 6; Freiburg/Alte Brunnengasse 31/Hinter den Gärten 9/Hinter der Stadtmauer 3/Johanniterkomturei/Klein-St.Johann-Platz 15/Liebfrauenplatz 6/Murtentor/Neustadtgasse 3-7/Neustadtgasse 31/Neustadtgasse 40-42/Obere Matte 35/Rue Pierre-Aeby 11/Samaritergasse 19/Schmiedgasse 4/St.-Niklausenmünster/Untere Matte 12 (Gefängnis); Gruyères/Belluard/Château/Rue du Bourg 1/Rue du Bourg 28; Illens/Granges d'Illens; Murten/Französische Kirchengasse 4/Französische Kirchengasse 14/Raffort/Rathausgasse 14/Rathausgasse 26/Rathausgasse 28/Rathausgasse 33/Ryf 26/Schulgasse 13; Posieux/Abtei Altenryf; Romont/Grand-Rue 21/Rue du Château 120/Tour de Billens; Rue/Maison de Prez Maillardoz; St. Ursen/Schufelmatte.

## 2.2 Prospektion, Sondierungen und Bauüberwachungen

Mit Prospektionen (Abschreiten von Feldern und Fluren nach Funden auf der Oberfläche) und Sondierungen (Serien von maschinell angelegten Suchgräben) konnte der Charakter einiger wichtiger Fundplätze besser erfasst werden, bevor Rettungsgrabungen vorgenommen wurden.

Mittels Prospektion sind archäologische Perimeter bestimmt worden, die im Rahmen der Ortsplanung zu berücksichtigen sind. Dabei wurden neue Fundstätten erfasst.

Im Rahmen des Programms zur Erforschung der ältesten menschlichen Besiedlung im Kanton wurden in mehreren potentiellen Fundplätzen Sondierungen durchgeführt: Alterswil/Flue, Charmey/Les Arolles/Le Lapé und Pont-la-Ville/Au Péniclet.

Zahlreiche Sondierungen führte das Amt für Archäologie im Vorfeld umfangreicher Baumassnahmen präventiv durch. Zu erwähnen sind insbesondere: Cheyres/En Crevel; Courgevax/Froideville; Ecublens/Grangery; Fribourg/Pfaffen (projet Poya); Greng/Seeweg; Haut-Vully/Route du Lac; Muntelier/Strandweg; La Roche/Le Villaret; Tafers/Bruchmatte; Villeneuve/Le Pommay.

Die Tauchequipe des Amtes ist aufgrund der verstärkten Erosion im Neuenburger- und Murtensee in den Pfahlbaustationen Forel/La Grève 1-2, Haut-Vully/Fischilling, Muntelier/Steinberg und Murten/Pantschau tätig geworden.

Das Amt hat die Konservierungsarbeiten an den beiden mittelalterlichen Türmen der Ile d'Ogoz begleitet.

Schliesslich hat das Amt für Archäologie 254 (213) Baumassnahmen überwacht, bei denen der begründete

Verdacht bestand, dass sie archäologische Strukturen und Funde gefährden könnten (Aushubarbeiten für Gebäude und diverse Versorgungsleitungen, aber auch Restaurierungen von mittelalterlichen Bauten). Ganz besonders wurden durch das Amt folgende Projekte begleitet: Bulle/Centre-ville (Neuanlage der Grand-Rue); Rueyres-Treyfayes/Au Clos vers la Maison (Bau einer Kanalleitung); Villarepos/Fin de Plan (Bau einer Kanalleitung); Villars-sur-Glâne/Belle-Croix (Verlegung der Rohre für die Fernwärmeheizung); Vuisternens-devant-Romont - Vaulruz (Verlegung von Gasrohren).

Ein römischer Grabstein mit Inschrift, der in der Aussenmauer der Kirche Sts-Ferréol-et-Ferjeux in Morens verbaut war, wurde aus dem Mauerverband entfernt und im Innern der Kirche aufgestellt, da die Inschrift über Jahrzehnte der Witterung ausgesetzt war und bereits grossen Schaden genommen hatte.

## 2.3 Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter

Für zahlreiche Umbau- und Restaurierungsprojekte sind die Mittelalter-Archäologen des Amtes beigezogen worden. Besonders zu erwähnen ist die Burgruine von Bossonens; ferner zahlreiche Häuser in den mittelalterlichen Kleinstädten und der Altstadt von Freiburg. Zusätzlich betraf dies die historischen Gebäude des Kantons, die sich im Staatsbesitz befinden, z.B. die Schlösser von Greyerz, Bulle und Châtel-St-Denis oder das St.-Niklausen-Münster in Freiburg. Die beiden Ämter arbeiteten auch bei Anlässen wie den «Europäischen Tagen des Denkmals» oder bei Publikationen wie den «Blättern für die Denkmalpflege» eng zusammen.

## 2.4 Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)

Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für Neubauten sind 651 (614 im Jahre 2006) Gutachten erstellt worden, worunter 78 (56) Bauvoranfragen fallen. 97 (56) Gutachten sind zu vorgezogenen Baubewilligungen abgegeben worden, davon allein 84 (50) im Greyerzbezirk. 39 Dossiers Ortsplanung (37) und 26 (28) Dossiers Detailplanung sind begutachtet worden.

14% (14%) der Antragsteller haben sich an die vom Amt in der Baubewilligung verlangte Mitteilung beim Baubeginn gehalten und den jeweiligen Baubeginn bekannt gegeben.

Im Rahmen der Revision der Ortsplanung konnten die archäologischen Perimeter von 26 (34) Gemeinden aktualisiert werden.

## 2.5 Auswertung und Publikationen

### 2.5.1 Monographien

J.-L. Bois Aubert – D. Bugnon – M. Mauvilly, Archéologie et autoroute A1, destins croisés. 25 années de fouilles en terres fribourgeoises, premier bilan (1975–2000) (AF 22), Fribourg 2008.

C. Wolf (Hrsg.), Archäologie und Autobahn A1. 25 Jahre Ausgrabungen im Murtenbiet, Ausstellungskatalog (Museum Murten), Freiburg 2008.

### 2.5.2 Artikel

C. Agustoni – C. Wolf, «Rapport d'activités 2007 du Musée Romain de Vallon», FHA 10, 2008, 234-236.

A.-F. Auberson, «Des monnaies pour raconter Morat», FHA 10, 2008, 190-215.

A.-F. Auberson, «Un trésor monétaire du XVe siècle dans une cave à Morat (Fribourg, Suisse)», RSN 87, 2008, 119-145.

B. Bär»Marsens/En Barras, «Keramik der spätesten Bronzezeit aus dem Greyerzerland», FHA 10, 2008, 4-43.

M. Bossert – M.-F. Meylan Krause, «Présence impériale aux sanctuaires de la Grange des Dîmes et de derrière la Tour», BPA 49, 2007, 159-206.

C. Buchiller, «L'archéologie, invitée des collectivités publiques et des associations», FHA 10, 2008, 232-233.

F. Carrard – C. Matthey, «Un aedificium helvète à Morat/Combette: premiers résultats céramologiques», FHA 10, 2008, 76-119.

D. Castella – M.-F. Meylan Krause (dir.), Topographie sacrée et rituels. Le cas d'Aventicum, capitale des Helvètes (Antiqua 43), Actes du Colloque d'Avenches (2-4 novembre 2006), Avenches 2008.

L. Dafflon – M. Mauvilly – F. Mc Cullough, «Illens: un refuge idéal dès la Préhistoire», FHA 10, 2008, 228-231.

M. Fuchs, «Petites vieilles et nobles dames», in: V. Dassen – J. Wilgaux (dir.), Langages et métaphores du corps dans le monde antique, Rennes 2008, 73-89.

D. Heinzelmänn, «Das Pfarrhaus von St. Johann und die Anfänge der Freiburger Johanniterkommende», FHA 10, 2008, 216-227.

F. Mc Cullough, «La nécropole du Haut Moyen Age de Fétigny/La Rapettaz», FHA 10, 2008, 154-189.

M. Mauvilly (avec la collaboration de L. Dafflon et F. Mc Cullough, et des contributions de L. Braillard, J.-Ch. Castel, F.-X. Chauvière, S. Jacomet, Ch. Jeunesse, D. Martinoli, V. Serneels et R. Tettamanti), «L'abri mésolithique d'Arconciel/La Souche: bilan des recherches 2003-2007», FHA 10, 2008, 44-75.

M. Mauvilly – Ch. Jeunesse – Th. Doppler, «Ein Tonstempel aus der spätmesolithischen Fundstelle von Arconciel/La Souche (Kanton Freiburg, Schweiz)», Quartär 55, 2008, 151-157.

M.-F. Meylan Krause, «Des dieux et des hommes. Cultes et rituels dans les sanctuaires d'Aventicum», in: D. Castella – M.-F. Meylan Krause (dir.), Topographie sacrée et rituels. Le cas d'Aventicum, capitale des Helvètes (Antiqua 43), Actes du Colloque d'Avenches (2-4 novembre 2006), Avenches 2008, 59-78.

M.-F. Meylan Krause, «L'artisanat romain: aux limites de l'archéologie», ZAK 65, 2008, 5-10.

J. Monnier – D. Bugnon (avec la collaboration de Henri Vigneau), «Un ensemble aristocratique d'époque augustéenne dans la Broye fribourgeoise», FHA 10, 2008, 120-153.

P.-A. Vauthey, «Edifices sacraux à l'époque de Mars Caturix an pays de Fribourg», in: D. Castella – M.-F. Meylan Krause (dir.), Topographie sacrée et rituels. Le cas d'Aventicum, capitale des Helvètes (Antiqua 43), Actes du colloque international d'Avenches (2-4 novembre 2006), Bâle 2008, 314-318.

### 2.5.3 Fundregister

«Archäologischer Fundbericht 2007», FHA 10, 2008, 238-255.

AAS 91, 2008, passim.

## 2.6 Büro der Grafiker und Zeichner

### 2.6.1 Präsentationen

- Grafische Arbeiten für die Ausstellung «Archéopub» und weitere Veranstaltungen des Musée Romain Vallon.
- Beginn der grafischen Arbeiten für die Ausstellung «Villa Jovis, la résidence de Tibère à Capri», die im Frühjahr 2009 im Musée Romain Vallon gezeigt wird.
- Beginn der grafischen Arbeiten für die Ausstellung «Découvertes archéologiques en Gruyère», die 2009 im Musée gruérien in Bulle und im Musée Charmey gezeigt wird.
- Erstellung von mehreren prähistorischen Lebensbildern für didaktische Aktivitäten.
- Erstellung von Abbildungen für die Informationstafeln des «Sentier de la Gruyère».

### 2.6.2 Zusammenarbeit für diverse Publikationen, Vorträge und Artikel

- «Archäologie und Autobahn A1. 25 Jahre Ausgrabungen im Murtenbiet», Begleitband zur Ausstellung im Museum Murten.
- «Freiburger Hefte für Archäologie 10» (diverse Autoren).
- Verschiedene Abbildungen für die Erstellung von Publikationen (Broschüren von Gemeinden, Vereinigungen oder privaten Herausgebern), wissenschaftlichen Auswertungen und Stellwänden oder anderen museographischen Dokumenten, sowohl für die Schweiz, als auch für Projekte im Ausland.

### 2.6.3 Layout

- Monographie «Archéologie et autoroute A1, destins croisés. 25 années de fouilles en terres fribourgeoises, premier bilan (1975-2000)», FA 22.
- «Archäologie und Autobahn A1. 25 Jahre Ausgrabungen im Murtenbiet», Begleitband zur Ausstellung im Museum Murten.
- «Freiburger Hefte für Archäologie 10».

## 2.7 Konservierungs- und Restaurierungslabor (LCR)

Das Labor für Konservierung und Restaurierung hat 1350 Objekteinheiten, die überwiegend aus 25 Interventionen stammen, erhalten und provisorisch archiviert.

### 2.7.1 Durchgeführte Massnahmen

- Im Bereich der Wandmalerei hat das LCR die Arbeit an dem vielversprechenden Fundkomplex aus der Freiburger Franziskanerkirche (Eglise des Cordeliers) fortgesetzt, der Thema eines Nationalfonds-Projektes verschiedener Institutionen und Spezialisten werden soll. Die Reinigung der Fragmente aus der gallo-römischen Villa von Murten/Combette wurde abgeschlossen, während andere Reinigungs-, Sicherungs- und Archivierungsmassnahmen an Objekten aus Bulle/St.-Pierre, Belfaux/St.-Maurice, Estavayer-le-Gibloux/Pré de la Cure, Lully/St.-Léger und Fribourg/Augustins vorgenommen wurden. Die Digitalisierung des Inventars und die Aufbereitung zur Archivierung der Wandmalereibestände erfolgen parallel.
- Reinigung, Kennzeichnung sowie Restaurierungsmassnahmen von Keramik- und Tongefässen wurden an Fundmaterial verschiedener Fundorte von der Bronzezeit bis zum 18. Jh. vorgenommen: Château-St.-Denis/Chemin de l'Eglise, Cormérod/La Râpa; Cournillens/Pré du Cabaret; Grandvillard/La Porta; Bösingens/Dorf; Bösingens/Fendringenstrasse; Bulle/Centre-ville/Poterne; Estavayer-le-Lac/Rue de l'Hôtel de Ville; Font/Le Péchau; Fribourg/Rue Pierre Aeby; Grolley/Au Gros Praz; Murten/Schulgasse; Vallon/Sur Dompierre. Einige Gefässe mussten vor ihrer Untersuchung oder der Verwendung zu Ausstellungszwecken restauriert werden, besonders Objekte aus dem Murtenbiet und aus der Broye (Bussy/Pra Natey, Courgevau/Le Marais, Murten/Löwenberg und Lully/La Faye). Keramik und glasierte Tongefässe – Geschirr und Ofenkacheln – aus der Grabung der Töpferwerkstatt der Rue de la Poterne in Bulle, die für die nächste Ausstellung «Découvertes archéologiques en Gruyère» bestimmt sind, waren Gegenstand einer umfangreichen Behandlung.
- Die Laborgrabung der Bestattungen aus Bösingens/Fendringenstrasse hat die Restaurierung von vier vorgeschichtlichen Keramikgefässen erforderlich gemacht.
- Die Dechloruration eisenhaltiger Metalle, Sandstrahlung zur Identifizierung von Eisenobjekten sowie Reinigung und Konservierung von Bronzeobjekten wurde fortgesetzt an Fundmaterial aus Bösingens/Dorf/Fendringenstrasse/Cyrusmatte; Bossonnens/Château; Bulle/Terraillet/Centre-ville/Rte de la Pâla; Châtillon/La Vuarda; Courgevau/Le Marais; Gruyères/Bourg; Fribourg/Neuveville; Kerzers/Kirche; Lossy/Passafou; Murten/Combette; Muntelier/Steinberg; Riaz/Tronche-Bélon; Pont-en-Ogoz/Vers-les-Tours; Ried/Mühleholzli; Romont/Place de la Poste; Rue/Prez Maillardoz; La Tour-de-Trême/La Ronclina; Vallon/Sur Dompierre; Villeneuve/Le Pommay; Villars-sur-Glâne/Les Daillettes. Im Hinblick auf die Publikation der Ausgrabung wurde das latènezeitliche Fundmaterial aus Gumefens systematisch bearbeitet; hierbei konnten Dekorationselemente festgestellt werden, die bis dahin noch nicht bekannt waren. Ebenfalls in Bearbeitung sind Objekte aus dem Areal der Schmiede des Vicus von Marsens/En Barras.
- Eine Rettungsmassnahme musste für einen römischen Inschriftstein ergriffen werden, der in die Aussenmauer der Kirche Sts.-Ferréol-et-Ferjeux in Morens eingebaut war; eine gezielte Reinigung muss hieran vorgenommen werden, da er von einem schädlichen Flechtenbewuchs befallen ist. Reinigungs- und Restaurierungsarbeiten wurden an Architekturelementen aus Rue/Prez Maillardoz und an Inschrifttafeln des Fanum von Riaz/Tronche-Bélon ausgeführt. Im Hinblick auf die Präsentation der Bestattung 101 aus Bry/La Chavanne bei der Ausstellung im Greyerzerbezirk 2009 wurden die zur Grabkiste zugehörigen Steine gefestigt und markiert. Weiterhin erfolgte die Kennzeichnung prähistorischer Mikrolithe aus Alterswil/Flue und Arconciel/La Souche.
- Reinigung sowie Restaurierung von Glasfragmenten wurden an Objekten von Fundstellen römischer Zeit bis zum 18. Jh. vorgenommen (Vallon/Sur Dompierre, Bossonnens/Château, Fribourg/Neuveville, Murten/Rathausgasse und Rue/Prez Maillardoz); besonders erfreulich waren die Reinigungs- und Sicherungsmassnahmen am Fundmaterial der Freiburger Franziskanerkirche (Cordeliers), die die herausragende Qualität der dortigen Glasfenster offenbaren.
- Holz- und Knochenobjekte wurden fachgerecht archiviert. Konservierungs- und Restaurierungsmassnahmen wurden an zwei Armreifen aus Lignit (Belfaux und Cordast) und einer Knochennadel (Pont-la-Ville/Au Péniclet) vorgenommen. Eine Holzschale aus dem mittelalterlichen Bulle wird derzeit konservatorisch behandelt, desgleichen Teile gallo-römischer Rohrleitungen aus Vallon. Die Kennzeichnung faunistischen Fundmaterials aus Bussy/Pra Natey erfolgte im Hinblick auf seine Untersuchung. Zahlreiche Proben von Holzkohle, menschlicher Knochen sowie Fauna wurden archiviert oder zur Analyse versandt (Bösingens/Fendringenstrasse, Grolley/Au Gros Praz).
- Im Bereich der Fundmünzen erfolgte, abgesehen von der für die Identifizierung und Untersuchung der Münzen notwendigen Reinigung und Festigung, die ausführliche Bearbeitung eines seltenen mittelalterlichen Bronze-Medaillons aus der Grabung Murten/Kreuzgasse.

- Etwa ein Dutzend Metallobjekte des Greyerzer Museums in Bulle wurde seitens des Amtes im Hinblick auf deren Präsentation bei der gemeinsamen Ausstellung 2009 gereinigt und konsolidiert.
- Eine Ent- und Rerestaurierung musste an der Statue der Laetitia (Domdidier) vorgenommen werden, die gebrochen von der Ausleihe an eine andere Institution zurückgekommen ist.

### 2.7.2 Verschiedenes

- Kopien von Objekten aus bronzezeitlichen Bestatungen von Saint-Martin (Axtklingen, Dolche und Gewandnadeln) werden derzeit angefertigt, um am Hochmoor La Mosse d'En Bas ausgestellt zu werden. Ein Abguss des Modells des Fanum von Riaz/Tronche-Bélon sowie latènezeitlichen Schmucks aus Gumefens/Pra Perrey ist in Bearbeitung für die Ausstellung «Découvertes archéologiques en Gruyère»; andere Abgüsse wurden für Ausstellungen angefertigt (z.B. Axtklinge von Courgevau/En Triva) oder zu ihrer Verwendung im Rahmen von Schauwerkstätten oder anderen Präsentationen (Sesterz von Haut-Vully/Le Rondet). Die Kopie einer römischen Münze aus Estavayer-le-Gibloux wurde dem Entdecker des Originals übergeben.
- Im Römischen Museum Vallon wurden erneute Reinigungs- und Dokumentationsmassnahmen an den Mosaiken durchgeführt.
- Für die Präsentation von Objekten im Rahmen von Sonderausstellungen, besonders im Museum Murten und im Römischen Museum von Vidy, wurden geeignete Sockel angefertigt; ähnliche Auftragsarbeiten erfolgten für andere Institutionen (Museum Bibel + Orient, Freiburg).

### 2.8 Inventar und Sammlungen

Für ihre Einfügung in die Datenbank FRINARC wurden Korrekturen und Vereinheitlichungen an Excel-Dateien ebenso wie Abgleichungen bereits erfasster Datensätze vorgenommen.

Auf Anfrage des Greyerzer Museums in Bulle wurde ein digitales Inventar der im Depot befindlichen archäologischen Objekte erstellt.

Die Zusammenarbeit mit verschiedenen Schweizer und ausländischen Wissenschaftlern (besonders aus Frankreich, Deutschland und Belgien) und deren Besuch im Amt machte die Aufbereitung und Bereitstellung verschiedener archäologischer Materialgruppen erforderlich.

Die Herstellung geeigneter Behältnisse zur Aufbewahrung und die Archivierung der Depotbestände auf der Oberen Matte machten gute Fortschritte. Es wurden Holzkästen und andere den Objekten angepasste Spezialverpackungen angefertigt.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ruhestand des Anthropologen Bruno Kaufmann wurde eine Über-

prüfung zur Identifizierung und Zählung der Skelette vorgenommen, die das AAFR an das Anthropologische Forschungsinstitut in Aesch übergeben hat (seit dessen Gründung mehr als 30 000).

Bezüglich des digitalen Inventars der Sammlungsbestände hat sich das Amt aktiv an der überkantonalen Arbeitsgruppe «Projekt ARIS II» beteiligt, das sich derzeit in der Testphase befindet. Im Bereich der Erfassung von Wandmalereibeständen hat die Arbeitsgruppe die Kodifizierung der Terminologie für das digitale Inventar abgeschlossen.

Schliesslich wurde die Dauerausstellung archäologischer Objekte, die sich seit 1982 in den Vitrinen des MAHF, in der Abteilung «Schmuck und Volksglaube», befindet, angepasst und verbessert. Es wurden zweisprachige Erläuterungen angebracht und die Ausstellung durch jüngere Fundobjekte ergänzt, insbesondere durch ein mesolithisches Schmuckgehänge aus Arconciel sowie die Kopie einer Isis-Statuette aus Vallon.

### 2.8.1 Ausleihe von Objekten

Objekte aus kantonalen archäologischen Sammlungen (Originale oder Kopien) wurden an verschiedene Institutionen ausgeliehen: Museum Murten, Römermuseum Avenches, Römisches Museum in Vidy und Museum Sarrebourg (Übernahme der Ausstellung «Les murs murmurent» des Römischen Museums Vidy).

### 2.9 Archivierung

Im Hinblick auf die sichere Aufbewahrung eines Zweitesatzes der Diabestände – Aufnahmen von Ausgrabungen und von Objekten – konnte nach einer Vorsortierung und Klassifizierung eine erste Serie von Dias in die Räume des kantonalen Economats in Granges-Paccot verbracht werden.

Bezüglich der Archivierung digitaler Dokumente, die für das kulturelle Erbe von Bedeutung sind, musste das Amt feststellen, dass trotz der Fragen und Vorschläge seitens der Arbeitsgruppe, der das Amt angehörte, keine konkreten gemeinsamen Massnahmen in dieser wichtigen Angelegenheit in Planung sind.

### 2.10 Fotolabor

- Zahlreiche Aufnahmen für Publikationen, Ausstellungen und Vorträge.
- Zusammenarbeit mit dem Musée Romain de Vallon.
- Zusammenarbeit mit dem Grafikerteam bei verschiedenen Projekten.

### 3. Besondere Ereignisse

#### 3.1 Führungen, Animationen, Tage der offenen Tür

- Führungen des Gebäudes und der verschiedenen Aktivitäten des Amtes für Archäologie in Freiburg für Gruppen und Schulklassen.
- Führungen in der Altstadt von Freiburg zu verschiedenen Anlässen.
- Führung im Schloss von Romont.
- Führungen im Musée Romain Vallon und im Museum Murten.
- Führungen in der keltischen Befestigungsanlage auf dem Wistenlacher Berg.
- Kindergerechte spielerische Grabungsaktivitäten im Rahmen der «Ludimaniak» in Estavayer-le-Lac.
- Ferienpass der Stadt Freiburg.
- Tag der offenen Tür auf verschiedenen Grabungen, insbesondere im mittelsteinzeitlichen Felsdach von Arconciel/La Souche.
- Teilnahme an der Radioausstrahlung «Les Helvetiennes» von Michel Bory (RSR 2).
- Teilnahme an den Tagen des Europäischen Denkmals am 13. und 14. September (Fundstelle Arconciel/La Souche).

#### 3.2 Kurse, Pressekonferenzen und Beiträge an verschiedenen Kolloquien

- Zum 5. Mal Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg: Einführungskurs in die Archäologie («L'homme et son environnement. Etablissements humains au fil de la Sarine»).
- Kurs zur regionalen Archäologie an der Universität Freiburg durch den Kantonsarchäologen.
- Zeichenkurs für Studierende der Universitäten Bern, Neuenburg, Freiburg und Strassburg durch den Sektorchef Vorgeschichte.
- Teilnahme an der Fortbildung der deutschsprachigen Geschichtslehrpersonen des Kantons im Musée Romain in Vallon.
- Berufsinformation für zukünftige Studierende.
- Pressekonferenzen, Interviews und Vorträge an verschiedenen Kolloquien durch den Kantonsarchäologen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes.
- Organisation eines Kolloquiums über die vor- und frühgeschichtliche Erforschung der Schweizerischen Bergregionen.

#### 3.3 Veranstaltungen, Ausstellungen und Verschiedenes

- Zusammenarbeit mit dem Musée gruérien in Bulle und dem Musée Charmey im Rahmen der Ausstellung «Découvertes archéologiques en Gruyère. Traces de Vies (Bulle). A la conquête des Préalpes

(Charmey)», die in den beiden Institutionen von Mai bis Oktober 2009 gezeigt wird.

- Zusammenarbeit mit dem Museum Murten im Rahmen der Ausstellung «Archäologie und Autobahn A1 im Murtenbiet», die von Juni bis November 2008 im Museum Murten gezeigt wurde.
- Zusammenarbeit mit der Gemeinde Kerzers anlässlich eines «Geschichts- und Kulturwochenendes» im Mai.
- Zusammenarbeit mit der «Commission de gestion de la tourbière de la Mosse d'En bas au Crêt» zur Erstellung einer Vitrine mit archäologischen und historischen Erklärungen.
- Zusammenarbeit mit der Gemeinde Böisingen, um die Ausgrabungsergebnisse der letzten Jahre der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
- Veranstaltung von «Apéritifs archéologiques» in Zusammenarbeit mit der «Association des Amis de l'Archéologie» (ein Grossteil der Vorträge wurden von Mitarbeitenden des Amtes für Archäologie gehalten).
- Vorbereitungsarbeiten für die Aufnahme der Pfahlbauten in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO.
- Vorbereitung der Prüfungskampagne 2009 des VATG (Vereinigung des archäologisch-technischen Grabungspersonals der Schweiz).

## XV. AMT FÜR KULTURGÜTER

### 1. Auftrag

Das Amt für Kulturgüter hat den Auftrag, Kulturgüter zu schützen und zu erhalten. Es lässt den zuständigen Behörden und den Eigentümern zweckmässige Informationen, Beratung und Unterstützung zukommen. Es fördert die Kenntnis und die Wertschätzung der Kulturgüter mit Publikationen, mit Öffentlichkeitsarbeit und mit dem Aufbau einer Dokumentation.

Amtsvorsteher: Claude Castella

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Verzeichnis der Kulturgüter

Die Verzeichnisse bezeichnen Objekte, die es wert sind, als Kulturgüter betrachtet zu werden, und vermitteln den Eigentümern und den mit ihrem Schutz betrauten Behörden die nötigen Informationen über den kulturgeschichtlichen Wert dieser Objekte.

Das Verzeichnis der unbeweglichen Kulturgüter bildet eine der Grundlagen, die von den Gemeinden zu berücksichtigen sind, um bei Revisionen der Ortsplanung Schutzmassnahmen zu ergreifen. Bei jeder Revision des Zonenplanes ist das Verzeichnis der betroffenen Gemeinden auf den neuesten Stand zu bringen. Das Verzeichnis wurde in 5 Gemeinden mit gesamthaft 13

Ortschaften überarbeitet: Avry, Cressier, Haut-Intyamon, Les Montets, Murten (Burg und Altavilla). Von annähernd 3 400 aufgesuchten Gebäuden wurden 733 ins Verzeichnis aufgenommen und bewertet. Von 4 Gebäuden wurde eine erweiterte Dokumentation erstellt. Für die Franziskanerkirche Freiburg, die Pfarrei Ependes sowie für eine Privatsammlung wurde ein Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter erstellt. Dabei wurden 258 Objekte ins Verzeichnis aufgenommen. Wiederum wurden bereits bestehende Dossiers digitalisiert und deren Inhalt in die Datenbank überführt.

## 2.2 Unterschutzstellung von Kulturgütern

Auf der Grundlage der Verzeichnisse schlägt das Amt den zuständigen Behörden Schutzmassnahmen für die Kulturgüter vor. Das Amt hat ferner den Auftrag, die Liste der geschützten Kulturgüter (Inventar) zu erstellen und nachzuführen.

Das Amt unterstützt die Gemeinden bei der Unterschutzstellung der ortsfesten Kulturgüter im Rahmen der Ortsplanrevisionen. Das Amt begutachtete im Stadium der Vorprüfung oder anlässlich der Schlussprüfung 95 Vorstudien, Teil- oder Gesamtrevisionen der Ortsplanung zuhanden der Kulturgüterkommission oder ihres Büros. 108 Objekte im Eigentum von Pfarreien wurden unter Schutz gestellt.

Nach der Genehmigung der Ortsplanung, nach Gemeindefusionen sowie nach der Einführung neuer Hausnummern werden jedes Jahr beträchtliche Mittel für die Nachführung des Inventars der geschützten Bauten aufgewendet.

## 2.3 Baubewilligungsgesuche

Das Amt stellt die Erhaltung der Kulturgüter sicher, indem es den für die Bewilligungen zuständigen Behörden zweckmässige Unterlagen für angemessene Entscheidungen bereitstellt und den Eigentümern fachliche Begleitung und finanzielle Unterstützung zukommen lässt.

Abgesehen von den Gesuchen in Verbindung mit Änderungen der Ortsplanung behandelte das Amt gesamthaft 1 250 Gesuche in unterschiedlichen Stadien des Bewilligungsverfahrens. Die behandelten Gesuche verteilen sich wie folgt: geschützte oder im Verzeichnis eingetragene Gebäude 45%, nicht im Verzeichnis erfasste Bauten oder Neubauten innerhalb geschützter oder schützenswerter Ortsbilder 48%, Detailbebauungspläne und Verkehrsplanungen 7%.

## 2.4 Subventionen

Der Staat beteiligt sich mit Finanzhilfen an Erhaltungs- und Restaurierungskosten geschützter Kulturgüter, die sich im Eigentum von Privatpersonen befinden. Er kann sich an den Kosten beteiligen, wenn es sich um juristische Personen handelt. Zwischen 1997 und 2001 wurde der im Voranschlag bereitgestellte Betrag von 2 000 000 Franken auf 1 500 000 Franken gekürzt. Auf die-

sem Stand ist er bis 2004 geblieben. Im Jahr 2005 ist er auf 1 800 000 Franken und 2006 auf 1 900 000 erhöht worden. Zwei Rückstellungen von je 1 000 000 Franken wurden in den Rechnungen 2005 und 2006 verbucht, einerseits für die gewährte bedeutende Beihilfe an die Konsolidierung des Baugrunds der Kartause Valsainte und andererseits um das Gleichgewicht zwischen eingegangenen Verpflichtungen und Zahlungen wiederherzustellen.

Die ausbezahlten Subventionen betragen 1 900 000 Franken. Zu 71% waren sie für Privatpersonen bestimmt und zu 29% für juristische Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden und Pfarreien). 4 000 Franken wurden für Aktionen zur Bekanntmachung und Förderung der Wertschätzung der Kulturgüter ausbezahlt.

Die von der Kulturgüterkommission verabschiedeten Beitragsgesuche erreichen einen Gesamtbetrag von 1 103 000 Franken. Die von privaten Eigentümern beantragten Subventionen entsprechen 66% des Gesamtbetrags, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden, Pfarreien) beantragten Beiträge 34%. Der Betrag der neu eingegangenen Verpflichtungen liegt unterhalb dem vorgegebenen Wert, um das Gleichgewicht zwischen Verpflichtungen und Zahlungen wiederherzustellen.

Im Rahmen der Vorbereitung und der Begleitung von Konservierungsmassnahmen und Restaurierungen hat das Amt Expertisen, Analysen und Sondierungen im Betrag von 37 357 Franken übernommen.

Es sind Bundessubventionen von 1 542 595 Franken ausbezahlt worden.

## 2.5 Dokumentation der Kulturgüter

Das Amt hat die Aufgabe, eine Dokumentation zu den Freiburger Kulturgütern aufzubauen und nachzuführen und diese der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu halten.

Die Archivierung von Berichten und ganzen Dossiers über Restaurierungen wird fortgesetzt. Alte Fotografien wurden gesichtet und geordnet. Gegen 5 000 Abzüge wurden identifiziert und bereichern nunmehr die Sammlung des Amtes. Für die Handbibliothek wurden 150 Titel angeschafft; diese umfasst nun nahezu 10 500 Einheiten.

## 2.6 Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

Erschienen sind die 18. Ausgabe der Zeitschrift «Freiburger Kulturgüter» über die Restaurierung der Kirche St. Peter in Freiburg sowie die 6. Serie der Blätter zur Architektur in der Stadt Freiburg.

Das Amt war an Anlässen und Aktionen beteiligt, mit denen die Öffentlichkeit auf den Reichtum des kulturellen Erbes im Kanton aufmerksam gemacht wurde. Es hat namentlich die Europäischen Tage des Denkmals im Kanton organisiert. In Zusammenarbeit mit der Société d'histoire du canton de Fribourg wurde zum dritten Mal der «Printemps du patrimoine» organisiert, ein



Anlass, der laufende Restaurierungsarbeiten entdecken lässt. Verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes wurden für kommentierte Besichtigungen und Vorträge angefragt, namentlich von Gemeinden, Pfarreien, Klöstern, Ämtern des Kantons und des Bundes, Lehranstalten, Medien sowie Vereinigungen mit heimatkundlicher oder denkmalpflegerischer Zielsetzung. Etwa 5 700 Personen haben an den Anlässen teilgenommen.

### **2.7 Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall**

Verschiedene Sicherheitsdokumentationen wurden vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit einem Bundesbeitrag von 20% unterstützt: Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter, Mikroverfilmung von Freiburger Zeitungen, Dokumentation der Sammlungen des Greyerzer Museums in Bulle, Inventar des Pfarreiarchivs Romont.

Es wurde ein kantonaler Kurs für Kulturgüterschutz organisiert. Die beweglichen Kulturgüter von 20 Gemeinden wurden summarisch erfasst.

### **2.8 Kunstdenkmäler der Schweiz**

Das Amt beteiligt sich an der Veröffentlichung der Freiburger Bände der Reihe «Die Kunstdenkmäler der Schweiz», die von der Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte GSK herausgegeben werden.

Die Erhebungen und Forschungen sind weitgehend abgeschlossen. Die zusammengetragenen Informationen sind nach Themen und Bauten geordnet. Die bemerkenswertesten Befunde und Ergebnisse werden zur Publikation vorbereitet. Die eigentliche Redaktion hat begonnen und sollte bis Ende 2009 abgeschlossen sein. Die Kampagne von Planaufnahmen und Photographien zur Illustration des Werkes wurde weitergeführt.

### **2.9 Kommissionen**

Die Kulturgüterkommission ist zu 9 Sitzungen zusammengetreten; das Büro der Kulturgüterkommission hat 49 Sitzungen durchgeführt, und die Unterkommission für bewegliche Kulturgüter traf sich zu zwei Sitzungen. Eine Sitzung durchgeführt hat die wissenschaftliche Kommission für die Begleitung der Forschungsarbeiten zu den «Kunstdenkmälern der Schweiz».

## **3. Besondere Ereignisse**

Im Zusammenhang mit der Neuausgabe des «Kunsthändlers durch die Schweiz» (Auftrag der Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte GSK) hat das Amt ein Kurz-Verzeichnis der Gebäude mit Wert A in den französischsprachigen Bezirken erarbeitet. Mehr als 35 000 Fotos wurden erstellt. Die Aufnahme und die Textredaktion werden 2009 weitergeführt.

Als Kurator und Verfasser des Katalogs hat der Verantwortliche des Verzeichnisses der beweglichen Kulturgüter die Ausstellung über die Freiburger Goldschmiedekunst im Museum für Kunst und Geschichte vorbereitet.

Für die Überführung der Bibliothek des Amtes in den Verbund der Freiburger Bibliotheken und das Netz der Westschweizer Bibliotheken wurden die Arbeiten aufgenommen. Sie werden 2009 fortgesetzt.

Das Amt hat eines der beiden jährlichen Treffen der Denkmalämter der Westschweiz organisiert.

**XVI. PERSONALBESTAND**

<i>BEHÖRDEN - DIREKTIONEN Kostenstellen</i>	<i>Rechnung 2008 VZÄ</i>	<i>Rechnung 2007 VZÄ</i>	<i>Differenz VZÄ</i>
<b>ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT</b>	<b>4 204,52</b>	<b>4 157,44</b>	<b>47,08</b>
ZENTRALVERWALTUNG	216,98	211,17	5,81
3200 / IPCS Generalsekretariat	19,45	20,01	-0,56
3202 / ENOB Obligatorische Schule	43,21	37,30	5,91
3225 / OSPR Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung	24,83	24,59	0,24
3229 / ESSU Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2	2,51	2,47	0,04
3265 / CULT Amt für Kultur	3,00	3,00	–
3270 / ARCH Staatsarchiv	5,00	5,00	–
3271 / BCUN Kantons- und Universitätsbibliothek	47,44	46,68	0,76
3273 / MAHF Museum für Kunst und Geschichte	15,36	15,29	0,07
3274 / MHNA Naturhistorisches Museum	10,36	9,97	0,39
3280 / SACF Amt für Archäologie	27,47	28,10	-0,63
3281 / BIEN Amt für Kulturgüter	13,51	13,51	–
3291 / JSPO Jugend und Sport	2,44	2,90	-0,46
3292 / SPOR Amt für Sport	2,40	2,35	0,05
UNTERRICHTSWESEN	3 987,54	3 946,27	41,27
3203 / EPRE Vorschulunterricht	232,24	229,52	2,72
3205 / EPRI Primarschulunterricht	1 275,44	1 266,97	8,47
3210 / CORI Orientierungsschule - Entlastungen	12,00	9,67	2,33
3210 / CORI Orientierungsschule	860,91	852,30	8,61
3229 / ESSU Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2	1,91	1,87	0,04
3230 / ECDD Diplommittelschule	59,75	58,46	1,29
3235 / CGAM Kollegium Gambach	65,49	63,66	1,83
3240 / CSCR Kollegium Hl. Kreuz	87,78	85,03	2,75
3245 / CSMI Kollegium St. Michael	114,71	112,15	2,56
3249 / CSUD Kollegium des Südens	86,37	79,43	6,94
3256 / HEPF Pädagogische Hochschule	93,42	92,64	0,78
3257 / EPSO Schule für Krankenpflege	–	5,03	-5,03
3258 / HESS Fachhochschule für Gesundheit	55,12	53,65	1,47
3259 / HETS Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit	40,72	36,61	4,11
3260 / UNIV Universität	872,83	869,15	3,68
3272 / CONS Konservatorium	128,85	130,13	-1,28

Kanton Freiburg

# SICHERHEITS- UND JUSTIZDIREKTION

<b>I. Direktion und Generalsekretariat</b> .....	<b>1</b>	<b>IX. Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge</b> .....	<b>32</b>
1. Aufgaben .....	1	1. Auftrag .....	32
2. Tätigkeiten .....	1	2. Tätigkeiten .....	32
3. Interkantonale Konferenzen .....	1	<b>X. Amt für Gesetzgebung</b> .....	<b>32</b>
4. Streitigkeiten und Beschwerden .....	2	1. Aufgaben .....	32
5. Gesetzgebung .....	2	2. Tätigkeit .....	33
<b>II. Kantonspolizei</b> .....	<b>3</b>	<b>XI. Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt</b> .....	<b>35</b>
1. Auftrag .....	3	1. Auftrag .....	35
2. Gendarmerie .....	3	2. Tätigkeiten .....	35
3. Kriminalpolizei .....	7	<b>XII. Kantonale Gebäudeversicherung</b> .....	<b>35</b>
4. Stabsdienste .....	9	1. Auftrag .....	35
5. Personalbereich .....	10	2. Tätigkeiten .....	35
6. Pressedienst .....	11	<b>XIII. Anstalten von Bellechasse</b> .....	<b>35</b>
7. Büro für Waffen und Sprengstoffe .....	12	1. Auftrag .....	35
<b>III. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz</b> .....	<b>12</b>	2. Tätigkeiten .....	35
1. Auftrag .....	12	<b>XIV. Kantonale Aufsichtsbehörde für Datenschutz</b> .....	<b>35</b>
2. Dienstbetrieb .....	12	1. Aufgabe .....	35
3. Verwaltung der Militärgebäude .....	15	2. Besonderer Bericht .....	35
4. Bevölkerungsschutz .....	15	<b>XV. Personalbestand</b> .....	<b>36</b>
5. Zivilschutz .....	16		
<b>IV. Amt für Bevölkerung und Migration</b> .....	<b>18</b>		
1. Aufgaben .....	18		
2. Fremdenpolizei .....	18		
3. Bereich Asyl .....	19		
4. Ausländische Arbeitskräfte .....	20		
5. Schweizerpässe und Identitätskarten .....	20		
<b>V. Amt für Gewerbepolizei</b> .....	<b>20</b>		
1. Aufgabe .....	20		
2. Öffentliche Gaststätten .....	20		
<b>VI. Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse</b> .....	<b>22</b>		
1. Auftrag .....	22		
2. Straf- und Massnahmenvollzug .....	22		
3. Gefängnisse .....	25		
<b>VII. Amt für Bewährungshilfe</b> .....	<b>27</b>		
1. Aufgaben .....	27		
2. Aktivitäten .....	27		
<b>VIII. Amt für Justiz</b> .....	<b>30</b>		
1. Auftrag .....	30		
2. Aktivitäten .....	30		

## DIREKTION

## I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

Staatsrat, Direktor: Erwin Jutzet  
Generalsekretär: Beat Renz

### 1. Aufgaben

Zu den Hauptaufgaben der Sicherheits- und Justizdirektion gehören die Wahrung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Bevölkerung, die Kontrolle und die Integration der Migranten, die Gewerbepolizei und die Stiftungsaufsicht, die Justizverwaltung, der Strafvollzug und die Wiedereingliederung der verurteilten Personen sowie die Militärverwaltung. Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt sowie die Kantonale Gebäudeversicherung sind der Direktion angegliedert.

### 2. Tätigkeiten

Die Tätigkeiten der Direktion waren im Jahr 2008 durch folgende Schwerpunkte geprägt:

#### 2.1 Integration der Migranten

Das kantonale Leitbild für die Integration der Migrantinnen und Migranten wurde zusammen mit dem Aktionsplan 2008–2011 vom Staatsrat verabschiedet (vgl. Bericht des Staatsrates, Herausforderung Nr. 3, Projekt Nr. 3 des Regierungsprogramms). Zuvor waren das Leitbild und der Aktionsplan in einem breit angelegten Vernehmlassungsverfahren den interessierten Kreisen zur Stellungnahme unterbreitet worden. Das Leitbild bildet nunmehr die Grundlage der Politik zur Integration der Migranten im Kanton Freiburg.

Das neue Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer schreibt vor, dass Kantone und Gemeinden sich aktiv an der Integration der Migrantinnen und Migranten beteiligen. Um den Zugang zum Erlernen der hiesigen Sprachen zu erleichtern, wurde ein kantonales Konzept für Sprachkurse erarbeitet, welches in erster Linie jene Personen anspricht, die die bestehenden Angebote nicht oder nur schwer nutzen können. Die Sprachkurse werden auf dem gesamten Kantonsgebiet angeboten. Die Migrantinnen und Migranten können ferner Informationskurse besuchen, in denen sie ihre Kenntnisse über Geschichte, Geografie und über die Grundwerte unserer Demokratie erweitern können. Mit einer besseren Kenntnis der Kultur und des gesellschaftlichen Lebens ist es für die Betroffenen einfacher, sich im Gastland heimisch zu fühlen.

Für ein besseres Zusammenleben im nichtstädtischen Raum wurde ein interkantonales Projekt «Des Ponts sur la Broye» erarbeitet. Dieses Projekt wird gemeinsam von den 98 Gemeinden der Waadtländer und der Freiburger Broyeregion, von den Kantonen Waadt und Freiburg sowie vom Bund unterstützt. Ziel ist es, die Bewohnerinnen und Bewohner der Region generationsübergreifend

im Rahmen von sportlichen Aktionen oder von Freizeitaktivitäten und Animationen zusammenzubringen.

Mit der Anstellung einer Adjunktin des Integrationsdelegierten verfügen die deutschsprachigen Partner (Gemeinden des Sense- und des Seebezirks, Organisationen und Institutionen, die im deutschsprachigen Teil des Kantons tätig sind) nun über eine deutschsprachige Kontaktperson.

#### 2.2 Euro 2008

Die Direktion hat in Zusammenarbeit mit alt Staatskanzler René Aebischer die verschiedenen Aktionen und Tätigkeiten zur Beteiligung des Kanons und der Bevölkerung an der Euro 2008 im Kanton Freiburg koordiniert.

Einen besonders grossen Einsatz leisteten dabei die Kantonspolizei und der Zivilschutz.

#### 2.3 Leitung von Projekten

Die Direktion hat verschiedene Gesetzgebungsprojekte zu den unter Ziffer 5 aufgeführten Gesetzen und Verordnungen geleitet.

Sie hat zudem verschiedene weitere Projekte geleitet, namentlich zu folgenden Themen:

- Massnahmen gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen: Erarbeitung eines Entwurfs zum Beitritt zum Konkordat (m. Vernehmlassungsverfahren).
- Prostitution: Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs (vgl. Bericht des Staatsrates, Herausforderung Nr. 2, Projekt Nr. 4).
- Videoüberwachung: Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs (Umsetzung der Motion Weber-Gobet / Steiert).
- Aufbewahrung und Vernichtung von Polizeidaten: Erarbeitung von Richtlinien (Art. 38d Abs. 2 PolG).
- Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse: Anpassung der Organisation aufgrund zusätzlicher Aufgaben und gestiegener Arbeitsbelastung.
- Neuorganisation des Brandschutzes: Projekt «Feuerwehr 2010 – FRIFIRE» (vgl. Bericht des Staatsrates, Herausforderung Nr. 6 Projekt Nr. 4).
- Harmonisierung der Personenregister: Direktionsübergreifendes Projekt (SJD/VWD/FIND) zur Harmonisierung und zum Ausbau der kommunalen Register; Schaffung einer kantonalen Informatik-Plattform und Totalrevision des Gesetzes über die Einwohnerkontrolle.

### 3. Interkantonale Konferenzen

#### 3.1 Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Die KKJPD hat unter der Leitung von Regierungsrat Markus Notter (ZH) zwei Plenarsitzungen abgehalten.

Sie hat insbesondere folgende Fragen behandelt:

- Umsetzung der Abkommen von Schengen und Dublin.
- Organisation des Sicherheitsdienstes während der Euro 08.
- Asyl und Ausländer: Anpassung an die veränderte Lage (+37% Asylgesuche).
- Neue Aufgaben des Grenzwachtkorps: Koordinierung mit den Aufgaben der Kantonspolizeien.
- Gewalt bei Sportanlässen: runder Tisch mit Verabschiedung eines Konkordats.
- Private Sicherheitsunternehmen: Erarbeitung eines Konkordats.
- Polizeiliche Kriminalstatistik.
- Neues Konzept zur Veröffentlichung des interkantonalen Rechts.

### 3.2 Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK)

Die MZDK hat unter der Leitung von Regierungsrat Ernst Hasler (AG) zwei Plenarsitzungen abgehalten. Sie hat sich unter anderem mit der Rolle der Kantone im Verhältnis zum Militär, mit der Aufbewahrung der Dienstwaffe zu Hause, mit dem Erwerb der Dienstwaffe durch den von der Dienstpflicht befreiten Armeeangehörigen sowie mit Fragen des Zivilschutzes im Zusammenhang mit parlamentarischen Initiativen auseinandergesetzt.

## 4. Streitigkeiten und Beschwerden

### 4.1. Erstinstanzliche Entscheide

Die Direktion trifft die Verfügungen, für die sie von Gesetzes wegen zuständig ist (Personalfragen, Rechtshilfe und unentgeltliche Rechtspflege, Beschwerden gemäss Art. 38 PolG, Erlass von Gebühren, Massnahmen im Bereich der Sicherheitsunternehmen, Widerruf von gemeinnütziger Arbeit nach altem Recht usw.). Im Jahre 2008 präsentierte sich die Situation wie folgt:

Behandelte Fälle (eröffnete Verfahren)	27
Gefällte Entscheide	13
Verzicht auf Ergreifung einer Massnahme	4
Am 31. Dezember 2008 hängige Verfahren	10

### 4.2. Instruktion von Beschwerden

Die Direktion behandelt gestützt auf Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Verwaltungseinheiten, sofern das Gesetz nicht den direkten Beschwerdeweg an das Kantonsgericht vorsieht. Diese Beschwerdeverfahren betreffen folgende Ämter: Kantonspolizei, Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, Amt für Gewerbepolizei, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse, Anstalten von Bellechasse. Die Situation im Jahre 2008 präsentierte sich wie folgt:

Eingegangene Beschwerden	49
davon	
gutgeheissen	1
abgewiesen	22
nach Aufhebung des Entscheids oder Rückzug der Beschwerde gegenstandslos	22
unzulässig (Nichteintretensentscheide)	0
Am 31. Dezember 2008 hängige Fälle	4
Gegen einen Entscheid der Direktion aus dem Jahre 2008 wurde Beschwerde an das Verwaltungsgericht und danach an das Bundesgericht eingereicht. Die Beschwerde wurde gutgeheissen.	

## 4.3. Haftungsfragen

### 4.3.1. Staatshaftungsgesetz

Die Direktion instruiert Streitigkeiten im Bereich der Staatshaftung (Gesetz vom 16. September 1986 über Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger sowie Haftungsfälle, die auf Bundesrecht beruhen). Die Stellungnahmen werden vom Staatsrat oder in bestimmten Fällen (verjährte Forderungen, Forderungen über Beträge von weniger als 3000 Franken) von der Direktion verfasst. Die Situation präsentiert sich für das Jahr 2008 wie folgt:

Eingereichte Forderungen	4
Erledigte Fälle	2
Am 31. Dezember 2008 hängige Fälle	3

Der Staatsrat hatte im Jahre 2007 beim Verwaltungsgericht eine Klage eingereicht, bei welcher es um eine Regressforderung gegen zwei Mitarbeiter ging. Die Klage wurde im Jahre 2008 abgewiesen.

### 4.3.2. Andere Haftungsgründe

Im Jahre 2008 wurde ein einziges Gesuch eingereicht, wobei das Konkursamt betroffen war. Am 31. Dezember 2008 waren fünf Fälle hängig, wobei es in zwei Fällen um Vormundschaftsbehörden ging, während zwei weitere Fälle das Konkursamt und ein Fall die Betreibungsämter betrafen.

## 5. Gesetzgebung

### 5.1. Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 8. Mai 2008 zur Änderung des Gesetzes über den Datenschutz (Anpassung an das internationale Recht, insbesondere an die Abkommen von Schengen und Dublin).

Gesetz vom 8. Mai 2008 zur Aufhebung des Ausführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über den Militärflichtersatz.

Gesetz vom 18. Juni 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei (bürgernahe Polizei).

Gesetz vom 19. Juni 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege (Erhöhung der zulässigen Höchstdauer des Polizeigewahrsams).

Gesetz vom 20. Juni 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels (Tabakverkauf).

Gesetz vom 9. Oktober 2008 zur Anpassung verschiedener Gesetze an das Bundesgerichtsgesetz (Rechtsweggarantie im öffentlichen Recht).

Gesetz vom 9. Oktober 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels (Ladenöffnungszeiten).

## 5.2. Verordnungen und Tarife

Verordnung vom 29. Januar 2008 zur Änderung der Verordnung betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden (Ausbildung der Feuerwehrleute).

Verordnung vom 11. Februar 2008 zur Änderung der Verordnung betreffend die Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen an die Kosten der Feuerschutz- und Feuerbekämpfungsmassnahmen.

Verordnung vom 19. Februar 2008 zur Änderung der Verordnung über die Arbeitsmarktzulage für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Verordnung vom 26. Februar 2008 zur Änderung des Reglements über die Gefangenen und Verwahrten der Anstalten von Bellechasse.

Verordnung vom 31. März 2008 über die Überwachung des Fernmeldeverkehrs bei der Suche nach einer vermissten Person.

Verordnung vom 15. April 2008 zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das Gesetz über die Organisation des Kantonsgerichts.

Verordnung vom 15. April 2008 über den Beitritt zur Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen betreffend Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen/Dublin-Besitzstands.

Verordnung vom 22. April 2008 zur Änderung des Tarifs über die Entschädigungen der Rechtsbeistände bei der unentgeltlichen Rechtspflege in Zivil und Strafsachen und bei der Hilfe an Opfer von Straftaten.

Verordnung vom 6. Oktober 2008 über das Amt für Bewährungshilfe.

Verordnung vom 6. Oktober 2008 über die Wehrpflichtersatzabgabe.

Verordnung vom 3. November 2008 zur Anpassung verschiedener Erlasse an das Bundesgerichtsgesetz (Rechtsweggarantie im öffentlichen Recht).

Verordnung vom 11. November 2008 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Plaffeien.

Verordnung vom 16. Dezember 2008 zur Änderung des Ausführungsbeschlusses zum Konkordat über die Sicherheitsunternehmen.

Verordnung vom 16. Dezember 2008 zur Änderung des Beschlusses über den Kaminfegertarif.

## II. KANTONSPOLIZEI

Kommandant: Pierre Nidegger

### 1. Auftrag

Die Kantonspolizei (POL) hat den allgemeinen Auftrag, für die öffentliche Sicherheit, die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Einhaltung der Gesetze zu sorgen. Sie besteht aus der Gendarmerie, der Kriminalpolizei, den Stabsdiensten und dem Personalbereich.

### 2. Gendarmerie

#### 2.1 Auftrag

Die Gendarmerie ist in drei Regionen eingeteilt. Jede Region hat ein Zentrum – das den Bereitschaftsdienst sichert – und dezentralisierte Polizeiposten. Die Verkehrs- und Schifffahrtspolizei gehört ebenfalls zur Gendarmerie.

Die Gendarmerie erfüllt die Aufgabe der allgemeinen Polizei, der Verkehrspolizei und der Schifffahrtspolizei. Sie übt die Gerichtspolizei in jenen Fällen aus, die nicht den Einsatz der Kriminalpolizei erfordern. Sie erfüllt die verwaltungspolizeilichen Aufgaben, die von der Spezialgesetzgebung zugewiesen werden.

#### 2.2 Laufende Geschäfte

##### 2.2.1 Behandelte Geschäfte

	2007	2008
Erstellte Polizeirapporte	12 097	12 252
Aufgenommene Strafklagen	8 451	8 618
Behandelte Aufträge	28 057	26 091
Transporte von Gefangenen und Beschuldigten	4 245	3 661
- davon kantonal	3 680	3 104
- davon ausserkantonal	565	557

##### 2.2.2 Verhaftungen

	CH	Ausl.	Total
2007	107	182	289
2008	76	134	210

##### 2.2.3 Strassenverkehr und Schifffahrt

Im Jahre 2008 lautete das Motto im Bereich des Strassenverkehrs «Präsenz – Sicherheit», ein Schwerpunktthema, das durch eine erhöhte sichtbare Präsenz der Polizeipatrouillen auf den verschiedenen Verkehrsachsen und eine Intensivierung der Geschwindigkeitskontrollen an sensiblen und gefährlichen Stellen umgesetzt wurde. Diese konstanten Anstrengungen führten zu einer

Abnahme der Zahl der Unfälle mit verletzten Personen und mit tödlichen Folgen.

Bezirke	Anzahl Unfälle		Anzahl Verletzte		Anzahl Tote	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008
Saane	773	682	365	268	9	6
Sense	249	223	138	120	3	2
Greyerz	308	293	144	135	3	2
See	75	201	54	114	2	1
Glane	72	95	32	50	0	2
Broye	129	114	72	55	2	1
Vivisbach	184	83	120	39	0	0
Total	1 790	1691	925	781	19	14

Die Anzahl der Unfälle, insgesamt 1691 (1790 im Jahre 2007), ist um 5,5% zurückgegangen. Zudem ist die Anzahl der Unfälle mit verletzten Personen, insgesamt 781 (925 im Jahre 2007), und die Anzahl der tödlichen Unfälle, insgesamt 14 (19 im Jahre 2007), um 15,5% bzw. 26,3% zurückgegangen.

In Rahmen der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs am Steuer wurde das Konzept, das anlässlich der Einführung der 0,5‰-Grenze geschaffen wurde, fortgeführt. Die Alkoholkontrollen werden in systematischer (Kontrolle aller Fahrzeuglenker) oder punktueller Form (aufgrund von Trunkenheitsindizien) durchgeführt. Im Jahre 2008 wurden folgende Kontrollen durchgeführt:

	Anzahl Kontrollen		Fahrzeuglenker in angetrunkenem Zustand	
	2007	2008	2007	2008
Total	23 067	21 714	4,4%	4,8%

Zusätzlich zu diesen Zahlen sind noch folgende hervorzuheben:

	2007	2008
Führerausweisentzüge	1 046	1 047
Geschwindigkeitskontrollen	3 211	3 522
Führerflucht nach Unfall	650	640
Ermittelte Lenker nach Führerflucht	174	220
Betrag der einkassierten Ordnungsbussen (in Franken)	4 935 503	5 192 443
Kontrollierte Transportunternehmen (seit 2008 und entsprechend den Richtlinien des ASTRA, die erhobenen Zahlen betreffen nur die Anzahl der Kontrollstunden)	54	43 (818)

Begleitung von Ausnahmetransporten	109	220
Schiffahrtsunfallmeldungen	0	1
Hilfe an in Schwierigkeiten geratene Schwimmer/Schiffsführer	12	7
Einsätze der Tauchergruppe	10	5

## 2.2.4 Verkehrserziehung

Der Sektor der Verkehrserziehung erledigte im Verlaufe des Jahres 2008 folgende Aufgaben:

	2007	2008
Verkehrsunterrichtsstunden in Schulen und Institutionen	1 170	1 087
Ausbildungsstunden von Schülerpatrouilleuren	1 365	1 426
Ausbildungsstunden von Erwachsenenpatrouilleuren	347	437
Prüfung für die Erlangung des Führerausweises (Anzahl Personen)	1 480	1 384
Erziehungskurse für verzeigte Minderjährige (SVG-Widerhandlungen)	6	4

## 2.2.5 Polizeihunde

	2007	2008
Anzahl Hunde	16	18
Anzahl Einsätze	504	476
- davon Verhaftungen und/oder Auffinden	24	46
- davon Beschlagnahmungen durch Drogenspezialisten	75	56
- davon Personensuche	48	57
- davon Sicherheitsdurchsuchungen durch Sprengstoffspezialisten	4	12

Bei diesen Einsätzen wurden verschiedene Betäubungsmittel beschlagnahmt, die durch die Hunde gefunden wurden.

## 2.2.6 Fahrende

Der Einsatz der Kantonspolizei wurde für das Jahr 2008 50-mal (40-mal im Jahre 2007) wegen Anwesenheit von Fahrenden in unserem Kanton verlangt. Diese Personen haben sich insgesamt 147 Tage im Kanton Freiburg aufgehalten (162 Tage im Jahre 2007). Da ein geeignetes Gelände fehlt, das von den Fahrenden benutzt werden könnte, muss jedes Mal mit den Betroffenen, den Gemeindebehörden, dem Oberamt und gegebenenfalls dem Besitzer des Geländes verhandelt werden, um den Aufenthaltsort und die Aufenthaltsdauer der Fahrenden zu bestimmen. Diese Verhandlungen werden in der Regel von einem Polizeioffizier geführt.



### 2.2.7 Personenschutz

Die Interventionsgruppe der Kantonspolizei (GRIF) befasste sich 16-mal (35-mal im Jahre 2007) mit Personenschutz. Dabei wurden für Vertreter der Bundesbehörden und für ausländische Persönlichkeiten, die sich in der Schweiz zu Besuch aufhielten, 6 Sicherheitsdienste geleistet (22 Sicherheitsdienste im Jahre 2007).

### 2.2.8 Ausschaffungen

Im Jahre 2008 hat die Kantonspolizei 6-mal (3-mal im Jahre 2007) aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer in ihr Herkunftsland zurück begleitet. Zu erwähnen ist auch, dass 2 neue Beamte eine spezifische Ausbildung für Ausweisungen beim Schweizerischen Polizei-Institut (SPI) besucht haben (2 Beamte im Jahre 2007). Gegenwärtig sind 18 Beamte und 3 Beamtinnen für die Ausführung solcher Aufträge ausgebildet.

### 2.2.9 Ordnungsdienst

Zusätzlich zu ihrer gewöhnlichen Tätigkeit sind die Gendarmen (bis 40-jährig) im Ordnungsdienst eingegliedert. Diese Altersgrenze kann je nach Bestand variieren. Sie wird im Allgemeinen bei Kaderleuten nicht angewendet.

Um in der Lage zu sein, bei Grossveranstaltungen eine einheitliche Einsatz- und Ausbildungsdoktrin zu gewährleisten, haben die Westschweizer Polizeikorps eine Gruppe für den Ordnungsdienst geschaffen, die unter der Abkürzung GMO (Westschweizer Gruppe für den Ordnungsdienst) bekannt ist.

Im Verlaufe des Jahres wurde der Ordnungsdienst 14-mal für kantonale Sportanlässe aufgeboten (10 Eishockeyspiele, 2 Schweizer Cup-Fussballspiele, 1 internationales Fussballspiel und 1 Demonstration). 1045 Beamte leisteten insgesamt 7580 Stunden.

Unter der Leitung der GMO sind 12 Mitarbeiter in Bern für die Eingrenzung von Demonstrationen im Vorfeld des World Economic Forums in Davos eingesetzt worden. Sie leisteten insgesamt 112 Arbeitsstunden. Ausserdem wurden 3 Beamte der Interventionsgruppe (GRIF) für den Personenschutz in Davos eingesetzt. Im Rahmen dieses Einsatzes wurden 202 Arbeitsstunden geleistet.

25 Kader und Beamte haben im Rahmen einer Vorbereitung hinsichtlich der Euro 2008 ein zweiwöchiges Ausbildungspraktikum bei der französischen Gendarmerie in St-Astier absolviert.

## 2.3 Besondere Ereignisse

### 2.3.1 Euro 2008

Vom 26. Mai bis zum 2. Juli 2008 wurde die gesamte Kantonspolizei reorganisiert. Eine Ad hoc-Führungsstruktur und eine Bereitschaftseinheit von 109 Beamten wurden geschaffen. In diesem Rahmen wurden insgesamt 24 110 Einsatzstunden geleistet.

44 Beamte der Kantonspolizei wurden nach Bière/VD abkommandiert, um den Bedarf der GMO in der Westschweiz und in Basel für die Viertelfinal- und Halbfinalspiele zu decken. Diese Beamten leisteten 9840 Einsatzstunden.

Vier Kader wurden an die Stabstelle Koordination (EMCOR) in Genf abdelegiert, um die Führung der auf interkantonalen Ebene durchgeführten Operationen zu gewährleisten. Dabei wurden 874 Einsatzstunden geleistet.

Im Rahmen der Euro 2008 haben 157 Personen insgesamt 34 824 Einsatzstunden geleistet.

### 2.3.2 Präventionskampagnen

#### 2.3.2.a Sicherheit und öffentliche Ordnung

In jeder der drei Regionen der Gendarmerie wurden permanente und punktuelle Aktionen durchgeführt. Diese Aktionen, die den geografischen, touristischen und kulturellen Besonderheiten jeder Region angepasst werden, dienen in erster Linie der Prävention, können aber auch zur Aufdeckung und Verfolgung von Widerhandlungen und Straftaten führen. Diese langfristig angelegten Aktionen erfolgen durch verstärkte Präsenz der uniformierten Polizisten an heiklen Orten wie öffentlichen Parkanlagen, Fussgängerzonen, Bahnhöfen, Stränden, Orten mit starkem Menschenandrang und öffentlichen Lokalen. Ausser der Signalwirkung dieser Aktionen auf die Bevölkerung erlauben sie Widerhandlungen zuvorkommen, die öffentliche Ordnung zu sichern und gleichzeitig auch gegen Handel jeglicher Art vorzugehen, vor allem gegen Drogenhandel.

## KANTONALE AKTIONEN

### «BÜRGER-KONTAKT»

Diese permanente Schwerpunktaktion besteht darin, die Sicherheit im Nahbereich zu verstärken, indem der Bevölkerung durch die gut sichtbare Präsenz und die Aufnahme eines Dialogs mit den Bürgern Sicherheit vermittelt wird, um das subjektive Unsicherheitsgefühl zu reduzieren. Die gut sichtbare Präsenz und das ständige offene Inkontakttreten mit der Bevölkerung durch Beamte der uniformierten Polizei, die zu Fuss unterwegs sind, bei öffentlichen Veranstaltungen und während den Stosszeiten in aller Öffentlichkeit, stellen ein effizientes Mittel dar, um den Kontakt zwischen den Ordnungshütern und der Bevölkerung zu verstärken. Diese Aktionen verfolgen auch das Ziel, die Präsenz der uniformierten Beamten der Gendarmerie im Strassenverkehr zu erhöhen, indem sie gut sichtbare Überwachungen auf den Hauptachsen des kantonalen Strassennetzes sowie innerhalb der Agglomerationen durchführen. So wurden 2076 Stunden mit einer Beteiligung von 3509 Beamten geleistet.

**KANTONALE AKTIONEN**

«TABARRO»	Am Wochenende und abends (vor allem am Freitag- und Samstagabend), sichtbare Präsenz an stark besuchten Orten (Stadtzentrum), in öffentlichen Lokalen mit starkem Andrang sowie an Standorten wichtiger Anlässe mit festlichem Charakter. Es wurden insgesamt 106 Einsätze von einer durchschnittlichen Dauer von 4,7 Stunden durchgeführt. Dabei kamen 539 Beamte zum Einsatz.
«AURORE»	Am Wochenende jeweils frühmorgens wurden auf der Autobahn vorbeifahrende Automobilisten kontrolliert, die verdächtig wurden, unter Einfluss von Drogen und/oder Alkohol zu stehen (Rückfahrt von Festen). Es wurden insgesamt 104 Einsätze auf den Autobahnen A1 und A12 durchgeführt. Dabei kamen 415 Beamte zum Einsatz. 21 Personen wurden angezeigt, darunter haben 14 Personen gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel verstossen. 12 Autolenker wurden wegen Vergehen gegen das SVG verzeigt.

**REGIONALE AKTIONEN***Region Zentrum:*

«CELSIUS»	<p>Im Winter sichtbare und regelmässige Präsenz der Polizeikräfte (erhöhte öffentliche Sicherheit) im Stadtzentrum Freiburg und koordinierte Repressionsaktionen mit folgendem Ziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Vorbeugung gegen Betäubungsmittelhandel in öffentlichen Lokalen, auf der Strasse, in den öffentlichen Parkanlagen und an Stellen, die für Versammlungen günstig sind;</li> <li>– Kontrolle der gegenüber Dealern ausgesprochenen Zonenverbote;</li> <li>– Verhinderung der Ausbreitung des Bettelns;</li> <li>– Vorbeugung gegen Vandalismus und Widerhandlungen, vor allem Taschendiebstähle;</li> <li>– dafür zu sorgen, dass kein Bettler oder Obdachloser die Nacht bei grosser Kälte im Freien verbringt;</li> <li>– für die öffentliche Ruhe und Ordnung der Bürger zu sorgen;</li> <li>– das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen.</li> </ul> <p>Im Rahmen von 398 solcher Aktionen kamen 852 Beamte zum Einsatz. Dabei wurden 33 Personen für verschiedene Vergehen angezeigt, darunter 22 wegen Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel.</p>
«HIRONDELLE»	<p>Gleiche Aktion wie «CELSIUS» aber im Sommer.</p> <p>637 Beamte standen bei 310 Aktionen im Einsatz. 27 Personen wurden wegen verschiedener Delikte angezeigt, darunter 21 wegen Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel.</p>
«ANGEL»	Während der Festtage am Jahresende: sichtbare Präsenz und Vorbeugung gegen Taschen-, Entreis- und Ladendiebstahl in den Kaufhäusern und auf den Strassen im Zentrum der Stadt Freiburg. Bei dieser Schwerpunktaktion haben 294 Beamte eine Präsenz von 1066 Stunden geleistet.

*Region Nord:*

«BERMUDA»	Während des Sommers: Vorbeugen und Repression von Vandalismus, Schlägereien und Handel jeglicher Art in den touristischen Gebieten, an Stränden, auf Campingplätzen und an Treffpunkten. 200 Beamte haben in diesem Bereich 98 Einsätze durchgeführt. 11 Personen wurden wegen verschiedener Delikte angezeigt.
«STAND BY»	Während der Festtage am Jahresende: Sichtbare Präsenz in der Nähe heikler Orte wie Poststellen, Geldautomaten, Banken und Einkaufsstrassen. Im Rahmen dieser Aktion haben 173 Beamte 84 Einsätze durchgeführt.

*Region Süd:*

«EFFORT 1.7»	Daueraktion, um dem Handel und dem Konsum von Betäubungsmittel vorzubeugen und diesen zu verhindern. 25 Beamte haben in diesem Bereich 6 Einsätze durchgeführt und 7 Personen wegen Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel angezeigt.
«EFFORTS CIBLES»	Punktueller und gezielte Aktionen an Stellen, wo Vandalismus und Störungen der öffentlichen Ordnung wiederholt vorgekommen sind. 1936 Beamten haben in diesem Bereich 908 Schwerpunktaktionen durchgeführt. 26 Personen wurden dabei wegen Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel angezeigt.

**2.3.2.b Strassenverkehr**

01.01 – 31.12	Gurten als Lebensretter	Daueraktion: Kontrolle wegen Nichttragen der Sicherheitsgurte (gesamtes kantonales Netz). auf dem gesamten Strassennetz des Kantons. 4399 ausgestellte Ordnungsbussen- / Bedenkfristformulare.
01.01 – 31.12	TECO	Daueraktion: Kontrolle wegen Gebrauch von Mobiltelefonen am Steuer. 1715 verzeigte Automobilisten.
01.01 – 31.12	Aktion Zweirad	Daueraktion: Gezielte Geschwindigkeitskontrollen auf Strassen, die regelmässig von Motorradfahrern benützt werden (mit Auffangposten).

15.09 – 28.09	Aktion «ZEBRA»	Eine in zwei Phasen geführte Aktion (präventiv und repressiv), mit dem Ziel, die Strassenbenutzer auf die in der Nähe von Fussgängerstreifen vorhandenen Gefahren aufmerksam zu machen. In einer ersten Phase wurden die Strassenbenutzer mit der Verteilung einer Faltbroschüre (840) und einer Armbinde (430) sensibilisiert. In der zweiten, repressiven Phase wurden 32 Fussgänger und 39 Fahrzeuglenker, darunter 14 Fahrradfahrer, angezeigt.
18.08 – 12.09	Schulanfang	Geschwindigkeitskontrollen und Überwachung der Fussgängerstreifen in der Nähe von Schulen und Schulwegen. Zusätzliche Kontrollen wegen Nichttragens der Sicherheitsgurte. 593 Einsätze mit 1021 Beamten. 68 ausgestellte Ordnungsbussen- / Bedenkfristformulare und 8 Automobilisten wurden wegen Widerhandlungen gegen das SVG angezeigt.
16.07	Aktion «Danke»	Die Aktion hatte zum Ziel den Fahrzeuglenkern für ihr korrektes Benehmen im Strassenverkehr «Danke» zu sagen. Eine Tafel Schokolade mit einem besonderen Logo wurde verteilt. Lenker mit ordnungswidrigem Verhalten wurden angezeigt. 953 Automobilisten wurden kontrolliert, 900 Tafeln Schokolade wurden verteilt und 53 Fahrzeuglenker wurden wegen Widerhandlungen gegen das SVG gebüsst.
27.11	Tag des Lichts	Die BFU (Beratungsstelle für Unfallverhütung) in Zusammenarbeit mit den Kantons- und Gemeindepolizeien, dem Fonds für Verkehrssicherheit und der Arbeitsgruppe «Sicherheit durch Sichtbarkeit» hat eine Sensibilisierungskampagne durchgeführt, um die Wichtigkeit der Sichtbarkeit im Strassenverkehr in Erinnerung zu rufen. Diese Kampagne fand am 27. November 2008 in der ganzen Schweiz statt. Dabei sind 1313 Faltbroschüren an 887 Automobilisten und 426 Fussgänger verteilt worden. 74 Mängelkarten wurden ausgeliefert.
28.11 – 06.12	Beleuchtung	Kontrolle der Fahrzeugbeleuchtung und des Einsatzes von Nebellichtern. Bei diesen Einsätzen wurden 102 Fahrzeuglenker angezeigt und 416 Mängelkarten ausgestellt.

### 3. Kriminalpolizei

#### 3.1 Auftrag

Die Kriminalpolizei amtiert als Gerichtspolizei in allen Fällen, die wegen ihrer Bedeutung, Komplexität oder besonderen Natur ihren Einsatz erfordern. Sie besorgt den kriminaltechnischen Dienst. Ihre allgemeinen Aufträge sind die Feststellungen vor Ort, die Indizien- und Spurensicherung, die Verwertung der Spuren, das Verhör der betroffenen Personen, die Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen der Opferhilfe, die Ermittlung der Sachverhalte, die Identifizierung und Festnahme der mutmasslichen Täter und deren Anzeige beim Richter.

#### 3.2 Laufende Geschäfte

##### 3.2.1 Behandelte Geschäfte

	2007	2008
Erstellte Polizeirapporte	5 810	1 563
Aufgenommene Strafklagen	160	1 121
Behandelte Aufträge	6 656	2 534
Identifikationen durch den Erkennungsdienst	216	324
davon Fingerabdrücke	81	101
davon DNA-Profile	90	109
davon Schuhsohlenprofile	45	114
Verbindungen zwischen DNA-Profilen	229	201
interne	14	4
mit anderen Kantonen	215	197
DNA-Probenahme bei Personen	815	894
Löschung der DNA-Profile	14	0

Die starke Abnahme der Anzahl erstellter Polizeirapporte ist darauf zurückzuführen, dass bis 2007 alle Strafanzeigen «Täter unbekannt» zur Ermittlung an Beamte zugeteilt wurden und in der Folge als Polizeirapport gegen Unbekannt verbucht wurden. Ab 2008 wurde die Bearbeitung dieser Strafanzeigen geändert und zum grössten Teil durch das Info-Center erledigt. Nur die Fälle mit Ermittlungsansatz wurden noch zugeteilt. Die gleiche Erklärung gilt für die Anzahl behandelte Geschäfte.

Die Zunahme der aufgenommenen Strafanzeigen durch die Kriminalpolizei erklärt sich mit dem Wechsel des Empfangspersonals im BAPOL, Liebfrauenplatz 2, in Freiburg, von den Stabsdiensten zur Kriminalpolizei.

##### 3.2.2 Verhaftungen

	CH	Ausl.	Total
2007	32	112	144
2008	77	124	201

##### 3.2.3 Betäubungsmittel

	2007	2008
Verzeigte Personen	1 023	1 158
davon Frauen	104	132
davon Minderjährige	106	196
davon reine Händler	42	36
davon Händler-Konsumenten	148	238
Beschlagnahmte Betäubungsmittel		
Haschisch (in Gramm)	1 437	7 242
Marihuana (in Gramm)	27 806	173 529

	2007	2008
Heroin (in Gramm)	399	2 295
Kokain (in Gramm)	973	352
Pillen: Thai, LSD, Ecstasy, Amphetamin	1 243	1 330
Todesfälle infolge Überdosis	3	3
Einbruchdiebstähle in Apotheken und Spitäler	34	15

Zu den Hanfkulturen ist Folgendes zu bemerken:

	2007	2008
Felder	9 (mit einer Gesamtfläche von 68 000 m <sup>2</sup> )	3 (Gesamtfläche von ungefähr 21 000 m <sup>2</sup> )
davon im Saanebezirk	1	0
davon im Sensebezirk	5	3
davon im Glanebezirk	0	0
davon im Greyerzbezirk	0	0
davon im Seebezirk	3	0
davon im Broyebezirk	0	0
davon im Vivisbachbezirk	0	0
Beschlagnahmte Hanfmenge	13 000 m <sup>2</sup> Vernichtung vor Ort	4 000 m <sup>2</sup> Vernichtung vor Ort
Strafuntersuchungen	3	1

### 3.3 Besondere Ereignisse

Im Verlaufe des Jahres 2008 hat die Kriminalpolizei vor allem Ermittlungen im Zusammenhang mit folgenden bedeutenden Ereignissen durchgeführt:

Versuchte Vergewaltigung	Freiburg	11.01.08: versuchte Vergewaltigung an einem 10-jährigen Mädchen, auf seinem Heimweg nach einer sportlichen Betätigung in Begleitung eines anderen Kindes. Die umfangreichen Ermittlungen haben schliesslich zur Identifizierung und Überführung des Täters geführt.
Todesfälle / Leichenhebungen	Kanton	Intervention in mehreren ausserordentlichen Todesfällen. Im Rahmen der Ermittlungen können die Todesursachen geklärt werden (natürlicher Tod, Unfall oder Suizid).
Raubüberfälle	Greneg	22.01.08: drei Unbekannte dringen in eine Villa ein und bedrohen den Eigentümer und seine Ehefrau mit Pistole und Messer.
	Murten	16.04.08: Bäckerei Daily-Shop am Bahnhof. Opfer mit Waffe bedroht und Einnahmen entwendet.
	Givisiez	12.08.08: Raiffeisen-Bank. Eine Angestellte wird mit einem Messer bedroht, während 2 andere Angestellte der Täterschaft Geld aushändigen müssen.
	Alterswil	16.12.08: Raiffeisen-Bank, Versuch
Einbruchdiebstähle in Autos	Kanton u. ausserkantonale	Seit anfangs Sommer 2008 nehmen die Einbruchdiebstähle in Autos stark zu. Das Vorgehen ist praktisch immer dasselbe: Einschlagen der Scheibe mit einem Stein und Entwenden der Handtasche. Der oder die Täter sind auf entlegenen Parkplätzen in Bergregionen, an Seeufern oder an Waldrändern am Werk. Aufgrund von Überwachungen und Ermittlungen kann der mutmassliche Täter angehalten und für nahezu 90 Fälle, zum grössten Teil begangen im Kanton FR sowie in den Kantonen VD, VS und BE, angezeigt werden.
Serien von Einbruchdiebstählen	Kanton	Zahlreiche Einbruchserien erfordern Überwachungen und Ermittlungen; mehrere Einbrecherbanden können verhaftet werden.

Sachbeschädigungen	Freiburg	11.10.08: eine Gruppe von 30 verummten Personen, mit Baseball-Schlägern ausgerüstet, dringt in die Bar ELVIS & MOI, Murtenstrasse 13, ein und verwüstet Mobiliar, Dekoration und Musikinstrumente. Ein privates Konzert mit einer Band aus der Gothik-Szene sollte an diesem Abend stattfinden. Die Ermittlungen werden in Zusammenarbeit mit anderen Kantonspolizeien geführt.
Schwere Körperverletzungen	Kanton	Zahlreiche Fälle von schwerer Körperverletzung bei Schlägereien, Messerstechereien, Schusswaffengebrauch und Häuslicher Gewalt haben die Ermittler beschäftigt.
Betrügereien begangen durch «Fahrende»	Kanton u. ausserkantonale	Vorermittlungen wegen Raubüberfall, Betrug und Drohungen haben die Vorgehensweisen einiger «Fahrender», die unser Land durchqueren, an den Tag gelegt. Die Untersuchung hat die Aufklärung mehrerer Fälle für einen Gesamtbetrag von über einer Million Schweizerfranken ermöglicht. Eine interkantonale Sitzung zur Koordination der Ermittlungen 2009 findet in Freiburg statt.
Betäubungsmittel	Kanton	Zerschlagung mehrerer Netze von Heroinhändlern, die vorwiegend aus dem Balkan stammen und auf dem ganzen Kantonsgebiet, aber auch in der übrigen Schweiz tätig waren.
Sittlichkeit		Regelmässige Kontrollen in Massagesalons und Cabarets durch die Sittengruppe.
Pornographie		03.05.08: Intervention in einem Club im Rahmen einer Ermittlung wegen Förderung der Prostitution, eventuell Menschenhandel. In dieser Angelegenheit wurde in Brasilien die internationale Rechtshilfe beansprucht. Bearbeitung von 9 Fällen von Pornographie für KOBİK und BKP.
Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	Kanton	Zahlreiche Untersuchungen infolge von Anzeigen durch Opfer sexueller Handlungen oder Vergewaltigung. Es werden insgesamt 100 Video-Befragungen durchgeführt.
Vorermittlungen durch die Polizei		Mehrere polizeiliche Vorermittlungen auf dem Gebiet der Wirtschaftskriminalität, der Geldwäscherei und wegen Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz.
Prävention	Kanton	Präventionskampagne «t-ki» – «wer bisch» – Phase II Weiterführung der 2007 lancierten Kampagne und Ausarbeitung von Projekten in Zusammenarbeit mit der DEKS und GRIMABU.
Organisation von Tagungen	Kanton	Am 24/25. September fand im Greyerzerland, in Charmey, die 39. Jahrestagung der schweizerischen Kriposchefs statt. Zum ersten Mal hat die Vereinigung der Schweizerischen Kriminalpolizeischefs (VSKC) im Kanton Freiburg getagt. 1. Tag: fachliches Programm mit Vorstellung des Handbuchs Ermittlungen der gerichtlichen Polizei gemäss der schweizerischen StPO. 2. Tag: Besichtigung mit Führung durch die Produktion der Schokoladenfabrik NESTLE in Broc. Die 29 Teilnehmer werden diese Tagung in bester Erinnerung behalten.

## 4. Stabsdienste

### 4.1 Auftrag

Die Stabsdienste bestehen aus Diensten, die die Kantonspolizei unterstützen, indem sie die Kohärenz und die Einheit auf logistischer, administrativer und technischer Ebene gewährleisten. Sie umfassen folgende Bereiche:

- Einsatz- und Alarmzentrale (operationeller Einsatz)
- Informatik und Telekommunikation (Systemverwaltung, Datenbank)
- Info-Center (Verwaltung des zentralen Informationssystems, Konservierung und Archivierung der Daten, kantonale und nationale Ausschreibungen, Filtrierstelle Ripol kantonal)
- Buchhaltung
- Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung
- Gebäudeverwaltung
- Garage

### 4.2 Laufende Geschäfte

#### 4.2.1 Behandelte Geschäfte

	2007	2008
Erstellte Polizeirapporte	1 870	9 022
Aufgenommene Strafklagen	1 230	236
Behandelte Aufträge	601	1 478
Eingegangene Anrufe	180 660	198 456
- davon Anrufe über die Notfallnummer	92 122	92 545
Behandelte Alarmer	934	861
- davon wegen Feuer	219	225
- davon wegen Einbruch/Überfall	715	636

Die hohe Zunahme der durch die Stabsdienste erstellten Polizeirapporte kommt daher, dass bis 2007 alle Strafanzeigen mit unbekanntem Täter den Beamten zur Untersuchung überwiesen wurden. Sie zählten zu den Polizeirapporten, die von der Kriminalpolizei erstellt

wurden. Seit 2008 wird nur noch eine geringe Anzahl dieser Anzeigen von Beamten behandelt. Den Rest erledigt das Info-Center. Der gleiche Grund gilt für die Anzahl der behandelten Aufträge.

Der hohe Rückgang der aufgenommenen Strafanzeigen kommt daher, dass das Personal vom Empfang des Polizeigebäudes, Liebfrauenplatz 2, Freiburg, nicht mehr den Stabsdiensten, sondern der Kriminalpolizei unterstellt ist.

#### 4.2.2 Informatik und Telekommunikation

Betreiben und Wartung der Informatiksysteme der Kantonspolizei und des ACC (Kombinierter Führungs-Kommandoposten)

Betreiben und Wartung des analogen Funknetzes (Funkausrüstung in den Einsatzfahrzeugen, tragbare Funkgeräte, 10 Standorte/Antennen).

#### 4.2.3 Fahrzeuge

Der Fahrzeugpark der Kantonspolizei setzt sich wie folgt zusammen:

	2007	2008
Autos	170	176
Motorräder	10	9
Schiffe	5	5

#### 4.2.4 Gebäudeverwaltung

Im Rahmen des Unterhaltendienstes der 43 Gebäude, die von den verschiedenen Diensten benutzt werden, wurden 1100 Eingriffe vorgenommen (Auffrischungen, Unterhalt usw.). 66 Umzüge und interne Mutationen und 34 Mobilienbestellungen wurden ausgeführt. Für die Ausführung all dieser Projekte waren 600 Ortsbesichtigungen und/oder Sitzungen nötig.

#### 4.2.5 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

Die Abteilung Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung ist verantwortlich für die Verwaltung der persönlichen und kollektiven Ausrüstung, sowie die Bewaffnung der gesamten Kantonspolizei. Sie ist auch zuständig für die Grundausrüstung der Polizeiaspiranten.

#### 4.2.6 Buchhaltung

Für das Jahr 2008 erstellte die Buchhaltung gestützt auf den Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Gebühren der Kantonspolizei 17 304 Rechnungen (18 025 im Jahre 2007). Ein Totalbetrag von 3 512 682.62 Franken (im Jahr 2007: 3 509 558.60 Franken) wurde in Rechnung gestellt.

### 4.3 Besondere Ereignisse

#### 4.3.1 Informatik und Telekommunikation

- Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS): genaue Analyse, Übersetzen der Eingabecodes Ripol und Zephyr, Entwickeln eines Moduls zur Filterung und Übermittlung der PKS-Daten
- Bereitstellen der Plattform SAN (Struktur zur automatischen Speicherung)
- Bereitstellen der elektronischen Infrastruktur für den fixen Radar auf der A 12, Ausweitung des Systems zur Integration der Fotografie von hinten
- Bereitstellen der elektronischen und telekommunikativen Infrastruktur für die Euro 2008
- Reaktualisierung der Studie zum Projekt Polycom

#### 4.3.2 Gebäudeverwaltung

- Totalerneuerung des Sicherheits- und Betriebssystems des Polizeigebäudes am Liebfrauenplatz 2 in Freiburg
- Umzug des Info-Centers und der Buchhaltung nach Granges-Paccot, Rte d'Englisberg 4
- Realisierung des Polizeipostens Freiburg, an der rue des Pilettes
- Zusatzstudie für den Bau eines neuen Gebäudes für die Zentraldienste der Kantonspolizei
- Bereitstellen eines Konzepts zur Erhöhung der Sicherheit in den Interventionszentren der Gendarmerie: Beginn der Ausführungen am Gebäude chemin de la Madeleine 8 in Granges-Paccot

#### 4.3.3 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

- Zuteilung der neuen Dienstwaffe, GLOCK 19, an alle Polizeibeamten
- Weiterführen der Arbeit in der Gruppe UNIMATOS, mit dem Hauptziel, eine gemeinsame Repräsentationsuniform zu entwickeln
- Einführung einer Arbeitskleidung und einer neuen Winterhose für die Beamten in Uniform
- Zusätzliche Studien hinsichtlich des Modellwechsels der persönlichen und kollektiven kugelsicheren Westen

## 5. Personalbereich

### 5.1 Auftrag

Der Personalbereich umfasst die speziellen Sektoren der Personalverwaltung, der Ausbildung und der psychologischen Unterstützung. Er stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonspolizei sowie die Aspiranten der Polizeischule an. Er sichert die administrative Verwaltung des Personals und deren Daten. Er ist für die Grund- und Weiterbildung sowie für die individuelle berufliche Entwicklung der Kader und Mitarbeiter verantwortlich. Er bietet den um Hilfe suchenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Unterstützung und der Hierarchie Beratung an.

## 5.2 Laufende Geschäfte

### 5.2.1 Ausbildung und Weiterbildung

Am 3. Januar 2008 begannen 29 Personen die Polizei-Aspirantenschule (PAS), davon 19 Aspiranten für die Gendarmerie (5 Frauen) und 10 Aspiranten für die Kriminalpolizei (7 Frauen). Im Verlaufe des Jahres verliessen 2 Aspirantinnen und 1 Aspirant der Kriminalpolizei die Schule. Am Schluss ihrer einjährigen Ausbildung haben die 26 Aspiranten die Examen mit Erfolg bestanden und den eidgenössischen Fachausweis als Polizist/Polizistin erhalten.

Verschiedene Weiterbildungskurse wurden während des Jahres 2008 dem Kader und den Beamtinnen und Beamten der Kantonspolizei erteilt. Wegen dem Einsatz der Kantonspolizei bei der Euro 08 war das Angebot von internen und externen Bildungskursen geringer als in den vergangenen Jahren. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter der Kantonspolizei besuchte im Durchschnitt 5 Tage Weiterbildungskurse.

Ausserdem hat das Ausbildungszentrum der Kantonspolizei verschiedene Kurse für externe Partner organisiert, namentlich für die Gefängniswärter des Zentralgefängnisses, die Beamtinnen und Beamten der Gemeindepolizeien und die Feuerwehr.

## 5.3 Besondere Ereignisse

### 5.3.1 E-sondage

In Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg wurde eine Internetanwendung für elektronische Erhebungen eingeführt. Mit diesem Tool können Erhebungen erstellt, diese den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern per E-Mail zugesandt und die Antworten gesichert werden. Somit kann das Personal der Kantonspolizei, garantiert anonym, zu ausgewählten Themen schnell und einfach befragt werden.

### 5.3.2 Einheit «zwischenmenschliche Beziehungen»

Zusätzlich zu der normalen Tätigkeit war die Einheit regelmässig im Einsatz in sogenannten «mikro-sozialen» Situationen, insbesondere als Hilfe bei Untersuchungen, zur Unterstützung der Familien und bei Meldungen dramatischer Todesfälle.

## 6. Pressedienst

### 6.1 Auftrag

Der Presse- und Präventionsdienst sichert die Information an die Bevölkerung durch die Medien, fördert das Image der Kantonspolizei und ist verantwortlich für den Inhalt der Internetseite der Kantonspolizei. Er informiert und berät das Publikum über die Möglichkeiten der Prävention gegen Kriminalität. Ausserdem ist er zuständig für die interne Kommunikation.

## 6.2 Laufende Geschäfte

### 6.2.1 Aktivitäten im Zusammenhang mit den Medien

Folgenden Aktivitäten im Zusammenhang mit den Medien wurden im Jahre 2008 durch den Pressedienst behandelt:

- 762 Pressemitteilungen von verschiedenen Ereignissen, wovon 127 Zeugenaufrufe;
- 35 ausführliche Medienmitteilungen;
- 680 Meldungen erhalten via Internet;
- 462 telephonische Anfragen von verschiedenen Medienstellen;
- 25 Alarmmeldungen wurden bei aussergewöhnlichen Ereignissen weitergeleitet;
- 3 Pressekonferenzen.

Unter anderem besuchten 123 699 Personen unsere Webseite, dies gibt einen Tagesdurchschnitt von 337 Besuchen.

### 6.2.2 Öffentlichkeitsarbeit

Im Verlaufe des Jahres wurden 8 Medientage und 4 Ausstellungen durchgeführt:

- 18.04 Jährliche Pressekonferenz für die Bilanz 2007;
- 21.04 Ausstellung «t-ki» in Seedorf;
- 25.04 Interkantonaler Marsch der Polizeiaspiranten;
- 06.06 Vorstellung der Sicherheitsmassnahmen für die Euro 2008;
- 01.07 Ausstellung «t-ki» an der EPAC;
- 18.07 Murtenseeüberquerung;
- 27.08 Grüne Woche der Polizeiaspiranten;
- 06.09 Vorstellung der verschiedenen Rettungseinheiten in Murten;
- 08.10 Vorführung einer grossen Rettungsaktion;
- 23.10 Gewerbeausstellung in Böisingen;
- 17.11 Medientag für das 20-jährige Jubiläum der GRIF;
- 19.12 Vereidigung der Polizeiaspiranten 2008.

Wegen der Euro 2008 beteiligte sich die Kantonspolizei nicht am Ferienpass 2008.

### 6.2.3 Präventive Aktivitäten

Die Informations- und Präventionsstelle hat folgende Aktionen unterstützt:

- 5 öffentliche Präventionsaktionen:
- 16.07 Aktion «Danke» auf den Freiburger-Strassen, wo den Automobilisten für ihr Verhalten gedankt wurde;
- 18.08 Aktion «Schulanfang»;
- 26.09 Aktion «Denkt an die Kinder»;
- 27.11 Aktion «Sehen und gesehen werden»;
- 07.12 Aktion «Angel».
- 42 Hausberatungen an Ort durch einen spezialisierten Beamten

### 6.3 Besondere Ereignisse

Im Rahmen der Euro 2008 war die Pressestelle während der Trainings der französischen Mannschaft in Châtel-St-Denis anwesend. Nach jedem in der Schweiz gespielten Match verfasste der Pressedienst eine Medienmitteilung über die Vorkommnisse in unserem Kanton.

## 7. Büro für Waffen und Sprengstoffe

### 7.1 Auftrag

Die Kantonspolizei ist die zuständige Behörde für die Anwendung und Kontrolle des Bundesgesetzes über Waffen, Waffenzubehör und Munition, aber auch für die Anwendung der Gesetzgebung über die Sprengstoffe. Das Büro für Waffen und Sprengstoffe stellt die Waffenerwerbsbewilligungen und Waffentragscheine aus, ebenso die Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln, die Zuverlässigkeitsbescheinigungen für Sprengausweisanwärter, die Europäischen Feuerwaffenpässe für Jäger und Sportschützen, welche im Schengenraum an Jagd- oder Schiesssportanlässen teilnehmen, sowie die Waffenhändlerpatente. Der Dienst organisiert die Prüfungen für den Waffentragschein der Sicherheitsbeamten, den kontrollierten Verkauf von Waffen, die Vernichtung von beschlagnahmten Waffen, Munitionen, Sprengstoffen und Feuerwerksartikeln. Das Büro für Waffen und Sprengstoffe verwaltet auch den Beschlagnahmeraum und kontrolliert die Verkaufsstellen von Feuerwerksartikeln, die Waffengeschäfte sowie die Schränke, die zur Lagerung von Sprengstoffen dienen. Es wirkt bei den Voruntersuchungen im Rahmen von Administrativverfahren mit.

### 7.2 Laufende Geschäfte

Die Tätigkeit im Jahre 2008:

	2007	2008
Waffenerwerbsbewilligungen	312	258
Ausnahmebewilligungen zum Kauf von Waffen	31	32
Sonderbewilligungen für die Jagd oder das Schiessen im Ausland	20	17
Feuerwaffenpässe	0	44
Bescheinigungen für die Verwendung von Sprengmitteln	2	0
Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln	96	91
Erwerbsscheine für Sprengstoffe	19	14
Waffentragscheine	45	63
Abgewiesene Gesuche (Kauf und Tragen von Waffen)	5	10
Beschlagnahme von Waffen	240	314
Erste Stellungnahme bei Administrativverfahren	36	62

	2007	2008
Rückgabe von Ordonnanzwaffen an Zeughaus	12	13
Rückgabe von Waffen an die Besitzer	41	35
Vernichtung von Waffen	148	206
Einvernahmen von Personen im Zusammenhang mit dem Antrag zum Erhalt einer Waffenerwerbsbewilligung.	19	31

### 7.3 Besondere Ereignisse

#### 7.3.1 Schengenrichtlinien und Revision des Schweizer Waffenrechts

Durch die Anpassung der Schengenrichtlinie über das Waffenrecht UE 91/477/EWG (Schengen) wurde eine Revision der schweizerischen Waffengesetzgebung nötig. Am 12. Dezember 2008 traten das revidierte Waffengesetz und dessen Verordnung in Kraft. Auf das erwähnte Stichdatum wurde die Internetseite der Kantonspolizei im Bereich «Waffen» angepasst. Dieses Medium ist heute eine wichtige Plattform für den Bürger, auf welcher allerlei Informationen und Formulare geholt werden können. Die endgültige Waffenein- und -ausfuhr in den und vom Schengenraum ist bewilligungspflichtig. Dazu gehört ein Begleitschein, auf welchem alle wichtigen Angaben zum Import/Export erwähnt sind. Für Jäger und Sportschützen wurde der Europäische Feuerwaffenpass eingeführt. Mit diesem Dokument kann die eigene Feuerwaffe zwecks Teilnahme an einem Jagd-/Sportanlass in den Schengenraum mitgenommen werden. Im Jahre 2008 wurden bereits 44 Feuerwaffenpässe ausgestellt.

## III. AMT FÜR MILITÄR UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Amtsvorsteher: Daniel Papaux

### 1. Auftrag

Das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (MBSA) hat folgenden Auftrag: Verwaltung der Militärangelegenheiten und der dem Kanton gehörenden Militärgebäude, Koordination des Bevölkerungsschutzes und Verwaltung des Zivilschutzes.

### 2. Dienstbetrieb

#### 2.1 Laufende Geschäfte

##### 2.1.1 Offiziersbeförderung

Der Bundesrat bzw. das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), haben im freiburgischen Offizierskorps oder unter den im Kanton wohnhaften Personen folgende 86 Beförderungen vorgenommen: elf Oberste, zehn Oberstleutnants, sieben Majore, siebzehn Hauptleute, neunundzwanzig Oberleutnants und zwölf Leutnants.



### 2.1.2 Ausbildungsdienst der Formationen

Im Jahr 2008 wurden von 1069 eingereichten Gesuchen 909 Dienstverschiebungen angenommen (85%) und 160 abgelehnt (15%).

Die Gründe der angenommenen Dienstverschiebungsgesuche sind folgende:

Lehre	3,4%
Studium	39,6%
Beruflich	29,0%
Berufliche Weiterbildung	7,2%
Auslandaufenthalt	4,1%
Ärztliche Gründe	12,0%
Andere Gründe	4,7%

### Schiesswesen ausser Dienst

*Mutationen im Bereich der kantonalen Schiesskommission*

Schiesssubkommissionen	Rücktritte 31.12.2008	Ernennung 1.1.2009
1 FR Saane-Glane	Oblt Julien Rudaz	Wm Martin Thomet Obergrfr Michel Berthoud
4 FR See		Oberst Heinz Thalmann

*Teilnahme an den eidgenössischen Übungen*

	Gewehr-schiessen 300 m		Pistolenschiessen	
	Oblig. Schiesspflicht	Eidg. Feld- schiessen	Bundes- Programm	Eidg. Feld- schiessen
	Schützen	Schützen	Schützen	Schützen
2008	8'766	5'813	804	1'775
2007	9'103	5'975	831	1'674
2006	9'453	6'052	838	1'669

*Total Jungschützen*

2008	787
2007	775
2006	758

*Dispensationen von der obligatorischen Schiesspflicht*

2008	103
2007	140

### 2.1.3 Disziplinar- und Strafwesen

931 (2007: 1347) Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 613 (2007: 692) Strafverfügungen.

3 (3) Beschwerden gegen diese Verfügungen wurden durch die Sicherheits- und Justizdirektion behandelt.

2 Beschwerden wurden abgewiesen; auf 1 Beschwerde wurde nicht eingetreten.

6 Stellungspflichtige wurden für das Versäumnis des Orientierungstages disziplinarisch bestraft.

40 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, 16 für ein zweites Versäumnis, 9 für ein drittes Versäumnis und 9 für ein viertes Versäumnis an der Rekrutierung disziplinarisch bestraft. Zusätzlich wurden 7 Stellungspflichtige für ein fünftes Versäumnis an die Militärjustiz überwiesen.

### 2.1.4 Rekrutierung

*Orientierungstage*

30 Orientierungstage wurden durch die Kreiskommandantin für die Stellungspflichtigen des Jahrganges 1990 auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt.

Die Planung der Rekrutenschulen für die 1134 Stellungspflichtigen französischer Muttersprache hat folgendes Resultat ergeben:

Stellungspflichtige des Jahrganges 1990 (1134)			
Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2009	3,8%	3,2%	9,6%
2010	5,8%	13,8%	31,3%
2011	12,8%	4,9%	11,8%
2012	0,0%	1,0%	2,0%

Für die 461 deutschsprachigen Stellungspflichtigen sieht die Planung wie folgt aus:

Stellungspflichtige des Jahrganges 1990 (461)			
Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2009	0,9%	5,4%	11,3%
2010	6,1%	19,7%	34,1%
2011	10,2%	2,2%	9,3%
2012	0,0%	0,6%	0,2%

*Organisation der Rekrutierung*

Im Jahr 2008 wurden anlässlich der Rekrutierung in den Rekrutierungszentren von Lausanne und Sumiswald BE folgende Entscheide gefällt:

	Lausanne	Sumiswald
Anzahl	1'088	427
Diensttaugliche	642 (59,0%) davon 87 Durchdiener	262 (61,4%) davon 27 Durchdiener
SD-taugliche	202 (18,5%)	71 (16,6%)
SD-untaugliche	114 (10,5%)	47 (11,0%)
SD-untaugliche in abs	78 (7,2%)	16 (3,7%)
Zurückgestellt zur Nachrekrutierung	49 (4,5%)	22 (5,2%)
Zurückgestellte auf 1 Jahr	2 (0,2%)	6 (1,4%)
Zurückgestellte auf 2 Jahre	1 (0,1%)	3 (0,7%)

#### Waffenloser Militärdienst

4 Gesuche um waffenlosen Militärdienst wurden eingereicht. Davon wurden 1 Gesuch angenommen, 2 abgelehnt und ein Armeeingehöriger wurde als dienstuntauglich erklärt.

#### 2.1.5 Entlassung aus der Wehrpflicht

879 Armeeingehörige der Jahrgänge 1974 (Rest) 1975, 1976, 1977 und 1978, welche die obligatorische Dienstpflicht erfüllt haben, wurden auf den 31.12.2008 aus der Wehrpflicht entlassen. Die Entlassungsinspektionen wurden gruppenweise (vier pro Tag) während 2 Tagen auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt.

In Anwendung der Artikel 11 und 12 der Verordnung vom 5. Dezember 2003 über die persönliche Ausrüstung der Armeeingehörigen (VPAA), mussten die Armeeingehörigen, welche die persönliche Waffe (Sturmgewehr 90, 57 oder Pistole) behalten wollten, eine Selbstdeklaration vorlegen. Von den 825 bewaffneten Armeeingehörigen haben 297 (36%) den Antrag gestellt, die Waffe als Eigentum zu behalten. Anlässlich der Abgabe der Waffe wurde eine durch das VBS auferlegte Entschädigung erhoben, 30 Franken für die Pistole, 60 Franken für das Sturmgewehr 57 und 100 Franken für das Sturmgewehr 90.

Die Stabsoffiziere des Jahrganges 1958, die Hauptleute des Jahrganges 1966 und die Subalternoffiziere des Jahrganges 1972, im Gesamten 64 Offiziere, wurden anlässlich einer offiziellen Feier, die vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert wurde, aus der Wehrpflicht entlassen.

#### 2.1.6 Wehrpflichtersatz

Die Anzahl der Ersatzpflichtigen, welche nicht in einer Formation der Armee eingeteilt sind und nicht der Zivildienstpflicht unterstehen, beträgt per 31.12.2008 8716 Personen. Dies bedeutet eine Zunahme von 6,4% gegenüber dem Vorjahr.

Die Erhebung der Ersatzabgabe aufgrund von Dienstverschiebungen wurde in 2906 Fällen geprüft.

Eine starke Zunahme ist bei den Rückerstattungsge-suchen zu vermerken. Diese stiegen von 260 Gesuchen im Jahr 2007 auf 470 Gesuche im Jahr 2008 (+80%). Das entspricht einer Gesamtsumme von 219'430 Franken.

Ende November waren bei 704 Ersatzpflichtigen die Steuerdaten zur Berechnung der Ersatzabgabe noch nicht bekannt. Für diese wurde per 30. November eine provisorische Veranlagungsverfügung eröffnet. Allen im Jahr 2007 Ersatzpflichtigen wurde somit während des Veranlagungsjahrs 2008 eine Veranlagungsverfügung zugestellt (Art. 25 Abs.2 WPEG).

Gegen drei Einspracheentscheide (2007: einer) wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingereicht.

Bezug	2008	2007
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen (Schweiz)	5'103'615.16	4'917'103.52
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen im Ausland	550.00	171.85
In Rechnung gestellte Verzugszinsen	44'539.93	33'915.35
Verrechnete Rückzahlungszinsen	242.85	925.25
Bruttoertrag	5'104'165.15	4'917'275.35
Rückerstattungen (Dienstnachholungen)	219'430.55	104'931.10
Reinertrag	4'884'734.60	4'812'344.25
Anteil des Bundes (80%)	3'907'787.70	3'849'875.40
Anteil des Kantons (20%)	976'946.90	962'468.85
Saldo ausstehende Beträge	2'591'620.00	2'422'003.68
Betrag Verlustscheine	108'449.95	159'138.30

Statistiken	2008	2007
Provisorische Veranlagungsverfügungen	761	441
Definitive Veranlagungsverfügungen	7'217	6'997
Durchschnittliche Ersatzabgabe	727.90	681.45
Ersatzbefreiung Art. 4 WPEG	541	479
Annullierte Ersatzabgaben	22'556.75	18'105.40
Erlassene Ersatzabgaben	32'459.85	31'202.30
Verjährte Ersatzabgaben	0.00	0.00
Rückerstattungsentscheide (Dienstnachholungen)	466	272
Rückzahlungsentscheide (Revisionen, Überschüsse)	134	164

#### 2.2 Besondere Ereignisse

Die Betriebe und Geschäfte des Kantons (700 Empfänger) sind über die Vorgehensweise bei Dienstverschie-

bungen für Militärdienst oder Zivilschutz ihrer Mitarbeiter informiert worden (Informationsblatt).

Der Staatsrat hat auf zwei schriftliche Anfragen von Grossräten geantwortet; die Anfragen betrafen die Aufbewahrung der Waffe am Wohnort und den Wachdienst mit durchgeladener Waffe. Was den Wachdienst anbelangt, so hat der Chef VBS kürzlich entschieden, dass auf den Wachdienst mit durchgeladener Waffe verzichtet wird.

In der Kaserne La Poya wurden Räume für die Orientierungstage für zukünftige Stellungspflichtige eingerichtet.

Als Ersatz einer Mitarbeiterin, die in den Vorruhestand getreten ist, wurde eine Mitarbeiterin (0,5 VZÄ) vom Sekretariat MBSA in das Büro für Wehrpflichtersatz versetzt. Die verbliebenen 0,5 VZÄ im Sekretariat MBSA wurden nicht ersetzt.

Das Ausführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Wehrpflichtersatz wurde aufgehoben und durch die Verordnung über die Wehrpflichtersatzabgabe ersetzt. Die Verordnung tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

### 3. Verwaltung der Militärgebäude

#### 3.1 Laufende Geschäfte

##### 3.1.1 Kaserne La Poya

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- Komplette Sanierung des Flachdaches auf dem Kommandogebäude 1.
- Renovation und Einrichtung von einem Büro und vier Theorieräumen für die Truppe und die Orientierungstage für zukünftige Stellungspflichtige.
- Renovation der beiden Küchen im Gebäude 3 sowie der Lebensmittelmagazine im Untergeschoss des gleichen Gebäudes (Böden, Malerarbeiten, Fenster). Das Mobiliar aus Inox (Schränke) wurde zu Lasten des Bundes ersetzt.
- Erneuerung des Zaunes entlang der Avenue Général Guisan. Diese Arbeiten werden 2009 fortgesetzt.

##### 3.1.2 Lager Schwarzsee

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- Sanierung des Flachdaches auf den Küchen (2. Etappe).
- Renovation der Küchenventilation und Austausch der Kochkessel (2. Etappe).
- Montage von elektrischen Roll-Laden bei der Selbstbedienung der beiden Küchen.
- Anpassung der Notausgänge gemäss Normen KGV in den beiden Küchen.
- Austausch eines der Brenner in der Hauptheizung des Lagers.

*Belegungstage*

2007	2008
45 670	37 332

Von den 37 332 Tagen wurden 20 495 zivile Tage durch die belgischen Ferienlager (Intersoc), 8524 durch Schulen, Sportvereine, verschiedene kulturelle Zusammenkünfte und private Treffen realisiert. Die militärischen Belegungen ergaben 8313 Tage.

Der Rückgang gegenüber 2007 ist ausschliesslich auf die Abnahme der Bestände der Ferienlager Intersoc zurückzuführen.

#### 3.2 Besondere Ereignisse

Die belgische Vereinigung Intersoc hat den Mietvertrag für das Lager Schwarzsee per Ende 2010 gekündigt. Die Zusammenarbeit mit Intersoc dauerte 51 Jahre. Die Verluste, die durch den Weggang von Intersoc entstehen, müssen kompensiert werden. Eine Arbeitsgruppe wird demnächst ins Leben gerufen, um die zukünftige Belegung des Lagers zu erörtern.

Die Verwaltung des Personals des Waffenplatzes Freiburg wurde zu Beginn des Jahres 2008 durch das MBSA übernommen. Dies wurde vorher durch das Infrastrukturzentrum Grolley sichergestellt.

Die Verhandlungen mit der Logistikkbasis der Armee betreffend Einrichtung einer Retablierungsstelle in Grolley für die Angehörigen der Armee mit Wohnsitz in unserem Kanton sind abgeschlossen. Die Retablierungsstelle wird ab März 2009 operationell sein.

Mit der Pensionierung des Hauswartes im ehemaligen Zeughaus Freiburg per Ende Januar 2008 wurden die Reinigungsarbeiten einer privaten Firma anvertraut.

### 4. Bevölkerungsschutz

#### 4.1 Laufende Geschäfte

Das Mobilisationssystem GAFRI (Gestion des alarmes Fribourg) wurde durch die Einführung der automatischen Übermittlung der Alarmrapporte an die Gruppenchefs optimiert. Somit sind diese Chefs über die Verfügbarkeit der Mitglieder ihrer Einsatzformationen informiert.

Einige freiburgische Gemeinden befinden sich in der Zone 2 des Kernkraftwerks Mühleberg. Die 2007 zur Aktualisierung der Bevölkerungsdokumentation sowie des Behelfs für die Behörden und Unternehmen geschaffene Arbeitsgruppe hat diese zwei Dokumente verabschiedet. Das Dokument für die Behörden und die Unternehmen wurde anlässlich einer am 12. September 2008 im Landwirtschaftlichen Institut von Grangeneuve durchgeführten Ausbildungstagung den Betroffenen verteilt.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesinstanzen hat das Amt an Sitzungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS), der MeteoSchweiz, der nationalen Alarmzentrale (NAZ) und der Territorialregion 1 teilgenommen. Insbesondere hat es an den Änderungsarbeiten der Alarmierungsverordnung (Projekt «Single Official Voice») teilgenommen.

Die laufende Beobachtung der Temperaturen wurde mit dem AfU weitergeführt. Sie hat dem Kantonsarztamt erlaubt, Hitzwelle-Warnungen zu versenden.

Unter der Leitung der Staatskanzlerin hat der Chef Bevölkerungsschutz das vom Staatsrat eingeleitete Projekt «Krisenmanagement» geführt. Diese Arbeiten werden 2009 beendet sein.

Auf Initiative des Bevölkerungsschutzes wurde mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation eine Vorstudie gestartet, um die Machbarkeit und die Zweckmässigkeit einer ORKAF-Plattform zur Hinterlegung von Dokumenten (in erster Linie Führungsdokumenten) zu analysieren. Der Entscheid, eine solche Plattform zu schaffen, wird Anfang 2009 fallen.

Während eines Ausbildungstags hat das kantonale Führungsorgan (KFO) die Grundlagen des Führungsrhythmus zur Stabsarbeit erhalten. Diese Ausbildung wurde durch Instrukturen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) durchgeführt.

Eine Delegation des KFO hat vom 25. bis 27. November 2008 an der Übung, die vom Heer zum Training der Territorialregion 1 organisiert wurde, teilgenommen. Sie hat in diesem Rahmen Koordinationsrapporte mit dem kantonalen territorialen Verbindungsstab Freiburg durchgeführt.

In Folge der Einführung des KFO und um keine Doppelspurigkeiten zu schaffen, wurde beschlossen, die Koordinationsgruppe GROCAF, die sich seit 2004 um operationelle Geschäfte kümmerte, aufzulösen.

#### 4.2 Besondere Ereignisse

Das Gesetz über den Bevölkerungsschutz ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Das kantonale Führungsorgan (KFO) wurde am 10. Juni 2008 eingeführt. Die von den KFO-Mitgliedern zu befolgenden Grundsätze des Bereitschaftsdienstes wurden im Dezember 2008 vom Staatsrat verabschiedet.

Das Sanitätsunterstützungsfahrzeug wurde offiziell am 12. Juni 2008 in Attalens während einer Zeremonie in Betrieb genommen. Dieses Fahrzeug ist voll operationell.

Im Rahmen der Euro 08 hat die Kantonspolizei den Bevölkerungsschutz ersucht, die Koordination mit den andern Partnern zu gewährleisten. Diese Koordination hat zur vollen Zufriedenheit funktioniert.

Die Planung der im Falle einer Pandemie zu treffenden Massnahmen wurde fortgesetzt. Sie betraf besonders die Führungsorganisation, die prä-pandemische Impfung, die Organisation der medizinischen Hilfsstellen, die «Social-distancing»-Massnahmen sowie das Aufrechterhalten der Staatsleistungen.

## 5. Zivilschutz

### 5.1 Laufende Geschäfte

#### 5.1.1 Verwaltung

##### *Verwaltung und Informatik*

Die Verwaltungsabläufe beim Aufgebot zu den verschiedenen Diensten, bei der Verwaltung der geleisteten Dienstage und bei deren Mitteilung an den Sektor Wehrpflichtersatz mit dem Informatiksystem OM verliefen reibungslos.

##### *Dispensationsgesuche*

Trotz der kurzen Dienstperioden sind weiterhin zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingegangen. Der Verwaltungsaufwand ist entsprechend gross. Die an die Geschäfte und Betriebe des Kantons Freiburg abgegebene Informationsbroschüre zum Vorgehen beim Einreichen eines Dienstverschiebungsgesuches für ihre Mitarbeiter könnte eine Verminderung dieser Gesuche zur Folge haben.

##### *Verwaltung der Schutzbauten und der Sirenen*

Im Rahmen des im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz erstellten Beschallungsplanes wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation eine neue Informatikapplikation realisiert. Sie ermöglicht es, auf Grund der Standortkoordinaten und des Typs der Sirenen, deren Standort und Aktionsradius auf einfach auszudruckende Karten zu visualisieren. Basierend auf dem freiburgischen geographischen Informationssystem (SYSIF) kann die neue Applikation den Geodatenkatalog der Sirenen und, ab 2009, der Schutzräume erstellen.

##### *Disziplinarwesen*

Dienstversäumer Zivilschutzkurse:	107	(2007: 91)
Einstellung des Verfahrens nach vorgängiger Strafuntersuchung:	41	(2007: 31)
Verwarnungen (leichte Fälle):	11	(2007: 7)
Überweisungen wegen Widerhandlung gegen das Bundesgesetz	52	(2007: 53)
<i>Strafmass/Entscheide</i>		
Busse und/oder Haftstrafe:	37	(2007: 37)
Einstellung des Verfahrens:	0	(2007: 0)
Überweisung an den Polizeirichter:	0	(2007: 0)
Hängige Verfahren:	15	(2007: 13)
Hängige vorgängige Strafuntersuchung:	3	(2007: 3)

Gegen die von den Untersuchungsrichtern erlassenen Strafbefehle wurden keine Einsprachen eingereicht.

### 5.1.2 Ausbildung

Die Besetzung des Ausbildungszentrums von Sugiez belief sich im Jahre 2008 auf 5907 Tage (2007: 4639).

Wegen der hohen Tauglichkeitsrate im Zivilschutz wurde die Anzahl der Grundausbildungsschulen von 8 (2004), auf 11 (2005), 12 (2006), 13 (2007) und schliesslich auf 14 im Jahre 2008 erhöht.

Das Zivilschutzausbildungszentrum in Sugiez verfügt nun über einen Informatikraum für die Ausbildung der Zivilschutzpflichtigen. Er wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation realisiert und ermöglicht die Benützung der neusten Ausbildungsanwendungen.

#### Grundausbildungsschulen

14 Grundausbildungsschulen (GAS) von je 2 Wochen (2007: 13) wurden für die drei Grundfunktionen (Stabsmitarbeiter, Betreuer und Pionier) durchgeführt. Der ständig zunehmenden Anzahl von Zivilschutzpflichtigen Rechnung tragend, sind für 2009 15 GAS geplant worden.

Ausgebildete Grundfunktion	Teilnehmer	TOTAL
Betreuer	111	
Pionier	155	
Stabsmitarbeiter	20	286
	2007:	218

#### Interkantonale Kurse für Kaderleute und Spezialisten und eidgenössische Kurse

In Anwendung der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen sowie dem Kanton Bern wurden Kader- und Spezialistenkurse in den Ausbildungszentren Sugiez, Gröne (VS), Spiez (BE), Schliern bei Köniz (BE), Couvet (NE) und Genf durchgeführt.

Schule / Kurse	Teilnehmer aus dem Kanton Freiburg
Sugiez, Zugführer Unterstützung	4
Sugiez, Gruppenchef Unterstützung	20
Sugiez, Anlagewart	14
Sugiez und Spiez (BE), Materialwart	7
Gröne (VS) und Spiez (BE), Gruppenchef Betreuung	8
Gröne (VS) und Spiez (BE), Zugführer Betreuung	10
Spiez (BE), Zugführer Unterstützung	2
Spiez (BE), Gollion (VD) und Couvet (NE), Chef logistisches Element	9
Genf und Schliern bei Köniz (BE), Kurs für Spezialisten des Kulturgüterschutzes	4
Couvet (NE), Rechnungsführer	3
Schwarzenburg, Kurse für Kaderleute und Spezialisten (Bund)	29
Schwarzenburg, Kurse für Instruktoren (Bund)	13

### 5.1.3 Organisation

Die Regionalkommissionen wurden entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen einberufen. Sie haben zum Dienstleistungsplan 2009 und zu den Gesuchen für Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft oder der Organisatoren von Grossanlässen Stellung genommen. Um den lokalen Zivilschutzkorps die Möglichkeit zu geben, Wiederholungskurse im Bereich Ausbildung zu betreiben, mussten bestimmte Anträge für Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft, insbesondere Bau und Abbau von Festzelten, abgewiesen werden.

Der Zivilschutz verfügt über acht 14-plätzig Transportfahrzeuge und über 4 geländetaugliche Fahrzeuge des Typs Puch, wovon 2 dieses Jahr erworben worden sind (Überbestände der Armee). Die gesamte Fahrzeugflotte dient sowohl der Ausbildung als auch den Einsätzen.

#### Rekrutierung 2008

	Stabsmitarbeiter	Betreuer	Pionier	Total
Rekrutierungszentrum Lausanne (f)	17	87	141	245
Rekrutierungszentrum Sumiswald (d)	21	29	35	85
Total	38	116	176	330
			2007:	341

#### Wiederholungskurse

Während des Jahres 2008 wurden 416 (2007: 384) Wiederholungskurse durchgeführt. Dabei wurden 9'264 Manntage geleistet (2007: 5318). Schwergewichtig dienten sie dem Unterhalt der Schutzbauten, den Einsätzen zu Gunsten der Gemeinschaft und den Unterstützungsleistungen im Rahmen von ORKAF-Einsätzen.

Trotz der kurzen Dienstperioden wurden zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingereicht. Diese Gesuche werden analog zum Verfahren, das im MBSA für Gesuche von Militärdienstpflichtigen angewendet wird, behandelt. Auf die 5093 (2007: 3908) erstellten Aufgebote wurden 1000 (2007: 728) Dispensen gewährt, deren 169 wurden abgelehnt. 134 Personen legten ihren Dienst auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses nicht ab, 127 sind unentschuldigt nicht eingerückt.

### 5.1.4 Bauten und Material

Die Zivilschutzorganisationen La Brillaz (Avry), La Biorda (Granges), Vully, Haut-Lac français (Courtepin) und Murten sowie die Unterstützungszüge (12) der Einsatzkompanien Mitte, Nord und Süd wurden einer Inspektion unterzogen.

Diese Kontrollen haben ergeben, dass das Material dieser Organisationen und der Einsatzkompanien fachge-

recht gewartet und eingelagert und somit einsatzbereit ist.

Die Schutzanlagen der Organisationen Hesasch (Schmiten) und die geschützte Spitalanlage des Kantonsspitals wurden kontrolliert. Diese Anlagen entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Die festgestellten Mängel beeinträchtigen die Einsatzbereitschaft dieser Anlagen nicht.

Anlässlich des jährlichen Probealarms der Sirenen im Februar zeigten 9 fest installierte und 33 mobile Sirenen Mängel.

#### Private Schutzräume

- Angemeldete Schutzräume im Jahre 2008: 111 mit insgesamt 6149 Schutzplätzen, wovon 55 Sammelschutzräume mit 3827 Schutzplätzen.
- Realisierte Schutzräume im Jahre 2008: 105 mit insgesamt 5851 Schutzplätzen, wovon 67 Sammelschutzräume mit 3350 Schutzplätzen.
- Einge kaufte Schutzplätze für den Bau von privaten Sammelschutzräumen: 1999
- Ersatzbeiträge für den Bau von öffentlichen Schutzräumen: 1728

#### Öffentliche Schutzräume

- Im Jahr 2008 abgeschlossene und bezahlte Bauten: 3 (Avry, Domdidier, Cottens).
- Im Bau: Estavayer-le-Lac, Courtepin, Gurmels, Montagny, Siviriez.
- Vorprojekte und Projekte in Planung oder im Genehmigungsverfahren: Montet GL, Marly.

#### Bauten der Schutzorganisationen und des Sanitätsdienstes

- Im Jahre 2008 fertiggestellte und bezahlte Bauten: Bereitstellungsanlagen III von Avry, Jaun und Granges.
- Projektierte Anlagen: Bereitstellungsanlage III in Alterswil, Marly und Le Mouret.

#### Ausbezahlte Subventionen

- Bund 553'695 Franken (2007: 778'597 Franken).
- Kanton 0 Franken (2007: 9'150 Franken).

## 5.2 Besondere Ereignisse

Im Ausbildungszentrum von Sugiez wurde für die Mitglieder des Freiburger Verbandes für den Zivilschutz eine Einsatzübung durchgeführt. Ungefähr fünfzig Personen, hauptsächlich Vertreter der Gemeinden, haben anlässlich dieser Übung die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des Zivilschutzes feststellen können.

Am 24. April 2008 hat eine kantonale Delegation, in Begleitung von Pressevertretern, der Einsatzkompanie Nord einen Truppenbesuch abgestattet. 150 Zivilschutzangehörige haben während einer Woche, zum Teil bei schwersten Bedingungen, Arbeiten im Rahmen der Er-

stellung des Wanderweges um den Greyerzersee durchgeführt. Die Einsatzkompanie Süd hat mit den gleichen Beständen während einer Woche die Arbeit fortgesetzt. Im Rahmen der Fussballmeisterschaft Euro 08 hat der Zivilschutz die Organisatoren in Châtel-Saint-Denis beim Bau und Abbau des Pressezentrum unterstützt. Er hat ebenfalls der Kantonspolizei personelle Mittel zur Verfügung gestellt für die Verkehrsregelung anlässlich der öffentlichen Trainings der französischen Nationalmannschaft.

## IV. AMT FÜR BEVÖLKERUNG UND MIGRATION

Vorsteher: Patrick Pochon

### 1. Aufgaben

Das Amt für Bevölkerung und Migration (BMA) setzt die Vorschriften der Gesetzgebung über die Ausländerinnen und Ausländer und im Asylwesen um. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden stellt es Schweizerpässe und Identitätskarten aus. Das Amt nimmt auch Aufgaben der Oberaufsicht über die Einwohnerkontrolle wahr.

### 2. Fremdenpolizei

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2007	2008
Niederlassungsbewilligungen	2 511	2 074
Aufenthaltsbewilligungen	5 024	4 620
Kurzaufenthaltsbewilligungen	3 312	2 505
Grenzgängerbewilligungen EG/EFTA	77	188
Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen oder der Kontrollfrist von Niederlassungsbewilligungen	13 977	14 514

##### 2.1.2 Sonstige Leistungen

Rückreisevisa	167	154
---------------	-----	-----

##### 2.1.3 Bestand der am 31. Dezember im Kanton anwesenden Ausländer (ohne Asylbewerber und vorläufige aufgenommene Personen)

	2007	2008
Niederlassungsbewilligungen	29 023	29 868
Aufenthaltsbewilligungen	13 492	15 443
Kurzaufenthaltsbewilligungen >=12 Monate	1 172	571
Total	43 687	45 882

### 2.1.4 Administrativmassnahmen

	2007	2008
Abgelehnte Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen	66	71
Ausschaffungsverfügungen	257	224
Verweigerung von Aufenthaltsbewilligungen, Nichtverlängerung oder Widerruf	113	71
Widerruf von Niederlassungsbewilligungen	6	22
Androhung der Verweigerung oder des Widerrufs	16	21
Ausschaffungshaft (ausgesprochene Verfügungen)	225	177
Ausschaffungshaft (vollzogene Verfügungen)	138	99
Ausschaffungen nach Haft unter der Zuständigkeit einer anderen Behörde	34	24
Überprüfungen durch das Kantonsgericht	57	66
Verzicht auf das mündliche Verfahren durch das Kantonsgericht	34	20
Gebietszuweisungen (Ein- oder Ausgrenzungen)	13	22
Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen	39	27
Beim Kantonsgericht eingereichte Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	90	70
Gutgeheissene Beschwerden	2	5
Eingestellte Verfahren	11	7

### 2.2 Besondere Ereignisse

Das rechtliche und institutionelle Umfeld hat sich radikal verändert. So ist am 1. Januar 2008 das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) in Kraft getreten, das künftig für Angehörige von Staaten gilt, mit denen die Schweiz kein Personenfreizügigkeitsabkommen abgeschlossen hat. Nach dem neuen Gesetz ist für die Zulassung hauptsächlich den wirtschaftlichen Interessen der Schweiz Rechnung zu tragen, wie auch dem Grad der Integration während des Aufenthalts in der Schweiz. Ausserdem gehört die Schweiz seit dem 12. Dezember 2008 zum Schengen-Raum. Die neu ausgestellten Aufenthaltstitel für Nicht-EU/EFTA-Angehörige entsprechen nun den europäischen Sicherheitsanforderungen.

2008 hat die ständige ausländische Wohnbevölkerung wie in den letzten Jahren weiter stark zugenommen (+ 5%), was ausschliesslich auf die Personenfreizügigkeit zurückzuführen ist.

## 3. Bereich Asyl

### 3.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 3.1.1 Statistiken betreffend den Kanton

	2007	2008
Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden	12	16
Asylbewerber, die dem Kanton Freiburg zugewiesen wurden	255	481
Vom Amt durchgeführte Befragungen (Asyl und Fremdenpolizei)	361	249
Aufenthaltsbewilligungen aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls	116	183
Vorläufig aufgenommene Personen	95	110
Positive Entscheide des BFM	56	88
Negative Entscheide des BFM	207	230
Nichteintretensentscheide (NEE) des BFM	92	74
Beim BFM hängige Asylgesuche	223	415
Total der am 31. Dezember im Kanton weilenden Asylbewerber	674	729
Total der am 31. Dezember im Kanton vorläufig aufgenommenen Ausländer	646	607

#### 3.1.2 Übersicht über die provisorischen Arbeitsbewilligungen für Asylbewerber und vorläufig aufgenommene Personen

	2007	2008
Agenturen für Temporärarbeit	271	188
Industrie	23	13
Gastgewerbe	31	27
Handel	8	4
Baugewerbe	17	10
Spitäler	8	10
Reinigungsinstitute	13	37
Übrige	34	51
Total	405	340

### 3.2 Besondere Ereignisse

Die Zahl der in der Schweiz gestellten neuen Asylanträge hat 2008 deutlich zugenommen (+ 53,1% gegenüber 2007), wodurch auch die Zahl der dem Kanton Freiburg neu zugewiesenen Personen stark gestiegen ist (+ 33%). Die neuen Asylbewerber stammen hauptsächlich aus Eritrea, Somalia, dem Irak und Sri Lanka. Die abgewiesenen Asylbewerber sind seit dem 1. Januar 2008 von der ordentlichen Sozialhilfe ausgeschlossen. Ende 2008 zählte der Kanton Freiburg 190 abgewiesene Asylbewerber. Ausserdem wurde in Anwendung des per 1. Januar 2007 eingeführten Systems 70 Asylbewerbern, die seit vielen Jahren im Kanton leben und sich sehr gut integriert haben, eine Aufenthaltsbewilligung erteilt.

## 4. Ausländische Arbeitskräfte

### 4.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 4.1.1 Anmeldungen von EU/EFTA-Staatsangehörigen

	2007	2008
für eine Tätigkeit von max. 3 Monaten bei einem Schweizer Arbeitgeber	1 301	1 472
für entsandte Arbeitnehmer	1 059	1 150
für grenzüberschreitende, selbstständige Leistungserbringer	136	108

#### 4.1.2 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige der EG-8-Staaten

	2007	2008
Aufenthaltsbewilligungen	48	19
Kurzaufenthaltsbewilligungen	310	336
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	162	167

#### 4.1.3 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige von Drittstaaten

	2007	2008
Jahresaufenthaltsbewilligungen	59	35
Kurzaufenthaltsbewilligungen	56	62
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	57	37
Bewilligungen für Künstler	540	772

#### 4.1.4 Sonstige Entscheide

	2007	2008
Einspracheentscheide	27	23

#### 4.1.5 Administrativmassnahmen

Nach Artikel 122 AuG kann die zuständige Behörde die Gesuche um Zulassung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eines Arbeitgebers, der wiederholt gegen Vorschriften dieses Gesetzes verstossen hat, abweisen oder nur teilweise bewilligen. Sie kann diese Sanktion auch androhen. Bis zum 31. Dezember 2007 konnte ein einzelner, aber schwerer Verstoss bereits eine Massnahme rechtfertigen.

	2007	2008
Verweise	179	16
Androhungen	102	81
Suspendierungen/Verweigerungen	27	31

### 4.2 Besondere Ereignisse

Das am 1. Januar 2008 in Kraft getretene Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) bestätigt weitgehend die Beschränkungen der Zulassung zu

einem Aufenthalt mit Erwerbstätigkeit in der Schweiz für ausländische Staatsangehörige, für die keine Personenfreizügigkeit gilt: Berücksichtigung des gesamtwirtschaftlichen Interesses, der beruflichen und persönlichen Voraussetzungen, der Höchstzahlen für Bewilligungen, des Vorrangs der bereits in der Schweiz und in der EU lebenden Arbeitskräfte sowie der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hingegen dürfen der Ehegatte eines Schweizerbürgers oder eines Inhabers einer Niederlassungs- oder Aufenthaltsbewilligung sowie seine ausländischen Kinder künftig auf dem ganzen Gebiet der Schweiz eine Erwerbstätigkeit ausüben.

## 5. Schweizerpässe und Identitätskarten

### 5.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 5.1.1 Ausgestellte Ausweise

	2007	2008
Normale Pässe	11 647	10 315
Identitätskarten	23 318	22 853
Provisorische Pässe	824	768
Biometrische Pässe	878	1 324

#### 5.2 Besondere Ereignisse

Der 2007 festgestellte Trend zu einem starken Rückgang der im Kanton Freiburg ausgestellten Pässe (- 39%) ist 2008 abgeflaut (- 7%). Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass nicht mehr viele Schweizerpässe 2003 ausgestellt werden. Das Interesse am biometrischen Pass, der ab März 2010 flächendeckend eingeführt werden soll, wird hingegen immer grösser (+ 50%).

## V. AMT FÜR GEWERBEPOLIZEI

Vorsteher: Alain Maeder

### 1. Aufgabe

Das Amt für Gewerbepolizei (GePoA) erteilt die Bewilligungen für die geschäftlichen Tätigkeiten, die nicht über eine volle Handelsfreiheit verfügen, und kontrolliert diese Tätigkeiten. Es ist vor allem im Bereich der öffentlichen Gaststätten, des Verkaufs von Alkohol, der Spielapparate, der Lotterien, des Kinos, der Handelspatente, der Kollekten und der Sicherheitsunternehmen tätig. Es überwacht ausserdem die Angabe der Preise, das Messwesen und die Öffnungszeiten der Geschäfte.

### 2. Öffentliche Gaststätten

Im Jahr 2008 wurden ausgestellt:

Neue Patente B für Betriebe mit Alkohol	23
Neues Patent F für ein Nachtrestaurant	1
Neue Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittel-Geschäft angegliedert sind	15



Neue Sonderpatente H	7
Neue Patente I für hotelähnliche Betriebe	3
Neue Patente T für Traiteurs	7
Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebes	255
Zudem wurden 394 Patente erneuert, 15 erweitert und 31 Namensänderungen bewilligt.	
Ausserdem wurden 2 Patente entzogen und 13 Patentgesuche abgelehnt. In 4 Fällen wurde die Schliessung eines Betriebes angeordnet.	
Am 31. Dezember 2008 betrug die Zahl der öffentlichen Gaststätten:	
Hotelbetriebe	159
Betriebe mit Alkohol	568
Betriebe ohne Alkohol	15
Dancings, Kabaretts	29
Hotelbars	14
Nachrestaurants	3
Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	105
Büvetten, Cafeterias, Ausländerkolonien	449
Hotelähnliche Betriebe	94
Traiteur	50
	<b>1486</b>

Der Arbeitgeberverband für Restauration und Hotellerie (Gastro-Freiburg) hat unter Aufsicht des Amtes fünf Ausbildungskurse für Betriebsführer von öffentlichen Gaststätten organisiert. Insgesamt haben 121 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kurs in französischer Sprache und 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kurs in deutscher Sprache besucht. 102 Fähigkeitsausweise wurden ausgestellt.

Im Weiteren haben 31 Inhaber eines von einem anderen Kanton ausgestellten Fähigkeitsausweis oder eines Diploms einer anerkannten Hotelfachschule die entsprechende Zusatzprüfung abgelegt.

Er hat drei Ausbildungskurse für Inhaber eines Patents G oder T organisiert. Von den insgesamt 36 Teilnehmerinnen und Teilnehmern haben 31 den Kurs in französischer und 5 den Kurs in deutscher Sprache besucht.

### 2.1 Handel mit alkoholhaltigen Getränken

Am 31. Dezember 2008 bestanden 443 Patente für den Handel mit alkoholhaltigen Getränken.

### 2.2 Lotterien und Kollekten

Im Jahr 2008 wurden 139 Bewilligungen für die Durchführung einer Lotterie erteilt, gegenüber deren 152 im Jahr 2007. In diesen Zahlen sind die Loterie Romande, das Sport-Toto und das Schweizer Zahlenlotto nicht inbegriffen.

Weiter wurden 91 Kollekten für wohltätige Zwecke bewilligt, wovon 85 im Kalender der Stiftung ZEWÖ

(Fachstelle für gemeinnützige Spenden sammelnde Organisationen) aufgeführt waren.

### 2.3 Kinokontrollen

Die Betriebsführer von Kinos haben 385 Filme angemeldet und für alle eine Aufführungsbewilligung erhalten. Die Aufsichtskommission für Filmwesen und Theater hielt keine Sitzung ab.

### 2.4 Sicherheitsunternehmen

Im Jahr 2008 wurden ausgestellt:

128 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal,

108 Ausübungsbewilligungen.

Das Amt hat zudem 8 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung in öffentlichen Gaststätten zuständig sind, erteilt.

Ausserdem wurde an zwei Sicherheitsunternehmen mit Sitz im Kanton Freiburg eine Betriebsbewilligung erteilt.

Zurzeit haben 11 Sicherheitsunternehmen eine Betriebsbewilligung für den Kanton Freiburg

### 2.5 Spielapparate und Spielsalons

Im Jahr 2008 hat das Amt 338 Betriebsbewilligungen für Geldspielautomaten erteilt. Ausserdem wurde der Betrieb von 329 Unterhaltungsapparaten bewilligt.

Im Kanton Freiburg werden zurzeit 3 Spielsalons betrieben.

### 2.6 Gewerbe der Reisenden

Im Jahr 2008 wurden 40 Ausweise für Reisende und 3 Ausweise für Schausteller und Zirkusbetreiber ausgestellt.

### 2.7 Masse und Gewichte

Entsprechend den eidgenössischen Gesetzesbestimmungen wurden geprüft:

Waagen für offene Verkaufsstellen	509
Waagen für nicht offene Verkaufsstellen	1073
Fahrzeugwaagen	57
Geleisewaagen	3
Spezialwaagen	38
selbsttätige, diskontinuierlich totalisierende Waagen (Schüttwaagen)	19
Preisauszeichnungswaagen für Zufallspackungen	252
Gewichtstücke	83
Volumenmessanlagen für Mineralöle	221
Volumenmessanlagen für Mineralöle in Zapfsäulen	357
Volumenmessanlagen in Transportzisternen	45
Volumenmessanlagen in Tanklagern	6
Zusatzapparate	91

Volumenmessanlagen für Lebensmittel (Milch, Wein) 37  
 Abgasprüfgeräte 429  
 Ausserdem wurden 442 Kontrollen von industriellen Fertigpackungen und 425 Kontrollen von Zufallspackungen in Betrieben durchgeführt.  
 Schliesslich wurden 119 Verkaufsstellen im Rahmen der Marktüberwachung kontrolliert.

## VI. AMT FÜR STRAF- UND MASSNAHMENVOLLZUG UND GEFÄNGNISSE

Vorsteher: Thomas Freytag

### 1. Auftrag

Das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG) ist beauftragt, die durch die Gerichte, Polizeirichter und Untersuchungsrichter ausgesprochenen Strafen und Massnahmen zu vollziehen. Es weist die zu einer Freiheitsstrafe oder zu einer stationären Massnahme verurteilten Personen in die zuständigen Anstalten ein. Es vollzieht die anderen strafrechtlichen Sanktionen (oder lässt diese vollziehen), wie umgewandelte Geldstrafen, umgewandelte Bussen, die gemeinnützige Arbeit und die ambulanten Behandlungen. Es führt im Weiteren die Gefängnisse (das Zentralgefängnis, die Gefängnisse Bulle und Romont).

### 2. Straf- und Massnahmenvollzug

Die Tätigkeiten des Amtes stützen sich überwiegend auf die nachstehenden rechtlichen Bestimmungen:

- Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen
- Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit (GAV)
- Verordnung vom 12. Dezember 2006 betreffend den tageweisen Strafvollzug
- Entscheide vom 25. September 2008 der Westschweizer Konferenz der in Straf- und Massnahmenvollzugsfragen zuständigen kantonalen Behörden.

Das ASMVG plant den Vollzug der unbedingten Freiheitsstrafen und der strafrechtlichen Massnahmen, bestimmt die Vollzugsanstalt, den Beginn und die Stufen des Vollzuges. Im Verlaufe des Vollzuges bestimmt das Amt über die Ausgangserlaubnis (Urlaub, Ausgang), über den Übertritt in eine andere Anstalt und über den Unterbruch des Vollzuges. Es verfügt unter anderem über die in den Konkordatsstexten vorgesehenen Entscheide, die gesetzlich vorgesehenen Entscheide in Bezug auf die Halbgefängenschaft und den Tageweisen Vollzug. Es befindet im Übrigen über die bedingte Entlassung oder die Aufhebung der therapeutischen Massnahmen und ordnet die damit verbundenen Massnah-

men an (Bewährungshilfe, Weisungen bezüglich der Lebensführung usw.).

Das ASMVG erlässt im Weiteren Entscheide über die gemeinnützige Arbeit (GA) und überweist die Fälle zwecks Durchführung der GA an das Amt für Bewährungshilfe. Es kassiert auch die durch die zuständigen Justizbehörden ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen ein. In dieser Angelegenheit interveniert das Amt nur bei Nichtbezahlung der ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen, nämlich in den Fällen, wo anstelle der Busse bzw. der Geldstrafe eine Ersatzfreiheitsstrafe ausgesprochen wurde. Im Weiteren stellt das Amt die kantonale Koordination für die Eintragungen in das Strafregister sicher.

### 2.1 Vollzug der kurzen Freiheitsstrafen in den kantonalen Gefängnissen

Im Jahr 2008 wurden dem ASMVG durch die Freiburger Gerichtsbehörden 269 Urteile über den Vollzug von Freiheitsstrafen zugestellt, wovon:

- 187 Urteile für Freiheitsstrafen unter 6 Monaten
- 29 Urteile für Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und einem Jahr
- 53 Urteile für Freiheitsstrafen über einem Jahr.
- 311 Personen haben Freiheitsstrafen im Zentralgefängnis, im Gefängnis von Bulle und in den Anstalten Bellechasse verbüsst, davon 250 im Normalvollzug. Von den Letzteren haben 191 Personen eine Strafe unter einem Jahr im Zentralgefängnis und im Gefängnis von Bulle verbüsst, 130 im geschlossenen Vollzug.
  - a) Es wurden 143 Vorladungen zum ordentlichen Strafvollzug ausgestellt.
  - b) 91 Personen haben die Bewilligung erhalten, ihre Freiheitsstrafe im Regime der Halbgefängenschaft zu vollziehen; dieses Regime bietet dem Insassen die Möglichkeit, weiterhin seinen beruflichen Aktivitäten nachzugehen und sich nur nachts und am Sonntag im Gefängnis einzufinden.
  - c) 5 Personen haben beantragt, die Freiheitsstrafe im Regime des tageweisen Vollzugs an den Wochenenden zu vollziehen.

### 2.2 Strafvollzug von langen Strafen in Konkordatsanstalten oder Anstalten ausserhalb des Konkordats

132 Personen haben eine Freiheitsstrafe von mehr als 12 Monaten in einer Konkordatsanstalt oder einer Anstalt ausserhalb des Konkordats vollzogen oder befinden sich nach wie vor im Vollzug.

	Anzahl Hafttage	Anzahl Insassen
- Anstalten von Bellechasse	16216	130
- Etablissements de la plaine de l'Orbe	4773	14
- Etablissement de Bellevue à Gorgier/NE	4083	20
- Prison de La Tuilière à Lonay/VD	386	3
- Anstalten von Witzwil/BE	1217	8
- Anstalten von Realta, Cazis/GR	179	1
- Strafanstalt Bostadel, Menzingen/ZG	526	3
- Strafanstalt Hindelbank/BE	792	3
- Pénitencier La Stampa, Lugano/ TI	655	4
- Strafanstalt Thorberg/BE	488	3
- Strafanstalt Pöschwies /ZH	398	2
- Massnahmenzentrum St. Johannsen/ BE	1137	4
- Maison d'éducation au travail Pramont/ VS	765	4
- Fondation Bartimée, Grandson/VD	266	6
- Strafanstalt Lenzburg /AG	939	3
- Strafanstalt Schöngrün /SO	92	1
- Centre de sociothérapie La Pâquerette/ GE	422	2
- Le Tremplin, Fribourg	275	5
- Foyer St Louis, Fribourg	694	2
- Foyer Eden, Hilterfingen /BE	216	1
- Fondation le Levant /VD	14	1
- Suchttherapie Wimmis	182	1
- Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel	106	1
- Foyer André, La Côte-aux-Fées	278	3
- Le Radeau, Orsonnens	237	2
- Foyers les Rives du Rhône Sion /VS	76	1
- Inselspital Bern (Bewachungsstation)	78	7
- Übrige ausserkantonale Platzierungen	1329	102
Total	36819	337

### 2.3 Vollzug in anderen Kantonen/Delegation

122 durch Freiburger Justizbehörden ausgesprochene Verurteilungen (Freiheitsstrafen und Gemeinnützige Arbeit; ohne umgewandelte Bussen) wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen nicht im Kanton Freiburg Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren.

### 2.4 Vollzug von Massnahmen

62 Personen haben eine strafrechtliche Massnahme vollzogen, beziehungsweise befinden sich nach wie vor in deren Vollzug, davon sind

10 Personen in stationärer Behandlung einer psychischen Störung in Anwendung von Art. 59 StGB oder Art. 59 und Art. 60 StGB,

11 Personen in einer stationären Suchtbehandlung in Anwendung von Art. 60 StGB,

4 Personen im Vollzug einer stationären Massnahme für junge Erwachsene in Anwendung von Art. 61 StGB,

6 Personen in einer ambulanten Behandlung in Anwendung von Art. 63 StGB während des Strafvollzugs,

25 Personen in einer ambulanten Behandlung in Anwendung von Art. 63 StGB in Freiheit,

6 Personen im Vollzug einer Verwahrungsmassnahme in Anwendung von Art. 64 StGB.

Das ASMVG hat 63 Behandlungsverfügungen erlassen. Diese Personen wurden in folgenden Institutionen eingewiesen:

*Siehe Tabelle unter Ziff. 2.2*

### 2.5 Etappen des Vollzugs von Strafen und Massnahmen

a) 38 Personen wurde das Vollzugsregime des Arbeitsexternates bewilligt. Vollzugsanstalten:

	Vollzugs- tage	Insassen
- Zentralgefängnis	1503	10
- Gefängnis von Bulle	382	3
- Maison Montfleury/GE	537	6
- Maison Le Vallon/GE	747	7
- Maison Le Villars/GE	29	1
- Wohnheim Bethlehem Olten /SO	230	1
- Klosterfiechten Basel	158	1
- Foyer La Ronde La Chaux-de-Fonds / NE	161	3
- Ritec Düringen	254	6
Total	4001	38

1 Person hat das Arbeitsexternat in Anwendung des elektronisch kontrollierten Hausarrests vollzogen.

b) 13 Personen wurde das Vollzugsregime Arbeits- und Wohnexternat bewilligt.

c) Bedingte Entlassung

Seit dem 1. Januar 2007, mit dem Inkrafttreten der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen, ist das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse alleine zustän-

dig, eine bedingte Entlassung auszusprechen (bei einer Freiheitsstrafe von mehr als 2 Jahren holt das ASMVG die Stellungnahme der beratenden Kommission für die bedingte Straffentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit ein).

Folgende Entscheide wurden erlassen:

Bewilligung der bedingten Entlassung nach Vollzug der Mindeststrafdauer	45
Bewilligung der bedingten Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt	16
Verweigerung der bedingten Entlassung (6 betreffend Massnahmen)	8
Total	69
Bedingte Entlassung bei Freiheitsstrafen mit einer Dauer bis zwei Jahren:	
Bewilligung der bedingten Entlassung nach Vollzug der Mindeststrafdauer	24
Verweigerung der bedingten Entlassung	2
Total	26

6 Personen haben gegen Entscheide des Amtes an die Direktion rekuriert; davon wurden 4 abgewiesen und 2 wegen Rückzug für gegenstandslos erklärt.

d) Beratende Kommission für die bedingte Straffentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit

Die beratende Kommission für die bedingte Straffentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit hat 5 Sitzungen abgehalten und 57 Fälle behandelt. Diese Kommission erlässt zuhanden des ASMVG eine Stellungnahme zur Frage der bedingten Entlassung bei Insassen, die zu mehr als zwei Jahren Freiheitsstrafe, zu einer stationären Massnahme oder Verwahrung verurteilt worden sind. Die Kommission beurteilt des Weiteren die Gefährlichkeit von Insassen im Hinblick auf eine allfällige Versetzung in eine offene Strafanstalt oder die Gewährung von Vollzugslockerungsschritten (Urlaube usw.).

## 2.6 Gemeinnützige Arbeit (nachfolgend: GA)

Mit dem Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches am 1. Januar 2007 sind das ASMVG und das Amt für Bewährungshilfe beauftragt, die von den Justizbehörden ausgesprochenen Urteile zur gemeinnützigen Arbeit zu vollziehen. Das ASMVG trifft die Entscheide in Anwendung der Artikel 11 und 12 der Verordnung vom 19. September 2006 zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und Schweizerischen Militärstrafgesetzbuch sowie die Administrativmassnahmen in Anwendung des Artikels 13 der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit.

2008 wurden vom Untersuchungsrichteramt 325 Verurteilungen zu GA an das ASMVG überwiesen. Zusätzlich hat das ASMVG von anderen Kantonen 56 Verurteilungen zu GA erhalten, die es zu vollziehen gilt, da die betroffenen Personen Wohnsitz im Kanton Freiburg haben oder hier wohnhaft sind.

Das ASMVG hat 2008 insgesamt 357 GA-Dossiers an das Amt für Bewährungshilfe überwiesen. In 28 Fällen, bedingt durch ungenügendes Verhalten, unbegründetes Fernbleiben oder weil die Person schliesslich doch den gewöhnlichen Strafvollzug gewählt hat, wurde der Widerruf der gemeinnützigen Arbeit angeordnet. Im Hinblick auf eine allfällige Aufhebung der GA wurden im Übrigen 36 Vollzugsberichte an das Untersuchungsrichteramt adressiert.

## 2.7 Umgewandelte Bussen und Geldstrafen

Die unbezahlten Bussen werden in Freiheitsstrafen umgewandelt (gemäss altem StGB 30 Franken = 1 Tag Haft – gemäss neuem StGB 100 Franken = 1 Tag Freiheitsstrafe).

Folgende Bussenumwandlungsentscheide und umgewandelten Geldstrafen wurden dem Amt zugestellt:

– vom Untersuchungsrichteramt	2127
– von den Oberämtern	1960
– von anderen Kantonen (Delegation)	58
– von den Bezirksgerichten	21

Insgesamt hat das ASMVG somit 4166 Umwandlungsentscheide erhalten.

Durch die Tätigkeiten des ASMVG wurden folgende Beträge einkassiert (in Franken):

– Untersuchungsrichteramt	920'847.00
– Oberämter	221'553.40
– Andere Kantone	25'208.15

Im Jahr 2008 konnten insgesamt 1'167'608.55 Fr. einkassiert werden.

26 Umwandlungsentscheide betreffend 13 Personen wurden zwecks Strafvollzugs im geschlossenen Regime an den Bereich Freiheitsstrafen überwiesen. Zusätzlich wurden 145 Umwandlungsentscheide betreffend 56 Personen an den Sektor GA zwecks Vollzugs in Form der GA überwiesen.

Weitere Kennzahlen im Bereich umgewandelte Bussen und Geldstrafen:

Anzahl Mandate an die Polizei:	3574
Anzahl RIPOL Verhaftungsausschreibungen:	656
Anzahl Delegationen an andere Kantone:	766
Anzahl bewilligter Teil- oder Akontozahlungen:	981
Anzahl bewilligter GA-Anfragen:	145

## 2.8 Verschiedenes

– Anzahl behandelte Urteile (Freiheitsstrafen, GA, Umwandlungsentscheide)	986
– Versand des Fragebogens über die Wahl des Regimes der Verbüssung der Kurzstrafen	61
– Unterbruch des Strafvollzugs	17
– RIPOL Ausschreibungen (ohne Umwandlungsentscheide)	109
– Vollzugsmandate an die Polizei	14
– Transportaufträge	124

## 2.9 Begnadigungsgesuche

Der Grosse Rat behandelte im Jahre 2008 3 Begnadigungsgesuche. Alle 3 wurden abgelehnt.

## 2.10 Strafregister

Im Jahr 2008 hat das Amt 3727 Urteile registriert und 3025 Auszüge zuhanden der kantonalen Justizbehörden ausgehändigt.

## 3. Gefängnisse

Seit dem 1. Juli 2007 hat das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG) die Aufgaben des ehemaligen Amtes für Gefängnisse übernommen. Unter diesem Titel führt es die Gefängnisse Freiburg (Zentralgefängnis), Bulle und Romont. Die Gefängnisse verfügen über 99 Plätze, davon 76 im Zentralgefängnis, 16 in Bulle und 7 in Romont. Die Gefängnisse dienen vorwiegend der Einweisung von Personen in Untersuchungshaft und dem Vollzug von Kurzstrafen (geschlossener Vollzug und Halbgefängenschaft). Das Zentralgefängnis beherbergt auch Personen in Haft gemäss Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. In einem separaten Sektor werden auch Minderjährige in Untersuchungshaft und Frauen aufgenommen.

In den Gefängnissen werden folgende Personen aufgenommen (beide Geschlechter, Voll- und Minderjährige):

- Beschuldigte in Untersuchungshaft für die Dauer der Untersuchung.
- Beschuldigte nach Abschluss der Untersuchung bis zum Gerichtsurteil.

- Verurteilte bis zu ihrem Transfer in eine Strafanstalt.
- Insassen, die von einer Strafanstalt in eine andere überführt werden.
- Insassen, die umgewandelte Bussen verbüssen.
- Verurteilte, die Strafen bis vier Wochen im tageweisen Vollzug verbüssen.
- Verurteilte, die Strafen bis maximal zwölf Monaten im Regime der Halbgefängenschaft verbüssen.
- Verurteilte, die Strafen von mehreren Monaten im Regime des Arbeitsexternates (am Ende einer langen Strafe) verbüssen.
- Verurteilte, die Strafen bis maximal sechs Monaten im ordentlichen Vollzug verbüssen.
- Personen, die auf Grund der Jugendstrafgerichtsbarkeit inhaftiert werden.
- Insassen, die auf Grund der Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht platziert wurden.

### 3.1 Eintritte im Jahr 2008

	Schweizer	Ausländer
- Männer – Zentralgefängnis	144	380
- Männer – Gefängnis Bulle	36	72
- Männer – Gefängnis Romont	0	0
- Frauen - Zentralgefängnis	16	17
Total	196	469

### 3.2 Hafttage

	Schweizer		Ausländer		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Untersuchungshaft					
- Zentralgefängnis	1933	42	8014	415	10404
- Gefängnis von Bulle	269	0	1518	0	1787
Inhaftierung von Minderjährigen					
- Zentralgefängnis	44	3	317	0	364
- Gefängnis von Bulle	0	0	0	0	0
Ordentlicher Strafvollzug					
- Zentralgefängnis	1222	104	2138	63	3527
- Gefängnis von Bulle	114	0	427	0	541
- Gefängnis von Romont	0	0	0	0	0

	Schweizer		Ausländer		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Tageweiser Strafvollzug					
- Zentralgefängnis	26	0	16	9	51
- Gefängnis von Bulle	33	0	0	0	33
Halbgefängenschaft					
- Zentralgefängnis	772	381	672	70	1895
- Gefängnis von Bulle	396	0	366	0	762
Arbeitsexternat					
- Zentralgefängnis	292	0	1211	0	1503
- Gefängnis von Bulle	259	0	123	0	382
Zwangsmassnahmen (Ausländerrecht)	0	0	2445	9	2454
Militärhaft - Bulle	3	0	0	0	3
<b>Total</b>	<b>5363</b>	<b>530</b>	<b>17247</b>	<b>566</b>	<b>23706</b>

### 3.3 Verpflegung

Der Menüplan erstreckt sich jeweils über mehrere Wochen. Im Zentralgefängnis werden die Mahlzeiten durch einen professionellen Koch-Aufseher, unterstützt durch zwei Insassen, zubereitet; im Gefängnis Bulle werden die Mittagsmahlzeiten durch eine externe Institution angeliefert. Im Jahre 2008 sind bezüglich der Qualität und der Quantität der Mahlzeiten keine Beschwerden eingegangen.

### 3.4 Räumlichkeiten

Das Gebäude des Zentralgefängnisses umfasst 7 verschiedene Sektoren, nämlich:

- Untersuchungshaft Männer	37 Plätze
- Minderjährige	3 Plätze
- Strafvollzug Männer	11 Plätze
- Frauen	5 Plätze
- Arbeitsexternat	4 Plätze
- Tageweiser Vollzug und Halbgefängenschaft	7 Plätze
- Vollzug von Zwangsmassnahmen	9 Plätze
Total verfügbare Plätze:	76 Plätze

Das Gefängnis Bulle ist in zwei Sektoren eingeteilt nämlich:

- Untersuchungshaft Männer	8 Plätze
- Strafvollzug Männer	8 Plätze
Total verfügbare Plätze:	16 Plätze

Das Gefängnis Romont ist in zwei Sektoren eingeteilt nämlich:

- Untersuchungshaft Männer	5 Plätze
- Strafvollzug Männer	2 Plätze
Total verfügbare Plätze:	7 Plätze

### 3.5 Beschäftigung der Insassen

Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind nicht zur Arbeit verpflichtet. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sehen hingegen vor, dass Verurteilte oder sich in Arrest befindende Personen zur Arbeit angehalten werden können.

Im Zentralgefängnis konnte durch eine interne Restrukturierung die Beschäftigung der Insassen markant angehoben werden. Es werden Beschäftigungen in den Bereichen Küche (4853 von Insassen geleistete Arbeitsstunden), Unterhalt (1404 von Insassen geleistete Arbeitsstunden), Reinigung (3466 von Insassen geleistete Arbeitsstunden) und Werkstattarbeiten (6177 von Insassen geleistete Arbeitsstunden) angeboten.

### 3.6 Insassenbetreuung

Der Oberaufseher oder seine Stellvertreter haben die neu eingetretenen Insassinnen und Insassen, insbesondere die Untersuchungshäftlinge, die Insassen im Strafvollzug und diejenigen, die aufgrund von Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht inhaftiert worden sind, innerhalb von 48 Stunden anzuhören (2008: 501 Unterredungen). Der Dienstchef steht den Insassen jeden Donnerstagnachmittag für eine beantragte Sprechstunde zur Verfügung. Die medizinische Betreuung im Zentralgefängnis wird von zwei Ärzten, einer Psychiaterin und einer Krankenschwester sicher-

gestellt. Während des Jahres 2008 haben die Ärzte im Zentralgefängnis 338 Insassen und die Psychiaterin 273 Insassen empfangen. In den Bezirksgefängnissen wird jeweils der Notfallarzt angerufen (im Jahr 2008: 65 Konsultationen). Mehrere Insassen mussten für Abklärungen und/oder ambulante Eingriffe ins Spital überführt werden.

Seit Anfang 2007 wurde die Frequenz der Konsultationen des Psychosozialen Dienstes im Zentralgefängnis von einem auf zwei Nachmittage pro Woche erhöht. Des Weiteren werden die Gefängnisärzte bei der Behandlung von Alkohol- und /oder Rauschgiftsüchtigen von Spezialisten unterstützt.

Die moralische und geistliche Betreuung der Insassen wird von zwei Priestern sichergestellt. Zudem wird den Insassen, bei Bedarf, eine beschränkte materielle Hilfe zgedacht.

Die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe stellen den Sozialdienst in den Gefängnissen des Kantons sicher. Sie sind während drei Nachmittagen pro Woche im Zentralgefängnis, wo sie die neu eingetretenen Insassen in ihren speziell eingerichteten Räumlichkeiten empfangen. In den Bezirksgefängnissen intervenieren die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe zweimal pro Monat oder auf Anfrage. Diese Kontakte mildern den Schock, den die Inhaftierung auslösen kann und begünstigen die Rückkehr der Insassen ins Zivilleben. Sie ermöglichen zudem die Beziehungen der Insassen mit ihren Familien und den Arbeitgebern.

Einige freiwillige Besucher haben sich in die Gefängnisse des Kantons begeben, um die Insassen, die keine Familie mehr haben oder keinen Kontakt mit dieser pflegen, zu unterstützen.

Jeden Samstag können die Insassen im ordentlichen Strafvollzug von ihren Angehörigen besucht werden. Insassen, die sich in Untersuchungshaft befinden, dürfen mit einer Bewilligung des zuständigen Untersuchungsrichters ebenfalls Besuch empfangen.

## VII. AMT FÜR BEWÄHRUNGSHILFE

Amtsvorsteher: Philippe Pillonel

### 1. Aufgaben

Das Amt für Bewährungshilfe handelt gemäss den Art. 93ff des am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB). Seine Tätigkeit wird auf kantonaler Ebene mit der Verordnung vom 6. Oktober 2008 geregelt. Die Abteilung Sozialarbeit übernimmt die Begleitung von Personen in Untersuchungshaft, im Arbeits- und Wohnexternat oder mit einem Mandat der Bewährungshilfe. Die Abteilung Alternative Strafvollzugsformen garantiert, gemäss Art. 37ff des StGB sowie der kantonalen Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Ausführung von gemeinnütziger Arbeit, die Planung und Umsetzung aller unter dieser Kategorie fallenden Strafen.

### 2. Aktivitäten

2008 war ein Übergangsjahr, geprägt von der Einführung neuer Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches sowie durch die Anpassung von internen Prozeduren. In der Abteilung Sozialarbeit ist die Anzahl der Mandate stabil geblieben. In der Abteilung Alternative Strafvollzugsformen ist das Arbeitsvolumen spektakulär angestiegen.

#### 2.1 Laufende Aktivitäten

##### 2.1.1 Abteilung Verwaltung

Die Abteilung Verwaltung hat die Weiterentwicklung des Informatiksystems vorangetrieben und weitere Dossiers informatisiert. Sie hat 538 Dossiers der Abteilung Sozialarbeit und 712 Dossiers der Abteilung Alternative Strafvollzugsformen verwaltet. 2008 hat das Amt für Bewährungshilfe 86 375 Franken an materielle Hilfe ausbezahlt. Diese Unterstützung an Straftlassene erfolgte vor allem in Form von kleineren Geldbeträgen, Lebensmitteln, Kleidern, Transportgutscheinen oder Übernahme von Kurs- und Weiterbildungskosten (Führerausweis, Stapelfahrer usw.). Die Beiträge an die Kosten von Psychotherapien für Personen in Untersuchungshaft sind 2008 auf 30 659 Franken gestiegen, gegenüber 4871 Franken im Vorjahr. Eine massive Erhöhung ist auch bei der Übernahme der Kosten für Blut- und Urinproben zu verzeichnen, welche von 4779 Franken (2007) auf 10 202 Franken (2008) gestiegen sind. Diese Zunahme ist vor allem auf die erhöhte Anzahl der Mandate mit Weisungen zurückzuführen.

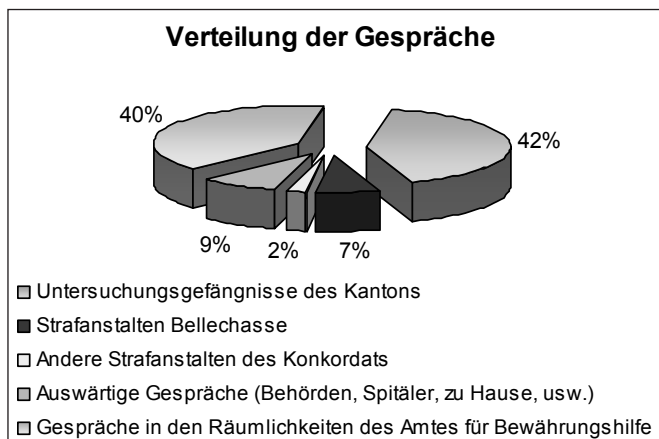
Verteilung der Beträge	Fr.
Untersuchungsgefängnisse	6 427.40
Psychotherapeutische Behandlungen	30 659.20
Urin- und Blutproben	10 202.40

Verteilung der Beträge	Fr.
Andere Ausgaben	607.75
Unterstützung an Straftentlassene	38 478.65
<b>Total Ausgaben</b>	<b>86 375.40</b>

Zwei Schuldensanierungen, eine davon mit Hilfe der Schweizerischen Stiftung an Straffällige und ihrer Familien, von gesamthaft 160 000 Franken wurden erfolgreich abgeschlossen. Die zwölf Wohnungen, die das Amt an KlientInnen untervermietet, waren zu 98% belegt. Im Möbellager in Belfaux sind die persönlichen Effekten von 25 Personen untergebracht.

### 2.1.2 Abteilung Sozialarbeit

2008 blieb die Anzahl der Mandate stabil. Nebst der Ausführung der Mandate ist diese Abteilung auch für den Sozialdienst in den kantonalen Untersuchungsgefängnissen zuständig. Gesamthaft wurden in den Untersuchungsgefängnissen, in den Strafanstalten Bellechasse, in den Strafanstalten des Konkordats der lateinischen Schweiz sowie ausserhalb des Amtes (Behörden, Kliniken, zu Hause, Heime, öffentliche Orte usw.) 1576 Gespräche geführt. In den Räumlichkeiten des Amtes für Bewährungshilfe fanden 1044 Begegnungen statt.



Bemerkenswert ist die starke Zunahme der Mandate mit Weisungen (Art. 94 StGB), vor allem derjenigen, die Urin- und Blutkontrollen verlangen. Im Laufe des Jahres wurden für 33 betroffene Personen 212 Proben unter Aufsicht durchgeführt.

Aufteilung der Mandate	2007	Beendet	Neu	2008
Art. 44.2 StGB bedingte oder teilbedingte Strafe mit oder ohne Bewährungshilfe und/oder Weisungen	69	18	29	80
Art. 63.2 StGB ambulante Behandlung mit oder ohne Bewährungshilfe und/oder Weisungen	13	4	8	17

Aufteilung der Mandate	2007	Beendet	Neu	2008
Art. 87.2 StGB Bedingte Entlassung mit Bewährungshilfe und/oder Weisungen	66	50	37	53
Art. 113.1 StPO Haftentlassung mit Betreuung	19	14	14	19
Art. 77a StGB Arbeitsexternat, Arbeits- und Wohnexternat	11	37	37	11

Die BewährungshelferInnen der Abteilung Sozialarbeit haben ausserdem noch 13 Besuche von Kindern in den Strafanstalten und Untersuchungsgefängnissen organisiert. Die Gruppe der Gefangenenbesucher hat mit 62 Häftlingen 206 Gespräche geführt.

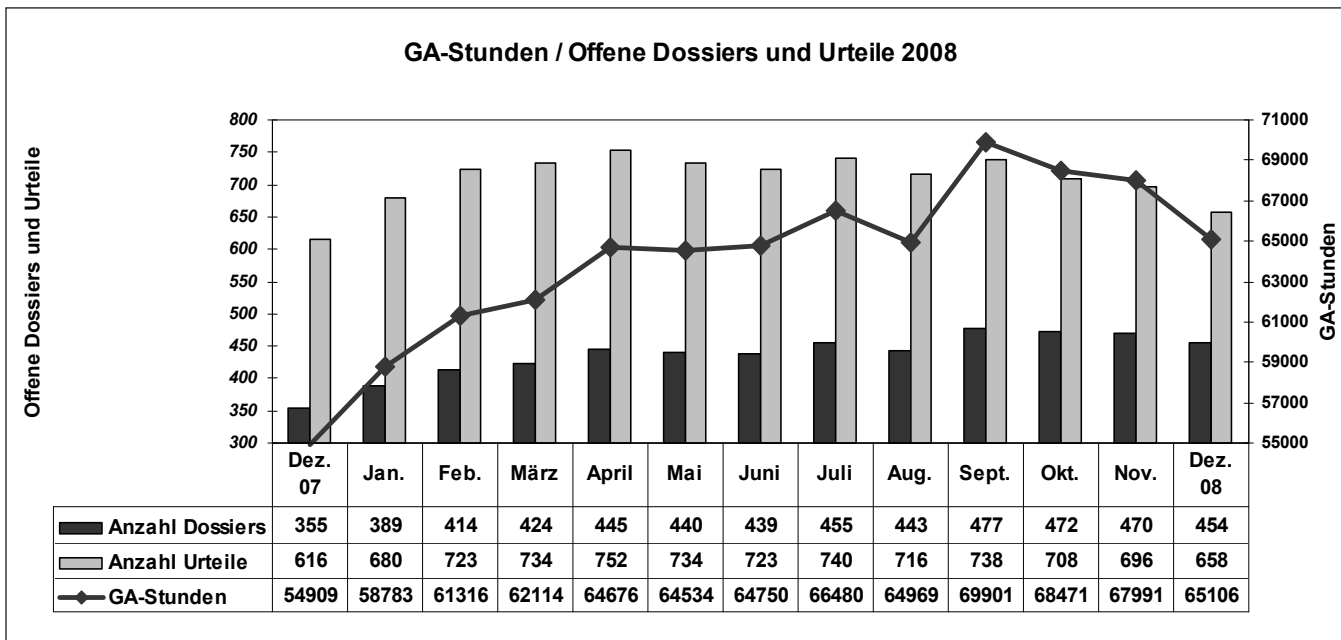
### 2.1.3 Abteilung Alternative Strafvollzugsformen

Die gemeinnützige Arbeit (GA) ist seit dem 1. Januar 2007 eine eigenständige Strafe. Der Richter kann mit Einverständnis der verurteilten Person gemeinnützige Arbeit von höchstens 720 Stunden anordnen. 4 Stunden GA entsprechen einem Tag Freiheitsentzug. Die gemeinnützige Arbeit wird zu Gunsten einer privaten sozialen Institution, der öffentlichen Verwaltung oder einer privaten Person, die Hilfe benötigt (nachstehend der Begünstigte), geleistet.

Im Laufe der letzten zehn Jahre war die Zunahme der GA im Kanton konstant. 2008 betrug die durchschnittliche Stundenzahl pro Dossier theoretisch 146 Stunden. Effektiv wurden aber nur 79 Stunden pro Dossier geleistet. Dieser Unterschied beruht darauf, dass eine grosse Anzahl von GA im Laufe des Programms abgebrochen wurde und die Reststunden nicht geleistet wurden. Am 1. Januar 2008 waren 355 Dossiers, die 616 Verurteilungen beinhalteten, offen. Es ist zu bemerken, dass das Dossier einer Person mehrere Verurteilungen zu einer GA enthalten kann. Am 31. Dezember 2008 waren 454 Dossiers mit 658 Verurteilungen offen. Diese ergeben insgesamt 65 106 Stunden gemeinnützige Arbeit, welche vollzogen werden müssen.

2008 haben 258 Personen ihre GA ganz oder teilweise abgegolten, mit einem Total von 32 346 Stunden. In 60 Fällen musste die GA infolge Disziplinlosigkeit, unentschuldigter Absenzen oder Nichtbefolgen von Aufgeböten zu Gesprächsterminen abgebrochen und an die zuständige Behörde zurückgewiesen werden. 46 Personen mussten die gemeinnützige Arbeit aus krankheits- oder psychischbedingten Gründen unterbrechen. In 45 Fällen wurde die GA wegen Umzug, Verzicht oder Krankheit nicht begonnen und an die zuständige Instanz zurückgewiesen.





Von den am 31. Dezember 2008 454 offenen Dossiers waren 166 in Bearbeitung und 262 auf der Warteliste. Beim Strafvollzug in Form von gemeinnütziger Arbeit ist jede fünfte Person eine Frau, bei den Freiheitsstrafen

ist das Verhältnis 1:10. Die Dauer zwischen Eingang des Dossiers bis zum Beginn der gemeinnützigen Arbeit beträgt ungefähr 9 Monate.

Status	Jan	Feb	März	Apr	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez
Auf Warteliste	248	268	279	264	266	247	265	241	283	269	272	262
In Bearbeitung	110	114	113	146	151	159	159	161	160	172	170	166
Beginn verschoben	1	1	1	3	3	3	3	3	3	1	2	3
Unterbruch	28	29	29	30	30	30	27	27	27	26	23	23
<b>Total</b>	<b>389</b>	<b>414</b>	<b>424</b>	<b>445</b>	<b>450</b>	<b>439</b>	<b>455</b>	<b>443</b>	<b>477</b>	<b>472</b>	<b>470</b>	<b>454</b>

Die grössten Probleme bestehen darin, gemeinnützige Arbeit von mehr als 180 Stunden zu organisieren und zu planen. Schwierig ist es auch, Programme für Personen zu erstellen, die eine ihren Fähigkeiten angepasste Tätigkeit benötigen. Nur eine solide Grundbeziehung zwischen den Begünstigten und GA-Leistenden, basierend auf einer engen Zusammenarbeit, erlaubt den erfolgreichen Abschluss von langzeitlichen gemeinnützigen Arbeiten. Während des Jahres 2008 haben die BewährungshelferInnen das Netz von GA-Begünstigten erweitert. Die Zahl der Begünstigten stieg von 115 auf 145, das ist eine Zunahme von 20%. Dieses Netz besteht hauptsächlich aus sozial-medizinischen Institutionen, Gemeinden, Staatsämtern, Behindertenorganisationen usw. Ein Drittel der Begünstigten befinden sich im Saa-nebezirk.

Es ist eine beachtliche Zunahme der Bevölkerung zu vermerken, die von einer gemeinnützigen Arbeit betroffen ist. Im Gegensatz zu früher, als diese Form der Strafverbüssung sich an jedermann richtete, stellt das Amt seit der Einführung der neuen Bestimmungen des

Schweizerischen Strafgesetzbuches fest, dass nun eine bestimmte Zielgruppe zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt wird. Im zunehmenden Masse benötigen die begleiteten Personen mit psychischen Problemen, sozialen Schwierigkeiten und Suchtproblemen eine immer intensivere Betreuung. Nur etwa 10% der GA-Leistenden beenden die GA ohne Probleme. Bei 70% der Betroffenen müssen die Programme wegen auftauchenden Schwierigkeiten angepasst werden. Dies zieht zusätzlich administrative Arbeiten mit sich, in Form von neuen Gesprächseinladungen, Versöhnungsgesprächen, Verwarnungen, Suchen eines neuen Einsatzortes, Berichte, Abbruch des Programms mit Meldung an die zuständige Instanz. Der für die Organisation eines GA-Einsatzes benötigte Zeitaufwand ist 2008 um das 3fache gestiegen, d.h. von 6 auf fast 20 Stunden. Diese Feststellung führt dazu, dass eine rasche Überlegung über eine intensivere Zusammenarbeit mit den bereits vorhandenen Arbeitsstrukturen, die eine schwierige Bevölkerungsgruppe ansprechen, angebracht ist.

## 2.2 Besondere Vorkommnisse

### 2.2.1 Verordnung über das Amt der Bewährungshilfe

Am 1. November 2008 trat die neue Verordnung über das Amt für Bewährungshilfe in Kraft, welche diejenige von 1973 ersetzt. Diese musste wegen des Inkrafttretens der Änderungen des Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches auf den 1. Januar 2007 überarbeitet werden.

### 2.2.2 Analyse der Staatlichen Leistungen (ASL)

Das Amt hat an der Analyse der staatlichen Leistungen teilgenommen, die im September begonnen hat. Der Leistungskatalog wurde Ende Oktober fertiggestellt und unterzeichnet. Am 3. Dezember wurde der Katalog der Vorschläge durch das Amt unterzeichnet. Dies bedeutete den Schlusspunkt dieser Analyse.

### 2.2.3 Inbetriebnahme der Internetseite

Am 18. April 2008 wurde die Internetseite in Betrieb genommen. Diese informiert über die Tätigkeiten des Amtes und die Entwicklung der Bewährungshilfe.

### 2.2.4 Arbeitsexternat und Arbeits- und Wohnexternat

Das Wohnexternat (Art. 77a StGB) ist ein wichtiger Schritt Richtung Entlassung aus dem Strafvollzug. Es dient zur schrittweisen Wiedereingliederung der inhaftierten Person und ist Teil des Vollzugsplans. Diese nimmt nach Verbüßung eines Teils der strafrechtlichen Sanktion im normalen Strafvollzug (für Strafen generell die Hälfte) eine Erwerbstätigkeit auf. Das Amt für Bewährungshilfe ist mit der Begleitung und der Kontrolle dieser Situationen beauftragt. Diese Tätigkeit wird immer aufwendiger.

### 2.2.5 Broschüre des Amtes für Bewährungshilfe

Das Amt verfügt fortan über 2 Faltprospekte, welche die Arbeit der Abteilungen Sozialarbeit und Alternative Strafvollzugsformen beschreiben. Des Weiteren stellt eine zusätzliche Broschüre das gesamte Amt vor.

## VIII. AMT FÜR JUSTIZ

Amtsvorsteherin: Maryline Boson Sulmoni

### 1. Auftrag

Das Amt für Justiz (AJ) unterhält die Verwaltungsbeziehungen zu den Gerichtsbehörden und dem Konkursamt sowie den Betreuungssämtern. Es wirkt bei der Verwaltung dieser Organe mit, namentlich in Bezug auf das Personal, das Budget, die Rechnung und die Logistik.

Darüber hinaus sorgt es für die Anwendung der Gesetzgebung über den Anwaltsberuf, das Notariat, die unentgeltliche Rechtspflege und die Rechtshilfe. Es erfüllt die Aufgaben, die der Verwaltung in den Bereichen der Gerichtsorganisation und des Gerichtsverfahrens, des Privat- und Strafrechts sowie der Zwangsvollstreckung obliegen.

## 2. Aktivitäten

### 2.1 Advokatur

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidaten hat folgenden Personen einen Befähigungsausweis ausgestellt: Suat Ayan, Sylvie Bossart, Deborah Bruggmann, Cynthia Christen, Ariane Darioli, Marie-Noëlle Gobet, Délia Gonzalez, Marianne de Meuron, Lydia Oberson, Christiane Pickl, Anne Rivera, Sandrine Roth, Muriel Schmid, Sabine Troillet, Nathalie Weber-Braune, Jean-Luc Bettin, Basile Cardinaux, Serge Collaud, Benoît Ducry, Alexandre Grandjean, Michaël Ludovic Guye, Fabien Morand, Nicolas Ollivier, Stephan Zumwald.

Die Anwaltskommission hat ihrerseits folgende Geschäfte behandelt:

Eintragungen in das kantonale Register der Anwältinnen und Anwälte	15
Streichung von Einträgen im Anwaltsregister	11
Beschwerden und Anzeigen	9
Befreiung vom Berufsgeheimnis	1
Praktikumsbewilligungen	32
Herabsetzung der Praktikumsdauer	6
Streichung von Einträgen im kantonalen Register der Anwaltspraktikanten	1
Es waren am 31. Dezember 2008 tätig:	
Im kantonalen Register der Anwälte und Anwältinnen eingetragene Anwälte	151
In der Liste der zur Ausübung zugelassenen Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten der EU und der EFTA eingetragene Anwälte	2
Anwaltspraktikanten	106

### 2.2 Notariat

Am 31. Dezember 2008 gab es 43 praktizierende Notare, wovon 3 das 70. Altersjahr überschritten haben und für die Berechnung der im Gesetz über das Notariat vorgesehen Höchstzahl nicht mitzählen. Somit ist die vom Gesetz festgesetzte Höchstzahl von 42 Notaren nicht erreicht.

### 2.3 Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 hat das Amt für Justiz 1266 Mitteilungen über unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

	Unentgeltliche Rechtspflege mit Rückerstattung	Unentgeltliche Rechtspflege ohne Rückerstattung	Rückzug	Abweisung	Total
Kantonsgericht	-	10	-	8	18
Verwaltungsgericht	-	96	-	31	127
Bezirksgericht Saane	29	388	3	61	481
Bezirksgericht Sense	5	76	5	12	98
Bezirksgericht Greyerz	3	169	2	16	190
Bezirksgericht See	4	61	-	19	84
Bezirksgericht Glane	1	45	-	8	54
Bezirksgericht Broye	4	56	2	19	81
Bezirksgericht Vivisbach	3	19	-	7	29
Friedensgerichte	-	101	-	3	104
<b>Insgesamt</b>	<b>49</b>	<b>1021</b>	<b>12</b>	<b>184</b>	<b>1 266</b>

814 Kostenlisten von Anwälten und Friedengerichtsschreibereien im Gesamtbetrag von 1 937 875 Franken (im Jahre 2007: 1 731 621 für 783 Kostenlisten), wurden 2008 für folgende Streitfälle zur Bezahlung angewiesen:

	Fr.
Ehescheidungsprozesse	1 136 471
Ehetrennungsprozesse	467 826
Vaterschafts- und Anfechtungsprozesse	26 202
Vormundschaftssachen	105 369
Obligationenrechtsprozesse	62 142
Verwaltungsbeschwerden	44 081
Verschiedenes	95 784
<b>Total</b>	<b>1 937 875</b>

Gemäss Art. 3 des Gesetzes über die unentgeltliche Rechtspflege kann das Amt innert einer Frist von 10 Jahren die teilweise oder vollständige Rückerstattung der unentgeltlichen Rechtspflege verfügen, wenn sich die Finanzlage der betroffenen Person gebessert hat.

Im Jahre 2008 wurden dadurch Einnahmen in der Höhe von 82 236 Franken erzielt.

## 2.4 Internationale Rechtshilfe

Das Amt besorgt die für die internationale Rechtshilfe erforderlichen Übermittlungen. Im Jahre 2008 wurden 8 Rechtshilfebegehren von ausländischen Gerichtsbehörden und 20 Gesuche von Justizbehörden des Kantons behandelt.

## 2.5 Büro für Mediation in Jugendstrafsachen

Statistiken (2007) 2008

### 2.5.1 Anzahl Fälle, die von den Richtern delegiert wurden (Mediationsprozess):

	(99)	84
Anzahl Minderjährige: Täter und Opfer	(161)	145
In 44 Fällen war nur ein einziger Jugendlicher Täter		
In 21 Fällen waren zwei Jugendliche Täter		
In 19 Fällen waren 3 oder mehr Jugendliche Täter		

### 2.5.2 Aufteilung nach Geschlecht

Jungen	(130)	120
Mädchen	(31)	25

### 2.5.3 Aufteilung nach Sprache

Französisch	(125)	118
Deutsch	(36)	27

### 2.5.4 Herkunft

Stadt Freiburg	(15)	21
Saane-Land	(31)	23
Greyerz	(23)	38
Broye	(17)	20
Glane	(22)	14
Vivisbach	(9)	4
Sense	(20)	15
See	(20)	9
Andere Kantone	(4)	1

### 2.5.5 Ausgang der Verfahren

Abschluss einer Mediationsvereinbarung	(73)	66
Erfolgreiche Mediationsverfahren	(29)	20
Am 31. Dezember 2008 hängige Verfahren	(31)	26

## IX. AMT FÜR DIE AUFSICHT ÜBER DIE STIFTUNGEN UND DIE BERUFLICHE VORSORGE

Amtsvorsteherin: Sylvie Pétremand-Besancenet

### 1. Auftrag

Das Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA) überwacht die «klassischen» Stiftungen (Art. 84 ZGB) und die Vorsorgeeinrichtungen (Art. 61 ff BVG).

Im Allgemeinen hat es dafür zu sorgen, dass das Vermögen der Stiftungen und der Vorsorgeeinrichtungen seinem Zweck gemäss verwendet wird. Es versichert sich, dass die Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten.

### 2. Tätigkeiten

#### 2.1 Klassische Stiftungen

Unter die klassischen Stiftungen fallen all diejenigen Stiftungen, die nicht die berufliche Vorsorge zum Zweck haben oder keine Familien- bzw. kirchliche Stiftungen sind.

Die Haupttätigkeiten der Aufsicht bestehen in der Unterstellung der Stiftungen, in der Kontrolle der Jahresrechnung und der Geschäftsberichte, in der Änderung der Statuten, in der Kontrolle der Reglemente und in der Aufhebung bzw. der Streichung der Stiftungen.

Das Amt hat 16 Verfügungen über Statutenänderungen der klassischen Stiftungen erlassen, um diese ihrer aktuellen Situation anzupassen.

2008 wurden 8 neue Stiftungen der Aufsicht unterstellt, 5 Stiftungen gelöscht und 2 Stiftungen in Liquidation gesetzt.

Am 31. Dezember 2008 unterstanden dem Amt 274 klassische Stiftungen. An diesem Datum belief sich die gesamte Bilanzsumme der aktiven klassischen Stiftungen auf rund 810 Millionen Franken.

#### 2.2 Vorsorgeeinrichtungen

Die Vorsorgeeinrichtungen schützen ihre Mitglieder gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität und Tod. Falls sie die berufliche Vorsorge im Sinne des BVG zum Zweck haben, müssen sie im Register für berufliche Vorsorge, das vom Amt geführt wird, eingetragen sein. Die nicht eingetragenen Vorsorgeeinrichtungen bzw. Vorsorgestiftungen (Zusatzkassen, Arbeitgeberstiftungen, Unterstützungsfonds) werden ebenfalls vom Amt überwacht.

Zur Überwachungstätigkeit zählen insbesondere die Prüfung der Übereinstimmung der reglementarischen Bestimmungen mit den gesetzlichen Vorschriften, das Einholen der jährlichen Berichterstattung, namentlich über die Geschäftstätigkeit, die Einsicht in die Berichte der Kontrollstelle und des Experten für berufliche Vor-

sorge und das Treffen von Massnahmen zur Behebung von festgestellten Mängeln. Das Amt beurteilt Streitigkeiten betreffend das Recht der Versicherten auf Information.

Bei den aktiven Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen hat das Amt hauptsächliche Entscheide über Statutenänderungen erlassen und ihre finanziellen Unterlagen untersucht. Da neben der Rechnungsprüfung noch grundlegende Probleme gelöst werden müssen (Wechsel beim Arbeitgeber, Tätigkeiten, die nicht zweck- und gesetzeskonform sind, Anlagen beim Arbeitgeber, nicht vollzogene Teilliquidationen usw.), wurde das Amt am 31. Dezember 2008 nicht fertig und konnte den Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen nicht alle Briefe mit den Rechnungsprüfungen zustellen.

In Anbetracht dieser Situation hat sich das Amt vorrangig mit den Liquidationen der Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen befasst.

Die Behandlung und die Weiterverfolgung der Liquidationen der Stiftungen und der Vorsorgeeinrichtungen haben das Amt, das einen grossen Schriftenwechsel mit den betroffenen Institutionen führte, besonders in Anspruch genommen. 7 Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen wurden liquidiert, und 21 Institutionen wurden mit einer Verfügung gestrichen.

In verschiedenen Dossiers der aktiven oder in Liquidation stehenden Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen mussten Aufsichtsmaßnahmen getroffen werden, um die Interessen der Versicherten zu wahren.

Am 31. Dezember 2008 überwachte das Amt total 131 Vorsorgeeinrichtungen. Die gesamte Bilanzsumme der aktiven Vorsorgeeinrichtungen belief sich auf rund 5 Milliarden Franken, wobei 3 Milliarden Franken zu den öffentlichrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen zählen.

Die Aufsicht wird wahrscheinlich in den kommenden Jahren angepasst werden müssen, dies in Anbetracht der kommenden Entscheide im Bereich der strukturellen Reform, die auf Bundesebene überarbeitet wird. Projekte über eine interkantonale Zusammenlegung der Aufsicht sind vorgesehen.

Die finanzielle Krise macht eine verstärkte Aufsichtstätigkeit unumgänglich und eine besondere Vorsicht ist bei der Entwicklung der Vorsorgeeinrichtungen geboten.

## X. AMT FÜR GESETZGEBUNG

Vorsteher: Denis Loertscher

### 1. Aufgaben

Die Aufgaben des Amtes für Gesetzgebung (GeGA) bestehen darin, auf die Einheitlichkeit und die Qualität der Gesetzgebung zu achten, den Zugang der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Gesetzgebung auf dem neuesten Stand zu fördern, die Texte der allgemeinen

Gesetzgebung zu erarbeiten und die Funktion eines Rechtsdienstes des Grossen Rates und des Staatsrates wahrzunehmen. Ausserdem verwaltet das GeGA die Systematische Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF) und betreibt die Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung (BDLF).

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 2.1.1 Unterstützung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung

Das GeGA unterstützte die Direktionen und Dienststellen auf verschiedene Arten bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung.

Es prüfte rund 40 Erlassentwürfe und teilte das Ergebnis seiner Prüfung der zuständigen Direktion mit. Zu erwähnen sind insbesondere die Gesetzes- bzw. Reglementsentwürfe über die Stipendien und Studiendarlehen, über das Lehrpersonal der Pädagogischen Hochschule, über die Information und den Zugang zu Dokumenten, über die Organisation und die Arbeitsweise des Justizrats, über den interkommunalen Finanzausgleich, über die Berufsbildung, über eine Revision des Gesundheitsgesetzes, über den Schutz vor dem Passivrauchen, über die leistungsorientierte Führung und zur Ausführung der Altlasten-Verordnung.

Das GeGA war in mehreren Ausschüssen und Arbeitsgruppen vertreten (vgl. insbesondere die nachstehend unter Ziff. 2.2.2 und 2.2.3 genannten).

Es gab den Direktionen und Dienststellen regelmässig Auskünfte zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe. Es hat ferner die Nachführung seiner Gesetzestechnischen Richtlinien fortgesetzt, um diese insbesondere an mehrere neuere Erlasse anzupassen.

#### 2.1.2 Verbreitung der Gesetzgebung

Das GeGA besorgte die Nachführungen Nrn. 39 und 40 der SGF (mit 200 bzw. 70 berührten Texten), die den Stand der Gesetzgebung am 1. Januar und am 1. Juli 2008 wiedergaben. Es gab ausserdem das Register 2008 der SGF heraus. Ferner führte es wöchentlich eine aktualisierte Ergänzung zu den halbjährlichen SGF-Inhaltsverzeichnissen nach.

Es führte die BDLF in beiden Amtssprachen zwölfmal nach. Ende Jahr war die BDLF auf dem Stand vom 1. Dezember 2008; zudem waren die früheren Fassungen bis zurück zum 1. Juli 1996 abrufbar. Die französische Version der BDLF ist viermal auf einer DVD der Genfer Staatskanzlei erschienen, die insbesondere das Bundesrecht auf Französisch und die Gesetzgebungen der französischsprachigen Kantone und des Tessins enthält.

Es kontrollierte die Neuauflage von 25 Einzelausgaben nachgeführter Erlasse.

Das GeGA betreibt Internet- und Intranet-Sites, die zahlreiche Informationen über die freiburgische Gesetzgebung und Gesetzestechnik bieten. Die Internet-Sites sind rund 198'000-mal bzw. 762-mal pro Arbeitstag besucht worden.

Mit Hilfe des ITA hat das GeGA eine Vorstudie im Hinblick auf den Einsatz einer neuen Applikation für den Betrieb und die Verbreitung der BDLF erarbeitet.

#### 2.1.3 Ausarbeitung von Entwürfen der allgemeinen Gesetzgebung

Neben dem Gesetzesentwurf über die Information und den Zugang zu Dokumenten (vgl. unten, Ziff. 2.2.2), erarbeitete das GeGA ein Gesetz und eine Verordnung zur Anpassung verschiedener Erlasse an das Bundesgerichtsgesetz (Rechtsweggarantie im öffentlichen Recht). Es hat ferner die Arbeiten im Hinblick auf eine allgemeine Revision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch aufgenommen. Zu diesem Zweck führte es eine Umfrage bei den Direktionen des Staatsrats durch und verfasste einen Bericht über deren Ergebnisse und das weitere Vorgehen.

#### 2.1.4 Rechtsdienst und Verschiedenes

Das GeGA verfasste mehrere Studien und Gutachten zuhanden des Sekretariats des Grossen Rates, des Staatsrats und der Kantonsverwaltung.

Es erteilte regelmässig Auskünfte über die freiburgische Gesetzgebung.

Es besorgte die deutsche Übersetzung der Entwürfe, die es ausgearbeitet hat.

Das GeGA ist im Redaktionsausschuss der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung vertreten. Es leistet fachliche Unterstützung bei der Herausgabe der einzelnen Hefte der Zeitschrift und erstellt deren Jahresverzeichnis. Ausserdem stellt es auf seiner Website verschiedene Dokumente im Zusammenhang mit der Zeitschrift, insbesondere regelmässig nachgeführte Mehrjahresregister, zur Verfügung.

Im Rahmen der Weiterbildung des Staatspersonals leitete der Amtsvorsteher ein Seminar zur allgemeinen Einführung ins Recht, und der stellvertretende Amtsvorsteher erteilte den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates einen Kurs über den Begriff des Staates und die drei Staatsgewalten.

Für eine Publikation zum Thema «Guider les parlements et les gouvernements pour mieux légiférer?» verfasste der Vorsteher des GeGA einen Beitrag über die freiburgischen Gesetzestechnischen Richtlinien. Ausserdem wirkte er an der Organisation von Weiterbildungsstagen in Legistik mit.

Der Vorsteher des GeGA nahm weiterhin regelmässig als Gast an den Sitzungen der Konferenz der Generalsekretäre teil.

Das GeGA führt zahlreiche Aufgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz der Informatik innerhalb des Amtes selbst durch, so die Installierung von Programmen, die Weiterbildung des Personals sowie die Entwicklung von Makrobefehlen und Dokumentvorlagen für die Textverarbeitung.

Mehrere Angehörige des GeGA nahmen an Fachtagungen oder Weiterbildungskursen teil.

## **2.2 Besondere Ereignisse**

### **2.2.1 Allgemeine Umsetzung der neuen Verfassung**

Das GeGA ist massgeblich an der Umsetzung der neuen Verfassung beteiligt. Der Amtsvorsteher und ein dafür eingestellter Mitarbeiter sind Mitglieder des Leitungsausschusses. Sie nehmen die Projektleitung und das Sekretariat des Ausschusses wahr. In dieser Eigenschaft bereiten sie die Dossiers vor und begleiten die Arbeiten, sind Bindeglieder zwischen dem Leitungsausschuss und den Direktionen, betreiben eine Internetseite und eine Intranetsite und kontrollieren die Haushaltsführung.

Im Frühjahr ist die Planung der Umsetzungsarbeiten angepasst worden. Diese Anpassung bot zudem die Gelegenheit, den Realisierungsstand der Rechtsetzungsvorhaben zu ermitteln.

Wegen des Rückstands verschiedener Projekte ist die Organisation, die zur Sicherstellung der Umsetzung der Verfassung geschaffen wurde, über den Termin von Ende 2008 hinaus verlängert worden.

Die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des GeGA arbeiten an Projekten, die das Amt selbstständig oder zusammen mit der zuständigen Direktion durchführt (vgl. unten, Ziff. 2.2.2). Das GeGA prüft ferner die Erlasstexte, die im Rahmen der Umsetzung der Verfassung erarbeitet werden, und gibt – insbesondere im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens – seine Bemerkungen dazu ab.

### **2.2.2 Projekte zur Umsetzung der Verfassung**

Das GeGA übernahm beim Gesetzentwurf über die Information und den Zugang zu Dokumenten weiterhin die Projektleitung. Nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens war es die treibende Kraft einer kleinen Arbeitsgruppe, die die endgültige Fassung des Gesetzentwurfs und der Botschaft erstellte. Nach der Verabschiedung durch den Staatsrat begleitete er den Entwurf vor der parlamentarischen Kommission, deren Arbeiten im Jahr 2009 andauern.

Nach der Stellungnahme des Staatsrats zum Bericht über die Ausführung der Verfassungsbestimmungen über die Sprachen erstellte das GeGA einen Zusatzbericht über die Massnahmen zur Förderung der Verständigung und des Austausches unter den Sprachgemeinschaften sowie der Zweisprachigkeit.

Es wirkte mit an der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen über das Finanzreferendum gegen Studienkredite von regionaler oder kantonaler Bedeutung, über die verfassungsrechtlichen Anforderungen für die Gültigkeit von Initiativen und über das Verfahren zur Totalrevision der Verfassung; diese Bestimmungen sind Teil der Revision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte, die dem Grossen Rat im November überwiesen wurden.

### **2.2.3 Ausarbeitung von Entwürfen im Auftrag**

Das GeGA wirkte intensiv an den Arbeiten der parlamentarischen Kommission zur Ausführung der parlamentarischen Initiativen über die interkantonale Zusammenarbeit mit, insbesondere durch das Verfassen von Aktennotizen und eines grossen Teils des Gesetzesvorentwurfs und des erläuternden Berichts, die im Dezember in die Vernehmlassung gegeben wurden.

Es beteiligte sich an der kleinen Arbeitsgruppe, die den Experten begleitet, der mit der Vorbereitung der Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes beauftragt ist.

Es wirkte intensiv an den Arbeiten der Gruppe mit, die mit der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs über die Ausübung der Prostitution beauftragt ist. Es verfasste den Vorentwurf und den Bericht, die Ende Jahr der Sicherheits- und Justizdirektion abgeliefert wurden.

Es beteiligte sich weiter in der Arbeitsgruppe zur Prüfung der Probleme der L-Bewilligung für Cabaret-Tänzerinnen und verfasste den im Mai 2008 abgegebenen Bericht.

Es wirkte in der Arbeitsgruppe zur Regelung des Schutzes der von der Kantonspolizei bearbeiteten Daten mit und beteiligte sich an der Ausarbeitung eines Richtlinienentwurfs über die Aufbewahrungsdauer für Polizeidaten.

Es setzte die Arbeiten an einem Gesetz über Natur- und Landschaftsschutz fort und verfasste, zusammen mit dem dafür zuständigen Büro, die Vorentwürfe eines Gesetzes und eines erläuternden Berichts, die Ende Jahr der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion überwiesen wurden.

### **2.2.4 Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)**

Der Katalog der Leistungen des GeGA und derjenige der Vorschläge für eine Verminderung seiner Leistungen sind von der Direktion und vom Staatsrat geprüft worden. Das GeGA hat die meisten der akzeptierten Massnahmen bereits umgesetzt.

### **2.2.5 Planung der Rechtsetzungsvorhaben 2007–2011**

Das GeGA hat zusammen mit den Direktionen die Dokumente erstellt, die die Planung der rund 75 Rechtsetzungsvorhaben beschreiben, die das Regierungsprogramm der Legislaturperiode 2007–2011 aufführt oder die später dazugekommen sind (Projektfichen und Übersichtstabelle). Es hat für den jährlichen Tätigkeitsbericht des Staatsrats den Stand der Realisierung dieser Vorhaben Ende 2007 zusammengestellt.

## **XI. AMT FÜR STRASSENVERKEHR UND SCHIFFFAHRT**

Direktor: Roland Klaus

### **1. Auftrag**

Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS) ist verantwortlich für die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr. Es werden zurzeit ungefähr 200'000 Fahrer und ebenso viele Fahrzeuge gezählt. Auch die Schifffahrt (Zulassung der Schiffsführer und der Schiffe) gehört zu seinem Tätigkeitsgebiet. Zudem erhebt das ASS die Fahrzeug- und Schiffsteuer im Auftrag des Kantons Freiburg. Das ASS ahndet Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz; die Massnahmen werden durch die Kommission für Administrativmassnahmen ausgesprochen.

Früher war das «Automobil-Büro» eine Dienststelle der Kantonsverwaltung Freiburg. Seit 1997 tritt das ASS als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt auf. Es erwirtschaftet einen Jahresumsatz von 17 Millionen Franken und zählt 81 Mitarbeitende. Der Hauptsitz ist in Freiburg; je eine Zweigstelle befindet sich in Bulle und Domdidier.

### **2. Tätigkeiten**

Die Tätigkeit des ASS bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes. Dieser Bericht kann beim ASS, Postfach 192, 1707 Freiburg, bezogen oder unter [www.ocn.ch](http://www.ocn.ch) heruntergeladen werden.

## **XII. KANTONALE GEBÄUDEVERSICHERUNG**

Direktor: Pierre Ecoffey

### **1. Auftrag**

Die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) ist beauftragt, alle auf dem Gebiet des Kantons Freiburg stehenden Gebäude zu versichern und die geeigneten Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Brand- und Elementarschäden zu treffen.

Basierend auf dem Prinzip der Versicherung auf Gegenseitigkeit versichert die KGV über 109'000 Gebäude mit einem gesamten Versicherungswert von rund 68,4 Milliarden Franken.

Der Auftrag der Prävention und Bekämpfung erfordert eine jährliche Investition von über 13,5 Millionen Franken, was fast einem Drittel der bezogenen Prämien entspricht.

### **2. Tätigkeiten**

Die Tätigkeiten der KGV bilden Gegenstand eines besonderen Berichtes. Dieser Bericht kann bei der KGV, Maison-de-Montenach 1, Postfach 486, 1701 Freiburg, bezogen oder unter [www.ecab.ch](http://www.ecab.ch) heruntergeladen werden.

## **XIII. ANSTALTEN VON BELLECHASSE**

Direktor: Philippe Tharin

### **1. Auftrag**

Die Anstalten von Bellechasse (AB) sind beauftragt, Freiheitsstrafen und Massnahmen in Anwendung des Strafgesetzbuches zu vollziehen. Im Rahmen des Konkordats über den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen empfangen die AB Insassen für den Vollzug von Urteilen, in offenem oder halboffenem Regime, die von den Justizbehörden der Westschweiz und des Tessins ausgesprochen wurden. Sie beherbergen im Heim Tannenhof auch Personen im fürsorgerischen Freiheitsentzug. Insgesamt verfügen die AB über eine Kapazität von 159 Plätzen.

### **2. Tätigkeiten**

Die Tätigkeiten der AB sind Gegenstand eines eigenen Berichtes, der bei den Anstalten von Bellechasse, Postfach 1, 1786 Sugiez bestellt werden kann.

## **XIV. KANTONALE AUFSICHTSBEHÖRDE FÜR DATENSCHUTZ**

Präsident der Kommission: Johannes Froelicher

Datenschutzbeauftragte: Dominique Nouveau Stoffel

### **1. Aufgabe**

Das freiburgische Gesetz über den Datenschutz (DSchG) bezweckt den Schutz der Grundrechte von Personen, über die öffentliche Organe Daten bearbeiten. Die kantonale Aufsichtsbehörde überwacht die Anwendung dieses Gesetzes, berät die öffentlichen Organe und informiert die betroffenen Personen über ihre Rechte.

### **2. Besonderer Bericht**

Die Tätigkeit der Kantonalen Aufsichtsbehörde für Datenschutz ist Gegenstand eines besonderen Berichtes. Dieser Bericht kann bezogen werden bei der Kantonalen Aufsichtsbehörde für Datenschutz, Liebfrauenplatz 8, Postfach, 1701 Freiburg. Tel. 026 305 50 08. E-Mail: [secretariatprd@fr.ch](mailto:secretariatprd@fr.ch).

**XV. PERSONALBESTAND**

<i>BEHÖRDEN - DIREKTIONEN Kostenstellen</i>	<i>Rechnung 2008 VZÄ</i>	<i>Rechnung 2007 VZÄ</i>	<i>Differenz VZÄ</i>
<b>SICHERHEIT UND JUSTIZ</b>	<b>776,97</b>	<b>760,78</b>	<b>16,19</b>
ZENTRALVERWALTUNG	677,35	662,84	14,51
3300 / JPMS Generalsekretariat	7,19	6,48	0,71
3301 / SPRD Kantonale Aufsichtsbehörde für Datenschutz	1,22	1,07	0,15
3302 / SFPP Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge	2,45	2,63	-0,18
3303 / OLEG Amt für Gesetzgebung	5,83	5,99	-0,16
3305 / JUST Amt für Justiz	4,72	5,30	-0,58
3315 / MIPU Staatsanwaltschaft	8,45	8,47	-0,02
3330 / POCO Amt für Gewerbepolizei	3,41	3,34	0,07
3335 / PETR Amt für Bevölkerung und Migration	33,76	34,81	-1,05
3345 / POLI Kantonspolizei	546,68	533,21	13,47
3355 / SPEN Amt für Straf- und Massnahmenvollzug	27,37	3,27	24,10
3360 / PRIC Amt für Gefängnisse		22,32	-22,32
3370 / PATR Amt für Bewährungshilfe	5,73	5,50	0,23
3375 / MILI Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	12,94	13,30	-0,36
3385 / PROT Zivilschutz	17,60	17,15	0,45
<b>BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN</b>	<b>99,62</b>	<b>97,94</b>	<b>1,68</b>
3365 / EBEL Anstalten von Bellechasse	97,62	95,94	1,68
3382 / LACN Lager in Schwarzsee	2,00	2,00	–



DIREKTION DER INSTITUTIONEN  
UND DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

<b>I. Direktion und Generalsekretariat .....</b>	<b>1</b>
1. Aufgaben .....	1
2. Tätigkeit .....	1
3. Aussenbeziehungen .....	4
4. Streitsachen .....	5
5. Gesetzgebung .....	5
<b>II. Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen .....</b>	<b>7</b>
1. Aufgabe .....	7
2. Tätigkeit .....	7
<b>III. Amt für Gemeinden .....</b>	<b>9</b>
1. Aufgaben .....	9
2. Tätigkeit .....	9
<b>IV. Amt für Landwirtschaft .....</b>	<b>11</b>
1. Aufgaben .....	11
2. Tätigkeit .....	11
<b>V. Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen .....</b>	<b>19</b>
1. Aufgabe .....	19
2. Tätigkeit .....	19
<b>VI. Amt für Wald, Wild und Fischerei .....</b>	<b>30</b>
1. Aufgaben .....	30
2. Tätigkeit .....	31
<b>VII. Oberämter .....</b>	<b>37</b>
1. Aufgaben .....	37
2. Tätigkeit .....	37
<b>VIII. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen .....</b>	<b>47</b>
1. Aufgaben .....	47
2. Tätigkeit .....	47
<b>IX. Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg .....</b>	<b>48</b>
1. Aufgaben .....	48
2. Tätigkeit .....	48
<b>X. Nutztiersicherungsanstalt .....</b>	<b>50</b>
1. Aufgaben .....	50
2. Tätigkeit .....	50
<b>XI. Personalbestand .....</b>	<b>51</b>

## DIREKTION

## I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

Direktionsvorsteher: Pascal Corminbœuf  
Generalsekretär: Claude Yerly

### 1. Aufgaben

Im Rahmen ihrer in Artikel 45 des Gesetzes vom 16. Oktober 2001 über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG) definierten allgemeinen Funktionen ist die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) in den Bereichen Institutionen (Verfassung, Beziehungen zwischen Kirchen und Staat, Sprachen, Oberämter, Gemeinden, Zivilstandswesen, Einbürgerungen, Gleichstellung von Frau und Mann), Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, Nutztiersversicherung sowie Wald, Wild und Fischerei tätig. Sie hat so die Tätigkeiten der folgenden 5 ihr unterstellten Verwaltungseinheiten geleitet, begleitet und kontrolliert:

- des Amtes für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA);
- des Amtes für Gemeinden (Gema);
- des Amtes für Landwirtschaft (LwA);
- des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW);
- des Amtes für Wald, Wild und Fischerei (WaldA), wie auch der folgenden ihr administrativ zugewiesenen Einheiten, nämlich
- des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg in Grangeneuve (LIG);
- der Oberämter;
- des Büros und der kantonalen Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB);
- der Behörde für Grundstückverkehr (BGV);
- der Verwaltung der Staatsreben (VSR);
- der Nutztiersversicherungsanstalt «SANIMA».

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1 Entscheidungs- und Unterstützungsaufgaben

Im Rahmen der Gesetzgebung, mit deren Umsetzung sie beauftragt ist, hat die ILFD die Entscheide in ihrem Zuständigkeitsbereich gefällt, insbesondere in den Bereichen Zivilstandswesen, Aufsicht über die Gemeinden, Förderung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Produkte, Tätigkeiten zur Erhaltung der Waldfläche, zur Förderung von Holz und Holzbau sowie der Aufsicht über Fauna und Flora.

Das Generalsekretariat hat seinerseits gemäss Artikel 50 des Gesetzes über die Organisation des Staatsrates in seiner Funktion als Stabstelle Unterstützungs-

aufgaben bei der Leitung und der Geschäftsführung der Direktion wahrgenommen, vor allem indem es an der Entscheidungsfindung und der Umsetzung verschiedener Projekte mitwirkte. Es untersuchte und prüfte für den Direktionsvorsteher zahlreiche Geschäfte, die dem Staatsrat unterbreitet wurden, vor allem Geschäfte aus Zuständigkeitsbereichen anderer Direktionen.

### 2.2 Besondere Tätigkeit

#### 2.2.1 Umsetzung der Kantonsverfassung

Der Leitungsausschuss unter dem Präsidium des Vorstehers der ILFD hat wie in den Vorjahren die Entwicklung der Anpassung der Gesetzgebung verfolgt. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass der Staatsrat im August 2008 einen Gesetzesentwurf über die Information und den Zugang zu Dokumenten verabschiedet und an den Grossen Rat überwiesen hat und im November 2008 einen Gesetzesentwurf über eine Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte, der unter anderem Bestimmungen zum Finanzreferendum gegen Studienkredite von regionaler oder kantonaler Bedeutung und zum Verfahren bei einer Totalrevision der Kantonsverfassung enthält. Der Staatsrat hat ausserdem bewilligt, dass der Vorentwurf für ein Gesetz über die Mutterschaftsbeiträge und der Vorentwurf für ein Gesetz über den Sport in die Vernehmlassung gegeben werden. Die Anpassungen der Gesetzgebung an die neue Kantonsverfassung hätten spätestens am 1. Januar 2009 in Kraft treten sollen. Für gewisse Projekte konnte diese Frist nicht eingehalten werden. Die Verspätung ist im Wesentlichen dem anfänglich zweifelsohne unterschätzten grossen gesetzgeberischen Aufwand, den die neue Verfassung nach sich zieht, und der Komplexität einiger Projekte, die 2009 oder später umgesetzt werden, zuzuschreiben. Um dieser Situation Rechnung zu tragen, hat der Staatsrat beschlossen, die 2005 für die Umsetzung der Kantonsverfassung festgelegte Projektorganisation beizubehalten.

#### 2.2.2 Umfassende Familienpolitik

Mit der Unterstützung der Co-Leiterinnen des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen ist der Lenkungsausschuss für die Koordination der familienpolitischen Massnahmen einmal zusammengetreten. Er hat sich über die Entwicklung verschiedener Dossiers von besonderer Bedeutung informiert, für die vor allem die betreffenden Direktionen und Dienststellen zuständig sind. Es handelt sich um die Projekte zweites Kindergartenjahr, schulergänzende Kinderbetreuung und Kinderbetreuung im Vorschulalter. Der Lenkungsausschuss hat mehrere Empfehlungen in Bezug auf die Weiterentwicklung dieser Projekte formuliert.

#### 2.2.3 Territoriale Strukturen und Wahlkreise

Die Projektorganisation in diesem Bereich, für die die Direktion zuständig ist, hat die Arbeiten im Rahmen des

ihr vom Staatsrat übertragenen Auftrags intensiv weiterverfolgt. Sie hat somit Überlegungen zur Zweckmässigkeit einer Weiterentwicklung der Bezirke als Träger gewisser dezentrierter staatlicher Aufgaben, insbesondere Aufgaben im Zuständigkeitsbereich der Oberamtmänner und der Oberämter, weitergeführt. Sie hat ausserdem erste Überlegungen zur Machbarkeit einer Neueinteilung der Wahlkreise angestellt, in die sie die Vorstände der Parteien und politischen Gruppierungen einbezogen hat. Im Herbst 2009 wird dem Staatsrat ein Bericht unterbreitet werden.

#### **2.2.4 Zivilstandswesen und Einbürgerungen**

Die Änderung des Gesetzes vom 16. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht, das vom Grosse Rat am 9. Mai 2007 angenommen worden war und gegen das das Referendum ergriffen worden war, ist von der Stimmbevölkerung am 1. Juni 2008 angenommen worden. Gemäss dem Urteil des Kantonsgerichts vom 7. November 2008 und entgegen der Meinung der Direktion und des Amtes für Zivilstandswesen und Einbürgerungen kann der Staat seit dem Inkrafttreten der neuen Kantonsverfassung keine Einbürgerungsgebühr mehr verlangen. Nach dem Inkrafttreten entrichtete Einbürgerungsgebühren müssen zurückerstattet werden. Was das Zivilstandswesen betrifft, so wurde die informatisierte Erfassung der Zivilstandsdaten und deren Eintragung in «Infostar» weitergeführt; dies dürfte in Kürze abgeschlossen sein.

#### **2.2.5 Gemeinden**

Nebst den hauptsächlich formellen Änderungen des Gesetzes über die Gemeinden, vor allem im Zusammenhang mit den politischen Rechten, betrafen die Gesetzgebungsarbeiten vor allem den interkommunalen Finanzausgleich und die Gemeindezusammenschlüsse. Nachdem über den Vorentwurf des Gesetzes über den interkommunalen Finanzausgleich eine Vernehmlassung durchgeführt worden war, wurde eine neue Studie über die Finanzflüsse zwischen Staat und Gemeinden in Angriff genommen. In beiden Bereichen wird dem Grosse Rat im Laufe des Jahres 2009 ein Gesetzesentwurf unterbreitet werden können.

#### **2.2.6 Agglomeration**

Die Agglomeration Freiburg ist durch die Annahme der Statuten durch die Stimmbürger der betroffenen Gemeinden am 1. Juni 2008 zustande gekommen. Ihre Organe, unter anderem der Agglomerationsvorstand, wurden im September gebildet. Es ist von nun an seine Aufgabe, dieses Projekt umzusetzen, wobei die Dienststellen der ILFD unterstützend eingreifen können. Um finanzielle Unterstützung vom Bund zu erhalten, mussten die Richtlinien für die Agglomerationen Freiburg und Bulle den zuständigen Bundesbehörden zur Prüfung unterbreitet werden. Während die Unterstützung für Freiburg auf

eine nächste Etappe verschoben wurde, kommt Bulle in den Genuss der Unterstützung des Bundes.

#### **2.2.7 Landwirtschaft**

Die neue Struktur seit der Zusammenlegung der drei Verwaltungseinheiten hat sich eingespielt.

In Anwendung des Gesetzes vom 3. Oktober 2006 hat sich die Direktion mit Unterstützung des Amtes für Landwirtschaft und des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg überdies hauptsächlich der Ausarbeitung des Vierjahresprogramms gewidmet, das vor allem über die Entwicklung der Agrarpolitik und über die Massnahmen, die getroffen werden müssen, Auskunft gibt. Das Programm wird zu Beginn des Jahres dem Staatsrat unterbreitet.

#### **2.2.8 Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen**

Die Umsetzung des Gesetzes über die Lebensmittelsicherheit, das der Grosse Rat im Juni 2007 angenommen hatte, ist fortgesetzt worden. So untersteht die Fleischhygienekontrolle seit dem 1. Januar 2008 neu dem Kanton und sind das Veterinäramt und das Kantonale Laboratorium am 1. Juli 2008 zusammengelegt worden.

#### **2.2.9 Wald und Wild**

Die Arbeiten zur Bildung von Revierkörperschaften und zur Anpassung der Gesetzgebung über den Wald in Zusammenhang mit der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen können bald zum Abschluss gebracht werden. Die Änderung des Gesetzes über den Wald wurde im Juni 2008 vom Grosse Rat angenommen. Die Bildung der letzten «interkantonalen» Revierkörperschaft ist Gegenstand eines weit fortgeschrittenen Projekts.

#### **2.2.10 Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)**

Im Rahmen des Projekts zur Analyse der Leistungen des Staates Freiburg (ASL) haben das Amt für Landwirtschaft, das Amt für Wald, Wild und Fischerei und das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg, in Grangeneuve, die Gesamtheit ihrer Leistungen analysiert.

#### **2.2.11 Deponie La Pila**

Zusammen mit dem Amt für Wald, Wild und Fischerei war die Direktion stark in die Arbeiten im Hinblick auf die Sanierung der Deponie und die Beseitigung der PCB-Verschmutzung der Saane miteinbezogen, vor allem was die fischereiliche Bewirtschaftung und die Verhängung eines Fischereiverbots im betroffenen Abschnitt der Saane angeht.

## 2.3 Politische Rechte

Auf Antrag der Direktion erliess der Staatsrat im Hinblick auf die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg für die für 2008 vorgesehenen Urnengänge die folgenden Beschlüsse.

### 2.3.1 Kantonale Wahlen

- Beschluss vom 4. März 2008 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Saanebezirks zur Wahl einer Oberamtsperson des Saanebezirks vom Sonntag, den 1. Juni 2008 und Sonntag, den 22. Juni 2008.

### 2.3.2 Kantonale Abstimmungen

- Beschluss vom 18. März 2008 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur kantonalen Volksabstimmung vom Sonntag, den 1. Juni 2008, über folgende Vorlagen:
  - Dekret vom 12. Dezember 2007 über einen Verpflichtungskredit für die Umgestaltung und Erweiterung des Kollegiums Gambach;
  - Gesetz vom 9. Mai 2007 zur Änderung des Gesetzes über das freiburgische Bürgerrecht.
- Beschluss vom 30. September 2008 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur kantonalen Volksabstimmung vom Sonntag, den 30. November 2008, über das Dekret vom 20. Juni 2008 über die Verfassungsinitiative «Passivrauchen und Gesundheit» (Volksabstimmung).

### 2.3.3 Eidgenössische Abstimmungen

- Beschluss vom 4. Dezember 2007 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, den 24. Februar 2008, über folgende Vorlagen:
  - Volksinitiative vom 3. November 2005 «Gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten»;
  - Bundesgesetz vom 23. März 2007 über die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen (Unternehmenssteuerreformgesetz II).
- Beschluss vom 18. März 2008 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, den 1. Juni 2008, über folgende Vorlagen:
  - Volksinitiative vom 18. November 2005 «Für demokratische Einbürgerungen»;
  - Volksinitiative vom 11. August 2004 «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda»;
  - Verfassungsartikel vom 21. Dezember 2007 «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung».
- Beschluss vom 30. September 2008 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, den 30. November 2008, über folgende Vorlagen:

- Volksinitiative vom 1. März 2006 «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»;
- Volksinitiative vom 28. März 2006 «Für ein flexibles AHV-Alter»;
- Volksinitiative vom 11. Mai 2006 «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik - Mehr Wachstum für die Schweiz!»;
- Volksinitiative vom 13. Januar 2006 «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz»;
- Änderung vom 20. März 2008 des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG).

## 2.4 Dem Generalsekretariat zugewiesene Einheiten

### 2.4.1 Jugendrat

Ungeachtet des permanenten Personalmangels beim Jugendrat konnte dieser seine wichtigsten Aufgaben wahrnehmen.

Er hat sich hauptsächlich der Ausarbeitung der kantonalen Verordnung angenommen, die demnächst, das heisst im Verlauf des Jahres 2009, die Arbeitsweise des Jugendrates bestimmen wird. Zudem hat er das Verfassen seiner Informationsbroschüren zu eidgenössischen und/oder kantonalen Abstimmungen, die an junge Freiburgerinnen und Freiburger gerichtet sind, teilweise beibehalten. Im Sommer 2008 brachte der JR seine Infrastruktur in neue Räumlichkeiten. Schliesslich hat der JR seine Internet-Seite beibehalten und unterhalten; des Weiteren hat er beschlossen, die Plattform «Hi Guide» aus Gründen der Computerkriminalität zu schliessen.

### 2.4.2 Behörde für Grundstückverkehr (BGV)

Präsident: Henri Nuoffer

#### 2.4.2.a Aufgaben

Die Behörde für Grundstückverkehr (BGV) ist in ihrer Eigenschaft als erstinstanzliche Verwaltungsbehörde mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) beauftragt. Zudem ist sie gemäss dem Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht (AGLPG) für Gesuche betreffend die Pachtdauer, die Festlegung des höchstzulässigen Pachtzinses, die Bewilligung einer parzellenweisen Verpachtung des landwirtschaftlichen Gewerbes sowie Einsprachen gegen landwirtschaftliche Pachtzinse zuständig.

#### 2.4.2.b Tätigkeit

Die der BGV unterbreiteten Dossiers wurden in 17 (15)<sup>1</sup> Plenarsitzungen (267 (243) Entscheide) und jeweils einer Sitzung pro Woche mit reduziertem Mitgliederbestand (425 (506) Präsidialentscheide) behandelt.

<sup>1</sup> Die Zahlen in Klammern stammen aus dem Tätigkeitsbericht 2007.

### Bäuerliches Bodenrecht (BGBB)

Die BGV hat 508 (524) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- 299 (317) die Bewilligung von Realteilungen (Art. 58 Abs. 1 BGBB), Zerstückelungen (Art. 58 Abs. 2 BGBB) und den Erwerb von landwirtschaftlichen Gewerben oder Grundstücken (Art. 60 BGBB);
- 126 (147) die Unterstellung von Grundstücken in der Landwirtschaftszone unter das bäuerliche Bodenrecht;
- 58 (53) die Festsetzung des höchstzulässigen Preises (Art. 66 BGBB);
- 3 (6) eine Bewilligung zur Überschreitung der Belastungsgrenze (Art. 76 Abs. 2 BGBB).

### Landwirtschaftliche Pacht (LPG)

Die BGV hat 66 (48) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- 24 (20) die Abkürzung der Dauer des Pachtvertrags;
- 9 (4) die Festsetzung des höchstzulässigen Pachtzinses;
- 9 (1) die parzellenweise Verpachtung von landwirtschaftlichen Gewerben;
- 18 (19) Genehmigungen des Pachtzinses von landwirtschaftlichen Gewerben;
- 6 (4) Einsprachen des Amts für Landwirtschaft gegen den Pachtzins. In 6 Fällen hat sie den Pachtzins gesenkt.

In 7 (6) Fällen wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt.

### 2.4.3 Verwaltung der Staatsreben

Verwalter: Pascal Krayenbühl

#### 2.4.3.a Aufgaben

Die Verwaltung der freiburgischen Staatsreben (VSR) ist für die Verwaltung der Rebgrüter des Staates in technischer, gewerblicher und administrativer Hinsicht zuständig. Sie ist der ILFD zugewiesen.

#### 2.4.3.b Tätigkeit

Die VSR verwaltet die Rebgrüter des Staates und übernimmt den Absatz und den Verkauf der weinbaulichen Erzeugnisse. Sie sorgt für die Erhaltung des Weinbauerbes des Kantons Freiburg und kontrolliert die Arbeiten an den Reben und in den Weinkellern. Aufgabe der VSR ist vor allem die Verwaltung des Lagerbestandes und der Verkäufe sowie die Buchhaltung und die Betreuung der Debitoren.

Die Weinlese in den beiden Gebieten ergab folgende Mengen:

### Lavaux

Geerntete Menge:

- Faverges weiss 90 200 l junger Wein (95 820)
- Ogoz (nur weisse Trauben) 10 060 l junger Wein (13 920)
- Faverges rot 41 000 l junger Wein (31 410)

Verkauf der letzten Ernte:

- Faverges weiss 2007 82 310 l Wein (50 840)
- Ogoz 2007 9 360 l Wein (5 920)
- Faverges rot 2006 29 330 l Wein (20 980)

Bestand am 31.12.2008:

- Faverges weiss 2007 7 610 Flaschen (9 950)
- Ogoz 2007 6 510 Flaschen (150)
- Faverges rot 2006 2 770 Flaschen (1 200)
- Faverges rot 2007 28 840 l (22 080)

Der gesamte Rotwein des Rebgrüts Faverges 2007 wird im Frühling 2009 in Flaschen abgefüllt und im Laufe des Jahres 2009 verkauft.

Der gesamte Rotwein des Rebgrüts Faverges 2008 wird im Frühling 2010 in Flaschen abgefüllt und im Laufe des Jahres 2010 verkauft.

### Vully

Geerntete Menge:

- Etat de Fribourg weiss 12 700 l junger Wein (10 600)
- Château de Mur weiss 14 850 l junger Wein (8 950)
- Etat de Fribourg rot 4 900 l junger Wein (3 250)
- Château de Mur rot 11 700 l junger Wein (7 200)

Verkauf der letzten Ernte:

- Etat de Fribourg weiss 2007 9 210 l Wein (9 680)
- Château de Mur weiss 2007 7 180 l Wein (8 360)
- Etat de Fribourg rot 2007 1 900 l Wein (2 180)
- Château de Mur rot 2007 4 730 l Wein (5 570)

Bestand am 31.12.2008:

- Etat de Fribourg weiss 2007 1 995 Flaschen (3 600)
- Château de Mur weiss 2007 2 530 Flaschen (1 130)
- Etat de Fribourg rot 2007 1 930 Flaschen (2 740)
- Château de Mur rot 2007 3 530 Flaschen (3 750)

## 3. Aussenbeziehungen

### 3.1 Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen

Die Konferenz trat im Laufe des Jahres einmal zusammen, nämlich an ihrer Jahresversammlung am 24. und 25. April 2008 in Delsberg. Es wurden vor allem die folgenden Themen behandelt:

- der Status der Zivilstandsdatenbank «Infostar» und die Grundsatzfrage, ob diese Institution in die Zuständigkeit des Bundes oder der Kantone gehört. Die Finanzierung der Datenbank hängt vom Entscheid ab, der diesbezüglich gefällt wird.
- die Organisation der Konferenz, insbesondere ihres Sekretariats.

Diese zwei Themen konnten nicht abschliessend behandelt werden, da es zwischen den Kantonen und dem Bund keine ausreichende Übereinstimmung gab.

### 3.2 Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren

Die Direktion war durch ihren Vorsteher nicht nur an den Sitzungen, sondern auch im Vorstand dieser Konferenz vertreten. Es wurden die folgenden Kernthemen behandelt:

- die Revision des Raumplanungsgesetzes;
- die Bundesverordnungen im Zusammenhang mit dem Bericht «Agrarpolitik 2011» (AP 2011);
- die aussenwirtschaftliche Öffnung;
- die Datenbank in der Lebensmittelkontrolle (ASA 2011);
- die Gesetzgebung in den Bereichen Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung, insbesondere was die Ausrottung der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) und die Bekämpfung der Blauzungenkrankheit betrifft;
- die Evaluation des Direktzahlungssystems;
- die Auflösung des Konkordats über die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft (SHL);

### 3.3 Schweizerische Vereinigung für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums (AGRIDEA)

Die Schweizerische Vereinigung für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums, deren Präsidium der Vorsteher der ILFD innehat, koordiniert auf nationaler Ebene die beiden Zentralen für landwirtschaftliche Beratung in Lindau und Lausanne. Das Landwirtschaftliche Wissenssystem und die Rolle, die AGRIDEA darin spielt, waren während dieses Jahres zentrale Diskussionspunkte.

### 3.4 Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft (SHL)

Die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft, deren Präsidium der Vorsteher der ILFD innehat, hat sich insbesondere mit den folgenden Fragen befasst:

- dem Erweiterungsbau auf dem Campus;
- dem Life Science-Masterstudiengang;
- der Auflösung des Konkordats über die SHL;
- der Regelung des Schulgeldes und der Gebühren.

### 3.5 Zuckerfabriken Aarberg+Frauenfeld AG

Die restlichen Aktien des Kantons Bern, die neue Statistik über den Zuckerhandel und die Neuwahl des Verwaltungsrates waren nebst den laufenden Angelegenheiten des Betriebs die wichtigsten behandelten Geschäfte.

### 3.6 Konferenz der kantonalen Forstdirektoren

Auf der Tagesordnung der Sitzungen dieser Konferenz standen die folgenden Schwerpunkte:

- der Entscheid des Parlaments, auf die Teilrevision des Waldgesetzes (WaG) nicht einzutreten;
- der Rückzug der Initiative «Rettet den Schweizer Wald»;
- das Inkrafttreten der Programmvereinbarungen (Start der NFA-Programme 2008);
- die Bemühungen im Zusammenhang mit der Erhöhung der Bundesmittel für den Schutz von Naturgefahren;
- die Analyse der Forstpolitik;
- die Grundanforderungen an den naturnahen Waldbau;
- die Ressourcenpolitik Holz und das Holznutzungspotenzial (Projekt/ Aktionsplan BAFU);
- das Projekt Krisenmanagement bei Waldschäden von nationalem Ausmass;
- die Einsetzung der Arbeitsgruppe Biodiversität;
- Aktivierung der Arbeitsgruppen Waldrecht und Waldschutz.

## 4. Streitsachen

Die Direktion beurteilt Beschwerden gegen Entscheide der ihr unterstellten Dienststellen, d.h. vor allem Entscheide des Amtes für Zivilstandswesen und Einbürgerungen, des Amtes für Landwirtschaft, des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und des Amtes für Wald, Wild und Fischerei. Sie beurteilt auch andere Beschwerden, für die sie gemäss Gesetz zuständig ist.

Beschwerdeentscheide:	38
Einspracheentscheide:	4
Haftpflichtfälle:	4
Aufsichtsbeschwerden:	3
Verschiedene:	8

Zehn Beschwerdeentscheide sind bei höheren Instanzen und vier Beschwerden bei der Direktion hängig.

## 5. Gesetzgebung

Die Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Reglemente in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der ILFD fallen, sind in der Reihenfolge ihrer Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) geordnet:

### 5.1 Gesetze und Dekrete

- Dekret vom 12. Februar 2008 über die Einbürgerungen
- Dekret vom 20. Juni 2008 über die Einbürgerungen
- Gesetz vom 1. Juli 2008 zur Änderung des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen

- Dekret vom 4. September 2008 über die Einbürgerungen
- Gesetz vom 8. Oktober 2008 über die Definition des landwirtschaftlichen Gewerbes für die Jahre 2008 bis 2011
- Gesetz vom 8. Oktober 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Gemeindesteuern (Aufhebung der Personalsteuer)
- Dekret vom 7. November 2008 über die Einreichung einer Standesinitiative bei den eidgenössischen Räten (Lebensmittelproduktion - unhaltbare Zustände in Südspanien)
- Dekret vom 4. Dezember 2008 über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung (Tiertransport)
- Dekret vom 4. Dezember 2008 über die Einbürgerungen
- Dekret über einen Verpflichtungskredit für Daueranlagen in Staatswäldern, am 3. November 2008 vom Staatsrat verabschiedet
- Gesetz über eine Teilrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Gemeinden, am 18. November 2008 vom Staatsrat verabschiedet
- Verordnung vom 1. Juli 2008 über das Personal für die Schlachttier- und Fleischhygieneuntersuchungen
- Verordnung vom 1. Juli 2008 über die Regulierung des Steinwildbestands im Jahr 2008
- Verordnung vom 8. Juli 2008 über das regelmässige Übungsschiessen für Jäger
- Verordnung vom 19. August 2008 zur Änderung des Reglements über die Hundehaltung
- Verordnung vom 1. September 2008 über die Klassifikation der Gemeinden für die Jahre 2009 und 2010
- Verordnung vom 30. September 2008 zur Änderung von verschiedenen Bestimmungen im Bereich der Luftreinhaltung
- Verordnung vom 15. Oktober 2008 zur Änderung der Verordnung über die Teilprüfungen der Fähigkeitsprüfung für die Jagd und die Bedingungen für den Prüfungserfolg
- Verordnung vom 25. November 2008 zur Änderung des Reglements über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen
- Verordnung vom 25. November 2008 zur Änderung der Verordnung über die Kantonsbeiträge für den Wald und den Schutz vor Naturereignissen

## 5.2 Verordnungen und Reglemente

- Verordnung vom 8. Januar 2008 über die Gemeindeanteile an der zusätzlichen Ausgleichszahlung im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen
- Verordnung vom 15. Januar 2008 zur Änderung des Beschlusses über die Kantonsbeiträge an die Bodenverbesserungen
- Verordnung vom 11. Februar 2008 über die Entschädigungen der Tierärzte für die Bekämpfung von Tierseuchen und die amtlichen Verrichtungen für die SANIMA
- Verordnung vom 11. Februar 2008 über das Waldreservat Tannholz–Remlitswilholz auf dem Gebiet der Gemeinde St. Ursen
- Verordnung vom 19. Februar 2008 über die Sömmerungsbedingungen
- Reglement vom 11. März 2008 über die Hundehaltung (HHR)
- Verordnung vom 8. April 2008 über die Prämien der SANIMA und die Höchstbeträge des Schätzwerts der versicherten Tiergattungen für die jährliche Versicherungsperiode 2008/2009
- Verordnung vom 7. Mai 2008 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Patentfischerei im Jahr 2008
- Verordnung vom 1. Juli 2008 über Gebühren und Auslagen für die Schlachttier- und Fleischuntersuchungen
- Reglement vom 9. Dezember 2008 über die Ausübung der Patentfischerei im Jahr 2009
- Reglement der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Neuenburgersee vom 2. Dezember 2008 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Konkordat über die Fischerei im Neuenburgersee
- Reglement der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Neuenburgersee vom 2. Dezember 2008 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Fischerei im Neuenburgersee in den Jahren 2007, 2008 und 2009
- Reglement der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Murtensee vom 16. Dezember 2008 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Konkordat über die Fischerei im Murtensee
- Reglement der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Murtensee vom 16. Dezember 2008 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Fischerei im Murtensee in den Jahren 2007, 2008 und 2009
- Verordnung vom 19. Dezember 2008 über die Verlängerung der Wildschweinjagd



## II. AMT FÜR ZIVILSTANDSWESEN UND EINBÜRGERUNGEN

Amtsvorsteher: Jean-Pierre Coussa

### 1. Aufgabe

Im Bereich des Zivilstandswesens besteht die Hauptaufgabe des Amtes für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA) im Vollzug der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen. In dieser Funktion muss das Amt alle Zivilstandsereignisse, die sich im Kanton Freiburg ereignen oder die im Ausland wohnhafte Freiburgerinnen und Freiburger betreffen, erfassen. Die Erfassung der Zivilstandsereignisse erfolgt über das Betriebssystem Infostar, das Eigentum der Kantone ist und dessen Wartung und Betrieb durch den Bund im Auftrag der Kantone gewährleistet werden.

Im Bereich der Einbürgerungen besteht die Hauptaufgabe des Amtes in der Prüfung und administrativen Betreuung der Einbürgerungsgesuche, zu Handen der Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden. In diesem Rahmen ist es in alle ordentlichen und erleichterten Einbürgerungsverfahren einbezogen, die den Kanton Freiburg als Wohnsitzkanton und/oder Heimatkanton der Gesuchstellenden betreffen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Amt und den Gemeinden des Kantons war in diesem Jahr enger als sonst, und zwar aufgrund der Menge an Informationen, die den Gemeindebehörden seit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über das freiburgische Bürgerrecht übermittelt werden müssen. Die Änderungen dieses Gesetzes traten am 1. Juli 2008 in Kraft; das Amt organisierte in diesem Zusammenhang und in enger Zusammenarbeit mit den Oberamtmännern für die Gemeindebehörden (Gemeinderäte und kommunale Einbürgerungskommissionen) Informationssitzungen.

### 2. Tätigkeit

Im Verlauf des Jahres 2008 hat sich das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA) mit folgenden Geschäften befasst:

#### 2.1 Bereiche im Zivilstandswesen

##### 2.1.1 Zivilstandsurkunden mit Auslandbezug

Es wurden folgende Geschäfte vorgenommen:

- Einschreibungen von Zivilstandsurkunden aus dem Ausland (Art. 23 der eidgen. Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004, ZStV) 1153 (1083)
- verweigte Einschreibungen 9 (7)
- Mitteilungen von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an das Ausland (Art. 54 ZStV) 177 (142)

- Mitteilungen von Zivilstandsmeldungen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an Amt für Bevölkerung und Migration (Art. 28 des Ausführungsreglements über den Zivilstandsdienst) 1734 (1 351)
- Überweisung von Zivilstandsdokumenten von im Ausland wohnhaften Schweizerinnen und Schweizern an das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen 97 (124)

##### 2.1.2 Eheschliessungen

Es wurden folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- Ehefähigkeitszeugnisse, ausgestellt an Kantonsbürger im Ausland (Art. 75 ZStV) 26 (22)
- Prüfung der Akten für Eheschliessungsverfahren bei ausländischen Verlobten (Art. 16 ZStV) 453 (488)
- Bewilligung der Eheschliessung von ausländischen Staatsangehörigen (Art. 73a ZStV) 0 (2)
- zurückgezogene Eheschliessungsverfahren 28 (23)

##### 2.1.3 Eingetragene Partnerschaften

Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden 16 (20) Akten im Hinblick auf eine Eintragung der Partnerschaft geprüft.

##### 2.1.4 Anerkennungen

Folgende Aktivitäten sind betroffen:

- Prüfung der Dokumente bei Anerkennung von Kindern (Art. 11 und 16 ZStV) 72 (56)
- Annullierung der Anerkennung 0 (1)

##### 2.1.5 Zivilstandsänderungen

Es wurden folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- Berichtigungen, Streichungen und Ergänzungen in den Einzel- und den Familienregistern (Art. 43 ZGB und 29 ZStV) 69 (76)
- Berichtigungen durch das Gericht (Art. 42 ZGB und 30 ZStV) 4 (3)
- Verweigte Berichtigungen 2 (2)
- verschiedene Weisungen betreffend den Zivilstandsdienst 188 (263)
- Bearbeitung und Vorbereitung von Adoptionsakten (Art. 264 ff. ZGB):
  - a) bewilligt durch die ILFD 27 (20)
  - b) zurückgezogene Gesuche 0 (1)
- Familien- und Vornamensänderungen (Art. 30 ZGB):
  - a) bewilligt durch das ZEA 124 (128)
  - b) zurückgezogene Gesuche 12 (16)
  - c) verweigert 0 (2)

- Erklärungen über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht (Art. 37 Abs. 2 IPRG) 328 (239)
- Namenserklärungen 2 (12)
- Geschlechtsumwandlungen 1 (0)

### 2.1.6 Bürgerrecht

In Anwendung des Bundesgesetzes vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (BüG) und des Gesetzes vom 15. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht (BRG) wurden folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- Prüfung der Zivilstandsdaten für die Wiederaufnahme in das Schweizer- und Kantonsbürgerrecht
  - a) nach Art. 21, 23 und 58 BüG 16 (18)
  - b) nach Art. 21 BRG 7 (7)
- Prüfung der Zivilstandsdaten bei Einbürgerungs- und Wiedereinbürgerungsgesuchen 575 (468)
- ordentliche Einbürgerungen (Art. 13 BüG) 377 (636)
- Einbürgerungen von Freiburgern in anderen Kantonen 21 (12)
- erleichterte Einbürgerungen (Art. 27, 28 und 29 BüG) 312 (520)
- erleichterte Einbürgerungen (Art. 31a und 31b BüG) 17 (10)
- erleichterte Einbürgerungen (Art. 58a und 58c BüG) 70 (135)
- Einbürgerungen von Freiburgern in anderen freiburgischen Gemeinden (Art. 36 BRG) 6 (4)
- Erklärungen über die Beibehaltung des freiburgischen Bürgerrechts bei Einbürgerung in einen andern Kanton (Art. 27 BRG) 12 (12)
- Ehrenbürgerrecht (Art. 42 und 43 BRG) 1 (1)
- Verlust des freiburgischen Bürgerrechts (Art. 27 BRG) 21 (15)
- Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Art. 9 und 10 BüG) 0 (2)
- Entlassung aus dem freiburgischen Bürgerrecht (Art. 28 und 29 BRG) 12 (5)
- Entlassung aus dem Bürgerrecht freiburgischer Gemeinden (Art. 39 BRG) 4 (1)
- Nichtigerklärungen der Einbürgerung (Art. 41 BüG) 10 (5)

### 2.1.7 Verschiedenes

Es seien die folgenden Tätigkeiten erwähnt:

- Bewilligungen zum Einholen von Zivilstandsangaben zu genealogischen Zwecken (Art. 59 ZStV) 36 (26)
- Suche nach einem Familienmitglied 17 (11)

### 2.1.8 Dezentralisierte Zivilstandsämter

2008 haben die dezentralisierten Zivilstandsämter folgende Ereignisse erfasst:

Geburten	2435 (2195)
Anerkennungen	608 (466)
Eheschliessungen	1457 (1234)
Todesfälle	1850 (1712)
Eingetragene Partnerschaften	35 (42)

### 2.2 Bereich Einbürgerungen

2008 registrierte das ZEA insgesamt 1189 (1132) neue Dossiers.

#### 2.2.1 Ordentliche Einbürgerungen

Der Grosse Rat entschied über 377 (326) Gesuche um ordentliche Einbürgerung, die sich folgendermassen verteilen:

Ausländische Staatsangehörige

2 Afghanistan	1 Ungarn
1 Algerien	1 Iran
5 Deutschland	1 Irak
5 Angola	20 Italien
1 Belgien	26 Mazedonien
1 Bangladesch	2 Marokko
19 Bosnien-Herzegowina	1 Peru
2 Bulgarien	1 Polen
2 Kambodscha	30 Portugal
1 Kamerun	4 Demokratische Republik Kongo
2 Kanada	2 Rumänien
5 Kapverden	6 Russland
7 Chile	1 Ruanda
2 China	89 Serbien
10 Kroatien	5 Slowakei
1 Ägypten	5 Somalia
7 Eritrea	6 Sri Lanka
14 Spanien	1 Schweden
1 Äthiopien	2 Thailand
1 USA	1 Togo
24 Frankreich	32 Türkei
1 Ghana	1 Uruguay
7 Grossbritannien	1 Venezuela
1 Griechenland	11 Vietnam

Schweizer Staatsangehörige aus dem Kanton

1 Bern	2 Thurgau
1 Solothurn	1 Wallis

156 (206) dieser 377 (386) Gesuche wurden von Ausländer/innen der zweiten Generation gestellt.

Mit den Familienangehörigen, die in die Einbürgerungen einbezogen wurden, erwarben somit 734 (636) Personen das freiburgische Bürgerrecht, d.h. 377 (386) Ausländer/innen mit 112 (75) ausländischen Ehegatten und 245 (175) ausländischen Kindern.

### 2.2.2 Kantonsbürgerrecht

Neben der Erteilung des freiburgischen Bürgerrechts an 5 (4) Schweizer Staatsangehörige durch den Grossen Rat hat der Staatsrat 2 (9) Schweizer Staatsangehörige wieder in das freiburgische Bürgerrecht aufgenommen und 3 (9) Personen aus dem freiburgischen Bürgerrecht entlassen.

### 2.2.3 Erleichterte Einbürgerungen

Gestützt auf die Stellungnahme der ILFD und in Anwendung des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) hat das Bundesamt für Migration 638 (562) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen behandelt. Die erleichterten Einbürgerungsverfahren verteilen sich auf:

567 (562) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen ausländischer Ehegatten einer Schweizerin oder ausländischer Ehegattinnen eines Schweizer (Art. 27 und 28 BüG);

107 (48) Gesuche um erleichterte Einbürgerung von vor 1985 geborenen ausländischen Kindern von mit einem ausländischen Staatsangehörigen verheirateten Schweizerinnen durch Abstammung (Art. 58a und 58c BüG);

### 2.2.4 Wiedereinbürgerungen

13 (18) ehemalige Schweizer und Freiburger Staatsangehörige wurden auf den Entscheid des Bundesamts für Migration hin wieder in das Schweizer und Freiburger Bürgerrecht aufgenommen.

### 2.2.5 Nichtigerklärungen

10 (5) erleichterte Einbürgerungen wurden nach der Anzeige durch den Kanton vom Bundesamt für Migration für nichtig erklärt.

19 Fälle von Gesetzesmissbrauch und missbräuchlicher Eheschliessung wurden dem Bundesamt für Migration gemeldet.

## III. AMT FÜR GEMEINDEN

Amtsvorsteher: Gérald Mutrux

### 1. Aufgaben

Die Tätigkeit des Amts für Gemeinden (das Amt) liegt hauptsächlich in den Bereichen der Finanz- und Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden und Gemeindeverbände, dies in Zusammenarbeit mit den Oberämtern. In diesem Rahmen berät das Amt die öffentlichen Gemeinwesen und erteilt Empfehlungen und Weisungen.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 2.1.1 Gesetzgebungsarbeiten

Das Amt hat mehrere Gesetzgebungsarbeiten durchgeführt, namentlich:

- eine Teilrevision des Gesetzes über die Gemeindesteuern (die vom Grossen Rat am 8. Oktober 2008 erlassen wurde und am 1. Januar 2009 in Kraft trat);
- die Auswertung der Antworten des Vernehmlassungsverfahrens und Untersuchung der Stellungnahmen zum Vorentwurf des Gesetzes über den interkommunalen Finanzausgleich; die Vernehmlassung war bis Ende April 2008 verlängert worden.

Ausserdem hat das Amt auf informeller Basis bei der Ausarbeitung mehrerer Gesetzesentwürfe anderer Einheiten mitgewirkt, was gelegentlich mit beträchtlichem zeitlichem und personellem Aufwand verbunden war.

#### 2.1.2 Prüfung der Rechnungen/Voranschläge und Verschuldungskontrolle

Das Amt kontrolliert für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die formelle Richtigkeit der Voranschläge und Rechnungen und ihr finanzielles Gleichgewicht. Es stellt für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die gesetzlich festgelegte Verschuldungsgrenze fest. Diese Grenze basiert auf der Summe der Finanzierungsermächtigungen, wobei die im Gemeindegesetz vorgeschriebenen Schuldentilgungsverpflichtungen berücksichtigt werden. Die Kontrolle der rechtlichen Verschuldungsgrenze wurde anhand der auf den 31. Dezember 2007 erstellten Bilanzen auf den neuesten Stand gebracht.

#### 2.1.3 Berechnung der Finanzkraft

Das Amt berechnet für alle Gemeinderechnungen den durchschnittlichen Reingewinn, die Investitionskapazität und die Finanzindikatoren. Das Amt wurde häufig von den Gemeinden für Beratungen zu den Ergebnissen von Finanzanalysen, zu Indikatoren, zur gesetzlichen Verschuldungskontrolle, zu Budgetanalysen und zur Rechnungsprüfung angefragt.

#### 2.1.4 Finanzierungsbewilligungen

Das Amt hat 142 Finanzierungsbewilligungen für durch Darlehen finanzierte Ausgaben, die eine Erhöhung der Kreditlimite bewirken, Bürgschaften und Nutzungsänderungen von Spezialfonds erteilt.

#### 2.1.5 Kontrolle der Gemeindesteuerfüsse

Das Amt hat die Mitteilungen zu Änderungen der Gemeindesteuerfüsse registriert und an die Betroffenen weitergeleitet. Gegebenenfalls hat es auch Entwürfe für Staatsratsbeschlüsse zur Genehmigung von Steuerfü-

sen über 100 % der einfachen Kantonssteuer vorbereitet.

### 2.1.6 Statistiken

Alle statistischen Tabellen werden im Statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg publiziert. Weitere Statistiken werden nach Bedarf und auf Anfrage der Dienststellen der kantonalen Verwaltung und des Bundes erstellt. Gewisse statistische Daten stehen im Übrigen auf der Website des Amtes zur Verfügung.

### 2.1.7 Prüfung von Gemeindeverbandsstatuten

Das Amt kontrollierte bei 7 Statutendossiers von Gemeindeverbänden, ob diese dem kantonalen und eidgenössischen Recht entsprechen. Es bereitet in diesem Zusammenhang die Genehmigungsgesuche zuhanden der zuständigen Behörden vor.

### 2.1.8 Prüfung von und Stellungnahmen zu Gemeindereglementen

Das Amt hat 171 Stellungnahmen zu Gemeindereglementen zuhanden der zuständigen Direktionen abgegeben. Es hat eine Vorprüfung sowie eine Schlussprüfung der besagten Reglemente vorgenommen. Für Reglemente, für die die ILFD zuständig ist, hat es zudem die Genehmigungsentscheide vorbereitet.

### 2.1.9 Ausarbeitung von Revisionsformularen

Das Amt stellt die folgenden Formulare zur Verfügung: «Periodische Kontrolle der Bilanzwerte» und «Rechnungsprüfung durch externe Stellen». Diese Formulare werden regelmässig auf den neuesten Stand gebracht.

### 2.1.10 Rechtsauskünfte

Das Amt wurde sowohl von den Gemeinden als auch von den Oberämtern und Dienststellen der Kantonsverwaltung wiederholt um Stellungnahmen zur Auslegung gewisser gesetzlicher Bestimmungen der Gesetzgebung über die Gemeinden gebeten.

### 2.1.11 Ausbildungskurse

Das Amt beteiligte sich an der Umsetzung und Entwicklung der Ausbildung für das Personal der Gemeindeverwaltungen auf Deutsch, einer Ausbildung, die von der Hochschule für Wirtschaft im Auftrag der Personalverbände im Sense- und im Seebezirk organisiert wurde. Es hat verschiedene Kursunterlagen entwickelt und in Ausbildungseinheiten unterrichtet. Die Ausbildung begann im September 2008 mit rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Arbeiten im Rahmen der interkantonalen Ausbildung für Gemeindeschreiber wurden fortgesetzt. Der zweite Bildungsgang ging im September 2008 zu Ende und der dritte hat im Oktober 2008 mit dem Beitritt der Partner aus dem Kanton Waadt begonnen.

### 2.1.12 Informations- und Ausbildungsveranstaltungen

Das Amt wurde mehrmals gebeten, an Informationsveranstaltungen für die Gemeinden zu verschiedenen Themen teilzunehmen (Gemeindezusammenschlüsse, Finanzausgleich, Rechnungsrevision, Finanzplanung).

### 2.1.13 Kommissionen und Arbeitsgruppen

- Vorstand und Sekretariat der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden über die Gemeindefinanzen;
- Begleitgruppe der Abteilung «Kommunalpolitik» des Institut de Hautes Etudes en administration publique;
- Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen;
- Kommission für Schulbauten;
- Lenkungsausschuss «Reform der Freiburger Gesundheitsstrukturen»;
- Lenkungsausschuss des Projekts «Analysen der staatlichen Leistungen»;
- Lenkungsausschuss «Betreuung der Kinder im Vorschulalter»;
- Lenkungsausschuss NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen);
- Arbeitsgruppe «Territoriale Strukturen»;
- Arbeitsgruppe «Website der Oberämter und Gemeindeverzeichnisse»;
- Arbeitsgruppe «Kantonales Konzept der präklinischen Notfallversorgung»;
- Direktionsübergreifende Arbeitsgruppe – Agglomerationsprogramme;
- Kommission für die Aus- und Weiterbildung des Verwaltungspersonals der Gemeinden des Sense- und des Seebezirks.

### 2.1.14 Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat

Das Amt besorgt das Sekretariat der kantonalen Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge (die Kommission), die der ILFD administrativ zugewiesen ist. 2008 ist die Kommission zweimal zusammengetreten. Sie war weiterhin im Wesentlichen damit beschäftigt, Leistungsvereinbarungen für jede staatliche Anstalt, für die sich die Frage der Seelsorge stellt, auszuarbeiten. Am 31. Dezember 2008 war ein Grossteil der Leistungsvereinbarungen unterzeichnet. Nur die evangelisch-reformierte Anstaltsseelsorge im Freiburger Spital und im Psychiatrischen Spital Marsens ist aufgrund einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Parteien noch nicht geregelt. Es sind jedoch Diskussionen im Gange, um die Situation zu deblockieren und um zu einem gegenseitigen Einverständnis zu gelangen.

Es wurde auch ein Entwurf einer Rahmenvereinbarung über die Seelsorge durch die Israelitische Kultusgemeinde in den staatlichen Anstalten ausgearbeitet. Dieser wurde bei den verschiedenen Dienststellen des Staates in die Vernehmlassung gegeben. Das Ergebnis der Vernehmlassung wurde an der letzten Kommissionssitzung besprochen. Die Rahmenvereinbarung wird dem Staatsrat im Frühling 2009 zur Unterzeichnung unterbreitet werden.

Nachdem sich die die Arbeitsgruppe INFRI (vormals AFIH) neu konstituiert hatte, ist sie 2008 einmal zusammengetreten. An dieser Sitzung wurden Gespräche lanciert mit dem Ziel, eine einheitliche Regelung für die römisch-katholische und die evangelisch-reformierte Anstaltsseelsorge in den Institutionen der freiburgischen Vereinigung der spezialisierten Institutionen (INFRI) zu finden.

## 2.2 Besondere Ereignisse

Das Amt hat in Zusammenarbeit mit dem Departement für Volkswirtschaftslehre der Universität Freiburg die Arbeiten zur Neugestaltung des interkommunalen Finanzausgleichs fortgesetzt. Die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens zum Gesetzesvorentwurf und dem erläuternden Bericht vom Dezember 2007 sind gesichtet und ausgewertet worden.

Das Amt war im Bereich der interkantonalen Beziehungen tätig. Es beteiligte sich am Projekt «tripartite Agglomerationskonferenz», das von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) gemeinsam mit dem Bund und den Schweizer Städte- und Gemeindeverbänden lanciert wurde. Das Amt wirkte in der Arbeitsgruppe «TA Städte» mit.

Das Dossier «Agglomeration Freiburg» wurde 2008 weiterbetreut und konnte mit der Volksabstimmung vom 1. Juni 2008 erfolgreich abgeschlossen werden. Da die Stimmberechtigten die Agglomeration angenommen hatten, konnte diese neue Institution gegründet werden.

## IV. AMT FÜR LANDWIRTSCHAFT

Amtsvorsteher: Jean-Paul Meyer

### 1. Aufgaben

Das Amt für Landwirtschaft (LwA) unterstützt die freiburgische Landwirtschaft durch Finanzhilfen und Beratung in den Bereichen:

- Strukturverbesserungen, landwirtschaftliche Gebäude inbegriffen,
- soziale Begleitmassnahmen,
- Förderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und der Zucht,
- Massnahmen zum Schutz von Boden, Wasser und zur Luftreinhaltung.

Es verwaltet die Direktzahlungen und die Sömmerungsbeiträge. Es kontrolliert und anerkennt die Landwirtschaftsbetriebe. Es sorgt für den Schutz landwirtschaftlicher Böden im Rahmen von Bau und Raumplanung und abeitet beim Vollzug des landwirtschaftlichen Pachtrechts mit.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Förderung der Landwirtschaft

##### 2.1.1 Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche

Gemäss dem Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 (LandwG) werden örtliche Landwirtschaftsverantwortliche eingesetzt, die den Auftrag haben, auf lokaler Ebene bei der Ausführung der Verwaltungsaufgaben in den verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft mitzuarbeiten.

Am 31. Dezember 2008 waren im ganzen Kanton 159 Personen zu örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen ernannt.

##### 2.1.2 Landwirtschaftliche Pacht

Das LwA ist gemäss Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht zur Einsprache gegen eine Zupacht oder den Pachtzins für landwirtschaftliche Grundstücke befugt. In dieser Eigenschaft hat es im Jahr 2008 76 landwirtschaftliche Pachtverträge behandelt, davon 56 Pachtverträge für Grundstücke von Gemeinden. Gegen 49 Pachtverträge, oder 65% der behandelten Verträge, erhob es Einsprache.

##### 2.1.3 Beitragswesen

Die folgenden Beiträge wurden gewährt:

**2.1.3.a Bundesbeiträge:**

Beitragsart	Anzahl Betriebe		Beiträge in tausend Franken	
Flächenbeiträge	2 992	(3 050)	88 866	(93 950)
Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	2 673	(2 743)	27 178	(27 170)
Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere unter erschwerten Produktionsbedingungen	1 689	(1 733)	11 967	(12 083)
Allgemeine Hangbeiträge	1 406	(1 435)	2 788	(2 780)
Hangbeiträge für Rebflächen	18	(17)	26	(20)
Total der allgemeinen Direktzahlungen				
	2008		130 825	
	2007		136 003	
	2006		126 943	
	2005		127 854	
Beiträge für den ökologischen Ausgleich	2 969	(2 969)	6 876	(7 483)
Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps	1 143	(1 169)	2 323	(2 332)
Beiträge für den biologischen Landbau	113	(113)	861	(832)
Beiträge für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme	1 407	(1 391)	5 284	(4 543)
Beiträge für den regelmässigen Auslauf von Nutztieren im Freien	2 398	(2 430)	13 978	(13 406)
Sömmerungsbeiträge	610	(624)	7 207	(7 262)
Beitrag Gewässerschutz	54	(58)	301	(305)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	254	(247)	246	(143)
Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	567	(515)	820	(476)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität/Vernetzung	158	(134)	298	(153)
Total der Ökobeiträge				
	2008		38 194	
	2007		36 935	
	2006		36 442	
	2005		35 833	
Ackerbaubeiträge				
	2008	1 111	4 169	
	2007	760	3 143	
	2006	600	2 927	
	2005		2 819	
Total Bundesbeiträge			173 188	(176 081)

**2.1.3.b Kantonsbeiträge:**

Sömmerungsbeiträge	48	(49)	190	(190)
Beiträge Gewässerschutz	54	(58)	81	(82)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	254	(247)	61	(16)
Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	567	(515)	205	(53)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität/Vernetzung	158	(134)	75	(17)
Beiträge für die Ackerbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden	47	(54)	176	(184)

Total Kantonsbeiträge

2008	788
2007	542
2006	498
2005	535

### 2.1.3.b Bemerkungen

Die Flächenbeiträge sind 2008 gegenüber 2007 zurückgegangen (1 080 gegenüber 1 150 Franken pro ha). Dies erklärt den Rückgang der Beiträge unter diesem Posten.

Das Projekt zur Aktualisierung der Bodenbedeckung, bzw. der landwirtschaftlichen Nutzfläche geht in die Endphase. 2008 wurden die Gemeinden Montet (Glâne), Granges, Semsales, Jaun, Plaffeien, Vuarmarens, Broc, Châtel-sur-Montsalvens, Vaulruz, Gruyères, Marsens, Cerniat, Charmey und Villarbeney kontrolliert, und es wurde eine Konsultation durchgeführt.

Gemäss Artikel 15 der 2008 geltenden Verordnung über Sömmerungsbeiträge hat das Amt 60 Sömmerungsbetriebe nach den Vorgaben des Bundes kontrolliert.

Die kantonalen Sömmerungsbeiträge basierten zum zweiten Mal auf dem Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006, bzw. seinem Reglement vom 27. März 2007, in dem die Bedingungen für die Gewährung der Beiträge festgelegt sind. Die kantonale Hilfe wird nicht mehr aufgrund der Anzahl Kühe gewährt, sondern entsprechend dem offiziell angegebenen Volumen der Milchproduktion. Die Beiträge von 190 000 Franken entsprechen 2 609 699 kg Milch (2 629 761 kg im Jahr 2007) zu 7,225 Rappen.

Die kantonalen Beiträge für die ökologische Qualität sind 2008 stark angestiegen. Dies hängt einerseits mit den höheren Beiträgen für Flächen, für die diese Massnahme angewendet wird, zusammen und andererseits mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), bei der der kantonale Anteil von 10 auf 20% erhöht wurde.

### 2.1.4 Anerkennung von Betrieben

2008 sind 62 Entscheide über die Anerkennung von Betrieben, bzw. die Widerrufung der Ankerkennung gefällt worden. 16 Betriebsgemeinschaften wurden gebildet und 14 aufgelöst, 12 Betriebszweiggemeinschaften wurden gebildet und 8 aufgelöst und 12 neue einfache Betriebe anerkannt.

### 2.1.5 Rindviehzucht

2008 hat der Kanton 384 000 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Rindviehzucht gewährt. Hinzukommen 560 000 Franken für den Absatz von Schlachtvieh über die Nutztiersicherungsanstalt (Sanima).

Aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen

(NFA) trägt der Bund seit 2008 die Subventionierung der allgemeinen Förderungsmassnahmen für die Zucht alleine.

Die Bezirksklubs und -vereine erhielten vom Kanton eine bedeutende Unterstützung für die Ausbildung der Züchter und die Organisation von Veranstaltungen, wie die regionalen Ausstellungen, sowie für die Förderung von Hochleistungskühen. Die Unterstützung für die Analysen der Milchqualität wurde beibehalten, um die Qualität der freiburgischen Produkte zu fördern.

Die drei Grossanlässe im Kanton Freiburg erhielten ebenfalls Finanzhilfe vom Kanton, nämlich:

- Expo Bulle. An der nationalen Milchviehausstellung der Rassen Holstein und Red Holstein wurden am 29. und 30. März 2008 rund 328 Milchkühe ausgestellt.
- Zuchtstiermarkt. Am kantonalen Zuchtstiermarkt vom 23. September 2008 wurden 371 Stiere prämiert. 164 Stiere wurden bei dieser Gelegenheit verkauft, davon 130 für die Zucht und 34 als Schlachtstiere.
- JUNIOR-EXPO Bulle. An dieser von den Freiburger Jungzüchtern organisierten nationalen Ausstellung wurden vom 5. bis 6. Dezember 2008 rund 550 Holstein- und Red-Holstein-Rinder und -Kühe vorgeführt.

### 2.1.6 Pferde zucht

2008 hat der Kanton 37 000 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Pferde zucht gewährt.

Aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) trägt der Bund seit 2008 die Subventionierung der allgemeinen Förderungsmassnahmen für die Zucht alleine.

### 2.1.7 Schweine-, Schaf- und Ziegen zucht

2008 hat der Kanton 92 000 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Kleinviehzucht gewährt.

Aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) trägt der Bund seit 2008 die Subventionierung der allgemeinen Förderungsmassnahmen für die Zucht alleine.

Die kantonale Unterstützung für das Jahr 2008 belief sich auf 74 000 Franken für die Schaf- und Ziegen zucht und auf 18 000 Franken für die Schweinezucht. Die Hil-

fe für die Schweinezucht beschränkt sich ausschliesslich auf den Beitrag für den Gesundheitsdienst.

### 2.1.8 Weinbau

Die freiburgischen Staatsreben nehmen eine Fläche von 116,9 ha (117 ha) ein. Im Rahmen der Bundesverordnung vom 14. November 2007 über den Rebbau und die Einfuhr von Wein wurden 14 (13) Gesuche um Umstellung von Rebflächen (Rodung der Rebsorten Chasselas und Müller-Thurgau und Ersatz durch andere Rebsorten) für eine Fläche von 13 407 m<sup>2</sup> eingereicht.

Für die Weinlese 2008 wurden die Qualitätsnormen (Mindestzuckergehalt) und die Produktionsbeschränkung mit Entscheid der ILFD vom 1. Juli 2008 wie folgt festgesetzt:

	Produktionsbeschränkung	Mindestzuckergehalt (Öchslegrad)
Vully		
Chasselas:	1,200 kg/m <sup>2</sup>	62°
Andere weisse Rebsorten:	1,000 kg/m <sup>2</sup>	62°
Pinot noir:	1,000 kg/m <sup>2</sup>	70°
Andere rote Rebsorten:	1,100 kg/m <sup>2</sup>	70°
Cheyres		
weisse Rebsorten:	1,250 kg/m <sup>2</sup>	62°
rote Rebsorten:	1,100 kg/m <sup>2</sup>	70°

Die Produktionsbeschränkungen für die freiburgischen Weinberge sind strenger als die Beschränkungen des Bundes. Nur die Trauben, die diese Kriterien erfüllen, erlauben die Herstellung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (AOC) und mit Ursprungsbezeichnung (AO).

Die Erträge der Weinlese 2008 fielen leicht höher aus als im Vorjahr. Der Gesamtertrag aller kantonalen Rebflächen beträgt für alle Rebsorten zusammen 1 069 094 kg. Vor allem der Behang der Chasselastrauben wurde reguliert. Was die Qualität betrifft, ist der in Öchslegrad gemessene Zuckergehalt normal und der Gesundheitszustand der Weinlese gut, was auf einen guten Jahrgang hindeutet.

Die gesamte Weinlese 2008 der Weinberge Vully und Cheyres erfüllt die Anforderungen für die kontrollierte Ursprungsbezeichnung.

Die Ergebnisse der Weinlese sind wie folgt:

Vully	in kg	mittlerer Grad
Chasselas	531'477	70,94
Pinot noir	217'932	87,59
Gamay	11'802	81,17
Spezialitäten weiss	100'387	86,98

Spezialitäten rot	81'807	84,35
<i>Cheyres</i>		
Chasselas	41'053	68,83
Pinot noir	62'311	80,29
Spezialitäten weiss	6'956	83,96
Spezialitäten rot	15'369	80,16

### 2.1.9 Viehhandelspatente

Gestützt auf die interkantonale Übereinkunft vom 13. September 1943 über den Viehhandel wurden 56 Viehhandelspatente und 14 Vermittlerpatente abgegeben.

1 Kandidat hat am Einführungskurs für neue Händler teilgenommen.

Die Konsultativkommission für Taxation, bestehend aus einem Vertreter pro Bezirk und zwei Vertretern der Nutztiersversicherungsanstalt (Sanima), hielt eine eintägige Sitzung ab. Sie setzte die Umsatzgebühren für die Viehhändler gestützt auf die Verordnung vom 8. April 2008 über die Prämien der Sanima für die jährliche Versicherungsperiode fest.

### 2.1.10 Absatzförderung und wirtschaftliche Entwicklung

Der Kanton trägt zur Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit der freiburgischen Landwirtschaft bei durch:

- Finanzhilfen für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse
- Unterstützungsbeiträge
- Veranstaltungen
- Studien und vorbereitende Arbeiten.

In diesem Rahmen entrichtete der Kanton 814 000 Franken für 35 Projekte, davon 300 000 Franken an die Association des produits du terroir, die die wichtigste Koordinationsstelle für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist. In diesem Betrag nicht mitberücksichtigt sind die Finanzhilfen für die Zuchtverbände.

### 2.2 Raumplanung

Gemäss Artikel 11 des Ausführungsreglements vom 18. Dezember 1984 zum Raumplanungs- und Baugesetz vom 9. Mai 1983 wurden im Jahr 2008 zu folgenden Gesuchen Stellungnahmen abgegeben:

- 131 (100) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Wohnteilen in der Landwirtschaftszone und 93 (86) Gesuche in der Bauzone. Ausserdem 39 (34) direkt von Landwirten oder Gemeinden gestellte Gesuche, die die Berechnung der Raumeinheiten oder verschiedene landwirtschaftliche Anlagen betreffen.
- 239 (224) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Ökonomiegebäuden, Schuppen, Hühnerställen, Plastiktunnels, Siedlungsgehöften,



Alphütten, Biogasanlagen und Bauten im Zusammenhang mit nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetrieben.

- 96 (89) Dossiers über Ortsplanungen wurden geprüft. Es handelte sich entweder um Vorprüfungen, um Schlussprüfungen oder um Vorstudien im Hinblick auf die nächste Revision der Ortsplanung.

## 2.3 Umwelt- und Naturschutz

### 2.3.1 Bodenschutz

**Baubewilligungen.** Gemäss der Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz hat das Amt für Landwirtschaft 86 (86) Baubewilligungsgesuche für die Landwirtschaftszone betreffend Arbeiten mit qualitativem oder quantitativem Einfluss auf den Boden begutachtet.

**Pfluglose Saat.** In Anwendung des Landwirtschaftsgesetzes vom 3. Oktober 2006 hat das Amt für Landwirtschaft Beiträge an 58 (57) Landwirte für insgesamt 176 800 (183 745) Franken ausgerichtet.

Bei den Verträgen, die verlängert wurden, sind die Beiträge um die Hälfte gekürzt worden. Die Dauer der neuen und der verlängerten Verträge wurde um ein Jahr hinaufgesetzt (6 Jahre/ vorher 5 Jahre). Die unter Vertrag stehenden Flächen betragen 476 (458) Hektaren, und die Vertragsarten sind wie folgt verteilt:

- 29 laufende Verträge (5 Jahre) für eine Fläche von 227 Hektaren,
- 26 verlängerte Verträge (6 Jahre) für eine Fläche von 154 Hektaren,
- 28 neue Verträge (6 Jahre) für eine Fläche von 95 Hektaren.

**Erosion.** Die Arbeitsgruppe Erosion, die Ende 2006 um 4 Vertreter aus der Landwirtschaft erweitert wurde, ist 2008 zweimal zusammengetreten. Das kantonale Konzept wurde überprüft, und die Erhebung der Erosion durch die örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen wurde am 1. September 2007 erneut aufgenommen. Dank relativ guter Wetterverhältnisse wurden nur wenige Fälle von Erosion gemeldet.

### 2.3.2 Naturschutz: Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV)

In Anwendung der eidgenössischen Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV) haben 254 (247) Betriebe für die biologische Qualität einen Betrag von insgesamt 307 000 (159 000) Franken erhalten. 567 (515) Betrieben wurde ein Bonus von 1 025 000 (529 000) Franken für die Vernetzung von kombinierten ökologischen Ausgleichsflächen (ÖAF) ausgerichtet. 158 (134) Betriebe beteiligten sich an beiden Massnahmen für einen Gesamtbetrag von 373 000 (170 000) Franken. 2008 wurden zwei neue ÖQV-Vernetzungsprojekte anerkannt. Es handelt sich um die Projekte in Charmey und im Kerzersmoos. Die Öko-Qualitätsverordnung sieht eine Finanzierung vor, die zu 80% vom Bund und zu 20% vom Kanton übernommen wird.

Seit dem Inkrafttreten der neuen eidgenössischen Verordnungen haben die Ökobeiträge zugenommen und hat sich der Kantonsbeitrag verdoppelt (20% anstatt 10%). Die kantonalen Anforderungen an Projekte zur Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen (ÖAF) gemäss ÖQV wurden überprüft und vom Bund genehmigt.

### 2.3.3 Gewässerschutz

In Anwendung des Beschlusses vom 28. November 2000 über die Verringerung der Nitratbelastung aus der landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung hat das Amt 54 Landwirten, die Böden der Projekte in Avry, Middel, Courgevaux, Fétigny, Domdidier und Lurtigen bewirtschaften, Flächenabgeltungen ausgerichtet. 2008 wurden somit keine neuen Projekte durch den Kanton finanziert. Der Anteil des Kantons an den Abgeltungen (20% des Gesamtbetrags), die zu gleichen Teilen zwischen dem Kanton und den Fassungsbesitzern aufgeteilt werden, beläuft sich auf 81 225 (80 849) Franken.

### 2.3.4 Luftreinhaltung

Eine Kommission bestehend aus Vertretern von kantonalen Dienststellen (LIG, AfU, LwA) und der Landwirtschaft (FBV) arbeiteten ein Ammoniak-Projekt gemäss Artikel 77a und b des Landwirtschaftsgesetzes aus; das Projekt trägt den Titel «Verbesserung der Stickstoff-Effizienz durch Verringerung der landwirtschaftlichen Ammoniakemissionen». Es wurde zur Genehmigung nach Bern geschickt.

## 2.4 Subventionierung landwirtschaftlicher Strukturen

Vom Kanton subventionierte Arbeiten. Die folgende Aufstellung umfasst die im Jahre 2008 zugesicherten Beiträge und deren Verteilung auf die verschiedenen Meliorationsarten, ausgenommen die eingegangenen Verpflichtungen zu Lasten des Fonds für Bodenverbesserungen.

	Anrechenbarer Kostenvoranschlag Fr.	Kantonale Beiträge Fr.
Güterzusammenlegungen	4 396 710	1 411 771
Alpwege und Hofzufahrten	4 772 997	1 536 649
Wasserversorgungen	9 200 500	1 096 958
Andere Bodenverbesserungen (Entwässerungen, Stromversorgung, Bewässerungen, Ausdolung von Bächen, Instandstellung von Grundstücken)	4 392 903	1 096 958
Landw. Bauten und Sennereien	35 898 745	4 243 600
Total 2008	58 661 855	9 555 763
Total 2007	43 961 014	7 187 729
Total 2006	72 295 917	8 004 337
Total 2005	47 608 605	7 800 003

Die Gesamtsumme der kantonalen Unterstützungen 2008 liegt über dem Durchschnitt der letzten Jahre, was auf eine Zunahme von Fällen im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Bauten und Sennereien sowie auf die Bearbeitung grösserer Wasserversorgungsprojekte zurückzuführen ist. Der Kantonsbeitrag für landwirtschaftliche Bauten in der Talzone, entsprechend der Motion Godel/Page, bläuft sich auf 999 600 Franken für 22 Projekte.

Die Gesamtsumme der Beiträge, die im Jahr 2008 unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen zugesichert wurden, beläuft sich auf 749 521 Franken bei einem anrechenbaren Kostenvoranschlag von 2 955 805 Franken, was 40 Projekten oder Etappen entspricht.

**Vom Bund subventionierte Arbeiten.** Die folgende Tabelle ist eine Zusammenstellung der im Jahr 2008 zugesicherten Bundesbeiträge:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	1 621 955
Alpwege und Hofzufahrten	1 436 516
Wasserversorgungen	950 110
Andere Bodenverbesserungen	1 089 893
Landw. Bauten und Sennereien	2 682 500
Total der Bundesbeiträge an den Kanton im Jahr 2008:	7 780 974
2007	8 900 618
2006	7 397 650
2005	7 916 659

### Im Jahr 2008 ausbezahlte Beiträge (ohne Beiträge des Fonds für Bodenverbesserungen)

	Beiträge Kanton	Beiträge Bund
Güterzusammenlegungen	1 334 753	2 160 811
Alpwege und Hofzufahrten	1 340 039	1 443 898
Wasserversorgungen	571 590	840 138
Andere Bodenverbesserungen	619 271	688 482
Landw. Bauten und Sennereien	3 741 500	2 936 800
Hofdüngeranlagen	13 300	–
Total 2008	7 620 453	8 070 129
Total 2007	7 055 744	8 929 825
Total 2006	7 174 605	6 520 217
Total 2005	7 698 327	7 980 061

Am 31. Dezember 2008 befand sich bei der Abteilung Strukturverbesserungen des Bundesamtes für Landwirtschaft keine Abrechnung zur Genehmigung und Bezahlung.

Am 31.12.2007: 1 Abrechnung  
Am 31.12.2006: 5 Abrechnungen  
Am 31.12.2005: 4 Abrechnungen

Die pro Rubrik ausbezahlten Kantons- und Bundesbeiträge stehen nicht immer im Verhältnis zu den entsprechenden Ansätzen dieser Rubriken, da einige Auszahlungen je nach den zur Verfügung stehenden Krediten von einem Jahr zum nächsten unterschiedlich ausfallen können.

### Im Jahr 2008 durch den Fonds für Bodenverbesserungen ausbezahlte Beiträge

	Fr.
Total 2008	538 791
Total 2007	536 482
Total 2006	449 537
Total 2005	510 855

**Stand der Verpflichtungen nach Meliorationsart.** Der Saldo der zugesicherten, aber noch nicht ausbezahlten Kantonsbeiträge setzte sich am 31. Dezember 2008 wie folgt zusammen:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	3 513 129
Alpwege und Hofzufahrten	988 603
Entwässerungen	500 000
Wasserversorgungen	1 316 184
Andere Bodenverbesserungen	167 200
Landw. Bauten und Sennereien	2 764 000
Hofdüngeanlagen	477 790
<hr/>	
Total der Verpflichtungen am 31. Dezember 2008	9 726 906
am 31. Dezember 2007	8 434 395
am 31. Dezember 2006	9 081 650
am 31. Dezember 2005	8 803 793

Die eingegangenen Verpflichtungen des Fonds für Bodenverbesserungen belaufen sich am 31. Dezember 2008 auf 1 240 720 Franken.

### Allgemeine Bemerkungen zu einigen Meliorationsarten

**Güterzusammenlegungen.** 2008 wurde keine Flurgemeinschaft gegründet. Infolge der Studie über die wirtschaftlichen Folgen für landwirtschaftliche Betriebe, die an einer Güterzusammenlegung beteiligt sind, wurde eine Broschüre ausgearbeitet, mit der vereinfachte Güterzusammenlegungen gefördert werden sollen; die Broschüre soll Anfang 2009 verteilt werden.

Die Arbeiten der in den letzten Jahren neu gegründeten Flurgemeinschaften nehmen ihren normalen Verlauf, wobei die Kostenvoranschläge eingehalten werden.

**Alpwege und Hofzufahrten.** Die Beiträge, die für den Bau oder die Wiederinstandstellung von Alpwegen und Hofzufahrten in der Berg- oder Hügelizeone zur Verfügung gestellt wurden, sind 2008 gegenüber den Vorjahren stabil geblieben.

**Wasserversorgungen.** Unter dieser Rubrik werden nach wie vor zahlreiche Beitragsgesuche gestellt, vor allem seit der Bund 1999 Beiträge für die Anlagen in der Hügelizeone einführte, während zuvor Subventionen nur für die Bergzone gewährt wurden.

**Andere Bodenverbesserungen.** 2008 wurden ein Bewässerungsprojekt, zwei Projekte zur Wiederherstellung von Entwässerungen und eine freiwillige Parzellenumlegung subventioniert. Die Erhaltung bestehender Projekte und die Unterstützung von Landwirten, die verpflichtet sind, qualitativ gute Lebensmittel zu produzieren, sind für die Aufrechterhaltung einer dynamischen Landwirtschaft unabdingbar.

**Landw. Bauten und Sennereien.** Aufgrund der am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen können einzelne bauliche Elemente subventioniert werden (z.B. Ställe, Schuppen). Seither konnten daher gemeinsam mit dem Bund und dem Fonds für Bodenverbesserungen mehr Fälle behandelt werden. Aufgrund der Motion Godel/Page, die am 1.1.2002 in Kraft getreten war, sind im Jahr 2008 22 landwirtschaftliche Hochbauten in der Talzone subventioniert worden. 2007 waren es 12, 2006 27 und 2005 18 Projekte.

### 2.5 Investitionskredite

#### Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2008

Zweck	Beträge Fr.
Starthilfen	6 020 000
Betriebskäufe durch Pächter	285 000
Bau von Wohnhäusern	1 270 000
Umbau von Wohnhäusern	2 232 000
Bau von Hühnerställen	438 000
Bau von Gewächshäusern	943 000
Bau von Ökonomiegebäuden	5 321 500
Umbau von Ökonomiegebäuden	8 332 000
Bau von Einstellräumen/Speichern	199 000
Gewerblicher Kleinbetrieb	278 000
Diversifizierung	865 000
<hr/>	
	26 183 500

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 13,9 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 185 699 Franken.

Total 2008	26 183 500
Total 2007	19 180 000
Total 2006	26 858 000
Total 2005	21 892 000

### Darlehen zugunsten von juristischen Personen im Jahr 2008

Zweck	Beträge Fr.
Gemeinsamer Kauf landwirtschaftlicher Maschinen	127 000
Für die Milchwirtschaft bestimmte Gebäude	6 293 000
Wasserversorgungen	769 000
Drainagearbeiten	386 000
Wege und Strassen	210 000
Umbau von Alpgebäuden	64 000
Vereinfachte Güterzusammenlegungen	228 000
	8 077 000

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 12,6 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 504 813 Franken.

Total 2008	8 077 500
Total 2007	1 981 000
Total 2006	2 382 000
Total 2005	5 294 000

### 2.6 Betriebshilfen

#### Darlehen 2008

Zweck	Beträge Fr.
Umschuldung bestehender Schulden	750 000
Hilfen zur Überbrückung einer ausserordentlichen finanziellen Bedrängnis	312 000
	1 062 000

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 9,37 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 132 750 Franken.

Total 2008	1 062 500
Total 2007	620 000
Total 2006	1 040 000
Total 2005	1 020 000

### 2.7 Kantonaler Landwirtschaftsfonds

#### Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2008

Zweck	Beträge Fr.
Verschiedene Bau- und Renovierungsarbeiten (Wohn- und Ökonomiegebäude, landw. Anlagen)	1 633 000
Kauf von Land und landw. Heimwesen	2 746 000

Total 2008	4 379 000
Total 2007	3 941 000
Total 2006	5 810 000
Total 2005	2 710 000

### 2.8 Tätigkeiten der Kommissionen

**Landwirtschaftskommission.** Die Landwirtschaftskommission ist 2008 3-mal zusammengetreten.

**Kommission für Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft.** Die Kommission hat 2008 11 Plenarsitzungen abgehalten.

#### Rekurskommission für Bodenverbesserungen.

Zu behandelnde Angelegenheiten am 31. Dezember 2007	-
Eingereichte Rekurse im Jahr 2008	4
Gefällte Entscheide im Jahr 2008	2
Aufgehobene Angelegenheiten am 31. Dezember 2008	-
Zu behandelnde Angelegenheiten am 31. Dezember 2008	2

**Kommission für Grundstückerwerb.** Die Kommission für Grundstückerwerb trat 2008 insgesamt 18-mal zusammen, 5-mal im Plenum und 13-mal in kleinerer Zusammensetzung.

Sie befasste sich mit verschiedenen Dossiers, davon betrafen:

- 2 das Hochbauamt
- 4 andere Stellen der Freiburger Staatsverwaltung
- 3 die Gemeinden oder Pfarreien
- 1 den Bund

**Pflanzenschutzkommission.** Die Kommission hat eine Sitzung abgehalten. Sie wurde vom Pflanzenschutzdienst der kantonalen Station für Tierproduktion und Pflanzenbau in Grangeneuve über den Stand der Pflanzengesundheit im Berichtsjahr informiert.

### 2.9 Schweizerischer Hilfsfonds für nicht versicherbare Elementarschäden

Dieser Fonds hat verschiedenen Geschädigten im Kanton insgesamt 119 530 Franken ausbezahlt (2007: 90 306 Franken, 2006: 137 466 Franken und 2005: 26 664 Franken); Davon wurden 1 080 Franken für die Wiederinstandstellung von Werken der Bodenverbesserungskörperschaften ausgerichtet. Eine gewisse Zahl von Schadenfällen wird zurzeit von den Verantwortlichen des schweizerischen Hilfsfonds in Bern überprüft. Der Betrag schwankt von Jahr zu Jahr je nach Zahl und Ausmass der Schäden.

## 2.10 Fonds für Bodenverbesserungen

Geldverkehr. Einnahmen:

	Fr.
– Zahlungen an den Fonds unter der Rubrik 3425/380.002	100 000.—
– jährliche Zinsen von 2,125 %	59 335.20
– Zahlungen der Grundbuchämter	4 383 305.55
Total der Einnahmen	4 542 640.75

Ausgaben:

– Zahlungen an die Budget-Rubrik 3425/402.001	4 383 305.55
– Zahlungen an die Budget-Rubrik 3425/480.002	540 000.—
– Vermögensrückgang	- 380 664.80
Total der Ausgaben	4 542 640.75

## 2.11 Besondere Ereignisse

Im Laufe des Jahres 2008 hat das Amt für Landwirtschaft die neuen Strukturen gefestigt, die aus der Zusammenlegung des Meliorationsamts, des ehemaligen Amts für Landwirtschaft und der Kantonalen Zentralstelle für Agrarkredite, dem Vollzugsorgan der Autonomen Landwirtschaftlichen Amortisationskasse, hervorgegangen sind. Die formelle Zusammenlegung erfolgte am 1. März, gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Landwirtschaftsgesetzes vom 3. Oktober 2006. Die räumliche Zusammenlegung der drei Einheiten erfolgte Anfang Juli 2007 mit dem Umzug an die Route Jo Siffert 36 in Givisiez, wo das gesamte neue Amt nun untergebracht ist.

## V. AMT FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VETERINÄRWESEN

Amtsvorsteher: Fabien Loup

### 1. Aufgabe

Der Auftrag des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) besteht darin, durch Kontrollen und Massnahmen zu überprüfen, ob Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände sicher sind und die Konsumentinnen und Konsumenten nicht getäuscht werden. Es gewährleistet das Wohlbefinden und die Gesundheit der Tiere um der Tiere willen und zum Nutzen des Menschen.

### 2. Tätigkeit

Da die Kontrollen gezielt erfolgen, können ihre Ergebnisse nicht als repräsentativ für die allgemeine Situation betrachtet werden. Die folgenden Informationen geben einen Überblick über die durchgeführten Analysen und Inspektionen und gewisse Probleme, die im Laufe des Jahres angetroffen wurden.

## 2.1 Untersuchte Proben – Kampagnen

Bezeichnung	Anzahl untersuchter Proben	Anzahl beanstandeter Proben
Trinkwasser / Mineralwasser	1 697	97
Quell-, Brunnen-, Seewasser	1 273	-
Wasser von Schwimmbädern	78	18 *
Brauchwasser / Abwasser	89	-
Andere Lebensmittel	939	76
Kosmetika und andere Gebrauchsgegenstände	62	36
Verschiedene Gegenstände	19	-
Insgesamt	4 157	209 + 18 *

\* im Bereich der kantonalen Gesetzgebung

### 2.1.1 Trinkwasser

#### 2.1.1.a Einige Fälle von Verschmutzung des Wassers öffentlicher Netze durch Fäkalbakterien

Bei Analysen im Rahmen der Selbstkontrolle der Verteiler wurden in mehreren öffentlichen Wassernetzen Fäkalbakterien entdeckt (rund 20 Fälle im Jahr 2008). Je nach Fall wurden verschiedene Massnahmen angeordnet: vorgeschriebenes Abkochen vor jedem Gebrauch im Ernährungszusammenhang, Schock-Chlorierung oder Ausserbetriebnahme kontaminierter Quellen. In jedem Fall muss der Verteiler nach der Verschmutzungsursache suchen und alle erforderlichen Massnahmen ergreifen, um eine erneute Verschmutzung zu verhindern. Bei den durchgeführten Untersuchungen und Inspektionen wurde verschiedentlich festgestellt, dass Leitungen von privaten Quellen oft direkt mit dem öffentlichen Netz verbunden waren. Ein einfacher Schieber «trennte» diese «Netze». Solche Lösungen entsprechen nicht den technischen Standards und stellen eine Gefahr für die Wasserqualität der öffentlichen Netze dar. Die Erfahrung hat gezeigt, dass in den Leitungen Unterdruck entstehen kann. Wenn dieses Phänomen auftritt, kann sich je nach Situation privates Wasser mit jenem des öffentlichen Netzes vermischen. Die Verteiler des Kantons wurden auf dieses Problem aufmerksam gemacht und sie wurden darauf hingewiesen, dass sie überprüfen müssen, ob ihre Anlagen in technischer Hinsicht den anerkannten Vorschriften entsprechen.

### **2.1.1.b Grund- oder Quellwasser, deren Schutz- zonen belastete oder potenziell belastete Standorte enthalten**

Im Rahmen der Erstellung des Katasters der belasteten Standorte hat das Amt für Umwelt das Amt im April 2008 darüber in Kenntnis gesetzt, dass es im Kanton mehrere Wasserressourcen gibt, deren Schutzzonen einen oder mehrere belastete oder potenziell belastete Standorte enthalten. Es verlangte, dass von den betroffenen Ressourcen unverzüglich Proben entnommen und Analysen durchgeführt werden, um festzustellen, ob sie den Anforderungen für Trinkwasser entsprachen. Ein privates Labor wurde mit den Analysen beauftragt, die sowohl Metalle als auch zahlreiche weitere Substanzen betrafen (aliphatische und aromatische Kohlenwasserstoffe, polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, ...). Die betroffenen Wasserverteiler wurden über die Ergebnisse informiert. Vom Wasser, das in die öffentlichen Netze eingespeist wird, wies keine der Proben für die kontrollierten Substanzen nicht den Richtlinien entsprechende Ergebnisse auf. Die Verteiler sind verpflichtet, bei ihrer Selbstkontrolle auch die potenziellen Gefahren im Zusammenhang mit diesen belasteten oder potenziell belasteten Standorten zu berücksichtigen und gewisse Parameter zu kontrollieren. Diese Massnahmen sind unabhängig von jenen des AfU im Rahmen des Vollzugs der Gesetzgebung über die Sanierung von belasteten Standorten.

### **2.1.2 Milch und Milchprodukte**

#### **2.1.2.a Pastmilch: Pasteurisierungsbedingungen nicht immer eingehalten**

Im Rahmen einer Analysekampagne von thermisch behandelter Milch (past., hochpast., UHT) wurden 54 Proben kontrolliert (physikalisch-chemische Kriterien der Zusammensetzung + Suche nach Rückständen von Tierarzneimitteln). Drei Proben von als «pasteurisiert» deklarerter Milch wiesen eine negative Peroxidasereaktion auf, was bedeutet, dass die durchgeführte thermische Behandlung nicht den Anforderungen einer Pasteurisierung entsprach (zu hohe oder zu lange Erhitzung). Die kontrollierte UHT- und die hochpasteurisierte Milch entsprach jedoch den Anforderungen, was die kontrollierten Elemente betrifft.

#### **2.1.2.b Joghurt – Zusammensetzung im Allgemeinen vorschriftsgemäss**

Der Fettgehalt von Nature-Joghurt und Joghurt mit Zusätzen wurde kontrolliert. 30 Proben wurden bei verschiedenen Produzenten im Kanton entnommen, davon: 1 Nature-Joghurt aus Schafmilch, 1 Joghurt aus Schafmilch mit Zutaten, 12 Joghurt ohne weitere Zutaten, 1 teilentrahmtes Joghurt ohne weitere Zutaten, 13 Joghurts mit Zutaten und 2 entrahmte Joghurts mit Zutaten. Bei 28 Proben entsprachen die kontrollierten Elemente den Vorgaben. Bei 2 Proben von Schafmilchjo-

ghurt entsprach der Fettgehalt in keiner Weise der angegebenen Menge; die Proben wurden beanstandet.

### **2.1.2.c Käse – Nationale Kampagne – Sicherheits- kriterien und Hygienekriterien der Verfahren**

Im Rahmen des nationalen Programms für die Untersuchung von Milchprodukten wurden 25 Käseproben entnommen. Keine dieser Proben gab Anlass zu Beanstandungen weder unter dem Aspekt der Sicherheitskriterien und der Hygienekriterien der Verfahren, noch was die kontrollierten Ursprungsbezeichnungen (appellation d'origine contrôlée - AOC) betrifft.

### **2.1.3 Fleisch und Fleischerzeugnisse**

#### **2.1.3.a Fleischzubereitungen aus Geflügel- und Schweinefleisch – Untersuchungen auf Salmonellen**

In den Monaten Mai und Juni 2008 wurde in der Schweiz eine deutlich Zunahme von Fällen der Salmonellose des Menschen aufgrund von *Salmonella typhimurium* festgestellt. Auf einen Vorschlag anderer Kantone hin wurde beschlossen, Proben von Fleischzubereitungen, die zum Verzehr in durcherhitztem Zustand bestimmt sind (z.B. Grillfleisch), zu entnehmen und zu untersuchen. Es wurden 28 Proben in drei Verteilzentren entnommen: 12 aus Geflügelfleisch- und 16 aus Schweinefleischzubereitungen. Die Erzeugnisse wurden alle in der Schweiz hergestellt. Gemäss der Schlussbilanz dieser Kampagne, an der sich 9 Kantone beteiligten, stellen die Fleischzubereitungen aus Schweinefleisch in der Regel keine mikrobiologischen Probleme dar und ist das Problem der Salmonellen für Fleischzubereitungen aus einheimischem Geflügel vernachlässigbar. Hingegen stellen Fleischzubereitungen aus Geflügelfleisch aufgrund des Vorkommens von *Campylobacter* ein Gesundheitsrisiko dar (43% der Resultate positiv). 2009 wird das Bundesamt für Gesundheit eine Kampagne durchführen.

#### **2.1.3.b Beinschinken – Nitratgehalt (Zusatzstoff) noch zu hoch**

Bei der Herstellung von Beinschinken ist die Beigabe von Nitrit und Nitrat erlaubt. Die Kontrollen in den letzten Jahren haben jedoch gezeigt, dass bei einer grossen Anzahl Proben der Höchstgehalt an Nitrat überschritten war. 2008 wurde die Freiburger Produktion deshalb erneut kontrolliert. Von den 20 in verschiedenen Geschäften des Kantons entnommenen Proben wurden 2 wegen zu hoher Nitratgehalte beanstandet. Im Vergleich zur Anzahl Beanstandungen im Jahr 2006 (36%) lässt sich im Jahr 2008 eine Verbesserung feststellen (10%). Eine Überwachung ist dennoch notwendig, da gewisse Produzenten die Beigabe dieser Zusatzstoffe noch nicht beherrschen.

### **2.1.3.c Geräucherte Fische – kein *Listeria monocytogenes***

Die Kampagne wurde insbesondere infolge des Falls von *Listeria monocytogenes*, der im Oktober 2007 in geräucherten Forellen eines Produzenten des Kantons festgestellt wurde, durchgeführt. Es wurden 25 Proben entnommen, das heisst 8 Proben geräucherter Lachs, 8 Proben geräucherte Forelle, 3 Proben kaltgeräucherter Fisch (Heilbutt, Schwertfisch, Hering) und 6 Proben heissgeräucherter Fisch (Makrele, Hai, Bondelle, Hering). Keine der 25 entnommenen Proben gab Anlass zu Beanstandungen im Hinblick auf *Listeria monocytogenes*.

### **2.1.3.d Fische – manchmal falsche Bezeichnung!**

2005 veröffentlichte das BAG eine Liste der Bezeichnungen, die für die zum Verzehr bestimmten Fischarten verwendet werden müssen. Seitherige Kontrollen haben gezeigt, dass die Bezeichnung der Fischarten häufig Anlass zu Beanstandungen gibt. 2006 lag die Beanstandungsrate bei 24%. Die 2007 erneut durchgeführten Kontrollen ergaben eine Beanstandungsrate von 20%. 2008 wurde 1 von 10 Proben beanstandet. Es handelte sich um eine französische Bezeichnung, auf der fälschlicherweise «Loup de mer» vermerkt war, während es in Wirklichkeit «Loup» oder «Bar» war.

### **2.1.3.e Fische aus der Saane und der Glane – cPCB, Metalle**

Nach der Feststellung einer cPCB-Kontamination von Fischen aus der Saane und der Glane wurden die Untersuchungen 2008 weitergeführt. Die cPCB-Analysen wurden vom Kantonalen Laboratorium des Kantons Bern durchgeführt, während die Metallanalysen (Blei, Quecksilber, Kadmium) vom Kantonalen Laboratorium Freiburg vorgenommen wurden. In einem im Schiffensee gefangenen Zander wurden Quecksilberwerte gemessen, die über dem Grenzwert liegen. Bereits 2007 wiesen 2 Zanderproben Quecksilbergehalte auf, die den Grenzwert überschritten. Die Ursache dieser Verschmutzung konnte nicht genau bestimmt werden.

### **2.1.4 Aus Asien stammende Teigwaren**

Da es in den letzten Jahren zu zahlreichen Beanstandungen kam, wurden 20 Proben von aus Asien stammenden Teigwaren aus verschiedenen Geschäften des Kantons untersucht. 1 Probe enthielt den Farbstoff Tartrazin und wurde beanstandet. Im Vergleich zur Bilanz der letzten Jahre hat sich die Situation verbessert. Was die Etikettierung betrifft, entsprachen hingegen 6 von 20 Proben nicht den Vorschriften.

### **2.1.5 Speziallebensmittel**

#### **2.1.5.a Säuglingsanfangsnahrung – vorschriftsmässige Zusammensetzung, Etikettierung oft beanstandet**

23 Proben von Beikost für Säuglinge wurden einer chemischen und mikrobiologischen Analyse unterzogen und auf ihre Etikettierung hin untersucht. Alle Proben entsprachen in ihrer chemischen und mikrobiologischen Zusammensetzung den Vorschriften. Hingegen gaben zahlreiche Proben Anlass zu Beanstandungen im Hinblick auf ihre nicht vorschriftsgemässe Etikettierung.

#### **2.1.5.b Gluten – keine Beanstandung**

21 Proben wurden auf Gluten hin untersucht. Keine der Proben gab Anlass zu einer Beanstandung für Gluten. 5 Proben (= 24%) wurden hingegen wegen ihrer nicht vorschriftsgemässen Etikettierung beanstandet.

### **2.1.6 Obst - Gemüse**

#### **2.1.6.a Kadmium in Ananas**

2007 wurde bei einer Analysekampagne in Ananas-Konserven aus Afrika Kadmium festgestellt. Das Vorkommen von Kadmium liess sich auf die Verwendung eines kadmiumhaltigen Düngemittels zurückführen. 2008 wurden 3 Proben entnommen; keine der Proben wurde wegen ihres Kadmiumgehalts beanstandet. Das Kadmium lag unterhalb der Bestimmungsgrenze.

#### **2.1.6.b Vorzerkleinertes Obst und Gemüse – Kriterien der mikrobiologischen Sicherheit erfüllt**

31 Proben, die entweder aus nur einer Obstsorte oder aus nur einer Gemüsesorte bestanden, waren Gegenstand einer mikrobiologischen Kontrolle. Die Analysen haben gezeigt, dass in den Proben von je 25 g keine Salmonellen und keine *Listeria monocytogenes* vorkommen.

#### **2.1.6.c Salat – keine Beanstandung**

Die fehlende Sonneneinstrahlung im Winter begünstigt die Bildung von Nitrat im Salat. 2008 wurden die Proben auf Dithiocarbamate (Fungizide), Bromid und Nitrat kontrolliert. Insgesamt wurden kantonsweit 12 Proben untersucht, wovon 4 Proben Kopfsalat, 4 Proben Batavia, 3 Proben Nüssler und 1 Probe Eichblattsalat. Die Salate kamen aus Frankreich (7 Proben), aus der Schweiz (3 Proben) und aus Italien (2 Proben). Alle Analyseergebnisse entsprachen den geltenden Normen. Die Nitratkonzentration lag zwischen 1200 und 3300 mg/kg. In 2 Proben wurden Spuren von Dithiocarbamaten festgestellt. Keine der Proben enthielt einen Bromidgehalt oberhalb der Nachweisgrenze.

#### **2.1.6.d Frischer Thymian – Bleigehalt vorschriftsgemäss**

2006 wurde in frischem Thymian ein sehr hoher Bleigehalt, der teilweise sogar den Toleranzwert überschritt, gemessen. 2008 wurden erneut 4 Proben untersucht; sie alle wiesen Bleigehalte deutlich unter dem Toleranzwert auf.

#### **2.1.7 Tofu**

15 Tofuproben wurden auf *Listeria monocytogenes* untersucht. Die Analyse wurde am Verbrauchs- bzw. am Mindesthaltbarkeitsdatum durchgeführt. Keine der 15 Proben wurde beanstandet.

#### **2.1.8 Honig – Keine Beanstandung**

Auf Antrag des Bundesamtes für Veterinärwesen wurden im Rahmen einer nationalen Kampagne 4 Proben einheimischen Honigs der Ernte 2008 auf verschiedene Rückstände untersucht. Keine der Proben gab Anlass zur Beanstandung.

Es wurden ausserdem 24 Proben von Honig aus verschiedenen Ländern analysiert (Streptomycin, Sulfonamide und andere Kriterien der Zusammensetzung). Alle Proben erfüllten für diese Parameter die Anforderungen.

#### **2.1.9 Schwarze Schokolade – Allergenkontaminationen – Kontrolle der Guten Herstellungspraxis**

Gemäss der Verordnung über die Kennzeichnung und Anpreisung von Lebensmitteln muss die Verpackung dann mit der Kennzeichnung «kann Spuren von Milch, Mandeln, Haselnüssen...enthalten» versehen sein, wenn diese Zutaten nicht absichtlich zugesetzt wurden und wenn ihr Anteil ein gewisses Mass übersteigt. Die verantwortliche Person muss belegen können, dass alle im Rahmen der Guten Herstellungspraxis gebotenen Massnahmen ergriffen wurden, um unbeabsichtigte Vermischungen (z.B. Kontaminationen) zu vermeiden. Bei 17 Proben schwarzer Schokolade wurde die Zusammensetzung überprüft, und sie wurden auf Allergene untersucht. Alle Proben waren mit der Kennzeichnung «kann Spuren von... enthalten» versehen. Bei einer Probe lag der Anteil an Milcheiweiss über dem Mass, das man erwarten kann, wenn die Herstellungsbedingungen eingehalten werden. Es obliegt dem betreffenden Hersteller zu belegen, dass er alle Massnahmen getroffen hat, um Kontaminationen seiner schwarzen Schokolade zu vermeiden.

#### **2.1.10 Importierte Gewürze, Saucen und Reis Mykotoxingehalt konform, keine verbotenen Farbstoffe**

Infolge einer Beanstandung wegen Überschreitung des Grenzwerts, der für Ochratoxin in Gewürzen festgelegt wurde, wurden bei einem Importeur des Kantons 12 Ge-

würz-, Saucen- und Reisproben kontrolliert, wovon 7 Gewürzmischungen und 1 Reis auf Mykotoxin und 4 Gewürze in Saucen/ Teigwaren auf Sudan (verbotener Farbstoff) untersucht wurden. Keine der Proben gab für die analysierten Parameter Anlass zur Beanstandung. Der Importeur muss sich im Rahmen der Selbstkontrolle der Konformität der von ihm vertriebenen Produkte versichern. Der betreffende Betrieb wies diesbezüglich Mängel auf.

#### **2.1.11 Freiburger Weine**

21 Weinproben (Vully: 19, Cheyres: 2) wurden zahlreichen Analysen im Hinblick auf deren Zusammensetzung unterzogen. Keine der Proben wurde wegen der chemischen Zusammensetzung beanstandet. Hingegen gaben 11 von 21 Proben Anlass zur Beanstandung, was die Kennzeichnung betrifft, da diese nicht den neuen eidgenössischen Anforderungen entsprach.

#### **2.1.12 In öffentlichen Gaststätten zubereitete Gerichte**

Die Lebensmittelinspektoren entnehmen im Verlauf des Jahres in öffentlichen Gaststätten, Kollektivküchen und Kantinen Proben verschiedener verderblicher Produkte, um sie auf ihre mikrobiologische Qualität hin zu untersuchen. Mit den Kontrollen soll überprüft werden, ob die Guten Praktiken in Sachen Hygiene eingehalten werden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf heikle Produkte wie Reis, Teigwaren und gekochtes Gemüse gerichtet. Dank der Analysen konnten zahlreiche Hygienemängel aufgedeckt werden. In einigen Gaststätten handelt es sich um bedeutende Mängel, da die Mehrheit der untersuchten Proben beanstandet werden mussten. In solchen Fällen kommt es zu einer Inspektion, sobald die Ergebnisse bekannt sind. Von den 376 entnommenen Proben gaben 74 Anlass zur Beanstandung, was 20% entspricht. Dieses Ergebnis zeigt, dass in diesem Bereich noch Fortschritte erzielt werden müssen; die Kontrollen werden 2009 fortgeführt.

#### **2.1.13 Gebrauchsgegenstände**

##### **2.1.13.a Antimon in Fertiggerichten – keine Beanstandung**

Zur Synthese von PET (Polyethylenterephthalat) wird der Katalysator Antimonoxid benötigt. Der Kunststoff PET wird oft als Verpackung für Fertiggerichte, die im Backofen, im Mikrowellenofen oder im Wasserbad erwärmt werden, verwendet. Nun wurde festgestellt, dass es beim Erwärmen zu einer Migration von Antimon in die Lebensmittel kommt. In verschiedenen Geschäften des Kantons wurden 27 Proben entnommen. Bei der Probeentnahme war es manchmal schwierig herauszufinden, ob die Verpackung tatsächlich aus PET war. Von den 27 entnommenen Proben war bei 11 die Verpackung tatsächlich aus PET. Bei keiner der analysierten Produkte lag die Antimonkonzentration über



dem spezifischen Grenzwert der Migration von 40 Mikrogramm/kg. Hingegen enthielten alle Produkte in PET-Verpackung, die in der Verpackung erwärmt wurden, Antimon. Die Kontrolle solcher Lebensmittel wird wiederholt werden.

### 2.1.13.b Kosmetika zur Aufhellung der Haut – Zusammensetzung oft beanstandet

In Hautaufhellungsmitteln ist die Verwendung von Hydrochinon und Kojisäure verboten. Was das Arbutin betrifft, so liegt die zulässige Höchstkonzentration im Endprodukt bei 0,04%. 16 Proben, davon 2 von Emulsionen, 2 von Lotionen, 7 von Hautmilch, 1 von Gel und 4 von Cremes wurden in verschiedenen Fachgeschäften des Kantons entnommen. 1 Probe enthielt Hydrochinon und 5 Proben enthielten Kojisäure. Dies entspricht einer Beanstandungsrate von 38%, was unannehmbar ist. Diese Produkte werden 2009 erneut einer Kontrolle unterzogen werden.

## 2.2 Inspektionen

Alljährlich werden auch im Inspektionsbereich zusätzlich zu den regelmässigen Inspektionen besondere Aktionen geplant.

### 2.2.1 Trinkwasser

Es wurden 40 Inspektionen von öffentlichen Trinkwassernetzen vorgenommen. Zu diesen Inspektionen kommen 4 Teilinspektionen, bei denen überprüft worden ist, ob die in den Vorjahren angeordneten Massnahmen ausgeführt worden sind. Zudem wurden rund 10 Ortsbesichtigungen durchgeführt. In 45% der inspizierten Netze wurde die Lebensmittelsicherheit als gewährleistet beurteilt, in 48% als vermindert und in 7% als gefährdet. Die Beanstandungen betreffen hauptsächlich unvollständige Unterlagen über die Selbstkontrolle und Infrastrukturen, die in technischer Hinsicht häufig nicht mehr den anerkannten Vorschriften entsprechen. In einem Fall hat das Inspektorat die unverzügliche Ausserbetriebnahme der Brunnenstube angeordnet, da sich Amphibien darin befanden. Die Inspektionen der Trinkwassernetze sind eine Priorität des Amtes.

### 2.2.2 Hände-Hygiene

Bei den Inspektionen von Lebensmittelbetrieben kommt der Hände-Hygiene besondere Aufmerksamkeit zu. Die Handwascheinrichtungen wurden in 1104 Fällen kontrolliert und gaben Anlass zu 109 Beanstandungen (9,9%). 2007 betrug die Beanstandungsrate 16,7%. Die Praktiken im Bereich Händehygiene wurden in 198 Fällen kontrolliert und gaben zu 10 Beanstandungen Anlass (5,1%). Bei der Kampagne im Jahr 2007 betrug die Beanstandungsrate 18,5%. 2009 wird die Hände-Hygiene erneut besonders kontrolliert werden.

### 2.2.3 Kontrolle der Kühlkette

Diese Kampagne erfolgte nach einem vorgegebenen Verfahren und hatte zum Ziel, den Situationsstand im Bereich der lückenlosen Kühlkette vom Erhalt der Lebensmittel bis zu ihrer Abgabe an die Konsumenten zu überprüfen. Sie betraf sämtliche Betriebe, die Lebensmittel lagern, für die eine Temperaturregelung besteht. Von insgesamt 1 057 kontrollierten Betrieben wurde die Temperatur bei 44 Betrieben beanstandet (4,2%). Diese Kontrollen werden 2009 weitergeführt.

Statistik einiger bei diesen Kontrollen kontrollierter Punkte

- *Fritieröl*: 354 Betriebe wurden kontrolliert; in 12 Fällen (= 3,4%) entsprach das Fritieröl nicht den Anforderungen.
- *Hinweis auf das gesetzliche Alter für die Abgabe von Alkohol*: Diese Kontrolle wurde in 713 Betrieben durchgeführt. In 104 Fällen (= 14,6%) musste dieser Punkt beanstandet werden.
- *Irreführende Verwendung der Bezeichnung «Schinken»*: 76 Betriebe wurden kontrolliert, 9 (= 11,8%) gaben Anlass zu Beanstandungen.
- *Deklaration der Herkunft von Obst und Gemüse*: 38 Betriebe wurden kontrolliert, 4 (= 10,5%) gaben Anlass zu Beanstandungen.
- *Deklaration der Herkunft von Fleisch*: 429 Betriebe wurden kontrolliert, 67 (= 15,6%) gaben Anlass zu Beanstandungen.

### 2.2.4 Lebensmittelsicherheit in den Betrieben des Kantons

Nach dem Konzept, das die Kantonschemiker im Jahr 2000 erstellt haben, wird jeder inspizierte Betrieb einer der vier folgenden Sicherheitsstufen zugeordnet:

Stufe 1: Sicherheit gewährleistet:

keine Mängel;

Stufe 2: verminderte Sicherheit:

Mängel ohne direkte Auswirkungen auf die Lebensmittelqualität;

Stufe 3: gefährdete Sicherheit:

erhebliche Mängel und Fehler;

Stufe 4: Sicherheit nicht gewährleistet:

schwere Mängel.

2008 wurde aufgrund von 1290 Inspektionen von Betrieben des Lebensmittelsektors und von 40 Inspektionen von öffentlichen Wassernetzen die folgende Bilanz erstellt:

	Sicherheitsstufe			
	1	2	3	4
Lebensmittelbetriebe	878	344	65	3
Öffentliche Wassernetze	18	19	3	0

Zu diesen Inspektionen kommen 153 Teilinspektionen hinzu (Betriebe + Trinkwassernetze), bei denen das Amt überprüft, ob die angeordneten Massnahmen eingehalten

ten worden sind. Diese Inspektionen gaben zu keiner Beurteilung der Sicherheit Anlass.

### **2.2.5 Inspektion von Käsereien und Milchsammelstellen für die Bestätigung ihrer Betriebsbewilligung**

Die Inspektion von Käsereien im Hinblick auf die Bestätigung ihrer Betriebsbewilligung (Genehmigung) wurde 2007 in Angriff genommen und 2008 abgeschlossen. Auch in den Milchsammelstellen wurden solche Inspektionen durchgeführt. In mehreren Fällen fehlte die Dokumentation. Im November 2008 wurde eine Informationsveranstaltung durchgeführt, die sich an die Verantwortlichen dieser Sammelstellen richtete. Es wurde eine Frist von 3 Monaten gewährt, um die Dokumentation zu erstellen.

Die Inspektion von Sömmerungsbetrieben musste auf 2009 verschoben werden. Einerseits müssen die Bundesämter festlegen, ob jedes Gebäude (Alphütte) über eine eigene Bewilligungsnummer verfügen muss oder ob einer Gebäudegruppe eine Bewilligungsnummer zugeteilt werden kann. Andererseits sollte eine neue Verordnung über die hygienische Milchverarbeitung in Sömmerungsbetrieben 2009 in Kraft treten.

### **2.3 Kontrolle des Wassers von öffentlichen Schwimm- und Strandbädern**

Aufgrund der Verordnung über die Hygiene in den öffentlichen Schwimm- und Strandbädern inspiziert das Amt die Schwimmbäder in der Regel 2- bis 4-mal jährlich und entnimmt es Wasserproben. Von den 69 untersuchten Wasserproben von Schwimmbädern entsprachen 51 (= 74%) den Anforderungen. Der am häufigsten beanstandete Parameter betrifft Harnstoff (in 15% der Fälle).

Das Wasser der 9 öffentlichen Strandbäder des Kantons wird zu Saisonbeginn einer mikrobiologischen Kontrolle unterzogen. 2008 wurde das Wasser von 9 Strandbädern in die Qualitätsklasse A eingereiht. Diese Ergebnisse bedeuten, dass keine gesundheitliche Gefährdung durch das Badewasser zu befürchten ist.

### **2.4 Verzeigungen**

8 Fälle sind aus verschiedenen Gründen gerichtlich verzeigt worden:

- 3 Gaststätten;
- 2 Bäckereien;
- 1 Käserei;
- 1 Alpkäseproduzent;
- 1 Geschäft mit Hanfprodukten.

### **2.5 Tiergesundheit - Bekämpfung von Tierseuchen**

#### **2.5.1 Hochansteckende Seuchen**

Es wurden keine Fälle oder Verdachtsfälle gemeldet.

#### **2.5.2 Auszurottende Tierseuchen**

Kein Fall (0) von Boviner Spongiformer Enzephalopathie (BSE). Ein Verdachtsfall hat sich als negativ erwiesen.

Kein Fall (0) von Transmissibler Spongiformer Enzephalopathie (TSE) bei Schafen und Ziegen.

Die Überwachung der Bovinen Infektiösen Rhinotracheitis und Infektiösen Pustulösen Vulvovaginitis (IBR/IPV), der Enzoötischen Leukose der Rinder (EBL) und der Brucellose der Schafe und Ziegen erfolgte wie in der ganzen Schweiz mittels Befragungen von Betrieben, die das Bundesamt für Veterinärwesen zufällig auswählte. Die Proben für die Überwachung der Aujeszky'schen Krankheit wurden direkt im Schlachthof der Micarna in Courtepin entnommen.

Im Kanton wurden 186 (181) Betriebe kontrolliert, darunter 91 (99) auf IBR/IPV und EBL, 68 (55) auf Brucellose der Schafe, 27 (27) auf Brucellose der Ziegen. Alle Untersuchungen fielen negativ aus.

Im Bereich Caprine Arthritis-Encephalitis (CAE) wurden die Ziegen von 113 (152) Betrieben kontrolliert. Alle Untersuchungen ergaben negative Resultate.

Die Bovine Virus-Diarrhoe (BVD) ist zur auszurottenden Seuche erklärt worden, und das Programm zur Ausrottung dieser Krankheit konnte wie vorgesehen in Angriff genommen werden. Es begann mit der Sömmerungsphase, die äusserst wichtig ist, einerseits, da die Sömmerung ein sehr grosses Potenzial für die Verbreitung des Virus darstellt, und andererseits, da dadurch die Initialphase (von Oktober bis Ende Dezember) weitgehend entlastet werden konnte. Mit weniger als 1% fiel die Zahl der positiven Fälle geringer aus, als die Beobachtungen der vorhergehenden Jahre erwarten liessen. Es wurde jedoch festgestellt, dass die Krankheit erstaunlicherweise ältere Tiere, insbesondere Kühe, betraf. Dank dem grossen Einsatz des Personals des LSVW verlief die Ausrottung der BVD programmgemäss. In Anbetracht dessen, dass sich ein Programm zur Ausrottung einer Tierseuche in der Schweiz zum ersten Mal auf verschiedene Datenbanken stützt, kann man bereits in der jetzigen Phase davon ausgehen, dass die Kampagne ein Erfolg ist. Die Zusammenarbeit zwischen der Tierverkehrsdatenbank (TVD), dem Amt für Landwirtschaft und dem LSVW muss jedoch noch verstärkt werden, wie Grossprojekte wie das nationale Programm zur Ausrottung der BVD oder die Impfkampagne gegen die Blauzungkrankheit gezeigt haben. In diesem Zusammenhang kommt der TVD, die von der Identitas AG geleitet wird, immer grössere Bedeutung zu.

#### **2.5.3 Zu bekämpfende Seuchen**

Die Bekämpfungsmassnahmen und deren Resultate sehen wie folgt aus:

15 (17) Betriebe waren von Coxiellose betroffen.

1 Fall von Salmonellose bei einem Rind (*S. enterica*).

1 Schafherde war mit *Salmonella Abortusovis* befallen.

Auf den Alpen einiger Gemeinden des Greyerzer-, des Sense- und des Vivisbachbezirks war die Impfung gegen den Rauschbrand obligatorisch. 624 (718) Rinder von 45 (58) Betrieben wurden geimpft. Auf einem Ganzjahresbetrieb im Greyerzbezirk wurde bei einem nicht geimpften Rind Rauschbrand diagnostiziert.

3011 (3014) Schafe wurden vorsorglich gegen Schafräude geimpft.

Im Rahmen der Bekämpfung der Lungenentzündung der Schweine wurde 1 (0) Betrieb positiv auf Enzootische Pneumonie getestet und über 1 (3) Betrieb, der positiv auf Actinobacillose der Schweine getestet worden war, musste eine Sperre verhängt werden; die betroffenen Schweineställe wurden saniert.

1 (0) Fall von Chlamydiose der Vögel bei einem Papagei.

1 (0) Fall von Infektiöser Laryngotracheitis der Hühner.  
In 3 (2) Bienenhäusern wurde bösartige Faulbrut festgestellt, und es mussten 6 (2) Bienenvölker vernichtet werden.

In 3 (12) Bienenhäusern wurde Sauerbrut der Bienen festgestellt, und es mussten 5 (42) Bienenvölker vernichtet werden.

Da die hochansteckende Blauzungenkrankheit vom BVET in die Kategorie der zu bekämpfenden Seuchen eingeteilt wurde, konnte im Juni 2008 die nationale Impfkampagne gestartet werden. Gleichzeitig zu dieser Impfkampagne wurde jedoch auch das Programm zur Ausrottung der BVD durchgeführt, was sowohl bei den praktizierenden Tierärzten als auch innerhalb des Amtes zu Engpässen führte. 2008 waren im Kanton Freiburg 6 Betriebe, bzw. 4 Ochsen und 5 Schafe von der Krankheit betroffen. Die Impfkampagne 2008 war jedoch sehr wichtig und trotz der logistischen Schwierigkeiten ein Erfolg.

#### 2.5.4 Zu überwachende Seuchen

Folgende Fälle wurden festgestellt:

4 (6) Fälle von Paratuberkulose bei den Rindern.

1 (0) Fall von Echinococcosis bei einem Affen.

1 (0) von Toxoplasmose bei einem Schaf.

4 (2) Fälle von bösartigem Katharrhalfieber bei Rindern.

1 (0) Fall von Chlamydienabort bei einem Schaf.

5 (3) Fälle von Neosporose der Rinder.

9 (25) Fälle von Cryptosporidiose.

#### 2.5.5 Bewilligungen für die Verwertung von Küchenabfällen

Gegenwärtig verfügt nur ein Betrieb über eine Bewilligung für die Verarbeitung von Küchenabfällen zur Verfütterung an Schweine.

#### 2.5.6 Bewilligung zur Besamung auf dem eigenen Betrieb

23 (36) Rindvieh- und Schweinehalter haben einen Kurs besucht und eine Bewilligung erhalten.

#### 2.5.7 Wanderschafherden

Der Kanton zählt 5 (5) Wanderherden, für die das Amt eine Bewilligung erteilt hat.

#### 2.5.8 Kontrolle des Tierverkehrs, der Betriebsregister und der TVD

Im Zusammenhang mit fehlerhaften Tiergeschichten, mit beim Transport oder bei der Schlachtung fehlenden Ohrmarken und mit anderen Situationen musste oft eingeschritten und mussten Ratschläge erteilt werden.

#### 2.5.9 Importe

Im Bereich Importe aus EU-Staaten wurden folgende Mengen (pro Tier oder kg) registriert. Die Tiere unterstehen einer amtlichen Überwachung, die Kontrolle und Aufhebung der Massnahmen beinhaltet:

- Rinder: 62 (30) Rinder aus Frankreich, 29 (21) aus Deutschland und 2 aus Belgien.
- Rinder: Sömmerung in Frankreich: 400 (600).
- Pferde: 45 (50) aus verschiedenen EU-Staaten.
- Geflügel, Elterntiere vom Masttyp: 41 060 (66 490).
- Forellen: 9 741 (9 125) kg
- Seesaiblinge: 4 800 (4 650) Stück.
- Exotische Tiere: 6 (26) Stück.

Ohne Sondermassnahmen:

- Eintagsküken: 420 371 (969 944) Stück. 90 (22) Betriebe wurden auf ihre räumliche Eignung für den Import von Eintagsküken geprüft.
- Perlhühner: 28 106 (6 463)

Andere, ohne Sondermassnahmen:

- 47 (62) Hunde
- 4 Primaten
- 5 kg Blut
- 16 Nagetiere
- 1 (6) Pferdesperma
- 33 (13) Rinderembryonen
- 8 175 Dosen Rindersperma
- 39 862 kg getrocknete Fische
- 565 kg Rindfleisch

#### 2.5.10 Exporte

318 (416) Zertifikate für den Export von Milchprodukten sowie 86 Zertifikate für den Export von Frischfleisch und Fleischerzeugnissen wurden ausgestellt.

Das Amt hat mit dem System der Europäischen Union zur Meldung des Tierverkehrs «Traces» 40 (33) Exportzeugnisse ausgestellt.

- 125 Vögel
- 2 Katzen
- 6 Hunde
- 87 Pferde
- 3600 Küken
- 103 Rinderembryonen
- 60 Rinder
- 4 Ziegen
- 8 kg Blut
- 34 Nagetiere

### 2.5.11 Tierarzneimittel

Im Rahmen der Aufsicht über den Vollzug der Tierarzneimittelverordnung wurden mehrere tierärztliche Apotheken inspiziert. Auch die von den Tierärzten ausgestellten Rezepte wurden unter die Lupe genommen, um die Lebensmittelsicherheit – eine Zielsetzung des LSVW – zu gewährleisten.

## 2.6 Lebensmittel tierischer Herkunft

### 2.6.1 Tätigkeiten auf der Ebene der Schlachthöfe

Wie im Tätigkeitsbericht 2007 angekündigt, war das Jahr 2008 für das Fleischinspektionspersonal mit grossen Veränderungen verbunden. Seit dem 1. Januar 2008 untersteht das für die Fleischhygieneuntersuchung zuständige Personal der ILFD. Zuvor waren diese 27 Personen von den Gemeinden Courtepin und Estavayer-le-Lac angestellt.

Mit den Verträgen zwischen der Schweiz und der EU über die Öffnung der Grenzen für lebende Tiere und Lebensmittel tierischer Herkunft (in Kraft seit dem 01.01.2004), der Aufhebung der grenztierärztlichen Kontrollen (in Kraft seit dem 01.01.2009) und der Übertragung der Zuständigkeit für den Vollzug dieser Massnahmen vom Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) auf die Kantone haben sich die Aufgaben für die amtlichen Tierärzte grundlegend geändert. Zudem hat das BVET verschiedene Monitoringprogramme mit der Auflage, dass die Proben vor Ort entnommen werden müssen, versehen. Die aus dem Jahr 2007 stammende Auflage, dass alle Tiere vor dem Schlachten kontrolliert werden müssen, machte eine zusätzliche Infrastruktur und Arbeitsorganisation erforderlich. Aufgrund dieser Tatsache sind die Schlachtbetriebe zu Schlüsselstellen nicht nur für die Tiergesundheit und die Lebensmittelsicherheit geworden, sondern auch für die Überwachung von Tierseuchen und den Tierschutz. Und dies betrifft nicht nur aus dem Kanton stammende Tiere, sondern alle Tiere, die in den Schlachtbetrieben des Kantons geschlachtet werden.

In einer Verordnung vom Juli 2008, die rückwirkend auf den 1. Januar 2008 in Kraft trat, wurden die Arbeitsbedingungen des Personals für die Fleischuntersuchungen geregelt. Des Weiteren wurde eine Verordnung über Gebühren und Auslagen für die Schlachtier- und

Fleischuntersuchungen ausgearbeitet, die im Laufe des Jahres 2008 in Kraft trat.

Die Organisation der Fleischhygienekontrolle wurde den neuen Rahmenbedingungen angepasst: Auf den 1. April 2008 wurde eine leitende Tierärztin eingestellt, und für die grossen Schlachtbetriebe des Kantons (Geflügel und Schweinefleisch am Standort Courtepin und Rindfleisch am Standort Estavayer-le-Lac) wurde ein Cheftierarzt ernannt. Mit der neuen Organisation soll gewährleistet werden, dass die Fleischkontrollen der geltenden Gesetzgebung für die verschiedenen in den Betrieben geschlachteten Tierarten entspricht, wobei der Personalbedarf bei der wöchentlichen und jährlichen Schlachtfrequenz berücksichtigt werden muss. Gemäss ersten, im Laufe des Jahres 2008 gemachten Erfahrungen stellt eine schnelle und direkte Kommunikation die beste Grundlage für eine gute Teamleistung dar.

Die Bundesverordnung über die Aus-, Weiter- und Fortbildung der Personen im öffentlichen Veterinärdienst verlangt nach qualifiziertem und vielseitig einsetzbarem Personal. Auch Personen, die bereits amtliche Tätigkeiten wahrnehmen, sind aufgefordert, sich entsprechend den neuen Anforderungen weiterzubilden. Die Übergangsfrist dauert bis 2012.

Gemäss dieser Verordnung darf der Beschäftigungsgrad von amtlichen Tierärzten für amtliche Aufgaben in Zukunft nicht weniger als 30% betragen. Praktizierende Tierärzte, die mit der Fleischkontrolle in Betrieben mit geringer Kapazität beauftragt sind und deren Beschäftigungsgrad gegenwärtig unter diesem Schwellenwert liegt, sind somit direkt von dieser Verordnung betroffen. Sie zieht strukturelle Änderungen des Systems nach sich, da die amtlichen Tätigkeiten auf weniger Personen verteilt werden müssen. Bei einem höheren Beschäftigungsgrad innerhalb des Amtes könnte die Weiterbildung aufgrund präziser Zielsetzungen organisiert werden; den Tierärzten würde so die Möglichkeit geboten, ihre Erfahrung in diesem Tätigkeitsbereich zu vertiefen. Es gibt jedoch auch Nachteile wie organisatorische Schwierigkeiten (Schlachttag, Entlohnung..). Das Projekt ist gegenwärtig in Arbeit.

Im Rahmen von europäischen Audits in der Schweiz zum Vollzug der Gesetzgebung über die Fleisch- und Milchhygiene wurden in drei Anlagen im Zuständigkeitsbereich des Amtes Inspektionen durchgeführt: in einer Schlachthanlage, einem Schlacht- und Zerlegebetrieb und in einem Schlacht-, Zerlege- und Verarbeitungsbetrieb. Ziel der Europäischen Kommission war die Kontrolle der Arbeit des LSVW, Abteilung Veterinärwesen. Die Inspektionen der besagten Betriebe wurden von Mitarbeitern des Amtes durchgeführt, in Begleitung der Personen, die das Audit durchführten, und einer Delegation des Bundesamts für Gesundheit und des Bundesamts für Veterinärwesen.

## 2.6.2 Schlachtungen von Schlachttieren

Bei den Schlachtungen, die alle im nationalen Informatikprogramm «Fleco» eingetragen sind, wurden folgende Daten ins Verzeichnis aufgenommen:

### 2.6.2.a Ordentliche Schlachtungen

489 814 (495 565) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 489 113 (494 754) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 701 (811) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

### 2.6.2.b Schlachtungen von kranken oder verunfallten Tieren

1 071 (722) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 856 (531) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 215 (191) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

### 2.6.2.c Schlachtungen von Tieren aus dem Ausland

2 186 (1 836) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 2185 (1 836) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 1 (0) Tier wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

## 2.6.3 Schlachtungen von Geflügel

### 2.6.3.a Ordentliche Schlachtungen

22 438 365 Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 22 025 481 Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 412 884 Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

### 2.6.3.b Schlachtungen von kranken oder verunfallten Tieren

Es wurden keine kranken oder verunfallten Herden geschlachtet.

## 2.6.4 Tierseuchenüberwachung in Freiburger Schlachthöfen

### 2.6.4.a Sarkosporidiose / Zystizerkose

2 (4) Fälle von Sarkosporidiose, die aus dem Kanton stammen, wurden nachgewiesen. 2 Schlachttierkörper wurden daher nicht zum Verzehr freigegeben.

118 (176) Fälle von Zystizerkose wurden bei aus dem Kanton stammenden Tieren in den Schlachthöfen nachgewiesen, 0 (1) Schlachttierkörper wurde für ungeniessbar erklärt.

### 2.6.4.b Trichinen

Es wurde kein Trichinenfall nachgewiesen.

### 2.6.5 Hemmstoffe

In 57 (98) Fällen wurden in den Schlachthöfen Hemmstoffe in den Nieren von Tieren festgestellt, was zu 17 (42) Verwarnungen führte.

## 2.6.6 Begleitdokument für Klauentiere

Die Tierhalterin oder der Tierhalter hat die Verpflichtung, das Begleitdokument korrekt auszufüllen. Tiere, die innerhalb der letzten 10 Tage krank waren oder verunfallt sind, müssen zur Fleischuntersuchung angemeldet werden. Es kam zu 12 Verwarnungen wegen mangelhaft ausgefüllter Dokumente und zu 68 Verwarnungen wegen kranker oder verunfallter Tiere, die nicht gemeldet wurden.

## 2.7 Milchinspektorat

### 2.7.1 Qualitätssicherung und Akkreditierung

Im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen wurde die Akkreditierung durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS) im September 2008 für 6 Monate suspendiert. Sie kann wieder erneuert werden, sobald die Entscheidungen über die Harmonisierung des Qualitätssicherungssystems gefällt worden sind.

### 2.7.2 Überwachung der Qualitätssicherung (QS) Milch

2008 wurden ungefähr 430 Milchproduktionsbetriebe des Kantons (ungefähr ein Viertel) aufgrund der Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion untersucht.

Seit Anfang 2007 werden die Ergebnisse der Untersuchungen im Informationssystem ISVet erfasst, einem System, das im Amt schrittweise eingeführt wurde. Das Amt ist in diesem Sinne nicht mehr verpflichtet, eine Statistik über die Ergebnisse zu Händen des Bundesamts für Veterinärwesen (BVET) zu führen.

Es wurden 6 Milchliefer Sperren aufgrund von Problemen mit der Zellzahl verfügt (3 bei ein und demselben Produzenten, 2 bei einem zweiten und 1 bei einem dritten Produzenten). Die zwei ersten Produzenten liefern ihre Milch erneut ab, der dritte Produzent hat die Milchproduktion eingestellt.

Es wurde keine Milchliefer Sperre aufgrund einer Keimbelastung verhängt.

Es wurden 11 Fälle von Hemmstoffen gemeldet, das heisst vier Fälle weniger als 2007.

Zusätzlich zu diesen Untersuchungen fällt auch die Einführung von Kontrollen gemäss der Verordnung über die Primärproduktion in die Zuständigkeit des LSVW.

### 2.7.3 Amtstierärztliche Kontrollen («Blaue Kontrollen»)

2008 wurden insgesamt 185 Blaue Kontrollen durchgeführt, wovon 115 auf Milchproduktionsbetrieben und 70 auf Betrieben ohne Milchproduktion; die Hälfte hat ausschliesslich der Kontrolle des Tierverkehrs gegolten. Die Anzahl der 2008 durchgeführten amtstierärztlichen Kontrollen liegt jedoch unter dem offiziell verlangten Prozentsatz.

### 2.7.4 Datenverwaltung

Die Dossiers der Kontrollen konnten 2008 mehrheitlich dank des Systems ISVet (ehemaliger Name KODAVET) bewältigt werden. Dank dieses Informationssystems werden die Stammdaten des Betriebs automatisch in den Ankündigungsbrief, in die Kontrollberichte und in die Checklisten eingefügt.

### 2.7.5 AOC-Kontrollen

Die AOC-Kontrollen wurden auch dieses Jahr in Übereinstimmung mit den Kontrollen weitergeführt, die in Anwendung der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion durchgeführt wurden. Zur grossen Zufriedenheit der Mitarbeitenden des Milchinspektors betraute der Staatsrat Ende dieses Jahres das Amt mit der Aufgabe, die AOC-Kontrollen für den Gruyère, den Vacherin fribourgeois und den Emmentaler Switzerland fortzuführen. Eine Arbeitsgruppe ist dafür zuständig, den Finanz- und Personalbedarf für die Bewältigung dieser Aufgabe zu ermitteln.

### 2.7.6 Überprüfung der automatisierten Probennahmesysteme (AP) für die Entnahme von QK-Proben

Das LSVW arbeitet für die Überprüfung der AP weiterhin mit der Suisselab AG zusammen.

## 2.8 Tierschutz

Es gingen 240 (237) Klagen wegen der Haltung von Nutz-, Haus- und Wildtieren beim Amt ein. Im Rahmen des Tierschutzes wurden 153 (173) Augenscheine vorgenommen (die Inspektionen für die Gefährlichkeit von Hunden sind in dieser Zahl nicht inbegriffen). Neben den Inspektionen wurden 5 (7) Aufträge für verschiedene Interventionen amtlichen Tierärzten erteilt.

### 2.8.1 Nutztiere

#### 2.8.1.a Kontrollen, die durch eine vom Amt beauftragte Organisation durchgeführt wurden:

955 (1 112) landwirtschaftliche Betriebe wurden von der Freiburgerischen Vereinigung umwelt- und tiergerecht produzierender Landwirte (FIPO), dem in Grangeneuve beheimateten Kontrollorgan, in Bezug auf den Tierschutz kontrolliert. 91,4% (88,1%) der Betriebe erfüllten die Kriterien des eidgenössischen Tierschutzgesetzes (TSchG). Zum vierten Mal in Folge wurden Landwirtinnen und Landwirte kontrolliert, die Pferde halten. 20 (40) wiesen in dieser Tierkategorie Verstösse auf, was 19,6% (24,5%) entspricht. Abgesehen von den Verstössen bei den Pferden, wurden bei 8,6% (11,9%), das heisst bei 82 (132) der kontrollierten Betriebe, Verstösse festgestellt. Es wurde auch in diesem Jahr, wie 2007, eine Zunahme der qualitativen Verstösse verzeichnet, wobei diese qualitativen Verstösse den grössten Teil der 2008 festgestellten Verstösse ausmachten.

### 2.8.1.b Klagen

Beim Amt gingen 177 (147) Klagen (73,8% (62%) der Klagen insgesamt) wegen schlechter Haltung von Nutztieren ein, was einer Zunahme um 20% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Klagen wurden von Fleischkontrolleuren 48% (18,8%), von Privatpersonen 31% (35,4%), wovon 8% anonym, von der Polizei 5% (4,2%), vom TSV 4% (11,1%), von den Tierärzten 2% (7,6%), von den Veterinärämtern anderer Kantone 1% (2,8%) eingereicht, und die übrigen, das heisst 16 (29) Klagen, von den Kontrollstellen, den kantonalen Dienststellen, den Oberämtern, den Gemeinden und anderen privaten Gesellschaften und Verbänden, abgesehen vom TSV. Was die Klagen betrifft, die von freiburgischen Fleischkontrolleuren eingereicht wurden, muss präzisiert werden, dass ein grosser Teil dieser Klagen Tiere betrafen, die in anderen Kantonen gehalten werden, und dass das Amt umgekehrt auch Klagen von Fleischkontrolleuren ausserhalb des Kantons Freiburg erhält, die Tieren gelten, die im Kanton Freiburg gehalten werden.

Die Klagen betrafen vor allem Rinder: 70 (76), Geflügel: 38 (5), Pferde: 23 (13), Schweine: 22 (24), Schafe: 21 (24), Kaninchen: 5 (3) und Ziegen: 3 (6).

11 (11) Beschwerden wurden an den Untersuchungsrichter überwiesen (8 für Rinder, 3 für Schweine, 1 für Geflügel (1 Beschwerde betraf Schweine und Rinder). In 1 Fall musste ein Halteverbot für Nutztiere ausgesprochen werden. Von den 11 überwiesenen Beschwerden musste bei 4 Dossiers eine Strafe verhängt werden.

Folgende Bescheinigungen über die Teilnahme von Landwirten an einem Kurs und die praktische Ausbildung am Tier wurden dem Amt zugestellt: Enthornung von Rindern: 81 (198), Kastration von Kälbern: 5 (14), und Kastration von Lämmern: 2 (4).

### 2.8.1.c Stellungnahmen zu Baudossiers

Das Bau- und Raumplanungsamt hat dem Amt 173 (174) Baudossiers zur Stellungnahme unterbreitet. 52,5% betrafen Gesuche für Rinder, 23,8% für Equiden, 6% für Geflügel, und die übrigen Gesuche (23,7%) betrafen Schweine, Ziegen, Schafe, Bienen und andere Tierarten (Hunde, Kaninchen, usw.). Das Amt hat 9 negative Stellungnahmen abgegeben.

### 2.8.2 Haustiere (Hunde und Katzen)

Im vergangenen Jahr gingen beim Amt 58 (78) Klagen (das heisst 24,2% (33%) der Klagen insgesamt) wegen schlechter Haltung von Haustieren ein. Die Klagen wurden von Privatpersonen (72%, wovon 19% anonym), vom TSV Freiburg (5%), von der Polizei (17%) und den Tierärzten (2%) eingereicht, und die übrigen, das heisst 2 Klagen, von anderen kantonalen Dienststellen.

Die Klagen betrafen vor allem Hunde (44 Klagen allein wegen der Hundehaltung und nicht wegen der Gefährlichkeit der Hunde) und Katzen (17, wovon 7 Wildkatzen betrafen). Das Amt hat in allen anderen Fällen mit

den Tierhalterinnen und -haltern Kontakt aufgenommen, um zu prüfen, ob die Klage begründet war. Nur drei Klagen waren unbegründet.

6 (3) Beschwerden wurden an den Untersuchungsrichter und 1 Beschwerde an die eidgenössische Zollverwaltung überwiesen. In zwei Fällen musste ein Tierhaltungsverbot verhängt werden, und ein Verbot konnte wieder aufgehoben werden. Bei 4 von den 6 überwiesenen Beschwerden wurde der Entscheid des Amts bestätigt.

2008 wurden 43 (30) Hunde und 187 (184) Katzen als verloren gemeldet; 114 (30) Hunde, 153 (129) Katzen und 10 (3) weitere Tiere wurden aufgefunden und in die offizielle Datenbank eingetragen. 81 Tiere, davon 72 Hunde und 7 Katzen, konnten daraufhin ihren Besitzerinnen und Besitzern zurückgegeben werden.

### 2.8.3 Wildtiere

#### 2.8.3.a Gesuche für Wildtierhaltung

24 (28) neue Gesuche für Wildtierhaltung wurden an das Amt gerichtet. Die meisten Gesuche betrafen Frettchen (16). Die übrigen neuen Bewilligungsgesuche betrafen Chamaeleone, Papageienvögel, Mufflons, Giftschlangen, Zebras, Haie, Damhirsche, Weisspinseläffchen, Wildschweine und Tejus. Nebst den neuen Gesuchen wurden 25 (24) Gesuche um Erneuerung der Haltebewilligung eingereicht, davon betrafen die meisten Hirsche (7), Fretten (7), Giftschlangen (4) und Papageienvögel (4). Die übrigen Gesuche um Erneuerung betrafen Emus, Wallabys und Käuze.

#### 2.8.3.b Klagen

Im vergangenen Jahr gingen beim Amt 5 Klagen (2% der Klagen insgesamt) wegen schlechter Haltung von Wildtieren ein.

1 Beschwerde wurde an den Untersuchungsrichter überwiesen. Der Entscheid des Amts wurde bestätigt.

#### 2.8.3.c Tierversuche

Die Aufsichtskommission für Tierversuche ist 2008 viermal zusammengetreten. Sie hat folgende Aufgaben wahrgenommen:

- 57 (82) Bewilligungsgesuche für Tierversuche wurden geprüft.
- 53 (73) Bewilligungen wurden erteilt.
- 3 (3) positive Stellungnahmen wurden für interkantonale Gesuche abgegeben.
- 4 (4) Unternehmen, wo Tierversuche durchgeführt werden, wurden besichtigt.

### 2.9 Hunde

2008 hat die Abteilung ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit gefährlichen Hunden weitergeführt (Hundebeisse an Menschen und Tieren, aggressives Verhalten). Ausserdem hat sie sich insbesondere auch der Umsetzung des

Gesetzes über die Hundehaltung und des dazugehörigen Ausführungsreglements gewidmet. Die Abteilung musste dabei Fragen aus der Bevölkerung und der Hundehalterinnen und -halter beantworten und den Erwartungen verschiedener Behörden entgegenkommen. Insgesamt beinhaltete diese Arbeit mehr als 1 980 (1 270) Telefonanrufe und 112 (56) Gespräche, beziehungsweise Anhörungen in den Räumlichkeiten des Amts.

#### 2.9.1 Verschiedene Arbeiten

Folgende Fälle wurden behandelt:

- 87 (95) Hundebeisse an Menschen.
- 59 (35) Hundebeisse an Tieren.
- 25 (20) Fälle von überdurchschnittlich aggressivem Verhalten.

Folgende Arbeiten wurden ausgeführt:

- 76 (38) Ortsbesichtigungen betreffend die Hundehaltung im Zusammenhang mit Anzeigen gegen Hundebeisse und aggressives Verhalten.
- 84 (46) Erstabklärungen des Verhaltens von Hunden, die gebissen haben oder aggressiv waren.

Es wurden beurteilt:

- 120 (200) bewilligungspflichtige Hunde von 549 betroffenen Hunden.

Es wurden kontrolliert:

- 7 (5) Zuchtbetriebe in Bezug auf die Haltung und die Sozialisierung von zirka 103 (64) Hunden.

Es wurden durchgeführt:

- 3 (6) Vorträge über das Hundehaltungsgesetz (HHG).
- 3 (2) Vorträge beziehungsweise Kurse über das Aggressionsverhalten bei Hunden.

Ausserdem wurde 98 (80) Hundeausbildnerinnen und -bildnern eine provisorische Anerkennung ausgestellt, und es wurden 58 (100) Haltebewilligungen für bewilligungspflichtige Hunde erteilt. 120 (85) Dossiers für eine Haltebewilligung für mehr als zwei ausgewachsene Hunde sind zurzeit in Bearbeitung.

#### 2.9.2 Kennzeichnung

Dank der Kampagne zur Kennzeichnung der Hunde tragen noch mehr Hunde den Mikrochip und sind noch mehr Hunde in der Datenbank ANIS eingetragen: 14 506 Hunde am 31. Dezember 2006, 19 465 Hunde am 31. Dezember 2007 und 20 264 Hunde am 31. Dezember 2008, was einer Zunahme um 799 (4 959) Hunde entspricht. Während des Jahres 2008 hat die Abteilung ungefähr 23 000 Eintragungen verzeichnet, was ein Höchstwert ist. Die aktive Überprüfung und die Änderungen, die die Abteilung von den Hundehalterinnen und -haltern verlangte, führten zu umfangreichen Korrekturen in der Datenbank ANIS.

### 2.9.3 Gesetzgebung

#### 2.9.3.a Reglement über die Hundehaltung (HHR)

Das Reglement über die Hundehaltung (HHR) ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Die Mehrheit der Prozesse im Zusammenhang mit den Aufgaben, die der Abteilung für Hundangelegenheiten durch das Gesetz über die Hundehaltung (HHG) und dessen Ausführungsreglement (HHR) übertragen werden, sind definiert worden.

Mehrere Projekte sind hängig, namentlich:

- die Beurteilung von ungefähr 250 Hunden;
- die Bearbeitung von ungefähr 60% der Gesuche um eine Haltungsbewilligung für mehr als zwei ausgewachsene Hunde;
- Umsetzung des Konzepts «PAM» zur Prävention von Beissunfällen in den Schulen;
- Umsetzung eines Konzepts und Einsetzung einer Kommission für die kantonalen theoretischen und praktischen Prüfungen im Hinblick auf die Erteilung der Anerkennung von Hundeausbildnerinnen und -ausbildnern;
- Ausarbeitung der Verordnung über die Schutzdienstausbildung im Sportbereich.

#### 2.9.3.b Neue Tierschutzverordnung (TschV), in Kraft seit dem 1. September 2008

Mit der neuen TschV fallen der Abteilung für Hundangelegenheiten neue Aufgaben zu, namentlich die Kontrolle der Heime, die für die Hundehalterinnen – und -halter obligatorischen Kurse und die gewerbsmässige Zucht.

Das Inkrafttreten der neuen TschV am 1.9.2008, laut der alle neuen Hundehalterinnen und -halter eine obligatorische Ausbildung besuchen müssen, hat eine grosse Zahl von Telefonanrufen nach sich gezogen, die zusätzlich zu den allgemeinen Arbeiten bewältigt werden müssen.

#### 2.9.3.c Gemeindereglemente

Die Abteilung beantwortete Fragen betreffend die Auslegung der Gemeindereglemente. 2008 bearbeitete das Amt, unter anderen Gutachten, 43 Stellungnahmen.

### 2.9.4 Struktur und Organisation der Abteilung

#### 2.9.4.a Bedarfsabklärung durch die HSW

Der Schlussbericht betreffend die Abklärung des Bedarfs der Abteilung für Hundangelegenheiten, von der Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW) verfasst, wurde im Juli 2008 veröffentlicht. Er stellt ein Leistungsinventar auf und analysiert den Finanz- und Personalbedarf der Abteilung.

Gestützt auf die Ergebnisse der von der HSW durchgeführten Bedarfsabklärung hat die Abteilung für Hundangelegenheiten namentlich die Pflichtenhefte für allfällige zukünftige Mitarbeitende ausgearbeitet.

#### 2.9.4.b Struktur der Abteilung für Hundangelegenheiten

Die Abteilung konnte im Verlauf des Jahres dank des befristet angestellten Personals eine Verwaltungsstruktur schaffen: Diese Struktur trug namentlich zur Einsetzung von Verfahren und zur Schaffung von administrativen Dokumenten bei, die sich direkt aus der Anwendung des Gesetzes ergeben. Das Ausarbeiten dieser schriftlichen Dokumente war mit einem beträchtlichen Aufwand verbunden.

#### 2.9.5 Informationsmaterial

Mit der Unterstützung eines auswärtigen Auftragnehmers hat die Abteilung für alle Hundehalterinnen und -halter des Kantons Freiburg ein Merkbüchlein in französischer und deutscher Sprache ausgearbeitet und realisiert. In den interessierten Kreisen stiess die Broschüre auf grosses Interesse: Von den 40 000 gedruckten Exemplaren fanden bereits 20 000 einen Abnehmer.

## VI. AMT FÜR WALD, WILD UND FISCHEREI

Amtsvorsteher: Walter Schwab

### 1. Aufgaben

Der Auftrag des Amtes für Wald, Wild und Fischerei (WaldA) steht in engem Zusammenhang mit den verschiedenen Gesetzen über die natürliche Umwelt: Umsetzung, Beratung, Information, Überwachung und Kontrolle im Rahmen der relevanten Gesetze. Es handelt sich um die Bereiche des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen (WSG – SGF 921.1), des Gesetzes über die Jagd sowie den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Lebensräume (JaG – SGF 922.1), des Gesetzes über die Fischerei (SGF 923.1), sowie die verschiedenen Vollzugsbestimmungen in diesem Bereich.

Das Amt wird mit einem Leistungsauftrag geführt; die wichtigsten Leistungen sind nach Bereichen gegliedert:

- Bereich Schutz vor Naturgefahren: Schutz durch biologische Massnahmen (zum Beispiel durch Schutzwälder) sowie technische Massnahmen (z.B. Schutzbauten) und planerische Massnahmen.
- Bereich Wald: Produktion und Verwendung der Holzressourcen, Schutz und Entwicklung der biologischen Vielfalt im Wald, Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressource Holz, öffentlicher Zugang des Waldes, Bewirtschaftung der Staatswälder.
- Bereich Fauna: Schutz und Entwicklung der wild lebenden Land- und Wassertiere; deren dauerhafte Nutzung durch Jagd und Fischerei.

Aufgrund seiner territorialen Organisation (Forstkreise und -reviere; Aufsichtsregionen mit Wildhütern-Fischereiaufsehern) fördert das Amt eine optimale Waldbe-



wirtschaftung sowie ein nachhaltiges Management von terrestrischer und aquatischer Fauna.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Wald

#### 2.1.1 Rodungen

Die ILFD erteilte 9 Rodungsbewilligungen.

Die Rodungen dienten folgenden Zwecken:

– Wasserfassungen	8 798 m <sup>2</sup>
– Sportanlage	305 m <sup>2</sup>
– Skilift	6 204 m <sup>2</sup>
– Fernleitung	3 791 m <sup>2</sup>
– Parkhaus	816 m <sup>2</sup>
– Steinbruch	28 800 m <sup>2</sup>
Total	48 714 m <sup>2</sup>

#### 2.1.2 Nachteilige Waldnutzung

Das Amt erteilte 9 Bewilligungen für nachteilige Nutzung für Bauten und Anlagen im Wald.

#### 2.1.3 Waldfeststellungen

Die ILFD erliess auf Antrag des Amtes 14 Waldfeststellungenverfügungen.

#### 2.1.4 Waldnahe Bauten

Das Amt für Wald, Wild und Fischerei gab 298 Stellungnahmen zu Gesuchen um Baubewilligungen für waldnahe Bauten sowie zu Ortsplanungen und Quartierplänen im waldnahen Bereich ab.

#### 2.1.5 Befahren des Waldes

Das Amt hat 115 Beschwerden wegen Verstössen gegen die Strassensignalisation eingereicht (Beschränkung des Verkehrs im Wald).

#### 2.1.6 Kartierung der Naturgefahren

Die Gemeinden, die von der Gefahrenhinweiskarte für Rutschungen und Blockschläge für den Teil Mittelland des Kantons Freiburg betroffen sind, wurden über die Existenz und die Anwendung dieser Produkte informiert. Das Schreiben war von den Direktionen ILFD und RUBD unterzeichnet. Entgegen des vorgesehenen Zeitplans konnten die Detailanalysen noch nicht in Angriff genommen werden. Die Pflichthefte sind in Vorbereitung, und mit den Analysen kann 2009 begonnen werden.

#### 2.1.7 Stellungnahmen im Bereich der Naturgefahren

Die Gefahrenkarten werden unter anderem für die Bearbeitung von Baubewilligungsgesuchen (2008: 402 Gesuche) und für die Ausarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen der Änderungen der OP, DBP, RegRP und

GEP (2008: 52 Gesuche) verwendet. Letztere werden grösstenteils von der NGK, bzw. ihrem Sekretär angefertigt.

#### 2.1.8 Ereigniskataster StorMe

Das Jahr 2008 war, was die Naturgefahren angeht, glücklicherweise ein sehr ruhiges Jahr. Vier Ereignisse wurden verzeichnet, wovon zwei Rutschungen und zwei Blockschläge. Ende Jahr konnte in Jaun ein grösserer Schadenfall verhindert werden: Oberhalb einer Siedlung und der Kantonsstrasse fingen Schutznetze zwei grosse Felsblöcke von mehreren Tonnen auf.

Die folgende Tabelle gibt keine Auskunft über das Ausmass der Schäden.

#### Anzahl der in StorMe erfassten Ereignisse mit Schadenfolge

Jahr	Total	Rutschungen	Wasser	Sturzprozesse	Lawinen
1998	5	0	0	4	1
1999	19	7	4	2	6
2000	10	2	5	3	0
2001	17	15	0	2	0
2002	7	6	1	0	0
2003	5	1	2	2	0
2004	10	3	2	5	0
2005	75	51	21	3	0
2006	21	16	0	4	1
2007	43	31	6	5	1
2008	4	2	0	2	0
Total	216	134	41	32	9

#### 2.1.9 Standortkartierung

Im Jahr 2008 wurden in 5 Forstkreisen 5 Lose mit einer Fläche von insgesamt 2 404 ha Wald kartiert. Ende 2008 waren 32 797 ha Wald kartiert. Dies entspricht 82% des Waldareals des Kantons (Gesamtfläche 40 000 ha).

#### 2.1.10 Revierkörperschaften

Ende 2008 sah die Situation der Revierkörperschaften und Betriebseinheiten wie folgt aus:

21 Revierkörperschaften und 9 Betriebseinheiten wurden gegründet, in denen 93% der öffentlichen Wälder des Kantons zusammengefasst sind.

Zwei Projekte für Körperschaften befinden sich in der Schlussphase.

### 2.1.11 Forstliche Planung

Während des Berichtsjahrs wurden die folgenden Planungsgrundlagen revidiert:

Kreis 1: Der Betriebsplan für die öffentlichen Wälder des Reviere 1.2 (La Sonnaz) ist in Arbeit.

Kreis 2: Der Betriebsplan für die öffentlichen Wälder des Reviere 2.5 (Oberschrot, Plasselb und Plaffeien) ist in Arbeit.

Kreis 3: Die Kartierung der Waldbestände wird zurzeit aktualisiert, und die Betriebspläne der Körperschaften Vallée de la Jogne und Rive droite du Lac de la Gruyère können nächstes Jahr ausgearbeitet werden.

Kreis 4: Die neue Kartierung der Waldbestände konnte für den gesamten Kreis fertig gestellt werden, und die Betriebspläne sind in Vorbereitung.

Kreis 5: Der Betriebsplan für die öffentlichen Wälder des Reviere 5.3 (Hau-Lac) wurde fertig gestellt. Die anderen Betriebspläne sind in Arbeit.

Kreis 6: Der neue Betriebsplan des interkantonalen Reviere (Farzin - Glâne Nord) ist in Arbeit. Die Betriebspläne der Gemeinden Flon, La Verrerie und Saint-Martin wurden revidiert.

### 2.1.12 Fördermassnahmen

#### 2.1.12.a Projekte für Schutzmassnahmen

Gemäss den neuen Bestimmungen der NFA wurden 4 Projekte für Massnahmen zum Schutz vor Naturgefahren genehmigt, die den Kanton während der Jahre 2008–2011 zu Subventionen in der Höhe von insgesamt 562 780 Franken verpflichten. Weitere zuvor beschlossene Tätigkeiten wurden fortgeführt. Ein einziges Projekt nach altem System bleibt noch offen, nämlich dasjenige des Einzugsgebiets der Mortivue (Semsales). Das Problem der gefährdeten Wohnsiedlung auf den Felswänden der Saane (Gemeinde Villars-sur-Glâne) konnte gelöst werden. Für den Abschnitt Varvalanna (Motélon), der seit 2006 infolge eines Felssturzes beobachtet wird, konnte dem Oberamt dank des installierten Beobachtungssystems die Aufhebung des im Mai 2006 verhängten Zutrittsverbots vorgeschlagen werden.

– Betrag der abgerechneten Arbeiten:	386 000 Fr.
– Kantonsbeitrag:	82 000 Fr.
– Bundesbeitrag:	270 000 Fr.

#### 2.1.12.b Schutzwälder

Der Buchdruckerbefall ist gegenüber 2007 weiter zurückgegangen. Die in den verschiedenen Projekten des Waldbaus B/C geplanten Arbeiten konnten somit fortgesetzt werden, gemäss dem Zeitplan, wie er in der Programmvereinbarung für dieses Produkt vorgesehen war. Mit dem Abschluss der Projekte nach alter Gesetzgebung werden die Tätigkeiten nun durch die neuen Bestimmungen geregelt (vgl. Weisung 8.2/1 des WaldA). So wurden 3 Projekte des Typs «Interventions-

programm» genehmigt, die mit einem Kantonsbeitrag von insgesamt 1 815 000 Franken für die Periode 2008 - 2011 verbunden sind. Zudem wurden drei Infrastrukturprojekte genehmigt, die den Kanton zu einem Beitrag von insgesamt 307 800 Franken verpflichten.

– Betrag der abgerechneten Arbeiten (einschliesslich der Infrastrukturen für die SF):	5 475 000 Fr.
– Kantonsbeitrag:	642 000 Fr.
– Bundesbeitrag:	3 312 000 Fr.

#### 2.1.12.c Waldbiodiversität

2008 wurden mehrere Waldreservats-Perimeter im Hinblick auf die Frage geprüft, ob sie in den kommenden Jahren unter Schutz gestellt werden sollen.

Der Restbetrag der Abgeltungen für die Reservate «La Souche», «En Biffé», «En Allières» und «La Leyte – Motélon» wurde an die Eigentümer ausgezahlt.

6 ha Altholzinseln wurden für eine Dauer von 20 Jahren unter Schutz gestellt.

Auf einer Fläche von 3 ha wurden Eingriffe zur Verbesserung der Waldrandstruktur vorgenommen.

Auf einer Fläche von 27 ha wurden Massnahmen zugunsten besonderer Waldarten (Eiche, seltene Bäume, Vogelwelt, usw.) ergriffen.

Es wurden die infolge der NFA angepassten Subventionsmodalitäten angewandt. Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 830 000 Franken.

#### 2.1.12.d Holzförderung

Das Amt beteiligt sich weiterhin am Projekt AvantiBois, mit dem ein Laubholzsägewerk mit grosser Kapazität im Kanton Waadt geschaffen werden soll.

In Zusammenarbeit mit Lignum Freiburg und dem Amt für Verkehr und Energie wurden Aktionen durchgeführt, um die Bauleiter für die Verwendung von Holz zu sensibilisieren, hauptsächlich in den Bereichen Bau und Energie.

#### 2.1.12.e Erholungsfunktion des Waldes

Der Wald ist ein von der Bevölkerung sehr geschätzter Erholungsraum. Gewisse Wälder werden von der Öffentlichkeit so stark genutzt, dass die Erholungsfunktion des Waldes eines der wichtigsten Bewirtschaftungsziele wird. Bestimmte Zusatzkosten für Leistungen im Interesse der Allgemeinheit, die von den Eigentümern für die Erholungsfunktion des Waldes erbracht werden, werden durch den Kanton pauschal entschädigt. Entsprechend der Bedeutung der Wohlfahrtsfunktion des Waldes, unterscheidet der Kanton 4 Waldkategorien. Die Zielsetzung und die Leistungen, zu denen sich die Waldeigentümer verpflichten, sind festgelegt (z.B. keine für die Besucher gefährlichen Bäume).

2008 belief sich die kantonale Unterstützung auf 976 000 Franken. Dies entspricht rund 3.60 Franken pro Ein-

wohner des Kantons (Wohnbevölkerung am 31.12.2007 = 267 893 Einwohner).

### 2.1.12.f Waldschäden

Das Schadenholzvolumen beträgt 10 000 m<sup>3</sup> (24 000 m<sup>3</sup> im Jahr 2007). Es wurden die infolge der NFA angepassten Subventionsmodalitäten angewandt. Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 433 000 Franken.

### 2.1.12.g Jungwaldpflege

2008 betrug die Fläche der Jungwaldpflege 840 ha. Es wurden die infolge der NFA angepassten Subventionsmodalitäten angewandt. Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 916 000 Franken.

### 2.1.12.h Infrastrukturen und Strukturverbesserungen

Im Rahmen der kantonalen Produkte wurden in diesem wichtigen Bereich verschiedene Projekte genehmigt und teilweise abgerechnet.

- Betrag der abgerechneten Arbeiten: 512 000 Fr.
- Kantonsbeitrag: 230 000 Fr.

### 2.1.12.i Investitionskredite

Insgesamt werden gegenwärtig 62 Verträge bearbeitet. Es wurden 4 Investitionskredite über einen Gesamtbetrag von 1 586 730 Franken gewährt (1 Forstzentrum, 2 Infrastrukturen, 1 Rahmenkredit für Schutzwaldprojekte). 4 Kreditverträge konnten aufgelöst werden. Im Laufe des Jahres wurden 62 Rückzahlungen mit einem Gesamtbetrag von 1 612 980 Franken getätigt. 4 Zahlungen auf Vertragsbasis über einen Gesamtbetrag von 1 536 730 Franken wurden ausgerichtet.

Diese finanziellen Mittel werden dem Kanton vom Bund zur Verfügung gestellt. Die Rückzahlungen der laufenden Kredite fliessen bis zur Fälligkeit der Bundeskredite in den Fonds zurück. Gegenüber dem Vorjahr hat die Verschuldung dieses Programms aufgrund einer Zahlung des Bundes in den Fonds um rund 20 000 Franken zugenommen; Ende 2008 betrug sie 5 913 000 Franken.

## 2.1.13 Forststatistiken

### 2.1.13.a Fläche und Anzahl Eigentümer (Unternehmen)

	Öffentliche Wälder	Privatwälder	Total
Produktive und unproduktive Waldfläche	25 000 ha (58 %)	18 300 ha (42 %)	43 300 ha
Anzahl Unternehmen/Eigentümer	117	ca. 12 000	ca. 12 100

### 2.1.13.b Holznutzung

In den letzten 3 Jahren entwickelte sich die Holznutzung in den öffentlichen und privaten Wäldern wie folgt:

Jahr	öffentliche Wälder		private Wälder		Total	
	m <sup>3</sup>	%	m <sup>3</sup>	%	m <sup>3</sup>	%
2005	214 000	67	107 000	33	321 000	33
2006	214 000	68	99 000	32	313 000	32
2007	185 000	67	92 000	33	277 000	33
2008	Die Zahlen stehen erst im Juni 2009 zur Verfügung.					

Das Brennholz nimmt zu und macht heute in den Privatwäldern rund 30% und in den staatlichen Wäldern rund 19% der Holznutzung aus.

## 2.1.14 Ausbildung

### 2.1.14.a Weiterbildung

Zahlreiche Motorsäge- und Holzerkurse wurden als Grundausbildung oder Weiterbildung angeboten.

Im Januar 2008 wurden Weiterbildungskurse für Auszubildende überbetrieblicher Kurse D (Waldbau und Ökologie) organisiert.

Im Mai 2008 wurden für das Forstpersonal Nothelfer Repetitionskurse angeboten.

Verschiedene freiburgische Förster und Vorarbeiter absolvierten im September 2008 ein Modul H2 zur Schulung von Lehrmeistern.

In Le Mont-sur-Lausanne fand am 12. November 2008 ein Kurs «Bodenschutz im Wald» statt.

Ende November 2008 fanden in Lyss Weiterbildungskurse zum Thema «Wild, Jagd und Fischerei» statt.

### 2.1.14.b Lehrabschlussprüfungen

17 Kandidaten, 11 französisch- und 6 deutschsprachige, legten die Lehrabschlussprüfung ab.

17 Kandidaten, davon 5 Repetenten, standen vor dem Lehrabschluss.

15 Kandidaten bestanden die Prüfung, 2 fielen durch.

2 Kandidaten bestanden die Prüfungen der Anlehre.

Seit der Einführung der Lehre im Jahre 1963 haben im Kanton Freiburg 582 Forstwirte ihren Fähigkeitsausweis erlangt.

### 2.1.14.c Zwischenprüfungen

19 Lernende im 1. Lehrjahr (15 französisch- und 4 deutschsprachige) haben die Zwischenprüfungen in den berufskundlichen und allgemeinbildenden Fächern absolviert. Von diesen 19 Lernenden haben sich 18 für das 2. Lehrjahr qualifiziert. 1 Lernender brach die Ausbildung ab.

11 Lernende im 2. Lehrjahr (9 französisch- und 2 deutschsprachige) haben die praktischen Prüfungen im Wald der Burgergemeinde Freiburg abgelegt. Alle haben die Prüfungen bestanden. Im 2. Lehrjahr finden keine Prüfungen in den allgemeinbildenden und berufskundlichen Fächern statt. 2 Lernende machen eine Anlehre.

### 2.1.14.d Rekrutierung neuer Lernender

Anfang Herbst 2008 haben 20 neue Lernende ihre Lehre begonnen. 18 sind französischer und 2 deutscher Muttersprache.

### 2.1.14.e Anzahl Lehrlinge pro Lehrjahr am 1. Oktober 2008

1. Jahr:	20	(18 F und 2 D)
2. Jahr:	17	(14 F und 3 D)
3. Jahr:	17	(14 F und 3 D)
Total:	54	(46 F und 8 D)

### 2.1.14.f Praktikanten

1 Schüler der Försterschule und 2 Forstingenieurstudenten der ETHZ haben in einem Forstkreis ein Praktikum absolviert.

1 Biologe hat ein Praktikum und 1 Praktikant ein postgraduales Praktikum in der Zentrale des Amtes für Wald, Wild und Fischerei absolviert.

### 2.1.15 Besondere Ereignisse

#### 2.1.15.a Der Wald - Ehrengast an der Freiburger Messe

Über 90 000 Personen haben 2008 die Freiburger Messe besucht und Gelegenheit gehabt, die verschiedenen Facetten des Waldes aus der Nähe zu betrachten. Das Amt hat sich in Zusammenarbeit mit dem Freiburger Verband für Waldwirtschaft, der Gewerkschaft des Freiburger Forstpersonals, der Freiburger Sektion des Verbands Holzindustrie der Westschweiz (Association romande des entrepreneurs forestiers) und dem Freiburger Jägerverband stark dafür eingesetzt, dass die Welt des Waldes dem breiten Publikum näher gebracht wurde.

Der Wald wurde an zwei Ständen präsentiert. In einem 500 m<sup>2</sup> grossen Aussenbereich sollten im Wesentlichen die forstlichen Tätigkeiten aufgezeigt werden (Eingangstor aus Industrieholz, nachgebildeter Wald, Forwarde, Demonstrationen von Forstarbeiten und anderen Waldnutzungen, ...). Im Innern wurde auf 200 m<sup>2</sup> ein «ForstsUPERMARKT» eingerichtet, in dem die Beziehung

zwischen den verschiedenen Waldfunktionen und dem allfälligen Marktwert der Produkte dieser Funktionen aufgezeigt wurde. Mit der guten Platzierung der Stände konnte sichergestellt werden, dass die Besucher an den Ständen vorbeikamen.

### 2.1.15.b Umsetzung der NFA

Im Rahmen der Umsetzung der NFA wurden im Laufe des Berichtsjahres die folgenden Arbeiten vorgenommen:

- Anpassung des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen (WSG vom 2. März 1999, 921.1). Der Grosse Rat hat die erforderlichen Änderungen am 1. Juli 2008 genehmigt.
- Anpassung des Reglements über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen (WSR vom 11. Dezember 2001, 921.11) und der Verordnung über die Kantonsbeiträge für den Wald und den Schutz vor Naturereignissen vom 30. März 2004, (921.16). In seiner Sitzung vom 25. November 2008 hat der Staatsrat die notwendigen Anpassungen verabschiedet, wobei die betreffenden Artikel rückwirkend auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt wurden.
- Abschluss von 5 Programmvereinbarungen 2008 – 2011 mit dem BAFU. Der Vorsteher der ILFD, Pascal Corminbœuf, hat die Programmvereinbarungen am 16. Juni 2008 unterzeichnet. Es handelt sich um folgende Vereinbarungen:
 

Bereich	Bundesbeitrag (BAFU) für 4 Jahre
Schutzbauten gemäss WaG	1 896 000 Fr.
Schutzwälder	5 975 000 Fr.
Biodiversität im Wald	1 740 000 Fr.
Waldwirtschaft	2 421 000 Fr.
Wildschutzgebiete	359 992 Fr.
Total	12 391 992 Fr.

 (oder ca. 3 100 000 Fr./Jahr)
- Ausarbeitung ausführlicher technischer Weisungen, um die Umsetzung und Befolgung der Fördermassnahmen zwischen dem WaldA und den verschiedenen Leistungserbringern (z.B. Eigentümern von privaten oder öffentlichen Wäldern, Körperschaften) zu gewährleisten. Diese Weisungen müssen für die Produkte des Bundes (mit gemeinsamer Finanzierung durch Bund und Kanton) und für die kantonalen Produkte (nur kantonale Subventionierung) erstellt werden.
- Ausarbeitung und Abschluss von Massnahmenpaketen (Verträge pro Bereich) zwischen den verschiedenen Leistungserbringern und der Direktion und/oder dem WaldA, je nach Finanzkompetenz.

## 2.2 Jagd, Wild und Fischerei

### 2.2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 2.2.1.a Aus- und Weiterbildung

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat einen Fortbildungskurs für Wildhüter organisiert. Er war dem Wald gewidmet und fand in Tramelan (BE) statt; 14 Wildhü-

ter-Fischereiaufseher aus dem Kanton Freiburg haben daran teilgenommen.

In Spiez fand ein vom BAFU organisierter Fortbildungskurs für Fischereiaufseher statt; Thema waren die Klimaerwärmung, Mikroverunreinigungen und Aquakulturen; 3 Wildhüter-Fischereiaufseher aus dem Kanton Freiburg haben daran teilgenommen.

### 2.2.1.b Anzeigen

2008 haben die ständigen Wildhüter-Fischereiaufseher und die Hilfsaufseher folgende Anzeigen erstattet:

Jagd und Schutz der Fauna:	15 Anzeigen
Fischerei:	30 Anzeigen
Gewässerschutz:	77 Anzeigen
Naturschutz und Pilzsammeln:	8 Anzeigen

Ausserdem wurden 26 schriftliche Verwarnungen an Personen erteilt, die die Vorschriften über die Jagd oder die Hunde nicht einhielten.

### 2.2.1.c Jagdsaison 2008/09

Im Gebirge (Patent A) war der Abschuss einer Gämse, von Murmeltieren und von Haarraubwild vom 22. September bis 4. Oktober gestattet. Zum zehnten Mal in Folge war die Jagd auf das Reh im Gebirge auch in diesem Jahr verboten, da der Rehbestand nach wie vor sehr klein ist. Die Inhaber eines Patents B konnten vom 22. September bis 30. Oktober im Flachland jagen. Vom 22. September bis 18. Oktober durften die Inhaber eines Patents B ein bis drei Rehe erlegen. Mindestens eines der drei Rehe musste in einem Wildsektor erlegt werden, für den ein Abschussplan bestand; in diesen Wildsektoren war die Jagd auf das Reh bis zum 25. Oktober gestattet. Die Wildschweinjagd im Flachland begann vor den übrigen Jagden, nämlich am 1. September. Auch war die Wildschweinjagd in gewissen Wildsektoren im Berggebiet im November und Dezember gestattet. Der Abschuss von Hasen war verboten (eine Massnahme, die 1990 eingeführt wurde).

Die Inhaber eines Zusatzpatentes für die Jagd auf den Hirsch konnten vom 22. September bis 11. Oktober im Gebirge oder im Flachland einen Hirsch erlegen. Vom 2. bis 7. Oktober fand eine Spezialjagd auf die Gämse statt, um Gämsen in den beiden Eidgenössischen Jagdbannbezirken und den kantonalen Jagdbannbezirken zu erlegen. Im Eidgenössischen Jagdbanngebiet Hochmatt-Motélon und in seiner unmittelbaren Umgebung wurde eine Regulierungsjagd auf den Steinwildbestand durchgeführt.

Das Patent C für die Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Flachland berechnete zur Jagd auf den Fasan bis zum 30. Oktober. Es berechnete ausserdem zum Abschuss von Tauben, Enten und Raben bis am 29. November und von Waldschnepfen bis Mitte Dezember.

An der Herbstjagd 2008 beteiligten sich 742 Jäger. Es wurden 1 368 Rehe (davon 398 Junge), 338 Gämsen (da-

von 52 Junge), 14 Hirsche (davon 2 Junge) und 7 Steinböcke erlegt.

### 2.2.1.d Statistik der 2008 ausgestellten Jagdpatente

380	Patente A (Jagd im Gebirge)
699	Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)
84	Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)
97	Patente für den Hirsch
538	Patente D (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter)
40	Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)
0	Patente E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)
1	Patent F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)
6	Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)
13	Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greyerzer-, dem Montsalvens- und dem Schiffenensee)

### 2.2.1.e Statistik der ausgestellten Jagdpatente und des im Herbst 2007 und im Winter 2007/08 erlegten Wildes

361	Patente A (Jagd im Gebirge)
651	Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)
82	Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)
93	Patente für den Hirsch
485	Patente D (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter)
30	Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)
2	Patent E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)
1	Patent F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)
2	Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)
6	Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greyerzer-, dem Montsalvens- und dem Schiffenensee)

Anzahl Jäger 701.

Auf dem ganzen Kantonsgebiet haben die Jäger während der Saison 2007/08 folgendes Wild erlegt:

Gämsen	336	Dachse	9
Rehe	1 256	Steinmarder	24
Steinwild	0	Baumwilder	2
Hirsche	15	Verwilderte Hauskatzen	6
Feldhasen	0	Fasane	0
Alpenschneehasen	0	Waldschnepfen	82
Wildschweine	26	Tauben	50
Murmeltiere	9	Raben	257
Füchse	1 702	Wasserwild	405

### 2.2.1.f Verendete Tiere

Zwischen April 2007 und März 2008 wurden tot aufgefunden:

- 49 Gämsen (43 % infolge Schwäche oder Krankheit)
- 730 Rehe (67 % durch den Autoverkehr)
- 5 Steinwild
- 5 Hirsche
- 35 Feldhasen (83 % durch den Autoverkehr)
- 13 Wildschweine (85 % durch den Autoverkehr)
- 1 031 Füchse (68 % durch den Autoverkehr)
- 296 Dachse (84 % durch den Autoverkehr)

### 2.2.1.g Statistik der für die Wasserläufe und kantonalen Seen ausgestellten Fischereipatente

Im Jahr 2008 wurden folgende Patente ausgestellt: Flüsse und kantonale Seen (Patent A):

- 1 135 Jahrespatente
- 226 Halbjahrespatente
- 75 Wochenpatente
- 1 108 Tagespatente

Nur Flüsse (Patent B):

- 220 Jahrespatente
- 47 Halbjahrespatente

Nur kantonale Seen (Patent C):

- 411 Jahrespatente
- 269 Halbjahrespatente

Zusätzliche Patente für die Fischerei vom Schiff aus auf den kantonalen Seen (Patent D und E):

- 621 Jahrespatente
- 243 Halbjahrespatente
- 331 Tagespatente

Patente für den Broyekanal und die untere Bibera (Patent F):

- 170 Jahrespatente
- 61 Halbjahrespatente
- 1 217 Tagespatente
- 12 Kollektivfischereipatente in verschiedenen Wasserläufen und Seen

### 2.2.1.h Pachtfischerei

2004 begann eine neue Pachtfischereiperiode. Sie dauert bis Ende 2009.

Von 77 Fischereiloson sind 70 verpachtet.

### 2.2.1.i Fischerei im Neuenburgersee

Im Jahr 2008 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

6 Berufspatente (Patent A), 2 Spezialberufspatente (Patent B), 134 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 143 Sportfischereipatente (Patent D) und 58 Zusatzpatente für Gastfischer.

### Ergebnisse der Berufsfischerei für den ganzen See (in Tonnen):

	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001
Felchen, Balchen	57,8	58,9	81,9	96,0	61,3	79,0	82,1	81,1
Felchen, Bondellen	156,0	118,9	86,9	87,9	121,7	118,6	123,4	152,0
Forellen	2,7	3,1	3,9	2,8	2,6	3,4	3,4	3,1
Seesaiblinge	0,5	0,7	0,7	0,7	2,6	1,8	1,3	1,0
Egli	35,4	31,1	30,2	21,7	52,7	64,5	38,1	43,5
Hechte	8,8	8,3	5,3	8,2	6,9	9,3	6,1	7,8
Rotaugen	23,5	37,6	34,4	26,8	29,0	30,1	29,4	19,2
Brachsmen	1,0	2,5	1,4	1,1	0,9	1,2	1,7	0,3
Andere	13,8	4,4	3,9	3,9	7,1	7,2	3,4	1,0

### 2.2.1.j Fischerei im Murtensee

Im Jahr 2008 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

1 Berufspatent (Patent A), kein Spezialberufspatent (Patent B), 334 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 525 Sportfischereipatente (Patent D) und 189 Zusatzpatente für Gastfischer.

Ergebnisse der Berufsfischerei (in Tonnen); die waadtländischen Berufsfischer sind inbegriffen:

	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001
Felchen, Balchen	0,1	0,3	0,7	0,8	0,6	0,6	0,5	0,3
Forellen	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2
Hechte	1,2	1,2	0,9	0,7	1,1	0,8	0,9	1,4
Egli	16,1	8,3	4,2	4,5	5,2	5,4	8,1	9,3
Brachsmen	1,3	2,8	1,9	1,2	1,0	1,2	0,2	1,4
Rotaugen	3,5	5,6	5,0	3,5	3,5	1,9	4,6	3,0
Welse	0,3	0,4	0,4	0,2	3,3	0,5	0,4	0,3
Zander	5,1	4,2	4,3	4,9	7,7	7,8		
Andere	0,1	0,4	0,5	0,2	0,3	0,2	3,1	1,7

## 2.2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.2 a Fischereiverbot

In Fischen, die dem Verlauf der Saane zwischen der Staumauer von Rossens und der Kantonsgrenze in Bösinggen sowie der Glâne und der unteren Ärgera entnommen worden sind, wurden über den Grenzwerten liegende PCB (dioxinähnliche Polychlorierte Biphenyle) festgestellt. Da bei regelmässigem Konsum vergifteter Fische über längere Zeit ein potenzielles Gesundheitsrisiko für den Menschen besteht, hat der Staatsrat die Fischerei in der Saane im Abschnitt zwischen der Brücke bei La Souche (Abtei Altenryf) und der Staumauer von Schiffenen sowie in der Glâne und der unteren Ärgera verboten.

## VII. OBERÄMTER

### 1. Aufgaben

Die Oberämter nehmen zahlreiche Aufgaben wahr, die ihnen durch das Gesetz über die Oberamtämänner und zahlreiche weitere Gesetze in den verschiedensten Bereichen übertragen werden. Es handelt sich um Aufgaben sowohl aus dem Bereich der administrativen Gewalt als auch der richterlichen Gewalt, die eine Zusammenarbeit mit allen Direktionen und mehreren Dienststellen des Staates erforderlich machen.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Oberamtämännerkonferenz

Die Oberamtämännerkonferenz, das informelle Koordinationsorgan und die Austauschplattform der Oberamtämänner, hat 2008 monatlich getagt. Hinzu kommt die Teilnahme an zahlreichen ständigen Kommissionen des Staates, Arbeitssitzungen und verschiedenen Veranstaltungen.

Die Konferenz bot verschiedenen Staatsräten und Amtsvorstehern die Möglichkeit, neue Projekte vorzustellen oder besondere Punkte, die alle Oberämter betreffen, zu diskutieren.

Die Oberamtämännerkonferenz hat ausserdem zu Vernehmlassungen, die ihr unterbreitet wurden, Stellung genommen. Sie ermöglichte die Koordination von Ver-

fahren oder die Beantwortung von Fragen, für die ein einheitlicher Ansatz für das ganze Kantonsgebiet erforderlich war. Als wichtige Themen können erwähnt werden: die Arbeiten im Zusammenhang mit der Vor- und Nachbereitung der Veranstaltungen rund um die EURO 2008, die Überlegungen zur territorialen Gliederung, die Neue Regionalpolitik und die neue Gesetzgebung über die Hundehaltung.

### 2.2 Oberamt des Saanebezirks

Oberamtämänner: Nicolas Deiss und Carl-Alex Ridoré (seit dem 1. September 2008)

#### 2.2.1 Bereiche der EKSD

**Association du Cycle d'orientation de la Sarine-Campagne et du Haut-Lac français.** Die Delegiertenversammlung hat das Mandat für das externe Audit der Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW) erteilt. Mit dem Audit soll überprüft werden, ob die gegenwärtigen Strukturen sowohl auf der Ebene der Verbandsleitung als auch auf der Ebene der OS-Schulen noch dem Bedarf entsprechen. Nachdem die Delegiertenversammlung die Rechnung 2007 im Juni abgelehnt hatte, hat sie sie im November aufgrund zusätzlicher Informationen gutgeheissen.

**Coriolis Infrastruktur.** Das Espace Nuithonie in Villars-sur-Glâne erfreut sich nach wie vor grosser Beliebtheit. Der Stiftungsrat wurde neu bestellt. Die Arbeiten zur Errichtung des Gastspielhauses Freiburg haben begonnen. Die Eröffnung ist für den Herbst 2011 geplant.

**Coriolis Promotion.** Aufgrund der Genehmigung der Statuten der Agglomeration haben die Organe der Agglomeration und von Coriolis Promotion die Arbeiten im Hinblick auf die Übergangsregelung zwischen diesen zwei Strukturen eingeleitet. Ziel dieser Arbeiten ist die Aufrechterhaltung einer engen Zusammenarbeit zwischen der Agglomeration und den Gemeinden, die zwar Mitglied von Coriolis Promotion sind, jedoch ausserhalb des Perimeters der Agglomeration liegen.

### 2.2.2 Bereiche der SJD

**Überwachung der öffentlichen Gaststätten.** Die Aktion, die 2007 im Einverständnis mit dem Amt für Gewerbepolizei bei den Betreibern von Gaststätten gestartet wurde, um diese an die gesetzlichen Vorschriften im Zusammenhang mit dem Übernahmeverfahren von Gaststätten zu erinnern, wurde weitergeführt. Das Oberamt verfasste diesbezüglich rund 150 Gutachten, sehr oft innerhalb sehr kurzer Fristen. Sie ist auch mehrmals bei Betreiberinnen und Betreibern wegen Problemen im Zusammenhang mit Lärmbelästigung eingeschritten. Im Zusammenhang mit dem äusserst belebten Abschnitt der Route de la Fonderie in Freiburg wurde eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Oberamtmanns eingesetzt. Ziel ist die Verbesserung der Situation, insbesondere was die Lärmbelästigung, die Sicherheit, die Abfallentsorgung und den Konsum von Betäubungsmitteln betrifft.

**Zeitlich begrenzte Grossveranstaltungen** (Jugendfeste, Freiburger Messe, Fasnacht, Botellón usw.). Das Oberamt organisierte Koordinationssitzungen, an denen die verschiedenen Akteure teilnahmen, um die Lasten und Bedingungen im Zusammenhang mit der Organisation einer Veranstaltung klar und gemäss den Richtlinien der Oberamt männerkonferenz zu definieren.

**Sportveranstaltungen.** 2008 war ein intensives Jahr, in dem das Oberamt eng mit den anderen Partnern (Kantonspolizei, Klubs, Oberamt männerkonferenz) zusammenarbeitete, um die Betreuung und die Sicherheit von Grossveranstaltungen im Bereich Sport (EURO 2008, Eishockey-Meisterschaft) zu gewährleisten.

### 2.2.3 Bereiche der ILFD

**Politische Rechte.** Ein Teil des Personals des Oberamts wurde durch die kantonalen und die eidgenössischen Wahlen sehr in Anspruch genommen.

**Agglomeration.** Die konstituierende Versammlung hat dem Gesuch der Gemeinde Tafers um den Austritt aus dem provisorischen Agglomerationsperimeter stattgegeben. Am 1. Juni haben die Bürgerinnen und Bürger der 10 Mitgliedsgemeinden des provisorischen Perimeters den Statuentwurf mit 72,47% der Stimmen angenommen. Die Mitglieder des Agglomerationsrates und des Agglomerationsvorstandes wurden von den Oberamt männern des Saane- und des Sensebezirks vereidigt und begannen, intensiv an der Schaffung der Agglomerationsstrukturen zu arbeiten. Der Richtplan der Agglomeration wurde vom Agglomerationsrat angenommen.

### 2.2.4 Bereiche der VWD

**Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF).** Aufgrund der Genehmigung der Statuten der Agglomeration haben die Organe der Agglomeration und von CUTAF die Arbeiten im Hinblick auf die Übergangsregelung zwischen diesen zwei Strukturen eingeleitet.

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Das Oberamt, das Wirtschaftsnetz Freiburg und Region und die Association pour le développement de la Haute-Sarine haben ihre Kontakte im Hinblick auf das Inkrafttreten der Neuen Regionalpolitik intensiviert.

### 2.2.5 Bereiche der GSD

**CODEMS.** Die Bezirkskommission für Pflegeheime hat ihre Hilfe bei den Finanzierungskosten für folgende Pflegeheime zugesichert: Résidence des Chênes, Freiburg; EMS Les Martinets, Villars-sur-Glâne; EMS La Providence, Freiburg; Villa Beausite, Freiburg; Foyer Rose d'Automne, Villars-sur-Glâne und Résidence Saint Martin, Cottens.

**Association des Communes pour les Services Médico-Sociaux (ACSMS).** Die Arbeiten zur Vergrösserung des Pflegeheims des Saanebezirks wurden abgeschlossen. Im Juni 2009 findet ein Tag der offenen Tür statt. Der Annahme des Voranschlags 2009 durch die Delegiertenversammlung ging eine Diskussion über die Pflegepreise und andere Parameter, die den Voranschlag des Verbands beeinflussen, voran.

### 2.2.6 Bereiche der RUBD

**Ehemalige Deponie La Pila.** Das Oberamt half der Projektoberleitung des Konsortiums für die Sanierung der Deponie La Pila bei der Festlegung der Schritte, die es einerseits für die Sanierung der Deponie La Pila und andererseits für die Umsiedlung der Fahrenden zu unternehmen gilt.

## 2.3 Oberamt des Sensebezirks

Oberamt mann: Nicolas Bürgisser

### 2.3.1 Bereiche der EKSD

**OS-Sense.** Der Erweiterungsbau der OS-Wünnewil wurde feierlich eröffnet, und die Trägergemeinden der OS-Plaffeien haben sich auf das Ausbauprojekt geeinigt.

### 2.3.2 Bereiche der SJD

**Öffentliche Sicherheit.** Zwei wichtige Ereignisse sind zu erwähnen. Dank des effizienten Einsatzes der Polizei gingen zwei bedeutende sportliche Veranstaltungen, der Schweizercup Fussballmatch Plaffeien-Luzern und der 1. Liga Eishockeymatch Düdingen-Martigny, friedlich vonstatten. Mehrere Personen mit Stadionverbot konnten abgefangen werden, und es konnten so Hooliganakte verhindert werden. Dank des präventiven Einschreitens der Kantonspolizei konnte eine Konfrontation zwischen verschiedenen Fangruppen verhindert werden.

**Sport.** Das EURO-Camp in Flamatt anlässlich der Fussballeuropameisterschaft 2008 war ein grosser Erfolg. Über 11 500 Übernachtungen wurden verzeichnet. Der Kanton Freiburg hat sich nicht an den Kosten beteiligt.



**Alkohol bei Jugendlichen.** Das Phänomen des Alkoholkonsums von Jugendlichen hat sich im Jahr 2008 weiter verschlimmert, insbesondere bei Jugendlichen im schulpflichtigen Alter. Diese Entwicklung beschäftigt sowohl die Gemeindebehörden als auch das Oberamt stark. Es wurden häufige Kontrollen in Bars und Restaurants angeordnet, und es wurde mit den Organisatoren von Festanlässen zusammengearbeitet.

### 2.3.3 Bereiche der ILFD

**Jagd.** Die Jagdsaison verlief dank des guten Einvernehmens zwischen den betreffenden Behörden, namentlich dem Amt für Wald, Wild und Fischerei und dem Oberamt einerseits, und den Jägern andererseits, reibungslos.

**Alpstrassen.** Das Fahrverbot auf verschiedenen Alp- und Waldstrassen führte zu grosser Unzufriedenheit, insofern als die von der Region Sense geäusserten Wünsche nicht berücksichtigt wurden. Auch die Wahl des Zeitpunktes für die Bekanntmachung dieser Verfügung – die Herbstferien – hat die Dinge nicht vereinfacht.

**Jubiläum.** Anlässlich der 160-Jahr-Feier des Sensebezirks lud die Region Sense alle bisherigen und aktuellen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zu einer Feier ein. Ehrengast des Abends war Bundesrat Samuel Schmid.

**Hunde.** Im Bereich der Registrierung der Hunde herrschte ein grosses Durcheinander, was zu zahlreichen Reklamationen beim Oberamt führte.

**Fischerei.** Das Fischereiverbot im Schiffensee stiess nicht immer auf Verständnis, was viel Erklärungsarbeit seitens des Oberamts erforderlich machte.

### 2.3.4 Bereiche der VWD

**Bautätigkeit.** Um die Bautätigkeit anzukurbeln organisierten die Sensler Gemeinden im November eine «Baulandmesse» in Düdingen, die viele interessierte Besucher anzog. Konkrete Ergebnisse werden im ein paar Monaten erwartet.

**Neue Regionalpolitik des Bundes.** Bezüglich der Neuen Regionalpolitik konnte eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen werden. Mehrere Projekte wurden ausgearbeitet und können bei den zuständigen Instanzen eingereicht werden, weitere sind noch in Arbeit. In der Region Schwyberg werden Windenergie-tests durchgeführt, und es wird der Bau von Kleinwasserkraftwerken geprüft. Im ehemaligen Institut Guglera entsteht ein Kompetenzzentrum für spezielle medizinische und soziale Unterstützungs- und Begleitprojekte. Der Halbstundentakt wurde auf der Bahnlinie Bern-Freiburg auf Ende Jahr definitiv eingeführt. Zwischen Flamatt und Bern gibt es sogar vier Verbindungen pro Stunde und Richtung.

### 2.3.5 Bereiche der GSD

**Asyl.** Es wurden mehrere mögliche Standorte für die Unterbringung von Asylsuchenden geprüft, ein möglicher Standort befindet sich in der Detailevaluation.

**Spitex.** Die Zusammenlegung von Sensler Spitexvereinen und der Mütter- und Väterberatung konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

**Gesundheitsnetz.** Der Gemeindeverband «Pflegeheim des Sensebezirks» ist nach wie vor mit der Umsetzung des Berichts «Gesundheitsnetz», der 2007 verabschiedet worden ist, beschäftigt. Für die Bedarfsplanung im Bereich Pflegeheime konnte im ganzen Bezirk ein Grundkonsens erreicht werden.

### 2.3.6 Bereiche der RUBD

**Agglomeration.** Nach dem Austritt der Gemeinde Tavers aus dem provisorischen Perimeter der Agglomeration Freiburg ist nur die Gemeinde Düdingen Mitglied der Agglomeration, trotz des negativen Entscheids an der Urne. Bei zukünftigen Reformen muss dieser Tatsache Rechnung getragen werden und müssen die gemachten Versprechen eingehalten werden.

**Agglomeration.** Unsicherheit besteht weiterhin bezüglich der Erwartungen und Möglichkeiten, die die Zugehörigkeit der drei Gemeinden Schmitten, Bösinggen und Wünnwil-Flamatt zur Agglomeration Bern mit sich bringt.

**Verkehr.** Die Arbeiten an der Verkehrsstudie «unterer Sensebezirk» wurden abgeschlossen. Bei den betroffenen Gemeinden wurde eine Vernehmlassung durchgeführt.

**Regionalplanung.** Die «Region Sense» hat die Totalrevision ihrer Regionalplanung aus dem Jahr 1991 in Angriff genommen. Die Revision und das Entwicklungskonzept fokussieren sich auf das Jahr 2010.

**Strassen.** Die Sanierung der Kantonsstrasse Plasselb-Oberschrot konnte abgeschlossen werden.

**Bauwesen.** Die Zahl der ausgestellten Baubewilligungen hat zugenommen. Zahlreiche Projekte wurden initiiert oder befinden sich bereits in der Realisierungsphase.

**Überschwemmung.** Die Überschwemmungsgefahr bei der Ärgera ist im Bereich Tentlingen infolge des hohen Standes des Kiesbettes gross. Die Gefahr ist angesichts des Industriequartiers flussabwärts nicht zu unterschätzen.

## 2.4 Oberamt des Greyerzbezirks

Oberamtmann: Maurice Ropraz

### 2.4.1 Bereiche der EKSD

**Orientierungsschulverband Greyerz.** Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Ansiedelung einer provisorischen OS am Standort Bulle, in der rund 15 Klassen untergebracht werden können, wurden abgeschlossen, und das dafür vorgesehene Budget konnte eingehalten werden. Der Schulvorstand brütet ausserdem über ei-

nem Projekt zur Sanierung des Hauptgebäudes in Bulle. Er sucht auch aktiv nach einem Gelände, auf dem ein drittes Gebäude, das mittelfristig nötig sein wird, angesiedelt werden könnte.

**Kollegium des Südens.** Mit Hilfe der zuständigen Dienststellen des Staates ist gegenwärtig ein Projekt zur Erweiterung des Standorts Bulle im Gange, um die Kapazität für die Aufnahme zusätzlicher Schülerinnen und Schüler zu erhöhen.

**Stiftung Schloss Greyerz.** Die Renovation des Abwärtsgebäudes ist abgeschlossen, und die neue Multimedia-schau, in der die Geschichte des Schlosses und seiner Grafen erzählt wird, stösst beim Publikum auf Begeisterung.

**Stiftung Pro Gruyères.** Die Pflasterung der ersten vier in der Stadt Greyerz vorgesehenen Etappen ist abgeschlossen. Was die fünfte Etappe betrifft, so müssen noch der obere Teil, die kleineren Plätze und der Rest des Belluard-Platzes gepflastert werden. Die Pflasterung verleiht dem Grafenstädtchen einen erstklassigen historischen Anstrich.

**Sonderschulklassen des Greyerzbezirks.** Das vor dem Zivilgericht des Greyerzbezirks hängige Verfahren aufgrund der Entlassung eines ehemaligen Mitarbeiters ist inzwischen abgeschlossen.

**Regionales Sportzentrum.** Eine Arbeitsgruppe der Association Régionale la Gruyère klärt gegenwärtig ab, ob die Schaffung eines regionalen Sportzentrums sinnvoll wäre. Die Delegiertenversammlung hat beschlossen, in diesem Rahmen einen Studienkredit freizugeben.

**Schulbildung.** Der Oberamtmann wirkt in einer von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport eingesetzten Arbeitsgruppe für die Umsetzung der NFA und der Organisation von Unterstützungsmassnahmen für die Schulbildung mit (Lenkungsausschuss).

**Private Fachhochschule im Greyerzbezirk.** Der Bundesrat hat eine zweite private Fachhochschule in der Schweiz mit dem Namen «HES privée Les Roches – Gruyères» genehmigt. Der Kanton Freiburg, bzw. die Stadt Bulle, beherbergt den Hauptcampus dieser Fachhochschule, deren Studentinnen und Studenten aus 80 verschiedenen Ländern stammen werden und zur Elite der Hotellerie weltweit ausgebildet werden.

#### 2.4.2 Bereiche der SJD

**Gaststätten.** Das Oberamt widmet seinem Auftrag zur Überwachung öffentlicher Gaststätten in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gewerbe-polizei und der Kantons-polizei besondere Aufmerksamkeit. Bei grossen Festen werden die Präventions-tätigkeit und die Aktionen zur Einhaltung der öffentlichen Ordnung koordiniert. Dies war namentlich der Fall bei der Fête des Jeunesses, bei speziellen Veranstaltungen während der Europameisterschaft 2008 sowie beim Schweizercup-Fussballmatch zwischen dem FC Bulle und dem FC Basel. In der Region werden weitere Präventionsprojek-

te entwickelt, insbesondere über die Stiftung «Passage» (Jugendzentrum der Stadt Bulle) und den Verband «Association Stop violence en Gruyère».

#### 2.4.3 Bereiche der ILFD

**Verbund Mobul.** Indem er den Vorsitz der Delegiertenversammlung des Verbunds Mobul innehat, unterstützt der Oberamtmann das Agglomerationsprogramm, das vom Bund angenommen worden ist.

**Gemeindezusammenschlüsse.** Gegenwärtig wird ein Fusionsprojekt im Jauntal von den Gemeindeexekutiven geprüft.

**Verband CommuNet.** Eine Arbeitsgruppe der Association Régionale la Gruyère hat mit Partnern der übrigen Bezirke im Hinblick auf eine Schaffung des Verbands CommuNet zusammengearbeitet, der den Mitgliedgemeinden Leistungen im Bereich Informatik liefern soll.

**Koordinationsgruppe Wolf.** Der Oberamtmann des Greyerzbezirks hat den Vorsitz der «Koordinationsgruppe Wolf» übernommen. Ende Oktober 2007 wurde zum ersten Mal seit langem ein Wolf auf Freiburger Kantonsgebiet offiziell identifiziert. Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft hat daher eine Koordinationsgruppe eingesetzt, der Vertreter der betroffenen Kreise angehören. Die Gruppe soll ein kantonales Konzept entwickeln und eine Präventionsstrategie ausarbeiten, um ein Zusammenleben des Menschen und dieses geschützten Tiers zu ermöglichen.

#### 2.4.4 Bereiche der VWD

**Bergbahnen.** Die Delegiertenversammlung des Regionalverbands Greyerz hat die Finanzierung des regionalen Anteils von 25%, der für die geplanten Investitionen der Bergbahnunternehmen Gruyères-Moléson, Charmey, La Berra und Jaun benötigt wird, gutgeheissen. Auch der kantonale Anteil ist vom Grossen Rat genehmigt worden. Es liegt nun bei den Unternehmen, das für die Finanzierung der Erneuerung der Anlagen notwendige restliche Kapital zu beschaffen.

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Der Regionalverband Greyerz hat an der Ausarbeitung des ersten NRP-Projekts im Bereich Technologietransfer mitgewirkt, das von den freiburgischen Unternehmen in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und den Regionen entwickelt wurde.

**Pyjamabus.** Die Delegiertenversammlung des Regionalverbands Greyerz hat einen Investitionskredit für ein Nachtbusprojekt gutgeheissen, der während einer Startphase von 3 Jahren den ganzen Bezirk abdecken soll.

#### 2.4.5 Bereiche der GSD

**Gemeindeverband Gesundheitsnetz Greyerz.** Die Delegiertenversammlung hat den für den Umzug von den Räumlichkeiten am Bahnhof Bulle ins Stadtzentrum notwendigen Investitionskredit gutgeheissen, ein Immobilienprojekt, das von der Pensionskasse des Kan-

tons Freiburg initiiert worden war. Er hat ausserdem ein neues Reglement im Bereich Pauschalentschädigungen verabschiedet.

**COSAF und CODEMS.** Dank seines Vorsitzes in der Bezirkskommission für Spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe (COSAF) und in der Bezirkskommission für Pflegeheime (CODEMS) begünstigt der Oberamtmann eine positive Zusammenarbeit zwischen den Partnern im Bereich Gesundheit.

#### 2.4.6 Bereiche der FIND

**Informatik in den Gemeinden.** Das Oberamt verfolgt die Abklärungen auf kantonaler Ebene im Bereich Informatik aufmerksam. Dank der Harmonisierung der Websites der Oberämter haben die Nutzer besseren Zugang zu den Informationen.

#### 2.4.7 Bereiche der RUBD

**Kantonale Naturgefahrenkommission (KND).** Als Präsident der Naturgefahrenkommission nimmt der Oberamtmann an den laufenden Arbeiten und Massnahmen, die gegenwärtig im Präventionsbereich durchgeführt werden, teil. Sobald die Kartierung der Naturgefahren in den Voralpen abgeschlossen ist, werden die Arbeiten im Flachland fortgesetzt.

**Ortsverkehr.** Die Bauarbeiten an der H189 und im Stadtzentrum von Bulle haben im Bezirkshauptort natürlich zu gewissen Schwierigkeiten geführt. Die Situation normalisiert sich jedoch langsam wieder. Die Stadt Bulle hat allmählich ein neues sehr erfreuliches Erscheinungsbild.

**Schiessstand.** Der Regionalverband Greyerz hat abgeklärt, ob Bedarf nach einen regionalen Schiessstand besteht. Es hat sich gezeigt, dass der Bau eines regionalen Schiessstandes keine Priorität mehr darstellt.

**Fahrende.** Die Pläne zur Einrichtung eines Durchgangsplatzes in La Tour-de-Trême und anschliessend in Bulle, auf der Seite von Riaz, scheinen aufgegeben worden zu sein. Der Grosse Rat hat nun ein Mandat verabschiedet, das den Bau einer Infrastruktur auf dem Gebiet der Gemeinde Sâles privilegiert. Die nötigen Bewilligungen sind jedoch noch nicht erteilt worden.

### 2.5 Oberamt des Seebezirks

Oberamtmann: Daniel Lehmann

#### 2.5.1 Bereiche der EKSD

**Schulen.** Der Oberamtmann präsidiert die Delegiertenversammlung der Orientierungsschule Region Murten und ist für die Vorstände und Schulleitungen der Orientierungsschulen des Bezirks beratend tätig. Er nimmt an der Delegiertenversammlung und an Vorstandssitzungen der Orientierungsschule Sarine-Campagne und Haut-Lac français teil.

**Berufsberatung.** Die vom Oberamtmann präsidierte Kommission des Seebezirks für Berufs- und Laufbahnberatung überwacht den Betrieb der Berufsberatung an den Orientierungsschulen von Murten, Kerzers und Gurmels sowie das Berufsinformationszentrum (BIZ) des Seebezirks in Murten.

**Kultur.** Das Oberamt unterstützt verschiedene kulturelle Aktivitäten im Bezirk sowie Organisationen zur Erhaltung oder Wiederbelebung von Kulturgütern. Einen Schwerpunkt bildet das Festival Murten Classics mit seinen Konzerten im Schlosshof, das im Jahre 2008 sein 20-Jahr-Jubiläum feierte und erneut einen Besucherrekord erlebte. Eine besondere Unterstützung erfolgte zugunsten der Organisation Trivapor, die sich die Wiederinbetriebnahme des Dampfschiffes «Neuchâtel» auf den 3 Juraseen zum Ziele gesetzt hat.

#### 2.5.2 Bereiche der SJD

**Strafsachen.** Die Anzahl der ausgestellten Strafbefehle hat sich auf dem Niveau des Vorjahres stabilisiert. Die Anzahl Einsprachen gegen die ausgestellten Strafbefehle hat sich gegenüber dem Vorjahr ungefähr halbiert.

**Gaststätten und Veranstaltungen.** Beanstandungen im Zusammenhang mit Lärmemissionen von Gaststätten und Veranstaltungen sowie die Abklärungen für die Bewilligung von besonderen Veranstaltungen sind nach wie vor mit einem grossen zeitlichen Aufwand verbunden. In Absprache mit der Kantonspolizei, dem Amt für Gewerbepolizei und der Gemeinde Murten wurde eine Regelung für die Verlängerungsgesuche von Restaurants mit Terrassenbetrieb in der Altstadt getroffen.

**Feuerwehr.** Der Oberamtmann und der Vizeoberamtmann haben mehrere Regionalübungen durchgeführt. Die mit Unterstützung des Oberamtmannes zustande gekommene Zusammenarbeitsvereinbarung der Gemeinden des Haut-Lac français ist in Kraft getreten.

**Schiesswesen.** Die vom Oberamtmann präsidierte Kommission für die Schiessstände hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt zahlreiche Beratungstätigkeiten durchgeführt und Entscheide der Direktion vorbereitet.

**Euro 2008.** Bei den Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Europameisterschaft 2008 waren im Seebezirk keine besonderen Vorkommnisse zu verzeichnen.

#### 2.5.3 Bereiche der ILFD

**Territoriale Strukturen.** Der Oberamtmann ist Mitglied der Projektkommission für die Überprüfung der Territorialstrukturen.

**Abstimmungen.** Das Oberamt hat die Durchführung der Abstimmungen im Bezirk vorbereitet. Im Hinblick auf die kantonale Abstimmung zur Rauchverbotsinitiative hat es für die Verantwortlichen der Abstimmungsbüros in den Gemeinden eine Informationsveranstaltung durchgeführt.

**Verband der Gemeinden des Seebezirks.** Im Rahmen des Verbandes der Gemeinden des Seebezirks wurden zu zahlreichen bedeutenden Vorlagen Stellungnahmen verfasst. Der Verband befasste sich zudem insbesondere mit der Revision des regionalen Richtplanes und mit Fragen des Gesundheitswesens.

**Trinkwasserverbund Bibera (TWB).** Die Arbeiten zur Gründung des Trinkwasserverbundes Bibera wurden erfolgreich abgeschlossen, und der Verband wurde gegründet.

**Hunde.** Aufgrund der Zentralisierung des Rechnungsversands für die Hundesteuer sah sich das Oberamt mit gewissen Problemen konfrontiert.

#### 2.5.4 Bereiche der VWD

**Neue Regionalpolitik.** Das Tourismus-Projekt «3-Seen-Land» zur Schaffung einer einheitlichen Marketingorganisation wurde eingereicht. Es handelt sich um ein überkantonales Projekt, an dem auch die Kantone Bern, Jura und Neuenburg beteiligt sind und das auch für die Freiburger Regionen am Murten- und Neuenburgersee von grosser Wichtigkeit ist.

**Wirtschaftsförderung.** Mit Befriedigung ist im Seebezirk die Studie zum nach Bezirken ermittelten BIP des Kantons Freiburg zur Kenntnis genommen worden, gemäss der die Wirtschaft des Seebezirks zu den dynamischsten des Kantons gehört. Zur Unterstützung dieser Dynamik führt der Regionalverband See jährlich einen Wirtschaftstreff, das heisst einen Anlass zur Kontaktpflege unter Behörden und Wirtschaftsvertretern, durch.

**Tourismus.** Der Regionalverband See beteiligt sich aktiv am koordinierten Tourismusmarketing des Kantons Freiburg. Hervorzuheben ist der Auftritt an der Mustermesse Basel sowie am Stand der GastroSuisse am Salon des Gôûts et Terroirs in Bulle.

**Arbeitsmarkt.** Der Oberamtmann präsidiert die tripartite Kommission des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) des Seebezirks und des Sensebezirks. Zusammen mit seinem Kollegen aus dem Sensebezirk ist er zudem Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung «deStarts» zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher.

#### 2.5.5 Bereiche der GSD

**Spitalplanung.** Mit Befriedigung ist der Entscheid des Staatsrats zur Kenntnis genommen worden, der nebst der Beibehaltung der Akutversorgung in Innerer Medizin ein 24-Stunden-Notfallaufnahme sowie einen Ausbau der Geriatrie und allgemeinen Rehabilitation und die Einführung der Neurorehabilitation und der Palliativpflege vorsieht. Zusammen mit den Verantwortlichen des Freiburger Spitals ist im Anschluss an diesen Entscheid intensiv am Konzept zur Umsetzung der Notfallaufnahme gearbeitet worden. Nebst diesen Umsetzungsarbeiten ist der Oberamtmann auch an den Arbeiten der Planungskommission für den Spitalumbau beteiligt.

**Gesundheitsnetz See, Heime.** Der Gemeindeverband für das Spital des Seebezirks hat unter der Führung des Oberamtmanns seine Statuten zum Gesundheitsnetz See dahingehend geändert, dass die Aufgaben, die in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden fallen, vermehrt von diesen wahrgenommen werden. So hat das Gesundheitsnetz Anfang 2009 von den bisherigen Heimverbänden die Heime Courtepin, Kerzers, Jeuss, Murten und Sugiez übernommen, und die bisherigen Heimverbände werden aufgelöst werden.

**Résidence Beaulieu.** Die vom Oberamtmann präsierte Bezirkskommission hat das Projekt «Résidence Beaulieu» unterstützt und die 22 Pflegeheim-Betten anerkannt. Der Spatenstich für die Anlage ist erfolgt, und der Bau schreitet zügig voran.

**Spitalexterne Krankenpflege.** Das Oberamt führt das Präsidium und das Sekretariat der Bezirkskommission für die spitalexterne Krankenpflege, die insbesondere die Entscheide betreffend die Gewährung einer Pauschalentschädigung zu fällen hat. In Vertretung der Oberamtmännerkonferenz hat es ein neues Muster-Reglement ausgearbeitet und mit dem Spitex-Verband Freiburg bereinigt. Ausserdem hat das Oberamt einen Vereinbarungsentwurf für den Leistungsauftrag des Gesundheitsnetzes an die 4 Spitex-Dienste des Bezirks erarbeitet.

#### 2.5.6 Bereiche der FIND

**Finanzausgleich.** Im Rahmen des Gemeindeverbands ist eine Stellungnahme zum Gesetzesvorentwurf für den interkommunalen Finanzausgleich erarbeitet worden.

#### 2.5.7 Bereiche der RUBD

**Regionalplanung.** Die Arbeiten zur Revision des regionalen Richtplanes sind weitergeführt worden. Insbesondere ist die Frage der Definition der interkommunalen Zentren mit der Direktion diskutiert worden. Des Weiteren sind die Vorarbeiten zur Festlegung einer «Bezirks-Arbeitszone» an die Hand genommen worden.

**Strassen.** Im Zusammenhang mit den Arbeiten zur Revision des regionalen Richtplans ist auch die Strassenplanung (Verbindung der interkommunalen Zentren) erarbeitet und dem Bau- und Raumplanungsamt eingereicht worden.

**Bauwesen.** Die Anzahl erteilter Baubewilligungen hat im Berichtsjahr um fast 10% zugenommen.

### 2.6 Oberamt des Glanebezirks

Oberamtmann: Jean-Claude Cornu

#### 2.6.1 Bereiche der EKSD

**Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Glanebezirks.** Es mussten neue Klassenzimmer eingerichtet und die alte Turnhalle renoviert werden. In diesem Zusammenhang kam es sehr gelegen, dass die Zahl

der Direktionsassistenten erhöht worden war. Abgesehen von den alltäglichen Problemen lässt sich ein Anstieg von Fällen von Vandalismus (Graffiti, Beschädigungen) feststellen. Diese unerfreuliche Tendenz muss bekämpft werden, was jedoch kein einfaches Unterfangen ist.

**Bicubic Romont: Sport und Kultur.** Die Infrastruktur ist für den schulischen Bedarf bis an ihre Grenzen ausgelastet. Sie wurde mit Sportanlagen im Freien ergänzt, finanziert durch ein letztes IHG-Darlehen und einen Kantonsbeitrag. Für den kulturellen Betrieb ist ein neu eingesetztes Team zuständig. Ein Verein wurde gegründet, um die schulischen und ausserschulischen Bereiche angemessen trennen zu können.

**Museum für Glasmalerei Romont.** Das Museum ist nach wie vor eine bei Touristen beliebte kulturelle Sehenswürdigkeit, die zahlreiche Besucherinnen und Besucher in den Glanebezirk lockt. Attraktiv sind die Qualität der Dauer- und Wechsellausstellungen sowie das Schloss und der Hof, die einen aussergewöhnlichen Rahmen abgeben.

**Château de Mézières.** Nach der Einweihung im Jahr 2007 beginnt auch das Château de Mézières ein Anziehungspunkt für ein gemischtes Publikum zu sein, das die Qualität der Ausstellungen und den Charme dieses Ortes zu schätzen weiss.

### 2.6.2 Bereiche der SJD

**Gaststätten und öffentliche Ordnung.** Zu erwähnen sind hier die Lärmmissionen, die von Gaststätten verursacht werden und an bestimmten Orten für die Nachbarschaft ein Problem darstellen, sowie die Exzesse, die bei gewissen Grossereignissen (Konzerten, Jugendfesten) beobachtet werden.

**Feuerwehr.** Bei der Organisation der Feuerwehr sind wichtige Änderungen im Gange, vor allem im Hinblick auf das kantonale Projekt Frifire. Nach zahlreichen Diskussionen und Überlegungen scheinen die Gemeinden des Glanebezirks mit der vorgeschlagenen Lösung einverstanden zu sein, wobei ein gerechtes Gleichgewicht zwischen den verschiedenen «Feuerwehrkreisen» im Auge behalten wird. Der Feuerwehrstützpunkt spielt im Glanebezirk jedoch eine massgebende Rolle und wird dies auch weiterhin tun.

### 2.6.3 Bereiche der ILFD

**Politische Rechte.** Im Hinblick auf die eidgenössischen und kantonalen Wahlen hat das Oberamt für die Verantwortungsträger der Gemeinden des Glanebezirks aber auch anderer Bezirke Informationsveranstaltungen durchgeführt.

**CommuNet.** Das vom Oberamt und von der Region Glane/Vivisbach initiierte und getragene Projekt CommuNet, das eine Vernetzung und gemeinsame Nutzung von Informationsabläufen von Gemeinden, Gemeindeverbänden und Staat vorsieht, befindet sich nun in seiner operativen Phase; rund zwanzig Gemeinden nutzen nun die zur Verfügung stehende Lösung.

**Hunde.** Die Schwierigkeiten, die bei der Erfassung der Hunde im Zusammenhang mit der neuen Gesetzgebung auftraten, waren für das Oberamt mit viel Arbeit verbunden.

### 2.6.4 Bereiche der VWD

**Tourismus.** Die Zusammenlegung der Büros des Verkehrsvereins Romont und Region und des Regionalsekretariats Glane-Vivisbach im Erdgeschoss des Rathauses von Romont erweist sich als positiv. Die zwei Strukturen haben dadurch an Präsenz gewonnen, und es können überdies zahlreiche Synergien genutzt werden.

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Der Oberamtmann hat wie bisher zusammen mit dem Regionalsekretariat Glane-Vivisbach die Konferenz der Regionen sowie die Diskussionen mit der Delegation des Staatsrats und der Wirtschaftsförderung zur Einführung der NRP und zur Zukunft der Regionalsekretariate geleitet. Innerhalb der Region Glane/Vivisbach bestand die grösste Herausforderung darin, die Abgeordneten und Gemeinden davon zu überzeugen, dass es in ihrem Interesse ist, die Struktur unabhängig vom IHG beizubehalten, was zu einer Erhöhung der Beiträge um 5.- Fr. auf 8.- Fr. pro Bewohner zur Folge hätte (gegenwärtig 3.-Fr.).

**Wirtschaft.** Die Hoffnung auf die Realisierung eines Grossprojekts zerschlug sich leider nur allzu schnell. Während die Wohnzonen nach wie vor attraktiv sind, was die zahlreichen Bauvorhaben für Ein- und Mehrfamilienhäuser bezeugen, bereitet die ungewisse Lage gewisser Unternehmen weiterhin Sorge. In diesem Zusammenhang gibt es neue Ideen, die es zu verfolgen gilt, möglicherweise unter dem Dach der Neuen Regionalpolitik, doch auch im Zusammenhang mit Mechanismen der Bodenpolitik, die auf kantonaler Ebene zum Greifen kommen werden.

**Heliport Villaz-St-Pierre:** In diesem Dossier sind keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen, namentlich wegen der zusätzlichen Anforderungen des zuständigen Bundesamts.

### 2.6.5 Bereiche der GSD

**Réseau Santé de la Glâne (Mehrzweckverband für das Spital und die sozialmedizinischen Dienste des Bezirks).** Das Jahr 2008 war gekennzeichnet vom Umbau des Spitals Billens. Die Hochkonjunktur sowie der Stahl- und der Ölpreis hatten eine durchschnittliche Kostenüberschreitung von rund 10% im Verhältnis zum Kostenvoranschlag zur Folge. Die Frage, wer diese Mehrkosten übernehmen wird, ist nicht geregelt. Hingegen konnten die Änderungen hinsichtlich der Aufträge des Spitals, die mit der neusten Fassung der Spitalplanung beschlossen wurden, ohne grosse Schwierigkeiten oder Kostenüberschreitungen in die laufenden Umbauarbeiten integriert werden. Die neue Vollküche, die seit April in Betrieb ist, scheint bereits die Lösung der Zukunft zu sein.

**Spitalexterne Krankenpflege.** Die Leistungen im Bereich der spitalexternen Krankenpflege und Familienhilfe steigen konstant an. Ungeklärt sind nach wie vor Fragen zu bestimmten Aspekten der Finanzierung der Pflegeheimaufenthalte (Pflegepreise, Finanzierungskosten), auf die von Seiten des Kantons noch immer keine zufriedenstellenden und abschliessenden Antworten gefunden werden konnten.

**Gesundheitsnetz.** Das Réseau Santé de la Glâne (RSG) ist gleichzeitig darum bemüht, seine Verwaltung und die Qualität seiner Leistungen zu verbessern (Einleitung von Qualitätsmassnahmen, Einführung elektronischer Pflegedossiers, Überlegungen zur Sterbehilfe).

**Jugendgesundheit.** Die Gemeinde Romont hat im Anschluss an das Projekt Jugendgesundheit ihr Jugendzentrum wieder aktiviert und dessen Verwaltung dem Verband REPER übertragen.

#### 2.6.6 Bereiche der RUBD

**Fahrende.** Das Fehlen fixer Standorte führt zu Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Gemeinschaften und Privatpersonen.

### 2.7 Oberamt des Broyebezirks

Oberamtmann: Christophe Chardonens

#### 2.7.1 Bereiche der EKSD

**Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Broyebezirks und der Gemeinde Villarepos.** Die Arbeiten zum Ausbau der OS Estavayer-le-Lac und Domdidier sind weit fortgeschritten. Für die Schülerinnen und Schüler der OS Domdidier sollten die neuen Gebäude bereits ab dem neuen Schuljahr 2009/2010 bereit sein, während die Gebäude der OS Estavayer-le-Lac im Verlauf des Jahres 2010 fertig gestellt sein sollten.

**Interkantonales Gymnasium der Region Broye.** Das Gymnasium hat nun den Vollbetrieb erreicht, und es ist besonders erfreulich zu sehen, welchen Platz die Institution nicht nur in der Ausbildung von Jugendlichen, sondern auch im soziokulturellen Leben des Broyebezirks einnimmt.

**Stiftung Pro Vallon.** Der Stiftungsrat trifft weitere Abklärungen für die Gewährleistung des finanziellen Gleichgewichts des Musée romain de Vallon.

**Aufsichtskommission für die Schuldienste des Schulkreises Broye.** Auch wenn sich die Situation etwas verbessert hat, verfolgt die Kommission die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung im Bezirk an logopädischen, psychologischen und psychomotorischen Diensten aufmerksam.

**Schulmigration.** 2008 wurde der Zwischenbericht über die Möglichkeiten einer verstärkten interkantonalen Zusammenarbeit im Bereich des obligatorischen Unterrichts den Direktionen bzw. Departementen unterbreitet, die in den Kantonen Freiburg und Waadt für den obligatorischen Unterricht zuständig sind.

#### 2.7.2 Bereiche der SJD

**Gaststätten und Veranstaltungen.** Das Oberamt hat seinen Auftrag zur Überwachung der öffentlichen Gaststätten und Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gewerbepolizei und der Kantonspolizei auch in diesem Jahr wahrgenommen.

**Feuerwehr.** Im April 2008 wurden die Arbeiten zur Neuorganisation der Feuerwehr-Corps des Broyebezirks lanciert, und zurzeit werden die ersten Projekte evaluiert.

#### 2.7.3 Bereiche der ILFD

**Abstimmungen.** Das Personal des Oberamts hat die Durchführung der eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen des Jahres 2008 vorbereitet.

**Gemeindezusammenschlüsse.** Es ist zu begrüßen, dass die Gemeinden Bussy, Rueyres-les-Prés und Morens eine Fusion prüfen. Ansonsten war die Frage der Gemeindezusammenschlüsse Gegenstand breiter Diskussionen, mit der Hoffnung, dass 2009 das eine oder andere grössere Projekt lanciert würde.

**Verband der Gemeinden des Broyebezirks (Ascobroye):** Der Oberamtmann nahm an verschiedenen Vorstandssitzungen und Generalversammlungen teil und wirkte bei der Führung verschiedener Dossiers mit.

#### 2.7.4 Bereiche der VWD

**Regionale Gemeinschaft der Broye (COREB).** Der Oberamtmann des Broyebezirks ist erneut Präsident der COREB, und er hat die feste Absicht, die Rolle des Bezirks zu stärken und ihm die Mittel zu geben, die er benötigt, um tatkräftig zur regionalen Entwicklung beizutragen. Der Amtsantritt des neuen Direktors am 1. Januar 2009 wird für die Erreichung dieser Ziele ebenfalls eine unterstützende Wirkung haben, ebenso wie für den Abschluss der zwei grossen Dossiers der COREB, des Projekts Aeropole und des regionalen Richtplans.

**Aeropole.** Es wurden zahlreiche Sitzungen abgehalten, mit dem Ziel, die Anforderungen des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (BAZL) zu erfüllen und so rasch wie möglich eine Genehmigung des Betriebsreglements für Zivilluftfahrt zu erhalten. Mit der Unterstützung der Staatsräte der Kantone Waadt und Freiburg sollte es daher möglich sein, dieses Projekt im Jahr 2009 umzusetzen, zumal Bertrand Piccard im Laufe des Jahres in Payerne Flugerprobungen mit seinem Solarflugzeug starten will.

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Der Oberamtmann hat sich an den Arbeiten der Konferenz der Regionen beteiligt und Anstösse gegeben, damit die Broye vom Fonds der NRP profitieren kann.

#### 2.7.5 Bereiche der GSD

**Gemeindeverband für die sozialmedizinische Organisation des Broyebezirks.** Es werden Überlegungen angestellt, wie die Effizienz der sozialmedizinischen

Organisation des Broyebezirks gesteigert werden könnte, namentlich durch eine neue interkantonale Zusammenarbeit.

**Interkantonales Spital der Broyeregion (HIB).** In Erwartung seines zukünftigen Status setzt sich das interkantonale Spital des Broyebezirks für seinen Fortbestand und die Entwicklung seiner Tätigkeiten ein, wobei es das von den Kantonen Freiburg und Waadt vorgegebene Budget berücksichtigt. So gesehen ist die Inbetriebnahme des Dialysezentrums besonders erfreulich.

**COSAF und CODEMS.** Der Bezirk hat sich weiterhin mit der Anpassung seiner Betreuungsstrukturen für betagte Personen auseinandergesetzt, sei dies innerhalb der eigens dafür gebildeten Arbeitsgruppe, der Bezirkskommission für Pflegeheime (CODEMS) oder der Bezirkskommission für Spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe (COSAF).

#### 2.7.6 Bereiche der FIND

**CommuNet.** Zahlreiche Gemeinden des Bezirks haben sich für einen Beitritt zum Projekt CommuNet entschieden, einem Projekt zur Förderung der Entwicklung von Informatikdienstleistungen für die Gemeinden. Die ersten Anschlüsse sind vorgenommen worden.

#### 2.7.7 Bereiche der RUBD

**Verwaltungskommission der Grande Cariçaie.** Der Oberamtmann hat sich mit der Problematik der Ferienhäuser am Südufer des Neuenburgersees auseinandergesetzt.

**Paritätische Konsultativkommission für die Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburgersees.** Der Oberamtmann hat den Vorsitz dieser neuen Kommission inne, die sich aus Vertretern der Gemeinden, der freiburgischen und der waadtländischen Kantonsverwaltung und von privaten Organisationen zusammensetzt. Die Kommission befasst sich mit Problemen im Zusammenhang mit dem Vollzug der Naturschutzreglemente. Sie ist 2008 3-mal zusammengetreten.

**Interkantonale Kommission für den Unterhalt der Kleinen Glane und des Fossé Neuf.** Die Kommission ist weiterhin mit der Förderung des Unterhalts und der Verstärkung der Ufer beschäftigt.

**Interkantonaler Richtplan.** Die Arbeiten gehen voran und bestätigen, wie wichtig ein solches Instrument für eine kohärente und harmonische Entwicklung einer Region ist. Die verschiedenen Vernehmlassungen sollten im Laufe des Jahres 2009 lanciert werden können.

**Fahrende.** Das Fehlen fixer Standorte führt zu Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Gemeinschaften und Privatpersonen.

**Militärflugplatz Payerne.** Die Kontaktgruppe Militärflugplatz, deren Vorsitz der Oberamtmann des Broyebezirks innehat, fördert den Austausch und die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen dem Militärflugplatz und den Anwohnern. In einem konstruktiven

Klima wurde über die Abschirmung des Geländes und das Betriebsreglement für die militärische Luftfahrt diskutiert.

### 2.8 Oberamt des Vivisbachbezirks

Oberamtmann: Michel Chevalley

#### 2.8.1 Bereiche der EKSD

**Bildung und Jugend.** Erwähnt seien insbesondere die Organisation des dritten «Festival Tourné-Monté», das Künstlern eine Ausdrucksplattform bietet, das Projekt «loisirs pour tous», das von der Jungen Wirtschaftskammer geleitet wird und das gehbehinderten Personen die Möglichkeit bietet, sich den Freuden des Ski- und Radsports hinzugeben, und schliesslich das bei Jugendlichen sehr populäre «Atelier-Jeunes», das Jugendlichen Anstellungsperspektiven bietet.

#### 2.8.2 Bereiche der SJD

**Öffentliche Sicherheit.** Zu Beginn des Jahres waren gewisse Ausschreitungen von Jugendlichen zu verzeichnen. Den betreffenden Jugendlichen wurden Verhaltensregeln vorgeschlagen, womit man die Ausschreitungen in den Griff bekam und die Drahtzieher auf den rechten Weg zurückgebracht werden konnten.

**Euro 2008.** Das Training der französischen Fussballnationalmannschaft, die ihr Trainingslager im Rahmen der Euro 08 in Châtel-St-Denis aufgeschlagen hatte, konnte unter optimalen Bedingungen abgehalten werden, dies insbesondere dank der effizienten Arbeit der Kantonspolizei.

**Friedensgericht.** Die Zusammenarbeit zwischen dem Oberamt und der neuen Friedensgerichtsorganisation hat sich im Rahmen von zwei konkreten Fällen von Personen in einer Notlage bewähren können.

**Feuerwehr.** Das Projekt «Frifire - Feuerwehr 2010», in dessen Leitungsausschuss der Oberamtmann mitwirkt, hat einmal pro Monat eine Arbeitssitzung abgehalten. Eine Fusion von Feuerwehrkorps konnte realisiert werden. Zwei weitere Fusionen sollten demnächst zustande kommen.

**Verkehr im Wald.** Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Waldgesetzgebung kam es zu zahlreichen Anzeigen wegen neuer Fahrverbote im Wald.

#### 2.8.3 Bereiche der ILFD

**Interkommunale Zusammenarbeit.** Die verstärkte Zusammenarbeit der neun Gemeinden im Geiste der Solidarität hat zu einem Studienprojekt für einen Regionalfonds geführt, mit dem namentlich Entwicklungsprojekte zur Betreuung betagter Personen finanziell unterstützt werden sollen.

**Wald.** Aufgrund der Einführung einschränkender Massnahmen im Bereich Verkehr im Wald fand ein Austausch zwischen den Behörden und Nutzern statt,

um die kantonalen Modalitäten zu klären. In Châtel-St-Denis läuft ein Versuch.

#### 2.8.4 Bereiche der VWD

**Neue Regionalpolitik.** Aufgrund der Aufhebung der Bundesbeiträge und der kantonalen Beiträge sahen sich die Organe der «Region Glane-Vivisbach» (RGV), deren Vorsitz der Präsident innehat, gezwungen, gewisse Projekte zur Wirtschafts- und Tourismusförderung neu zu definieren.

**Wirtschaftsförderung.** Dank mehrerer Besuche und regelmässiger Kontakte mit den Unternehmen konnte der Oberamtmann enge Kontakte mit den Verantwortlichen der Unternehmerkreise aufrechterhalten; die Unternehmen befinden sich lokal gesehen in einer ruhigen Situation.

**Bergbahnen.** Angesichts der Situation des Vivisbachbezirks, der von der kantonalen Hilfe ausgeschlossen blieb, werden neue Projekte ausgearbeitet werden, um ebenfalls in den Genuss der öffentlichen Unterstützung zu kommen.

#### 2.8.5 Bereiche der GSD

**Gesundheitsnetz.** Die Behörden möchten, dass der Standort Châtel-St-Denis als Ausgleich für den Verlust der Pneumologieabteilung im Rahmen des HFR, die nun dem Standort Billens angegliedert ist, die kantonale Führung im Bereich Palliativpflege behält.

**Ambulanzdienst.** Der Oberamtmann vertrat den Verein «Ambulanzdienst des Freiburger Südens», als es darum ging, die Beziehungen zwischen dem Ambulanzdienst, dem neuen Eigentümer des ehemaligen Zeughauses von Vulruz und dem HFR vertraglich zu vereinbaren. Dem HFR wurde das Verwaltungsmandat übertragen.

**Pflegeheime.** Die Bezirkskommission hat die zuständigen Personen der Gemeinde im Rahmen eines Besuchs beider Heime auf die zukünftigen umfangreichen Renovationsarbeiten und deren Kosten aufmerksam gemacht.

#### 2.8.6 Bereiche der FIND

**Hunde.** Die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Vollzug des Reglements über die Hundehaltung haben das Oberamt stark in Anspruch genommen.

#### 2.8.7 Bereiche der RUBD

**Bauwesen.** Die Zahl ausgestellter Baubewilligungen war erneut sehr hoch. Die Bewilligungsverfahren sind komplexer geworden, vor allem in Anbetracht der zahlreichen Einsprachen, die sie nach sich ziehen.

**Natur.** Die Arbeiten im Zusammenhang mit den Verwaltungsmassnahmen für die Naturlandschaft Rathvel sind abgeschlossen. Der Natur wird darin Vorrang eingeräumt.

### 2.9 Gerichtliche und administrative Tätigkeiten (Statistik)

	<i>Saane</i>	<i>Sense</i>	<i>Greyerz</i>	<i>See</i>	<i>Glane</i>	<i>Broye</i>	<i>Vivisbach</i>
<b>Strafklagen und Strafanzeigen</b>	8071 (10594)	1082 (1027)	1993 (1646)	1977 (1972)	405 (380)	826 (716)	485 (536)
<b>Versöhnungsversuche:</b>	426 (549)	63 (54)	146 (141)	55 (58)	65 (55)	91 (57)	49 (37)
– davon erfolgreich	250 (352)	48 (30)	106 (102)	24 (28)	31 (32)	46 (25)	18 (14)
– davon gescheitert	171 (197)	15 (20)	40 (39)	31 (30)	22 (11)	45 (32)	14 (8)
<b>Strafbefehle</b>	7552 (9925)	992 (959)	1847 (1505)	1907 (1901)	340 (319)	718 (642)	436 (499)
– davon definitiv	7414 (9800)	976 (945)	1774 (1455)	1888 (1866)	330 (314)	699 (618)	421 (473)
– davon mit Einsprache angefochten	138 (125)	16 (14)	73 (50)	19 (35)	10 (8)	19 (24)	11 (18)
<b>Verwaltungsbeschwerden</b> (2008 erfasst)	80 (54)	27 (34)	14 (28)	17 (13)	14 (17)	24 (55)	11 (4)
<b>Baubewilligungen</b> (Heizungsanlagen inbegriffen)	857 (840)	510 (521)	647 (613)	531 (488)	281 (269)	489 (529)	271 (282)
<b>Jagdpatente</b>	394 (361)	328 (297)	572 (555)	126 (135)	178 (154)	142 (116)	178 (160)
<b>Fischereipatente</b>	1247 (1441)	846 (1125)	1930 (1865)	2346 (2109)	238 (272)	515 (461)	193 (244)



	<i>Saane</i>	<i>Sense</i>	<i>Greyerz</i>	<i>See</i>	<i>Glane</i>	<i>Broye</i>	<i>Vivisbach</i>
<b>Einsargungen</b>	14 (26)	3 (2)	2 (4)	1 (3)	1 (0)	1 (0)	0 (1)
<b>Verschiedene Bewilligungen</b>	2505 (2367)	1478 (1556)	2776 (2797)	2070 (1997)	1067 (1187)	1616 (1844)	685 (594)
<b>Freiheitsentzug (Vorfürhungen)</b>	32 (27)	2 (2)	19 (12)	0 (0)	5 (0)	3 (7)	0 (1)

## VIII. BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN UND FÜR FAMILIENFRAGEN

Co-Leiterinnen: Geneviève Beaud Spang und Regula Kuhn Hammer

### 1. Aufgaben

Das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) ist ein Organ für Beratung, Auskunft, Information, Förderung, Vollzug und Kontrolle der Anwendung des Grundsatzes der Gleichstellung von Frau und Mann und der Familienpolitik. Es setzt sich ausserdem für die Beseitigung jeglicher rechtlicher und tatsächlicher geschlechtlicher Diskriminierung ein.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Rahmen der Wahrnehmung seines Auftrags ist das GFB in verschiedenen Bereichen tätig. Es berät Personen, die sich im Rahmen des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG) geschädigt fühlen und erteilt diesen rechtliche Auskünfte. Es bietet Beratungen an, betreut Privatpersonen und erteilt Auskünfte zu Fragen im Zusammenhang mit der Diskriminierung im Berufsleben (vor allem in der Kantonsverwaltung). Es berät und informiert Privatpersonen und Berufsleute zu Fragen zu Gleichstellung und Familie.

Das Büro verfasst Stellungnahmen und beantwortet verwaltungsinterne Vernehmlassungen oder Vernehmlassungen zu Gesetzesentwürfen sowohl auf kantonaler als auch auf Bundesebene (14 Vernehmlassungen oder Stellungnahmen im Jahr 2008).

Es wirkt in der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG) und bei *egalite.ch* (der Lateinischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten) mit, namentlich im Rahmen einer Studie der Universität St. Gallen über die Auswirkungen der Steuern und Krippenkosten auf das Zweiteinkommen der Familie. Es arbeitet mit den Westschweizer Beauftragten für das öffentliche Beschaffungswesen zusammen. Es ist im Co-Präsidium des Vereins «nationaler Tochtertag – Projekttag für Buben» auf nationaler Ebene vertreten. Es beteiligt sich an einer Arbeitsgruppe der SKG, die

eine Revision ihrer Strukturen vorbereitet, sowie an der Gruppe für Rechtsfragen dieser Konferenz. Es arbeitet mit der EKFF (Eidg. Kommission für Familienfragen) zusammen und nimmt an den Sitzungen der Kontaktpersonen für Familienfragen in den Kantonen teil.

Das GFB führt das Sekretariat der kantonalen Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen. Diese hat während dem Berichtsjahr 4 Plenarsitzungen abgehalten, und eine ihrer Arbeitsgruppen hat zusammen mit dem Benevolat Netzwerk Freiburg und Pro Juventute ein Projekt zur Förderung der Anerkennung der Feiwilligenarbeit durchgeführt. Das Büro leitet auch das Sekretariat der Schlichtungskommission für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben, die aus dem Gleichstellungsgesetz des Bundes (GIG) hervorgeht. 2008 sind bei der Schlichtungskommission mehrere Fälle angezeigt worden, keiner dieser Fälle führte jedoch zu einer Schlichtungssitzung. Das GFB hat in Freiburg den nationalen Tag der kantonalen Schlichtungsstellen, der alle zwei Jahre stattfindet, durchgeführt.

Das GFB hatte das Co-Präsidium der Kantonalen Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen inne, es organisiert die Sitzungen, leitet Projekte und führt das Sekretariat. 2008 wurden 4 Plenarsitzungen abgehalten. Nachdem es in einer Arbeitsgruppe mitgewirkt hatte, die die Einsetzung eines Kooperationsmechanismus gegen Menschenhandel prüfte (eine Verordnung trat im Januar 2008 in Kraft), ist das GFB nun Mitglied einer von Staatsrat ernannten Arbeitsgruppe, die Argumente zusammenträgt und prüft im Zusammenhang mit der Ausstellung von L-Bewilligungen an Cabaret-Tänzerinnen und Tänzer aus Staaten, mit denen die Schweiz kein Abkommen über den freien Personenverkehr abgeschlossen hat. Es beteiligt sich auch an einer Arbeitsgruppe, der der Staatsrat die Ausarbeitung eines Gesetzes über die Prostitution übertragen hat.

Es organisiert den Projektausschuss für eine umfassende Familienpolitik und steht diesem vor; er ist 2008 2-mal zusammengetreten, um die schulergänzende Kinderbetreuung, Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie innerhalb der Kantonsverwaltung und die Einführung von Blockzeiten in Schulen zu behandeln. Es nimmt als Gast Einsitz im Lenkungsausschuss für eine umfassende Familienpolitik und ist Mitglied des Lenkungsausschusses im Bereich Betreuung von Kindern im Vorschulalter.

Das GFB führt das Sekretariat des Klubs für Familienfragen des Grossen Rats. Es bereitet die Einladungen vor, organisiert die Sitzungen und führt die Protokolle. Der Klub hielt 2 Generalversammlungen ab, und sein Vorstand trat an 3 Sitzungen zusammen.

Das Büro hatte zahlreiche Kontakte mit den Medien und verfasste verschiedene Medienmitteilungen, namentlich zum «nationalen Tochtertag – Projekttag für Buben».

## 2.2 Besondere Tätigkeit

Was die Informationstätigkeit betrifft, so wurde die Adresse [www.bef-bgf.ch](http://www.bef-bgf.ch) der Webseite des Gleichstellungsbüros aufgeschaltet.

**Gleichstellung von Frau und Mann.** Das Büro hat eine Untersuchung der gegenwärtigen Situation im Bereich Lohngleichheit beim Staat Freiburg organisiert. Es stützte sich dabei auf das vom eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann ausgearbeitete Programm, das für Unternehmen und die Verwaltung bestimmt ist. Das GFB organisierte ausserdem eine Weiterbildung für die Gruppe der Vertrauenspersonen bei sexueller Belästigung innerhalb der freiburgischen Staatsverwaltung und setzte die ersten beiden Ausgaben einer Informationskampagne des Staatsrats zu dieser Problematik um (Verteilung von Broschüren an das Staatspersonal und Versand eines Briefes an die Amtsvorsteherinnen und -vorsteher).

**Ausbildung von Mädchen.** Das GFB hat das Projekt WINS organisiert, das Mädchen im 2. OS-Jahr Praktika in technischen Berufen anbietet. Das Projekt erfolgte in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HES-SO) und mit der finanziellen Unterstützung des BBT. Es hat auf kantonaler Ebene die 8. Ausgabe des «Tochtertags – Projekttag für Buben» organisiert mit neuen, ergänzenden Angeboten für die Knaben: «Rollenteilende Väter erzählen aus ihrem Alltag» und «Ein Tag als Profibetreuer». Auch für die Mädchen des zweiten OS-Jahres gab es neue Projekte: «Mädchen – Technik – los!» und «Mädchen – Informatik – los!»: Tage in privaten Unternehmen, an der HTA oder an der Universität. All diese Projekte werden in Partnerschaft mit verschiedenen Dachorganisationen organisiert (GRI, SVIN, IngCH, KiTaS, Curaviva.ch). Das GFB wirkt in der Projektleitung des nationalen «Tochtertags - Projekttag für Buben» mit und stellt dem Westschweizerbüro, das die Veranstaltung koordiniert, seine Infrastruktur zur Verfügung. Das GFB hat auf kantonaler Ebene für ein neues französischsprachiges Unterrichtsmittel, das für Kindergartenkinder, Primarschülerinnen und -schüler sowie OS-Schülerinnen und -Schüler bestimmt ist, geworben: «l'Ecole de l'égalité». Es hat die Ausstellung START - Forum der Berufe, die im Januar 2009 stattfindet, vorbereitet.

**Familienpolitik.** Das GFB hat ein «Porträt der Freiburger Familien. Statistische Skizzen» erstellt. Die Publikation ist in Vorbereitung und zeigt die gegenwärtige Situation der Familien im Kanton auf. Sie wird Anfang 2009 veröffentlicht. Es hat im Projektausschuss und in

den Arbeitsgruppen für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter mitgewirkt. Es bereitet eine Aktualisierung des Familienordners vor. Das erste Kapitel zum Thema Scheidung wurde bereits ins Netz gestellt.

**Gewalt in Paarbeziehungen.** Nach dem Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes (AuG) hat das GFB im Rahmen einer Delegation der Kommission gegen die Gewalt in Paarbeziehungen mit dem Amt für Bevölkerung und Migration (BMA) zwei Gespräche geführt. Es ging dabei um die Situation von Frauen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die Opfer von Gewalt in Paarbeziehungen sind. Das Büro hat Vorträge / Kurse für die von der Problematik betroffenen Hochschulen oder Fachkreise organisiert und an der Koordination von Interventionsprojekten in der Westschweiz und der ganzen Schweiz mitgewirkt. Es hat sich im deutschsprachigen Kantonsteil an einer von den Sozialarbeiterinnen und -arbeitern der OS organisierten Präventionskampagne, die sich an Jugendliche richtete, beteiligt: «Respect. Give it. Get it».

## IX. LANDWIRTSCHAFTLICHES INSTITUT DES KANTONS FREIBURG

### 1. Aufgaben

Direktor: Francis Egger

Das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve (LIG) ist seinem Bildungs- und Dienstleistungsauftrag gemäss den gesetzlichen Bestimmungen von Bund und Kanton nachgekommen. In seinen Berufsschulen und Fachschulen gewährleistete das Institut die Ausbildung im Bereich Landwirtschaft, Agrokaufmannswesen, Agrotechnik, Forstwirtschaft, Gartenbau, Milchwirtschaft, Lebensmitteltechnologie und Hauswirtschaft. Bei den Dienstleistungsaufträgen handelt es sich mehrheitlich um öffentliche Aufträge in den Bereichen Weiterbildung, um Beratungs- und Kontrollaufträge und um die Bereitstellung von Ressourcen.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Berufsbildung

Die drei Berufsbildungszentren des LIG, die vom Aufsichtsrat und den Konsultativkommissionen unterstützt werden, arbeiteten ordnungsgemäss im Dienste der 975 (984) Schülerinnen und Schüler.

#### 2.2 Ausbildung Naturberufe

	Anzahl Schüler/ Kandidaten
Landwirtlehre	153 (164)
Fachschule Landwirtschaft (Wintersemester)	144 (139)
Forstwartlehre	51 (46)
Gärtnerlehre	112 (133)
Vorbereitungskurs für den eidg. landwirtschaftlichen Fachausschuss	53 (56)
Vorbereitungskurs für die landwirtschaftliche Meisterprüfung	46 (54)
HF Agrokaufmann/-frau und Agrotechniker/-in	23 (7)

Seit dem Transfer der Berufsbildung für Gärtnerinnen und Gärtner von der Gewerblichen und Industriellen Berufsschule an das LIG ist ein Jahr vergangen. Da an den beiden Schulen unterschiedliche Betriebskulturen geherrscht hatten, wurden von beiden Seiten grosse Anstrengungen unternommen, um mit der Unterstützung des Amtes für Berufsbildung und dem Freiburger Arbeitgeberverband eine reibungslose Umsetzung dieses Projekts gewährleisten zu können. Nach dem mehr als einjährigen Betrieb kann eine positive Bilanz gezogen werden. Zwischen den verschiedenen Partnern hat sich ein Vertrauensverhältnis gebildet. In diesem Sinne hat der Gärtnermeisterverband des Kantons Freiburg an einer ausserordentlichen Versammlung beschlossen, dem Bildungszentrum für Naturberufe die Organisation der überbetrieblichen Kurse und die Anstellung eines vollzeitbeschäftigten Kursleiters zu übertragen. Im gleichen Geiste hat der Freiburger Bauernverband dem Bildungszentrum die Leitung der überbetrieblichen Kurse ab Herbst 2009 übertragen. Diese Vertrauensbeweise stellen eine zusätzliche Verantwortung dar, die das Bildungszentrum ernst nimmt, um eine bestmögliche Grundlage für den beruflichen Erfolg seiner Schülerinnen und Schüler bieten zu können.

Zwei neue Ausbildungen vom Typ Höhere Fachschule sind 2008 entstanden. Es handelt sich einerseits um die Ausbildung zum/zur Agrokaufmann/frau, die von der Ausbildung mit eidg. Fähigkeitszeugnis zur Höheren Fachschule geworden ist, und andererseits um die Ausbildung zum/zur Agrotechniker/in. Diese neue Ausbildung, die einerseits aus einer gemeinsamen Grundausbildung und andererseits aus zwei Spezialisierungen (Handel und Technik) besteht, entspricht einer spürbaren Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt; zurzeit zählt die Ausbildung zwanzig Schülerinnen und Schüler. Die Einführung der Ausbildung ist für die Lehrerschaft zwar mit einem grossen zusätzlichen Arbeitsaufwand verbunden, doch gleichzeitig stärkt sie die Stellung von Grangeneuve im Bereich der landwirtschaftlichen Bildung auf regionaler wie nationaler Ebene.

### 2.3 Milchwirtschaftliche und lebensmitteltechnologische Ausbildungen

	Anzahl Schüler / Kandidaten
Einführungskurs I + II	67 (76)
Lehre Milchtechnologin / Milchtechnologe	123 (113)
Lehre Lebensmitteltechnologin / Lebensmitteltechnologe	44 (37)
Vorbereitungskurs zur eidg. Berufsprüfung der Milchtechnologen	6 (10)
Vorbereitungskurs zur Höheren Fachprüfung für Milchtechnologen	— (9)
Höhere Fachschule für Lebensmitteltechnologie	19 (13)

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler am Milchwirtschaftlichen und Lebensmitteltechnologischen Bildungszentrum hat im Vergleich zu den Vorjahren zugenommen; noch nie gab es so viele Lernende am Bildungszentrum wie dieses Jahr. Der erste Jahrgang von Lebensmittelpraktikerinnen und -praktikern hat

im Sommer 2008 mit der Ausbildung begonnen. Um das Angebot der Vorbereitungskurse zur eidgenössischen Berufsprüfung und zur Höheren Fachprüfung in Milchtechnologie zu verbessern, wurde beschlossen, mit der anderen Schule, die in der Schweiz diese Art von Ausbildung anbietet, zusammenzuarbeiten: Sursee. Es konnte eine Vereinbarung über den Austausch von Kursunterlagen unterzeichnet werden.

### 2.4 Hauswirtschaftliche Ausbildung

	Anzahl Schüler / Kandidaten
Gemeinsame Grundausbildung: Hauspfleger/in	— (18)
Fachfrau / Fachmann Hauswirtschaft	— (18)
Hauswirtschafterin, modulare Ausbildung	33 (33)
Vorbereitungskurs für die eidg. Fachausweis- und Diplomprüfungen	5 (7)
Lehre Fachfrau / Fachmann Hauswirtschaft	42 (37)
Grundbildung Hauswirtschaftspraktiker / in	23 (17)
Lehre für Hauspfleger / in	31 (19)

Das erste Jahr der gemeinsamen Grundausbildung für Fachfrau / Fachmann Hauswirtschaft wurde zu Gunsten des letzten Jahrgangs von Hauspflegerinnen und Hauspflegern aufgehoben. Die Unterrichtenden des Bildungszentrums für Hauswirtschaft geben ebenfalls ungefähr 1700 Unterrichtseinheiten an der Berufsfachschule Soziales – Gesundheit.

Seit Beginn des Schuljahrs besuchen die Lernenden aus Seedorf die Berufsbildungskurse für Hauswirtschaftspraktiker / in im Bildungszentrum, was eine zweifache Durchführung des ersten Jahres erforderlich machte. Es wurden 21 Lehrverträge zwischen dem Freiburger Lehrbetriebsverbund Fachfrau / Fachmann Hauswirtschaft und Hauswirtschaftspraktiker / in und den Lernenden unterzeichnet, was einer praktischen Verdoppelung der Anzahl Verträge innerhalb eines Jahres entspricht.

### 2.5 Milchwirtschaft

Der milchwirtschaftliche Beratungsdienst CASEi hat seine Tätigkeit bei rund 270 Käsern und 4 000 Milchproduzenten wie bisher wahrgenommen.

Das Freiburgerische Agro-Lebensmittellabor hat für die gleichen Kunden zahlreiche Analysen vorgenommen. Für seinen Partner Süsselab in Zollikofen hat es die Milchproben aus den Kantonen Freiburg, Neuenburg, Waadt und Jura gesammelt.

### 2.6 Beratung und Dienstleistungen

Der landwirtschaftlichen Beratung sind 2 122 Personen und der bäuerlich-hauswirtschaftlichen Beratung 776 Personen angeschlossen.

Die Buchhaltungsabteilung hat 1 126 Buchhaltungen abgeschlossen. 62% davon wurden von den Landwirten auf dem Computer geführt.

2008 waren die Stationen unter anderem in folgenden Bereichen tätig:

- Leitung und Anwendung der Massnahmen zur Bekämpfung des Feuerbrands, der sich vor allem im Intyamou und in Kerzers ausgebreitet hat (1 100 vernichtete Bäume)
- Koordination mehrerer Projekte zur ökologischen Vernetzung und Mitwirkung beim Dossier «Landwirtschaft und Umwelt»
- Organisation von Alpinspektionen und Verfassen der dazugehörigen Berichte
- Durchführung von Anbauversuchen in Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Forschungsanstalten des Bundes (ACW, ART, ALP) und Swissgrainum
- Bereitstellung von Ressourcen für die kantonalen Zuchtverbände und die Organisation der Milchvieh-, Zuchtstier- und Kleinviehmärkte in Bulle
- Mitwirkung an den Projekten «Parc naturel régional Gruyère / Pays-d'Enhaut» und Agrotourismus Senseland
- Betreuung der Dossiers von Landwirten in Schwierigkeiten in Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten
- 11 Informationssitzungen zur BVD-Ausrottung und zur Impfung gegen die Blauzungenkrankheit, in Zusammenarbeit mit dem Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
- Durchführung von Sitzungen in den Beratungsspektoren zur Informierung über die Auswirkungen der Agrarpolitik 2007, insbesondere was die Direktzahlungen betrifft
- Individualberatung für Landwirtinnen und Landwirte des Kantons in allen Bereichen der Produktion und Betriebsverwaltung
- Mitwirkung, zusammen mit dem Freiburgischen Alpwirtschaftlichen Verein, bei Projekten zur Revitalisierung der Alpwirtschaft
- Co-Organisation der sieben «Tage der offenen Tür» zusammen mit dem Freiburgischen Bauernverband und den ehemaligen Schülerinnen und Schülern der Landwirtschaftsschule Grangeneuve
- Weiterbildung für Landwirtinnen und Landwirte.

## 2.7 Besondere Ereignisse

Folgende Ereignisse sind zu erwähnen:

- Der Milchtage «Milch 08» auf dem Landwirtschaftsbetrieb der Abbaye de Sorens, der mehr als 1 000 Personen die Möglichkeit bot, sich über Themen rund um die Kuh zu informieren, von der Weide bis hin zum Käse
- Co-Organisation der Jubiläumsveranstaltung «50 Jahre Beratung im ländlichen Raum» zusammen mit Agridea und dem Beratungsforum Schweiz (Forum la Vulg Suisse)
- Schaffung der Höheren Fachschule für Agrokaufleute und Agrotechnikerinnen und -techniker
- Erneuerung der Akkreditierung ISO 9001.

## X. NUTZTIERVERSICHERUNGSANSTALT

### 1. Aufgaben

Verwalter: Hubert Jungo

Die Nutztiersversicherungsanstalt (SANIMA) ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie ist administrativ der ILFD zugewiesen. Sie ist beauftragt:

die Nutztiere entsprechend dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und gemäss den Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Februar 2003 über die Nutztiersversicherung zu versichern;

die Aufgaben wahrzunehmen, die ihr durch das Ausführungsgesetz vom 22. Mai 1997 zur Bundesgesetzgebung über die Entsorgung tierischer Abfälle übertragen werden.

### 2. Tätigkeit

Gemäss dem Gesetz vom 13. Februar 2003 über die Nutztiersversicherung (NTVG) sind die Tätigkeit und die Jahresrechnung Gegenstand eines separaten Berichts der Verwaltungskommission der SANIMA. Es wird auf den besagten Bericht verwiesen.

## XI. PERSONALBESTAND

<i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen</i>	<i>Rechnung 2008 VZÄ</i>	<i>Rechnung 2007 VZÄ</i>	<i>Differenz VZÄ</i>
<b>INSTITUTIONEN, LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT</b>	<b>359,86</b>	<b>333,61</b>	<b>26,25</b>
ZENTRALVERWALTUNG	190,96	164,55	26,41
3400 / ICAS Generalsekretariat	8,58	7,53	1,05
3405 / ETCI Amf für Zivilstandswesen und Einbürgerungen	22,41	23,19	-0,78
3410 / PREF Oberämter	38,60	38,04	0,56
3415 / DECO Amt für Gemeinden	8,09	8,03	0,06
3425 / AGRI Amt für Landwirtschaft	22,38	10,76	11,62
3430 / OVET Veterinäramt	35,14	10,92	24,22
3435 / AFON Meliorationsamt		11,96	-11,96
3445 / SFOR Amt für Wald	55,00	36,45	18,55
3455 / CHPE Sektion für Wild und Fischerei		16,92	-16,92
3460 / VILA Weinberge Lavaux	0,76	0,75	0,01
BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN	168,90	169,06	-0,16
3440 / IAGR Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg	142,59	136,85	5,74
3441 / SICL Amf für Milchwirtschaftliche Kontrolle und Beratung		3,21	-3,21
3445 / SFOR Amt für Wald	25,07	27,75	-2,68
3461 / VIVU Weinberge Wistenlach	1,24	1,25	-0,01

# VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTION

<b>I. Direktion und Generalsekretariat</b> .....	<b>1</b>
1. Aufgaben.....	1
2. Tätigkeit.....	1
3. Interkantonale Zusammenarbeit .....	3
4. Streitigkeiten.....	3
5. Gesetzgebung .....	3
<b>II. Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg</b> .....	<b>3</b>
1. Aufgaben.....	3
2. Tätigkeit.....	4
3. Neue Regionalpolitik.....	4
4. Wirtschaftsförderungsmaßnahmen (Gesetz vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung).....	5
<b>III. Amt für den Arbeitsmarkt</b> .....	<b>5</b>
1. Aufgaben.....	5
2. Ordentliche Tätigkeit.....	5
<b>IV. Öffentliche Arbeitslosenkasse</b> .....	<b>9</b>
1. Aufgaben.....	9
2. Tätigkeit.....	9
<b>V. Handelsregisteramt</b> .....	<b>10</b>
1. Aufgaben.....	10
2. Tätigkeit.....	10
3. Gesetzgebung .....	11
<b>VI. Amt für Verkehr und Energie</b> .....	<b>11</b>
1. Aufgaben.....	11
2. Tätigkeit.....	11
<b>VII. Amt für Statistik</b> .....	<b>13</b>
1. Aufgaben.....	13
2. Tätigkeit.....	13
<b>VIII. Wohnungsamt</b> .....	<b>15</b>
1. Aufgaben.....	15
2. Tätigkeit.....	15
<b>IX. Amt für Berufsbildung</b> .....	<b>17</b>
1. Aufgaben.....	17
2. Tätigkeit.....	17
<b>X. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft</b> .....	<b>19</b>
1. Aufgaben.....	19
2. Tätigkeit.....	19
3. Gesetzgebung .....	23
<b>XI. Personalbestand</b> .....	<b>24</b>

## DIREKTION

## I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

### 1. Aufgaben

Die Volkswirtschaftsdirektion (VWD) ist für die Förderung der Wirtschaft des Kantons einschliesslich des Tourismus zuständig. Sie beschäftigt sich ferner mit dem Verkehr, der Energie, dem Wohnen und der Statistik. Sie gewährleistet über das Handelsregister die Transparenz und die Sicherheit des Geschäftsverkehrs. Sie befasst sich zudem mit allen Fragen der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit sowie der Berufsbildung, der höheren Bildung und der Nachdiplombildung in Technik und Wirtschaft. Die Direktion wird von Beat Vonlanthen, Staatrat, geleitet.

Das Generalsekretariat steht seit dem 1. Juli 2008 unter der Verantwortung von Christophe Aegerter, Generalsekretär. Er unterstützt die Leitung und Verwaltung der Direktion und führt die ihm übertragenen Aufgaben hauptsächlich auf planerischer, logistischer und repräsentativer Ebene aus. Er übt Stabsaufgaben aus und unterstützt die Verwaltungseinheiten der Direktion.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Berichtsjahr wurde durch die Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP) im Kanton Freiburg geprägt. Konkretisiert wurde die NRP durch die Unterzeichnung der Programmvereinbarung mit dem SECO, die Annahme des Reglements über den Fonds für die NRP sowie durch die Prüfung der ersten beiden Projekte, die von diesem Fonds unterstützt werden (das Wissenschafts- und Technologiezentrum des Kantons Freiburg [WTZ] und die wirtschaftliche Innovationsplattform [INNOFR]). Die VWD hat sich ferner mit der Erarbeitung einer kantonalen Strategie im Bereich der Schwarzarbeit beschäftigt und die Erfolgskontrolle von zwei wichtigen Projekten übernommen: der Kauf der Schule für Multimedia und Kunst Freiburg (EMAF) durch den Kanton und die Erneuerung der Freiburger Basissseilbahnen. Die damit verbundenen zwei Dekrete wurden zu Jahresende vom Grossen Rat angenommen.

#### 2.2 Besondere Ereignisse

##### 2.2.1 Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission fällte 2008 insgesamt **87 Entscheide**:

- 71 Bewilligungen;
- 3 Entscheide über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht;
- 7 Aufhebungen von Auflagen;
- 2 Kennnismnahmen vom Rückzug eines Gesuchs;
- 1 Zusatzerwerbung;
- 1 Entscheid gemäss Art. 8 Abs. 1 Bst. d BewG (Zwangsverwertung);

- 1 Entscheid gemäss Art. 8 Abs. 1 Bst. c (gemeinnütziger Zweck);
- 1 Entscheid gemäss Art. 8 Abs. 1 Bst. b (ausländisch beherrschte Versicherungseinrichtung).

Die **71 Bewilligungen** betrafen:

- 25 Bewilligungen für den Verkauf von Sozialwohnungen;
- 46 Ferienwohnungen:
 

- Sektor Jauntal und Berra	18
- Sektor Vivisbach	7
- Sektor Greyerz	3
- Sektor Sense	14
- Sektor Bulle	4

#### 2.2.2 Tourismus

Gemäss den jüngsten Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) verzeichnete die Schweizer Hotellerie, die den wichtigsten Zweig der Branche darstellt, 2008 eine Zunahme der Übernachtungen um etwa 2,7%. Diese Bilanz ist umso erfreulicher, als die Zahlen von 2007 bereits auf eine deutliche Intensivierung der Tätigkeit hinwiesen.

Ausgehend von den verfügbaren Informationen hat das BFS für die Hotellerie ein Jahresergebnis von 37,3 Millionen Übernachtungen errechnet, was einer Zunahme von knapp einer Million Übernachtungen entspricht. Dieses Resultat erreicht schon fast die Rekordergebnisse früherer Zeiten.

Im Gesamtergebnis haben die Übernachtungen von Schweizer Gästen um 370 000 (+ 2,4%) zugenommen. Die Übernachtungen von ausländischen Gästen, die 57% der Gesamtnachfrage ausmachen, nahm um etwa 2,8% zu, und zwar hauptsächlich dank den europäischen Gästen aus den klassischen Herkunftsländern: Deutschland (+ 230 000 Übernachtungen, bzw. 3,8%), Frankreich (+ 71 000, bzw. 5,2%) und Italien (+ 24 000, bzw. 2,1%). Ausserdem wurden bei den Ländern, deren nationale Fussballteams in der Endrunde der Europameisterschaft in der Schweiz spielten, einige spektakuläre Wachstumsraten registriert: Holland (+130 000 Übernachtungen, bzw. 14%), Portugal (+ 18 400, bzw. 16,9%) und Türkei (+ 22 000, bzw. 28,2%). Die Gästezahl aus Übersee hat hingegen im Vergleich zum Vorjahr abgenommen: - 147 000 Übernachtungen, bzw. - 8,8% Touristen aus Amerika und - 61 000, bzw. - 11% Touristen aus Japan. Dieser Rückgang lässt sich hauptsächlich durch die ungünstigen Wechselkurse erklären.

Wie die übrige Schweiz verzeichnet auch die Freiburger Hotellerie weiterhin deutlich bessere Resultate gegenüber den Vorjahren, in denen sie auch schon sehr gut abgeschnitten hat. Knapp 17 600 Übernachtungen mehr (d. h. eine Zunahme um 4,6%) wurden registriert, die sowohl Schweizer Gästen (+ 5,9%) als auch ausländischen Gästen (+ 2,6%), insbesondere Gästen aus den Niederlanden (+ 35,9%), Deutschland (+ 11,4%) und Spanien (+ 9,2%), zu verdanken sind. Hinzu kommt, dass auch die Anzahl Ankünfte/Gäste um rund 6% zugenommen



hat, was den steigenden Bekanntheitsgrad und die Vertrauenswürdigkeit des Freiburger Tourismusangebots bestätigt.

In der Parahotellerie, die für das Freiburgerland von Bedeutung ist, sich aber hauptsächlich auf Zweitwohnungen abstützt und folglich weniger kommerziell und weniger konjunkturabhängig ist, weisen die ersten Ergebnisse von 2008 auf eine Stabilisierung der Resultate der vergangenen Jahre hin.

In Bezug auf die Übernachtungen fällt die Bilanz des Freiburger Tourismus für 2008 sehr positiv aus. Ebenso erfreulich sind die Resultate beim Tagestourismus, denn der Winter 2007/08 war schneereich, und auch im Sommer haben sich die meisten Regionen des Kantons mit den registrierten Besucherzahlen zufrieden erklärt.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2008 besonders – und positiv – prägten, sind ausserdem zu erwähnen:

- die Beherbergung verschiedenster Gäste im Zusammenhang mit der Euro 08 (französische Fussballnationalmannschaft, Medienzentren, Zustrom von Fans);
- die ausserordentliche, im Dezember 2008 durch den Grosse Rat beschlossene, finanzielle Hilfe von 25 Millionen Franken, die über den Tourismusförderungsfonds die Erneuerungsprojekte der wichtigsten Basisseilbahnen des Kantons unterstützt: La Berra, Charmey, Jaun, Moléson-sur-Gruyères und Schwarzsee;
- die Erarbeitung eines analytischen und prospektiven Dokuments durch den Freiburger Tourismusverband (FTV), das unter dem Titel «VISION 2030» die Entwicklungsstrategie des Freiburger Tourismus festhält. Der FTV will seine Tätigkeit in Zukunft an dieser Vision orientieren;
- der Beginn oder die Vollendung mehrerer grösserer Bau-, Umbau- oder Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiedenen Orten im Freiburgerland: Bulle, Freiburg, Gruyères;
- die Durchführung zahlreicher Werbekampagnen in der Schweiz, in Deutschland, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Italien und den Vereinigten Staaten durch den FTV in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen und den kantonalen Entwicklungsschwerpunkten, aber auch im Rahmen wichtiger Partnerschaften mit Schweiz Tourismus, Genf Tourismus, dem Amt für Tourismus des Kantons Waadt und Wallis Tourismus;
- der Empfang von über 80 Tourismusmedien und Partnern durch den FTV in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus und den wichtigsten Freiburger Tourismusregionen und -orten, u. a. aus Deutschland, Kanada, den USA, Frankreich, Grossbritannien, Ungarn, Italien, Russland und der Schweiz;

- die Weiterführung der Aktivitäten des kantonalen Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing, der durch das Gesetz vom 13. Oktober 2005 über den Tourismus eingerichtet wurde, um die Werbeprojekte der Tourismusregionen des Kantons zu unterstützen (Estavayer-le-Lac und Region, Freiburg und Region, Châtel-St-Denis/Vivisbach, Greyerz, See, Romont/Glane sowie Schwarzsee-Senseland);
- die Durchführung verschiedener Tourismusveranstaltungen von nationaler und internationaler Bedeutung, darunter die Lancierung des nationalen Netzwerks für den Langsamverkehr «SchweizMobil» in Vully oder die beiden «Slow Up» vom Murtensee und vom Greyerzersee;
- die Herausgabe mehrerer Drucksachen und Materialien des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung, insbesondere die Broschüre «Freiburgerland – Emotionen» (Basisdokument mit Infoteil zum touristischen Ganzjahresangebot im Kanton), der «Hotelführer», das Werbeblatt «Highlights», die Broschüre «Top-Angebote» und das «Wanderprogramm»;
- die zeitlich gestaffelte Inbetriebnahme der nunmehr koordinierten Webseiten der wichtigsten Tourismusorte des Kantons, parallel zum Betrieb des kantonalen Telematiksystems für Informationen und Direktreservierungen durch den FTV für das Freiburger Tourismusangebot;
- der Betrieb der beiden kantonalen Tourismusinformationsstellen an den Raststätten Greyerz und Lully;
- die Herausgabe – mittlerweile über das Internet – des Mitteilungsorgans des FTV «Tourismus-Info»;
- die Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zugunsten von dreizehn (der insgesamt achtzehn) lokalen Tourismusorganisationen im Jahr 2008;
- die Erschliessung und die Beschilderung mehrerer Routen für den Langsamverkehr im Rahmen des nationalen Projekts SchweizMobil sowie die touristische Nutzung der Freizeitwegnetze des Freiburgerlands;
- die Durchführung und der Abschluss der ersten Phase der Bestandaufnahme des kantonalen Wanderwegnetzes;
- die Auszeichnung von drei weiteren touristischen Leistungsanbietern in Freiburg mit dem Qualitätslabel für den Schweizer Tourismus.

Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag für die Tätigkeiten des FTV und dem Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing der Region, zu dem etwa 1 300 000 Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste kamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.

Der kantonale Tourismusförderungsfonds, der am 31. Dezember 2008 einen Saldo von 1 490 000 Franken aufwies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt. In diesem Zusammenhang bestätigt der Verwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 1 020 000 Franken. Zu diesen ordentlichen Tätigkeiten kamen alle Arbeitsschritte im Vorfeld der ausserordentlichen Unterstützung der Freiburger Basisseilbahnen, die dem Grossen Rat zu Jahresende vorgelegt wurde.

### 3. Interkantonale Zusammenarbeit

Der Volkswirtschaftsdirektor ist Mitglied von vier interkantonalen Konferenzen.

*Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)*

Die VDK traf sich 2008 zu zwei Sitzungen und am 23. Oktober zur Generalversammlung. Sie befasste sich insbesondere mit:

- den Bilateralen Schweiz-EU und den flankierenden Massnahmen;
- der Landeswerbung;
- der Finanzkrise;
- der Stiftung Forschung Schweiz.

*Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)*

Die VDK-Westschweiz traf sich 2008 zweimal und behandelte insbesondere folgende Themen:

- das Konzept der Wirtschaftsförderung;
- die Revision der Statuten der VDK-Westschweiz;
- das Netzwerk PLATINN-Alliance.

*Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)*

Die KöV hielt am 18. und 19. September 2008 ihre Generalversammlung ab. Sie prüfte namentlich Probleme und Fragen im Zusammenhang mit den Ausschreibungen, dem Wettbewerb und der Sanierung der Pensionskasse SBB / ASCOOP.

*Konferenz kantonalen Energiedirektoren*

Diese Konferenz traf sich 2008 zu zwei Sitzungen und behandelte insbesondere:

- das nationale Gebäudesanierungsprogramm;
- den Energiepreis;
- die Revision des Energiegesetzes.

### 4. Streitigkeiten

Die Direktion behandelt gemäss Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Entscheide ihrer Dienststellen, sofern das Gesetz keine direkte Beschwerde an das Verwaltungsgericht vorsieht. Der Stand der Beschwerden aus dem Jahr 2008 sieht wie folgt aus:

Eingereichte Beschwerden:	22
Bearbeitete Beschwerden:	28

davon

Gutgeheissen:	0
Teilweise gutgeheissen:	4
Abgewiesen:	15
Gegenstandslos oder zurückgezogen:	6
Unzulässig:	3
Am 1. Januar 2008 bei der VWD noch hängig:	8

Die Beschwerden betreffen die folgenden Dienststellen: Wohnungsamt, Amt für den Arbeitsmarkt, Hochschule für Wirtschaft, Hochschule für Technik und Architektur, Amt für Verkehr und Energie, Amt für Berufsbildung. Drei Ablehnungsentscheide wurden an das Verwaltungsgericht weitergezogen, eine Beschwerde zu den Gebühren wurde teilweise gutgeheissen, zwei andere Fälle sind noch hängig.

## 5. Gesetzgebung

### 5.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 3. September 2008 über Verpflichtungskredite 2008–2011 nach dem Gesetz über die Wirtschaftsförderung.

Dekret über die Gewährung eines Verpflichtungskredits für den Erwerb des Gebäudes «La Timbale» und seiner Ausstattung, zurzeit Eigentum der Firma Schule für Multimedia und Kunst Freiburg AG (EMAF).

Dekret vom 3. Dezember 2008 über eine finanzielle Beteiligung des Kantons Freiburg an der Erneuerung der Basisseilbahnen von La Berra, Charmey, Jaun, Moléson-sur-Gruyères und Schwarzsee.

### 5.2 Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 31. März 2008 zur Änderung des Beschlusses über die Festsetzung eines Normalarbeitsvertrages für die Mitarbeiter im Hausdienst.

Verordnung vom 16. September 2008 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2007.

Reglement vom 10. Juni 2008 über den Wirtschaftsförderungsfonds.

## II. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG KANTON FREIBURG

### 1. Aufgaben

Die Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg ist beauftragt, das Freiburger Wirtschaftsnetz auszubauen und die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung zu begünstigen, indem sie die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Erweiterung der Aktivität bestehender Unternehmen fördert. Sie ist ferner für die Umsetzung der Neuen Regionalpolitik auf Kantonsebene zuständig. Die Wirtschaftsförderung wird von Thierry Mauron, Dienstchef, geleitet.

## **2. Tätigkeit**

### **2.1 Aktivitäten im Ausland**

Die Wirtschaftsförderung unterstützte 2008 die Ansiedelung von rund fünfzehn neuen ausländischen Unternehmen im Kanton Freiburg, die grösstenteils aus den Vereinigten Staaten stammen, aber auch aus Frankreich, Belgien und Deutschland.

Die meisten dieser neu angesiedelten Unternehmen sind im Dienstleistungssektor tätig und werden insgesamt rund 150 Arbeitsstellen schaffen.

#### **2.1.1 Direkte Kontaktaufnahme**

Die Aquisitionstätigkeit im Ausland konzentrierte sich grösstenteils auf den nordamerikanischen Markt, woher die meisten der 2008 neu angesiedelten ausländischen Unternehmen stammen. Zwei Unternehmen aus dem Silicon Valley, die im Bereich der Spitzentechnologie tätig sind, haben ihren internationalen/europäischen Firmensitz im Kanton Freiburg eingerichtet.

Die Besuchsserien vor Ort ermöglichten Kontaktaufnahmen mit rund zwanzig multinationalen Unternehmen sowie mehreren international tätigen Unternehmen. Im Rahmen dieser Besuche organisierte die Wirtschaftsförderung auch Treffen mit zahlreichen Unternehmensberatern, Verbänden und anderen Partnern, deren Kunden oder Mitglieder neue Projekte generieren könnten. Ausserdem nahm die Wirtschaftsförderung an mehreren Fachtagungen auf verschiedenen Gebieten teil.

Dank diesen Aktivitäten konnten rund zwanzig ausländische Unternehmen, darunter sieben amerikanische multinationale Unternehmen, zu einem Besuch im Kanton angeregt werden, um die Ansiedlungsbedingungen und die Möglichkeiten einer Entwicklung ihrer Tätigkeiten genauer zu prüfen.

#### **2.1.2 Gemeinsame Aktivitäten mit anderen Partnern**

Die enge Zusammenarbeit mit der Genfer Wirtschaftsförderung ermöglichte zahlreiche Kontakte mit internationalen Unternehmen, die sich für die jeweiligen oder kombinierten Stärken der Kantone Genf und Freiburg interessierten. Dank der Unterstützung der Freiburger Wirtschaftsförderung konnten zwei amerikanische internationale Unternehmen von einer Ansiedelung im Kanton Genf überzeugt werden. Die Wirtschaftsförderung Genf hat ihrerseits die Ansiedelungen einer deutschen Gesellschaft sowie eines schweizerisch-luxemburgischen Industriebetriebs in Freiburg unterstützt.

Die gemeinsamen Interessen der Kantone Freiburg und Genf werden unter anderem auch in Hongkong und in Ostchina vertreten, in der Person eines dort tätigen Schweizer Rechtsanwalts, mit dem eine Zusammenarbeitsvereinbarung unterzeichnet wurde. Für die Neuansiedelungen im Kanton waren die Kompetenzen der Freiburger Hochschulen, die Verfügbarkeit von lokal ausgebildeten Fachkräften sowie die Unterstützung

durch bereits hier niedergelassene Unternehmen entscheidend.

### **2.2 Aktivitäten im Kanton**

#### **2.2.1 Wirtschaftsförderung im Kanton**

Von den im Jahr 2008 betreuten Unternehmen kam knapp die Hälfte in den Genuss der internen Wirtschaftsförderung (Unterstützung von Freiburger Unternehmen für ihre Erweiterungsprojekte, Niederlassung von Schweizer Unternehmen im Kanton). Rund fünfzehn Unternehmen wurden ausserdem bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten oder nach Bauland unterstützt.

#### **2.2.2 Kontaktstelle für Unternehmen**

Die Kontaktstelle für Unternehmen hat rund dreissig Firmen und Unternehmensgründer beraten und sie auf die verschiedenen Partner der Wirtschaftsförderung aufmerksam gemacht. Besonders der Verein Fri Up spielt auf diesem Gebiet eine zentrale Rolle; er bietet interessierten Unternehmen massgeschneiderte Lösungen an, die den jeweiligen Bedürfnissen entsprechen.

#### **2.2.3 Bürgschaftsgenossenschaft West-Schweiz – KMU (CRC-PME) – Zweigstelle Freiburg**

Die Zweigstelle Freiburg der Bürgschaftsgenossenschaft West-Schweiz – KMU (CRC-PME), deren Sekretariat sich zurzeit bei der Wirtschaftsförderung befindet, hat ihre Tätigkeit offiziell im Januar 2008 aufgenommen. In diesem ersten Jahr konnten mit Bürgschaften acht Freiburger Unternehmen unterstützt werden, 36 wurden über die Tätigkeit der CRC-PME informiert.

Jungunternehmen und KMU haben oft Schwierigkeiten, Bankkredite zu erhalten. Die CRC-PME erleichtert ihnen deshalb den Zugang zu Fremdkapital, besonders wenn die Kreditpolitik der Banken aus Konjunkturgründen restriktiver ist.

#### **2.2.4 Frühstücks-Treffen der Wirtschaftsförderung**

Die Wirtschaftsförderung organisiert neu das so genannte «Frühstücks-Treffen der Wirtschaftsförderung». Es richtet sich an Vertreterinnen und Vertreter von Banken, Anwaltskanzleien, Beratungs- und Treuhandgesellschaften des Kantons. Die Wirtschaftsförderung will diese Gelegenheit nutzen, um über aktuelle Themen der Wirtschaft zu informieren.

Das erste Frühstücks-Treffen fand am 18. November statt und war der Bürgschaftsgenossenschaft West-Schweiz – KMU (CRC-PME) gewidmet. Das Treffen soll in Zukunft drei- bis viermal pro Jahr stattfinden.

## **3. Neue Regionalpolitik**

Das Bundesgesetz über Regionalpolitik und das revidierte Gesetz über die Wirtschaftsförderung sind am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Auf der Grundlage

des kantonalen Umsetzungsprogramms für die Jahre 2008–2011 haben der Kanton und der Bund eine Programmvereinbarung unterzeichnet, die in der erwähnten Zeitspanne alle Aspekte der Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP) regelt.

Der Staatsrat hat das Reglement vom 10. Juni 2008 über den Wirtschaftsförderungs-Fonds und der Grosse Rat das Dekret vom 3. September über Verpflichtungskredite 2008–2011 nach dem Gesetz über die Wirtschaftsförderung, das Kredite in der Höhe von 23 100 000 Franken vorsieht, angenommen. Diese beiden Gesetzestexte ergänzen das Gesetz über die Wirtschaftsförderung und ermöglichen eine optimale Anwendung der NRP.

Im August wurde die Website der NRP ([www.regional-innovation.ch](http://www.regional-innovation.ch)) online geschaltet. Sie stellt Interessierten, die ein Unterstützungsgesuch für ein Projekt beantragen wollen, die nötigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung.

Die NRP unterscheidet drei Interventionsebenen: die kantonale, die interkantonale und die grenzüberschreitende Strategie. Im Rahmen der kantonalen Strategie wurden die zwei ersten Projekte genehmigt. Es handelt sich einerseits um die Gründung des Wissenschafts- und Technologiezentrums des Kantons Freiburg (WTZ-FR), das die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor auf dem Gebiet der angewandten Forschung fördert, und andererseits um die Innovationsplattform für Betriebe (INNO-FR), welche die Innovationskapazität bestehender Unternehmen steigern und die Unternehmensgründung auf diesem Gebiet fördern soll. Ferner wurden mit allen Regionalverbänden Verhandlungen über den Abschluss einer Leistungsvereinbarung aufgenommen, um die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Regionen im Rahmen der NRP zu regeln.

Die interkantonale Strategie gliedert sich in die Aktivitäten der Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz ein. In diesem Rahmen wurden drei Fachplattformen sowie ein Innovationsförderungsprogramm für KMU lanciert.

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Strategie wurde das Projekt einer Plattform Frankreich–Schweiz für Tourismusförderung rund um den Genfersee gewählt.

Der finanzielle Beitrag des Kantons an die NRP beläuft sich für 2008 auf 428 979 Franken für die kantonale Strategie, auf 302 221 Franken für die interkantonale Strategie und auf 12 500 Franken für die grenzüberschreitende Strategie.

#### 4. Wirtschaftsförderungsmassnahmen (Gesetz vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung)

##### 4.1 Entscheide

Im Jahr 2008 prüfte die Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen fünf Gesuche, die in der Folge alle bewilligt wurden. Zwei weitere Gesuche wurden dem Staatsrat vorgelegt, sie wurden ebenfalls bewilligt.

#### 4.2 Stand der Bürgschaften

Bürgschaften gemäss Bonny-Beschluss	Anzahl	Betrag Fr.
Stand am 31.12.2008	7	9 114 750

#### 4.3 Zinskostenbeiträge an Unternehmen

	Betrag der Zinskostenbeiträge Fr.
Ab dem Jahr 1987 bis Ende 2007 ausbezahlte Zinskostenbeiträge	17 389 820
Bis Ende 2008 ausbezahlte Zinskostenbeiträge	1 920 000
<b>Total</b>	<b>19 309 820</b>

### III. AMT FÜR DEN ARBEITSMARKT

#### 1. Aufgaben

Das Amt für den Arbeitsmarkt (AMA) ist die kantonale Behörde, die sich mit der Beschäftigung und dem Arbeitsmarkt befasst. Es ist beauftragt, zu einem möglichst harmonischen Markt beizutragen. Das Amt ist an zwei Fronten aktiv: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Beobachtung des Arbeitsmarkts, insbesondere im Bereich des Arbeitnehmerschutzes, der Anwendung des Freizügigkeitsabkommens und der Bekämpfung von Schwarzarbeit. Das Amt wird von Marc Genilloud, Dienstchef, geleitet.

#### 2. Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1 Abteilung Arbeitslosigkeit

##### 2.1.1 Arbeitslosenversicherung

Im Jahr 2008 ist die Arbeitslosenquote des Kantons angestiegen, von 2,9% im Januar auf 3% im Dezember. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2008 bei 2,5% (2007 bei 2,7% und 2006 bei 3%). Folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Kanton verglichen mit dem Schweizer Durchschnitt.

	Kanton Freiburg			Schweiz	
	2007	2008	%	2008	%
Januar	4152	3648	2,9	111 877	2,8
Februar	3982	3465	2,7	108 457	2,7
März	3689	3253	2,6	103 777	2,6
April	3408	3022	2,4	100 880	2,6
Mai	3127	2781	2,2	95 166	2,4
Juni	2993	2706	2,1	91 477	2,3
Juli	3079	2824	2,2	92 163	2,3
August	3221	3063	2,4	94 039	2,4
September	3067	3117	2,5	95 980	2,4

	Kanton Freiburg			Schweiz	
	2007	2008	%	2008	%
Oktober	3128	3217	2,5	100 471	2,5
November	3207	3393	2,7	107 652	2,7
Dezember	3463	3847	3	118 762	3

2008 schöpften 667 Personen ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus (769 im Jahr 2007). Bei den RAV waren im Jahresdurchschnitt 253 offene Stellen gemeldet.

### 2.1.2 Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Der Kanton zählt drei RAV: das RAV Zentrum für den Saanebezirk, das RAV Süd mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Glane, Greyerz und Vivisbach und das RAV Nord mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Broye, See und Sense.

Im Monatsdurchschnitt führten die Personalberaterinnen und -berater 5619 Beratungs- und Kontrollgespräche und boten den Stellensuchenden 843 Stellen an. Ebenfalls im Monatsdurchschnitt arbeiteten 1269 Stellensuchende in einem Zwischenverdienst.

### 2.1.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)

Der AMM-Sektor stellt den RAV Instrumente zur Verfügung, damit sie die Vermittlungsfähigkeit der Stellensuchenden steigern können. 2008 wurde das Angebot der AMM revidiert, namentlich die Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB), die Motivationssemester (MoSe) und die Kurse.

36% des Budgets wurden für Qualifizierungsprogramme (QP) bereitgestellt, 33% für Kurse und Plattformen, 20% für MoSe und 11% für andere AMM (Einarbeitungs- und Ausbildungszuschüsse, Beiträge an Reisekosten).

2008 nahmen 1616 Personen an einem oder mehreren PvB teil, die durchschnittlich etwas weniger als drei Monate dauerten. 68% dieser Versicherten nahmen an einem QP bei einem subventionierten Anbieter, 17% bei einer nicht gewinnorientierten Institution und 15% bei einer Gemeinde, einer Dienststelle des Staats oder einem ausserkantonalen Anbieter teil.

Im Schuljahr 2007/08 nahmen 357 Jugendliche an einem MoSe teil, einer Massnahme mit einer durchschnittlichen Dauer von sechs Monaten.

Im Übrigen wurden den Stellensuchenden 3438 Massnahmen gewährt, mehrheitlich in der Form von Kursen auf verschiedenen Gebieten (Bewerbungstechnik: 40%; Sprachen: 33%; Informatik: 12%; andere, inklusive Lehrpraktika: 15%).

Die 946 bewilligten speziellen Massnahmen bestanden zu 49% aus Schnupperlehren, zu 23% aus Einarbeitungszuschüssen, zu 12% aus Förderungen einer selbständi-

gen Erwerbstätigkeit und zu 4% aus Ausbildungszuschüssen.

Die ausgesteuerten Arbeitslosen, die die gesetzlichen Bedingungen erfüllten, nahmen an Qualifizierungsprogrammen (QP BAHG) teil und erhielten dadurch eine neue Chance, wieder eine Stelle zu finden. 2008 kamen 86 Personen in den Genuss eines Vertrags mit einer nicht gewinnorientierten Institution, einer Gemeinde oder einer Dienststelle des Staats, und 41 Personen nahmen an einem QP bei einem Privatunternehmen teil, mit einer durchschnittlichen Dauer von 2,5 respektive 3 Monaten pro Person.

### 2.1.4 Frima 1606 und FRee Trading

Das AMA verwaltet zwei Massnahmen: Frima 1606 und Free Trading.

Das Qualifizierungsprogramm Frima 1606, dessen Ziel der Bau eines historischen Modells der Stadt Freiburg ist, wurde 2008 von 35 Versicherten besucht. Das Programm erhielt im Mai 2008 erneut die eduQua-Zertifizierung. Die im kaufmännischen Bereich tätige Übungsfirma FRee Trading, deren Organisation und Bestellungsverwaltung derjenigen einer privaten Firma entspricht, beschäftigte 128 Versicherte.

### 2.1.5 Ombudsstelle

Vom 1. Januar bis am 31. Dezember 2008 wurden 141 Einsätze registriert. Sie betrafen besonders Probleme zwischen den Versicherten und den RAV oder den Arbeitslosenkassen. Fast alle Versicherten waren mit der Dienstleistung des Ombudsmanns zufrieden.

### 2.1.6 Interinstitutionelle Zusammenarbeit

Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) wurde im September 2008 auf dem ganzen Kantonsgebiet eingeführt. Die IIZ ist eine gemeinsame Strategie der regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV), der Invalidenversicherungs-Stelle des Kantons (IV-Stelle) und der regionalen Sozialdienste (RSD) mit dem Ziel, die Wirksamkeit der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung der betroffenen Personen zu steigern. Die Partner der IIZ koordinieren ihre Arbeit, um das gesamte Verfahren von der ersten Situationsanalyse bis zur Wiedereingliederung zu verbessern. Am 31. Dezember waren im Bereich der IIZ 53 Fälle registriert.

## 2.2 Abteilung Arbeitsmarkt

### 2.2.1 Arbeitsinspektorat

Durch seine Tätigkeit und Aktionen (Kontrollen, Audits, Beratung, Information, Ausbildung, Sensibilisierung) gewährleistete das Arbeitsinspektorat die korrekte Umsetzung der Vorschriften in den Bereichen Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie Arbeitsdauer und Ruhezeit bei den 111 222 erwerbstätigen Personen

des Kantons (Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg, Ausgabe 2009).

Zur Kontrolle des Arbeitnehmerschutzes besuchten die Arbeitsinspektoren, teilweise in Zusammenarbeit mit dem SECO (dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat) und der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA), im Berichtsjahr 254 Betriebe (274 im Jahr 2007). Die Abnahme der Betriebsbesuche steht im Zusammenhang mit dem vorübergehenden Rückgang des Personalbestands beim Arbeitsinspektorat (Einstellung und Ausbildung eines neuen Inspektors, Weiterbildung von zwei Inspektoren).

Was die Gesundheit am Arbeitsplatz betrifft, hat das Interkantonale Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz 21 Materialproben auf Asbestvorkommen geprüft. In sechs Proben wurde Asbest nachgewiesen. Die betroffenen Eigentümer wurden über die zu treffenden Massnahmen beraten und das Arbeitsinspektorat hat die Fälle registriert, um die Kontrolle sicherzustellen. Das Arbeitsinspektorat beteiligte sich ausserdem an einer interkantonalen Untersuchungskampagne über die Arbeitsbedingungen in Hallenbädern und kontrollierte insbesondere die Chloraminbelastung der Mitarbeitenden und der Besucherinnen und Besucher. In diesem Zusammenhang wurden acht Freiburger Hallenbäder besucht. Die Ergebnisse der Untersuchungen waren zufriedenstellend: Die Trichloraminkonzentration lag unter den empfohlenen Grenzwerten, ausser in einem Fall, wo die gemessene Konzentration den empfohlenen Grenzwert überstieg. Es wurden Massnahmen ergriffen, um diese Situation zu korrigieren.

Das Arbeitsinspektorat erteilt kurzfristige Bewilligungen (unter sechs Monaten) für Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit, während das SECO über Bewilligungen für Abweichungen während mehr als sechs Monaten entscheidet. Am meisten betroffen sind das Baugewerbe und der Vertriebssektor. 2008 hat das Arbeitsinspektorat 21 Gesuche abgelehnt, die zumeist eine Bewilligung für Sonntagsarbeit und Arbeit an Feiertagen beantragten.

	Bewilligungen erteilt durch das AMA		Bewilligungen erteilt durch das SECO	
	2007	2008	2007	2008
Nacharbeit	70	87	115	45
Sonntagsarbeit	98	107	77	44
Durchgehender Betrieb	3	2	7	9
Dreischichtige Arbeit	8	-	-	-
Total	173	196	199	98

Alle Vergrößerungs- und Umbauarbeiten, die von Industriebetrieben im Kanton durchgeführt werden, müssen vom Arbeitsinspektorat genehmigt werden, das auch

die Betriebsbewilligung erteilt. Bei den nichtindustriellen Betrieben nimmt das Inspektorat eine Planbegutachtung im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens vor.

	2007	2008
Vergrößerungen (Umbau) von Industriebetrieben	20	26
Betriebsbewilligungen	8	21
Nichtindustrielle Betriebe	588	583
Total	613	630

## 2.2.2 Beobachtung des Arbeitsmarkts

Der Kanton Freiburg nahm an verschiedenen Erhebungen des Westschweizer und Tessiner Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarkts (ORTE) teil:

- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig in der Westschweiz, Vergleich zwischen dem zweiten Halbjahr 2006 und dem zweiten Halbjahr 2007 (April 2008).
- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig im Kanton Freiburg, Vergleich zwischen dem zweiten Halbjahr 2006 und dem zweiten Halbjahr 2007 (Mai 2008).
- Entwicklung der Temporärarbeit in der Westschweiz (Dezember 2008).
- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig in der Westschweiz, Vergleich zwischen dem ersten Halbjahr 2007 und dem ersten Halbjahr 2008 (September 2008).

Der Kanton Freiburg hat zudem im Auftrag des Amtes für Statistik an der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung (Erweiterung der Erhebung 2008) teilgenommen. Anhand der Ergebnisse dieser Erhebung konnte unter anderem ein Lohnrechner für den Kanton Freiburg erstellt werden; er ist auf der Webseite des Freiburger Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarktes verfügbar.

## 2.2.3 Wirtschaftliche Landesversorgung

Die kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung nahm an den Arbeiten am Heizölrationierungsplan und am Treibstoffrationierungsplan teil. Sie nahm ferner an zwei Sitzungen des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung zu diesen Themen teil.

Der Gesetzesentwurf zur Ausführung des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung, der Ende 2006 in die Vernehmlassung ging, wurde verschiedentlich angepasst und wird 2009 dem Grossen Rat vorgelegt werden.

Die kantonale Zentralstelle hat einen Bildungsgang vorbereitet und ausgearbeitet, der sich an alle Gemeinden des Kantons und insbesondere an alle kommunalen Stellen für wirtschaftliche Landesversorgung richtet. Die entsprechenden Kurse fanden am 26., 27. und 28. Ja-

nuar 2009 statt und betrafen die Bestimmungen über Heizöl, die Rationierung von Brenn- und Treibstoffen und Nahrungsmitteln.

**2.2.4 Abkommen über den freien Personenverkehr**

Das Amt sorgt aktiv für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen des Freizügigkeitsabkommens (FZA). Auf Freiburger Kantonsgebiet kontrolliert die Arbeitsmarktinspektion die Arbeitnehmenden, die von ausländischen Unternehmen in die Schweiz entsandt werden, die selbständigen Dienstleistungserbringer sowie die Staatsangehörigen aus der Europäischen Union, die bei Schweizer Arbeitgebern eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Insgesamt wurden 382 Kontrollen durchgeführt, von denen 884 Arbeitnehmende betroffen waren.

Gemäss den gesamtschweizerischen Bestimmungen über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist das AMA die auf Kantonsebene zuständige Behörde. 2008 wurden 40 Beschwerden eingereicht und 14 Sanktionen verhängt.

Das vom Amt geführte Sekretariat der Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt bearbeitete 2730 Meldungen für 3585 Arbeitnehmende, darunter 1885 für entsandte Arbeitnehmende, 1595 für Arbeitsaufnahmen in der Schweiz und 105 für selbständige Dienstleistungserbringer.

**2.2.5 Bekämpfung der Schwarzarbeit**

Das AMA wurde vom Staatsrat im Sinne des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) zum zuständigen Kontrollorgan des Kantons ernannt. Im April und Juni 2008 wurde je ein neuer Inspektor eingestellt.

Das AMA hat seine Strategie zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ausgearbeitet und sie über die Aufsichtskommission dem Staatsrat unterbreitet, der ihr am 30. September 2008 zugestimmt hat.

Das Inspektorat im Bereich der Schwarzarbeit hat 396 Kontrollen durchgeführt, sie betrafen 1357 Arbeitnehmende. 69 dieser Unternehmen und 140 Arbeitnehmende wurden angezeigt. Die meistverbreiteten strafbaren Handlungen betrafen die Bewilligungen im Bereich des Ausländerrechts.

Zwischen den verschiedenen Behörden, die für die Bekämpfung der Schwarzarbeit zuständig sind, wurde ein Treffen organisiert, wobei die Grundlagen einer ergiebigen Zusammenarbeit zwischen der Polizei, dem Untersuchungsrichteramt, dem Amt für Bevölkerung und Migration, der SUVA, der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt und der Kantonalen Steuerverwaltung definiert wurden.

Für die Kandidaten von Patenten für öffentliche Gaststätten wurden fünf Kurse zum Thema Schwarzarbeit abgehalten.

**2.3 Rechtsdienst**

**2.3.1 Entscheide und Rechtsgutachten**

In seiner Funktion als kantonale Behörde erstellte der Rechtsdienst 4693 Entscheide und Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsrechts:

- Einstellungen in der Anspruchsberechtigung: 3775
- Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide: 256
- Erlass der Rückerstattungspflicht: 39
- Rechtsgutachten zu Arbeitslosenversicherung und Arbeitsrecht: 623

Der Rechtsdienst registrierte 2008 zudem 420 Einsprachen gegen Entscheide des Amts und fällte 404 Einspracheentscheide. 73,70% der Einsprachen wurden abgewiesen oder es wurde nicht auf sie eingetreten; 17,60% wurden gutgeheissen; 6,95% wurden teilweise gutgeheissen und 1,75% wurden als erledigt abgeschrieben.

Ferner wurden 2008 beim Verwaltungsgericht 37 Beschwerden gegen die Entscheide des AMA eingereicht. Der Rechtsdienst reichte zu 47 Fällen Bemerkungen zur Begründung ein. Das Verwaltungsgericht fällte 17 Entscheide. 52,95% der Beschwerden wurden vom Verwaltungsgericht abgewiesen oder es wurde nicht auf sie eingetreten; 5,90% wurden gutgeheissen; 11,75% wurden teilweise gutgeheissen und 29,40% wurden als erledigt abgeschrieben.

**2.3.2 Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen**

	Betroffene Arbeitnehmer/innen			Ausfallstunden		
	2007	2008	Schweiz	2007	2008	Schweiz
Januar	42	4	470	3720	398	35 181
Februar	68	4	991	4955	391	74 338
März	38	7	1139	1438	441	81 638
April	0	1	1459	0	107	98 911
Mai	1	0	1432	144	0	83 482
Juni	1	0	1379	170	0	88 373
Juli	2	0	817	371	0	47 854
August	4	2	706	408	824	40 371
September	24	26	894	2063	1068	59 716
Oktober	17	0	1187	2785	0	81 200
November	11	134	3347	826	6464	188 434
Dezember	10	418	5791	631	18 686	332 441

**2.3.3 Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih**

Der Rechtsdienst erteilte 2008 sieben neue Bewilligungen: acht für die private Arbeitsvermittlung und neun für den Personalverleih. Zwei weitere Bewilligungen wurden infolge eines Wechsels der verantwortlichen

Person oder einer Adressänderung erteilt. Zwei Bewilligungen zur Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs wurden entzogen und zwei Unterstellungsentscheide beschlossen. Des Weiteren sind zwei Personalverleihbetriebe Konkurs gegangen.

Der Rechtsdienst gab zu sechs Gesuchen für die grenzüberschreitende Vermittlung und zu sechs Gesuchen für den grenzüberschreitenden Personalverleih, die beim SECO eingereicht wurden, eine positive Stellungnahme ab. Er registrierte sieben spontane Bewilligungsgesuche und führte sieben Untersuchungen durch, um die rechtswidrige Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs zu bekämpfen und um dagegen vorzubeugen.

Sechs Betriebskontrollen wurden durchgeführt und fünf Kontrollberichte verfasst. Die aufgedeckten Verstösse zum Nachteil der Arbeitnehmenden betrafen hauptsächlich irreführende Lohnabrechnungen, den gesetzeswidrigen Personalverleih, die gesamtarbeitsvertraglichen Mindestlöhne, die Höhe der Vermittlungsprovisionen, gesetzeswidrige Abzüge der Kosten für Schutzausrüstung, Verstösse gegen das Ausländergesetz sowie die Form und den Inhalt der Verträge. Die betroffenen Betriebe erhielten eine Verwarnung vor dem Bewilligungsentzug oder ihnen wurde die Bewilligung entzogen.

Beim Rechtsdienst gingen ferner zwei Anzeigen über unzulässige Aktivitäten von Freiburger Arbeitsvermittlungs- und Personalverleihbetrieben durch die Behörden anderer Kantone ein. In einem Fall wurde ein Unterstellungsentscheid beschlossen, im anderen wird 2009 eine Untersuchung eingeleitet. Ein weiterer Betrieb wurde durch die Inspektoren im Bereich der Schwarzarbeit wegen gesetzeswidrigen Personalverleihs angezeigt.

2007 vermittelten die privaten Arbeitsvermittler des Kantons Freiburg 870 Schweizerinnen und Schweizer sowie 331 Ausländerinnen und Ausländer. Die Freiburger Personalverleihbetriebe schlossen mit 2803 Schweizerinnen und Schweizern sowie 3633 Ausländerinnen und Ausländern Verträge über insgesamt 2 945 983 Arbeitsstunden ab.

## **2.4 Stabsdienste**

### **2.4.1 Kommunikation**

Die Website des Amts ist eine Informationsquelle, die von Stellensuchenden, Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden rege genutzt wird. Monatlich werden über 20 000 Zugriffe registriert. Das Amt beantwortete über 500 Fragen von Websitebesuchern.

### **2.4.2 Informatik**

Das Amt setzte die Erneuerung der Informatikausrüstung fort. Die Inbetriebnahme des elektronischen Dokumentmanagementsystems sowie des neuen Datenverwaltungssystems des Bundes im Bereich der Arbeitslosenversicherung (AVAM) wurde verzögert und ist neu für das Frühjahr 2009 geplant.

### **2.4.3 Buchhaltung**

Die Stabsdienste verwalten die gesamte Buchhaltung der vom Bund finanzierten Stellen sowie die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds. Die Hauptaufgaben liegen in der Auszahlung der Löhne von Stellensuchenden, die an einem Qualifizierungsprogramm (QP) im Sinne des BAHG teilnehmen, und in der Erstellung von Arbeitgeberbescheinigungen, Lohnausweisen und AHV-, SUVA- oder Quellensteuerabrechnungen.

Die Betriebskosten des Amts beliefen sich, unter Berücksichtigung der kantonalen und der eidgenössischen Buchhaltungen, auf 16,8 Millionen Franken. Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 1 283 950 Franken zur Finanzierung von Massnahmen für Arbeitslose aufgewendet, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben. Die QP bei Unternehmen kosteten 577 247 Franken, die QP bei Institutionen 423 668 Franken und die QP bei Kanton und Gemeinden 283 035 Franken. Am 31. Dezember 2008 verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 11 194 948 Franken.

## **IV. ÖFFENTLICHE ARBEITSLOSENKASSE**

### **1. Aufgaben**

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse ist eine Einheit, die der Volkswirtschaftsdirektion administrativ zugewiesen ist. Sie wird von Dominique Schmutz, Verwalter der Kasse, geleitet. Gemäss der Bundesgesetzgebung über die Arbeitslosenversicherung steht sie allen im Kanton wohnhaften Versicherten für den Bezug von Leistungen offen. Zudem kann sie allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von im Kanton ansässigen Unternehmen ungeachtet ihres Wohnsitzes Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen ausrichten. Sie ist allein berechtigt, Insolvenzenschädigungen auszus zahlen.

### **2. Tätigkeit**

#### **2.1 Ordentliche Tätigkeit**

In der ersten Jahreshälfte 2008 setzte sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit fort. In der zweiten Jahreshälfte hat sich die Verlangsamung der Wirtschaft infolge der Schwierigkeiten im Finanzsektor auf die Arbeitslosigkeit ausgewirkt. Dennoch lag die Arbeitslosenquote für den Kanton Freiburg im Jahresdurchschnitt bei 2,5% der erwerbstätigen Bevölkerung (2,7% im Jahr 2007), was dem schweizerischen Durchschnitt entspricht.

Die Zahl der Anmeldungen bei der öffentlichen Arbeitslosenkasse ist um 5% auf 4786 Leistungsempfängerinnen und -empfänger gestiegen. Andererseits haben sich 49% der Stellensuchenden des Kantons bei der Kasse angemeldet.

Die öffentliche Arbeitslosenkasse hat 2008 die Optimierung ihrer Arbeitsinstrumente weitergeführt. Nach der erfolgreichen Einführung des Dokumentenmanage-



mentensystems (DMS) wurden die Finanzdaten mithilfe des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) auf eine neue Buchhaltungssoftware (SAP) migriert.

Das Personal der öffentlichen Arbeitslosenkasse hat sich zudem auf die Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG, SR 836.2) vorbereitet. Es ist am 1. Januar 2009 in Kraft getreten und soll die

Voraussetzungen für das Recht auf Familienzulagen auf Landesebene vereinheitlichen.

Ausserdem stellte die öffentliche Arbeitslosenkasse 2333 Verfügungen aus. Sie legte dem Amt für den Arbeitsmarkt 85 Fälle zum Entscheid vor. Es folgen einige statistische Angaben über die Tätigkeit der Kasse.

## 2.2 Ausbezahlte Leistungen

Arten von Leistungen und deren Anzahl	2007	2008	Veränderung %
<i>Anträge auf Arbeitslosenentschädigung (ALE)</i>			
Anzahl Versicherte	4182	4293	2,65%
Anzahl Anmeldungen und Wiederanmeldungen	4577	4786	4,57%
Anzahl ausbezahlter Taggelder	344 642	333 844	-3,13%
<i>Anträge auf Schlechtwetterentschädigung</i>			
Anzahl angemeldeter Unternehmen	22	16	-27,27%
<i>Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung</i>			
Anzahl angemeldeter Unternehmen	8	8	0,00%
<i>Anträge auf Insolvenzentschädigung</i>			
Anzahl Versicherte	187	186	-0,53%
<i>Ausbezahlte Taggelder</i>			
	2007 Fr.	2008 Fr.	
Ganzarbeitslosigkeit (ALE)	46 126 379.75	45 774 865.75	-0,76%
Familienzulagen	1 289 500.80	1 420 930.70	10,19%
Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	3 397 327.40	3 374 197.05	-0,68%
Projektkosten (Anbieter)	15 129 990.00	13 854 937.50	-8,43%
Schlechtwetter und Kurzarbeit	359 823.80	361 394.55	0,44%
Insolvenz	982 079.45	729 841.55	-25,68%
Entschädigungen im Rahmen des Leistungsexports (Vorschüsse gemäss bilateralen Verträgen)	16 429.70	22 237.60	35,35%
Total	67 301 530.90	65 538 404.70	-2,62%

## V. HANDELSREGISTERAMT

### 1. Aufgaben

Das Handelsregisteramt ist eine gestützt auf Bundesrecht errichtete Verwaltungseinheit. Es spielt eine wichtige Rolle im Bereich der Handelsbeziehungen, denn es liefert der Öffentlichkeit lückenlose und sichere Angaben zu Unternehmen, über die es Register führt und rechtlich relevante Daten veröffentlicht, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Die Leitung des Handelsregisteramts wurde am 1. Dezember 2008 Urška Kozomara Yao anvertraut. Sie übernahm die Stelle von Pierre-Alain Jenny, der am 30. November 2008 in Pension ging.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Jahr 2008 bearbeitete das Handelsregisteramt Dossiers für insgesamt 5337 Einträge im Handelsregister und verzeichnete damit eine Abnahme um 243 Tagebucheinträge gegenüber dem Vorjahr. Es registrierte 1222 neue Unternehmen/Gesellschaften und nahm die Löschung von 659 Unternehmen/Gesellschaften vor.

Die Website des Handelsregisteramts verzeichnete 298 223 Zugriffe aus der ganzen Welt.

Das Handelsregisteramt setzte seine Zusammenarbeit mit dem Bezirksgericht Saane im Rahmen der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrmännern fort, die bei einem sechsmonatigen Praktikum die grundlegenden Arbeitsabläufe eines Handelsregisters lernen können.

Die Ergebnisse des Projekts «Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)», das 2007 anlief, wurde dem Staatsrat in der Form eines Leistungskatalogs zu Jahresbeginn unterbreitet und am 11. Februar 2008 von diesem gutgeheissen.

## 2.2 Statistik

### 2.2.1 Stand der aktiven Gesellschaften

Am 31. Dezember 2008 umfasste das Handelsregister des Kantons Freiburg folgende aktive Eintragungen:

Vereine	170
Genossenschaften	644
Unternehmen des öffentlichen Rechts	23
Einzelunternehmen (EF)	5306
Stiftungen	523
Aktiengesellschaften (AG)	6725
Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)	3351
Kommanditgesellschaften (KG)	27
Kommanditaktiengesellschaft	1
Ausländische Zweigniederlassungen	167
Schweizer Zweigniederlassungen	355
Unternehmen ohne Eintragungspflicht	8
Kollektivgesellschaften (KollG)	451
Total	17 751

### 2.2.2 Sprache der Registrierungen

Auf Französisch sind 13 935 Gesellschaften und auf Deutsch 3816 Gesellschaften registriert.

### 2.2.3 Vergleichsübersicht der neuen Gesellschaften

Vergleich der neu eingetragenen Gesellschaften zwischen 2004 und 2008:

	Verein	Gen.	EF	Stiftung	AG	GmbH	Zweign.	KollG/KG
2004	7	2	348	17	256	309	80	31
2005	7	3	351	24	292	350	60	49
2006	7	5	359	14	298	372	46	54
2007	8	5	374	17	291	415	57	43
2008	18	0	379	19	334	398	42	32

## 3. Gesetzgebung

Verschiedene Gesetzesrevisionen (insbesondere die neuen Bestimmungen des Obligationenrechts zur Gesellschaft mit beschränkter Haftung und zur Revision) machten eine globale Anpassung der eidgenössischen Gesetzgebung über Handelsregister notwendig. Der Kanton Freiburg hat diese Anpassung in die kantonale Gesetzgebung übertragen, indem das Gesetz vom

7. März 2001 über das Handelsregisteramt (HRAG) mit dem Gesetz vom 9. Oktober zur Anpassung verschiedener Gesetze an das Bundesgerichtsgesetz angepasst wurde.

## VI. AMT FÜR VERKEHR UND ENERGIE

### 1. Aufgaben

Das Amt für Verkehr und Energie ist für alle Aspekte im Bereich des öffentlichen Verkehrs zuständig und sorgt insbesondere für die Koordination der verschiedenen Verkehrsmittel. Es ist ausserdem für die Förderung erneuerbarer Energien und kantonseigener Energiequellen sowie für die Förderung einer rationellen Energienutzung zuständig. Das Amt wird von Martin Tinguely, Dienstchef, geleitet.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Tätigkeit im Bereich des Verkehrs

##### 2.1.1 Verkehrsplanung

Die beratende Kommission für Verkehrsfragen hielt eine Sitzung ab, an der sie sich hauptsächlich mit den Agglomerationsprojekten von Freiburg und Bulle sowie mit den Änderungen des kantonalen Richtplans befasste.

Auf regionaler Ebene setzte das Amt für Verkehr und Energie seine Planung an den künftigen Regionalfahrplänen der öffentlichen Verkehrsmittel fort.

Es verfolgte ferner die Arbeiten des Verkehrsverbands der Agglomeration Freiburg (CUTAF) und des regionalen Verkehrsverbands der Agglomeration Bulle (MOBUL).

##### 2.1.2 Fahrpläne

Im Rahmen der Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf 2009 hat das Amt die 235 eingereichten Gesuche untersucht. Die einen Gesuche zielten auf vorrangige Änderungen für den Fahrplan 2009, die anderen auf mittelfristige Änderungen, die im Rahmen der Planung des Fahrplans 2010 behandelt werden.

Gestützt auf die Offerten der Transportunternehmen verteilte das Amt nach Absprache mit dem Bundesamt für Verkehr die für den öffentlichen Verkehr bereitgestellten Mittel für die Fahrplanperioden 2008 und 2009.

##### 2.1.3 Bahn 2000 – 2. Etappe

Das Amt beteiligte sich an den Planungsarbeiten der 2. Etappe der Bahn 2000, auch Bahnprojekt «ZEB» genannt.

##### 2.1.4 Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs

Den eisenbahnrechtlichen Bewilligungsverfahren für Planvorlagen entsprechend, bat das Bundesamt für Verkehr das kantonale Amt um Stellungnahme zu folgenden Vorhaben:

- Installation automatischer Barrieren bei einem Bahnübergang in der Gemeinde Vuadens;
- Bau der Infrastrukturen für das Bahnfunksystem auf dem Abschnitt Freiburg–Bern;
- Umbau des Bahnhofplatzes in Schmitten;
- Sanierung der Lärmschutzmassnahmen auf der Linie Lausanne–Freiburg–Bern;
- Stabilisierungsarbeiten an der Aufschüttung unter den Geleisen zwischen Wünnewil und Flamatt;
- Anhebung der Bahnsteige und Renovation des Bahnhofs in Fräschels.

### **2.1.5 Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung**

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amtes zu einem Gesuch um Änderung einer Eisenbahnkonzession, fünf Gesuchen um Erneuerung und/oder Änderung von Automobilkonzessionen sowie sieben Gesuchen um Bewilligung für grenzüberschreitende Fahrten ein.

Gestützt auf das Reglement vom 3. November 1999 über die kantonalen Bewilligungen für die Personenbeförderung erteilte das Amt zehn Bewilligungen für die Personenbeförderung.

### **2.1.6 Seilbahnen und Skilifte**

Das Amt entzog zwei Bewilligungen zum Betrieb eines Skilifts und eine Bewilligung eines Kleinskilifts und erneuerte drei Bewilligungen zum Betrieb eines Skilifts sowie fünfzehn Bewilligungen zum Betrieb eines Kleinskilifts. Es leitete 22 Inspektionsrapporte des Kontrollorgans des Interkantonalen Konkordats über Seilbahnen und Skilifte weiter.

### **2.1.7 Luftfahrthindernisse**

Das Amt übermittelte dem Bundesamt für Zivilluftfahrt neun Meldungen über Anlagen, die die Luftfahrt behindern, und eine Meldung über die Entfernung eines Luftfahrthindernisses.

### **2.1.8 Luftfahrt**

Das Amt nahm Stellung zum Verordnungsentwurf für Testflüge von Solar Impulse vom Flugplatz Payerne aus.

## **2.2 Aktivitäten der Energiefachstelle**

### **2.2.2 Allgemeines**

Die kantonale Energiewirtschaftskommission hielt zwei Sitzungen ab. Die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE), die Steigerung der einheimischen Stromproduktion, die Strategien der kantonalen Energiepolitik für die kommenden Jahre, der Stand des Entwicklungspotenzials von Biotreibstoffen und das Potenzial der Windkraft im Kanton Freiburg wurden an diesen Sitzungen vorgestellt und besprochen.

Im Rahmen der Revision der kantonalen Energiepolitik organisierte das Amt zwei Anhörungssitzungen, an denen sich die energiepolitischen Akteure der Region, namentlich aus politischen, wirtschaftlichen und umweltschützerischen Kreisen, äussern und ihre Ansichten zu diesem Thema darstellen konnten.

Gemäss den energiepolitischen Grundsätzen des Kantons setzte das Amt seine Informationstätigkeit in den Gemeinden im Rahmen der Aktionen «EnergieSchweiz in Gemeinden» und «Energho» fort.

Es organisierte mehrere Kurse für Bauspezialisten. Einer davon betraf die Renovation und die Vorschriften im Bereich der Isolierung. Ferner wurde ein Blockkurs zur Fortbildung in Niedertemperatur-Geothermie abgehalten.

Zusammen mit anderen Dienststellen des Staats betreute es einen Informationsstand an der Energissima-Messe, die vom 17. bis am 20. April 2008 in Freiburg stattfand.

Das Amt führte die Information in den Schulen anhand des neuen Informationskonzeptes für die französischsprachigen Primarschulklassen des Kantons weiter.

Es beteiligte sich u. a. an Pilot- und Demonstrationsprojekten in den Bereichen Biogas, Sonnenenergie, Holz und Windenergie.

Ferner nahm es an verschiedenen interkantonalen Arbeits- und Begleitgruppen teil, die vom Bundesamt für Energie und von der Konferenz der kantonalen Energiefachstellen aufgestellt wurden.

### **2.2.3 Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen**

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 zehn Bewilligungen.

### **2.2.4 Holzheizungen ab 70 kW**

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 15 Projekte zu, was einem Betrag von 120 997 Franken für eine Leistung von 1164 kW entspricht.

### **2.2.5 Thermische Solaranlagen**

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 310 Projekte zu, was einem Betrag von 461 460 Franken für eine Fläche von 3861 m<sup>2</sup> entspricht.

### **2.2.6 Gebäude, die den Minergie-Standard erfüllen**

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 62 Projekte zu, was einem Betrag von 174 240 Franken für eine Energiebezugsfläche von 37 549m<sup>2</sup> entspricht.

### 2.2.7 Erdgas

Das Amt bewilligte den Bau und den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Frigaz AG:

- Sektoren Le Brienz, Le Planchy, Gemeinde Vuadens;
- Sektoren Plans Communs, Pré Chenaux, Grands Buts, Gemeinde Vaulruz;
- Sektoren Liebherr Machines Bulle SA, Rue de l'Industrie, Industriezone Les Combes, Chemin de Croix-Blanche, Farchim, Gemeinde Bulle;
- Sektoren Chemin de la Croix-de-Pierre, Chemin des Marais, Bel-Air, Gemeinde Estavayer-le-Lac;
- Sektoren Novartis, Route de la Petite-Glâne, Gemeinde Saint-Aubin;
- Sektoren Ober Hubel, Maggenbergmatte, Gemeinde Tafers;
- Sektoren Route de Siviriez, Route de Lausanne, Chemin Sainte-Anne, Gemeinde Romont;
- Gemeinden Muntelier, Murten und Courgevau.

Entsprechend dem eidgenössischen Bewilligungsverfahren für Planvorlagen hat das Bundesamt für Energie das Amt zum Bau der Druckreduzier- und Messstation der Gesellschaft Gaznat SA in der Gemeinde La Sonnaz angehört.

### 2.2.8 Hochspannungsleitungen

Entsprechend dem eidgenössischen Bewilligungsverfahren für Planvorlagen hat das Eidgenössische Starkstrominspektorat das Amt zu folgenden Projekten angehört:

- Transformatorstation Les Chapelettes, 21-kV Kabelleitung zwischen den Stationen von Les Chapelettes, Gemeinden Chapelle und Rue;
- Transformatorstation La Ramsera, 18-kV Gemischtleitung zwischen den Stationen Montsoflo und La Ramsera, Gemeinde La Roche;
- Transformatorstation Clos des Iles, Kabelleitung zwischen den Stationen La Maladaire und Clos des Iles, Kabelleitung zwischen den Stationen Gram SA und Clos des Iles, Kabelleitung für die Station Clos des Iles, Gemeinde Villeneuve;
- Transformatorstation Les Jorettes, 21-kV Kabelleitung zwischen den Stationen Les Faux und Les Jorettes, Gemeinde Semsales;
- 60-kV Freileitung zwischen den Stationen Corminbœuf und St-Loup, 60-kV Freileitung zwischen den Stationen Corminbœuf und Villarepos, Gemeinde Corminbœuf;
- 60-kV Freileitung zwischen den Stationen Monteynan und Romont, 60-kV Freileitung zwischen den Stationen Monteynan und Botterens, Gemeinden Corpataux-Magnedens und Farvagny;
- Transformatorstation Sapaley, 18-kV Kabelleitung zwischen den Stationen Les Communs-Dessus und Sapaley, Gemeinde Vuisternens-devant-Romont.

## VII. AMT FÜR STATISTIK

### 1. Aufgaben

Das Amt für Statistik ist das Zentralorgan für die kantonale Statistik. Seine Aufgabe besteht darin, den kantonalen Dienststellen und Körperschaften, den Gemeinden und der Öffentlichkeit statistische Dienstleistungen zu erbringen. Es koordiniert die kantonale Statistik sowie die Aufgaben, die der Kanton im Rahmen der Bundesstatistik zu erfüllen hat und stellt die nötigen Fachkenntnisse zur Erstellung und Analyse von Statistiken zur Verfügung. Es führt selber Erhebungen und Analysen durch, soweit es die ihm zur Verfügung stehenden Mittel erlauben, oder berät Verwaltungsstellen und wissenschaftliche Kreise bei ihrer Arbeit.

In seinen Publikationen und der Öffentlichkeit gegenüber tritt das Amt unter dem Namen «Statistik Freiburg» bzw. STAT-FR auf.

Seit 2005 ist Herr Pierre Caille als Dienstchef mit der Leitung des Amtes betraut.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1 Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)

Jedes Jahr erstellt das Bundesamt für Statistik (BFS) seine Statistik des Bevölkerungsstandes, indem es zum Ausgangsbestand die Wanderungsbewegung (Zu- und Wegzüge) und die natürliche Bewegung (Geburten und Todesfälle) hinzuzählt. Dabei bedient es sich verschiedener Register, die auf Landesebene zentralisiert sind, wie etwa des Zentralen Migrationsinformationssystems (ZEMIS) und des Zivilstandsregisters (INFOSTAR). Für die Wanderungsbewegung der Schweizer und Schweizerinnen muss es jedoch die einzelnen Kantone mit einer Erhebung beauftragen. Anhand dieser Informationen errechnet das BFS die ständige Wohnbevölkerung der Gemeinden, die dem Amt für Statistik des Kantons Freiburg als Grundlage zur Berechnung des Bestands der «zivilrechtlichen» Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden dient. Mit Verordnung vom 16. September 2008 hat der Staatsrat die Bevölkerungsbestände vom 31. Dezember 2007 verabschiedet.

Das Amt ist an einem Projekt zur Zentralisierung der Daten aus den Einwohnerregistern der einzelnen Gemeinden auf Kantonsebene (Projekt «HarmPers») beteiligt. Mit diesem neuen Informationssystem, das die geltenden Anforderungen des Bundes an die Harmonisierung der Personenregister und Volkszählung erfüllt, wird man ab 2011 auch die nötigen Informationen für die jährliche Statistik des Bevölkerungsstandes liefern können.

##### 2.1.2 Schulstatistik

Die detaillierten Resultate der Schulstatistik 2007/08 hat das Amt im Statistischen Jahrbuch 2009 und auf seiner

Website veröffentlicht. Wie in den vergangenen Jahren sind dem BFS die gemäss Bundesgesetz nötigen Daten übermittelt worden. Die Zählung für das Schuljahr 2008/09 ist am 4. November 2009 in sämtlichen Schulen des Kantons durchgeführt worden, mit Ausnahme der Fachhochschulen und der Universität.

Das Amt ist am Projekt für ein harmonisiertes Schulverwaltungssystem beteiligt, dem Projekt «HarmAdmin-Ecoles». Mit Einführung dieses Systems, die für das Jahr 2011 geplant ist, sollten fast alle Informationen zur Verfügung stehen, die die Bundesstatistik im Bereich des Bildungswesens benötigt.

### 2.1.3 Baustatistik und Statistik der Immobilientransaktionen (Handänderungsstatistik)

Die Ergebnisse der kantonalen Baustatistik (Baubewilligungen, begonnene und beendete Bauten) und jene der Handänderungsstatistik sind regelmässig im *Freiburger Konjunkturspiegel* und auf der Website *Statistik Freiburg* veröffentlicht worden.

Im Auftrag des BFS nimmt das Amt für Statistik die Quartalerhebung der Wohnungsproduktion vor. Diese Umfrage wird in den Gemeinden per Stichprobe durchgeführt.

Ebenfalls für das BFS hat das Amt für Statistik die jährliche Bauerhebung durchgeführt.

Seit März 2005 ist das freiburgische Gebäude- und Wohnungsregister, das vom Kanton selbständig verwaltet wird, offiziell als Bestandteil des eidgenössischen Registers anerkannt. Der Kanton erhält somit eine Entschädigung für jede Aktualisierung des kantonalen Registers, die der Bund in sein Register übernimmt. Im Hinblick auf die Rolle, die es im Rahmen der Volkszählung 2010 spielen wird, sind im Jahr 2008 zahlreiche Kontrollen, Anpassungen und Aktualisierungen am Gebäude- und Wohnungsregister vorgenommen worden.

### 2.1.4 Konjunkturtest

Seit 1988 wird im Kanton Freiburg der Konjunkturtest in der Industrie durchgeführt, in enger Zusammenarbeit mit der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF) und der Handelskammer Freiburg.

Die wichtigsten Resultate werden vierteljährlich im *Freiburger Konjunkturspiegel* in Form von Kommentaren, Grafiken und Tabellen präsentiert.

### 2.1.5 Perspektiven der Freiburger Wirtschaft

Am 18. November 2008 haben die Freiburger Kantonalbank und das Amt für Statistik der Öffentlichkeit das Ergebnis der Zusammenarbeit mit dem Institut BAK Basel Economics vorgestellt, in der es darum ging, vorgezogene Wirtschaftsindikatoren für den Kanton Freiburg aufzustellen, namentlich mittels Schätzungen des Bruttoinlandsprodukts. Über 500 Personen haben an

dieser Veranstaltung teilgenommen, die im Forum Freiburg stattgefunden hat.

### 2.1.6 Beschäftigungsstatistik und Betriebszählung

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation und dem Amt für Informatik und Telekommunikation sammelt das Amt für Statistik die Angaben zur Kantonsverwaltung, die es jedes Quartal nach Überprüfung dem BFS übermittelt. Im Rahmen der eidgenössischen Betriebszählung, deren Stichtag der 30. September 2008 war, hat das Amt darüber hinaus die Aufgaben koordiniert, für die der Kanton verantwortlich ist (Kontrolle der Adressregister, Überprüfung der Angaben der Kantonsverwaltung). Drei solche Vollerhebungen werden pro Jahrzehnt durchgeführt, also eine alle drei bis vier Jahre.

### 2.1.7 Veröffentlichungen

Die vier Ausgaben des *Freiburger Konjunkturspiegels* sind im Februar, Mai, August und November erschienen. Ende 2008 zählte diese Publikation rund 500 Abonnenten.

In seiner neuen Aufmachung ist die jährliche Veröffentlichung *Perspektiven der Freiburger Wirtschaft* der Öffentlichkeit Ende November 2008 vorgestellt worden (siehe 2.1.5).

Die Ausgabe 2009 des *Statistischen Jahrbuchs des Kantons Freiburg* ist fristgerecht Ende Dezember 2008 erschienen.

Die kostenlose Taschenstatistik *Der Kanton Freiburg in Zahlen* ist ebenfalls im Dezember 2008 erschienen und zusammen mit dem Jahrbuch versandt worden. Diese von der Freiburger Kantonalbank und der Kantonalen Gebäudeversicherung herausgegebene Broschüre wird vom Amt für Statistik realisiert.

### 2.1.8 Website

Die Website Statistik Freiburg ([www.stat-fr.ch](http://www.stat-fr.ch) oder [www.fr.ch/stat/](http://www.fr.ch/stat/)) hat im Herbst 2008 gleich mehrere Neuerungen erfahren:

- Migration auf das neue Content-Management-System, was eine Anpassung der Seiten an das harmonisierte Web-Layout der Kantonsverwaltung bedingte;
- Aufschalten eines Kartografiemoduls, mit dem einzelne Angaben aus der Online-Datenbank in Form von Karten dargestellt werden können;
- Integrierung der Webseiten des freiburgischen Arbeitsmarktsobservatoriums. Auf diesen Seiten ist insbesondere ein Lohnrechner zu finden, der die im Kanton Freiburg gültigen Löhne berechnet. Dieser verzeichnet durchschnittlich über hundert Abfragen pro Monat.

### 2.1.9 Auskunft

Im Jahr 2008 hat das Amt für Statistik rund tausend Anfragen unterschiedlicher Komplexität um statistische Informationen bearbeitet. Diese kommen grösstenteils von anderen internen Stellen der Kantonsverwaltung, von Gemeinden, Forschern, Studenten, Journalisten, politischen und wirtschaftlichen Führungskräften.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Eidgenössische Volkszählung

Das Amt für Statistik nimmt am Projekt zur Harmonisierung und Zentralisierung der Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden teil (Projekt «HarmPers»). Dieses neue System wird den kantonalen Verwaltungsstellen und anderen berechtigten Instanzen die nötigen Personenangaben in harmonisierter Form zur Verfügung stellen. Was die Statistik angeht, wird dieses System die vom Bund geforderten Informationen für die eidgenössische Volkszählung 2010 liefern können. Das Amt für Statistik ist mit einem Teilprojekt beauftragt worden, in dem es darum geht, die Gemeinden bei der Aktualisierung des Einwohnerregisters sowie der Vergabe der neuen AHV-Nummern und Gebäude- und Wohnungsidentifikatoren zu unterstützen. Das Gesamtprojekt steht unter der Leitung der Sicherheits- und Justizdirektion, wird jedoch von einer direktionübergreifenden Struktur getragen.

Ein erster Test für die Zuweisung der neuen AHV-Nummern anhand von Auszügen aus den Einwohnerregistern hat im Oktober 2008 stattgefunden, die definitive Zuweisung soll ab dem 15. Januar 2009 erfolgen. Die Zuweisung wird von der Zentralen Ausgleichsstelle in Genf vorgenommen, und zwar anhand der Angaben aus den Gemeinden, die sie über die kantonalen Koordinationsstellen und das Bundesamt für Statistik erhalten.

### 2.2.2 Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund

Seit Anfang 2006 ist der Dienstchef des Amtes für Statistik Sekretär der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT). In dieser Rolle hat er bei der Vorbereitung der Schweizer Statistiktage 2008 in Davos mitgeholfen. Das Amt ist auch als Mitglied der Conférence des offices statistiques romands et tessinois (CORT) aktiv und ist zudem im REGIOSTAT-Ausschuss, dem Organ zur Förderung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den regionalen statistischen Ämtern und dem Bund. Als Vertreter der Kantone nimmt es an verschiedenen Arbeitsgruppen teil, die sich mit neuen Projekten oder Reformen auf dem Gebiet der Bundesstatistik befassen. Das Amt ist namentlich provisorisch zur kantonalen Koordinationsstelle für die Reform der eidgenössischen Statistiken im Bereich des Bildungswesens ernannt worden.

### 2.2.3 Aufsicht und Kontrolle

Im Jahr 2008 sind die Aktivitäten des Amtes für Statistik im Rahmen des Projekts «Analyse der Leistungen des Staates» (ASL) untersucht und ein Dienstleistungskatalog und diesbezügliche Empfehlungen aufgestellt worden. Der Bericht wird dann dem Staatsrat vorgelegt. Darüber hinaus ist es auch von der kantonalen Aufsichtsbehörde für Datenschutz überprüft worden. Den Prüfungsbericht wird die Aufsichtsbehörde direkt an die politischen Gremien weiterleiten.

### 2.2.4 Andere Aktivitäten

Das Amt beteiligt sich an zahlreichen Arbeitsgruppen auf kantonaler Ebene, namentlich an der interdepartementalen Arbeitsgruppe für die neue Regionalpolitik, am Ausschuss zum Projekt «Territoriale Gliederung», an der Projektleitung und der Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Personenregister, an der Projektleitung für das Schulverwaltungssystem, an der tripartiten Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt und an der Task Force für die Wirtschafts- und Konjunkturlage im Kanton. Im Rahmen dieser Projekte besteht seine Aufgabe in der Beschaffung und Analyse von statistischem Zahlenmaterial. Darüber hinaus hat das Amt auch mehrere parlamentarische Anfragen beantwortet, einen Bericht zur demografischen Entwicklung im Kanton verfasst und in Zusammenarbeit mit anderen beauftragten Ämtern zu mehreren Berichten beigetragen, namentlich zum Bericht über den Detailhandel und zu jenem über das kantonale Volkseinkommen. Abschliessend sei noch erwähnt, dass das Amt der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport auch im Jahr 2008 mit Rat und Tat bei der Anwendung der «procédure de pré-orientation» (PPO) beigestanden ist. Dieses System hat das Amt für Statistik im Jahr 2005 für die Auswertung und Verwaltung des Übergangsexamens von der französischsprachigen Primarstufe in die Sekundarstufe I entwickelt.

## VIII. WOHNUNGSAMT

### 1. Aufgaben

Das Wohnungsamt ist für die Verwaltung der Finanzhilfen für subventionierte Wohnungen zuständig. Es befasst sich ausserdem mit allen anderen Aspekten der Wohnungspolitik und mit der Verwaltung der Schlichtungskommissionen. Das Amt wird von Martin Tinguely, Dienstchef, geleitet.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Wohnungsmarkt

Am 1. Juni 2008 zählte der Kanton Freiburg 1273 Leerwohnungen, das sind 32 weniger als im Vorjahr. Damit sank die Leerwohnungsziffer geringfügig von 1,12% im Jahr 2007 auf 1,08% des ungefähren kantonalen Gesamt-

wohnungsbestandes ab. Der Bau neuer Wohnungen erlaubte es, die zunehmende Nachfrage aufgrund des starken Bevölkerungswachstums im Kanton Freiburg zu decken.

Je nach Bezirk fällt die Leerwohnungsziffer sehr unterschiedlich aus, sie liegt aber überall, ausser im Saanebezirk, unter 1%.

Saane	1,70%
Glane	0,71%
Greyerz	0,95%
Broye	0,42%
Vivisbach	0,32%
Sense	0,78%
See	0,82%

Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie:

1- und 2-Zimmer	19%
3-Zimmer	29%
4-Zimmer	35%
5-Zimmer und mehr	17%

Zudem sind 74% aller leer stehenden Wohnungen zu vermieten und 26% zu verkaufen.

Auf dem Freiburger Wohnungsmarkt ist das Angebot an Leerwohnungen von Ort zu Ort verschieden.

## 2.2 Wohnbauförderung

Der Bund kann gestützt auf das Wohnraumförderungsgesetz vom 21. März 2003 (WFG) zinslose oder zinsgünstige Darlehen gewähren, um das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen und den Zugang zu Wohneigentum zu fördern. Da aber das Bundesparlament dem Entlastungsprogramm 2003 zugestimmt hat, konnten die Artikel 12 und 24 WFG, die die gesetzliche Grundlage für diese direkten Darlehen darstellen, nicht mehr angewendet werden und im Februar 2007 hat der Bund endgültig darauf verzichtet.

Das Entlastungsprogramm 2003 hat keinen Einfluss auf die anderen Massnahmen des WFG: indirekte Hilfe für Bauherren, die nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen (Bürgschaften, Rückbürgschaften, Unterstützung für Träger und Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnbaus sowie Fortsetzung der Forschungstätigkeit). Die Träger des gemeinnützigen Wohnbaus, die preisgünstigen Wohnraum bauen oder erneuern, können bei Dachorganisationen (Schweizerischer Verband für Wohnungswesen, SVW, dessen Sekretariat sich in Lausanne befindet) zinsgünstige Darlehen beantragen.

## 2.3 Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand

In Ausführung des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes vom 4. Oktober 1974 (WEG) und des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung erfüllt das Amt besonders zwei Aufgaben:

- Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Die kantonalen Beiträge zur Senkung der Mietzinse beliefen sich auf 4 711 403 Franken, während die Gemeindebeiträge 2 106 440 Franken betragen;
- Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Bundesleistungen (etwa 8000 Wohnungen). Aufgrund dieser Kontrollen wurde eine gewisse Zahl von Beiträgen gekürzt oder gestrichen.

## 2.4 Kontrolle der gewährten Beiträge

Bei Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind die Eigentümer verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzuzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. 2008 gaben neun Liegenschaftsverkäufe Anlass zur Rückerstattung von Subventionen. Der Gesamtbetrag dieser Rückerstattungen belief sich auf 73 410 Franken. Die Anteile von Bund und Gemeinden wurden zurückbezahlt. Verschiedene Verkäufe wurden ausserdem bewilligt, bei denen keine Subventionsrückzahlung notwendig war, da die Eigentümer ihre Liegenschaft zu den Gestehungskosten verkauften.

## 2.5 Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Das Bundesgesetz vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ermöglicht es dem Amt, Eigentümern, die ihre Wohnung renovieren wollen, nichtrückzahlbare Darlehen zu gewähren. Eine Finanzhilfe wird gewährt, wenn die renovierungsbedürftige Wohnung in einem Berggebiet gemäss eidgenössischem landwirtschaftlichem Produktionskataster liegt, von einer Familie in bescheidenen Verhältnissen bewohnt wird und es sich um wertvermehrende Arbeiten handelt.

Im Rahmen des neuen Finanzausgleichs zwischen dem Bund und den Kantonen wird diese Aufgabe ab 2008 vollständig den Kantonen übertragen. Der Staatsrat hat beschlossen, keinen Erlass in der Sache aufzustellen und folglich die gesamten Subventionen auf dem Gebiet aufzuheben.

Eine letzte Finanzhilfe wurde 2007 im Greyerzbezirk gesprochen. Die entsprechende Bauabrechnung wird 2009 genehmigt werden. Die noch ausstehenden Beiträge belaufen sich auf 40 000 Franken.

## 2.6 Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen

Die drei Schlichtungsstellen behandelten im Berichtsjahr 1093 Anfechtungen. Diese Einsprachen, die hauptsächlich den Mietzins, die Nebenkosten und den Kündigungsschutz betrafen, wurden wie folgt geregelt:

Einigung	553	(63%)
Keine Einigung	112	(13%)
Entscheide über Kündigungsschutz und Mietzinshinterlegung	120	(14%)
Nichteintreten, Rückzug	60	(7%)
An das Schiedsgericht weitergeleitete Fälle	20	(3%)
	845	(100%)
Ende 2008 noch hängige Fälle	248	
Total Gesuche 2008	1093	

## 2.7 Baulandreserven

2008 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven gestellt.

## 2.8 Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die Personen im Ausland gehören, durch das Wohnungsamt festgelegt. 2008 wurde dem Amt kein Gesuch um Erwerb einer Liegenschaft in diesem Bereich gestellt.

## 2.9 Kantonale Wohnungskommission

Die kantonale Wohnungskommission wurde mit Beschluss des Staatsrats vom 20. April 1993 gebildet. Ihre Aufgaben beinhalten vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann. Die Kommission hielt im Berichtsjahr keine Sitzung ab.

# IX. AMT FÜR BERUFSBILDUNG

## 1. Aufgaben

Das Amt für Berufsbildung, das von Fritz Winkelmann, Dienstchef, geleitet wird, ist mit der Beaufsichtigung und dem Vollzug der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons über die Berufsbildung und den interkantonalen Vereinbarungen auf dem Gebiet beauftragt. Es sorgt ferner für die Umsetzung der Massnahmen zur Förderung der Berufsbildung, mit denen insbesondere die Partner in der Berufsbildung angespornt werden, Ausbildungsplätze zu schaffen. Es informiert, berät und

begleitet alle Partner auf dem Gebiet der Berufsbildung und alle in Ausbildung stehenden Personen.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das neue Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG) ist am 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Nach einer Übergangsperiode von vier Jahren wird seit dem 1. Januar 2008 das neue Finanzierungssystem des Bundes, das auf Pauschalen beruht, angewendet. Das kantonale Gesetz vom 13. Dezember 2007 über die Berufsbildung (BBiG) definiert die Grundsätze dieser Pauschalbeiträge.

Gemäss dem BBiG erarbeitete das Amt die Vorlagen für Leistungsverträge zwischen der Volkswirtschaftsdirektion und allen Privatpartnern, die einen Beitrag erhalten. Diese Leistungsverträge benötigen noch die Genehmigung des Staatsrats und müssen anschliessend von den betroffenen Parteien angenommen werden.

2008 sind 32 Verordnungen über die berufliche Grundbildung (11 Ausbildungen über 2 Jahre mit eidgenössischem Berufsattest sowie 21 Ausbildungen über 3 respektive 4 Jahre mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis) in Kraft getreten.

Im Mai hat ein Lehrstellenförderer seine Tätigkeit im Amt aufgenommen. Die Entwicklung dieser neuen Struktur ist eine Fortsetzung der Anstrengungen, die 2008 die Schaffung von 454 zusätzlichen Lehrstellen ermöglichten (+6% im Vergleich zum Vorjahr). Der Bestand der Auszubildenden hat zugenommen und beträgt im Berichtsjahr 8020 Personen, was einer Zunahme von rund 40% innerhalb von zehn Jahren entspricht. 1261 Personen besuchen den Berufsschulunterricht ausserhalb des Kantons.

Die Verbesserung der Hilfsmassnahmen im Umgang mit Jugendlichen, die mit Schwierigkeiten konfrontiert sind, wurde im Regierungsprogramm zur Priorität erklärt. Die kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung, deren Mitglieder vom Staatsrat ernannt werden, hat 2008 acht Sitzungen abgehalten. Ein Bericht, der das Ergebnis ihrer Arbeiten enthält, wurde dem Staatsrat unterbreitet. Im Rahmen des kantonalen Konzepts namens «Case Management», das hauptsächlich vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie finanziert wird, wurden im Sommer und Herbst 2008 verschiedene Betreuungsmassnahmen umgesetzt. In der ersten Phase dieses Projekts wurden die aufgrund von Eingliederungsschwierigkeiten gefährdeten Jugendlichen im ersten Jahr der Orientierungsschule identifiziert und erfasst. Ab Beginn des zweiten Jahres erhielten diese Jugendlichen eine spezifische Unterstützung. Anschliessend wird diese Risikogruppe auch im letzten obligatorischen Schuljahr und beim Übergang zur Sekundarstufe II beobachtet und betreut werden. Bei der beruflichen Grundbildung wurden die Massnahmen zur Begleitung der Auszubildenden mithilfe der Berufsfachschulen, Lehrwerkstätten und Praktikumsschulen umgesetzt. Diese Massnahmen



werden auch im Rahmen eines Konzepts behandelt, das eine Anlage des Tätigkeitsberichts der Kommission bildet.

## 2.2 Besondere Ereignisse

Am 3. März 2008 hat die Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrum (VKBZ) die Bauarbeiten für das Projekt «Boucle» in Angriff genommen. Dazu gehört der Bau eines geräumigen Schulgebäudes, einer Dreifachturnhalle, zweier Einstellhallen sowie der Umbau der bestehenden Infrastrukturen am Standort «Derrière-les-Remparts» in Freiburg. Die Bauten werden auf den Schulanfang 2010 einsatzbereit sein.

Was das Gebäude der Lehrwerkstätten Freiburgs betrifft, so wies das Verwaltungsgericht im Mai 2007 die beiden 2006 erhobenen Einsprachen gegen die Baubewilligung ab. Zwei neue Einsprachen wurden beim Bundesgericht eingereicht, das Anfang 2008 entschieden hat, die Baubewilligung zu entziehen. Das Bauprojekt wurde folglich geändert, um die Gebäudefläche zu verkleinern und somit dem gesetzlichen Abstand zur westlichen Grenze der Parzelle zu entsprechen. In einem zweiten Schritt wurde ein Entwurf des Detailbebauungsplans (DBP) für die Parzelle «Ilot du Musée» ausgearbeitet. Parallel dazu wurde ein neues Baubewilligungsgesuch eingereicht und der DBP wurde in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Beide wurden im September 2008 ohne Einsprache angenommen. Die Bauarbeiten können also Anfang 2009 wieder aufgenommen werden und im Verlauf des Sommers 2011 abgeschlossen werden.

Am 3. Dezember 2008 hat der Grosse Rat einstimmig das Dekret über die Gewährung eines Verpflichtungskredits für den Erwerb des Gebäudes «La Timbale» und seiner Ausstattung, zurzeit Eigentum der Firma Schule für Multimedia und Kunst Freiburg AG (EMAF), angenommen. Dieser wichtige Entscheid erhält die Bildungsgänge im Bereich der bildenden Kunst und der Kommunikation in unserem Kanton. Es geht nun darum, den Übergang und damit den Schuljahresbeginn 2009 sicherzustellen.

Am 11. Dezember 2008 erhielt das Amt die Zertifizierung ISO 9001:2008. Das zertifizierte Qualitätsmanagementsystem umfasst die Entwicklung, Kontrolle, Betreuung und Finanzierung der beruflichen Grundbildung, der höheren Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung.

## 2.3 Berufsbildungskommission

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Berufsbildung haben sich die kantonale Kommission für Berufsbildung, die Aufsichtscommission über die Berufsmaturität und der beratende Ausschuss des Weiterbildungs- und Informatikzentrums in einer einzigen Berufsbildungskommission zusammengeschlossen. Sie besteht aus 13 Mitgliedern und hat am 17. Oktober 2008 ihre erste Sitzung abgehalten. Sie behandelt namentlich Themen, die die berufliche Grundbildung, die Berufs-

maturität und die Bildungsgänge im Zusammenhang mit der höheren Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung betreffen.

## 2.4 Berufliche Grundbildung / Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung

	Verträge		Fähigkeitszeugnisse / Ausweise		
	2007	2008	2007	2008	
Berufsmaturität BMS 2	170	207			
Lehre (einschl. lehrbegleitende Berufsmaturität)	6931	7352	1579	295	349
Art. 32 BBV «Besondere Zulassungsvoraussetzungen» (ehemaliger Art. 41 BBG)	110	98	34		130
Praktische Ausbildung	12	18	10		12
Anlehre	50	37	60		60
Vorlehre	38	45			
Vorkurs	185	194			
Integrationskurs	70	69			
<b>Total</b>	<b>7566</b>	<b>8020</b>	<b>1978</b>		<b>2317</b>

## 2.5 Beruflicher Unterricht

Der berufliche Unterricht der Auszubildenden im Kanton wird von den fünf Berufsfachschulen sichergestellt, aber auch durch andere schulische Institutionen im Kanton. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über Schülerbestände dieser Schulen, die auch 262 Auszubildende mit einem Lehrvertrag in einem anderen Kanton ausbilden:

Berufsfachschule	Personen in Ausbildung		Total
	Französisch	Deutsch	
Gewerbliche und Industrielle Berufsschule (GIBS), Freiburg	2392	798	3190
Kaufmännische Berufsschule (KBS), Freiburg	684	387	1071
Lehrwerkstätten Freiburg (LWF)	330	59	389
Gewerbliche und Kaufmännische Berufsschule (GKBS), Bulle	988		988
Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG), Posieux	291	24	315
<b>Total</b>	<b>4685</b>	<b>1268</b>	<b>5953</b>

Die Kaufmännische Berufsschule ist ab dem Schuljahresbeginn 2008–2009 geöffnet und beherbergt als schweizweite Premiere erstmals eine zweisprachige Klasse für die berufsbegleitende Handelsberufsmatura über zwei Jahre nach Erlangung des EFZ. Diese Klasse zählt neun deutschsprachige und vier französischsprachige Schülerinnen und Schüler.

Die Berufsfachschule Soziales-Gesundheit verzeichnet eine steigende Anzahl Auszubildende. Bei ihrer Gründung im Jahr 2006 hatten sich 136 Auszubildende eingeschrieben, 2008 waren es 315 Personen. Auszubildende der 2006 eingeführten Berufsbezeichnung Fachfrau Betreuung/Fachmann Betreuung werden in Fachkreisen immer besser akzeptiert. Die Zusatzausbildung für Pflegehelferinnen und Pflegehelfer, die ein EFZ als Fachfrau Gesundheit/Fachmann Gesundheit erlangen wollen, trifft auf eine grosse Nachfrage; bis 2012 sind alle Kurse komplett.

In der Zeit bis zur Einführung der beruflichen Grundbildung über zwei Jahre im Bereich Soziales-Gesundheit und im Zusammenhang mit einer Verlängerung des Reglements des Schweizerischen Roten Kreuzes hat der Staatsrat am 8. Juli 2008 beschlossen, die Ausbildung Pflegefachfrau/Pflegefachmann bis ins Jahr 2012 weiterzuführen und das Ausbildungsangebot von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) in die Volkswirtschaftsdirektion (VWD) beziehungsweise von der Hochschule für Gesundheit in die ESSG zu verlegen.

## 2.6 Überbetriebliche Kurse und Fachkurse

Im Schuljahr 2007–2008 besuchten 7496 Lehrerinnen und Lehrmänner die überbetrieblichen Kurse im Kanton, also 477 Auszubildende mehr als im Vorjahr.

## 2.7 Berufsorientierte Weiterbildung

Das Weiterbildungs- und Informatikzentrum (WIZ) registrierte 2273 Kursanmeldungen, davon 777 für Informatikkurse, 842 für Managementkurse, 190 für Kurse im Bereich Industrie und Gewerbe, 247 für Kurse in Personalverwaltung, 135 für Sprachkurse, 35 für Kurse im Verkauf und 47 für Pädagogikkurse.

## 2.8 Gewerbebibliothek

Die Gewerbebibliothek Freiburg erwarb 1321 neue Titel und liess 7232 Werke aus. Gemäss ihrer Statistik besuchten 152 Berufsschulklassen und 13 894 Einzelpersonen die Bibliothek. Am 31. Dezember 2008 waren 8346 Leserinnen und Leser registriert.

Die Bibliothek mit dem Zentrum für pädagogische Bezugsquellen der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsschule in Bulle erwarb 465 neue Titel und liess 2678 Werke aus. Die Bibliothek wurde von 5514 Personen besucht und 1351 Leserinnen und Leser waren am 31. Dezember 2008 registriert.

# X. FACHHOCHSCHULE FREIBURG FÜR TECHNIK UND WIRTSCHAFT

## 1. Aufgaben

Die Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW) unter der Leitung von Jean-Etienne Berset, Generaldirektor, und die ihr angegliederten Schulen, nämlich die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) und die Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR), führen die ihnen durch die Bundesgesetzgebung übertragenen Aufgaben als Fachhochschulen aus. Diese umfassen den Unterricht, die berufliche Weiterbildung, die Forschung und Entwicklung, die Dienstleistungen für Dritte und die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene.

## 2. Tätigkeit

### 2.1. Tätigkeit der FHF-TW

Seit Januar 2006 ist die Generaldirektion der FHF-TW neben der HTA-FR und der HSW-FR auch für die beiden anderen Schulen der HES-SO Freiburg zuständig, nämlich die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) und die Hochschule Freiburg für Soziale Arbeit (HFSA), die der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport angegliedert sind.

Die FHF-TW hat ihre Weiterentwicklung im seit 2005 definierten Rahmen verfolgt. Die gemeinsamen Anstrengungen dienen der Weiterführung der Aktivitäten im Sinne der verschiedenen strategischen Leitlinien, insbesondere derjenigen zur Qualität. Auch der Leitlinie «Synergien» wurde besonders viel Aufmerksamkeit zuteil. Konkrete Beispiele für die erzielten Synergien sind die Eröffnung der Krippe Pérollino am 4. Februar 2008, der gemeinsame Ansatz in der Frage der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und die Weiterführung der Treffen, die der Tätigkeit anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung (aF&E) gewidmet sind und die Bildung von aF&E-Projekten anstreben, an denen zwei oder mehrere Schulen teilnehmen.

Im Bereich der Schülerbestände bleibt die Entwicklung positiv, die HTA-FR ist sogar die einzige Ingenieurschule der HES-SO, die zum Beginn des akademischen Jahres 2008/09 einen Anstieg der Studierendenzahlen verzeichnete. Auch die Studierendenzahlen der HSW-FR sind nach einem vorübergehenden Rückgang zwischen 2005 und 2007 erneut angestiegen.

Auf dem Gebiet der Bildungsgänge ergänzen mehrere Master-Studiengänge die Bachelorausbildung, weitere werden folgen. Es muss betont werden, dass die Freiburger Schulen diese Master-Studiengänge nie im Alleingang organisieren, sondern immer in Zusammenarbeit mit anderen Fachhochschulen der Westschweiz und der Schweiz.

Am 25. Juni 2008 hat die HES-SO im Namen ihrer vier Schulen eine Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg unterzeichnet. Diese

neue Vereinbarung ersetzt die Zusammenarbeitsvereinbarung vom 12. März 1997 zwischen der Universität und der Ingenieurschule Freiburg, ISF (heute HTA-FR) und der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule, HWV (heute HSW-FR).

Die informelle Arbeitsgruppe unter der Leitung der HES-SO, die seit einigen Jahren vier kantonale Hochschulen der HES-SO vereint (HES-SO//Arc, HES-SO//Genf, HES-SO//Freiburg und HES-SO//Wallis), hat ihre Anstrengungen für eine Zusammenführung der jeweiligen Erfahrungen mit Qualitätsmanagementsystemen fortgesetzt. In diesem Zusammenhang hat die HES-SO Freiburg am 10. Juni 2008 eine Sitzung zum Thema «Verhältnis zwischen Zertifizierung und Akkreditierung» organisiert.

## **2.2 Tätigkeit der HTA-FR**

### **2.2.1 Ausbildung**

Wie schon in der Vergangenheit nimmt der Bestand an Studierenden weiterhin regelmässig um rund 5% pro Jahr zu. 2008 wurde der letzte Jahrgang Studierender verabschiedet, die noch ein Fachhochschuldiplom in Technik oder Architektur erhielten. Dazu wurden die ersten Master in Architektur vergeben. Der erste Bachelorstudiengang, der 2006 eingeführt wurde, wird 2009 mit der Erteilung der ersten Bachelordiplome zum Abschluss kommen.

Die Vorbereitungen für die Master in Engineering (MSE) und in Life Sciences (MLS) wurden weitergeführt. Ihre Einführung, die ursprünglich für das akademische Jahr 2008/09 geplant war, wurde von allen Ingenieurschulen der HES-SO koordiniert auf 2009/10 verschoben.

Die HTA-FR hat ihr Angebot im Bereich der Zweisprachigkeit ergänzt. Seit Beginn des akademischen Schuljahrs 2007/08 gibt es mit Ausnahme der Architektur in allen Bereichen französisch-deutsche Studiengänge.

### **2.2.2 Berufliche Weiterbildung**

Wie in den vergangenen Jahren hat die Abteilung für Bau und Umwelt ein «Certificate of Advanced Studies» (CSU) im Bereich des erdbebensicheren Bauens organisiert. Dieses Bildungsangebot wurde in Zusammenarbeit mit dem Studiengang für Tiefbau der EPFL aufgestellt.

Die Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnologie hat sich in Zusammenarbeit mit ihren Partnern der HES-SO am Aufbau eines «Masters of Advanced Studies» in den Bereichen Internet, Sicherheit und Mobile Applikationen beteiligt.

Ferner wurden den Ingenieurinnen und Ingenieuren der Westschweiz sowie zahlreichen Studierenden aus den Bereichen Informatik und Telekommunikation im Rahmen der Sommeruniversität weiterhin die Kurse «Cisco Academy» und «XML Academy» angeboten. Ausserdem war die HTA-FR 2008, wie bereits in den vergangenen Jahren, für den Unterricht der Technolo-

giemodule des MBA-Programms des Internationalen Instituts für Management in Technologie zuständig.

### **2.2.3 Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte**

Im Jahr 2008 erzielte dieser Bereich einen Umsatz von 7,81 Millionen. 78% dieses Umsatzes wurden durch Forschungsprojekte und 22% durch Dienstleistungen für Dritte erwirtschaftet. Die Finanzierung wird zu 33% durch Fremdkapital, zu 48% durch die HES-SO und zu 19% durch andere Mittel sichergestellt. 134 Projekte wurden realisiert, 102 davon im Bereich der aF&E und 32 im Bereich der Dienstleistungen für Dritte. Vier Projekte wurden mit ausländischen und 41 mit Freiburger Partnern durchgeführt. Insgesamt 120 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Studierende arbeiteten voll- oder teilzeitlich an diesen Projekten, was 38,6 Vollzeitstelleneinheiten entspricht. 55 Dozierende begleiteten oder leiteten diese Projekte im Umfang von 7,2 Vollzeitstelleneinheiten. Dies bedeutet, dass die Dozierenden 13% ihrer Aktivität der Forschung widmen, während dieser Anteil an den Universitäten 50% beträgt.

Am 25. November 2008 hat der Staatsrat des Kantons Freiburg beschlossen, das Wissenschafts- und Technologiezentrum des Kantons Freiburg (WTZ-FR) als erstes im Rahmen der Neuen Regionalpolitik gefördertes Projekt zu finanzieren. Das Projekt wurde von der HTA-FR ausgearbeitet und auf zwei Jahre hinaus geplant; es genießt die Unterstützung der Universität Freiburg und mehrerer Partner aus der Privatwirtschaft. Das WTZ-FR wurde als Verein gegründet. Sein Ziel ist es, die Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft innerhalb von vier thematischen Clustern zu fördern: Netzwerk Kunststofftechnologie, Cluster Informationssysteme und Sicherheit, Cluster Stahl-Glas-Energie und Netzwerk Nanotechnologie.

### **2.2.4 Nationale und internationale Zusammenarbeit**

27 Studierende der HTA-FR, also rund 20% aller Diplomandinnen und Diplomanden, haben ihre Diplomarbeit an ausländischen Universitäten mit Erfolg abgeschlossen: Kanada (11), USA (7), Mexiko (4), Niederlande (2), Finnland (2) und Frankreich (1).

Drei Studierende haben einen Auslandsaufenthalt von einem Semester gemacht und zwei Studierende haben ihr Masterstudium im Rahmen ihrer Diplomarbeit an der Universität Calgary weitergeführt.

40 ausländische Studierende absolvierten im Rahmen ihrer Bachelor- bzw. Masterarbeit oder ihrer Doktorarbeit einen Austauschaufenthalt an der HTA-FR. Die Studierenden aus Europa organisierten ihren Aufenthalt im Rahmen des Austauschprogramms Erasmus, die Übrigen kamen hauptsächlich aus Mexiko, Brasilien, dem Libanon, Vietnam und China.

Die internationalen Kontakte werden dank der ständigen Akquisitionstätigkeit der Dozierenden regelmässig ausgebaut. Im Berichtsjahr reisten rund dreissig Dozierende ins Ausland, um eine Diplomarbeit vorzubereiten oder die Grundlagen für eine zukünftige Zusammenarbeit zu legen, während fünfzehn ausländische Dozierende von der HTA-FR empfangen wurden. Zusätzlich zu den Erasmusverträgen wurden spezifische Zusammenarbeitsvereinbarungen mit der Northeastern University Boston, der Universität Libanon und der Politechnika Krakowska in Polen abgeschlossen.

### 2.2.5 Andere Ereignisse

Während den Fasnachtsferien und den Herbstferien organisierte der Studiengang Elektrotechnik Praktika für interessierte Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschulen, um ihnen einen Einblick in den Beruf Elektronikerin/Elektroniker und Elektrikerin/Elektriker zu verschaffen.

Am 18. und 19. Februar organisierte die HTA-FR zusammen mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg zum achten Mal in Folge Praktika für Gymnasiastinnen in wissenschaftlichen und technischen Berufen.

Ende Februar hat die HTA-FR ihre Tätigkeit in Lugano vorgestellt, im Rahmen der «Espoprofessionisti», einer Veranstaltung für Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschulen, die eine Lehrstelle suchen. Mitte Mai nahm sie am «Salon des étudiants» in Lausanne teil und einen Monat später am Immobiliensalon im Forum Freiburg.

Am 4. April reiste die HTA-FR erneut ins Tessin, um dort ihr Bildungsangebot den Studierenden der SAMT (Schule für Kunst und Gewerbe in Trevano) vorzustellen und nur knappe fünf Tage später empfing die HTA-FR eine Delegation von Studierenden und Lehrpersonen des CAMB (Zentrum für Kunst und Gewerbe in Bellinzona).

Am 23. Mai haben knapp 5000 Personen, hauptsächlich Jugendliche, an der dritten Veranstaltung von «Campus Fever» teilgenommen. Dieses Ereignis wird von einem Komitee organisiert, in dem nunmehr alle Hochschulen der Pérolles-Ebene vertreten sind.

Die Tage der offenen Tür und die Ausstellung der Diplomarbeiten fanden am 14. und 15. November statt. Sie erlaubten es den Absolventinnen und Absolventen, ihre Diplomarbeiten vorzustellen, und gaben der Freiburger Bevölkerung die Gelegenheit, den Reichtum und die Vielfalt der Aktivitäten der HTA-FR zu entdecken.

In der Hochschullandschaft Schweiz erfolgte zusätzlich zur FH Kalaidos, deren Genehmigung 2005 erteilt wurde, die Eröffnung einer zweiten privaten Fachhochschule. Es handelt sich dabei um die Fachhochschule Les Roches-Gruyère (HES LRG), deren Genehmigung am 2. Juli 2008 durch den Bundesrat erteilt wurde. Diese neue FH hat ihren Firmensitz und den Hauptcampus in Bulle. Sie bietet einen Bachelorstudiengang in Hotellerie an.

## 2.3 Tätigkeit der HSW-FR

### 2.3.1 Ausbildung

Mit rund 60 Studierenden im Bachelorstudiengang und 20 im Masterstudiengang sowie einem Anstieg der Studierendenanzahl in den Nachdiplomaausbildungen zählt die HSW-FR insgesamt über 490 Studentinnen und Studenten. Im Vergleich zu den 400 Studierenden im Jahr 2007 stellt dies einen Anstieg um 22% dar.

Der «Master of Science in Business Administration», der von der FHF-TW organisiert wird, machte die HSW-FR um einen schönen Erfolg reicher, da sie die Fachrichtung Entrepreneurship leitet. Der Master, als Folgestudium des Bachelors, ermöglicht es den Studierenden, neben dem Studium einer Teilzeitarbeit nachzugehen. Mit einer Dauer von zwei Jahren bereitet dieser Studiengang die Absolventinnen und Absolventen auf ihre künftige Rolle als leitende Angestellte im Management vor. Sie lernen, Verantwortung im Änderungsmanagement zu tragen, in privaten Unternehmen wie in öffentlichen Dienststellen.

### 2.3.2 Berufliche Weiterbildung

In Zusammenarbeit mit der HSW Bern wurde 1999 das Programm «EMBA - Integrated management» lanciert. Seither kennt es einen ungebrochenen Erfolg. Nun wurde es auch vom Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizerischen Hochschulen erfolgreich evaluiert. Es richtet sich an Personen mit mindestens fünf Jahren Berufserfahrung. Seit dem Abschluss des ersten Studiengangs haben nicht weniger als 170 Diplomandinnen und Diplomanden aus Freiburg und über 200 aus Bern diesen Studiengang erfolgreich abgeschlossen.

Nebst diesem EMBA bietet die HSW-FR fünf Weiterbildungsgänge, Certificate of Advanced Studies (CAS), an mit insgesamt rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern:

- Gestion d'entreprise et gestion de projet
- Gestion immobilière (neuer Bildungsgang seit Ende 2008)
- Environnement
- Communication d'entreprise (neuer Bildungsgang seit Anfang 2008)
- CAS für Fach- und Führungskräfte (Nachdiplomkurs)

### 2.3.3 Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Rund zwanzig Forschungsprojekte und Dienstleistungen für Dritte wurden 2007/08 realisiert. In diesem Rahmen wurden verschiedene wissenschaftliche Arbeiten und Artikel veröffentlicht; die Professorinnen und Professoren konnten ihre Arbeit an Kongressen, Konferenzen und anderen öffentlichen Anlässen vorstellen.

### 2.3.4 Nationale und internationale Zusammenarbeit

Zwei neue Abkommen über Zusammenarbeit wurden unterzeichnet, einerseits mit der Hochschule Liechtenstein (Mai 2008) und andererseits mit der University of Vermont, School of Business Administration (September 2008).

Für den Unterricht in den Nachdiplomkursen im Fachbereich Management hat die HSW-FR hauptsächlich mit der Universität Trier (D) und der École de management in Grenoble (F) zusammengearbeitet, während sie im Fachbereich «Gestion de projet» mit der Université du Québec in Trois-Rivières (CAN) Kontakte pflegt. Für den EMBA erfolgte die Zusammenarbeit im Wesentlichen mit den erwähnten Universitäten sowie mit der Universität Monterrey in Mexiko.

## 2.4 Statistik

### 2.4.1 Personalstatistik

	HTA-FR <sup>1</sup>		HSW-FR		FHF-TW	
	07/08	08/09	07/08	08/09	07/08	08/09
Lehrpersonal						
Vollzeit	53	53	7	8	60	61
Teilzeit	80	87	27	33	107	120
Total	133	140	34	41	167	181

	HTA-FR <sup>1</sup>		HSW-FR		FHF-TW	
Wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter						
Vollzeit	71	64	6	3	77	67
Teilzeit	21	27	2	6	23	33
Total	92	91	8	9	100	100
Verwaltung und Direktion						
Vollzeit	7	9	3	3	10	12
Teilzeit	13	10	5	5	18	15
Total	20	19	8	8	28	27
Lehrfrauen und Lehrmänner						
Total	24	28	--	--	24	28
Gesamttotal						
Vollzeit	155	154	16	14	171	168
Teilzeit	114	124	34	44	148	168
Total	269	278	50	58	319	336

<sup>1</sup> Einschliesslich Bautechnische Schule (BTS)

### 2.4.2 Statistik der Studierenden

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Master	Total	Diplome 2008	Master 2008
<b>HTA-FR</b>								
Architektur	50	42	34	8	21	155	32	6
Chemie	38	20	14	–	–	72	14	–
Bauingenieurwesen	21	15	12	–	–	48	9	–
Informatik	28	21	22	–	–	71	20	–
Telekommunikation	25	16	15	–	–	56	13	–
Elektrobau	39	42	–	–	–	133	–	–
Elektronik	–	–	24	–	–	–	22	–
Elektrotechnik	–	–	28	–	–	–	19	–
Maschinenbau	39	33	21	–	–	93	17	–
<i>Total HTA-FR</i>	<i>240</i>	<i>189</i>	<i>170</i>	<i>8</i>	<i>21</i>	<i>628</i>	<i>146</i>	<i>6</i>
<b>HSW-FR</b>								
Betriebswirtschaft (Vollzeitstudium)	27	51	17	–	–	95	16	–
Betriebswirtschaft (berufsbegleitendes Studium)	74	29	50	28	–	181	26	–
<i>Total HSW-FR</i>	<i>101</i>	<i>80</i>	<i>67</i>	<i>28</i>	<i>–</i>	<i>276</i>	<i>42</i>	<i>–</i>

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Master	Total	Diplome 2008	Master 2008
<b>BTS</b>								
Bauführung	25	12	17	–	–	54	17	-
<b>Total FHF-TW</b>	<b>366</b>	<b>281</b>	<b>254</b>	<b>36</b>	<b>21</b>	<b>958</b>	<b>205</b>	<b>6</b>
<b>Davon auf FH-Stufe</b>	<b>341</b>	<b>269</b>	<b>237</b>	<b>36</b>	<b>21</b>	<b>904</b>	<b>188</b>	<b>6</b>

### 2.4.3 Statistik der Studierenden nach Herkunft (Kanton, Ausland)

	HTA-FR	HSW-FR	BTS
Freiburg	318	202	21
Bern	31	46	5
Genf	23	–	-
Jura	14	1	7
Neuenburg	20	–	3
Tessin	66	1	-
Waadt	72	21	11
Wallis	43	–	7
Andere Kantone	17	5	-
Ausland	24	–	-

### 2.5 Bautechnische Schule

Die Bautechnische Schule (BTS) ist eine höhere Fachschule (HFS) auf nichtuniversitärer Tertiärstufe.

Die HFS spielen eine wichtige Rolle bei der Ausbildung von Spezialisten, die aus der Praxis kommen. Neben dem Angebot an Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen bieten die HFS die Möglichkeit, sich die nötigen Kompetenzen anzueignen, um technische und administrative Verantwortung zu übernehmen.

Die HFS vergeben zurzeit etwa 4000 Diplome pro Jahr. Die Integration der Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst wird voraussichtlich die Zahl der ausgestellten Diplome in den kommenden Jahren verdoppeln.

Die Statistik der Studierenden der BTS befindet sich in den oben stehenden Tabellen unter 2.4.1 und 2.4.3.

### 2.6 Stand der Stipendienfonds

Fonds/Stiftung	Stand am in Fr.	
	31.12.2007	31.12.2008
Stiftung Habricht del Soto	37 134.50	37 877.20
Fonds James Daler	72 480.10	73 929.70
Fonds Frédéric Broillet, Kunstmaler	54 712.25	55 806.50
Fonds Ampelio Regazzoni, Bildhauer	20 133.45	20 536.10
Fonds Placide Perroset	8 501.45	8 671.50
Fonds J.-B. Zbinden	4 505.00	4 595.10
Stiftung Krankenkasse der Ingenieurschule	89 973.71	91 773.16

### 3. Gesetzgebung

Die Ausarbeitung eines Gesetzes über die Fachhochschule Westschweiz / Freiburg (LHES-SO) wurde per Beschluss des Staatsrats vom 30. Mai 2007 unterbrochen, angesichts der Unsicherheiten darüber, welche Verwaltungsform letztlich auf Ebene der HES-SO gewählt wird. Nachdem dieser Punkt geklärt war, bewilligte der Staatsrat die Weiterführung der Vorbereitungsarbeiten zum erwähnten Gesetz per Beschluss vom 18. Juni 2008. Ende Dezember 2008 wurde bei den zwei betroffenen Direktionen, der VWD und der EKSD, ein Gesetzesvorentwurf über diesen Gegenstand eingereicht.

## XI. PERSONALBESTAND

<i>BEHÖRDEN - DIREKTIONEN Kostenstellen</i>	<i>Rechnung 2008 VZÄ</i>	<i>Rechnung 2007 VZÄ</i>	<i>Differenz VZÄ</i>
<b>VOLKSWIRTSCHAFT</b>	<b>557,40</b>	<b>537,50</b>	<b>19,90</b>
ZENTRALVERWALTUNG	70,86	66,45	4,41
3500 / ETES Generalsekretariat	6,18	5,55	0,63
3505 / PECO Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg	7,74	7,45	0,29
3510 / OPEM Amt für den Arbeitsmarkt	11,74	10,07	1,67
3525 / RCOM Handelsregisteramt	5,95	6,00	-0,05
3535 / LOGE Wohnungsamt	2,93	2,96	-0,03
3542.1 / SFPR Amt für Berufsbildung	23,38	21,25	2,13
3560 / STAT Amt für Statistik	7,94	8,17	-0,23
3570 / TRCE Amt für Verkehr und Energie	5,00	5,00	
UNTERRICHTSWESEN	486,54	471,05	15,49
3542.2 / EPAI Gewerbliche und industrielle Berufsschule	144,44	144,10	0,34
3542.3 / EPCO Kaufmännische Berufsschule	45,78	43,87	1,91
3542.4 / EPAC Gewerbliche und kaufmännische Berufsschule	37,39	36,08	1,31
3542.5 / EPSS Berufsschule Gesundheit - Soziales	26,06	20,73	5,33
3542.6 / EMEF Lehrwerkstätten Freiburg	53,67	52,97	0,70
3557 / ETEC Technische Schulen	5,89	5,68	0,21
3558 / HESF Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft	173,31	167,62	5,69

Kanton Freiburg

# DIREKTION FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES



<b>I. Direktion und Generalsekretariat</b> .....	<b>1</b>
1. Aufgaben .....	1
2. Tätigkeit .....	1
3. Interkantonale Zusammenarbeit .....	2
4. Streitfälle .....	3
5. Gesetzgebung .....	3
<b>II. Amt für Gesundheit</b> .....	<b>4</b>
1. Aufgaben .....	4
2. Tätigkeit .....	4
3. Gesundheitsberufe .....	6
4. Spitäler .....	6
5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte .....	8
6. Spitalplanung .....	10
7. Hilfe und Pflege zu Hause .....	10
8. Gesundheitsförderung und Prävention .....	10
9. Tätigkeit des Kantonsapothekers .....	12
10. Krankenversicherung .....	12
11. Schülerunfallversicherung .....	13
<b>III. Kantonsarztamt</b> .....	<b>15</b>
1. Aufgaben .....	15
2. Ordentliche Tätigkeit .....	15
3. Prävention und Gesundheitsförderung .....	16
4. Überwachung und Planung des Gesundheitssystems .....	22
5. Information und Koordination .....	25
6. Austausch und Zusammenarbeit .....	25
<b>IV. Schulzahnpflegedienst</b> .....	<b>26</b>
1. Aufgaben .....	26
2. Tätigkeit .....	26
<b>V. Dienst für Familienplanung und Sexualinformation</b> .....	<b>28</b>
1. Aufgaben .....	28
2. Tätigkeit .....	28
3. Statistik .....	29
<b>VI. Sozialvorsorgeamt</b> .....	<b>30</b>
1. Aufgaben .....	30
2. Tätigkeit .....	30
3. Statistik .....	33
<b>VII. Kantonales Sozialamt</b> .....	<b>38</b>
1. Aufgaben .....	38
2. Hilfe an bedürftige Personen .....	38
3. Hilfe an die Opfer von Straftaten .....	41
4. Hilfe an Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, abgewiesene Asylsuchende, Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid, Flüchtlinge .....	43
5. Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen .....	45
<b>VIII. Jugendamt</b> .....	<b>48</b>
1. Aufgaben .....	48
2. Tätigkeit .....	49
3. Die Sektoren des JA .....	49
<b>IX. Personalbestand</b> .....	<b>53</b>

## DIREKTION

## I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

### 1. Aufgaben

Die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) stellt für die Freiburger Bevölkerung eine gute Versorgung im Gesundheits- und Sozialbereich bereit. Ihre sieben Dienste und Ämter stellen eine Vielzahl an Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich sicher und subventionieren zahlreiche Institutionen, die in diesen Bereichen tätig sind. Ausserdem sind der GSD drei öffentlich-rechtliche Anstalten administrativ zugeteilt: das freiburger spital (HFR), das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) und die Kantonale Sozialversicherungsanstalt (KSVA). Diese verfassen ihren eigenen Tätigkeitsbericht.

Direktorin für Gesundheit und Soziales ist Staatsrätin Anne-Claude Demierre. Generalsekretär war bis 31. März 2008 Hans Jürg Herren. Am 1. April 2008 wurde dieser von Antoine Geinoz abgelöst.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Gesundheitsplanung

Am 31. März hat der Staatsrat ein Kernstück der Spitalplanung des Kantons Freiburg genehmigt. Auf der Grundlage eines Berichts, der bei den betroffenen Kreisen in eine breite Vernehmlassung gegeben wurde, wurde ein Entscheid gefällt. Zahlreiche kantonale Aufträge wurden entweder bestätigt oder neu vergeben – sowohl an die öffentlichen Spitäler des Kantons als auch an die privaten Kliniken – um die Ziele in Bezug auf Bürgernähe und Qualität der Pflegeleistungen mit denjenigen einer besseren Wirtschaftlichkeit in Einklang zu bringen. Das Dalerspital hat gegen die neue Spitalplanung eine Beschwerde eingereicht; diese war Ende 2008 noch hängig. Sie betrifft jedoch ausschliesslich die Aufteilung der Spezialgebiete der Privatkliniken.

Die Kommission für Gesundheitsplanung hat sich im Verlauf des Jahres 2008 zu zwei Sitzungen getroffen, bei denen es in erster Linie um die Revision des Gesundheitsgesetzes und um die Organisation der präklinischen Notfallversorgung ging.

Was die Planung im ambulanten Bereich betrifft, so ist eine Neustrukturierung der Übernahme der Notfallerversorgung unabdingbar geworden. Die notwendige Konzentration der Spitaltätigkeiten und der Mangel an Hausärzten insbesondere in den ländlichen Regionen bedürfen einer besseren Organisation der präklinischen Notfallversorgung. Der Staatsrat hat einen Steuerungsausschuss ernannt, der diesbezüglich ein kantonales Konzept erstellen soll. Dieses soll im Verlauf des Jahres 2009 vorliegen.

#### 2.2 freiburger spital (HFR)

Im zweiten Jahr seit der Neuorganisation des freiburger spitals hat sich die GSD aktiv an den Arbeiten des

Verwaltungsrates und des Büros beteiligt. Zwei Vorstufen, die für die Umsetzung des Spitalnetzes unerlässlich waren, konnten bereits durchgeführt werden: Im März starteten die Bauarbeiten für «Bertigny III», ein Erweiterungsgebäude in Freiburg mit sechs neuen Operationssälen sowie Platz für die Apotheke und die Hämodialyse, und im Dezember konnten die renovierten Gebäude am Standort Billens in Betrieb genommen werden.

Das HFR wird ausserdem einen grossen Teil zur Einführung des 3. Studienjahres in Humanmedizin an der Universität Freiburg beitragen, die am 7. November 2008 vom Grossen Rat einstimmig beschlossen wurde. Mit der Annahme des von der Erziehungsdirektion (EKSD) und der GSD vorbereiteten Dekrets hat das Parlament den Weg für ein 3. Studienjahr freigegeben. Ab Beginn des Semesters 09/10 kann somit an der Universität Freiburg der Bachelor in Medizin erlangt werden. Die Ärzte des HFR werden sowohl den Unterrichtsteil, der nicht von den Universitätsprofessoren geleistet wird, als auch einen Teil der klinischen Forschung übernehmen.

Die GSD hat ferner in Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion ein auf die Besonderheiten des freiburger spitals abgestimmtes Voranschlagsverfahren ausgearbeitet.

#### 2.3 Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit

Das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG), das das ehemalige Kantonale Psychiatrische Spital Marsens, den Psychosozialen Dienst sowie den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst vereint, hat seine Tätigkeit Anfang 2008 aufgenommen. Am 10. Januar 2008 hat der Verwaltungsrat die Direktorin für Gesundheit und Soziales zu seiner Präsidentin ernannt. Diese Wahl wurde einige Tage später auch von der Regierung gutgeheissen, die in der Folge den Generaldirektor, Serge Renevey, und vier Chefärztinnen-Direktorinnen und Chefärzte-Direktoren, Dr. Graziella Giacometti Bickel, Dr. Philippe Juvet, Dr. Patrick Haemerle und Dr. Serge Zumbach, ernannte. Das Netzwerk wurde ausserdem in verschiedene Sektoren (Psychiatrie für Kinder und Jugendliche, für Erwachsene und für Betagte) und in Behandlungsketten aufgeteilt.

Die GSD hat ferner in Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion ein auf die Besonderheiten des Freiburger Netzwerkes für psychische Gesundheit abgestimmtes Voranschlagsverfahren ausgearbeitet.

#### 2.4 Passivrauchen

Im Anschluss an ein Vernehmlassungsverfahren hat die GSD dem Staatsrat einen Gegenvorschlag zur Verfassungsinitiative «Passivrauchen und Gesundheit» und eine Änderung des Gesundheitsgesetzes sowie des Gesetzes über die Ausübung des Handels unterbreitet. Diese Texte wurden sowohl vom Staatsrat als auch vom Grossen Rat genehmigt. Beim Gegenvorschlag ging es

darum, den Grundsatz des Schutzes vor Passivrauchen in der Verfassung zu verankern; die Verbote selber werden im Gesetz geregelt. Die neuen Bestimmungen des Gesundheitsgesetzes sehen ein allgemeines Rauchverbot in öffentlichen Räumen vor, wobei der Staatsrat Ausnahmen gewähren kann. Im Übrigen steht es den Gastwirtinnen und Gastwirten frei, Raucherräume einzurichten, unter der Voraussetzung, dass diese mit einer wirksamen Belüftung versehen sind und die Gäste dort nicht bedient werden.

Bei der Volksabstimmung über das Passivrauchen wurden die Vorschläge der Behörden bevorzugt: Sowohl die Verfassungsinitiative als auch das Gegenprojekt wurden angenommen. Das Volk gab schliesslich dem Gegenprojekt den Vorzug. Der Staatsrat konnte somit das Inkrafttreten des neuen Gesetzes auf den 1. Juli 2009 festlegen, mit Ausnahme der Bestimmung über die Gaststätten, die am 1. Januar 2010 in Kraft treten wird. Die Ausführungsbestimmungen sind in Vorbereitung.

## 2.5 Alterspolitik

Am 17. September 2008 hat die GSD den Bericht des Staatsrates über eine umfassende Alterspolitik präsentiert. Dieser wurde als Antwort auf das Postulat Weber-Gobet und René Thomet verfasst und fügt sich gleichzeitig auch in das Umsetzungsverfahren der neuen Freiburger Verfassung ein. Diese garantiert älteren Menschen Anspruch auf Mitwirkung, Autonomie, Lebensqualität und Achtung ihrer Persönlichkeit. Sie überträgt dem Staat und den Gemeinden die Aufgabe, das Verständnis und den Respekt zwischen den Generationen zu fördern. Der vom Staatsrat dem Grossen Rat unterbreitete Bericht analysiert das kantonale System und hebt insbesondere die grosse Komplexität sowie bestimmte Lücken des Systems hervor. Um die Kompetenzen klar zu definieren und die Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich besser zu koordinieren, wird ein Konzept für eine umfassende Alterspolitik ausgearbeitet, auf dessen Grundlage voraussichtlich im Jahr 2012 ein Rahmengesetz entstehen soll.

## 2.6 Umsetzung der NFA

Seit dem 1. Januar 2008 ist für die kollektiven Leistungen zugunsten Behinderter, für die vorher das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) zuständig war, ausschliesslich der Kanton verantwortlich. Diese Aufgabe wurde im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) den Kantonen übertragen; Sie ist durch die Mittel, die sie freisetzt, einer der wichtigsten Bereiche der Behindertenpolitik des Kantons. Diese Zuständigkeitsübernahme muss sich in weiter reichende Überlegungen zu einer neuen Politik zugunsten behinderter Menschen einfügen. Aus diesem Grund hat die GSD ein grossangelegtes Projekt in die Wege geleitet, das alle betroffenen Kreise mit einschliesst. Mehrere Arbeitsgruppen haben sich mit der Ausarbeitung eines kantonalen

Konzeptes zur Förderung der Eingliederung invalider Personen auseinandergesetzt, das 2009 bereit sein soll. Im Anschluss daran ist ausserdem ein Gesetzesentwurf geplant.

## 2.7 Betreuung von Kindern im Vorschulalter

Die Arbeiten für ein neues Gesetz über die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter, die für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung erforderlich sind, wurden fortgesetzt.

## 2.8 Asylwesen

Das Mandat für die Aufnahme, die Betreuung und die Beherbergung von Asylsuchenden wurde am 1. Januar 2008 vom Freiburgerischen Roten Kreuz an die ORS Service AG weitergegeben. Am 14. Februar hat der Grosse Rat ausserdem eine Mitfinanzierung des Sozialplans für das betroffene Personal des Roten Kreuzes in der Höhe von 300 000 Franken bewilligt. Die GSD suchte nach Lösungen für diejenigen Mitarbeitenden, die vom neuen Auftragnehmer nicht wieder angestellt worden sind. Darüber hinaus hat die GSD regelmässig mit der ORS Service AG zusammengearbeitet, namentlich bei der Organisation vom Tag der offenen Tür im Juni.

Ende 2008 ist der Zustrom der asylsuchenden Personen deutlich angestiegen. Weil der Kanton von Gesetzes wegen dazu verpflichtet ist, 3,3% der Asylsuchenden aufzunehmen, hat die GSD in Zusammenarbeit mit den Oberamtspersonen nach neuen Beherbergungsmöglichkeiten gesucht. Für Anfang 2009 ist die Eröffnung eines neuen Asylzentrums geplant. Weitere Lösungen werden zurzeit geprüft.

## 3. Interkantonale Zusammenarbeit

### 3.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

Die GDK hat sich aktiv dafür eingesetzt, eine Lösung für den Aufschub der Übernahme der Kosten für die Leistungen bei unbezahlten Krankenversicherungsprämien zu finden. Ende Jahr konnte sie mit santésuisse ein Übereinkommen abschliessen, wonach die Leistungs-sistierung dank einer Übernahme durch die Kantone (min. 85%) der mittels Verlustschein ausgewiesenen ausstehenden Forderungen abgeschafft werden soll. Diese Lösung muss im Rahmen einer Revision des Artikels 64a KVG von den eidgenössischen Räten noch genehmigt werden.

Ebenfalls im Bereich Krankenversicherungen hat sich die GDK gegen den Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung» gewehrt, über den Volk und Stände am 1. Juni 2008 abstimmen konnten. Dabei war sie insbesondere gegen die Übertragung der öffentlichen Mittel an die Versicherer, die dadurch ohne Vorgaben über deren Verwendung bestimmen könnten und das Angebot an Ärzten und

Spitälern einschränken würden. Der Artikel wurde deutlich abgelehnt.

Im März hat die GDK die Interkantonale Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin angenommen. Somit hat sie die Grundlage für eine gemeinsame Planung der hochspezialisierten Bereiche geschaffen. Mit der Ausarbeitung dieser Planung wurde ein Fachorgan beauftragt. Ein Beschlussorgan aus fünf Kantonen mit Universitätsspital sowie fünf anderen Kantonen, von denen mindestens zwei über ein grosses Zentrumsspital verfügen müssen, soll dann über diese Planung entscheiden. Ende 2008 waren der Vereinbarung 22 Kantone beigetreten, darunter auch der Kanton Freiburg (7. November).

Die GDK war ferner am Abschluss des Tarifvertrags für das Impfprogramm gegen humane Papillomaviren (HPV) beteiligt. Dadurch hat sie nicht nur dazu beigetragen, dass mehrere Millionen Franken eingespart werden konnten, sondern auch, dass das Programm in den Kantonen rasch umgesetzt werden konnte.

Im Weiteren war die GDK auch mit der Neuordnung der Pflegefinanzierung beschäftigt. Dabei hat sie namentlich darauf bestanden, dass deren Inkrafttreten hinausgezögert wird, damit die Kantone genügend Zeit haben, ihre Budgets und Gesetzgebungen anzupassen. Die GDK führt ausserdem Untersuchungen durch, die den Kantonen bei den Vorbereitungen für die Anwendung des neuen Gesetzes helfen.

### **3.2 Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)**

Die Umsetzung der NFA war immer wieder ein Thema bei der SODK, deren wichtigste Partner in diesem Bereich inzwischen nicht mehr die Verbände, sondern vielmehr die kantonalen und eidgenössischen Dienststellen sind. Auch mit dem Bundesparlament pflegt die SODK mittlerweile engeren Kontakt. Ende Jahr hat die SODK ihre sechs Vertreterinnen und Vertreter für die Expertenkommission des Bundesrates bestimmt.

Das zweite wichtige Thema bei der SODK war das Asylwesen. Ende Sommer hat die SODK auf Antrag des Bundesamtes für Migration die Kantone nach deren Möglichkeiten für die Bewältigung der steigenden Anzahl Asylgesuche befragt. Sie hat an den Arbeiten der tripartiten Konferenz teilgenommen, bei der auch die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) vertreten sind. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach der Bund für die Bewältigung der gegenwärtigen Situation 25 Millionen Franken entrichtet; weitere finanzielle Beiträge sind noch zu bestimmen. Weil der Platz in den Bundeszentren beschränkt ist, sind für die Kantone allerdings Mehrausgaben angefallen.

Anlässlich ihrer Generalversammlung vom 5. Juni 2008 haben die Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren mit

dem Bund, vertreten durch das Eidgenössische Departement des Innern, eine Vereinbarung zum «Nationalen Dialog Sozialpolitik Schweiz» abgeschlossen. Diese soll künftig den Rahmen für regelmässige Treffen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden bieten. Dabei geht es vor allem darum, eine präventive Sozialpolitik zu schaffen, die die demografische Entwicklung berücksichtigt und sich nicht nur mit der Absicherung des Existenzminimums beschäftigt, sondern auch mit der beruflichen, sozialen und kulturellen Integration. Das erste Treffen im Rahmen des «Nationalen Dialogs Sozialpolitik Schweiz» fand am 17. November statt; Themen waren die Zukunft der Sozialversicherungen, die Familienpolitik und die Armut.

Bei den Volksabstimmungen hat sich die SODK gemeinsam mit der GDK und der KKJPD für die Revision des Betäubungsmittelgesetzes eingesetzt. Die drei Konferenzen befürworteten die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Hilfsmassnahmen im Suchtbereich, die im Kanton schon seit mehreren Jahren erfolgreich angewendet werden. Die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes wurde am 30. November von mehr als zwei Dritteln der Freiburger Bevölkerung angenommen.

### **3.3 Conférence latine des affaires sanitaires et sociales (CLASS)**

Die «Conférence latine des affaires sanitaires et sociales» (CLASS) vereint alle Staatsräte der Kantone der Westschweiz sowie der Kantone Bern und Tessin, die im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens tätig sind. Bei der letzten Sitzung dieser Konferenz wurde Staatsrätin Anne-Claude Demierre für zwei Jahre zu deren Präsidentin gewählt.

## **4. Streitfälle**

2008 hat die GSD 16 Beschwerdeentscheide gefällt (14 abgelehnt, 1 teilweise gutgeheissen, 1 gutgeheissen). Am 31. Dezember 2008 waren noch 3 Verfahren hängig.

## **5. Gesetzgebung**

Folgende Dekrete, Gesetze und Verordnungen wurden 2008 im Zuständigkeitsbereich der GSD erlassen (in chronologischer Reihenfolge je Erlassstufe):

Dekret vom 14. Februar 2008 über einen Kredit für die Mitfinanzierung des Sozialplans für das von der Erteilung des Auftrags «Asylsuchende» an ein anderes Unternehmen betroffene Personal des Freiburgerischen Roten Kreuzes

Dekret vom 20. Juni 2008 über die Verfassungsinitiative «Passivrauchen und Gesundheit» (Volksabstimmung)

Gesetz vom 20. Juni 2008 zur Änderung des Gesundheitsgesetzes (Schutz gegen das Passivrauchen)

Gesetz vom 20. Juni 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels (Tabakverkauf)

Gesetz vom 8. Oktober 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen

Gesetz vom 7. November 2008 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin

Dekret vom 7. November 2008 über die Einführung des dritten Studienjahrs in Humanmedizin an der Universität Freiburg

Gesetz vom 4. Dezember 2008 zur Änderung des Ausführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten

Gesetz vom 4. Dezember 2008 über die Sanitätsnotruf-Zentrale 144

Verordnung vom 15. Januar 2008 zur Änderung der Verordnung über die Liste der Pflegeheime des Kantons Freiburg

Verordnung vom 15. Januar 2008 über die Versicherten mit Anspruch auf Verbilligung der Krankenkassenprämien

Verordnung vom 15. Januar 2008 zur Genehmigung des Tarifanhangs 2008 der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Kantonen Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Tessin, Wallis und Waadt über ausserkantonale Spitalaufenthalte

Verordnung vom 6. Februar 2008 über die Verwendung der Personendaten von Frauen, die nicht am kantonalen Programm zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie teilnehmen

Verordnung vom 11. Februar 2008 zur Änderung des Reglements über die Pflegeheime für Betagte

Verordnung vom 11. Februar 2008 zur Änderung der Verordnung zur Bezeichnung der Verwaltungseinheiten der Direktionen des Staatsrates und der Staatskanzlei

Verordnung vom 26. Februar 2008 zur Genehmigung der Änderung des Reglements für den ärztlichen Bereitschaftsdienst im Kanton Freiburg

Verordnung vom 26. Februar 2008 über den Taxpunktwert TARMED 2007 für die Privatkliniken des Kantons Freiburg

Verordnung vom 18. März 2008 zur Genehmigung des Anhangs I (Tagespauschalen 2008) und des Nachtrags I zur Vereinbarung über die Pflege in den Pflegeheimen zu Lasten der Krankenversicherung

Verordnung vom 31. März 2008 über die Spitalliste des Kantons Freiburg

Verordnung vom 31. März 2008 über die Anstellungsmöglichkeiten für Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger

Verordnung vom 15. April 2008 zur Genehmigung des Taxpunktworths TARMED 2008 für die Freiburger öffentlichen Spitäler für somatische Pflege und das Freiburger Netz für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit

Verordnung vom 15. April 2008 zur Genehmigung des Anhangs I zur Vereinbarung über die Impfungen in der Schule

Verordnung vom 8. Juli 2008 zur Änderung der Verordnung über die Anwendung von Artikel 55a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung

Verordnung vom 8. Juli 2008 über die Impfung gegen den Gebärmutterhalskrebs (Humanes Papillomavirus)

Verordnung vom 8. Juli 2008 zur Genehmigung der Vereinbarung zwischen der Freiburger Krebsliga und santésuisse betreffend die Übernahme des Brustkrebs-Screenings

Verordnung vom 8. Juli 2008 zur Genehmigung des Vertrags zwischen santésuisse und der Ärztesgesellschaft des Kantons Freiburg über den Taxpunktwert sowie die Kontrolle und Steuerung von Leistungen und Kosten

Verordnung vom 14. Oktober 2008 über die Pauschalentschädigung für die Hilfe und Pflege zu Hause

Verordnung vom 14. Oktober 2008 zur Genehmigung des Anhangs V (Pflegecontrolling durch die Krankenversicherer) und des Nachtrags II zur Vereinbarung über die Pflege in den Pflegeheimen zulasten der Krankenversicherung

Verordnung vom 9. Dezember 2008 zur Genehmigung der Vereinbarungen zwischen santésuisse, dem Dalerhospital und der Clinique Générale Garcia-Sainte-Anne SA, Freiburg, über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung sowie des Anhangs I zu diesen Vereinbarungen (Spitalpauschalen 2008 und 2009 der allgemeinen Abteilung)

Verordnung vom 16. Dezember 2008 über den Beitragsansatz der Kantonalen Ausgleichskasse für Familienzulagen für das Jahr 2009

Verordnung vom 16. Dezember 2008 über die Versicherten mit Anspruch auf Verbilligung der Krankenkassenprämien

## II. AMT FÜR GESUNDHEIT

### 1. Aufgaben

Der Auftrag des Amtes für Gesundheit (nachfolgend: das Amt) besteht in der Ausführung der Planungs-, Verwaltungs- und Kontrollaufgaben im Gesundheitsbereich. Ziel ist es, die Gesundheitsförderung, den Gesundheitsschutz sowie die Wahrung und die Wiederherstellung der Gesundheit Einzelner und der Bevölkerung allgemein zu gewährleisten, und zwar zu Kosten, die sowohl für die Einzelnen als auch für die Gemeinschaft tragbar sind.

Geleitet wird das Amt für Gesundheit vom Vorsteher Patrice Zurich.

### 2. Tätigkeit

Das Amt befasst sich hauptsächlich mit der Planung und dem Management des Gesundheitsbereichs, um für die Bevölkerung den Zugang zu den Pflegeleistungen und eine gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Ausserdem kümmert es sich um die Umsetzung

der Gesundheitsförderungs- und Präventionspolitik. In diesem Rahmen umfassen die Tätigkeiten des Amtes im Wesentlichen die Planung, die Subventionierung bzw. Finanzierung, die Kontrolle und die Gesundheitspolizei.

Haupttätigkeiten des Amtes:

- Betreuung des Dossiers Gesundheitsplanung;
- Erstellung der kantonalen Statistiken im Gesundheitsbereich;
- Subventionierung bzw. Finanzierung der öffentlichen Spitäler, der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause sowie der Institutionen und Projekte für Gesundheitsförderung und Prävention;
- Verwaltung der Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte;
- Verwaltung der Berufsausübungsbewilligungen für Gesundheitsfachleute, einschliesslich Stellungnahmen zu Gesuchen um Aufenthaltsbewilligungen für ausländische Gesundheitsfachleute;
- Verwaltung der Bewilligungen zur Berufsausübung zulasten der obligatorischen Krankenversicherung;
- Verwaltung der Bewilligungen zum Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens;
- Verwaltung der Freistellungen vom Beitritt zur obligatorischen Krankenversicherung;
- Kontrolle der Heilmittel und ihres Inverkehrbringens, Aufsicht über die Apotheken und Drogerien des Kantons, Betäubungsmittelkontrolle;
- Verwaltung des Spezialfonds für verunfallte Kinder (ehemalige Schülerunfallversicherung; s. Ziffer 11).

Über diese regelmässigen Tätigkeiten hinaus befassten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes 2008 auch mit der Einsetzung und Finanzierung des Freiburger Spitalnetzes gemäss dem Gesetz vom 27. Juni 2006 über das Freiburger Spitalnetz (s. auch unter Ziffer 4) und des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit gemäss dem Gesetz vom 5. Oktober 2006 über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit, das am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist.

Der Staatsrat hat eine Steuerungsgruppe eingesetzt, die die präklinische Notfallversorgung untersuchen und Vorschläge für eine effiziente, realistische und zukunftsfähige Führung, Organisation und Finanzierung ausarbeiten soll, bei der die Bedürfnisse der ganzen Kantonsbevölkerung berücksichtigt werden. Die Gruppe besteht aus den verschiedenen vom Problem betroffenen Pflegeleistungserbringern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden und des Staates. Auch das Amt beteiligte sich intensiv an den für dieses Projekt erforderlichen Arbeiten, die im Laufe des zweiten Halbjahrs 2008 einsetzten und Ende des ersten Halbjahrs 2009 mit der Unterbreitung eines Berichts zuhanden des Staatsrats abgeschlossen werden dürften.

Es arbeitete ausserdem aktiv an der Vorbereitung verschiedener Antworten auf parlamentarische Vorstösse mit. Dabei sind insbesondere die Ausarbeitung eines

Berichts über die Hausarztmedizin und die medizinische Basisversorgung in ländlichen Regionen sowie die Abfassung der Antwort in Bezug auf die Kantonalisierung der Regelung der Streitfälle bzw. die Schaffung eines kantonalen Krankenversicherungsamtes hervorzuheben.

Weiter erarbeitete das Amt einen Entwurf zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999, der sich vom 29. April bis zum 25. Juli 2008 in der Vernehmlassung befand. Diese Revision ging auf parlamentarische Vorstösse zurück, war aber auch aufgrund von Änderungen der einschlägigen Bundesgesetzgebung unumgänglich geworden, namentlich wegen der Änderung des Bundesgesetzes über die universitären Medizinalberufe (MedBG; SR 811.11) und des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (HMG; SR 812.21). Nach der Verabschiedung durch den Grossen Rat im Laufe des ersten Halbjahrs 2009 werden noch Ausführungsbestimmungen nötig sein.

Nachdem im Dezember 2006 die Verfassungsinitiative für den Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen in den öffentlichen Räumen des Kantons Freiburg eingereicht und per Dekret des Grossen Rates vom 12. September 2007 für gültig erklärt worden war, beteiligte sich das Amt aktiv an der Ausarbeitung eines Gegenvorschlages sowie eines Gesetzesentwurfs für die entsprechende Änderung des Gesundheitsgesetzes (Schutz vor Passivrauchen) und eines Gesetzesentwurfs für die Änderung über die Ausübung des Handels (Tabakverkauf). Beide Gesetzesvorlagen wurden am 20. Juni vom Grossen Rat angenommen. Das Volk hat in der Abstimmung vom 30. November 2008 den Gegenvorschlag der Initiative «Passivrauchen und Gesundheit» vorgezogen. Die Ausführungsbestimmungen werden im Laufe des Jahres 2009 ausgearbeitet.

Es bereitete ferner ein Reglement vor, das einen neuen Tarif für die Hilfe zu Hause festsetzt, und hat dieses Ende 2007 in die Vernehmlassung gegeben. Nach der Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse im Laufe des Jahres 2008 ermittelte das Amt im Rahmen einer Arbeitsgruppe die Kosten der Hilfe und nahm Tarifsimulationen vor.

Ausserdem prüfte das Amt weiterhin die Betriebsbewilligungsgesuche für Institutionen des Gesundheitswesens.

Darüber hinaus leitete es Friedhofreglemente von zehn Gemeinden sowie zwei Gemeindereglemente über die Beteiligung der Gemeinde an den Kosten schulzahnärztlicher Behandlungen zur Genehmigung an die GSD weiter. Der Staatsrat genehmigte zudem auf Antrag der GSD eine Gemeindevereinbarung über die Organisation des Schulzahnpflegedienstes.

Das Amt bearbeitete nach wie vor Fragen in Bezug auf die Anwendung des Freizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Union und der Vereinbarung über die europäische Freihandelsassoziation auf dem Gebiet der Krankenversicherung (26 Länder).

### 3. Gesundheitsberufe

#### 3.1 Berufsausübungsbewilligungen

Den Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung entsprechend erteilte die GSD:

- 21 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Rettungssanitäter/in
- 9 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Zahnärztin/Zahnarzt
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufs als Assistenz-Zahnärztin/-Zahnarzt
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufs als Ernährungsberater/in
- 7 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Ergotherapeut/in
- 36 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Pflegefachfrau/-fachmann
- 5 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Logopädin/Logopäde
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufs als medizinische Masseurin/medizinischer Masseur
- 45 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Ärztin/Arzt
- 19 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Oberärztin/Oberarzt
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als stv. Oberärztin/Oberarzt
- 75 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Assistenzärztin/Assistenzarzt
- 18 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als unselbstständige Ärztin/unselbstständiger Arzt
- 6 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Tierärztin/Tierarzt
- 6 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Augenoptiker/in
- 4 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als dipl. Augenoptiker/in
- 9 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Osteopath/in
- 24 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Apotheker/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufs als unselbstständige Apothekerin/ unselbstständiger Apotheker
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Apotheker-Assistent/in
- 7 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Physiotherapeut/in
- 3 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Podologin/Podologe
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufs als Psychologin-Psychotherapeutin/Psychologe-Psychotherapeut
- 3 Bewilligungen für die Ausübung des Berufs als Hebamme

Des Weiteren nahm das Amt Stellung zu 126 Gesuchen um Arbeitsbewilligung für ausländisches Personal, das in einem Gesundheitsberuf tätig ist.

#### 3.2 Aufsicht über die Gesundheitsberufe

Im Laufe ihres achten Tätigkeitsjahres hatte sich die Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens und die Wahrung der Patientenrechte (nachfolgend: die Kommission) mit 28 Klagen, Anzeigen oder anderen Anträgen zu befassen.

2008 erledigte die Kommission insgesamt 18 Fälle:

- 2 durch Mediation,
- 7 durch Stellungnahme zuhanden der GSD,
- 2 durch Entscheid zur Aufhebung von Zwangsmassnahmen,
- 5 durch Rückzug der Klage,
- 2 durch andere Entscheide (namentlich durch Klassierung oder ein Gutachten).

Die Kommission traf zu 11 ordentlichen Sitzungen zusammen.

Eine Delegation der Kommission traf sich ferner mit Vertreterinnen und Vertretern der Vereinigung Freiburger Alterseinrichtungen (VFA). Auf Einladung der Einrichtung besuchte eine Delegation der Kommission die «Résidence des Chênes» in Freiburg, im Speziellen deren gesicherte Abteilung für Alzheimer-Patientinnen und -Patienten.

Das Sekretariat der Kommission wird vom Amt geführt. Für das juristische Sekretariat verfügt die Kommission über die Unterstützung eines französischsprachigen und eines deutschsprachigen Juristen.

#### 3.3 Ausbildung

Ende 2003 ging der ganze Sektor Ausbildung im Gesundheitsbereich an die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport über. Dennoch hat das Amt noch immer, wenn es um Ausbildungskonzepte und die Anerkennung von Diplomen geht, Stellung zu nehmen.

### 4. Spitäler

#### 4.1 Allgemeine Tätigkeit

Während des Jahres 2008 arbeitete das Amt eng mit dem freiburger Spital (HFR) zusammen, damit die Einsetzung dieser neuen Struktur voranschreiten konnte. So trug das Amt zur Ausarbeitung eines Leistungsauftrages bei, der Anfang 2009 dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet werden dürfte. Es beteiligte sich ausserdem an den Diskussionen im Rahmen der Arbeiten für die Übernahme der Spitalgüter durch das HFR und an der Ausarbeitung von Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung der Güter durch das HFR und weitere Institutionen. Für die Koordinierung der verschiedenen Etappen hin zu einem Globalbudget 2009 für das HFR waren enge Kontakte zwischen dem HFR, dem Amt für Gesundheit und der Finanzverwaltung erforderlich.

Die Diskussionen mit dem Kanton Waadt über die Festlegung einer neuen Rechtsstellung für das Interkantonale Spital der Broye (HIB) und die Harmonisierung der Finanzierungsverfahren wurden intensiviert. Das Amt untersuchte auch die Investitionsanträge 2009 des HIB. Dazu nahm es an den Sitzungen der Kommissionen teil, die im Kanton Waadt eingesetzt worden sind, um die Anträge der Spitäler zu prüfen.

Im Übrigen beantwortete das Amt verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Spitalbereich und wirkte in verschiedenen interkantonalen und eidgenössischen Kommissionen mit.

2008 stellte das Amt ausserdem den Bericht über die Spitalplanung endgültig fertig und verfasste eine neue Spitalliste.

#### 4.2 Globalbudget

2008 belief sich das dem HFR vom Staatsrat zugeteilte Globalbudget auf 155 461 560 Franken; darin eingeschlossen sind die Investitionsabschreibungen, nicht jedoch die Einnahmen für Investitionen und Investitionsausgaben. Das HFR schloss seine Rechnung mit einem Betriebskostenüberschuss von 155 263 936 Franken ab. Der Bonus oder der Malus gegenüber dem Globalbudget wird im Verlaufe des Jahres 2009 bekannt gegeben.

Im Voranschlag des Amtes war ein Betrag von 1 742 000 Franken für die Subventionierung der Arbeiten für Renovation, Vergrösserung und Umbau des Spitals Billens sowie der Arbeiten für den Umbau des Spitals Meyriez im Hinblick auf dessen neuen Auftrag vorgesehen. Die Umbauarbeiten für den Standort Meyriez werden zurzeit geprüft und dürften im Lauf des Jahres 2009 Gegen-

stand eines Dekrets sein. Dank einem Kreditübertrag aus den Vorjahren konnten für die Arbeiten am Standort Billens 5 588 392.95 Franken bezahlt werden.

Das Amt prüfte auch die Geschäftsrechnung 2007 des HIB. Diese weist gegenüber dem Globalbudget, das der Staatsrat für 2007 zugesprochen hatte, einen Budgetbonus von 688 105 Franken auf. Die Frage der Verwendung dieses Bonus wird zurzeit geprüft. Für 2008 sprach der Staatsrat dem HIB ein Globalbudget von 11 178 292 Franken zu. Der Bonus oder der Malus gegenüber dem Globalbudget wird im Verlaufe des Jahres 2009 bekannt gegeben.

Das Gesetz vom 5. Oktober 2006 über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. In der Folge entstand das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG), das die bestehenden ambulanten und stationären Strukturen in sich vereint. Für 2008, das erste Geschäftsjahr des FNPG, belief sich der Betriebskostenüberschuss auf 2 467 119 Franken. Der Bonus oder der Malus gegenüber dem Globalbudget wird im Verlaufe des Jahres 2009 bekannt gegeben.

#### 4.3 Statistik

Das Amt ist mit der Erstellung der kantonalen Statistik in Verbindung mit den Spitälern betraut.

Es beteiligte sich auch an der Erhebung der Bundesstatistik der Spitäler, deren Ergebnisse vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlicht werden. Die gesammelten Daten betreffen die Verwaltungsdaten über die Spitäler für 2007. Die Daten für die medizinische Bundesstatistik werden vom Kantonsarztamt gesammelt.

Allgemeine Betriebsstatistik 2008  
der Spitäler des Kantons für somatische und psychiatrische Krankenpflege

SPITÄLER	Betten im Jahresdurchschnitt	Anzahl Austritte (von jedem Standort)	Anzahl Krankentage (von jedem Standort)	Mittlerer Belegungsgrad (von jedem Standort)	Mittlere Aufenthaltsdauer (von jedem Standort)	Durchschnittliche Anzahl Patienten
<i>HFR freiburger spital</i>						
HFR Freiburg - Kantonsspital	351	10 618	104 437	82%	9,8	286
HFR Tafers	67	2 813	21 530	88%	7,7	59
HFR Riaz	94	4 915	28 015	82%	5,7	77
HFR Billens (1)	27	419	9 288	94%	22,2	25
HFR Châtel-St-Denis	43	598	13 910	89%	23,3	38
HFR Meyriez-Murten	50	1 712	14 321	78%	8,4	39



	Betten im Jahres- durchschnitt	Anzahl Austritte (von jedem Standort)	Anzahl Krankentage (von jedem Standort)	Mittlerer Belegungsgrad (von jedem Standort)	Mittlere Aufenthaltsdauer (von jedem Standort)	Durchschnittliche Anzahl Patienten
<b>SPITÄLER</b>						
<i>Interkantonales Spital der Broye</i>						
Standort Estavayer-le-Lac (2)	46	696	16 586	99%	23,8	45
Standort Payerne (2)	105	4 179	31 994	83%	7,7	88
<i>FNPG Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit</i>						
Stationäres Behandlungszentrum Marsens	190	1 695	68 265	98%	40,3	187
<i>Privatkliniken Freiburg</i>						
	105	7 437	35 645	93%	4,8	98
<i>Total für somatische und psychiatrische Krankenpflege</i>	1078	35 082	343 991	87%	9,8	942

(1) Der Standort Billens war über das Jahr 2008 komplett geschlossen. Die Aktivität wurde auf die Standorte Riaz (Geriatric, 12 Betten) und Châtel-St-Denis (Rehabilitation, 15 Betten) verteilt.

(2) Die Angaben beziehen sich auf das Interkantonale Spital der Broye als Ganzes (inkl. Waadtländer Patienten).

## 5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Nach Artikel 41 Abs. 2 und 3 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) und den kantonalen Ausführungsbestimmungen beteiligt sich der Kanton an den Kosten ausserkantonaler Spitalaufenthalte, vorausgesetzt, die Patientin oder der Patient ist im Kanton Freiburg wohnhaft und der ausserkantonale Spitalaufenthalt kann medizinisch begründet werden. Ein solcher medizinischer Grund liegt nur dann vor, wenn ein Notfall ausserhalb des Wohnkantons eingetreten ist, oder aber bei Fällen, in denen die nötige Behandlung – entsprechend der vom Kantonsarztamt erstellten Negativliste der Leistungen – nicht in einem Freiburger Spital erteilt werden kann. Das Amt für Gesundheit verwaltet die finanzielle Beteiligung und zahlt die Rechnungen für Spitalaufenthalte, deren medizinische Begründung formell anerkannt worden ist und für die das Kantonsarztamt im Namen der GSD eine Kostengutsprache erteilt hat. Es handelt auch die Tarif-

vereinbarungen mit den Westschweizer Kantonen, dem Kanton Tessin und dem Inselspital Bern aus.

Im Übrigen erstellt und aktualisiert das Amt das vom Staatsrat festgesetzte Verzeichnis der ausserhalb des Kantons Freiburg befindlichen Spitäler, die zur Deckung des Bedarfs der Freiburger Bevölkerung nötig sind, soweit das interne Spitalangebot diesem nicht entspricht. Was die Aufenthalte 2008 angeht, so wurden rund 4210 Gesuche um finanzielle Beteiligung geprüft. Rund 56,6% dieser Gesuche wurden angenommen, der Rest hingegen wurde abgelehnt, da die Voraussetzungen nach KVG nicht erfüllt waren. Die Entscheide des Kantonsarztamtes werden den Zielspitälern, den behandelnden Ärztinnen und Ärzten, den Krankenversicherern und im Ablehnungsfall auch den Patientinnen und Patienten mitgeteilt. 2008 wurden beim Kantonsgericht 17 Beschwerden gegen diese Entscheide eingereicht. 9 Gesuche wurden aufgrund zusätzlicher medizinischer Informationen gutgeheissen. 3 Beschwerden wurden zurückgezogen, 5 Fälle sind noch hängig.

	Finanzierung gewährt durch			Finanzierung abgelehnt durch		Zurück- gezogene Beschwer- den	Hängige Fälle	Total
	GSD	Verwaltungs- gericht / Kantonsgericht	Bundes- gericht	Verwaltungs- gericht / Kantonsgericht	Bundes- gericht			
Beschwerden 2007	4	-	-	2	-	2	7	15
Beschwerden 2008	9	-	-	-	-	3	5	17

2008 belief sich die Rechnung des Staates Freiburg für die Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte auf 19 503 692 Franken. Rund 17,2 Millionen Franken

betrafen Aufenthalte des laufenden Jahres, wohingegen nahezu 2,8 Millionen Franken der Bezahlung von Rechnungen für Aufenthalte vor 2008 dienten.

	<i>Aufenthalte vor 2007</i>	<i>Aufenthalte 2007</i>	<i>Aufenthalte 2008</i>	<i>Total</i>
	<i>Fr.</i>	<i>Fr.</i>	<i>Fr.</i>	<i>Fr.</i>
Rechnung 2007	3 904 078	19 415 308	-	23 319 386
Rechnung 2008	- 485 067	2 758 751	17 230 008	19 503 692

NB: Patientinnen und Patienten mit einer Zusatzversicherung können aus rein persönlichen Gründen (ohne nachgewiesenen medizinischen Grund) frei die Dienste eines ausserhalb des Kantons befindlichen Spitals beanspruchen; in diesem Fall beteiligt sich der Wohnkanton finanziell nicht.

Da die Verrechnung der Aufenthalte 2008 Ende 2008 noch nicht abgeschlossen ist, beziehen sich die letzten verfügbaren Daten für einen abgeschlossenen Zeitraum auf das Jahr 2007. Die Verteilung der Aufenthalte nach Spitalkategorie zeigt, dass die Leistungen der Universitätsspitäler gegenüber den übrigen Spitaltypen klar überwiegen.

<i>Spitalkategorie</i>	<i>Aufenthalte 2007</i>	<i>Tage 2007</i>	<i>Betrag 2007 Fr.</i>
Centre hospitalier universitaire vaudois CHUV (VD)	584	5846	7 522 809
Inselspital (BE)	944	7868	9 639 335
Hôpitaux universitaires de Genève HUG (GE)	93	869	1 448 881
Universitätsspital Zürich (ZH)	22	330	411 579
Andere Universitätsspitäler	9	36	31 805
<b>Universitätsspitäler</b>	<b>1652</b>	<b>14 949</b>	<b>19 054 409</b>
Kinderspital (VD)	47	330	257 941
Hôpital ophtalmique Jules Gonin (VD)	46	121	188 209
Hôpital orthopédique de la Suisse romande HOSR (VD)	6	67	35 452
Andere spezialisierte Spitäler	17	175	107 274
<b>Spezialisierte Spitäler</b>	<b>116</b>	<b>693</b>	<b>588 876</b>
<b>Spitäler für allgemeine Krankenpflege</b>	<b>293</b>	<b>1275</b>	<b>1 023 902</b>
Berner Klinik Montana (VS)	64	1276	391 227
Berner REHA Zentrum (BE)	26	538	156 551
Klinik Bethesda Tschugg (BE)	23	723	279 412
Institution de Lavigny (VD)	3	42	13 860
Clinique Le Noirmont, Klinik für kardiale Rehabilitation (JU)	0	0	0
Schweizer Paraplegiker-Zentrum (LU)	0	0	0
Andere Rehabilitationsspitäler	1	21	6699
<b>Rehabilitationsspitäler</b>	<b>117</b>	<b>2600</b>	<b>847 749</b>
Universitäre Psychiatrische Dienste Bern UPD (BE)	42	1528	455 666
Andere psychiatrische Spitäler	30	630	203 457
<b>Psychiatrische Spitäler</b>	<b>72</b>	<b>2158</b>	<b>659 123</b>
<b>Total</b>	<b>2250</b>	<b>21 675</b>	<b>22 174 059</b>

## 6. Spitalplanung

Infolge der im Januar 2005 von santésuisse eingereichten Beschwerde gegen die Liste der Freiburger Spitäler und des Entscheids des Bundesrates vom 15. Februar 2006 musste der Staatsrat seine Spitalplanung überarbeiten. Die Frist für die Veröffentlichung einer neuen Spitalliste war auf August 2007 angesetzt.

Die GSD hat im Juli 2007 einen neuen Bericht über die Spitalplanung sowie einen Entwurf einer neuen Spitalliste in die Vernehmlassung gegeben. Die Kommission für Gesundheitsplanung hat dazu Stellung genommen und in ihrem Bericht vom 20. Dezember 2007 Ergänzungsvorschläge ausgearbeitet. Diese wiederum waren im Februar 2008 Gegenstand einer beschränkten Vernehmlassung (Hearing). Am 31. März 2008 hat der Staatsrat schliesslich den Bericht über die Spitalplanung des Kantons Freiburg angenommen und die daraus resultierende Spitalliste des Kantons Freiburg festgelegt. Ferner wurde die Abteilung für allgemeine Chirurgie/Orthopädie im HFR Meyriez-Murten gemäss der vom Staatsrat erlassenen Planung am 31. Dezember 2008 geschlossen. Ab 1. Januar 2009 soll eine Permanence an die Stelle des bisherigen Notfalldienstes treten.

## 7. Hilfe und Pflege zu Hause

Das Amt ist mit der Subventionierung der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause beauftragt. In Wahrnehmung dieser Aufgabe schickt es ihnen Weisungen für die Erstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen und prüft im Einzelnen die personenbezogenen Lohndaten des von ihm subventionierten Personals. Für die GSD prüft das Amt die Gesuche um Änderung der Personal-dotation von Diensten sowie die Gesuche um Betriebsbewilligungen. Es beantwortet verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Hilfe und Pflege zu Hause und beteiligt sich im Rahmen seiner Verfügbarkeit an interkantonalen und eidgenössischen Arbeiten.

Zwölf Dienste haben 2008 Leistungen der Hilfe und Pflege zu Hause angeboten. So wurden z. B. Leistungen der Ergotherapie zu Hause erbracht, entweder durch die Dienste selber oder durch einen privaten Ergotherapeuten auf Vertragsbasis. Die gesamte Freiburger Bevölkerung wird durch alle Dienste, die einen Kantonsbeitrag beziehen, abgedeckt. Die Beiträge werden auf der Grundlage der Kosten für Pflegepersonal, Familienhilfen und Haushilfen gewährt, nach Abzug der von den Diensten für den kantonalen Beitrag 2007 bezogenen Bundesbeiträge sowie des Ertrags aus der Verrechnung der Leistungen zulasten der obligatorischen Krankenversicherung. Der kantonale Beitragsansatz für die Hilfe und Pflege zu Hause beträgt 35%. Nach Gesetz kann die GSD dem Dachverband der Spitex-Dienste, dem Spitex-Verband Freiburg (SVF), einen Auftrag erteilen. In diesem Sinne hat die GSD 2008 für die Aufstellung und Weiterführung der Jahresstatistiken über die Hilfe und Pflege zu Hause, für die Einführung der RAI-Home Care sowie für eine erste Analyse der Leistungen der

Hilfe und Pflege zu Hause einen Vertrag mit der SVF abgeschlossen.

Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen wurden der Kanton und die Gemeinden aufgefordert, die finanzielle Beteiligung des Bundes bei den Diensten für die Hilfe und Pflege zu Hause sowie anderen Diensten für den Verbleib zu Hause, die zuvor durch Beiträge nach Artikel 101<sup>bis</sup> AHVG gefördert wurden, zu übernehmen. Die Kosten für diese Übernahme beliefen sich auf 1 501 067.40 Franken. Die kantonalen Beiträge an die übrigen Dienste für den Verbleib zu Hause verteilen sich wie folgt:

Unterstützte Einrichtung	Kantonsbeitrag Fr.
SVF	75 000
Pro Senectute, Reinigungsdienst	100 000
Freiburgisches Rotes Kreuz, Entlastungsdienst für Angehörige	30 000
Schweizerische Alzheimervereinigung, Entlastung zu Hause	10 000
Total	215 000

Die GSD hat mit diesen Einrichtungen eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Die finanzielle Beteiligung 2009 und 2010 wird gleich ausfallen.

Die kantonalen Beiträge an die Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause beliefen sich 2008 auf 4 411 129.55 Franken (2007: 2 781 181 Fr.). Sie verteilen sich wie folgt:

Kantonsbeiträge 2008	Hilfe und Pflege zu Hause Fr.
Kreditübertrag für Saldozahlung 2007 und Korrektive	893 000.00
Saane	1 108 825.15
Sense	424 496.00
Greyerz	674 795.10
See	240 733.25
Glane	434 854.30
Broye	322 212.75
Vivisbach	312 213.00
Total	4 411 129.55

## 8. Gesundheitsförderung und Prävention

### 8.1 Allgemeine Tätigkeit

In Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt, insbesondere mit der Beauftragten für Suchtprävention und Gesundheitsförderung sowie mit der Unterstützung einer höheren Verwaltungssachbearbeiterin, stellt das Amt die Zweckmässigkeit der Präventionsaktionen, die Nachkontrolle und die Koordination zwischen den verschiedenen Gesundheitsförderungs- und Präventions-

projekten sicher, die in Zusammenhang mit den kantonalen Prioritäten in diesem Bereich stehen.

## 8.2 Planung

Auch 2008 befasste sich das Amt mit der Ausarbeitung eines Aktionsplans, der auf dem im Mai 2007 vom Staatsrat verabschiedeten kantonalen Plan für Gesundheitsförderung und Prävention 2007–2011 beruht. Bei diesem Prozess waren auch die kantonale Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, das Kantonsarztamt, die Direktionen des Staates Freiburg und die kantonalen Partner für die Gesundheitsförderung und Prävention miteinbezogen. Der Aktionsplan mit den Zielen, Massnahmen, Indikatoren und den zur Umsetzung nötigen Mitteln wird Mitte 2009 zur Verfügung stehen. Im Laufe des Jahres 2008 wurde der kantonale Plan bereits verschiedenen Einrichtungen vorgelegt, u. a. der kantonalen Kommission für die Integration der Migrantinnen und Migranten und gegen Rassismus, der Generalversammlung von Fri-Santé sowie der «Groupe d'échange médico-social de la Broye».

Das Amt betreut ferner auch die Dossiers der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, die 2008 dreimal im Plenum und fünfmal in einer kleineren Gruppe zusammentrat, um möglichst gezielt an der Umsetzung des kantonalen Plans für Gesundheitsförderung und Prävention arbeiten zu können. Das Jahr 2008 galt im Wesentlichen der Ausarbeitung von strategischen Zielen und Tätigkeitsfeldern für den Aktionsplan. Das Amt war im Übrigen auch im Redaktionsausschuss der Kommission tätig, der für die Ausarbeitung der Endfassung des Aktionsplans eingesetzt worden war.

## 8.3 Subventionierung

Im Voranschlag des Amtes befinden sich zum einen die Subventionen für die Leistungen von Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention und zum anderen die Subventionen für spezifische Projekte. 2008 wurden den Leistungen von Institutionen 1 260 000 Franken und den einzelnen spezifischen Projekten insgesamt 1 488 085.55 Franken zugesprochen. In diesen Beträgen ist auch der Anteil am Alkoholzehntel enthalten, den die Eidgenössische Alkoholverwaltung dem Kanton entrichtet.

Leistungen, die von Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention erbracht werden, können subventioniert werden. Die diesen Institutionen zugeteilten Aufgaben sowie deren Ziele und die damit verbundenen Leistungen sind in einem Leistungsauftrag der Direktion definiert. Mit diesen Mandaten kann die Beziehung zwischen dem Staat und den Institutionen sowie deren Rolle in der Deckung des Bedarfs der Freiburger Bevölkerung genauer bestimmt werden. Ausserdem ermöglichen sie es, anhand von Zielen die Tätigkeiten dieser Institutionen an die im kantonalen Plan für Gesundheitsförderung und Prävention vorgesehenen Prioritäten zu binden.

Demgemäss hat das Amt 2008 zum ersten Mal acht Leistungsaufträge mit den wichtigsten Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention abgeschlossen. Für diese Arbeit waren nicht weniger als 34 Sitzungen nötig, bei denen 21 Jahresziele ausgearbeitet wurden, die mit den strategischen Zielen des kantonalen Plans übereinstimmen.

Die spezifischen Projekte wiederum sind gezielte Aktionen zur Gesundheitsförderung und Prävention, die einem bestimmten Thema gelten. Sie sind befristet und müssen systematisch nach der Übereinstimmung zwischen Zielsetzung und eingesetzten Mitteln (Vorgehen, Methoden) evaluiert werden. Deshalb, aber auch im Sinne einer Verbesserung der Qualität und der Wirksamkeit dieser Projekte, hat das Amt neue Formulare für Projektgesuche ausgearbeitet.

Die verschiedenen spezifischen Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekte, die 2008 unterstützt worden sind, betrafen vielfältige Themen, z. B.: Prävention der Kindesmisshandlung (Organisation der 2. Tagung des Freiburger Netzes), gesunde Ernährung und Bewegung (erste Überlegungen zur Entwicklung eines kantonalen Programms in Freiburg), Projekt zur Förderung der Gesundheit am Arbeitsplatz von über 50-Jährigen (wurde vom Staatsrat 2008 zur Kenntnis genommen) und ein Gesundheitsförderungsprojekt durch Familienbegleitung.

Das Amt hat weitere Projekte begleitet, namentlich die Umsetzung des Konzeptes für eine Freiburger Analyse der Ergebnisse der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2007 (SGB 2007) sowie die Umsetzung des Auftrags zur Untersuchung der Gesundheit der Schüler im Alter von elf bis fünfzehn Jahren im Kanton Freiburg (HBSC 2006). Das Amt hat auch an einer Medienkonferenz teilgenommen, um die Tätigkeiten des Kantons Freiburg im Rahmen des internationalen Tages gegen Lärm aufzuzeigen.

Zur Förderung der Gesundheit Jugendlicher startete das Amt gemeinsam mit dem Kantonsarztamt, dem Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht sowie dem Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht und mit den Partnern aus dem Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention das Projekt «Gesundheit in der Schule». Zu diesem Zweck wurde eine Projektorganisation auf die Beine gestellt. Für diese Arbeit haben der Steuerungsausschuss und die operative Gruppe 2008 je zehn Sitzungen abgehalten.

Damit die Ressourcen des Staates gezielter eingesetzt werden und die Gesetzgebung über die Subventionen eingehalten wird, hat das Amt gemeinsam mit den Elternberatungsdiensten angefangen, die Leistungsaufträge mit den jeweiligen Jahresbudgets pro Leistung auszuarbeiten. Dazu werden den Elternberatungsdiensten Instrumente für die Verwaltung zur Verfügung gestellt, die von der Hochschule für Wirtschaft (HSW) im Rahmen desselben Projektes entwickelt wurden, das bereits die Umsetzung der zuvor erwähnten Leistungsmanda-

te bei den Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention ermöglicht hatte. Die Arbeiten sollten bis Ende des ersten Quartals 2009 abgeschlossen sein.

#### 8.4 Zusammenarbeit

Anlässlich der gesamtschweizerischen Vernehmlassungen wirkte das Amt bei zwei Vernehmlassungsverfahren mit: Nationales Programm Tabak 2008–2012 (NPT 2008–2012) und Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung (PrävG).

Das Amt nahm ausserdem an der Jahresversammlung der Vereinigung der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung (VBGF) teil, bei der es um die neue Gesetzgebung des Bundes über Prävention und Gesundheitsförderung ging.

Auf interkantonaler Ebene, im Rahmen der Kommission für die Prävention und die Gesundheitsförderung («Commission de prévention et de promotion de la santé», CPPS, ehemals: DiPPS) der Vereinigung der Dienststellen für öffentliche Gesundheit («Groupement des services de santé publique», GRSP) war das Amt ebenfalls tätig, im Speziellen bei der interkantonalen Auswertung der Daten aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2007 und bei der gemeinsamen Ausarbeitung der Prioritäten für Gesundheitsförderung und Prävention der Westschweizer Kantone und des Kantons Tessin.

Des Weiteren war das Amt im Rahmen der Konferenz der Kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS) aktiv, die im Laufe des Jahres 2008 viermal zusammentrat.

Weiter hat das Amt an den folgenden Konferenzen teilgenommen: Grosses Migrationsforum Gesundheit 2008, Netzwerktagung zum Thema Kantonale Aktionsprogramme «Gesundes Körpergewicht», «quint-essenz» Schulung über Projektmanagementtools, nationale Tagung über betriebliche Gesundheitsförderung, Tagung der GDK (Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren) zum Thema psychische Gesundheit in der Schweiz im europäischen Vergleich, Plattform «Qualitätsentwicklung in Prävention und Gesundheitsförderung» und Fachtagung «Lebenschancen fördern! Neue Ansätze in der Prävention für Kinder, Jugendliche und Familien».

Das Amt hielt ausserdem einen Vortrag in einem Kurs über die öffentlichen Politiken des MPA-Programms (Master of Public Administration) am Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP).

#### 9. Tätigkeit des Kantonsapothekers

Das Jahr 2008 war namentlich durch den Wechsel im Amt des Kantonsapothekers geprägt: Dr. Jean a Marca ist nach mehr als 25 Jahren am 1. April 2008 von Laurent Médioni abgelöst worden. Der Beschäftigungsgrad des Kantonsapothekers wurde von 50 auf 70% erhöht. Die Kantone müssen im Pharmaziebereich wichtige Aufgaben wahrnehmen, die im Bundesgesetz über Arzneimit-

tel und Medizinprodukte geregelt sind. Die Tragweite und die Komplexität dieser Aufgaben hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Kontrolle der Vertriebsfirmen und Hersteller von Arzneimitteln im Kanton ist dabei die Hauptaufgabe.

Im Kanton Freiburg gibt es 70 Apotheken (2007: 71). Dank ihrer geografischen Verteilung ist die Arzneimittelversorgung der gesamten Freiburger Bevölkerung sichergestellt. In Orten, die weit von den öffentlichen Apotheken entfernt liegen, sind ausserdem 12 Ärztinnen und Ärzte dazu berechtigt, ebenfalls Pharmazeutika abzugeben. 13 Drogerien (2007: 14) ergänzen das Angebot an Arzneimitteln zur Selbstmedikation. 47 Pflegeeinrichtungen kümmern sich ferner um die Abgabe von Medikamenten an ihre Patientinnen und Patienten. Unternehmen, die im Bereich der Herstellung, dem Vertrieb oder der Abgabe von Medikamenten tätig sind, sind im Kanton Freiburg relativ zahlreich vertreten (30 Standorte). Die Kontrolle wird durch das Heilmittelinспекtorat der Westschweiz («Inspectorat de Suisse occidentale des produits thérapeutiques», ISO-PTh) durchgeführt. Das ISOPTh erstellt gemeinsam mit seinen sechs kantonalen Partnern Inspektionsberichte, die auf internationaler Ebene im Rahmen der gegenseitigen Anerkennung von Zulassungen gültig sind. Insgesamt muss der Kantonsapotheker in regelmässigen Abständen 171 Standorte kontrollieren oder inspizieren.

Bei den 34 Inspektionen, die 2008 durchgeführt worden sind, war das Hauptanliegen die Aufforderung zur Einführung von Qualitätssystemen, mit denen die sichere und zweckmässige Abgabe von Arzneimitteln noch verbessert werden soll. Wurden Abweichungen festgestellt, so mussten diese jeweils behoben werden.

Neben den Kontrollaktivitäten kümmert sich der Kantonsapotheker auch um die Information der Öffentlichkeit und um die Ausarbeitung von Gesetzesbestimmungen. So wurden im Kanton Freiburg 2008 z. B. Richtlinien für die Herstellung und den Vertrieb von «Hauspezialitäten» (Arzneimittel nach eigener Formel) in Kraft gesetzt.

#### 10. Krankenversicherung

2008 bearbeitete das Amt 819 Gesuche im Zusammenhang mit der Befreiung von der Versicherungspflicht. Auf Verlangen der Gemeinden lieferte das Amt zudem 23 Stellungnahmen in Sachen Beitrittskontrolle.

Rund 85% dieser Freistellungsgesuche betreffen Personen in Aus- oder Weiterbildung sowie in Lehre und Forschung tätige Personen an Ausbildungsstätten. Knapp 13% dieser Gesuche wurden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingereicht und weniger als 2% betreffen Rentnerinnen und Rentner.

	<i>Angenommen</i>	<i>Abgelehnt</i>	<i>Hängig</i>	<i>Total</i>
In Ausbildung	562	123	15	700
Arbeitnehmer/ innen	32	67	5	104
Rentner/innen	7	8	0	15
Total	601	198	20	819

In der ersten Personenkategorie beträgt der Prozentsatz für die Annahme des Befreiungsgesuches knapp 80%. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erreicht er nahezu 31%, bei den Rentnerinnen und Rentnern fast 47%. Die Abweichungen zwischen diesen Prozentsätzen erklären sich durch eine unterschiedliche gesetzliche Reglementierung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in der Regel eine Krankenversicherung am Arbeitsort abschliessen, wohingegen Personen, die Ausbildungsstätten angeschlossen sind, in der Regel unter Vorweis einer europäischen Versicherungskarte oder der Bescheinigung über eine Krankenversicherungsdeckung, die der Deckung durch einen KVG-Versicherer gleichwertig ist, eine Befreiung verlangen können.

Für Einzelheiten zu den Daten 2008 über Prämienverbilligungen für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen ist der dem Grossen Rat unterbreitete Bericht der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) herbeizuziehen.

## **11. Schülerunfallversicherung**

### **11.1. Ordentliche Tätigkeit**

Seit der Auflösung der Schülerunfallversicherung ist das Amt mit der Abwicklung hängiger Fälle betraut, die Unfälle betreffen, die vor dem 1. September 2006 eingetreten sind. Ausserdem kümmert sich das Amt um die Gewährung von finanziellen Beiträgen in Härtefällen, die nach diesem Datum eintreten bzw. eingetreten sind.

Die Neuorientierung und die Anpassung der Schülerunfallversicherung durch deren Einbindung in die bestehende Struktur (Rechtliches, Logistik, Informatik, Verwaltung der Schadensfälle, Buchhaltung, Formulare usw.) wurden fortgesetzt. Das Amt ist bemüht, dass die geltenden gesetzlichen Bestimmungen bei der Dossierbearbeitung und den Rückerstattungsentscheiden eingehalten werden. So wird auch der Grundsatz der Gleichbehandlung eingehalten.

### **11.2. Leistungen**

Die Leistungen des Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung betreffen:

- Behandlungskosten für Unfälle, die vor der Aufhebung der Versicherung im Jahre 2006 eingetreten sind, und
- finanzielle Beiträge zugunsten von Familien verunfallter Kinder.

Auch nach der Aufhebung der Schülerunfallversicherung ist die Kostenübernahme für die weitere Behandlung nach den vorher geltenden Regeln gewährleistet, d.h. die komplementäre und subsidiäre Finanzierung aller Behandlungskosten bis fünf Jahre nach dem Ende der obligatorischen Mitgliedschaft. Konkret bedeutet dies: Für Kinder, die der Schülerunfallversicherung bei deren Abschaffung am 1. September 2006 schon nicht mehr angeschlossen waren, werden die Kosten bis fünf Jahre nach Ende der effektiven Mitgliedschaft übernommen. Für Kinder, die zum Zeitpunkt der Abschaffung der Schülerunfallversicherung, also am 31. August 2006, noch versichert waren, werden die Kosten ebenfalls noch übernommen, aber nur bis zu fünf Jahre nach Beendigung des Besuchs der Schule, wo sie vorher versicherungspflichtig gewesen wären (z. B. Kindergarten, Primarschule, Sekundarschule, Schule für technische und landwirtschaftliche Berufe, jedoch mit Ausnahme der Universität und der Berufslehre).

Verteilung der im Jahr 2008 ausgerichteten Leistungen, nach Unfalljahr und Kostenarten:

Unfall	Fälle	Zahnarztkosten Fr.	Arztkosten Fr.	Transport- kosten Fr.	Kosten für Apparate Fr.	Total Fr.	Total %
1981 – 1985	0						
1986 – 1990	2	353.80	327.55			681.35	1,0%
1991 – 1995	13	29 105.00				29 105.00	44,3%
1996 – 2000	17	10 119.75	315.70			10 435.45	15,9%
2001	3	427.55	2 443.00			427.55	0,6%
2002	9	3 571.25	2 195.60	1 717.20		7 731.45	11,7%
2003	5	997.15	272.00			1 269.15	1,9%
2004	10	1 021.25	1 423.25	1 012.20		3 456.70	5,3%
2005	9	1 418.55	1 905.65			3 324.20	5,1%
2006	11	3 040.10	6 271.65			9 311.75	14,2%
Total	79	50 054.40	12 958.80	2 729.40	0.00	65 742.60	100,0%
		76,1%	19,7%	4,2%	0,0%		

Verteilung der Leistungen nach Altersklasse:

Altersklasse	Fälle	% Fälle
0 – 5 Jahre	0	
6 – 10 Jahre	7	8,9%
11 – 15 Jahre	21	26,6%
16 – 20 Jahre	37	46,8%
21 – 25 Jahre	13	16,4%
26 Jahre	1	1,3%
Total	79	

Was die Möglichkeit eines finanziellen Beitrags aus dem Fonds anbelangt, der dazu bestimmt ist, die Lebensbedingungen eines nach dem 1. September 2006 verunfallten, von Invalidität oder langfristiger Hilflosigkeit betroffenen Kindes zu verbessern, so ist im Jahr 2008 keine Leistung ausgerichtet worden. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, dass es sich hierbei um einen subsidiären Beitrag handelt, der nur dann in Erwägung gezogen werden kann, wenn keine andere Einrichtung (Krankenkasse, andere Versicherungen, IV usw.) einschreitet. Da das Verfahren für diese Schritte einen gewissen Zeitaufwand benötigt, ist eine zeitliche Verzögerung unvermeidbar.

### 11.3. Rückversicherung

Entschädigungen bei Tod oder Invalidität, die vor dem 1. September 2006 eingetretene Unfälle betreffen, sind bei der Nationale Suisse Assurances rückversichert. Derzeit sind sieben Fälle hängig, die noch daraufhin

beurteilt werden müssen, ob eine Invalidität vorliegt. Solche Beurteilungen sind jedoch erst möglich, wenn sich der Gesundheitszustand der betroffenen Personen stabilisiert hat und die Entwicklung der Situation definitiv bekannt ist. Insgesamt sieht die Nationale Suisse Assurances für die Regelung dieser Fälle einen Betrag von rund 700 000 Franken vor.

### 11.4. Buchführung

Der Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung wird selbstständig verwaltet und verfügt über eine eigene Buchhaltung. Die Transaktionen berühren daher die Betriebsrechnung und das Rechnungsergebnis des Staates nicht.

Da sich die Situation nur in geringem Ausmass geändert hat, haben die Nationale Suisse Assurances und die Schülerunfallversicherung auf eine Akontozahlung auf die Gewinnbeteiligung an der Rückversicherung verzichtet.

Durch die Übernahme der Behandlungskosten (Zahnarzt-, Arzt- und Transportkosten) ist die Rückstellung für garantierte Behandlungen um 65 742.60 Franken gesunken; die Rückstellung für Restrukturationskosten wurde 2008 um 99 468.70 Franken gekürzt. Der Gewinn aus dem Rechnungsjahr 2007 wurde den Rückstellungen für Härtefälle zugeteilt, wodurch diese um 24 781.40 Franken gestiegen sind.

2008 wurden keine Prämien eingezogen; die letzten eingezogenen Rückversicherungsprämien sind 2007 ausgerichtet worden. Weil keine Versicherungsprämien eingezogen wurden, schliesst das Rechnungsjahr 2008 mit einem negativen Betriebsergebnis.

Die Betriebsrechnung 2008 und die Bilanz am 31. Dezember 2008 präsentieren sich wie folgt:

<i>Betriebsrechnung</i>	2008	2007
<i>Ertrag</i>		
Kapitalzinsen	661.35	649.20
Prämien und Subventionen	--	--
Gewinnbeteiligung - La Nationale	--	335 000.00
Verschiedene Einnahmen	--	505.90
Ausgabenüberschuss	77 000.45	--
<b>Total</b>	<b>77 661.80</b>	<b>336 155.10</b>
<i>Aufwand</i>		
Differenzen auf Prämien	19 285.45	390.00
Restrukturationskosten	--	68 828.35
Verwaltungskosten	58 376.35	116 504.30
Rückversicherungsprämien	--	34 204.25
Behandlungskosten	--	91 446.80
Finanzielle Beiträge in Härtefällen	--	--
Ertragsüberschuss	--	24 781.40
<b>Total</b>	<b>77 661.80</b>	<b>336 155.10</b>
<i>Bilanz</i>		
<i>Aktiven</i>		
Konto Postfinance	391 947.90	609 268.45
Staatsschatzamt	5 923 102.05	5 923 102.05
Debitoren Prämien und Subventionen	--	25 885.45
Transitorische Aktiven	231.45	227.20
Mobilier	1.00	1.00
<b>Total</b>	<b>6 315 282.40</b>	<b>6 558 484.15</b>
<i>Passiven</i>		
Gläubiger Prämien	--	990.00
Transitorische Passiven	--	--
Kapital für Laufendes	1 022 887.55	1 022 887.55
Rückstellungen für garantierte Behandlungen	3 334 257.40	3 400 000.00
Rückstellung für Härtefälle	1 234 606.60	1 209 825.20
Rückstellung für Restrukturation	400 531.30	500 000.00
Sicherheitsreserve	400 000.00	400 000.00
Gewinn/Verlust	-77 000.45	24 781.40
<b>Total</b>	<b>6 315 282.40</b>	<b>6 558 484.15</b>

Am 31. Dezember 2008 verfügte der Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung über einen Betrag von 6 315 282.40 Franken.

### III. KANTONSARZTAMT

#### 1. Aufgaben

Das Kantonsarztamt (KAA) ist für medizinische Fragen der öffentlichen Gesundheit zuständig. Es berät die GSD in Belangen der Gesundheitsversorgung, der Gesundheitsförderung, der Prävention und des Gesundheitsschutzes. Es nimmt die Aufgaben wahr, die ihm aufgrund der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung zukommen.

Das KAA ist das Referenzzentrum für alle Fragen im Zusammenhang mit der öffentlichen Gesundheit und trägt zur Erhaltung und Verbesserung des Gesundheitszustandes der Freiburger Bevölkerung bei. Zu diesem Zweck arbeitet es eng mit den übrigen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen öffentlichen Diensten zusammen und koordiniert seine Tätigkeiten, um dem Staatsrat und der GSD die nötigen Informationen und Ratschläge erteilen zu können.

Im Rahmen seiner Zuständigkeiten stellt das KAA die Information der Bevölkerung, der Medien, der Fachleute, der öffentlichen oder privaten Institutionen und Anstalten sowie den Dialog mit ihnen sicher. Dabei achtet es nicht nur auf den heutigen, sondern auch auf den künftigen Bedarf im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

Geleitet wird das Amt vom Kantonsarzt Dr. Chung-Yol Lee.

#### 2. Ordentliche Tätigkeit

- Prävention und Gesundheitsförderung
  - Betreuung suchtmittelabhängiger Personen (Bewilligung der Substitutionsbehandlung, Koordination der berufsübergreifenden Betreuung, Koordination zwischen Kantonen und mit dem Bund)
  - Prävention und Kontrolle übertragbarer Krankheiten (Verwaltung der obligatorischen Meldungen übertragbarer Krankheiten, epidemiologische Abklärungen, Impfungen und medikamentöse Prophylaxe, Informationen)
  - Prävention nicht übertragbarer Krankheiten (Krebsregister, Programm zur Brustkrebs-Früherkennung, kantonaler Plan für Gesundheitsförderung und Prävention, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz)
  - Organisation der schulärztlichen Betreuung, einschliesslich Impfungen in den Schulen
  - Gesundheitsschutz der Bevölkerung in Notsituationen und bei Katastrophen (in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern im Rahmen des kantonalen



- Führungsorgans und mit dem koordinierten Sanitätsdienst des Bundes)
- Management der Gesundheitsförderung (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit)
- Überwachung und Planung des Gesundheitssystems
  - Kontrolle der Institutionen des Gesundheitswesens (Überwachung der Pflege, Pflegeheimunterbringung vor dem AHV-Alter, Gutsprache für ausserkantonale Spitalaufenthalte)
  - Medizinische Gutachten und Leistungsbeurteilungen (Betrieb eines Heims, Aufhebung des Arztgeheimnisses, Bau von Gebäuden im Gesundheitsbereich, Bestattungswesen)
  - Mitwirkung in der Gesundheitsplanung des Kantons (Spitalplanung, präklinische Notfälle, ärztliche Grundversorgung)
- Information und Koordination
  - Verschiedene die öffentliche Gesundheit betreffende Auskünfte und Informationen zu Fragen der Kantonsverwaltung, der Öffentlichkeit und der Medien
  - Bearbeitung und Lieferung von Statistiken (Substitutionsbehandlung mit Betäubungsmitteln, freiwilliger Schwangerschaftsabbruch, Ambulanzdienste, Spitalstatistik, Krebserkrankungen)
- Austausch und Zusammenarbeit
  - Mitwirkung in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen auf kantonaler, interkantonaler und Bundesebene
  - Stellungnahmen im Rahmen kantonaler und eidgenössischer Vernehmlassungen im Gesundheitsbereich

Im Interesse effizienterer und zweckmässiger Leistungen für seine Partner und weitere Leistungserbringer hat das Amt weiterhin an seinem Qualitätsmanagement gearbeitet, um es systematischer zu gestalten und seinen Anwendungsbereich auszuweiten. So ist zum Beispiel das Verfahren für den Pflegeheimenritt von Personen, die noch nicht im AHV-Alter stehen, genau beschrieben worden und die entsprechenden Dokumente sind in die Website des Amtes aufgenommen worden. Um die Zweckmässigkeit, Verständlichkeit und Aktualisierung der verschiedenen erstellten Dokumente zu überprüfen, wurde Ende des Jahres ein internes Audit durchgeführt. Dies ermöglichte Anpassungen und Verbesserungen, wo diese nötig waren.

Angesichts der grossen und steigenden Zahl komplexer Projekte hat das Amt begonnen, für Dossiers eines gewissen Umfangs Projektmanagement-Tools einzusetzen, bleibt aber pragmatisch in Bezug auf die verfügbaren Mittel.

### 3. Prävention und Gesundheitsförderung

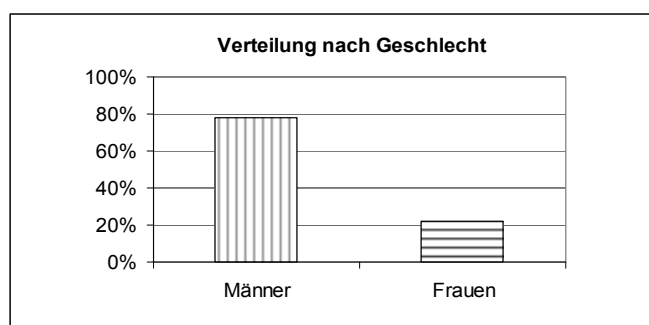
#### 3.1 Sucht

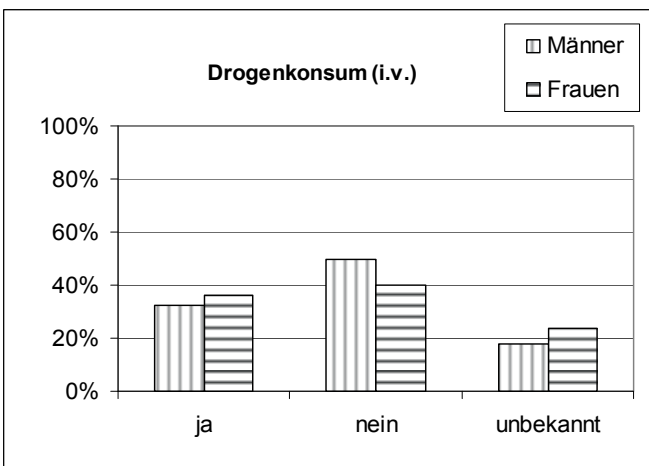
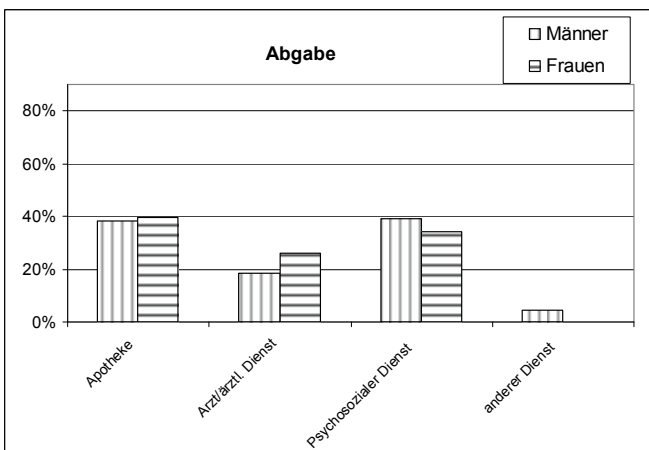
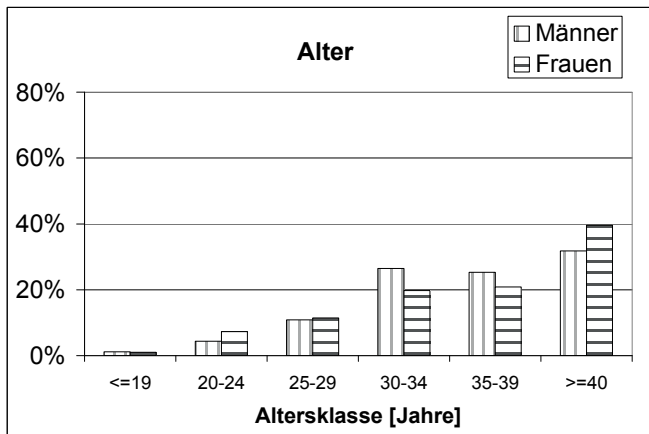
##### 3.1.1 Substitutionsbehandlung drogenabhängiger Personen

Im Jahr 2008 erhielten 436 Personen eine bewilligte Substitutionsbehandlung: 340 Männer und 96 Frauen im Alter zwischen 18 und 69 Jahren. Von diesen Personen wurden 101 mit Buprenorphin und 335 mit Methadon behandelt. 163 Fälle (37%) wurden vom Zentrum für Suchtbehandlung in Freiburg betreut, 20 (4,6%) vom Psychosozialen Zentrum in Bulle und die übrigen (58,5%) von den 75 Ärztinnen und Ärzten mit Bewilligung zur Behandlung, einschliesslich Institutionen, Spitäler und Gefängnisse. Im Kanton Freiburg arbeiten gegenwärtig 53 Apotheken mit den behandelnden Ärzten zusammen, um so eine kontinuierliche Betreuung der Patientinnen und Patienten sicherzustellen, die in Substitutionsbehandlung sind. Diese Betreuung durch die Apotheken ist äusserst wichtig und wertvoll, denn zahlreiche Arztpraxen verfügen nicht über die nötigen Infrastrukturen für solche Behandlungen. Für sehr viele Patientinnen und Patienten mit Voll- oder Teilzeitstellen ist die Abgabe in der Apotheke unabdingbar, insbesondere wegen der Öffnungszeiten. Diese ausgezeichnete Zusammenarbeit stellt also einen wichtigen Bestandteil für das gute Funktionieren der Substitutionsbehandlung im Kanton Freiburg dar.

Betrachtet man die neuen Behandlungsgesuche, so betrifft ein im Jahr 2008 festgestellter Aspekt die **veränderten Konsumgewohnheiten**. Die Tendenz geht eher in Richtung Rauchen oder «Sniefen» von Heroin, der intravenöse Konsum ist seltener (s. Grafik «Drogenkonsum (i.v.)»). Ausserdem wird nach mehreren Jahren der Stagnation wiederum ein Anstieg des Heroinkonsums junger Menschen zwischen 18 und 25 Jahren festgestellt. Für eine endgültige Interpretation dieser Zahlen ist es aber noch zu früh.

Zu vermerken ist auch, dass das Einkommen einer Mehrheit der Drogenabhängigen in Substitutionsbehandlung aus einer Vollzeitbeschäftigung (115 Personen), Teilzeitbeschäftigung (28) oder aber einer IV-Rente (128) stammt, was 62% ausmacht. 19% leben von der Sozialhilfe (84 Personen) und die restlichen 19% verteilen sich auf andere Kategorien.





Berufliche Situation	Geschlecht	
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl
<i>Berufliche Situation*</i>		
Vollzeitarbeit	99	16
Teilzeitarbeit	13	15
Gelegenheits-/Temporärarbeit	11	1
Arbeitslos mit Entschädigungen	23	0
Arbeitslos ohne Entschädigungen	12	2
Sozialhilfe	65	19
Hausfrau/Hausmann	5	14
Invalidenrente	95	33
Schulden	21	11
andere	0	0

\* Mehrfachantworten

Mit dem Stellenantritt des neuen Kantonsapothekers am 1. April dieses Jahres konnte die schon lange bestehende ausgezeichnete Zusammenarbeit in der Kontrolle und Überwachung der Betäubungsmittel fortgesetzt und sogar noch verstärkt werden.

Die gute Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Abhängigkeit (FSA), die infolge ihrer Eingliederung in das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit in Zentrum für Suchtbehandlung (ZSB) umbenannt worden ist, besteht nach wie vor. Verschiedene praktische Fragen von Seiten der in diesem Bereich tätigen Ärztinnen, Ärzte und Institutionen sind diskutiert und Lösungen sind vorgeschlagen worden, auch in Koordination mit dem Kantonsapotheker.

Gestützt auf die wichtige und sehr nützliche Arbeit des Präsidenten von MeDroTox (Arbeitsgruppe der niedergelassenen Ärztinnen/Ärzte und Apothekerinnen/Apotheker, die die Drogenabhängigen des Kantons betreuen) hat das Amt die Form und den Inhalt des Web-site-Kapitels des KAA für die einschlägigen Fachleute festgelegt. Die Veröffentlichung dieser beruflichen Informationen soll im ersten Halbjahr 2009 erfolgen.

### 3.1.2 Projekt für die koordinierte Betreuung abhängiger Personen

Im Januar startet das Projekt für die koordinierte Betreuung abhängiger Personen. Der Zweck besteht in der Einsetzung eines kantonalen Systems der Betreuung abhängiger Personen (illegale Drogen und Alkohol), das sich auszeichnet durch:

- ein Qualitätsangebot, das den heutigen nachgewiesenen Bedürfnissen und Problemstellungen gerecht wird
- Interinstitutionalität und Interdisziplinarität
- eine personenzentrierte Behandlungskette
- eine optimale Nutzung der verfügbaren Ressourcen (wirksam und rationell)
- eine laufende Verbesserung (Verhältnis Bedarf/ Angebot, Arbeitsweise, Ergebnisse)

Die vorgesehene Laufzeit des Projekts beträgt zwei Jahre (Januar 2008–Dezember 2009). Geführt wird es von einem Steuerungsausschuss, bestehend aus den Amtsvorsteherinnen und Amtsvorstehern der GSD sowie einer Vertreterin der Sicherheits- und Justizpolizei. Eine Projektgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der auf die Betreuung drogen- und alkoholabhängiger Personen spezialisierten Institutionen, des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit (Behandlungsketten für Suchtkrankheiten und Jugendliche sowie Liaison-Psychiatrie), des freiburger spitals und der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte befasst sich ausserdem mit den praktischen Überlegungen. Ein dem Kantonsarztamt angeschlossener Projektleiter ist mit der Führung des Gesamtprozesses betraut. Die Koor-

dination zwischen diesem Projekt und demjenigen für die Umsetzung der NFA wird durch Zusammenarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen sichergestellt.

In diesem ersten Jahr waren die Arbeiten hauptsächlich auf die Bedarfs- und Leistungsanalyse auf dem Gebiet der Betreuung abhängiger Personen im Kanton und auf die Begriffe Indikation und Case Management ausgerichtet. Davon ausgehend sollen im Laufe der ersten Monate 2009 Vorschläge geliefert werden in Bezug auf Betreuungsstrukturen, therapeutische Optionen, Arbeitsweisen und Formen der Zusammenarbeit, mit denen der nachgewiesene Bedarf abgedeckt werden kann. Die Bedarfs- und Leistungsanalyse wurde im Auftrag der GSD vom «Institut de Géographie» der Universität Lausanne durchgeführt. Das Institut wurde nach Kriterien ausgewählt, die sich auf spezifische Erfahrungen und Kompetenzen, die Verfügbarkeit und die Kosten bezogen. Der Bericht wurde Ende Dezember abgegeben und stellt eine der Grundlagen für die Überlegungen der Projektgruppe dar.

### 3.2 Übertragbare Krankheiten

#### 3.2.1 Jährliche Aufstellung der Meldungen übertragbarer Krankheiten

ÜBERTRAGBARE KRANKHEIT	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Total
Campylobacteriose	153	138	140	136	165	189	190	1111
Salmonellosen	73	57	47	43	34	43	67	364
Shigellosen	9	8	4	5	5	3	3	37
Enteropathogene E. coli	2	2	2	5	0	0	2	13
Hepatitis A	4	6	6	9	3	5	6	39
Chlamydiose	74	69	81	81	105	115	113	638
Gonorrhoe	5	17	21	7	10	11	13	84
Syphilis	0	0	0	0	18	5	25	48
HIV	12	0	18	19	16	6	17	88
AIDS	1	7	8	3	3	2	2	26
Hepatitis B <sup>1</sup>	42	67	42	31	30	51	51	314
Hepatitis C <sup>1</sup>	65	68	50	47	32	45	57	364
Influenza	10	11	11	6	15	6	6	65
H. Influenzae	1	1	4	2	3	1	2	14
Legionellosen	1	4	2	3	2	3	7	22
Meningokokkenerkrankungen	4	4	3	1	1	2	2	17
Pneumokokkenerkrankungen	23	38	36	36	38	43	34	248
Zeckenenzephalitis	0	2	3	2	10	3	2	22
Listeriose	0	0	0	0	1	2	3	6
Malaria	4	1	3	5	9	6	3	31
Tuberkulose	16	20	13	11	12	15	8	95
Masern	0	62	2	5	9	5	28	111
<b>Total</b>	<b>499</b>	<b>582</b>	<b>496</b>	<b>457</b>	<b>521</b>	<b>561</b>	<b>641</b>	<b>3757</b>

<sup>1</sup> akute und chronische Fälle

**Quellen:**

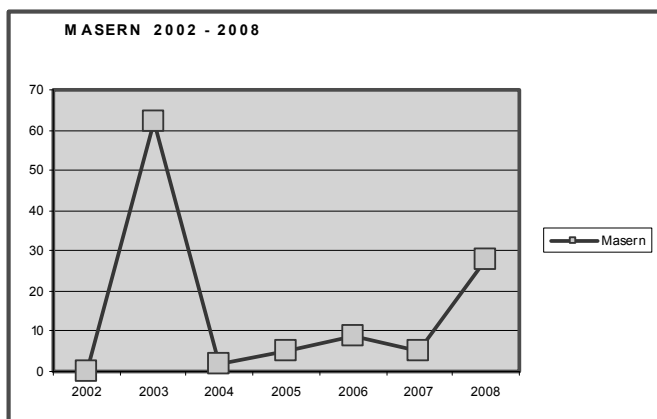
- BAG-Statistik (Jahresaufstellungen 2002–2007)
- Kantonale Daten 2008, erhalten am 9. Januar 2009
- Kantonale Daten HIV und Aids 2002–2008

**3.2.2 Hepatitis**

Seit 2008 wird die kombinierte Impfung gegen Hepatitis A und B bei Personen mit einer chronischen Lebererkrankung, bei Drogen injizierenden Personen und bei Männern mit sexuellen Kontakten zu Männern vergütet. Der Zweck dieser Impfungen besteht darin, zu vermeiden, dass Personen, die schon mit Hepatitis C infiziert sind, mit den Viren der Hepatitis A und B überinfiziert werden. Die Ärztinnen und Ärzte für Allgemeinmedizin und Gynäkologie sind vom Amt informiert und auf die Wichtigkeit der ärztlichen Überwachung und Impfung hingewiesen worden. Auch an die Strafanstalten von Bellechasse ergingen Impfpfehlungen für drogenabhängige Personen mit Hepatitis C.

**3.2.3 Masern**

Der Kanton Freiburg ist von den Masern nicht verschont geblieben: 28 Fälle wurden gemeldet. Die Zusammenarbeit mit der EKSD ermöglichte Informationskampagnen in den Schulen über die Wichtigkeit der Impfung sowie den Ausschluss nicht geimpfter Kinder vom Schulbesuch. In vier Fällen musste der Schulausschluss angeordnet werden, um eine weitere Verbreitung so weit wie möglich zu verhindern. Dank diesen frühzeitigen Vorsichtsmassnahmen und unseren Bemühungen, die Öffentlichkeit durch die Medien zu informieren, konnte die Infektion in Schach gehalten und eine Epidemie, wie sie der Kanton im Jahr 2003 verzeichnete, vermieden werden. Die Inzidenz beschränkte sich auf 11 Fälle auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Zum Vergleich: In Luzern betrug die Inzidenz 224 Fälle, in Basel 144, in Bern 25 und im Kanton Waadt 9 Fälle auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

**3.2.4 Sexuell übertragbare Krankheiten (Gonorrhoe, Syphilis, Chlamydien)**

Wie überall in der Schweiz nimmt die Zahl der Meldungen sexuell übertragbarer Krankheiten auch in unserem Kanton regelmässig zu. Dies ist aber nicht zwingend ein Indiz dafür, dass sich die Lage verschlechtert hat. Es kann auch bedeuten, dass sich die Laborverfahren verbessert haben und eine Tendenz zur systematischeren Vorsorgeuntersuchung besteht. Das Amt bleibt aber wachsam und wird je nach Entwicklung der Daten abklären, ob Massnahmen erforderlich sind.

**3.2.5 Impfkampagne für junge Mädchen gegen Humane Papillomaviren (HPV)**

Das vom Bundesamt für Gesundheit lancierte kantonale Impfprogramm gegen Humane Papillomaviren (HPV) verlangte dem KAA sowie dem Amt für Gesundheit den Einsatz erheblicher Ressourcen ab und erforderte grosse Koordinations- und Kommunikationsbemühungen (Impfärztinnen und -ärzte, Gemeinden, Orientierungsschulen, Bevölkerung allgemein).

Eine Informationsbroschüre des Kantons Basel-Stadt für Mädchen und ihre Eltern wurde für unseren Kanton angepasst, ebenso eine PowerPoint-Präsentation zuhänden der Schulärztinnen und Schulärzte.

Während der ganzen Einführung des Programms hatte das Amt zahlreiche Anrufe und Anfragen von Seiten der Öffentlichkeit und der Gesundheitsfachleute – teils Befürworter, teils Gegner der Impfung – zu bewältigen.

Die Ärzte des Amtes wurden ersucht, in einer Orientierungsschule des Kantons eine Informationssitzung zu erteilen, um den für diese Schule verantwortlichen Schularzt zu entlasten. Auf diese Weise war es möglich, bei den 180 Mädchen im Alter von 11 bis 15 Jahren direkt «den Puls zu fühlen». Dabei wurde festgestellt, dass sich die betroffenen Mädchen sehr für diese Impfung interessieren und die Mehrheit am Programm teilnimmt (5161 Mädchen sind schon geimpft worden). Es zeigte sich auch, dass die Broschüre als einziges Informationsmittel nicht ausreicht. Die Mädchen müssen die Möglichkeit haben, einer Ärztin oder einem Arzt Fragen zu stellen. Diese Aufgabe übernehmen die Schulärztinnen und Schulärzte der verschiedenen Schulkreise; zu diesem Zweck steht ihnen eine PowerPoint-Präsentation zur Verfügung. Für die Informationssitzungen werden die Ärztinnen und Ärzte mit einem Pauschalbetrag bezahlt.

**3.2.6 Grippe-Pandemie**

Das KAA befasste sich weiterhin mit der Vorbereitung auf eine Grippe-Pandemie; dabei arbeitete es mit dem Amt für Militär und Bevölkerungsschutz und dem Kantonalen Führungsorgan zusammen. Gemäss Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit zielen die laufenden Arbeiten unter anderem auf Folgendes hin:

1. Prävention der Ausbreitung des Virus durch die Einsetzung eines Systems für die rasche Erkennung der Personen, die das Virus übertragen können (Kontaktmanagement);
2. Vorbereitung auf den Schutz der Bevölkerung durch Impfung, wenn sich eine solche als nötig erweist, und auf Entscheid des Bundesamtes für Gesundheit;
3. Erarbeitung von Planungskonzepten, Abklärung des Rekrutierungspotenzials, der möglichen Synergien und Formen einer intersektoriellen und interprofessionellen Zusammenarbeit, wie sie für das Management einer grossen Krise im Gesundheitswesen unentbehrlich ist, und
4. Umsetzung der vom Bundesamt für Gesundheit empfohlenen Massnahmen für den Schutz der Berufspersonen.

Für die Wahrnehmung dieser Aufgaben sind nach Themen unterteilte Projektgruppen eingesetzt worden, in denen verschiedene Dienststellen des Staates sowie Dachverbände und Berufspersonen aus der Praxis vertreten sind. Als Beitrag zur Ausarbeitung eines kantonalen Pandemie-Einsatzplans sind nach einer gemeinsamen Vorgabe mehrere Konzepte ausgearbeitet worden. Für Themen, die eine Koordination auf nationaler Ebene verlangen (z. B. Kontaktmanagement, pädiatrische Intensivpflege) präsierte der Kantonsarzt gesamtschweizerische und interkantonale Arbeitsgruppen oder schlug die Einsetzung solcher Gruppen vor.

Für die Vorbereitung des Kantons auf eine Pandemie stehen noch grosse Herausforderungen bevor, namentlich die Koordination der Akteure im ambulanten Bereich, einem Sektor, der sehr unterschiedliche Berufe und Tätigkeiten vereinigt.

Im stationären Bereich ist zwar seit 2006 für die vorpandemische Phase ein Konzept für die Versorgung von Vogelgrippefällen beim Menschen im Kanton Freiburg bereit, jedoch muss noch ein Spitalkonzept für fortgeschrittenere Pandemiephasen ausgearbeitet werden.

Im Übrigen erweist sich die Vorbereitung der Kommunikation auf allen Ebenen, insbesondere in der breiten Öffentlichkeit, als entscheidender Faktor. Davon zeugen die kläglichen Resultate der Umfrage des Bundesamtes für Gesundheit, wie es mit den Kenntnissen über die Hygienemasken steht, oder auch das geringe Interesse, auf das die vom Freiburgischen Roten Kreuz zusammen mit dem KAA organisierten öffentlichen Vorträge zum Thema Vogelgrippe und Pandemie gestossen sind. Daher soll im Rahmen des kantonalen Pandemie-Einsatzplans besonderes Gewicht auf die Ausarbeitung eines Kommunikationskonzeptes gelegt werden.

Anders als die schwindende Präsenz des Themas in den Medien vermuten liesse, ist die Bedrohung durch eine Pandemie nach wie vor sehr wohl vorhanden. Zwar hat die Schweiz seit März 2008 keinen Vogelgrippefall verzeichnet; im Jahr 2008 haben jedoch 30 Länder bei der Weltorganisation für Tiergesundheit Fälle von Influenza A (H5N1) bei Hausgeflügel oder Wildvögeln gemeldet,

davon 7 in Europa oder an Europa angrenzend. Fälle beim Menschen sind in 15 Ländern verzeichnet worden; die Zahl der von der WHO seit Anfang 2003 bestätigten Fälle beläuft sich auf 393 H5N1-positive Personen, von denen 248 gestorben sind (Stand am 07.01.2009 gemäss Lagebericht des Bundesamtes für Veterinärwesen und des Bundesamtes für Gesundheit). Eine Mutation dieses Virustyps, der in der Folge leicht von Mensch zu Mensch übertragbar wäre, würde rasch zu einer weltweiten Epidemie (Pandemie) führen, daher die Wachsamkeit der Gesundheitsbehörden. Die Vorbereitung auf eine Pandemie ist somit vorrangig für das KAA, und es wird seine Arbeiten auf diesem Gebiet auch 2009 in enger Zusammenarbeit mit seinen zahlreichen Partnern inner- und ausserhalb der Kantonsverwaltung sowie auf Bundes- und interkantonaler Ebene fortsetzen.

### **3.3 Gesundheitsförderung und Prävention nicht übertragbarer Krankheiten**

#### **3.3.1 Krebsprävention**

##### **3.3.1.a Kantonales Programm für die systematische Früherkennung von Brustkrebs**

Im Jahr 2008 startete die Freiburger Krebsliga im Auftrag des Staates die dritte Serie des systematischen Brustkrebs-Screenings, die sich über die Jahre 2008 und 2009 erstreckt. Die Ergebnisse der zweiten Serie sind zufriedenstellend. So betrug die Beteiligungsrate der Frauen 53,7% (in der ersten Serie hingegen nur 34%). 104 Krebserkrankungen wurden entdeckt. Alle europäischen Referenzparameter für die Leistungsstärke und die Qualität des Screening-Programms wurden erreicht.

2008 wurde bei 6861 von den insgesamt 14 224 Frauen, die vom Programm betroffen sind, eine Screening-Mammographie durchgeführt. Dies entspricht einer Beteiligungsrate von 48,2% (43,8% im Jahr 2006, Bezugsjahr für die gleiche Zielgruppe). 352 Frauen wiesen beim Screening einen positiven Befund auf (5,1%) und wurden für zusätzliche Untersuchungen aufgeboten. Bis heute sind 26 Krebsfälle bestätigt worden (vorläufige Situation).

Im Juni 2008 entstand der Schweizerische Verband der Brustkrebs-Früherkennungsprogramme für die Schaffung, die Koordinierung und das Management der gemeinsamen Tätigkeiten der kantonalen Programme. Eine der drei Personen, die das Freiburger Programm in der Generalversammlung des Verbandes vertreten, ist eine Mitarbeiterin des Amtes für Gesundheit.

Darüber hinaus begleitete und unterstützte das Kantonsarztamt wie in den Vorjahren das Brustkrebs-Früherkennungsprogramm durch seinen Vorsitz in der Steuerungsgruppe.

Weitere Informationen sind der Website der Freiburger Krebsliga zu entnehmen ([www.liguecancer-fr.ch](http://www.liguecancer-fr.ch)).

### 3.3.1.b Freiburger Krebsregister

Das Freiburger Krebsregister nahm seine Tätigkeit am 1. Januar 2006 auf, nachdem der Staat die Freiburger Krebsliga mit der Führung betraut hatte. Die Daten 2006 und 2007 wurden gesammelt und analysiert, und ein entsprechender Bericht erging an die GSD. Eine Kurzfassung ging auch an die Mitglieder des Grossen Rates sowie an die ärztlichen Partner des Kantons Freiburg, ohne deren Mitwirkung das Register nicht existieren würde. Die Analyse der Daten 2006 bis 2007 im Einzelnen kann auf der Website der Freiburger Krebsliga, unter [http://www.liguecancer-fr.ch/fr/registre\\_des\\_tumeurs/resultats/rft\\_résultats2007/index.cfm](http://www.liguecancer-fr.ch/fr/registre_des_tumeurs/resultats/rft_résultats2007/index.cfm), eingesehen werden (nur Französisch).

Die für zwei Jahre zusammengestellten Daten erlauben noch keine Schlussfolgerungen über die Tendenzen bei den verschiedenen Krebsarten. Es wird aber festgestellt, dass Krebs nach den kardiovaskulären Erkrankungen die zweite Todesursache darstellt, und zwar sowohl bei Frauen wie bei Männern. Wie in der übrigen Schweiz ist auch im Kanton Freiburg die Sterberate wegen Krebs zurückgegangen, sie ist aber bei den Männern leicht höher als bei den Frauen.

Die Qualität der Daten 2007 ist vom «National Institute for Cancer Epidemiology and Registration» (NICER) als ausgezeichnet beurteilt worden. Der Akkreditierungsprozess für das Freiburger Register hat begonnen und dürfte im ersten Halbjahr 2009 abgeschlossen sein.

Das Kantonsarztamt unterstützte die Tätigkeit des Registers durch seine Mitwirkung im wissenschaftlichen Ausschuss.

### 3.4 Gesundheit der Migrantinnen und Migranten

Das KAA konzentrierte seine Tätigkeit auf die am meisten gefährdete Bevölkerungsschicht der Migrantinnen und Migranten, indem es namentlich Kontakte zu der ORS Service AG (nachfolgend: ORS) knüpfte, der Organisation, die seit 1. Januar 2008 für die Aufnahme und Betreuung der Asylsuchenden, Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE-Personen) und abgewiesenen Asylsuchenden verantwortlich ist. Bei einer Zusammenkunft mit den Verantwortlichen der ORS Freiburg wurden Fragen im Zusammenhang mit gesundheitlichen Massnahmen und der Gesundheit dieser Bevölkerungsgruppe angesprochen und Kommunikations- und Koordinationsmodalitäten festgelegt. Geklärt wurden namentlich die Modalitäten der Früherkennung von Tuberkulosekranken und ihrer Zuweisung durch die Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ). Es zeigt sich, dass unser Kanton wenig betroffen ist, da die als tuberkulös erfassten Personen in der Regel Kantonen mit Universitätsspitalern zugewiesen werden. Es kann aber hie und da passieren, dass eine an Tuberkulose erkrankte asylsuchende Person, die vom EVZ nicht als solche erfasst worden ist, in unseren Kanton gelangt. Das systematische Gespräch mit einer Pflegefachperson der ORS soll es ermöglichen, diese Art von Problemen

zu erkennen und Personen mit verdächtigen Symptomen einer zuständigen Ärztin oder einem zuständigen Arzt zuzuweisen.

Im Übrigen nahm das KAA am 12. September 2008 an der Konferenz der nationalen Plattform «Gesundheitsversorgung für Sans-Papiers» teil, die vom Schweizerischen Roten Kreuz organisiert wird. Personen ohne Aufenthaltsbewilligung leben und arbeiten häufig in prekären Verhältnissen, was sich auch auf ihren Gesundheitszustand niederschlägt. Die meisten von ihnen sind nicht krankenversichert. Der nationalen Plattform gehören rund 20 Institutionen an (darunter Fri-Santé für den Kanton Freiburg), die diesen Personen zu Hilfe kommen und medizinischen Beistand leisten. Unterstützt wird sie vom Bund im Rahmen der Strategie «Migration und Gesundheit 2008–2013».

### 3.4.1 Euro 2008

Die Vorbereitungen für dieses Ereignis begannen 2007. Zu Jahresbeginn befasste sich das Amt im Zusammenhang mit den Bewilligungen und Patenten für öffentliche Festveranstaltungen mit den Voraussetzungen im Hinblick auf die Prävention. Hierfür sorgte es in Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen von REPER und der Suchtpräventionsstelle für die Koordination der Informationen. Während der EURO 2008 wurde kein Zwischenfall kantonalen Ausmasses gemeldet.

### 3.4.2 Lärm

Mit einer Forschungsarbeit Ende 2007 trug das KAA zu den Aktionen bei, die das Amt für Umwelt für den «Tag gegen Lärm» vom 16. April 2008 organisierte. Eine Medienmitteilung informierte über die Schädigung des Hörapparats und die Auswirkungen auf das Wohlbefinden bei Personen, die Lärm ausgesetzt sind.

### 3.4.3 Hitzewelle

Auf Initiative des Waadtländer «Service de la santé publique» und in Zusammenarbeit mit dem Bevölkerungsschutz wurden die Modalitäten der Kooperation und Koordination unter den Westschweizer Kantonen diskutiert. Es wurde beschlossen, den Austausch der Daten und des Informationsmaterials für die Öffentlichkeit sowie die Koordination der Kommunikation bei einer Hitzewelle zu intensivieren.

### 3.5 Schulärztliche Betreuung

Die Schulärztinnen und Schulärzte führten im ganzen Kanton Vorsorgekontrollen in den Kindergarten- und den 5. Primarschulklassen sowie in einigen Orientierungsschulklassen durch. Sie impften 2132 Schülerinnen und Schüler gegen Masern, Mumps und Röteln, 1360 gegen Diphtherie und Tetanus, 477 gegen Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten-Kinderlähmung und 790 gegen Diphtherie-Tetanus-Kinderlähmung. Wie in den letzten Jahren stiess die Impfung der Jugendlichen in

den Orientierungsschulen gegen Hepatitis B auf gutes Echo, liessen sich doch 3064 Jugendliche impfen, was einer Impfquote von rund 60% entspricht.

Zu Beginn des Schuljahres 2008/09 startete das kantonale Impfprogramm gegen HPV. In den Orientierungsschulen fanden Informationssitzungen zu dieser Impfung statt. Aus der Gesamtzahl der für das erste Quartal verrechneten Impfungen ergibt sich, dass in den ersten drei Monaten des Impfprogramms 5161 Impfungen erfolgt sind (4101 im Rahmen der schulärztlichen Betreuung in den Orientierungsschulen und 1060 in Arztpraxen). Dies entspricht einer Impfquote von rund 29% bei den 11- bis 20-jährigen Mädchen insgesamt und von 81% bei den Mädchen in den Orientierungsschulen.

Die schulärztliche Betreuung in ihrer heutigen Form war im Rahmen des Versuchsprojekts für Gesundheit in der Schule (PESS) Gegenstand einer SWOT-Analyse (Stärken, Schwächen, Chancen, Gefahren). Im Laufe des Jahres 2009 sollen diesbezüglich Diskussionen geführt werden und zwar in Bezug auf die Entwicklung der Bedürfnisse und des Mangels an ärztlichen Grundversorgern.

### 3.6 Tätigkeiten in Verbindung mit dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung

Das neue Gesetz vom 13. Dezember 2007 über den Bevölkerungsschutz ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten; entsprechende Änderungen wurden am Gesundheitsgesetz vom 16. November 1999 gemacht. Eingeführt wurde namentlich ein sanitätsdienstliches Führungsorgan für die bessere Bewältigung ausserordentlicher Lagen im Gesundheitsbereich. 2009 werden dessen Kompetenzen, Zusammensetzung und Arbeitsweise festgelegt, parallel zu einem detaillierten sanitätsdienstlichen Konzept.

Die beiden Ärzte des Amtes waren in die verschiedenen Tätigkeiten des kantonalen Führungsorgans einbezogen; dazu gehörten die alle zwei Monate stattfindenden Sitzungen sowie eine Übung.

Im Zusammenhang mit der Anschaffung eines Fahrzeugs für den Sanitäts-Support («véhicule de soutien sanitaire», VSS), das beim Interkantonalen Spital der Broye stationiert ist und von den Kantonen Waadt und Freiburg gemeinsam finanziert wird, wurden Diskussionen über die Rolle, die Intervention und die Arbeitsweise des «Groupement d'intervention sanitaire professionnel» (GISP) aufgenommen. Mit der Zeit sollten diese Diskussionen in Reglemente für den GISP und das VSS münden.

### 3.7 Management der Gesundheitsförderung

Das KAA beteiligte sich am Management und an der Steuerung verschiedener Projekte. Unter diesen sind zu nennen:

- Plan für Gesundheitsförderung und Prävention (in Zusammenarbeit mit der Kommission für Gesund-

heitsförderung und Prävention und dem Amt für Gesundheit)

- Versuchsprojekt für Gesundheit in der Schule PESS (in Zusammenarbeit mit den Ämtern für den deutschsprachigen und den französischsprachigen obligatorischen Unterricht und dem Amt für Gesundheit)
- Mitbeurteilung der Präventionsprojekte, die der GSD zur Subventionierung unterbreitet werden (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit)
- Schutz vor Passivrauchen (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit)

### 3.8 Abschaffung der Impfung und Beratung von Reisenden

Entsprechend der Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) und den Entscheiden des Staatsrats schlug das KAA vor, die Leistungen der Beratung und der Impfung von Reisenden per Ende Mai abzuschaffen. In der Tat erforderten diese Dienstleistungen einen erheblichen Einsatz von Personalressourcen sowohl für die Organisation der Impftermine als auch für die Verwaltung der Impfstoff-Vorräte und des Pflegematerials, auch wenn sich dieser Einsatz auf zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes verteilte. Die Beratung und Impfung von Reisenden kann von allen behandelnden Ärztinnen und Ärzten wahrgenommen werden. Die Gelbfieberimpfung können drei Ärzte in unserem Kanton durchführen; diese sind vom Bundesamt für Gesundheit für diese Impfung zugelassen.

## 4. Überwachung und Planung des Gesundheitssystems

### 4.1 Bewilligung zum Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens

Aufgrund des Gesundheitsgesetzes und dessen Ausführungsgesetzgebung sowie in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit begutachtet das KAA nach feststehenden Anforderungskriterien die Dossiers von Gesuchen um Bewilligung zum Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens.

### 4.2 Stellungnahmen zur Aufhebung des Berufsgeheimnisses

Das Kantonsarztamt sprach sich bei der GSD in 10 Fällen dafür aus, einem Gesuch um Aufhebung des Berufsgeheimnisses stattzugeben. 5 Gesuche wurden abgewiesen und auf 1 Dossier wurde nicht eingetreten.

### 4.3 Aufsicht über die Pflegeheime

Im Rahmen des Gesundheitsgesetzes und seiner Ausführungsgesetzgebung sowie der Gesetzgebung über die Pflegeheime (PfiHG und PfiHR) ist das Kantonsarztamt mit der Aufsicht über die Pflegeheime betraut. Seine Kontrollbesuche, die nach interkantonalen Anforderungsnormen durchgeführt werden, sind massgebend

für die Erteilung und die Beibehaltung der Bewilligung zum Betrieb der Institution.

#### 4.3.1 Pflegeheim-Unterbringung vor dem AHV-Alter

Nach Artikel 10 Abs. 2 des Reglements über die Pflegeheime (PflHR) kann der Kantonsarzt Ausnahmen gewähren, sodass Personen, die noch nicht im AHV-Alter sind, aber wegen Krankheit oder schwerer Behinderung eines definitiven Heimaufenthalts bedürfen, in ein Pflegeheim für Betagte eintreten können.

#### 4.3.2 Anerkennung neuer Pflegeheimbetten

Das KAA beteiligt sich mit seiner Stellungnahme an der Anerkennung neuer Pflegeheimbetten. Es stützt seinen Entscheid auf die Übereinstimmung zwischen der Dotation mit Pflegepersonal und der erforderlichen Pflegestufe.

#### 4.3.3 Anfechtung des Pflegebedarfsgrades

Der Pflege- und Betreuungsbedarf der Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner wird anhand eines Rasters ermittelt. Dieses führt 14 Bereiche auf, die entsprechend der Interventionszeit der Pflegenden nach einem Punktesystem von 1–6 beurteilt werden. Je nach der Anzahl erzielter Punkte wird die Person einem Pflegebedarfsgrad zugeordnet: A, B, C oder D. Der Pflegebedarfsgrad in Verbindung mit der Dotation, die für die Versorgung der Person erforderlich ist, bestimmt die Pflege- und Betreuungskosten.

Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner können gegen den vom Heim zugeteilten Pflegebedarfsgrad Beschwerde einlegen. Die Pflegefachfrauen des KAA nehmen dann ihrerseits eine Beurteilung vor, die den vom Heim zugeteilten Pflegebedarfsgrad bestätigt oder aber korrigiert. Aufgrund ihres Berichts wird die Beschwerde von der Expertenkommission für Pflegeheime für Betagte (die Expertenkommission) behandelt; diese wird vom Kantonsarzt präsiert und setzt sich ferner aus einem Vertreter der Krankenversicherer und einem Vertreter der Pflegeheime zusammen.

2008 wurden bei der Expertenkommission zwei Beschwerden gegen Pflegebedarfsgrad-Entscheide eingereicht. In beiden Fällen bestätigten die Schlussfolgerungen der von den Pflegefachfrauen des KAA durchgeführten Abklärungen die Pflegebedarfsbeurteilungen des Heims. Um aber die Zahl vermeidbarer Beschwerden zu reduzieren, wurden den Pflegeheimen Empfehlungen geschickt, um sie an die Kommunikationsmassnahmen zu erinnern und an das Verfahren, das bei der Information von Pflegeheimbewohnerinnen bzw. -bewohnern und ihren Angehörigen über eine Änderung des Pflegebedarfsgrades einzuhalten ist.

#### 4.4 Beurteilungen für die Erteilung von Sozialleistungen

In dieser sporadischen Tätigkeit interveniert das KAA im Auftrag der kantonalen AHV-/IV-/EO-Ausgleichskasse und gemäss der Verordnung vom 26. Oktober 2004, mit der das KAA als zuständige Stelle für die Festlegung der bei den Ergänzungsleistungen vergüteten Pflege und Betreuung bezeichnet wurde. Als solche legt es den Teil der Pflege und Betreuung fest, der bei den Ergänzungsleistungen vergütet werden kann.

Diese Leistungen ermöglichen die Vergütung von Pflegekosten, die direkt für die Bezügerin oder den Bezüger einer Hilflosenentschädigung (mittlere oder schwere Hilflosigkeit) anfallen. Ihr Ziel ist es, den Verbleib behinderter Personen zu Hause zu fördern.

#### Institutionen des Gesundheitswesens: Zusammenfassung der Anzahl Leistungen

Leistungsart	Anzahl
Stellungnahme zu <b>Bewilligungen zum Betrieb</b> einer Institution des Gesundheitswesens	9
Besuche im Rahmen der <b>Aufsicht über die Pflegeheime</b>	11
Bewilligungen der Pflegeheimunterbringung im <b>Nicht-AHV-Alter</b>	15
<b>Anerkennung neuer Pflegeheimbetten</b>	6
<b>Anfechtung des Pflegebedarfsgrads</b> von Pflegeheimbewohnerinnen u. -bewohnern	2
Beurteilungen für die Erteilung von <b>Sozialleistungen</b>	3

#### 4.5 Pilotprojekt einer gesicherten alterspsychiatrischen Abteilung in der Résidence des Chênes

Nach einer Untersuchung der Vereinigung Freiburgerischer Alterseinrichtungen (VFA) im Oktober 2003 über die Zunahme altersbedingter Demenzerkrankungen konnten 150 Personen wegen Verhaltensstörungen, Orientierungsverlust und Fluchtgefahr nicht mehr im Pflegeheim behalten werden. Ihr Zustand bedingt eine erhebliche Betreuung und eine Anpassung der Betreuungsstrukturen.

Unter den Pflegeheimen, die an der Schaffung einer gesicherten alterspsychiatrischen Abteilung interessiert waren, wählte die GSD im Mai 2005 die Résidence des Chênes als Pilotprojekt aus.

Seit dem 23. August 2005 ist ein Steuerungsausschuss, der vom Kantonsarzt präsiert wird und dem der Direktor und die Pflegeleitung der Résidence des Chênes, Vertreterinnen und Vertreter der VFA, die Vorsteherin des Sozialvorseamtes sowie Mitarbeitende dieser Dienste angehören, regelmässig zusammengetreten, um Fragen in Verbindung mit der Umsetzung zu behandeln. Namentlich ging es um die folgenden Punkte:



- Kosten und Finanzierung (Umbau der Räume, Personalausstattung, Personaldotation)
- Konzept, Aufnahmekriterien, Einbezug der Angehörigen
- Spezifische Ausbildung des Personals
- Anpassung der Personaldotation
- Medizinische Aufsicht (in Zusammenarbeit mit dem Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit)

Das von der Résidence des Chênes unterbreitete Konzept war am 12. Juli 2005 von der GSD gutgeheissen worden. Das Projekt wurde 2006 verwirklicht, und am 1. Mai 2007 öffnete die Abteilung ihre Pforten.

Die Abteilung beherbergt 12 Personen, die an einer schweren Demenz leiden. Diese verfügen über Einzelzimmer, und die bauliche Gestaltung wird ihrer Krankheit gerecht. Der Innenraum und der gesicherte Garten erlauben genügend Bewegungsfreiheit. Das Personal ist für die Begleitung Demenzkranker ausgebildet und die therapeutischen und Freizeitaktivitäten werden den Bedürfnissen dieser Patientinnen und Patienten gerecht.

Das Pilotprojekt soll im Auftrag der GSD ausgewertet werden. Leider konnte die Evaluation nicht im Jahr 2008 stattfinden, weil es schwierig ist, hierfür Sachverständige zu finden, die sowohl die verschiedenen Kompetenzen zur Beurteilung der Pflegeleistungen und des Managements haben als auch mit der spezifischen Situation unseres Kantons vertraut sind. Für die Durchführung dieser Evaluation in nützlicher Frist bedarf es 2009 weiterer Bemühungen.

#### 4.6 Prävention der Misshandlung Betagter

Die Website des KAA enthält Informationen zum Thema Misshandlung Betagter und über die Mittel der Prävention. Diese Informationen richten sich sowohl an die Öffentlichkeit als auch an die Pflegefachleute. Das Ziel besteht nicht nur in einer allgemeinen Sensibilisierung für dieses Problem, sondern auch darin, Wege aufzuzeigen, wie den verschiedenen Formen der Misshandlung vorgebeugt werden kann und was zu tun ist, wenn jemand in irgendeiner Weise von einer Situation der Misshandlung betroffen ist.

#### 4.7 Weitere Tätigkeiten im Altersbereich

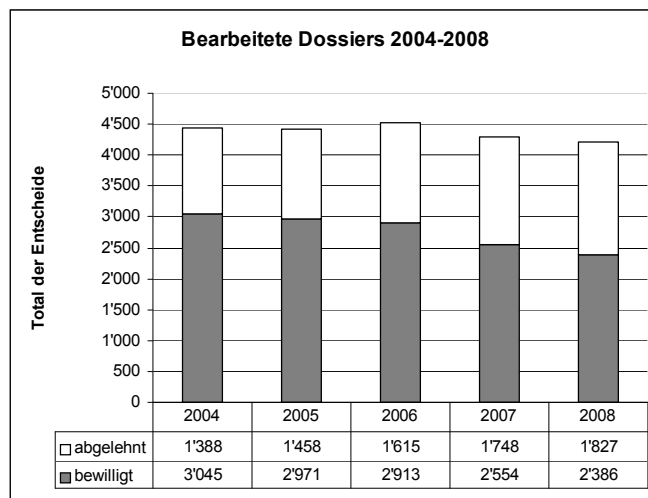
Das Kantonsarztamt wurde vom Sozialvorsorgeamt im Rahmen der Ausarbeitung des Entwurfs für das Gesamtkonzept zugunsten älterer Menschen befragt. Dieses Vorhaben ist für das KAA von grösstem Interesse.

Das Amt beteiligte sich an verschiedenen Informationstagen zum Thema ältere Menschen: **spirituelle Begleitung** in den Freiburger Heimen, ein von der Vereinigung Freiburgischer Alterseinrichtungen und der «Pastorale cantonale de la santé» organisierter öffentlicher Vortrag; **Suizidprävention** bei Betagten, eine interdisziplinäre Veranstaltung, organisiert vom Verein Suizidprävention Freiburg, der Vereinigung Freiburgischer Alterseinrichtungen sowie dem Spitex-Verband Freiburg.

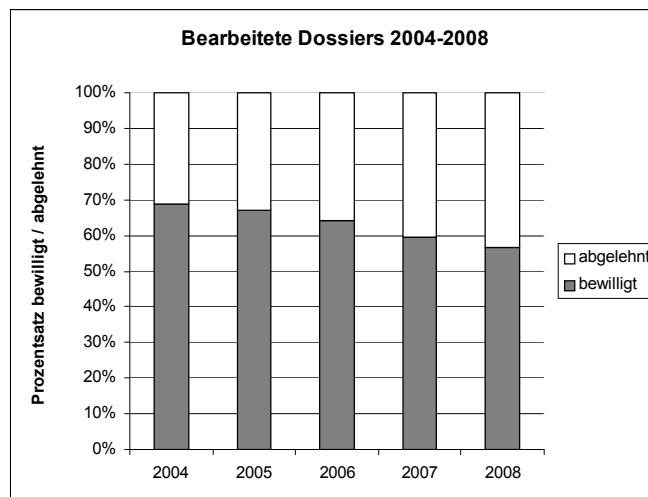
#### 4.8 Ausserkantonale Spitalaufenthalte

2008 bearbeitete das Kantonsarztamt insgesamt 4213 Kostengutsprache gesuche für ausserkantonale Spitalaufenthalte; davon wurden 2386 (57%) bewilligt und 1827 (43%) abgelehnt.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Gesamtzahl der Fälle relativ konstant (s. Grafik 1). Hingegen ist eine konstante leichte Zunahme der Ablehnungen festzustellen (s. Grafik 2).



Graphik 1: Gesamtzahl der Entscheide seit 2004 bis 2008



Graphik 2: Prozentsatz bewilligt/abgelehnt 2004 bis 2008

Die Bearbeitung der ausserkantonalen Spitalaufenthalte bedeutet einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Eine halbe Sekretärinnenstelle ist für die Verwaltung der Dossiers bestimmt und rund 10% einer Arztstelle sind den Entscheiden über die Gesuche und der Bearbeitung von Wiedererwägungsgesuchen und von Beschwerden vorbehalten.

Die getroffenen Entscheide beruhen auf dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG), das den Handlungsspielraum des Kantonsarztes stark einschränkt. Obwohl das KAA auf jeden einzelnen Fall ein-

geht und allergrössten Respekt hat für die menschliche Tragödie, zu der eine Krankheit führen kann, kann der Wohnkanton die Übernahme der Kosten für einen ausserkantonalen Spitalaufenthalt nur dann garantieren, wenn es sich um eine im Wohnkanton der betroffenen Person nicht verfügbare medizinische Leistung oder um einen ausserhalb des Kantons eingetretenen Notfall handelt, bei dem eine Rückkehr in den Wohnkanton nicht möglich ist.

Leider sind viele Personen nicht genügend über die gesetzlichen Bestimmungen informiert, was oftmals zu Verwirrung und Komplikationen führt, die eigentlich vermeidbar wären. Dies erklärt auch den enormen zusätzlichen Arbeitsaufwand, für den es keine einfachen Lösungen gibt. Nachfolgend ein paar Beispiele zur Veranschaulichung:

- Das KAA erhält von einem ausserkantonalen Spital ein Zahlungsgutsprachege such, auf dem weder die Dringlichkeit noch die Leistung ersichtlich ist. Und auch wenn ein Vermerk auf Notfall besteht, fehlen oftmals die Informationen über sein Eintreffen. Fragt das KAA schliesslich nach genaueren Angaben, stellt sich oft heraus, dass der Unfall eigentlich im Wohnkanton passiert ist.
- Das Formular mit dem Zahlungsgutsprachege such ist nicht lesbar und/oder die Angaben zur Diagnose und zum vorgesehenen Eingriff sind nicht präzise genug oder aber sie fehlen gänzlich. Es kann vorkommen, dass das Spital für einen Viertel der Formulare, manchmal sogar für einen Drittel zusätzliche Informationen einholen muss, und dies bei einem Durchschnitt von rund zwanzig Dossiers pro Tag!
- Das Zahlungsgutsprachege such wird dem KAA zu spät zugestellt, manchmal erst nach dem stationären Eingriff oder sogar erst, nachdem die Patientin oder der Patient das Spital bereits wieder verlassen hat, obwohl der Spitalaufenthalt eigentlich schon lange im Voraus geplant worden war.
- Die Patientinnen und Patienten kennen offenbar ihren Versicherungsstatus nicht und entscheiden sich aus praktischen (oder anderen) Gründen für einen ausserkantonalen Spitalaufenthalt, obwohl sie gar keine entsprechende Zusatzversicherung haben (schweizweite, halbprivate oder private).
- Ganz oft erhält das KAA auch beleidigende Telefonanrufe oder Briefe, weil die Patientinnen und Patienten denken, dass die Ablehnung des Zahlungsgutsprachege suchs mit den Kosten des Spitalaufenthaltes an sich zu tun hat, dabei geht es nur um den kantonalen Beitrag an den Tarifunterschied zwischen Personen, die im Kanton wohnhaft sind und solchen, die nicht im Kanton wohnhaft sind, wenn keine Zusatzversicherung abgeschlossen wurde.

Angesichts dieser regelmässig anzutreffenden Probleme plant das KAA, sowohl die Spitäler des Kantons Freiburg als auch die ausserkantonalen Spitäler mit einem Rundschreiben an ihre Pflicht zu erinnern, die

Zahlungsgutsprachege suchs so schnell wie möglich und mit allen notwendigen und verlangten Angaben zu schicken. Ausserdem soll bei der kommenden Genehmigung der Negativliste der Leistungen, die in keinem Spital des Kantons erteilt werden können, eine grosse Informationskampagne durchgeführt werden. Auch die bevorstehende Revision wird diese Problematik wohl nicht vereinfachen.

## 5. Information und Koordination

Die zahlreichen Informationstätigkeiten im Rahmen der im Bericht aufgeführten Projekte und die erteilten Auskünfte betrafen unter anderem die folgenden, sehr unterschiedlichen Themen:

- Impfprogramm gegen HPV
- Masernepidemie
- Passivrauchen
- Kopfläuse
- Laserdrucker und Gesundheit am Arbeitsplatz
- Leichentransport mit Ambulanzen
- Heimschaffung verwester Leichen
- Fahrtüchtigkeit
- Kontrollierter Alkoholkonsum
- Vergütung von Arzneimittelbehandlungen «off-label-use» durch die Versicherer

### 5.1 Statistik

Das KAA sammelte und überprüfte die Daten der jährlichen medizinischen Statistik der Spitäler des Kantons und leitete sie an das Bundesamt für Statistik weiter.

Die auf den Fichen für präklinische Einsätze IVR (Interverband für Rettungswesen) basierende Statistik über die Einsätze der Ambulanzdienste befindet sich zurzeit in einer Übergangsphase. Die bis zu diesem Jahr verwendete Software ermöglicht keine elektronische Datenübermittlung an das KAA. 2009 werden die Ambulanzdienste eine neue Software benutzen, mit der die Daten aus diesem Bereich künftig zentralisiert werden können.

## 6. Austausch und Zusammenarbeit

### 6.1 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Ausserhalb der unter anderen Punkten aufgeführten Tätigkeiten wirkten die Mitarbeitenden des Amtes in zahlreichen Kommissionen und Arbeitsgruppen mit, u. a. in den folgenden:

- Kantonale Kommission für Gesundheitsplanung
- Ständige Kommission für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Kantonsverwaltung
- Beratende Kommission für Pflegeheime für Betagte
- Expertenkommission für Pflegeheime für Betagte
- Kommission des GRSP («groupement romand des services de santé publique») für präklinische Gesundheitsversorgung

- Eidgenössische Kommission für Tabakprävention
- Wissenschaftlicher Ausschuss des Krebsregisters
- Steuerungsausschuss des Programms für die Brustkrebs-Früherkennung

### 6.1.1 Gesetzesentwurf über die Ausübung der Prostitution

Im Gefolge parlamentarischer Vorstösse beauftragte der Grosse Rat die Sicherheits- und Justizdirektion (SJD) mit der Ausarbeitung eines Gesetzestextes. Dieser soll nach den Wünschen des Staatsrates namentlich auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der sich prostituierenden Personen hinzielen, auf eine Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen, unter denen sie ihren Beruf ausüben müssen, und auf den sozialen Schutz der schwächsten unter ihnen. Bisher verfügt der Kanton Freiburg über keine spezifische Gesetzgebung über die Ausübung der Prostitution.

Das KAA beteiligte sich an den Vorarbeiten für diesen Gesetzesentwurf. Damit trug es nicht nur zur Berücksichtigung des gesundheitlichen, sondern auch des sozialen und menschlichen Aspekts bei, um sowohl die Sexarbeiterinnen als auch die Bevölkerung zu schützen.

### 6.1.2 Mit dioxinähnlichen PCB (cPCB) kontaminierte Fische

Im Jahr 2007 musste der Staatsrat das Fischen in bestimmten Gewässerabschnitten des Kantons verbieten, nachdem erste Analysen cPCB-Gehalte über den Grenzwerten der Europäischen Union ergeben hatten.

Mit den Ergebnissen weiterer Untersuchungen von Fischen auf cPCB, die 2008 durchgeführt wurden, konnten die Fischereiverbote für das folgende Jahr für einen grossen Teil der für die Fischerei gesperrten Sektoren aufgehoben werden. Unter Berücksichtigung sämtlicher cPCB-Werte der bisher untersuchten Fische und des Berichts einer Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bundes und mehrerer Kantone (darunter der Kanton Freiburg, vertreten durch das Amt für Wald, Wild und Fischerei und das Kantonsarztamt) wurden vom Kantonschemiker und vom Kantonsarzt in Zusammenarbeit mit dem Verantwortlichen für Fischerei und Naturschutz im Wald (Amt für Wald, Wild und Fischerei) Empfehlungen zum Konsum der Fische ausgearbeitet. Diese Empfehlungen gingen als Anhang zum Reglement über die Ausübung der Patentfischerei im Jahr 2009, das sie zusammen mit ihren Patenten erhielten, an die Fischer und zielen auf den Gesundheitsschutz der Konsumentinnen und Konsumenten dieser Fische hin.

### 6.2 Stellungnahmen im Rahmen kantonaler und eidgenössischer Vernehmlassungen

Das Kantonsarztamt nahm namentlich zu den folgenden Themen Stellung:

- Verlängerung der Bewilligung zum Betrieb eines Kernkraftwerks auf unbestimmte Zeit

- Totalrevision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)
- Neues Bundesgesetz über die Prävention und Gesundheitsförderung und neues Bundesgesetz über das Schweizerische Institut für Prävention und Gesundheitsförderung

## IV. SCHULZAHNPFLEGEDIENST

### 1. Aufgaben

Der Schulzahnpflegedienst wendet sich in erster Linie an Kinder im schulpflichtigen Alter. Seine Aufgaben bestehen in der Förderung der Mund- und Zahnhygiene, der Bekämpfung von Karies und Parodontitis und der Korrektur von Missbildungen des Gebisses.

Geleitet wird der Schulzahnpflegedienst vom Dienstchef Jean-Claude Meylan.

### 2. Tätigkeit

Für die Wahrnehmung seiner Aufgaben unterteilt sich der Dienst in drei Sektionen:

#### 2.1 Prophylaxe

Die Schulzahnpflegerinnen unterweisen die Kinder des Kantons im Kindergarten- und Primarschulalter praktisch und theoretisch in Zahnhygiene. Vom Kindergarten bis zur 6. Primarschulklasse wird jede Klasse in der Regel einmal jährlich besucht. 2008 musste der Dienst erneut für die Prophylaxe-Unterweisung in Romont einspringen, die bis Ende 2007 von der Gemeinde sichergestellt worden war. Wegen des stetigen Anstiegs der Anzahl Klassen und Schüler brauchen die beiden Schulzahnpflegerinnen derzeit rund 19 Monate, um sämtliche Kinder des Kantons einmal zu besuchen. Damit die Schülerinnen und Schüler das Gelernte in die Praxis umsetzen können, gibt der Dienst präventiv und unentgeltlich an jedes Kind eine Zahnbürste und didaktisches Material ab. Die Schulzahnpflegerinnen besuchten 803 Klassen und unterwiesen 14 122 Kinder.

Dank der Prophylaxetätigkeit des Dienstes und der regelmässigen Kontrolle durch den Schulzahnarzt tritt Karies bei den Kindern im Schulalter immer seltener auf. Hingegen ist Jahr für Jahr eine sehr beunruhigende Zunahme von Karies bei Kleinkindern festzustellen. Künftig wäre es sehr wünschenswert, dass auch die Eltern von Kindern im Vorschulalter für die Bedeutung einer guten Zahnhygiene sensibilisiert werden. Die Einführung eines zweiten Kindergartenjahres wird einer Verbesserung der Situation gewiss dienlich sein.

#### 2.2 Zahnkontrolle und -behandlungen

Der Dienst stellt den Kindern im schulpflichtigen Alter eine Infrastruktur für die Kontrolle und, wenn nötig, für die Behandlung ihres Gebisses bereit. Er verfügt nach

wie vor über vier mobile Zahnkliniken, von denen zwei ausschliesslich für Kontrolluntersuchungen benützt werden, sowie über acht ortsfeste Kliniken.

Die Kliniken des Dienstes sind während der Schulzeiten in Betrieb, das heisst, sie schliessen während der Ferien. Die mobilen Kliniken suchen alle Gemeinden des Kantons auf, die keinen Schulzahnarzt haben.

2008 war für den Dienst ein Jahr grosser Veränderungen: Angesichts seiner finanziellen Lage und verschiedener chronischer Rückstände bei den Kontrollen erwies sich eine gründliche Untersuchung des Dienstes als notwendig. Diese erfolgte im Laufe des Frühjahrs durch einen externen Sachverständigen. Im Oktober stellte der Dienst vorübergehend einen Zahnarzt und eine weitere Zahnarzthilfsfachkraft an, um den Rückstand im Greyerz- und im Vivisbachbezirk aufzuholen. Ebenfalls im Oktober hat der Dienst angefangen, die Kliniken neu zu organisieren. Alle anderen Kliniken konnten die vorrangigen Ziele 2007, alle Kinder des Kantons innerhalb von 12 bis 18 Monaten zu kontrollieren und zu behandeln, einhalten. Ausserdem wurde sowohl auf der administrativen als auch auf der operationellen Ebene eine weitgehende Neuorganisation des Dienstes vorgenommen, um die Pflegeleistungen zu verbessern und eine höhere Wirtschaftlichkeit zu erzielen.

Mit Zufriedenheit ist darauf hinzuweisen, dass die verschiedenen Restrukturierungen Jahr für Jahr zu einem erfreulichen Anstieg der Patientenzahl geführt haben. Im Bereich der öffentlichen Gesundheit ist ferner ein signifikanter Kariesrückgang festzustellen, der auf die regelmässigen Kontrollen in den einzelnen Gemeinden

zurückzuführen ist. Dieser geht gleichzeitig aber auch mit einem Rückgang der Einnahmen einher.

2006 hatten die Kliniken von Marly und Villars-sur-Glâne die Kinder nach WHO-Kriterien kontrolliert und behandelt. Die dabei gesammelten Daten ermöglichten eine Vergleichsstudie über die Entwicklung von Karies in 30 Gemeinden des Kantons. Diese Studie wurde im Lauf des Jahres 2008 veröffentlicht.

Die Anzahl Fahrten der mobilen Kliniken blieb stabil. Von 111 im Jahr 2000 ging sie auf 69 im Jahr 2001, 64 im Jahr 2002, 36 im Jahr 2003 und 34 im Jahr 2004 zurück. Danach stieg sie wieder leicht an: 45 im Jahr 2005, 49 im Jahr 2006, 51 im Jahr 2007 und 54 im Jahr 2008.

2008 kontrollierte der Schulzahnpflegedienst 9001 Kinder, von denen 7850 eine fachgerechte Behandlung erhielten.

### 2.3 Kieferorthopädische Behandlungen

Die kieferorthopädischen Kliniken im Pérolles 23 in Freiburg und im Kollegium des Südens in Bulle sind auf die Behandlung dentofazialer Missbildungen spezialisiert.

Dank einer relativ stabilen Konjunktur stieg die Zahl von Patientinnen und Patienten, die eine kieferorthopädische Behandlung wünschen, 2008 leicht an. Der Dienst hat keine Warteliste mehr und jeder neuen Nachfrage kann innert vernünftiger Frist entsprochen werden. 2008 nahmen die kieferorthopädischen Kliniken 409 neue Patientinnen und Patienten auf. Ihre Umsatzziffer beläuft sich auf 1 905 133 Franken. Bei 10 427 Kontrollen wurden 1942 Kinder behandelt.

Kliniken	Beschäftigungsgrad	Kinder, die die Möglichkeit hatten, die Schulzahnklinik zu beanspruchen	In der Schulzahnklinik kontrollierte Kinder	In der Schulzahnklinik behandelte Kinder	In der Schulzahnklinik kontrollierte und privat behandelte Kinder	Privat kontrollierte und behandelte Kinder (mit Bestätigung)	Total der Rechnungen	In der Schulzahnklinik kontrollierte und behandelte Kinder	Notwendige Zeit, um das Programm durchzuführen
Buissonnets	85 %	1859	1076	872	191	783	180 145.90	57,88 %	12 Monate
Freiburg	95 %	2551	1575	1444	130	976	315 215.00	61,74 %	12 Monate
Nr. 2 / Vivisbach (ab 1.10.2008)	100 %	471	264	200	64	207	24 639.10	56,05 %	
Romont / Glâne	85 %	2291	1329	1186	23	962	208 654.65	58,01 %	18 Monate
Nr. 3 Saane	85 %	2172	489	444	45	1683	84 938.05	22,51 %	16 Monate
Nr. 4 Vudalla Bulle/Greyerz	85 %	1436	480	329	86	956	97 361.10	33,43 %	30 Monate
Nr. 5 Broye	85 %	1487	732	655	77	755	99 230.60	49,23 %	13 Monate
Nr. 8 Marly, Do/Fr	34 %	2150	737	726	11	1413	94 018.20	34,28 %	12 Monate
Nr. 9 Villars-sur-Glâne, Mo/Di	34 %	732	689	594	95	43	112 765.70	94,13 %	15 Monate
Nr. 10 Collège du Sud Bulle / Greyerz	85 %	2597	1078	999	69	1519	179 351.50	41,51 %	14 Monate
Nr. 11 Düdingen, Mi/Do/Fr	51 %	2480	552	401	148	1928	66 949.65	22,26 %	12 Monate
<b>Total</b>		<b>20 226</b>	<b>9001</b>	<b>7850</b>	<b>939</b>	<b>11 225</b>	<b>1 463 269.45</b>	<b>44,50 %</b>	

## V. DIENST FÜR FAMILIENPLANUNG UND SEXUALINFORMATION

### 1. Aufgaben

Der Dienst für Familienplanung und Sexualinformation hat zur Aufgabe, präventiv und fördernd auf die sexuelle, affektive und reproduktive Gesundheit im Kanton einzuwirken. Er bietet jeder Person auf Verlangen Information und Erziehung, Unterstützung und Begleitung sowie Orientierung in Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Der Dienst umfasst zwei komplementär tätige Sektoren: die Sexualinformation und die Familienplanung. Er befindet sich in Freiburg und verfügt ausserdem über zwei Informations- und Beratungszweigstellen, von denen sich die eine in den Räumen des «Réseau santé Gruyère» in Bulle, die andere im HFR Meyriez-Murten befindet.

Geleitet wird der Dienst von der Dienstchefin Marie Perriard.

### 2. Tätigkeit

Der Dienst nimmt die Aufgaben wahr, die in Verbindung mit der Sexualerziehung, der Verhütung ungewollter Schwangerschaften, der Prävention sexueller übertragbarer Krankheiten und von HIV/Aids, der Prävention von sexueller Ausbeutung und Misshandlung stehen. Die ärztlichen Sprechstunden werden an zwei Tagen pro Woche (12 Stunden) von einem Assistenzarzt der gynäkologischen Abteilung des HFR Freiburg-Kantonsspital unter der Verantwortung von Professor David Stucki wahrgenommen. Seit mehreren Jahren steigt die Zahl der Telefongespräche mit Personen, die auf der Suche nach Beratung und Informationen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit sind. Mit der Eröffnung einer Website im Jahr 2008 können solche Anfragen ein Stück weit beantwortet werden. Die Website bietet Informationen über den Dienst und seine Leistungen sowie zu verschiedenen Themen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Dank einer von zwei Beraterinnen verwalteten E-Mail-Adresse können Klientinnen und Klienten sich ausserdem individuell informieren und beraten lassen.

#### 2.1 Familienplanung und Schwangerschaftsberatung

Entsprechend seinem Auftrag in der Prävention und der Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit entsprach der Dienst der Nachfrage von Einzelpersonen, Paaren und Gruppen in Bezug auf Fragen der sexuellen Gesundheit, des Gefühlslebens und der Schwangerschaft. 2008 führte der Dienst 1949 Gespräche, die sich wie folgt aufteilen: 43% betrafen die Empfängnisverhütung, 23% die Schwangerschaft, 32% sexuell übertragbare Krankheiten und HIV/Aids und 2% andere Aspekte der sexuellen Gesundheit. 56% der Klientinnen und Klienten waren unter 20 Jahre und von

diesen wiederum 17% unter 16 Jahre alt. Der Anteil Jugendlicher unter 16 Jahren ist 2008 erneut gestiegen (2007: 15%, 2006: 13%). 66% waren schweizerischer, 34% ausländischer Staatsangehörigkeit. Der Dienst empfängt auch Gruppen, die sich aus Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Lernenden zusammensetzen (2008: 29 Gruppen, davon 10 deutschsprachige).

In Anwendung des Bundesgesetzes vom 9. Oktober 1981 über die Schwangerschaftsberatungsstellen bietet der Dienst auf Wunsch Gespräche an. Diese gelten unter anderem der Information über die private und öffentliche Hilfe, auf die schwangere Frauen bei Fortsetzung der Schwangerschaft zählen können. Er bietet Gespräche an, die der Klärung, Beratung und Unterstützung im Fall einer schwierigen Schwangerschaft dienen, und arbeitet mit der Vertrauenshebamme des HFR Freiburg-Kantonsspital zusammen. 2008 führte der Dienst 335 Gespräche; davon betrafen 89 ein Gesuch um Schwangerschaftsabbruch.

Zur Förderung der freiwilligen HIV-Beratung und der Durchführung von Tests nach den Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) bietet der Dienst in Freiburg und Bulle die Möglichkeit der Durchführung anonymen Aids-Tests an, denen ein Beratungsgespräch folgt. Seit Dezember 2007 verwendet der Dienst parallel zum serologischen Test einen Schnelltest; dieser bietet den Vorteil, dass das Ergebnis gleich anschliessend mitgeteilt werden kann, ohne dass ein weiterer Gesprächstermin vereinbart werden muss. Einzige Voraussetzung für diesen Schnelltest: Vor dem Test müssen drei Monate seit einem allfälligen Infektionsrisiko verstrichen sein. 2008 stieg die Nachfrage nach HIV-Tests, wobei sich die Mehrheit der Personen für den Schnelltest entschied. Von 429 durchgeführten Tests waren 402 Schnelltests (326 in Freiburg, 76 in Bulle).

#### 2.2 Kurse, Einsätze und Formen der Zusammenarbeit

Der Dienst wird für verschiedene Kurse und Einsätze herangezogen; dieser Teil der Beraterintätigkeit ist ebenfalls angestiegen. 2008 wurden Kurse im Rahmen der Ausbildung von künftigen Pflegefachpersonen, Fachangestellten Gesundheit, Lehrpersonen und weitere auf Anfrage von Vereinigungen erteilt. Eine Beraterin leitete anlässlich einer von Planes (Schweizerische Stiftung für sexuelle und reproduktive Gesundheit) organisierten schweizerischen Tagung einen Workshop über HIV-Tests. Der Freiburgerische Hebammenverband ersuchte den Dienst, an seiner Generalversammlung über Empfängnisverhütung zu sprechen. Im Rahmen der Festlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen des Frauenraums moderierte eine Beraterin einen Abend zum Thema weibliches Verlangen. Im Greyerzbezirk ersuchte die Hotelfachschule von Glion den Dienst um Kurse zur Prävention und zur Förderung der sexuellen Gesundheit. In Zusammenarbeit mit der Schulpsychologin organisierte die Beraterin von Bulle vier Einsätze

für insgesamt 239 Schülerinnen und Schüler. Ebenfalls in Bulle stellte die Beraterin den Dienst an der Fachmittelschule vor. Auf Anfrage der Orientierungsschule Jolimont (deutschsprachige Abteilung) beteiligte sich eine Beraterin an einem Projekt zum Thema «Freundschaft, Liebe, Sexualität», das vom 2. bis zum 6. Juni 2008 lief. Im Rahmen der Veranstaltungen zum Welt-Aids-Tag sprachen die Beraterinnen in den Sprachlernklassen des Frauenraums über die HIV/Aids-Prävention. Die Verantwortliche des Dienstes beteiligte sich an der Diskussion über das Projekt eines interkantonalen Familienplanungszentrums in der Broyerregion.

Der Dienst arbeitet mit weiteren Fachleuten aus dem medizinischen, sozialen und pädagogischen Bereich zusammen, namentlich mit den Freiburger Spitälern, den Gynäkologinnen und Gynäkologen, den Apothekerinnen und Apothekern, dem Psychosozialen Zentrum, dem Jugendamt, dem Frauenraum, der Stiftung für Frau und Kind «Aux Etangs» und der Stiftung «Passerelle» in Bulle sowie der ORS Service AG (für die Asylsuchenden). Er hat regelmässige Kontakte mit «Empreinte» (Fragen in Verbindung mit HIV/Aids), mit Fri-Santé (für bedürftige Personen), mit Grisélidis (für Prostituierte). Er unterhält eine nachhaltige Zusammenarbeit mit den Erzieherinnen und Erziehern von Heimen und Institutionen für Jugendliche, wie etwa Seedorf, Time Out, «La Traversée», Transit, «Les Peupliers». Er wirkt in verschiedenen Gruppierungen von Gesundheits- und Präventionsfachleuten mit, wie etwa im «Groupement de promotion, de prévention et d'éducation à la santé du canton de Fribourg» (GES), im «Groupement de coordination du Réseau Santé Gruyère», im «Groupement fribourgeois Coordination Sida» und im Verein Sozialtätige Deutschfreiburg (VSD). Die Beraterinnen nahmen an der Fortbildung teil, die vom Schweizerischen Verband der Familienberaterinnen («Association suisse des conseillères en planning familial», ASCPF) organisiert wird, und an einer von Planes organisierten Tagung zur psychosozialen Beratung im Bereich pränataler Untersuchungen.

### 2.3 Sexualinformation

Aus den Zahlen 2008 geht ein Anstieg der Anzahl Einsätze in den französischsprachigen Orientierungsschulklassen (OS) hervor. Dies ist auf die Entwicklung der Sexualinformation in den OS Bulle und La Tour-de-Trême zurückzuführen. Die betroffenen Jugendlichen erhielten Lektionen zur Sexualinformation und zwar in vier Abschnitten, in denen auch eine Diskussion und persönliche Überlegungen Platz hatten. Im deutschsprachigen Raum hatte der Dienst nur einen Einsatz (OS Jaun). Zusätzlich zur Organisation der regelmässigen Tätigkeit in den Schulen trat die Verantwortliche des Sektors mehrmals auf, um die Arbeit der Sexualpädagogik bekannt zu machen. In Biel moderierte sie einen Workshop anlässlich des Seminars «Jugendsexualität im Lauf der Zeit», das von der eidgenössischen Kommission für Kinder- und

Jugendfragen organisiert wurde. Ausserdem sprach sie bei einem Treffen der kantonalen Koordination für die Hilfe an Opfer von Straftaten. Des Weiteren leistete sie einen Beitrag zur Pilotausbildung von ersten Ansprechpersonen in Situationen der Misshandlung und sexuellen Ausbeutung, dies in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Gesundheit Freiburg, im Rahmen des Projektes «Réfèrent Maltraitance» der Stiftung Charlotte Olivier zur Prävention von Kindesmisshandlung im Kanton Freiburg, die in Verbindung mit der GSD steht. Eine Sexualpädagogin leitete in Luzern einen Workshop am schweizerischen Kongress über die Sexualerziehung in den Schweizer Schulen.

Der Dienst sprang in mehreren schwierigen Fällen von sexueller Ausbeutung unter Minderjährigen ein, indem er sich sowohl mit den Eltern und Lehrpersonen als auch mit den Kindern der betroffenen Schulen befasste. Die Verantwortliche erhielt ein Mandat des Friedensgerichts für eine Nachbeurteilung von Kindern, die sexuelle Gewalt erlitten haben. In einem Fall, der mit Sexualität zu tun hat, arbeitete der Dienst auch mit dem Büro für Mediation in Jugendstrafsachen zusammen. Der Dienst arbeitet nachhaltig mit dem GRIMABU zusammen (freiburgische interprofessionelle Arbeitsgruppe für die Bekämpfung der Misshandlung und sexuellen Ausbeutung von Kindern). Die Sexualpädagoginnen und -pädagogen nahmen an der von ARTANES («Association romande et tessinoise des formateurs et formatrices en santé sexuelle et reproductive») organisierten Fortbildung teil. Seit Schuljahresbeginn 2008 zentriert sich die Fortbildung der Sexualpädagoginnen und -pädagogen auf die Zusammenarbeit mit Fachleuten, wie etwa den Schulärztinnen und Schulärzten, den OHG-Instanzen, der Polizei und dem Büro für Mediation in Jugendstrafsachen.

## 3. Statistik

### 3.1 Konsultationen der Beraterinnen für Familienplanung

Einzel- und Paargespräche		1878
Gruppengespräche		71
	Französisch	83%
	Deutsch	14%
	Englisch	2%
	Andere	1%

Telefongespräche		4802
Ärztliche Konsultationen		1333

<i>Nationalität</i>		
Schweiz		66%
Ausland		34%

Wohnort		
Stadt Freiburg		35%
Saane-Land		27%
Sensebezirk		8%
Greyerzbezirk		10%
Seebezirk		2%
Glanebezirk		3%
Broyebezirk		5%
Vivisbachbezirk		1%
Andere Kantone		4%
Unbekannt		5%

### 3.2 Einsätze der Sexualpädagoginnen

Einsatzart		
Einsätze in Schulklassen		2793 Stunden
Elternabende		89 Abende
Telefongespräche		463

Schulstufe der Teilnehmenden		
OS-Schüler/innen und Lernende		22%
Kindergarten und Primarschule		72%
Sonderschulklassen		6%

Anzahl besuchter Klassen		
Kindergärten, 1. und 2. Primarschulklassen (Prävention sexueller Ausbeutung)		248 Klassen
	Französisch	192 Klassen
	Deutsch	56 Klassen
Primarschulklassen, 3. bis 6. Klasse (Sexualinformation)		283 Klassen
	Französisch	210 Klassen
	Deutsch	73 Klassen
Orientierungsschulklassen (Sexualinformation)		135 Klassen
	Französisch	133 Klassen
	Deutsch	2 Klassen
Berufsschulklassen (HIV/Aids-Prävention)		26 Klassen
	Französisch	22 Klassen
	Deutsch	4 Klassen
Andere Institutionen		38 Klassen
	Französisch	31 Klassen
	Deutsch	7 Klassen

## VI. SOZIALVORSORGEAMT

### 1. Aufgaben

Das Sozialvorsorgeamt ist mit der Umsetzung der kantonalen Politik zugunsten behinderter oder gefährdeter Personen betraut. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit und dem Kantonsarztamt versieht es auch die Aufgaben des Staates im Bereich der Pflegeheime für Betagte.

Geleitet wird das Amt von der Vorsteherin Maryse Aebischer.

#### 1.1 Sektor Sondereinrichtungen

Der Sektor Sondereinrichtungen für behinderte oder gefährdete Personen befasst sich hauptsächlich mit der Subventionierung der Heime und Werkstätten für Personen mit einer geistigen, körperlichen, psychischen oder sensorischen Behinderung. Diese Tätigkeit erstreckt sich auch auf Einrichtungen für die Aufnahme von Personen mit Suchtproblemen sowie auf die Erziehungsheime für Minderjährige und die professionellen Pflegefamilien. Der Sektor plant ausserdem den Platzbedarf in diesen Einrichtungen und kontrolliert ihre Tätigkeit. Als Verbindungsstelle im Sinne der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) befasst es sich schliesslich mit der Finanzierung ausserkantonaler Unterbringungen.

#### 1.2 Sektor Pflegeheime

Der Sektor Pflegeheime befasst sich mit der Bettenplanung in den Pflegeheimen und der Finanzierung der Betreuungskosten von Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohnern sowie mit der Kontrolle der Dotationen mit Pflege- und Betreuungspersonal. Ausserdem ist er vom Staatsrat mit der Umsetzung der neuen Freiburger Verfassungsartikel über ältere Menschen betraut.

## 2 Tätigkeit

### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 2.1.1 Sektor Sondereinrichtungen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern sich im Sektor Sondereinrichtungen um die Aufgaben im Zusammenhang mit der Finanzierung der Sondereinrichtungen und der professionellen Pflegefamilien. Im Rahmen des alljährlichen Voranschlagsverfahrens kontrollieren sie die Betriebs- Investitionsbudgets und besprechen sie mit den Verantwortlichen der Institutionen. In diesem Zusammenhang beurteilen sie in Zusammenarbeit mit der Sonderheiminspektorin (0,5 Vollzeitstellen) neue Projekte und die Anträge auf neue Stellen. Die Subventionen, die aufgrund der von der GSD genehmigten Budgets berechnet werden, werden den Institutionen in Form von drei Akontozahlungen ausgerichtet, die 80% der Budgets entsprechen. Die Endabrechnungen und die Berechnung des endgültigen Beitrags zulasten der öffentlichen Hand erfolgen aufgrund

der Geschäftsrechnungen, die von den Revisionsorganen der Institutionen geprüft worden sind.

Die Planung der nötigen Plätze in den Heimen und Werkstätten bezweckt die Deckung des Bedarfs behinderter Personen und stützt sich hauptsächlich auf die Erfassung minderjähriger Behinderter in einer Sonderschulung und der Erwachsenen, die eine Rente der Invalidenversicherung (IV) beziehen und im Heim leben und/oder in einer geschützten Werkstätte arbeiten. Grundlage dafür sind die Daten, die bei den Institutionen eingeholt werden. Die Datenerhebung wird von der Sonderheiminspektorin geleitet; daraus sind spezifiziert die Art und die Schwere der Behinderung, die Muttersprache und der Wohnsitz der behinderten Person. Aufgrund der erfassten Daten vergleicht die Inspektorin die in den Einrichtungen für Erwachsene verfügbaren Plätze mit den Plätzen, die nach dem festgestellten Bedarf nötig sind. Nach Absprache mit den Einrichtungen wird der beratenden Kommission für die Unterstützung und Begleitung behinderter und gefährdeter Personen eine Planung unterbreitet. Die Kommission nimmt zuhanden der GSD Stellung zur Anzahl neuer Plätze und zu neuen Projekten.

Die Sonderheiminspektorin wird regelmässig ersucht, Personen jenen Einrichtungen zuzuweisen, die sich am besten für ihre Bedürfnisse eignen. Diese Netzwerkarbeit beinhaltet häufig die Suche nach innovativen Lösungen in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren der betroffenen Kreise.

Die Aufgaben der Verbindungsstelle werden von zwei Personen in diesem Sektor wahrgenommen (1,0 Vollzeitstellen). Sie bestimmen sich nach der IVSE; diese hat namentlich zum Zweck, die Finanzierung der Leistungen für Personen, die des Aufenthalts in einer Institution ausserhalb des Kantons bedürfen, sicherzustellen. Für Unterbringungen ausserhalb des Kantons muss eine Kostenübernahmegarantie beantragt werden. Die Anträge werden an die Verbindungsstelle geschickt, und bevor diese in die Finanzierung des Aufenthalts einwilligt, kontrolliert sie, ob die einschlägigen gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind, den Tagespreis sowie die Eigenbeteiligung der Person. Die Verbindungsstelle verwaltet die Dossiers der ausserkantonale untergebrachten Personen und behandelt auch die Streitfälle, die zwischen Kantonen, Institutionen und unterbringenden Diensten auftreten können.

### 2.1.2 Sektor Pflegeheime

Die Mitarbeitenden des Sektors Pflegeheime befassen sich mit den Aufgaben in Verbindung mit der Finanzierung der Betreuung sowie mit der Subventionierung der Tagesstätten für Betagte.

Für die 46 Pflegeheime des Kantons berechnet der Sektor jeweils den Betreuungspreis; dabei berücksichtigt er namentlich die Dotationen mit Pflege- und Betreuungspersonal, die für jedes Heim je nach dem Pflegebedarfsgrad der beherbergten Personen verlangt werden, sowie

die von den Krankenversicherern bezahlten Pauschalen. Ein System der Preisberichtigung aufgrund der Jahresrechnung gewährleistet die Finanzierung der effektiven Kosten. Erzielt das Heim einen Gewinn, so wird dieser vom Aufwand abgezogen, der für die Berechnung des Preises für das folgende Jahr berücksichtigt wird. Im umgekehrten Fall wird dem Verlust mit einer Erhöhung des berücksichtigten Aufwands Rechnung getragen.

Die Rechnungskontrolle besteht darin, dass die Dotation mit Pflege- und Betreuungspersonal im Verhältnis zu den verrechneten und (im Fall von Spitalaufenthalten) reservierten Tagen überprüft wird. Überprüft werden auch die Gehälter und Lohnnebenkosten anhand der Stellungnahmen des Amtes zu gemeldeten Anstellungen (jährlich durchschnittlich 500 Stellungnahmen). Dieses Personal umfasst mehr als 3000 Personen, die sich auf rund 1700 Vollzeitstellen aufteilen.

Die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Betreuungskosten wird seit 2001 von der kantonalen Ausgleichskasse berechnet. Diese fällt jährlich rund 4000 Entscheide. Das SVA richtet den Pflegeheimen vierteljährliche Akontozahlungen aus, und aufgrund der Entscheide der Ausgleichskasse erstellt es Abrechnungen, die die effektiven Tage jeder im Heim lebenden Person mit Beitragsanspruch berücksichtigen. Am Ende jedes Quartals verrechnet das SVA den Gemeinden den entsprechenden Anteil der Kantonsbeiträge.

Alljährlich berechnet das SVA zuhanden der Bezirkskommissionen für Pflegeheime («Commissions de district en matière d'établissements médico-sociaux», CODEMS) den kantonalen Durchschnitt der Finanzierungskosten. Anhand dieses Durchschnitts können die Finanzierungskosten für den Aufenthalt von Personen in einem Pflegeheim ausserhalb ihres Wohnbezirks unter diesen Kommissionen verrechnet werden.

## 2.2 Haupttätigkeiten während des Jahres

### 2.2.1 Sektor Sondereinrichtungen

Das ganze Jahr 2008 hindurch wurde das SVA stark durch die Arbeiten für die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Anspruch genommen. Nach dem Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) müssen die Kantone bis 2011 ein Konzept aufstellen, das die Grundsätze, die Instrumente und die Verfahren namentlich für die Bedarfsanalyse und -planung sowie für die Finanzierung der Institutionen enthält. Während einer dreijährigen Übergangsperiode (2008–2010) sind die Kantone gehalten, die bisher von der IV erteilten Leistungen zu übernehmen.

Mit der Umsetzung der NFA im Kanton Freiburg soll nicht nur den Anforderungen des IFEG Genüge getan werden, sondern auch eine einmalige Gelegenheit genutzt werden, um zusammen mit den betroffenen Kreisen die Grundsätze der künftigen kantonalen Behinder-



tenpolitik festzulegen. Deshalb sind in die Projektorganisation für die Umsetzung der NFA Vertreterinnen und Vertreter dieser Kreise in verschiedene Arbeitsgruppen und Arbeitsuntergruppen einbezogen. Die Arbeiten werden von einem Projektausschuss organisiert und von einem Steuerungsausschuss überwacht. Letzterer hat einerseits einen Vorentwurf zum Behindertengesetz vorzubereiten und andererseits das vom IFEG verlangte Konzept auszuarbeiten. Alle in diese Projektorganisation einbezogenen Personen wurden am 16. Mai 2008 zu einer ersten Sitzung einberufen, um über die Ziele der künftigen Behindertenpolitik zu diskutieren. Die Arbeiten der Arbeitsgruppen und ihrer Untergruppen begannen Ende Mai und liefen während des ganzen zweiten Halbjahrs intensiv weiter.

Auf der Ebene der Westschweizer Kantone und des Tessins führten die Arbeiten zur Umsetzung der NFA zu einem Dokument mit dem Titel «Principes communs des plans stratégiques latins». Dieses steckt die Bereiche und Formen der Zusammenarbeit ab, welche den Kantonen der lateinischen Schweiz in der Anwendung des IFEG vorschweben. Das Dokument wurde am 17. November 2008 von der «Conférence latine des affaires sanitaires et sociales» (CLASS) gutgeheissen.

### 2.2.2 Sektor Pflegeheime

Am 19. August 2008 verabschiedete der Staatsrat zuhanden des Grossen Rates den Bericht zum Postulat Weber-Gobet/Thomet über eine umfassende Alterspolitik. Der Bericht fügt sich auch in die Umsetzung der neuen Freiburger Verfassung ein, deren Artikel 35 und 62 wie folgt lauten: Art. 35, *Ältere Menschen: Ältere Menschen haben Anspruch auf Mitwirkung, Autonomie, Lebensqualität und Achtung ihrer Persönlichkeit.* Art. 62, *Beziehungen zwischen den Generationen: Staat und Gemeinden fördern das Verständnis und die Solidarität zwischen den Generationen.* Vorgestellt wurde der Bericht an einer Pressekonferenz am 17. September 2008. Der Grosse Rat nahm ihn in seiner Session vom 7. November 2008 zur Kenntnis.

Wegen des geringen Personalbestands des Sektors (1,7 Vollzeitstellen), der schon mit der ordentlichen Tätigkeit in Verbindung mit der Finanzierung der Betreuungskosten ziemlich ausgelastet ist, zog das SVA zwei externe Personen zur Mitarbeit bei, um mit den Arbeiten für die Konkretisierung eines Gesamtkonzepts zugunsten älterer Menschen sowie in der Ausarbeitung eines gesetzlichen Rahmens voranzukommen, der die Zuständigkeiten klären und eine Koordination der im Gesundheits- und Sozialbereich angebotenen Leistungen ermöglichen soll.

## 2.3 Besondere Ereignisse

### 2.3.1 Sektor Sonderheime

Gemäss der Entscheidung der CLASS im September 2006 haben die Kantone der lateinischen Schweiz (FR, GE, JU, NE, TI, VD, VS) beschlossen, Ende 2007 in Zusammen-

arbeit mit den Einrichtungen für behinderte Erwachsene eine Vergleichsstudie zu lancieren; diese betrifft zwei Instrumente für die Bedarfsermittlung in der Betreuung behinderter Menschen. Es handelt sich dabei einerseits um das Instrument EFEB (Freiburger Projekt) und andererseits um das Instrument ARBA (in den Kantonen Genf und Waadt verwendetes Beurteilungsraster). Die Absicht besteht darin, ein gemeinsames Instrument für alle Kantone der lateinischen Schweiz einzuführen. Die Analyse der beiden Systeme für die Beurteilung des Betreuungsbedarfs wird vom Sozialvorgesamt (SVA) des Kantons Freiburg gesteuert und koordiniert. Um die Effizienz des Instruments EFEB zu testen, wurden dessen Beurteilungsraster während des Jahres 2008 auf alle 1521 behinderten Erwachsene angewandt, die in den Freiburger Institutionen leben oder arbeiten. Mit diesem Test, der unter Mitwirkung der betroffenen Institutionen durchgeführt wurde, konnte eine grosse Menge sehr interessanter Daten gesammelt werden, die derzeit untersucht werden. Der Test des Instruments ARBA, der im ersten Halbjahr 2009 stattfinden soll, wird sich auf eine Stichprobe von Personen und Institutionen beschränken. Mit der abschliessenden Beurteilung beider Instrumente werden die lateinischen Kantone einen externen Sachverständigen beauftragen.

2005 führte das Bundesamt für Justiz (BJ) ein neues Prüfungsverfahren ein, das den Voraussetzungen für die Anerkennung von Erziehungsheimen gilt. Nach diesem Verfahren werden alle Erziehungsheime alle fünf Jahre einer gründlichen Prüfung unterzogen. Für den Kanton Freiburg fand diese Prüfung im Jahr 2008 statt. Gemäss den eidgenössischen Anforderungen schickten die betroffenen Institutionen ihr Konzept über den Kanton an das BJ, dazu weitere Unterlagen, die vom BJ für das Prüfungsverfahren verlangt werden. Anschliessend stattete das BJ jedem Erziehungsheim in Anwesenheit von Vertreterinnen und Vertretern des Rechtsträgers und des Kantons einen Besuch ab. Die Kontrollen des BJ erstrecken sich auf die folgenden Punkte: Leistungsangebot, Konzept für die erzieherische Betreuung und Arbeit mit den Familien, Kriterien im Zusammenhang mit Heimeintritt und Ende der Unterbringung, internes Reglement und Sanktionen, Führung und Zugänglichkeit der Dossiers, Personal und erzieherische Präsenz, Entwicklungsziele. Im Anschluss an diese Besuche verfassten die Institutionen zuhanden des BJ Zusatzberichte, die den offen gebliebenen Fragen galten, so dass das BJ schliesslich über alle Grundlagen für seinen Anerkennungsentscheid verfügte. Die Anerkennungsprüfung fiel auch mit dem Inkrafttreten des neuen Finanzierungsmodus zusammen, der vom Bund für die Erziehungsheime vorgesehen ist. Seit Januar 2008 richtet der Bund in Form von Pauschalen, die im Rahmen einer mit jedem Kanton unterzeichneten Leistungsvereinbarung festgesetzt werden, Betriebsbeiträge an die Erziehungsheime für Minderjährige aus.

In Anbetracht der finanziellen Schwierigkeiten der Vereinigung Ste-Bernadette «Le Bosquet» willigten deren Hauptpartner (Freiburger Kantonalbank, Staat Freiburg, die Gemeinden Corminbœuf, Freiburg, Givisiez, Granges-Paccot und Villars-sur-Glâne) ein, zu ihrer finanziellen Sanierung beizutragen. Die von den Partnern eingegangenen Verpflichtungen wurden in einer Vereinbarung festgehalten.

### 2.3.2 Sektor Pflegeheime

Im Voranschlagsverfahren 2009 beschloss der Staatsrat, 40 neue Pflegeheimbetten für Langzeitaufenthalte sowie vier weiterer Betten für Kurzaufenthalte anzuerkennen. Diese Betten wurden den folgenden Heimen zugeteilt:

<i>Betten für Langzeitaufenthalte</i>	
Maison Sainte Jeanne-Antide, Givisiez	+ 2 Betten
Maison Bourgeoisiale, Bulle	+ 5 Betten
Foyer Saint-Vincent, Vuadens	+ 4 Betten
Foyer Saint-Germain, Greyerz	+ 2 Betten
Foyer Saint-Joseph, Sorens	+ 5 Betten
Alters- und Pflegeheim Kerzers, Kerzers	+ 2 Betten
Altersheim Ulmiz, Ulmiz	+ 5 Betten
Résidence Beaulieu, Murten	+ 10 Betten
Foyer Sainte-Marguerite, Vuisternens-devant-Romont	+ 5 Betten
<i>Betten für Kurzaufenthalte</i>	
Foyer La Rose d'Automne, Villars-sur-Glâne (vormals Foyer Jean-Paul II)	+ 3 Betten
Pflegeheim Jeuss, Jeuss	+ 1 Bett

Was die Untersuchung der Pensionspreise in den Pflegeheimen anbelangt, so hat der Staatsrat in seiner Sitzung vom 31. März 2008 den Aufschub des Projekts für die Einsetzung des Berechnungsinstrumentes SOHO beschlossen und die GSD beauftragt, sich im Rahmen des allgemeinen Alterskonzeptes erneut damit zu befassen.

Die beratende Kommission für Pflegeheime für Betagte («Commission consultative en matière d'établissements médico-sociaux», COMEMS) trat 2008 zu zwei Sitzungen zusammen. Sie diskutierte namentlich die Planung der Pflegeheimbetten für Langzeit- und Kurzaufenthalte und der Tagesstätten. Sie befasste sich auch mit den Vorbereitungsarbeiten für die Planung 2010–2025 der Langzeitpflege im Altersbereich. Mit der Durchführung dieser Planung ist das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) beauftragt worden. Der diesbezügliche Bericht dürfte im September 2009 vorliegen.

Im Juni 2008 ist nach einjähriger Tätigkeit eine Bilanz der liaisonpsychiatrischen Konsultation in den 14 Pflegeheimen unterbreitet worden. Diese entspricht den Vorhersagen. Das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) ist gewillt, sein Leistungsangebot zugunsten der Pflegeheime des Kantons beizubehalten und zu konsolidieren.

Die vom Eidgenössischen Departement des Innern festgesetzten Rahmentarife der Krankenversicherer sind 2008 der Teuerung angepasst worden. Auf Verlangen der Vereinigung Freiburgerischer Alterseinrichtungen (VFA) willigten die Krankenversicherer ein, die in den Pflegeheimen bezahlten Pflegepauschalen anzupassen (41.50 Franken für Pflegebedarfsstufe B, 67 Franken für Pflegebedarfsstufe C und 82.50 Franken für Pflegebedarfsstufe D).

Die Tagesstätten erhalten seit 1. Januar 2008 wegen der neuen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen von der öffentlichen Hand einen Fixbetrag von 30 Franken je Tag und Person zusätzlich zu einem proportionalen Betrag (in der Höhe von höchstens 30% des jährlichen Betriebsbudgets der Tagesstätte), der nach der kantonalen Gesetzgebung schon seit mehreren Jahren gesprochen wird.

## 3. Statistik

### 3.1 Sektor Sondereinrichtungen

Ende 2008 zählte der Kanton 983 Plätze in Heimen und Tageszentren und 1049 Plätze in Werkstätten. Die Verteilung dieser Plätze nach Art der Behinderung ist den folgenden Tabellen zu entnehmen:

<i>Heime mit oder ohne Beschäftigung Tageszentren</i>		2007			2008
<i>Geistige Behinderung</i>	<i>Ort</i>	<i>Heim mit Beschäftigung</i>	<i>Heim ohne Beschäftigung</i>	<i>Tageszentrum</i>	<i>Neue Plätze</i>
Sonnegg	Zumholz	8			
Heim-Atelier Linde	Tentlingen	47		6	
Heim-Atelier La Colombière	Misery	27		6	

<i>Heime mit oder ohne Beschäftigung Tageszentren</i>		2007			2008
<i>Geistige Behinderung</i>	<i>Ort</i>	<i>Heim mit Beschäftigung</i>	<i>Heim ohne Beschäftigung</i>	<i>Tageszentrum</i>	<i>Neue Plätze</i>
Foyer La Rosière	Estavayer-le-Lac		21		+2 +6 (Tages- stätte)
Home Clos Fleuri	Bulle	44	30		
Home La Colline	Ursy	30			+ 2
Homato, Les Buissonnets	Freiburg	32		8	
Wohnheime Sensler Stiftung	Tafers		47		+ 7
Communauté de La Grotte et Béthanie	Freiburg		15		
Geschützte Wohnform SSEB	Murten		13		
Wohnschule	Murten		9		
La Farandole	Freiburg		36		
Geschützte Wohnungen der Glane	Romont		16		
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis		17		+ 4
Gesamtzahl Plätze		188	204	20	+ 21

<i>Heime mit oder ohne Beschäftigung</i>		2007		2008
<i>Psychische Behinderung</i>	<i>Ort</i>	<i>Heim mit Beschäftigung</i>	<i>Heim ohne Beschäftigung</i>	<i>Neue Plätze</i>
Stiftung HorizonSud		75	46	
Stiftung HorizonSud (Wohnungen)			11	+ 4
La Traversée 3	Seiry	12		
Foyer St-Louis	Freiburg		37	
Applico, Schmitten, Düdingen	Schmitten		12	
La Traversée 1	Freiburg		13	
La Traversée 4	Freiburg		11	
Gesamtzahl Plätze		87	130	+ 4

<i>Heime mit oder ohne Beschäftigung</i>		2007		2008
<i>Physische Behinderung</i>	<i>Ort</i>	<i>Heim mit Beschäftigung</i>	<i>Heim ohne Beschäftigung</i>	<i>Neue Plätze</i>
Foyer St-Camille	Marly	30	12	
Foyer des Préalpes	Villars-sur-Glâne	27		
Linde, deutschsprachige Abteilung	Tentlingen	7		
SSEB Holzgasse	Kerzers	10		
Gesamtzahl Plätze		74	12	

<i>Heime mit oder ohne Beschäftigung</i>		2007		2008
<i>Suchtprobleme</i>	<i>Ort</i>	<i>Heim mit Beschäftigung</i>	<i>Heim ohne Beschäftigung</i>	<i>Neue Plätze</i>
Le Torry	Freiburg	18	2	
Centre Le Radeau	Orsonnens	12		
Foyer Horizon	Pensier	14		
Geschützte Wohnung Le Belvédère*	Freiburg		6	
Gesamtzahl Plätze		44	8	

\* Diese Plätze sind zurzeit nicht belegt.

<i>Geschützte Werkstätten</i>		2007	2008
<i>Geistige Behinderung</i>	<i>Ort</i>	<i>Plätze</i>	<i>Neue Plätze</i>
Sensler Stiftung für Behinderte, Behindertenwerkstatt (SSB)	Tafers/Schmitten	130	+ 5
Fondation broyarde	Estavayer-le-Lac	60	
Ateliers protégés Clos-Fleuri	Bulle	110	
Stiftung des Seebezirks für Erwachsene Behinderte (SSEB)	Muntelier	50	
La Farandole	Freiburg	88	
Ateliers de la Glâne	Romont	45	+ 5
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis	40	
Gesamtzahl Plätze		523	+ 10

<i>Geschützte Werkstätten</i>		2007	2008
<i>Psychische Behinderung</i>	<i>Ort</i>	<i>Plätze</i>	<i>Neue Plätze</i>
Stiftung HorizonSud		137	
Stiftung St-Louis	Freiburg	35	
Centre d'intégration socio-professionnelle CIS (AOPH)	Freiburg	85	
Fondation L'Estampille	Freiburg	40	
Applico	Murten, Schmitten	36	
Gesamtzahl Plätze		333	

<i>Geschützte Werkstätten</i>		<i>2007</i>	<i>2008</i>
<i>Physische Behinderung</i>	<i>Ort</i>	<i>Plätze</i>	<i>Neue Plätze</i>
Ateliers de la Gérine	Marly	110	
Ateliers des Préalpes	Villars-sur-Glâne	53	
Gesamtzahl Plätze		163	

<i>Geschützte Werkstätten</i>		<i>2007</i>	<i>2008</i>
<i>Suchtprobleme</i>	<i>Ort</i>	<i>Plätze</i>	<i>Neue Plätze</i>
Beschäftigungswerkstätten Tremplin	Freiburg	20	
Gesamtzahl Plätze		20	

<i>Erziehungsheime</i>		<i>2008</i>
<i>Probleme der Sozialerziehung</i>	<i>Ort</i>	<i>Plätze</i>
<i>Le Bosquet</i> *	Givisiez	20
Foyer St-Etienne	Freiburg	39
Foyer St-Etienne, Time Out	Villars-sur-Glâne	10
Foyer Bonnesfontaines	Freiburg	24
Nid Clairval	Givisiez	15
Wohnheim für Lehrlinge	Freiburg	15
La Traversée, junge Mädchen	Corminboeuf	7
Kinderheim Heimelig	Kerzers	12
Transit, Notunterkunft	Villars-sur-Glâne	10
Aux Etangs **	Freiburg	6
Gesamtzahl Plätze		158

\* Gemischte Institutionen

\*\* Die Institution «Aux Etangs» nimmt junge Frauen und ihre Kinder für erzieherische Massnahmen auf. 6 Plätze sind für die Aufnahme dieser jungen Frauen anerkannt. Die Institution kann ausserdem 4 Kinder beherbergen.

<i>Weitere Einrichtungen</i>	<i>Ort</i>	<i>2008</i>
Therapeutische Tagesstätte	Givisiez	15
Tagesklinik	Freiburg	10
Le Bosquet (IV-Sektor)	Givisiez	8

### 3.2 Sektor Pflegeheime

Anfang 2008 zählte das Pflegeheimnetz 2313 Betten, davon 2273 Betten für Langzeit- und 40 Betten für Kurzaufenthalte. 2009 werden es 2313 Betten für Langzeit- und 44 Betten für Kurzaufenthalte sein; dadurch wird der Deckungsgrad an Pflegeheimbetten für 100 Personen ab 65 Jahren auf 6,33% sinken (2007: 6,44%). Dieser

Prozentsatz ist nur ein Richtwert, da die Zahlen über die Bevölkerung 2009 aus der Bundesstatistik, die auf der Entwicklung der Population dieser Altersklasse gegenüber der Gesamtbevölkerung des Kantons basiert, extrapoliert sind. Für Personen im Alter ab 80 Jahren beträgt der Deckungsgrad 22,83% (2007: 23%).

#### Anzahl Betten für Langzeit- und Kurzaufenthalte nach Bezirk

	2008		2009	
	Pflegeheimbetten Langzeitaufenthalte	Pflegeheimbetten Kurzaufenthalte	Pflegeheimbetten Langzeitaufenthalte	Pflegeheimbetten Kurzaufenthalte
Saane	745	8	747	11
Sense	326	10	326	10
Greyerz	456	3	472	3
See	229	3	246	4
Glane	181	3	186	3
Broye	187	9	187	9
Vivisbach	149	4	149	4
KANTON	2273	40	2313	44

#### Anzahl Plätze in Tagesstätten nach Bezirk

	Heim	Anzahl Plätze	Anzahl Öffnungstage pro Woche
Saane	Foyer du Gibloux, Farvagny	5	4
Sense	Tagesheim St. Wolfgang, Düdingen	4 bzw. 8 ab Juli 2008	3
	Die Familie im Garten, St. Ursen	10	3 bzw. 4 ab September 2008
See	Tagesstätte Les Platanes, Jeuss	5	4
Broye	Foyer Les Mouettes, Estavayer-le-Lac	7	4
Vivisbach	Foyer Maison St-Joseph, Châtel-St-Denis	8	3

#### Entwicklung der Bettenzahl für 100 Personen ab 65 und ab 80 Jahren

Jahr	Anzahl anerkannter Betten	Bevölkerung ab 80 Jahren, Zahlen BFS bis 31. Dezember 2007 *	Prozent- satz	Bevölkerung ab 65 Jahren, Zahlen BFS bis 31. Dezember 2007 *	Prozent- satz
2000	1784	8 344	21,38%	31 170	5,72%
2001	1836	8 526	21,53%	31 432	5,84%
2002	1933	8 694	22,23%	31 774	6,08%
2003	1993	8 849	22,52%	32 207	6,19%
2004	2063	9 047	22,80%	32 727	6,30%
2005	2133	9 220	23,13%	33 252	6,41%
2006	2183	9 474	23,04%	34 212	6,38%
2007	2233	9 725	22,96%	35 326	6,32%
2008 *	2273	9 926	22,90%	35 916	6,33%
2009 *	2313	10 131	22,83%	36 516	6,33%

\* Die Bevölkerung ab 80 Jahren hat in den letzten acht Jahren um durchschnittlich 2,07% zugenommen, diejenige ab 65 Jahren um durchschnittlich 1,67%. Diese Prozentsätze sind für die Simulation der Bevölkerungsentwicklung 2008 und 2009 verwendet worden.

## VII. KANTONALES SOZIALAMT

### 1. Aufgaben

Der Auftrag des Kantonalen Sozialamtes (KSA) besteht darin, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen und das kantonale System der Sozialhilfe, der Hilfe an Asylsuchende und Flüchtlinge, der Hilfe an die Opfer von Straftaten sowie der Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen laufend zu verbessern. Seine Aufgabe besteht ferner darin, in diesem System für Impulse sowie für sein gutes Funktionieren zu sorgen und sich um eine Harmonisierung der Praxis zu kümmern. Zu diesem Zweck lädt es die öffentlichen, privaten und freiwillig tätigen Akteure zur Zusammenarbeit ein. Im Verlauf des ersten Quartals 2008 wurden die Leistungen des Amtes anlässlich der 7. Etappe des Projektes «Analyse der Staatlichen Leistungen» geprüft.

Geleitet wird das KSA vom Amtsvorsteher François Mollard.

### 2. Hilfe an bedürftige Personen

#### 2.1 Tätigkeit

Nach dem Sozialhilfegesetz (SHG) ist das KSA zuständig für Entscheide über die materielle Hilfe an Personen, die sich im Kanton aufhalten oder vorübergehend hier sind, sowie an Personen ohne festen Wohnsitz (Art. 8 und 21). Es unterhält die interkantonalen Beziehungen nach dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger, was die in anderen Kantonen wohnhaften Freiburgerinnen und Freiburger sowie die seit weniger als zwei Jahren im Kanton wohnhaften Schweizer Bürgerinnen und Bürger angeht. Es verteilt die Lasten der materiellen Hilfe unter den Gemeinden, dem Kanton und den übrigen Kantonen. Das KSA hat auch zur Aufgabe, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen, das kantonale Sozialhilfesystem zu evaluieren und zu verbessern, über sein gutes Funktionieren zu wachen und für die Harmonisierung der Praxis zu sorgen, sodass eine Gleichbehandlung der begünstigten Personen gewährleistet ist. Ausserdem sorgt das KSA für die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit unter den öffentlichen, privaten, ehrenamtlichen Akteuren und den Kirchen. Die vom SHG vorgeschriebenen Aufgaben der Koordination, Information und Prävention (Art. 21) nehmen daher einen wichtigen Platz unter den Tätigkeiten des KSA ein.

#### 2.2 Beitrag zu den sozialpolitischen Massnahmen

Das KSA leistete seinen Beitrag zur Entwicklung verschiedener sozialpolitischer Massnahmen und beteiligte sich an mehreren Vernehmlassungen auf Kantons- und Bundesebene. Die Weiterführung der Arbeiten zur Umsetzung des «Einheitlichen Massgebenden Einkommens» (EME) für einkommensabhängige kantonale Leistungen, zu denen die Sozialhilfe zählt, war ein wichtiger Faktor in der diesjährigen Tätigkeit des KSA.

Diese bis 2011 hinaus geplanten Arbeiten leisten dem Bericht Nr. 280 des Staatsrates an den Grossen Rat über die Einführung eines solchen Einkommens Folge. Das KSA ist mit der Umsetzung des EME betraut, präsidiert den Projektausschuss, dem die acht betroffenen Dienststellen angehören, und hat im Steuerungsausschuss unter dem Vorsitz der GSD Einsitz. Ebenfalls in diesem Zusammenhang hat das KSA die Universität Neuenburg beauftragt, eine Simulation der möglichen Auswirkungen der Einführung des EME vorzunehmen. Das KSA unterhält auf diesem Gebiet auch eine Zusammenarbeit mit den Kantonen Neuenburg, Genf, Tessin und Basel-Stadt, die dabei sind, ein vergleichbares System aufzustellen.

Die kantonale Politik der sozialen und beruflichen Eingliederung hat das KSA 2008 gleich mehrfach gefordert. Das KSA hat z. B. an der Erstellung des Berichts Nr. 96 des Staatsrats an den Grossen Rat mitgearbeitet, der die Ergebnisse der Evaluation der Massnahmen für die soziale und berufliche Wiedereingliederung im Kanton Freiburg beschreibt. Diese Evaluation erfolgte im gemeinsamen Auftrag der GSD und der Volkswirtschaftsdirektion, mit dem das «Institut des Hautes Etudes en Administration Publique» (IDHEAP) der Universität Lausanne und das «Observatoire Universitaire de l'Emploi» (OUE) der Universität Genf betraut wurden. Als Leiter des Begleitungsausschusses dieser Evaluation musste sich das KSA ebenfalls um die Verbreitung der Studie kümmern.

Das KSA wurde ferner in die neue Kommission einbezogen, die der Staatsrat mit der Koordination der kantonalen Politik angesichts des Problems Jugendlicher mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung betraut hat. Ebenfalls in diesem Bereich hat das KSA an der Erarbeitung einer Bestandsaufnahme sowie an der Ausarbeitung eines Berichts an den Staatsrat teilgenommen.

Schliesslich wirkte das KSA – stets um neue Lösungen zur Förderung der sozialen und beruflichen Eingliederung bemüht – auf Einladung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften bei einer Begleitgruppe für eine Studie im Bereich Teillohnstellen mit. Aus dieser Studie entstand 2008 namentlich eine Arbeitshilfe für die Vermittlungsstellen.

Weiter hat das KSA an den Arbeiten der Koordinationskommission für die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) mitgewirkt, bei der es das Vizepräsidium innehat, und die 2008 ein neues System zur Förderung der sozialen und beruflichen Eingliederung im Kanton eingeweiht hat. Die Einführung dieses Systems geht auf den Bericht zurück, der 2006 vom Staatsrat genehmigt worden war. Das KSA hat insbesondere auch an der Organisation der Schulung von 200 Berufsleuten der Regionalen Sozialdienste (RSD), der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) sowie der kantonalen Invalidenversicherungsstelle teilgenommen, die zuvor auf kantonaler und Westschweizer Ebene ausgerichtet wor-

den war. Ausserdem beteiligte sich das KSA am Aufbau und an der Finanzierung der drei Koordinationsräume, die sich an drei Standorten im Kanton (Nord, Zentrum und Süd) befinden und die eine konkrete Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen der Sozialhilfe, der Arbeitslosenversicherung und der IV-Stelle darstellen. Die Koordinationsräume, die seit dem 1. Oktober 2008 in Betrieb sind, verwenden übrigens das EDV-Tool «Case-Net», das nicht nur den Informationsaustausch, sondern auch die Handhabung der behandelten Situationen erleichtert. Das KSA war ferner auch an der Anstellung des neuen kantonalen IIZ-Koordinators beteiligt, der seine Arbeit Anfang 2008 aufgenommen hat. Auch an den Arbeiten des Ausschusses für das nationale Projekt «IIZ-MAMAC» für die Einführung einer interinstitutionellen Zusammenarbeit wirkte das KSA weiterhin mit. Im Bereich der Familienpolitik wirkt das KSA in einem Steuerungs- sowie in einem Projektausschuss mit, die vom Staatsrat eingesetzt worden sind, um die Umsetzung und Ausführung der unter diese Politik fallenden Leistungen zu koordinieren. Es führt auch die Sekretariate dieser beiden Ausschüsse.

Gemäss Beschluss des Staatsrats wurde dem Postulat Demierre/Menoud Nr. 248.04 über die Schaffung eines Informationsdienstes für Familien und Kinder Folge geleistet und vom KSA ein Pflichtenheft für eine evaluative und projektive Studie erstellt. Diese Studie soll dem Staatsrat bei seiner Antwort an den Grossen Rat als Grundlage dienen. Mit der Durchführung dieser Studie wurde Professor Knüsel von der Universität Lausanne betraut. Dieser hat der GSD seinen Bericht Ende 2008 unterbreitet.

Das KSA beteiligte sich auch an verschiedenen Vernehmlassungen, u. a. am Vorentwurf über den interkommunalen Finanzausgleich, am Entwurf für das Ausführungsreglement zum Gesetz über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen, am Ausführungsreglement zum Jugendgesetz, am Reglementsentwurf über die Berufsbildung, am kantonalen Plan für Gesundheitsförderung und Prävention 2007–2011 und am Fonds für die Bekämpfung der Drogenabhängigkeit.

### 2.3 Koordination

Eine wesentliche Tätigkeit des KSA für das gute Funktionieren des kantonalen Sozialhilfesystems besteht in der Koordination. In diesem Sinne trug es zur Entwicklung von Synergien unter den Akteuren dieses Systems und den öffentlichen und privaten Partnern bei. Das KSA bemühte sich nach wie vor um die Koordination unter den regionalen Sozialdiensten und den Organisationen, die Eingliederungsmassnahmen bereitstellen. Es aktualisierte regelmässig den Katalog der sozialen Eingliederungsmassnahmen (MIS), der auf der Website des KSA abrufbar ist. Dieser Katalog umfasste Ende 2008 nahezu 150 Tätigkeiten, die sich auf sechs verschiedene Kategorien aufteilen (Ausbildung, persönliche Entwicklung, Aufbau des persönlichen Wohlbefindens, gemeinschaft-

liche Tätigkeiten, Tätigkeiten sozialer Beteiligung und Tätigkeiten von gesellschaftlichem Nutzen). Das KSA sorgt jeweils dafür, dass diese Tätigkeiten unverzüglich für die Durchführung sozialer Eingliederungsverträge verfügbar sind. Die Vielfalt dieser in französischer und deutscher Sprache und mit Hilfe von rund 50 Organisationen bereitgestellten Massnahmen erlaubt es, den unterschiedlichen Eingliederungsbedürfnissen individuell zu entsprechen.

Um über ein leistungsstarkes Steuerungsinstrument zu verfügen, mit dem interkantonale Vergleiche im Sozialhilfebereich angestellt werden können, arbeitete das KSA weiterhin an der Koordination zwischen den RSD und dem Bundesamt für Statistik (BFS) bei der Sammlung der nötigen Daten für die schweizerische Sozialhilfestatistik (SOSTAT). Das BFS präsentierte 2007 erstmals die kantonalen Ergebnisse dieser Statistik für die Jahre 2005 und 2006. Ende 2008 hat das KSA die Ergebnisse der Statistik für 2007 erhalten. Auch koordiniert das KSA die Veröffentlichung dieser Statistik mit dem kantonalen Amt für Statistik. 2008 kümmerte sich das KSA des Weiteren gemeinsam mit dem BFS und allen kantonalen Dienststellen, die für einkommensabhängige Leistungen zuständig sind, um die Koordination der Einführung der Finanzstatistik über die Sozialhilfe in Ergänzung zur SOSTAT. Auf Vorschlag des «Groupe ment romand des chefs de services des affaires sociales» (GRAS) vertritt das KSA schliesslich die Westschweizer Kantone in der nationalen Begleitgruppe für die Umsetzung von SOSTAT.

### 2.4 Information und Ausbildung

Das KSA hat sich 2008 besonders stark für die Durchführung der 5. Konferenz für Sozialfragen zum Thema «Neue Beziehungen zwischen Staat und Bürgern» eingesetzt, die am 11. April 2008 in Grangeneuve stattgefunden hat und in Zusammenarbeit mit dem französischsprachigen Lehrstuhl für Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg organisiert wurde. Rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten bei diesem zweisprachigen Kolloquium, das sich als eine Art Forum für den Austausch und die Lancierung von Aktionen im sozialpolitischen Bereich versteht, die Gelegenheit, rund 12 Vorträge zu hören. Am 6. November 2008 hat das KSA in Givisiez ferner den kantonalen SHG-Thementag organisiert. Rund hundert Personen nahmen an dieser Zusammenkunft teil. Dieses Jahr wurden Arbeiten der kantonalen Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung und ein Vortrag des Sozialamtes der Stadt Basel über den Sozialhilfemissbrauch präsentiert. Im Übrigen wurde auch eine Diskussionsrunde in Form eines «World Café» abgehalten, und zwar zum Thema: «Prävention und Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs: Was ist vorrangig?» Über seine stetig aktualisierte Website ([www.admin.fr.ch/sasoc](http://www.admin.fr.ch/sasoc)) stellt das KSA einen regelmässigen Informationsaustausch sicher. Pro Tag wird die



Website durchschnittlich 150 Mal besucht. Das KSA unterhält auch eine enge Beziehung mit den RSD, indem es regelmässig an den Sitzungen der französischsprachigen und deutschsprachigen Gruppierung der RSD des Kantons teilnimmt.

## 2.5 Prävention

Im Bereich der Prävention stellt das KSA insbesondere den Vorsitz der Kommission für die Verwendung des kantonalen Entschuldungsfonds sicher. Dieser hat zum Zweck, der ernsthaften Verschlechterung der sozialen Situation verschuldeter Personen vorzubeugen. In Zusammenarbeit mit Caritas Freiburg und den öffentlichen und privaten Sozialdiensten befasst sich das KSA mit der Handhabung und der Verwaltung dieses neuen Instrumentes für die Sanierung heikler sozialer Situationen. Im Übrigen wirkte es nach wie vor in der vom Staatsrat eingesetzten Arbeitsgruppe «Sicherheit der Behörden und des Staatspersonals» mit. In diesem Rahmen trägt es regelmässig zur Schulung der neuen Staatsangestellten bei, damit diese in der Lage sind, Risiken vorzubeugen und mit Situationen von Gewalt im öffentlichen Dienst umzugehen. Um sich zu informieren und der Entwicklung sozialer Phänomene zu folgen, nahm das KSA an verschiedenen Seminaren teil, die namentlich den folgenden Themen gewidmet waren: Armut nach Scheidung, Jugendliche in Schwierigkeiten, Familie, Arbeitslosigkeit und Eingliederung, interinstitutionelle Zusammenarbeit, neue Sozialmodelle, Ausbildung in den Sozialberufen, Kinder in Armut.

## 2.6 Sozialhilfesystem

Das KSA sorgte dafür, dass die RSD und die Sozialkommissionen ihre Sozialhilfeaufgaben erfüllen. Hierfür übermittelte es ihnen regelmässig Rechtsgutachten, Informationen über die einschlägige Rechtsprechung sowie zusammenfassende Antworten auf Fragen der RSD zur Anwendung der Sozialhilferichtsätze. Gemäss SHG (Art. 34) stellte es ausserdem die Aufteilung der Kosten für die materielle Hilfe unter allen Gemeinden des Bezirks sicher. Im Interesse der Effizienz und der Arbeitsrationalisierung befasste sich das KSA mit der Automatisierung des Transfers der von den RSD gelieferten Daten sowie ihrer Buchungserfassung. Überdies nahm das KSA an sechs Sitzungen von Sozialausschüssen teil, wie dies im SHG vorgesehen ist. Das KSA hat eine Inspektion in einem SHG-Sozialdienst vorgenommen.

Das KSA unterhält enge Beziehungen mit mehreren spezialisierten Sozialdiensten (Art. 14 SHG), die im Rahmen von Vereinbarungen vom Staat subventioniert werden und auf ihrem spezifischen Gebiet die RSD unterstützen sollen. Es handelt sich dabei um «Le Tremplin» (Hilfe an drogenabhängige Personen), «La Tuile» (Hilfe an Obdachlose und Personen in Not), Pro Infirmis (Hilfe an geistig oder körperlich behinderte Personen), Pro Senectute (Hilfe an betagte Personen), die Freiburger Krebsliga (Hilfe an Krebskranke und ihre Angehörigen),

SOS werdende Mütter (Unterstützung werdender Mütter in Schwierigkeiten) und Caritas (Schuldenberatungsdienst). 2008 wurde mit der Einrichtung «Banc Public» eine neue Vereinbarung über die dort angebotenen Tagesaufenthalte für bedürftige Personen getroffen.

## 2.7 Vertretungen

Aufgrund seiner Aufgaben nach SHG ist das KSA ausserdem in den folgenden Kommissionen vertreten: Kantonale Arbeitsmarktkommission, Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen, Kantonale Kommission der «Loterie Romande», Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt, Plattform Landwirtschaftsbetriebe in Schwierigkeiten, Kantonale Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen. Auf interkantonaler Ebene trug das KSA zur weiteren Ausarbeitung des «Guide social romand» bei (Westschweizer Sozialführer, [www.guidesocial.ch](http://www.guidesocial.ch)), und zwar in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Freiburgerischen Sozialinstitutionen (VFSI) und der «Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale» (ARTIAS), deren Vorsitz es bis im Herbst 2008 sichergestellt hat. Es ist auch vertreten im Vorstand der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und des «Groupement romand des chefs de services des affaires sociales» (GRAS). Daneben beteiligte sich das KSA wie bisher an dem von der ARTIAS organisierten Seminar, das darauf hinzielt, die Anwendung der Sozialhilferichtsätze unter den Kantonen zu harmonisieren.

## 2.8 Statistik und Ausgaben 2008

Wie jedes Jahr erarbeitete das KSA eine Sammlung statistischer Daten über die materielle Hilfe. Diese Sammlung gibt Auskunft über die Übernahme der Kosten materieller Hilfe, über die Anwendung der sozialen Eingliederungsmassnahmen, über die finanzielle Belastung der Gemeinden gemäss der Aufteilung nach Bezirk sowie Informationen aus den Tätigkeitsberichten der regionalen SHG-Sozialdienste.

Der Aufwand für die 2008 erteilte materielle Hilfe an Bedürftige, die im Kanton wohnen oder sich hier aufhalten, belief sich (vor der Aufteilung Kanton/Gemeinden und unter Berücksichtigung persönlicher Rückerstattungen) auf 24 216 098.69 Franken (8,92% weniger als 2007) und verteilte sich auf 4604 Dossiers (3,28% weniger als 2007), die insgesamt 8415 Personen betrafen (1,58% weniger als 2007). Der Kanton übernahm zudem die materiellen Hilfeleistungen an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz in anderen Kantonen (2 323 968.04 Franken) und an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz im Ausland (90 000 Franken). Weitere Einzelheiten sind den Tabellen im Anschluss an diesen Bericht zu entnehmen.

## 2.9 Kantonaler Entschuldungsfonds

Die Kommission für die Verwendung des Entschuldungsfonds besteht aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Tätigkeitsbereiche wie Bank, Sozialdienst, Steuerverwaltung, Amt für Personal und Organisation, Finanzverwaltung, KSA, Schuldenberatungsdienst und Vormundschaftsamt. Die Kommission trat zu vier Sitzungen zusammen und entschied über zehn Entschuldungsanträge, die im Lauf des Jahres eingereicht wurden. Sie hiess 8 Gesuche mit einem Gesamtbetrag von 144 664.75 Franken gut. 2 Gesuche sind noch hängig, da zusätzliche Informationen eingeholt werden müssen.

		Fr.
Für Darlehen verfügbare Summe am 1. Januar 2008		1 211 782.30
Vom Fonds geliehene Summe	./.	116 931.60
Dem Fonds rückerstattete Summe	+	92 346.00
Verschiedene Verwaltungskosten	./.	2 559.10
Zinsen für die Deckung des Fonds bis zum Höchstbetrag	+	2 559.10
Für Darlehen verfügbare Summe am 31. Dezember 2008		<u>1 187 196.70</u>

## 3. Hilfe an die Opfer von Straftaten

### 3.1 Ordentliche Tätigkeit

Das KSA ist mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 23. März 2007 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG; s. SR 312.5) betraut. Dieses vollständig revidierte Gesetz soll am 1. Januar 2009 in Kraft treten. Parallel dazu wurde mit dem Gesetz vom 4. Dezember 2008 (s. ASF 2008\_142) das kantonale Ausführungsgesetz (AGOHG) geändert. Das OHG gewährleistet Hilfe an jede Person, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden ist. Die den Opfern erteilten Leistungen werden entweder von den OHG-Beratungsstellen (Leistungen der Soforthilfe und längerfristige Hilfe) oder vom Tatortkanton (Entschädigung und Genugtuung) erbracht. Im Rahmen seiner Zuständigkeit sorgt das KSA zum einen für die Einleitung der Verfahren, die nötig sind, um den Opfern eine effiziente und bedürfnisgerechte Hilfe zu gewährleisten, zum andern wacht es über den guten Betrieb des kantonalen Opferhilfe-Systems der beiden kantonalen Beratungsstellen. Eine Beratungsstelle ist administrativ dem Jugendamt angeschlossen und kümmert sich um Kinder, Jugendliche, Männer und Opfer von Strassenverkehrsunfällen, während sich die andere (Frauenhaus Freiburg) im Auftrag des Staates um die Beratung von Frauen kümmert. Beide Beratungsstellen sind damit betraut, den Opfern eine sofortige und, mit Einwilligung des KSA, längerfristige Hilfe zu erteilen. Das KSA ist die einzige zuständige Behörde für die Entscheide über die Erteilung längerfristiger Hilfe auf Antrag dieser Beratungsstellen oder kompetenter Dritter, namentlich was die Übernahme von Anwalts- oder Psychotherapiekosten betrifft. Es ist ausserdem zuständig für die Anträge auf Entschädigung und Genugtuung, die zugunsten der

Opfer eingereicht werden. Weitere Zuständigkeiten des KSA sind die Verbreitung von Informationen über das kantonale Opferhilfe-System und dessen Leistungen, die Ausbildung des Personals der OHG-Beratungsstellen, die Entrichtung der für den Betrieb des kantonalen Opferhilfe-Systems notwendigen kantonalen Subventionen sowie die Aufteilung der Kosten der sofortigen und der längerfristigen Hilfe zwischen dem Kanton und den Gemeinden, wobei die Kosten für Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen jeweils gänzlich vom Kanton übernommen werden.

Mit der Annahme des am 23. März 2007 revidierten OHG müssen auch die neuen Ausführungsbestimmungen der Bundesverordnung vom 27. Februar über die Hilfe an Opfer von Straftaten (s. SR 312.51) angewendet werden. Diese sieht namentlich neue Berechnungsgrundlagen für die vom Kanton gewährten Abgeltungen im Falle von längerfristiger Hilfe oder Entschädigung vor. 2008 hatte das KSA ausserdem den Auftrag, das zuvor erwähnte Gesetz vom 4. Dezember 2008 auszuarbeiten, damit das kantonale Ausführungsgesetz entsprechend dem revidierten Bundesgesetz angepasst werden konnte. Überdies hat das KSA eine Berechnungsregel ausgearbeitet, welche die Berechnung der Abgeltungen, die der Staat ab dem 1. Januar 2009 an die Opfer entsprechend ihrer finanziellen Lage entrichten muss, erleichtert. Das KSA und die kantonalen Beratungsstellen haben ihre Tätigkeit schon am 31. Dezember 2008 aufgenommen. Das KSA hat Ende 2008 eine Informationsbroschüre für die von dieser Problematik betroffenen Opfer und für Fachpersonen herausgegeben. Diese beinhaltet u. a. auch das neue Gesetz. Zusätzliche Informationen können ausserdem der Website des KSA entnommen werden ([www.admin.fr.ch/sasoc](http://www.admin.fr.ch/sasoc)).

Auch 2008 befasste sich das KSA mit der Weiterentwicklung seines Inkasso-Systems bei Urhebern von Straftaten, damit die den Opfern erteilten Leistungen so weit als möglich wieder eingebracht werden können. Mit dem neuen Gesetz werden Rückgriffsansprüche des Kantons gegen den Urheber einer Straftat noch ausgedehnt, denn es sieht einen Übergang der Ansprüche auf den Kanton vor, und zwar nicht nur für die Leistungen, die in Zusammenhang mit Entschädigung und Genugtuung erbracht werden, sondern auch in Zusammenhang mit Sofortleistungen und Leistungen längerfristiger Hilfe (Art. 7 OHG). Das KSA ist auch weiterhin davon überzeugt, dass eine staatliche Intervention zugunsten der Opfer der Wiedergutmachung des Schadens durch den Täter selbst nicht ersetzen kann, zumindest nicht, wenn dieser sie leisten kann. Dank der Unterstützung des Amtes für Strafvollzug und des Amtes für Bewährungshilfe konnte der Staat 2008 insgesamt 52 396 Franken wieder einbringen (nach Abzug der Inkassokosten). Zum Vergleich: 2007 waren es 25 426 Franken, 2006 waren es 47 281 Franken und 2005 waren es 27 280 Franken. Da die vom Staat erbrachten OHG-Leistungen nur subsidiär sind, leitet das KSA die Opfer an die Sozial- und

Privatversicherungen weiter, von denen sie Erstleistungen erwarten können, was wiederum zur Senkung der Staatsausgaben beiträgt.

### 3.2 Prävention, Ausbildung und Information

Im Präventions- und Informationsbereich arbeitete das KSA weiterhin im Steuerungsausschuss mit, dessen Ziel die Schaffung eines kantonalen Systems ist, das die Ausbildung von mindestens einer Person pro Einrichtung für die richtigen Reaktionen und angebrachten Massnahmen bei Fällen der Kindsmisshandlung sicherstellt. Unter der Schirmherrschaft des Amtes für Gesundheit und mit Unterstützung der Stiftung Charlotte Olivier hat sich dieser Steuerungsausschuss am 15. Mai und am 9. Dezember zu einer Sitzung getroffen. Am 18. September 2008 wurde in Grangeneuve ein Informationstag für alle betroffenen Ämter und Einrichtungen des Kantons abgehalten. Dabei hatte die Hochschule für Gesundheit Gelegenheit, einem Teil des Personals dieser Ämter und Einrichtungen eine Grundausbildung zu erteilen.

Im Ausbildungsbereich traf sich das KSA am 8. April und am 30. September 2008 mit dem Personal der Beratungsstellen, namentlich um mit ihnen die Anwendung des revidierten OHG zu besprechen. Das KSA organisierte ebenfalls ein Treffen mit den Angestellten der Einrichtung «La Tuile», bei dem es um Gewalt und um OHG-Leistungen ging. Im Rahmen der kantonalen OHG-Koordination, die achtzehn Mitglieder der Polizei, der Justiz sowie des medizinischen, sozialen und schulischen Bereichs zählt, organisierte und präsierte das KSA am 20. November 2008 eine Sitzung. Bei dieser Sitzung wurde die Informationsarbeit vorgestellt, die der Dienst für Familienplanung und Sexualinformation in den Schulen des Kantons leistet. Im Rahmen der Regionalkonferenz der kantonalen Opferberatungsstellen der Westschweiz (Regio 1) hat das KSA an vier Sitzungen teilgenommen. Ziel war es, in Bezug auf die Abgeltung von Leistungen, die durch einen anderen Kanton als dem Wohnkanton des Opfers erbracht werden (Art. 18 OHG) eine möglichst einheitliche Anwendung des revidierten OHG zu erreichen. Auf nationaler Ebene nahm das KSA in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Justiz an fünf Sitzungen (sowohl im Plenum als auch im Komitee) der Schweizerischen Verbindungsstellenkonferenz (SVK-OHG) teil.

Das KSA hat auch an vier Sitzungen der Kantonalen Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen teilgenommen. Überdies hat das KSA an drei Sitzungen einer vom Staatsrat eingesetzten Arbeitsgruppe teilgenommen, die Überlegungen zum Erhalt bzw. zur Abschaffung des Ausweis L für Cabaret-Tänzerinnen anstellen soll, sowie an drei Sitzungen einer anderen, ebenfalls vom Staatsrat eingesetzten Arbeitsgruppe, die ein kantonales Gesetz über die Prostitution ausarbeiten soll. Beide Arbeitsgruppen haben jeweils einen Schlussbericht verfasst.

### 3.3 Statistik

Einen Überblick über die Leistungen an Opfer bietet die Bundesstatistik, (<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/19/03/01.html>), der auch die Daten des Kantons Freiburg entnommen werden können.

2008 hat das KSA 286 OHG-Dossiers bearbeitet, für die 548 Buchungseinträge verzeichnet wurden, alle Leistungen zusammengenommen (2007: 278, 2006: 263, 2005: 365, 2004: 354, 2003: 256, 2002: 225, 2001: 200, 2000: 142, 1999: 121, 1998: 105). Ausserdem hat das KSA 67 formelle Entscheide gefällt (2007: 48): 32 über sofortige oder längerfristige Hilfe (einschliesslich Anwaltskosten), 35 über Entschädigungen und Genugtuungen. Wie schon in den Vorjahren lagen die den Opfern erteilten Leistungen im Allgemeinen auch dieses Jahr unter den von ihnen oder ihren Anwälten gestellten Ansprüchen. Im Bereich der sofortigen und der längerfristigen Hilfe wurden 3 Einsprachen behandelt. Bei den Entschädigungen und den Genugtuungen gab es keine Einsprachen. In Bezug auf die Statistiken der OHG-Beratungsstellen ist zu erwähnen, dass das Frauenhaus Freiburg 368 Dossiers von Frauen behandelt hat, die Opfer einer Straftat im Sinne des OHG waren. Darüber hinaus wurden 2863 Übernachtungen verzeichnet, 1596 für die Frauen und 1267 für deren Kinder. Die Zahlen betreffend Opferbetreuung bei der OHG-Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche, Männer und Opfer von Verkehrsunfällen können dem entsprechenden Kapitel vom Jugendamt entnommen werden. Der OHG-Aufwand belief sich 2008 auf insgesamt 1 168 858 Franken (2007: 1 160 008 Fr., 2006: 1 236 395 Fr., 2005: 1 385 811 Fr., 2004: 1 147 072 Fr.). Einzelheiten dazu können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

### OHG

#### Tätigkeit und Aufwand im Rechnungsjahr 2008

		Fr.
Beiträge des Staates an die Beratungsstellen		775 000.00
Kosten für sofortige Hilfe	*	152 209.20
Kosten für längerfristige Hilfe	*	24 428.15
Anwaltskosten	*	22 208.95
*Unter Staat und Gemeinden aufzuteilender Gesamtbetrag (45%/55%)		<b>198 846.30</b>
Entschädigung (materieller Schaden)	**	9 178.00
Genugtuung	**	184 584.20
OHG-Streitfälle für Genugtuung und Entschädigung	**	1249.75
**Aufwand gänzlich zu Lasten des Staates		<b>195 011.95</b>
Total		<b>1 168 858.25</b>

#### **4. Hilfe an Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, abgewiesene Asylsuchende, Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid, Flüchtlinge**

##### **4.1 Rechtlicher Rahmen**

Das KSA ist mit der Anwendung des Asylgesetzes des Bundes vom 26. Juni 1998 (AsylG) betraut, namentlich mit der Aufnahme, Beherbergung, Betreuung von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen, abgewiesenen Asylsuchenden sowie Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE-Personen), die dem Kanton vom Bundesamt für Migration (BFM) zugeteilt worden sind, und leistet ihnen materielle Hilfe oder Nothilfe. Darüber hinaus obliegt dem KSA nach Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) vom 16. Dezember 2005 und der Verordnung vom 24. Oktober 2007 über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) auch die Förderung der Integration vorläufig aufgenommener Personen. Das KSA trägt aufgrund derselben Gesetzgebung ebenfalls Verantwortung für Personen mit Flüchtlingsstatus, die seit weniger als fünf Jahren im Kanton wohnhaft sind.

Nachdem sie vom Volk am 26. September 2006 angenommen worden waren, sind die revidierten Bestimmungen des Asylgesetzes (Änderung vom 16. Dezember 2005) und das neue Gesetz über die Ausländerinnen und Ausländer am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Für den Kanton und das KSA hatte dies zahlreiche einschneidende Änderungen zur Folge, und zwar nicht nur was die Handhabung der einzelnen Personenkategorien betrifft, sondern auch in finanzieller Hinsicht, namentlich aufgrund der Einführung einer Gesamtpauschale, die der Bund den Kantonen während des laufenden Asylverfahrens und der ersten sieben Jahre der vorläufigen Aufnahme entrichtet. Ebenfalls am 1. Januar 2008 hat die ORS Service AG (Organisation für Regie- und Spezialaufträge; nachfolgend: ORS) das «Asyl-Mandat» übernommen; der Staatsrat hatte diese Übergabe am 3. Juli im Anschluss an die im Mai vom Kanton getätigte Ausschreibung beschlossen. Die ORS kümmert sich nun also um die Aufnahme, die Betreuung und die Beherbergung von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen, abgewiesenen Asylsuchenden und NEE-Personen. Caritas Schweiz in Freiburg wird sich indes weiterhin um die soziale und finanzielle Begleitung und die Integration von Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung von weniger als fünf Jahren (Ausweis B) kümmern.

##### **4.2 Abgewiesene Asylsuchende**

Das revidierte Asylgesetz sieht für Asylbewerber, gegen die ein rechtskräftiger negativer Asyl- und Ausweisungsentscheid vorliegt, einen Ausschluss aus der ordentlichen Sozialhilfe vor. Seit dem 1. Januar 2008 können diese somit, genauso wenig wie NEE-Personen, nicht mehr von den Asylstrukturen profitieren und haben grundsätzlich nur noch Anspruch auf Nothilfe. Die neuen Regeln und Verfahren in Bezug auf den Umgang

mit diesen Personen wurden vom Staatsrat festgelegt. Mit Ausnahme von Personen, die eine Härtefallbewilligung bekommen können, sowie von vulnerablen Personen (Familien mit minderjährigen Kindern, betagte oder schwer kranke Personen, unbegleitete Minderjährige usw.), haben die abgewiesenen Asylbewerber in Zukunft keinen Anspruch mehr auf eine Beherbergung in einer von der ORS geleiteten Asylunterkunft. Sollten sie die Schweiz nicht verlassen, können sie lediglich in der Notunterkunft Poya in Freiburg untergebracht werden, genau wie NEE-Personen. Auf Gesuch hin wird ihnen höchstens eine Nothilfe von 10 Franken pro Tag im Sinne von Artikel 12 der Bundesverfassung gewährt. Die anwendbaren Normen für die Nothilfe gelten indessen weder für vulnerable Personen noch für Härtefälle; diese unterliegen auch weiterhin den Normen der Sozialhilfe im Asylbereich. Im Übrigen bleiben alle abgewiesenen Asylbewerber und NEE-Personen auch weiterhin einer Krankenversicherung angeschlossen. Zusammen mit dem Amt für Bevölkerung und Migration überwacht das KSA die Anwendung dieses Verfahrens. Es fällt ausserdem die Entscheide in Bezug auf das Ende des Anspruchs auf Unterbringung, die den betroffenen Personen vom Amt für Bevölkerung und Migration mitgeteilt werden, sowie Ausweisungsentscheide, für deren Meldung und Vollzug die Kantonspolizei zuständig ist. 2008 hat das KSA 126 Entscheide über das Ende des Anspruchs auf Unterbringung und 15 Ausweisungsentscheide gefällt. Anfang Januar 2008 zählte unser Kanton 259 abgewiesene Asylsuchende. Ende Dezember waren es noch 190. Die Kosten in Zusammenhang mit dem weiteren Aufenthalt in der Schweiz von abgewiesenen Asylsuchenden und NEE-Personen trägt der Kanton. Zum Ausgleich entrichtet der Bund dem Kanton für jeden neuen abgewiesenen Asylsuchenden und jeden neuen NEE-Fall, der ihm zugeteilt wird, eine Gesamtpauschale. Zudem hat der Bund einen einmaligen Beitrag von 15 000 Franken pro Person für alle am 31. Dezember 2007 im Kanton wohnhaften abgewiesenen Asylbewerber überwiesen.

##### **4.3 Integrationsmassnahmen für vorläufig Aufgenommene**

Seit dem 1. Januar 2008 und dem Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Bestimmungen sind alle vorläufig aufgenommenen Personen, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, dazu verpflichtet, an Eingliederungsmassnahmen teilzunehmen. In diesem Zusammenhang hat das KSA speziell auf vorläufig aufgenommene Personen zugeschnittene Integrationsmassnahmen bereitgestellt. Die Umsetzung dieser Massnahmen und die Strategie zur Förderung der Autonomie dieser Personen hat das KSA im Dokument «Spezifische Integrationsmassnahmen für vorläufig aufgenommene Personen» vom 31. März 2008 festgehalten. Das KSA ist verantwortlich für die Ausarbeitung, Einführung und Evaluation spezifischer sozialer und beruflicher Eingliederungsmass-

nahmen für diese Personenkategorie. Ausserdem muss es diese Massnahmen validieren und in einen Katalog aufnehmen. In diesem Sinne arbeitet das KSA mit der ORS zusammen, um die Umsetzung dieser Massnahmen zu koordinieren, und mit den übrigen an der Integration beteiligten Akteuren, um diese Massnahmen zu validieren. Weiter informiert das KSA den Integrationsbeauftragten regelmässig über seine Projekte und seine Strategie, die sowohl mit den Schwerpunkten im Integrationsbereich des Bundes als auch mit dem kantonalen Leitbild zur Integration der Migrantinnen und Migranten im Einklang sind. Der Bund richtet dem Kanton für jede vorläufig aufgenommene Person, die Sozialhilfe beansprucht, während den ersten sieben Jahren ihres Aufenthalts in der Schweiz eine Gesamtpauschale aus. Nach Ablauf dieser Frist geht die finanzielle Zuständigkeit an den Kanton über. Für die Förderung der Integration richtet der Bund den Kantonen seit 1. Januar 2008 für jede vorläufig aufgenommene Person eine einmalige Integrationspauschale aus. Zudem hat der Bund einen einmaligen Beitrag von 3500 Franken pro Person für alle am 31. Dezember 2007 im Kanton wohnhaften, vorläufig aufgenommenen Personen ausgerichtet.

#### 4.4 Statistik und Anstieg der Asylgesuche

Die Gesamtzahl der in der Schweiz verzeichneten Asylanträge ist stark angestiegen: 16 606 im 2008 gegenüber 10 387 im 2007. Die Zahl der dem Kanton zugewiesenen Asylsuchenden belief sich 2008 auf 481 (2007: 255). Auch der Bestand der im Kanton wohnhaften Asylsuchenden ist deutlich angestiegen: Am 31. Dezember 2008 belief er sich auf 1456 Personen, gegenüber 1320 am 31. Dezember 2007.

Anfang Juni 2008 hat der Direktor des Bundesamtes für Migration (BFM) die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) darüber informiert, dass der Bund nicht in der Lage ist, dem Anstieg der Asylanträge gerecht zu werden und die Bundesstrukturen nicht mehr genügen, wenn die Ankünfte die Zahl von 12 000 pro Jahr übersteigen. Diese Aussage widerspricht jedoch dem vom Bund angepriesenen Konzept für die Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Kantonen. Infolgedessen informierte die SODK die Kantone über eine Rückkehr zum alten System; was bedeutet, dass die neu eingetroffenen Asylbewerber schneller in den kantonalen Einrichtungen aufgenommen werden, was wiederum einen signifikanten Anstieg der von den Kantonen aufgenommenen Personen in kürzeren Fristen zur Folge hat. Angesichts dieser radikalen Kehrtwende und weil die Kantone vom Bund dazu veranlasst worden waren, ihre Unterbringungsstrukturen im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 zu verringern, hat die SODK am 30. Juni 2008 bei den Kantonen eine Umfrage durchgeführt, um herauszufinden, welches die Bedürfnisse im Bereich der Betreuung und der Beherbergung von Asylsuchenden in besonderen Situationen sind und welche finanziellen

Auswirkungen es gibt. Das KSA hat diese Umfrage am 10. September 2008 beantwortet. Am 17. September 2008 hat das BFM ebenfalls eine Umfrage durchgeführt und zwar über die Beherbergungskapazitäten der Kantone. Die GSD hat darauf am 29. September 2008 geantwortet. Aus diesen Analysen ging hervor, dass die Kantone dieser grossen Zahl an Zuwanderungen ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung durch den Bund nicht gerecht werden können. Auf Kantonsebene hat die GSD den Freiburger Gemeindeverband und die Oberamtspersonen am 31. Oktober 2008 darüber informiert, dass die Beherbergungskapazitäten für Personen im Asylbereich an ihre Grenzen stossen. Daraufhin wurden die Gemeindebehörden und die Oberamtspersonen aufgefordert, der GSD mitzuteilen, welche Liegenschaften oder Wohnungen in ihren Gemeinden und Bezirken verfügbar wären. Die Gesundheitsdirektorin und der Amtsvorsteher haben sich am 4. Dezember 2008 mit den Oberamtspersonen getroffen. Ausserdem hat das KSA im letzten Quartal in denjenigen Bezirken Schritte eingeleitet, die im Zusammenhang mit der ausgewogenen Aufteilung der Asylsuchenden in den Bezirken ein Defizit aufweisen; es handelt sich dabei um den Sense-, den See- und den Vivisbachbezirk. Am 31. Dezember 2008 war die Suche nach einer passenden Immobilie immer noch im Gang.

#### 4.5 Beherbergung

Trotz des starken Anstiegs des Zustroms der Asylsuchenden in der Schweiz unterschieden sich die von der ORS 2008 verwalteten Empfangsstrukturen nicht von denjenigen, die das Freiburgische Rote Kreuz 2007 verwaltet hatte. Die Asylsuchenden wurden in vier Aufnahmestrukturen untergebracht, namentlich im «Foyer des Remparts» und im «Foyer du Bourg», welche sich beide in der Stadt Freiburg befinden, im «Foyer du Lac» in Estavayer-le-Lac und im «Foyer des Passereaux» in Broc, sowie in zwei Gemeinschaftshäusern in Bulle. Weil diese Erstaufnahmezentren jedoch voll belegt waren, wurden die neu eingetroffenen Asylsuchenden im letzten Quartal vorübergehend in der Notunterkunft für abgewiesene Asylbewerber «Foyer de la Poya» in Freiburg untergebracht, bis in den anderen Empfangsstrukturen Plätze frei wurden. Weil das «Foyer de la Poya» aus fünf unabhängigen Pavillons besteht, war die Unterbringung dieser zwei Personenkategorien gut durchführbar. Am 31. Dezember 2008 waren 407 Personen in den Gemeinschaftsstrukturen untergebracht, bei einer eigentlichen Beherbergungskapazität von 387 Personen. In den 372 Wohnungen, die von der ORS verwaltet werden, waren 1049 Personen untergebracht.

#### 4.6 Strukturelle Massnahmen

Die Übernahme des «Asyl-Mandats» durch die ORS per 1. Januar 2008 hat zu neuen Gewohnheiten und Verfahren der Zusammenarbeit zwischen dem KSA und der ORS geführt. Dank dieser engen Zusammenarbeit konn-

ten neue Kontrollsysteme und -massnahmen eingeführt und strukturelle Massnahmen getroffen werden. Überdies hatte das KSA den Auftrag, einen Vereinbarungsentwurf zwischen dem Staat und der ORS zu erstellen; dieser wurde am 16. Dezember 2008 vom Staatsrat genehmigt. Die Vereinbarung mit der ORS basiert auf dem am 24. April vom Staatsrat genehmigten Pflichtenheft und definiert den Rahmen des «Asyl-Mandats». Die finanziellen Aspekte sind indes in einem Zusatzvertrag geregelt, der jedes Jahr erneuert wird.

Bei den strukturellen Massnahmen hat der Staatsrat beschlossen, den Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen, die Sozialhilfe beziehen, nur eine beschränkte Anzahl an Krankenversicherern zur Auswahl anzubieten; er erfüllt damit die Bestimmungen des revidierten Asylgesetzes. In diesem Sinne hat der Staatsrat die ORS beauftragt, gemäss öffentlichem Beschaffungswesen Offerten einzuholen und eine Krankenkasse zu bestimmen, welche die betroffenen Personen versichert. Nach Beratung mit der GSD hat die ORS das Mandat an die Visana vergeben; diese hat den Zuschlagskriterien im Pflichtenheft am besten entsprochen. Nach dem Verfahren im öffentlichen Beschaffungswesen wäre es möglich gewesen, diesen Vergabeentscheid mit Beschwerde beim Kantonsgericht anzufechten; dazu kam es jedoch nicht. Die ORS hat die Versicherungen der betroffenen Personen per 31. Dezember 2008 gekündigt. Alle Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen, die Sozialhilfe beziehen, sind ab 1. Januar 2009 bei der Visana krankenversichert.

#### 4.7 Weitere Aufgaben

Das KSA hat im Übrigen einen Entwurf für eine Antwort auf eine Vernehmlassung auf Bundesebene zur Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen vorbereitet. Das KSA nahm an den vom BFM geleiteten Arbeitsgruppen teil und hat aktiv an den Arbeiten in Zusammenhang mit der Erstellung eines Reportings über Integrationsmassnahmen mitgearbeitet. Das KSA war aktiver Bestandteil der Kommission für schulische Betreuung und Integration der Kinder von Migrantinnen und Migranten, der Kommission für die Integration der Migrantinnen und Migranten und gegen Rassismus sowie der kantonalen Koordinationsgruppe für die Massnahmen, die speziell für abgewiesene Asylbewerber eingesetzt werden. Es nahm an zwei Sitzungen der Koordinatorinnen und Koordinatoren der lateinischen Schweiz teil und, auf Bundesebene, an verschiedenen, vom BFM organisierten Seminaren der Schweizer Koordinatoren. Unter den zahlreichen aktuellen Themen, die debattiert wurden, sind namentlich zu nennen: die Umsetzung von Massnahmen gegen abgewiesene Asylbewerber und NEE-Personen und die Weiterverfolgung des «Monitorings Sozialhilfestopp» in Bezug auf Not- hilfekosten, finanzielle Auswirkungen, Berechnung der Gesamtpauschale, Integrationsmassnahmen für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene.

Im Rahmen der Vergabe des «Asyl-Mandats» durch das Freiburgische Rote Kreuz per 31. Dezember 2007 überprüfte das KSA einerseits die Modalitäten dieser Vergabe und kontrollierte andererseits die Arbeiten in Zusammenhang mit den verschiedenen, 2008 durchgeführten Aufgaben der Rechnungsstellung (namentlich an das BFM), mit dem Rechnungsabschluss und mit der Verwaltung für die Rechnungsjahre 2006 und 2007. Gemäss der Vereinbarung zwischen dem Freiburgischen Roten Kreuz und der GSD hat das Freiburgische Rote Kreuz seine Tätigkeit 2006 und 2007 abgeschlossen und die dazugehörigen Dokumente am 15. Oktober 2008 übermittelt.

#### 4.8 Ausgaben 2008

Die materielle Hilfe an Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen sowie an abgewiesene Asylbewerber, die Kosten für das Betreuungs- und Verwaltungspersonal, die Betriebskosten der Beherbergungszentren sowie die Kosten für die Umsetzung des neuen Mandates beliefen sich 2008 auf 16 679 497 Franken, wovon 3 747 852 Franken vom Staat getragen werden.

Die Kosten für die Integration von vorläufig Aufgenommenen beliefen sich auf 448 958 Franken. Diese Kosten werden vom Bund rückerstattet.

Bei der Sozialhilfe an Flüchtlinge mit anerkanntem Flüchtlingsstatus, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige mit Aufenthaltsbewilligung hat sich das KSA mehrmals mit der Caritas Schweiz in Freiburg getroffen, um Fragen zu regeln wie: Anwendung der Verfahren für die Sozialbegleitung und Validierung der Integrationsmassnahmen, Unterbreitung der vierteljährlichen Abrechnungen und Kontrolle der Anwendung der Sozialhilferichtsätze für diese Personen.

Seit dem 1. Januar 2008 entrichtet der Bund den Kantonen eine Gesamtpauschale für Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene und Staatenlose. Für vorläufig Aufgenommene, die Sozialhilfe beziehen, wird diese Pauschale während der ersten sieben Jahre ihres Aufenthalts in der Schweiz ausgerichtet. Nach Ablauf dieser Frist geht die finanzielle Zuständigkeit an den Kanton über. Ausserdem entrichtet der Bund seit dem 1. Januar 2008 für jeden neuen Flüchtling eine einmalige Integrationspauschale.

Die Kosten für materielle Hilfe und Betreuung zugunsten von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen beliefen sich 2008 auf 1 487 938 Franken; auch diese Kosten werden vom Bund vollständig rückerstattet.

#### 5. Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen

Das KSA hat den Auftrag, beim Inkasso von Alimenten zugunsten von Kindern, Ehegatten oder Ex-Ehegatten, die durch ein vollstreckbares Urteil oder eine anerkannte Vereinbarung geregelt wurden, die entsprechende Hilfe zu leisten. Gleichzeitig kann das KSA eine Bevor-

schussung von Unterhaltsbeiträgen leisten, wenn die finanzielle Situation der Bezüger dies rechtfertigt und deren Unterhaltsbeiträge nicht bezahlt werden (s. Art. 46, 79 und 81 EGZGB; Beschluss vom 14. Dezember 1993 über die Eintreibung von Unterhaltsforderungen und die Ausrichtung von Vorschüssen für den Unterhalt der Kinder, Ehegatten oder Ex-Ehegatten). In diesem Zusammenhang nimmt das KSA die folgenden Aufgaben wahr: Information, Beratung und Anhörung sowohl der Hilfeempfänger als auch der Personen, die die Unterhaltsbeiträge zahlen müssen. Dazu kommen Verwaltung und Betreuung im administrativen, finanziellen und juristischen Bereich sowie in Kostenrechnungs- und Buchungsbereichen. Die Rechte, Aufgaben und Pflichten der Begünstigten und der Schuldner sowie des Amtes sind im Zivilgesetzbuch, in dessen Ausführungsgesetz, im Beschluss vom 14. Dezember 1993 und in den entsprechenden kantonalen Richtlinien festgehalten.

Die täglichen Arbeiten des KSA sind namentlich: Bestimmung des Anspruchs auf Inkassohilfe und/oder Unterhaltsvorschüsse, Vorbereitung und Begründung der damit verbundenen Entscheide, periodische Überprüfung der Dossiers und Leistungsansprüche, Information der Begünstigten und der Schuldner, Empfang und Beratung zugunsten dieser Personen, Bearbeitung von juristischen Fragen in Zusammenhang mit der Weiterverfolgung des Dossiers der Begünstigten und der Geltendmachung von Unterhaltsbeiträgen im Rahmen von Zivilverfahren (Anzeige an den Schuldner und Betreuung) und von Strafverfahren gegen den Schuldner der Unterhaltsbeiträge, Vertretung des Amtes bei den Sitzungen mit dem Zivilrichter, der Oberamtsperson und dem Strafrichter, monatliche Rechnungstellung der Unterhaltsbeiträge an die Schuldner, Auszahlung der Vorschüsse, Inkasso der Unterhaltszahlungen, Verwaltung des Debitorenwesens. 2008 nahm das KSA in den verschiedenen Bezirken des Kantons an 33 Sitzungen (2007: 30) vor dem Zivilrichter teil (Präsident des Bezirkszivilgerichts) und an 88 Sitzungen (2007: 64) vor den Strafbehörden (Oberamtsperson, Polizeirichter, Strafgericht).

Das KSA ist ausserdem Mitglied der Westschweizer Konferenz der kantonalen Ämter für Inkasso und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen und hat diesbezüglich an zwei Sitzungen teilgenommen (18. April und 14. November 2008). Im Laufe des Jahres befasste sich das KSA weiterhin mit der vollständigen Revision des Informatiksystems (administrative, finanzielle, Buchungs- und Kostenrechnungsbelange), unter Führung des Amtes für Informatik und Telekommunikation (ITA) und in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung. Ebenfalls vorgesehen ist die Revision des kantonalen Gesetzes in Zusammenhang mit der Eintreibung und der Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen. Ausserdem arbeitet das KSA weiterhin an einer rationellen Arbeitsweise und der Entwicklung einer einheitlichen

Praxis seiner Tätigkeit in diesem Bereich. Dabei berücksichtigt es auch die Erfahrungen anderer Kantone.

Am 31. Dezember 2008 beliefen sich die vom Staat Freiburg ausgerichteten Unterhaltsvorschüsse auf 5 488 953 Franken (2007: 5 556 259, 2006: 5 557 775, 2005: 5 423 873, 2004: 5 231 763). Von diesem Betrag konnten vom KSA bei den Schuldner der Unterhaltsbeiträge 2 707 220 Franken (48,48%) wieder eingetrieben werden, davon 26 461 Franken durch die vom Staat mit der Bearbeitung der abgeschlossenen Dossiers beauftragte Inkassostelle. Der nicht eingebrachte Teil wird zu gleichen Teilen auf den Staat und die Gemeinden aufgeteilt. Weil die Summe der vom Staat ausgerichteten Vorschüsse im Allgemeinen die Gesamtheit der laut Urteil oder Vereinbarung zu bezahlenden Unterhaltsbeiträge nicht deckt, hat das KSA überdies 2 477 869 eintreiben können, die anschliessend an die Anspruchsberechtigten weiter überwiesen wurden.

Auf die 231 eingereichten Gesuche (2007: 236) wurden 181 Eröffnungsentscheide durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KSA gefällt (2007: 196). Die Anzahl «aktiver» Dossiers belief sich am 31. Dezember 2008 auf 1508 (2007: 1502). Unter diesen «aktiven» Dossiers betreffen 105 die Anwendung des sog. New Yorker Übereinkommens; es geht dabei um die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen bei Fällen, in denen sich der Gläubiger oder der Schuldner im Ausland bzw. im Kanton Freiburg befindet. Ferner sind im Bereich Inkasso von Unterhaltsbeiträgen zu erwähnen: 336 Betreibungen (2007: 312), 27 Rechtsöffnungsentscheide, 109 Pfändungsurkunden und 241 Verlustscheine (2007: 223). Ausserdem wurden beim Zivilrichter 32 Anträge auf Lohnpfändung eingereicht (2007: 26). Auch wurden 121 Strafanzeigen eingereicht (2007: 138). Von den 109 Verordnungen und Urteilen der Strafbehörden (2007: 103) betrafen 41% eine Verurteilung (2007: 45%), 14% ein Nichteintreten (2007: 9%) und 38% eine Einstellung des Verfahrens (2007: 47%). Bei der Nachkontrolle der Dossiers, bei denen das KSA den Begünstigten Bevorschussungen von Unterhaltsbeiträgen zuteilte, wurden 715 Dossiers revidiert. Dazu kommt die Revision von 155 Dossiers, die die blosser Inkassohilfe betrafen. Insgesamt führte dies 2008 zu 870 Revisionsentscheiden, zusätzlich zu den Eröffnungs- und den Nichteröffnungsentscheiden. Schliesslich wurde 21 Mal Einsprache ergriffen (2007: 27), die Mehrheit wurde allerdings abgelehnt. Bei der GSD wurden ausserdem 3 Beschwerden eingereicht (2007: 2).

**Materielle Hilfe netto 2008 (vom 1.10.07 bis zum 30.09.08)**

Persönliche Rückerstattungen sind berücksichtigt

Art. 7 und 8 SHG: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

<b>AUFTEILUNG GEMEINDEN/STAAT Art. 32 und 33 SHG</b>							
<i>Personenkategorie</i>	<i>Zu Lasten des Staates Fr.</i>	<i>% Total</i>	<i>Zu Lasten anderer Kantone Fr.</i>	<i>% Total</i>	<i>Zu Lasten der Gemeinden Fr.</i>	<i>% Total</i>	<b>Total Fr.</b>
Schweizer	6 530 514.10	55,83	1 246 856.60	96,33	6 319 506.70	56,30	<b>14 096 877.40</b>
Ausländer	5 166 661.04	44,17	47 460.15	3,67	4 905 100.10	43,70	<b>10 119 221.29</b>
Total	11 697 175.14	100	1 294 316.75	100	11 224 606.80	100	<b>24 216 098.69</b>

**Materielle Hilfe 2008**

im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

<b>AUFTEILUNG DER DOSSIERS NACH SOZIALHILFEURSACHE</b>		
<i>Sozialhilfeursache</i>	<i>Anzahl Dossiers</i>	<i>% Total</i>
Arbeitslosigkeit/Vorschüsse Arbeitslosenentschädigung	625	13,57
Einelternefamilie/getrenntes Paar	560	12,16
Krankheit/Unfall/Spital	323	7,02
Hilfe an Kinder	59	1,28
Schutzaufsicht	41	0,89
AHV/IV/EL: Vorschüsse/ungenügende Leistungen	657	14,27
Ungenügende Einkommen	1421	30,87
Unterbringung im Pflegeheim/Heim für Betagte	30	0,65
Drogen/Alkohol	181	3,93
Spital/Unfall/Krankheit: vorübergehend anwesende Personen	27	0,59
Heimschaffung: vorübergehend anwesende Personen	89	1,93
Arbeitslosigkeit: Aussteuerung	591	12,84
<b>Total Dossiers</b>	<b>4604</b>	<b>100</b>



**Materielle Hilfe netto 2008 (vom 1.10.07 bis zum 30.09.08)**

Persönliche Rückerstattungen sind berücksichtigt/vor der Aufteilung Staat/Gemeinden/andere Kantone  
Art. 7 und 8 SHG: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

<b>AUFTEILUNG NACH REGIONALEM SOZIALDIENST UND NACH KATEGORIE</b>							
<i>Regionale Sozialdienste</i>	<i>Freiburger</i>		<i>Schweizer</i>		<i>Ausländer</i>		<i>Total</i>
	<i>Betrag der Hilfe in Fr.</i>	<i>Anzahl Dossiers</i>	<i>Betrag der Hilfe in Fr.</i>	<i>Anzahl Dossiers</i>	<i>Betrag der Hilfe in Fr.</i>	<i>Anzahl Dossiers</i>	<i>Betrag der Hilfe in Fr.</i>
Freiburg-Stadt	2 140 980.65	427	1 467 671.70	222	3 346 139.60	619	6 954 791.95
Villars-sur-Glâne	285 291.70	58	88 583.30	28	526 094.55	127	899 969.55
Sonnaz	495 275.60	75	245 695.90	48	778 836.70	85	1 519 808.20
Marly	268 723.65	58	124 296.85	28	893 254.70	80	1 286 275.20
Saane-West	174 437.50	38	75 574.85	15	33 113.70	15	283 126.05
Gibloux	471 820.80	69	481 026.80	59	360 948.70	33	1 313 796.30
Saane-West	169 089.00	45	171 058.80	23	106 354.05	20	446 501.85
Sense-Mittelland	213 234.80	34	368 074.05	33	156 276.85	17	737 585.70
Schmitten	231 244.10	19	63 269.15	17	161 136.95	17	455 650.20
Bösingen	41 500.95	2	78 760.75	9	26 498.85	5	146 760.55
Düdingen	490 021.40	50	359 408.75	35	365 699.25	30	1 215 129.40
Sense-Oberland	229 094.30	51	79 170.65	32	169 935.70	13	478 200.65
Wünnewil- Ueberstorf	106 060.90	25	221 792.85	44	276 766.00	42	604 619.75
Gruyère	1 322 568.40	287	531 324.50	111	709 883.30	202	2 563 776.20
Murten	75 424.45	16	520 947.95	50	387 345.75	49	983 718.15
See	177 969.90	35	433 433.75	67	351 942.20	62	963 345.85
Kerzers	-1 326.05	6	144 603.20	29	223 108.60	34	366 385.75
Glane-Süd	40 499.80	24	18 967.65	18	57 215.20	12	116 682.65
Romont	121 726.20	33	78 371.15	18	260 663.50	45	460 760.85
Glane	123 188.25	38	54 921.55	21	66 518.75	13	244 628.55
Broye	267 221.90	95	566 927.35	95	648 148.20	106	1 482 297.45
Basse-Veveyse	97 205.10	16	119 470.75	27	-33 154.35	16	183 521.50
Haute-Veveyse	-1 413.65	11	16 461.90	7	15 996.65	4	31 044.90
Châtel-St-Denis	9 433.55	19	225 703.35	46	100 134.89	26	335 271.79
Kantonales Sozialamt	349.00	3	11 737.70	6	130 363.00	118	142 449.70
<b>Total</b>	<b>7 549 622.20</b>	<b>1534</b>	<b>6 547 255.20</b>	<b>1088</b>	<b>10 119 221.29</b>	<b>1790</b>	<b>24 216 098.69</b>

## VIII. JUGENDAMT

### 1. Aufgaben

Das Jugendamt (JA) ist die spezialisierte Dienststelle für den Jugendschutz. Es erfüllt die folgenden Aufgaben:

- Umsetzung der nötigen sozialpädagogischen Massnahmen – in Absprache mit den Eltern oder der gesetzlichen Vertretung – für Kinder, die in ihrer Entwicklung gefährdet sind, oder für junge Erwachsene;
- Vollzug der von Vormundschafts- oder Gerichtsbehörden angeordneten zivil- oder strafrechtlichen Kinderschutzmassnahmen, vorläufige Vertretung von Kindern, die sich im Kanton aufhalten, sowie die kantonale Koordination in Fällen internationaler Kindesentführung;
- Beurteilung, Bewilligung und Beaufsichtigung familienexterner Betreuungsstätten sowie die Verantwortung als kantonale Zentralbehörde im Adoptionsbereich;
- Beratung von Opfern (Kinder, Männer und Strassenverkehrsoffer) im Sinne der Gesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten;
- Information der Bevölkerung über die Mittel der Hilfe an Kinder und Jugendliche, in Koordination mit den beiden Jugendbeauftragten;
- Umsetzung der Jugendpolitik, namentlich durch die Unterstützung des Auftrags der beiden Jugendbeauftragten.

Geleitet wird das Jugendamt von Stéphane Quéru.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Allgemeine Tätigkeit

Das Jahr 2008 bedeutete die Weiterführung der Jugendschutzaktivitäten und eine Konsolidierung der Tätigkeit der beiden Jugendbeauftragten.

Das ganze Jahr über liefen die Arbeiten für die Ausarbeitung eines Ausführungsreglements zum Jugendgesetz vom 12. Mai 2006. In dieser Reglementierung geht es hauptsächlich um die Festlegung der Jugendpolitik sowie die Berücksichtigung der Strukturen für die auserschulische Betreuung.

Das JA befasste sich im ersten Quartal 2008 mit der Analyse der Leistungen. Die hohe Zahl von mehr als 60 Leistungsgruppen sagt viel aus über die Komplexität der Aufgaben und Tätigkeiten des JA.

Die Schaffung der Website des JA erforderte das ganze Jahr hindurch einen grossen Einsatz.

Allgemein war eine erhebliche Sozialarbeit-Belastung aufgrund der Komplexität der zu behandelnden Fälle festzustellen.

### 2.2 Besondere Ereignisse

Seit mehreren Jahren ist das JA zusätzlich zu seinen zahlreichen Aufgaben stark in der Ausbildung engagiert. Es verfügt über zwei Vollzeitstellen für Praktikantinnen und Praktikanten, die an den Fachhochschulen oder der Universität studieren. Diese Stellen wurden für den Zeitraum 2007–2008 von vier Personen besetzt, für den Zeitraum 2008 von drei und für den Zeitraum 2008–2009 von zwei Personen. Das Amt verfügt in seinem Budget auch über zwei Vollzeitstellen für Praktika nach dem Universitätsstudium. Diese Stellen wurden im Jahr 2008 von drei Personen besetzt. Schliesslich arbeitet das Amt im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit intensiv mit den regionalen Arbeitsvermittlungszentren zusammen. 2008 absolvierten sechs Personen temporäre Beschäftigungsprogramme im JA.

Durch die Zuteilung von 1,5 Vollzeitstellen wurde der Verwaltungssektor zusätzlich verstärkt. Die zusätzliche Hilfe wurde besonders im Hinblick auf die administrative Unterstützung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und auf die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben wie etwa die Archivierung von Dossiers geschätzt.

### 3. Die Sektoren des JA

Das JA ist zurzeit in fünf Tätigkeitssektoren aufgeteilt. Diese nehmen die folgenden Aufgaben wahr:

Sektor Direkte Sozialarbeit (SDS): Von den Jugendschutzbehörden verlangte soziale Abklärungen und Beurteilungen, Interventionen ohne amtlichen Auftrag, Bereitschaftsdienste, Not- und Kriseninterventionen (INTAKE), Ausführung behördlich angeordneter Schutzmassnahmen.

Sektor Familienexterne Kinderbetreuung (SMA): Abklärungen und Beurteilungen im Hinblick auf die Bewilligung von Betreuungsstätten in Familien und Institutionen, Aufsicht über die Betreuungsstätten und deren Koordination.

OHG-Beratungsstelle: OHG-Beratung für Kinder, Männer und Opfer von Verkehrsunfällen.

Fachstelle für Jugendförderung «Fribourg Jeunesse / Freiburg Jugend» (Frij): Jugendpolitik.

Verwaltungssektor: Verwaltung, Empfang, allgemeine Buchführung und spezifische Buchführung für Mündel.

#### 3.1 Sektor Direkte Sozialarbeit (SDS)

Im Team INTAKE musste der SDS mehrere Personalabgänge bewältigen.

Im Regionalteam Süd trat die Teamchefin Maria Pillonel – sie war verantwortlich für das Team, das die Kinderschutzmassnahmen in den Bezirken Greyerz, Glane und Vivisbach ausführt – Ende 2008 nach mehr als 20-jähriger Tätigkeit in den vorzeitigen Ruhestand.

### 3.1.1 Schutzmandate des SDS

Die Entwicklung der von den Regionalteams des SDS wahrgenommenen Anzahl Schutzmandate geht aus der nachstehenden Tabelle hervor:

	2007	2008	
Anzahl betreuter Kinder	2603	2707	+104
Anzahl neuer Interventionen	967	1038	+71
Situationen ohne amtlichen Auftrag	377	450	+73
Mandate Friedensgerichte	486	493	+7
Mandate Jugendstrafkammer	74	45	-29
Mandate Bezirkszivilgerichte	23	46	+23
Verschiedene andere Mandate	7	4	-3

Insgesamt wurden 104 Kinder mehr betreut; dies bestätigt den alljährlich beobachteten leichten Anstieg der Anzahl betreuter Kinder.

Bei den neuen Situationen ist festzustellen, dass ein grosser Teil des Anstiegs von den 73 dazugekommenen Fällen herrührt, die ohne amtlichen Auftrag betreut werden. Dies bedeutet auch, dass der Bereitschaftsdienst des INTAKE-Teams immer mehr beansprucht wird. Es gibt Anfragen von Eltern und Kindern, aber auch von Seiten der Schulen, die zunehmend an INTAKE gelangen, um sich über die Betreuung von Kindern beraten zu lassen. Im Übrigen ist der Bereitschaftsdienst von den Behörden, den Sozialnetzen und der Schule sehr gefragt, wenn es um Krisensituationen geht.

Erfreulicherweise ist eine Stabilisierung der Anzahl Schutzmandate der Friedensgerichte festzustellen (+ Fälle) sowie eine signifikante Abnahme der Mandate der Jugendstrafkammer (-29 Fälle). Diese wird aber aufgewogen durch eine starke Zunahme der Mandate von Seiten der Bezirkszivilgerichte.

### 3.1.2 Entwicklung der internen Verfahren und Direktiven

Im Rahmen des SDS arbeitet das JA weiterhin an der Einsetzung amtsinterner Verfahren, Richtlinien und Weisungen, zum einen, um den Auftraggebern und betroffenen Personen bestmöglich zu dienen und gerecht zu werden, zum anderen, um die Arbeit der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des Sektors noch besser zu unterstützen und noch effizienter zu gestalten.

Bei den Betreuungen ohne amtlichen Auftrag wurde beschlossen, dass die Begleitungen von Kindern und ihrer Familie alle sechs Monate systematisch auf ihren Nutzen hin überprüft werden und höchstens 18 Monate dauern sollen. Nach Ablauf dieser Zeit wird die zuständige Behörde ersucht, das Amt mit einem Jugendschutzmandat zu betrauen, sofern dies nicht schon vorher geschehen ist. Alle diese Situationen werden in den ersten Monaten intensiv vom Team INTAKE betreut. Dadurch ist es

möglich, die Schutztätigkeit in der grossen Mehrheit der Fälle innert kürzester Frist abzuschliessen (3–6 Monate). In der Tat ist eine rasche und intensive Unterstützung von grösster Wichtigkeit, sodass sich die Situation nicht verschlimmert und das Problem so rasch wie möglich gelöst wird.

Auch für die Unterbringung von Kindern ohne amtlichen Auftrag besteht ein neues Verfahren, wonach die Vormundschaftsbehörden über alle Unterbringungen, die ohne Auftrag erfolgen und länger als drei Monate dauern, informiert werden müssen. Zum einen kann dem Kind mit diesem Verfahren garantiert werden, dass sich ein neutrales gerichtliches Organ zu den Massnahmen äussert, die seine Eltern unter Aufsicht des JA ergriffen haben, denn es handelt sich doch um Massnahmen, die für die Zukunft des Kindes entscheidend sein können. Zum anderen gibt es dem Kind die Möglichkeit, nach Artikel 12 der Konvention der Vereinten Nationen und Artikel 314 Ziffer 1 ZGB von dieser Behörde angehört zu werden.

Seit Sommer 2008 werden ein neues Verfahren und eine neue Richtlinie für die Anwendung der Beistandschaft zur Überwachung des persönlichen Verkehrs nach Artikel 308 Abs. 2 ZGB angewandt. Diese sollen es ermöglichen, die Mandate trotz der Komplexität bestimmter Situationen innert einer Frist von maximal 2–3 Jahren auszuführen, das heisst: die endlosen, dem Kind schadenden Konflikte einiger Eltern um das Besuchsrecht stoppen, Loyalitätskonflikte der Kinder gegenüber den Eltern vermeiden und schliesslich den Kindern die Gewissheit eines sichergestellten Kontakts zu beiden Elternteilen geben.

### 3.2 Sektor Familienexterne Kinderbetreuung (SMA)

Der SMA ist für den Vollzug der Bundesverordnung vom 19. Oktober 1977 über die Unterbringung von Kindern zur Pflege und zur Adoption zuständig. So erfolgen soziale Abklärungen im Hinblick auf die Bewilligung für Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter, Pflegefamilien, künftige Adoptiveltern sowie für die anschliessende Beaufsichtigung dieser Betreuungsstätten.

#### 3.2.1 Wichtige Ereignisse beim SMA

Nach mehr als 13 Jahren hat der Leiter des Sektors Familienexterne Kinderbetreuung, Steve Perroud, sein Amt verlassen.

Die Normen und Empfehlungen für die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter wurden teilrevidiert. Damit sollen in der Berechnung der Personalabdeckung nicht nur die Personen berücksichtigt werden, die eine Ausbildung im Rahmen des eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses als Fachperson Betreuung absolviert haben, sondern auch solche, die dieses demnächst erhalten werden.

Über den SMA und mit Unterstützung der GSD beteiligte sich das JA ausserdem aktiv an der Organisation der ersten «Assises fribourgeoises de l'accueil de la petite enfance». Diese Konferenz fand am 31. Mai 2008 im Landwirtschaftlichen Institut Grangeneuve statt und galt dem Thema: Eltern–Fachleute: welche Gemeinschaftserziehung? Herausforderungen, Praktiken und Grenzen.

Die dem Vorschulalter gewidmeten Tagungen im Kanton haben zum Zweck, den Fachpersonen einen Fortbildungstag im Zusammenhang mit der Betreuung von Kindern im Vorschulalter anzubieten. Auch sollen sie den verschiedenen betroffenen Berufspersonen die Möglichkeit geben, sich zu treffen, miteinander zu diskutieren und sich zu vernetzen, damit der Beruf im Kanton Freiburg vermehrt anerkannt wird.

### 3.2.2 Verteilung der Daten beim SMA

2008 befasste sich der SMA mit 559 Dossiers (2007: 465):

<i>Einrichtungen für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter</i>	
Aufsichtsperiode	187
Abklärungsperiode	11
Projekt	7
<i>Tagesbetreuung</i>	
Aufsicht über «Tagesmütter»	24
Aufsicht über «assistantes parentales» <sup>1</sup>	9
<i>Einrichtungen für die ausser-schulische Betreuung</i>	
33	
<i>Nichtprofessionelle Pflegefamilien</i>	
Vollständig tätig	106
Tätig mit noch verfügbaren Plätzen	2
Verfügbar	15
In Beurteilung	23
Projekt	2
<i>Professionelle Pflegefamilien</i>	
Aufsichtsperiode	4
Projekt	1
<i>Pflegeeltern im Hinblick auf eine Adoption</i>	
Abklärung	37
Warten auf das Kind	45
Aufsicht über Aufnahme	38

<sup>1</sup> Der Kanton Freiburg zählt neun Tageselternvereine, denen der Staat anhand von Vereinbarungen die Aufsicht über die «assistantes parentales» delegiert hat.

<i>Nationale Adoption</i>	
Freigabe zur Adoption nach der Geburt	2
Freigabe zur Adoption vor der Geburt	1
<i>Spezifische Aufträge</i>	
Adoption durch Ehegatten	8
Erwachsenenadoption	1
Namenswechsel	3

### 3.3 OHG-Beratungsstelle

Nach dem Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG) erteilt die OHG-Beratungsstelle den Opfern und ihren Angehörigen Hilfe. Sie besteht aus einem Sektor, der sich spezifisch um Kinder und Jugendliche kümmert, und aus einem Sektor für Männer und Opfer von Unfällen im Strassenverkehr.

Die Unterstützung durch die OHG-Beratungsstelle soll eine rasche Hilfe ermöglichen. Der Zweck besteht darin, das Opfer rasch wieder in die Gesellschaft einzugliedern und die negativen Auswirkungen der Straftat wieder gutzumachen.

#### 3.3.1 Beratung für Kinder

Mehr und mehr gefragt ist die Beratungsstelle von Berufsleuten im Kontakt mit Kindern. Diese möchten vielfach über einen Fall von Ausbeutung oder Misshandlung diskutieren, damit eine zweckmässige Form der Hilfe bereitgestellt werden kann. Diese Form der Zusammenarbeit ist sehr wichtig; ihr Nutzen äussert sich namentlich darin, dass sowohl die Anzahl der Dossiers als auch die Dauer der Betreuung rückläufig ist.

	2007	2008
Neue Gesuche während des Jahres	147	147
Aus dem Vorjahr übernommene Fälle	150	108
Gesamtzahl der behandelten Fälle	297	255

Unter den 147 neuen Fällen betrafen 67% Mädchen und 33% Knaben. Im Rahmen der Soforthilfe kann die Beratungsstelle psychologische Begleitungen anbieten. Diese verteilen sich im Jahr 2008 wie folgt:

<i>Psychologische Betreuungen durch die Psychologin der Beratungsstelle</i>	
In Soforthilfe betreute Fälle (max. 5 Sitzungen)	17
Längerfristig betreute Fälle (>5 Sitzungen)	8
Gespräche mit den Opfern im Kindesalter	70
Gespräche mit den Eltern	34

### 3.3.2 Beratung für Männer und Opfer nach SVG

Der festgestellte Rückgang in der Betreuung von Fällen ist durch eine vorübergehende Änderung in der Meldepraxis der Polizei bedingt.

	2007	2008
Neue Gesuche während des Jahres	140	109
OHG-Fälle	129	105
Nicht-OHG-Fälle	11	4
Aus dem Vorjahr übernommene Fälle	77	69
Gesamtzahl der behandelten Fälle	217	178

Die OHG-Beratungsstelle verzeichnete 682 Beratungen für Opfer und ihre Angehörigen sowie 686 telefonische Beratungen (>15 Min.) für Opfer und ihre Angehörigen.

Ferner erfolgten 37 Begleitungen von Opfern bei Strafprozessen und Einvernahmen.

### 3.4 Fachstelle für Jugendförderung (friJ)

Die friJ ist mit der Umsetzung der Jugendpolitik betraut. Diese ist sektoriell und umfasst individuelle und kollektive Massnahmen, welche der Förderung der Kompetenzen und Ressourcen von Kindern und Jugendlichen dienen. Dafür werden folgende Mittel herangezogen:

- Unterstützung der Jugendarbeit, die von Kindern und Jugendlichen, mit ihnen und für sie konzipiert wurde;
- Verstärkung der Partizipation und einer aktiven Staatsbürgerschaft;
- Förderung und Koordination der Jugendverbände;
- Förderung und Koordination der soziokulturellen Animation;
- Angebot öffentlicher Räume und Räumlichkeiten;
- Umsetzung der Massnahmen primärer Prävention;
- Koordination und Vernetzung der Akteure in der Jugendförderung;
- Erarbeitung einer ganzheitlichen Perspektive in der Jugendpolitik;
- Umsetzung der Information, der Kommunikation, des Wissensmanagements, der Forschung und des Monitorings.

2008 befasste sich die friJ vor allem mit den folgenden Tätigkeiten:

- Erstellung und Aktualisierung einer Datei mit Adressen von Organisationen, die auf nationaler, interkantonalen, kantonaler und kommunaler Ebene im Bereich der Jugendpolitik tätig sind (450 Adressen).
- Schaffung eines Dokumentationszentrums (elektronisch und auf Papier) in fünf Bereichen: Förderung und Partizipation, Schutz und Prävention, Ausbildung und Arbeit, Familie und Betreuung, rechtliche und wissenschaftliche Grundlagen.

- Ausarbeitung eines Kurses zum Thema Jugendpolitik.
- Versand gezielter Informationen an die Partner, Weiterleitung nationaler Newsletters im Jugendbereich an die Freiburger Partner.
- Mitwirkung am Projekt «Wer bish?».
- Organisation von Zusammenkünften zum Informationsaustausch.
- Versand gezielter Informationen an die EKSD, an Lehrpersonen oder Schulen in Bezug auf die Partizipation der Schülerinnen und Schüler im schulischen Rahmen oder auf Präventionsprojekte.
- Unterstützung von Gemeinden und Vereinigungen.
- Mitwirkung an Veranstaltungen:
  - Jugendtage in den Freiburger Gemeinden Bulle, Attalens und Bossonnens (gemeinsam);
  - Verteilung von Informationen zu den Themen «Sommerjobs», «Informationsbroschüre für Jugendliche in Abstimmungsbelangen» an den Jugendtagen;
  - Freiburger Kinderkonferenz, organisiert von der Kinderlobby Schweiz (12.–15. November 2008);
  - Konferenz für Sozialfragen;
  - Bieler Seminar, organisiert von der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), zum Thema Jugendsexualität;
  - 75 Jahre Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV / Bern.
- Durchführung eines nationalen Monitorings.
- Festlegen der Kriterien für die Erteilung finanzieller Hilfen an Jugendprojekte. 2008 haben 14 Projekte finanzielle Unterstützung erhalten.

## IX. PERSONALBESTAND

<i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen</i>	<i>Rechnung 2008 VZÄ</i>	<i>Rechnung 2007 VZÄ</i>	<i>Differenz VZÄ</i>
<b>GESUNDHEIT UND SOZIALES</b>	<b>2 420,84</b>	<b>2 380,71</b>	<b>40,13</b>
ZENTRALVERWALTUNG	183,91	177,77	6,14
3600 / SASS Generalsekretariat	4,93	4,79	0,14
3605 / SANT Amt für Gesundheit	18,15	17,96	0,19
3606 / DENT Schulzahnpflegedienst	26,66	26,01	0,65
3625 / CPSY Psychosozialer Dienst	34,16	33,76	0,40
3626 / PPSY Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst	13,62	12,56	1,06
3630 / PFIS Familienplanung und Sexualinformation	6,62	6,37	0,25
3635 / LABC Kantonales Laboratorium	19,29	18,58	0,71
3645 / SOCI Sozialvorsorgeamt	10,20	9,15	1,05
3650 / AISO Kantonales Sozialamt	12,40	11,09	1,31
3665 / OCMF Jugendamt	37,88	37,50	0,38
SPITALWESEN	2 221,47	2 187,93	33,54
3611 / RHFR Freiburger Spitalnetz	1 925,80		1 925,80
3615 / HOPC Standort Freiburg		1 154,51	-1 154,51
Andere Standorte*		739,19	-739,19
3620 / MAHP Kantonales Psychiatrisches Spital	295,67	294,23	1,44
BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN	15,46	15,01	0,45
3624 / MABU Wäscherei Marsens	15,46	15,01	0,45

(\*von den entsprechenden Standorten erstellte Statistiken; die Statistiken wurden für die Rechnung 2008 konsolidiert)

# FINANZDIREKTION

<b>I. Direktion und Generalsekretariat.....</b>	<b>1</b>
1. Aufgaben.....	1
2. Tätigkeit.....	1
3. Interkantonale Zusammenarbeit.....	2
4. Rechtsdienst.....	3
5. Gesetzgebung.....	3
<b>II. Finanzverwaltung.....</b>	<b>4</b>
1. Aufgaben.....	4
2. Tätigkeit.....	4
<b>III. Kantonale Steuerverwaltung.....</b>	<b>10</b>
1. Aufgaben.....	10
2. Tätigkeit.....	10
<b>IV. Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern.....</b>	<b>13</b>
1. Aufgaben.....	13
2. Tätigkeit.....	13
3. Besondere Ereignisse.....	14
<b>V. Amt für Personal und Organisation des Staates Freiburg.....</b>	<b>14</b>
1. Aufgaben.....	14
2. Tätigkeit.....	14
<b>VI. Amt für Informatik und Telekommunikation... </b>	<b>19</b>
1. Auftrag.....	19
2. Tätigkeit.....	19
<b>VII. Amtliche Vermessung.....</b>	<b>24</b>
1. Aufgaben.....	24
2. Tätigkeit.....	24
<b>VIII. Grundbuch.....</b>	<b>28</b>
1. Aufgaben.....	28
2. Grundbuchämter.....	28
3. Die Grundbuchämter als Steuerbehörde.....	29
4. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch.....	30
<b>IX. Finanzinspektorat.....</b>	<b>30</b>
1. Aufgaben.....	30
2. Tätigkeit.....	30
<b>X. Personalbestand.....</b>	<b>32</b>



## DIREKTION

## I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

### 1. Aufgaben

Die Finanzdirektion (FIND) sorgt über ihre Dienststellen für einen effizienten Umgang mit den staatlichen Mitteln, namentlich den Finanz-, Personal-, Steuer- und Informatikressourcen. Zu ihren Aufgaben gehören auch die amtliche Vermessung, das heisst die Katasterpläne des Kantonsgebiets, und die tadellose Grundbuchführung. Das Finanzinspektorat und die Pensionskasse des Staatspersonals sind der FIND administrativ zugewiesen.

Finanzdirektor war im Jahr 2008 Staatsrat Claude Lässer, das Amt des Generalsekretärs hatte Jean-Paul Monney inne.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Generalsekretariat der Finanzdirektion (GS-FIND) bereitet die Geschäfte vor, die dem Staatsrat von der Finanzdirektion unterbreitet werden, und betreut die Dossiers anderer Direktionen zuhanden des Staatsrates, namentlich solche, bei denen es um wichtige finanzielle, personelle oder EDV-Belange geht, für die Fachstellen zuständig sind, die zur Finanzdirektion gehören. Das GS-FIND besorgt auch die Vorbereitung der Geschäfte, die an den Grossen Rat überwiesen werden, und die Nachbetreuung der Erlasse und die Verwaltung mancher Dossiers, für die die Direktion zuständig ist, insbesondere in internen oder externen Vernehmlassungsverfahren. Es verwaltet das Versicherungsportfolio der Vermögenswerte des Staates und ist für die Beziehungen zur Gesellschaft und zur kantonalen Kommission der Loterie Romande zuständig.

Die Sekretariatsverwaltung umfasst das Bearbeiten der Korrespondenz, Telefon-, Schalter- und Empfangsdienst, Terminverwaltung und Reservationen, den logistischen Support (namentlich Materialbestellungen) sowie Ablage und Archivierung.

Das GS-FIND kümmert sich mit seinen beiden in Teilzeit beschäftigten Übersetzerinnen um die deutsche Übersetzung der französischen Texte, vor allem der amtlichen Texte zuhanden des Staatsrates, der Texte der Direktion (Korrespondenz, Entscheide), aber auch von Texten der Dienststellen. Die Übersetzerinnen erteilen ausserdem intern Auskünfte zu sprachlichen Fragen, kontrollieren auf Anfrage deutsche Texte, stellen fachspezifische Dokumentationen zusammen und wirken bei den Terminologiarbeiten in den Bereichen mit, die in die Zuständigkeit der FIND fallen.

Der Rechtsdienst befasst sich mit den Streitverfahren (s. Punkt 4 weiter unten), der Ausarbeitung und Revision von Erlässen und Reglementen, der Beantwortung von Vernehmlassungen sowie der internen oder externen juristischen Beratung, vor allem in den Bereichen, in denen die Dienststellen der Direktion über keine Juris-

ten verfügen. Die juristische Tätigkeit konzentrierte sich 2008 vor allem auf die Umsetzung des neuen Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (ESchG), das am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist.

#### 2.1.1 Voranschlag

Für die Finanzdirektion ist die Aufstellung des Staatsvoranschlags für das kommende Jahr eine der wichtigsten Aufgaben. Hier kurz zusammengefasst einige Überlegungen und Äusserungen, die bei der Präsentation des Voranschlags 2009 gemacht wurden:

Der Voranschlag 2009 ist ganz auf der Linie der Konsolidierung des ausgeglichenen Staatshaushalts sowie des qualitativen und quantitativen Ausbaus der staatlichen Leistungen an verschiedene Adressaten (Bevölkerung, Wirtschaft, öffentlicher Dienst).

So schliesst der Voranschlag der Laufenden Rechnung zum vierten Mal in Folge mit einem leichten Überschuss, und zwar von 750 000 Franken für das Jahr 2009. Ausserdem liegt die kantonale Subventionsquote, die sich nach dem kantonalen Steueraufkommen bemisst, 2009 mit 38,42% deutlich unter der gesetzlichen Obergrenze von 41%.

Im Voranschlag 2009, der die finanzrechtlichen Vorgaben also einhält, sind ausserdem auch die finanziellen Folgen mehrerer bedeutender Massnahmen einbezogen worden:

- Zunächst einmal ist eine zweifache Steuersenkung gesprochen worden, die den Kanton insgesamt 47 Millionen Franken kosten wird. Die beiden Schwerpunkte sind dabei erstens der Ausgleich der kalten Progression / Steuerreduktionen für Familien und niedrige Einkommen / Dividendenbesteuerung, und zweitens die Steuerfussenkung von 103 auf 100%. Diese Anpassungen waren zwar im Legislaturfinanzplan vorgesehen, sollten aber frühestens 2010/2011 erfolgen.
- Weiter wurde ein substanzielles Investitionsprogramm beschlossen, bei dem der allein zu Lasten des Staates gehende Teil um über ein Drittel zugenommen hat.
- Auch die hauptsächlichen staatlichen Leistungen sind ausgebaut worden, sowohl im Bildungs- als auch im Gesundheits- und Sozialwesen, insbesondere für die Sonderschulen sowie die Sonder- und Pflegeheime.
- Ausserdem ist auch neuen Bedürfnissen entsprochen worden. Hier sei auf die besonderen Anstrengungen für die Neue Regionalpolitik hingewiesen, wie auch auf das neue Netz für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit sowie die Einführung des 3. Studienjahrs in Medizin und des 2. Kindergartenjahres, in letzterem Fall übrigens mit einer substanziellen Hilfe zugunsten der Gemeinden.

- Schliesslich berücksichtigt der Voranschlag 2009 auch verbesserte Lohn- und Arbeitsbedingungen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten.

Die beträchtliche Aufstockung der Investitionen führt allerdings zu einem niedrigeren Selbstfinanzierungsgrad (von 86,9 auf 74,3%) sowie zu einem erhöhten Finanzierungsbedarf (von 13,5 auf 35,8 Millionen Franken), was mit zwei grösseren Liegenschaftserwerben zusammenhängt.

### 2.1.2 Weitere Tätigkeitsbereiche

Der Betrag der beiden Gewinnfonds der Loterie Romande bei der Finanzverwaltung beläuft sich per Ende 2008 auf 1 283 673 Franken (1 014 263 Franken Ende 2007).

## 3. Interkantonale Zusammenarbeit

### 3.1 Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren hat sich im Jahr 2008 zu vier Sitzungen getroffen, nämlich am 25. Januar, am 18. April, am 8. und 9. Mai und am 19. September. Die Finanzdirektorenkonferenz ist der Zusammenschluss aller kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Zu ihren Plenarversammlungen sind in der Regel der Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartements, Vertreterinnen und Vertreter der eidgenössischen Finanzverwaltung und der eidgenössischen Steuerverwaltung sowie Vorsteherinnen und Vorsteher der kantonalen Finanz- und Steuerverwaltungen eingeladen. Staatsrat Claude Lässer ist seit Anfang 2007 im Vorstand der Finanzdirektorenkonferenz.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- Die Fortsetzung der Reform der Unternehmensbesteuerung (namentlich Teilbesteuerung der Dividenden für die qualifizierten Beteiligungen). Die Unternehmenssteuerreform ist auf Bundesebene über mehrere Jahre geprüft worden, einerseits für die direkte Bundessteuer und andererseits für die direkten Kantons- und Gemeindesteuern durch das Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern, das für die Kantone einschlägige Grundsätze festlegt. Nach mehreren Expertisen und Entwürfen ist das Gesetz dem Volk am 24. Februar 2008 zur Abstimmung vorgelegt und mit knappem Mehr angenommen worden.
- Die Reform der Besteuerung der Familien mit Kindern wird nach der Ablehnung des Steuerpakets durch das Schweizer Stimmvolk am 16. Mai 2004 weiter geprüft.
- Das umfassende Projekt der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten, nach vielen Anpassungsarbeiten in den Kantonen. 2008 sind zwei aus Bundes- und Kan-

tonsvertretern zusammengesetzte Projektgruppen eingesetzt worden, die eine zur Bestimmung der verschiedenen im Rahmen der NFA verwendeten Indizes, die andere zur periodischen Überprüfung der Wirksamkeit der NFA. Die Finanzdirektorenkonferenz hat 2008 insbesondere auch die Zahlen und Indizes für 2009 geprüft und sich mit der Frage der rückwirkenden Korrektur eines den Kanton St. Gallen betreffenden Berechnungsfehlers befasst.

- Der interkantonale und internationale Steuerwettbewerb, insbesondere auch die Kontroverse mit der Europäischen Union, das heisst die Pauschalbesteuerung nach dem Aufwand und die Holdingbesteuerung.
- Die Gewinnverteilung der Schweizerischen Nationalbank.
- Ein Entwurf eines neuen Rechnungsmodells für die öffentlichen Haushalte.
- Die Finanzdirektorenkonferenz hat Vertreter des Bundes zur Politik der Schweizerischen Nationalbank, zur regionalen Wirtschaftsförderungspolitik und zur Förderung der Eisenbahninfrastrukturen angehört und mit ihnen darüber diskutiert.
- Die Antworten auf mehrere Vernehmlassungen des Bundes mit erheblichen finanziellen Auswirkungen auf die Kantone: Mehrwertsteuerrevision und namentlich Behandlung der von den Kantonen und Gemeinden ausgerichteten Subventionen, Spitalfinanzierung durch die Kantone, Sanierung der SBB-Pensionskasse, Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz, Revision des Post- und Postorganisationsgesetzes.
- Die Prüfung der Berichte und der Jahresrechnung der Konferenz und ihrer Organe (Vorstand, Koordinations- und Beratungsstelle für Fragen der Steuerpolitik, Schweizerische Informatikkonferenz, Arbeitsgruppe Finanzausgleich).

### 3.2 Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin hat sich im Jahr 2008 zu fünf Sitzungen getroffen, nämlich am 1. Februar, 3. März, 30. Mai in Freiburg, 5. September und 2. November. Diese Konferenz ist der Zusammenschluss der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der sechs Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin. Zu ihren Sitzungen sind in der Regel Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Finanzverwaltungen sowie der eidgenössischen Finanzverwaltung eingeladen.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- Die Finanzierung der Fachhochschulen (FH Westschweiz und FH-GS), insbesondere Prüfung und

Integration des Finanzierungsbedarfs im Rahmen der Verfahren zur Aufstellung der Voranschläge der einzelnen Kantone.

- Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, insbesondere ein den Kanton St. Gallen betreffender Berechnungsfehler und die Zahlen 2009.
- Die Finanzierungssysteme und Deckungsgrade der Pensionskassen des Personals der öffentlichen Körperschaften der Westschweizer Kantone sowie der Entwurf entsprechender bundesrechtlicher Bestimmungen.
- Die finanziellen Auswirkungen auf die Westschweizer Kantone insbesondere einiger Geschäfte des Bundes wie Steuerreformen, Ausschüttung des Nationalbankgewinns, Evaluierung der Subventionen, geplante Finanzsanierungsmassnahmen.
- Austausch von Informationen über die Jahresrechnungen und Voranschläge der vertretenen Kantone, insbesondere über die Steuereinnahmen, und die Gefahren einer Verschlechterung der Kantonsfinanzen infolge der schweren internationalen Finanzkrise.
- Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe im Hinblick auf ein koordiniertes Vorgehen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise.

#### 4. Rechtsdienst

Der Rechtsdienst befasst sich mit der Bearbeitung von Einsprachen, Steuerbefreiungs- und Steuererlassgesuchen sowie der Ausarbeitung von Stellungnahmen zu internen und externen Fragen bezüglich der Einregistrierungsgebühren (Erbschafts- und Schenkungssteuern) und der Handänderungssteuern. Die Zahl der Dossiers ist 2008 gestiegen, aber der 2006 mit der Ausarbeitung des neuen Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (ESchG) entstandene Rückstand ist praktisch wettgemacht.

#### 5. Gesetzgebung

Im Folgenden sind die Gesetze und Dekrete sowie die Verordnungen und Beschlüsse, die im Jahr 2008 in den der Finanzdirektion unterstehenden Bereichen erlassen wurden, in chronologischer Reihenfolge aufgeführt.

##### 5.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 12. Februar 2008 über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2007;

Dekret vom 2. April 2008 über die Gültigkeit der Gesetzesinitiative «Gerechte Steuerrückerstattung für alle»;

Gesetz vom 7. Mai 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Freiburger Kantonalbank (Mandatsdauer des Verwaltungsratspräsidenten);

Dekret vom 7. Mai 2008 zur Staatsrechnung 2007 des Kantons Freiburg;

Gesetz vom 17. Juni 2008 zur Anpassung des Gesetzes über die amtliche Vermessung an die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen;

Dekret vom 3. September 2008 über die Gesetzesinitiative «Gerechte Steuerrückerstattung für alle» (Volksabstimmung);

Gesetz vom 3. September 2008 zur Änderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates (indirekter Gegenentwurf zur Gesetzesinitiative «Gerechte Steuerrückerstattung für alle»);

Gesetz vom 5. September 2008 zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern (namentlich Ausgleich der kalten Progression und Steuersenkung für die natürlichen und juristischen Personen);

Gesetz vom 9. Oktober 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern (Übertragung der Grundstücke von Immobiliengesellschaften, die der Handels- oder Fabrikationstätigkeit dienen, wird von den Handänderungssteuern befreit);

Gesetz vom 5. November 2008 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2009;

Dekret vom 5. November 2008 zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2009.

##### 5.2 Verordnungen und Beschlüsse

Verordnung vom 8. Januar 2008 über die Gemeindeanteile an der zusätzlichen Ausgleichszahlung im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen;

Verordnung vom 11. Februar 2008 zur Änderung des Subventionsreglements;

Beschluss vom 11. März 2008 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 1. Quartal 2008 (156. Gewinnverteilung);

Beschluss vom 29. April 2008 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Dürigen, Los IX, Sektoren 1 und 2;

Verordnung vom 20. Mai 2008 über die leistungsorientierte Führung;

Verordnung vom 3. Juni 2008 über die massgebenden Beträge gemäss der letzten Staatsrechnung;

Beschluss vom 16. Juni 2008 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 2. Quartal 2008 (157. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 1. Juli 2008 über die Förderung der freiwilligen Pensionierung des Staatspersonals ab 2009;

Beschluss vom 1. Juli 2008 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Gurmels (Sektor Cordast, Los II);

Verordnung vom 8. Juli 2008 über die Erhöhung der Kilometerentschädigung für Dienstfahrten des Staatspersonals;

Verordnung vom 19. August 2008 zur Änderung des Tarifs der Honorare des Finanzinspektorates;

Beschluss vom 23. September 2008 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 3. Quartal 2008 (158. Gewinnverteilung);

Verordnung der Finanzdirektion vom 25. September 2008 zur Änderung der Verordnung über den Steuerbezug für das Jahr 2008 und zur Aufhebung der Verordnung über den Zinssatz für die Rückerstattung nicht geschuldeter Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern;

Verordnung vom 14. Oktober 2008 über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (ESchV);

Verordnung vom 14. Oktober 2008 über den Abzug der Beerdigungskosten für die Berechnung der Erbschaftsteuer;

Verordnung vom 14. Oktober 2008 über die abziehbaren Prämien der Kranken- und Unfallversicherung für die Steuerperiode 2009;

Verordnung vom 9. Dezember 2008 zur Änderung des Beschlusses über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten;

Verordnung vom 9. Dezember 2008 zur Änderung des Reglements über das Staatspersonal (Erhöhung der Feriendauer);

Verordnung vom 9. Dezember 2008 über die Teuerungsanpassung und die Festsetzung der Gehaltsskalen des Staatspersonals für das Jahr 2009;

Verordnung vom 16. Dezember 2008 über die Quellensteuer;

Beschluss vom 16. Dezember 2008 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches (Perimeter Neuvermessung) und des Übergangsregisters (Perimeter Güterzusammenlegung) der Gemeinde Ulmiz;

Beschluss vom 16. Dezember 2008 über das Inkrafttreten des Übergangsregisters der Gemeinden Châtillon, Font, Lully und eines Teils der Gemeinde Estavayer-le-Lac nach Güterzusammenlegung;

Beschluss vom 16. Dezember 2008 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 4. Quartal 2008 (159. Gewinnverteilung);

Verordnung der Finanzdirektion vom 17. Dezember 2008 zur Änderung der Verordnung über den Abzug von Berufskosten bei unselbstständiger Erwerbstätigkeit;

Verordnung der Finanzdirektion vom 18. Dezember 2008 über den Bezug der Steuerforderungen für das Jahr 2009.

## II. FINANZVERWALTUNG

### 1. Aufgaben

Die Finanzverwaltung des Staates Freiburg (FinV) ist ein zentraler Dienst, der mit der Verwaltung der Kantons-

finanzen und der Erarbeitung aller für die kantonale Finanzpolitik erforderlichen Grundlagen beauftragt ist.

Die Finanzverwaltung wird von Staatsschatzverwalter Daniel Berset geleitet.

### 2. Tätigkeit

Die Finanzverwaltung führte im Jahr 2008 hauptsächlich folgende Arbeiten aus: Aufstellung des Staatsvoranschlags 2009, Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), Analyse der Erlässentwürfe der Direktionen, Weiterführung der Einrichtung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement, Überprüfung der Subventionen, Führung der Staatsbuchhaltung, Finanzdienst und Tresorerieverwaltung. Die Finanzverwaltung war auch in den Bereichen Inkasso und Debitorenverwaltung sowie Budgetkontrolle aktiv. Im Laufe des Jahres hat die Finanzverwaltung die Aufgaben in Zusammenhang mit der leistungsorientierten Führung übernommen und Arbeiten im Hinblick auf das neue harmonisierte Rechnungslegungsmodell durchgeführt.

#### 2.1 Voranschlagsentwurf 2009

Bei der Aufstellung des Entwurfs des Staatsvoranschlags 2009 achtete der Staatsrat auf die Einhaltung der finanzrechtlichen Vorschriften und entsprach gleichzeitig verschiedenen Erwartungen, namentlich hinsichtlich Leistungen, Steuern und Investitionen. Am 9. September 2008 verabschiedete der Staatsrat einen Entwurf des Staatsvoranschlags 2009, der all diesen Grundsätzen entspricht und die Zielsetzungen erfüllt. Der Grosse Rat brachte mit der Verschiebung von Krediten in eine andere Budgetrubrik eine einzige Änderung an, die sich aber keineswegs auf das Ergebnis auswirkte.

Der schliesslich am 5. November 2008 verabschiedete Voranschlag 2009 weist die folgenden voraussichtlichen Ergebnisse aus:

- einen Ertragsüberschuss von rund 750 000 Franken in der Laufenden Rechnung;
- Nettoinvestitionen im Betrag von 139,5 Millionen Franken;
- einen Gesamtausgabenüberschuss von 138,8 Millionen Franken in der Verwaltungsrechnung;
- einen Finanzierungsfehlbetrag von rund 35,8 Millionen Franken;
- eine Subventionsquote (Anteil der kantonalen Subventionen gemessen am kantonalen Steueraufkommen) von 38,42% (gesetzliche Obergrenze: 41%).

#### 2.2 Umsetzung der NFA

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Im ersten Umsetzungsjahr der NFA mussten in der kantonalen Verwal-

tung verschiedene zusätzliche Arbeiten ausgeführt und Anpassungen vorgenommen werden. Die Finanzverwaltung war daran auf verschiedene Arten beteiligt:

- Prüfung der von den Direktionen und Verwaltungseinheiten vorbereiteten Entwürfe in den Bereichen, in denen die erforderlichen Änderungen der kantonalen Gesetzgebung, die rückwirkend auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt wurden, noch verabschiedet werden mussten (Wälder, amtliche Vermessung, von zugelassenen privaten Anbietern ausgeführte pädagogisch-therapeutische Massnahmen, Lärmschutz);
- Koordination der Umsetzung der Programmvereinbarungen: Kontakte mit dem Bundesamt für Umwelt, Weiterleitung der Informationen an die entsprechenden kantonalen Verwaltungseinheiten, Organisation der internen Vernehmlassungen und Zusammenstellung der Stellungnahmen, Vorbereiten der Dossiers zuhanden des Staatsrates, Information des Freiburger Gemeindeverbands, Anpassung des Kontenplans des Kantons;
- Analyse der finanziellen Auswirkungen der NFA für den Staat: in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Steuerverwaltung Überprüfung der vom Bund in die Vernehmlassung geschickten Zahlen 2009, Vorbereitung der Stellungnahme des Staatsrates, Schätzung der Gesamtauswirkungen der NFA auf den Staatsvoranschlag 2009;
- Analyse der finanziellen Auswirkungen der NFA für die Gemeinden: Verfeinerung der Analyseverfahren, Suche nach zusätzlichen Informationen in den Gemeindebudgets 2008, Beantwortung verschiedener Fragen, Schätzung der Auswirkungen 2009 für die Gemeinden insgesamt;
- Pflege administrativer Kontakte betreffend die NFA mit der Konferenz der Kantonsregierungen, der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren sowie dem Eidgenössischen Finanzdepartement.

Ferner gilt für die Bereiche Sonderschulung und Einrichtungen für erwachsene Behinderte bezüglich NFA seit dem 1. Januar 2008 eine dreijährige Übergangsregelung. Es sind umfangreiche Arbeiten zur Erarbeitung kantonaler Strategien im Gange, die in diesen Bereichen ab dem 1. Januar 2011 umgesetzt werden sollen. Sie werden von der EKSD und der GDS in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen und der Finanzverwaltung durchgeführt. Mehrere Vertreter der Finanzverwaltung sind in den gegenwärtig tätigen Arbeitsgruppen und deren Untergruppen vertreten.

### 2.3 Analyse der Erlassentwürfe der Direktionen

Im Jahr 2008 hat die Finanzverwaltung annähernd dreissig Gesetzes-, Dekrets- und Verordnungsentwürfe insbesondere in finanzieller Hinsicht geprüft und namentlich zu folgenden Themen detailliert Stellung genommen: die Gesetzesentwürfe bzw. Gesetzesvorent-

würfe über die Information und den Zugang zu Dokumenten, über den interkommunalen Finanzausgleich, über das 2. Kindergartenjahr, über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt, über die Gesundheit, über die Ausübung der politischen Rechte, über den Natur- und Landschaftsschutz, über die Mutterschaftsbeiträge sowie über die Zuständigkeiten beim Abschluss von interkantonalen Verträgen. Stellungnahmen wurden auch zu Dekreten abgegeben, insbesondere für den zusätzlichen Verpflichtungskredit für die H189, für die Daueranlagen in den Staatswäldern, für die Wirtschaftsförderung sowie für den Erwerb des Gebäudes der Klinik Garcia und der Liegenschaft Liebfrauenplatz 2 in Freiburg (Gebäude der Polizei). Die Finanzverwaltung war auch aktiv an den umfangreichen Arbeiten der Arbeitsgruppe beteiligt, die die Übernahme der Schule für Multimedia und Kunst (EMAF) durch den Staat vorzubereiten sowie das Dekret für den Erwerb des Gebäudes auszuarbeiten hatte.

### 2.4 Neues harmonisiertes Rechnungslegungsmodell (HRM2)

Die Finanzverwaltung hat im Hinblick auf die Einführung des am 25. Januar 2008 von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren verabschiedeten neuen harmonisierten Rechnungslegungsmodells (HRM2) eine Projektorganisation eingesetzt. Der Projektausschuss hat sich 2008 mehrmals getroffen, und die Projektoberleitung hielt zwei Sitzungen ab. Die Arbeiten betreffen insbesondere die Anpassung des Kontenplans und der funktionalen Gliederung sowie die Neunummerierung der Finanzstellen (voraussichtlich Nummern aus vier beliebigen, nicht aussagekräftigen Ziffern). Die Einführung des neuen Rechnungslegungsmodells wird erhebliche Auswirkungen auf das SAP-System haben, und gegenwärtig sind genauere Abklärungen der praktischen Auswirkungen und der möglichen Lösungen im Gang. Das neue Rechnungslegungsmodell wird sich auch stark auf verschiedene Dokumente (die Sonderdrucke des Staatsvoranschlags und der Staatsrechnung), die Statistiken sowie die Finanzplanungssoftware auswirken.

### 2.5 Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement (NIGEFI)

Für die Abteilung Nigefi war 2008 ein etwas atypisches Jahr. Die Anstrengungen zur weiteren Implementierung von SAP in den Dienststellen der Kantonsverwaltung wurden aufgrund der Unicode-Migration sowie der Migration von der Version 4.7 auf die Version ECC06 teilweise gebremst.

Mit diesen beiden Migrationen vorwiegend technischer Natur war das Upgrade der SAP-Systeme auf ihre jüngsten Versionen möglich. Dies wird die Interoperabilität zwischen SAP und den anderen Systemen der kantonalen Informatik erleichtern, insbesondere die Zurverfügungstellung und die Verwendung von Web-Services.

### 2.5.1 Implementierung des SAP-Softwarepakets

Die Implementierung des SAP-Softwarepakets wurde weitergeführt und das SAP-Fakturierungsmodul in folgenden Einheiten eingeführt:

- bei der Staatskanzlei;
- bei den sieben Friedensgerichtskreisen;
- beim Amt für Umwelt;
- beim Amt für Berufsbildung.

### 2.5.2 Softwareunterhalt

Im Zuge des Inkrafttretens des Gesetzes über die Hundehaltung am 1. Januar 2008 wurde die Fakturierung der Hundesteuer vollständig überarbeitet.

Im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Reglements über die Ausübung der Patentfischerei in den kantonalen Gewässern am 1. Januar 2009 wurden die Fakturierungsverfahren für die Fischereipatente entsprechend angepasst.

### 2.5.3 Entwicklungen und Integrationsarbeiten

Bei den Entwicklungen und Integrationsarbeiten ist vor allem auf eine breitere funktionale Abdeckung der Informatiklösung für die Verwaltung, ein weiteres Follow-Up im Mahnwesen und die Entwicklung der Web Services hingearbeitet worden.

Mit den Entwicklungen innerhalb der Anwendung für die Verwaltung und das Follow-Up im Mahnwesen kann der Kantonale Finanzdienst die Betreibungen auf Pfandverwertung bearbeiten.

Die entwickelten Web Services sollen für die Kommunikationsplattform «PlatCom» zur Verfügung gestellt werden. So können die Gemeinden über diese Kommunikationsplattform auf ihr Kontokorrent zugreifen und die Saldi und Buchungen in Echtzeit abrufen.

### 2.6 Periodische Überprüfung der Subventionen

Die Gesamtplanung der Subventionsüberprüfungen im Zeitraum 2007/2012 ist vom Staatsrat im April 2007 genehmigt worden, unter Berücksichtigung des aktuellen Verzeichnisses der kantonalen Subventionen. In diesem Zeitraum sollen alle Subventionsbereiche überprüft werden, entsprechend den Vorschriften des SubG, wonach eine solche Gesamtüberprüfung jedes Subventionsbereichs mindestens alle sechs Jahre zu erfolgen hat.

- Überprüfung der Subventionen 2008

Entsprechend der Gesamtplanung erfolgten im Berichtsjahr zehn Überprüfungen nach dem neuen Prüfungskonzept. Drei Prüfungen waren jedoch bis Ende 2008 noch nicht abgeschlossen und werden bis Anfang 2009 zu Ende geführt.

Nachdem die mit der Überprüfung beauftragten Personen von der Finanzverwaltung individuell geschult worden waren, haben sie die Überprüfungen zwischen April und Dezember 2008 durchgeführt. Die Ergebnisse wurden im November 2008 an die Koordinationskom-

mission für die periodische Überprüfung der Subventionen (die Kommission) weitergeleitet, die sie in ihrer Sitzung vom 26. November 2008 behandelt hat. Die Kommission wird dem Staatsrat demnächst ihre Vorschläge zu dieser achten Prüfungsserie unterbreiten.

- Kontrolle der im Rahmen von Subventionsüberprüfungen beschlossenen Massnahmen

Die Finanzverwaltung führt eine laufend aktualisierte Datei der im Rahmen der Subventionsüberprüfungen beschlossenen Massnahmen, die als Grundlage für die Kontrollen dient. Die Kontrollen erfolgen in regelmässigen Abständen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Direktionen und sollen eine adäquate Umsetzung der beschlossenen Massnahmen gewährleisten.

- Regelmässige Kontrolle der SubG-Vorschriften

Das SubG sieht in Artikel 21 Abs. 2 vor, dass das Gesamtvolumen der Subventionen für Funktionsausgaben nicht mehr als einen bestimmten Anteil am gesamten kantonalen Steueraufkommen betragen darf. Während des ganzen Voranschlagsverfahrens wird mit Berechnungen sichergestellt, dass diese Vorschrift eingehalten wird. Diese gesetzliche Grenze für die Nettosubventionen für Funktionsausgaben im Verhältnis zum Steueraufkommen ist im Jahr 2007 mit Blick auf die Auswirkungen der NFA-Umsetzung per 1. Januar 2008 angepasst worden. Um den sich daraus ergebenden Änderungen Rechnung zu tragen, ist die Obergrenze für die Nettosubventionen ab 2008 von 22% auf 41% des Steueraufkommens erhöht worden. Diese Anpassung war aus rein rechnerischen Gründen notwendig, weil mit der NFA mehrere durchlaufende Beiträge zu Beiträgen für eigene Rechnung werden, da nach geändertem Bundesrecht der Kanton zum Anspruchsberechtigten wird. Diese Heraufsetzung der Quote hat demzufolge überhaupt keinen Einfluss auf das Gesamtvolumen der ausbezahlten Subventionen.

Im Staatsvoranschlag 2008 betrug die Quote der Nettosubventionen für Funktionsausgaben im Verhältnis zum Steueraufkommen 40,23%. Im Staatsvoranschlag 2009 beträgt die Subventionsquote 38,42%, und die Vorschrift ist somit eingehalten.

Ausserdem prüfte die Finanzverwaltung wie im SubG vorgesehen auch im Detail mehrere Textentwürfe zur Spezialgesetzgebung über die Subventionen. Überprüft wurde insbesondere die Übereinstimmung der vorgeschlagenen Texte mit den Vorschriften und Grundsätzen des SubG.

### 2.7 Staatsrechnung 2008

Die Staatsbuchhaltung erfasste sämtliche Vorgänge, die zur Erstellung der Staatsrechnung notwendig sind. Der grösste Arbeitsaufwand besteht in der Erfassung der Lieferantenrechnungen, die zu 2/3 von der Staatsbuchhaltung und zu 1/3 von den Dienststellen erledigt wird, bei denen aufgrund der Menge der zu bearbeitenden Rechnungen eine dezentrale Erfassung sinnvoll ist. Die Buchhaltung ist für die Kontokorrente Staat-Gemein-

den zuständig und kümmert sich um die Nachführung dieser Konten. Die Finanzbeziehungen mit dem Bund werden über ein Kontokorrent geregelt, über das die meisten Finanzvorgänge laufen. Die Buchhaltung ist an den Arbeiten zur Einführung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement beteiligt, und sie unterstützt die Dienststellen bei der Reorganisation ihrer Buchhaltung. Sie ist ebenfalls sehr aktiv in der Führung des Finanzdienstes.

Die Staatsrechnung für das Jahr 2008 wird in einem Sonderdruck herausgegeben, der eine erläuternde Botschaft sowie die detaillierte Rechnung und Bilanz enthält. Im vorliegenden Tätigkeitsbericht sind daher nur die Hauptergebnisse der Bilanz von 1998–2008 und der Gesamtrechnung von 2002–2008 aufgeführt.

#### Bilanz

Jahr	Aktiven	Passiven	Überschuss Passiven (-) Überschuss Aktiven (+)
1998	1 291 656 616.61	1 218 180 176.58	+ 73 476 440.03
1999	1 265 488 680.33	1 209 536 997.63	+ 55 951 682.70
2000	1 366 008 196.88	1 316 114 087.06	+ 49 894 109.82
2001	1 465 029 537.96	1 420 005 433.54	+ 45 024 104.42
2002	1 394 452 926.11	1 346 014 049.99	+ 48 438 876.12
2003	1 379 603 003.23	1 267 862 379.15	+ 111 740 624.08
2004	1 342 637 275.24	1 185 169 023.44	+ 157 468 251.88
2005	2 098 675 653.75	1 092 068 811.08	+ 1 006 606 842.67
2006	2 201 131 411.37	1 110 122 346.42	+ 1 091 009 064.95
2007	2 527 832 965.43	1 225 264 539.82	+ 1 302 568 425.61
2008	2 896 071 805.99	1 565 162 137.40	+ 1 330 909 668.59

#### Gesamtrechnung des Staates in Millionen Franken

Jahr	Laufende Rechnung			Investitionsrechnung			Verwaltungsrechnung	Finanzierungs- fehlbetrag/ -überschuss
	Aufwand	Ertrag	Saldo	Ausgaben	Einnahmen	Saldo	Saldo	
2002	2 122,9	2 126,3	+ 3,4	173,6	81,6	- 92,0	- 88,6	- 4,2
2003	2 258,8	2 322,1	+ 63,3	188,0	85,9	- 102,1	- 38,8	+ 51,2
2004	2 409,8	2 455,5	+ 45,7	164,4	70,4	- 94,0	- 48,3	+ 47,6
2005	2 497,8	3 346,9	+ 859,1	173,5	85,5	- 88,0	+ 761,1	+ 908,9
2006	2 501,7	2 586,1	+ 84,4	162,7	89,1	- 73,6	+ 10,8	+ 107,8
2007	2 624,9	2 698,5	+ 73,6	199,4	89,5	- 109,9	- 36,3	+ 55,6
2008	2 955,2	2 984,8	+ 29,6	219,7	83,4	- 136,3	- 106,7	+ 3,0

#### 2.8 Finanzdienst und Tresorerieverwaltung

Die wichtigsten in diesem Bereich ausgeführten Arbeiten können wie folgt zusammengefasst werden:

- Ausführung der Zahlungen für die gesamten Vorschlagsausgaben des Staates, mit Ausnahme der Ausgaben einiger Anstalten;
- Erfassung der Erhebung sämtlicher veranschlagter kantonaler Einnahmen;

- Verwaltung und Führung der Buchhaltung der allgemeinen Bankkonten des Staates und Kontrolle des Tresoreriebudgets.

Der Umfang der vom Finanzdienst der Finanzverwaltung erledigten Geschäfte hat sich zwischen 2007 und 2008 wie folgt verändert:

	2007	2008
Bankverkehr DTA (in Millionen Franken)	1 073,64	1 404,41
Bank- und Postkonten:		
– Inkasso (in Millionen Franken)	6 392,36	7 197,38
– Zahlungen (in Millionen Franken)	6 397,17	7 077,78
– erfasste Buchungen	7 788	8 023

Alle diese Zahlen zeigen, wie rasch Umfang und Ausmass der bearbeiteten Vorgänge zunehmen.

Weitere Tätigkeiten dieser Dienststelle sind:

- Verwaltung der flüssigen Mittel sowie der Fonds und Stiftungen:

Im Jahr 2008 betrug das Volumen der kurzfristigen Darlehen 1,76 Milliarden Franken (2007: 1,85 Mia. Franken). Die Zahl der Darlehen lag bei 36 gegenüber 41 im Jahr 2007.

Die Finanzverwaltung verwaltet und führt die Buchhaltung von 52 Fonds und Stiftungen:

- Verwaltung der öffentlichen Schuld des Staates:

Im Jahr 2008 sind die mittel- und langfristigen Schulden des Staates nicht zurückgegangen. Sie setzen sich aus zehn Anleihen in einem Gesamtbetrag von 615 Millionen Franken zusammen.

- Verwaltung der Darlehen:

Die Finanzverwaltung ist für die Rechnungsführung und die Verwaltung der Darlehen für die Investitionshilfe in Berggebieten (21,9 Millionen, 210 Darlehen) und die Landreserven (0,5 Millionen, 4 Darlehen) zuständig.

- weitere Aufgaben:

Weitere Aufgaben der Finanzverwaltung sind die Verwaltung des Wertschriftenportefeuilles des Staates, die Rechnungsführung für die den öffentlichen Institutionen gewährten Darlehen und Vorschüsse, die Rechnungsführung und Auszahlung der vom Tourismusfonds gewährten Finanzhilfen sowie die Rückforderung der Verrechnungssteuer bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung.

## 2.9 Kantonaler Finanzdienst

Der kantonale Finanzdienst kümmert sich insbesondere um das Inkasso, die Debitorenverwaltung und die Zahlungsausstände aller Dienststellen des Staates, die über keine entsprechende Infrastruktur verfügen und die Debitoren nicht selber verwalten. Dank der Einrichtung dieses Dienstes und der Verwendung der SAP-Anwendungssoftware konnte das Inkasso- und Mahnverfahren erheblich verbessert und rationalisiert werden. Die Implementierung des SAP-Fakturierungsmoduls hat eine deutliche Zunahme des Arbeitsvolumens in dieser Dienststelle zur Folge.

Im Jahr 2008 belief sich der Gesamtbetrag der bearbeiteten Rechnungen auf nahezu 140 Millionen Franken (2007: 123 Millionen Franken) für annähernd 134 000 Rechnungen (2007: 130 000). Ende 2008 waren Betrei-

ungsverfahren im Betrag von 650 000 Franken (2007: 731 000 Franken) eingeleitet. In einigen Sektoren des Staates, bei denen mit Debitkarte bezahlt werden kann, sind im dritten Jahr seit Einführung dieser Zahlungsmöglichkeit auf diese Weise bis zu 210 000 Franken eingenommen worden (2007: 176 000 Franken).

## 2.10 Periodische Berichte über den Stand der Rechnung und Budgetkontrolle

Auf der Grundlage der Zwischenrechnungsberichte der Dienststellen und Anstalten, die bei Bedarf von den Direktionen ergänzt werden, verfasst die Finanzverwaltung dreimal pro Jahr eine zusammenfassende Mitteilung an den Staatsrat. Dieses Dokument zeigt den Stand der Budgetumsetzung auf: es lokalisiert die grössten Abweichungen zwischen Ausgaben und Einnahmen per 30. April, 31. Juli und 30. September und gibt an, welche Korrekturmassnahmen geplant sind. Mit diesem Vorgehen ist eine bessere Lenkung der Kantonsfinanzen möglich, und es ist eine nützliche Ergänzung der Budgetkontrollarbeit.

Die Budgetkontrolle wird erst einmal von der Staatsbuchhaltung vorgenommen, die insbesondere darauf achtet, dass die zur Zahlung vorgelegten Rechnungen mit den in den Voranschlagsnachweisen detailliert ausgewiesenen Krediten übereinstimmen, bevor sie verbucht werden. Die Budgetkontrolle befasst sich auch mit den Kreditüberschreitungen. Die Abteilung Finanzplanung und Budgetkontrolle bearbeitet sämtliche Nachtragskreditbegehren. Sie nimmt zu diesen Begehren Stellung und unterbreitet sie anschliessend dem Staatsrat. 2008 hat der Staatsrat 31 Begehren (32 im Jahr 2007) in einem Gesamtbetrag von 9,6 Millionen Franken (10,9 Millionen im Jahr 2007) gutgeheissen, was 0,33% (0,41% im Jahr 2007) der für das Jahr 2008 budgetierten effektiven Gesamtausgaben entspricht. Dieses Nachtragskreditvolumen liegt um mehr als die Hälfte unter dem Durchschnitt von 0,78% für den Zeitraum 1990–2007. Dem Grossen Rat wird in der Februarsession 2009 dazu eine ausführliche Botschaft unterbreitet.

## 2.11 Leistungsorientierte Führung (LoF)

### Übergangsjahr 2008

Das Dekret vom 8. Februar 2000 über die versuchsweise Einführung der Führung mit Leistungsauftrag in der Kantonsverwaltung (FLA) war bis am 31. Dezember 2007 in Kraft. Das Gesetz vom 13. September 2007 zur Änderung gewisser Bestimmungen über die leistungsorientierte Führung ermöglicht der Kantonsverwaltung ab 1. Januar 2008 die leistungsorientierte Führung (LoF).

Die neue Abteilung Leistungsorientierte Führung besteht seit dem 1. April 2008. Ihre Aufgabe ist die Planung, Organisation und Begleitung der schrittweisen Einführung der leistungsorientierten Führung bei den Verwaltungseinheiten des Kantons Freiburg. Bis zum



31. März 2008 war die Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR) für die FLA- und LoF-Arbeiten zuständig.

#### *Hauptaktivitäten 2008*

##### – Jahresrechnungen 2007 der FLA-Einheiten

In Anwendung des Dekrets vom 8. Februar 2000 wiesen die Jahresrechnungen der Piloteinheiten Ergebnisse bezüglich Aufwand, Ertrag sowie Saldo der einzelnen Produktgruppen und Produkte aus und lieferten auch Kennzahlen und Kommentare zu ihren Tätigkeiten. Die HSW hat in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung das Verfahren zu Aufstellung und Abschluss der Rechnung 2007 koordiniert und die Piloteinheiten dabei unterstützt.

##### – Controlling der FLA-Einheiten per 31.12.2007

Die Piloteinheiten haben dem Staatsrat ihre Controllingberichte per 31. Dezember 2007 übermittelt. Diese von den betreffenden Direktionen genehmigten Berichte wurden von der Finanzverwaltung analysiert, die einen Bericht als Entscheidungsgrundlage für den Staatsrat verfasste. Die HSW koordinierte in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung die Erstellung der Controlling-Berichte und unterstützte die Piloteinheiten dabei.

##### – Budgets 2009 der Verwaltungseinheiten mit LoF

Die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung haben im Rahmen des ordentlichen Voranschlagsverfahrens ihre Budgets 2009 nach Leistungen und Leistungsgruppen aufgestellt. Die Abteilung LoF hat die Erstellung dieser Budgets koordiniert und die Piloteinheiten unterstützt.

##### – Controlling der Einheiten mit LoF per 31.08.2008

Die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung haben dem Staatsrat ihre Controllingberichte per 31. August 2008 übermittelt. Diese von den betreffenden Direktionen genehmigten Berichte wurden von der Finanzverwaltung analysiert, die einen Bericht als Entscheidungsgrundlage für den Staatsrat verfasste. Die Abteilung LoF hat die Erstellung der Controllingberichte koordiniert, die Verwaltungseinheiten mit LoF unterstützt und die Analyse der Controllingberichte geleitet.

##### – Berichte zur Beurteilung, ob eine Verwaltungseinheit die Voraussetzungen für die LoF erfüllt

Entsprechend der vom Staatsrat genehmigten allgemeinen Strategie zur Einführung der leistungsorientierten Führung und gemäss Verordnung vom 20. Mai 2008 über die leistungsorientierte Führung wurden unter der Leitung der Abteilung LoF drei Verwaltungseinheiten im Hinblick auf die LoF evaluiert. Es handelt sich dabei um das Amt für Archäologie, das Amt für Informatik und Telekommunikation sowie die Finanzverwaltung. Gestützt auf die Stellungnahme der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission wird der Staatsrat auf dem Verordnungsweg entscheiden, ob diese Verwaltungseinheiten aufgrund ihrer Voraussetzungen für die leistungsorientierte Führung geeignet sind.

##### – Einführung und Entwicklung der LoF

Die Abteilung LoF hat 2008 weitere Verwaltungseinheiten kontaktiert, die für die LoF in Frage kommen könnten. Drei dieser Einheiten beginnen Anfang 2009 mit den Arbeiten, die für den Evaluationsbericht notwendig sind. Parallel dazu hat die Abteilung LoF verschiedenste Analyse- und Entwicklungsarbeiten zur Verbesserung bestimmter Verfahren, Konzepte und Instrumente eingeleitet. Ende Jahr wurde schliesslich ein Handbuch herausgegeben, das Zielvorgaben und Kennzahlen definiert. Es ergänzt das im März 2007 veröffentlichte Handbuch zur Kosten- und Leistungsrechnung.

## **2.12 Weitere Tätigkeiten**

- Stellungnahmen zu finanzwirksamen Geschäften, die dem Staatsrat unterbreitet werden (Botschaften, Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Verordnungen);
- Antworten auf eidgenössische, interkantonale und kantonale Vernehmlassungen;
- Beurteilung der Wirtschaftslage im Hinblick auf die Voranschläge 2009 und 2010;
- Erfolgskontrolle der im Rahmen des Legislaturfinanzplans 2007–2011 beschlossenen strukturellen oder organisatorischen Massnahmen;
- Erstellung der Statistik der Arbeitsstellen für die Staatsrechnung 2007 und den Voranschlag 2009;
- Vorbereitung der Unterlagen für die Pressekonferenzen zu Staatsrechnung 2007 und Voranschlag 2009;
- Ausarbeitung eines Berichts über die finanziellen und personellen Auswirkungen der vom Grosse Rat im Jahr 2008 gefassten Beschlüsse;
- Mitwirkung in den Projektgruppen, die sich mit der Einrichtung des Instrumentariums der LoF (leistungsorientierte Führung) befassen, sowie Mitarbeit beim Controlling;
- Erstellung des Faltprospekts zu den statistischen Finanzkennzahlen des Staates, Ausgabe 2008;
- Nachführung und Unterhalt der Website der Finanzverwaltung;
- Arbeiten in Zusammenhang mit der Evaluation, ob die Finanzverwaltung für die leistungsorientierte Führung geeignet ist;
- Arbeiten und Inventare im Zusammenhang mit dem Erwerb des Gebäudes im Besitz der EMAF SA;
- Monatliche Fakturierung der Ausgaben für Posttaxen und private Telefongespräche an die Dienststellen;
- Teilnahme an verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen (namentlich Gebietsreform, Betreuung von Kindern im Vorschulalter, Tourismusförderungsfonds, Agglomerationsprojekte, administrative Verwaltung SPORT Loterie Romande, Unterstützung und Betreuung Behinderter und Schwererziehbarer, Bau des Kollegiums Gambach und der Lehrwerkstätten).

### III. KANTONALE STEUERVERWALTUNG

#### 1. Aufgaben

Die Kantonale Steuerverwaltung (KSTV) hat die Aufgabe, die verschiedenen im Gesetz vom 6. Juni 2000 über die direkten Kantonssteuern (DStG) und im Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG) vorgesehenen Steuern zu veranlagern und die Rückerstattungsanträge für die Verrechnungssteuer zu bearbeiten. Dazu führt sie in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und auf der Grundlage der Veröffentlichungen im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) sowie der Informationen des Zentralen Ausländerregisters das Register der Steuerpflichtigen nach.

Die KSTV zieht die Kantonssteuern, die direkte Bundessteuer und die Kirchensteuer der juristischen Personen ein sowie auf der Grundlage einer entsprechenden Vereinbarung auch die Steuern zahlreicher Gemeinden und Pfarreien.

Sie stellt den Gemeinden eine Kopie der Veranlagungsverfügungen zu und übermittelt den AHV-Behörden diejenigen Informationen, die für den Bezug der AHV-Beiträge bei den Selbstständigerwerbenden und den Nichterwerbstätigen erforderlich sind, sowie dem Wehrpflichtersatzbüro die für die Erhebung dieser Ersatzabgabe nötigen Informationen.

Vorsteher der KSTV ist Raphaël Chassot.

#### 2. Tätigkeit

##### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

###### 2.1.1 Veranlagung der natürlichen Personen

Zu Beginn des Jahres 2008 standen mehrere Mitarbeitende der KSTV den Steuerpflichtigen in allen Bezirken (8 Treffpunkte) für Fragen zur Steuererklärung für die Steuerperiode 2007 zur Verfügung. Dieses Angebot wurde von 135 Personen genutzt. Diese ebenso geringe Nachfrage wie im Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass es für die Steuerperiode 2007 keine grossen Änderungen gab.

Den Steuerpflichtigen wurde zum fünften Mal eine Software zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Steuererklärung zu Hause am PC ausfüllen können. Diese Software namens FRITax muss von der Website der Steuerverwaltung heruntergeladen werden. Sie bietet zwei verschiedene Möglichkeiten für die Erfassung der Steuerdaten: Es steht eine mit einem Assistenten geführte Eingabe zur Verfügung, oder die Daten können direkt auf den Formularen am Bildschirm eingegeben werden. Die ausgedruckten Formulare und das dazugehörige Barcode-Blatt müssen anschliessend per Post der KSTV zugestellt werden. Die in den Barcodes enthaltenen Daten erlauben ein rascheres Erfassen der Steuerklärungen. Mehr als 51 000 Steuerklärungen konnten mit optischen Lesern erfasst werden, was 40% der eingegangenen Steuerklärungen entspricht, während im Vor-

jahr 41 500 Steuerklärungen auf diese Weise erfasst wurden.

Bis Ende Dezember 2008 haben über 90% der Steuerpflichtigen ihre Steuerveranlagung und die Schlussabrechnung 2007 erhalten. Die noch nicht veranlagten Steuereinsteller betreffen hauptsächlich Selbstständigerwerbende, die ihre Steuererklärung häufig etwas später einreichen. Die KSTV behandelte parallel zu den Veranlagungen auch die eingegangenen Einsprachen und Beschwerden.

###### 2.1.2 Veranlagung der juristischen Personen

Im Verfahren der einjährigen Gegenwartsbesteuerung wurde der erste Teil des Jahres darauf verwendet, die Veranlagungen des Vorsteuerjahres (2006) abzuschliessen. Die Hauptarbeit im Jahr 2008 bestand jedoch in der Prüfung der Steuerklärungen des Steuerjahres 2007. Mit der einjährigen Gegenwartsbesteuerung werden die Expertisen parallel zu den Veranlagungsarbeiten durchgeführt, und dasselbe gilt auch für die Bearbeitung der Einsprachen.

Mit der Software «e-tax JP» können die juristischen Personen sowie ihre Treuhänder nicht nur die Steuerklärung online einreichen, sondern auch Fristen abfragen, die früheren Veranlagungen einsehen, auf die Wegleitung und spezifische Online-Hilfe zugreifen sowie Dateien und Beilagen beifügen und das Veranlagungsergebnis simulieren. Diese Software wird seit Frühjahr 2007 benützt.

###### 2.1.3 Steuerbefreiung wegen gemeinnütziger oder öffentlicher Zwecke

Die KSTV ist für die Steuerbefreiung der juristischen Personen zuständig, die ihren Sitz im Kanton haben und öffentliche, gemeinnützige oder Kultuszwecke verfolgen, und zwar für den Gewinn und das Kapital, die ausschliesslich und unwiderruflich diesen Zwecken gewidmet sind. 2008 wurde in rund hundert Fällen das Dossier geprüft oder eine Entscheidung gefällt. Es werden übrigens immer mehr solche Gesuche gestellt.

###### 2.1.4 Vorarbeiten und Sonstiges

Ausser der Veranlagung und dem Bezug der verschiedenen Steuern, mit denen sich das Personal grösstenteils beschäftigt, erfüllt die KSTV auch andere Aufgaben, insbesondere im Rechtswesen, im Bereich der Statistik und bei der Aufstellung von Rechnung und Voranschlag. Den verschiedenen Instanzen im Kanton und beim Bund wurden zahlreiche Stellungnahmen, Bemerkungen, Berechnungen von finanziellen Auswirkungen und Antworten auf Vernehmlassungen abgegeben. Die KSTV hat ebenfalls die Antworten auf parlamentarische Vorstösse zum Steuerwesen vorbereitet, und es fiel auch im Vorfeld der Steuerklärung 2008 viel Arbeit an, vor allem mit der inhaltlichen Überarbeitung der zahlreichen Steuerformulare und der Wegleitung für das Ausfüllen

der Steuererklärung, aber auch mit der Aufstellung der neuen Steuertarife für die Quellensteuer.

### **2.1.5 Reglemente für die Spesenrückerstattung**

Ab Steuerperiode 2007 wurde der neue Lohnausweis (NLA) eingeführt, und die Arbeitgeber können seither bei der Steuerbehörde ihres Kantons die Genehmigung ihres Reglements für die Spesenrückerstattung beantragen. Die vom Sitzkanton ausgestellte Genehmigung gilt sowohl für die Rückerstattung der effektiven Spesen als auch für pauschale Spesenschädigungen, und das vom Sitzkanton genehmigte Reglement wird von allen Kantonen anerkannt. Bis zum 31. Dezember 2008 sind 740 solche Reglemente geprüft worden.

### **2.1.6 Personalschulung**

Im Laufe des Berichtsjahres haben mehrere Mitarbeitende an den Kursen teilgenommen, die im Rahmen des von der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) für alle Steuerverwaltungen bereitgestellten Aus- und Weiterbildungskonzeptes organisiert werden. Zwei Mitarbeiter besuchen gegenwärtig den Ausbildungskurs I (Basiskurs), eine Mitarbeiterin und zwei Mitarbeiter den Ausbildungskurs II (Selbstständigerwerbende und juristische Personen) sowie eine Mitarbeiterin den Ausbildungskurs III (komplexe Fälle). Mit bestandener schriftlicher Prüfung erwarben eine Mitarbeiterin und zwei Mitarbeiter das SSK-Zertifikat für den Ausbildungskurs I sowie eine Mitarbeiterin und zwei Mitarbeiter das SSK-Zertifikat für den Ausbildungskurs II. Das gesamte Personal der KSTV wurde zum Unternehmenssteuerreformgesetz II geschult.

### **2.1.7 Zusammenarbeit**

#### **2.1.7 a Innerkantonal**

Dadurch, dass die KSTV im Besitz von umfangreichem Zahlenmaterial ist, das für gewisse Untersuchungen sehr wertvoll ist, wird sie unter Wahrung des Datenschutzes von anderen Dienststellen des Staates, wie beispielsweise der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt, dem Amt für Gemeinden oder dem Amt für Statistik um Statistiken angefragt. Im Bereich Verwaltung hat sie im Jahr 2008 für sich und auch für andere Dienststellen des Staates (Amt für Personal und Organisation, kantonale Ausgleichskasse, Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt usw.) mit mehr als 1 531 000 (1 337 000) Postsendungen rund 3 200 000 (2 630 000) Unterlagen versandt. Diese Postsendungen wurden zur Hälfte für andere Dienststellen ausgeführt. Ferner beantwortete die KSTV zahlreiche Fragen von Gemeinde- und Kirchenbehörden im Zusammenhang mit der Aufstellung ihres Budgets.

#### **2.1.7 b Steuerwesen**

Mit der Steuerharmonisierung hat die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen stark zugenommen. Man

spricht von vertikaler Harmonisierung beim Vergleich des Gesetzes über die direkten Bundessteuern mit den kantonalen Steuergesetzgebungen und von horizontaler Harmonisierung beim Vergleich der kantonalen Steuergesetzgebungen untereinander.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung und die kantonalen Steuerverwaltungen sind in der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) zusammengeschlossen. Die Mitglieder des KSTV-Führungsstabs sowie gewisse Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in diesem Gremium stark engagiert. So ist der Kanton Freiburg in den Kommissionen «Selbstständigerwerbende und juristische Personen», «Einkommens- und Vermögenssteuern», «Verfahren, Bezug und Strafen» sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen, namentlich in derjenigen zur beruflichen Vorsorge und der WVK (Software zur Übermittlung der Wertschriftenverzeichnisse) vertreten.

#### **2.1.7 c Meldung an die Strafbehörden**

Mit dem revidierten Allgemeinen Teil des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (StGB), der am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist, ist unter anderem eine Geldstrafe in Tagessätzen eingeführt worden, deren Höhe sich nach den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Täters bestimmt.

Da die Strafbehörden die finanziellen Verhältnisse der Angeschuldigten genau prüfen müssen, sieht Artikel 34 Abs. 3 StGB ausdrücklich vor, dass sie sich für die erforderlichen Auskünfte an die kantonalen und kommunalen Steuerbehörden wenden.

Die KSTV hat 2008 auf 648 diesbezügliche Anfragen geantwortet.

### **2.1.8 Erhebung der Kantonssteuern**

Die KSTV fakturierte die Steuer 2008 in der Regel in 9 Raten, die zwischen Mai 2008 und Januar 2009 jeweils am Monatsende bezahlt werden mussten, wobei der Betrag der einzelnen Akontozahlungen aber nicht weniger als 20 Franken betragen darf. Die Steuerpflichtigen konnten aber auch den gesamten Steuerbetrag bis zur Fälligkeit der ersten Rate bezahlen, und 35 500 Steuerpflichtige haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Gleichzeitig mit der Eröffnung der Veranlagungsanzeigen, die vorwiegend das Jahr 2007 betrafen, wurde eine Schlussabrechnung erstellt. Ein Saldo zu Gunsten der Steuerpflichtigen wird diesen auf ihr Post- oder Bankkonto überwiesen, und die KSTV verwaltet so rund 115 000 Konten.

Was das Inkassoverfahren betrifft, so hat die KSTV im Jahr 2008 rund 18 000 Anträge für Zahlungsvereinbarungen bearbeitet und 10 232 Betreibungen eingeleitet, wovon 9729 im Kanton. Die Zahl der Betreibungen ist gleich wie in den letzten Jahren. Sie hat auch 151 Strafklagen für veruntreute gepfändete Gegenstände eingereicht. Die im Rahmen der Übernahme von Verlust-

scheinen eingenommenen Beträge belaufen sich für die Kantonssteuer auf rund 840 000 Franken.

### 2.1.9 Erhebung der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV

Im Jahr 2008 nahmen 54 (52) Gemeinden diese Dienstleistung des Staates für den Bezug ihrer ordentlichen Steuern in Anspruch.

Mit der Informatikanwendung, die 1995 eingerichtet wurde, kann diese Dienstleistung auch den Pfarreien des Kantons angeboten werden, sofern die Steuern bei allen Pfarreimitgliedern einer bestimmten Gemeinde erhoben werden. Seit dem 1. Januar 2003 nimmt die KSTV die Steuern der natürlichen Personen für zahlreiche Pfarreien in 130 (130) Gemeinden des Kantons ein. Diese Steuern werden auf der Grundlage einer Vereinbarung eingezogen.

Die von den juristischen Personen geschuldete Kirchensteuer wird gemäss dem Artikel 17a des Gesetzes vom 26. September 1990 über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat seit dem Steuerjahr 2001 von der Kantonalen Steuerverwaltung eingezogen.

### 2.1.10 Steuerstatistiken

Die Steuerstatistiken 2006 sind im November 2008 veröffentlicht worden. Sie liefern auf 40 Seiten mit Kommentaren, Tabellen und Grafiken die Daten über den Ertrag der Kantonssteuern auf dem Einkommen und dem Vermögen der natürlichen Personen und über den Ertrag der kantonalen Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen. Diese Statistiken wie auch diejenigen der Vorjahre sind auf der Website der KSTV (<http://www.fr.ch/scc/de/>) zu finden.

### 2.1.11 Entwicklung der Zahl der Steuerpflichtigen

Die Höhe der Steuereinnahmen ist auch von der Zahl der Steuerpflichtigen abhängig, und es ist interessant zu sehen, wie diese zugenommen hat. Sie ist auch ein Indikator für die Mehrarbeit bei der KSTV, obwohl der Faktor «Komplexität der Dossiers» in einer solchen Statistik nicht zum Tragen kommt.

In den letzten Steuerperioden haben sich die Steuerdossiers zahlenmässig wie folgt entwickelt:

– Natürliche Personen

Bezirke	Anzahl Steuerpflichtige per 31. Dezember				
	1985	1995	2000	2007	2008
Freiburg-Stadt	18 809	19 458	19 016	18 973	20 114
Saane Land	18 169	24 639	26 185	29 031	31 621
Sensebezirk	17 673	21 216	22 172	23 148	24 584
Greyerzbezirk	18 462	21 454	22 884	24 678	26 220
Seebezirk	12 172	15 223	16 441	17 855	19 334
Glanebezirk	8 165	9 711	9 878	10 401	11 205

Bezirke	Anzahl Steuerpflichtige per 31. Dezember				
	1985	1995	2000	2007	2008
Broyebezirk	11 847	13 915	14 497	15 597	16 742
Vivisbachbezirk	5 898	7 492	7 869	8 415	9 206
	111 195	133 108	138 942	148 098	159 026

– Juristische Personen

Bezirke	Anzahl Steuerpflichtige per 31. Dezember				
	1985	1995	2000	2007	2008
Freiburg-Stadt	3 934	4 056	3 749	4 013	4 161
Saane Land	657	1 366	1 572	2 113	2 281
Sensebezirk	773	1 074	1 107	1 350	1 393
Greyerzbezirk	611	964	1 042	1 347	1 484
Seebezirk	477	782	913	1 179	1 271
Glanebezirk	306	386	442	540	567
Broyebezirk	427	582	666	869	985
Vivisbachbezirk	242	337	433	580	642
	7 427	9 547	9 924	11 991	12 784

### 2.1.12 Steuerhinterziehungsverfahren

#### 2.1.12 a Kantonssteuern

In Anwendung der Artikel 220 ff. DStG sind 228 (272) Entscheide eröffnet worden, die sich wie folgt aufteilen:

182 (218) Fälle von Steuerhinterziehung und Steuerbussen

24 (32) Fälle von versuchter Hinterziehung und Gehilfenschaft

22 (22) Fälle von Nachsteuern.

Gegen diese Entscheide wurden bei der KSTV 20 (18) Einsprachen erhoben und 2 (0) Beschwerden beim Steuergerichtshof des Kantonsgerichts eingereicht.

Die Nachsteuern oder hinterzogenen Steuern und Steuerbussen ergeben folgende Beträge:

	2008	2007
Steuern	2 403 585 Fr.	1 874 628 Fr.
Bussen	630 785 Fr.	688 440 Fr.
Total	3 034 370 Fr.	2 563 068 Fr.

#### 2.1.12 b Direkte Bundessteuer

Im Jahr 2008 wurden auch Nachsteuerverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet und Bussenverfügungen im Gesamtbetrag von 1 547 601 Franken (1 330 654 Franken) erlassen.

### 2.1.12 c Steuervergehen

Wer zum Zweck einer Steuerhinterziehung gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden zur Täuschung der Steuerbehörden gebraucht, wird zusätzlich zu den administrativen Massnahmen mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft (Art. 231 DStG – Art. 186 DBG).

2008 wurden beim Untersuchungsrichteramt des Kantons Freiburg 2 (1) Strafanzeigen erstattet. Die Gerichte erliessen 3 (2) Urteile.

### 2.1.13 Steuererlasse

Gestützt auf Artikel 212 DStG entscheidet die Finanzdirektion nach Anhören der Gemeindebehörde über Steuererlassgesuche. Zu diesem Zweck stellt die KSTV die notwendigen Ermittlungen an, unterbreitet eine Stellungnahme und bereitet die von der Finanzdirektion getroffenen Entscheide vor.

Die von 431 (532) Steuerpflichtigen eingereichten Erlassgesuche wurden im Laufe des Jahres geprüft. 141 (177) Steuerpflichtige erhielten einen abschlägigen Entscheid, während 145 (170) Steuerpflichtigen ein Steuererlass gewährt wurde. 94 (133) Gesuche wurden schlussendlich nicht in der Form eines Steuererlasses erledigt. Ende 2008 waren noch 51 (52) Dossiers hängig.

Der Betrag der erlassenen Kantonssteuern beläuft sich auf 141 471 Franken (161 126 Franken).

### 2.2 Besondere Ereignisse

Am 1. Januar 2008 ist die neue Veranlagungssoftware für die natürlichen Personen und den Steuerbezug aufgeschaltet worden. Möglich war dies dank dem grossen Einsatz des KSTV-Personals zusammen mit der unerlässlichen intensiven technischen Unterstützung des Amtes für Informatik und Telekommunikation des Staates.

Die Entwicklungsarbeiten gingen 2008 für die Funktionen weiter, die per 1. Januar 2008 noch nicht unbedingt bereit sein mussten. So wurden die natürlichen Personen für die Steuerperiode 2007 mit der neuen Software veranlagt, während die Veranlagungen der Vorperioden weiterhin mit dem alten Programm verwaltet werden. Für den Steuerbezug werden mit der neuen Software die ordentlichen Steuern (Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen und Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen) ab der Steuerperiode 2007 und alle anderen Steuern ab 2008 verwaltet. Für die früheren Jahre bleibt vorläufig die alte Software in Betrieb.

Per 1. Januar 2008 übernahm die KSTV die Daten bezüglich Fakturierung und Bezug der Akontozahlungen 2007 sowie die Daten der Veranlagungen der Steuerpflichtigen, die 2007 verstorben sind oder die Schweiz endgültig verlassen haben. Die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit dem neuen Programm arbeiten, ist Anfang 2008 weitergeführt worden. Auch wenn

es mit der Einführung der neuen Software zu Beginn des Jahres zu Verzögerungen gekommen ist, konnten doch die meisten Steuerpflichtigen erfreulicherweise in den üblichen Fristen veranlagt werden (Veranlagungsanzeigen und Steuerabrechnungen).

Dazu kommt, dass diese Anwendung in die neue Kommunikationsplattform integriert ist, die gleichzeitig vom Amt für Informatik und Telekommunikation des Staates eingerichtet worden ist. So ist über einen gesicherten Zugriff auch ein intensiverer elektronischer Datenaustausch, vor allem mit den Gemeinden, möglich geworden.

## IV. AMT FÜR ERBSCHAFTS- UND SCHENKUNGSSTEUERN

### 1. Aufgaben

Aufgabe des Amtes für Erbschafts- und Schenkungssteuern (ESSA) ist die Erhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuern für den Staat Freiburg und die Gemeinden des Kantons.

Vorsteher des ESSA ist Kurt Aebischer.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Jahr 2008 bearbeitete das Amt 1569 Steuerinventare bei Todesfall und Erklärungen für Nichtvorhandensein von Vermögen (1889 im Jahr 2007). Diese Differenz ist auf den Rückstand nach der Reorganisation der Friedensgerichte zurückzuführen, von denen es statt 29 nur noch 7 gibt. Für das erste Halbjahr 2008 fehlten Ende 2008 noch 115 Inventare. Auch die Ausstellung neuer Veranlagungs- und Rechnungsformulare, die an das neue Gesetz vom 14. September 2007 angepasst worden sind, hat zu Verzögerungen geführt. Das Amt stellte 228 Erbschafts- und Schenkungssteuerrechnungen aus (361 im Jahr 2007), welche einer Gesamtsteuereinnahme für den Kanton von 2 086 927 Franken entsprachen.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern teilen sich wie folgt auf:

- Erbschaftssteuern: 204 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 1 770 307 Franken
- Schenkungssteuern: 24 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 316 620 Franken

Der Ertrag aus den Erbschafts- und Schenkungssteuern hat sich seit 2001 wie folgt entwickelt:

2001	2002	2003	2004
4 011 707	4 553 051	5 165 721	8 939 871
2005	2006	2007	2008
4 192 536	2 745 312	4 438 309	2 086 927

Das Amt kontrolliert die von den Friedensgerichten aufgenommenen Erklärungen für Nichtvorhandensein von Vermögen und die Steuerinventare. Es ist auch Bindeglied zur Kantonalen Steuerverwaltung, indem es jeweils dem betroffenen Sektor ein Exemplar des Steuerinventars übermittelt.

Es beantwortet sehr viele Anfragen zur Erbschafts- und Schenkungssteuer von Treuhandbüros, Notariaten, Banken, Versicherungsgesellschaften und Privaten.

Das Amt bildet eine kaufmännische Lernende aus, was einen grossen Einsatz der für ihre Ausbildung verantwortlichen Personen erfordert.

### 3. Besondere Ereignisse

#### 3.1 Weiterführung der Leistungsanalyse

Nach entsprechenden Beschlüssen des Staatsrats stellt das Amt den Notaren seit dem 1. Januar 2008 keine Formulare zur chronologischen Verzeichnung der Originalurkunden mehr zu. Dass die Todesfalllisten nicht mehr für die Veröffentlichung im Amtsblatt übermittelt werden sollen, ist im Rahmen des Projekts HarmPers bei der Sicherheits- und Justizdirektion beschlossen worden (Ersatz durch Informatikplattform, die ab 2010 betriebsbereit sein sollte).

#### 3.2 Gesetzgebung über die Erbschafts- und Schenkungssteuern

Das Gesetz vom 14. September 2007 über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (ESchG) ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Es bildet die Rechtsgrundlage für die Erhebung der Steuer auf unentgeltliche Zuwendungen unter Lebenden (Schenkungssteuer) und von Todes wegen (Erbschaftssteuer).

Das Amt hat in Zusammenarbeit mit dem ITA, der FinV und der FIND Vorbereitungen getroffen und Tests durchgeführt zur Anpassung der Veranlagungs- und Rechnungsformulare für die Erbschafts- und Schenkungssteuern entsprechend den Anforderungen des neuen Gesetzes.

## V. AMT FÜR PERSONAL UND ORGANISATION DES STAATES FREIBURG

### 1. Aufgaben

Das Amt für Personal und Organisation (POA) unterstützt den Staatsrat und/oder die Direktionen und Anstalten bei der Festlegung der Personalpolitik. Es schlägt Umsetzungsstrategien vor, kontrolliert den richtigen Vollzug der beschlossenen Massnahmen und formuliert Verbesserungsvorschläge, wo dies nötig ist. Als zentraler Dienst des Staatsrates und seiner Direktionen hat das POA namentlich die folgenden Aufgaben:

- Gegenüber dem Staatsrat, den Direktionen und Anstalten übt es in allen Personalfragen die Funktion eines Beratungs- und Kontrollorgans aus und verfasst Berichte und Stellungnahmen.
- Es sorgt für die einheitliche Anwendung der Gesetzgebung für das Personal des Staates und seiner Anstalten.
- Es entwickelt die zentral bewirtschafteten Führungsinstrumente.
- Es verwaltet die Gehälter des Staatspersonals sowie die Software für die Personalbewirtschaftung und die Gehaltszahlungen.
- Es erbringt Dienstleistungen und Beratungen im Umfeld der Organisationsentwicklung.
- Es ist Koordinationsorgan für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.
- Es erstellt und verwaltet das allgemeine Weiterbildungsprogramm.
- Es führt das Sekretariat verschiedener Kommissionen, namentlich der Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen sowie für den Sozialfonds und ist als Arbeitgebervertreter im Vorstand der Pensionskasse des Staatspersonals vertreten.
- Es bereitet zuhanden des Staatsrats die Geschäfte vor, die die Sozialpartner betreffen.

Vorsteher des POA ist Markus Hayoz.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1 Allgemeines

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben erbringt das POA sehr viele Leistungen für die politischen Organe, die Exekutive, die verantwortlichen Vorgesetzten, das Personal und Dritte, die sich folgendermassen nach Leistungsarten gliedern lassen:

- Klassische Leistungen in Zusammenhang mit der allgemeinen Personalverwaltung: Personalrekrutierung, Verträge, Gehälter, Personal- und Stellenvoranschlag, Informatik;
- Leistungen in Zusammenhang mit seiner Funktion gegenüber dem Arbeitgeber Staat als Kontroll- und Beratungsorgan: Controlling und Berichtswesen zuhanden des Staatsrates, Entwürfe der Antworten auf parlamentarische Vorstösse, die den Tätigkeitsbereich des POA betreffen, Abgabe von Stellungnahmen, Beratung von Verwaltungseinheiten und Vorgesetzten, juristische Verfahrensbetreuung sowie Unterstützung in Informatik- und Organisationsfragen;
- Leistungen in Zusammenhang mit der Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: soziale und juristische Betreuung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in Schwierigkeiten befinden (Arbeitsunfähigkeit, Konflikte am Arbeitsplatz, finanzielle Probleme), Begleitung bei Kontakten mit

den Sozialversicherungen, Förderung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz;

- Leistungen in Zusammenhang mit der Personal- und Organisationsentwicklung, hauptsächlich bei der Umsetzung von HR-Projekten, bei Funktionsbewertungen, bei der Personalweiterbildung, bei der Entwicklung und Begleitung von Organisationsprojekten.

Obwohl keine eigentliche Rangordnung aufgestellt werden kann, gibt es doch einige Leistungen, die Vorrang haben, insbesondere die Arbeiten in Zusammenhang mit der Gehaltsabwicklung. Das POA muss unbedingt gewährleisten, dass die Gehälter der rund 15 600 Staatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter jeden Monat in Einhaltung der geltenden eidgenössischen und kantonalen Vorschriften richtig berechnet und ausbezahlt werden.

### 2.1.2 Personaladministration

Der Staat Freiburg veröffentlicht seine Stellenangebote im Amtsblatt, in den Printmedien und auf der Website des Staates. Neben der Verbesserung der Verfahrensabläufe bei der Stellenausschreibung und -publikation war die Abteilung «Personaladministration» einem stark schwankenden Arbeitsrhythmus ausgesetzt, der eindeutig durch die Konjunkturentwicklung im Jahr 2008 zu erklären ist.

Die günstige Wirtschaftslage und die damit verbundene grössere Personalfuktuation führten zu einem deutlichen operativen Mehraufwand beim Personal, das für die Veröffentlichung der Stellenausschreibungen und die Ausstellung der Verträge zuständig ist. So wurden im Laufe des Berichtsjahres 575 Arbeitsstellen ausgeschrieben, was einer Zunahme um 52% gegenüber dem Vorjahr und um 90% gegenüber dem Jahr 2006 entspricht.

Am 27. Juni 2006 hatte der Staatsrat beschlossen, die Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Pensionierung des Staatspersonals vom 1. Januar 2007 bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals, längstens aber bis zum 31. Dezember 2008 zu verlängern. Das Staatspersonal wurde dementsprechend informiert, und insgesamt 169 Personen aus allen Abteilungen (130 Personen 2007) konnten von der «Förderung der freiwilligen Pensionierung» in Form einer AHV-Überbrückungsrente profitieren.

Bei der Ausstellung von Anstellungsverträgen durch das POA ist im Jahr 2008 eine Zunahme zu verzeichnen. Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, hat das POA im Jahr 2008 735 Verträge und Vertragsänderungen ausgestellt bzw. vorgenommen (571 im Jahr 2005, 640 im Jahr 2006 und 632 im Jahr 2007):

Darin nicht inbegriffen sind die Verträge der Anstalten des Staates und die Verträge des Unterrichtswesens.

Direktionen	Anstellungsverträge		Vertragsänderungen	
	2007	2008	2007	2008
Staatskanzlei, Sekretariat des Grossen Rates	4	18	5	13
Erziehung, Kultur und Sport	17	29	3	7
Sicherheit und Justiz	145	165	69	77
Institutionen und Land- und Forstwirtschaft	53	95	22	14
Volkswirtschaft	48	56	28	22
Gesundheit und Soziales	91	68	25	22
Finanzen	59	75	24	14
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen	21	50	10	10
<b>Total</b>	<b>450</b>	<b>556</b>	<b>182</b>	<b>179</b>

### 2.1.3 Gehaltsadministration

Hauptaufgabe der Abteilung «Personal- und Gehaltsadministration» des POA ist die Verwaltung der in ihre Zuständigkeit fallenden Gehälter (Zentralverwaltung und Unterrichtswesen) von über 9000 Personen. Das heisst, ihr obliegt die Sicherstellung der Gehaltszahlungen gemäss dem Dienstverhältnis, den gesetzlichen Bestimmungen, den Gehaltsskalen und den für gewisse Personalkategorien geltenden ausserordentlichen Gehaltsskalen.

Die Verwaltung der kantonalen Familienzulagen sowie der Arbeitgeberzulagen ist eine aufwändige Tätigkeit. Im Jahr 2008 wurden für über 3000 Kinder die Anspruchsberechtigung überprüft und die Ausbildungs- und Studienbescheinigungen nachgeführt und kontrolliert. Dazu kommen die Prüfung der neuen Anspruchsberechtigungen nach der Geburt eines Kindes und die Überprüfung geänderter Familienverhältnisse (Konkubinats, Trennung, Scheidung, Wiederverheiratung, Patchwork-Familie) sowie die Prüfung des vorrangigen Anspruchs, wenn die beiden Elternteile nicht im selben Kanton arbeiten. Hier führt die Vielfalt der Besonderheiten zu einer merklichen Zunahme der Anträge zur Revision der Anspruchsberechtigung.

Daneben erfüllt die Abteilung auch die üblichen Aufgaben, die zur Gehaltsadministration gehören: Bestätigungen für die Arbeitslosenversicherung, die Mutterschaftsentschädigung, den Erwerbssersatz, Auszahlung der Entschädigungen und Rückerstattung von Auslagen, Auszahlung der Sitzungsgelder für die Kommissionsmitglieder sowie diverse Bestätigungen (für Krippen, Versicherungen, Steuerbehörden usw.).

### 2.1.4 Informatik

Das POA gewährleistet mit seiner Abteilung «Informatikdienste» die Planung aller Operationen im Zusam-

menhang mit der technischen Verwaltung des Personals, den Gehaltszahlungen und der Verwaltung der Module für die Personalbewirtschaftung. Es ist zuständig für die Weiterentwicklung der Personalbewirtschaftungssoftware in Zusammenarbeit mit den Benutzerinnen und Benutzern und den Informatikerinnen und Informatikern, bildet die Benutzerinnen und Benutzer der Software aus und berät sie. Es ist für die Stellenbewirtschaftung verantwortlich und erstellt Voranschlag, Rechnung und Kontrolle des Personalbestandes.

### 2.1.5 Gesetzgebungstätigkeiten

Das POA stellt die für die Personalentwicklung und das Personalmanagement erforderliche rechtliche Beratung zur Verfügung. So hat es auch im Jahr 2008 seine allgemeinen Aufgaben in der Abgabe von Stellungnahmen, in der Beratung und der Unterstützung für die Direktionen, die Anstalten des Staates mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie gewisse subventionierte Institutionen wahrgenommen. Es hat insbesondere auch den rechtlichen Rahmen für die individuelle Betreuung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sichergestellt, die in Schwierigkeiten oder wegen Krankheit oder Unfall abwesend sind (Care Management; siehe unter Punkt 2.1.8). Das POA hat sein Projekt zur Schaffung der Personalfachstellen bei den Direktionen und Anstalten entsprechend den Vorschriften von Artikel 13 StPG weitergeführt, und es laufen Diskussionen über entsprechende Vereinbarungen mit der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSPA) und der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion. Das POA stellte bei Anfechtungen der Funktionsbewertung im Jahr 2008 auch mehrmals die juristische Begleitung des Arbeitgebers Staat sicher.

### 2.1.6 Sozialversicherungen

Das POA gewährleistet zum Teil die soziale und juristische Betreuung der wegen Krankheit oder Unfall arbeitsunfähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zentralen Verwaltung. Es informiert die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verwaltungseinheiten über die anwendbaren Verfahren wie Beendigung des Dienstverhältnisses, allfällige Wiederanstellung und Senkung des Beschäftigungsgrads und unterstützt sie bei den Kontakten mit den Sozialversicherungen, insbesondere der Pensionskasse des Staatspersonals und den IV-Stellen. Die Abteilung musste im Berichtsjahr 57 IV-Rentengesuche behandeln, gegenüber 45 Gesuchen im Vorjahr. Das POA ist auch für die Anstellungsverfahren und die Betreuung invalider Personen zuständig und prüft und bearbeitet zahlreiche Anfragen, kontaktiert die Verwaltungseinheiten, die in Frage kommen, und wickelt das Anstellungsverfahren ab. Gegenwärtig sind 40 Personen gemäss dem Staatsratsbeschluss über die Anstellung invalider Personen angestellt.

Was die obligatorische Unfallversicherung betrifft, so ist das gesamte Personal des Staates und seiner Anstalten (das vollzeitlich, teilzeitlich und vorübergehend angestellte Personal) gemäss UVG versichert. Im Jahr 2008 betrug der versicherte Lohn 80% von maximal 126 000 Franken, bei einer UVG-Lohnsumme von über einer Milliarde Franken. Die Prämien für Nichtberufsunfallrisiken gehen ganz zu Lasten des Personals.

Die Prämienzahlungen gehen zu einem Siebtel an die SUVA und zu sechs Siebteln an einen Pool von Privatversicherern, der durch die National-Versicherung vertreten wird. Für die Nichtberufsunfallversicherung betrug der Prämienatz des Pools im Jahr 2008 8,96‰ für Männer und Frauen und derjenige der SUVA 14,6‰. Für die Berufsunfallversicherung betrug der Prämienatz des Pools im Jahr 2008 1,93‰ und derjenige der SUVA 6,68‰ bzw. 36,8‰ für die Bereiche mit erhöhtem Risiko (Wald, Jagd und Fischerei).

Die Dienste des dem POA angegliederten UVG-Büros als Verbindungs-, Koordinations- und Informationsorgan für die bei der SUVA und der National Versicherten werden das ganze Jahr hindurch in Anspruch genommen. Im Berichtsjahr hat es über 2250 Unfälle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgenommen, kontrolliert und ergänzt, wobei 16% davon auf die SUVA und 84% auf die National-Versicherung entfallen. Die Unfallmeldungen betrafen zu 19% Berufs- und zu 81% Nichtberufsunfälle. Ungefähr 50% der Unfallmeldungen sind auf Stürze oder Sportverletzungen zurückzuführen, und etwa 33% der Unfälle führten zu Arbeitsunfähigkeit.

	2006	2007	2008
Anzahl Versicherungsfälle UVG	2018	1850	2251
– Berufsunfälle	323	278	427
– Rückvergütete Taggeldentschädigungen (in tausend Fr.)	2286	1853	3149
Anzahl Taggelder (30 Tage pro Monat)	16 023	12 666	20 245

Rückvergütungen Dritter:

- Invalidenversicherung Fr. 132 807.15
- Militärversicherung Fr. 34 883.85
- Haftpflichtversicherung haftbarer Dritter Fr. –.–

Im Rahmen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) hat das UVG-Büro im Jahr 2008 fast 300 Unfallversicherungsbestätigungen ausgestellt.

Schliesslich war das POA auch während des ganzen Jahres an den Arbeiten zur Revision der Gesetzgebung über die Pensionskasse des Staatspersonals beteiligt.

### 2.1.7 Sozialfonds

Das POA verwaltet die Dossiers und führt das Sekretariat des Sozialfonds für das Staatspersonal. Der Fonds bezweckt, Mitarbeitenden, die sich vorübergehend in



finanziellen Schwierigkeiten befinden, materielle Hilfe für den Lebensunterhalt der Antrag stellenden Person und/oder ihrer Familie zu gewähren.

Im Jahr 2008 sind beim Sekretariat des Sozialfonds 19 Gesuche eingegangen. 15 Gesuchen wurde stattgegeben, ein Gesuch wurde abgelehnt und drei Gesuche sind noch hängig. Es laufen Darlehen im Gesamtbetrag von 138 468 Franken (Stand per 31. Dezember 2008).

Die Gründe der Gesuchstellenden stehen meistens in Zusammenhang mit einer finanziellen Notlage, zum Beispiel aufgrund unvorhersehbarer Ausgaben, von Verschuldung oder des Auseinanderbrechens der Familie. Gesuche um Darlehen für Konsumkredite werden immer abgelehnt. Die Finanzverwaltung zahlt die Darlehen direkt den Gläubigern aus, und die Rückerstattung erfolgt über einen Lohnrückbehalt auf dem Monatsgehalt der betreffenden Person.

Bei komplexen Fällen, in denen die finanzielle Lage der verschuldeten Personen eingehender geprüft und diese Personen umfassender betreut werden müssen (Schuldenberatung), leitet der Sozialfonds den Fall zur Prüfung an die CARITAS Freiburg weiter. Auf der Grundlage der Empfehlungen der CARITAS Freiburg (Bericht über die finanzielle Lage der Gesuchstellerin/des Gesuchstellers) kann der Sozialfonds mit der Gewährung eines Darlehens eine punktuelle Finanzhilfe leisten. Zu diesem Zweck wurde zwischen der Schuldenberatung der CARITAS Freiburg und dem Sozialfonds für das Staatspersonal eine Zusammenarbeitsvereinbarung abgeschlossen, die am 1. Januar 2009 in Kraft tritt.

### 2.1.8 Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA)

Aufgabe der Abteilung «Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz» ist die Umsetzung des Systems für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA-System) sowie die Beratung und Überwachung der Anwendung der Gesetzgebung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

Das Berichtsjahr war von der Lancierung des Projektes «Care Management» und der Einführung des SGA-Systems in verschiedenen Bildungseinrichtungen (Berufsfachschulen, Fachmittelschule, Kollegium Hl. Kreuz) geprägt.

In Anwendung des SGA-Systems wurden im Auftrag des Staatsrates die Fluchtwege von fünfzehn staatseigenen Gebäuden geprüft. Diese Arbeit wird 2009 weitergeführt und anschliessend ein Bericht zuhanden des Staatsrates verfasst.

In der fortschreitenden Entwicklung des «Care Management»-Projektes kommt der Wille des Staatsrates zum Ausdruck, die Gesundheit und das Wohlbefinden der Mitarbeitenden zu fördern. Ziele des Projektes sind die Vorbeugung gegen Absentismus sowie die Unterstützung und individuelle Betreuung von Personen, die wegen Krankheit oder Unfall arbeitsunfähig sind oder

Schwierigkeiten an ihrem Arbeitsplatz haben. Finanziert wird das Projekt gemeinsam vom Staat Freiburg und der Pensionskasse des Staatspersonals.

### 2.1.9 Bewertung der Funktionen

Die Abteilung «Funktionsbewertung» verwaltet und entwickelt das Funktionsbewertungssystem EVALFRI für alle Funktionen beim Staat. Sie ist für die praktische Umsetzung und Kontrolle der diesbezüglichen Entscheide des Staatsrates zuständig.

Die Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen (KBF), hielt im Jahr 2008 insgesamt 19 Kommissionssitzungen ab. Die KBF wird vom POA präsiert, das auch das Sekretariat für die Kommission führt. Nach der internen Vernehmlassung zu den Funktionsbeschrieben der bisher bewerteten Funktionen hat die KBF die definitive Fassung von rund 70 Funktionsbeschrieben erstellt.

Parallel dazu hat sie mit der Bewertung einer neuen Gruppe von rund einem Dutzend Funktionen aus den Bereichen «Justiz – Polizei» und «Handwerk und Betrieb» begonnen. Der Bericht über diese Funktionsbewertungen soll dem Staatsrat im Laufe des Jahres 2009 überwiesen werden.

Im Rahmen des Projektes «Führen mit Zielen» hat die Abteilung auch die Entwicklung des Referenzsystems für Kernkompetenzen abgeschlossen, das als Grundlage zur Personalbeurteilung beim Staat dienen wird.

### 2.1.10 Ausbildung und Entwicklung

Die Abteilung «Ausbildung und Entwicklung» ist für die Erstellung von Konzepten und die Weiterentwicklung des Ausbildungsbereichs zuständig. Ihre Aufgabe ist die Ausarbeitung eines Weiterbildungsprogramms für das Staatspersonal, das es dem Verwaltungspersonal, den Kadermitgliedern und den Lernenden erlauben soll, die beruflichen Kompetenzen auf dem aktuellen Stand zu halten und weiterzuentwickeln.

Das Weiterbildungsangebot für das Personal umfasst neun Hauptthemen: allgemeine Kenntnisse, Arbeitsmethoden, Gesundheit am Arbeitsplatz, Kommunikation und Sozialkompetenzen, Managementschulung, Selbstkenntnis, massgeschneiderte Weiterbildung/Coaching, Informatikausbildung und Sprachkurse. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Kursbesuche in den letzten zwei Jahren:

	2007	2008
Weiterbildung der Mitarbeitenden	659	768
Weiterbildung der Kadermitglieder	208	138
Weiterbildung der Lernenden	308	395
Sprachkurse	181	181
Informatikausbildung	302	249

Für die Kadermitglieder gab es 2008 nebst dem Angebot im Programm der Kurse und Seminare 2008 zwei massgeschneiderte Ausbildungen: 2008 haben 14 Personen am 12-tägigen Ausbildungszyklus FOCAFRI – formation des cadres de l'Etat de Fribourg – teilgenommen. Am 8-tägigen Ausbildungszyklus FORMAFRI, in dem Managementgrundkenntnisse vermittelt werden, haben 17 Personen teilgenommen. Die Kaderfortbildung ist eines der vorrangigen Ziele des Ausbildungsprogramms. Die Kurse sollen zur Entwicklung persönlicher, zwischenmenschlicher und organisatorischer Kompetenzen zur Effizienzsteigerung der Kadermitarbeitenden in ihren Verwaltungs- und Führungsaufgaben beitragen.

Für die Betreuung und Ausbildung der Lernenden besuchten 25 Ausbildungsverantwortliche einen Kurs über die kaufmännische Grundbildung. Die Ausbildung während der Lehre ermöglicht es den Auszubildenden, sich rasch ins Berufsleben einzufügen und sich mit der Kantonsverwaltung vertraut zu machen. 395 Lernende nahmen an den verschiedenen Kursen zu den folgenden Themen teil: Kundenempfang, effizient kommunizieren, Besuch des Grossen Rates, Motivation und Selbstmotivation, Protokollführung, Vorbereitung der Lehrabschlussprüfungen und Stellenbewerbung. Ausserdem wurden den Lernenden der Branche «öffentliche Verwaltung» dreizehn Ausbildungsmodule angeboten, an denen 145 Personen teilnahmen.

Im Jahr 2008 bewarben sich über 180 Jugendliche für eine Lehrstelle bei der Verwaltung und absolvierten einen Eignungstest. Ihre Dossiers wurden nach der Auswertung an die Dienststellen und Anstalten weitergeleitet, die dann die definitive Auswahl trafen. Im kaufmännischen Bereich wurden für die Profile Basisbildung (B-Profil) und erweiterte Grundbildung (E-Profil) 57 Jugendliche angestellt.

Das Weiterbildungsangebot 2008 umfasste auch proaktiv ausgerichtete Kurse, so etwa einen Kurs zur beruflichen Standortbestimmung («mon bilan professionnel») und den Kurs «Vorbereitung auf die Pensionierung», die von über 30 Personen besucht wurden.

Zusätzlich verbesserte die Abteilung «Ausbildung und Entwicklung» das generelle und das auf Bedarf zugeschnittene Weiterbildungsangebot, wobei letzteres in Zukunft noch weiter ausgebaut werden soll. Gegenwärtig gibt es dazu keine Zahlen, ab 2009 sollte über diese Ausbildungen aber genauer Auskunft gegeben werden können.

Im Jahr 2008 nutzten über 2400 Personen das Weiterbildungsangebot des Staates Freiburg.

### 2.1.11 Organisation

Die Abteilung «Organisation» nimmt eine beratende und unterstützende Funktion bei der Ausarbeitung, Umsetzung und Anpassung der Organisations- und Führungsvorschriften wahr. Sie stellt moderne Instrumente und Methoden im Bereich der Organisation zur Verfügung, die die Verwaltungseinheiten bei der Ein-

richtung rationeller, wirksamer und transparenter Organisationsstrukturen unterstützen.

Das POA begleitete und unterstützte mehrere Verwaltungseinheiten bei ihren Anstrengungen bezüglich Organisation, Optimierung oder Reorganisation (insbesondere das Veterinäramt und das Kantonale Laboratorium) sowie bei der Wahl eines Beraters oder der Überprüfung von an Dritte übertragenen Aufgaben.

Im Rahmen des Voranschlagsverfahrens hat die Abteilung rund 300 Anträge für die Schaffung neuer Stellen registriert und den entsprechenden Bericht zuhanden der Direktionen und des Staatsrates vorbereitet.

Das 2005 lancierte Projekt ASL (Analyse der staatlichen Leistungen) wurde Ende 2008 für alle Verwaltungseinheiten des Staates abgeschlossen.

### 2.2 Besondere Ereignisse

Nach vierzig von Treue und Loyalität geprägten Dienstjahren beim POA trat Gisèle Ayer, Leiterin der Abteilung Gehälter, in den wohlverdienten vorzeitigen Ruhestand.

Die interne Organisationsstruktur des POA erfuhr zwei grössere Änderungen: So wurden die Abteilungen «Personalverwaltung» und «Gehälter» aufgehoben und in die neue Abteilung «Personal- und Gehaltsadministration» zusammengeführt, die somit Verwaltungsstelle für die Zentralverwaltung und das Unterrichtswesen ist. Aufgrund des immer grösseren Arbeitsaufwands und im Hinblick auf die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung wurde eine neue Abteilung «Administration und Finanzen» geschaffen, zu der auch das Sekretariat des POA gehört.

Die zweite grosse organisatorische Änderung betrifft die Einrichtung einer neuen Zusammenarbeitsplattform zwischen der Abteilung «Ausbildung und Entwicklung» des POA und den Leistungserbringern auf diesem Gebiet. Mit dem Stellenantritt des neuen Leiters der Abteilung «Ausbildung und Entwicklung» am 1. Juli ging auch eine Reorganisation der Abteilung einher. Im Rahmen eines Projektes mit der Bezeichnung «Transforma» wurde ein Teil der Aufgaben für die Planung der Seminare und Kurse mit einem Leistungsauftrag der Hochschule für Wirtschaft (HSW) und dem Weiterbildungs- und Informatikzentrum (WIZ) übertragen. Die Abteilung «Ausbildung und Entwicklung» will künftig näher bei ihren «Kunden» sein und den Schwerpunkt auf die Beratung und fachliche Unterstützung insbesondere in der Bestimmung der Ausbildungsbedürfnisse der Verwaltungseinheiten und des Personals sowie auf die Qualitätskontrolle des Kurs- und Seminarangebots legen.

Das POA hat im zweiten Halbjahr 2008 im Rahmen der ASL alle seine Leistungen geprüft. Mit dieser Prüfung konnten Art und Zweckmässigkeit seiner verschiedenen Leistungen besser quantifiziert werden. Das POA hat auch die 2007 begonnene Beschreibung seiner wich-

tigsten Prozessabläufe weitergeführt, die 2009 abgeschlossen werden sollte.

Das POA bereitete mehrere Antworten auf parlamentarische Vorstösse und Berichte zuhanden des Grossen Rates vor, namentlich die Antwort auf die Motionen Charles Haenni/Markus Ith und Martin Tschopp/Hugo Raemy (Einführung eines Vaterschaftsurlaubs), die Antwort auf die Anfrage Xavier Ganioz (Pensionierung mit 60 Jahren für die mit Polizeigewalt ausgestatteten Beamten) und auf die Anfrage Moritz Boschung (Kenntnis der Amtssprachen in der Kantonsverwaltung).

Im Anschluss an die Erheblicherklärung des Postulats René Thomet über die Erhöhung der Feriendauer hat das POA mit Genehmigung des Staatsrats im Sommer 2008 einen Verordnungsentwurf zur Erhöhung der Feriendauer und einen Reglementsentswurf über die Arbeitszeit (Flexibilisierung) beim Personal und den Sozialpartnern in die Vernehmlassung geschickt. Das POA hat die Vernehmlassungsantworten analysiert und anschliessend Vorschläge zuhanden des Staatsrates formuliert. Die Verordnung zur Erhöhung der Feriendauer (5 zusätzliche Ferientage bis zum 50. Altersjahr, 3 zusätzliche Ferientage vom 50. bis zum 58. Altersjahr und 2 zusätzliche Ferientage vom 58. bis zum 60. Altersjahr) wurde am 9. Dezember 2008 vom Staatsrat verabschiedet und tritt am 1. Januar 2009 in Kraft. Die in der Verordnung vom 9. Dezember 2008 vorgesehene Erhöhung der Feriendauer erfolgt schrittweise bis 2011. Das Arbeitszeitreglement sollte am 1. Juli 2009 in Kraft treten, die Diskussionen mit den Sozialpartnern laufen noch.

Am 1. Januar 2007 hat das POA die neue Personalbewirtschaftungssoftware HR Access aufgeschaltet. Die vorgesehenen Fristen und Budgets konnten eingehalten und das Projekt am 29. September 2008 formell abgeschlossen werden.

Im Rahmen des von der Finanzverwaltung geleiteten Projekts HRM2 (Einführung des neuen Rechnungslegungsmodells) hat das POA eine Vorstudie zu den Arbeiten, die in der Personalbewirtschaftungssoftware HR Access notwendig sind, durchgeführt. Diese Arbeiten sind erforderlich, um die Gehälter in die Staatsbuchhaltung zu überführen, und zwar nach den neuen Regeln und Werten.

Seit Oktober 2008 stellt das POA den Anstellungsbehörden und ihren Verwaltungseinheiten Tests zur Verfügung, mit denen sich die Persönlichkeit der Stellenbewerberinnen und Stellenbewerber sowie ihr Verhalten im beruflichen Umfeld beschreiben lassen. Das Ergebnis des Persönlichkeitsprofils wird dann mit dem Anforderungsprofil für die betreffende Stelle abgeglichen, und so kann beurteilt werden, wie gut sich die Bewerberin oder der Bewerber für die zu besetzende Stelle eignet. Das POA hat ein Beratungsteam gebildet, das die für die Stellenbesetzung verantwortlichen Personen bei der Durchführung dieser Tests und der Auswertung der Ergebnisse begleitet.

Die Abteilung «Sicherheit und Gesundheitsschutz» des POA hat 2008 zuerst die Entwicklung der Verfahren und Unterlagen für das «Care Management»-Projekt weitergeführt. Vor der Überweisung des Schlussberichts an den Staatsrat wurde bei verschiedenen Verwaltungseinheiten eine Testphase gestartet. Die ersten Ergebnisse sind für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und den Arbeitgeber vielversprechend und zeigen klar, dass es ein Care Management in der Kantonsverwaltung braucht.

Schliesslich hat die Leitung des POA an mehreren Sitzungen der Delegation des Staatsrats für das Personalwesen mit der FEDE und den Personalverbänden teilgenommen und hat die Traktandenliste und die entsprechenden Unterlagen für diese Sitzungen vorbereitet.

## VI. AMT FÜR INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION

### 1. Auftrag

Das Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) ist der spezialisierte Dienst des Staates im Bereich der Informatik. Seine Hauptaufgabe besteht in der rationellen Planung und Anwendung der Informatik, einschliesslich der Telekommunikationsbelange (Netz, Telefonie) der Kantonsverwaltung und der staatlichen Anstalten. Direktor des ITA ist Roland Marro.

### 2. Tätigkeit

Die Betriebsbereitschaft und -fähigkeit des Informatiksystems wurde mit sehr raschen Anpassungen und Erweiterungen gewährleistet. In diesem Zusammenhang nahm das ITA folgende Hauptaufgaben wahr:

- Governance des Informationssystems des Staates Freiburg (Architektur, Normen und Standards, Sicherheit, Steuerung und Koordination, kantonales Informatikbudget und Informatik-Legislaturfinanzplan);
- Leistungserbringung entsprechend den definierten Standards (Einrichtung von Informatiklösungen – Anwendungen und Infrastrukturen –, Betrieb und Support);

Die Tätigkeit zielte auf eine nachhaltige Optimierung der Informatikressourcen sowie auf die Gewährleistung der Betriebsbereitschaft und -fähigkeit der Informatiksysteme des Staates.

Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den Informatikeinheiten geht weiter und wird konkret vertieft.

## 2.1 Ordentliche Tätigkeit

### 2.1.1 GIS-Kompetenzzentrum (Geografisches Informationssystem)

#### 2.1.1 a Rechtsgrundlagen

Am 1. Juli 2008 sind das Bundesgesetz über Geoinformation (GeoIG) und zehn neue oder revidierte Ausführungsverordnungen in Kraft getreten. Das GIS-Kompetenzzentrum nahm eine erste Analyse der Auswirkungen dieser neuen Gesetzesbestimmungen insbesondere in Bezug auf die Harmonisierung der Geodaten und die Einführung eines Datenmodells vor.

Das GIS-Kompetenzzentrum nahm aktiv an der Anhörung zur Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) teil, deren Inkrafttreten auf den 1. Juli 2009 geplant ist.

#### 2.1.1 b Koordination

Die GIS-Koordination erfolgt:

- in Zusammenhang mit den Aufgaben der IT-Governance: Zentralisierung und Update der Infrastrukturen, Lizenznutzungspolitik, Prüfung, ob das Angebot bedürfnisgerecht ist, und entsprechende Anpassungen, Einhaltung der Informatikrichtlinien und enge Zusammenarbeit mit den Fachleuten des ITA, insbesondere hinsichtlich der Verwaltung der Hardware und der Sicherheit;
- in Zusammenhang mit der Geodatenverwaltung: Richtlinien für die Strukturierung, Edition, Aktualisierung und Aufbewahrung der Daten, Verwaltung der Metadaten, Harmonisierung der Softwarelösungen, Verbreitung und Tarifierung der Geodaten;
- im Rahmen von gemeinsamen Zielen dienenden Vorhaben wie Geodatenkatalog und Geoportal des Kantons Freiburg;
- im Rahmen von Querschnittsprojekten mit Verwendung von Geodaten.

Auf nationaler Ebene erfolgt diese Koordination im Rahmen der Aktivitäten von Vereinigungen wie der SOGI oder geosuisse, im Rahmen von Programmen (e-geo.ch) und Projekten des Bundes (z.B. geocat.ch, nationales Geodatenportal) sowie im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesämtern.

#### 2.1.1 c Projekte und realisierte Vorhaben

Das Geoportal des Kantons Freiburg (<http://www.geo.fr.ch/>) ist im Jahr 2008 weiter ausgebaut worden: Veröffentlichung neuer Themenkarten («Historische Karten» und «Umwelt») sowie Aufschaltung der Gefahrenhinweiskarten für die Freiburger Voralpen. Ausserdem wurden neue Funktionalitäten entwickelt, die 2009 implementiert werden sollen, und neue Karten («Raumplanung» und «Kulturelles Erbe») sind in Vorbereitung.

Die wichtigsten Projekte des GIS-Kompetenzzentrums waren 2008: SI-Eaux – Gewässerinformationssystem (TBA), ForestMap – Informationssystem für die Ver-

waltung forstwirtschaftlicher Geodaten (WaldA; dieses Projekt wurde an der internationalen GIS-Konferenz 2008 in Versailles vorgestellt), DATEC – Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen (BRPA) und SIG>Alp – Einführung eines GIS der Alpweiden (LwA und LIG, in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt).

#### 2.1.1 d Geografische Daten

Das GIS-Kompetenzzentrum verwaltet zahlreiche Geodatensätze (mehr als 400 vektorielle und fast 150 Rasterdatensätze) auf einer immer komplexer werdenden Architektur.

Im Laufe des Jahres 2008 konnte das kantonale GIS um einige interessante Datenpakete angereichert werden: Hochauflösende Orthophotos in Farbe und Infrarot des WaldA und andere Walddaten, Gefahrenhinweiskarten für das Freiburger Mittelland, Kataster belasteter Standorte, Inventar der Magerwiesen und andere Daten zum Natur- und Landschaftsschutz, im Register erfasste Gebäude und geschützte Gebäude, geologischer Atlas der Schweiz im Massstab 1:25 000, Karten der Baugrunderklassen, Gebäudeadressen für die Kantone Waadt und Bern, Zivilschutzsirenen usw.

### 2.1.2 Informatiksicherheit

Das Ziel der Informatiksicherheit ist es, sicherzustellen, dass nichts passieren kann, was den Fortbestand der Informationssysteme des Staates Freiburg gefährdet. Dabei geht es darum, mögliche Gefahren zu verhindern, eventuelle Schäden zu begrenzen oder durch Fehler, Unfälle oder Unachtsamkeit verursachte Pannen zu beheben und die Wiederaufnahme des normalen Betriebs zu annehmbaren Kosten und in akzeptablen Fristen zu ermöglichen.

Die Informatiksicherheitspolitik legt die Standardanforderungen für die Informatiksicherheit fest, definiert die Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Sicherheit der Systeme, der Anwendungen und der Informatiknetzwerke und legt einen allgemeinen Massnahmenkatalog an, basierend auf der internationalen Norm ISO/IEC 27002. Diese Politik ist 2008 festgelegt worden und soll 2009 von den betroffenen Instanzen validiert werden.

Das Informatiksicherheitskonzept legt die Standardanforderungen, die Verantwortlichkeiten, die Massnahmen und die Weisungen zur Einleitung, Implementierung, Erhaltung und Verbesserung der Informatiksicherheit beim Staat Freiburg fest. Das Sicherheitskonzept beinhaltet verschiedene Dokumente.

Natürlich gewährleisten technische Massnahmen die Verlässlichkeit, Leistungsfähigkeit und Sicherheit der zentralen Infrastrukturen, und die Benutzerinnen und Benutzer werden regelmässig entsprechend geschult und sensibilisiert.

### 2.1.3 Sektion «Zentrale Dienste»

Im Frühjahr 2008 wurde die neue Abteilung «Zentrale Dienste» geschaffen. Ihre Aufgabe besteht in der Gewährleistung des reibungslosen Verwaltungsbetriebs des ITA, namentlich in den Bereichen Human Resources, Finanzen, Kommunikation, Logistik und Sekretariat.

Eines der Hauptziele dieser Abteilung ist die Optimierung der administrativen Verwaltung des ITA. Die Kundenverantwortlichen stellen einen ersten Kontakt zu den Dienststellen des Staates her, um Vorschläge für mögliche Projekte zu qualifizieren und die Informatikausgaben zu kontrollieren.

Diese Abteilung hat insbesondere den Auftrag, den Bericht zur Beurteilung der Eignung der Verwaltungseinheit zur leistungsorientierten Führung (LoF) zu erstellen und ihre Einführung zu planen. Dieser Auftrag war ihr im Rahmen der Massnahme 33 des Legislaturfinanzplans 2007–2011 erteilt worden, zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung, um die vollständigen Informatikkosten den antragstellenden Einheiten zu kontieren und die Rentabilität der Informatikprojekte zu evaluieren.

### 2.1.4 Sektion «Computing Services & Network» CS

Hauptsächliche Aufgabe dieser Abteilung ist der Betrieb der Informatik- und Telekommunikationsinfrastrukturen, die Unterstützung der Benutzerinnen und Benutzer der kantonalen Informatik («User Support»), um den Usern der Kantonsverwaltung und des freiburger spitals die Informatik- und Telefonietools zur Verfügung zu stellen, die sie für ihre tägliche Arbeit benötigen.

#### 2.1.4 a Sektor «User Services»

Die Leistungen dieser Abteilung sind im Wesentlichen direkt auf die Endbenutzerinnen und -benutzer ausgerichtet, mit Schwerpunkt auf den Arbeitsplatzsystemen (PCs und Drucker) sowie auf dem Benutzersupport.

Im Bereich Arbeitsplatzsysteme richtete die Abteilung neue PCs ein und ersetzte daneben rund 500 PCs in den Dienststellen der Kantonsverwaltung sowie für das freiburger spital. Mit dieser Erneuerung des PC-Bestands kann ein homogener und leistungsstarker Computerpark erhalten werden, wodurch auch der Unterhalt erleichtert wird, und die Computer können auf das künftige Betriebssystem vorbereitet werden.

Die Zahl der Anfragen und Pannemeldungen an den User Support ist 2008 gestiegen. So wurden 2008 mehr als 25 000 «Tickets» (Anfragen und Problemmeldungen), aufgeteilt auf die Dienststellen der Verwaltung (58%) und das freiburger spital (42%), bearbeitet, was einer Zunahme um rund 5% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Von allen bearbeiteten «Tickets» wurden mehr als drei Viertel zwischen 2 und 4 Stunden nach Meldungseingang erledigt.

#### 2.1.4 b Sektor «Telekommunikation»

Ein Schwerpunkt war 2008 die Inbetriebnahme einer neuen Plattform für die Fernverbindungen mit den kantonalen Informatikinfrastrukturen. Diese Plattform ermöglicht die Verbindung für verschiedene Benutzerprofile mit entsprechenden hohen Sicherheitsstufen.

Diese Plattform hat auch den Anschluss von 20 Gemeinden des Kantons Freiburg ermöglicht, mit der Integration von CommuNet in der zweiten Jahreshälfte.

Die Einrichtung des kabellosen Netzwerks («Wifi») ging weiter, und auf Anfrage des freiburger spitals wurde eine Internetzugangslösung für die Patientinnen und Patienten integriert. Dieser Service ist nun auch in den Räumen des Rathauses zugänglich und steht dort den Mitgliedern des Grossen Rates und externen Besucherinnen und Besuchern während den Grossratssessionen oder bei Abstimmungen und Wahlen zur Verfügung.

Im Rahmen der Modernisierung der Telefonieinfrastrukturen sind die Telefonanlagen des Bezirksgerichts Saane auf die VoIP-Technologie migriert worden (Telefonie über Internetprotokoll). Andere Dienststellen wie die Kantonale Steuerverwaltung haben ebenfalls von diesem Upgrade profitiert.

#### 2.1.4 c Sektor «Data Center»

Diese Abteilung ist für den Unterhalt und den Betrieb der Server für die Dienststellen der Verwaltung und das freiburger spital (Standorte Freiburg, Riaz, Châtel-St-Denis, Billens), die Infrastruktur für die Datensicherung sowie die Einrichtungen für das Backup der entsprechenden Daten zuständig. Der gegenwärtige Bestand an Zentralservern umfasst mehr als 400 Server.

2008 lag der Schwerpunkt auf der Erweiterung und Konsolidierung des Datensicherungssystems, der Einrichtung virtueller Server und der Grundinfrastruktur für das Projekt, das sich mit der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Informatikdienstleistungen des Staates befasst. In diesem Zusammenhang konnten mit der Inbetriebnahme eines zusätzlichen Archivierungssystems im Backup-Rechenzentrum kritische Daten bereits auf Servern an zwei geografisch unterschiedlichen Standorten gespiegelt werden. Gegenwärtig werden über 150 virtuelle Server eingesetzt, und 12 Terabyte gedoppelte Daten erfüllen bereits die Anforderungen für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Informatikdienstleistungen im Katastrophenfall.

Die Abteilung hat im Rahmen der Erneuerung des Serverparks oder für neue, in Projekten entwickelte Lösungen 75 neue Server eingerichtet (hauptsächlich virtuelle Server).

Dank des Einsatzes einer neuen Generation von Anti-Spam-Filtern können täglich über 800 000 Spams (gegenüber 400 000 Ende 2007) blockiert werden, und nur 30 000 E-Mails werden in die Mailboxen der Benutzerinnen und Benutzer geleitet. Die Junk Mails nehmen laufend zu und ihr Anteil macht leider 95%

der eingehenden E-Mails aus. Dank der Wirksamkeit der installierten Filter sind die Endbenutzerinnen und -benutzer davon jedoch nur am Rande betroffen.

#### **2.1.4 d Sektor «Middleware»**

Die Abteilung «Middleware» sorgt hauptsächlich für den reibungslosen Betrieb der Hard- und Softwareplattformen, für die sie zuständig ist, unterstützt Projekte, die sich auf ihre Tätigkeiten auswirken, und entwickelt entsprechende Middleware-Plattformen.

Zu den wichtigsten Arbeiten gehörte die Installation von Datenbankservern für das Hosting der Gemeinden (Projekt CommuNet) und die effizientere Verwaltung der ORACLE Datenbanken.

Die Abteilung beteiligt sich ebenfalls aktiv an der Einrichtung für das Scannen der Mikrofichen des freiburger Spitals und der Inbetriebnahme der neuen, via Internet verfügbaren Anwendung für die Verwaltung der Fahrzeuge des Amtes für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS).

#### **2.1.5 Sektion «Solution Engineering» SE**

Die Sektion Solution Engineering erbringt folgende Leistungen:

- Leistungen im Bereich der IT-Governance, namentlich Ausarbeitung der Informatikarchitektur des Staates, Verwaltung von Projektportfolios, Vorstudien und Leitschemata;
- Informatikprojekte in Zusammenhang mit der Anschaffung, Entwicklung und Implementierung von sektorspezifischen oder sektorübergreifenden branchenspezifischen Software-Lösungen sowie mit den generischen Informatikplattformen;
- Support und Wartung der Softwareplattformen.

Die Mitarbeitenden waren an 42 Projekten und 23 Vorstudien beteiligt und haben rund 50 Anwendungen gewartet und technisch unterstützt.

Die Mitarbeitenden dieser Abteilung leisteten im Jahr 2008 rund 48 100 Arbeitsstunden, wovon 23 600 Stunden für Informatikprojekte, 20 500 Stunden für den Support und die Softwarewartung und 4000 Stunden für die IT-Governance.

Die wichtigsten Projekte des Jahres 2008 werden nachfolgend beschrieben.

#### **2.1.5 a Kantonale Steuerverwaltung (KSTV)**

Im Rahmen der Umsetzung des Informatikleitschemas der KSTV ist das ITA für das allgemeine Programmmanagement zuständig und hilft bei der Projektumsetzung und bei der Qualitätssicherung mit.

Beim Reengineering der Anwendungen für die Veranlagung der natürlichen Personen und den Steuerbezug hat sich das ITA vor allem um die Architektur und die Einrichtung der neuen Austauschplattform und die Integration dieser neuen Anwendungen mit den bestehen-

den Applikationen wie denjenigen der Steuerregister oder der Unternehmenssoftware SAP gekümmert. Eine erste Aufschaltung dieser umfangreichen und komplexen Anwendung erfolgte Anfang 2008, und ihr Betrieb konnte in der Folge gewährleistet werden. Dank des grossen Einsatzes der Mitarbeitenden der KSTV, des Lieferanten und des ITA konnten die «Anfangs-Bugs» beseitigt und die Anwendung stabilisiert werden. Die Entwicklungsarbeiten wurden das ganze Jahr weitergeführt, so dass schrittweise weitere Funktionalitäten implementiert werden konnten.

Parallel dazu hat das ITA neue Entwicklungen für den elektronischen Datenaustausch zwischen der KSTV und ihren Partnern abgeschlossen und auf der 2007 eingerichteten gesicherten Kommunikationsplattform aufgeschaltet. Insgesamt 57 Gemeinden – und damit fünfzehn Gemeinden mehr als im Vorjahr – erhielten die sie betreffenden Steuerinformationen auf diesem Weg.

#### **2.1.5 b Harmonisierung der amtlichen Personenregister**

Am 23. November 2005 verabschiedete der Bundesrat einen Gesetzesentwurf über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (RHG) und die entsprechende Botschaft. Mit diesem Gesetz, dem die Bundesversammlung am 23. Juni 2006 zustimmte, sollen die Datenerhebung zu statistischen Zwecken durch die Harmonisierung der amtlichen Personenregister und der Datenaustausch zwischen den Registern vereinfacht werden. In den Geltungsbereich des RHG fallen verschiedene eidgenössische Personenregister sowie die kantonalen und kommunalen Einwohner- und Wählerregister.

Nach dem Willen des Bundesrates ist für die Volkszählung 2010 ausserdem eine vollumfänglich registergestützte Erhebung vorgesehen.

Das von der Sicherheits- und Justizdirektion (SJD) geleitete Umsetzungsprojekt ist in drei Teilprojekte gegliedert, nämlich die Anpassung des kantonalen Gesetzes über die Einwohnerkontrolle unter der Leitung der SJD, die Harmonisierung der kommunalen Register unter der Verantwortung des Amtes für Statistik und die Einrichtung der kantonalen Informatikplattform, für die das ITA zuständig ist.

Was die Informatik betrifft, so konnten 2008 die funktionellen und technischen Anforderungen festgelegt, die öffentliche Ausschreibung vorgenommen und die Auswahl getroffen werden. Die Wahl fiel schliesslich auf die von der BEDAG Informatik AG entwickelte und unterhaltene Plattform GERES des Kantons Bern. Der Kanton Freiburg ist der dritte Kanton, der sich für diese Fachlösung entschieden hat und aktiv an der Schaffung einer Interessengemeinschaft mitwirkt, die bald aus mehreren Kantonen bestehen könnte. Die gewählte Lösung kann selbstverständlich den besonderen Bedürfnisse des Kantons Freiburg angepasst werden.

### 2.1.5 c Elektronische Dokumentenverwaltung

Die Einrichtung der Informatikplattform für ein Geschäftsverwaltungssystem ist ein unverzichtbarer Baustein für das E-Government, das heisst für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien für den internen und externen Behördenverkehr, so dass in Zukunft die internen und externen Geschäfte der Kantonsverwaltung vermehrt elektronisch und automatisiert abgewickelt werden können. 2007 entschied man sich hier für die Lösung FileNet von IBM, die zahlreiche Aufgaben erfüllen muss, insbesondere Prozessführung von Vorgängen, Organisationsablauf der Aktenführung – d.h. unter anderem Weiterleitung zur ablaufrichtigen Bearbeitung an die verschiedenen Arbeitsplätze oder die verschiedenen Einheiten, Überwachung der Bearbeitungsprioritäten, Fristenverwaltung, Ablaufsynchronisation und Auslösen der Alarmfunktionen.

Mit dem Pilotprojekt, das die Verwaltung der Geschäfte der Staatskanzlei betraf, gab es aufgrund der ungenügenden Kompetenzen der für dessen Einrichtung über eine öffentliche Ausschreibung ausgewählten Firma grosse Schwierigkeiten, und diese Zusammenarbeit wurde abgebrochen. Obwohl die finanziellen Interessen des Staates vollumfänglich gewahrt bleiben konnten, wirkte sich dieser Abbruch nicht nur auf die Fristen des Projekts der Staatskanzlei aus, sondern hatte auch grosse Änderungen bei der Planung der anderen Projekte zur Folge, die von der Plattform abhängen, die mit dem Projekt der Staatskanzlei eingerichtet werden sollte. Die Rolle des Pilotprojekts wurde dem Projekt DATEC (Verwaltung der Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen) übertragen, das für das Bau- und Raumplanungsamt durchgeführt wird. Die erste Inbetriebnahme dieser Lösung ist für das Frühjahr 2009 geplant.

### 2.1.5 d THEMIS

THEMIS ist die vom ITA für die Betreibungsämter des Kantons entwickelte Anwendung zur Verwaltung der Betreibungen. Sie konnte im ersten Betreibungsamt des Kantons Waadt im September 2008 aufgeschaltet werden. Das Arbeitsklima war ausgezeichnet, und die Anwendung funktioniert zur vollen Zufriedenheit unserer Waadtländer Partner und Kollegen. THEMIS wird bis im Juni 2009 in allen Betreibungsämtern der Waadt eingerichtet.

Der Kanton Freiburg war auch als Pilotpartner am Projekt eSCHKG (elektronischer Austausch von Betreibungsdaten) beteiligt. Mit diesem Projekt unter der Leitung des Bundesamtes für Justiz soll ein neuer Datenstandard und damit die technisch-organisatorische Infrastruktur geschaffen werden, um Betreibungsdaten zwischen Gläubigerinnen/Gläubigern und Betreibungsämtern nach einem einheitlichen Format auf elektronischem Weg austauschen zu können. So waren im Sommer 2008 die Freiburger Betreibungsämter die ers-

ten, die elektronische Betreibungsbegehren nach diesem neuen Standard anerkannten.

Ende 2008 hat der Staatsrat des Kantons Wallis den Grundsatzentscheid gefällt, THEMIS in allen Betreibungs- und Konkursämtern einzuführen.

### 2.1.6 Informatikkommission des Staates

Die Informatikkommission des Staates (die Informatikkommission) ist das beratende Organ des Staatsrates in Informatikbelangen. Ihre Aufgaben sind im Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.1) festgehalten.

Die Informatikkommission des Staates tagte im Jahr 2008 unter dem Vorsitz des Finanzdirektors vier Mal. Gemäss ihren Befugnissen nahm die Kommission zu folgenden Tätigkeiten und Projekten Stellung oder wurde darüber informiert:

- Strategie zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Informatikdienstleistungen des Staates im Katastrophenfall, Definition der unabdingbaren Elemente (z.B. Notraum) und der Redundanz der Grunddienste;
- Portfolio der Informatikprojekte des Staates Freiburg, namentlich:
  - «CommuNet» (Informatik von Gemeinden des Glane-, Greyerz-, Broye- und Vivisbachbezirks);
  - TaxPP/Enc (Veranlagung der natürlichen Personen und Steuerbezug);
  - PlatCom (verschiedenen Partnern werden nach einem standardisierten Verfahren und in hoch gesicherter Weise vertrauliche Informationen und Funktionalitäten über Web-Applikationen zugänglich gemacht);
- Elektronische Dokumentenverwaltung;
- «CICLOP» (Interkantonale Zusammenarbeit für eine Software für die Betreibungsämter – Collaboration Inter-Cantonale pour un Logiciel pour les Offices de Poursuites);
- DATEC (Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen – Dossiers d'Autorisations en aménagement du Territoire, Environnement et Constructions);
- HarmPers (Harmonisierung der Personenregister);
- ARPA (Bevorschussung und Einforderung von Aliments – Avances et Recouvrements des Pensions Alimentaires);
- Vorstudie «Harmonisierung der Informationssysteme für die Verwaltung des administrativen Umfelds der Schulen»;
- Standortbestimmung der Vorstudie «Windows Vista»;
- Standortbestimmung zur Auflösung der Host-Plattform (Mainframe);

- Standortbestimmungen und Leistungsindikatoren betreffend Informatik des Freiburger Spitalnetzes;
- Anwendbarkeit der Informatiksicherheitspolitik auf das Freiburger Spitalnetz, namentlich in Bezug auf den Zugriff von aussen (via Internet) auf Daten und/oder Anwendungen über eine starke Authentifizierung;
- Informatiksicherheitskonzept;
- Zusammenarbeit mit der richterlichen Behörde;
- Studie über die Schaffung eines Organs für die Wartung der Informationssysteme für die post-obligatorischen Schulen.

### **2.1.7 Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU)**

Die KK-IU ist das beratende Organ des Staatsrates für Fragen der Informatik im Unterrichtswesen. Ihre Aufgaben sind im Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.1) festgehalten.

Die KK-IU fand sich im Jahr 2008 zu drei Sitzungen ein und befasste sich dabei mit folgenden Aufgaben:

- Sie prüfte den Informatikbedarf bei den post-obligatorischen Schulen sowie die Informatikstrategien und Budgets mit Ausnahme des Budgets der Universität und der FH, die einen Sonderstatus innehaben.
- Sie gab ihre Stellungnahme ab zu den Arbeiten für eine künftige Organisation der Wartungsarbeiten der Informatik in den post-obligatorischen Schulen.
- Sie nahm Kenntnis von verschiedenen Standortbestimmungen der Fachstelle fri-tic, zu ihrer Zukunft und ihrer Verbindung zum ITA und zur PH.
- Sie nahm Stellung zur Vorstudie über die Harmonisierung der Informationssysteme für die Verwaltung des administrativen Umfelds der Schulen;
- Sie genehmigte einen Hardwareleitfaden für die Schulen der Sekundarstufe II.
- Sie gab ihre Stellungnahme ab zur Entwicklung des Netzwerks edufr (Zurverfügungstellung einer Breitband-Internetverbindung).
- Sie gab ihre Stellungnahme ab zum Projekt für ein pädagogisches Portal;
- Sie definierte ihren Auftrag neu und machte konkrete Änderungsvorschläge für den Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.11).

## **VII. AMTLICHE VERMESSUNG**

### **1. Aufgaben**

Die amtliche Vermessung dient zur Anlage und Führung des Grundbuchs. Die von ihr erstellten Geodaten dienen ebenfalls den Behörden, der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Betreibern von Landinformationssystemen für den Aufbau und den Betrieb. Der Staatsrat übt die kantonale Obergewalt über die amtliche Vermessung aus und verfügt zu diesem Zweck über das Amt für Vermessung und Geomatik (das Amt).

Das Amt leitet, kontrolliert und koordiniert die Vermessungsarbeiten, die Nachführung und die Abgabe der Information der amtlichen Vermessung. Es verwaltet die Datenbank und gewährleistet die Qualität der raumbezogenen Informationen des kantonalen Landinformationssystems. Dies sind die Daten des Grundbesitzes und seine Einschränkungen, der Bodenbedeckung, der Einzelobjekte, der Nomenklatur, der Adressen, der Höhen, der Fixpunkte, der Übersichtspläne und der Luftaufnahmen. Das Amt achtet auf die Koordination zwischen der amtlichen Vermessung und anderen Vermessungsprojekten und Landinformationssystemen. Es gewährleistet die Zuverlässigkeit, die Genauigkeit, die Aktualisierung und die Vollständigkeit dieser Daten unter Berücksichtigung der vom Bund erlassenen Standards und in Übereinstimmung mit den Erwartungen des Gemeinwesens und der Allgemeinheit betreffend Fristen, Kosten und Koordination der Aktivitäten mit den anderen Wirtschaftszweigen.

Für die Ausführung der Arbeiten stützt sich das Amt im Wesentlichen auf den Privatsektor, und zwar auf die Ingenieur-Geometer und andere Vermessungsfachleute.

Das Amt hat ein ISO9001 und PM9001 zertifiziertes Qualitäts- und Sicherheitssystem eingeführt.

Dienstchef ist der Kantonsgeometer Gérald Faoro.

### **2. Tätigkeit**

#### **2.1 Ordentliche Tätigkeit**

##### **2.1.1 Fixpunkte**

Das Amt hat 2008 seine Tätigkeit auf die Begleitung der Umsetzung des nationalen Bezugssystems (LV95) auf die neuen Vermessungsoperare konzentriert. In der guten Zusammenarbeit mit den Geometerbüros konnten wertvolle Erfahrungen gesammelt werden, die bei der Ausarbeitung eines kantonalen Konzeptes für den Wechsel des Bezugssystems, nicht nur der Daten der amtlichen Vermessung, sondern auch aller anderen raumbezogenen Daten, nützlich sein werden.

Bedingt durch die Rationalisierung der Methoden und durch die quantitative Abnahme der Referenzfixpunkte hat das Amt eine minimale Leistung sichergestellt und nur auf Verlangen interveniert, wenn ihm ein bedrohter Bezugspunkt signalisiert wurde. Beim Höhenfixpunktnetz wurden keine besonderen Arbeiten ausgeführt.



### 2.1.2 Übersichtspläne

Die in «Raster»-Form gespeicherten Übersichtspläne sind für die Dienststellen auf dem Netzwerk des Staates jederzeit verfügbar. Die Abgabe an Dritte erfolgt hauptsächlich mit CD-ROM.

Das Kantonsgebiet wird flächendeckend von 175 Plankarten im Massstab 1:5000 abgedeckt. 129 dieser Pläne oder 74% des Kantonsgebiets wurden entsprechend dem Verlauf des Vermessungsprogramms nach dem Jahr 2000 numerisch nachgeführt. 20 Pläne oder 11% des Gebiets wurden zwischen 1997 und 2000 nachgeführt. Für 26 Pläne oder 15% des Gebiets wurde die Nachführung zwischen 1992 und 1996 noch grafisch durchgeführt, bei diesen wird die Priorität der Nachführungsarbeiten für 2009 liegen.

2008 wurden 18 (11) Planblätter mit dem ältesten Nachführungsstand nachgeführt und zwar die Blätter 1164.41, 42, 1183.42, 44, 1184.42, 44, 1185.34, 1225.43, 44, 1226.33, 1244.44, 1245.14, 1245.21, 22, 24, 41, 1264.22 und 1165.11.

### 2.1.3 Parzellarvermessung

#### 2.1.3 a Organisation

Die Vermessung ist eine Verbundaufgabe zwischen dem Bund, der die strategische Leitung innehat, und den Kantonen, die die operationelle Verantwortung haben. Der Umsetzungsplan der neuen Parzellarvermessungen ist eng an die zwischen Bund und Kanton geschlossenen Programmvereinbarungen gebunden.

Unter Berücksichtigung der Anteile der von früheren Leistungsvereinbarungen stammenden Operate sieht die Programmvereinbarung 2008–2011 die Abspeicherung von 50 000 Hektaren in die Datenbank und den Abschluss von Verträgen über 24 000 weitere Hektaren vor. Demgegenüber verpflichtet sich der Bund zur Zahlung eines Anteils über einen Gesamtbetrag von etwa 3,4 Millionen Franken. Zu Beginn eines jeden Jahres wird zwischen swisstopo und dem Amt eine für das Jahr gültige Rahmenvereinbarung getroffen. Die Vereinbarung 2008 sah eine Leistung über 12 032 Hektaren aus den Leistungsvereinbarungen 2007 und früher vor; das Ziel wurde erreicht (s. Punkt 2.1.3).

#### 2.1.3 b Im Jahr 2008 beschlossene Operate

In Anwendung der Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen wurden die Arbeiten für die neue Parzellarvermessung von Botterens (Sektor Villarbeney), Châtel-sur-Montsalvens, Cheiry (Sektor Chapelle) und Villarvolard vergeben.

Ferner wurde die Aktualisierung und Nachführung der Orthophotos über das ganze Kantonsgebiet mit einer Auflösung von 25 cm angeordnet. Die Arbeiten wurden an ein spezialisiertes Büro im Kanton Bern vergeben und werden auch der Aufnahme der Bodenbedeckung in den erweiterten Regionen der in den Voralpen noch durchzuführenden Vermessungen dienen. Wegen Über-

flugverboten aufgrund der Euro 08 und Militärflügen, aber vor allem wegen den Wetterlaunen, die oft einen leichten Dunst über dem Mittelland hängen liessen, was die Qualität der Photos empfindlich verringerte, konnten im Sommer 2008 nur zwei Drittel des Territoriums überflogen werden. Die Flüge sollten 2009 abgeschlossen werden.

#### 2.1.3 c Operate in Bearbeitung

Die gegenwärtig in Bearbeitung stehenden Operate betreffen 42 400 ha, was 25,46% (34,85%) des Kantonsgebietes entspricht, während bereits 89 430 ha (73 533 ha) oder 53,69% (44,16%) des Kantons definitiv in der Datenbank verwaltet werden. Seit der Einführung der Programmvereinbarungen am 1. Januar 1998 wurden die Daten von 82 557 ha den Dienststellen und den Dauerbezügern auf dem Vermessungs-Server zur Verfügung gestellt. Vorprojekte für Neuvermessungen wurden für 13 196 ha vergeben.

#### 2.1.3 d Im Jahr 2008 beendete Operate

In Kontinuität zu den im Vorjahr begonnenen Arbeiten wurde die Priorität auf die Anpassung und Umsetzung der 2007 abgeschlossenen und verifizierten Operate in das neue, den Anforderungen des Bundes entsprechende Datenmodell gesetzt. Dies betraf 17 165 ha für 19 Operate, und zwar: Bas-Intyamou Los 3, Courgevaux Lose 1 und 2, Ecublens Lose 3 und 4, Grandvillard Los 3, Gurmels (die GZ von Cordast-Guschelmuth), Kerzers Los 7, Murten (Los 8, Teil), Plasselb Los 2, Tafers Los 2 sowie die Numerisierungen von Châtel-Saint-Denis Los 5a, Kerzers Los 7a, La Verrerie (Sektor Progens Los 1a), Morens, Noréaz, Remaufens, Rueyres-les-Prés, Sâles 1a, Saint-Martin, Schmitten Lose 1a und 1b, Ursy Lose 1a und 2a. Es gibt so keine Daten mehr, die nicht dem neuen Standard entsprechen. In Zukunft werden alle Operate in Bearbeitung (gegenwärtig 70 an der Zahl) direkt im neuen Modell zur Verifikation geliefert werden.

Eine erste Verifikation wurde für die Neuvermessungen von Châtonnaye, Cressier und Sorens Los 3, und für die Numerisierungen von Delley-Portalban, Marsens Los 3, Montet (Glâne) und Surpierre (Sektor Praratoud) durchgeführt.

Die Arbeiten zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Nutzflächen mittels Vermessungen führten zu periodischen Nachführungen auf 1691 ha der Gemeinden Arconciel, Charmey, Corbières und Vaulruz und auf 3546 ha der Gemeinden Châtel-St-Denis, Ecublens und Schmitten im Rahmen obgenannter Operate.

Nach Abzug der Kostenbeteiligungen des Bundes und des Kantons wurden die Restkosten der Neuvermessungen von Pont-en-Ogoz (Sektor Avry-devant-Pont), Corbières Los 2, Farvagny Los 3 verteilt und den Gemeinden und den betroffenen Eigentümern in Rechnung gestellt. Die Zählung der Elemente im Hinblick auf die Kostenverteilung von Courgevaux Los 2, Düdingen Lose 9.1

und 9.2, Gurmels Los 3, Gurmels (Sektor Cordast, Dorf) wurde durchgeführt. Schliesslich konnten die Kosten der Güterzusammenlegungen im Einvernehmen mit den Bodenverbesserungskörperschaften von Cordast-Guschelmuth, Courgevoux Los 1, Kerzers Lose 5 und 6 und Murten Los 7 in Rechnung gestellt werden.

### 2.1.3 e Unterhalt und Nachführung

Im Kanton Freiburg wird die amtliche Vermessung von den privaten Geometerbüros auf folgende Art nachgeführt:

- Bei Gebieten, die noch immer nur über grafische Dokumente verfügen, werden die Mutationsvorschläge (Verbale) vom Amt technisch geprüft. Die Geometer führen dann einmal im Jahr die Grundbuchpläne nach.
- Bei Gemeinden und Teilen von Gemeinden mit numerischen Daten gilt die Originaldatenbank als amtlich beglaubigt. Anhand von Auszügen aus dieser Datenbank erstellen die Geometer ihre Mutationsvorschläge der zu vermessenden Objekte. Diese werden vom Amt geprüft und dann im Rahmen eines Nachführungsprozesses, der es gestattet, die etappenweise Gültigerklärung (Koordination mit dem Grundbuch) zu verwalten, in die Datenbank integriert. Dieses System gemischter Mutationen optimiert die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor und liefert dem Staat raumbezogene Daten, die er für seine Anwendungen und Projekte mit raumbezogenen Informationen benötigt. Der Datenaustausch erfolgt im Interlis-Format (offizielles Format für den Austausch von Vermessungsdaten in der Schweiz), das den Unternehmern die Freiheit der Methoden und der Wahl der Werkzeuge gewährt.

Die Schwierigkeiten bei der Wiederinbetriebnahme der Datenbank, die 2007 zu einer Abnahme der eingereichten Dossiers geführt hatte, sind behoben. 2008 konnte mit der Aufarbeitung der in den Büros und im Amt kumulierten Rückstände begonnen werden. Die Nachführung der Liegenschaftsmutationen ist à jour, während es für die Nachführung der Gebäude noch einige Anstrengungen brauchen wird, sind doch mehr als 4000 Dossiers in den Privatbüros und mehr als 1000 im Amt in Bearbeitung. 2008 haben die amtlichen Geometer dem Amt 3135 (2499) Mutationsverbale zugestellt. 994 (1018) dieser Verbale sind Grenzänderungs- oder Teilungsverbale, 1048 (791) wurden nach der Kontrolle durch das Amt visiert. Betreffend die Katasteraufnahme der neuen oder abgeänderten Gebäude hat das Amt 3062 (2350) Mandate, die 4208 Gebäude betreffen, und 1868 (1060) Kontrollvisen erteilt. Durchschnittlich betreffen 4 von 5 Mutationen die Datenbank.

Die Nachführung 2008 der Pläne der Grundbuchämter und der Gemeinden wurde aufgrund der im Jahre 2007 erstellten Mutationsverbale ausgeführt. Für die 2627 bereits in der Datenbank abgespeicherten Pläne wurde die Verifikation direkt in der Datenbank durchgeführt. Im

Nachhinein wurden 2500 Pläne erzeugt und in zwei Exemplaren ausgedruckt, wovon das eine bei den Grundbuchämtern hinterlegt und das andere durch die Aufbewahrungsgeometer den Gemeinden zur Verfügung gestellt wurde. Parallel dazu gingen die Kontrolle und die eventuelle Korrektur der durch die Migration verfälschten graphischen Parameter weiter. Bisher wurden 1166 Pläne korrigiert.

Die Sicherheitskopien der 2006 und 2007 von den Geometern durchgeführten Feldaufnahmen, auf die das Amt wegen der Migration vorübergehend verzichten musste, wurden durch Scannen erstellt. Die Situation ist bereinigt und die Kopien werden wieder fortlaufend gemacht.

### 2.1.4 Geomatik

#### 2.1.4 a Geometrische Datenbank der amtlichen Vermessung

Die neue Datenbank ist seit Anfang 2007 in Betrieb. Die Migration und die Anpassung der Daten an das neue Modell haben damals 6 365 182 Objekte generiert, die in 17 verschiedene Informationsthemen (oder Kategorien) aufgefächert sind.

Die Objekte werden in der Datenbank durch ausschliesslich von den privaten Geometern vorbereitete Dossiers erzeugt, abgeändert oder gelöscht. Vor der definitiven Validation durchläuft ein Dossier vier Zustände: reserviert, offen, in Erwartung der Validation und dann definitiv erledigt. Aus Gründen der Klarheit und der Lesbarkeit wird in diesem Bericht nur die Anzahl der definitiv erledigten (validierten) Objekte erwähnt.

Die Version 2008 dieser Statistik ist folgende:

Objekte in der Datenbank Anfang 2008	6 633 901	(6 365 182)
erzeugte Objekte (12,28%)	814 817	(268 719)
abgeänderte Objekte (2,62%)	174 427	(106 975)
beseitigte Objekte (1,48%)	98 074	(141 034)
Objekte in der Datenbank Anfang 2009	7 448 718	

Ende Dezember 2008 waren in den reservierten, offenen und in Erwartung der Validation stehenden Dossiers insgesamt 64 439 Objekte in Bearbeitung.

#### 2.1.4 b Nomenklatur und Adressen

Gestützt auf das Geoinformationsgesetz regelt die neue Verordnung über die geografischen Namen (GeoNV) seit dem 1. Juli 2008 die Bezeichnung der Strassen. Sie sieht namentlich vor, dass alle Strassen in Ortschaften und anderen bewohnten Siedlungen benannt werden. Die Verordnung bestimmt auch, dass die Schreibweise der Strassennamen der amtlichen Vermessung behördenverbindlich ist, und dass in den amtlichen Dokumenten des Bundes, der Kantone

und der Gemeinden nur diese Schreibweise benutzt werden darf.

Die Grundeigentümer in Ortschaften und anderen bewohnten Siedlungen haben somit Anspruch auf Benennung der Strasse, die der öffentlichen Erschliessung ihrer Liegenschaft dient. Wenn nach Ablauf aller Übergangsfristen jemand im Notfall nachweisbar und direkt kausal zu Schaden kommt, weil die Blaulichtorganisationen mangels Benennung der Strasse den Schadenplatz nicht oder nicht rechtzeitig fanden, kann der Kanton haften. Unser Kanton hat glücklicherweise nicht auf die neuen Bestimmungen gewartet, um die Gemeinden zu ermutigen, namentlich im Rahmen von Neuvermessungen oder Numerisierungen die Strassennamen festzulegen. Mit Ausnahme von zwei bereits vermessenen Gemeinden, für die die Datenbank noch nachgeführt werden muss, sind gegenwärtig die Arbeiten für 106 Gemeinden bereits beendet und für 60 andere im Rahmen des Vermessungsprogramms in Arbeit. Die Originaldatenbank umfasst bereits 80 829 Punkte von Gebäudeeingängen.

#### **2.1.4 c Abgabe**

Der mit swisstopo geschlossenen Vereinbarung entsprechend hat das Amt die numerischen Höhen- und Flächenmodelle an zahlreiche Kunden abgegeben. Dies gilt auch für das Orthofoto und den Übersichtsplan. Dank einer von Autodesk und dem ITA entwickelten Anwendung können die Dauerbenutzer (an die dreissig) seit Dezember 2007 die Datenauszüge über einen Auszugserver, der eine täglich ab der Originaldatenbank replizierte Geodatenbank benutzt, selbständig erstellen.

Das Freiburger Modell der Vermessungsdaten basiert auf demjenigen des Bundes. Es ist sehr komplex und für die Kunden, die nicht dem Kreis der Vermessungsfachleute angehören, schwierig zu gebrauchen. Um diese Schwierigkeiten auszuräumen, will der Bund ein vereinfachtes Modell (MO Public) einsetzen, und das Amt beteiligt sich an der Arbeitsgruppe, die es entwickeln soll. Aufgrund der ersten Skizzierungen hat das Amt mit den Implementierungsarbeiten in unserer Verwaltung begonnen. Diese Arbeiten werden 2009 fortgesetzt, um eine automatische Umsetzung der Daten ins vereinfachte Modell und ihre Übertragung in die den Benutzern zur Verfügung stehenden Informatiksysteme zu erarbeiten.

#### **2.1.4 d Koordination mit dem Grundbuch**

Den Grundbuchämtern und dem Amt ist gemeinsam, dass beide an die Liegenschaften gebundene Informationen generieren. Die Koordination, namentlich bei Gemeindefusionen, ist unverzichtbar, um die Verbindungen zwischen den Internet-Plattformen des Grundbuches und der amtlichen Vermessung zu garantieren. Über kurz oder lang werden die Datenbanken des Grundbuches und der amtlichen Vermessung miteinander verbunden werden müssen, um eine wirkliche Rationalisierung der

Hinterlegungsverfahren der Dokumente beim Grundbuch zu erreichen.

Die Grundbuchämter und das Amt arbeiten auch zusammen, um dem Amt für Landwirtschaft (LwA) einmal im Jahr die zur Berechnung der an die landwirtschaftlichen Nutzflächen gebundenen Direktzahlungen Daten zur Verfügung zu stellen. Es wurde ein ganzer Satz von Abfragen geschaffen, um die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Liegenschaft in den numerischen Vermessungszonen zu berechnen. Die Grundbuchämter ergänzten diese Resultate mit der Gesamtfläche der noch nicht numerisierten Liegenschaften und den Eigentümern. Diese Daten werden dann in das System des LwA (Gélan) eingegeben, mit dem die Angaben der Landwirte geprüft werden können.

#### **2.1.4 e Intranet und Internet**

Gemäss den internen Richtlinien ist das 1998 eröffnete Internetportal des Amtes definitiv auf das Content Management System (CMS) migriert. Das Amt nutzt sein Internetportal regelmässig als Informationsträger. Die Anwendung «Amtliche Vermessung online», die die Daten online setzt (Autodesk MapGuide Version 6.5), hat via ORACLE eine direkte Verbindung zur Originaldatenbank. Die Daten werden für Intranet (täglich) und Internet (wöchentlich) automatisch repliziert. Die Internetbenutzer haben so Zugriff auf sämtliche Daten der amtlichen Vermessung.

Zwischen der Anwendung des öffentlichen Grundbuchs (durch Intercapi) und den online-Vermessungsdaten im Internet wurde ein Synchronisationswerkzeug geschaffen. Man kann so an einem bestimmten Ort von einer Anwendung zur andern springen. Vom Liegenschaftsblatt gelangt man zum Plan. Vom Plan gelangt man durch einen Doppelklick in der Liegenschaft zu ihrem Blatt.

## **2.2 Besondere Ereignisse**

### **2.2.1 Gesetzgebung**

Ein Änderungsantrag des Gesetzes über die amtliche Vermessung wurde notwendig, um die Auswirkungen der am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) auszugleichen. Vor Inkrafttreten der NFA belief sich der Beitrag des Bundes an die Ersterhebungen auf durchschnittlich 75% der Kosten (zwischen 60 und 90% variierend je nach betroffenen Zonen). Der Beitrag wurde auf 30% reduziert, wobei die Differenz von 45% bei der Berechnung des Gesamtsbeitrags des Ausgleichsfonds berücksichtigt wird.

Der vom Grossen Rat am 12. Juni 2008 angenommene Entwurf kompensiert diese Differenz, indem er gestattet, die Ersterhebungen, die wegen dem vom Bund verhängten Moratorium 2007 nicht begonnen werden konnten, ohne finanzielle Diskriminierung der Gemein-

den und Eigentümer zu beenden. Die Arbeiten müssen jedoch vor dem 31. Dezember 2011 begonnen haben, was auch in der zwischen Bund und Kanton im März 2008 abgeschlossenen Programmvereinbarung vorgesehen ist.

Die amtliche Vermessung ist auch Gegenstand neuer Gesetzesbestimmungen des Bundes, die vor allem im Bundesgesetz vom 5. Oktober 2007 über Geoinformation (GeoIG) enthalten sind. Diese ausserhalb der NFA erlassenen Bestimmungen erfordern ebenfalls einige Änderungen des kantonalen Gesetzes vom 7. November 2003 über die amtliche Vermessung (AVG). Diese Änderungen sind in Bearbeitung und werden Gegenstand eines späteren Berichtes an den Staatsrat sein.

Das Amt hat an der Anhörung zur technischen Verordnung über die öffentlich-rechtlichen Beschränkungen des Grundeigentums teilgenommen, deren Inkraftsetzung für 2009 vorgesehen ist.

### 2.2.2 Migration der Anwendung DESCAs

Die Anwendung zur Erstellung der Liegenschaftsbeschreibung und der Weiterverfolgung der Mutationen (DESCA), die gemeinsam vom Amt, den privaten Geometern und den Grundbuchämtern verwaltet wird, ist über 20 Jahre alt und muss ersetzt werden, weil der Betrieb des Computers, der beim ITA die Anwendung trägt, eingestellt wird. Eine Voranalyse für ihre Neugestaltung wurde durchgeführt und das Projekt ist im Programm 2009 des ITA eingeschrieben.

### 2.2.3 Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)

Die Leistungen des Amtes wurden in Zusammenarbeit mit der Abteilung Organisation des Amtes für Personal und Organisation (POA) analysiert. Die vorgeschlagenen Vereinfachungsmassnahmen betreffen vor allem die Aufteilung der Aufgaben in der öffentlich-privaten Partnerschaft, die in der Nachführung der Mutationen besteht. Ihre Umsetzung setzt eine vorhergehende Anpassung der Zugriffs- und Teilungsmöglichkeiten der kantonalen Datenbank voraus.

## VIII. GRUNDBUCH

### 1. Aufgaben

In Anwendung des fünfundzwanzigsten Titels des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs hat das Grundbuch die Aufgabe, den immobilienrechtlichen Grundsatzen der Öffentlichkeit des Grundbuchs umzusetzen, wonach dingliche Rechte für Dritte einsehbar sein müssen.

Die Führung des Grundbuchs ist im Kanton Freiburg durch die Grundbuchämter gewährleistet.

Die Grundbuchämter sind auch Steuerbehörde. Sie veranlassen die Handänderungssteuer bei Grundstückübertragungen, die Grundpfandrechtssteuer sowie die

Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes.

Sie verfügen dazu über durchschnittlich 32 Vollzeitäquivalente und bilden 8 Personen aus (Berufsmatura sowie kaufmännische Grundbildung mit Profil B und E).

Die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter sind (in alphabetischer Reihenfolge): René Aeby (Sensebezirk), Zoltan Barsi (Greyerzbezirk), Anita Bulliard (Vivisbachbezirk), Jean-Jacques Gumy (Broyebezirk), Josef Haag (Seebezirk), Denise Jan-Dénervaud (Glanebezirk) und Bertrand Renevey (Saanebezirk).

## 2. Grundbuchämter

### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die wichtigsten ordentlichen Tätigkeiten der Grundbuchämter sind die Bearbeitung der Eintragungsbegehren, die Ausstellung von Grundbuchauszügen sowie die Beantwortung von Auskunftsbegehren.

Im Jahr 2008 wurden 30 458 Eintragungsbegehren gestellt, die rund 104 424 Grundstücke betrafen (2007: 28 395 Eintragungsbegehren für 112 949 Grundstücke).

Die elektronische Ersterfassung des eidgenössischen Grundbuchs geht weiter. Am 31. Dezember 2008 waren 125 805 Grundstücke vollständig informatisiert, das heisst 61,36% aller Grundstücke im Kanton (31.12.2007: 114 389 Grundstücke, 56,33% aller Grundstücke). Im Jahr 2008 wurden also 11 416 Grundstücke informatisiert, was 5,03% entspricht.

Bei den Informationen über die Rechte an Grundstücken unterscheidet man die von der Grundbuchverwalterin oder vom Grundbuchverwalter unterzeichneten, mit öffentlichem Glauben ausgestatteten, offiziellen Grundbuchauszüge, die Einsicht in Grundbuchdaten via Internet (Intercapi und RFPublic) sowie die elektronische Übermittlung von Grundbuchdaten. Die Konsultation von Intercapi hat 2008 um 10,8% zugenommen.

Im Jahr 2008 wurden 27 621 offizielle Grundbuchauszüge ausgestellt.

Ausserdem wurden 221 703 Grundstücke auf Intercapi konsultiert und 267 078 Abfragen auf RFPublic getätigt. Nebst der täglichen elektronischen Datenübertragung an die Kantonale Steuerverwaltung und ans GIS-Kompetenzzentrum gingen insgesamt 138 Datenlieferungen an das Amt für Vermessung und Geomatik, die Gemeinden und die Geometerbüros.

Die Auskunftsbegehren betreffen alle Fragen in Zusammenhang mit den Grundstücken. Es handelt sich dabei beispielsweise um Fragen in Zusammenhang mit den eingetragenen Rechten, steuerlichen Aspekten, Vorschriften zum Nachbarrecht, dem bäuerlichen Bodenrecht sowie um Fragen zu anderen im Grundstückwesen geltenden Gesetzgebungen.

### **2.1.1 Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs**

Die Einführung des eidgenössischen Grundbuchs umfasst eine Phase, in der die Rechte bereinigt, die Pfandrechte bearbeitet sowie neue Rechte begründet werden. Im Jahr 2008 wurde das eidgenössische Grundbuch der folgenden Gemeinden oder Teile von Gemeinden in Kraft gesetzt: Cressier: freiwillige Waldzusammenlegung; Châtillon-Font-Lully-Estavayer-le-Lac (teilweise); Düringen, Los IX, Sektoren 1 und 2; Gurmels, Sektor Cordast; Ulmiz, 2a. 2b; Villarepos: freiwillige Waldzusammenlegung.

### **2.1.2 Informatik**

Um die Informatikbelange kümmert sich als Pilotorganisation ein «Comité informatique», bestehend aus drei Grundbuchverwaltern und dem Informatikverantwortlichen für das Grundbuch. Dieser hat seine Aufgabe, die in der Planung, Konzeption und Verwaltung des Grundbuch-Informationssystems besteht, weitergeführt. Die Nachhaltigkeit der gespeicherten Daten und die Datensicherheit gehören ebenso zu den Hauptanliegen.

Mitglieder des «Comité informatique» haben mehrfach an Treffen mit Vertretern von Kantonen mit der gleichen Grundbuch-Informatiklösung (Capitastra und Intercapi) teilgenommen, um Erfahrungen auszutauschen und nach Synergien zur Qualitätssteigerung und Kostensenkung bei der Entwicklung und beim Unterhalt der Softwarepakete für die Grundbuchverwaltung zu suchen.

Das Projekt im Hinblick auf das Einscannen der Dokumente ist im Mai mit der Installation der Scanner bei den Grundbuchämtern gestartet. Sein Ziel sind die Archivierung, die interne Konsultation der Dokumente mit Capitastra und die teilweise Ersetzung der Mikrofilme. Das Einscannen der vorhandenen und in Capitastra referenzierten Dokumente (572 829 + 30 000 Neuzugänge pro Jahr) wird sich über einen Planungszeitraum von sieben Jahren erstrecken und wird vom Grundbuchpersonal durchgeführt. Ende Dezember 2008 waren 18,2% der Dokumente eingescannt.

### **2.1.3 Freiburger Vereinigung der Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter**

Die Vereinigung hielt im Jahr 2008 vier Arbeitssitzungen ab mit dem Ziel, allgemeine oder juristische Fragen zu beantworten, die Praxis der Grundbuchämter zu vereinheitlichen, kantonale und eidgenössische Projekte zu prüfen (HarmBat, eGris, Leitungskataster, Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen usw.) und sich über die Entwicklungen im Bereich der Informatik zu informieren.

Die Vereinigung trifft sich jährlich mit einer Delegation der Notariatskammer und unterhält ebenfalls Kontakte

zur Vereinigung der Freiburger Geometer zur Besprechung gemeinsamer Probleme.

### **2.1.4 Austausch mit Instanzen anderer Kantone und des Bundes**

Eine Delegation der Grundbuchverwalter/innen nimmt zweimal jährlich am «Colloque romand des inspecteurs des Registres fonciers de la Suisse romande et du Tessin» teil, an dem jeweils Fragen allgemeiner Art zur Grundbuchführung erörtert werden, sowie an der Tagung des Verbandes Schweizerischer Grundbuchverwalter, an der die statutarische Generalversammlung stattfindet, Informationen des für das Grundbuch- und Bodenrecht zuständigen Bundesamtes weitergegeben und Vorträge gehalten werden.

### **2.1.5 Grundbuchgebühren**

Im Jahr 2008 beliefen sich die erhobenen Grundbuchgebühren auf 7 696 456 Franken (6 808 070 Franken im Jahr 2007). Für die Einsprachen gegen die Gebührenerhebung sind die Grundbuchverwalter/innen zuständig.

Der Anteil der Gebühren für die Datenabfrage via Internet mit Intercapi und die Zustellung von Daten beläuft sich auf 224 434 Franken.

## **2.2 Besonderes Ereignis**

Die sieben Grundbuchämter haben im Rahmen der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung – Projekt 35 – Territoriale Gliederung die Benutzerinnen und Benutzer befragt, wie oft und weswegen sie das Grundbuchamt aufgesucht haben. Die Befragung fand vom 24. bis zum 30. November 2008 statt.

## **3. Die Grundbuchämter als Steuerbehörde**

### **3.1 Ordentliche Tätigkeit**

#### **3.1.1 Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes**

Diese Steuer wird gemäss Gesetz vom 28. September 1993 bei der Veräusserung von produktivem Boden erhoben, die eine Verminderung des Kulturlandes zur Folge hat. Der Gesamtbetrag dieser Steuer belief sich 2008 auf 4 383 305 Franken (3 875 527 Franken im Jahr 2007).

#### **3.1.2 Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern**

Diese Steuern werden in Anwendung des Gesetzes vom 1. Mai 1996 über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern erhoben. Der Gesamtbetrag für das Jahr 2008 belief sich bei den Handänderungssteuern auf 21 368 357 Franken (19 030 819 Franken im Jahr 2007) und bei den Grundpfandrechtssteuern auf 10 777 095 Franken (9 483 736 Franken im Jahr 2007).

### 3.1.3 Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer

Die Schätzungskommission (Verkehrswertschätzung) für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer wurde im Jahr 2008 nur viermal beigezogen. Gegen eine Schätzung wurde Einsprache erhoben, und die entsprechende Antwort ist in Prüfung. Da diese Kommission nur in sehr wenigen Fällen beigezogen wird, hatte es keine Konsequenzen, dass zwei Ende 2007 zurückgetretene Mitglieder nicht ersetzt wurden; die Kommission ist offenbar in der Lage, in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung mit neun Mitgliedern die an sie gerichteten Gesuche zu behandeln.

## 4. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch

### 4.1 Organisation

Im Jahr 2008 wurde die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch von Kantonsrichter Hubert Bugnon präsidiert. Eva Maria Belser, Professorin an der Universität Freiburg und Vizepräsidentin der Aufsichtsbehörde, sowie Catherine Overney, Gerichtsschreiberin beim Kantonsgericht, amtierten als Mitglieder. Alexandra Rumo-Jungo, Universitätsprofessorin, Jérôme Delabays, Präsident des Bezirkszivilgerichts Saane, und Pierre-Henri Gapany, Rechtsanwalt, amtierten als Ersatzmitglieder.

In seiner Dezembersession hat der Grosse Rat Pierre-Henri Gapany zum Mitglied der Aufsichtsbehörde gewählt. Er hat auch Bettina Hürlimann-Kaup als Mitglied für den zurücktretenden Hubert Bugnon und Jean-Ludovic Egger als Ersatzmitglied für die ebenfalls zurücktretende Eva Maria Belser gewählt.

### 4.2 Ordentliche Tätigkeit

Die Aufsichtsbehörde hielt sieben Sitzungen ab, in denen sie die laufenden Geschäfte erledigte und juristische Fragen behandelte. Sie besuchte sämtliche Grundbuchämter und nahm stichprobenweise Kontrollen vor. Anfang März 2008 hat sie dem Grundbuchamt des Greyerzbezirks einen besonderen Besuch abgestattet, um eine Standortbestimmung vorzunehmen, nachdem Zoltan Barsi dort sein Amt als Grundbuchverwalter ad interim angetreten hatte. Zoltan Barsi wurde dann zum regulären Grundbuchverwalter ernannt.

Neben den vorrangigen Arbeiten in Zusammenhang mit der Einführung des eidgenössischen Grundbuchs liefen auch die seit Februar 2000 in Angriff genommenen Informatisierungsarbeiten (elektronische Datenerfassung) weiter. Die Informatisierung der Grundstücke des eidgenössischen Grundbuchs hat gegenüber dem Vorjahr um 4,9% zugenommen, so dass jetzt 90,57% aller Grundstücke des eidgenössischen Grundbuchs (61,36% aller Grundstücke) informatisiert sind.

Das Einscannen der in Capitastra referenzierten Dokumente hat zur Folge, dass die Weisungen der Aufsichtsbehörde über das Grundbuch zur Sicherheit und Aufbewahrung der Grundbuchdaten überarbeitet werden müssen.

### 4.3 Beschwerden

Bei der Aufsichtsbehörde wurden zwei Beschwerden (5 im Jahr 2007) eingereicht. Sie fällte drei Entscheide. Es ist kein Verfahren ins Jahr 2009 übernommen worden, und beim Appellationshof des Kantonsgerichts ist keine Beschwerde hängig.

## IX. FINANZINSPEKTORAT

### 1. Aufgaben

Die Aufgabe des Finanzinspektorats (FI) ist im Gesetz über den Finanzhaushalt des Staates (FHG) definiert. Dem Finanzinspektorat obliegt die Kontrolle der Kantonsfinanzen. Mit seiner Tätigkeit sollen die korrekte Rechtsanwendung, der wirtschaftliche und haushälterische Einsatz der finanziellen Mittel sowie die Richtigkeit und Rechtmässigkeit der Buchungen gewährleistet werden. Es ist ein selbstständiger, administrativ der Finanzdirektion zugewiesener Dienst, und übt als solcher seine Aufgaben unabhängig und selbstständig aus. Das Finanzinspektorat kann jederzeit und unangemeldet Kontrollen vornehmen, sei es auf eigene Initiative oder im Auftrag des Staatsrates oder der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates. Auf Ersuchen eines Mitglieds des Staatsrates kann es auch eine der Direktion dieses Mitglieds untergeordnete Verwaltungseinheit kontrollieren.

Vorsteherin des Finanzinspektorats ist Irène Moullet.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die ordentliche Tätigkeit des Finanzinspektorats ist die rechtliche, technische und wirtschaftliche Kontrolle der Kassen und Buchhaltungen des Staates, der Anstalten und Betriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie gewisser privater, vom Staat subventionierter Institutionen.

Das Finanzinspektorat hat im Jahr 2008 68 Berichte über ordentliche Revisionen abgegeben. 23 Kontrollen gaben Anlass zu 64 Empfehlungen. Die Empfehlungen werden nach Wichtigkeit (gross, mittel, gering) klassiert und immer mit den betroffenen Dienststellen besprochen.

Das genaue Verzeichnis der Kontrollarbeiten wurde dem Staatsrat und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates zugestellt.

Das Finanzinspektorat hatte bei der Planung seiner Kontrollen beschlossen, 2008 den Schwerpunkt auf die zentralen Dienste zu legen. Die Verwaltungseinheiten, die die Funktion von zentralen Diensten haben, stehen

dem Staatsrat und allen seinen Direktionen zur Verfügung. Sie sind also für das Funktionieren des Staates sehr wichtig, da sie Aufgaben für alle Direktionen und Dienststellen erfüllen. Das Finanzinspektorat hat im Berichtsjahr das Amt für Personal und Organisation (POA), das Hochbauamt (HBA), das Amt für Drucksachen und Material (DMA) und das Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) kontrolliert.

Das Finanzinspektorat hat bei den Betriebsämtern Querschnittsprüfungen durchgeführt. Alle wurden parallel und anhand des gleichen Kontrollprogramms kontrolliert. Mit diesem Prüfverfahren kann das Finanzinspektorat effizienter arbeiten und erweitert die klassische Revision einer Dienststelle um eine Vergleichsanalyse mehrerer Dienststellen, die gleiche Leistungen erbringen.

Für eine verbesserte Wirksamkeit seiner Kontrollen hat das Finanzinspektorat eine neue Kontrolle der Empfehlungen vorgesehen. So soll eine Datenbank aufgebaut werden, in die alle Empfehlungen eingegeben werden, und ein einheitliches Verfahren festgelegt werden, mit dem sichergestellt werden kann, dass die abgegebenen Empfehlungen umgesetzt werden oder dass eine Nichtumsetzung begründet ist.

Die Revisionsberichte 2008 teilen sich wie folgt auf:

Vollziehende Behörde – Verwaltung	38
Fonds und Stiftungen	15
Diverse Aufträge	15

Die 68 Revisionsberichte verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Direktionen:

Staatskanzlei	2
Erziehung, Kultur und Sport	16
Sicherheit und Justiz	14
Institutionen und Land- und Forstwirtschaft	5
Volkswirtschaft	15
Gesundheit und Soziales	6
Finanzen	6
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen	4

Das Finanzinspektorat musste aufgrund der besonderen Aufgaben, mit denen es betraut wurde (s. Besondere Ereignisse), auf die Ausführung gewisser ordentlicher Kontrollen verzichten, die geplant waren.

Ein Finanzinspektor vertritt den Staat im Verwaltungsrat der Bergbahnen La Berra SA.

Die Dienstchefin ist Mitglied des Steuerungsausschusses, der mit der Supervision der Einführung des von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren entwickelten neuen harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) im Kanton Freiburg beauftragt ist.

## 2.2 Besondere Ereignisse

Der Bericht über die zwei Kontrollrevisionen, die im Oktober 2007 vom Vorsteher der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion infolge der Mehrkosten im Zusammenhang mit der H189 in Auftrag gegeben worden waren, wurde am 20. März 2008 vorgelegt. Im Revisionsbericht hatte das Finanzinspektorat 33 Empfehlungen abgegeben. Diese betreffen die generelle Organisation dieses Projektes, das Finanzmanagement und die Materialzentrale. Zwischen Juli und Oktober 2008 nahm das Finanzinspektorat mit beratender Stimme an einigen Sitzungen der GPK teil, die die Kreditüberschreitung für die H189 untersucht, und beantwortete Fragen der Kommission zu ihrem Kontrollbericht.

Am 3. April 2008 beauftragte der Vorsteher der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion das Finanzinspektorat mit einem Controlling zur Poyabrücke. In diesem Controlling sollten die allgemeine Organisation und der Fortgang des Poyaprojekts sowie die finanziellen Aspekte in der Botschaft an den Grossen Rat und die Honoraraufstellung überprüft werden. Das Finanzinspektorat zog für diese Arbeit ein ausserkantoniales Ingenieurbüro bei, und das Ergebnis konnte dem zuständigen Staatsrat im Dezember 2008 unterbreitet werden.

Das Finanzinspektorat führte im Mai 2008 für die Dienstchefinnen und Dienstchefs und Verantwortlichen eine Informationssitzung zum internen Kontrollsystem durch. Die Kader der Verwaltung sollten dabei darauf aufmerksam gemacht werden, wie wichtig ein solches Kontrollsystem ist. Ein wirksames Kontrollsystem strebt eine Risikominderung und das einwandfreie Funktionieren des Staates an. Nach Artikel 47 FHG sind in den Dienststellen und Anstalten interne Kontrollen einzurichten.

Das am 1. Januar 2008 in Kraft getretene neue Revisionsrecht bringt neue Vorschriften über die Revisionspflicht, die Revisionsarten und die Revisionsstellen. Die von der Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde erteilte Zulassung ermöglicht es, sämtliche Revisionsdienstleistungen nach neuem Recht zu erbringen. Das Finanzinspektorat hat seine Zulassung im Oktober 2008 erhalten. Diese Anerkennung auf eidgenössischer Ebene und der Eintrag im öffentlichen Register bestätigen, dass das Finanzinspektorat seine Dienstleistungen in Einhaltung der hohen Anforderungen des Bundesrechts erbringt.

## X. PERSONALBESTAND

<i>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen</i>	<i>Rechnung 2008 VZÄ</i>	<i>Rechnung 2007 VZÄ</i>	<i>Differenz VZÄ</i>
<b>FINANZEN</b>	<b>355,28</b>	<b>350,47</b>	<b>4,81</b>
ZENTRALVERWALTUNG	355,28	350,47	4,81
3700 / FINS Generalsekretariat	5,64	5,56	0,08
3705 / TRES Finanzverwaltung	24,74	24,24	0,50
3710 / IFEF Finanzinspektorat	6,32	5,88	0,44
3725 / CIEF Amt für Informatik und Telekommunikation	68,96	66,41	2,55
3730 / OPER Amt für Personal und Organisation	26,19	25,83	0,36
3740 / SCCF Kantonale Steuerverwaltung	176,53	174,76	1,77
3745 / ENRE Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuer	2,30	2,30	
3760 / SCAD Amt für Vermessung und Geomatik	14,00	13,96	0,04
3765 / RFON Grundbuchämter	30,60	31,53	-0,93



---

Kanton Freiburg

---

# RAUMPLANUNGS-, UMWELT- UND BAUDIREKTION

---

<b>I. Direktion und Generalsekretariat</b>	<b>1</b>
1. Aufgaben	1
2. Tätigkeit	1
3. Interkantonale Zusammenarbeit	3
4. Streitsachen	3
5. Gesetzgebung	3
<b>II. Bau- und Raumplanungsamt</b>	<b>4</b>
1. Aufgaben	4
2. Tätigkeit	4
3. Koordination, Verwaltung und Studien	4
4. Kantonalplanung	4
5. Ortsplanung (OP)	5
6. Bauten	5
7. Beschwerden	6
8. Kommissionen	6
<b>III. Amt für Umwelt</b>	<b>6</b>
1. Aufgaben	6
2. Tätigkeit	7
3. Gewässerschutz	10
4. Labor und Stoffe	13
5. Luftreinhalteung	14
6. Lärm und nichtionisierende Strahlung	15
7. UVP, Bodenschutz und Anlagensicherheit	16
8. Abfall und Altlasten	18
<b>IV. Tiefbauamt</b>	<b>19</b>
1. Aufgaben	19
2. Tätigkeit	20
3. Sektion Verwaltung	21
4. Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen	21
5. Sektor Grundstückerwerb	24
6. Sektor Bauleitung	24
7. Sektor Bewirtschaftung der Strassen	26
8. Sektion Unterhalt der National- und Kantonsstrassen	27
9. Sektion Gewässer	29
<b>V. Autobahnamt</b>	<b>34</b>
1. Aufgaben	34
2. Tätigkeit	34
3. Staff	34
4. Ressourcen	34
5. Ausarbeitung – Bau, Unterhalt, Erneuerung (UPlaNS)	36
<b>VI. Hochbauamt</b>	<b>39</b>
1. Aufgaben	39
2. Tätigkeit	40
<b>VII. Personalbestand</b>	<b>46</b>

## DIREKTION

## I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

### 1. Aufgaben

Über ihre Ämter sorgt die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) für eine verantwortungsvolle Raumentwicklung, einen angemessenen Umweltschutz, leistungsstarke, sichere und bedürfnisgerechte Verkehrsinfrastrukturen sowie für eine effiziente Bewirtschaftung der staatlichen Immobilien. Am 3. Juni 2008 hat der Staatsrat der RUBD darüber hinaus die nachhaltige Entwicklung zugeteilt.

Um die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen, verfügt die RUBD über fünf ihr unterstellte Verwaltungseinheiten: das Bau- und Raumplanungsamt, das Amt für Umwelt, das Tiefbauamt, das Autobahnamt sowie das Hochbauamt.

Vorsteher der RUBD ist Staatsrat Georges Godel.

Als Direktionsstab unterstützt das Generalsekretariat die Leitung und Verwaltung der Direktion. Das Büro für Natur- und Landschaftsschutz ist dem Generalsekretariat angegliedert.

Generalsekretär ist Bernard Pochon.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 2.1.1 Funktionsweise

Einmal pro Woche wird eine Direktionssitzung abgehalten, an der der Staatsrat und Vorsteher der Direktion, das Generalsekretariat sowie die Vorsteher der Ämter, die der RUBD unterstellt sind, teilnehmen. Die Sitzung wird vom Generalsekretär geleitet. Anlässlich der Sitzung werden einerseits die wichtigen Dossiers, die Gegenstand eines Staatsratsbeschlusses waren, und andererseits die laufenden Geschäfte der Direktion und ihrer Ämter erörtert. Sie dient somit einer breiten Information, Diskussion und Koordination sowie der Nachkontrolle der verschiedenen Dossiers und erlaubt es der Direktion, ihren Ämtern Anweisungen zu geben.

Die Direktion erlässt zahlreiche Verfügungen, namentlich in den Bereichen Raumplanung (Genehmigung von Plänen und Baureglementen, Sonderbewilligung für Bauten ausserhalb der Bauzone, Ausnahmbewilligung für Projekte in der Bauzone), Strasseninfrastruktur (Kantons- und Gemeindestrassenpläne) Umweltschutz (Lärmsanierungen, Bewilligungen im Bereich der Abfallbewirtschaftung), öffentliches Beschaffungswesen (Zuschlag von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen), Immobilien (Kauf, Verkauf, Miete).

##### 2.1.2 Vertretung des Staats

Die Direktion vertrat den Staat in den Verwaltungsräten verschiedener Transportunternehmungen. Es sind dies die Freiburgischen Verkehrsbetriebe (tpf), die Montreux-Berner Oberland-Bahn (MOB) und die Schiffahrtsgesellschaft des Neuenburger- und Murtensees (LNM).

Ferner hat sie den Staat in den Verwaltungsräten der Aktiengesellschaft repräsentiert, die für die Abfallverbrennung der Abfälle aus dem Kanton Freiburg und der Waadtländer Broye zuständig ist (SAIDDEF), und der Aktiengesellschaft für die Fernbeheizung der Pérolles-Ebene (PLACAD SA).

##### 2.1.3 Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Der Generalsekretär nahm im Namen der Direktion Einsitz in den Projektausschuss «Territoriale Gliederung» (Projekt Nr. 35 für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung) sowie in den Arbeitsgruppen «Krisenmanagement» und «Neues Amtsblatt», die von der Staatskanzlei geleitet werden.

##### 2.1.4 Schürfung von Kohlenwasserstoffen

Die Gesellschaft FREAG Erdöl AG besitzt eine Schürfbewilligung für das nordöstliche Kantonsgebiet, die bis zum 15. Juni 2011 verlängert wurde. Am 1. Dezember 2008 wurde für das Unternehmen Schuepbach Energy LLC aus Dallas eine 3 Jahre gültige Schürfbewilligung für einen anderen Kantonsteil ausgestellt.

##### 2.1.5 Büro für Natur- und Landschaftsschutz

Das Büro für Natur- und Landschaftsschutz (BNLS) ist beim Generalsekretariat der RUBD angegliedert und hat bei den Tier- und Pflanzenarten, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, das Ziel, die einheimische Fauna und Flora sowie deren natürlichen Lebensräume zu schützen. Zu seinen Aufgaben zählen der Schutz, die Verwaltung, der Unterhalt, die Revitalisierung und die Wiederherstellung von Biotopen durch die Förderung der Biodiversität im Kanton.

Auch wenn die Zahl der Dossiers, die dem BNLS zur Begutachtung oder Stellungnahme vorgelegt wurden, im Vergleich zum Vorjahr leicht abnahm, blieb sie mit insgesamt 482 Dossiers auf einem hohen Niveau:

- 193 Bauvorhaben innerhalb von Landschaftsschutzgebieten
- 105 Ortsplanungen, Detailbebauungspläne und Quartierpläne
- 56 Projekte für Gewässerverbauungen
- 23 touristische Anlagen wie Häfen, Skilifte oder Drahtseilbahnen
- 18 Boden- und Waldverbesserungsprojekte
- 17 Gesuche für den Betrieb von Kiesgruben oder Deponien
- 13 Strassenprojekte
- 9 generelle Entwässerungspläne
- 8 Gasnetze
- 7 Vernehmlassungsdossiers im Rahmen von Gesetzesänderungen und Geschäften der Rechtspflege
- 7 Hochspannungsleitungen
- 26 anderweitige Dossiers.

Für die Prüfung dieser Dossiers wurden zahlreiche Ortsbesichtigungen sowie Arbeits- und Koordinationsitzungen mit den Gesuchstellern, den Projektverfassern und den betroffenen kantonalen Dienststellen abgehalten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BNLS wirkten zudem in mehreren kantonalen und interkantonalen Arbeitsgruppen mit – vor allem im Rahmen der Umsetzung der einzelnen Bundesinventare, im Bereich ökologischer Ausgleich sowie bei der Ausarbeitung der Richtlinien für den Bau von Anlagen zur Gewinnung von Windenergie.

Die Feldequipe der Personen, die im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen angestellt wurden bzw. Zivildienst oder gemeinnützige Arbeit leisteten, sowie die eigens dazu beauftragten Försterteams und die zahlreichen freiwilligen Helfer erbrachten wie jedes Jahr mehrere tausend Arbeitsstunden für den Schutz, den Unterhalt und die Revitalisierung von Biotopen sowie für die Rettung von Amphibien während der Laichzeit im Frühling.

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden wurde fortgeführt. Dies gilt namentlich für die Umsetzung der Nutzungsplanung für Auen und Moore.

Zahlreiche Landwirtinnen und Landwirte wurden für die angemessene Nutzung von Magerwiesen und Streueflächen, für Nutzungseinschränkungen in den Pufferzonen am Rand der geschützten Lebensräume, für besonders sinnvoll angelegte ökologische Ausgleichsflächen sowie für weitere Leistungen zu Gunsten des Natur- und Landschaftsschutzes entschädigt.

2008 hat das BNLS ausserdem die Neugestaltung des Naturschutzgebiets beim Teich von Rathvel realisiert, zwei Lehrpfade im Auengebiet von Autigny und in der ehemaligen Kiesgrube von Rossens eingeweiht und das Bewerbungsdossier für den Regionalen Naturpark Gruyère Pays-d'Enhaut ausgearbeitet.

Aus administrativer Sicht gehörte die Ausarbeitung des Entwurfs für das kantonale Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz zu den Prioritäten des BNLS.

## 2.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

### 2.2.1 Wichtige Bauprojekte

Bei folgenden Projekten, die wichtig für die Zukunft des Kantons sind, war die Direktion in hohem Mass beteiligt:

- Die Umfahrung von Bulle (H189). Die Bauarbeiten kommen planmässig voran. Allerdings werden die Kosten höher ausfallen als vorgesehen. Das Finanzinspektorat (FI) hat am 20. März 2008 eine detaillierte Analyse der finanziellen Situation und der Projektorganisation erstellt. Ausserdem wird dem Grosse Rat ein Begehren für einen Zusatzkredit unterbreitet werden müssen. Herr Pascal Pichonnaz, Professor an der Universität Freiburg, erstellte ein Rechtsgutachten über eine allfällige Verantwortung der Auf-

tragnehmer für die Mehrkosten. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) führt ihrerseits eine Untersuchung über die politische Verantwortung durch.

- Das Poyaprojekt (Bau der Poyabrücke und des Poyatunnels sowie Erweiterung der Murtenstrasse auf vier Spuren) wurde am 27. November 2007 von der RUBD genehmigt. Gegen diesen Entscheid wurden beim Kantonsgericht 4 Beschwerden eingereicht; 2 Beschwerdeverfahren wurden ausgesetzt und 2 Beschwerden abgewiesen. Das Verfahren im Zusammenhang mit der Beschwerde, die beim Bundesgericht eingelegt wurde, ist noch im Gang.

Die RUBD hat das Finanzinspektorat (FI) im April 2008 damit beauftragt, die allgemeine Organisation des Poyaprojekts, den Stand der Arbeiten bei der Erstellung des Kostenvoranschlags, die finanziellen Elemente in der Botschaft an den Grosse Rat sowie die Honoraraufstellung zu überprüfen.

Der Spatenstich vom 31. Oktober 2008, an welchem Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, des Kantons, der Gemeinden und der Agglomeration teilnahmen, markierte den offiziellen Baubeginn der Brücke. Zur Verbesserung der Verkehrsführung bei der St.-Leonhard-Kreuzung wurde eine Zusatzstudie durchgeführt.

- Bau der Lehrwerkstätte Freiburg (LWF). Gegen die vom Oberamtmann des Saanebezirks ausgestellte Baubewilligung zugunsten dieses Bauprojekts wurde eine Beschwerde beim Kantonsgericht eingereicht. Nach der Abweisung der Beschwerde durch das Kantonsgericht wurde der Fall an das Bundesgericht weitergezogen, das den Beschwerdeführern recht gab. So mussten die Bauarbeiten unterbrochen werden. Ausserdem musste ein Detailbebauungsplan ausgearbeitet und das Bauvorhaben um 9,40 Metern verkürzt werden. Die Diskussionen mit den Beschwerdeführern ermöglichten die Unterzeichnung einer Vereinbarung und die baldige Wiederaufnahme der Bauarbeiten.

### 2.2.2 Fahrende

Seit mehreren Jahren sucht der Kanton einen Standort, der als Durchgangsplatz für Fahrende geeignet ist. Die Oberamtmännerkonferenz hat in ihrem Bericht mehrere Grundstücke, die im Besitz des Staats sind, für einen solchen Standort vorgeschlagen. 2008 wurde im Grosse Rat ein Auftrag eingereicht, um den Staat zu verpflichten, rasch Durchgangsplätze zu schaffen, weshalb die RUBD ihre Suche nach möglichen Standorten intensivierte. Im Anschluss daran und im Anschluss an die Debatten zum Auftrag, entschied der Grosse Rat:

- dass die Verhandlungen im Hinblick auf die Verwirklichung eines Durchgangsplatzes in Sâles – auf einem Grundstück, das an den Rastplatz «Joux des Ponts» auf der Juraseite der A12 angrenzt – fortzuführen seien;

- dass weiter nach einem Standort im östlichen Teil des Kantons gesucht werden solle;
- und dass die Vorbereitungen, um den Durchgangspfad in Payerne zusammen mit dem Kanton Waadt ausbauen und betreiben zu können, fortzuführen seien.

Die RUBD wird die notwendigen Schritte zur Erfüllung des Auftrags unternehmen. Allerdings muss festgehalten werden, dass der Ausgang ungewiss ist und dass es nicht einfach sein wird, eine Lösung zu finden. Denn in der Vergangenheit regte sich immer grosser Widerstand gegen vorgeschlagene Durchgangspfade.

### 2.2.3 Öffentliches Beschaffungswesen

Über das Kompetenzzentrum für das öffentliche Beschaffungswesen war die RUBD in folgenden Bereichen tätig:

- Betrieb von SIMAP 1 (Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz): Aktualisierung der Website, Unterstützung für die Gemeinden und öffentlichen Vereine. Nach fünf Jahren Betrieb nimmt die Zahl der geschulten SIMAP-Benutzer weiter zu (+ 10%). Auch die Zahl der Veröffentlichungen auf simap.ch ist stark angestiegen und liegt nun im Durchschnitt bei einer Veröffentlichung pro Tag.  
Dem ist anzufügen, dass die staatlichen Dienststellen für 42% aller Veröffentlichungen im Kanton verantwortlich sind.
- Nachdem das Projekt SIMAP 2 im Herbst 2007 gestoppt wurde, hat der Bund zusammen mit dem Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) dem Verein SIMAP.CH ein neues Projekt unter dem Namen SIMAP 1+ vorgestellt. Das Projekt wurde nach mehreren Tests in den Kantonen verbessert und Ende 2007 von den Mitgliedern des Vereins genehmigt. Die neue Plattform wird im Mai 2009 in Betrieb genommen werden.
- Die Arbeitsgruppe zum Westschweizer Leitfadens für die Vergabe öffentlicher Aufträge, in der auch die RUBD vertreten ist, hat die Revision vom 12. September 2008 des Leitfadens, die zahlreiche Änderungen, Ergänzungen und Nachführungen bringt, gutgeheissen. Gleichzeitig wurde die deutsche Version von 2007 in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Freiburg auf den Stand der französischen Version gebracht.

## 3. Interkantonale Zusammenarbeit

### 3.1 Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)

Diese Konferenz ist ein Verbindungsorgan zwischen den Vorsteherinnen und Vorstehern (Regierungs- und Staatsräte) sämtlicher schweizerischer Kantone, die sich mit Aufgaben in den Bereichen Bau, Raumplanung und Umweltschutz befassen.

2008 trat sie zweimal zusammen und behandelte folgende Hauptthemen: das öffentliche Beschaffungswesen, die strategischen Arbeitszonen, die Harmonisierung der Baubegriffe, das Nationalstrassennetz sowie die Engpässe auf den Verkehrsnetzen.

### 3.2 Conférence des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement de la Suisse occidentale et latine (CDTAPSOL)

Die Konferenz kam einmal zusammen. Themen waren der Sommersmog und die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen.

### 3.3 Conférence romande des travaux publics (CRTP)

Am 5. und 6. Juni 2008 fand in Freiburg die Generalversammlung der CRTP statt, in der sich die Westschweizer Kanton sowie die Kantone Bern und Tessin zusammenschlossen haben. Die Geschäftssitzung wurde im Auditorium Edouard Gremaud der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg abgehalten. Im Anschluss daran hielt Herr Philippe Virdis, Generaldirektor der Groupe E, einen Vortrag über Wettbewerb und Innovation im Elektrizitätsmarkt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten darauf die Gelegenheit, die Unterstadt Freiburgs in einem geführten Rundgang zu entdecken. Der zweite Tag war dem Besuch des Schlosses Greyerz gewidmet.

## 4. Streitsachen

Die RUBD hat über 35 Beschwerden im Zusammenhang mit Ortsplanungen und über 15 Beschwerden bei Gemeindestrassenplänen befunden.

Sie fällte 546 Entscheide für Bauten ausserhalb der Bauzone und 18 im Zusammenhang mit dem Umweltschutz.

## 5. Gesetzgebung

Verordnung vom 18. März 2008 über Änderungen des kantonalen Richtplans

Verordnung vom 22. April 2008 zur Änderung des Reglements über die Beiträge an Kindergarten-, Primar- und Orientierungsschulbauten

Verordnung vom 20. Mai 2008 zur Änderung des Reglements über das öffentliche Beschaffungswesen

Dekret vom 2. September 2008 über einen Verpflichtungskredit für Lärmsanierungen bei Kantonsstrassen (2008–2011)

Gesetz vom 2. September 2008 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB)

Dekret vom 2. September 2008 über einen Verpflichtungskredit für Projekte und Arbeiten zur Sanierung von Kunstbauten auf dem Kantonsstrassennetz

Verordnung vom 30. September 2008 zur Änderung von verschiedenen Bestimmungen im Bereich der Luftreinhaltung

Raumplanungs- und Baugesetz vom 2. Dezember 2008 (RPBG)

Gesetz vom 5. Dezember 2008 zur Anpassung des Strassengesetzes an die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (Lärmschutz)

## II. BAU- UND RAUMPLANUNGSAMT

### 1. Aufgaben

Das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) hat die Aufgabe, eine haushälterische und sinnvolle Bodennutzung mit qualitativ hochstehenden Bauten sicherzustellen. Hierzu geht das Amt wie folgt vor:

- Es legt im Namen der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD), des Staatsrats und des Bundesrats die Raumplanung fest und achtet dabei auf eine rationelle Nutzung dank der Prüfung und Koordination der raumwirksamen Tätigkeiten sowie dank der Erstellung von Gutachten.
- Es kontrolliert die Einhaltung der Architektur- und städtebaulichen Vorgaben für die Oberämter, indem es die Baubewilligungsgesuche prüft und die betreffenden Gutachten koordiniert.

### 2. Tätigkeit

Unter der Leitung seines Vorstehers Hubert Dafflon befasste sich das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) mit der Koordination der kantonalen, regionalen und kommunalen Planung. Im Kapitel der aussergewöhnlichen Tätigkeiten ist im Jahr 2008 die Fortführung der Arbeiten für die Totalrevision des Raumplanungs- und Baugesetzes (BRPG) hervorzuheben. Das neue Gesetz wurde am 2. Dezember 2008 vom Grossen Rat verabschiedet. Das BRPA hat ferner die Ausarbeitung des neuen Ausführungsreglements zu diesem Gesetz fortgeführt.

Das BRPA hat verschiedene Ortsplanungen (OP) und Detailbebauungspläne (DBP) sowie deren Reglemente geprüft und zahlreiche Baugesuche bearbeitet. Ferner hat es die Reglemente über Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben sowie die Materialausbeutungsgesuche geprüft und sämtliche juristischen Probleme in diesem Zusammenhang und die Probleme in Bezug auf die Naturverfahren behandelt. Im Namen der RUBD hat das BRPA zudem die Beschwerden instruiert, die sich gegen Gemeindeentscheide zu OP und DBP richteten.

Es hat zu parlamentarischen Vorstössen in Sachen Raumplanung und Bauwesen Stellung genommen und in verschiedenen Kommissionen für die Raumplanung und das Bauwesen mitgewirkt. Weiter hat das BRPA verschiedene Gesetzesentwürfe und Sachpläne geprüft, die ihm vom Bund oder von den Nachbarkantonen zur Vernehmlassung unterbreitet wurden.

## 3. Koordination, Verwaltung und Studien

### 3.1 Allgemeines

Die Zusammenarbeit mit den Raumplanungsämtern der Kantone Waadt und Bern sowie mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) wurde weiterverfolgt. Zudem stand das Amt über die CORAT regelmässig in Kontakt mit den übrigen Westschweizer Raumplanungsämtern.

### 3.2 Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen

Das BRPA hat sich an den Arbeiten der in seinem Tätigkeitsbereich aktiven kantonalen, interkantonalen und nationalen Instanzen, Konferenzen und Kommissionen beteiligt.

### 3.3 Koordination mit den anderen kantonalen Dienststellen

Das BRPA hat die Koordination mit den anderen kantonalen Dienststellen im Bereich der raumwirksamen Tätigkeiten weitergeführt.

### 3.4 Informatik

Die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) und dem Berater des BRPA für die Umsetzung des Informatikkonzepts des BRPA wurde fortgesetzt.

Die Informatisierung des Amts betraf namentlich folgende Bereiche:

- Fortführung des Projekts DATEC, mit dem die derzeit benutzte Anwendung für die Bearbeitung und Verwaltung der Baubewilligungsgesuche sowie der Dossiers ersetzt werden soll.
- Eingabe der Zonennutzungspläne (ZNP). Inzwischen sind alle ZNP elektronisch erfasst worden. Diese Daten werden nun laufend (bei jeder Genehmigung durch die RUBD) nachgeführt.

Die Website des BRPA ([admin.fr.ch/brpa](http://admin.fr.ch/brpa)) wird regelmässig und von Fall zu Fall (z.B. Revision des RPBG) nachgeführt. Auf den Internetseiten zum kantonalen Richtplan wird die Öffentlichkeit über den Stand der Arbeiten in diesem Bereich informiert.

## 4. Kantonalplanung

### 4.1 Richtplanung

Der Staatsrat hat vier Änderungen des kantonalen Richtplans unterbreitet (zwei aufgrund des neuen Massnahmenplans Luftreinhaltung, eine im Zusammenhang mit den bei Hafenprojekten erforderlichen Planungsdokumenten und eine zur Berücksichtigung des minimalen Raumbedarfs von Fliessgewässern in der Raumplanung) verabschiedet und dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet.

Zwei Änderungen im Zusammenhang mit der Agglomerationspolitik des Bundes wurden in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Ausserdem laufen Gesprä-

che mit dem ARE, um die Entwürfe an die Anforderungen des Bundes anpassen zu können.

#### 4.2 Regionalplanung

Das Amt hat an den Gesprächen mit den Bundesämtern für die Beurteilung des Agglomerationsprogramms Freiburg teilgenommen. Es hat auch dieses Jahr an den technischen Sitzungen von MOBUL zur Ausarbeitung des Agglomerationsprogramms Bulle und an den Arbeiten für einen kantonsübergreifenden regionalen Richtplan für die Broye mitgewirkt, die im Rahmen des Regionalplanungsverbands Broye (COREB) ausgeführt wurden.

#### 4.3 Naturgefahren

Das BRPA hat in Zusammenarbeit mit der Naturgefahrenkommission (KNG) die Umsetzung der im kantonalen Richtplan festgelegten vorsorglichen Massnahmen in den Bereichen Raumplanung und Bauwesen weitergeführt. Dazu gehören insbesondere:

- die Berücksichtigung der Grundlagenstudien (namentlich der Gefahrenkarten) in der Gemeindeplanung (OP, DBP) und bei baupolizeilichen Arbeiten;
- die systematische Prüfung aller Dossiers für OP, DBP oder Baugesuche unter dem Gesichtspunkt der Naturgefahren;
- die Prüfung der von den Gesuchstellern eingereichten geologischen und geotechnischen Expertisen.

Das Amt hat wiederholt Gemeinden, Privatpersonen und kantonalen Dienststellen Auskünfte erteilt über den Grad der Gefährdung und die Art der Naturgefahren, die für ein einzelnes Projekt oder eine bestimmte Region bestehen. Die Beraterfunktion wird immer wichtiger und die Zahl der Interventionen in diesem Bereich ist in ständigem Steigen begriffen.

Das Amt hat sich aktiv an der Koordination der Grundlagestudien für die Naturgefahren beteiligt. Es hat namentlich die administrative Leitung des kantonalen Kartografierungsprogramms (2000–2009) inne. Die Gefahrenhinweiskarten der Rutsch- und Steinschlaggebiete im Mittelland wurden vom BRPA und vom Amt für Wald, Wild und Fischerei verteilt. Die Gefahrenkarten für den voralpinen Bereich des Kantons, die 2000 bis 2006 erstellt wurden, und die kantonale Übersichtskarte der Rutschgebiete sowie die neuen Gefahrenhinweiskarten wurden über das Geoportal des Kantons Freiburg, das seit Juli 2007 in Betrieb ist, öffentlich zugänglich gemacht. Neben diesen Karten können auch die entsprechenden erläuternden Berichte eingesehen werden.

Auch dieses Jahr wurden mehrere Rutschgebiete in regelmässigen Abständen überwacht.

#### 4.4 Kiesgruben und Materialausbeutungen

2008 waren im Kanton Freiburg 81 Kiesgruben und 12 Steinbrüche in Betrieb.

#### 5. Ortsplanung (OP)

Die RUBD hat die Generalrevision von zwei OP genehmigt. Es handelt sich um die OP der Gemeinden Rue und Villarvolard. Zudem wurden der RUBD 54 Änderungen von OP und GBR zur Genehmigung unterbreitet. Die RUBD hat Änderungen von 2 ZNP für die Gemeinden Marly und Ependes abgelehnt.

Das BRPA hat 7 Generalrevisionen und Revisionsergänzungen von OP sowie Änderungen an 48 OP (ZNP und GBR) und an 3 kommunalen Energieplänen vorgeprüft. Dazu kommen 18 Vorstudienberichte für OP-Revisionen.

#### 5.1 Subventionierung und Pläne

Für die Erstellung eines Überblicks über den Erschliessungsstand wurden den Gemeinden im Jahr 2008 keine Beiträge ausbezahlt.

#### 6. Bauten

##### 6.1 Baubewilligungen

2008 wurden 3833 Bewilligungen für Neubauten, Umbauten, Vergrösserungen, Renovierungen und Abbrüche erteilt.

Auf Antrag des BRPA hat die RUBD 546 Sonderbewilligungen für Bauten oder Umbauten ausserhalb der Bauzone (Projekte in Verbindung mit der Landwirtschaft sowie andere Projekte) und für Deponien erteilt.

Im gleichen Zeitraum wurden 7 Sonderbewilligungen für nicht zonenkonforme Neubauten, Ausbauten, Umbauten oder Anlagen verweigert.

334 Dossiers wurden in Bezug auf bauliche Hindernisse geprüft.

Ferner behandelte das BRPA 94 Abweichungen von Gemeindebaureglementen und wies deren 2 zurück.

##### 6.2 Detailbebauungspläne

Das BRPA hat der RUBD 28 DBP und Änderungen zur Genehmigung unterbreitet. Ausserdem waren 15 DBP Gegenstand einer Vorprüfung.

6 DBP wurden aufgehoben; 10 Reglemente über den Tarif der Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben im Raumplanungs- und Bauwesen wurden von der RUBD genehmigt.

##### 6.3 Architekten- und Ingenieurregister

2008 wurden 60 neue Eintragungen in die verschiedenen Kategorien gemäss Artikel 187, 188 und 189 des RPBG vorgenommen.

## 7. Beschwerden

### 7.1 Entscheide der RUBD über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung

Am 31. Dezember 2008 waren 55 Beschwerden bei der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hängig. 2008 wurden 37 Beschwerden gegen Gemeindeentscheide eingereicht. Keine dieser Beschwerden wurde zurückgezogen.

Die RUBD hat im Jahr 2008 35 Entscheide zu Beschwerden getroffen. Dagegen wurden 10 Beschwerden beim Kantonsgericht eingereicht.

### 7.2 Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide der RUBD über Bauten ausserhalb der Bauzone

Beim Kantonsgericht wurden 6 Beschwerden gegen die Erteilung oder Verweigerung von Sonderbewilligungen durch die RUBD eingereicht.

### 7.3 Entscheide des Kantonsgerichts

2008 hat das Kantonsgericht 14 Beschwerden gegen Entscheide der RUBD über die Raumplanung oder über Bauten ausserhalb der Bauzone behandelt: 2 dieser Beschwerden wurden gutgeheissen, 2 teilweise gutgeheissen und 10 abgewiesen.

Darin nicht enthalten sind die Beschwerden, die nachträglich beigefügt wurden und im selben Entscheid wie die ursprüngliche Beschwerde behandelt wurden.

### 7.4 Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide der RUBD zu Genehmigungen von OP

Beim Kantonsgericht wurden von den Gemeinden 3 Beschwerden eingereicht.

## 8. Kommissionen

### 8.1 Beratende Raumplanungskommission

2008 hielt die Kommission 2 Sitzung ab. Dabei nahm sie hauptsächlich Stellung zum Raumplanungsbericht. Ausserdem wurde sie über die Arbeiten für die Totalrevision des RPBG auf dem Laufenden gehalten.

### 8.2 Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung

2008 hat die Kommission 1 Sitzung abgehalten.

### 8.3 Naturgefahrenkommission

2008 hielt die Kommission 4 Plenarsitzungen ab. Folgende Themen wurden dabei behandelt:

- Umsetzung der Vorsorgeprinzipien, die im kantonalen Richtplan definiert sind.

- Koordination und Veröffentlichung der Grundlagestudien im Bereich Naturgefahren: Gefahrenhinweiskarte und Gefahrenkarten für das Mittelland in den Bereichen Hochwasser sowie Rutschungen und Steinschläge.

- Begleitung von Massnahmenkonzepten (namentlich für die Siedlung «En Ferrand» in Bas-Intyamon).

- Prüfung von Dossiers für die Änderung von OP und DBP sowie Prüfung von Baugesuchen.

Die Kommission hat durch ihr Sekretariat gesamthaft 52 OP, DBP, regionale Richtpläne und Generelle Entwässerungspläne (GEP) sowie 402 Baubewilligungsgesuche begutachtet; in 13 weiteren Fällen waren spezifische Einsätze vor Ort nötig. Diese Fälle gaben Anlass zu Anmerkungen (Standortbestimmungen, Ratschläge zu dringenden Massnahmen, Sanierungsmassnahmen usw.). In 26 Fällen wurden Teile der elektronischen Daten für private Büros, die in der Mehrheit mit der OP-Revision beauftragt worden waren, aufbereitet.

### 8.4 Verwaltungskommission für das Südufer des Neuenburgersees

2008 hielt die Kommission 4 Plenarsitzungen ab.

## III. AMT FÜR UMWELT

### 1. Aufgaben

Das Amt für Umwelt (AfU) hat die Aufgabe, zur Wahrung des Gleichgewichts zwischen Mensch und Umwelt beizutragen. Dabei stützt es sich auf das Bundesgesetz über den Umweltschutz und das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer. Das AfU ist insbesondere für folgende Bereiche zuständig:

- Bewahrung der Qualität der unter- und oberirdischen Gewässer, Vermeidung von nachteiligen Einwirkungen auf die Gewässer und Instandsetzung nach solchen Einwirkungen;
- Abfallbewirtschaftung und Sanierung der belasteten Standorte;
- Luftreinhaltung (Kontrolle und Begrenzung der Emissionen, Überwachung der Immissionen sowie Sanierung);
- Lärmschutz und Schutz vor nichtionisierender Strahlung;
- Bodenschutz (allgemeine Koordination und Schutz des Bodens in Siedlungsgebieten);
- Umweltverträglichkeitsprüfungen und Vorbeugung von nachteiligen Einwirkungen bei Anlagen einer gewissen Bedeutung und Grösse; Planung und Koordination der Vorschriften;
- Schutz vor Störfällen, Senkung des Risikos bei der Nutzung gefährlicher Substanzen, biologische Sicherheit; Unterstützungsdienst bei Verschmutzungen;



- Analyse der Gewässer (verschmutzt, oberirdisch und unterirdisch), des Bodens und des Klärschlammes.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat sich das Amt vier Hauptziele gesetzt:

- nachteilige oder lästige Einwirkungen verhindern und reduzieren;
- zum verantwortungsvollen Gebrauch der natürlichen Ressourcen anregen;
- jede und jeden dazu ermuntern, die Umwelt im Alltag zu achten;
- dem Kanton als Kompetenzzentrum im Bereich der Umwelt zur Verfügung stehen.

Vorsteher des Amtes für Umwelt ist Marc Chardonnens.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Aussenbeziehungen

Das AfU arbeitete in folgenden Kommissionen, Verbänden und Arbeitsgruppen aktiv mit:

#### 2.1.1 Auf nationaler Ebene

- Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz (KVU);
- Verband Schweizerischer Abwasserfachleute (VSA), insbesondere Arbeitsgruppe «GEP-Musterpflichtenheft»;
- Vereinigung kantonaler Gewässerschutzchemiker und -limnologen (Cercl'eau), in deren Vorstand das Amt mitwirkt;
- Schweizerischer Verband der kantonalen Verantwortlichen für geologische und hydrologische Fragen;
- Arbeitsgruppe für Tankanlagen (CITA);
- Schweizerische Gesellschaft der Lufthygienefachleute (Cercl'Air), in deren Vorstand das AfU mitwirkt;
- Vereinigung der kantonalen Lärmschutzfachleute (Cercle Bruit);
- Kontaktgruppe des Bundesamts für Umwelt (BAFU) für den Vollzug der Störfallverordnung (StfV);
- Arbeitsgruppe Ammoniumnitrat des BAFU (StfV);
- interkantonale Gruppe für den Bereich der biologischen Sicherheit (ERFA BIO);
- interkantonale Gruppe für die Beförderung gefährlicher Güter (ERFA Strasse);
- interkantonale Gruppe «ErfA-Austausch Fachstellen Bodenschutz»;
- Arbeitsgruppe Boden des Netzwerks Umweltbeobachtung Schweiz (NUS FG Boden);
- Evaluations- und Studiengruppen des BAFU für die Verbesserung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und die Revision der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV);
- Arbeitsgruppe Netzwerk Umweltbeobachtung Schweiz (NUS), die vom BAFU und der KVU initiiert wurde;

- Arbeitsgruppe des Bundes «PCB in Gewässern und Fischen».

#### 2.1.2 Auf interkantonaler Ebene

- Konferenz der Westschweizer Umwelt- und Gewässerschutzvorsteher (CREPE), namentlich Mitwirkung bei der Plattform «énergie-environnement»;
- interkantonale Kommission für die Abfallbehandlung (CIRTD), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
- Verwaltungsrat des Zentrums für Sammlung und Identifizierung von Sonderabfällen (CRIDEC) in Eclépens; und ISDS Oulens;
- Westschweizer Vereinigung für Gewässerschutz und Luftreinhaltung (ARPEA), in der sich das Amt an der Ausarbeitung von Ausbildungskursen beteiligt;
- Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Kantons Bern für den Grundwasserschutz;
- interkantonale Gruppe Bern-Neuenburg-Freiburg für die Kontrolle der Seen des Mittellands (Neuenburger-, Bieler- und Murtensee);
- Westschweizer Arbeitsgruppe für die Überwachung von Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten (SIL);
- interkantonale Planungs- und Einsatzgruppe für die Bekämpfung von Kohlenwasserstoffverschmutzungen im Neuenburger-, Bieler- und Murtensee sowie in den Kanälen (GIPESI);
- Westschweizer Arbeitsgruppe für die Automobilbranche (AGC);
- interkantonale Arbeitsgruppen, die mit der Umsetzung des neuen Bundesrechts im Bereich der Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten betraut ist;
- Westschweizer Gruppe der Betreiber von Kläranlagen (GRESE);
- Westschweizer technische Gruppe für die Kontrolle der Kläranlagen (GRTCS);
- interkantonale technische Kommission für den Gewässerschutz innerhalb des GELAN-Programms (GELAN-GS);
- Westschweizer Arbeitsgruppe von Makrozoobenthos-Spezialisten;
- Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Tessins für die Umweltverträglichkeitsprüfungen (GREIE), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
- Westschweizer Gruppierung der Lufthygieneverantwortlichen (GREMMI);
- Westschweizer Gruppierung der kantonalen Heizungsinpektoren (GRICCH);
- Westschweizer Arbeitsgruppe der Verantwortlichen für die Luft/Emissionen in Industrie und Gewerbe;
- Westschweizer Koordinationsgruppe für den Boden (ROSOL);
- interkantonale technische Gruppe für die Integration des Moduls Bodenerosion in die Informatiklösung

- GELAN (PROSOL-GELAN), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
- interkantonale Gruppe der Westschweiz und des Tessins für die Umweltinformation (Info-Environnement);
  - Deutschschweizer Sachbearbeitertagungen für Industrie und Gewerbe;
  - Westschweizer Gruppe für Industriesanierung (GRAIN);
  - Westschweizer/Tessiner Gruppe für die Sanierung belasteter Standorte (GLASP);
  - interkantonale Konferenz der Verantwortlichen bei Umweltverschmutzungen;
  - Westschweizer Gruppierung der Gewässer- und Umweltschutzlaboratorien der Kantone (Lab'Eaux);
  - Arbeitsgruppe Analysen und Methoden der internationalen Kommission zum Schutz des Genfersees (CIPEL);
  - Interkantonale Gruppe über die Risiken von Chlortransporten auf wichtigen Transitstrassen (StFV);
  - Interkantonale Gruppe «Transporte gefährlicher Güter», Untergruppe Strassen (TGgCH, UG2);
  - Kontaktgruppe für den Militärflugplatz Payerne.

### 2.1.3 Auf Kantonsebene

- Kantonale Kommission für Umwelt-, Natur- und Landschaft, für die das AfU das Sekretariat führt;
- Kantonale Kommission für Schiessstände, deren Sekretariat das Amt führt;
- beratende kantonale Raumplanungskommission (CCCAT);
- Gruppe für die Koordination der Verkehrsfragen;
- Konsultativkommission für die Fischerei;
- Kantontonale Kommission für Pflanzenschutz;
- Kantonale Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention;
- Kommission für den ORKAF-Plan;
- Verwaltungsrat der SAIDEF;
- Verwaltungsrat der Kompostieranlage Seeland AG;
- Kommission für die Abfallbewirtschaftung der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK);
- «Umweltklub» des Grossen Rates, dessen Sekretariat das AfU führt;
- Kommission für die Verwaltung des Fonds der Gruppe E zur Vermarktung des Labels «Nature Made Star».
- Gruppe für die ämterübergreifende Koordination in den Bereichen der Raumplanung und Gewässerrevitalisierung;
- kantonale Koordinationsgruppe zum Schutz gegen Störfälle (GROPAM), deren Vorsitz und Sekretariat das Amt innehat;
- Koordinationsgruppe für den ORKAF-Plan;
- technische Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Ausgleichsmassnahmen für die A1, deren Vorsitz das AfU innehat;
- Arbeitsgruppe für den Sachplan Arbeitszonen;
- Arbeitsgruppe Erosion FR;
- Arbeitsgruppe mit Vertretern mehrerer Dienste für die Anwendung der Gesetzgebung über den Bodenschutz, deren Vorsitz und Sekretariat das Amt innehat;
- kantonale Konferenz der Stützpunktkommandanten;
- Arbeitsgruppe der KGV «Feuerwehr und Umweltschutz»;
- Arbeitsgruppe für die Strassenlärmsanierung;
- Projektoberleitung für die Sanierung der Deponie La Pila;
- Interdisziplinäre Koordinationszelle für die Sanierung der Deponie La Pila, deren Vorsitz und Sekretariat das Amt innehat.

## 2.2 Gesetzgebung

Infolge eines Antrags des Grossen Rats in 2007 wurde der Entwurf zum Gewässergesetz mit einem Kapitel zum Trinkwasser ergänzt. Nachdem aber das Kantonale Laboratorium 2008 der ILFD unterstellt und mit dem Veterinäramt zum Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen zusammengelegt wurde, ersuchte die ILFD darum, dass das Kapitel zum Trinkwasser wieder aus dem Gewässergesetz entfernt und in der heutigen Spezialgesetzgebung belassen werde. So musste der Gesetzesentwurf erneut angepasst werden. Dieser soll noch im Frühjahr 2009 dem Grossen Rat unterbreitet werden.

Der Ausführungsbeschluss vom 8. Juli 1988 zur Lärmschutz-Verordnung des Bundes wurde überarbeitet und an die heutige Praxis angepasst, um dann 2009 dem Grossen Rat vorgelegt zu werden.

Das Kapitel zur Abfallbewirtschaftung des kantonalen Richtplans sowie die kantonale Abfallplanung werden gegenwärtig in den Bereichen Ablagerung von Inertstoffen, Bewirtschaftung von Aushub- und Abraummaterial und Wiederverwertung von Biomasse revidiert. Die Entwürfe für diese Änderungen wurden 2008 vorbereitet und werden Anfang 2009 in die öffentliche Vernehmlassung gegeben.

## 2.3 Information

Die Information ist eine Aufgabe, die sich aus dem Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG, Art. 6 und 42) und dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG, Art. 50) herleitet. So besagt Artikel 6 USG: «Die Behörden informieren die Öffentlichkeit sachgerecht über den Umweltschutz und den Stand der Umweltbelastung. Die Umweltschutzfachstellen (Art. 42) beraten Behörden und Private. Sie empfehlen Massnahmen zur Verminderung der Umweltbelastung.»

Die Kommunikation ist für den Umweltschutz von grösster Bedeutung, da die Bevölkerung auf diese Weise über die Situation aufgeklärt werden kann. Die Kommunikation fördert somit umweltgerechte Verhaltensweisen.

### 2.3.1 Besondere Ereignisse und Tätigkeiten

Die wichtigsten Tätigkeiten 2008 im Bereich der Kommunikation lauteten:

- Plattform der Westschweizer Konferenz der Dienstchefs im Bereich Umwelt (energie-environnement.ch);
- Information am 14. Februar 2008 in Absprache mit den Westschweizer Kantonen und dem Kanton Bern zuhanden der Medien und der Bevölkerung über das Vorhandensein einer Feinstaubbelastung, die für einen Teil der Bevölkerung zu gesundheitlichen Auswirkungen führen kann;
- Anlässlich des 13. Internationalen Lärmschutztages, der am 16. April 2008 stattfand, Durchführung von verschiedenen Vorsorgeaktionen in mehreren Konzertklubs und Sälen mit der Unterstützung des Kantonsarztsamts und in Zusammenarbeit mit Bad Bonn, Fri-Son, Ebullition, Globull sowie Nouveau Monde. Ziel war es, junge Leute für die Lärmproblematik und der Auswirkungen von Lärm auf das Gehör zu sensibilisieren.
- Ausstellung vom 17. bis 20. April 2008 an der Fachmesse Energissima im Forum Fribourg – in Zusammenarbeit mit dem Amt für Verkehr und Energie –, um die Öffentlichkeit über die ökologischen Aspekte der Energieproduktion und des Energiekonsums zu informieren
- Information zuhanden der Gemeinden sowie Organisation der Aktion «Frühjahrsputz» – einer Sensibilisierungskampagne zur Problematik der Abfallbewirtschaftung und der Ressourcenschonung, die die aktive Beteiligung der Bevölkerung vorsieht. 2008 haben die Gemeinden 43 solche Aktionen durchgeführt. Staatsrat Georges Godel, Direktor für Raumplanung, Umwelt und Bau, nahm an der Frühjahrsputz in Düdingen teil, die am Samstag, 17. Mai 2008 stattfand. In diesem Zusammenhang organisierte das Amt für Umwelt in den Gemeinden Bossonnens, Belfaux, Avry, Pont-en-Ogoz und La Joux zudem die Ausstellung «Abfall oder Rohstoff?»;
- Veröffentlichung am 4. Juli 2008 des Themas Umwelt auf dem Geportal des Kantons Freiburg;
- Durchführung einer öffentlichen Informationsveranstaltung am 7. Juli 2008 über die Schlämme aus dem Lötschbergbasistunnel, die in der Inertstoffdeponie La Tuffière abgelagert worden waren;
- Medienkonferenz am 15. Oktober 2008 anlässlich der Veröffentlichung des Katasters der belasteten Standorte auf dem Geportal des Kantons Freiburg; am 1. Dezember 2008 wurden ausserdem ein Informationsabend für Berufs- und Wirtschaftsverbände organisiert;
- Ausarbeitung, Abfassung und Verteilung im Dezember eines Informationsbulletins für die breite Öffentlichkeit über die Luftreinhaltung im Kanton Freiburg;
- Medienmitteilungen (Feinstaub, Lärmschutz, Aktion Frühjahrsputz, Lötschbergschlämme, Kataster der belasteten Standorte);
- monatliches Informationsschreiben mit Beurteilungsbericht zuhanden der Gemeinden und Verbände zum Zustand ihrer Kläranlagen;
- Veröffentlichungen: Bericht über die Stickstoffdioxidbelastung im Jahr 2007; Ausführungshilfe für das Ausbringen von Hofdünger im Winter; praktischer Leitfaden für die Lagerung von gefährlichen Stoffen; Merkblatt über die Tankstellenentwässerung für Ethanol enthaltende Treibstoffe, Biodiesel und Harnstoff; Vollzugshilfe für die Automobilbranche und ähnliche Betriebe; Gewässerschutzvorschriften für das Gastgewerbe, für Güllebehälter und Güllegruben, für Privatschwimmbäder und für Bauarbeiten in Grundwasserschutzzonen; Arbeitshilfe zur Beschreibung und Darstellung von Umweltschutzmassnahmen; Zusammenfassung und Schlussfolgerungen der Resultate der landwirtschaftlichen Böden (Bericht FRIBO 1987-2006); Zusammenfassung und Schlussfolgerungen der Resultate der städtischen Böden (Bericht FRIBO 1987-2006); Empfehlungen zur langfristigen Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit;
- Website, Nachführung und Veröffentlichung von News im Bereich der Umwelt (14 News im Jahr 2008);
- Nachdem festgestellt worden war, dass die Freisetzung von dioxinähnlichen PCB zu einer Kontamination der Fische in der Saane geführt hatte (siehe Punkt 8 Abfälle und Altlasten), wurden grossen Anstrengungen bei der Benachrichtigung der Bevölkerung unternommen (1 Medienorientierung, 5 Medienmitteilungen, 12 News auf der Website admin.fr.ch/pila, 4 Sitzungen mit den Umweltschutzvereinen und dem Freiburgischen Verband der Fischervereine).

### 2.3.2 Website

Auf seiner Website (admin.fr.ch/afu) informiert das AfU kontinuierlich über die Luftqualität, die in den verschiedenen über das ganze Kantonsgebiet verteilten Messstationen gemessen wurde. Auf der Website findet man zudem allgemeine Informationen über sämtliche Tätigkeitsgebiete des AfU und auch Informationsbroschüren, Merkblätter und Formulare über die Abfallentsorgung sowie über den Gewässerschutz, die heruntergeladen werden können. Nicht zuletzt wartet die Website mit nützlichen Internet-Adressen und dem Umweltbericht im pdf-Format auf. Die Website wurde des Weiteren durch einen gemeinsam mit dem Autobahnamt (ABA) ausgearbeiteten Internetauftritt über die ökologischen Ausgleichsmassnahmen für die A1 ergänzt. Eine wei-

tere Website ([www.les3lacs.ch](http://www.les3lacs.ch)), die von den drei Kantonen Bern, Freiburg und Neuenburg gemeinsam verwaltet wird und direkt über die Site des AfU angeklickt werden kann, liefert monatlich aktualisierte Informationen über die Entwicklung der Wasserqualität in den drei Seen des Mittellands (Bieler-, Murten- und Neuenburgersee). Das Amt hat ausserdem an der Aktualisierung der Datenbank mitgearbeitet, in der alle Schweizer Unternehmen, die im Bereich der Abfallbearbeitung tätig sind, aufgeführt sind. Die Datenbank kann über die Startseite des AfU abgerufen werden. Abschliessend sei noch die Internetplattform «[energie-environnement.ch](http://energie-environnement.ch)» erwähnt, die aus der Zusammenarbeit der kantonalen Energie- und Umweltämtern der Westschweiz entstanden ist und die zahlreiche Informationen bereitstellt, die praxisrelevant und von allgemeinem Interesse sind.

### 2.3.3 Geoportal

Das Amt hat verschiedene Informationen über das Geoportal des Kantons Freiburg veröffentlicht: Zwei Themen sind nun zusätzlich abgedeckt:

- die belasteten Standorte (Kataster der belasteten Standorte mit den Betriebs- und Ablagerungsstandorten);
- der Gewässerschutz (mit den Gewässerschutzbereichen, Abwasserreinigungsanlagen, ihren Einzugsgebieten sowie den Erdsonden).

### 2.3.4 Schulung

Auf Ersuchen des Freiburgischen Baumeisterverbands (FBV) hat das Amt 10 Kurse über die Sicherheit beim Lagern von Kohlenwasserstoffen und den Umgang mit ihnen, über den Gewässerschutz sowie über die Abfallbewirtschaftung durchgeführt. Diese Kurse richteten sich an Geräte-, Autokran- und Bauführer und fanden im kantonalen Berufsbildungszentrum statt.

Ausserdem führte das Amt am LIG 1 Kurs über die Abwasserbehandlung für Milchtechnologen (eidgenössischer Fachausweis) durch.

Das Amt beteiligte sich ferner aktiv an der Ausbildung der Polizeiassistentinnen und -assistenten des Jahrgangs 2008. In den Kursen werden den Ordnungshütern im Hinblick auf ihre künftigen Einsätze praktische Kenntnisse über den Umweltschutz vermittelt.

### 2.3.5 Vorsorgliche Analyse der Dossiers

Die Zahl der Dossiers, die das AfU im laufenden Jahr bearbeitet hat, ist im Vergleich zu 2007 weiter angestiegen. Rein mengenmässig fallen die Baubewilligungsgesuche am stärksten ins Gewicht:

- 3464 Baubewilligungsgesuchsdossiers (2007 waren es deren 3288 gewesen); entsprechend war der Arbeitsaufwand auch dieses Jahr sehr hoch;
- 308 Gesuche unterschiedlicher Art der Gemeinden (beschränkte Auflagen);

- 141 Ortspläne (OP) und Detailbebauungspläne (DBP).

### 2.3.6 Unterstützungsdienst bei Verschmutzungen (UDV)

Seit mehr als zehn Jahren unterstützt und berät der Unterstützungsdienst bei Umweltverschmutzungen die Einsatzdienste sowohl im Ereignisfall als auch bei drohenden bzw. sich abzeichnenden Gewässer- und Bodenverschmutzungen. Der Dienst wird rund um die Uhr und während des ganzen Jahres von insgesamt 19 Mitarbeitenden des Amts sichergestellt. In diesem Rahmen ist der UDV 71-mal interveniert: bei 21 Ölverschmutzungen, 16 landwirtschaftlichen Verschmutzungen, 4 Grossbränden und 30 Chemieunfällen.

### 2.3.7 Verschiedenes

Das Amt hat gemeinsam mit dem LIG den Bericht «Landwirtschaft und Umwelt» erarbeitet und fertig gestellt (die Übersetzung wird noch angefertigt). In diesem Bericht wird eine Bilanz der letzten zehn Jahre gezogen für die verschiedenen Umweltaspekte, die die Landwirtschaft betreffen (namentlich der Bodenschutz und die Erosion). Ausserdem ging es in diesem Bericht darum, die Ziele und Prioritäten für die nächsten zehn Jahre unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Entwicklung festzulegen. Die Veröffentlichung ist für Anfang 2009 vorgesehen.

## 3. Gewässerschutz

### 3.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 3.1.1 Sektor Siedlungsentwässerung

##### 3.1.1.a Subventionierung

2008 betragen die überwiesenen Kantonsbeiträge rund 470 000 Franken (für etwa fünfzig GEP). Ausserdem erhielten gewisse Bauwerke für die Abwasserbeseitigung und -behandlung Kantonsbeiträge von knapp 1 200 000 Franken. Die Gesuche um Bundessubventionen beliefen sich 2008 auf zirka 2 200 000 Franken.

##### 3.1.1.b Gemeindeplanungen und Baudossiers

Neben den oben erwähnten Raumplanungs- und Baudossiers (siehe Punkt 4) hat das AfU 27 Gesuche für die Änderung von Reglementen über die Abwasserreinigung geprüft. Derzeit verfügen 53 Gemeinden über Reglemente und Gebühren, die dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer entsprechen (insbesondere Art. 60a GSchG).

2008 hat das Amt 13 Generelle Entwässerungspläne (Gemeinde-, Verbände- und globale GEP) zur Begutachtung erhalten. Rund 30 Dossiers müssen noch zur Vorprüfung vorgelegt werden. Dies dürfte im Jahr 2009 geschehen. Da die meisten Studien zur selben Zeit in Angriff genommen wurden (zwischen 2000 und 2002) ist die Zahl der Dossiers, die dem AfU zu Begutachtung

vorgelegt werden, schon seit einiger Zeit auf einem sehr hohen Niveau. So hat es im Jahr 2008 25 GEP geprüft. Knapp 150 GEP (von insgesamt 210) stehen in den kommenden Monaten zur Prüfung an. Um auf diese Spitzenbelastung reagieren zu können, werden zusätzliche Kräfte mobilisiert werden.

### 3.1.1.c ARA

Auch 2008 ist das Amt den Betreibern der 29 Abwasserreinigungsanlagen (ARA) im Kanton mit Rat und Tat zur Seite gestanden, damit die in der Gewässerschutzverordnung (GSchV) definierten Wirkungsgrade und Normen für die abgeleiteten Mengen und Konzentrationen von Stoffen eingehalten werden.

Im Rahmen der Überwachung der Kläranlagen gemäss GSchV hat das Amt die Qualität des Wassers (knapp 400 Proben) und des Klärschlammes (rund 100 Proben) untersucht und die Resultate den Betriebsverantwortlichen und den übergeordneten Instanzen übermittelt. Aus den Kontrollen geht hervor, dass der Betrieb von gut zwanzig ARA als gut bis ausgezeichnet bezeichnet werden kann. Die anderen Anlagen werden über kurz oder lang ausgebaut werden müssen oder es werden Massnahmen zur Verringerung der zugeführten Last getroffen werden müssen.

Das Amt begleitet zudem die Arbeiten zur Vergrösserung und Anpassung der ARA in Marly, die bis 2009 dauern dürften. Die Umbauarbeiten (Nitrifikation, Entstickung) werden vom Bund (2 000 000 Franken) und vom Kanton (1 500 000 Franken) subventioniert.

## 3.1.2 Sektoren Industrielle Abwässer und Wassergefährdende Flüssigkeiten

### 3.1.2.a Industrie und Gewerbe inklusive Automobilbranche

Das AfU hat 174 Baubewilligungsgesuche, 12 Umbaugesuche, 15 Sanierungsdossiers und 3 Gesuche für Chemietanks geprüft und begutachtet.

Es hat des Weiteren 20 neue private Anlagen aus Sicht des Gewässerschutzes abgenommen und von Auge eine gewisse Anzahl Anlagen für die Vorbehandlung der industriellen Abwässer überprüft. Es hat zudem die Sanierung von 3 Anlagen infolge einer Gewässerverschmutzung in die Wege geleitet.

Im Rahmen der Erstellung und Nachführung des Industrieabwasserkatasters hat das Amt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und überkommunalen Abwasserverbänden 143 Unternehmen besucht und kontrolliert. In etwa 50% der Fälle wurden von den Besitzern von nicht konformen Anlagen entsprechende Sanierungsmassnahmen verlangt. Zur Erledigung dieser administrativen Aufgaben waren rund vierzig Ortsbegehungen und mehrere Sitzungen erforderlich.

Das Amt hat ausserdem für zwei neue Chemietanks Prüfberichte verlangt, um sicherzustellen, dass die Anlagen den zugelassenen Techniken entsprechen.

Im Zusammenhang mit der Überwachung der industriellen Abwässer hat das AfU die Analyseergebnisse überprüft und die Berichte über die für die ARA massgeblichen Schadstoffbelastung von 8 Unternehmen, die einen Einfluss auf die ARA haben, evaluiert.

Auf Grund des vom Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt verlangten Konformitätsberichts mussten 16 Betriebe ihre Anlagen gemäss Umweltschutzanforderungen sanieren. Die Sanierungsarbeiten erforderten insgesamt 36 Ortsbesichtigungen.

Es wurden 1488 Betriebe in die Datenbank eingegeben, mit der sämtliche Tätigkeiten in den Bereichen Industrie, Gewerbe und Autobranche erfasst und verfolgt werden können, die spezifischer Massnahmen für den Gewässerschutz bedürfen.

### 3.1.2.b Tankanlagen

Das AfU hat 82 Bewilligungsgesuche für 192 Tanks geprüft und begutachtet. Im Zusammenhang mit der Abnahme von 29 Installationen mussten 11 Besitzer schriftlich benachrichtigt werden, dass ihre Tankanlagen nachgebessert werden müssten.

Am 31. Dezember 2008 waren 48 185 Tankanlagen im Register eingetragen. Es wurden 2292 Tankanlagen revidiert und registriert. 411 Tanks wurden ausser Betrieb gesetzt, weil sie undicht waren, weil ein neues Heizsystem eingebaut wurde oder weil die Anlagen andere Mängel besaßen. Zudem konnten 321 Mahnungen bearbeitet und die Anlagen saniert werden. Derzeit sind 492 Mahnungen in Bearbeitung. Insgesamt waren 72 Ortsbesichtigungen nötig.

Es wurden 2891 Kontrollberichte über Leckerkennungsgeräte behandelt. Derzeit werden 192 Geräte revidiert (Revision 1 + 2).

2008 ordnete das AfU den Besitzern in 93 Fällen eine Revision von Tankanlagen in einer Grundwasserschutzzone S3 an.

Es wurden 3 Tankrevisionsunternehmen geprüft. Dazu waren 9 Ortsbesichtigungen nötig. 2 Treibstofflieferanten wurden kontrolliert und über die Bemerkungen des Amtes informiert.

### 3.1.2.c Unfälle und Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe

Das Amt hat 87 Dossiers zu Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe behandelt. In diesem Zusammenhang wurden 188 Rechnungen ausgestellt, deren 10 Gegenstand eines Verwaltungsverfahrens waren.

### 3.1.3 Sektor Landwirtschaft

Im Rahmen der Kampagne für die Sanierung der Lager volumens von landwirtschaftlichen Betrieben des Kantons hat das Amt 396 Betriebe auf die Einhaltung der Anforderungen und gesetzten Fristen hin kontrolliert. 11 Dossiers wurden dem Amt für Landwirtschaft für allfällige administrative Massnahmen übergeben.

Von den 122 behandelten Dossiers wurde 1 Gesuch vom Meliorationsamt übermittelt (im Rahmen von Subventionsgesuchen). Der Sektor hat zudem 3 Gesuche für landwirtschaftliche Anlagen und 3 Gesuche für Biogasanlagen begutachtet, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung ausgearbeitet werden musste.

In 31 Kontrollen wurde die Dichtigkeit von Jauchegruben für ein Gesamtvolumen von 15 000 m<sup>3</sup> geprüft.

### **3.1.4 Sektor Grundwasser**

#### **3.1.4.a Karten über Gewässerschutzbereiche 1:25 000**

Im Rahmen der regelmässigen Aktualisierung der Gewässerschutzbereiche wurden 6 der 17 Karten des Kantons gemäss den Bestimmungen der Bundesverordnung über den Gewässerschutz (GSchV) nachgeführt und veröffentlicht.

Die Generalaktualisierung der Karten wird fortgeführt. Dank der heutigen Informatikmittel wird immer weniger auf Papier publiziert werden. Seit 2008 ist beispielsweise die Karte der Gewässerschutzbereiche auf dem Geoportale des Kantons Freiburg abrufbar.

#### **3.1.4.b Grundwasserschutzzonen (definitive und provisorische Zonen S)**

Dieses Jahr wurde grosses Gewicht auf die Erfassung von Daten zu den im öffentlichen Interesse liegenden Grundwasserfassungen gelegt. Diese Daten sind nun in einer Datenbank verfügbar. Ziel war, die Bedeutung und Schutzanforderungen für jedes Objekt festzuhalten. Auf dieser Grundlage kann die Lage in diesem Bereich wie folgt zusammengefasst werden:

- 12 Zonen S können genehmigt werden;
- für 50 Dossiers konnte das Verfahren wegen Interessenkonflikten nicht abgeschlossen werden, sodass sie neu aufgerollt werden müssen; in mehreren Fällen ist eine neue öffentliche Auflage nötig;
- bei 17 Dossiers sind zusätzliche Abklärungen erforderlich; so muss bei der Inhaberschaft in Erfahrung gebracht werden, ob die Fassung noch in Gebrauch ist oder nicht;
- mindestens 41 Zonen sind provisorisch und müssen definitiv festgelegt werden.

#### **3.1.4.c Zuströmbereiche (Sektoren Zu)**

Dieses Jahr hat das AfU mit der Erfassung der Quellen im Kanton mit einer erhöhten Nitratkonzentration begonnen, um festlegen zu können, an welchen Orten Schutzmassnahmen bei den Zuströmbereichen Zu erforderlich sind.

Die Wasserqualität in den Einzugsgebieten von Avry, Courgevau, Domdidier, Fétiqny, Lurtigen, Middes und Salvenach wurde wie bis anhin jeden Monat analysiert. Es wurden 6 weitere Standorte in das Überwachungsprogramm aufgenommen.

#### **3.1.4.d Kiesgruben, Materialausbeutungen und geothermische Sonden**

2008 wurde 1 Gesuch zur Ausbeutung von sandig-kiesigem Material geprüft.

Ausserdem wurden 736 Baubewilligungsgesuche für geothermische Sonden bearbeitet.

Um das Baubewilligungsverfahren für geothermische Sonden zu vereinfachen, wird derzeit eine Karte ausgearbeitet, in der angegeben ist, in welchen Zonen solche Sonden grundsätzlich erlaubt oder verboten sind bzw. speziellen Bedingungen unterstehen.

#### **3.1.4.e NAQUA, Beobachtung der Grundwasserqualität**

Das in Zusammenarbeit mit dem BAFU ausgearbeitete Projekt für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität konkretisierte sich 2002 und wurde weitergeführt, indem insbesondere gezielte Studien über bestimmte Mikroverschmutzer in das Projekt aufgenommen wurden. Es handelt sich dabei um ein Projekt auf nationaler Ebene namens NAQUA, für das jährlich vier Messkampagnen in 14 Freiburger Messstationen durchgeführt werden, die auf dem Kantonsgebiet gemäss hydrogeologischer Besonderheit der Trinkwasserreserven verteilt sind. Die Arbeiten werden vom Bund subventioniert.

Die Überwachung der Grundwasserqualität ist eine Aufgabe des Kantons. Dafür wurde ein Konzept für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität auf regionaler Ebene mit 49 Standorten definiert. 2008 wurden zwei Messkampagnen durchgeführt.

Die Vorstudie für die Erstellung eines Sachplans für die Fassung von öffentlichen Gewässern steht kurz vor dem Abschluss. Da die Ergebnisse der Studie ein grosses Informationsdefizit zu Tage hat treten lassen, wurde 2008 ein Auftrag vergeben, um die Bestandaufnahme der Ressourcen fortzuführen.

Das Amt wirkt beim französisch-schweizerischen Programm interreg (Alpeau) mit, das den Fortbestand der Schutzwälder und dadurch den Schutz der Trinkwasserquellen in den voralpinen Gebieten zum Ziel hat. In diesem Zusammenhang wurde der Gubloux zum Untersuchungsgebiet deklariert.

#### **3.1.4.f Gutachten**

2008 hat das Amt 1036 Dossiers (Baubewilligungen, DBP, OP, GEP, Kiesgruben) unter dem Gesichtspunkt des Grundwasserschutzes bearbeitet.

### **3.1.5 Sektor Oberflächengewässer**

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Bern, Neuenburg und Freiburg hat das AfU für die Studie und Analyse der Wasserqualität in den Seen des Mittellands 12 Proben (1 pro Monat) aus dem Murtensee entnommen. Das AfU hat sich auch an den Probeent-

nahmen aus dem Bieler- und Neuenburgersee beteiligt. Ferner hat das Amt die Kontrolle der Wasserqualität im Greyerzer-, Schiffenen-, Montsalvens-, Pérolles- und Schwarzsee durch eine jährliche Probeentnahme weitergeführt.

Die jährliche Analyse der Wasserqualität in den Zuflüssen des Murtensees (Arbogne, Broye, Chandon, Kleine Glane) und des Neuenburgersees (Broyekanal) wurde mit 4 Probeentnahmen weitergeführt. Dabei wurden auch die Ableitungen der ARA von Murten, die sich im betroffenen Einzugsgebiet befindet, einer Qualitätskontrolle unterzogen.

Das Amt hat die physikalisch-chemischen Untersuchungen der Einzugsgebiete im Kanton fortgesetzt. So hat es 4 Messkampagnen in der Unteren Saane und 6 Messkampagnen in der Sionge durchgeführt.

Das AfU hat auch die 2004 begonnene Kampagne für die Untersuchung des Gesundheitszustands der Gewässer im Kanton Freiburg fortgeführt. Dabei verwendete das Amt die sogenannte IBGN-Methode (Genormte Biologische Gesamtzahl), die auf der Beobachtung der Gemeinschaften der Wirbellosenlarven (Makro-Invertebraten) basiert. 2008 wurden die Einzugsgebiete der Ärgera, des Jaunbachs, der Serbache, der Sionge und der Unteren Sense untersucht.

Dem ist anzufügen, dass es aufgrund der begrenzten Mittel, die für diese Untersuchungen (Untersuchung des ökomorphologischen, physikochemischen und sanitären Zustands) zur Verfügung stehen, schwierig ist, die Entwicklung des Gesundheitszustands der oberirdischen Gewässer im Kanton mit der gebotenen Strenge zu verfolgen. So konnte beispielsweise die im Jahr 1999 begonnene Längsschnittuntersuchung des ökomorphologischen Zustands der Fliessgewässer 2008 nicht fortgesetzt werden. Bei der derzeitigen Geschwindigkeit wird die vollständige Bestandesaufnahme nicht vor 2015 abgeschlossen werden können. Die in der Schweiz geltende Regel würde aber verlangen, dass diese Untersuchungen alle 5 Jahre wiederholt werden.

Parallel zu diesen Studien führte das Amt im Frühjahr und Herbst zwei punktuelle Untersuchungen zur Bestimmung des phytosanitären Status von einigen Fliessgewässern durch. Hierfür mass es den Pestizidgehalt.

### 3.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Das aussergewöhnliche Ereignis 2008 fand auf dem Gibloux statt: Ein Flugzeug stürzte in einen Wald, der sich in der Grundwasserschutzzone S3 befindet, und bedrohte 3 Trinkwasserfassungen der Gemeinde Ponten-Ogoz und des Psychiatrischen Spitals Marsens sowie 3 private Fassungen. Denn am Unfallort liefen rund 500 Liter Kerosin aus. Dank der Intervention des Amtes und dank der darauf eingeleiteten Sanierungsarbeiten konnte jedoch verhindert werden, dass die Fassungen verschmutzt wurden.

Das Vorhandensein von PCB in den Fischen der Saane und Glane beschäftigte den Sektor Oberflächengewässer

auch in diesem Jahr. So mussten verschiedene Zusatzstudien zur Bestimmung des PCB-Gehalts im Sediment und Wasser dieser Fliessgewässer und zur Lokalisierung der Hauptverschmutzungsquellen durchgeführt werden.

Am 12. November 2008 ereignete sich eine bedeutende Verschmutzung im Grossen Kanal bei Bellechasse, die den Tod zahlreicher Fische zur Folge hatte. Die Abklärungen des Unterstützungsdiensts bei Verschmutzungen ergaben, dass die Ursache bei der ARA von Kerzers zu suchen war. Diese war nämlich derart überlastet, dass sie das Schmutzabwasser nicht mehr zu reinigen vermochte. Deshalb müssen rasch Massnahmen getroffen werden, um die Frachten an der Quelle zu reduzieren.

## 4. Labor und Stoffe

### 4.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 4.1.1 Akkreditierung nach ISO 17025

Im Rahmen des Qualitätsmanagement-Systems führte das AfU verschiedene Ringanalyse-Serien durch, die von der Arbeitsgruppe «Analysen und Methoden» der CIPEL, von den WEPAL (Wageningen Evaluating Programme for Analytical Laboratories) aus den Niederlanden und vom Gewässer- und Bodenschutzlabor des Kantons Bern organisiert worden waren. Insgesamt erfolgten 489 Analysen, mit denen die Qualität der vom Laboratorium des AfU erbrachten Leistungen sichergestellt werden konnte.

#### 4.1.2 Kläranlagen

Gestützt auf die gesetzlichen Bestimmungen – namentlich auf die Gewässerschutzverordnung und die kantonale Weisung vom 21. Juli 1991 über die Ausstattung und die Kontrolle von ARA-Betrieben – hat das AfU die 29 in Betrieb stehenden ARA der Gemeinden und Gemeindeverbände kontrolliert. Im Rahmen dieser Kontrollen wurden 2376 Analysen durchgeführt.

Das AfU hat die regelmässige Qualitätskontrolle der von den ARA produzierten Klärschlämme mit vier Probeentnahmen für die grossen und mittleren Anlagen und zwei Probeentnahmen für die kleinen Anlagen weitergeführt, was insgesamt 1308 Analysen erforderte. Das AfU hat ferner seine Mitarbeit am MARSEP-Programm fortgesetzt, das von der Eidgenössischen Forschungsanstalt Agroscope Liebefeld-Posieux (ALP) zur Qualifizierung der Laboratorien eingeführt wurde. Das AfU-Labor ist dadurch offiziell für die Kontrolle der Klärschlämme und des Kompostes zugelassen.

#### 4.1.3 Industrieabwasser

Es wurden 25 Analysen von Industrieabwässern vorgenommen. Zudem setzte das Amt seine Untersuchungen der Qualität der Abwasserableitungen und des Grundwassers unter der Deponie von En Craux in Châtel-St-Denis sowie die Studien zur Qualität des Grundwassers

unter der Deponie von Châtillon in Hauterive fort. Dafür wurden insgesamt 859 Proben analysiert.

#### **4.1.4 Grundwasser und Oberflächengewässer**

Das AfU hat im Rahmen der Wasserbewirtschaftung 6563 Untersuchungen in ober- und unterirdischen Gewässern des Kantons vorgenommen, was im Vergleich zu 2007 einer Zunahme von 15% entspricht.

#### **4.1.5 Verschmutzungen**

Das Amt wurde bei mehr als 40 Fliessgewässerverschmutzungen gebeten, Analysen vorzunehmen. Die identifizierten Urheber der Verschmutzungen wurden bei der zuständigen Behörde angezeigt. Diese Verschmutzungen gaben Anlass zu 125 Untersuchungen.

#### **4.1.6 Interkantonale Zusammenarbeit**

Das AfU nimmt am Netzwerk der Gruppierung der Gewässer- und Umweltschutzlaboratorien (Lab'Eaux Sektion Westschweiz) teil. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit hat das Amt 79 Proben bearbeitet, wofür 107 Analysen nötig waren. Das AfU hat seinerseits den Partnerlaboratorien 44 Proben für spezifische Analysen gegeben, für die es nicht über die notwendigen Instrumente verfügte.

#### **4.1.7 Stoffe**

Noch fehlen die kantonalen Bestimmungen über den Vollzug des neuen Chemikalienrechts. Das Amt hat innerhalb seiner Kompetenzen an den Aktivitäten der Chemsuisse (Zusammenschluss von Vertretern der kantonalen Fachstellen für Chemikalien, die für die kantonalen Vollzugsaufgaben des Chemikalienrechts zuständig sind) teilgenommen.

Es hat über die Internetplattform zur Bewilligung von Kältemittelanlagen PEBKA 58 Bewilligungen für die Benutzung von Kältemitteln registriert. Ausserdem wurden im Rahmen von öffentlichen Auflageverfahren 41 Gutachten für die Einrichtung von Kältemittelanlagen mit einem Kältemittelvolumen von über 3 kg erstellt.

#### **4.2 Aussergewöhnliche Ereignisse**

Die Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS) verzichtete dieses Jahr darauf, das Labor des AfU mit einem Überwachungsaudit zu kontrollieren, da das Verfahren zur Reakkreditierung des Qualitätsmanagement-Systems vom 27. September 2007 positiv ausgefallen war und die SAS deshalb vorschlug, die periodische Kontrolle aufzuschieben.

Auf der Grundlage eines externen Auftrags hat das Amt mit 130 Analysen die Abwässer der von der Universität Freiburg genutzten Gebäude kontrolliert. Ausserdem hat es die Abwässer des Unternehmens Crema in Villars-sur-Glâne mit gut 10 Analysen untersucht.

### **5. Luftreinhaltung**

#### **5.1 Ordentliche Tätigkeit**

##### **5.1.1 Massnahmenplan**

Der neue Massnahmenplan Luftreinhaltung, der am 8. Oktober 2007 vom Staatsrat genehmigt wurde, trat am 1. Januar 2008 in Kraft. Die Vollzugsbehörden wurden Anfang 2008 über die Aufgaben in Kenntnis gesetzt, die ihnen im Plan übertragen werden. Eine erste Bilanz über die Umsetzung des Massnahmenplans soll 2010 erfolgen.

Auf interkantonaler Ebene nahm das AfU an zahlreichen Sitzungen zur interkantonalen Koordination des Vollzugs der Gesetzgebung teil.

##### **5.1.2 Sektor Emissionskontrolle**

Im Rahmen der Überprüfung der Emissionen von industriellen und gewerblichen Heizungsanlagen wurden 18 Holzfeuerungsanlagen sowie ein stationärer Motor kontrolliert. Im Übrigen wurden die Emissionen von 2 industriellen Produktionsstätten untersucht. Auf Grund dieser Untersuchungen wurden 11 Installationen saniert und reguliert. Dem ist anzufügen, dass bei den meisten Messungen auch die Partikelemission gemessen wurde, weil diese beim Kampf gegen übermässige Feinstaubbelastung eine grosse Rolle spielt. Des Weiteren wurden 6 Anlagen zur chemischen Kleiderreinigung mit Perchlorethylen kontrolliert.

Die Kaminfeger haben 13 800 Hausfeuerungen kontrolliert. Mit der Änderung 2004 der Luftreinhalte-Verordnung traten schärfere Bestimmungen für die vor 1991 in Verkehr gebrachten Anlagen in Kraft. Dies erklärt, wieso in so vielen Fällen (2316 an der Zahl) eine Frist zur Sanierung der Feuerung angeordnet werden musste. Heute (Stand Ende 2008) gelten insgesamt 7926 Anlagen als sanierungsbedürftig.

Das AfU hat unter dem Gesichtspunkt der Luftreinhaltung 168 Dossiers für Baubewilligungsgesuche behandelt, darunter 21 für Industrie- und Gewerbebetriebe, 28 im Rahmen landwirtschaftlicher Tierhaltung, 33 für den Bau von Parkierungsanlagen, 14 für den Betrieb von Gasthöfen und 5 für den Bau von Tankstellen oder mechanischen Werkstätten. Die landwirtschaftlichen Dossiers betrafen zwei Bereiche: einerseits die Einhaltung des Mindestabstands zwischen einer landwirtschaftlichen Tierhaltung und der nächsten Wohnzone, andererseits die Begrenzung der Ammoniakemissionen, die namentlich von Jauchegruben stammen.

Es wurden zudem 54 Gesuche für die Installation von neuen Heizkesseln begutachtet. Das AfU hat ferner 9 Dossiers von OP oder DBP sowie verschiedene weitere Dossiers bezüglich Luftreinhaltung geprüft und 15 Klagen über Geruchsemissionen entgegengenommen, wovon einige noch in Behandlung sind. Es handelt sich dabei um Fälle, die von den Gemeindebehörden nicht geregelt werden konnten.



Das AfU beriet die von der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) betroffenen Unternehmen des Kantons. Die Bilanz der flüchtigen organischen Verbindungen von 17 Unternehmen wurde überprüft und nach Ausführung der nötigen Anpassungen und Korrekturen der Eidgenössischen Oberzolldirektion zwecks Entschädigung zugestellt.

### 5.1.3 Sektor Immissionsüberwachung

Ein Teil der Messresultate für die Luftqualität von 2007 wurde wie jedes Jahr im statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg «STAT- FR 2008» sowie auf der Website des Bundesamts für Umwelt ([http://www.bafu.admin.ch/luft/luftbelastung/blick\\_zurueck](http://www.bafu.admin.ch/luft/luftbelastung/blick_zurueck)) veröffentlicht. Auf der Website des AfU (<http://admin.fr.ch/afu>) werden die aktuellen Stickstoffdioxid- und Feinstaubwerte täglich und die Ozonwerte stündlich veröffentlicht. Während des Sommers werden nicht nur die aktuellen Ozonwerte veröffentlicht, sondern auch eine Vorhersage der Maximalwerte für die nächsten drei Tage.

Die kritischen Schadstoffe sind weiterhin Stickstoffdioxid, Ozon und der Feinstaub. Diese Substanzen überschreiten regelmässig die in der Bundesverordnung für die Luftreinhaltung festgelegten Grenzwerte. Zur Ammoniakkonzentration, die seit 2006 gemessen wird, ist zu sagen, dass der für den Schutz der empfindlichen Flechten und Moose empfohlene Höchstwert von  $1 \mu\text{g m}^3$  ebenfalls überschritten wird.

Das AfU betreibt weiterhin eine ständige Station für Immissionsmessungen an der Route de la Fonderie 2 in Freiburg. Zudem wurden zwei Messwagen wie folgt eingesetzt:

- Messung der Schadstoffbelastung im Chamblieux-Quartier von Freiburg, in der unmittelbaren Nähe der A12, der Route du Jura und der Route de Chanterle;
- Messung der Schadstoffbelastung im Gambach-Quartier von Freiburg, entlang der Avenue Louis Weck-Reynold.

Das Netz der Stickstoffdioxid-Passivsammler umfasste im Jahr 2008 folgende Gemeinden: Bulle (2 Standorte), Châtel-St-Denis (1), Misery Courtion, Sektor Cormérod (1), Düdingen (1), Estavayer-le-Lac (1), Freiburg (6 Standorte, davon 3 bei der Messstation, um Vergleiche anstellen zu können), Givisiez (2), Granges-Paccot (1), Kerzers (1), Murten (1), Romont (1), Villars-sur-Glâne (2) und Vuisternens-en-Ogoz (1), was ein Total von 21 Messstandorten ergibt. Die Ammoniakmessungen (NH<sub>3</sub>) erfolgten an 2 der oben erwähnten Standorte. Die Messresultate stehen auf der Website des AfU zur Verfügung.

### 5.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Nachdem der Staatsrat den neuen Massnahmenplan Luftreinhaltung am 8. Oktober 2007 genehmigt hatte,

wurde der Massnahmenplan am 11. Februar 2008 zusammen mit den beiden Anträgen (Massnahme M15 «Strengere Abgasnormen für Fahrzeuge» und Massnahme M16 «Finanzielle Anreize für eine Bewirtschaftung mit weniger Ammoniakemissionen») dem Bundesrat übermittelt. Am 5. Dezember 2008 erhielt der Staatsrat vom Bundesrat eine positive Antwort, in der sich dieser verpflichtet, sich auf internationaler Ebene für eine Verschärfung der Abgasnormen für Fahrzeuge einzusetzen. Auch seien Arbeiten im Gang, um regelmässige stattfindende Kontrolle der Abgase von motorisierten Zweirädern einzuführen. In seiner Antwort erklärt der Bundesrat ferner, dass die Reduktion der Ammoniakemissionen im Rahmen des «Ressourcenprogramms» zur Förderung der nachhaltigen Ressourcennutzung behandelt werden würde. Die mit dem Programm erzielten Resultate werden analysiert werden, um bei Bedarf zusätzliche Massnahmen vorschlagen zu können.

Im Rahmen dieses Programms und gemäss der Massnahme M16 des Massnahmenplans haben die betroffenen kantonalen Dienststellen (Amt für Landwirtschaft, Landwirtschaftliches Institut in Grangeneuve, Amt für Umwelt) in Zusammenarbeit mit dem Freiburgerischen Bauernverband das Projekt «Verbesserung der Stickstoffeffizienz durch Verringerung der landwirtschaftlichen Ammoniakemissionen» ausgearbeitet. Der Bericht ist Ende 2008 dem Bundesamt für Landwirtschaft zur Prüfung unterbreitet worden. Die Umsetzung des Projekts sollte im Frühjahr 2009 beginnen und wird es erlauben, freiwillige Massnahmen in der Landwirtschaft zur Reduktion der Ammoniakemissionen finanziell zu entschädigen.

## 6. Lärm und nichtionisierende Strahlung

### 6.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 6.1.1 Lärmschutz

Die Arbeit des AfU konzentrierte sich im Bereich Lärmschutz auch dieses Jahr vor allem auf die Umsetzung des Vorsorgeprinzips. In diesem Rahmen wurden 60 Dossiers für OP und DBP, 1090 Baubewilligungsgesuche und 15 Patentgesuche oder Gesuche um Verlängerung der Öffnungszeiten von öffentlichen Anstalten begutachtet.

Die Bevölkerung reagiert weiterhin sehr empfindlich auf die Lärmimmissionen. Die Zahl der Klagen wegen übermässiger Lärmbelastung bleibt weiterhin hoch: 2008 wurden 33 neue Dossiers eröffnet.

Während die Umsetzung des Vorsorgeprinzips Priorität genießt (Baubewilligungen, OP, DBP), ist die akustische Sanierung bestehender Anlagen (Schiessstände, Industrieanlagen, Strassen) nach wie vor von den zur Verfügung stehenden Mitteln abhängig. Die Lärmsanierung der 300-m-Schiessanlagen ist abgeschlossen. Die erste Frist von 15 Jahren (31. März 2002), wie sie im Bundesrecht für die Strassenlärmsanierung vorgesehen ist, konnte hingegen nicht eingehalten werden. Für die Nationalstrassen wurde diese Frist deshalb auf

den 31. März 2015 und für die übrigen Strassen auf den 31. März 2018 erstreckt. So kommt es, dass ein nicht zu vernachlässigender Teil der Bevölkerung immer noch Lärmbelastungen ausgesetzt ist, die – zum Teil massiv – über den zulässigen Höchstwerten liegen.

Zum Strassenlärm ist ferner zu sagen, dass mit dem Inkrafttreten am 1. Januar 2008 der NFA eine komplett neue Situation entstand. Mit der NFA setzt die Subventionierung eine Programmvereinbarung zwischen Bund und Kanton voraus, in der alle Projekte aufgelistet sind, die in einer ersten Phase (2008–2011) verwirklicht werden sollen. Die Höhe des Beitragssatzes richtet sich nun ausserdem nach der Wirksamkeit jedes einzelnen Projekts und beträgt zwischen 15 und 32%.

Dank des vom TBA und AfU erstellten ehrgeizigen Programms, das als Grundlage für die Programmvereinbarung diente, wird der Kanton Freiburg in den Genuss von beträchtlichen Bundesbeiträgen kommen (1 895 700 Franken). Für die Verwirklichung des Kantonsstrassenprogramms hat der Grosse Rat am 2. September 2008 einen Verpflichtungskredit von 6 Millionen Franken gutgeheissen, wovon 5 Millionen Franken für die Lärmsanierung reserviert sind.

Parallel dazu wurde mit den Arbeiten für den Ersatz des Ausführungsbeschlusses vom 8. Juli 1988 zur Lärmschutz-Verordnung des Bundes durch eine Ausführungsverordnung in Angriff genommen. Ziel ist, für die kommenden Jahre eine koordinierte Vorgehensweise bei den Lärmsanierungen sicherzustellen.

### 6.1.2 Nichtionisierende Strahlung (NIS)

Der Grossteil der Arbeit in diesem Bereich betraf die Mobiltelefonie (Antennen und Basisstationen). Durch das Aufkommen neuer Kommunikationstechnologien (namentlich UMTS) und wegen der Notwendigkeit, die bestehenden Installationen an die ständig steigende Nachfrage anzupassen, bleibt die Zahl der eingereichten Baubewilligungsgesuche, die für jede Änderung eines Parameters der Basisstation (Sendeleistung, Zahl, Senderichtung) nötig sind, auf konstant hohem Niveau: Dieses Jahr wurden 60 Dossiers behandelt.

Die Bevölkerung macht sich nach wie vor grosse Sorgen wegen der NIS. So wurde praktisch gegen alle Baubewilligungsgesuche Einsprache erhoben. Und die Zahl der Beschwerden steigt beständig. Im Lauf des Jahres 2008 wurden 10 Einsprachen oder Beschwerden behandelt.

Das Vereinbarungsprotokoll zwischen den Mobilfunkanbietern und dem Staat, das im November 2006 unterzeichnet wurde, hat sich bewährt. Die regelmässigen Sitzungen, an denen die Betreiber und die zuständigen Dienststellen des Kantons teilnehmen, ermöglichen es, die Koordination zu verbessern.

Das neue Messsystem, das 2006 erworben wurde, wurde genutzt, um die erforderlichen Kontrollen durchzuführen. Einerseits wird jeweils unmittelbar nach der Inbetriebnahme einer neuen Mobilfunkanlage geprüft,

ob diese der Baubewilligung entspricht. Andererseits werden bestehende Anlagen stichprobenweise überprüft, um die Veränderungen der Betriebswerte über die Jahre zu verfolgen. Mit diesen Kontrollen wird eine der Erwartungen der Bevölkerung erfüllt. Ausserdem kann die Bevölkerung so bei Bedarf informiert werden.

## 6.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Die Öffnung des Militärflugplatzes Payerne für den zivilen Flugbetrieb sowie die Entwicklung bei den militärischen Flugbewegungen haben 2008 viele Ressourcen des Amtes mobilisiert. Die vom AfU geleistete Arbeit – in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt – trug dazu bei, dass für Probleme im Zusammenhang mit den vom Flugplatz verursachten Lärmimmissionen adäquate Lösungen gefunden werden konnten. So war es insbesondere möglich, die Richtlinien für die Raumplanung in der Umgebung des Flugplatzes fertigzustellen. Dem ist anzufügen, dass vor allem der militärische Flugbetrieb einen negativen Einfluss auf die Raumplanungsmöglichkeiten der anliegenden Gemeinden und die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner hat.

## 7. UVP, Bodenschutz und Anlagensicherheit

### 7.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 7.1.1 Allgemeine Koordination

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- Koordination, Verteilung, Prüfung und Zusammenfassung der OP, DBP und wichtigen Baubewilligungsdossiers;
- Vertretung des AfU in der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe für die Einführung des Informatiksystems DATEC zur Verwaltung der OP- und DBP-Dossiers sowie der Baubewilligungen;
- verschiedene Stellungnahmen zu Erlassentwürfen auf Kantons- und Bundesebene;
- Stellungnahmen zu richtungweisenden Berichten des Bundes;
- Verwaltung des schweizerischen Umweltdatenkatalogs *envirocat*;
- Unterstützung der RUBD bei ihrem Auftrag, mögliche Massnahmen und die Organisationsstruktur innerhalb des Staats zugunsten der nachhaltigen Entwicklung auszuarbeiten;
- Mitarbeit bei der Erfassung und Nachkontrolle durch das BAFU der Freiburger Unternehmen, die der Verordnung zum Register über die Freisetzung von Schadstoffen sowie den Transfer von Abfällen und von Schadstoffen in Abwasser (PRTR-V) unterstehen;
- Ausarbeitung des Konzepts für die Ergänzung des Geoportals des Staats durch Daten zur Umwelt und für die allgemeine Koordination innerhalb des Amtes aller Aspekte, die das GIS betreffen;

- Überprüfung der Konformitätsbescheinigungsgesuche von Unternehmen, die sich nach ISO-14001 zertifizieren lassen wollten.

### 7.1.2 Umweltverträglichkeitsprüfungen

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- Begleitung bei der Ausarbeitung von Berichten zur Umweltverträglichkeit (Teilnahme an Sitzungen, Ausarbeitung von Richtlinien, Auswertung von Zwischenberichten usw.);
- Auswertung und Stellungnahme des Amts im Zusammenhang mit Voruntersuchungen, Berichten und Kurzberichten zur Umweltverträglichkeit, einschliesslich Koordinationsmassnahmen mit anderen Behörden auf Kantons- und Bundesebene: 13 Umweltverträglichkeitsberichte (UVB), 8 Berichte zu Voruntersuchungen mit Pflichtenheft für die Hauptstudie und 8 Kurzberichte zur Umweltverträglichkeit;
- Koordination der Baustellenbegleitung: Umfahrung von Bulle (H189); Lehmgrube Wallenried, KAPAFLEX Düdingen; SIKA Düdingen; Aldi-Verteilzentrum, Domdidier; Poyabrücke; Steinbruch Täten, Cerniat;
- Vorsitz der technischen Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Ausgleichsmassnahmen für die A1: Verwaltung der Ausgleichsmassnahmen.

### 7.1.3 Bodenschutz

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- Verwaltung des kantonalen Bodenschutzkonzepts, allgemeine Koordination und Leitung der Bodenschutzmassnahmen im Kanton;
- Umsetzung des Informationskonzepts im Bereich des Bodenschutzes, namentlich indem Empfehlungen für die Pflege von Familiengärten und für den Bodenschutz auf Baustellen veröffentlicht wurden;
- Begleitung der Analysen von städtischen Böden;
- Begutachtung von Baubewilligungsgesuchen in städtischen Gebieten;
- Mitwirkung bei der bodenkundlichen Begleitung der bedeutenden Kiesgruben und Baustellen.

### 7.1.4 Biologische Sicherheit

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- Bearbeitung von Zustellungs- und Genehmigungsgesuchen: Das Amt hat sich zu 3 Projekten mit Verwendung von Organismen in geschlossenen Systemen geäussert;
- Wahrnehmung der kantonalen Aufgaben im Bereich der biologischen Sicherheit in geschlossenen Systemen, Mitarbeit bei der Ausarbeitung der technischen Richtlinien über die biologische Sicherheit und interkantonale Harmonisierung der Umsetzung der entsprechenden Bundesverordnung.

### 7.1.5 Schutz vor Störfällen

Im Rahmen der Störfallverordnung hat das AfU die Bewertung von 5 Objekten im Bereich der stationären Anlagen vorgenommen. Ende 2008 waren rund 82% der festen Anlagen und etwa 80% der Verkehrsachsen (Kantonsstrassen) in Kurzberichten oder anderen Studien bewertet worden. Für die Autobahnen, für die das Bundesamt für Strassen Vollzugsbehörde ist, sind die Verfahren im Gang. Das AfU wurde von Fall zu Fall hinzugezogen. Die Gesamtbewertung der Eisenbahnlinien konnte abgeschlossen werden. Das AfU wurde auch in diesem Rahmen beigezogen. Derzeit werden zudem Studien zur Problematik der Kantonsstrassen, die durch Grundwasserschutz zonen S führen, ausgearbeitet. Ferner ist die Sanierung der Eishalle in Freiburg zu erwähnen, die zum Rückzug der beim Kantonsgericht eingereichten Beschwerde führte.

Das Amt hat rund 20 OP und DBP, 110 Baubewilligungsgesuche, 20 GEP, UVP und Konformitätsbescheinigungsgesuche ISO 14001 unter dem Gesichtspunkt der StfV geprüft. Ausserdem wurden 4 Unternehmen inspiziert. Es wurden zudem 3 kleine Risikoberichte im Zusammenhang mit der Raumplanung erstellt und bewertet.

Die Risikoabklärung im Zusammenhang mit einer Hochdruck-Gasleitung konnten in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energie (BFE) erfolgreich abgeschlossen werden. Die Projektierungs- und Sanierungsarbeiten werden weitergeführt. Die Behandlung von Baubewilligungsgesuchen und Gesuchen zur Änderung der Zonennutzung ist eine komplexe Angelegenheit, weil auch das Bundesamt für Energie als Aufsichtsbehörde auf Bundesebene involviert ist. Ferner wird das Bundesgericht infolge einer Beschwerde in naher Zukunft über die vom BFE verlangten zusätzlichen Schutzmassnahmen befinden müssen.

Die erste Etappe des Verfahrens zur Risikobehandlung der 52 Unternehmen, die Pflanzenschutzmittel und Dünger verkaufen, ist beendet. Die zweite und dritte Etappe sind für 2009 und 2010 vorgesehen. Auch werden Branchenlösungen, die nur für Teilbereiche gelten könnten, in Betracht gezogen.

Der Risikokataster wird regelmässig in Form von Tabellen nachgeführt (eine grafische Aufbereitung der Daten wird 2009 im Internet publiziert werden).

### 7.1.6 Register über die Freisetzung von Schadstoffen sowie den Transfer von Abfällen und von Schadstoffen in Abwasser

Das Amt arbeitet bei der Erfassung und Nachkontrolle der Freiburger Unternehmen mit, die der Verordnung zum Register über die Freisetzung von Schadstoffen sowie den Transfer von Abfällen und von Schadstoffen in Abwasser (PRTR-V) unterstehen; das Projekt wird vom Bundesamt für Umwelt geleitet. Derzeit hat der Bund 6 Freiburger Unternehmen registriert.

## 7.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Die Grundstücke, auf denen Ausgleichsmassnahmen im Zusammenhang mit dem Bau der Nationalstrasse A1 verwirklicht wurden, gingen in den Besitz des Kantons (genauer: des Amtes für Wald, Wild und Fischerei) über. Dem ist anzufügen, dass die Kosten für den Unterhalt auch weiterhin vom Bund getragen werden und dass das AfU nach wie vor den Vorsitz der technischen Gruppe innehat, in welcher die am stärksten betroffenen Dienststellen des Kantons vertreten sind.

## 8. Abfall und Altlasten

### 8.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 8.1.1 Abfälle

##### 8.1.1.a Abfallstatistik

Für 2008 sind keine Arbeiten im Bereich der Abfallstatistik zu vermelden. Eine neue Erhebung ist für 2009 geplant.

##### 8.1.1.b Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) und Schlammverbrennungsanlage (SVA)

Die Betriebsbewilligungen für die KVA und SVA wurden bis Juni 2010 verlängert. Der Betrieb der Anlagen wurde wie in der Gesetzgebung vorgesehen kontrolliert. Das AfU evaluiert Projekte zur Verbesserung des austretenden Sickerwassers.

##### 8.1.1.c Abfallreglemente der Gemeinden

Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hat neue und revidierte Abfallbewirtschaftungsreglemente von 12 Gemeinden durchgeheissen.

##### 8.1.1.d Reaktordeponien

Das AfU kontrollierte den Betrieb der Reaktordeponie in Hauterive.

##### 8.1.1.e Inertstoffdeponien (ID)

Von den 9 Inertstoffdeponien, die Anfang 2008 noch in Betrieb waren, wird diejenige von Villorsonens nach ihrer Auffüllung rekultiviert. Diejenige von Semsales dürfte in ein bis zwei Jahren aufgefüllt werden. Die zweite Etappe für die Inertstoffdeponie von Montet, die im Juli 2007 bewilligt worden war, ist abgeschlossen; am 12. September 2008 wurde die Errichtungsbewilligung für die dritte Etappe ausgestellt, die ein Nutzvolumen von 100 000 m<sup>3</sup> vorsieht und Anfang 2009 in Betrieb genommen werden soll. Weil das verfügbare Volumen in den Inertstoffdeponien Grossfreiburgs, des Sense- und des Vivisbachbezirks stark zurückging, wurde die Revision des kantonalen Richtplans und der kantonalen Abfallplanung an die Hand genommen.

Das AfU hat die in der ID von Hauterive abgelagerten Schlämme aus der Baustelle des Lötschbergbasistunnels untersucht und die Notwendigkeit einer Überwachung des Standorts abgeklärt. Die Frage der Notwendigkeit

einer Überwachung wurde bejaht; diese ist seit November 2008 effektiv.

Zur Lagerung von unverschmutztem Aushubmaterial in den dafür vorgesehenen Kiesgruben und Deponien ist zu sagen, dass die Projekte im Süden des Kantons derzeit umgesetzt werden und dass 2 neue Anlagen demnächst in Betrieb genommen werden. Die Revision des kantonalen Richtplans und der kantonalen Abfallplanung berührt auch diese Thematik.

##### 8.1.1.f Kontrolle der Wiederinstandsetzung von ehemaligen Kiesgruben

Das Amt hat 49 ehemalige Kiesgruben kontrolliert, die mit unverschmutztem Aushubmaterial aufgefüllt worden sind.

##### 8.1.1.g Bauabfälle

Die Inspektoren der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK) haben ihre Kontrollen der Abfallbewirtschaftung auf den Baustellen weitergeführt. In diesem Jahr haben sie 635 Baustelleninspektionen durchgeführt.

##### 8.1.1.h Sonderabfälle

Infolge des Inkrafttretens im Jahr 2006 der neuen Bundesverordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) begann das Amt mit der Nachführung der Datenbanken. Diese Arbeiten stehen vor dem Abschluss. Der Teil, der die Freiburger Abgeber von Sonderabfällen und anderen kontrollpflichtigen Abfällen betrifft, ist auf dem neusten Stand und kann im Alltag eingesetzt werden. Die Aktualisierung der Statistiken über die von den Entsorgungsunternehmen akzeptierten Sonderabfälle und anderen kontrollpflichtigen Abfälle hat Verzögerungen erlitten, die jedoch 2009 definitiv aufgeholt werden dürften.

Ferner wurden mehrere Betriebsbewilligungen zugunsten von Entsorgungsunternehmen für kontrollpflichtige Abfälle ausgestellt.

##### 8.1.1.i Prüfung von Baubewilligungsgesuchen

520 Baubewilligungsgesuche aus Gewerbe, Industrie und Gemeinden wurden hinsichtlich der Abfallbewirtschaftung geprüft. Darin enthalten sind auch die Abbruch- und Aufschüttungsgesuche sowie die Gesuche für die Errichtung oder den Betrieb von Deponien. Es wurden zudem 21 Revisionen und Vorprüfungen von OP und DBP, UVP sowie Quartierpläne unter dem Gesichtspunkt der Abfallbewirtschaftung begutachtet.

## 8.1.2 Belastete Standorte

2008 ging es namentlich darum, die noch nicht benachrichtigten Inhaber darüber zu informieren, welche Daten in den Kataster der belasteten Standorte aufgenommen werden. 2008 wurden die Inhaber von 229 der

insgesamt 458 Ablagerungsstandorte und von 184 der insgesamt 516 Betriebsstandorte benachrichtigt. Die Reaktionen der Inhaber mussten bearbeitet werden, was mit einem beträchtlichen Aufwand verbunden war. Konkret wurden dieses Jahr 174 schriftliche Reaktionen behandelt.

Die Arbeiten für die Einrichtung einer Datenbank, die nötig ist, um einen Kataster der belasteten Standorte im Kanton gemäss Bundesrecht veröffentlichen zu können, konnten abgeschlossen werden. So konnte der Kataster am 15. Oktober 2008 auf dem Geoportal des Staats veröffentlicht werden.

Bei 40 Fassungen, deren Grundwasserschutzzone S von einem belasteten Standort betroffen ist, wurde die Wasserqualität kontrolliert. Diese Kontrollen wurden zusammen mit dem Kantonalen Laboratorium durchgeführt. Die Wasserproben aus den gegenwärtig genutzten Fassungen genügten den Anforderungen, die an das Trinkwasser gestellt werden.

2008 leistete der Bund Beiträge von rund 10 000 Franken an die Erstellung des Katasters der belasteten Standorte.

Bei 200 der 458 im Kataster eingetragenen Ablagerungsstandorte muss untersucht werden, ob sie sanierungsbedürftig sind. In 33 Fällen wurden die Untersuchungen bereits begonnen. Nach heutigem Stand müssen demnach noch 167 Ablagerungsstandorte vor Ort untersucht werden. 2008 hat das AfU für 10 dieser Standorte eine Untersuchung beantragt.

Bei 117 der 516 Betriebsstandorte muss untersucht werden, ob sie überwachungs- oder sanierungsbedürftig sind. In 32 Fällen wurden die Untersuchungen bereits begonnen. Nach heutigem Stand müssen demnach noch 85 Betriebsstandorte vor Ort untersucht werden.

2008 wurde die Methode festgelegt, nach der die Prioritäten und Fristen für die Durchführung der Voruntersuchungen bei belasteten Standorten bestimmt werden sollen. Vorrang hat in diesem Zusammenhang der Schutz der unter- und oberirdischen Gewässer.

Es wurde mit den Vorbereitungen zur Änderung des Gesetzes über die Abfallbewirtschaftung begonnen. Bei dieser Anpassung geht es insbesondere darum, die Finanzierung der Massnahmen im Zusammenhang mit den belasteten Standorten sicherzustellen, die die öffentliche Hand allenfalls treffen müssen.

Die Schiessanlagen sind insofern ein Spezialfall im Bereich der belasteten Standorte, als gemäss Bundesgesetzgebung spätestens am 31. Oktober 2008 künstliche Kugelfänge aufgestellt sein müssen, um für die Sanierung Bundesbeiträge in der Höhe von 40% der anrechenbaren Kosten zu erhalten. Auf eine parlamentarische Initiative hin schlug die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats eine Erstreckung dieser Frist vor: bis 2012 für Zielhänge in Grundwasserschutzzonen und bis 2020 für die übrigen Zielhänge. Der Nationalrat stimmte dieser Empfehlung im Dezember 2008 zu. Die eidgenössischen Räte sollten diese Frage spätestens Anfang 2009 entscheiden.

Da im Moment noch unklar ist, welche Frist schliesslich gelten wird, haben sich zahlreiche Schützengesellschaften und Gemeinden an das Amt gewendet. Das AfU hielt im zweiten Halbjahr 2008 mehr als 30 Koordinationssitzungen ab, beurteilte rund 40 Projekte zur Sanierung und/oder Aufstellung von künstlichen Kugelfängen. Ferner hat das Amt 26 Projekte für die Sanierung von Zielhängen gutgeheissen und beim Bund 3 Entschädigungsgesuche für sanierte Schiessstände eingereicht. Das Amt hat 157 Bescheinigungen ausgestellt, aus denen hervorgeht, ob eine Parzelle im Einflussbereich eines belasteten Standorts liegt oder nicht.

## 8.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

### 8.2.1 Organische Abfälle

2008 wurde eine Änderung des kantonalen Richtplans und der kantonalen Abfallplanung vorbereitet. Die öffentliche Vernehmlassung ist für Anfang 2009 vorgesehen. Diese Änderung ist notwendig, um der technischen Entwicklung und den neuen Verfahren im Bereich der organischen Abfälle Rechnung zu tragen, insbesondere im Bereich der landwirtschaftlichen Biogasgewinnung.

### 8.2.2 Belastete Standorte

Nachdem die Voruntersuchungen der alten Deponie La Pila abgeschlossen waren und 2007 festgestellt worden war, dass die Freisetzung von polychlorierten Biphenylen (PCB) zu einer Kontamination der Fische in der Saane geführt hat, wurden 2008 zahlreiche Untersuchungen und Analysen durchgeführt. Die wichtigsten waren:

- Detailuntersuchung der alten Deponie La Pila und des Lagers der Fahrenden;
- Analyse der von bestimmten Betrieben in die Fliessgewässer eingeleiteten Abwässer;
- Untersuchung anderer ehemaliger Deponien, die einen direkten Einfluss auf die Wasserqualität der betroffenen Fliessgewässer haben könnten;
- Studie über die Mechanismen im Zusammenhang mit der Verschmutzung des Schiffenensees;
- Analyse von Wasser-, Sediments- und Fischproben.

Die Koordination in diesem Dossier wird vom AfU sichergestellt, was einen grossen Einsatz abverlangt.

## IV. TIEFBAUAMT

### 1. Aufgaben

Das Tiefbauamt (TBA) hat als öffentliche Dienststelle folgende Aufgaben:

- Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen A1 und A12 (unter der Verantwortung der Gebietseinheit II);
- Ausbau, betrieblicher Unterhalt, baulicher Unterhalt und Bewirtschaftung der Kantonsstrassen;

- Überwachung des kommunalen Strassennetzes und Wahrnehmung einzelner Verwaltungsaufgaben;
- Verwaltung der Fliessgewässer und Seen.

## 2. Tätigkeit

### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die Tätigkeiten TBA waren im Jahr 2008 hauptsächlich von folgenden Ereignissen geprägt:

Amtsantritt am 1. Mai 2008 des neuen Kantonsingenieurs André Magnin.

Übergabe der Zuständigkeit für den Unterhalt der Nationalstrassen an das Bundesamt für Strassen am 1. Januar 2008 infolge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. In diesem Rahmen stellt die Gebietseinheit II (der die Kantone Waadt, Genf und Freiburg angehören) die Leistungen sicher, die in der mit dem Bund festgelegten Leistungsvereinbarung vorgesehen sind.

Restrukturierung des Tiefbauamts und Festlegung eines neuen Organigramms (ab 1.1.2009 gültig).

Analyse der staatlichen Leistungen (ASL).

Vorbereitung der Botschaft zum zusätzlichen Kreditbegehren für die Umfahrungsstrasse von Bulle (H189).

Verhandlungen mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) im Zusammenhang mit den Mehrkosten beim Bau der Umfahrungsstrasse von Bulle (H189).

Behandlung der 33 Empfehlungen des Auditberichts zur Umfahrung von Bulle (H189) des Finanzinspektors.

Audit der Verwaltungskommission des Grossen Rats zur Umfahrungsstrasse von Bulle (H189).

Audit des Finanzinspektorats zum Poyaprojekt (H182).

Die Arbeiten für den Bau der Umfahrung von Bulle (H189) wurden programmgemäss weitergeführt.

Die Bauarbeiten für das Poyaprojekt (H182) – neue Verbindung im Norden der Stadt Freiburg mit Erweiterung auf 4 Spuren der Murtenstrasse – haben am 22. September 2008 begonnen.

Folgende Arbeiten konnten abgeschlossen werden: die Arbeiten zur Korrektur der Achse 3100 Plasselb–Oberschrot, die Arbeiten für die Ortsdurchfahrten von Murten und Givisiez (mit Einführung des Kreisverkehrs auf dem Knoten von Escale), die Arbeiten für die Kantonsstrasse Vaulruz–Sâles sowie der Bau der Kreisel von Salvenach und Kleinbödingen.

Der Grosse Rat hat die Verpflichtungskredite für Projekte und Arbeiten zur Sanierung von Kunstbauten auf dem Kantonsstrassennetz sowie für Lärmsanierungen bei Kantonsstrassen (2008–2011) gutgeheissen.

Der Grosse Rat hat das Gesetz zur Anpassung des Strassengesetzes an die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (Lärmschutz) verabschiedet.

Vorbereitung der Antworten auf folgende parlamentarische Vorstösse:

- Motion René Fürst / Markus Bapst: Neues Gesetz über die Gewässer – Einführung eines Fonds für die Revitalisierung von Gewässern
- Motion Edgar Schorderet / René Thomet: Strassengesetz – Bau von Radstreifen und Radwegen
- Postulat Christa Mutter / André Ackermann: Modernisierung und Anwendung des Valtraloc-Konzepts
- Postulat Josef Fasel / Jean-Claude Schuwey: Bewirtschaftung der Fliessgewässer durch Kiesabbau
- Anfrage Roger Schuwey / Sébastien Frossard: Einführung von gebührenpflichtigen Parkplätzen in den Voralpen
- Anfrage Marie-Thérèse Weber-Gobet: Kostenüberschreitung Umfahrungsstrasse Bulle–La Tour-de-Trême H189
- Anfrage Nadine Gobet: Umfahrungsstrasse Bulle–La Tour-de-Trême
- Anfrage Heinz Etter: Grosssägerei Müntschemier – Verkehrssituation im Seebezirk
- Anfrage Josef Fasel: Zustand der Brücken im Kanton Freiburg
- Anfrage Jean-Daniel Wicht: Fussgängersicherheit auf dem Bahnübergang von Givisiez
- Anfrage Ursula Krattinger-Jutzet: Umfahrungsstrasse Düdingen
- Anfrage Nicolas Rime: Kostenüberschreitung bei der H189: Wie wird die Kommunikation bei der RUBD gehandhabt?
- Anfrage René Fürst / Ueli Johner-Etter: Projektiertes Gross-Holzverarbeitungswerk in Müntschemier
- Anfrage Jean-Daniel Wicht: Galternbrücke in Freiburg

### 2.2. Ausserordentliche Tätigkeit

#### 2.2.1 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das TBA wirkte in folgenden Kommissionen und Arbeitsgruppen mit:

- Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS), technische Kommission 7, Bewirtschaftung der Unterhaltsarbeiten
- Technische Kommission des Verkehrsverbands der Agglomeration Freiburg (CUTAF)
- Direktionsübergreifende technische Gruppe Agglomerationen (GTI Agglomération)
- Vorstand des Verbands MOBUL (Verfolgung des Agglomerationsprogramms von Bulle)
- Kommission Organisation für den Katastrophenfall im Kanton Freiburg (ORKAF)
- Kommission Kantonaler Führungsstab der Gesamtverteidigung (KFS)
- Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen
- Kommission für Verkehrserziehung
- Kommission Schweizer Sicherheitsfunknetz (Polycorn)

- Unterkommission Fussgänger in der Stadt Freiburg
- Unterkommission Fahrräder in der Stadt Freiburg
- Gruppe für die Koordination der Verkehrsfragen
- Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonalen Bedeutung
- Büro und Arbeitsgruppe für die Aufwertung des Strassenraums Valtralo
- Arbeitsgruppe Strassenverkehrssicherheit
- Bundesamt für Strassen, Projekt MISTRA, Strategischer Ausschuss
- Arbeitsgruppe für die Migration der Zeiterfassungssoftware
- TASK FORCE Bertigny

### 2.2.2 Vernehmlassungen

Das TBA hat bei folgenden Vernehmlassungen Stellung genommen:

CUTAF, Vorprojekt der Arbeitshilfe für die Ausarbeitung von Parkplatzkonzepten

Bundesamt für Verkehr (BAV), Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz

Bundesamt für Strassen (ASTRA), Weisungen über die Massnahmen bei Nichterfüllung der Vorgaben zur Qualität von bituminösen Belägen

### 2.2.3 Informatik

Bei den laufenden Projekten hielt sich das TBA an die im Richtschema Informatik (SDI) von 2003 definierten Prioritäten.

Strassendatenbank STRADA-DB: Die Version 4.0 von STRADA ist seit Ende Oktober 2006 installiert. Es war dies das letzte grosse Update, bevor STRADA-DB MISTRA ersetzt werden wird, was für 2009 vorgesehen ist. STRADA-DB wird erst dann ersetzt werden, wenn MISTRA die gesamte Funktionspalette anbietet. Bis dahin wird die Software mit kleinen Updates gewartet.

MISTRA ist der designierte Nachfolger von STRADA: Diese EDV-Lösung wird vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) entwickelt und wird nicht wie vorgesehen Anfang 2009, sondern später in Betrieb genommen werden. MISTRA ist ein GIS-basiertes Werkzeug (geografisches Informationssystem), mit dem Daten im Zusammenhang mit den Strassen abgefragt, weiterverwendet und ausgedruckt werden können. MISTRA ist im Hinblick auf die Umsetzung der NFA ein strategisches Projekt. Mehr dazu unter [www.mistra.ch](http://www.mistra.ch).

Lärmbelastungskataster: 2008 wurde der Kataster in Betrieb genommen.

Verwaltungssystem für Gewässer SI-Eaux: Auf Anfrage des ITA hin war das Projekt 2007 wegen eines zeitweiligen Personalmangels bei der Sektion Gewässer auf Eis gelegt worden. 2008 wurde das Projekt wieder aufgenommen und sollte 2010 abgeschlossen werden können.

Verwaltungssystem für Unfälle SI-Accidents: Der Bund ist daran, ein MISTRA-Modul für die Unfälle zu entwickeln, das dann für die interne Programmierung unter ArcGIS verwendet werden wird. Das Voranschreiten dieses Projekts ist von den Fortschritten beim Bund abhängig.

Das Verwaltungssystem für die Kanalisationen SI-Canalisations ist seit Januar 2007 in Betrieb. Aufgrund der ersten Erfahrungen im Betrieb wurde die Software leicht angepasst.

Verwaltung der Strassensignalisation: Die Datenerfassung wurde fortgeführt; ausserdem wurden kleinere Verbesserungen angebracht.

## 3. Sektion Verwaltung

### 3.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 3.1.1 Statistik über die Verwendung der Strassenkredite

Die Verwendung der Strassenkredite erfolgte auf der Grundlage verschiedener Dekrete des Grossen Rats.

Die Bruttogesamtausgaben betragen 87 494 777.24 Franken. Die am 31. Dezember 2008 verfügbaren Verpflichtungskredite betragen einschliesslich Beiträge des Bundes und Dritter 206 654 506.00 Franken.

#### 3.1.2 Statistik über die erteilten Bewilligungen

Es wurden:

- 204 Gesuche zur Benützung der öffentlichen Strassen und Gewässer geprüft und bewilligt;
- 14 Vereinbarungen zwischen dem TBA und verschiedenen Gemeinden, gemeinnützigen Verbänden und Privaten ausgearbeitet und unterzeichnet;
- 10 Gesuche für einen Anschluss von Reinabwasserleitungen an die Kanalisation entlang der Kantonsstrassen geprüft und provisorisch bewilligt;
- 2 Dienstbarkeitsverträge abgeschlossen.

## 4. Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen

### 4.1 Sektor Projektierung von Strassen und Kunstbauten

#### 4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 4.1.1.a Öffentliche Auflage von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Vor der öffentlichen Auflage werden die Strassenpläne den betroffenen Dienststellen und Organen zur Vorprüfung und Begutachtung vorgelegt. 28 Dossiers wurden in die Vernehmlassung gegeben; die Gutachten wurden im Durchschnitt 4 bis 6 Wochen nach Eingang der Dossiers ausgestellt.

Achse	Sektor Nr.	Gemeinden	b) Städtebauliche Objekte		
Achse	Sektor Nr.	Gemeinden	Achse	Sektor Nr.	Gemeinden
H189		Bulle; Notausgang TPF Planchy (zusätzliche Auflage)	1300	6	Freiburg; Bau eines Trottoirs entlang der Route de la Glâne
1200	7	Marly; Sanierung der Brücke über die Ärgera	1540	2	Granges; Verkehrsmassnahmen auf der Route de Léchère
1200	20-21	Corbières; Bau des Vanel-Kreisels	2000	2	Le Flon (Porsel); Einrichtung einer überfahrbaren Mittelinsel mit Fussgängerstreifen
2000	10	Romont; Umbau des Arsenal-Knotens (beschränkte Auflage)	2100	9	Avry-sur-Matran (Rosé); Einrichtung eines Kreisels in der Industriezone Est
2200	3	Belfaux; Einrichtung des Kreisels von La Forge	2330	2	Surpierre; Bau eines Trottoirs
2510	4	Domdidier; Einrichtung eines Kreisels in der Industriezone La Mécanique	2350	2	Vuissens; Einrichtung von Tor-elementen zur Markierung des Dorfeingangs
3000	18	Plaffeien; Böschungssanierung Telmoos	2430	3	Estavayer-le-Lac; Bau des Bel-Air-Kreisels
3410	2	Haut-Vully; Ausbau des Hafensplatzes	3000	11	Düdingen; Bau des Warpel-Kreisels, Bau von zwei Bushaltestellen und von Trottoirs
<b>4.1.1.b Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten</b>			3000	14	Düdingen; Gänsebergstrasse (Valtraloc)
Nach Abschluss der öffentlichen Auflagen für die weiter unten genannten Projekte sowie für frühere Projekte wurden 12 Einsprachen eingereicht. 8 Einsprachen konnten in Einigungsverhandlungen erledigt werden. 4 Einsprachen waren Gegenstand eines Entscheids der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion.			3000	18	Tafers; Verkehrsberuhigung
Vor der Genehmigung und nach Berücksichtigung des Ergebnisses der Vorprüfung sowie der öffentlichen Auflage wurden die Pläne den zuständigen Dienststellen und Organen zur Schlussprüfung vorgelegt. 48 Dossiers wurden in die Vernehmlassung geschickt; die durchschnittliche Dauer betrug 4 bis 6 Wochen.			3300	10	Courtepin und Wallenried; Einrichtung des Zugangsknoten zur Arbeitszone Wallenried
Folgende Projekte wurden geprüft und der zuständigen Behörde zum Entscheid vorgelegt:			3450	1	Kerzers; Ausbau der Strasse «Umfeld Burgstadt»
a) Kantonale Objekte			<b>4.1.1.c Planungsstudien</b>		
Achse	Sektor Nr.	Gemeinden	Nachfolgende Planungsstudien wurden begonnen, weitergeführt und/oder abgeschlossen:		
1200	7	Marly; Sanierung der Brücke über die Ärgera	Die allgemeinen Verkehrsstudien für den unteren Senebezirk wurden in Zusammenarbeit mit der betroffenen Region fortgeführt. Ende 2008 wurde ein provisorischer Schlussbericht vorgelegt.		
3000	18	Plaffeien; Böschungssanierung Telmoos	Analyse von mehreren Gesuchen für Bushaltestellen. Mitarbeit bei der Planung der Strasse Birch-Luggiwil durch das ABA.		
			Zweckmässigkeitsstudie für die Strassenverbindung Marly-Matran.		



### Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen

Achse	Sektor	Bezeichnung	Länge m	Breite m	Durchmesser m	Vorprojekt	Ausführungsprojekt	%
1100	17	Im Fang; Bau einer Bushaltestelle und eines Trottoirs	100	3,00 / 1,65		x		50
1100	19-20	Jaun; Ortsdurchfahrt, Nachführung des Vorschlags	1400	6,00/ 1,65				
1200	1	Freiburg; SBB-Überführung bei der Fonderie	34	16,7			x	50
1200	7	Marly, Instandsetzung der Brücke über die Ärgera	40	10,8			x	100
1300	23	Echarlens und Marsens; Errichtung eines Knotens mit Kreisverkehr und von Bushaltestellen	150	7,00-11,00	34	x		50
1310	9-10	Grenilles; Ausbau der Kantonsstrasse	1100	6,00		x		100
1400	9-17	Romont-Vaulruz; Projektstudien für die Verbesserung der Strassenverbindung	11000	7		x		80
1400	13	Romont-Vaulruz; Vorprojekt für die Umfahrung von Vuisternens-dt-Romont	1370	7		x		70
2350	2	Vuissens; Ortsdurchfahrt	775	4,75/1,65		x		30
3100	4	Wünnewil-Flamatt; Ersatz und Versetzung der Brücke über die Taverna	12	11,5			x	50
3230	2	Ueberstorf; Ortsdurchfahrt	900	6,00		x		75
3300	10	Courtepin; Zugangsknoten zur Arbeitszone Wallenried	250	2,3			x	100
3450	7	Kerzers; Burgstadt, Ortsdurchfahrt	100	6,50-7,00		x		100
H182		Freiburg; Poyaprojekt (Brücke, Tunnel, Bellevue-Kreuzung)	1467	19,25			x	80
H182		Freiburg und Granges-Paccot; Ausbau der Murtenstrasse	800	14	36		x	100
H182		St.-Leonhard-Kreuzung – Anschlusswanne des Poyatunnels; Studie für eine Kreuzung mit unterirdischer Verkehrsführung	700	7,0 -15,0		x		50
H189		Umfahrung von Bulle–La Tour-de-Trême	5350	7			x	100

#### 4.1.1.d Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten im Kantonsstrassennetz

Anzahl kontrollierter Bauten:

Brücken: 45 Inspektionen (28 Haupt- und 17 Zwischeninspektionen) und 2 externe Mandate, die derzeit noch im Gang sind

Aquädukte: 65 Inspektionen

Mauern: 39 Inspektionen

Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten, namentlich:

Achse	Sektor Nr.	Gemeinde, Bauwerk, Arbeiten
3000	36	Plaffeien; Lägerlibrücke, Teil des Stützwerks, Verstärkung der Kunstbauwerk-Fundamente durch den Bau einer neuen Betonfundation (Unterfangung).

Insgesamt hat der Werkhof Tour-Rouge an weiteren 44 Bauwerken (20 Brücken und 24 Aquädukte) Reinigungs- und kleinere Reparaturarbeiten vorgenommen.

#### 4.1.1.e Gemeindestrassen

##### 4.1.1.f Genehmigungen und Entscheide

Gestützt auf die gesetzlichen Bestimmungen und auf Antrag der betroffenen Gemeinden hat das Amt verschiedene Vorschläge und Projekte geprüft und anschliessend den zuständigen Behörden zum Entscheid vorgelegt: Strassen, Sammel- und Zugangsstrassen, Trottoirs, Fussgängerverbindungen, Fussgänger- und Radwege, Bushaltestellen, Tempo-30-Zonen, verkehrsberuhigende Massnahmen, Rückhaltebecken, Ausweichstellen, Industriezonen, Verkehrsmassnahmen, Versetzung und Korrektur von Gewerbestrassen, Verengung von Strassen, Fliessgewässerrevitalisierung, Errichtung von Inseln, Ausbau von Dorfzentren, Kreisel und Minikreisel, Einrichtung von Buslinien inklusive Bau von Perrons und Inseln, Winterlager für Boote und verschiedene Anschlüsse an eine Kantonsstrasse.

Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) hat zu 45 Gesuchen um Genehmigung solcher Strassenprojekte Stellung genommen.

#### **4.1.1.g Kantonales Strassennetz – Vergabe von Aufträgen gemäss Reglement über das öffentliche Beschaffungswesen**

Die RUBD bzw. das TBA haben 12 Dienstleistungsaufträge für weniger als 100 000 Franken vergeben.

Des Weiteren wurden 16 Ausschreibungen auf SIMAP und im Amtsblatt sowie 7 Zuschläge auf SIMAP (davon 2 im Amtsblatt) veröffentlicht.

#### **4.1.1.h Baubewilligungen, Bebauungspläne, GEP, Güterzusammenlegungen**

Folgende Objekte waren Gegenstand einer internen Stellungnahme des Sektors Projektierung:

- 81 Vorprüfungs- und Baubewilligungsgesuche für Arbeiten entlang der Kantonsstrassen sowie Detailbebauungspläne und Ortsplanungen;
- 13 Dossiers zu generellen Entwässerungsplänen (GEP);
- 11 Dossiers zu Güterzusammenlegungen und Bestandsaufnahmen der öffentlichen Sachen.

#### **4.1.1.i Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten (Valtraloc)**

Das Valtraloc-Büro und die Valtraloc-Untergruppe unter der Leitung des Tiefbauamts setzen sich aus Vertretern der Dienststellen zusammen, die am stärksten von den Valtraloc-Projekten betroffen sind. Sie beraten die Gemeindebehörden und die Autoren der Projekte in den verschiedenen Phasen der Studien.

Folgende Bewerbungsdossiers wurden dem Valtraloc-Büro unterbreitet:

Achse	Sektor Nr.	Projekt
1200	20	Hauteville; Ortsdurchfahrt
1310	7	Autigny; Ortsdurchfahrt
1200	20	Hauteville; Ortsdurchfahrt
2200	3-4	Belfaux; Ortsdurchfahrt
3410	4-6	Bas-Vully; Ortsdurchfahrten von Praz und Sugiez
2200	3-4	Belfaux; Ortsdurchfahrt

Folgende Vorprojekte wurden der Valtraloc-Untergruppe unterbreitet:

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinden
2350	2	Vuissens; Ortsdurchfahrt

#### **4.1.1.j Bundesverordnung über den Schutz gegen Störfälle (StFV)**

Zweck der StFV ist, die Bevölkerung und die Umwelt vor schweren Schädigungen infolge von Störfällen bei der Beförderung gefährlicher Güter zu schützen. Als Besitzer der Kommunikationswege ist das TBA für die Anwendung der StFV auf den Hauptachsen des Kantonsstrassennetzes verantwortlich.

#### **4.1.1.i Audits H189**

Die Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen lieferte dem Finanzinspektorat und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats die Daten, die diese für die Ausarbeitung ihres Audits zur Kostenüberschreitung beim Bau der H189 benötigten.

### **5. Sektor Grundstückerwerb**

#### **5.1 Ordentliche Tätigkeit**

Für 30 Ausbau- und 13 Unterhaltsbaustellen wurden Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern geführt.

Ausserdem sind Mutationsverbale für 42 Ausbau- und Unterhaltsbaustellen im Zusammenhang mit Gemeindearbeiten auf den Kantonsstrassen (Kreisel, Vorsortierungen, Trottoirs usw.) entweder erledigt worden oder in Bearbeitung.

Die Verwaltung der Privatgrundstücke des Staats (gesamthaft rund 2 019 444 m<sup>2</sup>) und die Fakturierung der Pachtzinse für an Dritte vermietete Grundstücke wurde fortgeführt. Die Mieterträge betragen insgesamt 142 414.65 Franken.

Behandlung der Dossiers im Zusammenhang mit den Neuvermessungen und laufenden Güterzusammenlegungen.

### **6. Sektor Bauleitung**

#### **6.1 Ordentliche Tätigkeit**

Die Gesamtlänge des Kantonsstrassennetzes beträgt zurzeit 635 km (zuzüglich der vom TBA bewirtschafteten 5,478 km der Strasse Montbovon-Allières).

Das Vorankommen der Bauarbeiten in Prozenten per Ende 2007 und per Ende 2008 ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Nr.:	Nummer der Kantonsstrasse (Achse)
B:	nominale Fahrbahnbreite in m
L:	Streckenlänge in m
F:	Fläche in m <sup>2</sup>
SRB:	Datum der Vergabe der Arbeiten durch Beschluss des Staatsrats
INFRA:	Infrastrukturen, d.h. Erdarbeiten, Kanalisationen, Fahrbahnfundamente einschliesslich Asphalt-Tragschicht, Strassenschultern, Randabschlüsse und Pflastersteine
BELAG:	Belag (Deckschicht)

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2007	2008	2007	2008
<b>6.1.1 Vor dem 1. Januar 2008 begonnene Arbeiten</b>									
<b>6.1.1.a Strassen</b>									
2000	<i>Dekret vom 18. Oktober 1997</i> Villars-sur-Glâne; Route du Condoz	6,00	970	6700	10.10.05	100	–	–	–
H189	<i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i> Bulle–La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse, Los 113 Baupiste Les Granges–La Ronclina, inklusive Installationsplatz	6,00	1125	6750 + 8925	04.02.03	70	–	70	–
	Los 123 Überführung und Anpassungen bei La Pâla, Strassenbauarbeiten (provisorische Umleitung und Anpassungen)	6,00	560	3360	01.07.03	100	–	20	–
	Los 221 Materialverwaltung und Betonherstellung	–	–	–	06.04.04	65	90	–	–
	Los 311 Süd-Anschluss und Trassee Pré-du-Chêne–Les Granges, inklusive Überführung Flurweg Rochena	7,00	1830	12810	25.01.05	95	100	95	100
	Los 312 Trassee Nordabschnitt	7,00	1015	7105	13.09.05	95	100	95	100
3100	<i>Dekret vom 18. November 2003</i> Plasselb–Oberschrot (mit Velostreifen)	6,00	2150	23800	05.07.05	95	100	–	100
1200	<i>Dekret vom 25. März 2003</i> Le Mouret, Ortsdurchfahrt	7,00	675	9000	16.05.06	75	100	–	100
2200	<i>Dekrete vom 11 Mai 1993 und 10 Mai 2007</i> Givisiez, Knoten von Escale und Epinay	6,40	380	5600	06.11.07	2	100	–	100
3000	<i>Dekret vom 6. Mai 1999</i> Salvenach, Kreisell	6,00	175	2000	13.02.07	10	100	–	100
1060	<i>Dekrete vom 25 Mars 2003 und 10 Mai 2007</i> Vaulruz; Croix-Verte–Hôtel de Ville	5,50	620	5000	27.02.07	40	100	–	–
1430	<i>Dekret vom 10. Mai 2007</i> La Verrerie, Bankette im Zusammenhang mit städtebaulichen Arbeiten	6,00	200	1200	30.10.07	90	100	–	100

**6.1.1.b Kunstbauten**

H189	<i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i> Bulle–La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse, Los 212 Trême-Tunnel	7,50	580	4350	23.06.04	65	90	–	–
	Los 322 gedeckter Einschnitt Montcalia	7,50	444	3450	04.09.06	40	97	–	85
	Los 324 gedeckter Einschnitt Les Granges	7,50	527	3950	11.04.06	50	90	–	–
	Los 321 gedeckter Einschnitt Planchy / tpf-Tunnel	7,50	430	3225	12.12.06	40	97	–	100
	Los 323 gedeckter Einschnitt «Les Usiniers» und Schnittstelle «La Pâla»	7,50	355	4650	07.05.07	20	70	--	--
	Los 125 Überführung La Motta	3,00	21	63	22.05.07	100	--	--	--

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2007	2008	2007	2008

## 6.1.2 2008 durchgeführte Arbeiten

### 6.1.2.a Strassen

3000	Dekret vom 2. November 2006 Kleinbödingen (Grueneburg), Kreisel Durchmesser	Ø26,00	–	1450	18.12.07	–	100	–	100
H189	Dekret vom 18. Oktober 2000 Bulle–La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse, Elektromechanische Arbeiten	–	5350	–	11.03.08 31.03.08 29.04.08 30.04.08 05.06.08 10.06.08 08.07.08 09.09.08	–	25	–	–
	Ausbauarbeiten	–	5350	–	08.07.08 18.07.08 09.09.08 15.12.08	–	10	–	–
H182	Dekret vom 23. Juni 2006 Poyaprojekt, Granges-Paccot, Sammelleitung für die Abwasserbeseitigung Richtung Schiffenensee	–	917	–	08.07.08	–	26	–	–
	Freiburg, Route de Berne, Bellevue-Kreuzung	3 x 3,20 + 3,50	270	5100	19.08.08	–	22	–	–

### 6.1.2.b Kunstbauten

Keine Bemerkungen

### 6.1.2.c Schutz gegen Strassenlärm

Keine Bemerkungen

## 7. Sektor Bewirtschaftung der Strassen

### 7.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 7.1.1 Schutz gegen Strassenlärm

Alle nachstehend aufgeführten Aufgaben wurden gemäss Lärmschutz-Verordnung (LSV) vom 15. Dezember 1986 und Ausführungsbeschluss des Staatsrats vom 8. Juli 1988 ausgeführt. Darunter fallen namentlich folgende Tätigkeiten:

- Erstellung von 168 LSV-Gutachten im Zusammenhang mit Baubewilligungsgesuchen, Detailbebauungsplänen, Detailerschliessungsplänen, Ortsplanungsrevisionen und Strassenprojekten. Für jedes Gutachten wurde eine Berechnung des Lärmpegels im Vergleich zum Lärmbelastungskataster des betreffenden Sektors durchgeführt.
- Es wurden 20 Lärmmessungen vor Ort ausgeführt, davon 6 im Rahmen des Programms zur Überwachung der akustischen Vorteile von lärmschluckenden Belägen auf den Kantonsstrassen.
- Es wurden 9 Klagen von Privaten oder Gemeinden wegen übermässiger Lärmbelastigungen entlang der Kantonsstrassen behandelt.

- Es wurde 1 Strassenlärmsanierungsstudie angeordnet.
- Im September hat der Grosse Rat einem Verpflichtungskredit für die Strassenlärmsanierung in den Jahren 2008–2011 zugestimmt.
- Gegenwärtig sind 2 Sanierungsprojekte bei den betroffenen Dienststellen in Vorprüfung.
- In Salvenach wurde 1 neuer lärmarmere Belag probenhalber eingebaut.
- Das AfU und das TBA haben zusammen 1 Pflichtenheft für die Verwirklichung von Sanierungsprojekten ausgearbeitet. Ausserdem wurden eine neue Ausführungsverordnung zur Lärmschutz-Verordnung des Bundes (LSV), das Strassengesetz sowie Weisungen zur Umsetzung von verschiedenen Bestimmungen der LSV ausgearbeitet oder geändert. Sie werden demnächst dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet werden.
- Es wurden 1 Arbeitsgruppe und 1 Kommission für die Strassenlärmsanierung gebildet.

Die Studie zur Integration einer Lärmschutzwand für den Sektor des Motels in Gruyères ist nach wie vor im Gang.

Derzeit läuft die Aktualisierung des Lärmbelastungskatasters.

### 7.1.2 Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat 14 Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen. Diese Erhebungen werden im Rahmen von Valtraloc-Projekten, für das Einrichten von Signalisationen und für Projektierungsstudien des TBA genutzt.

### 7.1.3 Markierung der Radrouten

Im Rahmen der Instandhaltung der Radroutenmarkierungen:

- wurden 500 km markierte Routen kontrolliert;
- wurde auf gut 10 Kilometern die Sicherheit verbessert (Änderung des Trassees);
- wurden gut 100 Signalisationen ersetzt (wegen Trasseänderungen oder Vandalenakten);
- wurden die Wegweiser «Info-Point» ausgewechselt (neues Modell);
- wurde ein Velozähler in Grandvillard aufgestellt.

### 7.1.4 Baubewilligungen und Bebauungspläne

Es wurden 2407 Baubewilligungsgesuche und Bewilligungsgesuche für Umbauten von Gebäuden entlang der öffentlichen Strassen sowie 100 Ortsplanungsdossiers, 56 Detailbebauungspläne und 8 generelle Entwässerungspläne geprüft und begutachtet.

2360 Dossiers wurden positiv, 16 provisorisch negativ und 22 negativ begutachtet.

Des Weiteren wurden 91 Abweichungen mit und 90 ohne Grundbucheintrag gewährt.

### 7.1.5 Sondertransporte

Die Sicherstellung der Routen für Sondertransporte wurde in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen der Nachbarkantone gewährleistet.

Sicherheitsanalysen und Verkehrsuntersuchungen

Um die Planung und Realisierung von Verkehrs- bzw. Signalisationsmassnahmen auf Kantons- und Gemeindestrassen zu ermöglichen, wurden folgende Analysen durchgeführt:

- 18 Unfallstatistiken;
- 6 Sicherheitsanalysen.

Ferner wurden im Rahmen der gesetzlichen Verfahren und im Rahmen des Valtraloc-Büros mehrere Projekte unter dem Gesichtspunkt des Verkehrs begutachtet.

Und schliesslich ist die Verkehrsingenieurin bei mehreren von Dritten geplanten Projekten (ABA und BRPA) hinzugezogen worden, namentlich bei 14 Beschwerden.

### 7.1.6 Kommissionen

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat das Tiefbauamt bei 6 Sitzungen der technischen Gruppe des CUTAF, 4 Sitzungen der Subkommission für die Koor-

dination im Bereich Parkieren, 4 Sitzungen der technischen Kommission der MOBUL, 1 Sitzung der technischen Gruppe der Agglomeration Freiburg sowie bei 3 Sitzungen der Gruppe für die Koordination der Verkehrsfragen vertreten.

## 8. Sektion Unterhalt der National- und Kantonsstrassen

### 8.1 Sektor Unterhalt der Kantonsstrassen

#### 8.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Auf der Grundlage des Voranschlags 2008 wurden 9 048 533 Franken für den Unterhalt der Kantonsstrassen eingesetzt.

A. Baulicher Unterhalt	Fr.	6 874 077.-
Stadt Freiburg	Fr.	67 294.-
Sanierung von Grundwasserschutzzonen S (Wasserfassungen)	Fr.	268 474.-
Kantonale Mitwirkung bei der Sanierung von Bahnübergängen	Fr.	81 603.-
Rückzahlung und Beteiligung (städtebauliche Arbeiten)	Fr.	137 617.-
Gemeindestrasse von Allières	Fr.	212 625.-
Kreis 1	Fr.	3 605 037.-
Kreis 2	Fr.	1 345 410.-
Kreis 3	Fr.	1 156 017.-

Dies entspricht folgenden von Tiefbauunternehmen ausgeführten Arbeiten:

a) Fundamente	17 814 m <sup>2</sup>
b) Verstärkungen und Neuprofilierungen	4076 m <sup>2</sup>
c) Beläge: Trag- und Deckschicht	80 777 m <sup>2</sup>
d) Einprofilierungen durch Fräsen	22 500 m <sup>2</sup>
e) Böschungen und Strassenschultern	11 586 m <sup>2</sup>
f) Kanalisationen	2253 m <sup>2</sup>
g) Bituminöses Mischgut	15 438 t
h) Anzahl ausgeführter Analysen des bituminösen Mischgutes	263 Stk.

B. Betrieblicher Unterhalt	Fr.	2 174 456.-
Werkhof der Kantonsstrassen	Fr.	17 748.-
Kreis 1	Fr.	631 090.-
Kreis 2	Fr.	595 312.-
Kreis 3	Fr.	561 566.-
Gemeindestrasse von Allières	Fr.	29 125.-
Bewirtschaftung der Wälder entlang der Kantonsstrassen	Fr.	72 447.-
Durchgangsplatz für Fahrende	Fr.	9 380.-
Sanierung von Kunstbauten	Fr.	194 444.-
Einsatz der Feuerwehrstützpunkte	Fr.	63 344.-

Dies entspricht den vom Unterhalt der Kantonsstrassen ausgeführten Arbeiten.

### 8.1.2 Vom Werkhof der Kantonsstrassen ausgeführte Arbeiten

Tiefbau: Kanalisationen, Reparatur und Instandstellung der Fahrbahn, Reparatur und Mähen der Strassenböschungen, Fällen von Bäumen, Belageinbau, Bankett, Sondierungen in: Freiburg, Font, Nuvilly, Surpierre, Vuissens, Delley-Portalban, St-Aubin, La Brillaz, Sausivue, Prez-vers-Noréaz, Les Montets, Villeneuve, Bel-faux, Neyruz, Montagny, Rue, Montet, Romont, Corserey, Haut-Vully, Bussy, Cheiry, Vernay, Ménières, Murist, Murten, Tafers, St. Ursen, St. Antoni, Plasselb, Düdingen, Schmitten, Gurmels, Giffers, Ueberstorf.

Kunstbauten: Unterhalts- und Reparaturarbeiten bei 40 Kunstbauten.

Signalisation: Einrichtung von neuen Signalisationen, Ersatz bestehender Signalisationen, Instandsetzung von Signalisationen infolge von Unfällen.

Leitschranken: Einrichtung von neuen Leitschranken, Anpassung bestehender Leitschranken an die neuen Normen und Instandsetzung infolge von Unfällen.

Markierung: 235 000 m Mittellinien, 87 000 m Randlinien und 29 000 m Linien bei Kreuzungen.

Werkstatt: Unterhalt und Instandsetzung der Fahrzeuge und Maschinen des Werkhofs und der Kreise

*In den Kreisen ausgeführte Arbeiten*

Die Tätigkeit der Strassenwärter umfasste hauptsächlich folgende Aufgaben:

Winterdienst: 33 920 Stunden

Pikettdienst – Aufstellen und Räumen von Leitpfosten und Treibschneezäunen – Schneeräumung und Salzstreuung

Überwachung des Strassennetzes: 5 670 Stunden

Kontrollgänge – Strassenpolizei

Unterhalt der Grünzonen: 45 080 Stunden

Mähen – Auslichten und Fällen – Pflanzen – chemische Behandlung

Unterhalt der Fahrbahnen: 18 890 Stunden

Reinigung – lokale Reparaturarbeiten

Unterhalt der Seitenstreifen: 17 160 Stunden

Reparatur der Böschungen und Bankette – Reinigung der Felswände – Unterhalt der Abmarkung der öffentlichen Sachen

Unterhalt der Kanalisationen: 15 570 Stunden

Reinigung der Kanalisationen – Videokontrolle – lokale Reparaturarbeiten

Unterhalt der Kunstbauten 772 Stunden

Reinigung – geringfügige Reparaturen

Unterhalt der Signalisation: 5380 Stunden

Unterhalt der Baken – Unterhalt der STRADA-Messpunkte – Vormarkierungen

Spezialdienst: 530 Stunden

Überschwemmungen – Erdbeben

Gemeindestrasse Montbovon–Allières

betrieblicher Unterhalt 2720 Stunden

Winterdienst 530 Stunden

Bewirtschaftung der Wälder entlang der Kantonsstrassen

Für die finanzielle Beteiligung am Fällen von Bäumen zur Gewährleistung der Sicherheit entlang der Kantonsstrassen auf den Gebieten der Gemeinden Broc (Bataille), Montbovon (La Tine, Route des Allières), Corpataux (Bois de Bibou), Treyvaux (Pratzey), das von den Gemeinden, Revierkörperschaften und von Privatpersonen ausgeführt wurde, wurden 72 447 Franken aufgewendet.

Mit diesen Massnahmen wird die Weisung der Eidgenössischen Forstdirektion über die Beseitigung von Bäumen oder Baumgruppen, die eine Gefahr für die Bevölkerung oder für bedeutende Sachwerte darstellen, umgesetzt.

### 8.1.3 Strassensignalisation und Reklamen

Der Sektor Strassensignalisation hat insgesamt 797 Gesuche in folgenden Bereichen geprüft:

- Beschlüsse über definitive Verkehrsbeschränkungen 119
- Beschlüsse über temporäre Verkehrsbeschränkungen 9
- Beschwerden 5
- diverse Bewilligungen 128
- Prüfungen und Gutachten für technische Dossiers 393
- Gesuche für das Aufstellen von Werbeträgern an Strassen 143

Der Sektor hat sich zudem zu folgenden Entwürfen zur Änderung der gesetzlichen Grundlagen geäussert:

- Alternativen zu Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen
- Reglement für befristete Aushänge und Reklamen der Gemeinde Estavayer-le-Lac
- Reglement für den Strassenunterhalt der Gemeinde Rueyres-les-Prés
- Reglement Parkplatzbewirtschaftung der Gemeinde Jaun
- Reglement zum Taxiservice der Gemeinde Bas-Intyamon
- Polizeireglement der Gemeinde Broc
- Reglement zur Parkplatzbewirtschaftung der Gemeinde Plaffeien
- Ausführungsreglement zum Reglement zur Parkplatzbewirtschaftung der Gemeinde Plaffeien

Er hat an 14 Koordinationssitzungen mit der Strassenpolizei teilgenommen, an denen 75 Strassensignaldossiers geprüft wurden.

Ferner wurden zuhanden von Gemeindebehörden, Privatpersonen, Unternehmen und Ingenieurbüros rund 1000 Einsätze für Markierungen und vertikale Signalisationen, für die Verkehrsregelung etc. auf den Kantons-

Gemeinde- und privaten Strassen geleistet. Diese Einsätze fanden sowohl im Büro als auch vor Ort statt.

#### **8.1.4 Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen**

Die Kommission hielt fünf Sitzungen ab. Sie hat verschiedene Gesuche um die Einführung von Verkehrsbeschränkungen begutachtet. Die Gesuche teilten sich wie folgt auf:

- Saanebezirk           4 Dossiers
- Greyerzbezirk       8 Dossiers
- Glanebezirk         1 Dossier

### **8.2. Sektor Unterhalt der Nationalstrassen Allgemeines**

#### **8.2.1 Unterhalt der Nationalstrassen / 2008**

Mit dem Inkrafttreten am 1. Januar 2008 der NFA hat das Nationalstrassennetz auf Freiburger Boden eine Länge von 62,34 km für die A12 und von 32,59 km für die A1, was ein Total von 94,93 km ergibt.

Zudem übernimmt der Kanton den Unterhalt der Autostrasse Givisiez, der T10 Kerzers sowie der H189.

Die vom Unterhaltspersonal erbrachten Arbeitsleistungen lassen sich wie folgt aufteilen:

- Die Arbeiten für den Winterdienst erforderten 14 283 Stunden, wobei 3257 Tonnen chemische Auftaumittel verwendet wurden.
- Die Arbeiten für die Reinigung der Fahrbahnen, Halteplätze und Kanalisationen sowie für den Unterhalt der Grünzonen erforderten 26 691 Stunden.
- Bei der Erneuerung von Markierungen bei Anschlüssen, Inseln oder in Tunnel durch die Signalisationsequipe wurden 84,92 km Mittel- und Randlinien markiert. Dafür wurden 7500 kg Farbe verwendet.
- Es wurden 295 Unfälle registriert (in 47 Fällen konnten die Verursacher nicht ausfindig gemacht werden). Für die Reparaturarbeiten waren 2375 Arbeitsstunden erforderlich und der finanzielle Aufwand belief sich auf 1 020 231.80 Franken.

## **9. Sektion Gewässer**

### **9.1 Aufgaben**

Die Sektion Gewässer stellt den Schutz der oberirdischen Gewässer im Kanton sicher, indem sie sich für eine gemässigte Nutzung der Gewässer sowie für möglichst geringe Einwirkungen auf die Fliessgewässer und Uferzonen einsetzt. Die Sektion koordiniert und überwacht den Ausbau und Unterhalt der Fliessgewässer mit dem Ziel, deren ökologischen Funktionen zu erhalten und die Schäden infolge von Hochwasser zu minimieren.

## **9.2 Tätigkeit**

### **9.2.1 Ordentliche Tätigkeit**

#### **9.2.1.a Bewertung der Gefahren – Kartografierung**

Das Programm zur Kartografierung der Naturgefahren wird gemäss dem von der kantonalen Naturgefahrenkommission (KNG) erarbeiteten Programm weitergeführt. Für die Bezirke des Mittellands (mit Ausnahme des Seebezirks) wurden in den letzten Jahren bereits sämtliche Gefahrenhinweiskarten erstellt. 2008 wurde das Hauptaugenmerk auf die Zusammenfassung dieser Daten gelegt, um sie auf dem Geportal veröffentlichen zu können.

Die Gefahrenkarte für den Sensebezirk, Sektor Flamatt-Laupen, und diejenige für den Broyebezirk wurden in Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern bzw. mit dem Kanton Waadt erstellt. Beide Karten sind von der KNG validiert worden.

#### **9.2.1.b Gewährleistung der Niederwassermengen und Datenerhebung**

Die Sektion Gewässer setzte den Betrieb eines hydrologischen Messnetzes fort und führte monatliche Wasserstandsmessungen durch, um die natürlichen Restwassermengen der Wasserläufe bei Niederwasser zu ermitteln.

#### **9.2.1.c Studien und Planung – Revitalisierung der Fliessgewässer**

Entsprechend dem Vorschlag des Staatsrats in seiner Antwort auf die Motion René Fürst / Markus Bapst über die Einführung eines Fonds für die Revitalisierung von Gewässern hat die Koordinationsgruppe Fliessgewässer, der die Vertreter der kantonalen Dienststellen angehören, die sich mit den oberirdischen Gewässern befassen, mit der Analyse der in den letzten Jahren realisierten Revitalisierungsprojekte begonnen, um die kommenden Projekte optimal ausrichten zu können. Die Ergebnisse dieser Analyse werden 2009 in einem Bericht dargelegt werden.

#### **9.2.1.d Raumbedarf der Fliessgewässer**

Mit der Einhaltung des minimalen Raumbedarfs werden sowohl Ziele des Hochwasserschutzes als auch Ziele der Revitalisierung verfolgt. Die Übertragung dieses Katasters in die Nutzungspläne erfolgt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen. Damit soll der Raumbedarf der Fliessgewässer im Rahmen der Revision von Ortsplanungen sichergestellt werden. Um den Raumbedarf systematisch zu ermitteln, wurden entsprechende Studien unternommen. Bis heute wurde der Raumbedarf der Fliessgewässer auf dem Gebiet von 40 Gemeinden ermittelt und danach in die OP integriert oder den Stadtplanungsbüros übermittelt. Derzeit laufen Studien für rund 30 Gemeinden.

### 9.2.1.e Ausbau und Unterhalt der Fliessgewässer

Die Sektion hat die generellen Projekte ausgearbeitet und die Oberbauleitung für die Projekte von Gewässerverbauungen wahrgenommen (siehe weiter unten die Liste mit den laufenden und abgeschlossenen Arbeiten). Daneben hat sie Gemeinden und Wasserbauunternehmen bei Unterhalts- und Ausbauarbeiten beraten. Sie behandelte die Gesuche um Kantonsbeiträge. Und schliesslich wirkte sie auch als Bindeglied zwischen der Bauherrschaft und dem Bund für die Gewährung von Bundesbeiträgen.

## 9.3 Laufende Studien und Projekte

### 9.3.1 Grundlagen und Konzepte

- Gemeinde Jeuss (Gefahrenkarte für verschiedene Fliessgewässer)
- Moulin, Ménières (Gefahrenkarte)
- Saane von Hauterive bis Schiffenen (Gefahrenkarte)
- Ärgera, Plasselb (Massnahmenkonzept und Revitalisierung des Auengebiets)
- Bibera, Ulmiz und Gempenach (Massnahmenkonzept)
- Galtera, Tifers, St. Ursen und Freiburg (Massnahmenkonzept)
- Mortivue, Semsales (Zusatzexpertise zu den Murgängen, Verbesserung des Massnahmenkonzepts)
- Bäche in Le Pâquier (Massnahmenkonzept)
- Sonnaz Haute, verschiedene Gemeinden (Massnahmenkonzept)

### 9.3.2 Wasserbauprojekte

- Ärgera, Tentlingen (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Albeuve und Rio de Chaux, Gruyères (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Bibera, Ulmiz und Gempenach
- Bi-Chalet, Jaun (Hochwasserschutz)
- Bioleyre, Léchelles (Hochwasserschutz)
- Biorde, Attalens, Granges und Bosonnens (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Bry, Enney
- Cierne, Châtel-St-Denis (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Claruz, Pierrafortscha (Hochwasserschutz)
- Coppet, Charmey (Hochwasserschutz)
- Corsallettes, Grolley (Hochwasserschutz)
- Ärgera, Marly (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Heitiwilbach, Düdingen (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Jaunbach, Jaun (Hochwasserschutz)
- Laret, Vallon (Hochwasserschutz und Revitalisierung)

- Lossy, Lossy (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Mionna und Zuflüsse, St. Martin und La Verrerie (Hochwasserschutz)
- Mortivue, Semsales (Hochwasserschutz)
- Moulin, Ménières (Hochwasserschutz)
- Nesslerer, Le Mouret
- Palon, Prez-vers-Noréaz (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Pra Melley, Le Pâquier (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Saane im oberen Greyerzbezirk, Broc und Bas-Intyammon (Villars-sous-Mont, Enney) (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Warme Sense und Zuflüsse beim Rohrmoos, Plaffeien (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Sionge, Vuadens (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Sonnaz, Belfaux (Revitalisierung)
- Taverna, Mühletal und Wünnewil-Flamatt
- Tana, Grandvillard
- Tigulet, Belfaux
- Veveyse de Châtel, Châtel-St-Denis
- Veveyse de Fégire, Châtel-St-Denis
- Zumholzbach, Alterswil

## 9.4 Im Jahr 2008 beendete Projekte und Studien

### 9.4.1 Grundlagen und Konzepte

- Gemeinde Galmiz (Gefahrenkarte für verschiedene Fliessgewässer)
- Javro, Cerniat (Studie zur Geschiebeführung, Massnahmenkonzept)

### 9.4.2 Wasserbauprojekte (Abschluss der Arbeiten)

- Bouleyres d'Amont, Pont-en-Ogoz (Hochwasserschutz)
- Coppet, Domdidier (Hochwasserschutz)
- Corsallettes, Ponthaux (Hochwasserschutz)
- Crau de la Cuvaz, Villeneuve (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Crausaz, Marly (Hochwasserschutz)
- Hochwasser 2007, verschiedene Gemeinden (Instandsetzung)
- Gros Mont, Charmey (Hochwasserschutz)
- Jaunbach, Charmey (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Marivue, Albeuve (Hochwasserschutz)
- Muscherensense, Plaffeien (Hochwasserschutz)
- Neirigue, Villoronnens (Hochwasserschutz)
- Ondine, Bulle (Revitalisierung)
- Pra Gremy, Châtel-St-Denis (Hochwasserschutz und Revitalisierung)



- Pra Riondet, Villarvolard (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Ru, Hauteville (Hochwasserschutz)
- Saane, Freiburg (Hochwasserschutz)
- Saane, Villars-s-Mont (Hochwasserschutz)

## 9.5 Gesprochene und überwiesene Beiträge

### 9.5.1 Subventionen – Grundlagen und Konzepte

2008 wurden für Wasserbaustudien und konzepte Kantonsbeiträge von 1 755 651.75 Franken gesprochen. Für die Studien sprach der Bund Subventionen von insgesamt 2 169 605 Franken. Die Kantonsbeiträge beliefen sich auf 536 813.35 und die Bundesbeiträge auf 952 826 Franken.

a) auf Kantonebene:	Kostenvoranschlag	Ansatz	Beitrag
	Fr.	%	Fr.
Pra Gremy, Châtel-St-Denis	37 000.00	24,50	9 065.00
Murtensee, Murten	210 250.00	43,00	90 408.00
Bi-Chalet-Bach, Jaun	320 000.00	35,00	112 000.00
Saane, Freiburg	313 605.00	25,00	78 401.25
Sensebrückbach, Wünnewil-Flamatt	16 433.10	30,00	4 930.00
Wissenbach, St. Antoni	63 363.65	30,00	19 009.10

a) auf Kantonebene:	Kostenvoranschlag	Ansatz	Beitrag
Ruz, Hauteville	40 000.00	29,00	11 600.00
Hôpital, mehrere Gemeinden	755 000.00	28,00	211 400.00
Total	1 755 651.75		536 813.35

b) auf Bundesebene:	Kostenvoranschlag	Ansatz	Beitrag
	Fr.	%	Fr.
Unwetter 2007, dringliche Arbeiten, mehrere Gemeinden	1 700 000.00	45,00	765 000.00
Stoutz, La Roche	156 000.00	42,00	65 520.00
Saane, Freiburg	313 605.00	39,00	122 306.00
Total	2 169 605.00		952 826.00

### 9.5.2 Subventionen – Wasserbauprojekte

Für Wasserbauprojekte wurden im Jahr 2008 Beiträge von insgesamt 3 511 249.40 Franken gesprochen; die Kantonsbeiträge beliefen sich auf 1 066 705 und die Bundesbeiträge auf 1 028 794 Franken.

Wasserläufe, Gemeinden	Ausbau	Beiträge	
	Arbeiten	Bund	Kanton
	Fr.	Fr.	Fr.
Abbaye und Malessert in Sorens, Gumefens und Jorettes in Pont-en-Ogoz	14 364.95		4 309.50
Bi-Chalet, Jaun	211 141.20		73 899.40
Bouleyres d'Amont, Pont-en-Ogoz	214 023.75		57 786.40
Chandon, Léchelles		6 728.40	
Crausa, Courtepin		18 163.20	
Crau de la Cuvaz, Villeneuve	8 599.05		2 321.75
Crêt de la Ville, Gruyères		55 698.35	
Hochwasser Mai/August 2007, mehrere Gemeinden	457 214.15	426 222.00	132 827.60
Galternbach, Alterswil	9 332.70		2 799.80
Grandvau, mehrere Gemeinden	203 515.75		40 242.65
Hôpital, mehrere Gemeinden	626 591.45		175 341.40
Longivue, Farvagny	17 608.75		4 912.85
Marivue, Haut-Intyamon	498 593.15	162 042.75	166 031.50
Moulin, Farvagny und Vuisternens-en-Ogoz	141 362.95		38 168.00
Ondine, Bulle	216 389.20	97 375.15	67 596.65

<i>Wasserläufe, Gemeinden</i>	<i>Ausbau</i>	<i>Beiträge</i>	
	<i>Arbeiten</i>	<i>Bund</i>	<i>Kanton</i>
	<i>Fr.</i>	<i>Fr.</i>	<i>Fr.</i>
Obere Taverna, mehrere Gemeinden	63 363.65		19 009.10
Pra Riondet, Villarvolard	9 026.50		2 707.95
Rathvel, Châtel-St-Denis	6 262.95	46 164.15	2 262.95
Saane, Freiburg	219 174.55		54 793.65
Saane im oberen Greyerzbezirk	359 393.80	106 021.15	140 163.60
Sensebrückbach, Wünnewil-Flamatt	16 433.10		4 930.00
Tâna, Grandvillard	218 857.80	110 378.85	76 600.25
Total	3 511 249.40	1 028 794.00	1 066 705.00

### 9.5.3 Subventionen – Erhaltungsarbeiten

Die subventionierten Wasserbauarbeiten wurden an rund fünfzehn Fliessgewässern ausgeführt und machten ein Beitragsvolumen von 135 674.45 Franken aus.

<i>Gewässer</i>	<i>Gemeinde / Wasserbauunternehmen</i>	<i>Fr.</i>
Arbogne und Hôpital	Dompierre	1 167.40
Verschiedene Fliessgewässer	Domdidier	5 092.55
Neuenburgersee	Estavayer-le-Lac	895.05
Ruisseau des pêcheurs	Delley-Portalban	264.35
Arbagny	Treyvaux	5 071.90
Ruisseau de la pisciculture	Charmey	74.25
Jaunbach	Jaun	1 409.15
Lembaz	Cheiry	193.80
Serbache	La Roche	59.60
Kleine Glane und Fossé Neuf	Gewässerregulierungsunternehmen	33 681.45
Kleine Glane	Nicolas Bersier, Cugy	1 350.00
Sonnaz	Association intercommunale d'épuration des eaux bassins Sonnaz - Crausaz	27 155.05
Trême	Wasserbauunternehmen Trême	1 358.90
Bibera	WBU Obere Bibera	9 877.10
Bibera	WBU Bibera im Grossen Moos	46 215.60
Bibera	WBU Bibera Mittlerer Abschnitt	1 766.60
Sionge	Wasserbauunternehmen Sionge	41.70
Total		135 674.45

### 9.6 Verwaltung der Schiffbarkeit und der Anlegeplätze

2008 war es wegen der fehlenden Ressourcen nicht möglich, das Inventar der illegalen Anlagen und Anlegeplätze in und an den Seen zu erstellen.

Die Anlegegebühren brachten 2008 383 531.70 Franken ein. Ausserdem wurden dreizehn Bewilligungen für neue individuelle Anlegeplätze erteilt.

## 9.7 Bewilligungen und Konzessionen

Die Sektion hat in folgenden Bereichen Bewilligungen und Genehmigungen ausgestellt:

- Nutzung öffentlicher Gewässer (Wasserkraft, Wasserpumpenanlagen, Ableitungen, Bootsverankerungen und andere Flächenbenutzungen, Materialentnahmen usw.) und damit einhergehend die Berechnung der Gebühren für die Nutzung der Wasserkraft des Kantons durch die Groupe E;
- Wasserbaupolizei (Bauten im Zusammenhang mit Wasserläufen, Brücken, Stegen und Bachquerungen).

Insgesamt wurden gut fünfzig Bewilligungen zur Benützung der öffentlichen Sachen erteilt. Die Gebühren für Bewilligungen und Konzessionen betragen 1 212 382.85 Franken.

## 9.8 Gutachten und Wasserbaupolizei

Die Sektion hat zirka 620 Bau- und Planungsdossiers analysiert und kontrolliert. Dabei ging es hauptsächlich um:

- Ortsplanungen und generelle Entwässerungspläne;
- Baubewilligungsgesuche.

## 9.9 Besondere Ereignisse

### 9.9.1 Umsetzung der NFA in den Bereichen des Hochwasserschutzes und der Revitalisierung

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) trat am 1. Januar 2008 in Kraft. Das kantonale Subventionssystem für Wasserbauprojekte im Rahmen der Programmvereinbarungen wurde noch nicht an diese neue Gegebenheit angepasst, doch wurden bereits erste Überlegungen angestellt, die ihren Ausdruck schon bald in neuen Regeln und Richtlinien für die Beitragsbemessung finden dürften.

2008 betragen die Bundessubventionen für die Programmvereinbarungen «Schutzbauten Wasser» und «Renaturierungen» 700 000 und 90 000 Franken. Davon wurden bisher einzig 279 767 Franken verwendet. Der Restbetrag wird auf den Voranschlag 2009 übertragen.

### 9.9.2 Gesetzgeberische Arbeit

Die Sektion Gewässer wirkte bei der Ausarbeitung des neuen Gewässergesetzes mit. Verschiedene Artikel des Gesetzesentwurfs wurden aufgrund der neuen rechtlichen und technischen Grundlagen überarbeitet.

### 9.9.3 Sanierung der Wasserentnahmen

Die Sanierung der Wasserentnahmen im Sinne von Artikel 80 des Bundesgesetzes vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer ist im Gang. Der Staat Freiburg hat hierzu Verhandlungen mit den Betreibern von grossen Wasserkraftwerken aufgenommen. Staatsrat Georges Godel hat mit Vertretern der Groupe E und der Gru-

yère Energie SA Gespräche geführt, um die Anliegen dieser Unternehmen bei der Festlegung des Sanierungsprogramms berücksichtigen zu können. Die RUBD hat noch keine Entscheidung für die Sanierung der Wasserentnahmen aus dem Jaunbach, dessen Schlussbereich im Januar 2005 vorgelegt wurde, getroffen.

### 9.9.4 Regulierung der Juragewässer

Infolge der Hochwasserereignisse im Einzugsgebiet der 2. Juragewässerkorrektur hat der Bund eine interkantonale Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Diese Arbeitsgruppe hat eine neue Regulierung der drei Seen im Falle eines Ereignisses festgelegt. Dank einer verbesserten Modellierung der Seepiegel können die vorbeugenden Entleerungen koordiniert werden, wodurch ein Teil des Hochwassers im Neuenburger- und Bielersee gespeichert und die Abflussspitze in der Aare unterhalb des Hafens reduziert werden können.

Parallel dazu haben die Kantone Waadt, Neuenburg, Bern und Freiburg gemeinsam und unter Berücksichtigung der Auftretenswahrscheinlichkeit von hydrologischen Ereignissen Referenzpegel für die drei Seen definiert. Auf dieser Grundlage werden die Gefahrenkarten für die Umgebung erstellt und das Schadenspotenzial ermittelt werden können.

### 9.9.5 Bewilligungen und Konzessionen

Das Energiegesetz (EnG) des Bundes schreibt vor, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2030 um mindestens 5400 GWh zu erhöhen. Es enthält dazu ein Paket von Massnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien sowie zur Förderung der Effizienz im Elektrizitätsbereich. Hauptpfeiler ist dabei die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) für Strom aus erneuerbaren Energien. Jährlich sollen dafür rund 247 Millionen Franken für die Abgeltung der Differenz zwischen der Vergütung und dem Marktpreis zur Verfügung stehen. Die Bestimmungen über die kostendeckende Einspeisevergütung sind in der geänderten Energieverordnung (EnV) geregelt und treten am 1. Januar 2009 in Kraft.

Mit diesen neuen Bestimmungen ist auch die Zahl der Konzessionsgesuche für Kleinwasserkraftwerke stark gestiegen. Ende 2008 waren rund 10 Gesuche eingereicht worden.

### 9.9.6 Gewässerinformationssystem

Derzeit wird ein neues System für die Verwaltung und Bereitstellung der Daten zu den Oberflächengewässern programmiert, das vor Ende 2010 einsatzfähig sein sollte. Mit diesem integrierten Datenverwaltungssystem wird es möglich sein, eine Gesamtschau über die Fließgewässer des Kantons und über alle relevanten Daten zu haben. Die Datenbestände werden einfacher verwaltet werden können sowie auf regionaler und globaler Ebene kohärenter sein. Das neue System wird die Qua-

lität und Wirksamkeit der staatlichen Dienstleistungen verbessern.

2008 ging es hauptsächlich darum, die Projektorganisation festzulegen und die Bedürfnisse zu definieren.

## V. AUTOBAHNAMT

### 1. Aufgaben

Das Autobahnamt (ABA) ist für die Ausarbeitung der definitiven Projekte, den Bau und – im Auftrag des Bundes – den Ausbau, den Unterhalt sowie die Erneuerung der Nationalstrassen zuständig.

Vorsteher des Autobahnamts ist André Piller, Oberingenieur. Auf Beschluss des Staatsrats hin leitete dieser zudem vom 01.10.2007 bis zum 30.04.2008 das Tiefbauamt als Kantonsingenieur ad interim.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

Einleitend ist festzuhalten, dass der Bund seit dem 1. Januar 2008 alleine für die Schweizer Nationalstrassen verantwortlich ist – mit Ausnahme der Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, für die weiterhin die Kantone zuständig sind.

2008 war erneut ein äusserst arbeitsreiches Jahr für das Autobahnamt (ABA). Die bedeutendsten Projekte waren: die Unterhaltsbaustelle «TE6» auf der A1 zwischen Murten und der Kantonsgrenze FR/BE, die Fortführung der Unterhaltsarbeiten für die unterirdischen Kunstbauten bei Gumefens und Avry-devant-Pont auf der A12, die Fertigstellung des neuen Autobahnanschlusses von Riaz (A12), der dem Tiefbauamt übergeben wurde, sowie der Bau eines Regulierwehrs beim Dy- und Mühlebach in Courgevau.

Der jährliche Baukredit betrug 5,8 Millionen Franken. Damit wurden die oben erwähnten Bauarbeiten finanziert. Die Ausbau-, Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten für die A1 und A12 wurden zu 100% vom Bund getragen.

Auf der Umfahrung von Murten – zwischen Greng, Löwenberg und Gurbrü – wurden verschiedene Studien sowie Ausbau- und Erneuerungsarbeiten für die elektromagnetischen Anlagen ausgeführt. Diese Arbeiten erfolgten hauptsächlich im Rahmen der weiter oben erwähnten Unterhaltsbaustelle «TE6».

Im Rahmen der Unterhaltsplanung der Nationalstrassen wurde dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) auf dessen Gesuch das Dossier zum UPlaNS-Projekt «TE1» zwischen Semsales und Riaz (A12) am 13. Mai 2008 übergeben. Die Studie zum definitiven Projekt für die neue Strasse Birch-Luggiwil, mit der ein Zugang von Norden her zum Anschluss Düdingen geschaffen werden soll, wurde im Auftrag des Bundes weitergeführt. Dasselbe gilt für die Studie zur Änderung des definitiven Projekts für die Abdeckung des A12-Sektors bei Chamblieux.

Die enge Kooperation mit dem ASTRA sowie den Gemeinden und Güterzusammenlegungsgenossenschaften wurde im Rahmen der genannten Projekte und Arbeiten weitergeführt. In diesem Zusammenhang ist auch die Auflösung am 05.07.2008 der Genossenschaft Courgevau zu erwähnen.

Das ABA hat seine Informationspolitik fortgesetzt. So wurde unter anderem der Internetauftritt des ABA komplett überarbeitet und fortlaufend nachgeführt. Ferner wurden diverse Medienmitteilungen herausgegeben. Ausserdem hielten Mitarbeitende des ABA Vorträge und nahmen an Informationsveranstaltungen teil.

Im Mai unterzog sich das ABA mit Erfolg dem Kontrollaudit seines Qualitätsmanagement-Systems nach ISO 9001-2000.

Der Bundesrat hat den Sozialplan für das Nationalstrassen-Personal festgelegt. Die Liste der betroffenen ABA-Mitarbeitenden und die entsprechenden Beträge wurden dem ASTRA fristgerecht unterbreitet.

### 3. Staff

Das Hauptaugenmerk richtete sich auf die Vorbereitung des Kontrollaudits und die Anpassung der Unterlagen für das Qualitätsmanagement.

### 4. Ressourcen

#### 4.1 Erwerb von Liegenschaften

##### 4.1.1 A1

- Seit dem 1. Januar 2008, an welchem die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft trat, ist der Erwerb von Liegenschaften für die Nationalstrassen nicht mehr Sache der Kantone. Sämtliche Immobilien der Nationalstrassen gingen im April 2008 vom Staat Freiburg in den Besitz des ASTRA über.

##### 4.1.2 A12

- Mit Ausnahme der Immobilien auf dem Gelände der Kiesgruben von Grandvillard und Grenilles (Fertigstellung des Nationalstrassennetzes) gingen sämtliche Immobilien der Nationalstrassen im April 2008 vom Staat Freiburg in den Besitz des ASTRA über.
- Verkauf von vier Parzellen in Grandvillard mit einer Gesamtfläche von 24 644 m<sup>2</sup> (Ausübung des Rückkaufsrechts durch den Käufer) für 24 644 Franken.

#### 4.2 Entschädigung für Schäden an den Kulturen während der Bauarbeiten

Den Landwirten wurden Entschädigungen für Verdienstausfälle von insgesamt 22 170 Franken ausbezahlt. Dieser Betrag ging vollständig zulasten des Bundes.

### 4.3 Güterzusammenlegungen

#### 4.3.1 A1

Cheyres–Yvonand (VD)

- Die Vermessungsarbeiten sind abgeschlossen.

Bollion–Châbles–Seiry

- Der Übergangskataster kann beim Grundbuchamt zur Kontrolle und Anerkennung durch die Besitzer eingereicht werden;
- die Vermessungs- und Vermarktungsarbeiten sind im Gang.

Châtillon–Font–Lully

- Die Vermessung steht kurz vor dem Abschluss;
- der Übergangskataster wurde von den Besitzern gutgeheissen und trat im Dezember 2008 in Kraft.

Frasses und Umgebung

- Die Vermessungsdossiers wurden dem Amt für Vermessung und Geomatik für eine erste Überprüfung ausgehändigt; die öffentliche Auflage ist für 2009 vorgesehen.

Cugy–Bussy

- Die Vermessungsarbeiten sind abgeschlossen.

Courgevaux–Clavaleyres

- Die Bodenverbesserungskörperschaft von Courgevaux–Clavaleyres wurde am 5. Juli 2008 aufgelöst.

#### 4.3.2 A12

Farvagny–Grenilles–Posat

- Der Verkauf der Grundstücke ist im Gang.

Düdingen

- Zwischen dem 21. November und dem 22. Dezember 2008 legte die Bodenverbesserungskörperschaft den Perimeter, den alten Bestand und die Bonitierung öffentlich auf.

### 4.4 Immissionen

- Gemeinden Riaz und Bulle, Sektoren «La Sionge» und «La Léchère»: Die Lärmstudie ergab, dass die Immissionsgrenzwerte (IGW) in beiden Sektoren überschritten werden; allerdings ist nur die Sanierung des Sektors «La Léchère» in Bulle wirtschaftlich tragbar; das Dossier befindet sich derzeit beim ASTRA zwecks Genehmigung;
- Gemeinde Pont-en-Ogoz: 45 Personen klagten wegen der von der A12 erzeugten Lärmbelastung im Dorf Avry-devant-Pont. Aus der Lärmstudie geht hervor, dass die IGW besonders nachts bei mehreren Wohnungen überschritten werden; der Bau einer effizienten Schutzbaute (Überdeckung) wäre wirtschaftlich nicht tragbar;
- Gemeinde Marsens: Infolge der verschiedenen Klagen über die von der A12 erzeugte Lärmbelastung im Dorf Vuippens, die anlässlich der Gemeindeversammlungen vorgebracht wurden, wurde ein spezialisiertes Büro mit der Durchführung einer Lärm-

studie beauftragt; diese ergab, dass die IGW an zwei Orten überschritten werden; der Bau einer Schutzbaute wäre allerdings wirtschaftlich nicht tragbar; 1984 hatte die Gemeinde Vuippens den Vorschlag, eine Lärmschutzwand gegen eine geringe finanzielle Beteiligung der Gemeinde zu errichten, abgelehnt;

- Gemeinde Hauterive, Sektor Ecuwillens: 70 Personen klagten wegen den vom Verkehr auf der A12 verursachten Lärmimmissionen; die bei einem spezialisierten Büro in Auftrag gegebene Lärmstudie brachte zum Vorschein, dass die IGW bei zwölf Wohnhäusern überschritten werden; die Errichtung einer Lärmschutzwand zur Reduktion der Lärmimmissionen wäre wirtschaftlich nicht tragbar; gegenwärtig werden zusätzliche Abklärungen getroffen;
- Gemeinde Riaz: Die Gemeinde will entlang des Zubringers eine Lärmschutzwand zum Schutz des Quartiers «Clos Villars» bauen; aus einer Lärmstudie geht hervor, dass kein einziges Wohnhaus von einer Überschreitung der IGW betroffen ist; Grundlage für diese Studie waren die Verkehrsdaten aus der Umweltverträglichkeitsprüfung im Zusammenhang mit dem Bau der Umfahrungsstrasse von Bulle (H189); Sanierungshorizont war das Jahr 2028.

### 4.5 Elektronische Datenverwaltung (GEDARC)

GEDARC wird im Einverständnis mit dem ASTRA weitergeführt. Ende 2008 waren 98% der Pläne und 75% der Unterlagen elektronisch archiviert.

## 4.6 Verwendung der Kredite

<i>a) Nettoausgaben für den Bau von Nationalstrassen</i>			
	<i>A1, in Franken</i>	<i>A12, in Franken</i>	
Projektierung, Bauleitung	1 207 153.10	1 189 219.55	
Landerwerb und Umlegungen	516 553.65	2 760 863.45	
Bauausführung	7 261 409.95	5 264 607.30	
Total verwendete Kredite	8 985 116.70	9 214 690.30	18 199 807.00
(davon 10% zulasten des Kantons):			(560 377.70)
./. Einnahmen ausserhalb der Kreditverwendung	2 488 761.45	476 614.00	2 965 375.45
Total Nettoausgaben			15 234 431.55
<i>b) Total Bruttoausgaben für den baulichen Unterhalt der Nationalstrassen:</i>			
	41 494 178.50		
(davon 100% zulasten des Bundes):	(36 031 051.15)		
<i>c) Verpflichtungskredit des Kantons (Dekret vom 26. Juni 2001)</i>			
Saldo per 1. Januar 2008:			1 162 575.75
Verwendung 2008:			322 301.00
Am 1. Januar 2009 verfügbarer Saldo:			840 274.75

## 5. Ausarbeitung – Bau, Unterhalt, Erneuerung (UPlaNS)

### 5.1 Pavement Management System (PMS)

#### 5.1.1 A1 Bau- und Ausbauarbeiten

##### Abschnitt Cheyres–Cugy und Enklave Domdidier

- Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauwerken;
- Verwirklichung der Studie über die ökologische Ausgleichsmassnahme (öAM) 14, Wildwechsel bei der Kleinen Glane auf der Kantonsstrasse Payerne–Bussy.

Folgende Arbeiten sind im Gang:

- Eingabe des unterirdischen Katasters in eine Datenbank.

##### Abschnitt Greng–Gurbrü

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Ausbau des Dy- und Mühlebachs, der den Bau eines Rückhaltebeckens beinhaltet;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

Folgende Arbeiten sind im Gang:

- Instandsetzung der Länggasse und Verwirklichung der damit einhergehenden Ausgleichsmassnahme (Schaffung eines Biotops).

#### 5.1.2 A12 Bau- und Ausbauarbeiten

##### Abschnitt Châtel-St-Denis–Vaulruz

- Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauten;

- Genehmigung durch das Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) des definitiven Projekts für den Kreis von En Craux;
- Verwirklichung des Detailprojekts für den definitiven Kreis von En Craux und des Detailprojekts für die Instandsetzung des Zubringers von Châtel-St-Denis.

##### Abschnitt Vaulruz–Bulle

- Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauten;

##### Abschnitt Bulle–Corpataux

- Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauten;

##### Abschnitt Corpataux–Freiburg

- Eingabe des unterirdischen Katasters in eine Datenbank;
- Höhenkontrollen von Kunstbauten;
- Studie zur Änderung des Anschlusses von Matran inklusive Ausschreibung und Zuschlag des Studienauftrags;
- Verwirklichung des Umbaus der Kanalisation entlang der Autobahn in Matran.

##### Abschnitt Freiburg–Düdingen

- Eingabe des unterirdischen Katasters in eine Datenbank;

- Verwirklichung des Detailprojekts für den Kreisell Freiburg-Nord;
- Anschluss Düdingen: Studie für die Verbindung Birch–Luggiwil (Ausarbeitung des definitiven Projekts).

### **Abschnitt Düdingen–Flamatt**

- Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauten.

### **5.1.3 A1 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen**

#### **Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR–Kantonsgrenze FR/BE**

- Unterhaltsabschnitt TE6: Erfassen der Grunddaten für alle Bereiche;
- Verwirklichung und Abnahme der Arbeiten auf dem Unterhaltsabschnitt TE6.

### **5.1.4 A12 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen**

#### **Abschnitt 76 Châtel-St-Denis–Rossens**

- Einsatzprojekts für den Unterhaltsabschnitt TE1 «Outre Broye–Riaz»: Genehmigung durch das AST-RA;
- Ausarbeitung der Ausschreibungsunterlagen für den Unterhaltsabschnitt TE1 «Outre Broye–Riaz» und Übergabe des Dossiers an den Bund;
- Ausarbeitung der Ausschreibungsunterlagen und Zuschlag der Vorbereitungsarbeiten für den Unterhaltsabschnitt TE1 «Outre Broye–Riaz»;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

Folgende Arbeiten sind im Gang:

- Ausführung der Vorbereitungsarbeiten TE1;
- gedeckter Einschnitt von Avry-devant-Pont und Gumefens (AvGu): Verwirklichung der Elektromechanikarbeiten.

### **Abschnitt 80 Rossens–Kantonsgrenze FR/BE**

- Verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

### **5.1.5 Kiesgruben**

Basilea:

- Nichts zu vermelden.

Grandvillard:

- Die Arbeiten für die Wiederinstandsetzung der Kiesgrube haben begonnen.

### **5.1.6 Verschiedenes**

- Kontrollaudit des Qualitätssystems durch die SQS im Mai 2008;
- Begleitung und Anpassung des Qualitätssystems, insbesondere für die elektromechanischen Anlagen (EMS);
- Fortlaufende Überwachung der PMS-Bauwerke (Pavement Management System);

- Einführung eines Systems zur Verwaltung der Autobahndaten über ein geografisches Informationssystem (GIS);
- Erhebung topografischer Daten auf den Autobahnbaustellen (A1 und A12);
- Erstellung mehrerer Gutachten für Bauten innerhalb der Baugrenzen der Nationalstrassen;
- kleinere Arbeiten auf der A1 und der A12 zur Sicherung der Betriebstauglichkeit dieser Bauwerke während der gesamten Lebensdauer.

## **5.2 Bridge Management System (BMS)**

### **5.2.1 A1 Bau- und Ausbaurbeiten**

#### **Abschnitt Cheyres–Cugy**

- Ökologische Ausgleichsmassnahme (öAM) 14: Detailprojekt für den Wildwechsel bei der Kleinen Glane.

### **Abschnitt Greng–Gurbrü**

- Erneuerung- und Unterhalt der Werkleitung bei Chantemerle.

### **5.2.2 A12 Bau- und Ausbaurbeiten**

#### **Abschnitt Châtel-St-Denis–Vaulruz**

- Verschiedene PMS-Überprüfungen (P12).

### **Abschnitt Vaulruz–Bulle**

- Unterhaltsabschnitt TE1 (Outre Broye–Riaz): Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen für die Erweiterung von acht Bauwerken.

### **Abschnitt Bulle–Corpataux**

- Abnahme der Signalbrücken im Rahmen der Unterhaltsarbeiten für die gedeckten Einschnitte von Avry-devant-Pont und Gumefens.

### **Abschnitt Corpataux–Freiburg**

- Umbau des Anschlusses Matran: Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen für den Bau einer Überführung;
- Lärmschutz: Präsentation beim ASTRA des technischen Projekts für die Lärmschutzwände «La Fenetta», «Impasse de la Montagne Sud-Ouest» und «Impasse de la Montagne Nord-Est» (Gemeinde Matran) sowie ergänzende Veröffentlichung der auf Gesuch des UVEK vorgesehenen Erleichterung.

### **Abschnitt Freiburg–Düdingen**

- Brücke über den Luggiwilerbach (Anschluss Düdingen / Verbindungsstrasse Birch–Luggiwil): Vorprojekt;
- Sanierungsprojekt für die Region Chamblieux: Detailprojekt für die Abdeckung der Autobahn.

### Abschnitt Düdingen–Flamatt

- Nichts zu vermelden.

### 5.2.3 A1 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

#### Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR–Kantonsgrenze FR/BE

- Unterhaltsabschnitt TE6 (Löwenberg–Gurbrü–Kantonsgrenze FR/BE): Unterhaltsarbeiten und Erneuerung von 17 Bauwerken;
- Kontrolle von neun Objekten vor Ablauf der Garantie.

### 5.2.4 A12 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

#### Abschnitt 76 Châtel–St-Denis–Rossens

- Unterhaltsabschnitt P12 (La Veyre–Outre Broye): Abschluss der Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten (Strassenfugen und bituminöse Fugen für vier Bauwerke);
- Unterhaltsabschnitt TE1 (Outre Broye–Riaz): Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen für den Unterhalt und die Erneuerung von 32 Bauwerken;
- Unterhaltsabschnitt TE1 (Outre Broye–Riaz): Zusatzkontrolle von zwei Bauwerken, die im Rahmen der vorbereitenden PMS-Arbeiten durchgeführt wurde;
- Kontrolle eines Bauwerks vor Ablauf der Garantie.

### Abschnitt 80 Rossens–Kantonsgrenze FR/BE

- Fussgängerüberführung Oberflamatt: Instandsetzung nach Unfall;
- Kontrolle eines Bauwerks vor Ablauf der Garantie.

### 5.2.5 Verschiedenes

- Eingabe in die eidgenössische Datenbank KUBA-DB der Daten zu den Kunstbauten auf der A1 und der A12;
- Aktualisierung der Pläne gemäss Ausführung der Bauwerke;
- Ausarbeitung und Aktualisierung der allgemeinen Ausführungspläne;
- Vorbereitung der Pläne und der Dokumente für die elektronische Archivierung in der GEDARC-Datenbank des Autobahnamts.

### 5.3 Electrical Management System (EMS)

- Das Inkrafttreten der NFA prägte dieses Jahr in erheblichem Mass.
- Das ASTRA hat Projekte zur Harmonisierung der Systeme fortgeführt. Diese Projekte, die sowohl die Kommunikationsnetze als auch die Software betreffen, werden nach und nach im ganzen Land umgesetzt werden.
- Laut Angaben des ASTRA ist die zentralisierte Verkehrsleitung in Luzern einsatzbereit.

### 5.3.1 A1

#### Abschnitt Cheyres–Cugy

- Die Probleme bei den Brandmeldeanlagen des Bruyères-Tunnels und des gedeckten Einschnitts von Châbles (diese beiden Bauwerke bilden ein zusammenhängendes Ganzes) haben das ASTRA veranlasst, einen Ersatz für das bestehende System zu suchen. Im Auftrag des Bundesamts hat das ABA den entsprechenden Auftrag im Herbst 2008 ausgeschrieben.
- Die Arbeiten für die Anpassung der beiden Tunnel von Frasses und Sévaz an die neuen Richtlinien des Bundes sind abgeschlossen. Insbesondere wurde auf beiden Seiten der Fahrbahn ein beleuchtetes Leitsystem eingerichtet. Zudem wurden neue Türen eingebaut sowie die Wahrnehmbarkeit der Fluchtwege und Notausgänge verbessert.

#### Abschnitt Greng–Gurbrü

- Die Arbeiten für die Anpassung des Les-Vignes-Tunnels und des gedeckten Einschnitts von Combette an die neuen Richtlinien des Bundes sind abgeschlossen. Insbesondere wurde auf beiden Seiten der Fahrbahn ein beleuchtetes Leitsystem eingerichtet. Zudem wurden neue Türen eingebaut sowie die Wahrnehmbarkeit der Fluchtwege und Notausgänge verbessert.
- Die Bauarbeiten für den Unterhaltsabschnitt UPlaNS TE6 «Löwenberg–Gurbrü» erfolgten planmässig.
- Dem ASTRA wurde das Detailprojekt für die Anpassung an die Normen der elektromechanischen Anlagen des Les-Vignes-Tunnels und des gedeckten Einschnitts zur Genehmigung unterbreitet.

### 5.3.2 A12

- Nichts zu vermelden.

#### Abschnitt 2 Vaulruz–Bulle

- Nichts zu vermelden.

#### Abschnitt 76 Kantonsgrenze VD/FR–Rossens

- Die Arbeiten zur Erneuerung der elektromechanischen Anlagen in den gedeckten Einschnitten von Gumefens und Avry-devant-Pont wurden im Auftrag des Bundes weitergeführt.
- Die Studien für den künftigen UPlaNS-Unterhaltsabschnitt TE1 «Outre Broye–Riaz» wurden fortgesetzt. Dieser Abschnitt ist sehr wichtig, weil diese EMS-Arbeiten für die Kommunikation (Daten) mit der Polizei in der Einsatz- und Alarmzentrale von Freiburg-Nord (Granges-Paccot) zwecks Integration mit den Arbeiten auf der H189 synchronisiert werden müssen. Die Vorbereitungsarbeiten für den TE1 wurden im Herbst 2008 im Auftrag des Bundes durchgeführt.



**Abschnitt 80 Rossens–Kantonsgrenze FR/BE**

- Nichts zu vermelden.

**P12 interkantonaler UPLaNS-Unterhaltsabschnitt «La Veyre–Outre Broye» (Semsales).**

- Die Arbeiten für den EMS-Teil wurden abgenommen.

**5.4 Ausschreibung**

Es wurden 16 Ausschreibungen für Liefer- und Bauaufträge im freihändigen, Einladungs- oder offenen Verfahren durchgeführt.

Der Gesamtbetrag der Ausschreibungen beträgt 4 617 740 Franken, wovon 126 750 Franken zulasten des Kantons gehen.

Es wurden 34 Ausschreibungen für Dienstleistungsaufträge im freihändigen, Einladungs- oder offenen Verfahren durchgeführt.

Der Gesamtbetrag der Ausschreibungen beträgt 820 338 Franken, wovon 21 660 Franken zulasten des Kantons gehen.

**5.4.1 A1 Bau und Ausbau (Fertigstellung des Nationalstrassennetzes)****Abschnitt Cheyres–Cugy**

- Nichts zu vermelden.

**Abschnitt Greng–Löwenberg**

- Es wurden 3 PMS-Lose für insgesamt 149 727 Franken vergeben.

**Abschnitt Löwenberg–Gurbrü**

- Nichts zu vermelden.

**5.4.2 A1 Unterhalt****Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR–Kantonsgrenze FR/BE**

- Es wurden 3 PMS-Lose und ein EMS-Los für insgesamt 393 846 Franken vergeben.

**5.4.3 A12 Bau- und Ausbauarbeiten****Abschnitt Bulle–Corpataux**

- Es wurde 1 PMS-Los für 65 005 Franken vergeben.

**Abschnitt Corpataux–Matran**

- Es wurde 1 PMS-Los für 68 903 Franken vergeben.

**Abschnitt Matran–Düdingen**

- Nichts zu vermelden.

**Abschnitt Düdingen–Flamatt**

- Nichts zu vermelden.

**5.4.4 A12 Unterhalt****Abschnitt 76 Châtel-St-Denis–Rossens**

- Es wurden 4 PMS-Lose für insgesamt 2 179 188 Franken vergeben.

**Abschnitt 80 Rossens–Kantonsgrenze FR/BE**

- Es wurde 1 PMS-Los für 229 244 Franken vergeben.

**Kontrolle der Einkäufe**

Im Rahmen des ABA-Qualitätsplans hat der Einkaufsverantwortliche zahlreiche Überprüfungen vorgenommen.

Diese Kontrollen betrafen hauptsächlich folgende Bereiche:

- die Wahl des Einkaufsverfahrens, die Möglichkeit, die Bewertung der verschiedenen Offerten nachzuvollziehen, die Abfassung der Verträge;
- die Ausführung der Arbeiten und die Änderung der Bestellung, die Schwächen und Stärken der Auftragnehmer;
- die Rechnungen.

Der für den Einkauf Verantwortliche hat 32 interne Notizen verfasst, dank denen die Qualität der Leistungen verbessert und die Kosten gesenkt werden konnten. Des Weiteren hat er bei der Einscheidfindung mitgewirkt, als der Oberingenieur und Vorsteher des ABA die Interimsleitung des Tiefbauamts innehatte.

**Öffentliches Beschaffungswesen**

Das ABA hat aktiv in verschiedenen Arbeitsgruppen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens (Kompetenzzentrum RUBD, Westschweizer Leitfaden für die Vergabe öffentlicher Aufträge, SIMAP usw.) mitgewirkt.

Über den Verwalter und Webmaster von simap.ch hat das ABA bei der Ausarbeitung der neuen elektronischen Plattform SIMAP 1+ durch verschiedene Tests mitgearbeitet.

**VI. HOCHBAUAMT****1. Aufgaben**

Das Hochbauamt (HBA) ist ein zentraler Dienst, der Dienstleistungen für alle Direktionen und Dienststellen des Staats anbietet. Das Amt ist für die Verwaltung, den Unterhalt und die Bewirtschaftung der staatlichen Immobilien verantwortlich; es verwaltet Investitionsvorhaben, übt eine Beraterfunktion aus und erstellt Expertisen.

Vorsteher des Hochbauamts ist Charles-Henri Lang, Kantonsarchitekt.

## 2. Tätigkeit

Heute ist das Amt in eine technische Abteilung sowie eine Sektion Verwaltung mit den Sektoren Gebäudeunterhalt, Gebäudeverwaltung und Subventionierte Gebäude unterteilt.

### 2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 2.1.1 Technische Abteilung

Im Rahmen der Beratertätigkeit für den Bau und die Nutzung von Gebäuden haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der technischen Abteilung in Arbeitsgruppen für folgende Vorhaben mitgewirkt:

- Kollegium Gambach: Annahme des Kauf- und Bauvorhabens durch das Volk;
- Kollegium des Südens in Bulle: Genehmigung des Raumprogramms für die Vergrößerung des Kollegiums durch den Staatsrat;
- Kantons- und Universitätsbibliothek: Unterbreitung des Raumprogramms für den Umbau und die Vergrößerung der Gebäude zuhanden des Staatsrats mit dem Antrag, das Raumprogramm anzunehmen;
- Fachhochschule für Gesundheit und für Soziale Arbeit: Genehmigung des Raumprogramms für das neue Gebäude und Wahl der Standorte durch den Staatsrat;
- Universität: Genehmigung des Erwerbs und des Umbaus der ehemaligen Klinik Garcia für das Adolphe-Merkle-Institut für Nanowissenschaften durch den Grossen Rat;
- Polizeiposten: Gebäudeplanung und Studien im Hinblick auf den Bau eines neuen Gebäudes für das Kommando;
- Kantonsgericht: Durchführung eines Projektwettbewerbs für den Umzug des Kantonsgerichts in das ehemalige Augustinerkloster;
- Landwirtschaftliches Institut Grangeneuve: Genehmigung des Bauprogramms für ein neues Gehöft durch den Staatsrat;
- Schule für Multimedia und Kunst in Freiburg: Genehmigung des Kaufprojekts durch den Staatsrat;
- freiburger spital: Fortführung der Studien für eine kantonale Wäscherei;
- Kantonales Psychiatrisches Spital: Suche nach Räumlichkeiten für die Jugendabteilung;
- Werkhöfe der Kantonsstrassen: Fortführung der Studien und Beginn der Bauarbeiten bei Löwenberg und Saussivue;
- Laboratorien und angeschlossene Verwaltungseinheiten: Fortführung der Studien für deren Zusammenlegung im Gebäude des Autobahnamts in Givisiez.

Im Rahmen der Interessenvertretung des Staats bei Bauten, Umbauten und Renovationen von Gebäuden durch Privatunternehmungen hat das Amt die Ausführungspläne sowie die Masse und Abrechnungen stichproben-

weise kontrolliert. Es nahm bei folgenden Vorhaben an den Bau- und Baustellenkommissionen teil:

Freiburg: Lehrwerkstätten: Änderung des Projekts, nachdem das Bundesgericht eine Beschwerde guthies;

freiburger spital, Standort Freiburg: Bau des neuen Gebäudes für Operationssäle;

Universität, Mensa und Bibliotheken in der Uni Miséricorde: Umbau und Neueinrichtung der Räumlichkeiten;

Sugiez: Anstalten von Bellechasse: Bau der neuen Gebäude für die Insassen mit vorzeitigem Strafantritt sowie für eine Sporthalle und eine Waschküche;

Tafers: Schulinspektorat Deutschfreiburg: Einrichtung und Bezug der neuen Räumlichkeiten.

Die Mitarbeitenden des Amts haben regelmässig an den Sitzungen folgender Organe teilgenommen:

- Kulturgüterkommission;
- kantonale Energiewirtschaftskommission;
- Kommission für Schulbauten;
- Pensionskasse des Staatspersonals und weitere davon betroffene Kommissionen;
- Kommission für das Universitätsstadion St. Leonhard;
- kantonale Unterkommission Loro-Sport (Loterie Romande Sport);
- Stiftungsrat des Schweizerischen Zentrums für Forschung und Information zur Glasmalerei, Vitrocen-tre;
- Stiftungsrat des Schlosses Greyerz und dessen Erhaltungskommission;
- Stiftungsrat Pro Vallon;
- Stiftungsrat der St.-Niklaus-Kathedrale.

Ferner wirkten sie bei Studien oder Verwirklichungen von Bauten für weitere Körperschaften mit:

- Vereinigung des kantonalen Berufszentrums, Bau der Berufsschulen auf dem Gelände bei den Stadtmauern in Freiburg, Vorsitz der Baukommission;
- Kantonale Lehrmittelverwaltung, Studien für die Erweiterung der Räumlichkeiten;
- Apartis, Stiftung für studentisches Wohnen.

Die Mitarbeitenden haben ferner technische Gutachten zu Beitragsgesuchen für Um- oder Ausbauten von Spitalern und Pflegeheimen erstellt.

Das Hochbauamt hat Schulbauprojekte und Bauvorhaben von Sportanlagen für Loro-Sport entsprechend den Gesuchen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport begutachtet.

Das Hochbauamt hat an folgenden Sitzungen teilgenommen:

- Sitzungen beruflicher und kultureller Organisationen;

- Sitzungen für die Nachführung und Übersetzung ins Deutsche des Westschweizer Leitfadens für die Vergabe öffentlicher Aufträge.

Das Amt hat regelmässig Auftraggeber, Auftragnehmer sowie berufliche Organisationen im Zusammenhang mit der Gesetzgebung im öffentlichen Beschaffungswesen beraten.

### 2.1.2 Sektion Verwaltung

#### A Sektor Gebäudeunterhalt

Der laufende Unterhalt wurde vom Sektor Gebäudeunterhalt in folgenden Bereichen gewährleistet:

##### A.1 Laufender Unterhalt

Das Budget für das Mobiliar der Ämter und Anstalten des Staats wurde auf die verschiedenen Kostenstellen verteilt. Aus diesem Grund hat das Hochbauamt das Mobiliar der Ämter kontrolliert und bestellt, jedoch nicht jenes der Anstalten. Die Gesamtausgaben betrugen 1 559 334 Franken (darin nicht enthalten ist der Betrag für die Anstalten von Bellechasse). Ausserdem wurden 685 Gebäudeversicherungsprämien (KGV) und 574 Unterhaltsabonnemente überprüft und wo nötig korrigiert (davon ausgeschlossen sind seit 2007 die Abonnemente der Universität).

Die Handwerker leisteten 1284 Einsätze, die sich wie folgt aufteilen lassen:

Malerarbeiten	- 89 Baustellen
Schreinerarbeiten	- 627 Einsätze
Elektrikerarbeiten	- 428 Einsätze
Sanitärarbeiten	- 140 Einsätze

Jahr	2005 kWh	2006 kWh	2007 kWh	2008 kWh
Niedertarif (12 Gebäude)	9 933 560	8 545 948	8 260 100	10 054 190
Volltarif (9 Gebäude)	2 213 683	2 325 098	2 168 900	2 617 635
Fernheizung (Placad) (11 Gebäude)	15 064 955	13 747 164	3 919 484	3 658 328
Total	27 212 198	24 618 210	14 348 484	16 330 153

##### A.5 Unterhalt

Der Wartungsdienst zählt für den technischen Bereich 25 Hauswarte und Handwerker sowie 210 Raumpflegerinnen (218 Stellen), die die Reinigung der Verwaltungs- und Schulräume übernehmen. Die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg und das Amt für den Arbeitsmarkt (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum) sind hier nicht mit eingerechnet.

Für die Raumpflege wurden insgesamt 306 Bestellungen, insbesondere für Putzmittel, aufgegeben.

Der Sektor Gebäudeunterhalt übernahm die Aufstellung der Salärabrechnungen und die Ausarbeitung der Arbeitsverträge.

##### A.2 Vermietung (Stockwerkeigentum)

Der Sektor Gebäudeunterhalt hat den Staat Freiburg an den Versammlungen für das folgende Stockwerkeigentum vertreten:

- Givisiez, Route André-Piller 21;
- Wünnewil-Flamatt, Bernstrasse 21;
- Charmey, La Soldanelle;
- Schmitten, Wirtshausmatte.

##### A.3 Vermietung (Vermieter)

Die Mieten für die verschiedenen Dienstwohnungen werden auf die entsprechenden Dienstbereiche aufgeteilt. Die Vermietung der gedeckten und ungedeckten Parkplätze brachte 924 406 Franken ein. Es wurden 311 Übertragungen vorgenommen. Seit Ende 2002 ist das Unternehmen Securitas mit der Überwachung der Parkieranlagen beauftragt. Im Jahr 2008 wurden beim Oberamt des Saanebezirks mehr als 927 Anzeigen eingereicht. Das Hochbauamt seinerseits hat 56 Anzeigen verfasst und eingereicht.

Das Bollwerk wird weiterhin regelmässig für öffentliche Anlässe genutzt.

##### A.4 Heizung

Es wurden 1 420 194 Liter Heizöl bei 3 Lieferanten bestellt und in 102 Lieferungen an 51 Gebäude verteilt.

Ferner werden 24 Gebäude mit Gas beheizt (darin nicht eingeschlossen ist seit 2007 die Universität).

##### A.6 Versicherungen

Der Sektor Gebäudeunterhalt führt die Inventare der Dienststellen nach und verwaltet die Schadensfälle. Bei der Sachversicherung ist der Staat gegen Brand an Gebäuden (KGV) und Mobiliar, Wasserschäden an Gebäuden und Mobiliar, Einbruch und Diebstahl sowie Schäden an Computern versichert. In diesem Jahr wurden 11 Schadensmeldungen behandelt (die Schäden in der Universität, die seit 2003 nicht mehr in diesem Rahmen behandelt werden, ausgenommen).

## B Sektor Gebäudeverwaltung

Der Sektor Gebäudeverwaltung schloss folgende Mietverträge, Vereinbarungen und Nachträge zu Verträgen ab und befasste sich mit folgenden Aufgaben:

- Vertretung des Staats Freiburg im Gerichtsfall gegen das Unternehmen Tescon Technical Service Contractor AG, Buchs (ZH), im Zusammenhang mit den Räumlichkeiten an der Zähringergasse 1 in Freiburg;
- Mitarbeit bei der Arbeitsgruppe für die ehemalige Deponie La Pila bei Châtillon/Hauterive und Suche nach einem Ersatzstandort für die Fahrenden;
- Planung und Kontrolle der Auffrischung der vom Dienst für Familienplanung und Sexualinformation benutzten Räume in Freiburg;
- Mitwirkung bei der Arbeitsgruppe, die sich um die Ausschreibungen für die Betriebsführung der Restaurants und Cafeterias folgender Institute kümmert: Berufsfachschule EPAC in Bulle, Kollegium Heilig Kreuz in Freiburg und Verwaltungsgebäude BAD in Freiburg;
- Aushandlung und Kontrolle der Arbeiten für die Verbesserung und den Umbau der drei Büros des Grundbuchamts des Greyerzbezirks in Bulle;
- Erwerb der Liegenschaft Liebfrauenplatz 2 (BAPOL) in Freiburg;
- Erwerb des Gebäudes der Klinik Garcia, um darin das unabhängige Forschungszentrum Adolphe-Merkle-Institut für Nanowissenschaften unterzubringen.

## C Sektor Subventionierte Gebäude

Die Kommission für Schulbauten hat 5 Sitzungen abgehalten und dabei 22 Dossiers behandelt

### C.1 Auf Primarstufe:

In den Gemeinden Estavayer-le-Lac, Corserey, Treyvaux, Kerzers und La Sonnaz wurden mehrere Schulbauten gebaut oder umgebaut; einige dieser Arbeiten sind noch im Gang.

Die Gemeinden Avry, Fétigny, Belfaux, Tornay, Villaz-St-Pierre, Bas-Intyamon, Attalens, Düdingen und Sem-sales treffen Abklärungen für den Umbau und die Vergrößerung ihrer Schulen. Dasselbe gilt für folgende Schulkreise:

- Rueyres-les-Prés, Bussy, Sévaz, Morens und Vernay
- Cheyres, Font, Châbles
- Charmey, Cerniat, Châtel-sur-Montsalvens, Crésuz
- Corbières, Hauteville, Villarvolard

Die Gemeinden Courtepin und Attalens befassen sich mit dem Bau einer eigenen Sporthalle; die Gemeinden Châtel-St-Denis und Estavayer-le-Lac tun dasselbe in Zusammenarbeit mit der jeweiligen OS.

Die staatlichen Beiträge an Schulbauten für die Primarstufe beliefen sich auf 1 999 966.65 Franken.

### C.2 Orientierungsschulen:

Der Grosse Rat hat das Dekret über Beiträge an den Bau, den Umbau und die Erweiterung von Orientierungsschulen im Jahr 2008 und in den folgenden Jahren genehmigt. Mit diesem Verpflichtungskredit wird die Erweiterung der OS Estavayer-le-Lac und Domdidier, der Bau einer Sporthalle für die OS Estavayer-le-Lac, der Bau einer Dreifach-Sporthalle für die OS des Vivisbachbezirks, der Bau der Aussensportanlagen für die OS des Glanebezirks und die Erweiterung der OS Gurmels mitfinanziert.

Die Arbeiten für die OS von Domdidier, Estavayer-le-Lac und Châtel-St-Denis haben bereits begonnen.

Die Arbeiten für die OS Saane-West, Wünnewil-Flamatt und Glanebezirk konnten bereits beendet werden.

Die Studien für die Erweiterung der OS von Plaffeien und von Kerzers werden fortgeführt.

Der Staat hat für 5 267 564 Franken Beiträge an die Investition geleistet, wovon 1 267 564 Franken aus einer Provision stammen und 142 163.75 Franken für die Mieten sind.

### 2.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Im Bereich Unterhalts- und Renovationsarbeiten von Gebäuden und Installationen des Staats hat die technische Abteilung des Hochbauamts die Leitung der Arbeiten bei folgenden Gebäuden übernommen:

#### 2.2.1 Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport

- Kantons- und Universitätsbibliothek, Zentrale, Rue Joseph-Piller 2: Fortführung der technischen Studien für den Ersatz der veralteten Einrichtungen, Ersatz der Kühlanlage, Studie für die Aktualisierung der Notbeleuchtung und Durchführung der entsprechenden Arbeiten, Studie und Durchführung der Erweiterung des Empfangs in der Eingangshalle, Analyse der Sicherheitsberichte zu den elektrischen Installationen und Beginn der Arbeiten, laufender Unterhalt;
- Kantons- und Universitätsbibliothek, Depot Beaugard, Route de la Carrière 22: Analyse der Belüftung und der Unterhaltsverträge, laufender Unterhalt;
- Kollegium des Südens: vollständige Instandsetzung des Dachs der Mehrzweck-Sporthalle (Ersatz der Abdichtungen), periodische Kontrolle und Behebung von Mängeln der Elektroanlagen, Verwirklichung der Sicherheitspläne, Ergänzung des Notbeleuchtungssystems, Ersatz der Beleuchtung in den Zimmern für bildnerisches Gestalten und Kunst, Einrichtung von 102 Schülerkästen in der Eingangshalle, Beteiligung am Ersatz des Traktors für den Unterhalt der Aussenanlagen der OS und des Kollegiums;
- Kollegium St. Michael: komplette Renovierung und Ersatz des Mobiliars, Einrichtung von vier Beamern in vier Klassenzimmern im ersten Stock

- des Internats, Auffrischung der Anstriche und Einrichtung von Beamern in den drei Klassenzimmern im Hauptgebäude für Biologieunterricht, Einrichtung eines Photokopielokals im Erdgeschoss des alten Gebäudes, Einrichtung eines Durchgangs zwischen dem Geografiesaal und der Schulbibliothek, Aussenanstrich des gedeckten Pausenplatzes unter dem blauen Gebäude, Ersatz der Heizungsregelung und Einbau eines neuen Boilers im Internat, Revision der Schulgebäudefenster, Anschluss der Sportzentrum-Heizung an die Zentralheizung, Abbruch und Abtransport der alten Sportanlagen in den drei Turnhallen, Instandsetzung des Bodens und der Freske vor der St.-Nikolaus-Kapelle im Narthex der St.-Michael-Kirche;
- Güter des Kollegiums St. Michael: Austausch der Wohnungsfenster im Gut Monteynan (Arconciel) und Einrichtung eines neuen Alpstalls für Schweine in Tissiniva;
  - Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung: Austausch der Fenster auf der Nordfassade (letzte Etappe) und Auffrischung der Bürowände im Erdgeschoss;
  - Pädagogische Hochschule I: Abbruch und Wegtransport des Containers, Einrichtung von zwei Büros im alten Duschlokal (Fortsetzung und Abschluss), Einbau einer neuen Geschirrspülmaschine (Fortsetzung und Abschluss), Revision der Notbeleuchtung, verschiedene Arbeiten in der Küche infolge der Hygienekontrolle und Austausch von kleinem Material, Behandlung und Begrünung des Gartens, Ersatz und Unterhalt der Bühneneinrichtungen in der Aula, Zerlegung und Abtransport der Orgel und Neueinrichtung des Büros A0.10, Leitung der Studie für die Erneuerung der Küchen- und Restaurantbelüftung, Zerlegung und Abtransport der alten Heizöltanks, Ersatz des Küchenherds, Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
  - Pädagogische Hochschule II: Ausbau der Brandmeldeanlage, Zerlegung und Abtransport der alten Heizöltanks, Restaurierung des Schmiedeeisengitters im Erdgeschoss, verschiedene Arbeiten für die Einrichtung des Instituts für Mehrsprachigkeit, Ersatz von drei Fenstern, Einbau von Verdunkelungsstoren in einem Saal, Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
  - Pädagogische Hochschule III, Stand 3, Turnhallen: Einbau eines Mischers für die Duschen, Kontrolle und Unterhalt der Turngeräte, Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
  - Kollegium Heilig Kreuz: Einrichtung von neuen Lehrerräumen im Erdgeschoss, Instandsetzung des südlichen Fassadenfusses der Turnhalle (Abdichtung und Verkleidung), Renovierung der noch nicht renovierten Storen im Kollegiumsgebäude, Instandsetzung der Sporthalle und der Klassenzimmer (Fortsetzung);
  - Fachmittelschule: Einbau von Verdunkelungsvorhängen in fünfzehn Klassenzimmern des Gebäudes B, Anstrich der Aussentäfelung (Westfassade des Gebäudes B), Revision der Sportanlagen, Ausbesserung der Risse und Terrazzo-Behandlung in der Eingangshalle des Hauptgebäudes, Änderung der Laborbelüftung;
  - Naturhistorisches Museum: Einrichtung eines zweiten Lagers im ehemaligen Zeughaus für die Museumkollektionen, Verwirklichung eines neuen Schau Fensters «Max' Reise» und «Satelliten-Telemetrie», Organisation eines Grafikwettbewerbs für die Gestaltung des neuen «Walsaals»;
  - Museum für Kunst und Geschichte: Beleuchtung der Galerie Marcello, Ersatz der Verglasung im Erdgeschoss (Halle und Rundschiebetüre), Maler- und Unterhaltsarbeiten;
  - Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit: Verbesserung der Akustik eines grossen Saals und Errichtung von Trennwänden in den Mietwohnungen.
- ### 2.2.2 Für die Sicherheits- und Justizdirektion
- Zeughaus: Einrichtung eines neuen Lagers für das Naturhistorische Museum;
  - Zentralgefängnis: Sanierung der Küche, Ersatz des Herds und der Kippbratpfanne, Verbesserung des Kommunikationssystems (Funktelefon), Studien und Beginn der Umbauarbeiten im Gebäude für Insassen im erleichterten Haftvollzug;
  - Gefängnis von Bulle: Aufrechterhaltung der Sicherheit, verschiedene Unterhaltsarbeiten;
  - Amt für Bevölkerung und Migration: Abschluss der Arbeiten für die Einrichtung des Büros für die Registerharmonisierung, Neugestaltung der Schalter des Sektors Europa, Einrichtung von «Boxen».
- ### 2.2.3 Für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft
- Rebgut Faverges: Umgestaltung der Küche im Bellevue-Haus;
  - Amt für Wald, Wild und Fischerei, 5. Forstkreis: Wiederaufbau von vier Pavillons (von der OS Estavayer-le-Lac stammend) neben dem Nationalstrassenwerkhof in Domdidier, Neueinrichtung des Innern gemäss den Bedürfnissen der Dienststelle.
- ### 2.2.4 Für die Volkswirtschaftsdirektion
- Hochschule für Technik und Architektur Freiburg: Erneuerung der Mess-, Steuer- und Regelungstechnik-Anlagen (Abschluss), Austausch der Brandmeldeanlage und Aktualisierung der Feueralarme, Einbau von Schiebetüren, Belüftung der Säle G.01 28/26/24 (Abschluss), Fortsetzung und Abschluss der Einrichtung des neuen Waschrums (Chemie), periodische Kontrolle der elektrischen Einrichtung;

gen, Ersatz der Steuerung für das Stromaggregat, Ersatz einiger Apparate in der Küche und im Restaurant, Arbeiten am Dach für eine Newant-Antenne, Einrichtung eines Prepaid-Systems im Restaurant und Materiallieferung, Leitung der Studie für die Erneuerung der Belüftung des Gebäudes H (industrielle Chemie), Koordination der zahlreichen Unterhaltsverträge im technischen Bereich, Innen- und Aussenunterhalt.

### 2.2.5 Für die Direktion für Gesundheit und Soziales

- Kantonales Laboratorium: Einbau von Fensterabdichtungen, Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Chemin des Cliniques 15: Renovierung der Räume und Einrichtung von zwei Klassenzimmern;
- Psychiatrisches Spital Marsens: Studie für Erdgasnutzung;
- Foyer d'Estavayer: Sanierung der Kanalisation;
- Foyer de la Poya: Fassadenrenovation.

### 2.2.6 Für die Finanzdirektion

- Amt für Informatik und Telekommunikation: Austausch der Klimaanlage (Fortsetzung und Abschluss), Reorganisation des Maschinensaals, Verwaltung der Verträge für den technischen Gebäudeunterhalt, laufender Unterhalt;
- Rue Joseph-Piller 13: Einrichtung von verschiedenen Räumen für das Amt für Personal und Organisation sowie Renovierung des Dachs.

### 2.2.7 Für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

- Werkhof Tour Rouge: Anschluss des Gebäudes an das Erdgasnetz nach dem Austausch des Heizkessels infolge der Wasserschäden im Jahr 2007;
- Werkhof Stadtberg: Sanierung des Dachs (2. Etappe);
- Werkhof Estavayer-le-Lac: Einrichtung eines Materiallagers;
- Häuserblock Tour-Henri: Spenglerarbeiten und Reparatur des Dachs, Unterhalt der Plätze und von fünf Häusern.

### 2.2.8 Für die Zentralverwaltung

In Freiburg:

- Chemin du Musée 4: Austausch der Brandmelder (Phase 2), Austausch der Heizbatterie in der Lüftungsanlage, Verwaltung der Unterhaltsverträge, laufender Unterhalt;
- Chorherrengasse 17, 19 und 21: Umbau der Eingangshalle und Einrichtung einer Rezeption, Prüfung und Fortführung der Bestandaufnahme der

Elektroanlagen, Austausch der Heizung und Belüftung im Staatsratssaal, laufender Unterhalt;

- Liebfrauengasse 2: Umbau eines Büros, Restaurierung des Natursteins auf der Westfassade, Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Chorherrengasse 2: laufender Unterhalt;
- Reichengasse 26: Einrichtung eines Büros, Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Reichengasse 27: Einrichtung eines Büros, Anpassung der Eingangstüre zwecks Zugangskontrolle, Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Reichengasse 32: Einrichtung eines Zugangskontrollsystems, Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Reichengasse 51: Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Postgasse 1: Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Boulevard de Pérolles 92, Gemeinschaftsgarage: Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Spitalgasse 2: Auffrischung der Büros, laufender Unterhalt;
- Chemin des Archives 4: Einrichtung einer Verbindungstür, Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Polizeiposten Les Pilettes (Galeries du Rex) in Freiburg: Ausbau der Räume (im Gang);
- BAPOL, Freiburg: Einrichtung und Auffrischung verschiedener Räume, Renovierung der Sicherheitseinrichtungen, laufender Unterhalt;
- Grenette: Ausbauprojekt für das Untersuchungsrichteramt und Ausführung der zweiten Etappe der Arbeiten im 2. Untergeschoss.

In den Bezirken:

- Verwaltungsgericht in Givisiez: Ausstattung des Anwaltlokals (Abschluss), Ausbesserung der Abdichtung durch das Stockwerkeigentum, Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Oberamt Bulle: 3. Etappe der Arbeiten für die Instandsetzung der Bedachung (Ostflügel und Türme), laufender Unterhalt;
- Oberamt Murten: diverse Unterhaltsarbeiten;
- Oberamt Châtel-St-Denis: Abschlagen des Innenverputzes und Sanierung der Mauern, verschiedene Abklärungen (Amt für Kulturgüter, archäologische Untersuchungen), Abreißen der Böden (Bergfried und Nordflügel) im Rahmen des Schlussumbaus, diverse Unterhaltsarbeiten;
- Oberamt Estavayer-le-Lac: Sicherheitsmassnahmen im Bergfried, Auffrischung zweier Büros, Abbruch

der alten Gefängnisse (1. Etappe), Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;

- Oberamt Romont: Austausch der Fenster im Erdgeschoss und Kontrolle der elektrischen Anlagen;
- Polizeiposten Romont: Neueinrichtung und Auffrischung im Gebäudeinnern;
- Polizeiposten Kerzers: Umbau und Renovierung des Innern, Isolierung der Fassaden und des Dachs, Austausch der Fenster;
- Polizeiposten Tafers: Austausch der Fenster, verschiedene Unterhaltsarbeiten;
- Info-Center in Granges-Paccot: Ausbau und Bezug der Räumlichkeiten;
- Friedensgericht, Romont: Ausbau und Bezug der Räumlichkeiten;
- Amt für Wald, Wild und Fischerei, Romont: Ausbau und Bezug der Räumlichkeiten.

### 2.2.9 Für die Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmäler

- St.-Niklaus-Kathedrale: Fortsetzung der Planung und Restaurierung der Seitenschiffe (Joch III Nord und Joch III Süd), Restaurierung der Balustraden, beim Turm, Restaurierung der Turmpfeiler und mauern im unteren Teil, Fortsetzung der Erhebung im 3D-Verfahren mit Laser, Nachführung des Planungsberichts, Feuerwehrrübung, Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Bollwerk: Restaurierung der Bedachung (Fortsetzung), Einbau einer mobilen Fluchttreppe, Behandlung des Traggerippes, Leitung der gemeinsamen Massnahmen mit den Benutzern, Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Türme und Tore: Einrichtung von Gittern beim Bern- und Bürglentor, Nachführung des Berichts über den allgemeinen Zustand der Bollwerke, Instandsetzung des Dachs, Konsolidierung und Erhebung der Fassade beim Murtentor, laufender Unterhalt;
- Pfarrkirche St. Moritz: Verstärkung und Sondierung der Altare, Nachführung des Planungsberichts, Studie für den Ersatz der Heizanlagen, Ersatz der Heizanlagen (1. Etappe), Verwaltung der Unterhaltsverträge und laufender Unterhalt;
- Chemin des Archives 6: Ersatz der Anschlüsse an das Wasser- und Erdgasnetz, laufender Unterhalt;
- Johanniterkomturei: Sanierung der Bedachung der Nebengebäude (2. Teil), Einbau eines Brandmeldesystems, verschieden Unterhaltsarbeiten.

### 2.2.10 Fernüberwachung Energieverbrauch

Der für die Fernüberwachung zuständige Mitarbeiter hat die Zähler von 59 Gebäuden in der Stadt Freiburg und von 50 Gebäuden auf dem Land geprüft und gecheckt. Die Beurteilung des energetischen Zustandes der Gebäude mit Fernüberwachung gibt Aufschluss über

den Energieverbrauch pro Gebäudekategorie in den Jahren 2006 und 2007.

Derzeit wird an der Broschüre «Technische Empfehlungen HLSE» gearbeitet, die zu einer Vereinheitlichung der technischen Anlagen beitragen soll.

Das Fernüberwachungsprogramm wurde mithilfe einer neuen Software (Tener Opensource) aktualisiert, was zahlreiche Änderungen voraussetzte (Verkabelung und Austausch der Fernüberwachungsautomaten in den Gebäuden). Das neue System wird erst Ende 2009 voll einsatzbereit sein. 2008 ist ein Übergangsjahr.

Die Ausgaben für diese Arbeiten sind weiter unten aufgeführt.

	Fr. *	Fr. **
Gebäudeunterhalt	3 498 730	7 190 018
Unterhalt und Reparatur von Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmälern	1 502 284	80 000
Bau, Erweiterung, Ausbau sowie ausserordentliche Arbeiten, Kauf von Gebäuden	4 499 637	50 702 076

\* zulasten des Hochbauamts

\*\* zulasten der übrigen Direktionen, vom Hochbauamt verwaltet, Anstalten ausgenommen

## VII. PERSONALBESTAND

<i>BEHÖRDEN - DIREKTIONEN Kostenstellen</i>	<i>Rechnung 2008 VZÄ</i>	<i>Rechnung 2007 VZÄ</i>	<i>Differenz VZÄ</i>
<b>RAUMPLANUNG, UMWELT UND BAUWESEN</b>	<b>382,37</b>	<b>385,77</b>	<b>-3,40</b>
ZENTRALVERWALTUNG	369,55	366,03	3,52
3800 / TPSE Generalsekretariat	8,90	9,03	-0,13
3805 / OCAT Bau- und Raumplanungsamt	26,64	26,48	0,16
3810 / PCAD Tiefbauamt	43,47	43,19	0,28
3820 / PCRC Kantonsstrassen - Unterhalt	113,23	112,35	0,88
3830 / PCRN Nationalstrassen - Unterhalt	43,31	44,92	-1,61
3840 / PCEE Sektion Gewässer	7,91	7,15	0,76
3845 / OPEN Amt für Umwelt	37,27	36,10	1,17
3850 / BATI Hochbauamt	88,82	86,81	2,01
<b>BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN</b>	<b>12,82</b>	<b>19,74</b>	<b>-6,92</b>
3825 / RNCO Autobahnamt	12,82	19,74	-6,92



Kanton Freiburg

# STAATSKANZLEI

<b>I. Sekretariat des Staatsrats</b> .....	<b>1</b>
1. Auftrag.....	1
2. Tätigkeit.....	1
<b>II. Amt für Drucksachen und Material (DMA)</b> .....	<b>6</b>
1. Auftrag.....	6
2. Tätigkeit.....	6
<b>III. Personalbestand</b> .....	<b>8</b>

## I. SEKRETARIAT DES STAATSRATS

Staatskanzlerin: Danielle Gagnaux

Vizekanzler: Olivier Curty

### 1. Auftrag

Die Staatskanzlei stellt das Sekretariat des Staatsrats sicher. Zu dieser Aufgabe gehört es, die Sitzungen des Staatsrats zu organisieren, die Protokolle zu führen, die Ausführung der Beschlüsse des Staatsrats zu überwachen und die Entscheide in den amtlichen Veröffentlichungen (ABl und ASF) und auf dem Internet zugänglich zu machen. Sie ist beauftragt mit der Information der Öffentlichkeit, der Koordination der Aussenbeziehungen und den Beziehungen zum Grossen Rat. Sie organisiert die Veranstaltungen des Staatsrats und die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen und beschäftigt sich mit der Koordination der Übersetzungen beim Staat, mit Beglaubigungen, Einkauf von Material, Drucksachen und dem internen Kurierdienst.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Stabs- und Unterstützungsfunktionen

##### 2.1.1 Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats

Die Organisation der Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrates, über die im Kapitel «Staatsratsjahr» berichtet wird, bildet die Haupttätigkeit der Staatskanzlei. Die Organisation der Veranstaltung zu Ehren des neugewählten Ständeratspräsidenten Alain Berset beanspruchte die Kräfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei im vergangenen Jahr in grossem Masse; das Jahr war auch dadurch gekennzeichnet, dass der neue Vizekanzler sein Amt angetreten hat, weshalb die Verfahren zur Verwaltung und Nachbearbeitung der Staatsratssitzungen einige Anpassungen erforderten. Die Staatskanzlei hat erneut die Broschüre zur Vorstellung des Staatsrats herausgegeben; sie enthält ein Foto des Gesamtstaatsrats, für das einmal mehr die unabhängige Freiburger Fotografin Martine Wolhauser verantwortlich war. Diese Broschüre wird den Schulen zur Verfügung gestellt und hat grossen Erfolg.

##### 2.1.2 Tätigkeitsbericht des Staatsrats

Die erste Ausgabe des Berichts in der neuen Form wurde vom Grossen Rat gut aufgenommen. Das gleiche Modell für alle Direktionen hilft dem Leser, sich einfacher zurechtzufinden, und erleichtert Vergleiche zwischen verschiedenen Kapiteln. Der Teil über den Staatsrat wurde vollkommen überarbeitet und enthält namentlich einen Bericht über den Fortschritt der Arbeiten im Rahmen des Regierungsprogramms, einen Bericht über die Aussenbeziehungen und eine ausführliche Liste der parlamentarischen Vorstösse. Den Tätigkeitsbericht des Staatsrats kann man vollständig oder in Teilen auf dem

Internet herunterladen. Die neue Form des Tätigkeitsberichts wurde also auch für 2008 wieder aufgenommen, und mit einigen Optimierungen sollten die Kinderkrankheiten ausgemerzt werden können.

##### 2.1.3 Konferenz der Generalsekretäre

Die Konferenz der Generalsekretäre, die von der Staatskanzlerin präsiert wird, trat 2008 zu 5 Sitzungen zusammen. Sie hat zu verschiedenen Projekten aus der ganzen Verwaltung Stellung genommen (Tätigkeitsbericht, Entwurf für ein Corporate Design des Staates Freiburg, Begleitung der ASL [Analyse staatlicher Leistungen], jährliche Konferenz der höheren Kader des Staates Freiburg). Sie hat unter anderem eine Reflexion darüber durchgeführt, wie man den Ablauf der Staatsratssitzungen optimieren könnte. Sie förderte das Verfahren, gemäss dem die vom Staatsrat bewilligten Vernehmlassungen zentral im Internet online gestellt werden, und nahm Kenntnis vom neuen Konzept des Krisenmanagements beim Staat Freiburg.

##### 2.1.4 Corporate Design

Nachdem der allgemeine Entwurf für die Ausarbeitung des neuen Corporate Designs des Staates Freiburg verabschiedet worden war, wurde das Projekt gemäss den Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens ausgeschrieben. 20 Unternehmen haben fristgerecht eine Offerte eingereicht. Der Staatsrat beschloss, die Ausarbeitung einem Unternehmen auf dem Platz Freiburg zu übertragen. Das neue Corporate Design sollte 2009 genehmigt werden, und die Umsetzung wird wahrscheinlich 2010 beginnen.

##### 2.1.5 Beziehungen zum Grossen Rat

Die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen der Staatskanzlei und dem Sekretariat des Grossen Rates wurde 2008 revidiert, was zur Folge hatte, dass eine Weibellstelle von der Kanzlei auf das Sekretariat des Grossen Rates übertragen wurde. Ausserdem stellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei (Weibeldienst, Übersetzung, Informatik, Buchhaltung) dem Sekretariat des Grossen Rates ihre Arbeitskraft weiterhin für bestimmte Aufgaben zur Verfügung. Die Staatskanzlei nahm an den Sitzungen des Büros des Grossen Rates teil, an denen die Traktandenlisten der Sessionen vorbereitet wurden.

##### 2.1.6 Entwurf für ein Informationsgesetz

Die Verantwortung für das Informationsgesetz (siehe Herausforderung 7.1) wurde der Staatskanzlei übertragen. Der Entwurf für ein Informationsgesetz wurde am 26. August 2008 vom Staatsrat zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Ende 2008 war die parlamentarische Kommission mit der Prüfung für die Beratung im Plenum noch nicht fertig.

### 2.1.7 Bewältigung von Krisensituationen

Der Staatsrat hat eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen Direktionen geschaffen, damit ein Konzept für das Krisenmanagement beim Staat Freiburg ausgearbeitet werden kann. Diese Arbeitsgruppe, die unter der Verantwortung der Staatskanzlei steht, hat die Aufgabe, ein Modell, das den Besonderheiten der Kantonsverwaltung angemessen ist, zu beantragen. Sie muss pro Direktion eine Risikoanalyse durchführen und dann alle Massnahmen beantragen, mit denen die Reaktionszeit bei Krisen verkürzt werden kann, mit denen die Auswirkung der Krise auf den Betrieb der Verwaltung und das Leben im Kanton möglichst gering gehalten werden können und mit denen die Kommunikation gegen innen und gegen aussen in einer solchen Situation optimiert werden kann. Sie hat ihre Arbeiten 2008 begonnen und wird dem Staatsrat ihren Bericht 2009 abgeben.

## 2.2 Büro für Information (Bfi)

Das Bfi unterstützt die Staatskanzlei bei der Informativität über die Angelegenheiten des Staatsrats. Es stellt die allgemeine Koordination der Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der Information der Öffentlichkeit sicher. Es unterstützt und berät die Direktionen und ihre Verwaltungseinheiten bei diesen Tätigkeiten und sorgt für gute Beziehungen zu den Medien.

### 2.2.1 Wichtige Ereignisse

Für das Bfi war 2008 einmal ein Jahr des Übergangs und dann der Konsolidierung. Ende Februar verliess die erste Internet- und Informationsspezialistin das Büro; diese Stelle wurde erst im September wieder besetzt.

Insgesamt weitete sich die Tätigkeit des Bfi 2008 aus, sowohl was die Verschiedenheit als auch was die Menge anbelangt. Neben den alltäglichen «traditionellen» Informations- und Kommunikationstätigkeiten, musste es die Verantwortung für verschiedene Arbeitsgruppen übernehmen, unter ihnen die Arbeitsgruppe für die Bewältigung von Krisensituationen und diejenige für ein neues Corporate Design des Staates Freiburg. Das Bfi hat ausserdem gewisse Aufgaben im Bereich des Internet übernommen.

### 2.2.2 Internet

Seit die Internet- und Informationsspezialistin zu uns gestossen ist, wird der Verwaltung und Entwicklung der Internet-Sites der Staatskanzlei und des Portals des Staates Freiburg besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Diese Person ist auch Mitglied der Kommission Fri-Info und versieht deren Sekretariat. Es wurde genau festgelegt, welche Aufgaben die Verantwortlichen für die Informatik und das Bfi bei den Websites haben. Dieses beschäftigt sich namentlich mit der Verwaltung und der Beratung der Redaktoren der Websites des Staates; die Beratung betrifft vor allem den Inhalt der jeweiligen Si-

tes. Die ersten Grundlagen wurden geschaffen, und nun muss die Nachführung der Sites verbessert werden.

### 2.2.3 Webmaster des Staates

Das Bfi verwaltet den elektronischen «Briefkasten» des Staates Freiburg; dieser bildet eine direkte Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern. Durchschnittlich gehen bei diesem Briefkasten pro Woche rund 10 Fragen ein, was im ganzen Jahr 2008 rund 400 Fragen ausmacht.

### 2.2.4 Kontakte und Medienmitteilungen

Im zweiten vollständigen Tätigkeitsjahr unterhielt das Bfi weiterhin fast täglich Kontakte über Telefon oder E-Mail mit den Dienststellen der Kantonsverwaltung und den Medienschaffenden. Es wurde ausserdem mehrmals gebeten, in den verschiedenen Dienststellen Vorträge über die Kommunikation zu halten. Im gleichen Sinn schlug es vor, dass es die Organisation des Weiterbildungskurses über die Kommunikation für das Staatspersonal übernehme; diesem Vorschlag wurde stattgegeben (Erster Kurs: 30. April 2009). Damit will das Bfi konkret seine Rolle als «Bindeglied» zwischen der Kantonsverwaltung und den Medien spielen.

2008 wurden den Medien rund 300 Mitteilungen zugelegt, und mehr als 30 Medienkonferenzen wurden organisiert, an denen mindestens ein Mitglied des Staatsrats beteiligt war; diese Medienkonferenzen wurden mehrheitlich mit Unterstützung des Bfi organisiert, daneben hat dieses selbst mehrere Medienkonferenzen abgehalten (SBB Cargo, H189, Mühleberg...). Im Bestreben, die Koordination der Kommunikation zu verbessern, hat das Bfi die Grundlagen für eine Konferenz der Informationsverantwortlichen des Staates Freiburg gelegt; die erste Sitzung fand am 22. Dezember 2008 statt.

Wie jedes Jahr hat das Bfi an den verschiedenen Abstimmungen im Berichtsjahr teilgenommen und die Online-Archivierung der Daten übernommen. Es hat auch bei der Verwaltung der eingereichten Petitionen, Initiativen und Referenden geholfen, namentlich unter dem Gesichtspunkt der Information.

### 2.2.5 Bevölkerungsschutz

Der Verantwortliche des Bfi und seine Adjunktin arbeiten regelmässig beim kantonalen Führungsorgan gemäss dem Gesetz über den Bevölkerungsschutz mit, indem sie namentlich in Gruppen zur Reflexion über die Katastrophenproblematik, die Pandemien und über die Risiken im Zusammenhang mit der Nähe zum Atomkraftwerk Mühleberg vertreten sind. Zwar blieb Freiburg 2008 glücklicherweise von einer Katastrophe verschont, für die neue Organisation, die im erwähnten Gesetz geschaffen wird, braucht es jedoch mehr Sitzungen und Übungen als vorher. In dieser Situation wird von den Mitgliedern des Bfi das ganze Jahr hindurch intensive Präsenz und Aufmerksamkeit gefordert.

## 2.3 Aussenbeziehungen

### 2.3.1 Koordination und Förderung der Aussenbeziehungen des Staatsrats

Der Sektor Aussenbeziehungen der Staatskanzlei unterstützt den Staatsrat bei der Gewährleistung einer Verbindung zwischen dem Kanton Freiburg und namentlich den übrigen Kantonen, dem Bundesparlament, dem Bund und der Europäischen Union. Seine Tätigkeit wird im Kapitel «Tätigkeiten des Staatsrats: Aussenbeziehungen» ausführlich vorgestellt; sie besteht in der Vorbereitung der Geschäfte, der Koordination innerhalb des Kantons und mit den anderen Kantonen und der Betreuung der Angelegenheiten, die zu diesem Bereich gehören. Deshalb werden im Folgenden nur einige besondere Tätigkeiten erläutert.

### 2.3.2 Beziehungen zu Bundesbern

Der Sektor Aussenbeziehungen organisiert Begegnungen zwischen dem Staatsrat und den Freiburger National- und Ständeräten. Er stellt auch die Kontakte mit dem Bundesrat und der Bundesverwaltung her. Er beschäftigt sich ebenfalls mit den vordringlichen und departementsübergreifenden Geschäften des Bundes; im Jahr 2008 verdienen die Investitionen des Bundes für den öffentlichen Verkehr, SBB-Cargo und die Entwicklung der Finanz- und Steuerpolitik des Bundes besonders erwähnt zu werden.

### 2.3.3 Regierungszusammenarbeit

Die Koordination der Beziehungen des Staatsrats und der Kantonsverwaltung zur Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und zur Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) bilden eine wesentliche Aufgabe des Sektors Aussenbeziehungen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der WRK geschenkt, das seinen Sitz in Freiburg hat. Der Sektor wird bei der Organisation von Arbeitstreffen zwischen dem Staatsrat und den Regierungen der angrenzenden Kantone beigezogen. Er wirkt an der Definition einer Regierungspolitik bei der interkantonalen Zusammenarbeit und an der Behandlung der verschiedenen parlamentarischen Vorstösse mit, mit denen eine bessere Einbindung des Grossen Rates in die interkantonale Zusammenarbeit gefordert wird.

### 2.3.4 Europäische Integration

Die Begleitung der Umsetzung der Bilateralen Abkommen I und II auf Kantonsebene und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. 2008 begann das Programm INTERREG 4. Der Kanton Freiburg ist als angrenzendes Gebiet am Interreg-Programm Frankreich-Schweiz beteiligt. Im Verlauf des Jahres wurden zwei Projekte (Genfersee ohne Grenzen und Schutzwald), an denen der Kanton finanziell beteiligt ist, gutgeheissen. Freiburg macht auch beim Programm des Alpenraums

mit, und ein Projekt (TransAlpine Bio Cluster) wurde lanciert. Diese Projekte gehören zur neuen Regionalpolitik des Kantons. Schliesslich koordiniert der Sektor Aussenbeziehungen auch die Mitwirkung des Kantons bei der Versammlung der Regionen Europas (VRE). Er arbeitet schliesslich beim Empfang von ausländischen Delegationen mit. 2008 wurden Delegationen aus China, Japan, Nepal und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sommeruniversität am Institut für Föderalismus empfangen.

### 2.3.5 Entwicklungszusammenarbeit

Die Staatskanzlei wurde vom Staatsrat beauftragt, den Artikel 70 der Kantonsverfassung umzusetzen. In diesem Artikel steht, dass der Kanton die Entwicklungszusammenarbeit fördert. Ende 2007 konnte zwischen dem Staat Freiburg und Solidarisches Freiburg ein Leistungsauftrag abgeschlossen werden; Solidarisches Freiburg ist der Dachverband der Freiburger Organisationen, die in der Entwicklungshilfe tätig sind. Die Unterstützung des Kantons Freiburg besteht materiell aus einer pauschalen Finanzhilfe und einer finanziellen Unterstützung von Entwicklungsprojekten, die von Solidarisches Freiburg vorgeschlagen werden. Der Auftrag gilt für den Zeitraum von 2007 bis 2009, und im Finanzplan ist ein Betrag von rund 210'000 Franken eingetragen.

## 2.4 Sektor Sprachen und Publikationen

Der Sektor Sprachen und Publikationen prüft die französischen und deutschen Fassungen der von den Direktionen vorbereiteten Erlassentwürfe und weiterer amtlicher Texte auf ihre formale, inhaltliche und sprachliche Richtigkeit und sorgt für ihre korrekte Veröffentlichung in der Amtlichen Gesetzessammlung (ASF), im Amtsblatt (ABl) und im Internet. Er bereitet die Botschaften zu den Gesetzen und Dekreten für den Druck vor. Er hält die in Kraft stehenden Erlasse und weitere Publikationen für die interessierten Bürgerinnen und Bürgern bereit und verwaltet die Abonnemente und Nachführungen der Systematischen Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF). Er fertigt Übersetzungen für die Staatskanzlei und wenn nötig für das Staatsratspräsidium und die Direktionen an und koordiniert Fragen im Zusammenhang mit dem Übersetzungswesen in der Kantonsverwaltung. Er trägt dazu bei, die Fachwortbestände zu erfassen und für die Datenbanken benutzbar zu machen (Terminologie).

### 2.4.1 Ordentliche Tätigkeit

In der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg wurden veröffentlicht: *Grosser Rat* 28 (24) Gesetze und 19 (17) Dekrete; *Staatsrat*: 89 (83) Verordnungen, 6 (7) Reglemente und 1 (0) Tarif; *Direktionen*: 23 (16) Erlasse. Das entspricht ungefähr 770 (780) Druckseiten in jeder Sprache. Im Amtsblatt wurden veröffentlicht: *Grosser Rat* 3 (0) Einbürgerungsdekrete; *Staatsrat*: 24 (21)

Beschlüsse; *Direktionen*: amtliche Texte wie Mitteilungen, Ausschreibungen, öffentliche Auflagen, offene Stellen, Immobilienverkäufe usw.

Diese Texte wurden alle in beiden Sprachen auf ihre sprachliche und inhaltliche Korrektheit geprüft. Vor dem wöchentlichen Erscheinen des Amtsblattes kontrollierte der Sektor die Druckfahnen der amtlichen Seiten, die ihm von der Druckerei zugestellt werden.

#### **2.4.2 Statuten der Agglomeration Freiburg**

Aufgrund einer informellen Anfrage hat der Sektor Sprachen und Veröffentlichungen die französische und die deutsche Version des Statutenentwurfs der Agglomeration Freiburg kontrolliert und korrigiert. Die Statuten wurden in der Volksabstimmung vom 1. Juni 2008 von den Stimmberechtigten der betroffenen Gemeinden angenommen.

#### **2.4.3 FactuPubl**

Die Verwaltung der Abonnemente und die Fakturierung der Bestellungen der amtlichen Veröffentlichungen und der Publikationsorgane wurden auf das Informatikprogramm SAP umgestellt. Die Personen, die Rechnungen und Buchhaltungsoperationen ausführen werden, haben eine Schulung besucht. Seit September 2008 werden die amtlichen Veröffentlichungen somit nicht mehr mit einem Spezialprogramm, sondern mit dem in der gesamten Verwaltung bekannten Informatikinstrument verwaltet.

#### **2.4.4 Einbürgerungen**

Am 1. Juni 2008 hat das Stimmvolk das Gesetz vom 9. Mai 2007 zur Änderung des Gesetzes über das freiburgische Bürgerrecht angenommen. Seither hat der Sektor alle Internet-Sites mit Einbürgerungsdekreten gesichtet und allfällige Links entfernt, damit den neuen Gesetzesbestimmungen und dem Datenschutz entsprochen wird; die Einbürgerungsdekrete werden seit dem 1. Juli 2008 nur noch im Amtsblatt veröffentlicht. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen hat der Sektor das Verfahren zur Produktion der Einbürgerungsurkunden vereinfacht, die den neuen Bürgerinnen und Bürgern anlässlich des vom genannten Gesetz neu geschaffenen offiziellen Empfangs abgegeben werden.

#### **2.4.5 Umfangreiche Arbeiten**

2008 wurden umfangreiche Übersetzungsarbeiten ausgeführt, namentlich die Fertigstellung der definitiven Botschaft zum neuen Informationsgesetz sowie die Übersetzung des Entwurfs für ein Gesetz über die Zuständigkeiten beim Abschluss von interkantonalen Verträgen und der dazugehörige erläuternde Bericht. Der Umfang der zu überarbeitenden Texte blieb auf einem hohen Niveau konstant. Der längste veröffentlichte

Text in diesem Jahr war mit über 180 Artikeln das neue Raumplanungs- und Baugesetz.

#### **2.4.6 Weitere herausragende Ereignisse**

2008 konnte der Zugang zu den elektronischen Versionen des «Petit Robert» und des «Duden» eingerichtet werden.

Der Sektor hat ausserdem bei der Anstellung einer neuen Übersetzerin für die Gesundheits- und Sozialdirektion und bei der Suche nach einer befristeten Stellvertretung für die Volkswirtschaftsdirektion mitgewirkt.

Auch in diesem Jahr hat der Sektor aktiv Terminologiearbeit geleistet. Er hat an den Arbeiten des Interkantonalen Organs für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich mitgewirkt. Die terminologische Erfassung der in der Freiburger Gesetzgebung definierten Fachbegriffe für die interne Datenbank konnte abgeschlossen werden.

Für die Übersetzerinnen und Übersetzer der ganzen Kantonsverwaltung sowie des Kantonsspitals und der Universität hat der Sektor verschiedene Weiterbildungsangebote organisiert: eine Einführung in die nun abgeschlossene deutsche Orthografie-Reform und Übernahme des Leitfadens 2008 der Bundeskanzlei; ein Kolloquium über die Ausgestaltung der Zweisprachigkeit in den Städten Biel und Freiburg mit Claudine Brohy; ein Weiterbildungskurs im Übersetzen von Reden mit Margret Schiedt und Rebecca Bratschi von der Bundeskanzlei. Ferner trafen sich die Übersetzerinnen und Übersetzer dreimal zum informativen Erfahrungs- und Problemaustausch. Der Übersetzungsdienst konnte am «Sprachentag» der Bundesverwaltung teilnehmen und so wertvolle Einblicke in die Organisation, Überlegungen und Fragestellungen zum Übersetzen und zur Sprachenfrage beim Bund gewinnen (Nationalfondsprojekte, Landes- und Amtssprachen usw.).

### **2.5 Sektor Interne Dienste und politische Rechte**

#### **2.5.1 Verwaltung**

##### **2.5.1.a Umbau des Eingangs im Gebäude «Chorherrengasse 17»**

Als Ergebnis der Überlegungen, die seit 2004 über die verbesserte Sicherheit der Behörden geführt wurden, wurde provisorisch ein gemeinsamer Empfang für das Gebäude «Chorherrengasse 17-19-21» eröffnet. Dieser Empfang wird von der Staatskanzlei bedient, und mit ihm kann der Zugang von Besucherinnen und Besuchern kontrolliert werden; gleichzeitig kann man ihnen den Weg zu den verschiedenen Einheiten, die im Gebäude einquartiert sind, zeigen. Wenn die Einrichtung abgeschlossen ist, können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Gebäude mit Hilfe eines Badges jederzeit betreten, während sich die Besucherinnen und Besucher an die üblichen Zeiten der Verwaltung halten müssen, es sei denn, sie werden von einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter des Staates abgeholt. Die Einrichtung dieses

Empfangs gibt auch die Gelegenheit, die elektronische Präsenzverwaltung im ganzen Gebäude einzuführen.

Die Verwaltung der Telefonzentrale der Staatskanzlei und neuerdings der Empfang für das ganze Gebäude Chorherrengasse 17, in dem die Staatskanzlei und die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion untergebracht sind, gehören zu den Aufgaben des Sektors.

### 2.5.1.b Apostillen und Beglaubigungen von Dokumenten

Auf verschiedenen Dokumenten, die hauptsächlich für den Gebrauch im Ausland bestimmt waren, wurden Unterschriften beglaubigt (3'025 Apostillen und 1'522 Beglaubigungen).

### 2.5.1.c Grosses Protokoll

Die Arbeiten zur Erfassung der jährlichen Sammlung der Beschlüsse des Staatsrats werden fortgesetzt. Die Jahre 1997, 1998 und 2006 konnten dem Amt für Drucksachen und Material zum Druck weitergegeben werden; die Jahre 1996, 1999, 2007 und 2008 werden zurzeit noch einmal durchgelesen. Die Arbeiten zur Erfassung der fehlenden Jahre (2000 bis 2005) sollten am Ende der Legislaturperiode fertig sein.

## 2.5.2 Politische Rechte

### 2.5.2.a Eidgenössische Volksabstimmungen

2008 fanden 3 eidgenössische Abstimmungen statt:

Am 24. Februar 2008 stimmte das Freiburger Volk über folgende Vorlagen ab:

- Volksinitiative «Gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten» (20'863 Ja / 43'754 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 37,61%.
- Unternehmenssteuerreformgesetz (28'752 Ja / 35'496 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 37,58%.

Am 1. Juni 2008 stimmte das Freiburger Volk über folgende Vorlagen ab:

- Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen» (19'874 Ja / 53'673 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 42,53%.
- Volksinitiative «Volksouveränität statt Behördenpropaganda» (14'532 Ja / 57'851 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 42,39%.
- Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung» (17'522 Ja / 55'230 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 42,52%.

Am 30. November 2008 schliesslich stimmte das Freiburger Volk über folgende Vorlagen ab:

- Volksinitiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern» (45'773 Ja / 37'428 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 47,98%.
- Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter» (39'452 Ja / 44'385 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 48,09%.

- Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!» (23'022 Ja / 57'984 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 47,77%.
- Volksinitiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» (25'101 Ja / 57'686 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 47,92%.
- Änderung des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (53'719 Ja / 27'586 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 47,72%.

### 2.5.2.b Kantonale Volksabstimmungen

2008 fanden 2 kantonale Volksabstimmungen statt:

Am 1. Juni 2008 stimmte das Freiburger Volk über folgende Vorlagen ab:

- Umgestaltung und Erweiterung des Kollegiums Gambach (55'553 Ja / 14'862 Nein); die Stimmbeteiligung betrug 41,36%.
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das freiburgische Bürgerrecht, gegen das am 20. August 2007 das Referendum eingereicht wurde (40'478 Ja / 27'464 Nein); die Stimmbeteiligung betrug 41,21%.

Am 30. November 2008 stimmte das Freiburger Stimmvolk über eine Initiative und einen Gegenvorschlag ab, wobei es eine Stichfrage beantworten musste:

- Verfassungsinitiative «Passivrauchen und Gesundheit vom 13. Dezember 2006» (44'844 Ja / 36'818 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 47,66%.
- Gegenvorschlag des Staatsrats und des Grossen Rates vom 20. Juni 2008 (50'852 Ja / 29'492 Nein).
- Stichfrage: Falls sowohl die Verfassungsinitiative als auch der Gegenvorschlag angenommen werden: Welcher der beiden Texte soll in Kraft treten (Initiative: 36'507 Stimmen / Gegenvorschlag: 40'252 Stimmen).

### 2.5.2.c Wahlen

Am 1. Juni 2008 mussten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Saanebezirks den Oberamtmann wählen; das Wahlergebnis lautete wie folgt:

- Ridoré Carl-Alex: 11'970 Stimmen
- Dafflon Hubert: 7'738 Stimmen
- Boivin Denis: 5'879 Stimmen

Da kein Kandidat das absolute Mehr von 12'794 Stimmen erreichte, fand am 22. Juni 2008 ein zweiter Wahlgang statt; das Wahlergebnis lautete wie folgt:

Gewählt:

Ridoré Carl-Alex, mit 11'706 Stimmen

Hat Stimmen erhalten:

Dafflon Hubert: 7'914 Stimmen).

### 2.5.2.d Initiativen

Es wurde keine Initiative eingereicht.

### 2.5.2e Referenden

Am 4. November 2008 wurde von der Bewegung gegen die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten die mit 60 Unterschriften versehene Ankündigung eines Referendumsbegehrens eingereicht, das bewirken soll, dass das Gesetz vom 9. Oktober 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Die Frist für die Unterschriftensammlung läuft vom 1. November 2008 bis zum 29. Januar 2009.

### 2.5.2.f Petitionen

Eine Petition des Komitees «Koordination für den Erhalt der Arbeitsplätze bei SBB Cargo in Freiburg» an den Staatsrat wurde am 25. Juni 2008 eingereicht. Die Verfasser der Petition sind gegen die Schliessung des Kundenservicezentrums KSC Freiburg. Diese Petition ist mit 4'501 Unterschriften versehen.

Am 4. Juli 2008 wurde dem Staatsrat eine Petition des Schweizerischen Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD-CFT – Region Freiburg) und des Freiburgerischen Gewerkschaftsbunds (USF / FGB) eingereicht. Die Verfasser der Petition verlangen vom Vorstand von «Le Bosquet», die Entscheidung aufzuheben, den Verantwortlichen der Gewerkschaftsdelegation wegen «gewerkschaftlicher Tätigkeit» zu kündigen. Diese Petition ist mit 1'695 Unterschriften versehen.

Am 8. September 2008 wurde eine Petition von Sandrine Tornare, Gemeindepräsidentin von Lully, an den Staatsrat eingereicht, die von den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Lully und aus der Umgebung unterstützt wird. Die Unterzeichner verlangen eine kantonale Planung der Standplätze für Fahrende. Diese Petition ist mit 403 Unterschriften versehen.

Am 28. November 2008 wurde eine Petition des Kollektivs «Nein zur Kohle!» an den Staatsrat eingereicht. Die Verfasser der Petition verlangen vom Staatsrat, dass er als Mehrheitsaktionär von Groupe E bewirkt, dass das Unternehmen auf sein Investitionsprojekt über 162 Millionen Franken zur Beteiligung an einem Kohlekraftwerk in Deutschland verzichtet. Diese Petition ist mit 2'095 Unterschriften versehen, davon stammen 1'014 von Personen, die im Kanton Freiburg wohnhaft sind.

## 2.6 Rechtliche Angelegenheiten

Die Staatskanzlei erhielt eine Stelle eines juristischen Beraters. Der Stelleninhaber nahm seine Tätigkeit am 1. Juli 2008 auf. Nebst der Behandlung von rechtlichen Fragen, die der Kanzlei unterbreitet werden, wurden ihm die Aufgaben im Zusammenhang mit den politischen Rechten (für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft), die Begleitung verschiedener Projekte (Wahlkreise, Verwaltungsmediation usw.) und das Sekretariat der Projektleitung für die Umsetzung der Verfassung übertragen.

## II. AMT FÜR DRUCKSACHEN UND MATERIAL (DMA)

### 1. Auftrag

Das Amt für Drucksachen und Material ist mit der Anschaffung des administrativen und technischen Büromaterials, von Büromaschinen und -apparaten und von verschiedenem Material beauftragt; es gewährleistet den Empfang, die Kontrolle, die Lagerung und die Lieferung. Es erstellt ebenfalls ein Inventar für den Unterhalt dieser Maschinen und Apparate, organisiert den Unterhalt und handelt die Verträge aus. Es bestellt Druck-, Kopier-, Veröffentlichungs- und Bindearbeiten und führt sie aus. Es besorgt die durch die kantonale und eidgenössische Gesetzgebung vorgeschriebenen Mikrofilmarbeiten, unter Vorbehalt von besonderen Bestimmungen, namentlich auf dem Gebiet des Grundbuchs. Schliesslich berät es die Dienststellen und Anstalten bei der Wahl von Zubehör und Büromaschinen und -apparaten, damit die Vielfalt an Maschinen und Artikeln begrenzt werden kann. Es wird geleitet von Christian Brique, Dienstchef.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Anschaffung von administrativem und technischem Büromaterial

Trotz der engen Zusammenarbeit mit dem Westschweizer Verband der Einkäufer von Schul- und Verwaltungsmaterial (GRAFOSA) konnte das DMA die Preiserhöhungen bei diesem Material nicht vollständig auffangen; das gilt hauptsächlich für das Papier, das 2008 spürbar teurer wurde.

Die Lieferung von Toner an alle Verwaltungseinheiten des Staates bildet trotz der Suche nach Lösungen für interessantere Preise einen bedeutenden Posten. Diese Materialgruppe verursacht 2008 Kosten von rund 650'000 Franken; diese Kosten haben seit dem Vorjahr um ungefähr 30% zugenommen. Die Zunahme wird hauptsächlich von der verbreiteten Anschaffung von Farbdruckern verursacht. Angesichts dieser Entwicklung setzt das DMA die Tests fort, damit für den Schwarz-Weiss-Druck passende «Generic-Toner» angeboten werden können. Er schlägt auch vor, dass Drucker durch Mehrfachunktionsgeräte ersetzt werden, falls das möglich ist, wobei die ausgehandelten Bedingungen eine spürbare Kostensenkung mit sich bringen sollten.

Das DMA hat seine Suche nach einer optimalen Versorgung mit Maschinen und Apparaten fortgesetzt und soweit möglich versucht, die Typenvielfalt zu begrenzen und gleichzeitig die Konkurrenz unter den Lieferanten spielen zu lassen, indem immer verschiedene Offerten eingeholt werden. Dank diesem Verfahren konnte man von der allgemeinen Preissenkung bei den Apparaten, und hier namentlich bei den digitalen Apparaten, profitieren.



Das DMA stellt die Logistik beim Material sicher, indem es das Lager verwaltet und das Material für den laufenden Verbrauch verteilt oder liefert. Die Palette des Materials am Lager umfasst mehr als 1'000 Artikel.

Es organisiert weiterhin den Unterhalt und die Reparatur von defekten Apparaten, sofern das möglich ist; es hat auch das Inventar der Maschinen und Apparate nachgeführt und die Reparaturen kontrolliert.

## 2.2 Maschinen

Die hauptsächlichsten Maschinen- und Apparatekategorien, für die das DMA zuständig ist, sind:

### 2.2.1 Fotokopierer und Mehrfachunktionsgeräte (Kopierer, Drucker, Scanner und Fax)

Für diese Apparategruppe schliesst das DMA Verträge über die Bereitstellung gegen Zahlung pro Kopie ab. Mit anderen Worten werden diese Apparate bis auf wenige Ausnahmen nicht gekauft. Laut der Rahmenvereinbarung zwischen GRAFOSA und damit auch zwischen dem DMA und den Lieferanten sind im abgemachten Preis alle Leistungen inbegriffen (Bereitstellung des Geräts, Toner und Unterhalt); ausgenommen sind das Papier und allenfalls die Heftklammern. Der Maschinenpark wird regelmässig geprüft und auf den neusten Stand gebracht, da eine relativ grosse Nachfrage der Verwaltungseinheiten nach Ersatz der einfachen Fotokopierer durch Apparate mit Mehrfachfunktionen in Schwarz-Weiss oder Farbe besteht.

Auf allen Fotokopierern in den Verwaltungseinheiten des Staates wurden über 45'000'000 Seiten gedruckt oder kopiert. Die Zahl der schwarz-weiss kopierten und gedruckten Seiten bleibt ziemlich gleich, während diejenige der farbig kopierten und gedruckten Seiten stark zunimmt.

### 2.2.2 Peripheriegeräte in der Informatik

Im Einverständnis mit dem ITA erwirbt das DMA die Multimedia-Projektoren (Beamer) und die elektronischen Agenden, wobei die Auswahl auf zwei bis drei Produkte, die vom ITA genehmigt sind, beschränkt wird.

### 2.2.3 Büroapparate

Die Nachfrage nach Schreibmaschinen, Taschenrechnern und Hellraumprojektoren nimmt seit der allgemeinen Einführung der Informatik ab. Trotzdem werden vom DMA die Bedingungen für Sammelbestellungen ausgehandelt.

Dasselbe gilt für Aktenvernichter, Papierschneidemaschinen und Büroscheren.

Das DMA hat einen Standard für die Fax-Modelle entwickelt, die in den Verwaltungseinheiten für die normalen Bedürfnisse installiert werden; es bleibt jedoch offen für besondere Lösungen, wenn diese sich als notwendig

erweisen. Es erhielt vom ITA die Bewilligung zur Aktivierung der Fax-Funktion der Mehrfachunktionsgeräte, die über diese Möglichkeit verfügen, und konnte so Ausgaben für die Anschaffung von speziellen Fax-Geräten einsparen.

Wie man bereits in den vergangenen Jahren feststellen musste, ist es sehr hart geworden, die Reparaturen dieser Apparate zu verhandeln, weil einerseits der Kaufpreis gesunken ist und sich andererseits der Preis für die Handarbeit erhöht hat.

### 2.2.4 Bestellungen und Ausführungen von Druck-, Reproduktions-, Editions-, Binde- und Mikrofilmarbeiten

Wie in den vergangenen Jahren hat sich das Drucksachenbüro bemüht, den Dienststellen des Staates Lösungen anzubieten, die ihren Wünschen am besten entsprechen und die internen Realisierungsmöglichkeiten berücksichtigen. Jede Arbeit wird auf Grund der technischen Kriterien geprüft, und die geforderte Qualität und Menge wird berücksichtigt um zu bestimmen, ob die Arbeit intern oder von einem externen Leistungserbringer ausgeführt wird.

Das Drucksachenbüro steht allen Dienststellen und Anstalten des Staates zur Verfügung. Die wichtigsten Tätigkeiten des Büros sind der Entwurf und die Produktion von Drucksachen, der Einkauf bei externen Leistungserbringern und die technische Beratung für alle Arten Drucksachen, die für die Verwaltungstätigkeit nötig sind.

Die Zahl der Schwarz-Weiss- und Farbdrucke ist 2008 gleich geblieben wie im Vorjahr und beträgt über 7'000'000 schwarz-weiss gedruckte Seiten und ungefähr 1'800'000 farbig gedruckte Seiten.

Die Zahl der Offsetdrucke (500'000 Drucke) hat weiterhin beträchtlich abgenommen; diese Entwicklung ist hauptsächlich auf den vermehrten Einsatz der digitalen Produktionsgeräte zurückzuführen. Der Digitaldruck bietet den Vorteil, dass man Dokumente «auf Verlangen» herstellen kann, und so keine Lagerbestände anlegen muss, bei denen es oft nicht sicher ist, ob sie auch wirklich gebraucht werden.

Entwicklung der Zahl der Offsetdrucke in Schwarz-Weiss oder in Farben im Format A4

2006	1'800'000
2007	1'000'000
2008	500'000

Das Personal der Druckerwerkstatt hat auf dem Farbplotter ungefähr 250 Grossformatdrucke (Breite 108 cm) hergestellt und ungefähr 2'150 digitale Datenträgern (CD) kopiert und bedruckt.

Zahl der kopierten und bedruckten CD

2006	1'200
2007	1'500
2008	2'150

Die Herstellung von Plastikbadges im Kreditkartenformat nahm spürbar zu. Das DMA musste seine Einrichtung ersetzen, um der gestiegenen Nachfrage begegnen zu können.

2006	112
2007	200
2008	1'000

### 2.3 Bindewerkstatt

Diese Abteilung hat ihre Tätigkeit, die vor allem in handwerklichen Bindearbeiten besteht, fortgesetzt, der Arbeitsumfang war mit demjenigen im Jahr 2007 vergleichbar. Gemäss den Empfehlungen der Leistungsanalyse wurden die Bindearbeiten zum Gestehungspreis verrechnet.

Entwicklung der Zahl der halbindustriellen Spiralbindungen

2006	4'200
2007	4'400
2008	2'500

Entwicklung der Zahl der halbindustriellen Fastback-Bindungen

2006	5'150
2007	5'300
2008	4'900

Das DMA hat eine halbindustrielle Bindemaschine «Buchklebebindung» angeschafft, mit der es an die 4'500 Bindungen gemacht hat und dank der es nicht einen externen Anbieter in Anspruch nehmen musste. Abgesehen von den erzielten wesentlichen Einsparungen konnten die Herstellungsfristen spürbar verkürzt werden. Mit dieser Art der Herstellung lässt sich auch die Abnahme der Zahl der Spiral- und Fastbackbindungen erklären, die teurer sind und für die es mehr Handarbeit braucht.

### 2.4 Mikروفilmzentrale

Die Mikروفilmzentrale macht weiterhin die Arbeiten zur Aufbewahrung, die von der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons vor allem für das Grundbuch und das Zivilstandswesen vorgeschrieben werden.

Sie führt ausserdem regelmässig Arbeiten für andere Verwaltungseinheiten des Staates aus, hauptsächlich für das Kantonsarchiv und die Kantons- und Universitätsbibliothek.

2008 wurden ungefähr 48'000 Aufnahmen gemacht. Die Abnahme gegenüber 2007 lässt sich mit einer Verminderung der Nachfrage aufgrund der Einführung der informatisierten Registerführung beim Zivilstand und beim Kataster erklären. Die Abteilung hat ausserdem 180 Sicherungsfilme gemacht und entwickelt.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Stelleninhaberin die Zusammenarbeit mit den anderen Produktionsabteilungen des DMA verstärkt hat.

Entwicklung der Zahl der Aufnahmen

2006	115'000
2007	61'000
2008	48'000

Die Abteilung hat ausserdem auf Verlangen der Staatskanzlei 9 Fotoreportagen gemacht.

## III. PERSONALBESTAND

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Kostenstellen	Rechnung 2008 VZÄ	Rechnung 2007 VZÄ	Differenz VZÄ
<b>VOLLZIEHENDE BEHÖRDE – STAATSKANZLEI</b>	<b>36,51</b>	<b>35,25</b>	<b>1,26</b>
ZENTRALVERWALTUNG	36,51	35,25	1,26
3100 / CETA Staatsrat	7,00	7,00	
3105 / CHAN Staatskanzlei	18,42	17,25	1,17
3110 / ECON Amt für Drucksachen und Material	11,09	11,00	0,09